

Ausgabe  
in deutscher Sprache

# Mitteilungen und Bekanntmachungen

Informationsnummer

Inhalt

Seite

I (Mitteilungen)

### EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2003 – 2004

Sitzungen vom 2. bis 5. Juni 2003

**Montag, 2. Juni 2003**

(2004/C 68 E/01)

PROTOKOLL

ABLAUF DER SITZUNG .....	1
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode .....	1
2. Mitteilungen des Präsidenten .....	1
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung .....	2
4. Zusammensetzung der Ausschüsse .....	2
5. Zusammensetzung der Fraktionen .....	2
6. Zusammensetzung des Parlaments .....	2
7. Prüfung von Mandaten .....	2
8. Tagungskalender 2004 .....	2
9. Petitionen .....	3
10. Vorlage von Dokumenten .....	4
11. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments .....	11
12. Schriftliche Erklärungen (Artikel 51 GO) .....	11
13. Arbeitsplan .....	11
14. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung .....	12

Inhalt (Fortsetzung)	Seite
15. Abgeordnetenstatut (Aussprache) .....	12
16. Wettbewerbspolitik und Stilllegungsfonds – Elektrizitätsbinnenmarkt ***II – Erdgasbinnenmarkt ***II – Grenzüberschreitender Stromhandel ***II – Transeuropäische Netze im Energiebereich ***II (Aussprache) .....	13
17. Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe ***I (Aussprache) .....	14
18. Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie (Aussprache) .....	14
19. Finanzhilfen für Drittländer (Aussprache) .....	15
20. MEDA-Programm (2000) (Aussprache) .....	15
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung .....	15
22. Schluss der Sitzung .....	15
 ANWESENHEITSLISTE .....	 16

**Dienstag, 3. Juni 2003**

(2004/C 68 E/02)

**PROTOKOLL**

ABLAUF DER SITZUNG .....	18
1. Eröffnung der Sitzung .....	18
2. Debatte über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge) .....	18
3. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen * (Aussprache) .....	19
4. Abkommen EU-USA: Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung (Aussprache) .....	20
5. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen * (Aussprache) .....	20
 ABSTIMMUNGSSTUNDE	
6. TSE: Verlängerung des Zeitraums für Übergangsmaßnahmen ***I (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	21
7. Abkommen EG/Chile über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit * (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	21
8. Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs ***I (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	21
9. Änderung der Satzung des Gerichtshofs: Vorabentscheidungsverfahren * (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	22
10. Rückführung von Drittstaatsangehörigen: Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte * (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	22
11. Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000 und 2001) (Artikel 110a GO) (Abstimmung) ....	22
12. Gesundheit und Medizinprodukte (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	23
13. Finanzhilfen für Drittländer (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	23
14. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen * (Abstimmung) .....	23
15. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen * (Abstimmung) .....	24
16. Abgeordnetenstatut (Abstimmung) .....	24
17. Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie (Abstimmung) .....	25
18. MEDA-Programm (2000) (Abstimmung) .....	25
19. Abkommen EU-USA: Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung (Abstimmung) .....	25
 ENDE DER ABSTIMMUNGSSTUNDE	
20. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung .....	27

21. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen * – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums * – GMO für Getreide * – GMO für Trockenfutter * – GMO für Reis * – Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse * – GMO für Milch und Milcherzeugnisse * – Multifunktionalität der Landwirtschaft (Aussprache) . . . . .	27
22. Fragestunde (Anfragen an die Kommission) . . . . .	29
23. Grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen ***II (Aussprache) . . . . .	30
24. Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen ***I (Aussprache) . . . . .	30
25. Schutz von jungen Meerestieren * – Steuerung des Fischereiaufwands * – Umstrukturierung der EU-Fischerei (Aussprache) . . . . .	31
26. Tagesordnung der nächsten Sitzung . . . . .	31
27. Schluss der Sitzung . . . . .	31

ANWESENHEITSLISTE . . . . .	32
-----------------------------	----

ANHANG I

ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN . . . . .	34
1. TSE: Verlängerung des Zeitraums für Übergangsmaßnahmen ***I . . . . .	34
2. Abkommen EG/Chile über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit * . . . . .	34
3. Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs ***I . . . . .	35
4. Änderung der Satzung des Gerichtshofs: Vorabentscheidungsverfahren * . . . . .	35
5. Rückführung von Drittstaatsangehörigen: Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte * . . . . .	35
6. Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000 und 2001) . . . . .	35
7. Gesundheit und Medizinprodukte . . . . .	35
8. Finanzhilfen für Drittländer . . . . .	36
9. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen * . . . . .	36
10. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen * . . . . .	38
11. Abgeordnetenstatut . . . . .	38
12. Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie . . . . .	40
13. MEDA-Programm (2000) . . . . .	40
14. Abkommen EU-USA: Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung . . . . .	41

ANHANG II

ERGEBNISSE DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNGEN . . . . .	42
1. Bericht Schnellhardt A5-0149/2003 – Entschließung . . . . .	42
2. Bericht Wallis A5-0147/2003 – Entschließung . . . . .	43
3. Bericht Schmid A5-0187/2003 – Änderungsantrag 45 . . . . .	44
4. Bericht Schmid A5-0187/2003 – Änderungsantrag 66, 1. Teil . . . . .	46
5. Bericht Schmid A5-0187/2003 – Änderungsantrag 66, 2. Teil . . . . .	47
6. Bericht Schmid A5-0187/2003 – Änderungsantrag 62 . . . . .	48
7. Bericht Schmid A5-0187/2003 – Änderungsantrag 64 . . . . .	50
8. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Änderungsantrag 8 . . . . .	51
9. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Artikel 16 . . . . .	53
10. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Änderungsantrag 30 . . . . .	54
11. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Artikel 18 . . . . .	56
12. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Änderungsantrag 32 . . . . .	57
13. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 6 . . . . .	59
14. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 7 . . . . .	60
15. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 19 . . . . .	62



Inhalt (Fortsetzung)	Seite
16. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 8 .....	63
17. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 13 .....	64
18. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 9 .....	66
19. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 10 .....	67
20. Bericht Mann A5-0115/2003 – Änderungsantrag 12 .....	69
21. Bericht Mann A5-0115/2003 – Absatz 21 .....	70
22. Bericht Pietrasanta A5-0114/2003 – Änderungsantrag 6 .....	71
23. Bericht Hernández Mollar A5-0172/2003 – Empfehlung .....	73

ANGENOMMENE TEXTE

P5\_TA(2003)0226

TSE: Verlängerung des Zeitraums für Übergangsmaßnahmen \*\*\*I

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 hinsichtlich der Verlängerung des Zeitraums, in dem Übergangsmaßnahmen gelten (KOM(2003) 103 – C5-0068/2003 – 2003/0046(COD)) .....	75
--	----

P5\_TA(2003)0227

Abkommen EG/Chile über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit \*

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile (KOM(2003) 82 – C5-0067/2003 – 2003/0035(CNS)) .....	75
--	----

P5\_TA(2003)0228

Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs \*\*\*I

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und mit Hygienevorschriften für Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 91/67/EWG (KOM(2000) 438 – C5-0379/2000 – 2000/0182(COD)) .....	76
--	----

P5\_TC1-COD(2000)0182

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 3. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und mit Hygienevorschriften für Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 91/67/EWG .....	77
--	----

P5\_TA(2003)0229

Änderung der Satzung des Gerichtshofs: Vorabentscheidungsverfahren \*

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Änderung des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes (6282/2003 – C5-0056/2003 – 2003/0804(CNS)) .....	81
---	----

P5\_TA(2003)0230

Rückführung von Drittstaatsangehörigen: Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte \*

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung der Kriterien und praktischen Modalitäten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (KOM(2003) 49 – C5-0050/2003 – 2003/0019(CNS)) .....	81
--	----

P5\_TA(2003)0231

Anwendung des Gemeinschaftsrechts 2000 und 2001

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem achtzehnten Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000) (KOM(2001) 309 – C5-0506/2001 – 2001/2197(COS)) und zu dem neunzehnten Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2001) (KOM(2002) 324 – C5-0483/2002 – 2001/2197(COS)) ..... 82

P5\_TA(2003)0232

Gesundheit und Medizinprodukte

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Auswirkungen der Richtlinie 93/42/EWG des Rates 1993 über Medizinprodukte auf die Gesundheit (2001/2270(INI)) ..... 85

P5\_TA(2003)0233

Finanzhilfen für Drittländer

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Durchführung der makrofinanziellen Hilfe für Drittländer (2002/2265(INI)) ..... 86

P5\_TA(2003)0234

Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen \*

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (KOM(2003) 176 – C5-0180/2003 – 2003/0068(CNS)) ..... 90

P5\_TA(2003)0235

Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen \*

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes (KOM(2002) 548 – C5-0502/2002 – 2002/0242(CNS)) ..... 107

P5\_TA(2003)0236

Abgeordnetenstatut

Beschluss des Europäischen Parlaments zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments ..... 115

P5\_TA(2003)0237

Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie

Entschließung des Europäischen Parlaments zu den regionalen Freihandelszonen und der Handelsstrategie der Europäischen Union (2002/2044(INI)) ..... 126

P5\_TA(2003)0238

MEDA-Programm

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Jahresbericht über die Durchführung des MEDA-Programms 2000 (KOM(2001) 806 – C5-0524/2002 – 2002/2235(INI)) ..... 134

P5\_TA(2003)0239

Abkommen UE-USA über strafrechtliche Zusammenarbeit und Auslieferung

Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu den Abkommen EU/Vereinigte Staaten in den Bereichen justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und Auslieferung (2003/2003(INI)) ..... 140



(2004/C 68 E/03)

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

## PROTOKOLL

ABLAUF DER SITZUNG .....	144
1. Eröffnung der Sitzung .....	144
2. Begrüßung .....	144
3. Mittelübertragungen .....	144
4. Vorbereitung des Europäischen Rates in Thessaloniki vom 20./21. Juni 2003 und Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (Erklärungen mit anschließender Aussprache) .....	145
5. Verteidigung der parlamentarischen Immunität .....	146
6. Lebendviehtransporte (Schriftliche Erklärung) .....	146
ABSTIMMUNGSSTUNDE	
7. Umstrukturierung der EU-Fischerei (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	147
8. Tagungskalender des Parlaments – 2004 (Abstimmung) .....	147
9. Abgeordnetenstatut (Abstimmung) .....	147
10. Elektrizitätsbinnenmarkt ***II (Abstimmung) .....	148
11. Erdgasbinnenmarkt ***II (Abstimmung) .....	148
12. Grenzüberschreitender Stromhandel ***II (Abstimmung) .....	148
13. Transeuropäische Netze im Energiebereich ***II (Abstimmung) .....	149
14. Grenzüberschreitende Verbringung genetisch veränderter Organismen ***II (Abstimmung) .....	149
15. Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe ***I (Abstimmung) .....	149
16. Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen ***I (Abstimmung) .....	150
17. Schutz von jungen Meerestieren * (Abstimmung) .....	150
18. Steuerung des Fischereiaufwands * (Abstimmung) .....	150
ENDE DER ABSTIMMUNGSSTUNDE	
19. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung .....	152
20. Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union (Aussprache) .....	152
21. Transatlantische Beziehungen (Aussprache) .....	152
22. Wahlen in Nigeria (Erklärung mit anschließender Aussprache) .....	153
23. Fragestunde (Anfragen an den Rat) .....	153
24. Zusammensetzung des Parlaments .....	155
25. Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten – Anwendung der offenen Koordinierungsmethode (Aussprache) .....	155
26. Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer (Aussprache) .....	156
27. Frauen und Sport (Aussprache) .....	156
28. Tagesordnung der nächsten Sitzung .....	156
29. Schluss der Sitzung .....	156
ANWESENHEITSLISTE .....	157
ANHANG 1	
ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN .....	159
1. Umstrukturierung der EU-Fischerei .....	159
2. Tagungskalender des Parlaments – 2004 .....	159
3. Abgeordnetenstatut .....	160
4. Elektrizitätsbinnenmarkt ***II .....	160

Inhalt (Fortsetzung)	Seite
5. Erdgasbinnenmarkt ***II	160
6. Grenzüberschreitender Stromhandel ***II	161
7. Transeuropäische Netze im Energiebereich ***II	161
8. Grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen ***II	161
9. Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe ***II	162
10. Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen ***I	163
11. Schutz von jungen Meerestieren *	164
12. Steuerung des Fischereiaufwands *	165

## ANHANG II

ERGEBNIS DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNGEN	166
1. Tagungskalender des Parlaments 2004 – Änderungsantrag 1	166
2. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Änderungsantrag 7	167
3. Bericht Rothley A5-0193/2003 – Entschließungsantrag	169
4. Empfehlung Turmes A5-0136/2003 – Änderungsanträge 53 + 59	170
5. Empfehlung Turmes A5-0136/2003 – Block 1	172
6. Empfehlung Turmes A5-0136/2003 – Änderungsantrag 57	173
7. Empfehlung Turmes A5-0136/2003 – Änderungsantrag 58	175
8. Empfehlung Rapkay A5-0135/2003 – Änderungsanträge 36 + 37	176
9. Empfehlung Rapkay A5-0135/2003 – Block 1	178
10. Empfehlung Mombaur A5-0134/2003 – Block 1	179
11. Bericht Piecyk A5-0144/2003 – Änderungsantrag 28	180
12. Bericht Piecyk A5-0144/2003 – Änderungsantrag 29	182
13. Bericht Piecyk A5-0144/2003 – Änderungsantrag 30	183
14. Bericht Piecyk A5-0144/2003 – Änderungsantrag 32	185
15. Bericht Piecyk A5-0144/2003 – Änderungsantrag 7	186
16. Bericht Piecyk A5-0144/2003 – Entschließungsantrag	187
17. Bericht De Roo A5-0151/2003 – Änderungsantrag 41	189
18. Bericht De Roo A5-0151/2003 – Änderungsantrag 42	190
19. Bericht De Roo A5-0151/2003 – Änderungsantrag 43	191
20. Bericht De Roo A5-0151/2003 – Vorschlag der Kommission	193
21. Bericht De Roo A5-0151/2003 – Entschließungsantrag	194
22. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Änderungsantrag 6	195
23. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Änderungsantrag 7	197
24. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Änderungsantrag 8	198
25. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Änderungsantrag 9	199
26. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Änderungsantrag 10	201
27. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Änderungsantrag 5	202
28. Bericht Hudghton A5-0168/2003 – Entschließungsantrag	204
29. Bericht Stevenson A5-0165/2003 – Änderungsantrag 20	205

ANGENOMMENE TEXTE

P5\_TA(2003)0240

Umstrukturierung der EU-Fischerei

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei (KOM(2002) 600 – 2003/2039(INI)) ..... 207

P5\_TA(2003)0241

Abgeordnetenstatut

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (2003/2004(INI)) ..... 210

P5\_TA(2003)0242

Elektrizitätsbinnenmarkt \*\*\*II

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG (15528/2/2002 – C5-0034/2003 – 2001/0077(COD)) ..... 211

P5\_TC2-COD(2001)0077

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG ..... 211

ANHANG A

MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER KUNDEN ..... 232

ANHANG B ..... 234

P5\_TA(2003)0243

Erdgasbinnenmarkt \*\*\*II

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG (15531/2/2002 – C5-0035/2003 – 2001/0077A(COD)) ..... 235

P5\_TC2-COD(2001)0077A

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG . 235

ANHANG A

MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER KUNDEN ..... 259

ANHANG B ..... 261

P5\_TA(2003)0244

Grenzüberschreitender Stromhandel \*\*\*II

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (15527/2/2002 – C5-0036/2003 – 2001/0078(COD)) ..... 262



Inhalt (Fortsetzung)	Seite
P5_TC2-COD(2001)0078	
Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel .....	262
ANHANG	
LEITLINIEN FÜR DIE VERWALTUNG UND ZUWEISUNG VERFÜGBARER ÜBERTRAGUNGSKAPAZITÄT VON VERBINDUNGSLEITUNGEN ZWISCHEN NATIONALEN NETZEN .....	273
P5_TA(2003)0245	
Transeuropäische Netze im Energiebereich ***II	
Legislative EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG (15767/2/2002 – C5-0033/2003 – 2001/0311(COD)) .....	275
P5_TC2-COD(2001)0311	
Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung Nr. .../2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG .....	275
ANHANG I	
TRANSEUROPÄISCHE ENERGIENETZE – ACHSEN FÜR VORRANGIGE VORHABEN GEMÄSS ARTIKEL 7 .....	281
ANHANG II	
TRANSEUROPÄISCHE ENERGIENETZE – ZUSÄTZLICHE KRITERIEN FÜR VORHABEN VON GEMEINSAMEM INTERESSE .....	282
ANHANG III	
TRANSEUROPÄISCHE ENERGIENETZE– DERZEIT ANHAND DER KRITERIEN GEMÄSS ANHANG II ERMITTELTE VORHABEN VON GEMEINSAMEM INTERESSE UND DEREN SPEZIFIKATIONEN ..	285
P5_TA(2003)0246	
Grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen ***II	
Legislative EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen (15546/1/2002 – C5-0081/2003 – 2002/0046(COD)) .....	292
P5_TC2-COD(2002)0046	
Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen .....	292
ANHANG I	
ANGABEN, DIE BEI ANMELDUNGEN GEMÄSS ARTIKEL 4 ERFORDERLICH SIND .....	304
ANHANG II	
INFORMATIONEN, DIE GEMÄSS ARTIKEL 9 ERFORDERLICH SIND .....	305
ANHANG III	
INFORMATIONEN, DIE GEMÄSS ARTIKEL 14 ERFORDERLICH SIND .....	305

P5\_TA(2003)0247

**Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe \*\*\*I**

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates (KOM(2002) 780 – C5-0629/2002 – 2002/0310(COD)) ..... 306

P5\_TC1-COD(2002)0310

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates ..... 306

P5\_TA(2003)0248

**Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen \*\*\*I**

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (KOM(2002) 595 – C5-0558/2002 – 2002/0259(COD)) .. 311

P5\_TC1-COD(2002)0259

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen ..... 311

P5\_TA(2003)0249

**Schutz von jungen Meerestieren \***

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren (KOM(2002) 672 – C5-0026/2003 – 2002/0275(CNS)) ..... 321

P5\_TA(2003)0250

**Steuerung des Fischereiaufwands \***

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 (KOM(2002) 739 – C5-0030/2003 – 2002/0295(CNS)) ..... 323

P5\_TA(2003)0251

**Lebendviehtransporte aus Mitgliedstaaten und Beitrittsländern**

Erklärung des Europäischen Parlaments zu Lebendviehtransporten aus Mitgliedstaaten und Beitrittsländern ..... 324

**ANHANG**

NAMEN DER UNTERZEICHNER ..... 325

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PROTOKOLL**

ABLAUF DER SITZUNG ..... 326

1. Eröffnung der Sitzung ..... 326

2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität ..... 326

3. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen ..... 327

(2004/C 68 E/04)



Inhalt (Fortsetzung)	Seite
4. Übermittlung von Gemeinsamen Standpunkten des Rates .....	327
5. Vorlage von Dokumenten .....	327
6. Brustkrebs (Aussprache) .....	328
7. Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs ***I (Aussprache) ....	328
8. Tagesordnung .....	328
9. Tagesordnung der Sitzung vom 18. Juni .....	329
<b>ABSTIMMUNGSSTUNDE</b>	
10. Ozonabbauende Stoffe ***I (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	330
11. Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	330
12. Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs ***I (Abstimmung) ...	330
13. Raucharomen in oder auf Lebensmitteln ***I (Abstimmung) .....	330
14. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen * (Abstimmung) .....	331
15. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums * (Abstimmung) .....	331
16. GMO für Getreide * (Abstimmung) .....	332
17. GMO für Trockenfutter * (Abstimmung) .....	332
18. GMO für Reis * (Abstimmung) .....	332
19. Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse * (Abstimmung) .....	333
20. GMO für Milch und Milcherzeugnisse * (Abstimmung) .....	333
21. Multifunktionalität der Landwirtschaft (Abstimmung) .....	333
22. Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (Abstimmung) .....	333
23. Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union (Abstimmung) .....	334
24. Wahlen in Nigeria (Abstimmung) .....	334
25. Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (Abstimmung) .....	334
26. Offene Koordinierungsmethode (Abstimmung) .....	335
27. Frauen und Sport (Abstimmung) .....	335
28. Brustkrebs (Abstimmung) .....	335
<b>ENDE DER ABSTIMMUNGSSTUNDE</b>	
29. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung .....	338
30. Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht (Aussprache) .....	338
<b>DEBATTEN ÜBER FÄLLE VON VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE, DER DEMOKRATIE UND DER RECHTSSTAATLICHKEIT</b>	
31. Lage in Indonesien, insbesondere in der Provinz Aceh (Aussprache) .....	338
32. Birma (Aussprache) .....	339
33. Simbabwe (Aussprache) .....	339
<b>ENDE DER DEBATTE ÜBER FÄLLE VON VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE, DER DEMOKRATIE UND DER RECHTSSTAATLICHKEIT</b>	
<b>ABSTIMMUNGSSTUNDE</b>	
34. Lage in Indonesien, insbesondere in der Provinz Aceh (Abstimmung) .....	339
35. Birma (Abstimmung) .....	340
36. Simbabwe (Abstimmung) .....	340
37. Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht (Artikel 110a GO) (Abstimmung) .....	341
38. Genehmigung zur Ausarbeitung von Initiativberichten – Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen – Änderung der Titel von Berichten .....	341
39. Zusammensetzung des Parlaments .....	343

Inhalt (Fortsetzung)	Seite
40. Mitteilung der Stellungnahme der Kommission zum Abgeordnetenstatut .....	343
41. Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Union (schriftliche Erklärungen) .....	343
42. Schriftliche Erklärungen im Register (Artikel 51 GO) .....	344
43. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte .....	344
44. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen .....	344
45. Unterbrechung der Sitzungsperiode .....	344
 ANWESENHEITSLISTE .....	 345
 ANHANG I	
ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN .....	347
1. Ozonabbauende Stoffe ***I .....	347
2. Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer .....	347
3. Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs ***I .....	348
4. Raucharomen in oder auf Lebensmitteln ***I .....	349
5. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen * .....	350
6. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums * .....	355
7. GMO für Getreide * .....	357
8. GMO für Trockenfutter * .....	358
9. GMO für Reis * .....	359
10. Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse * .....	359
11. GMO für Milch und Milcherzeugnisse * .....	360
12. Multifunktionalität der Landwirtschaft .....	361
13. Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder .....	361
14. Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union .....	362
15. Wahlen in Nigeria .....	363
16. Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten .....	363
17. Offene Koordinierungsmethode .....	363
18. Frauen und Sport .....	364
19. Brustkrebs .....	365
20. Lage in Indonesien, insbesondere in der Provinz Aceh .....	366
21. Birma .....	367
22. Simbabwe .....	367
23. Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht .....	368
 ANHANG II	
ERGEBNIS DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNGEN .....	369
1. Bericht Schnellhardt A5-0156/2003 – Änderungsantrag 85 .....	369
2. Bericht Schnellhardt A5-0156/2003 – Änderungsantrag 135 + 139 .....	370
3. Bericht Malliori A5-0122/2003 – Entschließung .....	371
4. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsanträge 115+119/rev .....	372
5. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 127 .....	374
6. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 108 .....	375
7. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 109 .....	376
8. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 146 .....	378
9. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsanträge 44+148 .....	379

Inhalt (Fortsetzung)	Seite
10. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsanträge 44+148 (1a) . . . . .	380
11. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 148 . . . . .	382
12. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 126 . . . . .	383
13. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 131 . . . . .	384
14. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 139 . . . . .	385
15. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 132 . . . . .	387
16. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 133 . . . . .	388
17. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 121 . . . . .	389
18. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 122 . . . . .	391
19. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Vorschlag der Kommission . . . . .	392
20. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 120/rév . . . . .	393
21. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Änderungsantrag 116 . . . . .	395
22. Bericht Cunha A5-0197/2003 – Entschließung . . . . .	396
23. Bericht Olsson A5-0182/2003 – Änderungsantrag 25 . . . . .	397
24. Bericht Olsson A5-0182/2003 – Änderungsantrag 33 . . . . .	399
25. Bericht Olsson A5-0182/2003 – Änderungsantrag 7 . . . . .	400
26. Bericht Olsson A5-0182/2003 – Vorschlag der Kommission . . . . .	401
27. Bericht Olsson A5-0182/2003 – Entschließung . . . . .	402
28. Bericht Souchet A5-0174/2003 – Änderungsantrag 1 . . . . .	403
29. Bericht Souchet A5-0174/2003 – Änderungsantrag 4 . . . . .	405
30. Bericht Souchet A5-0174/2003 – Änderungsantrag 16 . . . . .	406
31. Bericht Souchet A5-0174/2003 – Entschließung . . . . .	407
32. Bericht Souchet A5-0175/2003 – Entschließung . . . . .	408
33. Bericht Bautista Ojeda A5-0183/2003 – Entschließung . . . . .	409
34. Bericht Jeggle A5-0177/2003 – Änderungsantrag 8 . . . . .	411
35. Bericht Jeggle A5-0177/2003 – Änderungsantrag 9 . . . . .	412
36. Bericht Jeggle A5-0177/2003 – Änderungsantrag 15 . . . . .	413
37. Bericht Jeggle A5-0177/2003 – Änderungsantrag 20 . . . . .	414
38. Bericht Jeggle A5-0177/2003 – Änderungsantrag 25 . . . . .	415
39. Bericht Jeggle A5-0177/2003 – Entschließung . . . . .	417
40. Bericht Jeggle A5-0181/2003 – Änderungsantrag 5 . . . . .	418
41. Bericht Jeggle A5-0181/2003 – Änderungsantrag 11 . . . . .	419
42. Bericht Jeggle A5-0181/2003 – Entschließung . . . . .	420
43. Bericht Smet A5-0143/2003 – Änderungsantrag 6 . . . . .	421
44. B5-0287/2003 Entschließung commune – Zimbabwe – Entschließung . . . . .	422
45. Bericht Fourtou A5-0157/2003 – Entschließung . . . . .	423

ANGENOMMENE TEXTE

P5\_TA(2003)0252

Ozonabbauende Stoffe \*\*\*I

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in Bezug auf kritische Verwendungszwecke und die Ausfuhr von Halonen, die Ausfuhr Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthaltender Produkte und Einrichtungen und Vorschriften für Chlorbrommethan (KOM(2002) 642 – C5-0554/2002 – 2002/0268(COD)) . . . . .	424
---	-----



P5\_TC1-COD(2002)0268

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 5. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in Bezug auf die Kontrolle der Ausfuhr von Halonen für kritische Verwendungszwecke, die Ausfuhr von Produkten und Einrichtungen, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten, und Beschränkungen für Chlorbrommethan ..... 424

P5\_TA(2003)0253

Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer

Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Rahmenbedingungen für die Förderung der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer (KOM(2002) 364 – 2002/2243(INI)) ..... 429

P5\_TA(2003)0254

Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs \*\*\*I

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (KOM(2002) 377 – C5-0340/2002 – 2002/0141(COD)) ..... 435

P5\_TC1-COD(2002)0141

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 5. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs ..... 435

ANHANG I

FRISCHFLEISCH ..... 446

ANHANG II

LEBENDE MUSCHELN ..... 472

ANHANG III

FISCHEREIERZEUGNISSE ..... 474

ANHANG IV

MILCH UND MILCHERZEUGNISSE ..... 476

P5\_TA(2003)0255

Raucharomen in oder auf Lebensmitteln \*\*\*I

Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln (KOM(2002) 400 – C5-0348/2002 – 2002/0163(COD)) ..... 477

P5\_TC1-COD(2002)0163

Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 5. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln ..... 477

ANHANG I

BEDINGUNGEN FÜR DIE HERSTELLUNG VON PRIMÄRPRODUKTEN ..... 488

ANHANG II

FÜR DIE WISSENSCHAFTLICHE BEWERTUNG VON PRIMÄRPRODUKTEN ERFORDERLICHE INFORMATIONEN ..... 489



Inhalt ( <i>Fortsetzung</i> )	Seite
P5_TA(2003)0256	
Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen (KOM(2003) 23 – C5-0040/2003 – 2003/0006(CNS))	489
P5_TA(2003)0257	
Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 (KOM(2003) 23 – C5-0041/2003 – 2003/0007(CNS))	531
P5_TA(2003)0258	
GMO für Getreide *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (KOM(2003) 23 – C5-0042/2003 – 2003/0008(CNS))	549
P5_TA(2003)0259	
GMO für Trockenfutter *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter für die Wirtschaftsjahre 2004/05 bis 2007/08 (KOM(2003) 23 – C5-0044/2003 – 2003/0010(CNS))	557
P5_TA(2003)0260	
GMO für Reis *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Reis (KOM(2003) 23 – C5-0043/2003 – 2003/0009(CNS))	563
P5_TA(2003)0261	
Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor (KOM(2003) 23 – C5-0046/2003 – 2003/0012(CNS))	577
P5_TA(2003)0262	
GMO für Milch und Milcherzeugnisse *	
Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (KOM(2003) 23 – C5-0045/2003 – 2003/0011(CNS))	581
P5_TA(2003)0263	
Multifunktionalität der Landwirtschaft	
Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (2003/2048(INI))	585
P5_TA(2003)0264	
Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder	
Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder	588

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt ( <i>Fortsetzung</i> )	Seite
P5_TA(2003)0265	Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäische Union (KOM(2002) 700 – C5-0104/2003 – 2000/2014(COS)) . . . . .	592
P5_TA(2003)0266	Wahlen in Nigeria Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Wahlen in Nigeria . . . . .	599
P5_TA(2003)0267	Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Entschließung des Europäischen Parlaments zur Analyse der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und die Zukunftsaussichten (2002/2223(INI)) . .	601
P5_TA(2003)0268	Anwendung der offenen Koordinierungsmethode Entschließung des Europäischen Parlaments zur Anwendung der offenen Methode der Koordinierung . . . . .	604
P5_TA(2003)0269	Frauen und Sport Entschließung des Europäischen Parlaments zu Frauen und Sport (2002/2280(INI)) . . . . .	605
P5_TA(2003)0270	Brustkrebs Entschließung des Europäischen Parlaments zu Brustkrebs (2002/2279(INI)) . . . . .	611
P5_TA(2003)0271	Lage in Indonesien, insbesondere in den Provinzen Aceh und Papua Entschließung des Europäischen Parlaments zu Indonesien, insbesondere in den Provinzen Aceh und Papua . . . . .	617
P5_TA(2003)0272	Birma Entschließung des Europäischen Parlaments zur Festnahme von Aung San Suu Kyi in Birma . . . . .	620
P5_TA(2003)0273	Simbabwe Entschließung des Europäischen Parlaments zu Simbabwe . . . . .	622
P5_TA(2003)0274	Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Bürgerbeauftragten über die Beziehungen zum Beschwerdeführer bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht (KOM(2002) 141 – C5-0288/2002 – 2002/2148(COS)) . . . . .	623
P5_TA(2003)0275	Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Union Erklärung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Europäischen Union . . . . .	625
	ANHANG NAMEN DER UNTERZEICHNER . . . . .	625



*Erklärung der benutzten Zeichen*

- \* Verfahren der Konsultation
- \*\* I Verfahren der Zusammenarbeit: erste Lesung
- \*\* II Verfahren der Zusammenarbeit: zweite Lesung
- \*\*\* Verfahren der Zustimmung
- \*\*\* I Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung
- \*\*\* II Verfahren der Mitentscheidung: zweite Lesung
- \*\*\* III Verfahren der Mitentscheidung: dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

*Hinweis zur Abstimmungsstunde*

Falls nicht anders angegeben, haben die Berichterstatter dem Präsidenten ihre Haltung zu den Änderungsanträgen schriftlich mitgeteilt.

*Abkürzungen der Ausschüsse*

- AFET Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik
- BUDG Haushaltsausschuß
- CONT Ausschuß für Haushaltskontrolle
- LIBE Ausschuß für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten
- ECON Ausschuß für Wirtschaft und Währung
- JURI Ausschuß für Recht und Binnenmarkt
- ITRE Ausschuß für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie
- EMPL Ausschuß für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
- ENVI Ausschuß für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik
- AGRI Ausschuß für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- PECH Ausschuß für Fischerei
- RETT Ausschuß für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr
- CULT Ausschuß für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport
- DEVE Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit
- AFCO Ausschuß für konstitutionelle Fragen
- FEMM Ausschuß für die Rechte der Frau und Chancengleichheit
- PETI Petitionsausschuß

*Abkürzungen der Fraktionen*

- PPE-DE Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
- PSE Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
- ELDR Fraktion der Liberalen und Demokratischen Partei Europas
- Verts/ALE Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
- GUE/NGL Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
- UEN Fraktion Union für das Europa der Nationen
- EDD Fraktion für das Europa der Demokratien und der Unterschiede
- NI fraktionslos

## I

(Mitteilungen)

## EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2003 – 2004

---

Sitzungen vom 2. bis 5. Juni 2003

STRASSBURG

---

(2004/C 68 E/01)

## PROTOKOLL

## ABLAUF DER SITZUNG

VORSITZ: Pat COX

*Präsident*

**1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode**

Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.

**2. Mitteilungen des Präsidenten**

Der Präsident gibt Erklärungen ab:

- zu den beiden schweren Erdbeben in Algerien, die in den letzten beiden Wochen ganze Regionen zerstört und tausende Todesopfer und Verletzte gefordert haben. Er weist darauf hin, dass er den Familien der Opfer und den algerischen Behörden im Wege eines Briefes an den Präsidenten Bouteflika sein Mitgefühl und sein Beileid ausgesprochen hat. Er fügt hinzu, dass er das Parlament morgen, zu Beginn der feierlichen Sitzung anlässlich des Besuchs des Präsidenten Bouteflika, bitten wird, eine Schweigeminute im Gedenken an die Opfer dieser Erdbeben einzulegen.
- zum Flugzeugabsturz in der Türkei, der 62 Angehörigen der spanischen Streitkräfte, die sich nach einer viermonatigen humanitären Mission in Afghanistan auf dem Heimweg nach Spanien befanden, und dreizehn ukrainischen Besatzungsmitgliedern das Leben gekostet hat. Er teilt mit, dass er im Namen des Parlaments dem spanischen Regierungschef Aznar sein Mitgefühl ausgedrückt und den Familien der Opfer sein Beileid übermittelt hat.

Das Parlament legt eine Schweigeminute ein.

- zur Verhaftung von d'Aung San Suu Kyi, der Sacharow – Preisträgerin des Jahres 1990. Er teilt mit, dass er letzte Woche von dieser einen Brief erhalten hat, indem sie ihre Hoffnung ausdrückt, die Einladung in das Parlament annehmen zu können. Der Präsident fordert die birmanischen Behörden im Namen des Parlaments auf, d'Aung San Suu Kyi unverzüglich freizulassen sowie die Menschenrechte und politischen Rechte des birmanischen Volkes zu achten.

Montag, 2. Juni 2003

- zum Attentat in Navarra vom 30. Mai 2003, dem zwei Mitglieder der spanischen Polizei zum Opfer gefallen sind. Er teilt mit, dass er im Namen des Parlaments den Familien der Polizisten sein Beileid ausgesprochen und der spanischen Regierung seine Solidarität versichert hat.

Das Parlament legt eine Schweigeminute ein.

### **3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung**

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

### **4. Zusammensetzung der Ausschüsse**

Auf Antrag der PSE- und ELDR-Fraktionen bestätigt das Parlament die folgenden Benennungen:

- AFET-Ausschuss: Richard Howitt anstelle von Linda McAvan;
- RETT-Ausschuss: Enrique Monsonís Domingo;
- DEVE-Ausschuss: Linda McAvan anstelle von Richard Howitt;
- FEMM-Ausschuss: Johanna L.A. Boogerd-Quaak;

Das Parlament wird über die folgende Benennung als Beobachter informiert:

- ECON-Ausschuss: Jacek Protasiewicz.

### **5. Zusammensetzung der Fraktionen**

Elizabeth Montfort hat sich mit Wirkung vom 2. Juni 2003 der PPE-DE-Fraktion angeschlossen.

### **6. Zusammensetzung des Parlaments**

Karla M.H. Peijs wurde zur Verkehrsministerin der niederländischen Regierung ernannt. Der Präsident beglückwünscht sie zu ihrer Ernennung und stellt gemäß Artikel 8 Absatz 4 GO das Ende ihres Mandats als Mitglied des Europäischen Parlaments und das Freiwerden dieses Sitzes mit Wirkung vom 27. Mai 2003 fest.

### **7. Prüfung von Mandaten**

Auf Vorschlag des JURI-Ausschusses beschließt das Parlament, die Mandate der Abgeordneten Uma Aaltonen, Johanna L.A. Boogerd-Quaak und Enrique Monsonís Domingo für gültig zu erklären.

### **8. Tagungskalender 2004**

Der Präsident teilt mit, dass er von der Konferenz der Präsidenten betreffend den Tagungskalender für 2004 den Vorschlag erhalten hat, eine elfte Tagung von Montag, den 3. Mai, bis Donnerstag, den 6. Mai 2004, abzuhalten.

Die Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen wird auf Dienstag, 16.00 Uhr festgelegt.

Abstimmung: *Punkt 8 des Protokolls vom 4. Juni 2003.*

Es sprechen die Abgeordneten:

- Christopher Heaton-Harris, der erfahren möchte, ob tatsächlich eine Sitzung am 1. Mai 2004 in Brüssel oder Strassburg stattfinden wird (der Präsident antwortet, dass die Konferenz der Präsidenten bis heute keine Sitzung für dieses Datum vorgeschlagen hat);
- Klaus-Heiner Lehne der sich angesichts der durch den Vertrag von Nizza festgelegten Anzahl von Abgeordneten fragt, wie die qualifizierte Mehrheit bei dieser Tagung zustande kommt (Der Präsident weist darauf hin, dass die Konferenz der Präsidenten sich dieses Problems bewusst ist und beschlossen hat, während der Phase des Wahlkampfes eher politische als legislative Punkte auf die Tagesordnung zu setzen).

## 9. Petitionen

Folgende Petitionen, die zu den angegebenen Daten in das Register eingetragen wurden, wurden gemäß Artikel 174 Absatz 5 GO zur Prüfung an den zuständigen Ausschuss überwiesen:

19. Mai 2003

Elke Schieben (Nr. 449/2003)  
Gerhard Östreich (Nr. 450/2003)  
Martina Ulrich (Nr. 451/2003)  
Karl Nagel (Nr. 452/2003)  
Fabio Baccari (Nr. 453/2003)  
Harald Richter (Nr. 454/2003)  
Friederike Fless (Nr. 455/2003)  
David Petrie (The Association of Foreign Lecturers in Italy) (Nr. 456/2003)  
Brian Havard (British Australian Pensioners Association Inc.) (Nr. 457/2003)  
Gerald Moloney (G J Moloney Solicitors) (Nr. 458/2003)  
Peter Janssen (Nr. 459/2003)  
Peter Martin (Nr. 460/2003)  
Salme Laukkanen (Nr. 461/2003)  
Tapani Sundberg (Nr. 462/2003)  
Constant Verbraeken (Nr. 463/2003)  
Constant Verbraeken (Nr. 464/2003)  
Christos Dasioudis (Nr. 465/2003)  
Stylios Simeonidis (Nr. 466/2003)  
Enrique Cambra (Nr. 467/2003)  
Facundo Pérez Rubio (Universidad Politécnica de Catagena) (Nr. 468/2003)  
Jaime Oleart Boada (Nr. 469/2003)  
Juan Antonio Díaz García (Nr. 470/2003)  
Esther Alarcón Rojas (Nr. 471/2003)  
Agustín Otsoa Eribeko Landa (Nr. 472/2003)  
Purificación Marino (Nr. 473/2003)  
Monique Rongieres (Groupe Polyhandicap France) (Nr. 474/2003)  
Rauf Haceni (Nr. 475/2003)  
Brigitte Poirson (Nr. 476/2003)  
Suleyman Maden (Nr. 477/2003)  
Gérard Peru (Nr. 478/2003)  
Flavia Ferro (Nr. 479/2003)  
Generoso Zigarella (Nr. 480/2003)  
Mario Sisti (Nr. 481/2003)  
Furio Masi (Nr. 482/2003)  
Joerg Luther (Nr. 483/2003)  
Nicola Selva (Fraternity insieme edificiamo il tempo) (Nr. 484/2003)  
Giuseppe De Gennaro (Nr. 485/2003)  
Aureliano Del Fabbro (Nr. 486/2003)  
Marcello Menna (Nr. 487/2003)  
Diego Fiumarella (Nr. 488/2003)  
Guido Emanuele Galasso (Nr. 489/2003)  
Fernando Augusto de Almeida Ribeiro e Castro (APFN — Associação Portuguesa de Familias Numerosas) (Nr. 490/2003)

**Montag, 2. Juni 2003**

22. Mai 2003

Athanasia Razopoulou (Nr. 491/2003)

María del Pilar Bernardo Renilla (Colectico de ciudadanos-as de Vitigudino y comarca por una comarca limpia) (Nr. 492/2003)

María Isabel González Gil (Anti Bullfighting Committee Belgium) (Nr. 493/2003)

José Antonio Garcíá Díaz (Establecimiento Penitenciario De Villabona (Asturias)) (Nr. 494/2003)

José Ángel de Miguel Briz (Nr. 495/2003)

Pierre Pensivy (Nr. 496/2003)

Hervé Tanguy (Nr. 497/2003)

Sonia Pradine (Rangzen) (Nr. 498/2003)

Arkadiy Vasilevskiy (Ilga Europe) (Nr. 499/2003)

Jean Rapin (Nr. 500/2003)

Thérèse Leroy (Nr. 501/2003)

Matteo Lazzerini (Nr. 502/2003)

Agostino Birgillito (Nr. 503/2003)

Filippo Fedele (Nr. 504/2003)

Florian Becht (Nr. 505/2003)

Gernot Weyrich (Interessengemeinschaft gegen das Schornsteinfegermonopol) (Nr. 506/2003)

Christoph Schwemmlin (Gebrüder Klöcker GmbH) (Nr. 507/2003)

Jürgen und Ingeborg Braun (Nr. 508/2003)

Willi Schmelig (Wählerinitiative BFB) (Nr. 509/2003)

Michael Hoffmeier (KV Eichfeld Bündnis 90/Die Grünen) (Nr. 510/2003)

Edith und Cornelia Breuer (Nr. 511/2003)

Peter Lohe (Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB) Rheinberg e.V.) (2 weitere Unterzeichner) (Nr. 512/2003)

Stela Velichi (Nr. 513/2003)

Wilfried Ludwig Weh (Nr. 514/2003)

Shiva Sánchez Laizola (43 weitere Unterzeichner) (Nr. 515/2003)

Arlette Willems (Asociation de Vecinos „Planer“) (40 weitere Unterzeichner) (Nr. 516/2003)

Constant Verbraeken (Nr. 517/2003)

## 10. Vorlage von Dokumenten

Folgende Dokumente sind eingegangen:

1) von Rat und Kommission:

- Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verbesserung der Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen (KOM(2003) 229 – C5-0218/2003 – 2003/0089(COD))

Ausschussbefassung: federführend: RETT  
mitberatend: LIBE, ITRE

Rechtsgrundlage: Artikel 80 Absatz 2 EGV

- Stellungnahme der Kommission gemäß Artikel 251 Absatz 2 Unterabsatz 3 Buchstabe c des EG-Vertrags zu den Abänderungen des Europäischen Parlaments am Gemeinsamen Standpunkt des Rates zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (KOM(2003) 193 – C5-0234/2003 – 2001/0265(COD))

Ausschussbefassung: federführend: ITRE  
mitberatend: ECON, ENVI, AGRI, RETT

Rechtsgrundlage: Artikel 175 EGV

Montag, 2. Juni 2003

- Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 94/35/EG über Süßungsmittel, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen (KOM(2003) 277 – C5-0235/2003 – 2002/0152(COD))  
Ausschussbefassung: federführend: ENVI  
Rechtsgrundlage: Artikel 95 EGV
- Vorschlag für eine Verordnung des Rates über den Abschluss des Abkommens in Form eines Briefwechsels über die Verlängerung des Protokolls zur Festlegung der Fangmöglichkeiten und der finanziellen Gegenleistung nach dem Abkommen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung von Mauritius über die Fischerei vor der Küste von Mauritius für die Zeit vom 3. Dezember 2002 bis 2. Dezember 2003 (KOM(2003) 202 – C5-0236/2003 – 2003/0074(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: PECH  
mitberatend: BUDG, DEVE  
Rechtsgrundlage: Artikel 37 EGV, Artikel 300 Absatz 2 EGV, Artikel 300 Absatz 3 EGV
- Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit Maßnahmen zur Wiederauffüllung der Kabeljaubestände (KOM(2003) 237 – C5-0237/2003 – 2003/0090(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: PECH  
mitberatend: ENVI  
Rechtsgrundlage: Artikel 37 EGV
- Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens zur Verlängerung des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine (KOM(2003) 231 – C5-0242/2003 – 2003/0087(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: ITRE  
mitberatend: AFET  
Rechtsgrundlage: Artikel 170 Absatz 2 EGV
- Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Steuerung der Flottenkapazität der in Gebieten in äußerster Randlage registrierten Fangflotten (KOM(2003) 175 – C5-0243/2003 – 2003/0062(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: PECH  
mitberatend: ENVI, RETT  
Rechtsgrundlage: Artikel 37 EGV
- Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Verstärkung des strafrechtlichen Rahmens zur Bekämpfung der Verschmutzung durch Schiffe (KOM(2003) 227 – C5-0244/2003 – 2003/0088(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: LIBE  
mitberatend: ENVI, RETT  
Rechtsgrundlage: Artikel 29 EGV, Artikel 31 EGV, Artikel 34 Absatz 2 EGV
- Vorschlag für eine Mittelübertragung 12/2003 von Kapitel zu Kapitel im Einzelplan III – Kommission – Teil A – des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2003 (SEK(2003) 623 – C5-0245/2003 – 2003/2110(GBD))  
Ausschussbefassung: federführend: BUDG
- Vorschlag für eine Mittelübertragung 13/2003 von Kapitel zu Kapitel im Einzelplan III – Kommission – Teil B – des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2003 (SEK(2003) 639 – C5-0246/2003 – 2003/2111(GBD))  
Ausschussbefassung: federführend: BUDG
- Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Rohtabak (kodifizierte Fassung) (KOM(2003) 243 – C5-0247/2003 – 2003/0096(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: JURI  
mitberatend: AGRI  
Rechtsgrundlage: Artikel 36 EGV, Artikel 37 EGV
- Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Drogenausgangsstoffe (KOM(2003) 304 – C5-0250/2003 – 2002/0217(COD))  
Ausschussbefassung: federführend: LIBE  
mitberatend: ENVI  
Rechtsgrundlage: Artikel 95 EGV

**Montag, 2. Juni 2003**

## 2) von den Ausschüssen:

## 2.1) Berichte:

- \*\*\*I Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (KOM(2002) 377 – C5-0340/2002 – 2002/0141(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatter: Herr Schnellhardt (A5-0156/2003).
- Bericht über die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Bürgerbeauftragten über die Beziehungen zum Beschwerdeführer bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht (KOM(2002) 141 – C5-0288/2002 – 2002/2148(COS)) – Petitionsausschuss  
Berichterstatterin: Frau Fourtou (A5-0157/2003).
- Bericht über die Mitteilung der Kommission: „Hin zu einer Strategie zum Schutz und zur Erhaltung der Meeresumwelt“ (KOM(2002) 539 – C5-0155/2003 – 2003/2065(INI)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau González Álvarez (A5-0158/2003).
- Bericht über Brustkrebs in der Europäischen Union (2002/2279(INI)) – Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit  
Berichterstatterin: Frau Jöns (A5-0159/2003).
- Bericht über den Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäische Union (KOM(1999) 513 – C5-0036/2000 – 2000/2014(COS)) – Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik  
Berichterstatter: Herr Oostlander (A5-0160/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile (Vereinfachtes Verfahren – Artikel 158 Absatz 1 GO) (KOM(2003) 82 – C5-0067/2003 – 2003/0035(CNS)) – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Herr Westendorp y Cabeza (A5-0161/2003).
- Bericht über die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über den Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei (KOM(2002) 600 – C5-0073/2003 – 2003/2039(INI)) – Ausschuss für Fischerei  
Berichterstatter: Herr Fava (A5-0162/2003).
- Bericht betreffend ein Aktionsplan der Gemeinschaft zur Einschränkung der Rückwürfe beim Fischfang (KOM(2002) 656 – C5-0072/2003 – 2003/2036(INI)) – Ausschuss für Fischerei  
Berichterstatter: Herr Busk (A5-0163/2003).
- Bericht über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Besonderer Rahmen zur Unterstützung der traditionellen AKP-Bananenlieferanten (Verordnung des Rates Nr. 856/1999) – Zweijährlicher Bericht der Kommission 2002 (KOM(2002) 763 – C5-0204/2003 – 2003/2091(INI)) – Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit  
Berichterstatter: Herr Fernández Martín (A5-0164/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 (KOM(2002) 739 – C5-0030/2003 – 2002/0295(CNS)) – Ausschuss für Fischerei  
Berichterstatter: Herr Stevenson (A5-0165/2003).

Montag, 2. Juni 2003

- \* Bericht über den Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung der Kriterien und praktischen Modalitäten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (KOM(2003) 49 – C5-0050/2003 – 2003/0019(CNS)) – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten  
Berichterstatter: Herr Oreja Arburúa (A5-0166/2003).
- Bericht über Frauen und Sport (2002/2280(INI)) – Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit  
Berichterstatterin: Frau Fraisse (A5-0167/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren (KOM(2002) 672 – C5-0026/2003 – 2002/0275(CNS)) – Ausschuss für Fischerei  
Berichterstatter: Herr Hudghton (A5-0168/2003).
- Bericht über die internationale Rolle des Euroraums und die erste Bewertung der Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen (KOM(2002) 747 – 2002/2259(INI)) – Ausschuss für Wirtschaft und Währung  
Berichterstatter: Herr Gasòliba i Böhm (A5-0169/2003).
- \*\*\*I Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Satzung und die Finanzierung europäischer politischer Parteien (KOM(2003) 77 – C5-0059/2003 – 2003/0039(COD)) – Ausschuss für konstitutionelle Fragen  
Berichterstatter: Herr Leinen (A5-0170/2003).
- Bericht zur Aufstellung eines Aktionsplans der Gemeinschaft für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Mittelmeer im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik (KOM(2002) 535 – C5-0623/2002 – 2002/2281(INI)) – Ausschuss für Fischerei  
Berichterstatter: Herr Lisi (A5-0171/2003).
- Bericht über den Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu den Abkommen EU/Vereinigte Staaten in den Bereichen justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und Auslieferung (2003/2003(INI)) – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten  
Berichterstatter: Herr Hernández Mollar (A5-0172/2003).
- Bericht über den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1/2003 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2003 (2003/2031(BUD)) – Haushaltsausschuss  
Berichterstatter: Herr Färm (A5-0173/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Getreide (KOM(2003) 23 – C5-0042/2003 – 2003/0008(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Herr Souchet (A5-0174/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter für die Wirtschaftsjahre 2004/2005 bis 2007/2008 (KOM(2003) 23 – C5-0044/2003 – 2003/0010(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Herr Souchet (A5-0175/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor (KOM(2003) 23 – C5-0046/2003 – 2003/0012(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatterin: Frau Jeggle (A5-0177/2003).
- \*\*\*I Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 hinsichtlich der Verlängerung des Zeitraums, in dem Übergangsmaßnahmen gelten (vereinfachtes Verfahren – Artikel 158 Absatz 1 GO) (KOM(2003) 103 – C5-0068/2003 – 2003/0046(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Jackson (A5-0178/2003).



**Montag, 2. Juni 2003**

- \*\*\*I Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in Bezug auf kritische Verwendungszwecke und die Ausfuhr von Halonen, die Ausfuhr Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthaltender Produkte und Einrichtungen und Vorschriften für Chlorbrommethan (KOM(2002) 642 – C5-0554/2002 – 2002/0268(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatlerin: Frau Jackson (A5-0179/2003).
- Bericht über die Rechtsgrundlagen und die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts (2001/2151(INI)) – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt  
Berichterstatler: Herr Koukiadis (A5-0180/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 über die Gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (KOM(2003) 23 – C5-0045/2003 – 2003/0011(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatlerin: Frau Jeggle (A5-0181/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 (KOM(2003) 23 – C5-0041/2003 – 2003/0007(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatler: Herr Olsson (A5-0182/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Reis (KOM(2003) 23 – C5-0043/2003 – 2003/0009(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatler: Herr Bautista Ojeda (A5-0183/2003).
- Bericht über den Jahresbericht der Kommission über den Kohäsionsfonds (2001) (KOM(2002) 557 – C5-0024/2003 – 2003/2020(INI)) – Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr  
Berichterstatlerin: Frau Scallon (A5-0184/2003).
- Bericht über den 13. Jahresbericht der Kommission hinsichtlich der Strukturfonds (2001) (KOM(2002) 591 – C5-0023/2003 – 2003/2019(INI)) – Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr  
Berichterstatler: Herr Markov (A5-0186/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Leitlinien für Beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (KOM(2003) 176 – C5-0180/2003 – 2003/0068(CNS)) – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten  
Berichterstatler: Herr Schmid (A5-0187/2003).
- Bericht über die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Reform der GAP (2003/2048(INI)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatlerin: Frau Rodriguez Ramos (A5-0189/2003).
- Bericht über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Aufhebung der Lieferbindungen: für eine wirksamere Hilfe (KOM(2002) 639 – C5-0626/2002 – 2002/2284(INI)) – Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit  
Berichterstatler: Herr Fernández Martín (A5-0190/2003).
- Bericht über die Durchführung der makrofinanziellen Hilfe für Drittländer (2002/2265(INI)) – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatler: Herr Belder (A5-0192/2003).
- Bericht zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (2003/2004(INI)) – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt  
Berichterstatler: Herr Rothley (A5-0193/2003).

Montag, 2. Juni 2003

- Bericht über die Mitteilung der Kommission: Die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Energiebereich (KOM(2002) 408 – C5-0537/2002 – 2002/2244(INI)) – Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit  
Berichterstatter: Herr Wijkman (A5-0196/2003).
- \* Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen (KOM(2003) 23 – C5-0040/2003 – 2003/0006(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Herr Cunha (A5-0197/2003).
- Bericht über den Jahresbericht der Kommission über das strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung auf den Beitritt (ISPA) 2001 (KOM(2002) 596 – C5-0025/2003 – 2003/2021(INI)) – Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr  
Berichterstatterin: Frau Poli Bortone (A5-0199/2003).

## 2.2) Empfehlungen für die zweite Lesung:

- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung (15776/2/2002 – C5-0132/2003 – 2002/0073(COD)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatterin Frau Keppelhoff-Wiechert (A5-0176/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 86/609/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (5240/1/2003 – C5-0134/2003 – 2001/0277(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Jackson (A5-0185/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2000/13/EG hinsichtlich der Angabe der in Lebensmitteln enthaltenen Zutaten (15514/2/2002 – C5-0080/2003 – 2001/0199(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Klaß (A5-0191/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Überwachung von Zoonosen und Zoonoseerregern und zur Änderung der Entscheidung 90/424/EWG des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 92/117/EWG des Rates (14856/1/2002 – C5-0084/2003 – 2001/0176(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Paulsen (A5-0194/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Salmonellen und anderen durch Lebensmittel übertragbaren Zoonoseerregern (14857/1/2002 – C5-0083/2003 – 2001/0177(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Paulsen (A5-0195/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/82/EG des Rates zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen (14054/1/2002 – C5-0085/2003 – 2001/0257(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatter Herr Lisi (A5-0198/2003).

**Montag, 2. Juni 2003**

- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle (14843/1/2002 – C5-0082/2003 – 2001/0291(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Corbey (A5-0200/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 96/22/EG des Rates über das Verbot der Verwendung bestimmter Stoffe mit hormonaler bzw. thyreostatischer Wirkung und von b-Agonisten in der tierischen Erzeugung (14502/1/2002 – C5-0079/2003 – 2000/0132(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatter: Herr Olsson (A5-0201/2003).
- \*\*\*II Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel (5204/3/2003 – C5-0133/2003 – 2001/0173(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichterstatterin: Frau Scheele (A5-0202/2003).

## 3) von den Abgeordneten:

## 3.1) Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Artikel 42 GO)

- Elmar Brok, im Namen des AFET-Ausschusses an den Rat: Eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für das dritte Jahrtausend (B5-0094/2003);
- Elmar Brok, im Namen des AFET-Ausschusses an die Kommission: Eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für das dritte Jahrtausend (B5-0095/2003);
- Michel Rocard, im Namen des CULT-Ausschusses an die Kommission: Anwendung der offenen Koordinierungsmethode (B5-0096/2003).

## 3.2) Fragestunde (Artikel 43 GO)

- Ludford Sarah, Alavanos Alexandros, Posselt Bernd, Marinos Ioannis, Casaca Paulo, Sacrédeus Lennart, Moraes Claude, De Rossa Proinsias, Howitt Richard, Dupuis Olivier, Dell'Alba Gianfranco, Turco Maurizio, Cappato Marco, Kratsa-Tsagaropoulou Rodi, Fitzsimons James (Jim), Hyland Liam, Andrews Niall, Meijer Erik, Crowley Brian, Cushnahan John Walls- Xarchakos Stavros, Sacrédeus Lennart, De Rossa Proinsias, Beysen Ward, Posselt Bernd, Vallvé Joan, Zabell Theresa, Alavanos Alexandros, Rübiger Paul, Ebner Michl, Perry Roy, Howitt Richard, Alyssandrakis Konstantinos, Kratsa-Tsagaropoulou Rodi, Isler Béguin Marie Anne, Lage Carlos, Nogueira Román Camilo, Maes Nelly, Grönfeldt Bergman Lisbeth, Andersson Jan, Izquierdo Rojo María, Mastorakis Emmanouil, García-Margallo y Marfil José Manuel, Hatzidakis Konstantinos, Korakas Efstratios, Patakis Ioannis, Moraes Claude, Fitzsimons James (Jim), Hyland Liam, Andrews Niall, Meijer Erik, Crowley Brian, Cushnahan John Walls, Riis-Jørgensen Karin.

## 3.3) Entschließungsanträge (Artikel 48 GO)

- Ilka Schröder zur Rechtfertigung, Legalisierung oder Rehabilitierung von Folter in Deutschland (B5-0191/2003).  
Ausschussbefassung: federführend: LIBE
- Jorge Salvador Hernández Mollar zu Entschädigungen für Verluste im Erdbeersektor von Huelva (B5-0269/2003).  
Ausschussbefassung: federführend: AGRI  
mitberatend: EMPL, RETT
- Salvador Garriga Polledo zu Vertragserfüllungsgarantien in Lateinamerika (B5-0270/2003).  
Ausschussbefassung: federführend: LIBE

Montag, 2. Juni 2003

### 3.4) Vorschläge für eine Empfehlung (Artikel 49 GO)

- Carlos Coelho zum Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II) (B5-0268/2003).

Ausschussbefassung: federführend: LIBE

### 3.5) Schriftliche Erklärungen (Artikel 51 GO)

- Kathalijne Maria Buitenweg, Andrew Nicholas Duff, Christopher Heaton-Harris, Michiel van Hulten und Helle Thorning-Schmidt zum Recht des Europäischen Parlaments, seinen Sitz selbst zu bestimmen (9/2003).

## 11. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments

Die Mitteilung der Kommission über die Weiterbehandlung der vom Parlament während seiner Tagung von März I und II 2003 angenommenen Standpunkte und Entschlüsse ist verteilt worden.

## 12. Schriftliche Erklärungen (Artikel 51 GO)

Die schriftliche Erklärung Nr. 3/2003 hat nicht die erforderliche Anzahl von Unterschriften erhalten und ist somit gemäß Artikel 51 Absatz 5 GO hinfällig.

## 13. Arbeitsplan

Nach der Tagesordnung folgt die Festlegung des Arbeitsplans.

Der endgültige Entwurf der Tagesordnung für die Tagung Juni I 2003 und Juni II 2003 (PE 331.504/PDO) ist verteilt worden. Folgende Änderungen wurden beantragt (Artikel 111 GO):

### Sitzungen vom 2. bis 5. Juni 2003

- Montag, 2. Juni
  - keine Änderung
- Dienstag, 3. Juni
  - keine Änderung
- Mittwoch, 4. Juni

Der Präsident schlägt vor, die Einreichungsfristen im Zusammenhang mit den mündlichen Anfragen an den Rat und die Kommission zur transatlantischen Partnerschaft (Nr. 46 PDO) wie folgt zu verlängern:

- Entschließungsanträge: Donnerstag, 12. Juni, 12.00 Uhr;
- Änderungsanträge und gemeinsame Entschließungsanträge: Dienstag 17. Juni, 12.00 Uhr.

Es spricht Enrique Barón Crespo, der die Weigerung des Rates, an der Aussprache über die Wahlen in Nigeria teilzunehmen, bedauert (der Präsident antwortet, dass er die Aufforderung erneut an den Rat richten wird).

- Donnerstag, 5. Juni

Debatten über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Artikel 50):

- Die ELDR-Fraktion beantragt, den Punkt „Nepal“ durch einen Punkt „Lage in Birma“ zu ersetzen. Das Parlament billigt den Antrag.
- Die PPE-DE-, PSE- und ELDR-Fraktionen beantragen, den Punkt „Guinea-Bissau“ durch einen Punkt „Simbabwe“ zu ersetzen. Das Parlament billigt den Antrag.

Montag, 2. Juni 2003

### Sitzungen vom 18. und 19. Juni 2003

- Betreffend die Erklärung des Hohen Vertreters für die GASP (Nr. 66 PDOJ) zum Nahen Osten wünscht die PSE-Fraktion, dass die Kommission ebenfalls eine Erklärung zu diesem Thema abgibt.

Der Präsident stellt fest, dass es keine Einwände gibt, und teilt mit, dass er eine entsprechende Bitte an die Kommission richten wird.

Hans-Gert Poettering beantragt im Namen der PPE-DE-Fraktion, dass die Kommission am Mittwoch oder Donnerstag eine Erklärung zu dem Betrugsfall bei Eurostat abgibt (der Präsident teilt mit, dass er diesen Antrag an die Konferenz der Präsidenten diese Woche übermitteln wird) und Enrique Barón Crespo äußert den Wunsch, dass der CONT-Ausschuss in diese Aussprache mit einbezogen wird (der Präsident teilt mit, dass er diesen Vorschlag ebenfalls der Konferenz der Präsidenten vorlegen wird).

- Die Verts/ALE-Fraktion beantragt gemäß Artikel 111a GO, am 18. Juni eine außerordentliche Aussprache über den Europäischen Konvent auf die Tagesordnung zu setzen.

Es sprechen Monica Frassoni, die den Antrag im Namen der Verts/ALE-Fraktion begründet, Hans-Gert Poettering im Namen der PPE-DE-Fraktion, Enrique Barón Crespo, der im Namen der PSE-Fraktion vorschlägt, diesen Punkt auf die nächste Tagesordnung der Konferenz der Präsidenten zu setzen, Graham R. Watson im Namen der ELDR-Fraktion, der sich diesem Vorschlag anschließt, Gerardo Galeote Quecedo, dieser zur Wortmeldung von Enrique Barón Crespo, und Enrique Barón Crespo.

Der Präsident weist zunächst darauf hin, dass der Präsident des Konvents mit Sicherheit nicht vor Abschluss der Arbeiten des Konvents zur Verfügung stehen wird und fragt Monica Frassoni, ob sie den Vorschlag von Enrique Barón Crespo weiter verfolgen will oder ob sie in dieser Phase eine Abstimmung wünscht.

Es sprechen Monica Frassoni, die erklärt, dass sie es vorzieht, wenn die Sache der Konferenz der Präsidenten unterbreitet wird, Hans-Gert Poettering und Nuala Ahern, diese beiden zur Weigerung des Präsidenten des Konvents, zum jetzigen Zeitpunkt vor dem Parlament zu erscheinen.

Der Präsident beschließt, dem Vorschlag von Enrique Barón Crespo zu folgen und die Sache der Konferenz der Präsidenten zu unterbreiten.

\*

\* \*

Der Arbeitsplan ist somit festgelegt.

## 14. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Gemäß Artikel 121a GO sprechen die folgenden Abgeordneten, die die Aufmerksamkeit des Parlaments auf Fragen von politischer Bedeutung richten wollen:

Mary Elizabeth Banotti, Nelly Maes, Glenys Kinnock, Geoffrey Van Orden, Christopher Heaton-Harris, Konstantinos Alyssandrakis, Neil MacCormick, Carlo Fatuzzo, Olivier Dupuis, Carlos Bautista Ojeda, Arlette Laguiller, Jan Dhaene, Agnes Schierhuber, Ioannis Patakis, Camilo Nogueira Román, José Ribeiro e Castro, Koldo Gorostiaga Atxalandabaso, Marcelino Oreja Arburúa und Nuala Ahern.

## 15. Abgeordnetenstatut (Aussprache)

Bericht: Statut der Mitglieder des Europäischen Parlaments [2003/2004(INI)] – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt. Berichterstatter: Willi Rothley (A5-0193/2003).

Willi Rothley erläutert seinen Bericht.

Es spricht Loyola de Palacio (Vizepräsidentin der Kommission).

Es sprechen Göran Färm (in Vertretung des Verfassers der Stellungnahme des mitberatenden BUDG-Ausschusses), Klaus-Heiner Lehne im Namen der PPE-DE-Fraktion, Manuel Medina Ortega im Namen der PSE-Fraktion, Diana Wallis im Namen der ELDR-Fraktion, Ole Krarup im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Neil MacCormick im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Rijk van Dam im Namen der EDD-Fraktion, Gianfranco Dell'Alba, fraktionslos, Giuseppe Gargani, Bill Miller, Astrid Thors, Sylvia-Yvonne Kaufmann, Kathalijne Maria Buitenweg, Othmar Karas, Luis Berenguer Fuster, Inglewood, Michiel van Hulten, Hans Karlsson und Catherine Guy-Quint.

Montag, 2. Juni 2003

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung über den Entwurf eines Beschlusses: *Punkt 16 des Protokolls vom 3. Juni 2003*

Abstimmung über den Entschließungsantrag: *Punkt 9 des Protokolls vom 4. Juni 2003*

VORSITZ: Alonso José PUERTA

Vizepräsident

## **16. Wettbewerbspolitik und Stilllegungsfonds – Elektrizitätsbinnenmarkt \*\*\*II – Erdgasbinnenmarkt \*\*\*II – Grenzüberschreitender Stromhandel \*\*\*II – Transeuropäische Netze im Energiebereich \*\*\*II (Aussprache)**

Erklärung der Kommission: Wettbewerbspolitik und Stilllegungsfonds.

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG [15528/2/2002 – C5-0034/2003 – 2001/0077(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Claude Turmes (A5-0136/2003).

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG [15531/2/2002 – C5-0035/2003 – 2001/0077(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Bernhard Rapkay (A5-0135/2003).

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel [15527/2/2002 – C5-0036/2003 – 2001/0078(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Peter Michael Mombaur (A5-0134/2003).

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG [15767/2/2002 – C5-0033/2003 – 2001/0311(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Nicholas Clegg (A5-0132/2003)

Loyola de Palacio (Vizepräsidentin der Kommission) gibt eine Erklärung ab.

Claude Turmes erläutert die Empfehlung für die zweite Lesung (A5-0136/2003).

Bernhard Rapkay erläutert die Empfehlung für die zweite Lesung (A5-0135/2003).

Peter Michael Mombaur spricht zunächst zu den eingereichten Änderungsanträgen und erläutert anschließend die Empfehlung für die zweite Lesung (A5-0134/2003).

Es sprechen Hans Kronberger (Verfasser der Stellungnahme ENVI), W.G. van Velzen im Namen der PPE-DE-Fraktion, Harlem Désir im Namen der PSE-Fraktion, Bill Newton Dunn im Namen der ELDR-Fraktion, der auch Nicholas Clegg (Verfasser) vertritt, Esko Olavi Seppänen im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Nuala Ahern im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Seán Ó Neachtain im Namen der UEN-Fraktion, Yves Butel im Namen der EDD-Fraktion, Ward Beysen, fraktionslos, Marjo Matikainen-Kallström, Rolf Linkohr, Konstantinos Alyssandrakis, Giles Bryan Chichester und Eryl Margaret McNally.

Montag, 2. Juni 2003

VORSITZ: José PACHECO PEREIRA

Vizepräsident

Es sprechen Roseline Vachetta, Paul Rübzig, Olga Zrihen, Gérard Caudron, Francesco Fiori, Philippe A.R. Herzog, Othmar Karas und Loyola de Palacio.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkte 10 bis 13 der Protokolle vom 4. Juni 2003.*

## **17. Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe\*\*\*I (Aussprache)**

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates [KOM(2002) 0780 – C5-0629/2002 – 2002/0310(COD)] – Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr  
Berichtersteller: Wilhelm Ernst Piecyk (A5-0144/2003).

Es spricht Loyola de Palacio (Vizepräsidentin der Kommission).

Wilhelm Ernst Piecyk erläutert seinen Bericht.

Es sprechen John Purvis (Verfasser der Stellungnahme des ITRE-Ausschusses), Astrid Thors (Verfasserin der Stellungnahme des ENVI-Ausschusses), Gilles Savary, Herman Vermeer, Camilo Nogueira Román, Rosa Miguélez Ramos, Jan Dhaene, Loyola de Palacio und Astrid Thors die eine Frage an die Kommission richtet, die Frau Loyola de Palacio beantwortet.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 15 des Protokolls vom 4. Juni 2003.*

VORSITZ: David W. MARTIN

Vizepräsident

## **18. Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie (Aussprache)**

Bericht: Regionale Freihandelszonen und die Handelsstrategie der Europäischen Union [2002/2044(INI)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstellerin: Erika Mann (A5-0115/2003).

Erika Mann erläutert ihren Bericht.

Es spricht Pascal Lamy (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Concepció Ferrer (Verfasserin der Stellungnahme des DEVE-Ausschusses), Konrad K. Schwaiger im Namen der PPE-DE-Fraktion, Willy C.E.H. De Clercq im Namen der ELDR-Fraktion, Georges Berthu, fraktionslos, Pascal Lamy und Georges Berthu, dieser zur Wortmeldung der Kommission.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 17 des Protokolls vom 3. Juni 2003.*

Montag, 2. Juni 2003

## 19. Finanzhilfen für Drittländer (Aussprache)

Bericht: Durchführung der makrofinanziellen Hilfe für Drittländer [2002/2265(INI)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Bastiaan Belder (A5-0192/2003).

Bastiaan Belder erläutert seinen Bericht.

Es spricht Pascal Lamy (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Lennart Sacrédeus (Verfasser der Stellungnahme des AFET-Ausschusses), Esko Olavi Seppänen (Verfasser der Stellungnahme des BUDG-Ausschusses), Eryl Margaret McNally im Namen der PSE-Fraktion, Hans-Peter Martin und Bastiaan Belder (Berichterstatter).

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 13 des Protokolls vom 3. Juni 2003.*

## 20. MEDA-Programm (2000) (Aussprache)

Bericht: Jahresbericht über die Durchführung des Programms MEDA 2000 [KOM(2001) 806 – C5-0524/2002 – 2002/2235(INI)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie  
Berichterstatter: Yves Piétrasanta (A5-0114/2003).

Yves Piétrasanta erläutert seinen Bericht.

Es spricht Pascal Lamy (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Véronique De Keyser (Verfasserin der Stellungnahme des AFET-Ausschusses), Francesco Fiori im Namen der PPE-DE-Fraktion, Olga Zrihen im Namen der PSE-Fraktion und Cristina Gutiérrez-Cortines.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 18 des Protokolls vom 3. Juni 2003.*

## 21. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die Tagesordnung für die Sitzung am folgenden Tag wurde bereits festgelegt (Dokument „Tagesordnung“ PE 331.504/OJMA).

## 22. Schluss der Sitzung

Die Sitzung wird um 22.20 Uhr geschlossen.

Julian Priestley  
Generalsekretär

José Pacheco Pereira  
Vizepräsident

---



Montag, 2. Juni 2003

## ANWESENHEITSLISTE

Unterzeichnet haben:

Aaltonen, Abitbol, Ahern, Ainardi, Alyssandrakis, Andersen, Andersson, Andreasen, Andrews, Aparicio Sánchez, Arvidsson, Atkins, Attwooll, Auroi, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bakopoulos, Balfe, Baltas, Banotti, Barón Crespo, Bartolozzi, Bastos, Bautista Ojeda, Bayona de Perogordo, Bébéar, Belder, Berend, Berenguer Fuster, Berger, Bernié, Berthu, Bertinotti, Beysen, Bigliardo, Blak, Blokland, Böge, Bösch, Bonde, Boogerd-Quaak, Bordes, van den Bos, Boselli, Boudjenah, Boumediene-Thiery, Bourlanges, Bouwman, Bowe, Bowis, Bradbourn, Breyer, Brie, Brienza, Brok, Buitenweg, Bullmann, Bushill-Matthews, Busk, Butel, Callanan, Camisón Asensio, Campos, Camre, Cappato, Carlotti, Carrillo, Casaca, Cashman, Caudron, Cederschiöld, Celli, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Chichester, Coelho, Collins, Corbey, Cornillet, Corrie, Paolo Costa, Coúteaux, Cox, Crowley, Cunha, van Dam, Darras, Dary, Daul, Davies, De Clercq, Decourrière, De Keyser, Dell'Alba, Della Vedova, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, Désir, De Veyrac, Dhaene, Díez González, Di Lello Finuoli, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Dührkop Dührkop, Duhamel, Dupuis, Dybkjær, Ebner, Echerer, Elles, Eriksson, Esclopé, Jillian Evans, Jonathan Evans, Robert J.E. Evans, Färm, Fatuzzo, Fava, Fernández Martín, Ferrer, Fiebigger, Figueiredo, Fiori, Fitzsimons, Flemming, Florenz, Folias, Ford, Formentini, Foster, Fourtou, Frahm, Fraisse, Frassoni, Friedrich, Gahler, Gahrton, Galeote Quecedo, Garaud, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garot, Garriga Polledo, Gawronski, Gebhardt, Gemelli, Ghilardotti, Gill, Gillig, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goebbels, Goepel, Görlach, Gollnisch, Gomolka, González Álvarez, Goodwill, Gorostiaga Atxalandabaso, Graefe zu Baringdorf, Graça Moura, Gröner, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Guy-Quint, Hager, Harbour, Haug, Hazan, Heaton-Harris, Hedkvist Petersen, Helmer, Hermange, Herranz García, Herzog, Hieronymi, Honeyball, Hortefeux, Hudghton, Hughes, van Hulst, Hume, Hyland, Iivari, Ilgenfritz, Imbeni, Inglewood, Isler Béguin, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jackson, Jeggle, Jensen, Jöns, Jonckheer, Jové Peres, Junker, Karamanou, Karas, Karlsson, Kaufmann, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Keßler, Kindermann, Glenys Kinnock, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korakas, Korhola, Koukiadis, Koulourianos, Krarup, Kreissl-Dörfler, Kronberger, Kuhne, Kuntz, Lagendijk, Laguillier, Lalumière, Lamassoure, Lambert, Lang, Lange, Langen, Langenhagen, Lannoye, de La Perrière, Lavarra, Lehne, Linkohr, Lisi, Lombardo, Ludford, Lulling, Lund, Lynne, Maat, Maaten, McCarthy, McCartin, MacCormick, McKenna, McMillan-Scott, McNally, Maes, Malliori, Manders, Manisco, Erika Mann, Thomas Mann, Marchiani, Marinho, Marini, Marinos, Markov, Marques, Maset Campos, Martens, David W. Martin, Hans-Peter Martin, Hugues Martin, Martinez, Martínez Martínez, Mastella, Mastorakis, Mathieu, Matikainen-Kallström, Hans-Peter Mayer, Xaver Mayer, Mayol i Raynal, Medina Ortega, Meijer, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Menrad, Miguélez Ramos, Miller, Mombaur, Monsonís Domingo, Moraes, Moreira Da Silva, Morgantini, Morillon, Rosemarie Müller, Mulder, Murphy, Mussa, Myller, Nair, Napoletano, Naranjo Escobar, Nassauer, Newton Dunn, Nicholson, Niebler, Nobilia, Nogueira Román, Nordmann, Obiols i Germà, Ojeda Sanz, Ó Neachtain, Onesta, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Paasilinna, Pacheco Pereira, Pack, Pannella, Papayannakis, Pasqua, Pastorelli, Patakis, Patrie, Paulsen, Pérez Álvarez, Pérez Royo, Roy Perry, Pesälä, Piecyk, Piétrasanta, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pohjamo, Pomés Ruiz, Poos, Posselt, Prets, Procacci, Pronk, Provan, Puerta, Purvis, Queiró, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Randzio-Plath, Rapkay, Raschhofer, Raymond, Read, Ribeiro e Castro, Ries, Riis-Jørgensen, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rodríguez Ramos, de Roo, Roth-Behrendt, Rothe, Roure, Rovsing, Rübiger, Rühle, Sacconi, Sacrédeus, Saint-Josse, Sakellariou, Sandberg-Fries, Sandbæk, Sanders-ten Holte, Santini, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schaffner, Scheele, Schierhuber, Schleicher, Gerhard Schmid, Herman Schmid, Olle Schmidt, Schmitt, Schnellhardt, Schörling, Ilka Schröder, Jürgen Schröder, Schulz, Schwaiger, Segni, Seppänen, Sichrovsky, Simpson, Skinner, Smet, Soares, Sörensen, Sornosa Martínez, Souchet, Souladakis, Speroni, Staes, Stenmarck, Sterckx, Stevenson, Stihler, Stirbois, Stockmann, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Swiebel, Swoboda, Sørensen, Tajani, Tannock, Terrón i Cusí, Theato, Thors, Thyssen, Titley, Torres Marques, Trakatellis, Trentin, Turchi, Turco, Turmes, Uca, Vachetta, Väyrynen, Vairinhos, Valdivielso de Cué, Valenciano Martínez-Orozco, Vallvé, Van Bremept, Van Orden, Varaut, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, Vattimo, van Velzen, Vermeer, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vinci, Virrankoski, Voggenhuber, Volcic, Wachtmeister, Wallis, Walter, Watson, Watts, Weiler, Wenzel-Perillo, Whitehead, Wieland, Wiersma, Wijkman, von Wogau, Wuori, Wurtz, Wyn, Wynn, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zimeray, Zimmerling, Zissener, Zorba, Zrihen,

Beobachter

Bastys Mindaugas, Bekasovs Martijans, Beňová Monika, Berg Eiki, Bonnici Josef, Christodoulidis Doros, Chronowski Andrzej, Chrzanowski Zbigniew, Cilevičs Boris, Cybulski Zygmunt, Demetriou Panayiotis, Didžiokas Gintaras, Ékes József, Falbr Richard, Filipek Krzysztof, Gałażewski Andrzej, Gawłowski Andrzej, Germič Ljubo, Grabowska Genowefa, Grzebisz-Nowicka Zofia, Ilves Toomas Hendrik, Kamiński Michał Tomasz, Kelemen András, Kiršteins Aleksandrs, Kłopotek Eugeniusz, Klukowski Waclaw, Kolář Robert, Kreitzberg Peeter, Kriščiūnas Kęstutis, Kroupa Daniel, Kušķis Aldis, Kuzmickas Kęstutis,

---

**Montag, 2. Juni 2003**

Kvietkauskas Vytautas, Litwiniec Bogusław, Lydeka Arminas, Łyżwiński Stanisław, Maldeikis Eugenijus, Mallotová Helena, Masáčová Petra, Matsakis Marios, Mavrou Eleni, Palečková Alena, Pasternak Agnieszka, Pieniążek Jerzy, Plokšto Artur, Podgórski Bogdan, Podobnik Janez, Pospíšil Jiří, Protasiewicz Jacek, Reiljan Janno, Sefzig Luděk, Svoboda Pavel, Szczygło Aleksander, Vaculík Josef, Valys Antanas, Vareikis Egidijus, Vella George, Vèsaitė Birutė, Widuch Marek, Wikiński Marek, Wiśniowska Genowefa,

---

Dienstag, 3. Juni 2003

(2004/C 68 E/02)

## PROTOKOLL

### ABLAUF DER SITZUNG

VORSITZ: Ingo FRIEDRICH

*Vizepräsident*

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.

Über die Zulässigkeit von Anfragen in der Fragestunde sprechen:

- María Izquierdo Rojo, die dagegen protestiert, dass ihre Anfrage an den Rat über die Zahl der Opfer des Irak-Kriegs mit der Begründung für unzulässig erklärt worden ist, dass sie eine Auskunft über statistische Daten haben will; sie stellt diese Entscheidung in Frage und weist darauf hin, dass ihre Anfrage keinerlei Bezug zu Statistiken hat; sie beantragt, dass dieser Fehler vor der Fragestunde an den Rat von morgen nachmittag korrigiert wird und auch geprüft wird, warum dieses Kriterium in Bezug auf ihre Anfrage angewendet wurde (der Präsident antwortet, dass dieser Frage nachgegangen wird).
- Camilo Nogueira Román, der darauf hinweist, dass seine jüngsten Anfragen zum Krieg im Irak mit der Begründung für unzulässig erklärt worden sind, dass sie Werturteile enthalten; als Beispiel nennt er eine jüngst gestellte Anfrage für die Fragestunde vom kommenden Mittwoch an den Rat; er kündigt an, dass er auf dieses Problem auch anlässlich der Fragestunde hinweisen wird und dass er bei dieser Gelegenheit dagegen protestieren wird, was seiner Auffassung nach eine Form von Zensur darstellt (der Präsident weist darauf hin, dass der Präsident des Parlaments über die Zulässigkeit von Anfragen entscheidet, und sichert zu, den Protest weiterzuleiten).

Es spricht Glenys Kinnock, die sich auf den gestern vom Parlament für die Debatte über Fälle von Menschenrechtsverletzungen am Donnerstag, 5. Juni 2003, auf die Tagesordnung gesetzten Punkt zur Situation in Birma bezieht, und dagegen protestiert, dass im Titel dieses Punktes „Birma“ durch „Myanmar“ ersetzt wurde (eine Bezeichnung, die ausschließlich von der Militärregierung verwendet wird), und fordert, dass dieser Fehler korrigiert wird (der Präsident sichert dies zu).

#### 2. Debatte über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge)

Folgende Abgeordnete oder Fraktionen haben gemäß Artikel 50 GO Entschließungsanträge mit Antrag auf eine Debatte eingereicht:

LAGE IN INDONESIA, INSBESONDERE IN DER PROVINZ ACEH

- Hartmut Nassauer und Bernd Posselt im Namen der PPE-DE-Fraktion zur Lage in Indonesien, insbesondere in Aceh (B5-0293/2003)
- Luigi Vinci im Namen der GUE/NGL-Fraktion zur Lage in Indonesien, insbesondere in Aceh (B5-0298/2003)
- Bastiaan Belder im Namen der EDD-Fraktion zur Lage in Indonesien, insbesondere in Aceh (B5-0301/2003)
- Proinsias De Rossa, Martin Schulz, Christa Randzio-Plath und Margrietus J. van den Berg im Namen der PSE-Fraktion zur Lage in der indonesischen Provinz Aceh (B5-0302/2003)
- Bob van den Bos im Namen der ELDR-Fraktion zur Lage in Indonesien, vor allem in Papua and Aceh (B5-0307/2003)
- Matti Wuori, Patricia McKenna und Nelly Maes im Namen der Verts/ALE-Fraktion zur Lage in den Provinzen Aceh und Papua, Indonesien (B5-0311/2003)

Dienstag, 3. Juni 2003

## BIRMA

- Marianne Eriksson, Fausto Bertinotti, Yasmine Boudjenah und Luisa Morgantini im Namen der GUE/NGL-Fraktion zur Verhaftung von San Suu Kyi in Burma (B5-0297/2003)
- Walter Veltroni, Glenys Kinnock, Margrietus J. van den Berg und Martin Schulz im Namen der PSE-Fraktion zur Verhaftung von San Suu Kyi (Burma) (B5-0303/2003)
- Geoffrey Van Orden, Nirj Deva, Thomas Mann, Hanja Maij-Weggen und Lennart Sacrédeus im Namen der PPE-DE-Fraktion zu Burma (B5-0305/2003)
- Bob van den Bos im Namen der ELDR-Fraktion zu Burma (B5-0306/2003)
- Patricia McKenna und Marie Anne Isler Béguin im Namen der Verts/ALE-Fraktion zu Burma (B5-0310/2003)

## SIMBABWE

- Geoffrey Van Orden, John Alexander Corrie, Nirj Deva, Jacqueline Foster, Neil Parish, Charles Tancock, Mary Elizabeth Banotti, Michael Gahler, Eija-Riitta Anneli Korhola, Klaus-Heiner Lehne, Hanja Maij-Weggen und Lennart Sacrédeus im Namen der PPE-DE-Fraktion zu Simbabwe (B5-0287/2003)
- Luigi Vinci, Joaquim Miranda und Luisa Morgantini im Namen der GUE/NGL-Fraktion zu Simbabwe (B5-0299/2003)
- Bastiaan Belder im Namen der EDD-Fraktion zur Lage in Simbabwe (B5-0300/2003)
- Glenys Kinnock und Martin Schulz im Namen der PSE-Fraktion zu den Menschenrechten in Simbabwe (B5-0304/2003)
- Bob van den Bos und Jan Mulder im Namen der ELDR-Fraktion zu den Menschenrechten in Simbabwe (B5-0308/2003)
- Nelly Maes, Didier Rod, Paul A.A.J.G. Lannoye, Inger Schörling und Marie Anne Isler Beguin im Namen der Verts/ALE-Fraktion zu Simbabwe (B5-0309/2003)

Die Redezeit wird gemäß Artikel 120 GO aufgeteilt.

### 3. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen \* (Aussprache)

Bericht: Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten [KOM(2003) 176 – C5-0180/2003 – 2003/0068(CNS)] – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstatter: Herman Schmid (A5-0187/2003)

Es spricht António Vitorino (Mitglied der Kommission).

Herman Schmid erläutert seinen Bericht.

Es sprechen Thomas Mann im Namen der PPE-DE-Fraktion, Jan Andersson im Namen der PSE-Fraktion, Elspeth Attwooll im Namen der ELDR-Fraktion, Ilda Figueiredo im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Jean Lambert im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Georges Berthu, fraktionslos, Philip Bushill-Matthews, Stephen Hughes, Anne Elisabet Jensen, Theodorus J.J. Bouwman, Benedetto Della Vedova, Regina Bastos, Fiorella Ghilardotti, Lisbeth Grönfeldt Bergman, Brian Crowley, Barbara Weiler, Ioannis Koukiadis, Manuel Pérez Álvarez, Giacomo Santini und Lennart Sacrédeus.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 14.*

Dienstag, 3. Juni 2003

#### 4. Abkommen EU-USA: Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung (Aussprache)

Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu den Abkommen EU-USA im Bereich der strafrechtlichen Zusammenarbeit und der Auslieferung [2003/2003(INI)] – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten  
Berichtersteller: Jorge Salvador Hernández Mollar (A5-0172/2003)

Jorge Salvador Hernández Mollar erläutert seinen Bericht.

Es spricht António Vitorino (Mitglied der Kommission).

VORSITZ: Gerhard SCHMID

Vizepräsident

Es sprechen Carlos Coelho im Namen der PPE-DE-Fraktion, Anna Terrón i Cusí im Namen der PSE-Fraktion, Sarah Ludford im Namen der ELDR-Fraktion, Kathalijne Maria Buitenweg im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Paul Coûteaux im Namen der EDD-Fraktion, Giacomo Santini, Robert J.E. Evans, Johanna L.A. Boogerd-Quaak, Ole Krarup, Nelly Maes, Johannes (Hans) Blokland, Joke Swiebel, Alima Boumediene-Thiery, Ulla Margrethe Sandbæk, Alexandros Alavanos im Namen der GUE/NGL-Fraktion, und António Vitorino.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 19.*

#### 5. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen \* (Aussprache)

Bericht: Vorschlag der Kommission im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes [KOM(2002) 548 – C5-0502/2002 – 2002/0242(CNS)] – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten  
Berichterstellerin: Martine Roure (A5-0137/2003)

Es spricht António Vitorino (Mitglied der Kommission).

Martine Roure erläutert ihren Bericht.

Es sprechen Marcelino Oreja Arburúa (Verfasser der Stellungnahme JURI), Carlos Coelho im Namen der PPE-DE-Fraktion, Anna Terrón i Cusí im Namen der PSE-Fraktion, Marie-France Stirbois, fraktionslos, Robert J.E. Evans, Olga Zrihen und António Vitorino.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 15.*

VORSITZ: James L.C. PROVAN

Vizepräsident

Es sprechen die Abgeordneten:

- John Hume, der sich über die Schwierigkeiten beklagt, die die britischen und irischen Abgeordneten bei der Anreise nach Straßburg haben, nachdem Air France die Direktverbindungen mit dem Vereinigten Königreich eingestellt hat; er fordert die Wiederaufnahme dieser Flüge (Der Präsident unterstützt diese Forderung und weist darauf hin, dass die Behörden in Straßburg sich des Problems bewusst sind und sich bemühen, Abhilfe zu schaffen).
- Jonathan Evans, der fragt, ob die demokratische Legitimität des Parlaments nicht durch die Streiks in Frankreich in Frage gestellt wird, die die Abgeordneten daran hindern, bei den Abstimmungen anwesend zu sein; er fordert, dass eine Untersuchung über die Auswirkungen dieser Art von Streiks auf die

Dienstag, 3. Juni 2003

Anwesenheit der Abgeordneten im Plenum eingeleitet wird (Der Präsident sagt zu, dies an den Präsidenten des Parlaments weiterzuleiten, und hofft, dass das Präsidium dieser Frage nachgeht);

- Francis Wurtz, der sich über diese Wortmeldung empört, die seiner Meinung nach das Streikrecht in Frage stellt.

#### ABSTIMMUNGSSTUNDE

Die Abstimmungsergebnisse im Einzelnen (Änderungsanträge, gesonderte und getrennte Abstimmungen usw.) sind in Anlage 1 zu diesem Protokoll enthalten.

### 6. TSE: Verlängerung des Zeitraums für Übergangsmaßnahmen \*\*\*I (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 hinsichtlich der Verlängerung des Zeitraums, in dem Übergangsmaßnahmen gelten (KOM(2003) 103 – C5-0068/2003 – 2003/0046(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatlerin: Caroline F. Jackson (A5-0178/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 1)

#### ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0226)

### 7. Abkommen EG/Chile über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit \* (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile [KOM(2003) 82 – C5-0067/03 – 2003/0035(CNS)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Carlos Westendorp y Cabeza (A5-0161/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 2)

#### ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0227)

### 8. Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs \*\*\*I (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und mit Hygienevorschriften für Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 91/67/EWG [KOM(2000) 438 – C5-0379/2000 – 2000/0182(COD)] – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatter: Horst Schnellhardt (A5-0149/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 3)

#### VORSCHLAG DER KOMMISSION, ÄNDERUNGSANTRAG und ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0228)

Dienstag, 3. Juni 2003

## **9. Änderung der Satzung des Gerichtshofs: Vorabentscheidungsverfahren \*** (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Änderung des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes [6282/2003 – C5-0056/2003 – 2003/0804(CNS)] – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt  
Berichtersteller: José María Gil-Robles Gil-Delgado (A5-0148/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 4)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0229)

## **10. Rückführung von Drittstaatsangehörigen: Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte \*** (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung der Kriterien und praktischen Modalitäten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen [KOM(2003) 49 – C5-0050/2003 – 2003/0019(CNS)] – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten  
Berichtersteller: Marcelino Oreja Arburúa (A5-0166/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 5)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

Abgelehnt durch einzige Abstimmung.

Wortmeldungen zur Abstimmung:

– der Berichtersteller.

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0230)

## **11. Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000 und 2001) (Artikel 110a GO)** (Abstimmung)

Bericht: Achtzehnter Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts 2000 [KOM(2001) 309 – C5-0506/2001 – 2001/2197(COS)] und Neunzehnter Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts 2001 [KOM(2002) 324 – C5-0483/2002 – 2001/2197(COS)] – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt  
Berichterstellerin: Diana Wallis (A5-0147/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 6)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0231)

Dienstag, 3. Juni 2003

## 12. Gesundheit und Medizinprodukte (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Die Auswirkungen der Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über Medizinprodukte auf die Gesundheit [2001/2270(INI)] – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatterin: Minerva Melpomeni Malliori (A5-0125/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 7)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0232)

## 13. Finanzhilfen für Drittländer (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Durchführung der makrofinanziellen Hilfe für Drittländer [2002/2265(INI)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Bastiaan Belder (A5-0192/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 8)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0233)

## 14. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen \* (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten [KOM(2003) 176 – C5-0180/2003 – 2003/0068(CNS)] – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstatter: Herman Schmid (A5-0187/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 9)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0234)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0234)

Wortmeldungen zur Abstimmung:

Der Berichterstatter trägt zwei mündliche Änderungsanträge vor (zu den Änderungsanträgen 45 und 64). Da keine Einwände dagegen erhoben werden, werden diese mündlichen Änderungsanträge berücksichtigt.

\*

\* \*

(Von 12.10 Uhr bis 12.55 Uhr tritt das Parlament unter dem Vorsitz von Pat Cox zu einer feierlichen Sitzung anlässlich des Besuchs von Herrn Bouteflika, Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien zusammen.)

(Zu Beginn der feierlichen Sitzung legt das Parlament auf Vorschlag des Präsidenten eine Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer des Erdbebens in Algerien ein).

\*

\* \*

Es spricht Reinhard Rack zu den Problemen mit der Klimaanlage (der Präsident sichert zu, die Quästoren darüber zu informieren).



Dienstag, 3. Juni 2003

## 15. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen \* (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag der Kommission im Hinblick auf den Erlass einer Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes [KOM(2002) 548 – C5-0502/2002 – 2002/0242(CNS)] – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten  
Berichterstatte(r)in: Martine Roure (A5-0137/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 10)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0235)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0235)

Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Die Berichterstatte(r)in zu den Änderungsanträgen 21 und 26.

## 16. Abgeordnetenstatut (Abstimmung)

Bericht: Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments [2003/2004(INI)] – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt.  
Berichterstatte(r): Willi Rothley (A5-0193/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 11)

VORSCHLAG FÜR EINEN BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Angenommen (P5\_TA(2003)0236)

Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Der Berichterstatte(r) weist auf eine sprachliche Korrektur zu Artikel 12 hin;
- der Berichterstatte(r) weist darauf hin, dass aufgrund der Annahme von Änderungsantrag 6 der Text von Artikel 33 Absatz 1 und von Artikel 34 Absatz 1 entsprechend angepasst werden muss (der Präsident sichert zu, dass die Sprach- und Rechtsdienste dafür Sorge tragen werden);
- Bill Miller weist darauf hin, dass er Änderungsantrag 23 nicht unterzeichnet hat.

Der Präsident teilt mit, dass er der Kommission gemäß Artikel 190 Absatz 5 EGV den Text des Beschlusses übermitteln wird und dass die Abstimmung über den Entschließungsantrag im Prinzip morgen, Mittwoch, nach Eingang der Stellungnahme der Kommission stattfinden wird.

Es spricht Pat Cox (Präsident), der die Hoffnung äußert, dass das Parlament den Entschließungsantrag mit der größtmöglichen Mehrheit annehmen wird, damit die Position des Parlaments in den Verhandlungen mit den anderen Organen gestärkt wird.

Dienstag, 3. Juni 2003

## 17. Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie (Abstimmung)

Bericht: Regionale Freihandelszonen und die Handelsstrategie der Europäischen Union [2002/2044(INI)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie.

Berichterstatlerin: Erika Mann (A5-0115/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 12)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0237)

## 18. MEDA-Programm (2000) (Abstimmung)

Bericht: Jahresbericht über die Durchführung des Programms MEDA 2000 [KOM(2001) 806 – C5-0524/2002 – 2002/2235(INI)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie.

Berichterstatler: Yves Piétrasanta (A5-0114/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 13)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0238)

## 19. Abkommen EU-USA: Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu den Abkommen EU/ Vereinigte Staaten in den Bereichen justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und Auslieferung [2003/2003(INI)] – Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten

Berichterstatler: Jorge Salvador Hernández Mollar (A5-0172/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 14)

VORSCHLAG FÜR EINE EMPFEHLUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0239)

\*  
\* \*

*Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung:*

Die schriftlichen Erklärungen zur Abstimmung gemäß Artikel 137 Absatz 3 GO sind im Ausführlichen Sitzungsbericht enthalten.

*Mündliche Erklärungen zur Abstimmung:*

Bericht Belder – A5-0192/2003: Carlo Fatuzzo

Bericht Herman Schmid – A5-0187/2003: Carlo Fatuzzo

Bericht Rothley – A5-0193/2003: François Zimeray im Namen der französischen Mitglieder der PSE-Fraktion, Carlo Fatuzzo, Hiltrud Breyer und Diana Wallis im Namen der ELDR-Fraktion

Bericht Erika Mann – A5-0115/2003: Carlo Fatuzzo

**Dienstag, 3. Juni 2003***Berichtigungen des Stimmverhaltens*

## Bericht Schnellhardt — A5-0149/2003

- einzige Abstimmung  
*dafür:* Claude Turmes, Georges Berthu, Brice Hortefeux

## Bericht Wallis — A5-0147/2003

- einzige Abstimmung  
*dafür:* Claude Turmes, Brice Hortefeux

## Bericht Herman Schmid — A5-0187/2003

- Änderungsantrag 45  
*dafür:* Claude Turmes, Brice Hortefeux
- Änderungsantrag 62  
*dagegen:* Eurig Wyn
- Änderungsantrag 66
  - 1. Teil:  
*dafür:* Anne Ferreira  
*dagegen:* María Sornosa Martínez  
*Enthaltung:* Jean-Claude Fruteau, Adeline Hazan
  - 2. Teil:  
*dafür:* Dirk Sterckx, Frédérique Ries, Willi de Clercq  
*dagegen:* Anne Ferreira  
*Enthaltung:* Jean-Claude Fruteau, Adeline Hazan

## Bericht Rothley — A5-0193/2003

- Änderungsantrag 8  
*dafür:* Patricia McKenna, Inger Schörling, Gérard Onesta, Eija-Riitta Anneli Korhola, Hiltrud Breyer, Michel J.M. Dary, Sami Naïr, Adeline Hazan, Gilles Savary, Béatrice Patrie  
*dagegen:* Marie-Thérèse Hermange, Caroline F. Jackson  
*Enthaltung:* Johanna L.A. Boogerd-Quaak
- Artikel 16  
*dafür:* Godelieve Quisthoudt-Rowohl, María Sornosa Martínez, Eija-Riitta Anneli Korhola, Marie Anne Isler Béguin  
*dagegen:* Patricia McKenna, Inger Schörling, Gilles Savary
- Änderungsantrag 30  
*dafür:* Patricia McKenna, Inger Schörling, Eija-Riitta Anneli Korhola, Miet Smet, Marianne L.P. Thyssen
- Artikel 18  
*dagegen:* Patricia McKenna, Inger Schörling, Eija-Riitta Anneli Korhola, Gilles Savary
- Änderungsantrag 32  
*dafür:* Eija-Riitta Anneli Korhola  
*dagegen:* José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra
- Entwurf eines Beschlusses  
*dagegen:* Lone Dybkjær

## Bericht Erika Mann — A5-0115/2003

- Änderungsanträge 3, 4, 5, 8, 9, 10, 12 und 13  
*dafür:* Marie-Arlette Carlotti
- Änderungsantrag 8, Änderungsantrag 13, Änderungsantrag 9,  
*dafür:* Adeline Hazan

Dienstag, 3. Juni 2003

- Änderungsantrag 10  
*dafür:* Claude Turmes, Adeline Hazan
- Änderungsantrag 12  
*dafür:* Adeline Hazan

Bericht Piétrasanta – A5-0114/2003

- Änderungsantrag 6  
*dafür:* Arlene McCarthy

Bericht Hernández Mollar – A5-0172/2003

- Empfehlung  
*dafür:* Joan Vallvé  
*dagegen:* Alexandros Alavanos, Gérard Onesta, Marie Anne Isler Béguin

## ENDE DER ABSTIMMUNGSSTUNDE

(Die Sitzung wird von 13.30 Uhr bis 15.05 Uhr unterbrochen.)

VORSITZ: José PACHECO PEREIRA

Vizepräsident

## 20. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

## 21. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen \* – Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums \* – GMO für Getreide \* – GMO für Trockenfutter \* – GMO für Reis \* – Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse \* – GMO für Milch und Milcherzeugnisse \* – Multifunktionalität der Landwirtschaft (Aussprache)

- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen [KOM(2003) 23 – C5-0040/2003 – 2003/0006(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Arlindo Cunha (A5-0197/2003)
- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 [KOM(2003) 23 – C5-0041/2003 – 2003/0007(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Karl Erik Olsson (A5-0182/2003)
- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Getreide [KOM(2003) 23 – C5-0042/2003 – 2003/0008(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Dominique F.C. Souchet (A5-0174/2003)
- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter für die Wirtschaftsjahre 2004/05 bis 2007/08 [KOM(2003) 23 – C5-0044/2003 – 2003/0010(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Dominique F.C. Souchet (A5-0175/2003)
- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Reis [KOM(2003) 23 – C5-0043/2003 – 2003/0009(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatter: Carlos Bautista Ojeda (A5-0183/2003)

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über eine Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse [KOM(2003) 23 – C5-0046/2003 – 2003/0012(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatte(r)in: Elisabeth Jeggle (A5-0177/2003)
- Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 über die Gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse [KOM(2003) 23 – C5-0045/2003 – 2003/0011(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatte(r)in: Elisabeth Jeggle (A5-0181/2003)
- Bericht: Die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik [2003/2048(INI)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichterstatte(r)in: María Rodríguez Ramos (A5-0189/2003)

Arlindo Cunha erläutert den Bericht (A5-0197/2003).

Karl Erik Olsson erläutert den Bericht (A5-0182/2003).

Dominique F.C. Souchet erläutert die Berichte (A5-0174/2003 und A5-0175/2003).

Carlos Bautista Ojeda erläutert den Bericht (A5-0183/2003).

Elisabeth Jeggle erläutert die Berichte (A5-0177/2003 und A5-0181/2003).

María Rodríguez Ramos erläutert den Bericht. (A5-0189/2003).

Es sprechen Georgios Drys (amtierender Ratsvorsitzender) (amtierender Ratsvorsitzender) und Franz Fischler (Mitglied der Kommission).

VORSITZ: Renzo IMBENI

*Vizepräsident*

Es sprechen María Esther Herranz García (Verfasserin der Stellungnahme BUDG), Francesco Fiori (Verfasser der Stellungnahme ITRE), Lutz Goepel im Namen der PPE-DE-Fraktion, Georges Garot im Namen der PSE-Fraktion, Karl Erik Olsson im Namen der ELDR-Fraktion, Salvador Jové Peres im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Danielle Auroi im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Sergio Berlato im Namen der UEN-Fraktion, Véronique Mathieu im Namen der EDD-Fraktion, Jean-Claude Martinez, fraktionslos, Georgios Drys (amtierender Ratsvorsitzender), Agnes Schierhuber, Heinz Kindermann, Mikko Pesälä und Christel Fiebiger.

VORSITZ: David W. MARTIN

*Vizepräsident*

Es sprechen Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Liam Hyland, Bent Hindrup Andersen, Benedetto Della Vedova, Xaver Mayer, Vincenzo Lavarra, Jan Mulder, Ioannis Patakis, Eurig Wyn, Rijk van Dam, Dominique F.C. Souchet, María del Pilar Ayuso González, Glenys Kinnock, Giovanni Procacci, Ilda Figueiredo, Camilo Nogueira Román, Joseph Daul (Vorsitzender des AGRI-Ausschusses), António Campos, Reimer Böge, Jean-Claude Fruteau, Robert William Sturdy, María Izquierdo Rojo, Giacomo Santini, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Albert Jan Maat und Christos Folias.

VORSITZ: Alonso José PUERTA

*Vizepräsident*

Es sprechen Avril Doyle, Hedwig Keppelhoff-Wiechert, Neil Parish und Franz Fischler.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: Punkte 14 bis 21 des Protokolls vom 5. Juni 2003.

Dienstag, 3. Juni 2003

**22. Fragestunde** (Anfragen an die Kommission)

Das Parlament prüft eine Reihe von Anfragen an die Kommission (B5-0097/2003).

*Erster Teil*

**Anfrage 22** von Stavros Xarchakos: Maßnahmen gegen den tödlichen SARS-Virus

David Byrne (Mitglied der Kommission) beantwortet die Frage.

Es spricht Christos Folias

**Anfrage 23** von Lennart Sacrédeus: Missachtung der Menschenrechte in Kuba

David Byrne beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Lennart Sacrédeus und Konstantinos Alysandrakis.

Anfrage 24 ist hinfällig, da das fragestellende Mitglied nicht anwesend ist.

*Zweiter Teil*

**Anfrage 25** von Ward Beysen: Parallelhandel

Mario Monti (Mitglied der Kommission) beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Ward Beysen und Paul Rübzig.

**Anfrage 26** von Bernd Posselt: Minderheitensprachen

Viviane Reding (Mitglied der Kommission) beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Bernd Posselt, Robert J.E. Evans und Michl Ebner.

**Anfrage 27** von Joan Vallvé: Gewalt in Fußballstadien

Viviane Reding beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Joan Vallvé und Claude Moraes.

Es spricht Miquel Mayol i Raynal

**Anfrage 28** von Theresa Zabell: Artikel über den Sport im künftigen Vertrag

Viviane Reding beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Theresa Zabell, Michl Ebner und Maria-lyse Flemming.

**Anfrage 29** von Alexandros Alavanos: Anwendung der Richtlinie 1999/70/EG des Rates durch Griechenland

Anna Diamantopoulou (Mitglied der Kommission) beantwortet die Frage sowie eine Zusatzfrage von Alexandros Alavanos.

**Anfrage 30** von Paul Rübzig: EU-Seniorenausweis

Anna Diamantopoulou beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Paul Rübzig und Marialiese Flemming.

**Anfrage 31** von Michl Ebner: Jugendarbeitslosigkeit

Anna Diamantopoulou beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Michl Ebner, Philip Bushill-Matthews und Carlos Lage.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

**Anfrage 32** von Roy Perry: Falschanwendung der Richtlinie über die erworbenen Rechte hinsichtlich britischer Dozenten

Anna Diamantopoulou beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Roy Perry und Richard Howitt.

Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet.

Der Teil der Fragestunde mit Anfragen an die Kommission ist geschlossen.

*(Die Sitzung wird von 19.50 Uhr bis 21.00 Uhr unterbrochen.)*

VORSITZ: Guido PODESTÀ

Vizepräsident

### **23. Grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen \*\*\*II (Aussprache)**

Empfehlung für die zweite Lesung Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen [15546/1/2002 – C5-0081/2003 – 2002/0046(COD)] – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichtersteller: Jonas Sjöstedt (A5-0154/2003).

Jonas Sjöstedt erläutert seinen Bericht (A5-0154/2003).

Es spricht Margot Wallström (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Renate Sommer im Namen der PPE-DE-Fraktion, Torben Lund im Namen der PSE-Fraktion, Jillian Evans im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Marialiese Flemming, David Robert Bowe, Hiltrud Breyer und Karin Scheele.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 14 des Protokolls vom 4. Juni 2003.*

### **24. Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen \*\*\*I (Aussprache)**

Bericht: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen [KOM(2002) 595 – C5-0558/2002 – 2002/0259(COD)] – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik  
Berichtersteller: Alexander de Roo (A5-0151/2003).

Es spricht Margot Wallström (Mitglied der Kommission).

Alexander de Roo erläutert seinen Bericht.

Es sprechen Bernd Lange (Verfasser der Stellungnahme ITRE), Robert Goodwill im Namen der PPE-DE-Fraktion, Astrid Thors im Namen der ELDR-Fraktion, Jorge Moreira Da Silva und Margot Wallström.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 16 des Protokolls vom 4. Juni 2003.*

Dienstag, 3. Juni 2003

## 25. Schutz von jungen Meerestieren \* – Steuerung des Fischereiaufwands \* – Umstrukturierung der EU-Fischerei (Aussprache)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren [KOM(2002) 672 – C5-0026/2003 – 2002/0275(CNS)] – Ausschuss für Fischerei.

Berichterstatter: Ian Stewart Hudghton (A5-0168/2003)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiressourcen der Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 [KOM(2002) 739 – C5-0030/2003 – 2002/0295(CNS)] – Ausschuss für Fischerei

Berichterstatter: Struan Stevenson (A5-0165/2003)

Bericht: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über den Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei [KOM(2002) 600 – C5-0073/2003 – 2003/2039(INI)] – Ausschuss für Fischerei

Berichterstatter: Giovanni Claudio Fava (A5-0162/2003)

Ian Stewart Hudghton erläutert seinen Bericht (A5-0168/2003).

Struan Stevenson erläutert seinen Bericht (A5-0165/2003).

Giovanni Claudio Fava erläutert seinen Bericht (A5-0162/2003).

Es spricht Franz Fischler (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Bárbara Dührkop (Verfasserin der Stellungnahme BUDG), Rosa Miguélez Ramos im Namen der PSE-Fraktion, Herman Vermeer im Namen der ELDR-Fraktion, Ilda Figueiredo im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Patricia McKenna im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Seán Ó Neachtain im Namen der UEN-Fraktion, Ian R.K. Paisley, fraktionslos, Daniel Varela Suanzes-Carpegna, Catherine Stihler, Elspeth Attwooll, Koldo Gorostiaga Atxalandabaso, Arlindo Cunha, Paulo Casaca, Giorgio Lisi, Manuel Pérez Álvarez, Avril Doyle, Franz Fischler, Ian Stewart Hudghton (Berichterstatter) und Paulo Casaca, die Fragen an die Kommission richten, die Franz Fischler beantwortet.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: (Punkte 7, 17 und 18 des Protokolls vom 4. Juni 2003).

## 26. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Die Tagesordnung für die Sitzung am folgenden Tag wurde bereits festgelegt (Dokument „Tagesordnung“ PE 331.504/OJME).

## 27. Schluss der Sitzung

Die Sitzung wird um 23.20 Uhr geschlossen.

Julian Priestley  
Generalsekretär

Giorgos Dimitrakopoulos  
Vizepräsident

---



Dienstag, 3. Juni 2003

## ANWESENHEITSLISTE

Unterzeichnet haben:

Aaltonen, Abitbol, Ahern, Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Andersen, Andersson, Andreasen, Andrews, Aparicio Sánchez, Arvidsson, Atkins, Attwooll, Auroi, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bakopoulos, Balfe, Baltas, Banotti, Barón Crespo, Bartolozzi, Bastos, Bautista Ojeda, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Belder, Berend, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Berlato, Bernié, Berthu, Bertinotti, Bethell, Beysen, Bigliardo, Blak, Blokland, Bodrato, Böge, Bösch, von Boetticher, Bonde, Boogerd-Quaak, Booth, Borghezio, van den Bos, Boselli, Boudjenah, Boumediene-Thiery, Bourlanges, Bouwman, Bowe, Bowis, Bradbourn, Breyer, Brie, Brienza, Brok, Brunetta, Buitenweg, Bullmann, van den Burg, Bushill-Matthews, Busk, Butel, Callanan, Camisón Asensio, Campos, Camre, Cappato, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Caudron, Cederschiöld, Celli, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cohn-Bendit, Collins, Corbey, Cornillet, Corrie, Raffaele Costa, Coûteaux, Cox, Crowley, Cunha, van Dam, Darras, Dary, Daul, Davies, De Clercq, Decourrière, Dehousse, De Keyser, Dell'Alba, Della Vedova, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dhaene, Díez González, Di Lello Finuoli, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Dupuis, Dybkjær, Ebner, Echerer, Elles, Eriksson, Esclopé, Ettl, Jillian Evans, Jonathan Evans, Robert J.E. Evans, Färm, Fatuzzo, Fava, Ferber, Fernández Martín, Ferreira, Ferrer, Fiebiger, Figueiredo, Fiori, Fitzsimons, Flautre, Flemming, Flesch, Florenz, Folias, Ford, Formentini, Foster, Fourtou, Frahm, Fraise, Frassoni, Friedrich, Fruteau, Gahler, Gahrton, Galeote Quecedo, Garaud, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garot, Garriga Polledo, Gasòliba i Böhm, Gawronski, Gebhardt, Gemelli, Ghilardotti, Gill, Gillig, Gil-Robles Gil-Delgado, Glante, Glase, Goebbels, Goepel, Görlach, Gollnisch, Gomolka, González Álvarez, Goodwill, Gorostiaga Atxalandabaso, Graefe zu Baringdorf, Graça Moura, Gröner, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Guy-Quint, Hager, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Haug, Hazan, Heaton-Harris, Hedkvist Petersen, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Herzog, Hieronymi, Honeyball, Hortefeux, Howitt, Hudghton, Hughes, Huhne, van Hulten, Hume, Hyland, Iivari, Iigenfritz, Imbeni, Inglewood, Isler Béguin, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Jensen, Jöns, Jonckheer, Jové Peres, Junker, Karamanou, Karas, Karlsson, Katiforis, Kaufmann, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Keßler, Khanbhai, Kindermann, Glenys Kinnock, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korakas, Korhola, Koukiadis, Koulourianos, Krarup, Kreissl-Dörfler, Kronberger, Kuckelkorn, Kuhne, Kuntz, Lage, Lagendijk, Lalumière, Lambert, Lang, Lange, Langen, Langenhagen, Lannoye, de La Perrière, Laschet, Lavarra, Lechner, Lehne, Liese, Linkohr, Lipietz, Lisi, Lombardo, Lucas, Ludford, Lulling, Lund, Lynne, Maat, Maaten, McCarthy, McCartin, MacCormick, McKenna, McMillan-Scott, McNally, Maes, Malliori, Manders, Manisco, Erika Mann, Thomas Mann, Marchiani, Marinho, Marini, Marinos, Markov, Marques, Marset Campos, Martens, David W. Martin, Hans-Peter Martin, Hugues Martin, Martínez, Martínez Martínez, Mastella, Mastorakis, Mathieu, Matikainen-Kallström, Mauro, Hans-Peter Mayer, Xaver Mayer, Mayol i Raynal, Medina Ortega, Meijer, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Mennea, Menrad, Messner, Miguélez Ramos, Miller, Miranda, Modrow, Mombaur, Monsoni Domingo, Moraes, Moreira Da Silva, Morgantini, Morillon, Emilia Franziska Müller, Rosemarie Müller, Mulder, Murphy, Muscardini, Musotto, Mussa, Musumeci, Myller, Nair, Napolitano, Napolitano, Naranjo Escobar, Nassauer, Newton Dunn, Nicholson, Nicholson of Winterbourne, Niebler, Nisticò, Nobilia, Nogueira Román, Nordmann, Obiols i Germà, Ojeda Sanz, Olsson, Ó Neachtain, Onesta, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Paasilinna, Pacheco Pereira, Pack, Paisley, Pannella, Papayannakis, Parish, Pasqua, Pastorelli, Patakis, Patrie, Paulsen, Pérez Álvarez, Pérez Royo, Roy Perry, Pesälä, Piecyk, Piétrasanta, Pirker, Píscarreta, Pittella, Plooi-j-van Gorsel, Podestà, Poettering, Pohjamo, Poignant, Pomés Ruiz, Poos, Posselt, Prets, Procacci, Pronk, Provan, Puerta, Purvis, Queiró, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Randzio-Plath, Rapkay, Raschhofer, Raymond, Read, Redondo Jiménez, Ribeiro e Castro, Ries, Riis-Jørgensen, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rocard, Rod, Rodríguez Ramos, de Roo, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Rovsing, Rübige, Rühle, Ruffolo, Sacconi, Sacrédeus, Saint-Josse, Sakellariou, Salafranca Sánchez-Neyra, Sandberg-Fries, Sandbæk, Sanders-ten Holte, Santer, Santini, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schaffner, Scheele, Schierhuber, Schleicher, Gerhard Schmid, Herman Schmid, Olle Schmidt, Schmitt, Schnellhardt, Schörling, Ilka Schröder, Jürgen Schröder, Schroedter, Schulz, Schwaiger, Segni, Seppänen, Sichrovsky, Simpson, Sjöstedt, Skinner, Smet, Soares, Sörensen, Sommer, Sornosa Martínez, Souchet, Souladakis, Sousa Pinto, Speroni, Staes, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sterckx, Stevenson, Stihler, Stirbois, Stockmann, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Swibel, Swoboda, Sørensen, Tajani, Tannock, Terrón i Cusí, Theato, Thomas-Mauro, Thors, Thyssen, Titley, Torres Marques, Trakatellis, Trentin, Tsatsos, Turchi, Turco, Turmes, Uca, Vachetta, Väyrynen, Vairinhos, Valdivielso de Cué, Valenciano Martínez-Orozco, Vallvé, Van Brempt, Van Orden, Varaut, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, Vattimo, van Velzen, Vermeer, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vinci, Virrankoski, Voggenhuber, Volcic, Wachtmeister, Wallis, Walter, Watson, Watts, Weiler, Wenzel-Perillo, Whitehead, Wieland, Wiersma, Wijkman, von Wogau, Wuermeling, Wuori, Wurtz, Wyn, Wynn, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimeray, Zimmerling, Zissener, Zorba, Zrihen,

Dienstag, 3. Juni 2003

## Beobachter

A. Nagy László, Bagó Zoltán, Balla Mihály, Balsai István, Bastys Mindaugas, Bekasovs Martijans, Beneš Miroslav, Beňová Monika, Berg Eiki, Bobelis Kazys Jaunutis, Bonnici Josef, Brejc Mihael, Christodoulidis Doros, Chronowski Andrzej, Chrzanowski Zbigniew, Čilevičs Boriss, Cybulski Zygmunt, Demetriou Panayiotis, Didžiokas Gintaras, Dobelis Juris, Ékes József, Fajmon Hynek, Falbr Richard, Filipek Krzysztof, Gałążewski Andrzej, Gawłowski Andrzej, Germič Ljubo, Grabowska Genowefa, Grzebisz-Nowicka Zofia, Grzyb Andrzej, Gyürk András, Hegyi Gyula, Ilves Toomas Hendrik, Jakič Roman, Jaskiernia Jerzy, Kacin Jelko, Kamiński Michał Tomasz, Kelemen András, Kiršteins Aleksandrs, Klich Bogdan, Kłopotek Eugeniusz, Klukowski Waclaw, Kolář Robert, Kozlík Sergej, Kreitzberg Peeter, Kriščiūnas Kęstutis, Kroupa Daniel, Kubovič Pavol, Kušķis Aldis, Kuzmickas Kęstutis, Kvietkauskas Vytautas, Lisak Janusz, Litwiniec Bogusław, Lydeka Arminas, Łyżwiński Stanisław, Maldeikis Eugenijus, Mallotová Helena, Manninger Jenő, Masáková Petra, Matsakis Marios, Mavrou Eleni, Óry Csaba, Ouzký Miroslav, Palečková Alena, Pasternak Agnieszka, Pęczak Andrzej, Peterle Alojz, Pieniążek Jerzy, Plokšto Artur, Podgórski Bogdan, Podobnik Janez, Pospíšil Jiří, Protasiewicz Jacek, Reiljan Janno, Rouček Libor, Rutkowski Krzysztof, Sefzig Luděk, Ševc Jozef, Šulák Petr, Surján László, Svoboda Pavel, Szczygło Aleksander, Vaculík Josef, Valys Antanas, Vareikis Egidijus, Vella George, Vėsaitė Birutė, Widuch Marek, Wikiński Marek, Wiśniowska Genowefa, Wojciechowski Janusz, Żenkiewicz Marian, Žiak Rudolf,

---

Dienstag, 3. Juni 2003

## ANLAGE I

## ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN

## Erklärung der Abkürzungen und Symbole

+	angenommen
-	abgelehnt
↓	hinfällig
Z	zurückgezogen
NA (... , ... , ...)	namentliche Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
EA (... , ... , ...)	elektronische Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
getr.	getrennte Abstimmungen
ges.	gesonderte Abstimmungen
Änd.	Änderungsantrag
K	Kompromissänderungsantrag
entspr.	entsprechender Teil
S	Streichung
=	identische Änderungsanträge
§	Absatz/Ziffer/Nummer
Art.	Artikel
Erw.	Erwägung
Entschl.antr.	Entschließungsantrag
Entschl.antr.	gemeinsamer Entschließungsantrag
Geh.	Geheime Abstimmung

## 1. TSE: Verlängerung des Zeitraums für Übergangsmaßnahmen \*\*\*I

Bericht: JACKSON (A5-0178/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

## 2. Abkommen EG/Chile über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit \*

Bericht: WESTENDORP Y CABEZA (A5-0161/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

Dienstag, 3. Juni 2003

### 3. Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs \*\*\*I

Bericht: SCHNELHARDT (A5-0149/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>	NA	+	439, 1, 10

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE: Schlussabstimmung

### 4. Änderung der Satzung des Gerichtshofs: Vorabentscheidungsverfahren \*

Bericht: GIL-ROBLES GIL-DELGADO (A5-0148/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

### 5. Rückführung von Drittstaatsangehörigen: Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte \*

Bericht: OREJA ARBURUA (A5-0166/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>Einzig Abstimmung über den Vorschlag der Kommission</b>		-	
<b>Einzig Abstimmung über den Entwurf einer legislativen Entschließung</b>		+	

### 6. Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000 und 2001)

Bericht: WALLIS (A5-0147/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>	NA	+	443, 17, 18

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE: Schlussabstimmung

### 7. Gesundheit und Medizinprodukte

Bericht: MALLIORI (A5-0125/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

Dienstag, 3. Juni 2003

**8. Finanzhilfen für Drittländer**

Bericht: BELDER (A5-0192/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzigste Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

**9. Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen \***

Bericht: Herman SCHMID (A5-0187/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-6 8 10-13 15-22 24-26 28-33 35 37-39 41 44 46 49-54 56	<b>Ausschuss</b>		+		
	<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	7	<b>Ausschuss</b>	getr.		
				1	+	
				2/EA		255, 214, 6
		23	<b>Ausschuss</b>	ges./EA	+	241, 236, 12
		27	<b>Ausschuss</b>	ges./EA	+	266, 217, 3
		40	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		43	<b>Ausschuss</b>	getr.		
				1	+	
		2/EA	-	238, 242, 5		
	45	<b>Ausschuss</b>	NA	+	<b>mündlich geändert</b> 470, 14, 9	
	Anhang Teil B Abschnitt 2	34	<b>Ausschuss</b>		+	
		66	PPE-DE	getr./NA		
1				+	369, 23, 112	
2				+	205, 108, 187	
61		PPE-DE	getr.			
			1/EA	-	234, 261, 1	
	2		-			
Anhang Teil B Abschnitt 3	36	<b>Ausschuss</b>		-		
	57	ELDR	EA	-	224, 265, 15	

Dienstag, 3. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Anhang Teil B Abschnitt 5	42	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
	62	PPE-DE	NA	-	234, 269, 2
Anhang Teil B Abschnitt 8	47	<b>Ausschuss</b>		+	
	58	ELDR		-	
Anhang Teil B Abschnitt 9	48	<b>Ausschuss</b>	EA	+	284, 208, 8
	63	PPE-DE	EA	+	264, 223, 8
Anhang Teil C Abschnitt 4	55	<b>Ausschuss</b>		-	
	64	PPE-DE	NA	+	<b>mündlich geändert</b> 247, 69, 195
Erwägung 11	60	PPE-DE		+	
Erwägung 18	9	<b>Ausschuss</b>		+	
	65	PPE-DE		-	
Erwägung 22	59	GUE/NGL		-	
	14	<b>Ausschuss</b>		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>				+	

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PPE-DE: Änd. 45, 64, 66

GUE/NGL: Änd. 62

*Anträge auf getrennte Abstimmung*

PPE-DE

**Änd. 7**

1. Teil: Text ohne die Worte „Letzteres sollte jedoch ... vorgeschlagen werden.“

2. Teil: diese Worte

**Änd. 43**

1. Teil: Text bis „Familie schaffen“

2. Teil: Rest

ELDR

**Änd. 42**

1. Teil: Text ohne die Worte „Ein möglicher Ansatz ... die Strukturfonds“

2. Teil: diese Worte

**Änd. 61**

1. Teil: Text ohne die Worte „mit mindestens 15 Jahren Laufzeit“

2. Teil: diese Worte

**Änd. 66**

1. Teil: Text ohne die Worte „und die steuerliche Gesamtbelastung ... angekurbelt wird.“

2. Teil: diese Worte

Dienstag, 3. Juni 2003

Anträge auf gesonderte Abstimmung

PPE-DE: Änd. 23, 27, 36

ELDR: Änd. 23, 40, 43

Sonstige

Der Berichterstatter trägt die beiden folgenden mündlichen Änderungsanträge vor:

Änd. 45: Spiegelstrich 2 – **eine spürbare** Reduzierung ...  
Spiegelstrich 4 – eine **spürbare** Reduzierung ...

Änd. 64: „... und des Stabilitätspaktes **in den Ländern der Euro-Zone.**“

## 10. Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen \*

Bericht: ROURE (A5-0137/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-20 22-25 27-35	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 11	21	<b>Ausschuss</b>	EA	-	151, 323, 0
	36	PPE-DE		+	
Artikel 18	26	<b>Ausschuss</b>		-	
	37	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>				+	

## 11. Abgeordnetenstatut

Bericht: ROTHLEY (A5-0193/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entwurf eines Beschlusses</b>					
Artikel 3	24	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.	EA	-	207, 275, 14
Artikel 4	25	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.	EA	-	215, 261, 18
Artikel 5	26	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Artikel 6	27 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Artikel 7	28	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Artikel 8	29 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Artikel 12	4	PSE		+	
Artikel 16	8	BERÈS et al.	NA	-	76, 429, 19
	§	<b>Originaltext</b>	NA	+	360, 137, 21

Dienstag, 3. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Artikel 18	30	ELDR, Verts/ALE et al.	NA	-	235, 259, 28
	§	<b>Originaltext</b>	NA	+	368, 133, 16
Artikel 20	31	ELDR, Verts/ALE et al.		-	
Artikel 27	32	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.	NA	-	239, 274, 15
Artikel 33	1	EDD		-	
nach Artikel 36	5	PSE	EA	+	349, 140, 13
Artikel 37	9	NASSAUER et al.		-	
	33	Verts/ALE		-	
	6	PSE	EA	+	282, 191, 18
Erwägung 14	10 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.	EA	-	219, 278, 13
Erwägung 15	11 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 16	12 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 17	13 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.	EA	-	217, 275, 16
Erwägung 18	14 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 19	15 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 20	16 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 21	17 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 28	2 S	PSE		+	
Erwägung 30	18 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 31	19 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 32	20 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 33	21 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 34	22 S	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
Erwägung 49	23	ELDR, GUE/NGL, Verts/ALE et al.		-	
nach Erwägung 50	3	PSE		+	
<b>Abstimmung: Entwurf eines Beschlusses (insgesamt)</b>			EA	+	294, 171, 59

N.B.: Die Abstimmung über den Entschließungsantrag ist für den 4. Juni 2003 vorgesehen.

Die GUE/NGL-Fraktion hat die Änderungsanträge 30 und 31 nicht unterzeichnet.

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PSE: Artikel 16, Änd. 8, Artikel 18, Änd. 30

ELDR: Änd. 30

GUE/NGL: Änd. 8, 32, Artikel 16

Verts/ALE: Änd. 30, 32



Dienstag, 3. Juni 2003

## 12. Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie

Bericht: Erika MANN (A5-0115/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
vor § 1	18	Verts/ALE	EA	-	98, 373, 3
§ 1	6	GUE/NGL + DESIR	NA	+	282, 208, 10
§ 2	7	GUE/NGL + DESIR	NA	+	311, 204, 5
	1	PPE-DE		↓	
§ 3	2	PPE-DE		+	
nach § 3	19	Verts/ALE	NA	+	251, 245, 23
§ 5	8	GUE/NGL + DESIR	NA	-	127, 374, 12
nach § 8	13	GUE/NGL + DESIR	NA	-	138, 366, 6
§ 9	9	GUE/NGL + DESIR	NA	-	106, 390, 6
§ 13	10	GUE/NGL + DESIR	NA	-	127, 376, 7
§ 15	11	GUE/NGL + DESIR		+	
§ 21	12	GUE/NGL + DESIR	NA	-	157, 347, 12
	§	<b>Originaltext</b>	NA	+	391, 113, 9
nach § 26	20	Verts/ALE		-	
Erwägung F	3	GUE/NGL + DESIR		-	
nach Erwägung F	14	Verts/ALE		-	
nach Erwägung N	15	Verts/ALE		-	
nach Erwägung P	16	Verts/ALE		-	
Erwägung S	4	GUE/NGL + DESIR		-	
Erwägung T	5	GUE/NGL + DESIR		-	
	17	Verts/ALE		+	
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	

Anträge auf namentliche Abstimmung

GUE/NGL: Änd. 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 19, § 21

## 13. MEDA-Programm (2000)

Bericht: PIÉTRASANTA (A5-0114/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 6	2 S	Verts/ALE + PSE		+	
§ 10	3	Verts/ALE + PSE		-	

Dienstag, 3. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 14	4	Verts/ALE + PSE		-	
§ 30	5	Verts/ALE		-	
§ 31	6 S	Verts/ALE	NA	-	218, 256, 0
§ 39	7	Verts/ALE + PSE		+	
§ 47	8	Verts/ALE + PSE		-	
Erwägung N	1	Verts/ALE + PSE		-	
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	

Anträge auf namentliche Abstimmung

UEN: Änd. 6

## 14. Abkommen EU-USA: Rechtshilfe in Strafsachen und Auslieferung

Bericht: HERNÁNDEZ MOLLAR (A5-0172/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
vor § 1	3	GUE/NGL		-	
	4	GUE/NGL		-	
§ 12		<b>Originaltext</b>	ges./EA	+	243, 174, 26
nach Erwägung A	1	GUE/NGL		+	
	2	GUE/NGL		-	
<b>Abstimmung: Empfehlung (insgesamt)</b>			NA	+	356, 63, 35

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE: Schlussabstimmung

Anträge auf gesonderte Abstimmung

PPE-DE: § 12

Dienstag, 3. Juni 2003

## ANLAGE II

## ERGEBNIS DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNGEN

## 1. Bericht Schnellhardt A5-0149/2003

## Entschließung

**Ja-Stimmen: 439****EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Raymond, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Maset Campos, Meijer, Miranda, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Vachetta, Wurtz**NI:** Beysen, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Stirbois, Vanhecke, Varaut**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Harbour, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Langen, Laschet, Lechner, Lehne, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wijkman, Wuermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Görlach, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Junker, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roue, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Skinner, Soares, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Trentin, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen**UEN:** Camre, Collins, Crowley, Hyland, Marchiani, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi

Dienstag, 3. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lambert, Lannoye, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 1**

**EDD:** Booth

**Enthaltungen: 10**

**EDD:** Abitbol, Kuntz

**NI:** Berthu, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Garaud, Paisley, Pannella, Turco

**2. Bericht Wallis A5-0147/2003**

**Entschließung**

**Ja-Stimmen: 443**

**EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Bonde, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Manisco, Marset Campos, Meijer, Miranda, Naïr, Papayannakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Vachetta, Wurtz

**NI:** Beysen, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Kronberger, Raschhofer, Sichrovsky

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Wuermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Görlach, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler,

**Dienstag, 3. Juni 2003**

Kuckelkorn, Kuhne, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Segni, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 17**

**EDD:** Abitbol, Booth, Coûteaux, Kuntz

**NI:** Berthu, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**UEN:** Marchiani, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro

**Enthaltungen: 18**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Krarup, Patakis

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Paisley, Pannella, Turco

**UEN:** Camre

### **3. Bericht Schmid A5-0187/2003**

#### **Änderungsantrag 45**

**Ja-Stimmen: 470**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Monsonís Domingo, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Morgantini, Nair, Papayannakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Garaud, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Kronberger, Paisley, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Foliás, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Hortefeux, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Kauppi,

Dienstag, 3. Juni 2003

Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Wuermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Görlach, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulden, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Myller, Neapolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Ó Neachtain, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 14**

**EDD:** Abitbol, Coûteaux, Kuntz

**ELDR:** Mulder, Sanders-ten Holte

**NI:** Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois, Varaut

**PPE-DE:** Helmer

**UEN:** Pasqua

#### **Enthaltungen: 9**

**EDD:** Booth

**ELDR:** Manders

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas

**NI:** Berthu, Dupuis, Pannella, Vanhecke

**PPE-DE:** Wachtmeister

Dienstag, 3. Juni 2003

**4. Bericht Schmid A5-0187/2003**  
**Änderungsantrag 66, 1. Teil**

**Ja-Stimmen: 369**

**EDD:** Abitbol, Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Uca, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Speroni, Stirbois, Turco, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Hortefeux, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Wuermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Berenguer Fuster, Carraro, Ceyhun, Ford, Görlach, Haug, Hazan, Junker, Karlsson, Keßler, Kuckelkorn, Malliori, Marinho, Poignant, Sornosa Martínez

**UEN:** Andrews, Collins, Crowley, Hyland, Marchiani, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 23**

**EDD:** Andersen, Bonde, Sandbæk

**NI:** Paisley

Dienstag, 3. Juni 2003

**PSE:** Duhamel, Ferreira, Fruteau, Ghilardotti, Goebbels, Imbeni, Lavarra, Lund, Myller, Napoletano, Ruffolo, Sacconi, Soares, Vattimo, Volcic, Weiler, Wiersma

**Verts/ALE:** Jonckheer, Turmes

### **Enthaltungen: 112**

**EDD:** Coûteaux

**GUE/NGL:** Vachetta

**NI:** Gorostiaga Atxalandabaso

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Garot, Gebhardt, Gill, Gillig, Guy-Quint, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Ivari, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Katiforis, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lange, Linkohr, McCarthy, McNally, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Walter, Watts, Whitehead, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Camre

## **5. Bericht Schmid A5-0187/2003**

### **Änderungsantrag 66, 2. Teil**

#### **Ja-Stimmen: 205**

**EDD:** Abitbol, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz

**ELDR:** Paulsen, Procacci, Schmidt

**NI:** Berthu, Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Gollnisch, Hager, Lang, de La Perriere, Martinez, Pannella, Sichrovsky, Souchet, Stirbois, Turco, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Hortefeux, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Wuermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Ceyhun, Haug, Hazan, Karlsson, Keßler, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Linkohr

**UEN:** Andrews, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi



Dienstag, 3. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 108**

**EDD:** Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Boogerd-Quaak

**NI:** Gorostiaga Atxalandabaso, Speroni

**PPE-DE:** Atkins, Balfe, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Dover, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, Khanbhai, McMillan-Scott, Nicholson, Parish, Perry, Purvis, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sumberg, Tannock, Van Orden, Villiers

**PSE:** Carraro, Dehousse, Ghilardotti, Goebbels, Imbeni, Lavarra, Lund, Myller, Napoletano, Paasilinna, Rodríguez Ramos, Ruffolo, Sacconi, dos Santos, Scheele, Soares, Sornosa Martínez, Trentin, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Weiler, Wiersma

**UEN:** Segni

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 187**

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Fleisch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooj-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Kronberger, Raschhofer

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Gill, Gillig, Görlach, Guy-Quint, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Katiforis, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kuhne, Lange, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Sakellariou, Sandberg-Fries, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Walter, Watts, Whitehead, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Camre

**6. Bericht Schmid A5-0187/2003**

**Änderungsantrag 62**

**Ja-Stimmen: 234**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Belder, Bernié, Blokländ, Bonde, Booth, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Boogerd-Quaak, Riis-Jørgensen

Dienstag, 3. Juni 2003

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Sichrovsky, Souchet, Speroni, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folia, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Hortefeux, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübiger, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wenzel-Perillo, von Wogau, Wiermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Dehousse

**UEN:** Andrews, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

### **Nein-Stimmen: 269**

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Fleisch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gorostiaga Atxalandabaso, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Grönfeldt Bergman, Stenmarck, Wachtmeister, Wijkman

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Görlach, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Myller, Napoletano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**Dienstag, 3. Juni 2003**

**UEN:** Segni

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori

**Enthaltungen: 2**

**ELDR:** Nordmann

**UEN:** Berlato

**7. Bericht Schmid A5-0187/2003**

**Änderungsantrag 64**

**Ja-Stimmen: 247**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Fleisch, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Fiebiger, Frahm

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Hortefeux, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Píscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Wuermeling, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Ceyhun, Corbey, Duin, Gill, Görlach, Haug, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Lange, Lund, Müller Rosemarie, Myller

**UEN:** Andrews, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro

**Nein-Stimmen: 69**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Bernié, Bonde, Booth, Butel, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Figueiredo, Korakas

Dienstag, 3. Juni 2003

**NI:** Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, de La Perriere, Martinez, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PSE:** Dehousse, Goebbels, dos Santos, Soares

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

### **Enthaltungen: 195**

**EDD:** Coûteaux

**ELDR:** Paulsen

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marselet Campos, Meijer, Miranda, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Souchet, Speroni

**PPE-DE:** Atkins, Balfe, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, Khanbhai, McMillan-Scott, Nicholson, Parish, Perry, Purvis, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sumberg, Tannock, Van Orden, Villiers

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Guy-Quint, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kuhne, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Pasqua

## **8. Bericht Rothley A5-0193/2003**

### **Änderungsantrag 8**

**Ja-Stimmen: 76**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Bonde, Kuntz, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Figueiredo, Frahm, Fraisse, Herzog, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Papayannakis, Patakis, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Paisley, Speroni

**PPE-DE:** Grosch, Korhola, Sacrédeus, Schleicher

**PSE:** Berès, Carlotti, Corbey, Darras, De Keyser, Duhamel, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Guy-Quint, Lalumière, Lund, Poignant, Rocard, Roure, Zimeray, Zrihen

**Dienstag, 3. Juni 2003**

**UEN:** Camre, Marchiani, Nobilia, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Auroi, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Jonckheer, Lannoye, Lipietz, Lucas, Rühle, Schörling

**Nein-Stimmen: 429**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Cox, Davies, De Clercq, Dybkjær, Fleisch, Formentini, Gasóliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Jové Peres

**NI:** Berthu, Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, de La Perriere, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Turco, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübzig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Dehousse, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Murphy, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Musumeci, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, McCormick, McKenna, Mayol i Raynal, Onesta, de Roo, Sørensen, Staes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

Dienstag, 3. Juni 2003

**Enthaltungen: 19****EDD:** Booth, Coûteaux**GUE/NGL:** Blak, Fiebiger, González Álvarez, Kaufmann, Marset Campos, Puerta**NI:** Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois**PPE-DE:** Gil-Robles Gil-Delgado, Smet, Thyssen**Verts/ALE:** Piétrasanta, Rod**9. Bericht Rothley A5-0193/2003****Artikel 16****Ja-Stimmen: 360****EDD:** Belder, Blokland, van Dam**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Cox, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Jové Peres, Marset Campos, Puerta, Schröder Ilka, Vachetta**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Turco**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Píscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Campos, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Dehousse, Díez González, Dührkop Dührkop, Fava, Gebhardt, Ghilardotti, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, van Hulten, Hume, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Katiforis, Kindermann, Koukiadis, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lavarra, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Souladakis, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Vattimo, Volcic, Walter, Wiersma, Zorba**UEN:** Andrews, Berlatto, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi

**Dienstag, 3. Juni 2003**

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Lagendijk, Lannoye, Lipietz, MacCormick, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 137**

**EDD:** Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Paulsen, Schmidt

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, Herzog, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Schmid Herman, Seppänen, Sjöstedt, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, de La Perriere, Souchet, Varaut

**PPE-DE:** Atkins, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Khanbhai, McMillan-Scott, Nicholson, Parish, Perry, Purvis, Sacrédeus, Stevenson, Sturdy, Sumberg, Tannock, Van Orden, Villiers

**PSE:** Berès, Bowe, Carlotti, Casaca, Cashman, Corbey, Darras, De Keyser, Duhamel, Evans Robert J.E., Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gill, Gillig, Guy-Quint, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, Kinnock, Kreissl-Dörfler, Lalumière, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Murphy, Paasilinna, Patrie, Poignant, Read, Roure, Simpson, Skinner, Sornosa Martínez, Stihler, Titley, Watts, Weiler, Whitehead, Wynn, Zimeray, Zrihen

**UEN:** Camre, Marchiani, Pasqua, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Gahrton, Jonckheer, Lambert, Lucas, Maes

**Enthaltungen: 21**

**EDD:** Booth, Coûteaux

**GUE/NGL:** Blak, Kaufmann, Uca

**NI:** Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Gil-Robles Gil-Delegado

**PSE:** Andersson, Carrilho, Färm, Iivari, Karlsson, Sandberg-Fries, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt

**10. Bericht Rothley A5-0193/2003**

**Änderungsantrag 30**

**Ja-Stimmen: 235**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Cox, Davies, De Clercq, Dybkjær, Fleisch, Formentini, Gasoliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Alavanos, Bertinotti, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Figueiredo, Frahm, Koulourianos, Krarup, Meijer, Miranda, Morgantini, Nair, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Vachetta

**NI:** Berthu, Kronberger, de La Perriere, Paisley, Raschhofer, Souchet, Varaut

Dienstag, 3. Juni 2003

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Balfe, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Doorn, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Grosch, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, Kauppi, Khanbhai, Korhola, Maat, McMillan-Scott, Martens, Matikainen-Kallström, Nicholson, Oomen-Ruijten, Parish, Perry, Pronk, Purvis, Rovsing, Sacrédeus, Stenmarck, Stevenson, Sumberg, Tannock, Van Orden, Vatanen, van Velzen, Villiers, Wachtmeister, Wijkman

**PSE:** Andersson, Berès, van den Berg, Bowe, van den Burg, Carlotti, Corbey, Darras, De Keyser, Duhamel, Evans Robert J.E., Färm, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gill, Gillig, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, livari, Karlsson, Kinnock, Lage, Lalumière, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martin Hans-Peter, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Paasilinna, Patrie, Pittella, Poinant, Read, Rocard, Roure, Sandberg-Fries, Savary, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zrihen

**UEN:** Camre, Crowley, Hyland, Marchiani, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

### **Nein-Stimmen: 259**

**ELDR:** Procacci

**GUE/NGL:** González Álvarez, Jové Peres, Manisco, Markov, Marset Campos, Puerta

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Pannella, Sichrovsky, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doyle, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klaf, Knolle, Koch, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martin Hugues, Mastella, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Campos, Carraro, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Dehousse, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Fava, Gebhardt, Ghilardotti, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hume, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Katiforis, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lange, Lavarra, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Napolitano, Napolitano, Pérez Royo, Piecyk, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Zorba

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Fitzsimons, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Segni, Turchi

**Verts/ALE:** Frassoni, Rühle



Dienstag, 3. Juni 2003

**Enthaltungen: 28**

**EDD:** Booth, Coûteaux

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Fiebiger, Fraisse, Herzog, Kaufmann, Korakas, Modrow, Patakis, Uca, Vinci, Wurtz

**NI:** Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Gil-Robles Gil-Delgado, Oostlander

**PSE:** Carrilho, Mendiluce Pereiro

**Verts/ALE:** Breyer

**11. Bericht Rothley A5-0193/2003**

**Artikel 18**

**Ja-Stimmen: 368**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreassen, Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Costa Paolo, Cox, Davies, De Clercq, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Sterckx, Sørensen, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Boudjenah, Brie, Dary, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübige, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, Vidal-Quadras Roca, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Campos, Carraro, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Dehousse, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Fava, Gebhardt, Ghilardotti, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hume, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Katiforis, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Neapolitano, Neapolitano, Obiols i Germà, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Zorba

Dienstag, 3. Juni 2003

**UEN:** Andrews, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Queiró, Ribeiro e Castro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Sörensen, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 133**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Paulsen, Schmidt, Thors

**GUE/NGL:** Eriksson, Frahm, Korakas, Krarup, Manisco, Meijer, Schmid Herman, Seppänen, Sjöstedt

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, Kauppi, Khanbhai, Maat, McMillan-Scott, Matikainen-Kallström, Nicholson, Parish, Perry, Pronk, Purvis, Sacrédeus, Stenmarck, Stevenson, Tannock, van Velzen, Villiers, Wachtmeister, Wijkman

**PSE:** Andersson, Berès, van den Berg, Bowe, van den Burg, Carlotti, Cashman, Corbey, Darras, De Keyser, Duhamel, Evans Robert J.E., Färm, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gill, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, Lalumière, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martin Hans-Peter, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Paasilinna, Patrie, Poignant, Read, Rocard, Roure, Sandberg-Fries, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zrihen

**UEN:** Camre, Marchiani, Pasqua, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Gahrton, Lucas, Staes

**Enthaltungen: 16**

**EDD:** Booth

**ELDR:** van den Bos, Dybkjær, Huhne

**GUE/NGL:** Blak, Miranda

**NI:** Gorostiaga Atxalandabaso

**PPE-DE:** Gil-Robles Gil-Delgado, Grosch

**PSE:** Carrilho

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Mussa, Musumeci, Nobilia

**Verts/ALE:** Jonckheer

**12. Bericht Rothley A5-0193/2003**

**Änderungsantrag 32**

**Ja-Stimmen: 239**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Cox, Davies, De Clercq, Dybkjær, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

Dienstag, 3. Juni 2003

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Bertinotti, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Figueiredo, Frahm, Fraisse, Herzog, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Meijer, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Kronberger, de La Perriere, Paisley, Raschhofer, Souchet, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Atkins, Balfe, Beazley, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Cornillet, Corrie, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Elles, Evans Jonathan, Ferrer, Foster, Goodwill, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Inglewood, Jackson, Kauppi, Khanbhai, Maat, McMillan-Scott, Martens, Matikainen-Kallström, Nicholson, Oomen-Ruijten, Oostlander, Parish, Perry, Pronk, Purvis, Roving, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Smet, Stevenson, Sturdy, Tannock, Thyssen, Van Orden, van Velzen, Villiers, Wijkman

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, van den Burg, Casaca, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Iivari, Karlsson, Kinnock, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martin Hans-Peter, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Paasilinna, Piecyk, Read, Sandberg-Fries, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Marchiani, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 274**

**ELDR:** Procacci

**GUE/NGL:** Jové Peres, Korakas, Marset Campos, Patakis, Puerta

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Pannella, Sichrovsky, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, Dimitrakopoulos, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Fiori, Flemming, Florenz, Folia, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Gutiérrez-Cortines, Hatzidakis, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martin Hugues, Mastella, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rübig, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carraro, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Katiforis, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Neapolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Rojo, Pittella, Poignant, Poo, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Zimeray, Zorba, Zrihen

Dienstag, 3. Juni 2003

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi

**Enthaltungen: 15**

**EDD:** Booth

**ELDR:** Costa Paolo

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Blak, Fiebiger, González Álvarez

**NI:** Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois

**PPE-DE:** Gil-Robles Gil-Delgado

**PSE:** Carrilho, Mendiluce Pereiro

**UEN:** Camre

**13. Bericht Mann A5-0115/2003**

**Änderungsantrag 6**

**Ja-Stimmen: 282**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Puerta, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Gorostiaga Atxalandabaso, de La Perriere, Paisley, Souchet, Varaut

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Collins, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Musumeci, Ó Neachtain, Pasqua, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wynn

Dienstag, 3. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 208**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Camre, Mussa, Nobilia, Queiró, Segni, Turchi

**Enthaltungen: 10**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**UEN:** Ribeiro e Castro

**14. Bericht Mann A5-0115/2003**

**Änderungsantrag 7**

**Ja-Stimmen: 311**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Böge, Schröder Jürgen

Dienstag, 3. Juni 2003

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Bremept, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 204**

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcyoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggler, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**UEN:** Camre

#### **Enthaltungen: 5**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Speroni

Dienstag, 3. Juni 2003

## 15. Bericht Mann A5-0115/2003

### Änderungsantrag 19

**Ja-Stimmen: 251**

**EDD:** Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Thors, Väyrynen

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjøstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Paisley, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Friedrich, Sacrédeus, Wijkman

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 245**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Watson

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Foster, Fournou, Gähler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggel, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klafß, Knolle, Koch,

Dienstag, 3. Juni 2003

Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Roving, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Evans Robert J.E.

**UEN:** Camre, Queiró, Segni

### **Enthaltungen: 23**

**EDD:** Abitbol, Booth, Coûteaux, Kuntz

**NI:** Berthu, Garaud, de La Perriere, Souchet, Speroni

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

## **16. Bericht Mann A5-0115/2003**

### **Änderungsantrag 8**

### **Ja-Stimmen: 127**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Gorostiaga Atxalandabaso, de La Perriere, Paisley, Souchet, Varaut

**PPE-DE:** Ferber

**PSE:** Dehousse, De Keyser, Ferreira, Ford, Hume, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Lund, Martin Hans-Peter, Pérez Royo, Prets, Roure, Scheele, Souladakis, Valenciano Martínez-Orozco, Zrihen

**UEN:** Andrews, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sørensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

### **Nein-Stimmen: 374**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Qaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Watson



**Dienstag, 3. Juni 2003**

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggler, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bowe, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Ceyhun, Corbey, Darras, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Camre, Mussa, Musumeci, Nobilia

### **Enthaltungen: 12**

**EDD:** Booth, Coûteaux

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PSE:** Duin, Paasilinna

## **17. Bericht Mann A5-0115/2003**

### **Änderungsantrag 13**

### **Ja-Stimmen: 138**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Dary, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Näir, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

Dienstag, 3. Juni 2003

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Gutiérrez-Cortines

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Dehousse, Ferreira, Ford, Haug, Keßler, Kreissl-Dörfler, Lange, Lund, Martin Hans-Peter, Read, Roure, Scheele, Valenciano Martínez-Orozco, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Crowley, Hyland, Marchiani, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

### **Nein-Stimmen: 366**

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski

**GUE/NGL:** Herzog

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bowe, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rocard, Rodríguez Ramos,

**Dienstag, 3. Juni 2003**

Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba

**UEN:** Camre, Mussa

**Enthaltungen: 6**

**EDD:** Booth, Coûteaux

**PSE:** Bösch, Duin, Fruteau, Mendiluce Pereiro

**18. Bericht Mann A5-0115/2003**

**Änderungsantrag 9**

**Ja-Stimmen: 106**

**EDD:** Andersen, Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigler, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Paisley, Stirbois, Vanhecke

**PSE:** Baltas, Dehousse, Ferreira, Ford, Koukiadis, Lund, Martin Hans-Peter, Roure, Scheele, Souladakis, Zrihen

**UEN:** Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sørensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 390**

**EDD:** Abitbol, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Dary

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Turco, Varaut

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola,

Dienstag, 3. Juni 2003

Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Píscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bowe, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi

#### **Enthaltungen: 6**

**EDD:** Booth

**NI:** Berthu, Souchet

**PSE:** Bösch, Fruteau, Mendiluce Pereiro

### **19. Bericht Mann A5-0115/2003**

#### **Änderungsantrag 10**

#### **Ja-Stimmen: 127**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Bernié, Bonde, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois, Vanhecke

**PSE:** Dehousse, De Keyser, Ferreira, Ford, Goebbels, Koukiadis, Lund, Martin Hans-Peter, Paasilinna, Rothley, Roure, Scheele, Souladakis, Vairinhos, Van Brempt, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Crowley, Fitzsimons, Marchiani, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

Dienstag, 3. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 376**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreassen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooijs van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Dary

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggel, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübzig, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bowe, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Neapolitano, Neapolitano, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba

**UEN:** Camre, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni

**Enthaltungen: 7**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**PSE:** Bösch, Fruteau, Mendiluce Pereiro

Dienstag, 3. Juni 2003

**20. Bericht Mann A5-0115/2003****Änderungsantrag 12****Ja-Stimmen: 157**

**EDD:** Abitbol, Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Bonde, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Dybkjær

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Seppänen, Sjøstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Raschhofer, Souchet, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Atkins, Balfé, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Elles, Foster, Goodwill, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, McMillan-Scott, Nicholson, Parish, Purvis, Stevenson, Sturdy, Sumberg, Tannock, Van Orden

**PSE:** Carraro, De Keyser, Ferreira, Ford, Koukiadis, Lund, Roure, Scheele, Souladakis, Vairinhos, Van Brempt, Zrihen

**UEN:** Andrews, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 347**

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Dary, González Álvarez

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Pannella, Sichrovsky, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folia, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcyoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**Dienstag, 3. Juni 2003**

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bowe, Campos, Carlotti, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulsten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba

**UEN:** Camre

### **Enthaltungen: 12**

**EDD:** Booth

**PSE:** Bösch, Dehousse, Fruteau, Mendiluce Pereiro

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Mussa, Musumeci, Nobilia, Segni, Turchi

## **21. Bericht Mann A5-0115/2003**

### **Absatz 21**

### **Ja-Stimmen: 391**

**EDD:** Andersen, Bonde, Raymond, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Alavanos, Dary, Herzog, Jové Peres, Nair

**NI:** Beysen, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Kronberger, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Decourrière, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Florenz, Folias, Foster, Fourtoul, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcyoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Koch, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santer, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

Dienstag, 3. Juni 2003

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bowe, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Díez González, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**UEN:** Marchiani, Segni, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Gahrton, Mayol i Raynal

### **Nein-Stimmen: 113**

**EDD:** Abitbol, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Kaufmann, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Souchet, Stirbois, Vanhecke, Varaut

**PPE-DE:** Ebner, Kauppi, Knolle, Lombardo, Stauner

**PSE:** Dehousse, Dührkop Dührkop, Marinho, Van Brempt

**UEN:** Andrews, Camre, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, MacCormick, McKenna, Maes, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn

### **Enthaltungen: 9**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Koulourianos

**PSE:** Roure

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Mussa, Musumeci, Nobilia, Turchi

## **22. Bericht Pietrasanta A5-0114/2003**

### **Änderungsantrag 6**

### **Ja-Stimmen: 218**

**EDD:** Andersen, Bonde, Booth, Sandbæk

**ELDR:** Lynne

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Patakis, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz



Dienstag, 3. Juni 2003

**NI:** Gorostiaga Atxalandabaso, Paisley

**PPE-DE:** Wijkman

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Linkohr, Lund, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Pittella, Poignant, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Celli, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lipietz, Lucas, MacCormick, Maes, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wynn

#### **Nein-Stimmen: 256**

**EDD:** Abitbol, Belder, Bernié, Blokland, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Dybkjær, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Cappato, Garaud, Gollnisch, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Raschhofer, Souchet, Stirbois, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Brienza, Brunetta, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Cornillet, Corrie, Daul, Decourrière, Dell'Utri, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Foliás, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jeggler, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langenhagen, Laschet, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sudre, Sumberg, Suominen, Tajani, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**UEN:** Berlato, Camre, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Marchiani, Mussa, Musumeci, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

Dienstag, 3. Juni 2003

**23. Bericht Hernández Mollar A5-0172/2003****Empfehlung****Ja-Stimmen: 356****EDD:** Belder, Blokland, van Dam**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasóliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**NI:** Berthu, Cappato, de La Perriere, Paisley, Raschhofer, Souchet**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Cornillet, Daul, Decourrière, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Evans Jonathan, Fatuzzo, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Jackson, Jeggle, Karas, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langenhagen, Laschet, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübige, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Tajani, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Berès, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duhamel, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Katiforis, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Marinho, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Pittella, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rocard, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zimeray, Zorba, Zrihen**UEN:** Crowley**Verts/ALE:** Aaltonen, Auroi, Bautista Ojeda, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lambert, Lipietz, McCormick, Maes, Onesta, de Roo, Rühle, Schroedter, Sörensen, Staes, Turmes, Voggenhuber, Wuori, Wyn**Nein-Stimmen: 63****EDD:** Abitbol, Andersen, Bernié, Bonde, Booth, Butel, Mathieu, Saint-Josse, Sandbæk**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Bertinotti, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Jové Peres, Kaufmann, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Patakis, Schmid Herman, Schröder Ilka, Seppänen, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Wurtz

**Dienstag, 3. Juni 2003**

**NI:** Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois

**PSE:** Lund, Vattimo

**UEN:** Marchiani, Pasqua, Queiró, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Boumediene-Thiery, Gahrton, Lucas, McKenna, Piétrasanta, Rod, Schörling

***Enthaltungen: 35***

**GUE/NGL:** Alavanos

**NI:** Beysen, Vanhecke

**PPE-DE:** Atkins, Balfe, Beazley, Bowis, Callanan, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Foster, Goodwill, Hannan, Harbour, Inglewood, Khanbhai, McMillan-Scott, Nicholson, Parish, Perry, Stevenson, Tannock, Van Orden, Villiers

**PSE:** Dehousse

**UEN:** Berlato, Camre, Fitzsimons, Mussa, Musumeci, Nobilia, Segni, Turchi

---

**ANGENOMMENE TEXTE****P5\_TA(2003)0226****TSE: Verlängerung des Zeitraums für Übergangsmaßnahmen \*\*\*I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 hinsichtlich der Verlängerung des Zeitraums, in dem Übergangsmaßnahmen gelten (KOM(2003) 103 – C5-0068/2003 – 2003/0046(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2003) 103) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 152 Absatz 4 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0068/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 und Artikel 158 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik (A5-0178/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission;
  2. verlangt, erneut befasst zu werden, falls die Kommission beabsichtigt, ihren Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

**P5\_TA(2003)0227****Abkommen EG/Chile über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Chile (KOM(2003) 82 – C5-0067/2003 – 2003/0035(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags für einen Beschluss des Rates (KOM(2003) 82) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 170 und Artikel 300 Absatz 2 Unterabsatz 1 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 300 Absatz 3 Unterabsatz 1 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0067/2003),

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- gestützt auf Artikel 67, Artikel 97 Absatz 7 und Artikel 158 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0161/2003),
1. billigt den Abschluss des Abkommens;
  2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie der Republik Chile zu übermitteln.
- 

**P5\_TA(2003)0228**

### **Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs \*\*\*I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und mit Hygienevorschriften für Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 91/67/EWG (KOM(2000) 438 – C5-0379/2000 – 2000/0182(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2000) 438) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 95 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0379/2000),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie und des Ausschusses für Fischerei (A5-0149/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

---

<sup>(1)</sup> ABl. C 365 E vom 19.12.2000, S. 132.

**P5\_TC1-COD(2000)0182**

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 3. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung bestimmter Richtlinien über Lebensmittelhygiene und mit Hygienevorschriften für Herstellen und Inverkehrbringen von bestimmten Lebensmitteln tierischen Ursprungs und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG und 91/67/EWG**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION,

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 37, Artikel 95 und Artikel 152 Absatz 4 Buchstabe b),

auf Vorschlag der Kommission<sup>(1)</sup>

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen<sup>(3)</sup>,

nach dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags<sup>(4)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 93/43/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über Lebensmittelhygiene<sup>(5)</sup> enthält allgemeine Vorschriften für die Herstellung gesundheitlich unbedenklicher Lebensmittel.
- (2) Die Tiergesundheits- und Hygienevorschriften für das Herstellen und Inverkehrbringen von Erzeugnissen tierischen Ursprungs sind in verschiedenen Richtlinien des Rates festgelegt.
- (3) Diese Vorschriften gelten im wesentlichen für Erzeugnisse wie frisches Fleisch, Geflügelfleisch, Fleisch-erzeugnisse, Eiprodukte, lebende Muscheln, Fischereierzeugnisse, Kaninchen- und Wildfleisch, Milch und Milcherzeugnisse, Hackfleisch sowie bestimmte andere Lebensmittel.
- (4) Die Vorschriften der betreffenden Richtlinien sind neugefaßt und als folgende Rechtsakte verabschiedet worden:
  - Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... [über Lebensmittelhygiene]<sup>(6)</sup>,
  - Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs]<sup>(7)</sup>,
  - Richtlinie 2002/99/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung von tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Herstellen, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs<sup>(8)</sup>.
- (5) Die betreffenden Richtlinien sollten daher aufgehoben werden.
- (6) Um der Neufassung Rechnung zu tragen, müssen auch die Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 zur Regelung der veterinärrechtlichen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel im Hinblick auf den gemeinsamen Binnenmarkt<sup>(9)</sup> und die Richtlinie 91/67/EWG des Rates vom 28. Januar 1991 betreffend die tierseuchenrechtlichen Vorschriften für die Vermarktung von Tieren und anderen Erzeugnissen der Aquakultur<sup>(10)</sup> geändert werden.

<sup>(1)</sup> ABl. C 365 E vom 19.12.2000, S. 132.

<sup>(2)</sup> ABl. C 155 vom 29.5.2001, S. 39.

<sup>(3)</sup> ABl. C ...

<sup>(4)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 3. Juni 2003.

<sup>(5)</sup> ABl. L 157 vom 19.7.1993, S. 1.

<sup>(6)</sup> ABl. L ...

<sup>(7)</sup> ABl. L ...

<sup>(8)</sup> ABl. L 18 vom 23.1.2003, S. 11.

<sup>(9)</sup> ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 13. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003 (AbL. L 122 vom 16.5.2003, S. 1).

<sup>(10)</sup> ABl. L 46 vom 19.2.1991, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

Dienstag, 3. Juni 2003

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Die folgenden Richtlinien werden aufgehoben:

1. Richtlinie 64/433/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 über die gesundheitlichen Bedingungen für die Gewinnung und das Inverkehrbringen von frischem *Fleisch* <sup>(1)</sup>,
2. Richtlinie 71/118/EWG des Rates vom 15. Februar 1971 zur Regelung gesundheitlicher Fragen bei der Gewinnung und dem Inverkehrbringen von frischem *Geflügelfleisch* <sup>(2)</sup>,
3. Richtlinie 72/461/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit frischem *Fleisch* <sup>(3)</sup>,
4. Richtlinie 77/96/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 über die Untersuchung von frischem Schweinefleisch auf Trichinen bei der Einfuhr aus *Drittländern* <sup>(4)</sup>,
5. Richtlinie 77/99/EWG des Rates vom 21. Dezember 1976 zur Regelung gesundheitlicher Fragen bei der Herstellung und dem Inverkehrbringen von Fleischerzeugnissen und einigen anderen Erzeugnissen tierischen *Ursprungs* <sup>(5)</sup>,
6. Richtlinie 80/215/EWG des Rates vom 22. Januar 1980 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit *Fleischerzeugnissen* <sup>(6)</sup>,
7. Richtlinie 89/362/EWG der Kommission vom 26. Mai 1989 über die allgemeinen Hygienevorschriften für Milcherzeugerbetriebe <sup>(7)</sup>,
8. Richtlinie 89/437/EWG des Rates vom 20. Juni 1989 zur Regelung hygienischer und gesundheitlicher Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von *Eiprodukten* <sup>(8)</sup>,
9. Richtlinie 91/492/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und Vermarktung lebender *Muscheln* <sup>(9)</sup>,
10. Richtlinie 91/493/EWG des Rates vom 22. Juli 1991 zur Festlegung von Hygienevorschriften für die Erzeugung und die Vermarktung von *Fischereierzeugnissen* <sup>(10)</sup>,
11. Richtlinie 91/494/EWG des Rates vom 26. Juni 1991 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit frischem Geflügelfleisch und für seine Einfuhr aus *Drittländern* <sup>(11)</sup>,
12. Richtlinie 91/495/EWG des Rates vom 27. November 1990 zur Regelung der gesundheitlichen und tierseuchenrechtlichen Fragen bei der Herstellung und Vermarktung von Kaninchenfleisch und Fleisch von *Zuchtwild* <sup>(12)</sup>,
13. Richtlinie 92/45/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 zur Regelung der gesundheitlichen und tierseuchenrechtlichen Fragen beim Erlegen von Wild und bei der Vermarktung von *Wildfleisch* <sup>(13)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. 121 vom 29.7.1964, S. 2012. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/23/EG (AbL. L 243 vom 11.10.1995, S. 7).

<sup>(2)</sup> ABl. L 55 vom 8.3.1971, S. 23. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003 (AbL. L 122 vom 16.5.2003, S. 36).

<sup>(3)</sup> ABl. L 302 vom 31.12.1972, S. 24. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003.

<sup>(4)</sup> ABl. L 26 vom 31.1.1977, S. 67. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003.

<sup>(5)</sup> ABl. L 26 vom 31.1.1977, S. 85. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003.

<sup>(6)</sup> ABl. L 47 vom 21.2.1980, S. 4. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003.

<sup>(7)</sup> ABl. L 156 vom 8.6.1989, S. 30.

<sup>(8)</sup> ABl. L 212 vom 22.7.1989, S. 87. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

<sup>(9)</sup> ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

<sup>(10)</sup> ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 15. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

<sup>(11)</sup> ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 35. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 1999/89/EG (AbL. L 300 vom 23.11.1999, S. 17).

<sup>(12)</sup> ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 41. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

<sup>(13)</sup> ABl. L 268 vom 14.9.1992, S. 35. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

Dienstag, 3. Juni 2003

14. Richtlinie 92/46/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 mit Hygienevorschriften für die Herstellung und Vermarktung von Rohmilch, wärmebehandelter Milch und Erzeugnissen auf *Milchbasis* <sup>(1)</sup>,
15. Richtlinie 92/48/EWG des Rates vom 16. Juni 1992 zur Festlegung eines Mindeststandards an Hygienevorschriften für die Behandlung der Fänge an Bord bestimmter Fischereifahrzeuge gemäß Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a) Ziffer i) der Richtlinie 91/493/EWG <sup>(2)</sup>,
16. *Richtlinie 93/43/EWG*,
17. Richtlinie 94/65/EG des Rates vom 14. Dezember 1994 zur Festlegung von Vorschriften für die Herstellung und das Inverkehrbringen von Hackfleisch/Faschiertem und Fleischzubereitungen <sup>(3)</sup>.

## Artikel 2

Anhang II der Richtlinie 92/118/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über die tierseuchenrechtlichen und gesundheitlichen Bedingungen für den Handel mit Erzeugnissen tierischen Ursprungs in der Gemeinschaft sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Kapitel I der Richtlinie 89/662/EWG und – in bezug auf Krankheitserreger – der Richtlinie 90/425/EWG unterliegen <sup>(4)</sup>, wird aufgehoben.

## Artikel 3

Unbeschadet der Regelung gemäß Artikel 1 gilt folgendes:

1. Bis nach dem Verfahren des Artikels 6 der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates [über Lebensmittelhygiene] Temperaturvorschriften und mikrobiologische Normen für die Lagerung und Beförderung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs festgelegt sind, gelten weiterhin die Vorschriften und Normen der in Artikel 1 und 2 genannten Richtlinien bzw. ihrer Durchführungsvorschriften.
2. Durchführungsvorschriften, die auf der Grundlage der in Artikel 1 und 2 genannten Richtlinien erlassen wurden, bleiben in Kraft, bis auf Grundlage folgender Verordnungen Vorschriften gleicher Wirkung erlassen wurden:
  - Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates [über Lebensmittelhygiene],
  - Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs],
  - *Richtlinie 2002/99/EG*.
3. Weicht das in den Richtlinien gemäß Artikel 1 vorgesehene Genußtauglichkeitskennzeichen von dem in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] vorgegebenen Kennzeichen ab, so tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, daß das frühere Genußtauglichkeitskennzeichen spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der genannten Verordnung durch das neue Kennzeichen ersetzt wird.

## Artikel 4

Anhang A der Richtlinie 89/662/EWG des Rates erhält folgende Fassung:

„ANHANG A

KAPITEL I

- *Richtlinie 2002/99/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung von tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Herstellen, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs* <sup>(\*)</sup>.

<sup>(1)</sup> ABl. L 268 vom 14.9.1992, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

<sup>(2)</sup> ABl. L 187 vom 7.7.1992, S. 41.

<sup>(3)</sup> ABl. L 368 vom 31.12.1994, S. 10. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003.

<sup>(4)</sup> ABl. L 62 vom 15.3.1993, S. 49. Richtlinie zuletzt geändert durch die Entscheidung 2003/42/EG der Kommission (ABl. L 13 vom 18.1.2003, S. 24).



Dienstag, 3. Juni 2003

- Die in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... [über Lebensmittelhygiene] (\*) genannten Erzeugnisse tierischen Ursprungs.

## KAPITEL II

Richtlinie 92/118/EWG des Rates vom 17. Dezember 1992 über die tierseuchenrechtlichen und gesundheitlichen Bedingungen für den Handel mit Erzeugnissen tierischen Ursprungs in der Gemeinschaft sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Kapitel I der Richtlinie 89/662/EWG und — in bezug auf Krankheitserreger — der Richtlinie 90/425/EWG unterliegen (\*\*\*) (mit Ausnahme der Krankheitserreger).

(\*) ABl. L 18 vom 23.1.2003, S. 11.

(\*\*) ABl. L ...

(\*\*\*) ABl. L 62 vom 15.3.1993, S. 49. Richtlinie zuletzt geändert durch die Entscheidung 2003/42/EG der Kommission (ABl. L 13 vom 18.1.2003, S. 24).“

## Artikel 5

Artikel 9 der Richtlinie 91/67/EWG erhält folgende Fassung:

„Artikel 9

Das Inverkehrbringen zum Genuß für Menschen von Aquakulturerzeugnissen und Weichtieren aus einem nicht zugelassenen in einem zugelassenen Gebiet ist an die einschlägigen Vorschriften der Richtlinie 2002/99/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung von tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Herstellen, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs (\*) gebunden.

(\*) ABl. L 18 vom 23.1.2003, S. 11.“

## Artikel 6

Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie **spätestens** ... (\*) nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

## Artikel 7

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

## Artikel 8

Diese Richtlinie ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
Der Präsident

Im Namen des Rates  
Der Präsident

(\*) Ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Richtlinie.

Dienstag, 3. Juni 2003

P5\_TA(2003)0229

**Änderung der Satzung des Gerichtshofs: Vorabentscheidungsverfahren \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Entwurf eines Beschlusses des Rates zur Änderung des Protokolls über die Satzung des Gerichtshofes (6282/2003 – C5-0056/2003 – 2003/0804(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Entwurfs eines Beschlusses des Rates (6282/2003) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 245 Absatz 2 des EG-Vertrags und Artikel 160 Absatz 2 des EAG-Vertrags, gemäß denen es vom Rat konsultiert wurde (C5-0056/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt (A5-0148/2003),
1. billigt den Entwurf eines Beschlusses des Rates;
  2. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  3. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Entwurf eines Beschlusses entscheidend zu ändern;
  4. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

---

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

P5\_TA(2003)0230

**Rückführung von Drittstaatsangehörigen: Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Festlegung der Kriterien und praktischen Modalitäten zum Ausgleich finanzieller Ungleichgewichte aufgrund der Anwendung der Richtlinie 2001/40/EG des Rates über die gegenseitige Anerkennung von Entscheidungen über die Rückführung von Drittstaatsangehörigen (KOM(2003) 49 – C5-0050/2003 – 2003/0019(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 49) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 63 Absatz 3 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 67 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0050/2003),
- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,

---

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- in Kenntnis der Stellungnahme des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt zu der vorgeschlagenen Rechtsgrundlage,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten (A5-0166/2003),
1. lehnt den Vorschlag der Kommission ab;
  2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag zurückzuziehen und einen neuen Vorschlag vorzulegen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

---

**P5\_TA(2003)0231**

## **Anwendung des Gemeinschaftsrechts 2000 und 2001**

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem achtzehnten Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2000) (KOM(2001) 309 – C5-0506/2001 – 2001/2197(COS)) und zu dem neunzehnten Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts (2001) (KOM(2002) 324 – C5-0483/2002 – 2001/2197(COS))**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des achtzehnten Jahresberichts der Kommission (KOM(2001) 309 – C5-0506/2001),
  - in Kenntnis des neunzehnten Jahresberichts der Kommission (KOM(2002) 324 – C5-0483/2002),
  - in Kenntnis des Arbeitsdokuments der Kommissionsdienststellen (SEK(2002) 157),
  - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt sowie der Stellungnahme des Petitionsausschusses (A5-0147/2003),
- A. in der Erwägung, dass in den Jahresberichten der Kommission der Stand der Umsetzung der Richtlinien durch die Mitgliedstaaten festgestellt wird,
  - B. in der Erwägung, dass eine angemessene Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts nicht nur eine Bewertung des Prozentsatzes der umgesetzten Rechtsvorschriften darstellt, sondern ebenso eine Beurteilung der Qualität der Umsetzung und der Praxis der tatsächlichen Rechtsanwendung,
  - C. in der Erwägung, dass die Qualität der bereits bestehenden und der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften eine grundlegende Voraussetzung für die korrekte Anwendung des Gemeinschaftsrechts ist,
  - D. in der Erwägung, dass die Zahl der im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht erhobenen Beschwerden deutlich zeigt, dass die europäischen Bürger bei der Anwendung des Gemeinschaftsrechts eine wesentliche Rolle spielen,
  - E. in der Erwägung, dass die Zahl der Vorabentscheidungsverfahren ein Ergebnis der Qualität der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft ist,
  - F. in der Erwägung, dass ein effektiver Rechtsschutz sowie eine einheitliche Anwendung und Auslegung fundamentale Bestandteile des Gemeinschaftsrechts darstellen,
  - G. in der Erwägung, dass ein effizientes System zur gerichtlichen Überprüfung und eine einheitliche Rechtsauslegung nicht möglich sind, solange noch eine eingeschränkte Gerichtsbarkeit des Gerichtshofes der Gemeinschaften in den Bereichen Justiz und Inneres besteht,
  - H. in der Erwägung, dass die Organe der Gemeinschaft die Pflicht haben, zu gewährleisten, dass die Bürger Europas ihre Rechte in der Union uneingeschränkt wahrnehmen können, insbesondere was den Zugang zum Recht anbelangt,

Dienstag, 3. Juni 2003

1. begrüßt die von der Kommission angekündigten Verbesserungen betreffend ihre Verwaltungsverfahren bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht<sup>(1)</sup>;
2. fordert die Kommission auf, die Beschwerdeführer über den Stand ihrer Beschwerden vollständig zu informieren und den Beschwerdeführern den im Laufe des Beschwerdeverfahrens zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten geführten Schriftverkehr in Kopie zu übermitteln;
3. begrüßt die Absicht der Kommission, den Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 228 des Vertrags Vorrang einzuräumen und alle ihr zur Verfügung stehenden Kapazitäten zur Wahrnehmung ihrer Aufgabe – der Kontrolle der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts – auszubauen;
4. fordert die Kommission auf, alle nur denkbaren Anstrengungen zur Verkürzung der vergleichsweise langen Bearbeitungszeiträume zu unternehmen, die bisher für Beschwerden oder Petitionen erforderlich sind;
5. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass kurze Fristen für die vorprozessuale Phase des Vertragsverletzungsverfahrens gelten, das binnen eines bei Eröffnung des Verfahrens feststehenden Zeitraums abgeschlossen werden sollte;
6. erinnert daran, dass der Europäischen Union durch die von Privatpersonen bei der Kommission, dem Bürgerbeauftragten und den zuständigen Ausschüssen des Parlaments eingereichten Petitionen ermöglicht wird, zu beurteilen, inwieweit das Gemeinschaftsrecht auf nationaler und europäischer Ebene umgesetzt wird;
7. bekräftigt seine Auffassung, dass durch enge Zusammenarbeit und durch Kontrollvereinbarungen zwischen der Kommission, dem Rat und den zuständigen Ausschüssen des Parlaments ein wirksames Eingreifen immer dann gewährleistet werden kann, wenn der Petent sich berechtigterweise über die Nichteinhaltung des Gemeinschaftsrechts beschwert;
8. fordert erneut, dass die Kommission künftig in ihre Jahresberichte über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts ein Kapitel über die Petitionen aufnimmt, die die zuständigen Ausschüsse des Parlaments an sie überweisen;
9. weist erneut auf die Notwendigkeit hin, die tatsächliche Einhaltung des Gemeinschaftsrechts durch die Wahrung der Grundsätze der Transparenz, der Rechenschaftspflicht und der Kohärenz zu erleichtern; ist der Auffassung, dass ein solcher Ansatz nicht nur zu einer Verbesserung und Vereinfachung des Regelungsumfeldes führen, sondern ebenso die Rechtssicherheit erhöhen wird;
10. fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament sowie zwischen den jeweiligen Abgeordneten, um auf nationaler Ebene eine effiziente Prüfung in europäischen Themenbereichen zu unterstützen und zu verstärken; erkennt an, dass den Parlamenten bei der Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts eine bedeutende Rolle zukommt, und dass sie so dazu beitragen, die demokratische Legitimität der Union zu stärken und diese den Bürgern näher zu bringen;
11. ist der Auffassung, dass die Frist für die Umsetzung der Richtlinien in aller Regel feststehen muss und zwei Jahre nicht überschreiten darf;
12. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Jahresberichte über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts an die nationalen Parlamente weiterzuleiten, damit diese besser kontrollieren können, wie die nationalen Behörden dieses Recht anwenden;
13. fordert die Kommission zu einer engen Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und zu deren Unterstützung und Anleitung in den ersten frühen Umsetzungsphasen der Richtlinien auf, um eine effiziente Umsetzung zu gewährleisten;
14. fordert die Kommission erneut auf, eine Liste aller Berichte zu erstellen, die sich auf die allgemeine bzw. sektorspezifische Anwendung des Gemeinschaftsrechts durch die nationalen Behörden der Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes beziehen;
15. begrüßt die Absicht der Kommission, den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gemäß den Grundsätzen des Gemeinschaftsrechts zu überwachen; weist erneut auf seine Forderung hin, die Kommission möge einen Bericht über die Anwendung des Rechts der Europäischen Union unter Einbeziehung des Zweiten und Dritten Pfeilers vorlegen;

(<sup>1</sup>) ABl. C 244 vom 10.10.2002, S. 5.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

16. stellt fest, dass die Gerichte einiger Mitgliedstaaten praktisch nie um Vorabentscheidungen gemäß Artikel 234 des EG-Vertrags ersuchen und fordert die Kommission zu einer Untersuchung der Ursachen für diesen Umstand auf;
  17. stellt mit Besorgnis fest, dass eine unzureichende Kenntnis des Gemeinschaftsrechts seitens einiger Mitglieder der Richterschaft und Anwälte ein ernstzunehmendes Hindernis bei der vollständigen Anwendung des Gemeinschaftsrechts bildet;
  18. nimmt die von der Kommission unternommenen Anstrengungen zur Fortbildung der in Rechtsberufen tätigen Personengruppen im Bereich des Gemeinschaftsrechts zur Kenntnis, um den Wissensstand und das Bewusstsein über das Gemeinschaftsrecht zu verbessern; vertritt aber mit Nachdruck den Standpunkt, dass diese Anstrengungen noch nicht genügen, um eine einheitliche Anwendung des Gemeinschaftsrechts in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten;
  19. ist sich der enormen Herausforderungen, die die europäische Gesetzgebung nach der Erweiterung überwinden muss, bewusst; weist darauf hin, dass es daher um so wichtiger sein wird, klare politische Prioritäten und Ziele festzulegen und, wo dies möglich ist, die Rechtsvorschriften gegebenenfalls durch einen verstärkten Gebrauch der Rahmenrichtlinien zu vereinfachen und umgekehrt so auch den Umsetzungsprozess zu vereinfachen;
  20. begrüßt die Initiativen zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten, beispielsweise durch das Europäische Netz für die außergerichtliche Streitbeilegung und durch das Netz für die außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten im Bereich Finanzdienstleistungen; fordert die Kommission auf, die weiteren Fortschritte dieser Einrichtungen sorgfältig zu überwachen und dem Europäischen Parlament über die Ergebnisse zu berichten, da diese Entwicklung ein weiterer hilfreicher Indikator für die Anwendung des Gemeinschaftsrechts und den Zugang zum Recht sein wird;
  21. ist der Auffassung, dass Ko- und Selbstregulierung, sofern es dafür klar definierte Kriterien gibt, für die Regulierung einiger Wirtschaftssektoren eine wichtige Rolle spielen; verweist darauf, dass dadurch das Recht zur gerichtlichen Überprüfung eingeschränkt wird; unterstreicht, dass hierdurch die Gefahr ungenauer Gesetze entstehen könnte, die unverbindlicher und unsicherer sind; dies könnte zu einer künstlichen Annäherung und willkürlichen Umsetzung in nationale Rechtsvorschriften führen;
  22. ist der Auffassung, dass jede Ko-Regulierungsmaßnahme, wenn sie als ergänzende Maßnahme für notwendig erachtet wird, auf einem Rechtsakt beruhen muss, der auf Vorschlag der Kommission gemeinsam von Rat und Parlament erlassen wird und ein Rückholrecht vorsieht, damit die Befugnisse des demokratischen Gesetzgebers in jeder Hinsicht gewahrt werden;
  23. ist der Auffassung, dass der Basisrechtsakt Ziele und Geltungsbereich der Ko-Regulierung festsetzen und die Intervention der Kommission bei Verstoß der betroffenen Parteien gegen die Vereinbarungen vorsehen sollte; darüber hinaus sollte gewährleistet werden, dass die Organisationen, die sich an der Ko- und Selbstregulierung beteiligen, repräsentativ sind;
  24. ist der Auffassung, dass die Kommission ein bestehendes Selbstregulierungsverfahren anerkennen oder den betroffenen Parteien den Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung nur dann empfehlen sollte, wenn die zuständige Legislativbehörde gemäß den einschlägigen Vertragsbestimmungen beschließt, dass die Anwendung eines solchen Verfahrens sinnvoll ist;
  25. stellt mit Besorgnis fest, dass bei den jüngsten Entscheidungen, betreffend das individuelle Recht des Antragstellers, ein Verfahren vor dem Gerichtshof der Gemeinschaften einleiten zu können, die einheitliche Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts nicht gegeben war;
  26. fordert eine beschleunigte Kodifizierung und Konsolidierung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften, darunter auch der Verträge, die darauf abzielt, diese für die breite Öffentlichkeit besser verständlich zu machen;
  27. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat und dem Gerichtshof, dem Bürgerbeauftragten sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.
-

P5\_TA(2003)0232

## Gesundheit und Medizinprodukte

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Auswirkungen der Richtlinie 93/42/EWG des Rates 1993 über Medizinprodukte auf die Gesundheit (2001/2270(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Richtlinie 93/42/EWG des Rates vom 14. Juni 1993 über Medizinprodukte<sup>(1)</sup>,
  - unter Hinweis auf Artikel 152 des EG-Vertrags,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik (A5-0125/2003),
- A. in der Erwägung, dass die Richtlinie über Medizinprodukte im Hinblick auf Sicherheitsaspekte und die technologische Entwicklung einen angemessenen Rechtsrahmen darstellt,
- B. angesichts der neuen Auffassungen in Bezug auf die Sicherheit dieser Produkte,
- C. in der Erwägung, dass es in verschiedenen Bereichen jedoch Verbesserungsmöglichkeiten gibt,
1. gelangt zu dem Schluss, dass einige Medizinprodukte anders eingestuft werden müssen, und dass Artikel 13 der Richtlinie 93/42/EWG hierfür ein geeignetes Instrument ist;
  2. betont, dass zwischen pharmakologisch wirksamen und anderen Medizinprodukten unterschieden werden muss; weist darauf hin, dass pharmakologisch wirksame Medizinprodukte der Richtlinie 2001/83/EG<sup>(2)</sup> unterliegen;
  3. betont, dass klinische Daten für die betreffenden Medizinprodukte vorhanden und aussagefähig sein müssen, insbesondere für die Produkte der Klassen IIA, IIB und III;
  4. fordert die Kommission auf, schriftlich zu erklären, ob Medizinprodukte aus Weich-PVC mit den grundlegenden Anforderungen gemäß der Richtlinie 93/42/EWG vereinbar sind;
  5. unterstreicht, dass die Überwachung nach dem Inverkehrbringen sowie das Sammeln entsprechender Informationen verbessert werden müssen, die Überwachung nach dem Inverkehrbringen die mit dem Produkt zusammenhängenden Risiken widerspiegeln und es ein System geben muss, mit dem Produkte mit einem hohen Gefahrenpotenzial zurückverfolgt werden können; unterstreicht, dass eine bessere Ausbildung notwendig ist und dass entsprechende Leitlinien erarbeitet werden müssen;
  6. betont, dass sowohl eine Kennzeichnung mit korrekten Informationen als auch eine Gebrauchsanweisung, die mögliche Nebenwirkungen des jeweiligen Produkts beschreibt, vorhanden sein müssen;
  7. fordert die Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, dass Einmalprodukte nicht wieder verwendet werden, da die Wiederverwendung von Medizinprodukten, die für den einmaligen Gebrauch bestimmt sind, eine Gefahr für die Patienten und das Krankenhauspersonal darstellt; fordert Maßnahmen zur Förderung von Studien und Forschung in diesem Bereich;
  8. empfiehlt nachdrücklich die Umsetzung und Nachbereitung der Erkenntnisse und Ergebnisse, zu denen die Arbeitsgruppe „Benannte Stellen“ (NBOG) gelangt ist, die von den zuständigen Behörden im Juli 2000 eingerichtet wurde;
  9. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. L 169 vom 12.7.1993, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. L 311 vom 28.11.2001, S. 67.

Dienstag, 3. Juni 2003

P5\_TA(2003)0233

## Finanzhilfen für Drittländer

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Durchführung der makrofinanziellen Hilfe für Drittländer (2002/2265(INI))

Das Europäische Parlament,

- In Kenntnis des Berichts der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Durchführung der Finanzhilfen für Drittländer im Jahr 2001 (KOM(2002) 352),
  - in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Darlehens- und Garantiekapazität von EG/Euratom für Maßnahmen in Drittländern“ (KOM(2002) 20),
  - in Kenntnis des Berichts der Kommission an den Rat und das EP über die Anleihe- und Darlehens-tätigkeit der Gemeinschaft im Jahr 2001 (KOM(2002) 685),
  - in Kenntnis des Berichts der Kommission über den Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess für Süd-osteuropa – Zweiter Jahresbericht (KOM(2003) 139),
  - in Kenntnis des Sonderberichts Nr. 1/2002 des Rechnungshofs über Makrofinanzielle Hilfe (MFH) an Drittländer und die Strukturanpassungsfazilitäten (SAF) in den Mittelmeerländern, zusammen mit den Antworten der Kommission <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik und des Haushaltsausschusses (A5-0192/2003),
- A. in der Erwägung, dass die Finanzhilfen für Drittländer über 12 Jahre lang weder aufgrund einer soliden Rechtsgrundlage noch innerhalb eines ordnungsgemäß definierten Rahmens, sondern stets ad hoc gewährt wurden und es nunmehr an der Zeit ist, diese Vorgehensweise zu überprüfen, um in einer erweiterten Europäischen Union Änderungen an diesem Gemeinschaftsinstrument vorzunehmen,
- B. in der Erwägung, dass die makrofinanzielle Hilfe bislang eine ungebundene und unspezifizierte Zahlungsbilanzunterstützung – üblicherweise in Form mittelfristiger oder langfristiger Darlehen, die gegebenenfalls durch Zuschüsse ergänzt wurden – seitens der Europäischen Gemeinschaft war; mit Interesse zur Kenntnis nehmend, dass die Finanzhilfen an Drittländer im Zeitraum 1990-2002 nach Angaben der Kommission insgesamt 5 313 Mio. EUR betrug, von denen 4 134,5 Mio. EUR ausgezahlt wurden, 1 048,5 Mio. EUR nicht ausgezahlt wurden, 2 211 Mio. EUR zurückgezahlt wurden und 1 457 Mio. EUR noch ausstehen,
- C. in der Erwägung, dass die makrofinanzielle Hilfe der Gemeinschaft bislang einzelnen ausgewählten Nichtmitgliedstaaten gewährt wurde, mit denen die Europäische Union enge politische, wirtschaftliche und handelspolitische Bindungen pflegt und deren geographische Nähe ebenfalls eine Rolle spielt, und dass diese Hilfe in den Empfängerländern dazu beigetragen hat, Wirtschaftsreformen und Strukturveränderungen herbeizuführen, die mit der Strategie des IWF und der Weltbank vereinbar sind,
- D. unter Hinweis darauf, dass die Gemeinschaft willens ist, zur Stabilität der an die Union angrenzenden Regionen beizutragen, für die die Finanzhilfe sich zu einem bedeutenden Notfallinstrument entwickelt hat; unter Hinweis darauf, dass die Vergabe von Darlehen an Drittländer eine wirksame Maßnahme mit begrenzten Kosten für den Gesamthaushalt der Gemeinschaft sein kann und dass die Ausfallbeträge im Vergleich zur gesamten Darlehens-tätigkeit relativ niedrig sind, während für die technische Anpassung der finanziellen Vorausschau anhand der vorläufigen Zahlen eine Obergrenze von 217 Mio. EUR in Marktpreisen veranschlagt wird,

<sup>(1)</sup> ABl. C 121 vom 23.5.2002, S. 1.

Dienstag, 3. Juni 2003

- E. mit der Feststellung, dass die Union keinen einheitlichen Rahmen für Finanzhilfen, sondern diesbezüglich verschiedene Formen kennt, nämlich makroökonomische Hilfen (etwa für die Balkanländer und Osteuropa), Strukturangepassungshilfen (Drittländer im Mittelmeerraum), allgemeine Finanzhilfen (AKP-Entwicklungsländer in Afrika, in der Karibik und im Pazifikraum), Hilfen für den Haushalt der Palästinensischen Autonomiebehörde, was als Sonderfall gilt, sowie – gemäß dem Vorschlag für eine neue Verordnung über die Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit den Ländern Lateinamerikas und Asiens<sup>(1)</sup>, der gegenwärtig vom Rat und vom Parlament geprüft wird –, in Kürze einen neuen Rahmen für diese Länder; unter Hinweis auf den diesbezüglich in seiner Entschließung vom 15. November 2001<sup>(2)</sup> geäußerten Wunsch nach Aufteilung des Rahmens für die Kooperation mit diesen beiden Regionen in zwei gesonderte Regelungen,
- F. in der Erwägung, dass Artikel 308 EGV als Rechtsgrundlage herangezogen wurde, wonach der Rat die geeigneten Vorschriften einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments erlässt,
- G. unter Hinweis darauf, dass der Garantiefondsmechanismus seine Funktion, den Gesamthaushaltsplan der Gemeinschaft vor möglichen Zahlungsausfällen zu schützen, erfolgreich erfüllt hat, und in der Ansicht, dass die Schutzfunktion des Garantiefonds auch in Zukunft unbedingt aufrechterhalten werden muss,
- H. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass einseitige Beschlüsse des Rates über den Einsatz des Garantiefonds nicht annehmbar sind und dass dem Parlament sein Recht zuerkannt werden muss, eine Kontrolle wahrzunehmen,
- I. in der Erwägung, dass die Wahl der Rechtsgrundlage in Kombination mit der aktiven Beteiligung des Wirtschafts- und Finanzausschusses an der Konzipierung der makrofinanziellen Hilfe, der Auswahl der Empfängerländer und der Unterstützung durch die Kommission bei der Durchführung der makrofinanziellen Hilfe insgesamt dazu geführt hat, dass die Umsetzung dieser Beschlüsse relativ langwierig ist: vom Zeitpunkt der Aufnahme der makrofinanziellen Hilfe bis zur ersten Auszahlung dauert es normalerweise sechs Monate, bis zur letzten Auszahlung unter Umständen zwei Jahre,
- J. in der Erwägung, dass die Bemühungen des Rates, die makrofinanzielle Hilfe bereits 1990, im ersten Jahr also, an die Kriterien Zuschussfähigkeit und Konditionalität zu knüpfen, bemerkenswert sind; in der Erwägung, dass die so genannten „Genval-Grundsätze“ die Entwicklung der Union nicht berücksichtigen, weder ihre neuen Grenzen nach der Erweiterung noch die Implikationen, die sich aus der Tatsache ergeben, dass dann 25 Mitgliedstaaten einstimmig entscheiden müssen; ferner in der Erwägung, dass auch den laufenden Arbeiten des Europäischen Konvents im Bereich der internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht Rechnung getragen wird,
- K. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament den Vertrag von Nizza mit Vorbehalt aufgenommen hat, insbesondere Artikel 181a EGV über die Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit Drittländern, und zwar mit der den Staats- und Regierungschefs nur allzu bekannten Begründung, dass die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit im Rat vom Mitentscheidungsverfahren mit dem Europäischen Parlament anstatt von dem in Artikel 181a EGV vorgesehenen Konsultationsverfahren begleitet werden sollte,
- L. in der Erwägung, dass im Entwurf von Artikel 13 des dem Europäischen Konvent vorgeschlagenen Verfassungsvertrags, und insbesondere dessen Absatz 4, empfohlen wird, dass in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe die Union und die Mitgliedstaaten eine „geteilte Zuständigkeit“ für die Durchführung haben (CONV 724/03),
- M. in der Auffassung, dass die EU-Finanzhilfe für Drittländer unter bestimmten Umständen eine wichtige Rolle spielen kann, und zwar in erster Linie zur Stabilisierung in ehemaligen Krisengebieten und zur Förderung wirtschaftlicher und politischer Wandlungsprozesse, wenn die Möglichkeiten günstig zu sein scheinen, durch Bereitstellung von Mitteln Fortschritte zu erleichtern,
- N. im Bedauern darüber, dass die Regierungskonferenz beschlossen hat, dem Vertrag von Nizza unabhängig von seinem rechtlichen Status die Erklärung Nr. 10 hinzuzufügen, wonach die makrofinanzielle Hilfe aufgrund von Zahlungsbilanzschwierigkeiten von dem Beschlussverfahren nach Artikel 181a EGV ausgenommen wird, was im Wesentlichen bedeutet, dass die Finanzhilfe weiter in den Regelungsbereich von Artikel 308 EGV fällt,
- O. in der Erwägung, dass der Entwurf der Artikel 216 und 217 des Verfassungsvertrags Teil III (CONV 725/03) – sofern der Verfassungsvertrag von der nächsten Regierungskonferenz bestätigt und von den Mitgliedstaaten ratifiziert wird – die neue Rechtsgrundlage für Maßnahmen im Bereich der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit sowie für Finanzsoforthilfe bieten könnte,

(<sup>1</sup>) ABl. C 331 E vom 31.12.2002, S. 12.

(<sup>2</sup>) ABl. C 140 E vom 13.6.2002, S. 569.



Dienstag, 3. Juni 2003

- P. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass die Finanzhilfe eines aus einer Reihe von Instrumenten ist, welche die Union zur Erreichung der in Erwägung M genannten Ziele einsetzen kann, und dass die Wahl des jeweiligen Instruments durchdacht erfolgen muss und dass Finanzhilfen mit den sonstigen Hilfen und dem politischen Dialog mit den betreffenden Ländern koordiniert werden und einer strikten Konditionalität unterliegen müssen, um optimale Wirkung zu erzielen,
- Q. in der Erwägung, dass die Entwicklung der makrofinanziellen Hilfe der Union für Drittländer im Hinblick auf die Modalitäten der Vorbereitung, die Durchführung der Beschlüsse, die Überwachung der Hilfe und die Rechenschaftspflicht bislang eher einer Haushaltsstützung als einer Zahlungsbilanzhilfe gleicht,
- R. in der Erwägung, dass makrofinanzielle Hilfe der Union für Drittländer, wie sie von den EU-Organen durchgeführt wurde, im Sinne des Verfassungsvertrags unter Artikel 216 betreffend Maßnahmen der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Zusammenarbeit fallen würde, die sich auf die Bewältigung wirtschaftlicher, finanzieller oder sozialer Krisen richten,
- S. unter Hervorhebung der Bedeutung einer rationellen Arbeitsteilung zwischen dem Internationalen Währungsfonds, der Union und deren Mitgliedstaaten im Hinblick auf makrofinanzielle Hilfe für Drittländer,
- T. in der Erwägung, dass es einen Unterschied zwischen der Notwendigkeit einer Abschätzung der Zahlungsbilanzstützung und der Notwendigkeit einer Evaluierung der Haushaltsstützung gibt, wobei die Zahlungsbilanzstützung nur das häufig durch externe Faktoren verursachte bestehende Defizit abdeckt, während die Zuschüsse für den Haushalt Ausgaben abdecken, die noch zu tätigen sind und deshalb genau geprüft und beurteilt werden müssen,
1. ist der Auffassung, dass die derzeitige rechtliche Regelung, was Konzipierung, Modalitäten der Vorbereitung, Durchführung der Beschlüsse, Transparenz der makrofinanziellen Hilfe der Gemeinschaft für Drittländer und die Rechenschaftspflicht hierfür anbelangt, wegen des langwierigen Entscheidungsverfahrens auf Ratsebene ineffizient und aufgrund der Tatsache, dass bis zur Auszahlung der Mittel bis zu zwei Jahre vergehen können, ineffektiv sind und dass eine solide Rechtsgrundlage wegen des Beharrens des Rates auf Artikel 308 EGV als Rechtsgrundlage fehlt;
  2. fordert die Kommission als das Organ, das berechtigt ist, das geeignete Rechtsinstrument im Bereich der makrofinanziellen Hilfe für Drittländer vorzuschlagen, auf, die Vorlage eines Legislativvorschlags zu erwägen, der den in dieser Entschließung enthaltenen Vorschlägen Rechnung trägt;
  3. unterstreicht, dass jede Entscheidung für eine Maßnahme ordnungsgemäß geprüft werden muss und dass die makrofinanzielle Hilfe mit anderen Gemeinschaftshilfen im Rahmen eines politischen Dialogs mit den betreffenden Ländern koordiniert werden muss, damit eine größtmögliche Wirkung erzielt werden kann;
  4. ist sich der Tatsache bewusst, dass Zahlungsbilanzschwierigkeiten ein wichtiger Indikator und ein unverzichtbares Kriterium für die Gewährung von makrofinanzieller Hilfe durch die Gemeinschaft sind; ist jedoch der Auffassung, dass das Ziel über den makrofinanziellen Bereich hinausgeht und dass Anreize für die wirtschaftliche und politische Stabilität im Empfängerland zu schaffen sind;
  5. ist deshalb der Auffassung, dass die Finanzhilfe und andere EG-Instrumente, die in den Empfängerländern zum Einsatz kommen, jedes für sich zur wirtschaftlichen und politischen Stabilität in dem betreffenden Land beitragen sollten; ist ferner der Auffassung, dass das Instrument der Finanzhilfe als Ergänzung der Mittel des IWF und anderer multilateraler Geber zum Ziel hat, Ländern in einer Krisensituation, die sich in geographischer Nähe zur Union befinden, Unterstützung zu bieten, und deshalb als Ergänzung zu den EG-Instrumenten für die Strukturhilfe und zur Verhütung wirtschaftlicher, finanzieller und gesellschaftlich bedingter Krisen betrachtet werden sollte;
  6. stimmt mit dem Rat „Wirtschaft und Finanzen“ überein, dass klar definierte Kriterien notwendig sind, die entsprechend einzuhalten sind, bevor die erste Phase der makrofinanziellen Hilfe beginnt; ist folglich der Auffassung, dass das sogenannte Genval-Kriterium der Zuschussfähigkeit entsprechend abgeändert werden sollte, um den Empfehlungen des Sonderberichts Nr. 1/2002 des Rechnungshofs Rechnung zu tragen und eine effiziente und wirksame Prüfung durch das Europäische Parlament und die einzelstaatlichen Parlamente zu ermöglichen;
  7. ist grundsätzlich der Auffassung, dass die Finanzhilfe eine schlechte Politik der Empfängerländer nicht auch noch belohnen darf;

Dienstag, 3. Juni 2003

8. hält die Schlussfolgerungen des Rates vom 8. Oktober 2002 zur Finanzhilfe für nützlich und richtig und ist der Auffassung, dass diese Schlussfolgerungen in dem künftigen Rechtsinstrument, das in dieser Entschließung gefordert wird, als Kriterien für die Gewährung von makrofinanzieller Hilfe an Drittländer dienen können, wobei folgenden Änderungen Rechnung zu tragen ist:

- a) der Grundsatz des außerordentlichen Charakters ist unter Bezug auf das Ziel zu definieren, dass die makrofinanzielle Hilfe Ländern, die sich in einer Krise befinden, eine letzte Zuflucht bietet, die die EG-Instrumente für die Strukturhilfe und zur Verhütung von wirtschaftlichen, finanziellen oder gesellschaftlich bedingten Krisen ergänzt; die Aussetzungsklausel sollte beibehalten werden;
- b) die politischen Vorbedingungen sollten die gleichen sein wie diejenigen, die die Union beim Abschluss internationaler Übereinkommen als Maßstab anlegt, und zwar gekoppelt an eine klar definierte Klausel über die geographische Nähe;
- c) das Kriterium der Komplementarität lädt zu folgenden drei Bemerkungen ein: erstens sollte eine unabhängige quantitative Beurteilung durch die Kommission erfolgen, zweitens sollte die makrofinanzielle Hilfe ordnungsgemäß mit anderen EG-Instrumenten abgestimmt werden, und drittens sollte die makrofinanzielle Hilfe als Ergänzung zu den Mitteln gewährt werden, die vom IWF und anderen multilateralen Institutionen bereitgestellt werden;
- d) angesichts der umfassenden internationalen Debatte über die Natur der Konditionalität hinsichtlich IWF und Weltbank sollte die Bezugnahme in den Schlussfolgerungen des Rates auf die Vereinbarungen mit dem IWF nicht der Möglichkeit entgegenstehen oder sie ausschließen, dass die Union ihre eigenen Kriterien betreffend die vom Empfängerland vorzunehmenden strukturellen Reformen beschließt; das Kriterium der Konditionalität sollte die Interdependenz der Wirtschaft des Empfängerlandes mit der Union sowie die Erfüllung messbarer makroökonomischer Kriterien und quantitativer Indizes für die Reformprogramme des Empfängerlandes gebührend berücksichtigen;
- e) das Kriterium der Finanzdisziplin muss im Jahreshaushalt der Gemeinschaft aufgeführt werden und darf kein eigenständiges Kriterium sein;

9. ist der Auffassung, dass die makrofinanzielle Hilfe, wie sie sich in den vergangenen zwölf Jahren entwickelt hat und von den EU-Organen durchgeführt wird, unter den Anwendungsbereich des Artikels 216 des dem Konvent vorgelegten Verfassungsentwurfs des Konvents betreffend die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit zwischen der Union und Drittländern fällt; ist sich jedoch bewusst, dass bis zur Ratifizierung des Verfassungsvertrags durch die Mitgliedstaaten eine Lösung für die jetzt anstehenden Ad-hoc-Regelungen erforderlich ist; fordert die Kommission daher auf, einen Vorschlag zu unterbreiten, der eine zweifache Rechtsgrundlage hat, welche die folgenden beiden Kriterien erfüllt;

- a) die makrofinanzielle Hilfe für Drittländer ist als Hilfe für Drittländer zu betrachten, welche von einer Krise betroffen sind, die auf wirtschaftliche, finanzielle oder soziale Verhältnisse zurückzuführen ist;
- b) das Beschlussfassungsverfahren muss auf der Mitentscheidung basieren;

ist der Auffassung, dass dieses Rechtsinstrument betreffend die makrofinanzielle Hilfe für Drittländer nur während eines Übergangszeitraums bis zum Inkrafttreten des Verfassungsvertrags in Kraft sein sollte;

10. fordert unter Hinweis auf die interinstitutionelle Vereinbarung vom 6. Mai 1999 über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens<sup>(1)</sup> seinen zuständigen Haushaltsausschuss auf, die Möglichkeit der Verschiebung jeglicher Bewilligung von Haushaltsmitteln, die die makrofinanzielle Hilfe betreffen, zu erwägen, bis ein entsprechender Vorschlag, wie er in den vorangehenden Ziffern gefordert wird, dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende Oktober 2003 vorliegt;

11. erinnert den Rat und die Kommission an die Bestimmungen von Artikel 192 EGV; verweist darauf, dass das Parlament sich für eine entsprechende Entschließung auf Artikel 59 seiner Geschäftsordnung berufen kann, falls die Kommission es versäumt zu prüfen, ob im Bereich der makrofinanziellen Hilfe ein entsprechender Vorschlag notwendig ist;

12. ist nach wie vor davon überzeugt, dass eine Senkung der Einzahlungsquote von 9 % auf 8 % der Schutzfunktion des Garantiefonds keinen Abbruch tun und zu einer Erhöhung der Darlehenskapazität führen würde, ohne dass die Obergrenze der Finanziellen Vorausschau geändert werden müsste; spricht sich ferner für eine Senkung der Pauschalgarantie für die Europäische Investitionsbank (EIB) von 65 % auf 50 % aus; weist darauf hin, dass eine Senkung der Pauschalgarantie keine negativen Folgen für die EIB hätte, da die einzelnen Darlehen in der Praxis so lange voll abgesichert sind, bis sich die Zahlungsausfälle auf 65 % des gesamten Darlehensbestands belaufen;

<sup>(1)</sup> ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

13. stellt mit Sorge fest, dass 2002 nur 170,4 Mio. EUR in den Garantiefonds eingezahlt und somit 42,51 Mio. EUR nicht verwendet wurden; erinnert daran, dass zum Ende des Haushaltsjahres 2001 für 2002 noch eine viel ehrgeizigere Inanspruchnahme der Darlehenskapazität geplant war; bedauert, dass die EIB für 2002 ein gekürztes Programm verabschiedet hat, womit die Durchführung einiger Fazilitäten in noch weitere Zukunft gerückt ist;

14. fordert die Kommission daher auf, einen formellen Vorschlag zu unterbreiten, der revidierte Parameter für den Einsatz des Garantiefonds umfasst, die einerseits die Schutzfunktion des Fonds für den Gemeinschaftshaushalt nicht schmälern, andererseits aber die Darlehenskapazität der Gemeinschaft erhöhen;

15. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

**P5\_TA(2003)0234**

### **Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen \***

**Legislative EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten (KOM(2003) 176 – C5-0180/2003 – 2003/0068(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 176)<sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 128 Absatz 2 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0180/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (A5-0187/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  4. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 1

Erwägung 3

(3) Auf seiner Tagung am 23. und 24. März 2000 in Lissabon hat der Europäische Rat der Europäischen Union ein

(3) Auf seiner Tagung am 23. und 24. März 2000 in Lissabon hat der Europäische Rat der Europäischen Union ein

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

neues strategisches Ziel vorgegeben: die Union soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden – zu einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Zu diesem Zweck vereinbarte der Rat bis 2010 zu erfüllende Zielvorgaben für die Gesamtbeschäftigungsquote und die Frauenbeschäftigungsquote, die auf der Tagung des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2001 in Stockholm ergänzt wurden durch bis zum Januar 2005 zu erreichende Zwischenziele sowie durch ein neues, bis 2010 zu verwirklichendes Ziel für die Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Frauen und Männer.

neues strategisches Ziel vorgegeben: die Union soll zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden – zu einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Zu diesem Zweck vereinbarte der Rat bis 2010 zu erfüllende Zielvorgaben für die Gesamtbeschäftigungsquote und die Frauenbeschäftigungsquote, die auf der Tagung des Europäischen Rates am 23. und 24. März 2001 in Stockholm, **wo die demographische Herausforderung als eine der wichtigsten Zukunftsfragen der Union erkannt wurde**, ergänzt wurden durch bis zum Januar 2005 zu erreichende Zwischenziele sowie durch ein neues, bis 2010 zu verwirklichendes Ziel für die Erhöhung der Beschäftigungsquote älterer Frauen und Männer.

## Abänderung 2

## Erwägung 5

(5) Auf seiner Tagung am 15. und 16. März 2002 in Barcelona forderte der Europäische Rat eine Intensivierung der europäischen Beschäftigungsstrategie; bewerkstelligt werden soll dies durch eine Optimierung, Vereinfachung und bessere Abstimmung des Prozesses – mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2010 und in Ausrichtung auf die Ziele der Lissabonner Strategie. Der Europäische Rat von Barcelona forderte ferner eine Straffung der politischen Koordinierungsprozesse und eine Synchronisierung der Zeitpläne für die Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien.

(5) Auf seiner Tagung am 15. und 16. März 2002 in Barcelona forderte der Europäische Rat eine Intensivierung der europäischen Beschäftigungsstrategie; bewerkstelligt werden soll dies durch eine Optimierung, Vereinfachung und bessere Abstimmung des Prozesses – mit einem Zeithorizont bis zum Jahr 2010 und in Ausrichtung auf die Ziele der Lissabonner Strategie. Der Europäische Rat von Barcelona forderte ferner eine Straffung der politischen Koordinierungsprozesse und eine Synchronisierung der Zeitpläne für die Festlegung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik und der beschäftigungspolitischen Leitlinien. **Darüber hinaus sollten entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, die eine echte inhaltliche Verzahnung von wirtschafts- und beschäftigungspolitischer Zielsetzung ermöglichen.**

## Abänderung 3

## Erwägung 6a (neu)

**(6a) Die offene Koordinierungsmethode wurde im Bereich der europäischen Beschäftigungspolitik entwickelt. Sie sollte weiter ausgebaut und verbessert werden, um die nationalen Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik von 25 Mitgliedstaaten besser vergleichen und koordinieren zu können. Ferner könnte sie auch auf die beschäftigungspolitischen Maßnahmen innerhalb der Mitgliedstaaten dergestalt angewandt und angepasst werden, dass traditionelle Hierarchien der Arbeitsmarktverwaltung aufgebrochen und reformiert werden.**

## Abänderung 4

## Erwägung 10

(10) Aktive und präventive Maßnahmen sollten zur Verwirklichung der Ziele Vollbeschäftigung und soziale Integration beitragen, indem sie dafür sorgen, dass **Arbeitslose ebenso wie arbeitswillige Nichterwerbspersonen am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sind und** in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

(10) Aktive und präventive Maßnahmen sollten zur Verwirklichung der Ziele Vollbeschäftigung und soziale Integration beitragen, indem sie dafür sorgen, dass **Arbeitssuchende nachhaltig** in den Arbeitsmarkt integriert werden können. **Eine Reihe ähnlicher präventiver Maßnahmen gilt es in gleichem Maß auch für alle jene zu ergreifen, die noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, jedoch strukturell von Arbeitslosigkeit bedroht sind.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 60

## Erwägung 11

(11) Unternehmergeist und Unternehmensinnovationen sollten gefördert werden, damit das Potenzial der Unternehmen, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, besser genutzt werden kann. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die Europäische Charta für Kleinunternehmen umzusetzen, und haben einen Prozess des Benchmarkings der Unternehmenspolitik auf den Weg gebracht.

(11) Unternehmergeist und Unternehmensinnovationen sollten gefördert werden, damit das Potenzial der Unternehmen, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, besser genutzt werden kann. **Vor allem müssen die Lage der Familien- und Kleinunternehmen berücksichtigt und der Generationswechsel erleichtert werden.** Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die Europäische Charta für Kleinunternehmen umzusetzen, und haben einen Prozess des Benchmarkings der Unternehmenspolitik auf den Weg gebracht.

## Abänderung 5

## Erwägung 12

(12) Die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Flexibilität und Sicherheit trägt dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität zu steigern und die Anpassung der Unternehmen und der Beschäftigten an den wirtschaftlichen Wandel zu fördern. Die Standards im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz müssen angehoben werden – in Übereinstimmung mit der einschlägigen neuen Gemeinschaftsstrategie für die Jahre 2002-2006. Fischerei, Landwirtschaft, Baugewerbe und Gesundheits- und Sozialdienste sind Sektoren, in denen das Risiko von Arbeitsunfällen besonders hoch ist. Der Zugang der Beschäftigten zu Ausbildungsmaßnahmen ist ein wesentliches Element eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Flexibilität und Sicherheit; eine Beteiligung aller Arbeitnehmer sollte gefördert werden durch Festlegung geeigneter Zielvorgaben, wobei es die Rendite für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Gesellschaft als Ganzes zu berücksichtigen gilt.

(12) Die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Flexibilität und Sicherheit trägt dazu bei, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken, Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität zu steigern und die Anpassung der Unternehmen und der Beschäftigten an den wirtschaftlichen Wandel zu fördern. Die Standards im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz müssen angehoben werden – in Übereinstimmung mit der einschlägigen neuen Gemeinschaftsstrategie für die Jahre 2002-2006. Fischerei, Landwirtschaft, Baugewerbe und Gesundheits- und Sozialdienste sind Sektoren, in denen das Risiko von Arbeitsunfällen besonders hoch ist. Der Zugang der Beschäftigten zu **für sie geeignete** Ausbildungsmaßnahmen ist ein wesentliches Element eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Flexibilität und Sicherheit; eine Beteiligung aller Arbeitnehmer sollte gefördert werden durch Festlegung geeigneter Zielvorgaben, wobei es die Rendite für Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Gesellschaft als Ganzes zu berücksichtigen gilt.

## Abänderung 6

## Erwägung 13

(13) Die Implementierung kohärenter, umfassender Strategien des lebenslangen Lernens ist von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der Ziele Vollbeschäftigung, Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Der Europäische Rat von Barcelona begrüßte die Mitteilung der Kommission „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“, in der die wichtigsten Bausteine für Strategien des lebenslangen Lernens erläutert werden: Partnerschaft, Ermittlung des Lernbedarfs, angemessene Mittelausstattung, Verbesserung des Zugangs zum Lernen, Entwicklung einer Lernkultur, Streben nach einem Höchstmaß an Qualität. Der Europäische Rat von Lissabon forderte eine substanzielle Steigerung der Humankapitalinvestitionen pro Kopf. Eine Erhöhung der Investitionen setzt ausreichende Anreize für Arbeitgeber und für den Einzelnen voraus sowie eine Umschichtung öffentlicher Mittel zugunsten effizienterer Humanressourceninvestitionen in allen Bereichen des Lernens.

(13) Die Implementierung kohärenter, umfassender Strategien des lebenslangen Lernens ist von entscheidender Bedeutung für die Verwirklichung der Ziele Vollbeschäftigung, Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Der Europäische Rat von Barcelona begrüßte die Mitteilung der Kommission „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“, in der die wichtigsten Bausteine für Strategien des lebenslangen Lernens erläutert werden: Partnerschaft, Ermittlung des Lernbedarfs, angemessene Mittelausstattung, Verbesserung des Zugangs zum Lernen, Entwicklung einer Lernkultur, Streben nach einem Höchstmaß an Qualität **und Zufriedenheit**. Der Europäische Rat von Lissabon forderte eine substanzielle Steigerung der Humankapitalinvestitionen pro Kopf. Eine Erhöhung der Investitionen setzt ausreichende Anreize für Arbeitgeber und für den Einzelnen voraus sowie eine Umschichtung öffentlicher Mittel zugunsten effizienterer Humanressourceninvestitionen in allen Bereichen des Lernens.

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 7

## Erwägung 15

(15) Geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt müssen **nach und nach** beseitigt werden, wenn die EU Vollbeschäftigung, eine höhere Arbeitsplatzqualität, eine bessere soziale Integration und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt erreichen will. Hier gilt es, zum einen einen Gender-Mainstreaming-Ansatz zu verfolgen und zum anderen spezifische politische Maßnahmen zu ergreifen, um Bedingungen zu schaffen, die es Frauen und Männern ermöglichen, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder wiedereinzutreten und im Arbeitsmarkt zu verbleiben. In Barcelona vereinbarte der Europäische Rat, dass die Mitgliedstaaten bis 2010 für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollten. Die Ursachen der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsentgelt sollten angegangen und Zielvorgaben für den Abbau solcher Unterschiede erfüllt werden, ohne dass der Grundsatz der Lohndifferenzierung nach Produktivität und Arbeitsmarktlage dadurch in Frage gestellt wird.

(15) Geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt müssen **schnellstmöglich** beseitigt werden, wenn die EU Vollbeschäftigung, eine höhere Arbeitsplatzqualität, eine bessere soziale Integration und einen stärkeren sozialen Zusammenhalt erreichen will. Hier gilt es, zum einen, einen Gender-Mainstreaming-Ansatz zu verfolgen und zum anderen, spezifische politische Maßnahmen zu ergreifen, um Bedingungen zu schaffen, die es Frauen und Männern ermöglichen, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder wiedereinzutreten und im Arbeitsmarkt zu verbleiben. In Barcelona vereinbarte der Europäische Rat, dass die Mitgliedstaaten bis 2010 für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollten. **Letzteres sollte jedoch erneut überdacht werden, da es den Erfordernissen für die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt nicht gerecht wird, und es sollten konkrete zusätzliche Maßnahmen auf diesem Gebiet vorgeschlagen werden.** Die Ursachen der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Arbeitslosigkeit und Arbeitsentgelt sollten angegangen und Zielvorgaben für den Abbau solcher Unterschiede erfüllt werden, ohne dass der Grundsatz der Lohndifferenzierung nach Produktivität und Arbeitsmarktlage dadurch in Frage gestellt wird. **Der Gender Mainstreaming-Ansatz sollte in den Mitgliedstaaten stärker berücksichtigt werden; dafür sollten die neuen Gemeinschaftsstatistiken (EU-SILC) – insbesondere in den Bereichen Unterbezahlung, Armut, gleiche Teilhabe und Vertretung – vorgelegt werden.**

## Abänderung 8

## Erwägung 15a (neu)

**(15a) Zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt ist ein integrierter Ansatz wesentlich, der die Bedürfnisse von Frauen in den Mittelpunkt stellt, um Frauenarbeitslosigkeit, die Arbeitsbedingungen von Frauen, die steigende Frauenerwerbsquote und eine gleiche Verteilung von unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit in Angriff zu nehmen.**

## Abänderung 9

## Erwägung 18

(18) Der Begriff „nichtangemeldete Erwerbstätigkeit“ bezeichnet „jegliche Art von bezahlten Tätigkeiten, die von ihrem Wesen her keinen Gesetzesverstoß darstellen, den staatlichen Behörden aber nicht gemeldet werden“. Einschlägige Untersuchungen schätzen den Umfang der informellen Wirtschaft auf durchschnittlich 7 % bis 16 % des BIP der EU. Die entsprechenden Arbeitsverhältnisse sollten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse überführt werden, um zu einer Verbesserung des allgemeinen Unternehmensumfelds, zu einer höheren Qualität der Arbeitsplätze der Betroffenen, zu einem größeren sozialen Zusammenhalt und zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherungssysteme beizutragen. Die Verbreiterung der statistischen Datenbasis über den Umfang nichtangemeldeter Erwerbstätigkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten und in der EU als Ganzes sollte ein vorrangiges Anliegen sein.

(18) Der Begriff „nichtangemeldete Erwerbstätigkeit“ bezeichnet „jegliche Art von bezahlten Tätigkeiten, die von ihrem Wesen her keinen Gesetzesverstoß darstellen, den staatlichen Behörden aber nicht gemeldet werden“. Einschlägige Untersuchungen schätzen den Umfang der informellen Wirtschaft auf durchschnittlich 7 % bis 16 % des BIP der EU. Die entsprechenden Arbeitsverhältnisse sollten in reguläre Beschäftigungsverhältnisse überführt werden, um zu einer Verbesserung des allgemeinen Unternehmensumfelds **und der Steuermoral, zur Herbeiführung eines Wettbewerbs unter gleichen Bedingungen**, zu einer höheren Qualität der Arbeitsplätze der Betroffenen, zu einem größeren sozialen Zusammenhalt und zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und der sozialen Sicherungssysteme beizutragen. Die Verbreiterung der statistischen Datenbasis über den Umfang nichtangemeldeter Erwerbstätigkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten und in der EU als Ganzes sollte ein vorrangiges Anliegen sein, **um die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit zu verstärken.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 10  
Erwägung 18a (neu)

**(18a) Besonderes Augenmerk sollte lokalen und regionalen Entwicklungsstrategien gewidmet werden. Alle Arbeitsplätze sind in gewisser Weise lokale Arbeitsplätze, und viele von ihnen bieten Waren und Dienstleistungen auf lokalen und regionalen Märkten an, die dazu neigen, auf Konjunkturschwankungen und makroökonomische Hochs und Tiefs weniger empfindlich zu reagieren. Entwicklungsstrategien für Innovation, Unternehmergeist, Unternehmertätigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit sollten gefördert werden, um vorhandene Ressourcen zu mobilisieren und diese in Partnerschaftsnetzwerken zwecks gegenseitiger Unterstützung und Zusammenarbeit zu kombinieren.**

Abänderung 11  
Erwägung 19a (neu)

**(19a) Die Wirksamkeit jeglicher Beschäftigungsstrategie hängt auch von der Feststellung künftiger Beschäftigungstrends und der entsprechenden Qualifikationsanforderungen ab. Die Beschäftigungsstrategie sollte dies, wie auch die durch Forschung und Entwicklung gebotenen Chancen, berücksichtigen.**

Abänderung 12  
Erwägung 20

(20) Die Bewertung der ersten fünf Jahre der Beschäftigungsstrategie hat gezeigt, dass es mit Blick auf die künftige Wirksamkeit der Strategie entscheidend auf eine bessere Governance ankommt. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der Beschäftigungspolitik sind eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen, die Einbeziehung verschiedener operativer Dienste und eine angemessene Finanzausstattung zur Unterstützung der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Die Mitgliedstaaten sind für die effektive Umsetzung der Leitlinien verantwortlich und haben für ausgewogene Umsetzungsmechanismen auf regionaler und lokaler Ebene zu sorgen.

(20) Die Bewertung der ersten fünf Jahre der Beschäftigungsstrategie hat gezeigt, dass es mit Blick auf die künftige Wirksamkeit der Strategie entscheidend auf eine bessere Governance ankommt. Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der Beschäftigungspolitik sind eine partnerschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen, die Einbeziehung verschiedener operativer Dienste und eine angemessene Finanzausstattung zur Unterstützung der Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien. Die Mitgliedstaaten sind für die effektive Umsetzung der Leitlinien verantwortlich und haben für ausgewogene Umsetzungsmechanismen auf regionaler und lokaler Ebene zu sorgen. **Darüber hinaus bedarf es einer effizienteren und strafferen Umsetzungsbewertung auf europäischer Ebene.**

Abänderung 13  
Erwägung 21

(21) Die effektive Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien erfordert eine aktive Beteiligung der Sozialpartner in allen Phasen – von der Planung **bis zur** Durchführung der Politik. Auf dem Sozialgipfel vom 13. Dezember 2001 haben die Sozialpartner auf die Notwendigkeit hingewiesen, die tripartistische Konzertierung weiterzuentwickeln und besser zu koordinieren. Auch wurde vereinbart, jedes Jahr im Vorfeld der Frühjahrstagung des Europäischen Rates einen dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung abzuhalten.

(21) Die effektive Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien erfordert eine aktive Beteiligung der Sozialpartner **auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene** in allen Phasen – von der Planung **über die** Durchführung der Politik **bis hin zur Evaluierung**. Auf dem Sozialgipfel vom 13. Dezember 2001 haben die Sozialpartner auf die Notwendigkeit hingewiesen, die tripartistische Konzertierung weiterzuentwickeln und besser zu koordinieren. Auch wurde vereinbart, jedes Jahr im Vorfeld der Frühjahrstagung des Europäischen Rates einen dreigliedrigen Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung abzuhalten.

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 14

## Erwägung 22

(22) Zusätzlich zu **den** beschäftigungspolitischen Leitlinien sollten die Mitgliedstaaten die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in vollem Umfang umsetzen und dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen sich in völligem Einklang mit der Erhaltung gesunder öffentlicher Finanzen und makroökonomischer Stabilität befinden.

(22) Zusätzlich zur **Unterstützung der** beschäftigungspolitischen Leitlinien sollten die Mitgliedstaaten die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in vollem Umfang umsetzen und dafür Sorge tragen, dass die Maßnahmen sich in völligem Einklang mit der Erhaltung gesunder öffentlicher Finanzen und makroökonomischer Stabilität befinden. **Die in den beschäftigungspolitischen Leitlinien hervorgehobenen Ziele und Prioritäten sollten in den Grundzügen der Wirtschaftspolitik gebührend berücksichtigt werden. Nach der Evaluierung dieser Koordinierung wird die Kommission die Möglichkeiten prüfen, auch die Strategie der sozialen Integration, die Strategie für angemessene und zukunftssichere Renten und die europäische Strategie der Nachhaltigkeit sowohl mit den beschäftigungspolitischen Leitlinien als auch mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik mit dem Ziel zu koordinieren, dass sich diese gegenseitig unterstützen und verstärken.**

## Abänderung 15

## Erwägung 22a (neu)

(22a) **Auch im Hinblick auf die erweiterte EU sind die Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen so zu gestalten, dass sie – unter gebührender Wahrung des Subsidiaritätsprinzips – nationale, regionale und lokale beschäftigungspolitische Maßnahmen miteinander koordinieren. So kann den in der Lissabonner Strategie für nachhaltige Entwicklung definierten Zielen Rechnung getragen werden. Es sollte betont werden, dass die vorgeschlagenen Leitlinien bereits für die erweiterte Union konzipiert wurden und die Erweiterung daher in allen Aspekten entsprechend berücksichtigt werden muss.**

## Abänderung 16

## Artikel 1

Die im Anhang enthaltenen Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten werden angenommen.

Die im Anhang enthaltenen Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten werden angenommen **und umgesetzt.**

## Abänderung 17

## Artikel 2

Die Mitgliedstaaten haben sämtliche Aspekte der Leitlinien in ihrer Beschäftigungspolitik umfassend und in integrierter Form zu berücksichtigen und in ihren nationalen Aktionsplänen, die jährlich am 1. Oktober vorzulegen sind, entsprechend Bericht zu erstatten.

Die Mitgliedstaaten haben **daher** sämtliche Aspekte der Leitlinien in ihrer Beschäftigungspolitik umfassend und in integrierter Form zu berücksichtigen und in ihren nationalen Aktionsplänen, die jährlich am 1. Oktober vorzulegen sind, entsprechend Bericht zu erstatten.

## Abänderung 18

Anhang Abschnitt „Die beschäftigungspolitischen Leitlinien“  
Unterabschnitt „Eine europäische Strategie für Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze für alle“  
Absatz 1a (neu)

**Die Strategie muss auch Beschäftigungstrends und diesbezügliche Qualifikationsanforderungen, einschließlich künftiger durch Forschung und Entwicklung gebotener Chancen, vorwegnehmen.**



Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 19

Anhang Abschnitt „Die beschäftigungspolitischen Leitlinien“  
Unterabschnitt „Eine europäische Strategie für Vollbeschäftigung und bessere Arbeitsplätze für alle“  
Absatz 2

Zusätzlich zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien und den mit ihnen einhergehenden beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollten die Mitgliedstaaten die Grundzüge der Wirtschaftspolitik in vollem Umfang umsetzen und dafür Sorge tragen, dass **beide** Instrumente in kohärenter Weise ineinander greifen.

Zusätzlich zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien und den mit ihnen einhergehenden beschäftigungspolitischen Empfehlungen sollten die Mitgliedstaaten die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, **die Strategie der sozialen Integration und die europäische Strategie der Nachhaltigkeit** in vollem Umfang umsetzen und dafür Sorge tragen, dass **diese** Instrumente in kohärenter **und sich gegenseitig unterstützender** Weise ineinander greifen.

## Abänderung 20

Anhang Teil A „Die übergreifenden Ziele“ Absatz 1

In Übereinstimmung mit der Lissabonner Agenda ist die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten auf die Verwirklichung **dreier** Ziele gerichtet: Vollbeschäftigung; Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität; sozialer Zusammenhalt und soziale Integration.

In Übereinstimmung mit der Lissabonner Agenda ist die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten auf die Verwirklichung **folgender** Ziele gerichtet: Vollbeschäftigung; Arbeitsplatzqualität, Arbeitsproduktivität; sozialer Zusammenhalt und soziale Integration.

## Abänderung 21

Anhang Teil A „Die übergreifenden Ziele“ Absatz 2

Bei der Verfolgung dieser Ziele sollte auf Ausgewogenheit geachtet und deutlich gemacht werden, dass alle **drei** Ziele mit Blick auf die ehrgeizigen Bestrebungen der Union gleichermaßen von Bedeutung sind. Die aus der positiven Interaktion zwischen den **drei** Zielen entstehenden Synergiewirkungen sollten in vollem Umfang genutzt werden.

Bei der Verfolgung dieser Ziele sollte auf Ausgewogenheit geachtet und deutlich gemacht werden, dass alle Ziele mit Blick auf die ehrgeizigen Bestrebungen der Union gleichermaßen von Bedeutung sind. Die aus der positiven Interaktion zwischen den Zielen entstehenden Synergiewirkungen sollten in vollem Umfang genutzt werden. **Alle wichtigen Akteure werden in die Entwicklung der Beschäftigungsstrategie eingebunden.**

## Abänderung 22

Anhang Teil A Abschnitt „Vollbeschäftigung“ Absatz 3

Die Mitgliedstaaten **machen** entsprechende nationale Zielvorgaben, die **sich an den** auf EU-Ebene angestrebten **Ergebnissen orientieren**.

Die Mitgliedstaaten **beschließen** entsprechende **quantifizierbare** nationale Zielvorgaben (**die im ersten Nationalen Beschäftigungsplan, den die Mitgliedstaaten im Einklang mit diesen Leitlinien konzipieren, festzulegen sind**), die zur Erfüllung der auf EU-Ebene angestrebten **Ziele beitragen**.

## Abänderung 23

Anhang Teil A Abschnitt „Vollbeschäftigung“ Absatz 3a (neu)

**Die Mitgliedstaaten investieren in öffentliche Dienstleistungen, um den Betreuungsbedarf von Familien und Gemeinschaften zu unterstützen, so dass die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Praxis verbessert wird. Besondere Maßnahmen sollten ergriffen werden, um Alleinerziehende zu unterstützen.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 24

Anhang Teil A Abschnitt „Vollbeschäftigung“ Absatz 3b (neu)

**Zusätzlich zu den Lissabonner und Stockholmer Zielen ist ein Ziel für die Arbeitslosigkeit erforderlich:**

- **ein erheblicher Rückgang der Arbeitslosigkeit bis einschließlich 2010.**

## Abänderung 25

Anhang Teil A Abschnitt „Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität“ Absatz 1

Die Steigerung der Arbeitsplatzqualität ist aufs Engste verknüpft mit dem Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Wirtschaft. Alle Akteure sollten sich mit vereinten Anstrengungen dieser Aufgabe annehmen, insbesondere im Rahmen des sozialen Dialogs. Arbeitsplatzqualität ist ein mehrdimensionales Konzept, bei dem es sowohl um die Merkmale des Arbeitsplatzes im engeren Sinne als auch um den Arbeitsmarkt im weiteren Sinne geht. Der Begriff umfasst Aspekte wie intrinsische Qualität der Arbeitsplätze, Qualifikationen, lebenslanges Lernen und berufliche Entwicklung, Gleichstellung der Geschlechter, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Flexibilität und Sicherheit, Integration und Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsorganisation und Work-Life-Balance, sozialer Dialog und Arbeitnehmerbeteiligung, Diversity und Bekämpfung von Diskriminierung, Gesamtarbeitsleistung.

Die Steigerung der Arbeitsplatzqualität ist aufs Engste verknüpft mit dem Übergang zu einer wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Wirtschaft. Alle Akteure sollten sich mit vereinten Anstrengungen dieser Aufgabe annehmen, insbesondere im Rahmen des sozialen Dialogs. Arbeitsplatzqualität ist ein mehrdimensionales Konzept, bei dem es sowohl um die Merkmale des Arbeitsplatzes im engeren Sinne als auch um den Arbeitsmarkt im weiteren Sinne geht. Der Begriff umfasst Aspekte wie intrinsische Qualität der Arbeitsplätze, Qualifikationen, lebenslanges Lernen und berufliche Entwicklung, **wobei zu berücksichtigen ist, dass die Bildungs- und Ausbildungsmethoden auf die individuellen Fähigkeiten der Auszubildenden abgestimmt werden müssen.** Gleichstellung der Geschlechter, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Flexibilität und Sicherheit, Integration und Zugang zum Arbeitsmarkt, Arbeitsorganisation und Work-Life-Balance, sozialer Dialog und Arbeitnehmerbeteiligung, Diversity und Bekämpfung von Diskriminierung, Gesamtarbeitsleistung.

## Abänderung 26

Anhang Teil A Abschnitt „Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität“ Absatz 2

Die Erhöhung der Beschäftigungsquoten muss Hand in Hand gehen mit einer Steigerung des allgemeinen Arbeitsproduktivitätswachstums. Arbeitsplatzqualität kann zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitragen, und die Synergien zwischen beiden Faktoren sollten in vollem Umfang ausgeschöpft werden. Dies stellt eine **besondere** Herausforderung für den sozialen Dialog dar.

Die Erhöhung der Beschäftigungsquoten muss Hand in Hand gehen mit einer **effizienten** Steigerung **des Investitionsniveaus** und des allgemeinen Arbeitsproduktivitätswachstums. Arbeitsplatzqualität kann zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität beitragen, und die Synergien zwischen beiden Faktoren sollten in vollem Umfang ausgeschöpft werden. Dies stellt eine Herausforderung **u.a.** für den sozialen Dialog dar.

## Abänderung 27

Anhang Teil A Abschnitt „Steigerung der Arbeitsplatzqualität und der Arbeitsproduktivität“ Absatz 2a (neu)

**Sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene müssen Sollzahlen entwickelt werden.**

## Abänderung 28

Anhang Teil A Abschnitt „Sozialer Zusammenhalt und soziale Integration“ Titel und Absatz 1

Sozialer Zusammenhalt und soziale Integration

Sozialer Zusammenhalt und soziale Integration **auf dem Arbeitsmarkt**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Die Beschäftigungspolitik sollte die soziale Integration fördern, indem sie eine Erwerbsbeteiligung leichter macht durch Förderung des Zugangs zu dauerhaften und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen für alle erwerbsfähigen Frauen und Männer, durch Bekämpfung von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt und durch Vermeidung einer Ausgrenzung aus der Arbeitswelt.

**Stärkung der grundlegenden Faktoren für den sozialen Zusammenhalt im Beschäftigungssektor, nämlich**

- a) **die Dialogbeziehung zwischen den Sozialpartnern,**
- b) **die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit ihres Berufs mit dem Familienleben,**
- c) **die Solidarität zwischen den verschiedenen geographischen Gebieten.**

**Im Rahmen dieser Beziehungen des sozialen Zusammenhalts** sollte die Beschäftigungspolitik die soziale Integration fördern, indem sie eine Erwerbsbeteiligung leichter macht durch Förderung des Zugangs zu dauerhaften und qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen für alle erwerbsfähigen Frauen und Männer, durch Bekämpfung von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt und durch Vermeidung einer Ausgrenzung aus der Arbeitswelt.

Abänderung 29

Anhang Teil A Abschnitt „Sozialer Zusammenhalt und soziale Integration“ Absatz 2

**Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt sollte gefördert werden durch Reduzierung der regionalen Disparitäten bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, durch Inangriffnahme der Beschäftigungsprobleme benachteiligter Regionen in der EU und durch eine positive Unterstützung wirtschaftlicher und sozialer Umstrukturierungsmaßnahmen.**

entfällt

Abänderung 32

Anhang Teil A Abschnitt „Sozialer Zusammenhalt und soziale Integration“ Absatz 3

**Die entsprechenden Maßnahmen sollten insbesondere dazu beitragen, den Anteil der erwerbstätigen Armen in allen Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2010 deutlich zu reduzieren.**

entfällt

Abänderung 30

Anhang Teil A Abschnitt „Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter“ (neu)

**Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter**

**Zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist ein Gesamtkonzept erforderlich, das die frauenspezifischen Bedürfnisse berücksichtigt mit dem Ziel, die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Bezug auf die Arbeitslosigkeit, die Beschäftigungsbedingungen, die Beteiligung am Arbeitsmarkt und die gerechte Verteilung der familiären Pflichten zu beseitigen.**

**Die Mitgliedstaaten sollten eine Reihe von Maßnahmen zur Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder und andere Familienmitglieder einleiten und Politiken zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Beseitigung der geschlechtsspezifischen Unterschiede (ungleiche Entlohnung, hoher Anteil an der Langzeitarbeitslosigkeit, Spaltung des Arbeitsmarkts und ungleiche Verteilung familiärer Pflichten) entwickeln.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 31

## Anhang Teil B Abschnitt 1 Einleitung und Spiegelstrich 1

Die Mitgliedstaaten werden Neuzugänge zur Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden und eine nachhaltige Wiedereingliederung der Arbeitslosen und der arbeitswilligen Nichterwerbspersonen in den Arbeitsmarkt fördern.

- Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden frühzeitig ermittelt werden, dass die Betroffenen beraten und bei der Arbeitssuche unterstützt werden und dass in einem möglichst frühen Stadium der Arbeitslosigkeit individuelle Aktionspläne erstellt werden. Bis 2005 sollte das Ziel erreicht sein, dass allen Arbeitslosen vor Beginn des vierten Monats der Arbeitslosigkeit entsprechende Dienstleistungen angeboten werden.

Die Mitgliedstaaten werden **unter umfassender Einbindung der Sozialpartner** Neuzugänge zur Langzeitarbeitslosigkeit vermeiden und eine nachhaltige Wiedereingliederung der Arbeitslosen und der arbeitswilligen Nichterwerbspersonen in den Arbeitsmarkt fördern.

- **Sie werden sich auf Übergangsphasen konzentrieren, wie Jugendliche, die nach dem Abschluss der Schule eine regelmäßige Beschäftigung aufnehmen, Frauen, die neben der Familienarbeit eine bezahlte Beschäftigung aufnehmen und ältere Menschen, die aus einem Arbeitsverhältnis ausscheiden und in Rente gehen;**
- Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Arbeitssuchenden frühzeitig ermittelt werden, dass die Betroffenen beraten und bei der Arbeitssuche unterstützt werden und dass in einem möglichst frühen Stadium der Arbeitslosigkeit individuelle Aktionspläne erstellt werden **und die Zusammenarbeit mit den Unternehmen zur Ermittlung des Bedarfs verbessert wird.** Bis 2005 sollte das Ziel erreicht sein, dass allen Arbeitslosen vor Beginn des vierten Monats der Arbeitslosigkeit entsprechende Dienstleistungen angeboten werden.

## Abänderung 33

## Anhang Teil B Abschnitt 1 Spiegelstrich 2 Absatz 2

- dass bis zum Jahr 2005 allen Arbeitslosen ein Neuanfang in Form einer Ausbildung oder des Erwerbs von Berufserfahrung ermöglicht wird (gegebenenfalls in Kombination mit einer kontinuierlichen Unterstützung bei der Arbeitssuche) – binnen sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit im Falle der am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen und binnen zwölf Monaten in allen anderen Fällen;

- dass bis zum Jahr 2005 allen Arbeitslosen ein Neuanfang in Form einer Ausbildung oder des Erwerbs von Berufserfahrung ermöglicht wird (gegebenenfalls in Kombination mit einer kontinuierlichen Unterstützung bei der Arbeitssuche) – binnen sechs Monaten nach Eintritt der Arbeitslosigkeit im Falle der am stärksten von Langzeitarbeitslosigkeit bedrohten Jugendlichen **und Frauen** und binnen zwölf Monaten in allen anderen Fällen;

## Abänderungen 34 und 66

## Anhang Teil B Abschnitt 2

Die Mitgliedstaaten werden die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen vorantreiben, indem sie Unternehmergeist und Innovation in einem unternehmensfreundlichen Umfeld fördern. Besonderes Augenmerk wird der Erschließung des Arbeitsplatzschaffungspotenzials junger Unternehmen, des Dienstleistungssektors und des Bereichs Forschung und Entwicklung gelten. Entsprechende Initiativen, die durch nationale Zielvorgaben zu untermauern sind, werden abstellen auf folgende Ziele:

Die Mitgliedstaaten werden die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen vorantreiben, indem sie Unternehmergeist und Innovation **und Investitionsfähigkeit** in einem unternehmensfreundlichen Umfeld fördern **und die steuerliche Gesamtbelastung für Bürger und Unternehmen senken, damit die Binnennachfrage wieder angekurbelt wird. Eine umfassende Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen muss politische Maßnahmen sowohl für wachstumsorientierte KMU als auch für große Industrieunternehmen und Einrichtungen des staatlichen Sektors enthalten.** Besonderes Augenmerk wird der Erschließung des Arbeitsplatzschaffungspotenzials junger Unternehmen **sowie von KMU** des Dienstleistungssektors und des Bereichs Forschung und Entwicklung gelten. Politische Initiativen, unterstützt durch nationale Zielvorgaben, werden abstellen auf folgende Ziele:

- **Ermittlung und Unterstützung von Unternehmern mit Kompetenz und Wachstumsambitionen, die voraussichtlich in der Lage sind, dauerhafte und hochwertige Arbeitsplätze für eine wachsende Zahl von Menschen zu schaffen;**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

- Förderung von Maßnahmen zur Vermittlung von unternehmerischen Fähigkeiten und Managementkompetenz sowie Unterstützungsangebote, einschließlich Schulungen, die darauf abzielen, den Weg in die Selbständigkeit zu einer beruflichen Option für alle zu machen, insbesondere für Frauen, Arbeitslose, und arbeitswillige Nichterwerbspersonen;
- Vereinfachung der administrativen Abläufe und **Reduzierung** des bürokratischen Aufwands bei Unternehmensgründungen und bei der Einstellung von Personal; Erleichterung des Zugangs zu Kleinstkrediten und Risikokapital für Start-up-Unternehmen und Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial (siehe auch Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Leitlinie 11).

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- Förderung von Maßnahmen zur Vermittlung von unternehmerischen Fähigkeiten und Managementkompetenz sowie Unterstützungsangebote, einschließlich Schulungen, die darauf abzielen, den Weg in die Selbständigkeit zu **erleichtern und** zu einer beruflichen Option für alle zu machen, insbesondere für Frauen und arbeitswillige **Beschäftigungslose**;
- **Verbesserung des Unternehmensumfelds zur Gründung neuer und zur Unterstützung bestehender kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU), insbesondere derjenigen mit einem hohen Potential zur Schaffung von Arbeitsplätzen, wie im Informations- und Kommunikationstechnologiesektor oder in den benachbarten Dienstleistungssektoren**;
- Vereinfachung der administrativen Abläufe und des bürokratischen Aufwands bei Unternehmensgründungen **und KMU** und bei der Einstellung von Personal; Erleichterung des Zugangs zu Kleinstkrediten und Risikokapital für Start-up-Unternehmen, **KMU** und Unternehmen mit hohem Wachstumspotenzial (siehe auch Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Leitlinie 11).
- **Unterstützung von Programmen zur Produktivitätssteigerung durch praxisorientierte Ausbildungsprogramme, insbesondere in großen Arbeitseinrichtungen, und Entwicklung von Modernisierungsprogrammen zur Verbesserung der Produktivität und der Arbeitsplatzqualität im öffentlichen Sektor**;
- **Entwicklung von Instrumenten für die soziale Zertifizierung von Unternehmen, in denen Beschäftigung und die Arbeitsplatzqualität berücksichtigt werden.**

## Abänderung 35

## Anhang Teil B Abschnitt 3 Einleitung

Die Mitgliedstaaten werden die Fähigkeit der Beschäftigten und der Unternehmen zur Anpassung an den Wandel fördern und dabei sowohl dem Bedarf an Flexibilität und als auch dem Bedarf an Sicherheit Rechnung tragen. Sie werden das Arbeitsrecht reformieren, **indem sie allzu restriktive Bestimmungen lockern, die** die Arbeitsmarktdynamik **beeinträchtigen** und **einer** Beschäftigung derjenigen **im Wege stehen**, die Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Sie werden ferner den sozialen Dialog weiterentwickeln, die soziale Verantwortung der Unternehmen fördern und **sonstige** geeignete Maßnahmen treffen, mit dem Ziel,

Die Mitgliedstaaten werden die Fähigkeit der Beschäftigten und der Unternehmen zur Anpassung an den Wandel fördern und dabei sowohl dem Bedarf an Flexibilität und als auch dem Bedarf an Sicherheit Rechnung tragen. **Nach Anhörung der Sozialpartner** werden sie das Arbeitsrecht reformieren, **um dadurch** die Arbeitsmarktdynamik und **die** Beschäftigung derjenigen **zu verbessern**, die Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Sie werden ferner den sozialen Dialog weiterentwickeln, die soziale Verantwortung der Unternehmen fördern und – **gemeinsam mit den Sozialpartnern** – geeignete Maßnahmen treffen, mit dem Ziel,

## Abänderung 37

## Anhang Teil B Abschnitt 3 Spiegelstrich 2 Absatz 2

- Reduzierung der Gesamtzahl der Arbeitsunfälle um 15 % und der Zahl der Arbeitsunfälle in Hochrisikosektoren um 25 % in jedem Mitgliedstaat;
- Reduzierung der Gesamtzahl der Arbeitsunfälle um 15 % und der Zahl der Arbeitsunfälle in Hochrisikosektoren um 25 % in jedem Mitgliedstaat **bis zum Jahr 2010**;

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 38

## Anhang Teil B Abschnitt 3 Spiegelstrich 3

- |   |  |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>– innovative und nachhaltige Formen der Arbeitsorganisation zu konzipieren und zu verbreiten;</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– innovative und nachhaltige Formen der Arbeitsorganisation zu konzipieren und zu verbreiten, <b>den Flexibilitätsbedarf der Unternehmen mit Sicherheit, lebenslangem Lernen, besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie und einer verbesserten Lebensqualität für die Arbeitnehmer in Einklang zu bringen, zum Teil auch, um zu einer höheren Produktivität beizutragen; bis zum Jahr 2010 sollten die Hälfte der Großunternehmen und die Hälfte der mittelgroßen Unternehmen an der Modernisierung der Arbeitsorganisation arbeiten;</b></li> </ul> |
|---|--|

## Abänderung 39

## Anhang Teil B Abschnitt 3 Spiegelstrich 4

- |  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>– den wirtschaftlichen Wandel und wirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse erfolgreich zu bewältigen.</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>– den wirtschaftlichen Wandel und wirtschaftliche Umstrukturierungsprozesse, <b>auch im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsplatzqualität, proaktiv und sozial verantwortlich</b> erfolgreich zu bewältigen.</li> </ul> |
|--|--|

## Abänderung 40

## Anhang Teil B Abschnitt 3 Spiegelstrich 4a (neu)

- **öffentliche Dienstleistungen und Mittel zur Verfügung zu stellen und zu nutzen, die es ermöglichen, Berufs- und Privatleben besser in Einklang zu bringen und die Veränderung und Umgestaltung des Familienlebens, insbesondere durch Unterstützung alleinerziehender Elternteile, zu bewältigen.**

## Abänderung 41

## Anhang Teil B Abschnitt 4 Absätze 1 bis 3

Die Mitgliedstaaten werden Strategien des lebenslangen Lernens implementieren – unter anderem durch Verbesserung von Qualität und Effizienz der Bildungs- und Ausbildungssysteme –, um allen Arbeitskräften die Qualifikationen zu vermitteln, die von modernen Arbeitskräften in einer wissensbasierten Gesellschaft verlangt werden, um allen eine berufliche Weiterentwicklung zu ermöglichen und um das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage zu beheben und Arbeitsmarktengpässe zu überwinden.

Die Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 Folgendes zu erreichen:

- Die Mitgliedstaaten sollten **sicherstellen**, dass der durchschnittliche Anteil der 25- bis 64-Jährigen in der EU, die mindestens die **Sekundarstufe II** abgeschlossen haben, auf mindestens 80 % ansteigt.

Die Mitgliedstaaten werden Strategien des lebenslangen Lernens **nach den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Betroffenen** implementieren – unter anderem durch Verbesserung von Qualität und Effizienz der Bildungs- und Ausbildungssysteme (**einschließlich Grund- und Sekundarschulen**) –, um allen Arbeitskräften die Qualifikationen zu vermitteln, die von modernen Arbeitskräften in einer wissensbasierten Gesellschaft verlangt werden, um allen eine berufliche Weiterentwicklung zu ermöglichen und um das Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage zu beheben und Arbeitsmarktengpässe zu überwinden.

Die Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 Folgendes zu erreichen:

- Die Mitgliedstaaten sollten **bemüht sein**, dass der durchschnittliche Anteil der 25- bis 64-Jährigen in der EU, die mindestens die **Hauptschule** abgeschlossen haben, **ohne das Anspruchsniveau zu senken**, auf mindestens 80 % ansteigt **und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse in den Mitgliedstaaten gewährleistet ist;**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

- Erhöhung der Bildungsbeteiligung der Erwachsenen auf 15 % für die EU insgesamt, wobei in jedem Mitgliedstaat eine Quote von über 10 % anzustreben ist.

Effiziente Humankapitalinvestitionen seitens der Arbeitgeber und der Arbeitskräfte selbst werden gefördert, **beispielsweise** durch eine geeignete steuerliche Behandlung der Ausgaben für allgemeine und berufliche Bildung, und öffentliche Mittel werden – in Übereinstimmung mit den allgemeinen Haushaltsverpflichtungen – zugunsten von Investitionen in die Humanressourcen umgeschichtet.

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- Erhöhung der Bildungsbeteiligung der Erwachsenen auf 15 % für die EU insgesamt, wobei in jedem Mitgliedstaat eine Quote von über 10 % anzustreben ist;
- **durch einen verbesserten arbeitsrechtlichen Rahmen erweiterte Möglichkeiten zur lebensbegleitenden Qualifizierung während der Arbeitszeit ebenso wie während des gesamten Arbeitslebens, etwa über Bildungsurlaub, zu schaffen;**
- **verbesserter Zugang von Frauen zur Weiterbildung und zu Ausbildungsmöglichkeiten, insbesondere in den neuen Technologien, wobei die geschlechtsspezifischen Unterschiede abgebaut und die Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in den wichtigsten Informationssektoren erweitert werden;**

Effiziente, **zukunftsgerichtete** Humankapitalinvestitionen seitens der Arbeitgeber und der Arbeitskräfte selbst werden gefördert, **auch** durch eine geeignete steuerliche Behandlung der Ausgaben für allgemeine und berufliche Bildung, und öffentliche Mittel werden – in Übereinstimmung mit den allgemeinen Haushaltsverpflichtungen **und dem Abbau von Subventionen in nicht-zukunftsfähigen Branchen** – zugunsten von Investitionen in die Humanressourcen umgeschichtet.

## Abänderung 42

## Anhang Teil B Abschnitt 5 Spiegelstriche

- auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung hinarbeiten, indem sie das Potenzial aller Bevölkerungsgruppen erschließen – im Rahmen eines umfassenden Konzepts, das insbesondere folgende Aspekte abdeckt: Verfügbarkeit und Qualität von Arbeitsplätzen, Arbeit lohnend machen, Verbesserung der Qualifikationen, Bereitstellung geeigneter Unterstützungsangebote;
- auf eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung hinarbeiten, indem sie das Potenzial aller Bevölkerungsgruppen, **insbesondere unterbeschäftigte Bevölkerungsgruppen, wie Frauen, Zuwanderer, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen**, erschließen – im Rahmen eines umfassenden Konzepts, das insbesondere folgende Aspekte abdeckt: Verfügbarkeit und Qualität von Arbeitsplätzen, Arbeit, **höhere Bildung und Ausbildung**, lohnend machen, Verbesserung der Qualifikationen, Bereitstellung geeigneter **und zielgerichteter** Unterstützungsangebote, **einschließlich Maßnahmen, die insbesondere dazu dienen, den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, und vor allem Frauen bei der Rückkehr ins Berufsleben helfen sollen;**
- das aktive Altern fördern, insbesondere durch Schaffung von Arbeitsbedingungen, die geeignet sind, die Menschen länger im Erwerbsleben zu halten, (z.B. Zugang zur Weiterbildung oder **flexible** Formen der Arbeitsorganisation) **sowie durch Beseitigung von Anreizen für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt, vor allem durch eine Reform der Vorruhestandsregelungen und indem sichergestellt wird, dass sich ein Verbleib im Erwerbsleben auszahlt;**
- das aktive Altern fördern, **wobei bei der Evaluierung der Auswirkungen des Alterns von einem Gender-Ansatz auszugehen ist**, insbesondere durch Schaffung von Arbeitsbedingungen, die geeignet sind, die Menschen länger im Erwerbsleben zu halten, (z.B. Zugang zur Weiterbildung oder **innovative** Formen der Arbeitsorganisation **und verbesserter Gesundheitsschutz und mehr Sicherheit am Arbeitsplatz;**
- **Arbeitsplatzprogramme müssen auch auf ältere Arbeitnehmer ausgerichtet sein, so dass die Arbeitgeber einen Anreiz haben, ältere Menschen weiter zu beschäftigen. Ein möglicher Ansatz wäre eine teilweise Kofinanzierung dieser Projekte durch die Strukturfonds;**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

die entsprechenden Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 das effektive Durchschnittsalter beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben auf EU-Ebene (das nach entsprechenden Schätzungen im Jahr 2001 bei 59,9 Jahren lag) um fünf Jahre anzuheben; die Mitgliedstaaten werden diesbezüglich geeignete nationale Zielvorgaben machen, die mit den auf EU-Ebene angestrebten Zielen vereinbar sind;

- das durch Zuwanderung verfügbare werdende zusätzliche Arbeitskräfteangebot nutzen – in Übereinstimmung mit der Einwanderungspolitik der Gemeinschaft und in einer Art und Weise, die mit den langfristigen Entwicklungszielen der Herkunftsländer vereinbar ist.

die entsprechenden Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 das effektive Durchschnittsalter beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben auf EU-Ebene (das nach entsprechenden Schätzungen im Jahr 2001 bei 59,9 Jahren lag) um fünf Jahre anzuheben; die Mitgliedstaaten werden diesbezüglich geeignete nationale Zielvorgaben machen, die mit den auf EU-Ebene angestrebten Zielen vereinbar sind;

- das durch Zuwanderung verfügbare werdende zusätzliche Arbeitskräfteangebot nutzen – in Übereinstimmung mit der Einwanderungspolitik der Gemeinschaft und in einer Art und Weise, die mit den langfristigen Entwicklungszielen der Herkunftsländer vereinbar ist;
- **Systeme zur Erhaltung des Arbeitsplatzes für Menschen fördern, die sich im Laufe ihres Berufslebens eine Behinderung zugezogen haben.**

## Abänderung 43

## Anhang Teil B Abschnitt 6 Absatz 2

Besonderes Augenmerk wird der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelten: insbesondere sollten geeignete Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Personen geschaffen werden. **Die entsprechenden Maßnahmen werden darauf abzielen**, bis zum Jahr 2010 die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen **für 33 % der Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren und für 90 % der Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schulpflichtalter** in jedem Mitgliedstaat zu gewährleisten.

Besonderes Augenmerk wird der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelten: insbesondere sollten geeignete Betreuungsangebote für Kinder und pflegebedürftige Personen geschaffen werden. **Der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt – sowohl von Frauen als auch von Männern – nach einem Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub oder nach der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger wird gefördert. Durch politische Maßnahmen, mit denen öffentliche Dienstleistungen zur Deckung des Betreuungsbedarfs von Familien erbracht werden, wird konkret versucht**, bis zum Jahr 2010 die Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen für 90 % **aller** Kinder **bis zum Schulpflichtalter** in jedem Mitgliedstaat zu gewährleisten. **Ganz allgemein sollen Maßnahmen gefördert werden, die Anreize zur Teilung der Verantwortung für die Familie schaffen.**

## Abänderung 44

## Anhang Teil B Abschnitt 7 Absatz 1

Die Mitgliedstaaten werden die Integration von Personen fördern, die auf dem Arbeitsmarkt mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, wie zum Beispiel Schulabbrecher, Menschen mit Behinderungen, Zuwanderer und Angehörige ethnischer Minderheiten. Dies soll geschehen durch Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, durch Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Vermeidung jeglicher Form von Diskriminierung.

Die Mitgliedstaaten werden **durch ein Mainstreaming-Konzept und durch spezifische Maßnahmen** die Integration von Personen fördern, die auf dem Arbeitsmarkt mit besonderen Schwierigkeiten konfrontiert sind, wie zum Beispiel Schulabbrecher, Menschen mit Behinderungen, Zuwanderer und Angehörige ethnischer Minderheiten. Dies soll geschehen durch Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, durch Schaffung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten und durch Vermeidung jeglicher Form von Diskriminierung.

## Abänderung 45

## Anhang Teil B Abschnitt 7 Absatz 2 Spiegelstriche

- Halbierung der Schulabbrecherquote in jedem Mitgliedstaat und dadurch Reduzierung der Gesamtquote für die EU auf 10 %;

- Halbierung der Schulabbrecherquote in jedem Mitgliedstaat und dadurch Reduzierung der Gesamtquote für die EU auf 10 %, **durch vermehrtes Bildungsangebot nach den individuellen Fähigkeiten der Betroffenen;**



Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

- Reduzierung der Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten benachteiligter Personengruppen – **entsprechend der jeweiligen einzelstaatlichen Definition – und der Gesamtarbeitslosenquote um die Hälfte** in jedem Mitgliedstaat;
- Reduzierung der Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten von EU-Bürgern und den Arbeitslosenquoten von Drittstaatsangehörigen um die Hälfte in jedem Mitgliedstaat.

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- **eine spürbare** Reduzierung der Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten benachteiligter Personengruppen in jedem Mitgliedstaat, **einschließlich Maßnahmen, die erforderlich sind, um die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu erleichtern;**
- Reduzierung der Differenz zwischen den Arbeitslosenquoten von EU-Bürgern und den Arbeitslosenquoten von Drittstaatsangehörigen um die Hälfte in jedem Mitgliedstaat.
- **eine spürbare Reduzierung des Arbeitslosigkeitsgefälles zwischen Menschen mit und Menschen ohne Behinderungen in jedem Mitgliedstaat.**

## Abänderung 46

Anhang Teil B Abschnitt 7 Absatz 2a (neu)

**Da 2003 das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderungen ist und viele Menschen mit Behinderungen keinen Zugang zu Beschäftigung haben, sollten besonderes Augenmerk und Hilfsmaßnahmen innovativen Formen für die Ausbildung von Menschen mit Behinderungen gelten, um sie so auszubilden, dass sie einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen können.**

## Abänderung 47

Anhang Teil B Abschnitt 8

**Die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner werden die Schaffung von Arbeitsplätzen vorantreiben und eine Lohnpolitik unterstützen, die darauf abzielt, Produktionszuwächse und Inflation in ein Gleichgewicht zu bringen sowie strukturelle Lohnunterschiede und das Problem der erwerbstätigen Armen in Angriff zu nehmen, damit sich Arbeit wieder lohnt und dadurch die Binnennachfrage und die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze erhöht wird.**

Die Mitgliedstaaten werden ihre finanziellen Anreizmechanismen neu gestalten, um Arbeit attraktiver zu machen und die Menschen zu ermutigen, Arbeit zu suchen, eine Arbeit aufzunehmen und im Arbeitsleben zu verbleiben. Die Mitgliedstaaten werden Steuer- und Sozialleistungssysteme und deren Wechselwirkungen überprüfen, mit dem Ziel, Arbeitslosigkeits-, Armut- und Nichterwerbstätigkeitsfallen zu beseitigen und die Erwerbsbeteiligung von Frauen, geringqualifizierten Arbeitskräften, älteren Arbeitskräften und arbeitsmarktfernen Gruppen zu fördern.

Die Mitgliedstaaten werden ihre finanziellen Anreizmechanismen neu gestalten, um Arbeit attraktiver zu machen und die Menschen zu ermutigen, Arbeit zu suchen, eine Arbeit aufzunehmen und im Arbeitsleben zu verbleiben. Die Mitgliedstaaten werden Steuer- und Sozialleistungssysteme und deren Wechselwirkungen überprüfen, mit dem Ziel, Arbeitslosigkeits-, Armut- und Nichterwerbstätigkeitsfallen zu beseitigen und die Erwerbsbeteiligung von Frauen, geringqualifizierten Arbeitskräften, älteren Arbeitskräften, **Menschen mit Behinderungen** und arbeitsmarktfernen Gruppen zu fördern. **Die Mitgliedstaaten werden ferner die Lohnnebenkosten senken und gegebenenfalls die steuerliche Belastung von Beziehern niedriger Einkommen verringern.**

**Jedoch sollten die Sozialleistungssysteme nicht abgebaut werden, da sie ein zentraler Teil der Strategie zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung bleiben.**

Sie werden insbesondere – bei Aufrechterhaltung eines angemessenen Sozialschutzniveaus – Ersatzraten und Leistungsdauer überprüfen, sie werden – unter Berücksichtigung der individuellen Situation – für eine effektive Leistungsverwaltung sorgen, vor allem was die Koppelung mit einer effektiven Arbeitssuche angeht, sie werden, soweit angezeigt, die Gewährung von Arbeitnehmerhilfen in Betracht ziehen, sie werden hohe effektive Grenzsteuersätze absenken, um Nichterwerbstätigkeitsfallen zu beseitigen, und sie werden die Steuer- und Abgabenbelastung gering entlohnter Arbeit reduzieren.

Sie werden insbesondere – bei Aufrechterhaltung eines angemessenen Sozialschutzniveaus – Ersatzraten und Leistungsdauer überprüfen, sie werden – unter Berücksichtigung der individuellen Situation – für eine effektive Leistungsverwaltung sorgen, vor allem was die Koppelung mit einer effektiven Arbeitssuche angeht, sie werden, soweit angezeigt, die Gewährung von Arbeitnehmerhilfen in Betracht ziehen, sie werden hohe effektive Grenzsteuersätze absenken, um Nichterwerbstätigkeitsfallen zu beseitigen, und sie werden die Steuer- und Abgabenbelastung gering entlohnter Arbeit reduzieren.

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Die entsprechenden Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 die Steuer- und Abgabenbelastung des Arbeitsentgelts von Niedriglohnbeziehern gemäß den nationalen Zielvorgaben deutlich zu reduzieren.

Die entsprechenden Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 die Steuer- und Abgabenbelastung des Arbeitsentgelts von Niedriglohnbeziehern gemäß den nationalen Zielvorgaben **wenn nötig** deutlich zu reduzieren.

**Die Maßnahmen sollten auch dazu beitragen, den Anteil der erwerbstätigen Armen in allen Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2010 zu halbieren.**

## Abänderungen 48 und 63

## Anhang Teil B Abschnitt 9 Absatz 1

Die Mitgliedstaaten werden einen umfassenden Policymix zur Beseitigung nichtangemeldeter Erwerbstätigkeit zusammenstellen und implementieren, der folgende Komponenten miteinander verknüpft: Vereinfachung des Unternehmensumfelds, Beseitigung von Negativanreizen und Schaffung geeigneter Anreize in den Steuer- und Sozialleistungssystemen, Ausbau der Kapazitäten im Bereich der Rechtsdurchsetzung, Anwendung von Sanktionen. Die Mitgliedstaaten werden in die Weiterentwicklung der statistischen Basis auf nationaler und auf EU-Ebene investieren, um das Ausmaß des Problems und die auf nationaler Ebene erzielten Fortschritte erfassen zu können.

**Die Mitgliedstaaten verstärken zur Bekämpfung von nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit ihre Zusammenarbeit und ermöglichen den zuständigen nationalen Behörden eine bessere gegenseitige Amtshilfe auf europäischer Ebene. Sie sind aufgefordert, die Arbeit für Arbeitnehmer und Arbeitgeber durch legale Beschäftigungsanreize attraktiver zu gestalten, damit die Abgabenlast auf Arbeit sich deutlich verringert, die Schaffung neuer Arbeitsplätze kostengünstiger wird und sich das Nettoeinkommen erhöht.** Die Mitgliedstaaten werden einen umfassenden Policymix zur Beseitigung nichtangemeldeter Erwerbstätigkeit zusammenstellen und implementieren, der folgende Komponenten miteinander verknüpft: Vereinfachung des Unternehmensumfelds, Beseitigung von Negativanreizen und – **unter gebührender Berücksichtigung der Beibehaltung der sozialen Sicherheitssysteme** – die Schaffung geeigneter Anreize in den Steuer- und Sozialleistungssystemen, **Ausarbeitung eines spezifischen Statuts für Jobs, die nur schwer in die bestehende reguläre Wirtschaft eingeordnet werden können, wie z.B. Haushaltshilfen**, Ausbau der Kapazitäten im Bereich der Rechtsdurchsetzung, Anwendung von Sanktionen. Die Mitgliedstaaten werden in die Weiterentwicklung der statistischen Basis auf nationaler und auf EU-Ebene investieren, um das Ausmaß des Problems und die auf nationaler Ebene erzielten Fortschritte erfassen zu können.

## Abänderung 49

## Anhang Teil B Abschnitt 9 Absatz 2

Die entsprechenden Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 die nichtangemeldete Erwerbstätigkeit **in jedem Mitgliedstaat** deutlich zu reduzieren, **gestützt auf eine verbesserte statistische Datenbasis**.

Die entsprechenden Maßnahmen werden insbesondere darauf abzielen, bis 2010 die nichtangemeldete Erwerbstätigkeit deutlich zu reduzieren, **wobei Sektoren, in denen nicht angemeldete Frauenarbeit sehr verbreitet ist, wie Landarbeiterinnen oder Haushaltshilfen, besonderes Augenmerk verdienen. Besondere Aufmerksamkeit muss auch den Arbeitsbedingungen von Zuwanderinnen gelten.**

## Abänderung 50

## Anhang Teil B Abschnitt 10 Titel und Absatz 1

**10. Förderung beruflicher und geografischer Mobilität und Verbesserung des Job-Matching**

**10. Mobilisierung der Arbeitsressourcen**

**Zur Verringerung der lokalen und regionalen Unterschiede bei der Beschäftigung werden die Mitgliedstaaten Mobilisierungsmaßnahmen für partizipative Innovation und Arbeitsplatzschaffung in leistungsschwachen Gebieten Vorrang einräumen. Dies kann geschehen durch**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Die Mitgliedstaaten werden einem Arbeitskräftemangel, Arbeitsmarktengpässen und **regionalen Disparitäten bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit** entgegenwirken durch Förderung der beruflichen Mobilität und Beseitigung von Hindernissen für die geografische Mobilität, insbesondere durch Umsetzung des Aktionsplans für Qualifikation und Mobilität, durch Verbesserungen bei der Anerkennung und Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen, durch Gewährleistung der Übertragbarkeit von Sozialversicherungs- und Rentenansprüchen, durch Schaffung geeigneter Anreize in den Steuer- und Sozialleistungssystemen und durch Nutzung des Potenzials der Zuwanderung.

**Unterstützung weitreichender Partnerschaften für Entwicklung und gemeinsamer Unternehmensnetze für Entwicklung sowie durch die Entwicklung lokaler und regionaler Aktionspläne für Beschäftigung. Die Mitgliedstaaten werden die aktive Rolle berücksichtigen, die die Sozialwirtschaft und der Dritte Sektor in Bezug auf die lokalen Arbeitsmärkte und die Entwicklung einer lokalen Dynamik hinsichtlich sozialer Integration, Unternehmergeist und wirtschaftlicher Tätigkeit (insbesondere im Dienstleistungssektor) spielen.**

Die Mitgliedstaaten werden **gegebenenfalls** einem Arbeitskräftemangel, Arbeitsmarktengpässen und **sonstigen Beschäftigungshemmnissen** entgegenwirken durch Förderung der beruflichen Mobilität und Beseitigung von Hindernissen für die geografische Mobilität, insbesondere durch Umsetzung des Aktionsplans für Qualifikation und Mobilität, durch Verbesserungen bei der Anerkennung und Transparenz von Qualifikationen und Kompetenzen, durch Gewährleistung der Übertragbarkeit von Sozialversicherungs- und Rentenansprüchen, durch Schaffung geeigneter Anreize in den Steuer- und Sozialleistungssystemen und durch Nutzung des Potenzials der Zuwanderung.

## Abänderung 51

Anhang Teil B Abschnitt 10 Absatz 2a (neu)

**Die entsprechenden Maßnahmen werden darauf abzielen, bis zum Jahr 2010 regionale Ungleichgewichte bei der Beschäftigung jährlich um 10 % abzubauen.**

## Abänderung 52

Anhang Teil C Absatz 1

Die Mitgliedstaaten werden die effektive Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien sicherstellen, auch auf regionaler und lokaler Ebene.

Die Mitgliedstaaten werden die effektive Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien **und die Umsetzung des Gender Mainstreaming-Konzepts** auch auf regionaler und lokaler Ebene sicherstellen.

**Um die Rechtmäßigkeit und die Umsetzung zu verbessern, sollte jeder Mitgliedstaat seinen Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung zur Diskussion und Annahme durch das Parlament oder die Parlamente stellen, die in dem jeweiligen Mitgliedstaat die einschlägige Kompetenz für die Beschäftigungspolitik besitzen.**

## Abänderung 53

Anhang Teil C Abschnitt „Mobilisierung aller relevanten Akteure“ Absatz 1

Unter gebührender Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Traditionen und Gepflogenheiten **sollte eine enge Einbeziehung der einschlägigen parlamentarischen Gremien in die Umsetzung der Leitlinien gewährleistet sein. Darüber hinaus** sollten alle wichtigen Stakeholder, einschließlich der Zivilgesellschaft, in vollem Umfang an der europäischen Beschäftigungsstrategie mitwirken.

Unter gebührender Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Traditionen und Gepflogenheiten sollten alle wichtigen Stakeholder, einschließlich der Zivilgesellschaft, in vollem Umfang an der europäischen Beschäftigungsstrategie mitwirken. **Alle nationalen Verwaltungen sollten ferner Fachausschüsse für die Europäische Beschäftigungsstrategie einsetzen, in denen die Sozialpartner vertreten sein sollten.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 54

*Anhang Teil C Abschnitt „Wirksame und rationelle Umsetzungsmechanismen“*

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die operativen Dienste über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, um die beschäftigungspolitischen Ziele und Prioritäten wirksam und effizient umzusetzen. Dies erfordert insbesondere ein modernes System von Arbeitsverwaltungen, die eng mit den für soziale Wiedereingliederung zuständigen Stellen zusammenarbeiten, ein qualitativ hochwertiges Dienstleistungsangebot zur Förderung des lebenslangen Lernens sowie Arbeitsaufsichtsbehörden, die für bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die operativen Dienste über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, um die beschäftigungspolitischen Ziele und Prioritäten wirksam und effizient umzusetzen. Dies erfordert insbesondere ein modernes **und effizientes** System von Arbeitsverwaltungen, die eng mit den für soziale **und berufliche** Wiedereingliederung zuständigen Stellen zusammenarbeiten, ein qualitativ hochwertiges Dienstleistungsangebot zur Förderung des lebenslangen Lernens sowie Arbeitsaufsichtsbehörden, die für bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

## Abänderung 64

*Anhang Teil C Abschnitt „Angemessener Finanzrahmen“ Absatz 1*

Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass angemessene finanzielle Ressourcen für die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien bereitgestellt werden – bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Gebots solider öffentlicher Finanzen in Übereinstimmung mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik.

Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass angemessene finanzielle Ressourcen für die Umsetzung der beschäftigungspolitischen Leitlinien bereitgestellt werden – bei gleichzeitiger Berücksichtigung des Gebots solider öffentlicher Finanzen in Übereinstimmung mit den Grundzügen der Wirtschaftspolitik **und des Stabilitätspaktes in den Ländern der Euro-Zone.**

## Abänderung 56

*Anhang Teil C Abschnitt „Statistiken und Indikatoren, um Fortschritte zu messen“ (neu)***Statistiken und Indikatoren, um Fortschritte zu messen**

**Die Mitgliedstaaten werden sicherstellen, dass statistische Indikatoren für die einzelnen Handlungsprioritäten festgelegt werden, um klare Ziele und wirksame Mittel zur Überwachung dieser Ziele zu gewährleisten.**

P5\_TA(2003)0235

**Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes (KOM(2002) 548 – C5-0502/2002 – 2002/0242(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission (KOM(2002) 548) (1),
- gestützt auf Artikel 63 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 67 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0502/2002),

(1) ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 18.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis der Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt, des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie des Petitionsausschusses (A5-0137/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  4. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 1

*Erwägung 4*

(4) Es ist ein Ziel der bildungs- und außenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft, darauf hinzuwirken, dass Europa im Bildungsbereich weltweit Maßstäbe setzt, und das Wissen stärker zu teilen, was zur Verbreitung der Werte der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beiträgt, denen sie verpflichtet ist. Die Förderung der Zulassung von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Gemeinschaft und ihrer Mobilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zur Aufnahme eines Studiums ist ein wesentliches Element dieser Strategie. Dazu gehört auch die Annäherung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten im Bereich der **Einreise- und Aufenthaltsvorsetzungen**.

(4) Es ist ein Ziel der bildungs- und außenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft, darauf hinzuwirken, dass Europa im Bildungsbereich weltweit Maßstäbe setzt, und das Wissen stärker zu teilen, was zur Verbreitung der Werte der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beiträgt, denen sie verpflichtet ist. Die Förderung der Zulassung von Drittstaatsangehörigen in die Europäische Gemeinschaft und ihrer Mobilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zur Aufnahme eines Studiums **bzw. zum Zweck einer unbezahlten Forschungstätigkeit** ist ein wesentliches Element dieser Strategie. Dazu gehört auch die Annäherung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten im Bereich der **Voraussetzungen für Einreise und Aufenthalt, Arbeit und Sozialschutz**.

## Abänderung 2

*Erwägung 5*

(5) Die Einreise zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes, die zeitlich begrenzt und unabhängig von der Situation auf dem Arbeitsmarkt erfolgt, stellt sowohl für die begünstigten Personen als auch für ihren Herkunfts- und Aufnahmestaat eine Bereicherung dar und trägt zugleich allgemein zu einem besseren interkulturellen Verständnis bei.

(5) Die Einreise zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes, die zeitlich begrenzt und unabhängig von der Situation auf dem Arbeitsmarkt erfolgt, stellt sowohl für die begünstigten Personen als auch für ihren Herkunfts- und Aufnahmestaat eine Bereicherung dar und trägt zugleich allgemein zu einem besseren interkulturellen Verständnis bei. **Zu diesem Zweck sollten die Mitgliedstaaten alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Abwanderung von qualifizierten Personen zu Lasten der weniger entwickelten Länder zu verhindern.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 3

## Erwägung 6

(6) Die neuen Gemeinschaftsvorschriften stützen sich auf die Begriffsbestimmungen von Studenten, Praktikanten, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen sowie des Freiwilligendienstes, die bereits auf europäischer Ebene, insbesondere in den verschiedenen Gemeinschaftsprogrammen (Leonardo da Vinci, Sokrates, Europäischer Freiwilligendienst für Jugendliche, ...) zur Förderung der Mobilität der betreffenden Personen verwendet wurden.

(6) Die neuen Gemeinschaftsvorschriften stützen sich auf die Begriffsbestimmungen von Studenten, Praktikanten, **unbezahlten Forschern**, Bildungs- und Berufsbildungseinrichtungen sowie des Freiwilligendienstes, die bereits auf europäischer Ebene, insbesondere in den verschiedenen Gemeinschaftsprogrammen (Leonardo da Vinci, Sokrates, Europäischer Freiwilligendienst für Jugendliche, usw.) zur Förderung der Mobilität der betreffenden Personen verwendet wurden.

## Abänderung 4

## Erwägung 7

(7) Es gilt, die Mobilität von Studenten aus Drittstaaten, die ihr Studium in mehreren Mitgliedstaaten absolvieren, und die Zulassung von Drittstaatsangehörigen, die an Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung der Mobilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft oder in die Europäische Gemeinschaft in den Bereichen der Ausbildung, Berufsbildung oder des Freiwilligendienstes teilnehmen, zu erleichtern.

(7) Es gilt, die Mobilität von Studenten aus Drittstaaten, die ihr Studium in mehreren Mitgliedstaaten absolvieren, und die Zulassung von Drittstaatsangehörigen, die an Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung der Mobilität innerhalb der Europäischen Gemeinschaft oder in die Europäische Gemeinschaft in den Bereichen der Ausbildung, **der unbezahlten Forschung**, der Berufsbildung oder des Freiwilligendienstes teilnehmen, zu erleichtern.

## Abänderung 5

## Erwägung 12

(12) Da die Ziele der vorgeschlagenen Maßnahme, nämlich die Schaffung eines harmonisierten Rechtsrahmens auf Gemeinschaftsebene in Bezug auf die Bedingungen für die Einreise in das und den über dreimonatigen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes sowie in Bezug auf die Verfahren, nach denen die Mitgliedstaaten den Drittstaatsangehörigen Aufenthaltstitel ausstellen, die ihnen die Einreise und den Aufenthalt zu diesen Zwecken gestatten, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen sind, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 EG-Vertrag niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in diesem Artikel niedergelegten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht die Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

(12) Da die Ziele der vorgeschlagenen Maßnahme, nämlich die Schaffung eines harmonisierten Rechtsrahmens auf Gemeinschaftsebene in Bezug auf die Bedingungen für die Einreise in das und den über dreimonatigen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen auf dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zur Aufnahme eines Studiums, **einer unbezahlten Forschungstätigkeit**, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes sowie in Bezug auf die Verfahren, nach denen die Mitgliedstaaten den Drittstaatsangehörigen Aufenthaltstitel ausstellen, die ihnen die Einreise und den Aufenthalt zu diesen Zwecken gestatten, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen sind, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in diesem Artikel niedergelegten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht die Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieser Ziele erforderliche Maß hinaus.

## Abänderung 6

## Artikel 1 Buchstabe a

a) der Bedingungen für die Einreise und den über dreimonatigen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes;

a) der Bedingungen für die Einreise und den über dreimonatigen Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums, **einer unbezahlten Forschungstätigkeit**, einer Berufsbildung oder eines Freiwilligendienstes;

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 7

Artikel 2 Buchstabe ba (neu)

**ba) „unbezahlter Forscher“ einen Drittstaatsangehörigen, der zum Aufenthalt auf dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats zugelassen wurde, um unbezahlt an einem Forschungsprogramm mitzuwirken oder unbezahlt an einem Programm für Austausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit an einer höheren Bildungs- oder einer Forschungseinrichtung teilzunehmen;**

## Abänderung 8

Artikel 3 Absatz 2

(2) Diese Richtlinie hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, günstigere innerstaatliche Bestimmungen für die Personen, auf die sie Anwendung findet, beizubehalten oder einzuführen.

(2) Diese Richtlinie hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, günstigere innerstaatliche Bestimmungen für die Personen, auf die sie Anwendung findet, beizubehalten oder einzuführen. **Diese Richtlinie darf nicht dazu führen, dass eine geltende günstigere Regelung geändert wird.**

## Abänderung 9

Artikel 5 Absatz 2

(2) Die Mitgliedstaaten erleichtern die Ausstellung von Aufenthaltstiteln und gegebenenfalls der von ihnen verlangten Visa für die in den Artikeln 6 bis 10 bezeichneten Drittstaatsangehörigen, die an Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung der Mobilität in die Europäische Union oder innerhalb der Europäischen Union teilnehmen.

(2) Die Mitgliedstaaten erleichtern die Ausstellung von Aufenthaltstiteln und gegebenenfalls der von ihnen verlangten Visa für die in den Artikeln 6 bis 10 bezeichneten Drittstaatsangehörigen, die an Gemeinschaftsprogrammen zur Förderung der Mobilität in die Europäische Union oder innerhalb der Europäischen Union teilnehmen, **um es den Studierenden zu ermöglichen, die geplanten Bildungsaktivitäten zügig in Angriff zu nehmen.**

## Abänderung 10

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a

a) Zulassung bei einer Hochschul- oder Berufsbildungseinrichtung zur Absolvierung eines Studienprogramms. Der Student weist die Erfüllung dieser Bedingung nach, indem er entweder eine schriftliche Zusage über die Aufnahme bzw. eine Einschreibebestätigung vorlegt oder den Nachweis erbringt, dass er vorbehaltlich der Anerkennung seines im Ausland erworbenen Diploms oder des Bestehens eines Aufnahmetests zugelassen ist;

a) Zulassung bei einer **staatlich anerkannten** Hochschul- oder Berufsbildungseinrichtung zur Absolvierung eines Studienprogramms. Der Student weist die Erfüllung dieser Bedingung nach, indem er entweder eine schriftliche Zusage über die Aufnahme bzw. eine Einschreibebestätigung vorlegt oder den Nachweis erbringt, dass er vorbehaltlich der Anerkennung seines im Ausland erworbenen Diploms oder des Bestehens eines Aufnahmetests zugelassen ist;

## Abänderung 11

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b

b) Erbringung des Nachweises in jedweder Form, dass er während seines Aufenthalts über die nötigen Finanzmittel verfügt, um die Kosten für seinen Unterhalt, das Studium und die Rückreise zu tragen. Die Mitgliedstaaten geben den Mindestbetrag der monatlich erforderlichen Finanzmittel bekannt, den sie grundsätzlich von einer Person verlangen, die ein Studium auf ihrem Hoheitsgebiet absolviert. Es bleibt ihnen jedoch unbenommen, jeden einzelnen Fall gesondert zu prüfen;

b) Erbringung des Nachweises in jedweder Form, dass er während seines Aufenthalts über die nötigen Finanzmittel verfügt, um die Kosten für seinen Unterhalt, das Studium und die Rückreise zu tragen. Die Mitgliedstaaten geben den Mindestbetrag der monatlich erforderlichen Finanzmittel bekannt, den sie grundsätzlich von einer Person verlangen, die ein Studium auf ihrem Hoheitsgebiet absolviert. Es bleibt ihnen jedoch unbenommen, jeden einzelnen Fall gesondert zu prüfen. **Die Überprüfung dieser Voraussetzung erfolgt nicht, wenn der Studierende ein Stipendium erhält, die Zusage erhalten hat, dass er von einer Gastfamilie betreut wird, oder ein verbindliches Angebot für eine Teilzeitbeschäftigung hat;**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 12

## Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c

c) auf Verlangen des Mitgliedstaats eine hinreichende Kenntnis der Sprache, in der das Studienprogramm des Studenten erfolgt;

c) auf Verlangen des Mitgliedstaats **oder der betreffenden Einrichtung** eine hinreichende Kenntnis der Sprache, in der das Studienprogramm des Studenten erfolgt, **oder Einschreibung an einer in einem Mitgliedstaat anerkannten Schule für den obligatorischen Erwerb von Sprachkenntnissen**;

## Abänderung 13

## Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d

d) auf Verlangen des Mitgliedstaats der Nachweis über die von der Einrichtung geforderten Einschreibegebühren.

d) auf Verlangen des Mitgliedstaats **und sofern sich dieser verpflichtet, den Aufenthaltstitel zu erteilen, sobald die letztgenannte Bedingung durch den Studierenden erfüllt ist**, der Nachweis über die von der Einrichtung geforderten Einschreibegebühren.

## Abänderung 14

## Artikel 6a (neu)

**Artikel 6a****Besondere Bedingungen für unbezahlte Forscher**

**Die Mitgliedstaaten dürfen einem Drittstaatsangehörigen einen Aufenthaltstitel „unbezahlter Forscher“ nur dann erteilen, wenn er zusätzlich zu den allgemeinen Bedingungen nach Artikel 5 folgende Bedingungen erfüllt:**

- a) **Unterzeichnung einer gegebenenfalls von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats nach seinen Rechtsvorschriften oder seiner Verwaltungspraxis genehmigten Forschungs- oder Fortbildungsvereinbarung, um an einem Forschungsprogramm mitzuwirken oder an einem Programm für Austausch und wissenschaftliche Zusammenarbeit an einer öffentlichen oder privaten Forschungseinrichtung teilzunehmen, die von einem Mitgliedstaat nach seinen Rechtsvorschriften oder seiner Verwaltungspraxis zugelassen ist oder finanziert wird;**
- b) **Erbringung des Nachweises in jedweder Form, dass er während seines Aufenthalts über die nötigen Finanzmittel verfügt, um die Kosten für seinen Unterhalt und die Rückreise zu tragen.**

## Abänderung 15

## Artikel 7 Titel

Mobilität der Studenten

Mobilität der Studenten **und unbezahlten Forscher**

## Abänderung 16

## Artikel 7 Einleitung

Ein Drittstaatsangehöriger, der über einen von einem Mitgliedstaat ausgestellten Aufenthaltstitel „Student“ verfügt und entweder einen Teil seines bereits begonnenen Studienprogramms in einem anderen Mitgliedstaat absolvieren oder ein bereits abgeschlossenes Studienprogramm durch ein weiteres Studienprogramm in einem anderen Mitgliedstaat ergänzen möchte, erhält von diesem anderen Mitgliedstaat unbeschadet des Artikels 11 Absatz 2 Buchstaben c und d und der Artikel 15, 16 und 20 Absatz 2 innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Stellung seines Antrags einen Aufenthaltstitel „Student“:

Ein Drittstaatsangehöriger, der über einen von einem Mitgliedstaat ausgestellten Aufenthaltstitel „Student“ **bzw. „unbezahlter Forscher“** verfügt und entweder einen Teil seines bereits begonnenen Studienprogramms in einem anderen Mitgliedstaat absolvieren oder ein bereits abgeschlossenes Studienprogramm durch ein weiteres Studienprogramm in einem anderen Mitgliedstaat ergänzen **oder an einem Forschungsprogramm mitwirken** möchte, erhält von diesem anderen Mitgliedstaat unbeschadet des Artikels 11 Absatz 2 Buchstaben c und d und der Artikel 15, 16 und 20 Absatz 2 innerhalb einer Frist von 30 Tagen ab Stellung seines Antrags einen Aufenthaltstitel „Student“ **bzw. „unbezahlter Forscher“**:



Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 17

## Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe e

- e) Unterbringung während des gesamten Aufenthalts **bei** einer Familie, die die von dem betreffenden Mitgliedstaat festgelegten Bedingungen erfüllt und entsprechend den Vorschriften des Schüleraustauschprogramms, an dem er teilnimmt, ausgewählt wurde.
- e) Unterbringung während des gesamten Aufenthalts **in einer zur Betreuung geeigneten Struktur wie** einer Familie, die die von dem betreffenden Mitgliedstaat festgelegten Bedingungen erfüllt und entsprechend den Vorschriften des Schüleraustauschprogramms, an dem er teilnimmt, ausgewählt wurde.

## Abänderung 18

## Artikel 9 Buchstabe a

- a) Unterzeichnung einer gegebenenfalls von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats nach seinen Rechtsvorschriften oder seiner Verwaltungspraxis genehmigten Ausbildungsvereinbarung über die Absolvierung eines unbezahlten Praktikums in einem privaten oder öffentlichen Unternehmen oder einer öffentlichen oder privaten Berufsbildungseinrichtung, die von dem betreffenden Mitgliedstaat nach seinen Rechtsvorschriften oder seiner Verwaltungspraxis zugelassen ist oder finanziert wird;
- a) Unterzeichnung einer gegebenenfalls von der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats nach seinen Rechtsvorschriften oder seiner Verwaltungspraxis genehmigten Ausbildungsvereinbarung über die Absolvierung eines unbezahlten Praktikums in einem privaten oder öffentlichen Unternehmen oder einer öffentlichen oder privaten Berufsbildungseinrichtung, die von dem betreffenden Mitgliedstaat nach seinen Rechtsvorschriften oder seiner Verwaltungspraxis zugelassen ist oder finanziert wird, **wobei das Unternehmen oder die Einrichtung des Aufnahmelandes nachweisen muss, dass die Absolvierung des Praktikums durch entsprechende Mittel gewährleistet ist und das Praktikum der Grundausbildung des Praktikanten entspricht.**

## Abänderung 19

## Artikel 10 Buchstabe a

- a) **Alter innerhalb der** von dem betreffenden Mitgliedstaat **festgelegten Mindest- und Höchstaltersgrenze;**
- a) von dem betreffenden Mitgliedstaat **festgelegtes Mindestalter;**

## Abänderung 20

## Artikel 10 Buchstabe d

- d) Durchführung einer Grundausbildung in Sprache, **Geschichte, Politik und Sozialwesen** des **Aufnahmemitgliedstaats.**
- d) Durchführung einer Grundausbildung in **Bezug auf die** Sprache des **Aufnahmelandes.**

## Abänderung 36

## Artikel 11 Absatz 1

- (1) Sofern der Student nicht vorbehaltlich der Anerkennung seines im Ausland erworbenen Diploms oder des Bestehens eines Aufnahmetests zugelassen wurde, wird der Aufenthaltstitel „Student“ für ein Jahr oder länger ausgestellt und jährlich verlängert, sofern der Inhaber die Bedingungen nach den Artikeln 5 und 6 weiterhin erfüllt. Beträgt die Dauer des Studienprogramms **unter einem Jahr**, so **umfasst** der Aufenthaltstitel **diese Studiendauer.**
- (1) Sofern der Student nicht vorbehaltlich der Anerkennung seines im Ausland erworbenen Diploms oder des Bestehens eines Aufnahmetests zugelassen wurde, wird der Aufenthaltstitel „Student“ für ein Jahr oder länger ausgestellt und jährlich verlängert, sofern der Inhaber die Bedingungen nach den Artikeln 5 und 6 weiterhin erfüllt. Beträgt die Dauer des Studienprogramms **neun Monate**, so **gilt** der Aufenthaltstitel **bis zu einem Jahr lang.**

## Abänderung 22

## Artikel 12

Ein Aufenthaltstitel „Schüleraustausch“ wird für eine **nicht verlängerbare** Frist von höchstens einem Jahr ausgestellt.

Ein Aufenthaltstitel „Schüleraustausch“ wird für eine Frist von höchstens einem Jahr ausgestellt **und kann verlängert werden, wenn sein Inhaber weiterhin die Voraussetzungen nach Artikel 5 und 8 erfüllt.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 23

## Artikel 14

Ein Aufenthaltstitel „Freiwilliger“ wird für eine **nicht verlängerbare** Frist von höchstens einem Jahr ausgestellt.

Ein Aufenthaltstitel „Freiwilliger“ wird für eine Frist von höchstens einem Jahr ausgestellt.

## Abänderung 24

## Artikel 15 Absatz 2

(2) Die Mitgliedstaaten können Aufenthaltstitel oder Visa aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit entziehen. Die Gründe der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit müssen ausschließlich auf der persönlichen Verhaltensweise des betreffenden Drittstaatsangehörigen beruhen. Das Auftreten von Krankheiten oder Behinderungen nach Ausstellung des Aufenthaltstitels kann nicht **für sich genommen** als Begründung für die Verweigerung der Verlängerung oder Entziehung des Aufenthaltstitels oder für die Ausweisung aus dem Hoheitsgebiet durch die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats herangezogen werden.

(2) Die Mitgliedstaaten können Aufenthaltstitel oder Visa aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit entziehen. Die Gründe der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit müssen **unter Wahrung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung** ausschließlich auf der persönlichen Verhaltensweise des betreffenden Drittstaatsangehörigen beruhen. Das Auftreten von Krankheiten oder Behinderungen nach Ausstellung des Aufenthaltstitels kann nicht als Begründung für die Verweigerung der Verlängerung oder Entziehung des Aufenthaltstitels oder für die Ausweisung aus dem Hoheitsgebiet durch die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats herangezogen werden.

## Abänderung 25

## Artikel 15 Absatz 2a (neu)

**(2a) Die Entscheidung über die Entziehung des Aufenthaltstitels oder des Visums ist in schriftlicher Form vorzulegen und zu begründen. Sie muss dem betroffenen Studenten unverzüglich zugehen.**

## Abänderung 37

## Artikel 18 Absatz 2

Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, **dieses Recht während des ersten Aufenthaltsjahres nicht zu gewähren und es zu entziehen**, wenn der Student keine hinreichenden Studienfortschritte erzielt.

Die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, **die Zahl der zulässigen Arbeitsstunden nach dem zweiten Jahr zu begrenzen**, wenn der Student **nach der Beurteilung durch die Bildungseinrichtung** keine hinreichenden Studienfortschritte erzielt.

## Abänderung 27

## Artikel 18 Absatz 3

**Die Mitgliedstaaten können unbezahlten** Praktikanten **erlauben**, innerhalb derselben Grenzen wie **für** Studenten zu arbeiten, wobei die unbezahlten Praktikanten nicht direkt oder indirekt von dem Unternehmen angestellt werden dürfen, mit dem sie ihre Ausbildungsvereinbarung nach Artikel 9 Buchstabe a geschlossen haben.

**Unbezahlte** Praktikanten **können** innerhalb derselben Grenzen wie Studenten arbeiten, wobei die unbezahlten Praktikanten nicht direkt oder indirekt von dem Unternehmen angestellt werden dürfen, mit dem sie ihre Ausbildungsvereinbarung nach Artikel 9 Buchstabe a geschlossen haben.

## Abänderung 28

## Artikel 18 Absatz 4

Die Mitgliedstaaten können verlangen, dass die Studenten und unbezahlten Praktikanten die Ausübung einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit bei der von den Mitgliedstaaten bestimmten Behörde gegebenenfalls im Voraus melden. Die gegebenenfalls vorherige Meldepflicht kann auch ihren Arbeitgebern auferlegt werden.

Die Mitgliedstaaten können verlangen, dass die Studenten und unbezahlten Praktikanten die Ausübung einer unselbständigen oder selbständigen Erwerbstätigkeit bei der von den Mitgliedstaaten bestimmten Behörde gegebenenfalls im Voraus melden. Die gegebenenfalls vorherige Meldepflicht kann auch ihren Arbeitgebern auferlegt werden. **Die Vertreter der Gewerkschaften werden durch den Arbeitgeber über die Beschäftigung unbezahlter Praktikanten sowie den Inhalt des angebotenen Praktikums unterrichtet.**

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 29  
Artikel 18a (neu)**Artikel 18a****Aufnahme von Drittstaatsangehörigen zur Aufnahme eines Studiums bzw. einer unbezahlten Forschungstätigkeit****Die zuständigen Einrichtungen der Mitgliedstaaten ergreifen im Rahmen der nationalen Rechtsvorschriften die erforderlichen Maßnahmen, um die Aufnahme von Drittstaatsangehörigen zu den gleichen Bedingungen zu ermöglichen, die für europäische Studenten gelten.**Abänderung 30  
Artikel 20 Absatz 1

(1) Unbeschadet Artikel 7 werden Entscheidungen über Anträge auf Zulassung oder Verlängerung spätestens innerhalb von **90 Tagen** ab der Einreichung des Antrags getroffen und dem Antragsteller mitgeteilt.

(1) Unbeschadet Artikel 7 werden Entscheidungen über Anträge auf Zulassung oder Verlängerung spätestens innerhalb von **60 Tagen** ab der Einreichung des Antrags getroffen und dem Antragsteller mitgeteilt.

Abänderung 31  
Artikel 20 Absatz 3

(3) Der Drittstaatsangehörige hat das Recht, sich wegen jeder Entscheidung zur Ablehnung, Änderung, Nichtverlängerung oder Entziehung eines Aufenthaltstitels oder Visums an die Gerichte des betreffenden Mitgliedstaats zu wenden. Diese Entscheidung muss eine auf objektive und nachprüfbare Kriterien gestützte Begründung enthalten und die Rechtsbehelfe sowie die dafür geltenden Fristen angeben.

(3) Der Drittstaatsangehörige hat das Recht, sich wegen jeder Entscheidung zur Ablehnung, Änderung, Nichtverlängerung oder Entziehung eines Aufenthaltstitels oder Visums an die Gerichte des betreffenden Mitgliedstaats zu wenden. Diese Entscheidung muss eine auf objektive und nachprüfbare Kriterien gestützte Begründung enthalten und die Rechtsbehelfe sowie die dafür geltenden Fristen angeben. **Der Rechtsbehelf hat aufschiebende Wirkung.**

Abänderung 32  
Artikel 21 Absatz 1

Es kann eine Vereinbarung über ein beschleunigtes Zulassungsverfahren, in dessen Rahmen Aufenthaltstitel oder Visa für den betreffenden Drittstaatsangehörigen ausgestellt werden, zwischen der Behörde eines Mitgliedstaats, die für die Einreise und den Aufenthalt der Studenten oder Schüler aus Drittstaaten verantwortlich ist, sowie der Hochschul- oder Berufsbildungseinrichtung oder einer Organisation, die **Schüleraustauschprogramme** durchführt und nach den Rechtsvorschriften oder der Verwaltungspraxis des betreffenden Mitgliedstaats dazu zugelassen wurde, abgeschlossen werden.

Es kann eine Vereinbarung über ein beschleunigtes Zulassungsverfahren, in dessen Rahmen Aufenthaltstitel oder Visa für den betreffenden Drittstaatsangehörigen ausgestellt werden, zwischen der Behörde eines Mitgliedstaats, die für die Einreise und den Aufenthalt der Studenten oder Schüler aus Drittstaaten verantwortlich ist, sowie der Hochschul- oder Berufsbildungseinrichtung oder einer Organisation, die **Austauschprogramme** durchführt und nach den Rechtsvorschriften oder der Verwaltungspraxis des betreffenden Mitgliedstaats dazu zugelassen **oder anerkannt** wurde, abgeschlossen werden.

Abänderung 33  
Artikel 24

Die Mitgliedstaaten setzen diese Richtlinie ohne Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters **oder** der sexuellen Ausrichtung um.

Die Mitgliedstaaten setzen diese Richtlinie ohne Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters, der sexuellen Ausrichtung **oder sonstiger persönlicher oder sozialer Umstände oder Verhältnisse** um.

Dienstag, 3. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 34

## Artikel 26

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat regelmäßig und zum ersten Mal spätestens drei Jahre nach Ablauf der in Artikel 27 gesetzten Frist Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls die notwendigen Änderungen vor.

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat regelmäßig und zum ersten Mal spätestens drei Jahre nach Ablauf der in Artikel 27 gesetzten Frist Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls die notwendigen Änderungen vor. **In diesem Bericht werden auf der Grundlage genauer Statistiken der Mitgliedstaaten sowohl die positiven als auch die möglicherweise auftretenden negativen Auswirkungen der Anwendung der Richtlinie bewertet, insbesondere was die Bewältigung des Problems der Abwanderung von qualifizierten Personen aus weniger entwickelten Drittländern betrifft.**

## Abänderung 35

## Artikel 26 Absatz 1a (neu)

**Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission jährlich Statistiken, die nach Geschlecht und Herkunftsland der Studenten, Freiwilligen, unbezahlten Praktikanten, Schüler und unbezahlten Forscher aufgeschlüsselt sind.**

P5\_TA(2003)0236

**Abgeordnetenstatut****Beschluss des Europäischen Parlaments zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments**

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere auf Artikel 190 Absatz 5 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft<sup>(1)</sup> und Artikel 108 Absatz 4 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft<sup>(2)</sup>,

nach Anhörung der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

**A. Allgemeine Erwägungen**

- (1) Der Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments im Anhang zum Beschluss 76/787/EGKS, EWG, Euratom des Rates vom 20. September 1976 ermöglichte 1979 die erste Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments.
- (2) Dieser Akt enthielt weder Regelungen für ein einheitliches Wahlverfahren noch für ein Statut der Abgeordneten.
- (3) Der Rat hat auf der Grundlage von 190 Absatz 4 EG-Vertrag, der durch den Vertrag von Amsterdam eingeführt wurde, am 25. Juni und 23. September 2002 durch den Beschluss 2002/772/EG, Euratom<sup>(3)</sup> zur Änderung des Aktes von 1976 ein einheitliches Wahlverfahren beschlossen.
- (4) Ein einheitliches Statut der Abgeordneten gibt es mehr als zwanzig Jahre nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments noch nicht.
- (5) Die provisorische Lösung besteht darin, dass für die Abgeordneten hinsichtlich der Entschädigung, des Übergangsgeldes, des Ruhegehaltes, der Hinterbliebenenversorgung und sonstiger Bedingungen für die Wahrnehmung des Mandats in der Regel die gleichen Bestimmungen gelten wie für die nationalen Abgeordneten. (In den Niederlanden ist die Entschädigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments seit 1996 geringer als die der nationalen Abgeordneten.)

<sup>(1)</sup> Nachstehend: EG-Vertrag.<sup>(2)</sup> In diesem Statut werden im weiteren Text nur die Artikel des EG-Vertrags zitiert.<sup>(3)</sup> ABl. L 283 vom 21.10.2002, S. 1.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- (6) Diese Regelungen sind in den einzelnen Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich.
- (7) Regelungen enthalten ferner die Artikel 8, 9 und 10 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften vom 8. April 1965 und die Artikel 4 Absätze 1 und 2 des Aktes von 1976 (in der Fassung des Beschlusses zur Änderung des Aktes von 1976).
- (8) Diese Bestimmungen werden ergänzt durch Regelungen des Europäischen Parlaments über die Erstattung von Kosten (Reise, Aufenthalt, allgemeine Kosten), Mitarbeiter (Sekretariatszulage) und soziale Leistungen (Artikel 199 Absatz 1 EG-Vertrag).
- (9) Dieses System wurde für die Delegierten der früheren Parlamentarischen Versammlung entwickelt und wird heute als unbefriedigend empfunden, weil es zu einer ungleichen Behandlung der Abgeordneten führt.
- (10) Es ist ein Relikt, das durch Regelungen ersetzt werden muss, die dem direkt gewählten Europäischen Parlament und seiner wachsenden Bedeutung gerecht werden.
- (11) Das Europäische Parlament hat sich seit der ersten Direktwahl um ein einheitliches Statut bemüht. Diese Versuche sind gescheitert, weil es an einer Rechtsgrundlage fehlte.
- (12) Der Vertrag von Amsterdam, modifiziert durch den Vertrag von Nizza, hat mit Artikel 190 Absatz 5 EG-Vertrag die Rechtsgrundlage für ein Statut geschaffen. Das vorliegende Statut stützt sich auf diesen Artikel.
- (13) Das Statut gehört damit zum Anwendungsbereich des EG-Vertrags und unterliegt deshalb dem Diskriminierungsverbot des Artikels 12 EG-Vertrag.
- (14) Artikel 190 Absatz 5 EG-Vertrag ist allgemein formuliert (Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben). Die Bestimmung schränkt die Regelungsbefugnis des Europäischen Parlaments nicht in der Weise ein, dass das Europäische Parlament etwa nur die finanziellen Bedingungen oder nur einen „Rest“ regeln könne, der im Primärrecht nicht geregelt ist.
- (15) Die Regelungsbefugnis des Europäischen Parlaments erstreckt sich deshalb auf die Vorrechte und Befreiungen, die in den Artikeln 8, 9 und 10 des Protokolls oder, wie etwa das Zeugnisverweigerungsrecht, bisher noch nicht geregelt sind, und auf Artikel 4 des Aktes von 1976 (in der Fassung des Beschlusses zur Änderung des Aktes von 1976).
- (16) Bestimmungen des Statuts, die primärrechtlichen Bestimmungen entgegenstehen, können erst dann in Kraft treten, sofern und sobald die Aufhebung der ihnen entsprechenden Artikel des Primärrechts von einer Regierungskonferenz beschlossen und von den Mitgliedstaaten ratifiziert worden sein wird (Hierarchie der Normen).
- (17) Bei neuen Bestimmungen, die Artikel des Primärrechts lediglich wörtlich wiederholen oder sinngemäß wiedergeben, sollte aus Gründen der rechtlichen Klarheit ebenso verfahren werden.
- (18) Die Regelungen, die das Europäische Parlament beschließt, bedürfen als Sekundärrecht nicht der Ratifizierung.
- (19) Das Kriterium der Wahrnehmung des Mandats dient auch zur Abgrenzung von Artikel 190 Absatz 5 zu Artikel 190 Absatz 4 EG-Vertrag. Bestimmungen, die zur Wahl führen (Wählbarkeit, Wahlverfahren etc.), auch der Beginn und das Ende des Mandats, dessen Prüfung und Erlöschen, die Nachfolge und die Unvereinbarkeiten sind im Akt von 1976 zu regeln, da sie nicht die Wahrnehmung des Mandats betreffen.
- (20) Artikel 10 des Protokolls regelt die Unverletzlichkeit der Abgeordneten. Die Immunität ist zwar ein Privileg des Europäischen Parlaments, doch gewährleistet sie für die Dauer des Mandats dem Abgeordneten Freiheit von Strafverfolgung oder jeder anderen staatlichen Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit. Bei Aufhebung der Immunität ist die Ausübung des Mandats nur noch eingeschränkt oder überhaupt nicht mehr möglich. Die Unverletzlichkeit der Abgeordneten ist daher eine Modalität der Wahrnehmung des Mandats und deshalb Regelungsgegenstand des Statuts.
- (21) Bereiche, die wie etwa das Zeugnisverweigerungsrecht bisher im Primärrecht nicht angesprochen werden, können im Statut geregelt werden.

Dienstag, 3. Juni 2003

- (22) Das Statut enthält keine detaillierten Bestimmungen über die Erstattung von Kosten (Reise, Aufenthalt, allgemeine Kosten), Mitarbeiter (Sekretariatszulage) und soziale Leistungen (Artikel 199 Absatz 1 EG-Vertrag). Das Europäische Parlament kann, gestützt auf Artikel 199 Absatz 1 EG-Vertrag, hierüber autonom entscheiden.<sup>(1)</sup>
- (23) Es gibt keinen Grund, diese Autonomie in Frage zu stellen. Artikel 190 Absatz 5 EG-Vertrag will die Regelungsbefugnis des Europäischen Parlaments in seinen eigenen Angelegenheiten ausweiten und nicht einschränken.
- (24) Das Europäische Parlament besteht nach Artikel 189 Absatz 1 erster Halbsatz EG-Vertrag aus „Vertretern der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“. Diese Vertreter sind nach Artikel 190 Absatz 1 EG-Vertrag die „Abgeordneten der Völker der in der Gemeinschaft vereinigten Staaten“. Diese Bezeichnung wird auch in Artikel 190 Absatz 2 EG-Vertrag (Zahl der in jedem Mitgliedstaat gewählten Abgeordneten) und in Artikel 190 Absatz 3 EG-Vertrag („Die Abgeordneten werden auf fünf Jahre gewählt.“) verwendet.
- (25) Diese Bestimmungen, nach denen die Abgeordneten die verfassungsrechtlichen Repräsentanten der Völker sind, haben konstitutionellen Charakter.
- (26) Sie legen es nahe, im Statut die Bezeichnung Abgeordneter zu verwenden.
- (27) Das Recht des Europäischen Parlaments, gemäß Artikel 199 Absatz 1 EG-Vertrag seine internen Angelegenheiten zu regeln, wird durch dieses Statut nicht berührt.

#### **B. Zu den einzelnen Bestimmungen**

- (28) Artikel 1 nimmt den Begriff Abgeordneter auf und stellt klar, dass es nicht um dessen Rechte und Pflichten geht, sondern umfassend um die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung des Mandats.
- (29) Die in Artikel 2 geschützte Freiheit und Unabhängigkeit der Abgeordneten ist regelungsbedürftig und in keinem Text des Primärrechts erwähnt. Erklärungen, in denen sich Abgeordnete verpflichten, das Mandat zu einem bestimmten Zeitpunkt niederzulegen, oder Blanko-Erklärungen über die Niederlegung des Mandats, derer sich eine Partei nach Belieben bedienen kann, sind mit der Freiheit und Unabhängigkeit des Abgeordneten unvereinbar und können daher rechtlich nicht verbindlich sein.
- (30) Der Schutz der Abstimmungs- und Redefreiheit liegt im elementaren öffentlichen Interesse. Artikel 4 Absatz 1 schließt daher jede strafrechtliche oder sonstige Verfolgung eines Abgeordneten wegen einer Äußerung aus, die er in Ausübung des Mandats gemacht hat. Nach Absatz 2 kann das Europäische Parlament darüber entscheiden, ob die Äußerung in Ausübung des Mandats gemacht wurde. Es ist in diesem Fall – wie bei der Prüfung der Mandate nach den Bestimmungen des Aktes von 1976 – Organ der Rechtsprechung. Das Europäische Parlament hat bei seinen Entscheidungen über die Immunität, die durchaus vergleichbar sind, Augenmaß und Realitätssinn bewiesen.
- (31) Die von Artikel 5 vorgesehene Immunität schützt die Abgeordneten vor tendenziöser Verfolgung (*fumus persecutionis*) und vor Behinderung durch die Exekutive. Es kann, wie die vom Europäischen Parlament entschiedenen Fälle zeigen, keine Rede davon sein, dass diese Aspekte in der Gegenwart keine Rolle mehr spielen. Die Immunität berührt damit allerdings die Fragen der Gleichheit, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit. Der weitere Zweck der Immunität besteht darin, die Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments zu sichern. Diese Erwägungen führen zu folgender Lösung: Ein Ermittlungs- und Strafverfahren gegen einen Abgeordneten kann jederzeit eröffnet werden. Einer Aufhebung der Immunität bedarf es nicht. Das geltende Recht nutzt weder dem Europäischen Parlament noch dem Abgeordneten, weil selbst einfache Delikte wie ein Vergehen im Straßenverkehr öffentlich erörtert werden müssen. Die Einschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten muss allerdings von der Zustimmung des Europäischen Parlaments abhängen (Funktionsfähigkeit des Europäischen Parlaments). Ermittlungs- und Strafverfahren müssen im Fall eines *fumus persecutionis* auf Verlangen des Europäischen Parlaments ausgesetzt werden können. Absatz 2 sichert diese Gewährleistungen.

<sup>(1)</sup> EuGH, Urteil v. 15.9.1981, Rechtssache Lord Bruce of Donington/Eric Gordon Aspden Slg. 1981, 2205.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- (32) Das in Artikel 6 vorgesehene Zeugnisverweigerungsrecht, das bisher primärrechtlich nicht geregelt ist, schützt die Informationsfreiheit des Abgeordneten und das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und demjenigen, der ihm Informationen anvertraut. Es ist ein subjektives Recht, das für alle Verfahren gilt, die eine Zeugnispflicht vorsehen und steht nicht zur Disposition des Europäischen Parlamentes. Das Beschlagnahme-, Durchsuchungs- und Verwertungsverbot schützt dieses Recht. Es wäre absolut inakzeptabel, wenn Journalisten ein Zeugnisverweigerungsrecht zustünde, nicht aber Abgeordneten.
- (33) Das in Artikel 7 geregelte, im Grunde selbstverständliche Recht der Abgeordneten auf Freizügigkeit hat eine neue Bedeutung, weil dieses Recht bei Demonstrationen in jüngster Zeit durch behördliche Maßnahmen eingeschränkt wurde.
- (34) Artikel 9 stellt sicher, dass Aufzeichnungen, Niederschriften, Entwürfe, Briefe und andere Korrespondenz der Abgeordneten von jeder Pflicht zur Offenlegung ausgeschlossen sind.
- (35) Das in Artikel 10 vorgesehene Initiativrecht ist das Königsrecht eines Parlaments und eines jeden Abgeordneten. Der Artikel stellt klar, dass dieses Recht eines jeden Abgeordneten durch die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments nicht eingeschränkt werden darf.
- (36) Das in Artikel 11 geregelte Recht auf Akteneinsicht, das sich schon bisher aus der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments ergab, betrifft einen wesentlichen Aspekt der Ausübung des Mandats und ist deshalb im Statut zu verankern.
- (37) Artikel 12 soll sicherstellen, dass trotz anderslautender Beteuerungen die Sprachenvielfalt in der Realität nicht weiter verringert wird. Jede Diskriminierung irgendeiner der offiziellen Amtssprachen muss ausgeschlossen werden. Dieses Prinzip muss auch nach einer Erweiterung der Europäischen Union gelten.
- (38) Der Abgeordnete erhält nach Maßgabe der Artikel 15 und 16 eine Entschädigung dafür, dass er auf eine private berufliche Laufbahn verzichtet und – zeitlich begrenzt – der Europäischen Union, seinem Land und der Demokratie in Europa dient. Zur Höhe dieser Entschädigung hat eine vom Europäischen Parlament berufene Expertengruppe im Mai 2000 eine Studie vorgelegt. Eine Entschädigung von 50 % der Grundbezüge eines Richters am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften liegt völlig im Bereich dessen, was die Experten für angemessen erachten.
- (39) Artikel 15 Absatz 3 ist erforderlich, weil Parteien häufig erwarten, dass ein Teil der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Leistungen für ihre Zwecke verwendet wird. Diese Form der Parteienfinanzierung ist illegal.
- (40) Das in den Artikeln 15 Absatz 2 und 19 vorgesehene Übergangsgeld soll die Zeit zwischen dem Ende des Mandats und einem beruflichen Neuanfang überbrücken. Bei Übernahme eines anderen Mandats oder eines öffentlichen Amtes entfällt dieser Zweck.
- (41) Bei dem in Artikel 20 geregelten Ruhegehalt war die Frage umstritten, ab welchem Lebensalter es fällig werden soll. Die Expertengruppe schlägt das 65. oder – mit einem versicherungsmathematischen Abschlag – das 60. Lebensjahr vor. Nach Artikel 20 soll das Ruhegehalt mit Vollendung des 60. Lebensjahres fällig werden. Ein Abgeordneter, der nach Ausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung vielleicht mit 35 oder 40 Jahren erstmals gewählt wird und der das Mandat zwanzig Jahre wahrnimmt, scheidet im Alter von 55 oder 60 Jahren aus. Ein beruflicher Neuanfang ist ihm wohl mit 55 Jahren zuzumuten, aber kaum mit 60. Berechnungen der Verwaltung des Europäischen Parlaments haben ergeben, dass ein versicherungsmathematischer Abschlag so erheblich wäre, dass diese Lösung nicht in Betracht gezogen werden kann.
- (42) Die Bestimmungen über die Hinterbliebenenversorgung folgen im wesentlichen dem geltenden Recht in der Europäischen Gemeinschaft. Der Anspruch des wiederverheirateten hinterbliebenen Ehegatten beruht auf dem modernen Gedanken, dass er auf einer eigenen Leistung beruht und nicht nur der „Versorgung“ dient. Der Anspruch ist auch nicht ausgeschlossen, wenn der hinterbliebene Ehegatte auf Grund eigener Einkünfte oder eigenen Vermögens „versorgt“ ist.
- (43) Artikel 24 Absätze 1 und 2 haben zum Ziel, den Haushalt der Europäischen Union auf Dauer zu entlasten. Die Fondslösung hat sich in der Praxis bewährt. Die Expertengruppe schlägt vor, dass das Europäische Parlament zwei Drittel und die Abgeordneten ein Drittel zur Finanzierung beitragen.

Dienstag, 3. Juni 2003

- (44) Die Regelung des Artikels 25 ist erforderlich, weil mit dem Statut die Leistungen der Mitgliedstaaten wie Erstattung der Krankheitskosten, Beihilfe oder Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen entfallen. Diese Leistungen werden vielfach über das Ende des Mandats hinaus gewährt.
- (45) Die Bestimmungen über die Erstattung von Kosten müssen die Grundsätze beachten, die der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in der Entscheidung Lord Bruce entwickelt hat<sup>(1)</sup>.
- (46) Danach ist es „Sache des Parlaments, darüber zu entscheiden, welche Tätigkeiten und Reisen eines Parlamentarmitglieds für die Ausübung seines Amtes notwendig oder zweckmäßig sind und welches die hierfür notwendigen oder zweckmäßigen Kosten sind. Die dem Parlament hierbei im Interesse seiner Funktionsfähigkeit eingeräumte Unabhängigkeit umfasst auch die Befugnis, seinen Mitgliedern die Reise- und Aufenthaltskosten nicht gegen Vorlage der einzelnen Kostenbelege, sondern aufgrund einer pauschalen Regelung zu erstatten. Die Wahl dieses Systems beruht (...) auf dem Bestreben, die Verwaltungsaufwendungen, die mit einem System der Überprüfung, jeder Einzelausgabe verbunden sind, zu verringern, und entspricht damit einer geordneten Verwaltung“<sup>(2)</sup>.
- (47) Allerdings dürfen „die in dieser Weise festgesetzten Vergütungen die angemessenen Grenzen einer Erstattung von Reise- und Aufenthaltskosten nicht überschreiten“. Der Pauschalbetrag der Vergütungen darf nicht zu hoch oder ein verschleiertes Entgelt sein<sup>(3)</sup>.
- (48) Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass die Regelungen, durch die Abgeordnete des Europäischen Parlaments bei der Wahrnehmung ihres Mandats in ihrem Mitgliedstaat den nationalen Abgeordneten gleichgestellt werden (z.B. Erstattung der Flugkosten oder Freifahrtscheine für die Bahn etc), beibehalten werden. Eine europäische Lösung dieses Problems ist im Hinblick auf eine Vielzahl höchst unterschiedlicher Regelungen in den Mitgliedstaaten nicht möglich. Die Ausübung des Mandats der Abgeordneten des Europäischen Parlaments in dem Mitgliedstaat, in denen sie gewählt wurden, wäre ohne eine solche Regelung erheblich erschwert oder gar unmöglich. Eine effektive Wahrnehmung des Mandats liegt auch im Interesse der Mitgliedstaaten.
- (49) Artikel 33 Absatz 1 ist erforderlich, weil die höchst unterschiedlichen nationalen Regelungen, denen die Abgeordneten bisher unterliegen, eine europäische Lösung all der Probleme, die mit dem Übergang von einem alten zu einem neuen europäischen System verbunden sind, unmöglich machen. Ein Wahlrecht der Abgeordneten schließt die Beeinträchtigung von Rechten oder wirtschaftliche Nachteile bei diesem Übergang aus. Die Absätze 2 und 3 sind Konsequenzen aus der Entscheidung nach Absatz 1.
- (50) Die erheblichen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den bisherigen und den neuen Mitgliedstaaten werden nach dem Beitritt nur schrittweise überwunden werden können. Deshalb erscheint es angebracht, den neuen Mitgliedstaaten für eine Übergangszeit eine differenzierte Regelung der Entschädigung, des Übergangsgeldes, des Ruhegehaltes und der Hinterbliebenenversorgung zu ermöglichen.

BESCHLIESST:

#### **A. Regelungen und allgemeine Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Abgeordneten des Europäischen Parlaments**

##### Artikel 1

In diesem Statut werden die Regelungen und allgemeinen Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Abgeordneten des Europäischen Parlaments festgelegt.

<sup>(1)</sup> siehe Fußnote 1 zu Erwägung 22.

<sup>(2)</sup> Rdnr. 17.

<sup>(3)</sup> Rdnr. 21.



Dienstag, 3. Juni 2003

#### Artikel 2

- (1) Die Abgeordneten sind frei und unabhängig.
- (2) Vereinbarungen über die Niederlegung des Mandats vor Ablauf oder zum Ende einer Wahlperiode sind nichtig.

#### Artikel 3

- (1) Die Abgeordneten sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden (\*).
- (2) Sie geben ihre Stimme einzeln und persönlich ab.
- (3) Vereinbarungen über die Art und Weise der Ausübung des Mandats sind nichtig.

#### Artikel 4 (\*)

- (1) Ein Abgeordneter darf zu keiner Zeit wegen einer Handlung, einer Abstimmung oder einer Äußerung, die er in Ausübung des Mandats gemacht hat, gerichtlich verfolgt oder sonst außergerichtlich zur Verantwortung gezogen werden.
- (2) Das Parlament entscheidet auf Antrag des Abgeordneten darüber, ob eine Äußerung in Ausübung des Mandats gemacht wurde.
- (3) Es erlässt in seiner Geschäftsordnung Bestimmungen zur Durchführung dieses Artikels.

#### Artikel 5 (\*)

- (1) Jede Einschränkung der persönlichen Freiheit eines Abgeordneten ist nur mit Zustimmung des Parlaments zulässig, es sei denn, dass er bei Begehung der Tat festgenommen wird.
- (2) Die Beschlagnahme von Schriftstücken oder elektronischen Aufzeichnungen eines Abgeordneten oder die Durchsuchung seiner Person, seines Büros oder seiner Wohnung sowie die Überwachung seines Post- und Telefonverkehrs können nur mit Zustimmung des Parlaments angeordnet werden.
- (3) Ein Ermittlungs- oder Strafverfahren gegen einen Abgeordneten ist auf Verlangen des Parlaments auszusetzen.
- (4) Die Zustimmung nach Absatz 2 kann nur von den nach nationalem Recht zuständigen Stellen beantragt werden.
- (5) Die Zustimmung nach Absatz 2 oder die Aussetzung nach Absatz 3 kann bedingt, befristet oder beschränkt sein.
- (6) Artikel 4 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

#### Artikel 6

- (1) Ein Abgeordneter hat zu jeder Zeit ein Zeugnisverweigerungsrecht über Personen, die ihm Tatsachen anvertraut haben oder denen er in Wahrnehmung des Mandats Tatsachen anvertraut hat, und über diese Tatsachen selbst.
- (2) Maßnahmen nach Artikel 5 Absatz 2 oder die Verwertung bereits beschlagnahmter Dokumente sind nicht zulässig.

---

(\*) Siehe Artikel 37 Absatz 2.

Dienstag, 3. Juni 2003

## Artikel 7 (\*)

- (1) Die Abgeordneten haben überall in der Europäischen Union das Recht auf Freizügigkeit.
- (2) Dieses Recht darf weder durch Gesetz noch durch eine Anordnung einer Behörde oder eines Gerichts eingeschränkt werden.

## Artikel 8

Die sich aus den vorstehenden Artikeln ergebenden Vorrechte und Befreiungen der Abgeordneten können durch andere Bestimmungen des abgeleiteten Rechts der Europäischen Gemeinschaft nicht eingeschränkt werden.

## Artikel 9

Schriftstücke und elektronische Aufzeichnungen, die ein Abgeordneter empfangen, verfasst oder verschickt hat und die keine offizielle Dokumentennummer haben, sind keine Dokumente des Europäischen Parlaments.

## Artikel 10

- (1) Jeder Abgeordnete hat das Recht, im Rahmen des Initiativrechts des Europäischen Parlaments einen Vorschlag für einen Gemeinschaftsrechtsakt einzubringen.
- (2) Artikel 4 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

## Artikel 11

- (1) Die Abgeordneten haben das Recht auf Einsicht in alle Akten, die sich im Besitz des Europäischen Parlaments befinden.
- (2) Dies gilt nicht für persönliche Akten oder Abrechnungen.
- (3) Rechtsakte der Europäischen Union und Vereinbarungen der Institutionen über den Zugang zu Dokumenten bleiben hiervon unberührt.
- (4) Das Europäische Parlament erlässt Bestimmungen zur Durchführung dieses Artikels.

## Artikel 12

- (1) Die Dokumente des Europäischen Parlaments werden in alle Amtssprachen übersetzt.
- (2) Die Redebeiträge werden simultan in alle anderen Amtssprachen gedolmetscht.

## Artikel 13

- (1) Die Abgeordneten können sich zu Fraktionen zusammenschließen.
- (2) Artikel 4 Absatz 3 findet entsprechende Anwendung.

## Artikel 14

- (1) Die Fraktionen sind Teil des Europäischen Parlaments.
- (2) Sie können klagen und verklagt werden.

---

(\*) Siehe Artikel 37 Absatz 2.

Dienstag, 3. Juni 2003

#### Artikel 15

- (1) Die Abgeordneten haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung, die ihre Unabhängigkeit sichert.
- (2) Sie haben nach Ende des Mandats Anspruch auf ein Übergangsgeld und ein Ruhegehalt.
- (3) Vereinbarungen über die Verwendung der Entschädigung, des Übergangsgeldes und des Ruhegehaltes zu anderen als privaten Zwecken sind unwirksam.
- (4) Die Hinterbliebenen von Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten haben Anspruch auf Versorgung.

#### Artikel 16

Die Entschädigung beläuft sich auf jeweils 50 % der Grundbezüge eines Richters am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.

#### Artikel 17

Die Entschädigung, die ein Abgeordneter für die Wahrnehmung eines Mandats in einem anderen Parlament erhält, wird auf die Entschädigung angerechnet.

#### Artikel 18

- (1) Die Entschädigung unterliegt der Gemeinschaftssteuer unter den gleichen Bedingungen, wie sie auf der Grundlage von Artikel 13 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Gemeinschaften für die Beamten und übrigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaften festgelegt worden sind.
- (2) Das Recht der Mitgliedstaaten, die Entschädigung bei der Festsetzung des Steuersatzes für andere Einkommen zu berücksichtigen, bleibt unberührt.

#### Artikel 19

- (1) Die Abgeordneten haben nach Ende des Mandats Anspruch auf ein Übergangsgeld in Höhe der Entschädigung nach Artikel 16.
- (2) Dieser Anspruch besteht für jedes Jahr der Ausübung des Mandats für einen Monat, mindestens jedoch für sechs und höchstens für 24 Monate.
- (3) Der Anspruch besteht nicht bei Übernahme eines Mandats in einem anderen Parlament oder eines öffentlichen Amtes.
- (4) Im Fall des Todes wird das Übergangsgeld letztmals in dem Monat gezahlt, in dem der ehemalige Abgeordnete gestorben ist.
- (5) Artikel 18 findet entsprechende Anwendung.

#### Artikel 20

- (1) Die ehemaligen Abgeordneten haben mit Vollendung des 60. Lebensjahres Anspruch auf ein Ruhegehalt.
- (2) Dieses Ruhegehalt beträgt für jedes volle Jahr der Ausübung des Mandats 3,5 % der Entschädigung nach Artikel 16 und für jeden weiteren vollen Monat ein Zwölftel, insgesamt jedoch nicht mehr als 70 %.
- (3) Der Anspruch auf Ruhegehalt besteht unabhängig von jedem anderen Ruhegehalt.
- (4) Die Artikel 17 und 18 finden entsprechende Anwendung.

Dienstag, 3. Juni 2003

## Artikel 21

- (1) Die Abgeordneten haben im Fall einer Invalidität, die während des Mandats entstanden ist, Anspruch auf ein Ruhegehalt.
- (2) Artikel 20 Absatz 2 findet entsprechende Anwendung. Die Höhe des Ruhegehaltes beträgt jedoch mindestens 35 % der Entschädigung nach Artikel 16.
- (3) Der Anspruch entsteht mit der Niederlegung des Mandats.
- (4) Die Artikel 11 Absatz 4, Artikel 17 und Artikel 18 finden entsprechende Anwendung.

## Artikel 22

Hat ein ehemaliger Abgeordneter gleichzeitig Anspruch auf die Zahlung von Übergangsgeld nach Artikel 19 und von Ruhegehalt nach den Artikeln 20 oder 21, so wird die Regelung angewandt, für die er sich entscheidet.

## Artikel 23

- (1) Der Ehegatte und die unterhaltsberechtigten Kinder haben im Fall des Todes eines Abgeordneten, der während der Dauer des Mandats stirbt, oder eines ehemaligen Abgeordneten, der zum Zeitpunkt seines Todes Anspruch auf ein Ruhegehalt nach den Artikeln 20 oder 21 hatte, einen Anspruch auf Versorgung.
- (2) Der Gesamtbetrag der Versorgung darf nicht höher sein als das Ruhegehalt, auf das der Abgeordnete am Ende der Wahlperiode Anspruch gehabt hätte oder auf das der ehemalige Abgeordnete Anspruch hatte.
- (3) Der hinterbliebene Ehegatte erhält 60 % des in Absatz 2 genannten Betrages, mindestens jedoch 30 % der Abgeordnetenentschädigung. Der Anspruch wird durch eine Wiederverheiratung nicht berührt.
- (4) Ein unterhaltsberechtigtes Kind erhält 20 % dieses Betrages.
- (5) Erforderlichenfalls wird der Höchstbetrag der zu zahlenden Versorgung im Verhältnis der in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Prozentsätze zwischen dem Ehegatten und den Kindern aufgeteilt.
- (6) Die Versorgung wird von dem ersten Tag des auf den Tod folgenden Monats gezahlt.
- (7) Bei Tod des Ehegatten erlischt dessen Anspruch am Ende des Monats, in dem der Todesfall eingetreten ist.
- (8) Der Anspruch eines Kindes erlischt mit Ende des Monats, an dem es das 21. Lebensjahr vollendet. Er besteht jedoch für die Dauer der Berufsausbildung fort, höchstens jedoch bis zum Ende des Monats, in dem es das 25. Lebensjahr vollendet. Er besteht auch fort, solange das Kind wegen einer Krankheit oder eines Gebrechens außerstande ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.
- (9) Partner aus in den Mitgliedstaaten anerkannten Lebensgemeinschaften werden Ehegatten gleichgestellt.
- (10) Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 18 finden entsprechende Anwendung.

## Artikel 24

- (1) Zur Finanzierung des Ruhegehaltes und der Versorgung der Hinterbliebenen wird ein Fonds gebildet, der Rücklagen für die Ruhegehälter und die Versorgung der Hinterbliebenen bildet.
- (2) Die Rücklagen werden aus monatlichen Zahlungen des Parlaments zu zwei Dritteln und der Abgeordneten zu einem Drittel sowie aus den daraus erzielten Zinsen gebildet.

**Dienstag, 3. Juni 2003**

- (3) Die Höhe der erforderlichen Beiträge wird jährlich vom Europäischen Parlament festgelegt.
- (4) Die Beiträge gemäß Absatz 2 unterliegen keiner Steuer.
- (5) Die Rechnungsprüfung erfolgt durch den Europäischen Rechnungshof.

## Artikel 25

- (1) Die Abgeordneten und die ehemaligen Abgeordneten, die ein Ruhegehalt beziehen, sowie die versorgungsberechtigten Hinterbliebenen haben Anspruch auf Erstattung der Kosten, die ihnen durch Krankheit, Schwangerschaft oder die Geburt eines Kindes entstehen.
- (2) Zur Deckung der Kosten wird ein Fonds gebildet, an dessen Finanzierung sich auch die ehemaligen Abgeordneten beteiligen.
- (3) Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 24 finden entsprechende Anwendung.

## Artikel 26

- (1) Die Abgeordneten haben Anspruch auf Versicherungsschutz zur Deckung der Risiken, die mit der Ausübung des Mandats verbunden sind.
- (2) Artikel 11 Absatz 4 findet entsprechende Anwendung.

## Artikel 27

- (1) Die Abgeordneten haben Anspruch auf Erstattung der Kosten, die ihnen durch die Ausübung des Mandats entstehen.
- (2) Das Parlament legt fest, in welchen Fällen die Erstattung durch eine Pauschale erfolgen kann.
- (3) Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 15 Absatz 3 finden entsprechende Anwendung.

## Artikel 28

- (1) Die Abgeordneten haben Anspruch auf Unterstützung durch persönliche Mitarbeiter, die frei von ihnen ausgewählt werden.
- (2) Artikel 11 Absatz 4 findet entsprechende Anwendung.

## Artikel 29

- (1) Die Abgeordneten haben Anspruch auf Nutzung der Büro- und Kommunikationseinrichtungen sowie der Dienstfahrzeuge des Parlaments.
- (2) Artikel 11 Absatz 4 findet entsprechende Anwendung.

## Artikel 30

Sämtliche Zahlungen werden aus dem Haushalt der Europäischen Union und aus den nach den Artikeln 24 und 25 zu bildenden Fonds geleistet.

## Artikel 31

Leistungen des Europäischen Parlaments nach den Artikeln 24 und 25 unterliegen keiner Steuer.

## Artikel 32

Beschlüsse zur Durchführung dieses Statutes werden im Amtsblatt der Europäischen Union (Reihe L) veröffentlicht.

## B. Übergangsbestimmungen

### Artikel 33

- (1) Die Abgeordneten, die zu Beginn der Wahlperiode, in der das Statut in Kraft tritt, dem Parlament bereits angehört und wiedergewählt wurden, können sich hinsichtlich der Entschädigung, des Übergangsgeldes, des Ruhegehaltes und der Hinterbliebenenversorgung für die gesamte Dauer ihrer Tätigkeit für das bisherige nationale System entscheiden.
- (2) Diese Zahlungen werden aus dem Haushalt des Mitgliedstaates gezahlt und unterliegen ausschließlich der nationalen Steuer.
- (3) Die Abgeordneten zahlen keinen Beitrag in den Fonds nach Artikel 24.

### Artikel 34

- (1) Die Abgeordneten, die gemäß Artikel 33 Absatz 1 im bisherigen nationalen System bleiben wollen, teilen diese Entscheidung dem Präsidenten des Europäischen Parlaments innerhalb von 30 Tagen nach Inkrafttreten des Statuts schriftlich mit.
- (2) Die Entscheidung ist endgültig und unwiderruflich.
- (3) Liegt eine solche Mitteilung innerhalb der Frist nicht vor, gelten die Bestimmungen dieses Statuts.

### Artikel 35

- (1) Der vom Europäischen Parlament eingerichtete freiwillige Pensionsfonds wird nach Inkrafttreten dieses Statuts für die Abgeordneten oder ehemaligen Abgeordneten, die in diesem Fonds bereits Rechte oder Anwartschaften erworben haben oder die sich nach Artikel 33 Absatz 1 für das bisherige nationale System entscheiden, weitergeführt.
- (2) Die erworbenen Rechte und Anwartschaften bleiben in vollem Umfang erhalten.
- (3) Die Beiträge zu diesem Fonds unterliegen keiner Steuer.
- (4) Abgeordnete, die Beiträge zum Pensionsfonds nach Artikel 24 leisten, können in dem freiwilligen Pensionsfonds keine neuen Rechte oder Anwartschaften mehr erwerben.
- (5) Der Fonds steht den Abgeordneten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Statuts erstmals in das Parlament gewählt werden, nicht zur Verfügung.
- (6) Artikel 15 Absatz 3, Artikel 18 und Artikel 20 Absatz 3 finden entsprechende Anwendung.

### Artikel 36

- (1) Ein Anspruch auf Ruhegehalt, den ein Abgeordneter zum Zeitpunkt der Anwendung dieses Statuts nach einzelstaatlichen Regelungen erworben hat, bleibt in vollem Umfang erhalten.
- (2) Zeiten der Mandatsausübung im Europäischen Parlament oder in einem nationalen Parlament, die nach den einzelstaatlichen Regelungen keinen Anspruch auf Ruhegehalt auslösen, werden bei der Berechnung des Ruhegehaltes auf der Grundlage dieses Statuts berücksichtigt.

Dienstag, 3. Juni 2003

#### Artikel 37

- (1) Für eine Übergangszeit kann jeder neue Mitgliedstaat für die Abgeordneten, die in ihm gewählt wurden, eine von den Bestimmungen dieses Statuts abweichende Regelung über die Entschädigung, das Übergangsgeld, das Ruhegehalt und die Hinterbliebenenversorgung beschließen.
- (2) Die Abgeordneten sind durch eine solche Regelung den Abgeordneten der jeweiligen nationalen Parlamente zumindest gleichzustellen.
- (3) Sämtliche Zahlungen werden aus dem Haushalt des jeweiligen Mitgliedstaats geleistet.
- (4) Die Übergangszeit beginnt mit dem Inkrafttreten des Beitrittsvertrags und endet spätestens mit Ablauf der zweiten vollen Wahlperiode des Europäischen Parlaments nach diesem Zeitpunkt.
- (5) Die Ansprüche der Abgeordneten nach den Artikeln 25 bis 29 dieses Statuts werden durch eine solche Regelung nicht berührt.

#### C. Inkrafttreten

#### Artikel 38

- (1) Dieses Statut tritt nach Zustimmung des Rates und gleichzeitig mit den Änderungen der Verträge in Kraft, die aufgrund der Arbeiten des Europäischen Konvents beschlossen werden.
- (2) Unbeschadet von Absatz 1
  - treten Artikel 3 Absätze 1 und 2 erst sofern und sobald in Kraft wie Artikel 4 Absatz 1 des Aktes von 1976 aufgehoben sein wird;
  - tritt Artikel 4 erst sofern und sobald in Kraft wie Artikel 9 des Protokolls aufgehoben sein wird;
  - tritt Artikel 5 erst sofern und sobald in Kraft wie Artikel 10 des Protokolls aufgehoben sein wird;
  - tritt Artikel 7 erst in Kraft, sofern und sobald Artikel 8 des Protokolls aufgehoben sein wird.
- (3) Dieses Statut wird nach Erteilung der Zustimmung des Rates vom Präsidenten des Europäischen Parlaments ausgefertigt und im Amtsblatt der Europäischen Union (Reihe L) veröffentlicht.

---

P5\_TA(2003)0237

### **Regionale Freihandelszonen und EU-Handelsstrategie**

#### **Entschließung des Europäischen Parlaments zu den regionalen Freihandelszonen und der Handelsstrategie der Europäischen Union (2002/2044(INI))**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf Artikel XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (wie er in der Vereinbarung zur Auslegung des Artikels XXIV des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens 1994 präzisiert wird), die „Ermächtigungsklausel“ (d.h. den Beschluss von 1979 über eine differenzierte und günstigere Behandlung, Reziprozität und umfassendere Beteiligung der Entwicklungsländer) sowie Artikel V des Allgemeinen Übereinkommens über den Handel mit Dienstleistungen,
- unter Hinweis auf die Erklärung der Vierten WTO-Ministerkonferenz vom November 2001 in Doha, Katar, in der anerkannt wird, dass regionale Handelsabkommen eine wichtige Rolle bei der Förderung der Liberalisierung und Expansion des Handels und bei der Förderung der Entwicklung spielen können, und Verhandlungen zugestimmt wird, die eine Präzisierung und Verbesserung der Disziplinen und Verfahren im Rahmen der bestehenden WTO-Bestimmungen, die für regionale Handelsabkommen gelten, unter Berücksichtigung der Entwicklungsaspekte zum Ziel haben,

Dienstag, 3. Juni 2003

- in Kenntnis der Vorlage der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zum Thema Regionale Handelsabkommen, die der WTO-Verhandlungsgruppe „Regeln“ im Juli 2002 zugeleitet wurde,
- unter Hinweis auf die von der Europäischen Union geschlossenen Abkommen, die entweder Verhandlungen über eine Freihandelszone oder deren Errichtung nach einem Übergangszeitraum vorsehen:
  - die neue Generation von Europa-Mittelmeer-Abkommen mit Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, der Palästinensischen Behörde und Tunesien,
  - das Gesamtabkommen mit Mexiko,
  - das Assoziierungsabkommen mit Chile,
  - das Abkommen mit Südafrika über Handel, Entwicklung und Zusammenarbeit,
  - das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und
  - die Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit, die mit Russland, der Ukraine und der Republik Moldau geschlossen wurden,
- unter Hinweis auf die verschiedenen EU-Abkommen, die zur Zeit noch ausgehandelt werden und die die spätere Errichtung einer Freihandelszone vorsehen, darunter auch die Verhandlungen mit Syrien, dem Golf-Kooperationsrat (GCC), den AKP-Staaten und dem Mercosur,
- unter Hinweis auf seine Entschlüsse vom
  - 25. Oktober 2001 <sup>(1)</sup> und 13. Dezember 2001 <sup>(2)</sup> zur Vierten WTO-Ministerkonferenz,
  - 18. November 1999 <sup>(3)</sup> und 15. Dezember 1999 <sup>(4)</sup> zur WTO-Millenniumrunde,
  - 5. September 2002 zu der Mitteilung der Kommission „Europa und Asien“ – Strategierahmen für vertiefte Partnerschaften <sup>(5)</sup>,
- sowie unter Hinweis auf seine Empfehlung vom 1. März 2001 an den Rat zu dem Mandat zur Aushandlung eines Assoziierungsabkommens mit Chile <sup>(6)</sup>,
- unter Hinweis auf das Partnerschaftsabkommen <sup>(7)</sup>, das am 23. Juni 2000 in Cotonou zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten unterzeichnet wurde, und insbesondere auf dessen Kapitel 2 über die neue Handelsregelung; unter Hinweis auf die Verhandlungen, die am 27. September in Brüssel über die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft aufgenommen wurden; unter Hinweis darauf, dass diese Verhandlungen zwei Phasen, und zwar eine Verhandlungsphase „AKP-Staaten insgesamt“ und danach eine Verhandlungsphase auf regionaler Ebene, umfassen werden,
- unter Hinweis auf die Mitteilungen der Kommission vom
  - 8. März 1995 zur Bewertung der Freihandelszonen (SEK(1995) 322),
  - 14. Februar 1996 – Welthandel als globale Herausforderung: Eine Marktöffnungsstrategie der Europäischen Union (KOM(1996) 53),
  - 16. Januar 1997 zu den WTO-bezogenen Aspekten der präferenziellen Handelsabkommen der Europäischen Union mit Drittländern (SEK(1996) 2168),
  - 18. September 2002 „Handel und Entwicklung – Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Nutzung der Vorteile des Handels“ (KOM(2002) 513),
  - 8. Juli 1999 „Das Konzept der Europäischen Union für die WTO-Jahrtausendrunde“ (KOM(1999) 331),
  - 4. September 2001 „Europa und Asien – Strategierahmen für vertiefte Partnerschaften“ (KOM(2001) 469),

<sup>(1)</sup> ABl. C 112 E vom 9.5.2002, S. 321.

<sup>(2)</sup> ABl. C 177 E vom 25.7.2002, S. 290.

<sup>(3)</sup> ABl. C 189 vom 7.7.2000, S. 213.

<sup>(4)</sup> ABl. C 296 vom 18.10.2000, S. 121.

<sup>(5)</sup> P5\_TA(2002)0408.

<sup>(6)</sup> ABl. C 277 vom 1.10.2001, S. 142.

<sup>(7)</sup> ABl. L 317 vom 15.12.2000, S. 3.



**Dienstag, 3. Juni 2003**

- unter Hinweis auf die Initiative „Alles außer Waffen“ zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder sowie die diesbezügliche Entschließung, in der es heißt, dass diese Initiative lediglich einen ersten Schritt darstellt und mit weiteren flankierenden Maßnahmen einhergehen muss,
  - in Kenntnis der vom Rat am 17. Juni 2002 angenommenen Empfehlungen zur Ermächtigung der Kommission zur Aushandlung von Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft mit AKP-Staaten und -Regionen,
  - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 25. Oktober 1999 zur Vorbereitung der Dritten WTO-Ministerkonferenz,
  - unter Hinweis auf den Bericht des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ vom 29. April 1997 zur Entwicklung der Handelspolitik und den Präferenziellen Handelsabkommen der Gemeinschaft sowie die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 16./17. Juni 1997 in Amsterdam,
  - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Rates vom 9./10. Dezember 1994 zu einer künftigen Partnerschaft Europa-Mittelmeer,
  - unter Hinweis auf das Mandat, das der gemischten Hochrangigen Gruppe „Gemeinsamer Europäischer Wirtschaftsraum“ auf dem Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Russland im Oktober 2001 erteilt wurde und das vorsieht, dass bis spätestens Oktober 2003 Empfehlungen für engere Wirtschaftsbeziehungen vorgelegt werden sollen,
  - unter Hinweis auf das „Kompendium von Themen im Zusammenhang mit den Regionalen Handelsabkommen“ der WTO-Verhandlungsgruppe „Regeln“ vom 1. August 2002,
  - unter Hinweis auf das Dokument des Ausschusses für Handel der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 19. Oktober 2001 zum Thema Regionale Integration – Zu verzeichnende Auswirkungen auf den Handel und andere wirtschaftliche Auswirkungen,
  - unter Hinweis auf den Bericht, der von der UN-Konferenz über Handel und Entwicklung für das Jahr 2002 erstellt wurde,
  - unter Hinweis auf den Trend zum Regionalismus und die Entstehung regionaler und regionenübergreifender Handelsinitiativen, wobei sich im Falle der Verwirklichung aller geplanten regionalen Handelsabkommen der Anteil des Welthandels, der auf die präferenziellen regionalen Handelsabkommen entfällt, voraussichtlich bis zum Jahr 2005 von 43 % auf 55 % erhöhen wird:
    - die Einrichtung der „Trade Promotion Authority“ sowie die „Enterprise for ASEAN“-Initiative in den USA,
    - eine Reihe von Freihandelsabkommen unterschiedlichen Integrationsniveaus seitens der Arabischen Liga, des Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN), der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM), der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), des Gemeinsamen Marktes für das Östliche und Südliche Afrika (COMESA), des Südamerikanischen Gemeinsamen Marktes (Mercosur), der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) (und der von Mitgliedern der SADC gebildeten Südafrikanischen Zollunion – SACU), der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (WAEMU) und PICTA (Pacific Islands Countries Trade Agreement) sowie das Wirtschaftsabkommen zwischen Japan und Singapur für eine Partnerschaft in einer Neuen Ära,
    - und die Aufnahme von Verhandlungen über eine Panamerikanische Freihandelszone (Free Trade Area of the Americas) und einen trilateralen Freihandelspakt zwischen Chile, Neuseeland und Singapur sowie die bereits bestehende Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA),
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie sowie der Stellungnahme des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit (A5-0115/2003),
- A. unter nachdrücklichem Hinweis darauf, dass es bei allen Handelsabkommen nicht nur um handels- und wirtschaftspolitische Aspekte geht; da hinter ihnen auch die Intention steht, die politische Stabilität zu fördern, ist der Handel ein Bestandteil der Außenpolitik; ferner unter Hinweis darauf, dass die Handelspolitik der Europäischen Union ein potenzielles „vertragliches Instrument“ zur Verwirklichung nicht handelsbezogener Politiken ist und den jeweiligen Konzeptionen der Europäischen Union in Bezug auf die strategischen Interessen, die Ziele der Entwicklungspolitik und die Gefahren in verschiedenen Regionen Rechnung tragen muss,

Dienstag, 3. Juni 2003

- B. in der Erwägung, dass das Ziel jedes Handelsabkommens die Verringerung und Beseitigung der wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den betreffenden Handelspartnern sowie das Recht auf nachhaltige und friedliche Fortschritte bei gleichzeitiger sozialer Gerechtigkeit für die gesamte Bevölkerung sein muss,
- C. in der Erwägung, dass Freihandelszonen, insbesondere zwischen mehr als zwei Vertragsparteien innerhalb einer Region (wobei die Mitgliedstaaten der Europäischen Union gemeinsam eine Vertragspartei bilden) und zwischen zwei oder mehreren regionalen Zusammenschlüssen (Freihandelszonen zwischen Regionen) primär der Integration regionaler Märkte dienen, jedoch auch darauf abzielen, die regionale politische Stabilität zu stärken, gute Beziehungen und Vertrauen zwischen Nachbarn herzustellen, und einen Zusammenschluss von Ländern mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau und unterschiedlichen institutionellen Strukturen und Kapazitäten darstellen, wobei diese Unterschiede auf lange Sicht letztlich ausgeglichen werden können,
- D. in der Erwägung, dass bilaterale Freihandelszonen, und zwar solche zwischen zwei Vertragsparteien (wobei die Europäische Union auch hier als eine Vertragspartei gilt) als mögliche „Wegbereiter“ angesehen werden können, die als Richtschnur für die Handelsliberalisierung in der Region dienen und die Dynamik der regionalen Integration sogar verstärken können, sofern der Geltungsbereich dieser Abkommen danach bei anderen Ländern in der Region Nachahmung finden kann,
- E. in der Erwägung, dass der Wunsch, eine ganz spezifische Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen, einige Länder mit in geografischer Hinsicht unterschiedlichen Handelsstrukturen bewogen hat, eine Kombination regionaler und bilateraler Freihandelszonen anzustreben, wengleich sie die Bemühungen um eine regionale Integration und die multilaterale Handelsliberalisierung weiterhin unterstützen,
- F. in der Erwägung, dass, wengleich präferenzielle Handelsabkommen niemals kohärente multilaterale Regeln und eine schrittweise multilaterale Liberalisierung ersetzen können, Freihandelszonen und die multilaterale Handelsliberalisierung nicht einander ausschließende Möglichkeiten sind und WTO-konforme Freihandelszonen positive Beiträge zu den WTO-Verhandlungen leisten können und dies auch tun, wenn sie wirklich umfassend sind und eine Handelsliberalisierung bewirken; in der Erwägung, dass, wengleich der Beteiligung an Freihandelszonen nicht nur ein Grundprinzip zugrunde liegt, Freihandelszonen von jeher primär auf die Beseitigung von Handelszöllen gerichtet sind,
- G. in der Erwägung, dass trotz des nicht ausgrenzenden und umfassenden Geltungsbereichs der Entwicklungsagenda von Doha (DDA) die multilateralen Verhandlungen durch die aus dem Erfordernis der Konsensfindung zwischen den WTO-Mitgliedern resultierenden Sachzwänge erschwert und verlangsamt werden und Freihandelszonen, die WTO-konform sind und gegenüber der WTO einen zusätzlichen Nutzen aufweisen, daher als Katalysator für den Wandel und Verbesserungen fungieren können, indem sie rascher voranschreiten als das globale Handelssystem, dabei jedoch die gleichen Ziele wie dieses verfolgen,
- H. in der Erwägung, dass ein Ausschuss für Regionale Handelsabkommen die Vereinbarkeit der Freihandelszonen mit den geltenden Regeln überwacht, dass der unpräzise Wortlaut der WTO-Bestimmungen zu unterschiedlichen Auslegungen der darin enthaltenen Begriffe und Definitionen geführt hat, z.B. der Begriffe für „annähernd den gesamten Handel“ geltender Anwendungsbereich und „vorläufige Vereinbarung“, und dass von einem Verhandlungsprozess über ein Regionales Handelsabkommen bis zum nächsten die Bestimmungen präzisiert und Bezugswerte für Normen festgelegt werden können,
- I. in der Erwägung, dass bei den laufenden Verhandlungen im Rahmen der Entwicklungsagenda von Doha über regionale Handelsabkommen unbedingt die Bestimmungen, die im Rahmen der WTO bereits in Bezug auf die Flexibilität bestehen, und das Verhältnis zwischen Artikel XXIV GATT und der „Ermächtigungsklausel“ präzisiert werden müssen, dass geprüft werden muss, inwieweit die WTO-Bestimmungen bereits das unterschiedliche Entwicklungsniveau zwischen den Vertragsparteien von regionalen Handelsabkommen berücksichtigen, und dass die Bestimmungen, die den Entwicklungsländern während der Übergangszeit oder der Durchführung von regionalen Handelsabkommen zur Verfügung stehen, geprüft werden müssen; unterstützt daher die Vorlage der Europäischen Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zum Thema Regionale Handelsabkommen, die der WTO-Verhandlungsgruppe „Regeln“ im Juli 2002 zugeleitet wurde,
- J. in der Erwägung, dass die Europäische Union das Ausgangsmodell für spätere regionale Integrationsbestrebungen und die schrittweise Schaffung von Freihandelszonen bildete und dass diese Modelle inzwischen vielfältigere Formen annehmen – so entwickeln sich die Abkommen über Freihandelszonen weiter, indem sie über die herkömmliche Beseitigung von Handelszöllen hinausgehen und sich u.a. auch auf den Handel mit Dienstleistungen, das öffentliche Beschaffungswesen, die Beseitigung nicht tarifärer Hemmnisse sowie nicht handelsbezogene Fragen erstrecken; in Anbetracht der Tatsache, dass sich das Parlament der kontinuierlichen Veränderung der EU-Abkommen über Freihandelszonen hinsichtlich ihrer Tragweite und des Umfangs ihrer Ziele, was die Liberalisierung und die Festlegung von Regeln betrifft, bewusst ist,

Dienstag, 3. Juni 2003

- K. in der Erwägung, dass die Beschaffenheit der Freihandelszonen immer komplexer wird (so können z.B. sich überschneidende Mitgliedschaften in verschiedenen Freihandelszonen eine zunehmende Komplexität bewirken) und dass der Beitritt weiterer Entwicklungsländer, darunter China, zur WTO die multilateralen Verhandlungen erschweren dürfte, da der Verhandlungsprozess die unterschiedlichen Interessen der Verhandlungspartner berücksichtigen und mit einbeziehen soll,
- L. in Anbetracht der Schwierigkeiten, denen sich die Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) aufgrund ihrer gleichzeitigen Beteiligung an den WTO-Verhandlungen und an zunehmend komplexeren Freihandelszonen gegenübersehen, was die Notwendigkeit einer Stärkung ihrer Verhandlungskapazität und der Wahrung der nationalen Interessen auf allen Ebenen nach sich zieht (vor allem, wenn es um Abkommen mit wirtschaftlichen und politischen Giganten wie der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten geht), sowie unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die Handelsziele und die Entwicklungspolitik miteinander zu verbinden,
- M. in der Erwägung, dass dafür Sorge zu tragen ist, dass die Politik der Beseitigung der Handelsschranken seitens der armen Länder in erster Linie der Bevölkerung zugute kommt, und mit Genugtuung die Zusage der Kommission zur Kenntnis nehmend, dass eine Nachhaltigkeitsbewertung der Handelsabkommen vorgenommen werden soll, sowie unter Bekräftigung seiner Forderung, dass diese Abkommen zu einem angemessenen Zeitpunkt erfolgen und sinnvoll und von gegenseitigem Nutzen sein müssen, wobei auf Beteiligungsmechanismen zurückgegriffen werden sollte, um den Beteiligten echte politische Optionen zu ermöglichen,
- N. in der Erwägung, dass auch das nicht gegenseitige Recht der ärmsten Länder auf Zugang zu den Märkten der Industrieländer völlig unzureichend ist, um eine reale Zunahme der Handelsströme zu gewährleisten, wenn nicht zudem ihre Kapazität gestärkt wird, was die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung, die Einhaltung der in den Einfuhrländern geltenden Zertifizierungs- und Normungsvorschriften, insbesondere im sanitären und phytosanitären Bereich, und ihre Kenntnis der Vermarktungsmechanismen betrifft,
- O. in der Erwägung, dass der Süd-Südhandel zwar zugenommen hat, jedoch weiterhin durch die Ermächtigungsklausel des GATT bestimmt wird, die den präferenziellen Handel mit Waren zwischen Entwicklungsländern gestattet, wodurch etwaige regionale Handelsabkommen zwischen diesen Ländern von der multilateralen Überwachung durch den WTO-Ausschuss für Regionale Handelsabkommen (CRTA) ausgenommen werden,
- P. in der Erwägung, dass die Abkommen über Süd-Süd-Freihandelszonen zwar die Schaffung regionaler Märkte fördern können, dabei jedoch die Entstehung nichttarifärer Hemmnisse und die Möglichkeit einer daraus resultierenden effektiven Begrenzung der Handelsliberalisierung nicht außer Acht gelassen werden dürfen,
- Q. in der Erwägung, dass die Zölle eine der wichtigsten Haushaltseinnahmen der Entwicklungsländer darstellen (deren Anteil in einigen Ländern im Pazifischen Ozean bis zu 70 % beträgt) und dass diese Länder daher angesichts des Fehlens alternativer Einnahmequellen (insbesondere steuerlicher Art) zögern, Freihandelsabkommen mit ihren Nachbarn zu schließen,
- R. in der Erwägung, dass die „Nord-Süd-Süd“-Politik der Europäischen Union die regionale Integration naturgemäß als Vorstufe für Initiativen zwischen Regionen ansieht und auf die Konsolidierung der positiven Aspekte der Nord-Süd- und der Süd-Süd-Initiativen (z.B. Zugang, rechtliche Konvergenz, regionale Märkte) gerichtet ist,
- S. unter Hinweis auf das in der Erklärung von Barcelona enthaltene Ziel, bis 2010 eine Freihandelszone Europa-Mittelmeer zu schaffen; im Hinblick auf diese künftige Freihandelszone den Abschluss der Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und zehn Mittelmeerländern mit Genugtuung zur Kenntnis nehmend; unter nachdrücklichem Hinweis auf die Bedeutung eines Engagements der Europäischen Union in dieser Region im Hinblick auf die Schaffung eines Pols der wirtschaftlichen Dynamik und politischen Stabilität mit diesen Nachbarländern der Europäischen Union,
- T. in der Erwägung, dass die Europäische Union Nachhaltigkeitsprüfungen durchführt, bevor sie die Aufnahme von Verhandlungen beschließt, um den Verhandlungsführern Informationen über die etwaigen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Folgen zu bieten, dass diese Prüfungen jedoch noch erheblich verbessert werden müssen, damit die Einbeziehung der einschlägigen Sektoren der betreffenden Länder, eine Kontrolle durch die Parlamente beider oder aller Partnerländer und ein Follow-up nach Inkrafttreten der Abkommen gewährleistet sind,
- U. in der Erwägung, dass das Parlament anerkennt, dass die Europäische Union bemüht ist, über ihre Handelspolitik aktiv eine Konsolidierung der politischen Reformen zu erreichen, und sie gegenwärtig eine ganze Reihe von Verhandlungen über Freihandelszonen mit der lateinamerikanischen, der afrikanischen, der karibischen und der pazifischen Region sowie der Mittelmeerregion führt,

Dienstag, 3. Juni 2003

- V. in der Erwägung, dass die Europäische Union, obgleich Asien der drittgrößte Handelspartner Europas ist, über keine Handelsabkommen mit dieser Region verfügt, und dass die geopolitische und wirtschaftliche Bedeutung einer Einbeziehung Asiens stärker in Betracht gezogen werden sollte,
- W. in der Erwägung, dass auf dem Vierten Treffen Asien-Europa am 23./24. September 2002 in Kopenhagen die Notwendigkeit einer weiteren Handelsliberalisierung und einer stärkeren Ausgestaltung der WTO-Bestimmungen hervorgehoben wurde, um eine ausgewogene Entwicklung innerhalb der jeweiligen Gesellschaften zu fördern und somit den geeigneten Rahmen für positive wirtschaftliche Entwicklungen zu schaffen,
- X. was ASEAN betrifft, unter Hinweis auf die Aufnahme von Verhandlungen mit China und Indien und die Durchführbarkeitsstudien, die von Japan und Korea über mögliche Verhandlungen durchgeführt wurden, sowie den effektiven Abschluss eines Abkommens über die Errichtung einer Freihandelszone zwischen den Vereinigten Staaten und Singapur, das Nachahmung finden und auf andere Mitglieder ausgedehnt werden könnte,
1. vertritt die Auffassung, dass der Regionalismus, einschließlich der Freihandelszonen, nicht nur als ein Instrument zur Beseitigung der Zölle begriffen werden sollte, sondern eher als ein Instrument zur regionalen Integration und Entwicklung im wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich konzipiert werden sollte;
  2. betont, dass die WTO-Bestimmungen über die Liberalisierung des regionalen Handels einen allgemeinen und flexiblen Rahmen für die Entwicklung der Freihandelszonen bilden müssen, der es erlaubt, stärker der Komplexität und der Besonderheit der in den einzelnen Regionen zu lösenden Probleme Rechnung zu tragen, insbesondere mit Blick auf Entwicklung und Umwelt;
  3. betont, dass die Kohärenz zwischen den WTO-Bestimmungen über die Liberalisierung des regionalen Handels und der Entwicklung der Freihandelszonen sichergestellt werden muss, wobei auch die starke Zunahme von Abkommen zwischen Ländern und Regionen mit enorm unterschiedlichem Entwicklungsniveau zu berücksichtigen ist;
  4. hält eine Änderung von Artikel XXIV GATT sowie von Artikel V GATS, wonach innerhalb einer Freihandelszone die Zölle und Handelsschranken für „annähernd den gesamten Handel“ aufgehoben werden müssen, dahin gehend für erforderlich, dass eine Ausnahmeklausel aufgenommen wird, die den Schutz anfälliger Sektoren, insbesondere zwischen ungleichen Handelspartnern, vorsieht;
  5. weist darauf hin, dass der Erfolg des WTO-Ausschusses für Regionale Handelsabkommen bei der multilateralen Überwachung von den die Transparenz und den Zeitrahmen seiner Mandate betreffenden Aspekten, seiner Fähigkeit zur Beschaffung ausreichender und präziser Informationen über die Abkommen über Freihandelszonen, einschließlich einer zuverlässigen und gut geführten Datenbank mit statistischen Informationen, sowie von seiner Fähigkeit, mit den sich vollziehenden Veränderungen hinsichtlich der Beschaffenheit der Freihandelszonen Schritt zu halten, abhängt;
  6. unterstützt den Ansatz der Kommission, den Multilateralismus in den Vordergrund zu stellen, und ihre Bemühungen um eine Einbeziehung der multilateralen Agenda in die bilateralen und regionalen Freihandelszonen;
  7. unterstützt die Kommission in ihrer Konzeption, dass Regionalismus und Multilateralismus einander ergänzen und dass zudem regionale Abkommen die Grundlage für die Ermittlung spezifischer regionaler politischer und wirtschaftlicher Interessen darstellen können, die die Bemühungen um eine tiefgreifende Integration vorantreiben könnten, insbesondere in Bereichen, die über die bloße Beseitigung der Zölle hinausgehen und Regulierungsinitiativen und die Beseitigung nichttarifärer Hemmnisse einschließen, wobei es betont, dass eine tiefgreifende Integration, die für die Europäische Union von Beginn an kennzeichnend war, für die erfolgreiche Integration von Ländern mit unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsniveau hilfreich ist;
  8. hebt mit Nachdruck hervor, dass der Regionalismus ein Instrument zur Harmonisierung der internen und externen Maßnahmen der komplementären Volkswirtschaften Europas darstellte und der Handelsaspekt der regionalen Integration eine wesentliche Komponente dieser politischen und wirtschaftlichen Union bildete, und unterstützt daher die Bemühungen der Kommission, eine Konvergenz bei den Regelungen zu erreichen und Elemente der tiefgreifenden Integration sowie nicht handelsbezogene Fragen und soziale Belange, wie Arbeitsnormen, Umwelt und Menschenrechte, in die Abkommen einzubeziehen, und fordert die Kommission auf, regelmäßige Berichte über ihre Politik in Bezug auf die Einbeziehung dieser Fragen in die regionalen und bilateralen Handelsabkommen vorzulegen;

**Dienstag, 3. Juni 2003**

9. weist darauf hin, dass asymmetrische Liberalisierungspläne die Unterschiede hinsichtlich der Verhandlungskapazität, Technologie, Finanzierung und Qualität der Infrastrukturen, die durchweg Hindernisse für den erfolgreichen Abschluss aller Abkommen darstellen, möglicherweise nicht wirksam verringern werden, und fordert die Europäische Union auf, nach Möglichkeiten für eine umfassendere Unterstützung im Hinblick auf eine Stärkung der Fähigkeit der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder suchen, umfassend an den Handelsverhandlungen teilzunehmen, und mehr Flexibilität bei der Gestaltung dieser Verhandlungen zu erreichen, um dem unterschiedlichen Tempo des technologischen Fortschritts in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen;

10. hebt mit Nachdruck hervor, dass die Freihandelszonen auch Instrumente der Entwicklung darstellen können und unmittelbare und greifbarere Ergebnisse als der derzeitige WTO-Verhandlungsprozess bringen können, sofern diese Initiativen Bestandteil eines Gesamtpakets politischer Reformen sind, und dass dieses Ziel in der Hinwendung der Europäischen Union zu einer Politik der gegenseitigen Präferenzen gegenüber den AKP-Staaten zum Ausdruck kommt, wobei es jedoch auf die Notwendigkeit hinweist, die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen AKP-Staaten zu respektieren;

11. betont – da der zunehmende Süd-Süd-Handel durch regionale Handelsabkommen gefördert werden kann – die Notwendigkeit einer festen Position der Europäischen Union zum Handel zwischen den Entwicklungsländern unter Berücksichtigung:

- der Beiträge, die solche Abkommen zu der multilateralen Liberalisierung leisten,
- der Wirksamkeit solcher Abkommen,
- der Notwendigkeit, die Nachteile nichttarifärer Hemmnisse und des begrenzten Geltungsbereichs, der diese Abkommen kennzeichnet, zu überwinden,
- der Bedingungen, unter denen solche Abkommen gefördert werden sollten,
- der gleichzeitigen Notwendigkeit, konkrete und greifbare Ziele festzulegen, um den Beitrag der Entwicklungsländer zum globalen Handel zu verstärken;

12. hebt die positiven Auswirkungen der regionalen Integration hervor, wenngleich es sich bewusst ist, dass in Anbetracht der unterschiedlichen Systeme und Volkswirtschaften innerhalb einer Region sowie der Schwierigkeiten aufgrund der Mitgliedschaft in verschiedenen Organisationen die Schaffung von Freihandelszonen zwischen Regionen schwieriger ist als die bilateraler Freihandelszonen; ist der Auffassung, dass die Europäische Union durch ihre Politik eine Unterstützung der Trends der regionalen Zusammenarbeit gewährleisten muss und die regionale Integration über die Abkommen über Freihandelszonen hinaus weiter vorantreiben muss;

13. stellt fest, dass, da die Zölle eine wichtige Einnahme für die Staatshaushalte, insbesondere in den Entwicklungsländern darstellen, eine Verringerung oder Beseitigung der Zölle mit erheblichen Verlusten für diese Staatshaushalte verbunden ist, und ersucht die Kommission, Vorschläge für eine Strategie vorzulegen, wie diese entstehenden Haushaltslücken in den Entwicklungsländern geschlossen werden können;

14. betont die Notwendigkeit einer stärker integrierten Handels- und Entwicklungspolitik und fordert den Rat und die Kommission auf, die Haltung der Europäischen Union zu Freihandelszonen zu präzisieren; ist der Auffassung, dass die Schaffung einer Freihandelszone Europa-Mittelmeer bis zum Jahr 2010 gemäß den in der Erklärung von Barcelona enthaltenen Verpflichtungen ein vorrangiges Ziel der Handelsstrategie der Europäischen Union darstellt, und bekräftigt die Notwendigkeit, dass die Europäische Union eine langfristige Konzeption entwickelt, bei der in flexibler Weise eine Kombination bilateraler und regionaler Abkommen angestrebt wird, die WTO-kompatibel sind und über die WTO-Bestimmungen hinausgehen, und zwar in Anbetracht der Tatsache, dass solche Initiativen positive Auswirkungen haben können, indem sie eine politische und wirtschaftliche Isolation verhindern;

15. ist sich der Notwendigkeit bewusst, den Wunsch nach Nichtausgrenzung und Transparenz mit der Verpflichtung zur Wahrung der Integrität und Wirksamkeit der Verhandlungen über Freihandelszonen in Einklang zu bringen; regt an, die Ergebnisse jeder erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungsrunde im Verlauf des Verhandlungsprozesses bekannt zu geben, und hebt die Aufnahme gemischter parlamentarischer Ausschüsse in die Abkommen der Europäischen Union als positiven Schritt in diese Richtung hervor;

16. weist auf das Fehlen von Ex-post-Prüfungen hinsichtlich der sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und kulturellen Konsequenzen der einzelnen EU-Abkommen hin und fordert die Kommission auf, solche Prüfungen durchzuführen, um das Verständnis der effektiven Auswirkungen dieser Abkommen im Zuge ihrer Durchführung zu vertiefen;

Dienstag, 3. Juni 2003

17. begrüßt die Schaffung eines einheitlichen Streitbeilegungsverfahrens im Rahmen des Assoziierungsabkommens EU/Chile, das auf dem von der WTO eingerichteten Verfahren beruht und zwei Anhänge mit Musterverfahrensvorschriften und einem Verhaltenskodex für die Mitglieder des Streitbeilegungspanels enthält, und hofft, dass ein so wichtiger Mechanismus in Zukunft bei bilateralen Handelskonflikten mit anderen Handelspartnern der Europäischen Union als Modell fungieren wird; wünscht, über die Fortschritte in diesem Bereich unterrichtet zu werden, und fordert, dass 2003 in Brüssel ein Arbeitsseminar über die entscheidende Beziehung zwischen multilateralen und bilateralen Streitbeilegungsverfahren abgehalten wird;

18. gibt, wenngleich das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Chile per definitionem ein internationales Abkommen ist, das neue Rechte und Pflichten für alle beteiligten Länder festlegt, und die handelsbezogenen Bestimmungen dieses Abkommens erst nach Ratifikation durch den chilenischen Kongress in Kraft treten werden, seiner tiefen Enttäuschung darüber Ausdruck, dass es auch zu diesen Bestimmungen nicht um Zustimmung ersucht wurde;

19. befürwortet die Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ vom 18. November 2002 zu der Initiative „Neue Nachbarn“ zugunsten der osteuropäischen Nachbarländer der Europäischen Union, und zwar der Ukraine, Moldau und Belarus, die auf einem differenzierten Ansatz beruht, der die unterschiedliche politische und wirtschaftliche Situation jedes Landes, die Möglichkeiten und Ziele berücksichtigt und die Entwicklung der Beziehungen von der Durchführung von Reformen und der Achtung der internationalen Verpflichtungen und gemeinsamen Werte in Bezug auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte abhängig macht; hebt jedoch die Notwendigkeit hervor, auch die Nachbarländer der Europäischen Union im Kaukasus zu berücksichtigen; ersucht die Kommission und den Hohen Vertreter, in Absprache mit den neuen Mitgliedstaaten einen detaillierten Vorschlag, wie diese Initiative vorangetrieben werden kann, auszuarbeiten; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Freihandelszonen, wie sie im Rahmen der bestehenden Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit diesen Ländern vorgesehen sind, mit ähnlichen Merkmalen wie der bestehende EWR in Betracht zu ziehen, wenn diese Länder die Mitgliedschaft in der WTO erlangt haben;

20. fordert eine Klärung der Frage, ob sich der Gemeinsame Europäische Wirtschaftsraum mit Russland letzten Endes (nach Beitritt Russlands zur WTO) zu einer Freihandelszone weiterentwickeln soll, wie ein echter Gemeinsamer Europäischer Wirtschaftsraum geschaffen werden kann, wenn er sich von den Abkommen mit anderen Nachbarländern unterscheidet, und ob es nicht sinnvoll wäre, stattdessen einen einheitlichen Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum bzw. eine solche Freihandelszone für alle Länder zu schaffen, die in den Erweiterungsprozess nicht einbezogen sind;

21. hebt hervor, dass es an der Zeit ist, das Verhältniss zwischen Multilateralismus und Regionalismus zu untersuchen, und dass es interessant wäre zu prüfen, inwieweit die regionalen Handelsabkommen über die bestehenden multilateralen Handelsbestimmungen im Rahmen der WTO hinausgehen, wie kohärent diese Abkommen von ihrem Ansatz her insbesondere in Bereichen sind, in denen die WTO-Bestimmungen noch nicht genügend ausgestaltet sind oder noch präzisiert werden müssen, und welche Auswirkungen diese Abkommen für die Nicht-Unterzeichnerstaaten haben, und ersucht die Kommission, solche Studien im Rahmen der WTO zu initiieren oder zu unterstützen;

22. unterstützt die Stellungnahme, die in dem Schlussbericht der Arbeitsgruppe VII des Konvents – Außenpolitisches Handeln – vom 16. Dezember 2002 unter dem Vorsitz von Vizepräsident Jean-Luc Dehaene vorgelegt wurde und in der hervorgehoben wird, dass die Europäische Union ein starker und glaubwürdiger internationaler Akteur sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht sein muss und einen stärker integrierten Ansatz auf der globalen Bühne anstreben muss, um die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, auch durch die schrittweise Abschaffung der Beschränkungen des Welthandels, und bekräftigt erneut seine Haltung zu der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten, dem Parlament und der Kommission im Bereich der Handelspolitik:

- ausschließliche Zuständigkeit der EG/EU für alle Bereiche des Handels,
- Geltung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und der Mitentscheidung für alle Handelsfragen,
- Zustimmung des Parlaments zu allen handelsbezogenen internationalen Abkommen;

23. hebt mit Nachdruck die Notwendigkeit hervor, die Möglichkeit einer Verbesserung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen im Asiatisch-Pazifischen Raum zu prüfen, wobei es allerdings darauf hinweist, dass angesichts der unterschiedlichen Volkswirtschaften in der Region sowie der Tatsache, dass dort, abgesehen von ASEAN, keine regionalen politischen oder wirtschaftlichen Zusammenschlüsse existieren, ein globaler Ansatz für Asien unhaltbar sein kann und andere Ansätze, wie zunächst „wegbereitende“ bilaterale Freihandelszonen, sinnvoller sein können, und fordert die baldmöglichste Aufnahme von Verhandlungen mit Singapur über die Errichtung einer Freihandelszone;

Dienstag, 3. Juni 2003

24. unterstützt die vereinbarten Ziele, die Zusammenarbeit zwischen den Regionen zu fördern, Partnerschaften im wirtschaftlichen Bereich zwischen Asien und Europa herzustellen und eine spezielle Taskforce in den Bereichen Handel, Investitionen und Finanzen zu schaffen; regt an, in die zu prüfenden Fragen auch die Errichtung eines Eurobond-Marktes in Asien und die Verwendung des Euro als internationale Währung einzubeziehen, und wünscht, über den Zwischenbericht, der den Außen-, Wirtschafts- und Finanzministern 2003 vorgelegt wird, informiert zu werden;
25. begrüßt die Bereitschaft der Länder im Pazifischen Ozean, ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union parallel zu dem präferenziellen Abkommen auszuhandeln, über das sie seit 1980 mit Australien und Neuseeland im Rahmen von SPARTECA (South Pacific Regional Trade and Economic Co-operation Agreement) verfügen;
26. weist auf die unterschiedlichen Ansätze bei den bilateralen und regionalen Abkommen der „neuen Generation“ über Freihandelszonen in Bezug auf die Singapur-Fragen im Zusammenhang mit den Investitionen und dem Wettbewerb (z.B. seitens der Europäischen Union, der NAFTA, des MERCOSUR und der Andengemeinschaft) hin und hebt die definitive Notwendigkeit hervor, die Konsultation, Zusammenarbeit, Durchführung, Transparenz und Harmonisierung zu verstärken und sicherzustellen, dass die verschiedenen Ansätze nicht zu einer Marginalisierung der Entwicklungsländer und der am wenigsten entwickelten Länder führen;
27. hofft auf eine deutlich positivere politische und wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und MERCOSUR erneut an Dynamik gewinnen;
28. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.
- 

P5\_TA(2003)0238

## MEDA-Programm

### EntschlieÙung des Europäischen Parlaments zu dem Jahresbericht über die Durchführung des MEDA-Programms 2000 (KOM(2001) 806 – C5-0524/2002 – 2002/2235(INI))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Berichts der Kommission (KOM(2001) 806 – C5-0524/2002),
- in Kenntnis des Berichts der Kommission an den Rat „Einrichtung einer Europa-Mittelmeer-Bank“ (SEK(2002) 218),
- in Kenntnis des Jahresberichts 2001 der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Entwicklungspolitik der EG und die Umsetzung der Außenhilfe (KOM(2002) 490),
- unter Hinweis auf den Evaluierungsbericht der EVA-EU Association vom Mai 2001 über die Finanzhilfe für die vom MEDA-Programm begünstigten Mittelmeerländer, die als von der EIB gewährtes und verwaltetes Risikokapital oder als Zinsvergünstigung im Rahmen der von der EIB gewährten Darlehen geleistet wird,
- unter Hinweis auf den Sonderbericht Nr. 1/2002 des Rechnungshofs über makrofinanzielle Hilfe (MFH) an Drittländer und Strukturanpassungsfazilitäten (SAF) in den Mittelmeerländern, zusammen mit den Antworten der Kommission<sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 15. und 16. Juni 2001 in Göteborg betreffend eine Strategie zur Einbeziehung des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung in die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft,

(<sup>1</sup>) ABl. C 121 vom 23.5.2002, S. 1.

Dienstag, 3. Juni 2003

- gestützt auf Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik und des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (A5-0114/2003),
- A. unter Hinweis auf seine Entschlüsse vom 5. und 6. September 2000 zu dem Programm MEDA I<sup>(1)</sup> und insbesondere auf die Durchführung dieses Programms im Zeitraum 1995-1999 sowie auf seine Vorschläge zur Verbesserung der Verwaltung des Programms und zur Neuaustarierung der Prioritäten,
- B. unter Hinweis darauf, dass während der Laufzeit von MEDA I das Verhältnis Zahlungen/Verpflichtungen bei dem Teil der nicht rückzahlungspflichtigen Beihilfen sehr ungünstig war und dass laut dem Jahresbericht über MEDA 2000 die Hauptgründe dafür in den schleppenden Verhandlungen, dem Umstand, dass bestimmte Maßnahmen auf mehrere Jahre angelegt sind, den begrenzten Verwaltungskapazitäten der MEDA-Länder und den komplexen Verfahren des Programms liegen,
- C. unter Hinweis darauf, dass zum 15. Dezember 2000 das Programm MEDA II nach Änderung der Grundverordnung (EG) Nr. 1488/96<sup>(2)</sup> durch die Verordnung (EG) Nr. 2698/2000<sup>(3)</sup> eingeleitet wurde und dass die wesentlichen Änderungen – bei Beibehaltung der Aufgaben des Programms – darauf hinausliefen, die Entscheidungsverfahren zu vereinfachen, die Wirksamkeit der Strukturanpassungsfazilitäten (SAF) zu erhöhen und gegen die Ursachen der dürftigen Mittelverwendung vorzugehen,
- D. mit Genugtuung darüber, dass im März 2002 ein methodischer Leitfaden für die Programmplanung und die Durchführung der Budgethilfen in Drittländern veröffentlicht wurde und mit dem Wunsch, dass dieser Leitfaden dazu beiträgt, im Rahmen von MEDA II die Probleme im Zusammenhang mit der Bürokratie und der Zugänglichkeit der Mittel zu beheben, die die Durchführung des Programms MEDA I erschwert haben,
- E. unter Hinweis darauf, dass MEDA II für den Zeitraum 2000-2006 mit einem finanziellen Bezugsrahmen von 5,35 Mrd. EUR ausgestattet ist und dass zu dieser Mittelausstattung das der EIB erteilte Mandat, Darlehen bis zu einer Höhe von 6,4 Mrd. EUR zu gewähren und ein ergänzender Beitrag der EIB aus eigenen Mitteln in Höhe von 1 Mrd. EUR für transnationale Projekte hinzukommen,
- F. mit der Feststellung, dass auf die bilaterale Zusammenarbeit mit neun MEDA-Ländern im Rahmen der bilateralen Abkommen im Jahr 2000 rund 82 % der durch das Programm MEDA gebundenen Mittel (von Mittelbindungen in Höhe von 879 Mio. EUR aus der Haushaltslinie B7-410) entfielen; außerdem mit der Feststellung, dass sich die gleiche Tendenz im Jahr 2001 bei den Zahlungen gezeigt hat, die sich auf 403,7 Mio. EUR beliefen, wovon 84,5 % für die bilaterale Zusammenarbeit und die restlichen 14,5 % für regionale Projekte verwendet wurden,
- G. unter Hinweis darauf, dass der Rechnungshof in seinem Sonderbericht Nr. 1/2002 Folgendes festgestellt hat:
- a) hinsichtlich der SAF: „... führt die Kommission keine Unterlagen, aus denen hervorgeht, auf welcher Grundlage die Höhe des Gesamtbetrags für das Programm oder die Fristen und die Höhe der Tranchen zustande kamen“ (Ziffer 20),
  - b) hinsichtlich der an die SAF geknüpften Bedingungen: „Aus den Finanzierungsvereinbarungen geht ... nicht klar hervor, wann es sich um gemeinsame Bedingungen der Bretton-Woods-Institutionen und der Kommission handelt und wann ausschließlich um Bedingungen der Kommission“ (Ziffer 25),
  - c) „Es gab keine systematischen und unabhängigen Bewertungen der einzelnen SAF als Ganzes“ (Ziffer 62),
- H. unter Hinweis darauf, dass die EVA-EU Association in ihrer Bewertung der von der EIB verwalteten Mittel (Risikokapital und Zinsvergünstigungen) Empfehlungen abgegeben hat, die auch für MEDA II gelten, insbesondere Erhöhung des Potenzials dieser Mittel, Rolle der EIB bei der Auswahl der begünstigten Sektoren und der Empfänger, Koordinierung und Komplementarität der Mittel und der Maßnahmen der Europäischen Union in den MEDA-Ländern sowie quantitative Indikatoren für die Auswahl von Projekten,

<sup>(1)</sup> ABl. C 135 vom 7.5.2001, S. 62 und S. 171.

<sup>(2)</sup> ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 1.

<sup>(3)</sup> ABl. L 311 vom 12.12.2000, S. 1.



**Dienstag, 3. Juni 2003**

- I. mit der Forderung, dass generell eine systematische Bewertung der Auswirkungen der Kooperationsprojekte auf die Menschenrechte, und zwar auch im Jahresbericht der Kommission über die MEDA Programme vorgenommen wird, und darüber hinaus, dass ähnliche Bestimmungen wie in den Assoziierungsabkommen auch in die bilateralen Instrumente zur Umsetzung der MEDA Finanzhilfen aufgenommen werden; mit der Aufforderung an die Kommission, den Rat und die Partnerländer, diese Fragen als vorrangig zu erachten und ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Förderung der Menschenrechte kohärent, überzeugend und wirksam zu erfüllen,
- J. unter Hinweis auf die Schlüsselrolle, die den Zivilgesellschaften zukommt, und unter erneuter Bekräftigung seiner Unterstützung für das Forum der Bürgergesellschaften Europa-Mittelmeer, das den informellen Dialog mit der Zivilgesellschaft in vollem Umfang fördert, sowie unter Hinweis darauf, dass es die derzeitigen Initiativen zur Verbesserung der Struktur der Sitzungen des Forums unterstützt,
- K. unter Hinweis darauf, dass eine Freihandelszone nur dann funktionieren und Wohlstand schaffen kann, wenn die wirtschaftlichen, produktiven und technologischen Kapazitäten der betreffenden Länder ungefähr auf gleichem Niveau liegen, und dass die Ungleichheiten und die Schwäche des sozialen Gefüges, die Ausgrenzung und Armut bedingen, die wichtigsten Elemente sind, die im Programm MEDA in Angriff zu nehmen sind,
- L. mit der Aufforderung an die Kommission, die Ausarbeitung des ersten regionalen Programms für die Beteiligung von Frauen am wirtschaftlichen und sozialen Leben und an der Entwicklung voranzutreiben (die Aufstellung des Programms wurde bereits unter belgischem Ratsvorsitz auf dem Brüsseler Regionalforum vom 14. Juli 2001 beschlossen), damit möglichst bald Interessensbekundungen und die künftige Verbreitung bewährter Verfahren möglich werden,
- M. unter Hinweis darauf, dass es die Reform im Hinblick auf eine Rationalisierung und Dezentralisierung und insbesondere die Verbesserung des Verhältnisses zwischen Zahlungen und Verpflichtungen begrüßt, jedoch mit der Forderung, dass die regionale Dimension der Programme noch mehr verstärkt wird; unter erneuter Bekräftigung seiner Unterstützung für die subregionale Initiative des Agadir-Prozesses,
- N. unter Hinweis darauf, dass der Barcelona-Prozess gestärkt werden muss, um gemeinsam die größten Herausforderungen zu meistern, denen sich der Mittelmeerraum gegenüber sieht: Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens und der Korruption; Steuerung der Migrationsströme und gemeinsame Bekämpfung der illegalen Einwanderung unter Anwendung des Grundsatzes der gemeinsamen Verantwortung von Europäischer Union, Mitgliedstaaten, Herkunfts- und Transit-Drittländern parallel zur Einführung von Integrationsmaßnahmen zur Erleichterung der legalen Migration und des Personenverkehrs sowie als Garantie dafür, dass die Rechte und die Würde des Einzelnen gemäß den Bestimmungen des Völkerrechts respektiert werden, und zwar in Einklang mit den Bestimmungen der auf dem IV. Parlamentarischen Forum Europa-Mittelmeer in Bari angenommenen Entschließung zur Migration; Achtung und Einhaltung der Abkommen im Bereich der Menschenrechte; die sozioökonomischen Ungleichheiten und die notwendige Schaffung von Arbeitsplätzen; Verteidigung und Schutz des ökologischen Reichtums und Sicherheit im Seeverkehr; unter Hinweis darauf, dass es notwendig ist, die Öffentlichkeit für den Barcelona-Prozess zu sensibilisieren,
- O. in der Erwägung, dass die Kommission und die EIB in ihrer Halbbewertung gemäß Artikel 15 der Verordnung (EG) Nr. 2698/2000 den vom Europäischen Konvent aufgestellten Entwurf eines Verfassungsvertrags berücksichtigen müssen, insbesondere Artikel 12 Absatz 6, der sich auf die Bereiche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bezieht,
  1. bekräftigt seine Unterstützung für die Partnerschaft Europa-Mittelmeer, insbesondere für deren Finanzinstrument, das Programm MEDA; ist der Ansicht, dass die wirtschaftliche, soziale und demokratische Entwicklung der Mittelmeerländer eine entscheidende Rolle für die Zukunft der Europäischen Union selbst spielt;
  2. begrüßt die neuen Bestimmungen über MEDA II, die dazu dienen, die Hauptaufgaben des Programms MEDA I fortzuführen, und zwar die Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen in den Partnerländern, die Verbesserung der Lebensbedingungen für benachteiligte soziale Gruppen und die Milderung der sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Integration der MEDA-Länder in eine Freihandelszone;
  3. wünscht die Verwirklichung sozialpolitischer Programme mit Maßnahmen zum Schutz von Bürgern mit einer Behinderung und regionaler Kooperation im Bereich Schutz des Kindes;
  4. ist sich der Tatsache bewusst, dass das Programm MEDA II gleichzeitig mit der gründlichen Reform der Verwaltung der EG-Außenhilfe von 2001 durchgeführt wird, und wünscht, dass das Programm dem Ziel dient, bei den Projekten und Programmen der Gemeinschaft mehr Tempo, Qualität, Wirksamkeit, Transparenz und demokratische Kontrolle zu erreichen;

Dienstag, 3. Juni 2003

5. nimmt mit Interesse zur Kenntnis, dass die Schaffung des Amtes für Zusammenarbeit „Europe-Aid“, einer gemeinsamen Organisation, in der die Zuständigkeiten für die Durchführung der einzelnen Phasen der Projekte gebündelt werden, einen günstigen Einfluss auf den Abbau der Altlasten, insbesondere die seit 1995 ruhenden Verpflichtungen, gehabt haben soll;
6. fordert, über die Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses im Rahmen von MEDA II, die Termine und die Tagesordnungen seiner Sitzungen sowie über die einschlägigen Dokumente regelmäßig informiert zu werden;
7. fordert, dass die mit der Außenhilfe der Europäischen Union befassten Beamten regelmäßig in Fragen der Menschenrechte geschult werden, damit dieser Aspekt ihrer Aufgabe zu einer üblichen Praxis wird und damit sie die strikte Anwendung des „Mainstreaming“ im Bereich Menschenrechte überwachen können;
8. betont, dass durch die Verbesserung des Programms MEDA nicht nur das Ausführungstempo und die Ausführungsrate bei den Verpflichtungsermächtigungen gesteigert werden, sondern dass die eigentlichen Aufgaben mit Blick auf die Schaffung einer echten Partnerschaft gezielter in Angriff genommen werden können, indem die Bedingungen für eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung geschaffen werden und indem Ziele festgelegt werden, die den wirtschaftlichen und sozialen Realitäten vor Ort nahe kommen;
9. erwartet von der Kommission, dass sie die vorrangig zu finanzierenden Maßnahmen im Einvernehmen mit den Empfängerländern klarer und genauer festlegt, um die Effizienz der gewährten Hilfe zu verbessern und um eine angemessene Kontrolle zu ermöglichen; fordert die Kommission auf, der Festlegung der optimalen Projektgröße besondere Beachtung zu schenken, um eine Aufsplitterung der Interventionen auf eine Vielzahl von Kleinstprojekten, die schwer zu kontrollieren sind, zu vermeiden und zugleich zu gewährleisten, dass die Ergebnisse der Reformen dauerhaft sind;
10. betont, dass der Ansatz zur Dezentralisierung mit der Verlagerung von Zuständigkeiten von der Zentrale auf die Delegationen genaue Prüfung verdient und eine ständige Überwachung erforderlich macht;
11. vertritt die Auffassung, dass die seit MEDA II erzielten Fortschritte bei der Ausführung der Haushaltsmittel im Zuge der Hauptaufgaben des Programms MEDA II untersucht werden müssen, die in der Bewältigung der fünf Herausforderungen besteht: demografische Probleme, Beschäftigung und Migration, Globalisierung, Verknappung der Ressourcen und Umweltprobleme;
12. erklärt es für notwendig, Investitionen zu fördern, die der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozial verträglichen Entwicklung als unverzichtbaren Faktoren der Wirtschaftsentwicklung dienen, wobei die Erfahrungen und die finanziellen Hilfen im Rahmen des Programms MEDA zu nutzen sind; stellt fest, dass die Kommission die Möglichkeit haben muss, den potenziellen Investoren technische Unterstützung zu gewähren, und dass die Leitlinien für Investoren in Zusammenarbeit mit den Handelskammern der Mitgliedstaaten aktualisiert werden müssen;
13. hält es für notwendig, die Partnerländer aufzufordern, Maßnahmen für die Konvergenz gegenüber dem Euro und Maßnahmen zur Angleichung der Rechtsvorschriften innerhalb des Mittelmeerraums zu ergreifen;
14. vertritt die Auffassung, dass die beim Aufbau des europäischen Binnenmarkts gewonnenen Erfahrungen genutzt werden sollten, um einen homogenen Rechtsrahmen für die Europa-Mittelmeer-Freihandelszonen zu schaffen; stellt insbesondere fest, dass übereinstimmenden Ursprungsregeln in den Freihandelsabkommen besondere Bedeutung zukommen muss;
15. ist davon überzeugt, dass die Ursachen dieser fünf Herausforderungen in Angriff genommen werden müssen und dass dazu die nochmalige Prüfung der strukturellen Herausforderungen für die MEDA-Länder erforderlich ist, wie Handelsströme, regionale Ungleichheiten, Einkommensgefälle zwischen diesen Ländern und zwischen den sozialen Gruppen in den Partnerländern, rechtlicher und institutioneller Rahmen, der nichtstaatliche Initiativen begünstigt, Unterentwicklung des Sektors Zwischenfinanzierung, Haushaltspolitik, die unter nicht bewältigten Ausgaben leidet, usw.; hält daher eine zügige Verwirklichung der Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Dialog zwischen Kulturen und Zivilisationen sowie der Beobachtungsstelle für Wanderungsbewegungen für notwendig;
16. fordert die Kommission auf, den Projekten/Maßnahmen bezüglich der institutionellen Reformen die notwendige Beachtung zu schenken, da sie selbst eine mangelnde Effizienz der Projekte infolge der unzureichenden Fortschritte bei den Reformen in diesem Bereich festgestellt hat; fordert die Kommission auf, ihm vor der ersten Lesung des Haushaltsplans 2004 durch das Parlament einen Bericht über die in den Empfängerländern erzielten Fortschritte im Bereich der institutionellen Reformen vorzulegen;

Dienstag, 3. Juni 2003

17. wiederholt die in seiner oben genannten EntschlieÙung zum MEDA-Jahresbericht 1998 enthaltenen Vorschläge, insbesondere betreffend die Erhöhung der Mittel für regionalpolitische Programme und Projekte mit einem Süd-Süd-Bezug, Beachtung der Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte, auf die in sämtlichen Programmen und Projekten verwiesen wird, Festlegung des Konzepts der Bürgerbeteiligung, Mitwirkung von nichtstaatlichen Organisationen und Bürgergesellschaft an den Vorhaben, Einhaltung von internationalen Umweltschutzabkommen durch die Partnerländer, gleicher Zugang für alle, ungeachtet des Glaubens, des Geschlechts oder der politischen Richtung, zu Finanzmitteln;
18. schlägt der Kommission, die den regionalen Finanzierungsplan verwaltet und annimmt, vor, die für Regionalprojekte bestimmten Mittel schrittweise zugunsten der Regionalfonds umzuschichten, was die für die restliche Laufzeit von MEDA II gebundenen und gezahlten Mittel betrifft;
19. verlangt, sämtliche durch die Erklärung von Barcelona eingeführten Bestimmungen über Demokratisierung und Achtung der Menschenrechte wirksam umzusetzen, die Aspekte der Chancengleichheit horizontal und ausdrücklich in die drei Säulen der Partnerschaft einzubeziehen und demzufolge die Achtung und Förderung der Rechte der Frau in den Barcelona-Prozess einzubinden;
20. nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass den Mittelmeerländern nur ein verschwindend geringer Teil der Finanzmittel zugewiesen wurde, die für bereichsübergreifende Programme der Europäischen Initiative für Demokratie und Menschenrechte (BIMRD) zur Verfügung stehen, die seit der Anwendung von MEDA II die Nachfolge der „MEDA Demokratie“-Programme angetreten hat, und fordert eine breiter angelegte und vielseitiger gestaltete Auswahl der möglichen Empfängerländer; ist zutiefst besorgt darüber, dass die Kommission entschieden hat, Länder, in denen die Zivilgesellschaft aktiv, aber noch nicht gefestigt ist, nicht in die Gruppe der Länder aufzunehmen, denen diese Programme zugute kommen; fordert, dass es künftig zur Frage der möglichen Empfängerländer ordnungsgemäß konsultiert wird;
21. bedauert, dass in den nationalen Finanzierungsplänen, die zwischen der Europäischen Union und den Ländern des südlichen Mittelmeerraums vereinbart wurden, Programme zugunsten der Menschenrechte, des Umweltschutzes und der sozialen Dienste praktisch überhaupt nicht zur Geltung kommen; fordert die Gemeinschaft auf, mit mehr Nachdruck die Einbeziehung dieser Programme zu verlangen und wesentliche Finanzmittel in die mit nichtstaatlichen Organisationen durchzuführenden unabhängigen Programme zu leiten;
22. ist der Ansicht, dass die Entwicklung einer unabhängigen und dynamischen Bürgergesellschaft für die soziale und politische Entwicklung der MEDA-Länder eine zentrale Rolle spielt; fordert die Kommission daher auf, eine aktive Politik zur Unterstützung von unabhängigen Organisationen, Vereinigungen und Gewerkschaften zu betreiben;
23. bedauert zutiefst, dass es zu keiner Beilegung des Konflikts im Nahen Osten gekommen ist, was die Fortschritte im Hinblick auf die geplante Europa-Mittelmeer-Charta für Frieden und Stabilität wie auch die Durchführung von durch MEDA finanzierten Programmen in dieser Region erheblich einschränkt; bedauert, dass bisher der Prozess der Projektfindung und -planung in Israel und Palästina ausgesetzt ist und wünscht, dass er in dieser leidgeprüften Region umgehend wieder belebt wird, in der die Gewalt in ungekanntem Maße eskaliert und die blindwütigen Terroristen zum Opfer fällt, der durch MEDA weiterhin bekämpft werden muss;
24. verweist auf die vom Rechnungshof in seinem Sonderbericht Nr. 1/2002 geübte Kritik, insbesondere darauf, dass „alle Bestimmungen über die Prüfung von SAF-Ausgaben aus den Finanzierungsvereinbarungen“ verschwunden sind (Ziffer 47), sowie auf die Feststellung „Ein hohes Maß an Transparenz, Rechenschaftspflicht und externer Kontrolle bei der Verwaltung öffentlicher Mittel ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Regierungsführung (good governance) und die Bekämpfung von Betrug und Korruption“ (Ziffer 47);
25. fordert die Kommission auf, die gebotenen Folgemaßnahmen zu den Bemerkungen des Rechnungshofs zu den SAF in den Mittelmeerländern zu treffen; betont insbesondere, dass die Überwachung der Maßnahmen, die Prüfung und die Bewertung der Maßnahmen/Projekte in angemessener Weise gewährleistet werden müssen;
26. wünscht, dass auf dem Sektor der Grunddienste und insbesondere der Trinkwasserversorgung – wegen der Gemeinnützigkeit dieser Dienste – die EIB-Darlehen nur Ergänzungen der von der Gemeinschaft finanzierten Programme darstellen;
27. begrüÙt den durch Aushandlung bzw. Abschluss von neun Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommen erreichten Fortschritt, erinnert aber daran, dass das entscheidende Kriterium für die Gewährung oder die Aussetzung der Gewährung von MEDA-Finanzmitteln in der Achtung der Menschenrechte durch die MEDA-Länder besteht;
28. fordert die Kommission auf, Auskünfte zu geben über die Umsetzung und wirkungsvolle Ausführung der im Rahmen der Programme MEDA I und MEDA II (derzeitige Phase) eingegangenen finanziellen Verpflichtungen zur Förderung der aktiven Beteiligung von Frauen am wirtschaftlichen und sozialen Leben sowie Auskünfte über die Finanzierung von Vorbereitungsmaßnahmen und Pilotprojekten mit dem Ziel der Information und Aufklärung auf dem Gebiet der Gleichstellung von Männern und Frauen;

Dienstag, 3. Juni 2003

29. bekräftigt erneut die Bedeutung, die der Schaffung einer Zone der Stabilität im Mittelmeerraum und einer konsolidierten Partnerschaft Europa-Mittelmeer sowohl in wirtschaftlicher als auch in geopolitischer Bedeutung zukommt; begrüßt den jüngsten Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit Algerien, Ägypten und auch mit Libanon sowie die neuartigen Bestimmungen in den Bereichen Justiz und Inneres sowie Bekämpfung des Terrorismus, die diese beiden Abkommen begleiten, und ermutigt zu der raschen Ratifikation und Durchführung dieser Abkommen, die sich auf sämtliche Aspekte unserer wirtschaftlichen wie auch politischen, sozialen, kulturellen und humanitären Beziehungen erstrecken; weist nachdrücklich darauf hin, dass sich die Assoziierungsabkommen keinesfalls auf die schrittweise Schaffung einer Freihandelszone beschränken dürfen; fordert die Parteien zu einem baldigen Abschluss der Verhandlungen über ein Abkommen Syrien/EU auf, um so das Netz der Assoziierungsabkommen Europa-Mittelmeerraum zu vervollständigen;

30. ermutigt zu einer Fortführung der Ad-hoc-Treffen und -Dialoge zu Themen wie Bekämpfung des Terrorismus, des organisierten Verbrechens, des Drogenhandels und Menschenhandels, Menschenrechte und Gerechtigkeit, Einwanderung und soziale Eingliederung der Zuwanderer sowie Rückübernahme von Personen in ihr Land, wobei bei alledem die internationalen Rechtsinstrumente im Bereich Menschenrechte und Flüchtlinge zu achten sind, und unterstützt dazu die MEDA-Entwicklungsprogramme in den sensiblen Regionen; begrüßt die Einrichtung von Workshops, um die Anwendung der Assoziierungsabkommen durch die jeweiligen Regierungen zu erleichtern, und erinnert daran, dass die Programme zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte untrennbar mit der Umsetzung dieser Abkommen verbunden sind;

31. bedauert, dass der Anteil der Mittel, der für regionale Zusammenarbeit gedacht ist, völlig unzureichend ist, und verweist auf die Notwendigkeit, bilaterale und regionale Zusammenarbeit ins Gleichgewicht zu bringen; betont, dass in diesem Bereich die Projekte für Trinkwasser und Bewässerung, Sicherheit auf See, erneuerbare Energie, neue Technologien (Ausrüstung und Ausbildung) und Entwicklung vorrangig sind;

32. empfiehlt, das Sechste Rahmenprogramm dazu zu nutzen, Forschungsarbeiten in den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft zur Sicherung der Ernährungsautonomie und insbesondere im Bereich der Wasserwirtschaft durchzuführen, um Lösungen zu finden, die auf die oft äußerst empfindlichen Ökosysteme in diesen Regionen zugeschnitten sind, und um Zugang zu qualitativ hochwertigen Gütern und Dienstleistungen für alle zu gewährleisten;

33. empfiehlt, mehr Nachdruck auf die erneuerbaren Energieträger zu legen; bedauert, dass es bisher an Zusammenarbeit in diesem Bereich mangelt und wünscht, jährlich über die Entwicklung von Projekten informiert zu werden;

34. weist darauf hin, dass der Mittelmeerraum die größte Vielfalt an landwirtschaftlichen Tier- und Pflanzenarten und Saatgut unter allen gemäßigten Zonen aufweist, die erhalten werden muss; fordert, dass die Vielfalt an landwirtschaftlichen Arten durch die Durchführung von Projekten, die an die Landwirte selbst, den Handel und die Verbraucher gerichtet sind, und in den politischen Kreisen wichtiger genommen wird;

35. fordert, dass gezielte Maßnahmen getroffen werden, um die Informationsgesellschaft sowie die Nutzung des Internet und aller neuen Systeme der elektronischen Kommunikation auszubauen, und fordert dabei die Partner auf, Investitionen in berufliche und allgemeine Bildung zu tätigen;

36. fordert die Kommission auf, Programme der regionalen Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Ausbildung und Umschulung vorzuschlagen und dabei den Austausch von Erfahrungen und Personal im Zuge der Reform und die Modernisierung der Bildungs- und Berufsbildungssysteme anzukurbeln;

37. empfiehlt der Kommission und den Mitgliedstaaten, die Ziele der technologischen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung in den südlichen Mittelmeer-Anrainerländern zu verfolgen; wünscht hierzu, dass Synergien herbeigeführt werden und Austausch zwischen Hochschulen betrieben wird, wobei die Schaffung von Hochleistungseinrichtungen in diesen Ländern unterstützt wird, indem diese Länder an europäischen Forschungsmaßnahmen und am Sechsten Forschungsrahmenprogramm beteiligt werden;

38. bekräftigt erneut seine Unterstützung für die formelle Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung Europa-Mittelmeer, damit sie zu einer der Institutionen des Barcelona-Prozesses wird und der Grundsatz der gegenseitigen Hilfestellung zwischen den Gremien des Prozesses auf Ministeriums- und Parlamentsebene verankert wird, wobei der Versammlung die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, gegenüber den Gremien auf Ministeriumsebene Empfehlungen auszusprechen;

39. fordert, die Einführung eines besonderen Reisevisums für Geschäftsleute, Universitätsmitarbeiter, Forscher, Studierende, Journalisten und Sozialpartner im Rahmen der Europa-Mittelmeer-Partnerschaft in Erwägung zu ziehen;

40. empfiehlt der Kommission, entsprechend ihren Grundsätzen und ihrer Politik in Bezug auf die Haftung von Unternehmen eine Datenbank einzurichten, die Tätigkeiten von europäischen Unternehmen betrifft, die in Ländern des südlichen Mittelmeerraums angesiedelt sind oder mit ihnen Handel treiben;

**Dienstag, 3. Juni 2003**

41. fordert die Kommission auf, in ihre Jahresberichte Statistiken über die Aufschlüsselung der Projekte und Beträge nach Kategorien von Akteuren und nach deren Anpassung an Kriterien wie „Mainstreaming“ aufzunehmen;
42. ist der Ansicht, dass die Entwicklung eines dichten und operationellen Wirtschaftsgefüges in den MEDA-Ländern voraussetzt, dass die Entwicklung der Privatwirtschaft, insbesondere der KMU, und die Finanzierung der notwendigen Infrastruktur gefördert werden;
43. begrüßt die Einsetzung der Gruppe hochrangiger Persönlichkeiten für den Dialog zwischen den Völkern und Kulturen; fordert von Rat und Kommission eine rasche Einrichtung der Europa-Mittelmeer-Stiftung für den Dialog zwischen Kulturen und Zivilisationen gemäß dem Aktionsplan von Valencia sowie der Beobachtungsstelle für Wanderungsbewegungen;
44. unterstützt den Beschluss des Europäischen Rates von Barcelona, im Rahmen der EIB eine Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer zu schaffen, mit der die Darlehen der EIB in den MEDA-Ländern auf 2 Mrd. EUR jährlich aufgestockt werden, wobei der Schwerpunkt auf die Entwicklung der Privatwirtschaft gelegt wird und wobei die Darlehen entsprechend den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung verwendet werden sollten; vertritt die Auffassung, dass die Aufforderung des Europäischen Rates von Laeken an die Kommission, die Einrichtung einer Europa-Mittelmeer-Entwicklungsbank zu prüfen, sinnvoll ist und präzisiert werden sollte;
45. weist erneut darauf hin, dass nach Vollendung des Prozesses der Erweiterung nach Osten das Mittelmeer die unmittelbarste strategische Grenze für die Union darstellt, und fordert deshalb die Europa-Mittelmeer-Partner zu einer raschen praktischen Umsetzung des auf der Fünften Ministerkonferenz von Valencia beschlossenen Aktionsplans auf;
46. ersucht die Kommission, Projekte nach Maßgabe der spezifischen Situation jedes Landes festzulegen, und fordert, dass mit dieser differenzierten Evaluierung als Anreiz dienende Begleitprogramme für eine endogene Entwicklung zur Schaffung eines sozialen dynamischen und produktiven Gefüges in einem Geiste der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Partnerregierungen einhergehen; weist auf die Komplementarität zwischen der Erweiterung und dem Barcelona-Prozess hin und unterstreicht die Notwendigkeit, die derzeitigen und künftigen Mitgliedstaaten an die Zusagen der Europäischen Union im Mittelmeerraum zu erinnern; fordert die Beteiligung der Balkanstaaten am parlamentarischen Dialog und die Einführung eines Kooperationsprogramms CARDS/MEDA; erinnert die Kommission daran, dass es notwendig ist, die Politik der Europäischen Union gegenüber den neuen Nachbarländern durch eine systematische und kohärente Politik der Förderung der Menschenrechte zu untermauern;
47. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Rechnungshof, der Europäischen Investitionsbank, den Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie den Regierungen und Parlamenten der Partnerländer im Mittelmeerraum zu übermitteln.

---

**P5\_TA(2003)0239**

## **Abkommen UE-USA über strafrechtliche Zusammenarbeit und Auslieferung**

### **Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu den Abkommen EU/Vereinigte Staaten in den Bereichen justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen und Auslieferung (2003/2003(INI))**

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags für eine Empfehlung an den Rat, eingereicht von Kathalijne Maria Buitenweg im Namen der Fraktion Verts/ALE (B5-0540/2002),
- gestützt auf Artikel 49 Absatz 3 und Artikel 107 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten (A5-0172/2003),

Dienstag, 3. Juni 2003

- A. in Kenntnisnahme der Entwürfe von Abkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika in den Bereichen Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen, die im Rat Justiz und Inneres vom 8. Mai 2003 <sup>(1)</sup> erörtert wurden,
- B. in der Erwägung, dass der Rat die Geheimhaltung des Inhalts der beiden Entwürfe der Abkommen erst einen Monat vor ihrer Unterzeichnung aufgehoben hat, so dass das Europäische Parlament sie nicht ausreichend erörtern konnte,
- C. in der Erwägung, dass diese Abkommen die ersten Abkommen über Auslieferung und justizielle Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union als Ganzes und einem Drittstaat sind, und dass diese daher im Hinblick auf die Aushandlung etwaiger Abkommen mit anderen Drittländern beispielhaft sein müssen,
- D. in der festen Überzeugung, dass die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den USA auf echter Gegenseitigkeit beruhen sollte, und dass die USA kooperieren sollten, indem sie Beweise übergeben, damit gegen die europäischen Bürger, die (teilweise) auf europäischem Hoheitsgebiet eine Straftat begangen haben, in ihrem eigenen Land ein Gerichtsverfahren angestrengt wird, anstatt dass sie an die USA ausgeliefert werden;
- E. in der Erwägung, dass das Rechtssystem einiger US-amerikanischer Bundesstaaten nicht das gleiche Niveau an Garantien aufweist wie die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) und wie die Maßnahmen der Europäischen Union für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union,
- F. in der Erwägung, dass es widersprüchlich ist, ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, wenn mehrere Bürger der Europäischen Union immer noch auf der amerikanischen Militärbasis von Guantánamo festgehalten werden, am Rande der Legalität, sei es des amerikanischen Rechts oder des Völkerrechts und ohne die geringsten Garantien in Bezug auf einen fairen Prozess,
- G. unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 13. Dezember 2001 zu der justiziellen Zusammenarbeit der Europäischen Union mit den Vereinigten Staaten bei der Terrorismusbekämpfung <sup>(2)</sup>, in der die bei den Verhandlungen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika zu beachtenden Grundsätze aufgeführt wurden, und zwar insbesondere Folgendes:
- die EMRK ist uneingeschränkt zu achten, damit die Mindestverfahrensgarantien für ein faires Urteil – wie sie vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bekräftigt wurden – und die allen Mitgliedstaaten ungeachtet ihres Rechtssystems gemein sind, berücksichtigt werden;
  - die Mitgliedstaaten der Europäischen Union dürfen Personen, die vor ein Militärgericht gestellt werden sollen, nicht an die Vereinigten Staaten ausliefern;
  - die Auslieferung darf nicht stattfinden, wenn dem Angeklagten die Todesstrafe droht;
  - es ist darauf zu achten, dass die Datenschutzvorschriften angemessen, wirksam und zeitlich begrenzt sind; ferner ist sicherzustellen, dass keine Speicherung von Daten zulässig ist, die gegen irgendwelche Rechte und Garantien verstoßen würde;
- H. in Kenntnis der Informationen des Ratsvorsitzes über den Verlauf der Verhandlungen, die dieser dem Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten am 17. Februar 2003 und dem Plenum am 14. Mai 2003 mitgeteilt hat,
- I. erfreut über die Entscheidung des Rates, die Geheimhaltung des Inhalts der beiden Entwürfe der Abkommen vor ihrer Unterzeichnung aufzuheben, damit sie im Europäischen Parlament und in den einzelstaatlichen Parlamenten erörtert werden können,

#### **bezüglich der politischen Tragweite der Abkommen**

1. vertritt die Auffassung, dass diese ersten Abkommen in den Bereichen Auslieferung und Rechtshilfe in Strafsachen, wenn sie ratifiziert werden, und sofern die in dieser Empfehlung zum Ausdruck gebrachten Anliegen berücksichtigt werden, zumindest in dreierlei Hinsicht einen wichtigen politischen Fortschritt darstellen würden:
- was die Wirksamkeit der Bekämpfung der internationalen Kriminalität anbelangt, weil sie zwei wichtige Regionen in der Welt wie Europa und die Vereinigten Staaten abdecken und daher anderen vergleichbaren Abkommen mit Ländern wie beispielsweise Russland den Weg ebnen und auch indirekt die Durchführung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die internationale Kriminalität stärken würden;

<sup>(1)</sup> Dok. ST 8295/1/03.

<sup>(2)</sup> ABl. C 177 E vom 25.7.2002, S. 288.

Dienstag, 3. Juni 2003

- was die Stärkung des europäischen Rechtsraums anbelangt, da die Umsetzung der Abkommen die Mitgliedstaaten und bald auch die Beitrittsländer dazu verpflichtet, ihre Beziehungen und ihre Zusammenarbeit zu intensivieren, indem sie zunächst untereinander die unterzeichneten, aber noch nicht ratifizierten europäischen Übereinkommen, die als Grundlage für die Abkommen mit den Vereinigten Staaten herangezogen werden, umsetzen; im Übrigen müsste die Verpflichtung, die internationalen Verpflichtungen zu achten, die Mitgliedstaaten ein für allemal dazu anhalten, die Bestimmungen im Bereich des Datenschutzes auf eine weniger chaotische und willkürliche Weise zu regeln;
- was die Stärkung der Garantien der Angeklagten anbelangt, bekräftigen diese Abkommen die bereits in den bilateralen Abkommen der Mitgliedstaaten mit den Vereinigten Staaten enthaltenen Garantien und fügen die Garantien, die sich aus den europäischen Rechtsvorschriften ergeben, hinzu;

### **bezüglich der rechtlichen und institutionellen Aspekte**

2. empfiehlt, dass in den Abkommen ausdrücklich auf Artikel 6 des EU-Vertrags sowie auf die Charta der Grundrechte der Europäischen Union Bezug genommen wird, damit ihre Bestimmungen bindend sind: zum einen, weil die Union nicht legitimiert ist, über die Befugnisse und Verpflichtungen, die ihr von den Gründungsverträgen auferlegt werden, hinaus zu verhandeln, zum anderen aus Gründen der Aufrichtigkeit den Vereinigten Staaten gegenüber, die weder am Europäischen Konvent noch an den Kontrollmechanismen beteiligt sind und daher nicht überraschend mit den Verpflichtungen konfrontiert werden dürfen, die sich daraus für die Union ergeben; ist der Auffassung, dass eine ausdrückliche Bezugnahme auf die Charta der Grundrechte (gegebenenfalls in den Erklärungen zu den Übereinkommen) zudem äußerst sinnvoll wäre, da sie anlässlich des Europäischen Rates von Nizza am 7. Dezember 2000 feierlich proklamiert wurde;

3. empfiehlt, dass in den Abkommen ausdrücklich jede Form der Zusammenarbeit mit den amerikanischen Sondergerichten und/oder Militärgerichten ausgeschlossen wird und dass jede Diskriminierung zwischen europäischen und amerikanischen Bürgern abgeschafft wird, insbesondere bei der Anwendung des „Patriot Act“ und des „Homeland Security Act“;

4. ist der Auffassung, dass Artikel 13 des Entwurfs eines Abkommens über die Auslieferung das ausdrückliche Verbot enthalten muss, eine Person an die USA auszuliefern, wenn diese Gefahr läuft, dass gegen sie die Todesstrafe entweder verhängt oder vollstreckt wird;

5. bekräftigt seine Besorgnis hinsichtlich der Regelung, die im Bereich des Datenschutzes Anwendung finden wird; ist der Auffassung, dass die Tatsache, dass sich das Abkommen über die Zusammenarbeit in Strafsachen auf Artikel 23 des Übereinkommens – gemäß Artikel 34 des Vertrages über die Europäische Union vom Rat erstellt – vom 29. Mai 2000 über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten<sup>(1)</sup> stützt, nicht befriedigend ist, insofern die Vereinigten Staaten weder Vertragspartei dieses Übereinkommens noch des Übereinkommens des Europarates über Datennetz-Kriminalität (Budapest, 23. November 2001) ist und es daher keine gemeinsamen Grundsätze gibt, auf die man sich (a) hinsichtlich der fairen Verwendung der Daten, (b) ihrer Integrität, (c) der Rechte des Betroffenen, Korrekturen bzw. Streichungen zu bewirken, wenn die Daten nicht korrekt sind, berufen könnte; ist der Auffassung, dass eine sorgfältige Überprüfung der möglichen Auswirkungen der amerikanischen Rechtsvorschriften wie beispielsweise des „Homeland Security Act“ vor der Ratifizierung des betreffenden Abkommens durchgeführt werden müsste, da das US-amerikanische Recht keiner Überprüfung der Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit unterzogen werden muss, wie dies im Europarecht erforderlich ist; empfiehlt, dass die Abkommen Datenschutzgarantien vorsehen, die mindestens den Bestimmungen des Europarates vom 28. Januar 1981 entsprechen;

6. vertritt die Auffassung, dass diese ersten Abkommen angesichts ihrer Tragweite sowie angesichts der Tatsache, dass sie die Grundrechte und -freiheiten betreffen, vom Rat als „grundlegende Weichenstellungen“ sowohl hinsichtlich der Außenpolitik als auch der justiziellen Zusammenarbeit angesehen werden müssen und sich daher zwingend die Konsultation des Parlaments gemäß Artikel 21 und 34 Absatz 2 Buchstabe c und 39 Absatz 1 des EU-Vertrags ergibt; ist der Auffassung, dass die einfache Unterrichtung des Parlaments in der Phase der Ratifizierung – wie vom Rat erwähnt – daher weder aus politischer noch aus konstitutioneller Sicht als befriedigend betrachtet werden kann; fordert den Rat mit Nachdruck auf, das Europäische Parlament formell zu konsultieren, genauso wie die amerikanische Regierung den Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika konsultiert;

7. weist den Rat in Bezug auf das Verfahren darauf hin, dass seine Gepflogenheit, beim Abschluss von Abkommen auf der Grundlage von Artikel 24 des EU-Vertrags sowohl die einzelstaatlichen Parlamente als auch das Europäische Parlament auszuschließen, einen eindeutigen Verstoß gegen den Grundsatz der Demokratie darstellt, auf dem die Union erklärtermaßen beruht (Artikel 6 Absatz 1 EUV);

<sup>(1)</sup> ABl. C 197 vom 12.7.2000, S. 3.

Dienstag, 3. Juni 2003

8. erachtet es als wesentlich, dass diese Abkommen auch den transparenten Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten bilden, auch was die europäischen Einrichtungen wie Europol, Eurojust und OLAF anbelangt, und fordert, dass auch auf parlamentarischer Ebene Gemischte Ausschüsse für die Weiterbehandlung eingesetzt werden, um jeden Konflikt in Bezug auf die Auslegung und jedes Problem betreffend die Durchführung zu vermeiden;
9. empfiehlt in Bezug auf die spezifischen Bestimmungen des Entwurfs eines Abkommens über die Auslieferung, dass
- a) das Ersuchen eines Drittstaates um Auslieferung nicht Vorrang vor dem Ersuchen eines Mitgliedstaats um Überstellung gemäß dem europäischen Haftbefehl hat;
  - b) die Mitgliedstaaten gewährleisten müssen, dass sie, wenn mehrere Auslieferungsersuchen zusammenreffen, ihren Verpflichtungen gemäß den Römischen Verträgen im Hinblick auf die Übergabe an den Internationalen Strafgerichtshof nachkommen;
  - c) die Beitrittsländer und die assoziierten Länder sich dem Gemeinsamen Standpunkt der Europäischen Union zum Internationalen Strafgerichtshof und zur Handhabung von Anträgen der Vereinigten Staaten auf die Unterzeichnung von Immunitätsvereinbarungen anschließen;
10. empfiehlt, dass – was die spezifischen Bestimmungen des Entwurfs eines Abkommens über die Zusammenarbeit in Strafsachen anbelangt – die Abkommen im Bereich des Rechtsbeistands und des sprachlichen Beistands angepasste Bestimmungen enthalten;
11. fordert mit Nachdruck, dass in den Abkommen und in dem Beschluss über die Genehmigung der Unterzeichnung die Einsetzung eines interparlamentarischen Ausschusses über die Weiterbehandlung der betreffenden Abkommen vorgesehen wird;
12. empfiehlt den europäischen Behörden unverzüglich, die Unterzeichnung der Abkommen von einer gerechten Lösung des Problems der Lage der auf Guantánamo festgehaltenen Menschen, insbesondere der europäischen Bürger, abhängig zu machen;

\*

\* \*

13. beauftragt seinen Präsidenten, diese Empfehlung dem Rat und der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer sowie dem Kongress und der Regierung der Vereinigten Staaten zu übermitteln.
-



Mittwoch, 4. Juni 2003

(2004/C 68 E/03)

**PROTOKOLL****ABLAUF DER SITZUNG**

VORSITZ: Pat COX

*Präsident***1. Eröffnung der Sitzung**

Die Sitzung wird um 9.10 Uhr eröffnet.

Der Präsident entschuldigt sich dafür, dass er die Sitzung verspätet eröffnet, da die ausserordentliche Sitzung der Konferenz der Präsidenten länger als vorgesehen gedauert hat.

\*

\* \*

Es spricht Antonio Tajani, der mitteilt, dass er heute Nachmittag an einer Sitzung des Europäischen Konvents in Brüssel teilnehmen muss und deshalb das Plenum in Kürze verlassen wird, so dass er nicht an der Abstimmung teilnehmen kann (der Präsident weist angesichts der Bedeutung einzelner Abstimmungen des heutigen Tages alle Abgeordneten, die sich in der gleichen Lage wie Tajani befinden, darauf hin, dass sie eine Erklärung zu ihrer beabsichtigten Stimmabgabe abgeben können. Diese Erklärung ersetzt zwar nicht die tatsächliche Stimmabgabe, kann jedoch in das Protokoll aufgenommen werden).

**2. Begrüßung**

Der Präsident heißt im Namen des Parlaments den Präsidenten des finnischen Parlaments, Herrn Paavo Lipponen, willkommen, der auf der Ehrentribüne Platz genommen hat.

**3. Mittelübertragungen**

Der Haushaltsausschuss hat den Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. 10/2003 (SEK(2003) 493 — C5-0184/2003) geprüft.

Er hat in Kenntnis der Stellungnahme des Rates die Übertragung gemäß Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 181 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 25. Juni 2002 mit folgender Aufteilung genehmigt:

## HERKUNFT DER MITTEL:

Kapitel B7-96 — Reserve für Verwaltungsausgaben

— Artikel B7-960 Reserve für Verwaltungsausgaben	VE	– 77 800
	ZE	– 174 556

## BESTIMMUNG DER MITTEL

Kapitel B7-66 — Spezifische Aktionen mit Drittländern

— Artikel B7-665A Zusammenarbeit mit industrialisierten Drittländern — Verwaltungsausgaben	VE	77 800
	ZE	174 556

\*

\* \*

Mittwoch, 4. Juni 2003

Der Haushaltsausschuss hat den Vorschlag für eine Mittelübertragung Nr. 11/2003 (SEK(2003) 494 – C5-0185/2003 geprüft.

Er hat die Übertragung gemäß Artikel 24 Absatz 3 und Artikel 181 Absatz 1 der Haushaltsordnung vom 25. Juni 2002 mit folgender Aufteilung genehmigt::

## HERKUNFT DER MITTEL

## Kapitel B0-40 – Vorläufig eingesetzte Mittel

– Posten B7-6600 – Externe Kooperationsmaßnahmen	VE	- 1 600 000
	ZE	- 1 600 000

## BESTIMMUNG DER MITTEL

## Kapitel B7-66 – Spezifische Aktionen mit Drittländern

– Artikel B7-660 – Externe Kooperationsmaßnahmen		
– Posten B7-6600 – Externe Kooperationsmaßnahmen	VE	1 600 000
	ZE	1 600 000

\*

\* \*

#### 4. Vorbereitung des Europäischen Rates in Thessaloniki vom 20./21. Juni 2003 und Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (Erklärungen mit anschließender Aussprache)

Erklärungen des Rates und der Kommission: Vorbereitung des Europäischen Rates in Thessaloniki am 20./21. Juni 2003 und Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder.

Anastasios Giannitsis (amtierender Ratsvorsitzender) und Romano Prodi (Präsident der Kommission) geben Erklärungen ab.

Es sprechen Hans-Gert Poettering im Namen der PPE-DE-Fraktion, Enrique Barón Crespo im Namen der PSE-Fraktion, Graham R. Watson im Namen der ELDR-Fraktion, Francis Wurtz im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Monica Frassoni im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Gerard Collins im Namen der UEN-Fraktion, Jens-Peter Bonde im Namen der EDD-Fraktion, Marco Pannella, fraktionslos, und Jonathan Evans.

VORSITZ: Giorgos DIMITRAKOPOULOS

*Vizepräsident*

Es sprechen Giorgio Napolitano, Joan Vallvé, Alexandros Alavanos, Camilo Nogueira Román, Antonio Mussa, Georges Berthu, Antonios Trakatellis, Ioannis Souladakis, Sarah Ludford, Konstantinos Alyssandrakis, Joost Lagendijk, Doris Pack, Johannes (Hannes) Swoboda, Gérard Caudron, Stockton, Margrietus J. van den Berg, Ursula Stenzel, Robert Goebbels, Karl von Wogau, Anna Terrón i Cusí, Per Stenmarck, Riitta Myller, Anna Karamanou, Anastasios Giannitsis und Romano Prodi.

Zum Abschluss der Aussprache gemäß Artikel 37 Absatz 2 GO eingereichte Entschließungsanträge:

- Joost Lagendijk und Daniel Marc Cohn-Bendit im Namen der Verts/ALE-Fraktion, zum Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (B5-0283/2003),
- Johannes (Hannes) Swoboda im Namen der PSE-Fraktion, zu dem Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (B5-0288/2003),
- Joan Vallvé und Sarah Ludford im Namen der ELDR-Fraktion, zum Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (B5-0289/2003),

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- Gerard Collins, Cristiana Muscardini und Adriana Poli Bortone im Namen der UEN-Fraktion, zum Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (B5-0290/2003),
- Doris Pack im Namen der PPE-DE-Fraktion, zu dem Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (B5-0291/2003),
- Pedro Marset Campos und André Brie im Namen der GUE/NGL-Fraktion, zu den Empfehlungen für den EU-Südosteuropa-Gipfel am 21. Juni 2003 in Thessaloniki (Zagreb II-Prozess) (B5-0294/2003).

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 22 des Protokolls vom 5. Juni 2003.*

VORSITZ: Pat COX

*Präsident*

Es spricht Miguel Angel Martínez Martínez, der mitteilt, dass sich in Spanien, in der Region Castilla-La Mancha, ein verheerendes Zugunglück mit vielen Opfern ereignet hat. Er bittet den Präsidenten, den Familien der Opfer und der Regionalregierung sein Beileid im Namen des Parlaments auszusprechen (der Präsident sichert dies zu).

## **5. Verteidigung der parlamentarischen Immunität**

Maurizio Turco hat am 3. Juni 2003 dem Präsidenten ein Schreiben mit dem Antrag auf Verteidigung der parlamentarischen Immunität von Marco Pannella durch das Parlament übergeben, nachdem dieser aufgrund von Vorgängen in Italien nach einem Strafverfahren in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist.

Der Antrag wurde gemäß Artikel 6 Absatz 3 GO an den JURI-Ausschuss überwiesen.

Es spricht Bruno Gollnisch, der sich unter Hinweis auf diese Mitteilung zur Aufhebung der Immunität von Jean-Marie Le Pen äußert.

## **6. Lebendviehtransporte (Schriftliche Erklärung)**

Die schriftliche Erklärung 4/2003 zu Lebendviehtransporten aus Mitgliedstaaten der EU und den Beitrittsländern, die von den Abgeordneten Charles Tannock, Theresa Villiers, Roger Helmer, Patricia McKenna und Alexander de Roo eingereicht wurde, hat am 3. Juni 2003 die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erhalten und wird somit gemäß Artikel 51 Absatz 4 GO an die Adressaten übermittelt und mit den Namen der Unterzeichner in den Angenommenen Texten dieser Sitzung veröffentlicht (P5\_TA(2003)0251).

Es spricht Charles Tannock, der die Annahme dieser schriftlichen Erklärung begrüßt, und die Kommission, insbesondere David Byrne, auffordert, zu dieser Frage im Plenum eine Erklärung abzugeben.

## **ABSTIMMUNGSSTUNDE**

Die Abstimmungsergebnisse im Einzelnen (Änderungsanträge, gesonderte und getrennte Abstimmungen usw.) sind in Anlage 1 zu diesem Protokoll enthalten.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## 7. Umstrukturierung der EU-Fischerei (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über den Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei [KOM(2002) 600 – C5-0073/2003 – 2003/2039(INI)] – Ausschuss für Fischerei

Berichterstatter: Giovanni Claudio Fava (A5-0162/2003).

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 1)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0240)

## 8. Tagungskalender des Parlaments – 2004 (Abstimmung)

Vorschlag der Konferenz der Präsidenten zur Ergänzung des Beschlusses des Parlaments vom 9. April 2003: Hinzufügung einer elften Tagung von Montag, 3., bis Donnerstag, 6. Mai 2004.

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 2)

Die Hinzufügung einer elften Tagung (3. bis 6. Mai 2004) wird für gebilligt erklärt, nachdem Änderungsantrag 1 abgelehnt wurde.

## 9. Abgeordnetenstatut (Abstimmung)

Bericht: Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments [2003/2004(INI)] – Ausschuss für Recht und Binnenmarkt.

Berichterstatter: Willi Rothley (A5-0193/2003)

(Abstimmung über den Entwurf eines Beschlusses: Punkt 16 des Protokolls vom 3.6.2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 3)

Es spricht Daniel Marc Cohn-Bendit, der auf die Stellungnahme der Kommission zu dem Entwurf eines Beschlusses des Parlaments hinweist und gemäß Artikel 144 GO die Rücküberweisung des Berichts an den Ausschuss beantragt.

Es spricht Klaus-Heiner Lehne zu diesem Antrag.

Das Parlament lehnt den Antrag ab.

Es sprechen Christopher Patten (Mitglied der Kommission) zur Stellungnahme der Kommission und Willi Rothley (Berichterstatter) zu den Gründen für die Einreichung des Änderungsantrags 7 durch die PSE-Fraktion zu Ziffer 5 des Entschließungsantrags.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0241)

Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Ole Krarup trägt vor der Abstimmung zu Änderungsantrag 7 einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 5 vor. Durch die Annahme des Änderungsantrags 7 (Streichung) wird der mündliche Änderungsantrag gegenstandslos.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## 10. Elektrizitätsbinnenmarkt \*\*\*II (Abstimmung)

Empfehlung für die zweite Lesung Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG [15528/2/2002 – C5-0034/2003 – 2001/0077(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Claude Turmes (A5-0136/2003).

(Qualifizierte Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 4)

Es spricht Peter Michael Mombaur (stellvertretender Vorsitzender des ITRE-Ausschusses), der eine Mitteilung zu den drei Empfehlungen für die zweite Lesung (A5-0136, 0135 und 0134/2003) über den Energiebinnenmarkt macht und anschließend die folgende interinstitutionelle Erklärung des Parlaments, des Rates und der Kommission verliest: „Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission unterstreichen die Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass angemessene finanzielle Ressourcen für Stilllegungs- und Abfallbewirtschaftungstätigkeiten, die in den Mitgliedstaaten Gegenstand einer Rechnungsprüfung sind, tatsächlich für den Zweck, für den sie vorgesehen wurden, verwendet und in transparenter Weise verwaltet werden, um Hindernisse für einen fairen Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu vermeiden.“ Er bittet den Präsidenten, diese Erklärung im Namen des Parlaments zu unterzeichnen und ihre Veröffentlichung im Amtsblatt zu veranlassen. (Der Präsident sichert dies zu).

Es sprechen Claude Turmes (Berichterstatter), der die Kommission an ihr Versprechen erinnert, zwei Richtlinienvorschläge zu zusammenhängenden Themen vorzulegen, und darauf hinweist, dass der zweite Richtlinienvorschlag betreffend die Energieeffizienzdienste immer noch nicht vorgelegt wurde, und Christopher Patten (Mitglied der Kommission), der antwortet, dass die Kommission im Laufe dieses Jahres einen entsprechenden Richtlinienvorschlag vorlegen wird.

GEMEINSAMER STANDPUNKT DES RATES

In der geänderten Fassung für gebilligt erklärt (P5\_TA(2003)0242).

Wortmeldungen zur Abstimmung:

– Claude Turmes zieht Änderungsantrag 52 im Namen der Verts/ALE-Fraktion zurück.

## 11. Erdgasbinnenmarkt \*\*\*II (Abstimmung)

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG [15531/2/2002 – C5-0035/2003 – 2001/0077(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Bernhard Rapkay (A5-0135/2003).

(Qualifizierte Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 5)

GEMEINSAMER STANDPUNKT DES RATES

In der geänderten Fassung für gebilligt erklärt (P5\_TA(2003)0243).

## 12. Grenzüberschreitender Stromhandel \*\*\*II (Abstimmung)

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel [15527/2/2002 – C5-0036/2003 – 2001/0078(COD)] – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Peter Michael Mombaur (A5-0134/2003).

(Qualifizierte Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 6)

GEMEINSAMER STANDPUNKT DES RATES

In der geänderten Fassung für gebilligt erklärt (P5\_TA(2003)0244).

Mittwoch, 4. Juni 2003

### 13. Transeuropäische Netze im Energiebereich \*\*\*II (Abstimmung)

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG (15767/2/2002 – C5-0033/2003 – 2001/0311(COD)) – Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie

Berichterstatter: Nicholas Clegg (A5-0132/2003).

(Qualifizierte Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 7)

GEMEINSAMER STANDPUNKT DES RATES

In der geänderten Fassung für gebilligt erklärt (P5\_TA(2003)0245).

### 14. Grenzüberschreitende Verbringung genetisch veränderter Organismen \*\*\*II (Abstimmung)

Empfehlung für die zweite Lesung betreffend den Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Verbringung genetisch veränderter Organismen (15546/1/2002 – C5-0081/2003 – 2002/0046(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatter: Jonas Sjöstedt (A5-0154/2003)

(Qualifizierte Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 8)

GEMEINSAMER STANDPUNKT DES RATES

In der geänderten Fassung für gebilligt erklärt (P5\_TA(2003)0246).

Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Der Berichterstatter empfiehlt dem Plenum vor der Abstimmung angesichts der politischen Einigung, die Blöcke 2 und 3 zurückzuziehen.

### 15. Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe \*\*\*I (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates (KOM(2002) 780 – C5-0629/2002 – 2002/0310(COD)) – Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr

Berichterstatter: Wilhelm Ernst Piecyk (A5-0144/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 9)

Es spricht der Berichterstatter, der das Plenum auffordert, in Anbetracht der mit Rat und Kommission erzielten Einigung nur für die Änderungsanträge des RETT-Ausschusses zu stimmen. Er weist ferner darauf hin, dass die Änderungsanträge 33 und 34 der ELDR-Fraktion zurückgezogen wurden, was Herman Vermeer im Namen seiner Fraktion bestätigt.

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0247).

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0247)

Mittwoch, 4. Juni 2003

## 16. Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen \*\*\*I (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (KOM(2002) 595 — C5-0558/2002 — 2002/0259(COD)) — Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatter: Alexander de Roo (A5-0151/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 10)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0248).

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA-2003)0248)

## 17. Schutz von jungen Meerestieren \* (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Erhaltung der Fischereiresourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren (KOM(2002) 672 — C5-0026/2003 — 2002/0275(CNS)) — Ausschuss für Fischerei

Berichterstatter: Ian Stewart Hudgton (A5-0168/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 11)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0249).

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0249)

## 18. Steuerung des Fischereiaufwands \* (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiresourcen der Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 (KOM(2002) 739 — C5-0030/2003 — 2002/0295(CNS)) — Ausschuss für Fischerei

Berichterstatter: Struan Stevenson (A5-0165/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 12)

Es sprechen der Berichterstatter zur portugiesischen Fassung von Änderungsantrag 20, Daniel Varela Suanzes-Carpegna, der auf Artikel 140 Absatz 1 Buchstaben b und c GO verweist und die Auffassung vertritt, dass Änderungsantrag 20, durch dessen Annahme sämtliche übrigen Änderungsanträge und der Kommissionsvorschlag hinfällig würden, unzulässig ist, der Berichterstatter und José Ribeiro e Castro, die beide gegen diese Ausführungen protestieren.

Der Präsident beschließt, Änderungsantrag 20 für zulässig zu erklären, da er zwar auf die Streichung bestimmter Textteile abzielt, nicht aber auf die Streichung des gesamten Texts.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0250)

## ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0250)

\*  
\*   \*   \*

*Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung:*

Die schriftlichen Erklärungen zur Abstimmung gemäß Artikel 137 Absatz 3 GO sind im Ausführlichen Sitzungsbericht enthalten.

*Mündliche Erklärungen zur Abstimmung:*

Bericht Rothley — A5-0193/2003: Hiltrud Breyer, Patricia McKenna

Empfehlung für die zweite Lesung Claude Turmes — A5-0136/2003: Hiltrud Breyer

Bericht Hudghton — A5-0168/2003: Catherine Stihler

Bericht Stevenson — A5-0165/2003: Catherine Stihler, Patricia McKenna im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Camilo Nogueira Román

*Berichtigungen des Stimmverhaltens:*

Ergänzung des Tagungskalenders des Parlaments — 2004:

- Änderungsantrag 1  
*dagegen:* Sylviane H. Ainardi, Marie-Françoise Garaud, Francis Wurtz

Bericht Rothley — A5-0193/2003

- Entschließungsantrag  
*dagegen:* Robert William Sturdy, David Robert Bowe

Empfehlung für die zweite Lesung Claude Turmes — A5-0136/2003

- Block 1  
*dafür:* Paul A.A.J.G. Lannoye  
*dagegen:* Eurig Wyn
- Änderungsantrag 57  
*dagegen:* Eurig Wyn
- Änderungsantrag 58  
*dagegen:* Eurig Wyn

Empfehlung für die zweite Lesung Bernhard Rapkay — A5-0135/2003

- Block 1  
*dafür:* Brian Crowley

Bericht Wilhelm Ernst Piecyk — A5-0144/2003

- Änderungsantrag 28  
*dagegen:* Catherine Lalumière



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Bericht Hudghton – A5-0168/2003:

- Änderungsantrag 8  
*dafür:* Othmar Karas, Dominique Vlasto, Marie-Thérèse Hermange
- Änderungsantrag 9  
*Enthaltung:* Efstratios Korakas
- Änderungsantrag 10  
*dafür:* Dominique Vlasto, Marie-Thérèse Hermange  
*Enthaltung:* Efstratios Korakas

**ENDE DER ABSTIMMUNGSSTUNDE**

*(Die Sitzung wird von 13.15 Uhr bis 15.00 Uhr unterbrochen.)*

VORSITZ: Giorgos DIMITRAKOPOULOS

*Vizepräsident*

**19. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung**

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

**20. Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union (Aussprache)**

Bericht: Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäische Union [KOM(2002) 700 – C5-0104/2003 – 2000/2014(COS)] – Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik

Berichterstatter: Arie M. Oostlander (A5-0160/2003)

Arie M. Oostlander erläutert seinen Bericht.

Es sprechen Anastasios Giannitsis (amtierender Ratsvorsitzender) und Günther Verheugen (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Geoffrey Van Orden im Namen der PPE-DE-Fraktion, Johannes (Hannes) Swoboda im Namen der PSE-Fraktion, Bob van den Bos im Namen der ELDR-Fraktion, Feleknas Uca im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Joost Lagendijk im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Bastiaan Belder im Namen der EDD-Fraktion, Mario Borghesio, fraktionslos, Christos Zacharakis, Alexandros Baltas, Jean-Thomas Nordmann, Nelly Maes, Werner Langen, Ozan Ceyhun, Per-Arne Arvidsson, Michael Cashman, Gianfranco Dell'Alba, Jas Gawronski, Véronique De Keyser und Renate Sommer.

VORSITZ: Charlotte CEDERSCHIÖLD

*Vizepräsidentin*

Es spricht Vitaliano Gemelli.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 23 des Protokolls vom 5. Juni 2003*

**21. Transatlantische Beziehungen (Aussprache)**

Mündliche Anfrage von Elmar Brok im Namen des AFET-Ausschusses an den Rat: Eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für das dritte Jahrtausend (B5-0094/2003).

Mittwoch, 4. Juni 2003

Mündliche Anfrage von Elmar Brok im Namen des AFET-Ausschusses an die Kommission: Eine erneuerte transatlantische Partnerschaft für das dritte Jahrtausend (B5-0095/2003).

Nicholson of Winterbourne (in Vertretung) erläutert die mündlichen Anfragen.

Anastasios Giannitsis (amtierender Ratsvorsitzender) und Christopher Patten (Mitglied der Kommission) beantworten die Anfragen.

Es sprechen James E.M. Elles im Namen der PPE-DE-Fraktion, Raimon Obiols i Germà im Namen der PSE-Fraktion, Bob van den Bos im Namen der ELDR-Fraktion, Pedro Marset Campos im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Daniel Marc Cohn-Bendit im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Gerard Collins im Namen der UEN-Fraktion, Bastiaan Belder im Namen der EDD-Fraktion, Ilkka Suominen, Jan Marinus Wiersma, Yasmine Boudjenah, Franz Turchi, James Nicholson, Harlem Désir und Geoffrey Van Orden.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 21 des Protokolls vom 19. Juni 2003.*

## **22. Wahlen in Nigeria** (Erklärung mit anschließender Aussprache)

Erklärung der Kommission: Wahlen in Nigeria

Christopher Patten (Mitglied der Kommission) gibt die Erklärung ab.

Es sprechen John Alexander Corrie im Namen der PPE-DE-Fraktion, und Margrietus J. van den Berg im Namen der PSE-Fraktion.

Zum Abschluss der Aussprache gemäß Artikel 37 Absatz 2 GO eingereichte Entschließungsanträge:

- Nelly Maes, Caroline Lucas, Didier Rod und Paul A.A.J.G. Lannoye im Namen der Verts/ALE-Fraktion zu Nigeria (B5-0285/2003)
- John Alexander Corrie und Charles Tannock im Namen der PPE-DE-Fraktion zu den Wahlen in Nigeria (B5-0286/2003)
- Margrietus J. van den Berg und Martin Schulz im Namen der PSE-Fraktion zu den Wahlen in Nigeria (B5-0292/2003)
- Luisa Morgantini im Namen der GUE/NGL-Fraktion zu den Wahlen in Nigeria (B5-0295/2003)
- Maria Johanna (Marieke) Sanders-ten Holte im Namen der ELDR-Fraktion zu den Wahlen in Nigeria (B5-0296/2003)

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 24 des Protokolls vom 5. Juni 2003.*

VORSITZ: Alonso José PUERTA

Vice-président

## **23. Fragestunde** (Anfragen an den Rat)

Das Parlament prüft eine Reihe von Anfragen an den Rat (B5-0097/2003).

Josu Ortuondo Larrea, der auf die Artikel 6 und 7 des EU-Vertrags verweist und erklärt, dass er zwei Anfragen an den Rat gerichtet hat, die seiner Ansicht nach Fälle von Menschenrechtsverletzungen durch José Maria Aznar und die spanische Regierung betreffen; er protestiert dagegen, dass der Präsident des Parlaments diese Anfragen für unzulässig erklärt hat (der Präsident erwidert, dass die Entscheidung des Präsidenten des Parlaments im Einklang mit der Geschäftsordnung steht). Ortuondo Larrea vertritt

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

demgegenüber die Auffassung, dass er die Geschäftsordnung sehr wohl beachtet hat, da er lediglich Fragen bezüglich Menschenrechtsverletzungen gestellt hat, die gemäß Artikel 6 und 7 des EU-Vertrags sowohl in die Zuständigkeit des Parlaments als auch in die Zuständigkeit des Rates fallen.

**Anfrage 1** von Sarah Ludford: Illegaler Menschenhandel.

Anastasios Giannitsis (amtierender Ratsvorsitzender) beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Sarah Ludford und Claude Moraes.

Camilo Nogueira Román der darauf hinweist, dass eine Anfrage von Lennart Sacrédeus zu den Menschenrechten in Kuba berücksichtigt wurde, während seine Anfrage zum Irak für unzulässig erklärt wurde. Er fragt nach dem Grund für diese Diskriminierung, die er als Zensur bezüglich des Irak empfindet (der Präsident schlägt ihm vor, sich für weitere Informationen an den Präsidenten des Parlaments zu wenden). Camilo Nogueira Román fordert, dass seine Ausführungen in vollem Umfang an den Präsidenten des Parlaments übermittelt werden (der Präsident antwortet, dass der Präsident des Parlaments durch den ausführlichen Sitzungsbericht davon Kenntnis erlangen wird)

**Anfrage 2** von Alexandros Alavanos: Netz für epidemiologische Überwachung

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie eine Zusatzfrage von Alexandros Alavanos.

**Anfrage 3** von Bernd Posselt: EU-Ukraine

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Bernd Posselt und Lennart Sacrédeus.

Paul Rübzig, der eine weitere Frage an Anastasios Giannitsis stellt; dieser bittet ihn, die Frage an die Kommission zu richten.

**Anfrage 4** von Ioannis Marinos: Probleme bei der Finanzierung von GALILEO

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage.

Ioannis Marinos, der eine Zusatzfrage an Anastasios Giannitsis richtet; dieser bittet ihn, die Frage an die Kommission zu richten

Alexander Radwan richtet eine weitere Frage an Anastasios Giannitsis, die dieser beantwortet.

**Anfrage 5** von Paulo Casaca: Liste der terroristischen Organisationen

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Paulo Casaca, Olivier Dupuis, Maurizio Turco.

**Anfrage 6** von Lennart Sacrédeus: Missachtung der Menschenrechte in Kuba

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Lennart Sacrédeus, José Ribeiro e Castro, Efstratios Korakas.

Efstratios Korakas für eine persönliche Bemerkung im Anschluss an die Antwort von Anastasios Giannitsis.

**Anfrage 7** von Claude Moraes: Tagung des Rates im Juni in Thessaloniki

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Claude Moraes, Paul Rübzig.

Anfrage 8 ist hinfällig, da das fragstellende Mitglied nicht anwesend ist.

**Anfrage 9** von Richard Howitt: Vorgeschlagene EU-Agentur für Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten.

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie eine Zusatzfrage von Richard Howitt.

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Anfrage 10** von Olivier Dupuis: Nuklearwaffenprogramm des iranischen Regimes

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie die Zusatzfragen von Olivier Dupuis und Paulo Casaca.

**Anfrage 11** von Gianfranco Dell'Alba: Von Iran geförderte Destabilisierung im Nahen Osten

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie eine Zusatzfrage von Gianfranco Dell'Alba.

**Anfrage 12** von Maurizio Turco: Anthrax-Programm des iranischen Regimes

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage.

Maurizio Turco

**Anfrage 13** von Marco Cappato: Demokratie und Menschenrechte in Iran

Anastasios Giannitsis beantwortet die Frage sowie eine Zusatzfrage von Marco Cappato.

Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet.

Der Teil der Fragestunde mit Anfragen an den Rat ist geschlossen.

## 24. Zusammensetzung des Parlaments

Karel C.C. Dillen und Frank Vanhecke haben schriftlich ihren Rücktritt als Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 31. Mai 2003, bzw. 5. Juni 2003 mitgeteilt.

Das Parlament stellt gemäß Artikel 8 GO sowie gemäß Artikel 12 Absatz 2 Unterabsatz 2 des Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments das Freiwerden dieses Sitzes fest und unterrichtet den betreffenden Mitgliedstaat hierüber.

*(Die Sitzung wird von 19.15 Uhr bis 21.05 Uhr unterbrochen.)*

VORSITZ: Catherine LALUMIÈRE

Vizepräsidentin

## 25. Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten – Anwendung der offenen Koordinierungsmethode (Aussprache)

Bericht: Analyse der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und über die Zukunftsaussichten [2002/2223(INI)] – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten – Berichterstatterin: Miet Smet (A5-0143/2003).

Mündliche Anfrage von Michel Rocard im Namen des CULT-Ausschusses an die Kommission betreffend die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode (B5-0096/2003).

Miet Smet erläutert ihren Bericht.

Ulpu Iivari (in Vertretung des fragestellenden Mitglieds) erläutert die mündliche Anfrage.

Es spricht Anna Diamandopoulou (Mitglied der Kommission), die insbesondere die Anfrage beantwortet.

Es sprechen Doris Pack im Namen der PPE-DE-Fraktion, Gianni Vattimo im Namen der PSE-Fraktion, Johanna L.A. Boogerd-Quaak im Namen der ELDR-Fraktion, Herman Schmid im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Jean Lambert im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Brian Crowley im Namen der UEN-Fraktion, Bartho Pronk, Alejandro Cercas, Raina A. Mercedes Echerer, Thomas Mann, Vasco Graça Moura, Ruth Hieronymi und Gabriele Stauner.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Zum Abschluss der Aussprache gemäß Artikel 42 Absatz 5 GO eingereichte Entschließungsanträge:

- Michel Rocard, im Namen des Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport, zur Anwendung der offenen Methode der Koordinierung (B5-0282/2003).

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 25 des Protokolls vom 5. Juni 2003.*

**26. Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer (Aussprache)**

Bericht: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Rahmenbedingungen für die Förderung der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer (KOM(2002) 364 – C5-0527/2002 – 2002/2243(INI)) – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten  
Berichtersteller: Winfried Menrad (A5-0150/2003).

Winfried Menrad erläutert seinen Bericht.

Es spricht Anna Diamandopoulou (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Philip Bushill-Matthews im Namen der PPE-DE-Fraktion, Barbara Weiler im Namen der PSE-Fraktion, Ilda Figueiredo im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Lisbeth Grönfeldt Bergman und Harald Ettl.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 11 des Protokolls vom 5. Juni 2003.*

**27. Frauen und Sport (Aussprache)**

Bericht: Frauen und Sport [2002/2280(INI)] – Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit  
Berichterstellerin: Geneviève Fraisse (A5-0167/2003).

Geneviève Fraisse erläutert ihren Bericht.

Es spricht Anna Diamandopoulou (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Sabine Zissener im Namen der PPE-DE-Fraktion, Olga Zrihen im Namen der PSE-Fraktion, Ilda Figueiredo im Namen der GUE/NGL-Fraktion, Uma Aaltonen im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Theresa Zabell, Anna Karamanou, Thomas Mann, Christa Prets und Hans Karlsson.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 27 des Protokolls vom 5. Juni 2003.*

**28. Tagesordnung der nächsten Sitzung**

Die Tagesordnung für die Sitzung am folgenden Tag wurde bereits festgelegt (Dokument „Tagesordnung“ PE 331.504 PDO//JE).

**29. Schluss der Sitzung**

Die Sitzung wird um 23.15 Uhr geschlossen.

Julian Priestley  
Generalsekretär

Renzo Imbeni  
Vizepräsident

---

Mittwoch, 4. Juni 2003

## ANWESENHEITSLISTE

Unterzeichnet haben:

Aaltonen, Ahern, Ainarði, Alavanos, Alyssandrakis, Andersen, Andersson, Andreasen, Andrews, Aparicio Sánchez, Arvidsson, Atkins, Attwooll, Auroi, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bakopoulos, Balfe, Baltas, Banotti, Barón Crespo, Bartolozzi, Bastos, Bautista Ojeda, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Belder, Berend, Berenguer Fuster, van den Berg, Berlato, Bernié, Berthu, Bethell, Beysen, Bigliardo, Blak, Blokland, Bodrato, Böge, Bösch, von Boetticher, Bonde, Bonino, Boogerd-Quaak, Booth, Borghezio, van den Bos, Boudjenah, Boumediene-Thiery, Bourlanges, Bouwman, Bowe, Bowis, Bradbourn, Breyer, Brie, Brienza, Brunetta, Buitenweg, Bullmann, van den Burg, Bushill-Matthews, Busk, Butel, Callanan, Camisón Asensio, Campos, Camre, Cappato, Carlotti, Carraro, Casaca, Cashman, Caudron, Cederschiöld, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cohn-Bendit, Collins, Corbey, Cornillet, Corrie, Paolo Costa, Raffaele Costa, Coûteaux, Cox, Crowley, Cunha, van Dam, Darras, Daul, Davies, De Clercq, Dehousse, De Keyser, Dell'Alba, Della Vedova, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, Désir, De Veyres, Dhaene, Díez González, Di Lello Finuoli, Dimitrakopoulos, Di Pietro, Doorn, Dover, Doyle, Dührkop, Dührkop, Duhamel, Duin, Dupuis, Ebner, Echerer, Elles, Eriksson, Esclopé, Ettl, Jillian Evans, Jonathan Evans, Robert J.E. Evans, Färm, Fatuzzo, Fava, Ferber, Fernández Martín, Ferreira, Ferrer, Ferri, Fiebigger, Figueiredo, Fiori, Fitzsimons, Flautre, Flemming, Flesch, Florenz, Folias, Ford, Formentini, Foster, Fourtou, Frahm, Fraise, Frassoni, Friedrich, Fruteau, Gahler, Gahrton, Galeote Quecedo, Garaud, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garot, Garriga Polledo, Gasòliba i Böhm, Gawronski, Gebhardt, Gemelli, Ghilardotti, Gill, Gillig, Gil-Robles Gil-Delgado, Glante, Glase, Goebbels, Görlach, Gollnisch, Gomolka, González Álvarez, Goodwill, Gorostiaga Atxalandabaso, Graefe zu Baringdorf, Graça Moura, Gröner, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Guy-Quint, Hager, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Haug, Hazan, Heaton-Harris, Hedkvist Petersen, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Herzog, Hieronymi, Hoff, Honeyball, Howitt, Hudghton, Hughes, Huhne, van Hulten, Hume, Hyland, Iivari, Ilgenfritz, Imbeni, Inglewood, Isler Béguin, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Jensen, Jöns, Jonckheer, Jové Peres, Junker, Karamanou, Karas, Karlsson, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Keßler, Khanbhai, Kindermann, Glenys Kinnock, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korakas, Korhola, Koukiadis, Koulourianos, Krarup, Kratsa-Tsagaropoulou, Kreissl-Dörfler, Kronberger, Kuckelkorn, Kuhne, Kuntz, Lage, Lagendijk, Lalumière, Lambert, Lang, Lange, Langen, Langenhagen, Lannoye, de La Perrière, Laschet, Lavarra, Lechner, Lehne, Leinen, Liese, Linkohr, Lipietz, Lisi, Lombardo, Lucas, Ludford, Lulling, Lund, Lynne, Maat, Maaten, McCarthy, McCartin, McCormick, McKenna, McMillan-Scott, McNally, Maes, Malliori, Manders, Manisco, Erika Mann, Thomas Mann, Marini, Marinos, Markov, Marsel Campos, David W. Martin, Hans-Peter Martin, Hugues Martin, Martínez, Martínez Martínez, Mastella, Mastorakis, Mathieu, Matikainen-Kallström, Mauro, Hans-Peter Mayer, Xaver Mayer, Mayol i Raynal, Medina Ortega, Meijer, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Mennea, Mennitti, Menrad, Messner, Miguélez Ramos, Miller, Miranda, Modrow, Mombaur, Monsonís Domingo, Montfort, Moraes, Moreira Da Silva, Morgantini, Morillon, Emilia Franziska Müller, Rosemarie Müller, Mulder, Muscardini, Musotto, Mussa, Myller, Nair, Napoletano, Napolitano, Naranjo Escobar, Nassauer, Newton Dunn, Nicholson, Nicholson of Winterbourne, Niebler, Nisticò, Nobilia, Nogueira Román, Nordmann, Obiols i Germà, Ojeda Sanz, Olsson, Ó Neachtain, Onesta, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Ortuondo Larrea, Paasilinna, Pacheco Pereira, Pack, Paisley, Pannella, Papayannakis, Parish, Pasqua, Pastorelli, Patakis, Patrie, Paulsen, Pérez Álvarez, Pérez Royo, Roy Perry, Pesälä, Piecyk, Piétrasanta, Pirker, Piscarreta, Pittella, Plooi-j-van Gorsel, Podestà, Poettering, Pohjamo, Poignant, Pomés Ruiz, Poos, Posselt, Prets, Procacci, Pronk, Provan, Purvis, Queiró, Quisthoudt-Rowohl, Rack, Radwan, Randzio-Plath, Rapkay, Raschhofer, Raymond, Read, Redondo Jiménez, Ribeiro e Castro, Ries, Riis-Jørgensen, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rocard, Rod, Rodríguez Ramos, de Roo, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Rovsing, Rübige, Rühle, Ruffolo, Sacconi, Sacrédeus, Saint-Josse, Sakellariou, Salafranca Sánchez-Neyra, Sandbæk, Sanders-ten Holte, Santer, Santini, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schaffner, Scheele, Schierhuber, Schleicher, Gerhard Schmid, Herman Schmid, Olle Schmidt, Schmitt, Schnellhardt, Schöring, Ilka Schröder, Jürgen Schröder, Schroedter, Schulz, Schwaiger, Segni, Seppänen, Sichrovsky, Simpson, Sjöstedt, Smet, Soares, Sommer, Sornosa Martínez, Souchet, Souladakis, Sousa Pinto, Speroni, Staes, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sterckx, Stevenson, Stihler, Stirbois, Stockmann, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Swiebel, Swoboda, Sørensen, Tajani, Tannock, Terrón i Cusí, Theato, Thomas-Mauro, Thors, Thyssen, Titley, Torres Marques, Trakatellis, Trentin, Tsatsos, Turchi, Turco, Turmes, Uca, Vachetta, Väyrynen, Vairinhos, Valdivielso de Cué, Valenciano Martínez-Orozco, Vallvé, Van Brempt, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, Vattimo, van Velzen, Vermeer, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vinci, Virrankoski, Vlasto, Volcic, Wachtmeister, Wallis, Walter, Watson, Watts, Weiler, Wenzel-Perillo, Whitehead, Wieland, Wiersma, Wijkman, von Wogau, Wuori, Wurtz, Wyn, Wynn, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zimeray, Zimmerling, Zissener, Zorba, Zrihen,

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

## Beobachter

A. Nagy László, Bagó Zoltán, Balla Mihály, Balsai István, Bastys Mindaugas, Bekasovs Martijans, Beneš Miroslav, Beňová Monika, Béreš Imrich, Berg Eiki, Bielan Adam, Bobelis Kazys Jaunutis, Bonnici Josef, Christodoulidis Doros, Chronowski Andrzej, Chrzanowski Zbigniew, Cilevičs Boriss, Cybulski Zygmunt, Czinege Imre, Didžiokas Gintaras, Ékes József, Fajmon Hyněk, Falbr Richard, Filipek Krzysztof, Gałazewski Andrzej, Gawłowski Andrzej, Grabowska Genowefa, Gruber Attila, Grzebisz-Nowicka Zofia, Grzyb Andrzej, Gurmai Zita, Gyürk András, Hegyi Gyula, Ilves Toomas Hendrik, Jakič Roman, Kamiński Michał Tomasz, Kelemen András, Kiršteins Aleksandrs, Klich Bogdan, Kłopotek Eugeniusz, Klukowski Waclaw, Kolář Robert, Kozlík Sergej, Kreitzberg Peeter, Kriščiūnas Kęstutis, Kroupa Daniel, Kubovič Pavol, Kušķis Aldis, Kuzmickas Kęstutis, Kvietkauskas Vytautas, Lisak Janusz, Litwiniec Bogusław, Lydeka Arminas, Łyżwiński Stanisław, Maldeikis Eugenijus, Mallotová Helena, Manninger Jenő, Matsakis Marios, Mavrou Eleni, Óry Csaba, Ouzký Miroslav, Palečková Alena, Pasternak Agnieszka, Pęczak Andrzej, Pieniążek Jerzy, Ploķsto Artur, Podgórski Bogdan, Podobnik Janez, Pospíšil Jiří, Protasiewicz Jacek, Reiljan Janno, Rouček Libor, Rutkowski Krzysztof, Sefzig Luděk, Ševc Jozef, Smorawiński Jerzy, Šulák Petr, Surján László, Syllouris Dimitrios, Szabó Zoltán, Szczygło Aleksander, Tabajdi Csaba, Vaculík Josef, Vadai Ágnes, Valys Antanas, Vareikis Egidijus, Vári Gyula, Vella George, Vėsaitė Birutė, Widuch Marek, Wikiński Marek, Wiśniowska Genowefa, Wojciechowski Janusz, Záborská Anna, Żenkiewicz Marian, Žiak Rudolf,

---

## ANLAGE I

## ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN

## Erklärung der Abkürzungen und Symbole

+	angenommen
-	abgelehnt
↓	hinfällig
Z	zurückgezogen
NA (... , ... , ...)	namentliche Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
EA (... , ... , ...)	elektronische Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
getr.	getrennte Abstimmungen
ges.	gesonderte Abstimmungen
Änd.	Änderungsantrag
K	Kompromissänderungsantrag
entspr.	entsprechender Teil
S	Streichung
=	identische Änderungsanträge
§	Absatz/Ziffer/Nummer
Art.	Artikel
Erw.	Erwägung
Entschl.antr.	Entschließungsantrag
Entschl.antr.	gemeinsamer Entschließungsantrag
Geh.	Geheime Abstimmung

## 1. Umstrukturierung der EU-Fischerei

Bericht: FAVA (A5-0162/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
einzig Abst.			+

## 2. Tagungskalender des Parlaments – 2004

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Woche 19	1 (*)	VAN HULTEN et al.	NA	-	176, 323, 12

(\*) Änd. 1 = Tagung mit 3 Tagen (Montag, 3. Mai, bis Mittwoch, 5. Mai 2004).

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE Änd. 1



Mittwoch, 4. Juni 2003

**3. Abgeordnetenstatut**

Bericht: ROTHLEY (A5-0193/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag</b>					
§ 5	7 S	PSE	NA	+	365, 137, 22
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	323, 167, 36

Anträge auf namentliche Abstimmung

Verts/ALE Schlussabstimmung

EDD Änd. 7, Schlussabstimmung

**4. Elektrizitätsbinnenmarkt \*\*\*II**

Empfehlung für die zweite Lesung: TURMES (A5-0136/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Vorschlag zur Ablehnung des Gemeinsamen Standpunktes</b>	53 = 59 =	GUE/NGL et al. EDD	NA	-	102, 412, 10
gesamter Text	Block 1	<b>Ausschuss</b>	NA	+	423, 94, 4
Artikel 9 Buchstabe c	56	GUE/NGL+Désir		-	
Artikel 26 § 1	57	GUE/NGL et al.	NA	-	99, 420, 2
Anhang A	58	WURTZ et al.	NA	-	93, 423, 2
Erwägung 2	54	GUE/NGL et al.		↓	
Erwägung 4	55	GUE/NGL et al.		-	
nach Erwägung 29	52	Verts/ALE		Z	

Der Industriausschuss zieht die Änderungsanträge 1 bis 25 (inkl.) zurück.

Block 1 = Änderungsanträge 26-51

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE Block 1

GUE/NGL Änd. 53, 58

UEN Änd. 57

EDD Änd. 53

**5. Erdgasbinnenmarkt \*\*\*II**

Empfehlung für die zweite Lesung: RAPKAY (A5-0135/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Vorschlag zur Ablehnung des Gemeinsamen Standpunktes</b>	36 = 37 =	EDD GUE/NGL et al.	NA	-	103, 411, 5
gesamter Text	Block 1	<b>Ausschuss</b>	NA	+	417, 93, 4

Mittwoch, 4. Juni 2003

Der Industrieausschuss zieht die Änderungsanträge 1 bis 20 (inkl.) zurück.

Block 1 = Änderungsanträge 21-35, 38-42

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE Block 1  
GUE/NGL Änd. 37  
EDD Änd. 36

## 6. Grenzüberschreitender Stromhandel \*\*\*II

Empfehlung für die zweite Lesung: MOMBAUR (A5-0134/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
gesamter Text	Block 1	<b>Ausschuss</b>	NA	+	436, 84, 1
Artikel 6	6*	FIORI et al.		<b>unzulässig</b>	<b>Artikel 140, 3 GO</b>

Der Industrieausschuss zieht die Änderungsanträge 1 bis 5 (inkl.) zurück.

Block 1 = Änderungsanträge 7-10

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE Block 1

## 7. Transeuropäische Netze im Energiebereich \*\*\*II

Empfehlung für die zweite Lesung: CLEGG (A5-0132/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	9-13	<b>Ausschuss</b>		+	

Der Industrieausschuss zieht die Änderungsanträge 1 bis 8 (inkl.) zurück.

## 8. Grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen \*\*\*II

Empfehlung für die zweite Lesung: SJÖSTEDT (A5-0154/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
gesamter Text	Block 1	GUE/NGL + PPE-DE + PSE + ELDR + Verts/ALE + EDD		+	
	Block 2	<b>Ausschuss</b>		↓	
gesamter Text	Block 3	<b>Ausschuss</b>		-	

Block 1 = 19-26

Block 2 = 2-4, 6, 7, 9, 16, 17

Block 3 = 1, 5, 8, 10-15, 18

Mittwoch, 4. Juni 2003

**9. Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe \*\*\*II**

Empfehlung für die zweite Lesung: PIECYK (A5-0144/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1	<b>Ausschuss</b>		+	
	3-6				
	9-17				
	19				
	21				
	23-25				
<b>Änderungsantrag des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmung</b>	20	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 2 § 1	27	Verts/ALE		-	
	8	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 3	28	Verts/ALE	NA	-	107, 401, 11
Artikel 4 § 1	29	Verts/ALE	NA	-	102, 406, 8
Artikel 4 § 2	30	Verts/ALE	NA	-	119, 392, 6
	18	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 5 § 1	31	Verts/ALE		-	
	22	<b>Ausschuss</b>		+	
nach Artikel 7	32	Verts/ALE	NA	-	96, 407, 18
nach Erwägung 4	26	Verts/ALE		-	
nach Erwägung 5	33	ELDR		Z	
	2	<b>Ausschuss</b>		+	
nach Erwägung 7	34	ELDR		Z	
	7	<b>Ausschuss</b>	NA	+	471, 43, 7
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>			NA	+	501, 5, 14

Anträge auf namentliche Abstimmung

PSE: Schlussabstimmung

ELDR: Änd. 7

Verts/ALE: Änd. 28, 29, 30, 32

Anträge auf gesonderte Abstimmung

Verts/ALE Änd. 20

Mittwoch, 4. Juni 2003

**10. Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen \*\*\*I**

Bericht: DE ROO (A5-0151/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	2-3	<b>Ausschuss</b>		+		
	5-8					
	15-18					
	22					
	24-27					
	29-31					
	33 37					
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	1	<b>Ausschuss</b>	ges./EA	+	301, 200, 4	
	4	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
	10	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
	20	<b>Ausschuss</b>	ges./EA	-	235, 270, 8	
	21	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
	23	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
	28	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
	32	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
Artikel 2	38	PPE-DE		+		
	39	PPE-DE		+		
Artikel 4a	41	Verts/ALE + PPE-DE + PSE + ELDR	NA	+	508, 1, 8	
	11	<b>Ausschuss</b>		↓		
	12	<b>Ausschuss</b>		↓		
	19 entspr.	<b>Ausschuss</b>		↓		
	13	<b>Ausschuss</b>	getr.			
			1	+		
			2	-		
	14	<b>Ausschuss</b>	getr.			
			1	+		
			2	-		
nach Artikel 4a	42	Verts/ALE + PPE-DE + PSE + ELDR	NA	+	505, 2, 8	
	19 entspr.	<b>Ausschuss</b>		↓		
nach Artikel 4b	43	Verts/ALE + PPE-DE + PSE + ELDR	NA	+	504, 1, 8	
	19 entspr.	<b>Ausschuss</b>		↓		
nach Artikel 7	44	Verts/ALE + PPE-DE + PSE + ELDR		+		
	34+35+36	<b>Ausschuss</b>		↓		

Mittwoch, 4. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
nach Erwägung 8	40	PPE-DE		+	
	9	<b>Ausschuss</b>		↓	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>			NA	+	504, 1, 10
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>			NA	+	498, 1, 10

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE Änd. 43  
PSE geänderter Vorschlag, Schlussabstimmung  
Verts/ALE Änd. 41, 42, Schlussabstimmung

Anträge auf getrennte Abstimmung

Verts/ALE

### Änd. 13

1. Teil: Frist  
3. Teil: Prozentsatz

### Änd. 14

1. Teil: Frist  
3. Teil: Prozentsatz

Anträge auf gesonderte Abstimmung

PPE-DE Änd. 1, 4, 10, 20, 28, 32  
ELDR Änd. 20, 21  
Verts/ALE Änd. 23

## 11. Schutz von jungen Meerestieren \*

Bericht: HUDGHTON (A5-0168/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-4	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 1	6	Verts/ALE	NA	-	192, 299, 16
nach Artikel 38	7	Verts/ALE	NA	-	210, 285, 7
Artikel 39	8	Verts/ALE	NA	+	266, 204, 35
Artikel 40	9	Verts/ALE	NA	-	204, 275, 22
	10	Verts/ALE	NA	+	283, 192, 28
nach Erwägung 8	5	Verts/ALE	NA	+	339, 145, 16
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>			NA	+	470, 26, 8

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE Schlussabstimmung  
Verts/ALE Änd. 5, 6, 7, 8, 9, 10

Mittwoch, 4. Juni 2003

**12. Steuerung des Fischereiaufwands \***

Bericht: STEVENSON (A5-0165/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
vor Artikel 1	20	UEN et al.	NA	+	334, 108, 48
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-3 5-9 11-19	<b>Ausschuss</b>		↓	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	4	<b>Ausschuss</b>		↓	
	10	<b>Ausschuss</b>		↓	
Artikel 3	21	UEN et al.		↓	
	22	UEN et al.		↓	
Artikel 7 § 1	23	UEN et al.		↓	
Art.12 Nummern 2-6	24	UEN et al.		↓	
	25	UEN et al.		↓	
	26	UEN et al.		↓	
	27	UEN et al.		↓	
	28	UEN et al.		↓	
Anhang 1	29	UEN et al.		↓	
nach Erwägung 1	30	Verts/ALE	NA	↓	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>				+	

Anträge auf namentliche Abstimmung

UEN Änd. 20

Mittwoch, 4. Juni 2003

ANLAGE II

ERGEBNIS DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNGEN

1. Tagungskalender des Parlaments 2004

Änderungsantrag 1

**Ja-Stimmen: 176**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Ducarme, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Pesälä, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Blak, Eriksson, Frahm, Meijer, Schmid Herman, Sjöstedt, Wurtz

**NI:** Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Gorostiaga Atxalandabaso, Kronberger, Paisley, Pannella, Raschhofer, Turco

**PPE-DE:** Atkins, Beazley, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Graça Moura, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, Khanbhai, Kirkhope, Korhola, Maat, McMillan-Scott, Matikainen-Kallström, Nicholson, Parish, Pastorelli, Perry, Provan, Purvis, Stevenson, Sturdy, Sumberg, Tannock, Van Orden, Villiers

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, van den Burg, Campos, Cashman, Ceyhun, Corbey, Dehousse, Duin, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Glante, Görlach, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, Lange, Leinen, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Read, Roth-Behrendt, Sandberg-Fries, Schmid Gerhard, Simpson, Skinner, Stihler, Stockmann, Swiebel, Titley, Van Brempt, Vattimo, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Camre, Segni

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Evans Jillian, Frassoni, Hudghton, Lagendijk, Lambert, Lucas, Maes, Mayol i Raynal, Messner, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Wuori, Wynn

**Nein-Stimmen: 323**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Flesch, Nordmann

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Uca

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Gollnisch, Hager, Lang, de La Perriere, Montfort, Souchet, Speroni, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Folias, Fournou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Martens, Martin Hugues, Mastella, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa,

Mittwoch, 4. Juni 2003

Pacheco Pereira, Pack, Pérez Álvarez, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stockton, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cercas, Cerdeira Morterero, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Gröner, Guy-Quint, Hazan, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poo, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Roure, Ruffolo, Sacconi, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Auroi, Breyer, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lannoye, Lipietz, McKenna, Onesta, Piétrasanta, Rod

#### **Enthaltungen: 12**

**EDD:** Andersen, Booth, Sandbæk

**GUE/NGL:** Alavanos, Schröder Ilka, Vachetta

**PSE:** Kuhne, Sakellariou, Volcic, Walter

**Verts/ALE:** Jonckheer, Turmes

## **2. Bericht Rothley A5-0193/2003**

### **Änderungsantrag 7**

#### **Ja-Stimmen: 365**

**EDD:** Coûteaux, Kuntz

**ELDR:** Attwooll, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Ducarme, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Ludford, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Beysen, Borghezio, Hager, Montfort, Paisley, Sichrovsky, Speroni

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fournou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcóyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker,



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Honeyball, Howitt, Hughes, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Kefler, Kindermann, Kinnoek, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Turchi

**Nein-Stimmen: 137**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Busk, Di Pietro, Jensen, Lynne, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Riis-Jørgensen, Schmidt, Sørensen, Thors

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Boudjenah, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Gorostiaga Atxalandabaso, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Pannella, Raschhofer, Souchet, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Boursines, Deprez, De Veyrac, Grosch, Maat, Mauro, Pronk, Sacrédeus, Smet, Thyssen

**PSE:** Andersson, van den Berg, van den Burg, Casaca, Corbey, Färm, Hedkvist Petersen, van Hulten, Karlsson, Lund, Martin Hans-Peter, Sandberg-Fries, Swiebel, Van Brempt, Wiersma

**UEN:** Muscardini, Pasqua, Segni, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 22**

**EDD:** Booth

**ELDR:** Boogerd-Quaak, van den Bos

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Blak, Brie, Koulourianos

**NI:** Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois

Mittwoch, 4. Juni 2003

**PPE-DE:** Ebner, Fatuzzo, Gil-Robles Gil-Delgado, Roving, Stockton

**PSE:** Garot, Lalumière, Mendiluce Pereiro

**UEN:** Camre

**Verts/ALE:** Aaltonen, Bautista Ojeda

### 3. Bericht Rothley A5-0193/2003

#### Entschließungsantrag

**Ja-Stimmen: 323**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Boogerd-Quaak, van den Bos, Costa Paolo, Cox, De Clercq, Ducarme, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhlm, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Nordmann, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Vermeer

**GUE/NGL:** Alavanos, Bakopoulos, Brie, Caudron, Fiebiger, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Modrow, Nair, Puerta, Uca

**NI:** Beysen, Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Paisley, Pannella, Sichrovsky, Speroni, Turco

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Bébéar, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Brunetta, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doyle, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pérez Álvarez, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carraro, Carrilho, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Fruteau, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roue, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Sousa Pinto, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Segni, Turchi

**Verts/ALE:** Graefe zu Baringdorf, Rühle, Schroedter

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 167**

**EDD:** Andersen, Bernié, Booth, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Busk, Davies, Di Pietro, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Olsson, Paulsen, Riis-Jørgensen, Schmidt, Sørensen, Thors, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Eriksson, Figueiredo, Frahm, Korakas, Krarup, Meijer, Miranda, Patakis, Sjöstedt

**NI:** Berthu, Gollnisch, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Raschhofer, Souchet, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Beazley, Bethell, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Inglewood, Jackson, Khanbhai, Kirkhope, McMillan-Scott, Mauro, Nicholson, Parish, Pastorelli, Perry, Purvis, Roving, Sacrédeus, Stenmarck, Stevenson, Sumberg, Tannock, Van Orden, Villiers, Wachtmeister

**PSE:** Andersson, van den Berg, van den Burg, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulsten, Karlsson, Kinnock, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martin Hans-Peter, Miller, Moraes, Read, Sandberg-Fries, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Camre, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Piétrasanta, Rod, de Roo, Schörling, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 36**

**GUE/NGL:** Ainardi, Blak, Boudjenah, Di Lello Finuoli, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Manisco, Morgantini, Papayannakis, Schröder Ilka, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Garaud, Gorostiaga Atxalandabaso

**PPE-DE:** Doorn, Ebner, Gil-Robles Gil-Delgado, Grosch, Maat, Pronk, Provan, Stockton

**PSE:** Carlotti, Ferreira, Garot, Hazan, Mendiluce Pereiro, Piecyk, Poignant, Souladakis

**UEN:** Muscardini

**Verts/ALE:** Aaltonen, Bautista Ojeda, Onesta

**4. Empfehlung Turmes A5-0136/2003**

**Änderungsanträge 53 + 59**

**Ja-Stimmen: 102**

**EDD:** Bernié, Booth, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Procacci

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois

**PPE-DE:** Bartolozzi, Bodrato, Brunetta, Cocilovo, De Mita, Ebner, Fatuzzo, Fiori, Gargani, Gawronski, Gemelli, Lisi, Lombardo, Mauro, Mennea, Musotto, Nisticò, Pastorelli, Podestà, Santini

Mittwoch, 4. Juni 2003

**PSE:** Carlotti, Darras, Dehousse, De Keyser, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Guy-Quint, Hazan, Karlsson, Lalumière, Patrie, Poignant, Roure, Savary, Weiler, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Muscardini, Nobilia, Pasqua, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Flautre

**Nein-Stimmen: 412**

**EDD:** Andersen, Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooijs-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fournou, Friedrich, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcóyen Tormo, Garriga Polledo, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klač, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumburg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ford, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Görlach, Gröner, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Bremept, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba

**UEN:** Andrews, Camre, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Enthaltungen: 10**

**NI:** Borghezio, Speroni

**Verts/ALE:** Auroi, Boumediene-Thiery, Isler Béguin, Lucas, McKenna, Mayol i Raynal, Piétrasanta, Rod

**5. Empfehlung Turmes A5-0136/2003**

**Block 1**

**Ja-Stimmen: 423**

**EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooijs van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fleming, Florenz, Folias, Foster, Fourtoul, Friedrich, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcóy Tormo, Garriga Polledo, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ford, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba

**UEN:** Andrews, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Legendijk, Lambert, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori

**Nein-Stimmen: 94**

**EDD:** Bernié, Booth, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Procacci

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois

**PPE-DE:** Bartolozzi, Bodrato, Brienza, Brunetta, Cocilovo, Ebner, Fatuzzo, Fiori, Gargani, Gawronski, Gemelli, Hansenne, Lisi, Lombardo, Mastella, Mauro, Mennea, Musotto, Nisticò, Pastorelli, Podestà, Santini

**PSE:** Carlotti, Dehousse, De Keyser, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Hazan, Lalumière, Patrie, Poignant, Roure, Savary, Zrihen

**UEN:** Bigliardo, Muscardini, Nobilia, Turchi

**Verts/ALE:** Boumediene-Thiery, Lannoye, Mayol i Raynal

**Enthaltungen: 4**

**NI:** Borghezio, Garaud, Speroni

**UEN:** Berlato

**6. Empfehlung Turmes A5-0136/2003  
Änderungsantrag 57**

**Ja-Stimmen: 99**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Souchet, Speroni, Stirbois

**PPE-DE:** Fiori

**PSE:** van den Berg, van den Burg, Campos, Carlotti, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Goebbels, Guy-Quint, Hazan, van Hulst, Lalumière, Patrie, Poignant, Roure, Savary, Zrihen

**UEN:** Andrews, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Auroi, Boumediene-Thiery, Flautre, Gahrton, Lipietz, Mayol i Raynal, Piétrasanta, Rod, Schörling

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 420**

**EDD:** Andersen, Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooijs-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennica, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ford, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Görlach, Gröner, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Camre, Muscardini, Mussa, Nobilia, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, McKenna, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, de Roo, Rühle, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori

**Enthaltungen: 2**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Frahm

Mittwoch, 4. Juni 2003

**7. Empfehlung Turmes A5-0136/2003****Änderungsantrag 58****Ja-Stimmen: 93**

**EDD:** Andersen, Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Pannella, Speroni, Stirbois, Turco

**PPE-DE:** Fiori

**PSE:** van den Berg, van den Burg, Carlotti, Corbey, Darras, De Keyser, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Goebbels, Guy-Quint, Hazan, van Hulten, Lalumière, Patrie, Poignant, Roure, Savary, Zrihen

**UEN:** Segni

**Verts/ALE:** Auroi, Boumediene-Thiery, Flautre, Gahrton, Isler Béguin, Lipietz, Mayol i Raynal, Piétrasanta, Rod, Schörling, Staes

**Nein-Stimmen: 423**

**EDD:** Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-jan Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ford, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Görlach, Gröner, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, de Roo, Rühle, Schroedter, Turmes, Wuori

#### **Enthaltungen: 2**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Frahm

### **8. Empfehlung Rapkay A5-0135/2003**

#### **Änderungsanträge 36 + 37**

#### **Ja-Stimmen: 103**

**EDD:** Bernié, Booth, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Procacci

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Speroni, Stirbois

**PPE-DE:** Bartolozzi, Brienza, Brunetta, Cocilovo, Cunha, Ebner, Fatuzzo, Fiori, Gargani, Gawronski, Gemelli, Lisi, Lombardo, Mastella, Mauro, Mennea, Musotto, Nisticò, Pastorelli, Podestà, Santini, Valdivielso de Cué

**PSE:** Carlotti, Darras, Dehousse, De Keyser, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Guy-Quint, Hazan, Lalumière, Patrie, Poignant, Roure, Savary, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Muscardini, Mussa, Nobilia, Pasqua, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Auroi, Boumediene-Thiery, Flautre, Mayol i Raynal

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 411****EDD:** Andersen, Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Turco, Vanhecke**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cornillet, Corrie, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ford, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnoek, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souldakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba**UEN:** Andrews, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Segni**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Bouwman, Breyer, Cohn-Bendit, Dhaene, Evans Jillian, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lambert, Lannoye, McKenna, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Enthaltungen: 5****GUE/NGL:** Frahm**NI:** Borghezio**Verts/ALE:** Gahrton, Piétrasanta, Rod

Mittwoch, 4. Juni 2003

## 9. Empfehlung Rapkay A5-0135/2003

### Block 1

**Ja-Stimmen: 417**

**EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, Di Pietro, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carraro, Carrillo, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Kefler, Kindermann, Kinnoek, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba

**UEN:** Andrews, Camre, Collins, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 93****EDD:** Bernié, Booth, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**ELDR:** Monsonís Domingo**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Fraise, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz**NI:** Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Paisley, Stirbois**PPE-DE:** Bartolozzi, Brienza, Brunetta, Ebner, Fatuzzo, Fiori, Gargani, Gawronski, Gemelli, Lisi, Lombardo, Mastella, Mauro, Mennea, Musotto, Nisticò, Pastorelli, Podestà, Santini**PSE:** Carlotti, Darras, Dehousse, De Keyser, Ferreira, Fruteau, Garot, Gillig, Guy-Quint, Hazan, Lalumière, Patrie, Poignant, Roure, Savary, Zrihen**UEN:** Berlato, Bigliardo, Crowley, Muscardini, Mussa, Nobilia, Turchi**Enthaltungen: 4****GUE/NGL:** Frahm**NI:** Borghezio, Speroni**Verts/ALE:** Mayol i Raynal**10. Empfehlung Mombaur A5-0134/2003****Block 1****Ja-Stimmen: 436****EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Herzog**NI:** Berthu, Beysen, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Vanhecke**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gil-Robles, Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson,

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 84**

**EDD:** Bernié, Booth, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Procacci

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Fraise, González Álvarez, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marselet Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Pannella, Speroni, Stirbois, Turco

**PPE-DE:** Bartolozzi, Brienza, Brunetta, Ebner, Fatuzzo, Fiori, Gargani, Gawronski, Gemelli, Lisi, Lombardo, Mastella, Mauro, Mennea, Musotto, Nisticò, Pastorelli, Podestà, Santini

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Muscardini, Mussa, Nobilia, Turchi

**Verts/ALE:** Mayol i Raynal

**Enthaltungen: 1**

**GUE/NGL:** Frahm

**11. Bericht Piecyk A5-0144/2003**

**Änderungsantrag 28**

**Ja-Stimmen: 107**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** van den Bos

Mittwoch, 4. Juni 2003

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, Martinez, Raschhofer, Speroni, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Averoff, Bourlanges, Deprez, De Veyrac, Hermange, Martin Hugues, Schaffner, de Veyrinas, Vlasto

**PSE:** Aparicio Sánchez, Lalumière, Mendiluce Pereiro, Miguélez Ramos, Paasilinna, Pérez Royo

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

### Nein-Stimmen: 401

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, Boogerd-Quaak, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Sichrovsky, Souchet, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Gutiérrez-Cortines, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez,

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Enthaltungen: 11**

**EDD:** Andersen, Booth, Coûteaux, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Thors

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos

**PPE-DE:** Varela Suanzes-Carpegna

**PSE:** Van Brempt

**UEN:** Berlato

**12. Bericht Piecyk A5-0144/2003**

**Änderungsantrag 29**

**Ja-Stimmen: 102**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, Martinez, Raschhofer, Speroni, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Bourlanges, Deprez, De Veyrac, Hermange, Martin Hugues, Schaffner, de Veyrinas, Vlasto

**PSE:** Mendiluce Pereiro, Paasilinna

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 406**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhlm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Sichrovsky, Souchet, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fournou, Friedrich, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka,

Mittwoch, 4. Juni 2003

Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Roving, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Sturdy, Sudre, Sumberg, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

#### **Enthaltungen: 8**

**EDD:** Andersen, Booth, Coûteaux, Sandbæk

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos

**PPE-DE:** Korhola, Varela Suanzes-Carpegna

### **13. Bericht Piecyk A5-0144/2003**

#### **Änderungsantrag 30**

#### **Ja-Stimmen: 119**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, Martinez, Raschhofer, Speroni, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Bourlanges, Deprez, De Veyrac, Hermange, Korhola, Martin Hugues, Schaffner, de Veyrinas, Vlasto

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Cercas, Cerdeira Morterero, Díez González, Dührkop Dührkop, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Lund, Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Terrón i Cusí, Valenciano Martínez-Orozco



Mittwoch, 4. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 392**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Andreasen, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**NI:** Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Sichrovsky, Souchet, Turco

**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcyoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mastorakis, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Enthaltungen: 6**

**EDD:** Andersen, Booth, Sandbæk

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos

**NI:** Berthu

Mittwoch, 4. Juni 2003

**14. Bericht Piecyk A5-0144/2003****Änderungsantrag 32****Ja-Stimmen: 96****ELDR:** van den Bos, Olsson**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz**NI:** Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, Martinez, Raschhofer, Speroni, Stirbois**PPE-DE:** Bourlanges, Deprez, De Veyrac, Niebler, Schaffner**PSE:** Lund, Mendiluce Pereiro, Paasilinna, Pérez Royo, Valenciano Martínez-Orozco**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Nein-Stimmen: 407****EDD:** Belder, Blokland, van Dam**ELDR:** Andreasen, Boogerd-Quaak, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Fleisch, Formentini, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**NI:** Beysen, Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Hager, de La Perriere, Montfort, Paisley, Pannella, Sichrovsky, Souchet, Turco**PPE-DE:** Arvidsson, Atkins, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Inglewood, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafrañca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann,

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Enthaltungen: 18**

**EDD:** Andersen, Bernié, Booth, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Thors

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos

**NI:** Berthu, Vanhecke

**PPE-DE:** Korhola

**UEN:** Berlato

**15. Bericht Piecyk A5-0144/2003**

**Änderungsantrag 7**

**Ja-Stimmen: 471**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Di Pietro

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci, Wurtz

**NI:** Beysen, Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, Martinez, Montfort, Paisley, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Speroni, Stirbois, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marini, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre,

Mittwoch, 4. Juni 2003

Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 43**

**ELDR:** Andreasen, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Stenmarck, Wachtmeister

**PSE:** Kuckelkorn

#### **Enthaltungen: 7**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos, Vachetta

**NI:** Berthu, de La Perriere, Souchet

### **16. Bericht Piecyk A5-0144/2003**

#### **Entschließungsantrag**

#### **Ja-Stimmen: 501**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

Mittwoch, 4. Juni 2003

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Beysen, Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Pannella, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Speroni, Stirbois, Turco, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Brunetta, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Foster, Fournou, Friedrich, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zabell, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 5**

**EDD:** Booth

**PPE-DE:** Böge

**PSE:** Ford, Kuckelkorn, McCarthy

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Enthaltungen: 14****ELDR:** Di Pietro**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos, Krarup**NI:** Paisley**PPE-DE:** Averoff, Dimitrakopoulos, Folias, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Trakatellis, Xarchakos, Zacharakis**17. Bericht De Roo A5-0151/2003****Änderungsantrag 41****Ja-Stimmen: 508****EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Ainaridi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Paisley, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Stirbois, Vanhecke**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fournou, Friedrich, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez,

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poinant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 1**

**PPE-DE:** Costa Raffaele

**Enthaltungen: 8**

**EDD:** Booth

**NI:** Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Pannella, Turco

**UEN:** Berlato

## **18. Bericht De Roo A5-0151/2003**

### **Änderungsantrag 42**

**Ja-Stimmen: 505**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fournou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klab, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti,

Mittwoch, 4. Juni 2003

Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 2**

**ELDR:** Davies

**NI:** Paisley

**Enthaltungen: 8**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Krarup

**NI:** Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Pannella, Turco

**19. Bericht De Roo A5-0151/2003**

**Änderungsantrag 43**

**Ja-Stimmen: 504**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooijs van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson



Mittwoch, 4. Juni 2003

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Beysen, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowin, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Foliás, Foster, Fourtoul, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 1**

**NI:** Paisley

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Enthaltungen: 8****EDD:** Booth**NI:** Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Pannella, Turco**20. Bericht De Roo A5-0151/2003****Vorschlag der Kommission****Ja-Stimmen: 504****EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-jvan Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebiger, Figueiredo, Frahm, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Krarup, Manisco, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Papayannakis, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz**NI:** Berthu, Beysen, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Stirbois, Vanhecke**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler,

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 1**

**EDD:** Booth

**Enthaltungen: 10**

**GUE/NGL:** Bakopoulos

**NI:** Bonino, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Paisley, Pannella, Turco

**UEN:** Nobilia

## **21. Bericht De Roo A5-0151/2003**

### **Entschließungsantrag**

**Ja-Stimmen: 498**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasóliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-jvan Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Alyssandrakis, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigger, Figueiredo, Frahm, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Krarup, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Montfort, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Florenz, Folias, Foster, Fournou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Roving, Rübzig, Sacrédeus,

Mittwoch, 4. Juni 2003

Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Dehousse, Díez González, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Ivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Kefler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martín David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 1**

**EDD:** Booth

#### **Enthaltungen: 10**

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Koulourianos

**NI:** Bonino, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Paisley, Pannella, Turco

**UEN:** Nobilia

### **22. Bericht Hudghton A5-0168/2003**

#### **Änderungsantrag 6**

#### **Ja-Stimmen: 192**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasóliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Blak, Eriksson, Frahm, Fraise, Manisco, Meijer, Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Berthu, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Souchet

**PPE-DE:** Balfe, Beazley, Bethell, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, Dover, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Foster, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Khanbhai, Kirkhope, Langenhagen, Maat, McMillan-Scott, Mastella, Nicholson, Parish, Perry, Provan, Purvis, Radwan, Stevenson, Stockton, Sturdy, Tannock, Van Orden, Vatanen, Villiers

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Bullmann, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Mendiluce Pereiro, Miller, Moraes, Sandberg-Fries, Simpson, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 299**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, Herzog, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Wurtz

**NI:** Beysen, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Sichrovsky

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Bébéar, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, Malliori, Mann Erika, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Nogueira Román

**Enthaltungen: 16**

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, González Álvarez, Korakas, Krarup, Patakis, Vachetta, Vinci

**NI:** Borghezio, Cappato, Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PSE:** Casaca, Martin Hans-Peter

Mittwoch, 4. Juni 2003

**23. Bericht Hudghton A5-0168/2003****Änderungsantrag 7****Ja-Stimmen: 210**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Blak, Eriksson, Frahm, Fraise, Manisco, Meijer, Morgantini, Schmid Herman, Sjöstedt, Vachetta

**NI:** Berthu, Borghezio, Della Vedova, Gollnisch, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Raschhofer, Souchet

**PPE-DE:** Balfé, Banotti, Beazley, Bébéar, Bethell, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, Deprez, Dover, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Langenhagen, Maat, McMillan-Scott, Martens, Mastella, Nicholson, Parish, Perry, Provan, Purvis, Stevenson, Stockton, Sturdy, Tannock, Van Orden, Vatanen, Villiers

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mendiluce Pereiro, Miller, Moraes, Paasilinna, Read, Sandberg-Fries, Scheele, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 285**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, Herzog, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Naïr, Puerta, Uca, Wurtz

**NI:** Beysen, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Fourtou, Friedrich, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klaß, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübiger, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Royo, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Nogueira Román

**Enthaltungen: 7**

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, González Álvarez, Korakas, Krarup, Patakis, Vinci

**PSE:** Casaca

**24. Bericht Hudghton A5-0168/2003**

**Änderungsantrag 8**

**Ja-Stimmen: 266**

**EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Andreassen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Blak, Eriksson, Frahm, Fraise, Manisco, Meijer, Morgantini, Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Della Vedova, Ilgenfritz, Paisley

**PPE-DE:** Balfé, Banotti, Beazley, Bébéar, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, Daul, Deprez, De Sarnez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Flemming, Florenz, Foster, Fournou, Friedrich, Gahler, Goepel, Gomolka, Goodwill, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Martens, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Nassauer, Nicholson, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Perry, Pirker, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Schaffner, Schleicher, Schmitt, Schröder Jürgen, Sommer, Stauner, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Trakatellis, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Wenzel-Perillo, Wieland, Zappalà

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Campos, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Mendiluce Pereiro, Miller, Moraes, Read, Sandberg-Fries, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 204****EDD:** Booth**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Wurtz**NI:** Beysen, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, de La Perriere, Montfort, Sichrovsky, Souchet**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, De Mita, Ebner, Fatuzzo, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Hernández Mollar, Herranz García, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Konrad, Langen, Lisi, Lombardo, Marinos, Mauro, Mennea, Mennitti, Musotto, Naranjo Escobar, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schwaiger, Smet, Stenmarck, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, von Wogau, Zabell**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Burg, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Ivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Neapolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swoboda, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen**Enthaltungen: 35****EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Krarup, Patakis, Vachetta, Vinci**NI:** Berthu, Borghezio, Gollnisch, Kronberger, Lang, Martinez, Raschhofer, Stirbois**PPE-DE:** Averoff, Brienza, De Veyrac, Folias, Glase, Schierhuber, Schnellhardt, Thyssen, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener**PSE:** Bösch, Casaca, Martin Hans-Peter**25. Bericht Hudghton A5-0168/2003****Änderungsantrag 9****Ja-Stimmen: 204****EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Blak, Eriksson, Frahm, Fraisse, Manisco, Meijer, Morgantini, Sjöstedt**NI:** Della Vedova, Ilgenfritz, Kronberger, Paisley, Raschhofer



Mittwoch, 4. Juni 2003

**PPE-DE:** Balfe, Banotti, Beazley, Bethell, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, Deprez, Doorn, Dover, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Foster, Fourtou, Gahler, Goepel, Goodwill, Grosch, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Kläß, Knolle, Korhola, Langen, Langenhagen, Maat, McMillan-Scott, Nicholson, Parish, Perry, Provan, Purvis, Radwan, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sumberg, Tannock, Van Orden, Vatanen, Villiers

**PSE:** Andersson, Bowe, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, McCarthy, McNally, Martin David W., Mendiluce Pereira, Miller, Read, Sandberg-Fries, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 275**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, Herzog, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Wurtz

**NI:** Beysen, Hager, de La Perriere, Montfort, Sichrovsky, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Bébear, Berend, Bodrato, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Cunha, Daul, De Mita, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doyle, Ebner, Fatuzzo, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Friedrich, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Deigado, Glase, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Koch, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martin Hugues, Mastella, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Enthaltungen: 22****EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**GUE/NGL:** Alyssandrakis, González Álvarez, Korakas, Krarup, Patakis, Vachetta, Vinci**NI:** Berthu, Borghezio, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Vanhecke**PSE:** Bösch, Casaca, Dehousse, Martin Hans-Peter**26. Bericht Hudghton A5-0168/2003****Änderungsantrag 10****Ja-Stimmen: 283****EDD:** Andersen, Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasóliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson**GUE/NGL:** Blak, Eriksson, Frahm, Fraisse, Manisco, Meijer, Morgantini, Schmid Herman, Sjöstedt**NI:** Della Vedova, Ilgenfritz, Kronberger, Paisley, Raschhofer**PPE-DE:** Balfé, Banotti, Beazley, Bébéar, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Flemming, Florenz, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Kirkhope, Klamt, Klauf, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Nassauer, Nicholson, Niebler, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Perry, Pirker, Poettering, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Roving, Rübiger, Sacrédeus, Schaffner, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Wenzel-Perillo, Wieland, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Bowe, Cashman, Corbey, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Mendiluce Pereira, Miller, Moraes, Read, Sandberg-Fries, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn**UEN:** Andrews, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Turchi**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Nein-Stimmen: 192****EDD:** Booth**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Fiebigger, Figueiredo, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Wurtz**NI:** Beysen, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, de La Perriere, Montfort, Sichrovsky, Souchet

Mittwoch, 4. Juni 2003

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cunha, Ebner, Fatuzzo, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Hernández Mollar, Herranz García, Lisi, Lombardo, Mauro, Mennea, Musotto, Naranjo Escobar, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Stenmarck, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, von Wogau, Zabell

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, van den Burg, Carlotti, Carraro, Carrilho, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

#### **Enthaltungen: 28**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis, Vachetta, Vinci

**NI:** Berthu, Borghezio, Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Averoff, Cocilovo, Folias, Schierhuber, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Bösch, Campos, Casaca, Martin Hans-Peter

### **27. Bericht Hudghton A5-0168/2003**

#### **Änderungsantrag 5**

#### **Ja-Stimmen: 339**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Blak, Eriksson, Frahm, Fraise, Manisco, Meijer, Morgantini, Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Berthu, Beysen, Gorostiaga Atxalandabaso, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Folias, Foster, Fourtou, Friedrich, Gähler, Gargani, Gawronski, Gemelli, Gil-Robles Gil-Delgado, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Kläß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou,

Mittwoch, 4. Juni 2003

Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Bowe, Cashman, Corbey, Dehousse, Evans Robert J.E., Färm, Ford, Gill, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Mendiluce Pereiro, Miller, Moraes, Read, Sandberg-Fries, Scheele, Schmid Gerhard, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 145**

**EDD:** Booth

**GUE/NGL:** Ainardi, Alavanos, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Figueiredo, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Wurtz

**PPE-DE:** Avilés Perea, Ayuso González, Bastos, Camisón Asensio, Cunha, Ferrer, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Herranz García, Naranjo Escobar, Oreja Arburúa, Pomés Ruiz, Ripoll y Martínez de Bedoya, Salafraña Sánchez-Neyra, Santini, Valdivielso de Cué, Zabell, Zappalà

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, van den Burg, Carlotti, Carraro, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Darras, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Kefßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Müller Rosemarie, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poinant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Ruffolo, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

#### **Enthaltungen: 16**

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis, Vachetta, Vinci

**NI:** Borghezio, Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Schwaiger

**PSE:** Bösch, Campos, Casaca, Martin Hans-Peter

Mittwoch, 4. Juni 2003

**28. Bericht Hudghton A5-0168/2003****Entschließungsantrag****Ja-Stimmen: 470**

**EDD:** Andersen, Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vallvé, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Blak, Boudjenah, Brie, Caudron, Di Lello Finuoli, Eriksson, Fiebigler, Figueiredo, Frahm, Fraisse, González Álvarez, Herzog, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Sjöstedt, Uca, Vachetta, Vinci, Wurtz

**NI:** Berthu, Beysen, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Montfort, Paisley, Raschhofer, Sichrovsky, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Ferrer, Ferri, Fiori, Flemming, Florenz, Foliás, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Gargani, Gawronski, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grosse-tête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klab, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lombardo, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Roving, Rübiger, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carraro, Carrilho, Casaca, Cashman, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Darras, Dehousse, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Hume, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roue, Sacconi, Sakellariou, Sandberg-Fries, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Savary, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusi, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Vattimo, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Mittwoch, 4. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 26****EDD:** Booth**GUE/NGL:** Alavanos

**PPE-DE:** Avilés Perea, Ayuso González, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Fernández Martín, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gil-Robles Gil-Delgado, Hernández Mollar, Herranz García, Musotto, Naranjo Escobar, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Salafranca Sánchez-Neyra, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Zabell

**Enthaltungen: 8****NI:** Borghezio, Gollnisch, Gorostiaga Atxalandabaso, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke**PSE:** Lund**29. Bericht Stevenson A5-0165/2003****Änderungsantrag 20****Ja-Stimmen: 334****EDD:** Andersen, Booth, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Andreasen, Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Costa Paolo, Cox, Davies, De Clercq, Di Pietro, Flesch, Huhne, Jensen, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Nicholson of Winterbourne, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Riis-Jørgensen, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Sørensen, Thors, Väyrynen, Vermeer, Virrankoski, Wallis, Watson

**GUE/NGL:** Alavanos, Alyssandrakis, Boudjenah, Figueiredo, Fraisse, Korakas, Manisco, Miranda, Patakis, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Hager, Ilgenfritz, de La Perriere, Montfort, Paisley, Raschhofer, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Balfe, Banotti, Bastos, Beazley, Bébéar, Berend, Bethell, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bowis, Bradbourn, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cornillet, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Fatuzzo, Ferber, Fernández Martín, Ferri, Flemming, Florenz, Foster, Fourtou, Friedrich, Gahler, Gargani, Gemelli, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Kirkhope, Klamt, Klaß, Knolle, Koch, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lulling, Maat, McCartin, McMillan-Scott, Mann Thomas, Marques, Martens, Martin Hugues, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Mombaur, Morillon, Müller Emilia Franziska, Nassauer, Nicholson, Niebler, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Perry, Pirker, Piscarreta, Poettering, Posselt, Pronk, Provan, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Roving, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stenmarck, Stenzel, Stevenson, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cashman, Ceyhun, Corbey, Darras, De Keyser, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Färm, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Gill, Gillig, Glante, Görlach, Guy-Quint, Haug, Hazan, Hedkvist Petersen, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Hume, Imbeni, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Lage, Lalumière, Lange, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Miller, Moraes, Müller Rosemarie, Patrie, Piecyk, Poignant, Randzio-Plath, Rapkay, Read, Roth-Behrendt, Roure, Sandberg-Fries, dos Santos, Savary, Scheele, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swoboda, Titley, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

**UEN:** Andrews, Berlato, Bigliardo, Camre, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Muscardini, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Pasqua, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro, Turchi

**Verts/ALE:** Aaltonen, Evans Jillian, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Maes, Wyn

**Nein-Stimmen: 108**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Gasòliba i Böhm, Monsonís Domingo, Vallvé

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Brie, Di Lello Finuoli, Fiebiger, Frahm, González Álvarez, Jové Peres, Marset Campos, Meijer, Naïr, Puerta, Sjöstedt

**NI:** Gorostiaga Atxalandabaso

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Costa Raffaele, Ferrer, Fiori, Folias, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gawronski, Gil-Robles Gil-Delgado, Hatzidakis, Hernández Mollar, Herranz García, Kratsa-Tsagaropoulou, Lisi, Marinos, Moreira Da Silva, Musotto, Naranjo Escobar, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pastorelli, Pérez Álvarez, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Ripoll y Martínez de Bedoya, Salafranca Sánchez-Neyra, Valdivielso de Cué, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Zabell, Zacharakis

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Carraro, Cercas, Cerdeira Morterero, Dehousse, Díez González, Dührkop Dührkop, Fava, Ghilardotti, Goebbels, Gröner, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Koukiadis, Lavarra, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Pérez Royo, Pittella, Poos, Prets, Rodríguez Ramos, Rothe, Sacconi, Sakellariou, Sauquillo Pérez del Arco, Schmid Gerhard, Sornosa Martínez, Souladakis, Terrón i Cusí, Trentin, Valenciano Martínez-Orozco, Vattimo, Volcic, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Nogueira Román

**Enthaltungen: 48**

**GUE/NGL:** Ainardi, Herzog, Koulourianos, Modrow, Schmid Herman, Wurtz

**NI:** Gollnisch, Kronberger, Lang, Martinez, Stirbois, Vanhecke

**PPE-DE:** Dimitrakopoulos, Podestà

**PSE:** Swiebel, Van Brempt

**Verts/ALE:** Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Flautre, Frassoni, Gahrton, Isler Béguin, Jonckheer, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Mayol i Raynal, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori

---

## ANGENOMMENE TEXTE

P5\_TA(2003)0240

**Umstrukturierung der EU-Fischerei****Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei (KOM(2002) 600 – 2003/2039(INI))***Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über den Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei (KOM(2002) 600),
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. November 1997 zur Gemeinsamen Fischereipolitik nach dem Jahr 2002 <sup>(1)</sup>,
  - unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 5. Juli 2001 zu dem Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung des integrierten Küstenzonenmanagements in Europa <sup>(2)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 17. Januar 2002 zu dem Grünbuch der Kommission über die Zukunft der Gemeinsamen Fischereipolitik <sup>(3)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 20. November 2002 zu der Mitteilung der Kommission über die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik („Fahrplan“) <sup>(4)</sup>,
  - unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 5. Dezember 2002 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Fischereiressourcen im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik <sup>(5)</sup>,
  - unter Hinweis auf seinen Standpunkt vom 5. Dezember 2002 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2792/1999 zur Festlegung der Modalitäten und Bedingungen für die gemeinschaftlichen Strukturmaßnahmen im Fischereisektor <sup>(6)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 12. März 2003 zu der sozioökonomischen Krise im Weißfisch-Sektor <sup>(7)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Fischerei sowie der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (A5-0162/2003),
- A. in der Erwägung, dass ein wesentlicher Teil der Gemeinsamen Fischereipolitik darin besteht, die Förderung eines existenzfähigen Wirtschaftssektors, der für die Europäische Union von strategischer Bedeutung ist, mit dem sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt in den von der Fischerei abhängigen Küstengebieten der Union zu verbinden,
- B. in der Erwägung, dass bei der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik im Rahmen einer integrierten Bewirtschaftung der Küstengebiete von einer klaren mittel- und langfristigen Vision des Fischereisektors in der Europäischen Union ausgegangen werden sollte,

<sup>(1)</sup> ABl. C 358 vom 24.11.1997, S. 43.

<sup>(2)</sup> ABl. C 65 E vom 14.3.2002, S. 301.

<sup>(3)</sup> ABl. C 271 E vom 7.11.2002, S. 401.

<sup>(4)</sup> P5-TA(2002)0555.

<sup>(5)</sup> P5-TA(2002)0586.

<sup>(6)</sup> P5-TA(2002)0587.

<sup>(7)</sup> P5-TA(2003)0088.



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- C. in der Erwägung, dass die Vorschläge der Kommission zur Abfederung der sozioökonomischen Folgen der Reform sehr theoretisch sind und auf Annahmen beruhen, die durch die Beschlüsse des Rates „Fischerei“ vom Dezember 2002 teilweise überholt sind; in der Erwägung, dass in dem Aktionsplan die verheerenden Auswirkungen des Plans zur Wiederauffüllung der Kabeljaubestände auf die Beschäftigung und auch die Folgen für die vor- und die nachgelagerten Industriezweige nicht berücksichtigt werden,
- D. in der Erwägung, dass die Grundlage der Haushaltsmarge, die auf der Neuprogrammierung der verfügbaren FIAF-Mittel beruhte, durch die Änderungen des Rates an den ursprünglichen Reformvorschlägen der Kommission entfallen ist; in der Erwägung, dass im Rahmen des Finanzinstruments für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF) nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um die von der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik und den Plänen zur Wiederauffüllung der Bestände betroffenen Gemeinden zu entschädigen,
- E. in der Erwägung, dass infolge der Beschlüsse des Rates „Fischerei“ vom Dezember 2002 einerseits die negativen Auswirkungen auf den Fischereisektor möglicherweise weniger hart als ursprünglich prognostiziert ausfallen werden, während andererseits aufgrund der Verschiebung der Möglichkeiten für eine Neuprogrammierung der FIAF-Mittel bis nach 2004 dadurch weniger Mittel für sozioökonomische Maßnahmen zur Verfügung stehen,
- F. in der Erwägung, dass die Erweiterung der Union wahrscheinlich zu zusätzlichen Schwierigkeiten im Fischereisektor führen wird,
- G. in der Erwägung, dass die kleine Küstenfischerei besondere Beachtung verdient, da auf sie 75 % aller Fischereifahrzeuge der Gemeinschaft und 44 % der im Fischereisektor Beschäftigten entfallen,
- H. in der Erwägung, dass Frauen rund 22 % aller im Fischereisektor Beschäftigten ausmachen, während ihre formelle und informelle Rolle im Allgemeinen nach wie vor unterbewertet wird,
- I. in der Erwägung, dass der Verlust von 28 000 Arbeitsplätzen an Bord von Fischereifahrzeugen zu einer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verödung der Küstengebiete führt, die Teil des Erbes der Union sind, stark von der Fischerei abhängig sind und häufig über geringe Möglichkeiten für eine Diversifizierung außerhalb des Fischereisektors verfügen,
- J. in der Erwägung, dass die Konsultationen mit den Mitgliedstaaten zur Vorbereitung der Vorschläge nicht sehr erfolgreich waren, da diese zum jetzigen Zeitpunkt verständlicherweise nicht gewillt sind, die erheblichen Arbeitsplatzverluste, wie von der Kommission vorgesehen, abzuschätzen,
- K. in der Erwägung, dass in der Mitteilung der Kommission die einschlägigen Berichte des Fischereisektors über den Aktionsplan zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei zu Unrecht nicht erwähnt werden,
- L. in der Erwägung, dass damit begonnen werden muss, ernsthaft über die sozioökonomischen Folgen nachzudenken, die sich für den Fischereisektor in der Zeit nach 2006 ergeben, wenn die derzeitigen Regelungen im Rahmen der Strukturfonds abgelaufen sind, während eine Unterstützung des Fischereisektors weiterhin notwendig sein wird,
1. bekräftigt erneut die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rolle der Fischerei, insbesondere der kleinen Küstenfischerei in den von der Fischerei abhängigen Gebieten, und fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen getroffen werden, um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in den von der Fischerei abhängigen Gebieten, einschließlich der Gebiete in äußerster Randlage, zu gewährleisten, mit dem Ziel, finanzielle Eigenständigkeit zu erreichen;
  2. fordert die Kommission auf, im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik im Jahr 2003 die Möglichkeiten des integrierten Küstenzonenmanagements, die Zukunftsaussichten der von der Fischerei abhängigen Gebiete aufzuzeigen, besonders zu berücksichtigen;
  3. begrüßt die Bemühungen der Kommission, die sozioökonomischen Auswirkungen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik zu bewerten sowie die darauf folgende Debatte über die Möglichkeiten zur Linderung der sozialen, wirtschaftlichen und regionalen Folgen der Umstrukturierung der EU-Fischerei;

Mittwoch, 4. Juni 2003

4. betont, dass die Änderungen, die der Rat „Fischerei“ auf seiner Tagung vom 16. bis 20. Dezember 2002 an den Vorschlägen der Kommission zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik vorgenommen hat, die Umsetzung dieser Reform und die geplante Neuprogrammierung des FIAF wohl kaum erleichtern werden;
5. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihm eine aktualisierte Fassung des Aktionsplans vorzulegen, die den Folgen der Beschlüsse des Rates „Fischerei“ vom Dezember 2002 Rechnung trägt;
6. weist die Haushaltsbehörde auf die in Rubrik 2 der Finanziellen Vorausschau für den Fischereisektor und die von der Fischerei abhängigen Gebiete bereitgestellten Finanzmittel hin, die für den Zeitraum 2000-2006 mit 28 Mrd. EUR (3,7 Mrd. EUR unter dem FIAF, 19,2 Mrd. EUR unter dem EFRE und 5,17 Mrd. EUR unter dem ESF) veranschlagt werden können;
7. fordert zusätzliche besondere Finanzmittel, unabhängig von den Mitteln, die dem Sektor bereits für Strukturanpassungen bewilligt wurden (FIAF), um die negativen sozioökonomischen Folgen zu bewältigen, die sich aus den Umstrukturierungsmaßnahmen innerhalb des Sektors, einschließlich der Wiederauffüllungspläne, ergeben, mit dem Ziel, finanzielle Eigenständigkeit zu erreichen;
8. weist darauf hin, dass zusätzliche EU-Mittel für Maßnahmen zum Ausgleich möglicher Verluste der Fischer oder der Küstengemeinden infolge von Erhaltungsmaßnahmen bereitgestellt werden können; erinnert daran, dass die Bereitstellung zusätzlicher Mittel jedoch entweder an die Vereinbarkeit dieser Finanzierung mit der Obergrenze in Rubrik 2 der Finanziellen Vorausschau oder an den Einsatz des Flexibilitätsinstruments gemäß Nummer 24 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 6. Mai 1999 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission über die Haushaltsdisziplin und die Verbesserung des Haushaltsverfahrens<sup>(1)</sup> gebunden ist; fordert die Kommission auf, die möglichen negativen Auswirkungen auf die Fischer oder die Küstengemeinden zu bewerten und der Haushaltsbehörde erforderlichenfalls einen Vorschlag für diesbezügliche zusätzliche EU-Mittel vorzulegen;
9. ruft gemäß seiner oben genannten EntschlieÙung vom 12. März 2003 die EU-Haushaltsbehörde und die Kommission auf, zusammen mit den betroffenen Mitgliedstaaten einen Plan zur Entschädigung für die Verluste auszuarbeiten, die den Küstengemeinden infolge der Maßnahmen zur Erhaltung der Kabeljaubestände entstehen, und bis zu 150 Mio. EUR an zusätzlichen Finanzmitteln der Europäischen Union zu bewilligen und damit die Beiträge der Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Krise zu würdigen;
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ausreichende Mittel für die Bewältigung der Schwierigkeiten bereitzustellen, die im Fischereisektor durch die Erweiterung der Europäischen Union entstehen;
11. fordert die Kommission auf, qualifizierte Arbeitsplätze, Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz als ein Ziel der Gemeinsamen Fischereipolitik zu betrachten, das die Verbesserung der Sicherheit und der Arbeitsbedingungen einschließen sollte;
12. begrüÙt die von der Kommission vorgeschlagenen längerfristigen Optionen, wie beispielsweise die Anerkennung der Notwendigkeit, das Image des Sektors zu verbessern, den sozialen Dialog zu intensivieren und die Rolle der Frau im Fischereisektor zu stärken;
13. ersucht die Kommission, Ernst zu machen mit der Konsultation der Mitgliedstaaten und des Fischereisektors in der Phase der Vorbereitung der sozioökonomischen Folgemaßnahmen zu diesem Aktionsplan und fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Handlungsspielraum der regionalen Beiräte zu erweitern, wie dies im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik festgelegt wurde, um ein stärkeres Engagement der Akteure herbeizuführen;
14. betont, dass damit begonnen werden muss, über die sozioökonomische Lage des Fischereisektors im kommenden Programmplanungszeitraum (2007-2014) nachzudenken, wenn die geltenden Strukturfondsregelungen abgelaufen sein werden;
15. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 172 vom 18.6.1999, S. 1.

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0241

## Abgeordnetenstatut

### Entschließung des Europäischen Parlaments zur Annahme des Abgeordnetenstatuts des Europäischen Parlaments (2003/2004(INI))

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 190 Absatz 5 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und Artikel 108 Absatz 4 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft,
  - in Kenntnis des Aktes zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Anhang zum Beschluss 76/787/EGKS, EWG, Euratom des Rates vom 20. September 1976, insbesondere dessen Artikel 1 bis 6, sowie des Beschlusses 2002/772/EG, Euratom des Rates vom 25. Juni 2002 und 23. September 2002 zur Änderung dieses Akts<sup>(1)</sup>,
  - in Kenntnis des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere dessen Artikel 8, 9 und 10,
  - in Kenntnis der Stellungnahme der Kommission,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt sowie der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (A5-0193/2003),
1. nimmt den Beschluss über das Abgeordnetenstatut<sup>(2)</sup> an;
  2. ist der Ansicht, dass die finanziellen Auswirkungen des genannten Beschlusses mit der Obergrenze der Rubrik 5 („Verwaltungsausgaben“) der Finanziellen Vorausschau vereinbar sind, ohne dass bei bestehenden Politiken Einschränkungen vorgenommen werden müssen;
  3. fordert die Kommission auf, gemäß Artikel 48 EU-Vertrag einen Entwurf zur Aufhebung der Artikel 8, 9 und 10 des Protokolls über die Vorrechte und Befreiungen und des Artikels 4 Absätze 1 und 2 des Aktes von 1976 vorzulegen;
  4. fordert den Rat auf, seine Zustimmung zu erteilen;
  5. beauftragt seinen Präsidenten, das Abgeordnetenstatut auszufertigen und im Amtsblatt der Europäischen Union (Reihe L) zu veröffentlichen, sobald der Rat seine Zustimmung erteilt hat;
  6. beauftragt seinen Präsidenten, den Beschluss über das Statut der Abgeordneten zusammen mit dieser Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. L 283 vom 21.10.2002, S. 1.

<sup>(2)</sup> P5\_TA(2003)0236.

---

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0242

**Elektrizitätsbinnenmarkt \*\*\*II****Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG (15528/2/2002 – C5-0034/2003 – 2001/0077(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: zweite Lesung)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Gemeinsamen Standpunkts des Rates (15528/2/2002 – C5-0034/2003) <sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf seinen Standpunkt aus erster Lesung <sup>(2)</sup> zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2001) 125) <sup>(3)</sup>,
- in Kenntnis des geänderten Vorschlags (KOM(2002) 304) <sup>(4)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 80 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis der Empfehlung des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie für die zweite Lesung (A5-0136/2003),

1. ändert den Gemeinsamen Standpunkt wie folgt ab;
2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 50 E vom 4.3.2003, S. 15.

<sup>(2)</sup> ABl. C 47 E vom 27.2.2003, S. 350.

<sup>(3)</sup> ABl. C 240 E vom 28.8.2001, S. 60.

<sup>(4)</sup> ABl. C 227 E vom 24.9.2002, S. 393.

P5\_TC2-COD(2001)0077

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 47 Absatz 2, Artikel 55 und Artikel 95,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(3)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 240 E vom 28.8.2001, S. 60, und ABl. C 227 E vom 24.9.2002, S. 393.

<sup>(2)</sup> ABl. C 36 vom 8.2.2002, S. 10.

<sup>(3)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 13. März 2002 (AbI. C 47 E vom 27.2.2003, S. 350), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 3. Februar 2003 (AbI. C 50 E vom 4.3.2003, S. 15) und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003.

Mittwoch, 4. Juni 2003

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt<sup>(1)</sup> hat einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung eines Elektrizitätsbinnenmarkts geleistet.
- (2) Die bei der Durchführung dieser Richtlinie gewonnenen Erfahrungen zeugen von dem Nutzen, der sich aus dem Elektrizitätsbinnenmarkt ergeben kann, in Form von Effizienzsteigerungen, Preissenkungen, einer höheren Dienstleistungsqualität und einer größeren Wettbewerbsfähigkeit. Nach wie vor bestehen jedoch schwerwiegende Mängel und weit reichende Möglichkeiten zur Verbesserung der Funktionsweise der Märkte, insbesondere sind konkrete Maßnahmen erforderlich, um gleiche Ausgangsbedingungen bei der Elektrizitätserzeugung sicherzustellen und die Gefahr einer Marktbeherrschung und von Verdrängungspraktiken zu verringern, durch Sicherstellung nichtdiskriminierender Übertragungs- und Verteilungstarife durch einen Netzzugang auf der Grundlage von Tarifen, die vor ihrem Inkrafttreten veröffentlicht werden, sowie durch Sicherstellung des Schutzes der Rechte kleiner und benachteiligter Kunden und der Offenlegung der Informationen über die bei der Elektrizitätserzeugung eingesetzten Energieträger, sowie gegebenenfalls der Bezugnahme auf Quellen, die Angaben zu deren Umweltauswirkungen enthalten.
- (3) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 23. und 24. März 2000 in Lissabon dazu aufgerufen, zügig an der Vollendung des Binnenmarktes sowohl im Elektrizitäts- als auch im Gassektor zu arbeiten und die Liberalisierung in diesen Sektoren zu beschleunigen, um in diesen Bereichen einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt zu verwirklichen. In seiner EntschlieÙung vom 6. Juli 2000 zum zweiten Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über den Stand der Liberalisierung der Energiemärkte forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, einen detaillierten Zeitplan festzulegen, innerhalb dessen genau beschriebene Ziele verwirklicht werden müssen, um stufenweise zu einer völligen Liberalisierung der Energiemärkte zu gelangen.
- (4) Die Freiheiten, die der Vertrag den europäischen Bürgern garantiert (freier Waren- und Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsfreiheit), sind nur in einem vollständig geöffneten Markt möglich, der allen Verbrauchern die freie Wahl ihrer Lieferanten und allen Anbietern die freie Belieferung ihrer Kunden gestattet.
- (5) Die Haupthindernisse für einen voll funktionsfähigen und wettbewerbsorientierten Binnenmarkt hängen unter anderem mit dem Netzzugang, der Tarifierung und einer unterschiedlichen Marktöffnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten zusammen.
- (6) Ein funktionierender Wettbewerb setzt voraus, dass der Netzzugang nichtdiskriminierend, transparent und zu angemessenen Preisen gewährleistet ist.
- (7) Zur Vollendung des Elektrizitätsbinnenmarkts ist ein nichtdiskriminierender Zugang zum Netz des Übertragungs- oder des Verteilernetzbetreibers von größter Bedeutung. Ein Übertragungs- oder Verteilernetzbetreiber kann aus einem oder mehreren Unternehmen bestehen.
- (8) Um einen effizienten und nichtdiskriminierenden Netzzugang zu gewährleisten, ist es angezeigt, dass die Übertragungs- und Verteilernetze durch unterschiedliche Rechtspersonen betrieben werden, wenn vertikal integrierte Unternehmen bestehen. Die Kommission sollte von den Mitgliedstaaten zur Verwirklichung dieser Voraussetzung entwickelte Maßnahmen gleicher Wirkung prüfen und gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung dieser Richtlinie vorlegen. Der Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber sollte ferner über wirksame Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf Vermögenswerte verfügen, die zur Wartung, dem Betrieb und der Entwicklung von Netzen erforderlich sind, wenn die betreffenden Vermögenswerte sich im Eigentum vertikal integrierter Unternehmen befinden und von diesen betrieben werden. Es ist notwendig, dass die Unabhängigkeit der Übertragungsnetzbetreiber und der Verteilernetzbetreiber gewährleistet wird, insbesondere mit Blick auf Erzeugungs- und Lieferinteressen. Deshalb müssen auch zwischen Übertragungs- und Verteilernetzbetreibern und Erzeugungs-/Versorgungsunternehmen voneinander unabhängige Managementstrukturen geschaffen werden.

Es muss jedoch zwischen einer solchen rechtlichen Trennung und der Entflechtung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse unterschieden werden. Die rechtliche Trennung bedingt keine Änderung der Eigentümerschaft an den Vermögenswerten, und der Geltung ähnlicher oder identischer Beschäftigungsbedingungen im gesamten vertikal integrierten Unternehmen steht nichts entgegen. Jedoch sollte ein nichtdiskriminierender Entscheidungsprozess durch organisatorische Maßnahmen zur Unabhängigkeit des zuständigen Entscheidungsträgers sichergestellt werden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 27 vom 30.1.1997, S. 20.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (9) Im Fall kleiner Netze müssen die Hilfsdienste möglicherweise von Übertragungsnetzbetreibern bereitgestellt werden, die mit dem kleinen Netz einen Verbund bilden.
- (10) Diese Richtlinie befasst sich nicht mit Eigentumsfragen, es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es sich im Falle eines Unternehmens, das im Übertragungs- oder Verteilungsbereich tätig und hinsichtlich seiner Rechtsform von den Unternehmen getrennt ist, die Erzeugungs- und/oder Liefertätigkeiten ausüben, bei den benannten Netzbetreibern um dasselbe Unternehmen handeln kann, das auch Eigentümer der Infrastruktur ist.
- (11) Damit kleine Verteilerunternehmen finanziell und administrativ nicht unverhältnismäßig stark belastet werden, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, solche Unternehmen erforderlichenfalls von den Vorschriften für die rechtliche Entflechtung der Verteilung auszunehmen.
- (12) Die Genehmigungsverfahren sollten nicht zu einem Verwaltungsaufwand führen, der in keinem Verhältnis zur Größe und zur möglichen Wirkung der Elektrizitätserzeuger steht.
- (13) Es sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Tarife für den Netzzugang transparent und nichtdiskriminierend sind. Diese Tarife sollten unterschiedslos für alle Netzbewerber gelten.
- (14) Um einem in einem Mitgliedstaat ansässigen Elektrizitätsunternehmen den Abschluss von Verträgen zu erleichtern, die die Versorgung von zugelassenen Kunden in einem anderen Mitgliedstaat betreffen, sollten die Mitgliedstaaten und, wo angemessen, die nationalen Regulierungsbehörden auf einheitlichere Bedingungen und auf den gleichen Grad an Zulassungsfähigkeit im gesamten Binnenmarkt hinarbeiten.
- (15) Der wirksamen Regulierung durch eine oder mehrere nationale Regulierungsbehörden kommt eine Schlüsselrolle bei der Gewährleistung eines nichtdiskriminierenden Netzzugangs zu. Die Mitgliedstaaten legen die Aufgaben, Zuständigkeiten und administrativen Befugnisse der Regulierungsbehörden fest. Es ist wichtig, dass die Regulierungsbehörden in allen Mitgliedstaaten über die gleichen Mindestzuständigkeiten verfügen. Diese Regulierungsbehörden sollten befugt sein, die Tarife oder wenigstens die Methoden zur Berechnung der Tarife für die Übertragung und Verteilung festzulegen oder zu genehmigen. Um Unsicherheiten und kosten- und zeitaufwändige Streitigkeiten zu vermeiden, sollten diese Tarife veröffentlicht werden, bevor sie Gültigkeit erlangen.
- (16) Die Kommission hat mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, eine europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für Elektrizität und Gas einzurichten, die einen geeigneten Beratungsmechanismus zur Stärkung der Zusammenarbeit und der Koordinierung der nationalen Regulierungsbehörden darstellen würde, um die Entwicklung des Binnenmarkts für Elektrizität und Gas zu fördern und in allen Mitgliedstaaten zu einer konsistenten Anwendung der Bestimmungen beizutragen, die in der vorliegenden Richtlinie, der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt<sup>(1)</sup> und der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel<sup>(2)</sup> festgelegt sind.
- (17) Zur Sicherstellung eines effektiven Marktzugangs für alle Marktteilnehmer, einschließlich neuer Marktteilnehmer, bedarf es nichtdiskriminierender, kostenorientierter Ausgleichsmechanismen. Sobald der Elektrizitätsmarkt einen ausreichenden Liquiditätsstand erreicht hat, sollte dies durch den Aufbau transparenter Marktmechanismen für die Lieferung und den Bezug von Elektrizität zur Deckung des Ausgleichsbedarfs realisiert werden. Solange derartige liquide Märkte fehlen, sollten die nationalen Regulierungsbehörden aktiv darauf hinwirken, dass die Tarife für Ausgleichsleistungen nichtdiskriminierend und kostenorientiert sind. Gleichzeitig sollten geeignete Anreize gegeben werden, um die Einspeisung und Abnahme von Elektrizität auszugleichen und das System nicht zu gefährden.
- (18) Die nationalen Regulierungsbehörden sollten die Möglichkeit haben, die Tarife oder die Tarifberechnungsmethoden auf der Grundlage eines Vorschlags des Übertragungsnetzbetreibers oder des (der) Verteilernetzbetreibers oder auf der Grundlage eines zwischen diesen Betreibern und den Netzbewerbern abgestimmten Vorschlags festzulegen oder zu genehmigen. Dabei sollten die nationalen Regulierungsbehörden sicherstellen, dass die Tarife für die Übertragung und Verteilung nichtdiskriminierend und kostenorientiert sind und die langfristig durch dezentrale Elektrizitätserzeugung und Nachfragesteuerung vermiedenen Netzgrenzkosten berücksichtigen.

(<sup>1</sup>) Abl. L ...

(<sup>2</sup>) Abl. L ...

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (19) Überall in der Gemeinschaft sollten Industrie und Handel, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen, sowie die Bürger, die von den wirtschaftlichen Vorteilen des Binnenmarktes profitieren, aus Gründen der Gerechtigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit und indirekt zur Schaffung von Arbeitsplätzen auch ein hohes Verbraucherschutzniveau genießen können, und insbesondere die Haushalte und, soweit die Mitgliedstaaten dies für angemessen halten; Kleinunternehmen sollten außerdem in den Genuss gemeinwirtschaftlicher Leistungen kommen können, insbesondere hinsichtlich Versorgungssicherheit und angemessener Tarife.
- (20) Die Elektrizitätskunden sollten ihr Versorgungsunternehmen frei wählen können. Dennoch sollte die Vollendung des Binnenmarkts für Elektrizität schrittweise erfolgen, um der Branche Gelegenheit zur Anpassung zu geben und sicherzustellen, dass effiziente Maßnahmen und Regelungen zum Schutz der Verbraucherinteressen getroffen werden und gewährleistet ist, dass die Verbraucher tatsächlich das Recht auf freie Wahl ihres Versorgungsunternehmens haben.
- (21) Durch die schrittweise Öffnung des Marktes zum freien Wettbewerb sollten die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten so schnell wie möglich beseitigt werden. Bei der Durchführung dieser Richtlinie sollten Transparenz und Sicherheit gewährleistet sein.
- (22) Fast alle Mitgliedstaaten haben sich dafür entschieden, den Wettbewerb im Elektrizitätserzeugungsmarkt durch ein transparentes Genehmigungsverfahren zu gewährleisten. Die Mitgliedstaaten sollten jedoch die Möglichkeit vorsehen, zur Versorgungssicherheit durch eine Ausschreibung oder ein vergleichbares Verfahren für den Fall beizutragen, dass sich im Wege des Genehmigungsverfahrens keine ausreichenden Elektrizitätserzeugungskapazitäten schaffen lassen. Die Mitgliedstaaten sollten die Möglichkeit haben, im Interesse des Umweltschutzes und der Förderung neuer, noch nicht ausgereifter Technologien Kapazitäten auf der Grundlage veröffentlichter Kriterien auszuschreiben. Die neuen Kapazitäten schließen unter anderem erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ein.
- (23) Im Interesse der Versorgungssicherheit sollte das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage in den einzelnen Mitgliedstaaten beobachtet und anschließend ein Gesamtbericht über die Versorgungssicherheit in der Gemeinschaft angefertigt werden, in dem die zwischen verschiedenen Gebieten bestehende Verbindungskapazität berücksichtigt wird. Die Beobachtung sollte so frühzeitig erfolgen, dass die geeigneten Maßnahmen getroffen werden können, wenn die Versorgungssicherheit gefährdet sein sollte. Der Aufbau und der Erhalt der erforderlichen Netzinfrastruktur einschließlich der Verbundmöglichkeiten sollten zu einer stabilen Elektrizitätsversorgung beitragen. Der Aufbau und der Erhalt der erforderlichen Netzinfrastruktur einschließlich der Verbundmöglichkeiten und der dezentralen Elektrizitätserzeugung sind wichtige Elemente, um eine stabile Elektrizitätsversorgung sicherzustellen.
- (24) Die Mitgliedstaaten sollten dafür Sorge tragen, dass Haushalts-Kunden und, soweit die Mitgliedstaaten dies für angezeigt halten, Kleinunternehmen das Recht auf Versorgung mit Elektrizität einer bestimmten Qualität zu leicht vergleichbaren, transparenten und angemessenen Preisen haben. Damit gewährleistet ist, dass die Qualität gemeinwirtschaftlicher Leistungen in der Gemeinschaft weiterhin hohen Standards entspricht, sollten die Mitgliedstaaten die Kommission regelmäßig über alle zur Erreichung der Ziele dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen unterrichten. Die Kommission sollte regelmäßig einen Bericht veröffentlichen, in dem die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Erreichung gemeinwirtschaftlicher Ziele untersucht und in ihrer Wirksamkeit verglichen werden, um Empfehlungen für Maßnahmen auszusprechen, die auf einzelstaatlicher Ebene zur Gewährleistung einer hohen Qualität der gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu ergreifen sind. Die Mitgliedstaaten sollten die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt treffen. Die Maßnahmen können nach den jeweiligen Gegebenheiten in den entsprechenden Mitgliedstaaten unterschiedlich sein und spezifische Maßnahmen für die Begleichung von Stromrechnungen oder allgemeinere Maßnahmen innerhalb des Sozialsicherungssystems beinhalten. Wird die Grundversorgung auch kleinen Unternehmen angeboten, so können die Maßnahmen zur Gewährleistung dieses Angebots für Haushalts-Kunden und kleine Unternehmen unterschiedlich ausfallen.
- (25) Die Kommission hat mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, Maßnahmen insbesondere mit Blick auf den Anwendungsbereich der Kennzeichnungsvorschriften zu ergreifen, insbesondere über die Art und Weise, in der Informationen über die Umweltauswirkungen zumindest unter dem Aspekt der bei der Elektrizitätserzeugung aus verschiedenen Energieträgern entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen und radioaktive Abfälle in transparenter, leicht zugänglicher und vergleichbarer Weise in der gesamten Europäischen Union verfügbar gemacht werden könnten, sowie über die Art und Weise, in der die in den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen, um die Richtigkeit der von den Versorgungsunternehmen gemachten Angaben zu kontrollieren, vereinfacht werden könnten.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (26) Die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen ist eine grundlegende Anforderung dieser Richtlinie, und es ist wichtig, dass in dieser Richtlinie von allen Mitgliedstaaten einzuhaltende gemeinsame Mindestnormen festgelegt werden, die den Zielen des Verbraucherschutzes, der Versorgungssicherheit, des Umweltschutzes und einer gleichwertigen Wettbewerbsintensität in allen Mitgliedstaaten Rechnung tragen. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen müssen unter Berücksichtigung der einzelstaatlichen Gegebenheiten aus nationaler Sicht ausgelegt werden können, wobei das Gemeinschaftsrecht einzuhalten ist.
- (27) Die Mitgliedstaaten können einen Versorger letzter Instanz benennen. Hierbei kann es sich um die Verkaufsabteilung eines vertikal integrierten Unternehmens handeln, das auch die Tätigkeit der Verteilung ausübt, sofern die Entflechtungsanforderungen erfüllt sind.
- (28) Die von den Mitgliedstaaten zur Erreichung der Ziele des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts ergriffenen Maßnahmen können insbesondere die Schaffung geeigneter wirtschaftlicher Anreize, gegebenenfalls unter Einsatz aller auf einzelstaatlicher Ebene oder Gemeinschaftsebene vorhandenen Instrumente, umfassen. Zu diesen Instrumenten können auch Haftungsregelungen zur Absicherung der erforderlichen Investitionen zählen.
- (29) Soweit die von den Mitgliedstaaten zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen getroffenen Maßnahmen staatliche Beihilfen nach Artikel 87 Absatz 1 des Vertrags darstellen, sind sie der Kommission gemäß Artikel 88 Absatz 3 des Vertrags mitzuteilen.
- (30) Es hat sich erwiesen, dass die Verpflichtung, die Kommission über die etwaige Verweigerung einer Baugenehmigung für neue Erzeugungsanlagen zu unterrichten, unnötigen Verwaltungsaufwand bedeutet, so dass auf die entsprechende Bestimmung verzichtet werden sollte.
- (31) Da das Ziel der beabsichtigten Maßnahme, nämlich die Schaffung eines voll funktionierenden Elektrizitätsbinnenmarkts, auf dem fairer Wettbewerb herrscht, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahme besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (32) Aufgrund der Erfahrungen mit der Anwendung der Richtlinie 90/547/EWG des Rates vom 29. Oktober 1990 über den Transit von Elektrizitätslieferungen über große Netze<sup>(1)</sup> sollten Maßnahmen zur Sicherstellung einheitlicher und nichtdiskriminierender Regelungen für den Zugang zu Übertragungsleitungen getroffen werden, die auch für die Beförderung von Elektrizität über innergemeinschaftliche Grenzen hinweg gelten. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung des Zugangs zu den Elektrizitätsnetzen auch im Falle des Transits sollte jene Richtlinie aufgehoben werden.
- (33) Wegen des Umfangs der Änderungen der Richtlinie 96/92/EG sollten die betreffenden Bestimmungen aus Gründen der Klarheit und der Rationalisierung neu gefasst werden.
- (34) Die vorliegende Richtlinie respektiert die grundlegenden Rechte und beachtet die insbesondere in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundsätze -

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

## KAPITEL I

## ANWENDUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

## Artikel 1

## Anwendungsbereich

Mit dieser Richtlinie werden gemeinsame Vorschriften für die Elektrizitätserzeugung, -übertragung, -verteilung und -versorgung erlassen. Sie regelt die Organisation und Funktionsweise des Elektrizitätssektors, den Marktzugang, die Kriterien und Verfahren für die Ausschreibungen und die Vergabe von Genehmigungen sowie den Betrieb der Netze.

<sup>(1)</sup> ABl. L 313 vom 13.11.1990, S. 30. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 98/75/EG der Kommission (AbL. L 276 vom 13.10.1998, S. 9).



Mittwoch, 4. Juni 2003

## Artikel 2

### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

1. „Erzeugung“ die Produktion von Elektrizität;
2. „Erzeuger“ eine natürliche oder juristische Person, die Elektrizität erzeugt;
3. „Übertragung“ den Transport von Elektrizität über ein Höchstspannungs- und Hochspannungsverbundnetz zum Zwecke der Belieferung von Endkunden oder Verteilern, jedoch mit Ausnahme der Versorgung;
4. „Übertragungsnetzbetreiber“ eine natürliche oder juristische Person, die verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Übertragungsnetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Übertragung von Elektrizität zu befriedigen;
5. „Verteilung“ den Transport von Elektrizität mit hoher, mittlerer oder niedriger Spannung über Verteilernetze zum Zwecke der Belieferung von Kunden, jedoch mit Ausnahme der Versorgung;
6. „Verteilernetzbetreiber“ eine natürliche oder juristische Person, die verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Verteilung von Elektrizität zu befriedigen;
7. „Kunden“ Großhändler und Endkunden, die Elektrizität kaufen;
8. „Großhändler“ alle natürlichen und juristischen Personen, die Elektrizität zum Zwecke des Weiterverkaufs innerhalb oder außerhalb des Netzes, in dem sie ansässig sind, kaufen;
9. „Endkunden“ Kunden, die Elektrizität für den eigenen Verbrauch kaufen;
10. „Haushalts-Kunden“ Kunden, die Elektrizität für den Eigenverbrauch im Haushalt kaufen; dies schließt gewerbliche und berufliche Tätigkeiten nicht mit ein;
11. „Nicht-Haushalts-Kunden“ natürliche oder juristische Personen, die Elektrizität für andere Zwecke als den Eigenverbrauch im Haushalt kaufen; hierzu zählen auch Erzeuger und Großhändler;
12. „zugelassene Kunden“ Kunden, denen es gemäß Artikel 21 dieser Richtlinie frei steht, Elektrizität von einem Lieferanten ihrer Wahl zu kaufen;
13. „Verbindungsleitungen“ Anlagen, die zur Verbundschaltung von Elektrizitätsnetzen dienen;
14. „Verbundnetz“ eine Anzahl von Übertragungs- und Verteilernetzen, die durch eine oder mehrere Verbindungsleitungen miteinander verbunden sind;
15. „Direktleitung“ entweder eine Leitung, die einen einzelnen Produktionsstandort mit einem einzelnen Kunden verbindet, oder eine Leitung, die einen Elektrizitätserzeuger und ein Elektrizitätsversorgungsunternehmen zum Zwecke der direkten Versorgung mit ihrer eigenen Betriebsstätte, Tochterunternehmen und zugelassenen Kunden verbindet;
16. „wirtschaftlicher Vorrang“ die Rangfolge der Elektrizitätsversorgungsquellen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten;
17. „Hilfsdienste“ sämtliche zum Betrieb eines Übertragungs- oder Verteilernetzes erforderlichen Dienste;
18. „Netzbenutzer“ natürliche oder juristische Personen, die Elektrizität in ein Übertragungs- oder Verteilernetz einspeisen oder daraus versorgt werden;
19. „Versorgung“ den Verkauf einschließlich des Weiterverkaufs von Elektrizität an Kunden;
20. „integriertes Elektrizitätsunternehmen“ ein vertikal oder horizontal integriertes Unternehmen;

Mittwoch, 4. Juni 2003

21. „vertikal integriertes Unternehmen“ ein Unternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, deren gegenseitige Beziehungen in Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen<sup>(1)</sup> festgelegt sind, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe mindestens eine der Funktionen Übertragung oder Verteilung und mindestens eine der Funktionen Erzeugung von oder Versorgung mit Elektrizität wahrnimmt;
22. „verbundene Unternehmen“ verbundene Unternehmen im Sinne von Artikel 41 der Siebenten Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe g<sup>(2)</sup> des Vertrags über den konsolidierten Abschluss<sup>(3)</sup> und/oder assoziierte Unternehmen im Sinne von Artikel 33 Absatz 1 derselben Richtlinie und/oder Unternehmen, die denselben Aktionären gehören;
23. „horizontal integriertes Unternehmen“ ein Unternehmen, das mindestens eine der Funktionen kommerzielle Erzeugung, Übertragung, Verteilung von oder Versorgung mit Elektrizität wahrnimmt und das außerdem eine weitere Tätigkeit außerhalb des Elektrizitätsbereichs ausübt;
24. „Ausschreibungsverfahren“ das Verfahren, durch das ein geplanter zusätzlicher Bedarf und geplante Ersatzkapazitäten durch Lieferungen aus neuen oder bestehenden Erzeugungsanlagen abgedeckt werden;
25. „langfristige Planung“ die langfristige Planung des Bedarfs an Investitionen in Erzeugungs-, Übertragungs- und Verteilungskapazität zur Deckung der Elektrizitätsnachfrage des Netzes und zur Sicherung der Versorgung der Kunden;
26. „kleines, isoliertes Netz“ ein Netz mit einem Verbrauch von weniger als 3 000 GWh im Jahr 1996, das bis zu einem Wert von weniger als 5 % seines Jahresverbrauchs mit anderen Netzen in Verbund geschaltet werden kann;
27. „isoliertes Kleinstnetz“ ein Netz mit einem Verbrauch von weniger als 500 GWh im Jahr 1996, das nicht mit anderen Netzen verbunden ist;
28. „Sicherheit“ sowohl die Sicherheit der Elektrizitätsversorgung und -bereitstellung als auch die Betriebssicherheit;
29. „Energieeffizienz/Nachfragesteuerung“ ein globales oder integriertes Konzept zur Steuerung der Höhe und des Zeitpunkts des Elektrizitätsverbrauchs, das den Primärenergieverbrauch senken und Spitzenlasten verringern soll, indem Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz oder anderen Maßnahmen wie unterbrechbaren Lieferverträgen Vorrang vor Investitionen zur Steigerung der Erzeugungskapazität eingeräumt wird, wenn sie unter Berücksichtigung der positiven Auswirkungen eines geringeren Energieverbrauchs auf die Umwelt und der damit verbundenen Aspekte einer größeren Versorgungssicherheit und geringerer Verteilungskosten die wirksamste und wirtschaftlichste Option darstellen;
30. „erneuerbare Energiequelle“ eine erneuerbare, nichtfossile Energiequelle (Wind, Sonne, Erdwärme, Wellen- und Gezeitenenergie, Wasserkraft, Biomasse, Deponiegas, Klärgas und Biogas);
31. „dezentrale Erzeugungsanlage“ eine an das Verteilernetz angeschlossene Erzeugungsanlage.

## KAPITEL II

## ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN FÜR DIE ORGANISATION DES SEKTORS

## Artikel 3

## Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und Schutz der Kunden

(1) Die Mitgliedstaaten tragen entsprechend ihrem institutionellen Aufbau und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips dafür Sorge, dass Elektrizitätsunternehmen unbeschadet des Absatzes 2 nach den in dieser Richtlinie festgelegten Grundsätzen und im Hinblick auf die Errichtung eines wettbewerbsorientierten, sicheren und unter ökologischen Aspekten nachhaltigen Elektrizitätsmarkts betrieben werden und dass diese Unternehmen hinsichtlich der Rechte und Pflichten nicht diskriminiert werden.

(1) ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 (AbL. L 180 vom 9.7.1997, S. 1).

(2) Der Titel der Richtlinie 83/349/EWG wurde angepasst, um der gemäß Artikel 12 des Vertrags von Amsterdam vorgenommenen Umnummerierung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen; die ursprüngliche Bezugnahme betraf Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g.

(3) ABl. L 193 vom 18.7.1983, S. 1. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (AbL. L 283 vom 27.10.2001, S. 28).

Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Die Mitgliedstaaten können unter uneingeschränkter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Vertrags, insbesondere des Artikels 86, den Elektrizitätsunternehmen im Allgemeinen wirtschaftlichen Interesse Verpflichtungen auferlegen, die sich auf Sicherheit, einschließlich Versorgungssicherheit, Regelmäßigkeit, Qualität und Preis der Versorgung sowie Umweltschutz, einschließlich Energieeffizienz und Klimaschutz, beziehen können. Solche Verpflichtungen müssen klar festgelegt, transparent, nichtdiskriminierend und überprüfbar sein und den gleichberechtigten Zugang von Elektrizitätsunternehmen in der Europäischen Union zu den nationalen Verbrauchern sicherstellen. In Bezug auf die Versorgungssicherheit, die Energieeffizienz/Nachfragesteuerung sowie zur Erreichung der Umweltziele im Sinne dieses Absatzes können die Mitgliedstaaten eine langfristige Planung vorsehen, wobei die Möglichkeit zu berücksichtigen ist, dass Dritte Zugang zum Netz erhalten wollen.

(3) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass alle Haushalts-Kunden und, soweit die Mitgliedstaaten dies für angezeigt halten, Kleinunternehmen, nämlich Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. EUR haben, in ihrem Hoheitsgebiet über eine Grundversorgung verfügen, also das Recht auf Versorgung mit Elektrizität einer bestimmten Qualität zu angemessenen, leicht und eindeutig vergleichbaren und transparenten Preisen haben. Zur Gewährleistung der Bereitstellung der Grundversorgung können die Mitgliedstaaten einen Versorger letzter Instanz benennen. Die Mitgliedstaaten erlegen Verteilerunternehmen die Verpflichtung auf, Kunden nach Modalitäten, Bedingungen und Tarifen an ihr Netz anzuschließen, die nach dem Verfahren des Artikels 23 Absatz 2 festgelegt worden sind. Diese Richtlinie hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, die Marktstellung der privaten sowie der kleinen und mittleren Verbraucher zu stärken, indem sie die Möglichkeiten des freiwilligen Zusammenschlusses zur Vertretung dieser Verbrauchergruppe fördern.

Unterabsatz 1 wird in transparenter und nichtdiskriminierender Weise umgesetzt, wobei die Öffnung des Marktes gemäß Artikel 21 nicht behindert werden darf.

(4) Wenn ein Mitgliedstaat für die Erfüllung der Verpflichtungen nach den Absätzen 2 und 3 einen finanziellen Ausgleich, andere Arten von Gegenleistungen oder Alleinrechte gewährt, muss dies auf nicht-diskriminierende, transparente Weise geschehen.

(5) Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen zum Schutz der Endkunden und tragen insbesondere dafür Sorge, dass für schutzbedürftige Kunden ein angemessener Schutz besteht, einschließlich Maßnahmen zur Vermeidung eines Ausschlusses von der Versorgung. In diesem Zusammenhang können die Mitgliedstaaten Maßnahmen zum Schutz von Endkunden in abgelegenen Gebieten treffen. Die Mitgliedstaaten gewährleisten einen hohen Verbraucherschutz, insbesondere in Bezug auf die Transparenz der Vertragsbedingungen, allgemeine Informationen und Streitbeilegungsverfahren. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass zugelassene Kunden tatsächlich zu einem neuen Lieferanten wechseln können. Zumindest im Fall der Haushalts-Kunden schließen solche Maßnahmen die in Anhang A aufgeführten Maßnahmen ein.

(6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Elektrizitätsversorgungsunternehmen auf oder als Anlage zu ihren Rechnungen und in an Endkunden gerichtetem Werbematerial Folgendes angeben:

- a) den Anteil der einzelnen Energiequellen am Gesamtenergiemix, den der Lieferant im vorangegangenen Jahr verwendet hat;
- b) zumindest Verweise auf bestehende Informationsquellen, wie Internetseiten, bei denen Informationen über die Umweltauswirkungen – zumindest in Bezug auf CO<sub>2</sub>-Emissionen und radioaktiven Abfall aus der durch den Gesamtenergiemix des Lieferanten im vorangegangenen Jahr erzeugten Elektrizität – öffentlich zur Verfügung stehen.

Bei Elektrizitätsmengen, die über eine Strombörse bezogen oder von einem Unternehmen mit Sitz außerhalb der Gemeinschaft eingeführt werden, können die von der Strombörse oder von dem betreffenden Unternehmen für das Vorjahr vorgelegten Gesamtzahlen zugrunde gelegt werden.

Die Mitgliedstaaten ergreifen die notwendigen Maßnahmen, um dafür zu sorgen, dass die Informationen, die von den Versorgungsunternehmen gemäß diesem Artikel an ihre Kunden weitergegeben werden, verlässlich sind.

(7) Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts sowie des Umweltschutzes – wozu auch Energieeffizienz-/Nachfragesteuerungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Klimaveränderungen gehören können – und der Versorgungssicherheit. Diese Maßnahmen können insbesondere die Schaffung geeigneter wirtschaftli-

Mittwoch, 4. Juni 2003

cher Anreize für den Aufbau und den Erhalt der erforderlichen Netzinfrastruktur einschließlich der Verbindungsleitungskapazitäten gegebenenfalls unter Einsatz aller auf einzelstaatlicher Ebene oder auf Gemeinschaftsebene vorhandenen Instrumente umfassen.

(8) Die Mitgliedstaaten können beschließen, die Artikel 6, 7, 20 und 22 nicht anzuwenden, soweit ihre Anwendung die Erfüllung der den Elektrizitätsunternehmen übertragenen gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen de jure oder de facto verhindern würde und soweit die Entwicklung des Handelsverkehrs nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt wird, das den Interessen der Gemeinschaft zuwiderläuft. Im Interesse der Gemeinschaft liegt insbesondere der Wettbewerb um zugelassene Kunden in Übereinstimmung mit dieser Richtlinie und Artikel 86 des Vertrags.

(9) Bei der Umsetzung dieser Richtlinie unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über alle Maßnahmen, die sie zur Gewährleistung der Grundversorgung und Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen, einschließlich des Verbraucher- und des Umweltschutzes, getroffen haben, und deren mögliche Auswirkungen auf den nationalen und internationalen Wettbewerb, und zwar unabhängig davon, ob für diese Maßnahmen eine Ausnahme von dieser Richtlinie erforderlich ist oder nicht. Sie unterrichten die Kommission anschließend alle zwei Jahre über Änderungen der Maßnahmen unabhängig davon, ob für diese Maßnahmen eine Ausnahme von dieser Richtlinie erforderlich ist oder nicht.

#### Artikel 4

##### Monitoring der Versorgungssicherheit

Die Mitgliedstaaten sorgen für ein Monitoring der Versorgungssicherheit. Soweit die Mitgliedstaaten es für angebracht halten, können sie diese Aufgabe den in Artikel 23 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörden übertragen. Dieses Monitoring betrifft insbesondere das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem heimischen Markt, die erwartete Nachfrageentwicklung, die in der Planung und im Bau befindlichen zusätzlichen Kapazitäten, die Qualität und den Umfang der Netzwartung sowie Maßnahmen zur Bedienung von Nachfragespitzen und zur Bewältigung von Ausfällen eines oder mehrerer Versorger. Die zuständigen Behörden veröffentlichen alle zwei Jahre spätestens zum 31. Juli einen Bericht über die bei dem Monitoring dieser Aspekte gewonnenen Erkenntnisse und etwaige getroffene oder geplante diesbezügliche Maßnahmen und übermitteln ihn unverzüglich der Kommission.

#### Artikel 5

##### Technische Vorschriften

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass Kriterien für die technische Betriebssicherheit festgelegt und für den Netzanschluss von Erzeugungsanlagen, Verteilernetzen, Anlagen direkt angeschlossener Kunden, Verbindungsleitungen und Direktleitungen technische Vorschriften mit Mindestanforderungen an die Auslegung und den Betrieb ausgearbeitet und veröffentlicht werden. Diese technischen Vorschriften müssen die Interoperabilität der Netze sicherstellen sowie objektiv und nichtdiskriminierend sein. Sie werden der Kommission gemäß Artikel 8 der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft<sup>(1)</sup> mitgeteilt.

### KAPITEL III

### ERZEUGUNG

#### Artikel 6

##### Genehmigungsverfahren für neue Kapazitäten

(1) Für den Bau neuer Erzeugungsanlagen beschließen die Mitgliedstaaten ein Genehmigungsverfahren, das nach objektiven, transparenten und nichtdiskriminierenden Kriterien anzuwenden ist.

<sup>(1)</sup> ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37. Geändert durch die Richtlinie 98/48/EG (ABl. L 217 vom 5.8.1998, S. 18).

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (2) Die Mitgliedstaaten legen die Kriterien für die Erteilung von Genehmigungen zum Bau von Erzeugungsanlagen in ihrem Hoheitsgebiet fest. Die Kriterien können folgende Aspekte erfassen:
- Sicherheit und Sicherung des elektrischen Netzes der Anlagen und zugehörigen Ausrüstungen;
  - Schutz der Gesundheit der Bevölkerung und der öffentlichen Sicherheit;
  - Umweltschutz;
  - Flächennutzung und Standortwahl;
  - Gebrauch von öffentlichem Grund und Boden;
  - Energieeffizienz;
  - Art der Primärenergieträger;
  - spezifische Merkmale des Antragstellers, wie technische, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit;
  - Einhaltung der nach Artikel 3 getroffenen Maßnahmen.
- (3) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass bei den Genehmigungsverfahren für kleine und/oder dezentrale Erzeugungsanlagen ihrer begrenzten Größe und ihrer möglichen Auswirkung Rechnung getragen wird.
- (4) Die Genehmigungsverfahren und die Kriterien werden öffentlich bekannt gemacht. Die Gründe für die Verweigerung einer Genehmigung sind dem Antragsteller mitzuteilen. Sie müssen objektiv, nichtdiskriminierend, stichhaltig und hinreichend belegt sein. Dem Antragsteller müssen Rechtsmittel zur Verfügung stehen.

## Artikel 7

## Ausschreibung neuer Kapazitäten

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass neue Kapazitäten oder Energieeffizienz-/Nachfragesteuerungsmaßnahmen im Interesse der Versorgungssicherheit über ein Ausschreibungsverfahren oder ein hinsichtlich Transparenz und Nichtdiskriminierung gleichwertiges Verfahren auf der Grundlage veröffentlichter Kriterien bereitgestellt bzw. getroffen werden können. Diese Verfahren kommen jedoch nur in Betracht, wenn die Versorgungssicherheit durch die im Wege des Genehmigungsverfahrens geschaffenen Erzeugungskapazitäten bzw. die getroffenen Energieeffizienz-/Nachfragesteuerungsmaßnahmen allein nicht gewährleistet ist.
- (2) Die Mitgliedstaaten können im Interesse des Umweltschutzes und der Förderung neuer Technologien, die sich in einem frühen Entwicklungsstadium befinden, die Möglichkeit dafür schaffen, dass neue Kapazitäten auf der Grundlage veröffentlichter Kriterien ausgeschrieben werden. Diese Ausschreibung kann sich sowohl auf neue Kapazitäten als auch auf Energieeffizienz-/Nachfragesteuerungsmaßnahmen erstrecken. Ein Ausschreibungsverfahren kommt jedoch nur in Betracht, wenn die Erreichung der betreffenden Ziele durch die im Wege des Genehmigungsverfahrens geschaffenen Erzeugungskapazitäten bzw. die getroffenen Maßnahmen allein nicht gewährleistet ist.
- (3) Die Einzelheiten des Ausschreibungsverfahrens für Erzeugungskapazitäten und Energieeffizienz-/Nachfragesteuerungsmaßnahmen werden mindestens sechs Monate vor Ablauf der Ausschreibungsfrist im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

Die Ausschreibungsbedingungen werden jedem interessierten Unternehmen, das seinen Sitz im Gebiet eines Mitgliedstaats hat, rechtzeitig zur Verfügung gestellt, damit es auf die Ausschreibung antworten kann.

Zur Gewährleistung eines transparenten und nichtdiskriminierenden Verfahrens enthalten die Ausschreibungsbedingungen eine genaue Beschreibung der Spezifikationen des Auftrags und des von den Bietern einzuhaltenden Verfahrens sowie eine vollständige Liste der Kriterien für die Auswahl der Bewerber und die Auftragsvergabe, einschließlich der von der Ausschreibung erfassten Anreize wie z.B. Beihilfen. Die Spezifikationen können sich auch auf die in Artikel 6 Absatz 2 genannten Aspekte erstrecken.

- (4) Im Falle einer Ausschreibung für benötigte Produktionskapazitäten müssen auch Angebote für langfristig garantierte Lieferungen von Strom aus bestehenden Produktionseinheiten in Betracht gezogen werden, sofern damit eine Deckung des zusätzlichen Bedarfs möglich ist.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(5) Die Mitgliedstaaten benennen eine Behörde, eine öffentliche Stelle oder eine von der Erzeugung, Übertragung und Verteilung von Elektrizität sowie von der Elektrizitätsversorgung unabhängige private Stelle, bei der es sich um die in Artikel 23 Absatz 1 genannte Regulierungsbehörde handeln kann und die für die Durchführung, Überwachung und Kontrolle des in den Absätzen 1 bis 4 beschriebenen Ausschreibungsverfahrens zuständig ist. Ist ein Übertragungsnetzbetreiber in seinen Eigentumsverhältnissen völlig unabhängig von anderen, nicht mit dem Übertragungsnetz zusammenhängenden Tätigkeitsbereichen, kann der Übertragungsnetzbetreiber als für die Durchführung, Überwachung und Kontrolle des Ausschreibungsverfahrens zuständige Stelle benannt werden. Diese Behörde oder Stelle trifft alle erforderlichen Maßnahmen, um die Vertraulichkeit der in den Angeboten gemachten Angaben zu gewährleisten.

#### KAPITEL IV

#### BETRIEB DES ÜBERTRAGUNGSNETZES

##### Artikel 8

##### Benennung von Übertragungsnetzbetreibern

Die Mitgliedstaaten oder von diesen dazu aufgeforderte Unternehmen, die Eigentümer von Übertragungsnetzen sind, benennen für einen Zeitraum, den die Mitgliedstaaten unter Effizienzerwägungen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse festlegen, einen oder mehrere Übertragungsnetzbetreiber. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Übertragungsnetzbetreiber die Artikel 9 bis 12 einhalten.

##### Artikel 9

##### Aufgaben der Übertragungsnetzbetreiber

Jeder Übertragungsnetzbetreiber ist verantwortlich,

- a) auf lange Sicht die Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Übertragung von Elektrizität zu befriedigen, sicherzustellen;
- b) durch entsprechende Übertragungskapazität und Zuverlässigkeit des Netzes zur Versorgungssicherheit beizutragen;
- c) die Energieübertragung durch das Netz unter Berücksichtigung des Austauschs mit anderen Verbundnetzen zu regeln. Daher ist es Sache des Übertragungsnetzbetreibers, ein sicheres, zuverlässiges und effizientes Elektrizitätsnetz zu unterhalten und in diesem Zusammenhang für die Bereitstellung aller unentbehrlichen Hilfsdienste zu sorgen, sofern diese Bereitstellung unabhängig von jedweden anderen Übertragungsnetz ist, mit dem das Netz einen Verbund bildet;
- d) dem Betreiber eines anderen Netzes, mit dem sein eigenes Netz verbunden ist, ausreichende Informationen bereitzustellen, um den sicheren und effizienten Betrieb, den koordinierten Ausbau und die Interoperabilität des Verbundnetzes sicherzustellen;
- e) sich jeglicher Diskriminierung von Netzbenutzern oder Kategorien von Netzbenutzern, insbesondere zugunsten der mit ihm verbundenen Unternehmen, zu enthalten;
- f) den Netzbenutzern die Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie für einen effizienten Netzzugang benötigen.

##### Artikel 10

##### Entflechtung von Übertragungsnetzbetreibern

(1) Gehört der Übertragungsnetzbetreiber zu einem vertikal integrierten Unternehmen, so muss er zumindest hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Übertragung zusammenhängen. Diese Bestimmungen begründen keine Verpflichtung, eine Trennung in Bezug auf das Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens an Vermögenswerten des Übertragungsnetzes vorzunehmen.

(2) Um die Unabhängigkeit eines Übertragungsnetzbetreibers gemäß Absatz 1 sicherzustellen, sind die folgenden Mindestkriterien anzuwenden:

- a) In einem integrierten Elektrizitätsunternehmen dürfen die für die Leitung des Übertragungsnetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des integrierten Elektrizitätsunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Elektrizitätserzeugung, -verteilung und -versorgung zuständig sind;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- b) es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Übertragungsnetzbetreibers zuständigen Personen so berücksichtigt werden, dass ihre Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist;
- c) der Übertragungsnetzbetreiber hat in Bezug auf Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung oder den Ausbau des Netzes erforderlich sind, tatsächliche Entscheidungsbefugnisse, die er unabhängig von dem integrierten Elektrizitätsunternehmen ausübt. Dies sollte geeigneten Koordinierungsmechanismen nicht entgegenstehen, mit denen sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die – gemäß Artikel 23 Absatz 2 indirekt geregelte – Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Dies ermöglicht es dem Mutterunternehmen insbesondere, den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Übertragungsnetzbetreibers zu genehmigen und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festzulegen. Dies erlaubt es dem Mutterunternehmen nicht, Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelner Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Übertragungsleitungen zu erteilen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen;
- d) der Übertragungsnetzbetreiber stellt ein Gleichbehandlungsprogramm auf, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden, und gewährleistet die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms. In dem Programm ist festgelegt, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben. Die für die Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms zuständige Person oder Stelle legt der in Artikel 23 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörde jährlich einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vor, der veröffentlicht wird.

#### Artikel 11

##### Inanspruchnahme und Ausgleich von Kapazitäten

- (1) Unbeschadet der Elektrizitätslieferung aufgrund vertraglicher Verpflichtungen einschließlich der Verpflichtungen aus den Ausschreibungsbedingungen ist der Betreiber des Übertragungsnetzes verantwortlich für die Inanspruchnahme der Erzeugungsanlagen in seinem Gebiet und für die Nutzung der Verbindungsleitungen mit den anderen Netzen, soweit er diese Funktion hat.
- (2) Die Einspeisung aus den Erzeugungsanlagen und die Nutzung der Verbindungsleitungen erfolgen auf der Grundlage von Kriterien, die der betreffende Mitgliedstaat genehmigen kann, die objektiv und veröffentlicht sein sowie auf nichtdiskriminierende Weise angewandt werden müssen, damit ein einwandfreies Funktionieren des Elektrizitätsbinnenmarkts gewährleistet wird. Bei den Kriterien werden der wirtschaftliche Vorrang von Strom aus verfügbaren Erzeugungsanlagen oder aus dem Transfer aus Verbindungsleitungen sowie die sich für das Netz ergebenden technischen Beschränkungen berücksichtigt.
- (3) Ein Mitgliedstaat kann dem Netzbetreiber zur Auflage machen, dass er bei der Inanspruchnahme von Erzeugungsanlagen solchen den Vorrang gibt, in denen erneuerbare Energieträger oder Abfälle eingesetzt werden oder die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten.
- (4) Ein Mitgliedstaat kann aus Gründen der Versorgungssicherheit anordnen, dass Elektrizität bis zu einer Menge, die 15 % der in einem Kalenderjahr zur Deckung des gesamten Elektrizitätsverbrauchs des betreffenden Mitgliedstaats notwendigen Primärenergie nicht überschreitet, vorrangig aus Erzeugungsanlagen abgerufen wird, die einheimische Primärenergieträger als Brennstoffe einsetzen.
- (5) Die Mitgliedstaaten können den Übertragungsnetzbetreibern zur Auflage machen, bei der Wartung und dem Ausbau des Übertragungsnetzes, einschließlich der Verbindungskapazitäten, bestimmte Mindestanforderungen einzuhalten.
- (6) Soweit sie diese Funktion haben, beschaffen sich die Übertragungsnetzbetreiber die Energie, die sie zur Deckung von Energieverlusten und Kapazitätsreserven in ihrem Netz verwenden, nach transparenten, nichtdiskriminierenden und marktorientierten Verfahren.
- (7) Die von den Übertragungsnetzbetreibern festgelegten Ausgleichsregelungen für das Elektrizitätsnetz müssen objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sein, einschließlich der Regelungen über die von den Netzbenutzern für Energieungleichgewichte zu zahlenden Entgelte. Die Bedingungen für die Erbringung dieser Leistungen durch die Übertragungsnetzbetreiber einschließlich Regelungen und Tarife werden gemäß einem mit Artikel 23 Absatz 2 zu vereinbarenden Verfahren in nichtdiskriminierender Weise und kostenorientiert festgelegt und veröffentlicht.

## Artikel 12

## Vertraulichkeitsanforderungen für Übertragungsnetzbetreiber

Unbeschadet des Artikels 18 oder sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen zur Offenlegung von Informationen wahrt der Übertragungsnetzbetreiber die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen, von denen er bei der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangt. Offen gelegte Informationen über seine eigenen Tätigkeiten, die wirtschaftliche Vorteile bringen können, werden in nichtdiskriminierender Weise zur Verfügung gestellt.

## KAPITEL V

## BETRIEB DES VERTEILERNETZES

## Artikel 13

## Benennung von Verteilernetzbetreibern

Die Mitgliedstaaten oder von diesen dazu aufgeforderte Unternehmen, die Eigentümer von Verteilernetzen sind oder die für sie verantwortlich sind, benennen für einen Zeitraum, den die Mitgliedstaaten unter Effizienzerwägungen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse festlegen, einen oder mehrere Verteilernetzbetreiber. Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die Verteilernetzbetreiber die Artikel 14 bis 16 einhalten.

## Artikel 14

## Aufgaben der Verteilernetzbetreiber

- (1) Der Verteilernetzbetreiber unterhält in seinem Gebiet ein sicheres, zuverlässiges und effizientes Elektrizitätsverteilernetz unter Beachtung des Umweltschutzes.
- (2) Der Verteilernetzbetreiber hat sich jeglicher Diskriminierung von Netzbenutzern oder Kategorien von Netzbenutzern, insbesondere zugunsten der mit ihm verbundenen Unternehmen, zu enthalten.
- (3) Der Verteilernetzbetreiber stellt den Netzbenutzern die Informationen bereit, die sie für einen effizienten Netzzugang benötigen.
- (4) Ein Mitgliedstaat kann dem Verteilernetzbetreiber zur Auflage machen, dass er bei der Inanspruchnahme von Erzeugungsanlagen solchen den Vorrang gibt, in denen erneuerbare Energieträger oder Abfälle eingesetzt werden oder die nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung arbeiten.
- (5) Soweit sie diese Funktion haben, beschaffen sich die Verteilernetzbetreiber die Energie, die sie zur Deckung von Energieverlusten und Kapazitätsreserven in ihrem Netz verwenden, nach transparenten, nichtdiskriminierenden und marktorientierten Verfahren. Durch diese Anforderung wird die Nutzung von Elektrizität, die auf der Grundlage von vor dem 1. Januar 2002 geschlossenen Verträgen erworben wurde, nicht berührt.
- (6) Sofern den Verteilernetzbetreibern der Ausgleich des Verteilernetzes obliegt, müssen die von ihnen zu diesem Zweck festgelegten Regelungen objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sein, einschließlich der Regelungen über die von den Netzbenutzern für Energieungleichgewichte zu zahlenden Entgelte. Die Bedingungen für die Erbringung dieser Leistungen durch die Verteilernetzbetreiber einschließlich Regelungen und Tarife werden gemäß einem mit Artikel 23 Absatz 2 zu vereinbarenden Verfahren in nichtdiskriminierender Weise und kostenorientiert festgelegt und veröffentlicht.
- (7) Bei der Planung des Verteilernetzausbaus berücksichtigt der Verteilernetzbetreiber Energieeffizienz-/Nachfragesteuerungsmaßnahmen und/oder dezentrale Erzeugungsanlagen, durch die sich die Notwendigkeit einer Nachrüstung oder eines Kapazitätsersatzes erübrigen könnte.



Mittwoch, 4. Juni 2003

## Artikel 15

### Entflechtung von Verteilernetzbetreibern

- (1) Gehört der Verteilernetzbetreiber zu einem vertikal integrierten Unternehmen, so muss er zumindest hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen. Diese Bestimmungen begründen keine Verpflichtung, eine Trennung in Bezug auf das Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens an Vermögenswerten des Verteilernetzes vorzunehmen.
- (2) Gehört der Verteilernetzbetreiber zu einem vertikal integrierten Unternehmen, so muss er zusätzlich zu den Anforderungen des Absatzes 1 hinsichtlich seiner Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen. Um dies zu erreichen, sind die folgenden Mindestkriterien anzuwenden:
- In einem integrierten Elektrizitätsunternehmen dürfen die für die Leitung des Verteilernetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des integrierten Elektrizitätsunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Elektrizitätserzeugung, -übertragung und -versorgung zuständig sind;
  - es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Verteilernetzbetreibers zuständigen Personen so berücksichtigt werden, dass ihre Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist;
  - der Verteilernetzbetreiber hat in Bezug auf Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung oder den Ausbau des Netzes erforderlich sind, tatsächliche Entscheidungsbefugnisse, die er unabhängig von dem integrierten Elektrizitätsunternehmen ausübt. Dies sollte geeigneten Koordinierungsmechanismen nicht entgegenstehen, mit denen sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die – gemäß Artikel 23 Absatz 2 indirekt geregelte – Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Dies ermöglicht es dem Mutterunternehmen insbesondere, den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Verteilernetzbetreibers zu genehmigen und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festzulegen. Dies erlaubt es dem Mutterunternehmen nicht, Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelner Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilerleitungen zu erteilen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen;
  - der Verteilernetzbetreiber stellt ein Gleichbehandlungsprogramm auf, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden, und gewährleistet die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms. In dem Programm ist festgelegt, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben. Die für die Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms zuständige Person oder Stelle legt der in Artikel 23 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörde jährlich einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vor, der veröffentlicht wird.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, die Absätze 1 und 2 nicht auf integrierte Elektrizitätsunternehmen anzuwenden, die weniger als 100 000 angeschlossene Kunden oder kleine isolierte Netze beliefern.

## Artikel 16

### Vertraulichkeitsanforderungen für Verteilernetzbetreiber

Unbeschadet des Artikels 18 oder sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen zur Offenlegung von Informationen wahrt der Verteilernetzbetreiber die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen, von denen er bei der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangt, und verhindert, dass Informationen über seine eigenen Tätigkeiten, die wirtschaftliche Vorteile bringen können, in diskriminierender Weise offen gelegt werden.

## Artikel 17

### Kombinationsnetzbetreiber

Artikel 10 Absatz 1 und Artikel 15 Absatz 1 stehen dem gemeinsamen Betrieb des Übertragungs- und Verteilernetzes durch einen Netzbetreiber nicht entgegen, sofern dieser hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen ist, die nicht mit dem Betrieb des Übertragungs- bzw. Verteilernetzes zusammenhängen, und sofern er die in den

Mittwoch, 4. Juni 2003

Buchstaben a bis d aufgeführten Anforderungen erfüllt. Diese Bestimmungen begründen keine Verpflichtung, eine Trennung in Bezug auf das Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens an Vermögenswerten des Kombinationsnetzes vorzunehmen.

- a) In einem integrierten Elektrizitätsunternehmen dürfen die für die Leitung des Kombinationsnetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des integrierten Elektrizitätsunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Elektrizitätserzeugung und -versorgung zuständig sind;
- b) es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Kombinationsnetzbetreibers zuständigen Personen so berücksichtigt werden, dass ihre Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist;
- c) der Kombinationsnetzbetreiber hat in Bezug auf Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Netzes erforderlich sind, tatsächliche Entscheidungsbefugnisse, die er unabhängig von dem integrierten Elektrizitätsunternehmen ausübt. Dies sollte geeigneten Koordinierungsmechanismen nicht entgegenstehen, mit denen sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die – gemäß Artikel 23 Absatz 2 indirekt geregelte – Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Dies ermöglicht es dem Mutterunternehmen insbesondere, den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Kombinationsnetzbetreibers zu genehmigen und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festzulegen. Dies erlaubt es dem Mutterunternehmen nicht, Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelner Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Übertragungs- und Verteilerleitungen zu erteilen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen;
- d) der Kombinationsnetzbetreiber stellt ein Gleichbehandlungsprogramm auf, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierender Verhaltens getroffen werden, und gewährleistet die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms. In dem Programm ist festgelegt, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels haben. Die für die Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms zuständige Person oder Stelle legt der in Artikel 23 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörde jährlich einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vor, der veröffentlicht wird.

## KAPITEL VI

### ENTFLECHTUNG UND TRANSPARENZ DER RECHNUNGSLEGUNG

#### Artikel 18

##### Recht auf Einsichtnahme in die Rechnungslegung

(1) Die Mitgliedstaaten oder jede von ihnen benannte zuständige Behörde, einschließlich der in Artikel 23 genannten Regulierungsbehörden, haben, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, das Recht auf Einsichtnahme in die in Artikel 19 genannte Rechnungslegung der Elektrizitätsunternehmen.

(2) Die Mitgliedstaaten und die von ihnen benannten zuständigen Behörden, einschließlich der in Artikel 23 genannten Regulierungsbehörden, wahren die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen. Die Mitgliedstaaten können die Offenlegung derartiger Informationen vorsehen, wenn dies zur Wahrnehmung der Aufgaben der zuständigen Behörden erforderlich ist.

#### Artikel 19

##### Entflechtung der Rechnungslegung

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Rechnungslegung der Elektrizitätsunternehmen gemäß den Absätzen 2 und 3 erfolgt.

(2) Ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse oder ihrer Rechtsform erstellen und veröffentlichen die Elektrizitätsunternehmen ihre Jahresabschlüsse und lassen diese überprüfen, und zwar gemäß den nationalen Rechtsvorschriften über die Jahresabschlüsse von Gesellschaften, die im Rahmen der Vierten Richt-

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

linie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe g<sup>(1)</sup> des Vertrags über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsform<sup>(2)</sup> erlassen worden sind.

Unternehmen, die zur Veröffentlichung ihrer Jahresabschlüsse gesetzlich nicht verpflichtet sind, halten in ihrer Hauptverwaltung eine Ausfertigung des Jahresabschlusses zur öffentlichen Einsichtnahme bereit.

(3) Zur Vermeidung von Diskriminierung, Quersubventionen und Wettbewerbsverzerrungen führen Elektrizitätsunternehmen in ihrer internen Rechnungslegung jeweils getrennte Konten für ihre Übertragungs- und Verteilungstätigkeiten in derselben Weise, wie sie dies tun müssten, wenn die betreffenden Tätigkeiten von separaten Unternehmen ausgeführt würden. Sie führen auch Konten für andere, nicht mit den Bereichen Übertragung und Verteilung zusammenhängende elektrizitätswirtschaftliche Tätigkeiten, wobei diese Konten konsolidiert sein können. Bis zum 1. Juli 2007 führen sie jeweils getrennte Konten für die Versorgung zugelassener und nicht zugelassener Kunden. Einnahmen aus dem Eigentum am Übertragungs- bzw. Verteilernetz weisen sie in den Konten gesondert aus. Gegebenenfalls führen sie konsolidierte Konten für ihre Aktivitäten außerhalb des Elektrizitätsbereichs. Diese interne Rechnungslegung schließt für jede Tätigkeit eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung ein.

(4) Bei der Überprüfung gemäß Absatz 2 wird insbesondere untersucht, ob die Verpflichtung zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionen gemäß Absatz 3 eingehalten wird.

## KAPITEL VII

## ORGANISATION DES NETZZUGANGS

## Artikel 20

## Zugang Dritter

(1) Die Mitgliedstaaten gewährleisten die Einführung eines Systems für den Zugang Dritter zu den Übertragungs- und Verteilernetzen auf der Grundlage veröffentlichter Tarife; die Zugangsregelung gilt für alle zugelassenen Kunden und wird nach objektiven Kriterien und ohne Diskriminierung zwischen den Netzbenutzern angewandt. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass diese Tarife oder die Methoden zu ihrer Berechnung vor deren Inkrafttreten gemäß Artikel 23 genehmigt werden und dass die Tarife und – soweit nur die Methoden einer Genehmigung unterliegen – die Methoden vor ihrem Inkrafttreten veröffentlicht werden.

(2) Der Betreiber eines Übertragungs- oder Verteilernetzes kann den Netzzugang verweigern, wenn er nicht über die nötige Kapazität verfügt. Die Verweigerung ist hinreichend substantiiert zu begründen, insbesondere unter Berücksichtigung des Artikels 3. Die Mitgliedstaaten stellen gegebenenfalls sicher, dass der Übertragungs- bzw. Verteilernetzbetreiber bei einer Verweigerung des Netzzugangs aussagekräftige Informationen darüber bereitstellt, welche Maßnahmen zur Verstärkung des Netzes erforderlich wären. Der um solche Informationen ersuchenden Partei kann eine angemessene Gebühr in Rechnung gestellt werden, die die Kosten für die Bereitstellung dieser Informationen widerspiegelt.

## Artikel 21

## Marktöffnung und Gegenseitigkeit

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass zugelassene Kunden sind:

- a) bis zum 1. Juli 2004 alle zugelassenen Kunden entsprechend Artikel 19 Absätze 1 bis 3 der Richtlinie 96/92/EG. Die Mitgliedstaaten veröffentlichen bis zum 31. Januar jeden Jahres die Kriterien für die Definition dieser zugelassenen Kunden;
- b) spätestens ab dem 1. Juli 2004 alle Nicht-Haushalts-Kunden;
- c) ab dem 1. Juli 2007 alle Kunden.

<sup>(1)</sup> Der Titel der Richtlinie 78/660/EWG wurde angepasst, um der gemäß Artikel 12 des Vertrags von Amsterdam vorgenommenen Umnummerierung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen; die ursprüngliche Bezugnahme betraf Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g.

<sup>(2)</sup> ABl. L 222 vom 14.8.1978, S. 11. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 283 vom 27.10.2001, S. 28).

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (2) Ungleichgewichte bei der Öffnung der Elektrizitätsmärkte werden wie folgt vermieden:
- a) Elektrizitätslieferverträge mit einem zugelassenen Kunden aus dem Netz eines anderen Mitgliedstaats dürfen nicht untersagt werden, wenn der Kunde in beiden betreffenden Netzen als zugelassener Kunde betrachtet wird;
  - b) in Fällen, in denen Geschäfte nach Buchstabe a mit der Begründung abgelehnt werden, dass der Kunde nur in einem der beiden Netze als zugelassener Kunde gilt, kann die Kommission auf Antrag des Mitgliedstaats, in dem der zugelassene Kunde ansässig ist, unter Berücksichtigung der Marktlage und des gemeinsamen Interesses der ablehnenden Partei auferlegen, die gewünschten Lieferungen auszuführen.

#### Artikel 22

##### Direktleitungen

- (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit
- a) alle Elektrizitätserzeuger und alle Elektrizitätsversorgungsunternehmen, die in ihrem Hoheitsgebiet ansässig sind, ihre eigenen Betriebsstätten, Tochterunternehmen und zugelassenen Kunden über eine Direktleitung versorgen können;
  - b) jeder zugelassene Kunde in ihrem Hoheitsgebiet von einem Erzeuger und einem Versorgungsunternehmen über eine Direktleitung versorgt werden kann.
- (2) Die Mitgliedstaaten legen die Kriterien für die Erteilung von Genehmigungen für den Bau von Direktleitungen in ihrem Hoheitsgebiet fest. Diese Kriterien müssen objektiv und nichtdiskriminierend sein.
- (3) Die Möglichkeit der Elektrizitätsversorgung über eine Direktleitung gemäß Absatz 1 berührt nicht die Möglichkeit, Elektrizitätslieferverträge gemäß Artikel 20 zu schließen.
- (4) Die Mitgliedstaaten können die Genehmigung zur Errichtung einer Direktleitung entweder von der Verweigerung des Netzzugangs auf der Grundlage – soweit anwendbar – des Artikels 20 oder von der Einleitung eines Streitbelegungsverfahrens gemäß Artikel 23 abhängig machen.
- (5) Die Mitgliedstaaten können die Genehmigung zur Errichtung einer Direktleitung verweigern, wenn die Erteilung einer solchen Genehmigung den Bestimmungen des Artikels 3 zuwiderlaufen würde. Die Verweigerung ist hinreichend substantiiert zu begründen.

#### Artikel 23

##### Regulierungsbehörden

- (1) Die Mitgliedstaaten betrauen eine oder mehrere zuständige Stellen mit der Aufgabe als Regulierungsbehörde. Diese Behörden müssen von den Interessen der Elektrizitätswirtschaft vollkommen unabhängig sein. Sie haben durch Anwendung dieses Artikels zumindest die Aufgabe, Nichtdiskriminierung, echten Wettbewerb und ein effizientes Funktionieren des Markts sicherzustellen und ein Monitoring insbesondere in Bezug auf folgende Aspekte durchzuführen:
- a) Regeln für das Management und die Zuweisung von Verbindungskapazitäten im Benehmen mit der Regulierungsbehörde oder den Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten, mit denen ein Verbund besteht;
  - b) etwaige Mechanismen zur Behebung von Kapazitätsengpässen im nationalen Elektrizitätsnetz;
  - c) von Übertragungs- und Verteilerunternehmen benötigte Zeit für die Herstellung von Anschlüssen und für Reparaturen;
  - d) Veröffentlichung angemessener Informationen über Verbindungsleitungen, Netznutzung und Kapazitätszuweisung für interessierte Parteien durch die Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, nicht aggregierte Informationen als vertrauliche Geschäftsinformationen zu behandeln;
  - e) tatsächliche Entflechtung der Rechnungslegung entsprechend Artikel 19 zur Verhinderung von Quersubventionen zwischen den Erzeugungs-, Übertragungs-, Verteilungs- und Versorgungstätigkeiten;
  - f) Bedingungen und Tarife für den Anschluss neuer Elektrizitätserzeuger, um zu gewährleisten, dass diese objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sind, unter besonderer Berücksichtigung der Kosten und der Vorteile der verschiedenen Technologien zur Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, der dezentralen Erzeugung und der Kraft-Wärme-Kopplung;

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- g) Umfang, in dem die Übertragungs- und Verteilernetzbetreiber ihren Aufgaben gemäß den Artikeln 9 und 14 nachkommen;
- h) Ausmaß von Transparenz und Wettbewerb.

Die durch diesen Artikel eingesetzten Stellen veröffentlichen einen Jahresbericht über das Ergebnis ihrer Monitoring-Tätigkeiten gemäß den Buchstaben a bis h;

(2) Den Regulierungsbehörden obliegt es, zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung folgender Bedingungen vor deren Inkrafttreten festzulegen oder zu genehmigen:

- a) die Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der Tarife für die Übertragung und die Verteilung. Diese Tarife oder Methoden sind so zu gestalten, dass die notwendigen Investitionen in die Netze so vorgenommen werden können, dass die Lebensfähigkeit der Netze gewährleistet ist.
- b) die Bedingungen für die Erbringung von Ausgleichsleistungen.

(3) Unbeschadet des Absatzes 2 können die Mitgliedstaaten vorsehen, dass die Regulierungsbehörden der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats die Tarife bzw. zumindest die in Absatz 2 genannten Methoden sowie die in Absatz 4 genannten Änderungen zur förmlichen Entscheidung vorzulegen haben. Die zuständige Stelle ist in einem solchen Fall befugt, den von der Regulierungsbehörde vorgelegten Entwurf einer Entscheidung zu billigen oder abzulehnen. Diese Tarife bzw. Methoden und Änderungen werden zusammen mit der förmlichen Annahmeentscheidung veröffentlicht. Jede förmliche Ablehnung des Entwurfs einer Entscheidung wird ebenfalls veröffentlicht, einschließlich der Begründung.

(4) Die Regulierungsbehörden sind befugt, falls erforderlich von den Betreibern der Übertragungs- und Verteilernetze zu verlangen, die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten Bedingungen, Tarife, Regeln, Mechanismen und Methoden zu ändern, um sicherzustellen, dass diese angemessen sind und nichtdiskriminierend angewendet werden.

(5) Jeder Betroffene, der hinsichtlich der in den Absätzen 1, 2 und 4 genannten Punkte eine Beschwerde gegen einen Übertragungs- oder Verteilernetzbetreiber hat, kann damit die Regulierungsbehörde befassen, die als Streitbeilegungsstelle innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Beschwerde eine Entscheidung trifft. Diese Frist kann um zwei Monate verlängert werden, wenn die Regulierungsbehörde zusätzliche Informationen anfordert. Mit Zustimmung des Beschwerdeführers ist eine weitere Verlängerung dieser Frist möglich. Eine solche Entscheidung ist verbindlich, bis sie gegebenenfalls aufgrund eines Rechtsbehelfs aufgehoben wird.

Betrifft eine Beschwerde die Tarife für den Anschluss größerer neuer Erzeugungsanlagen, so kann die Regulierungsbehörde die Zweimonatsfrist verlängern.

(6) Jeder Betroffene, der hinsichtlich einer gemäß den Absätzen 2, 3 oder 4 getroffenen Entscheidung über die Methoden oder, soweit die Regulierungsbehörde eine Anhörungspflicht hat, hinsichtlich der vorgeschlagenen Methoden beschwerdeberechtigt ist, kann längstens binnen zwei Monaten bzw. innerhalb einer von den Mitgliedstaaten festgelegten kürzeren Frist nach Veröffentlichung der Entscheidung bzw. des Vorschlags für eine Entscheidung eine Beschwerde im Hinblick auf die Überprüfung der Entscheidung einlegen. Eine Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

(7) Die Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Regulierungsbehörden in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 5 effizient und zügig nachzukommen.

(8) Die Mitgliedstaaten schaffen geeignete und wirksame Mechanismen für die Regulierung, die Kontrolle und die Sicherstellung von Transparenz, um den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung zum Nachteil insbesondere der Verbraucher sowie Verdrängungspraktiken zu verhindern. Die Mechanismen tragen den Bestimmungen des Vertrags, insbesondere Artikel 82, Rechnung.

Bis zum Jahr 2010 unterbreiten die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten der Kommission jährlich zum 31. Juli in Übereinstimmung mit dem Wettbewerbsrecht einen Bericht über Marktbeherrschung, Verdrängungspraktiken und wettbewerbsfeindliches Verhalten. In diesem Bericht werden auch Veränderungen der Eigentumsverhältnisse untersucht; außerdem werden die konkreten Maßnahmen festgehalten, die auf nationaler Ebene getroffen wurden, um eine ausreichende Vielfalt an Marktteilnehmern zu garantieren, oder die konkreten Maßnahmen, um Verbindungskapazität und Wettbewerb zu fördern. Ab dem Jahr 2010 unterbreiten die zuständigen Behörden einen solchen Bericht alle zwei Jahre.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(9) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass bei Verstößen gegen die in dieser Richtlinie vorgesehenen Geheimhaltungsvorschriften geeignete Maßnahmen, einschließlich der nach nationalem Recht vorgesehenen Verwaltungs- oder Strafverfahren, gegen die verantwortlichen natürlichen oder juristischen Personen ergriffen werden.

(10) Bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten ist die Regulierungsbehörde entscheidungsbefugt, die für den Netzbetreiber, der die Netznutzung oder den Netzzugang verweigert, zuständig ist.

(11) Beschwerden nach den Absätzen 5 und 6 lassen die nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften möglichen Rechtsbehelfe unberührt.

(12) Die nationalen Regulierungsbehörden tragen zur Entwicklung des Binnenmarktes und zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen durch transparente Zusammenarbeit untereinander und mit der Kommission bei.

## KAPITEL VIII SCHLUSSBESTIMMUNGEN

### Artikel 24 Schutzmaßnahmen

Treten plötzliche Marktkrisen im Energiesektor auf oder ist die Sicherheit von Personen, Geräten oder Anlagen oder die Unversehrtheit des Netzes gefährdet, so kann ein Mitgliedstaat vorübergehend die notwendigen Schutzmaßnahmen treffen.

Diese Maßnahmen dürfen nur die geringstmöglichen Störungen im Funktionieren des Binnenmarktes hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.

Der betreffende Mitgliedstaat teilt diese Maßnahmen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission mit; diese kann beschließen, dass der betreffende Mitgliedstaat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat, soweit sie den Wettbewerb verfälschen und den Handel in einem Umfang beeinträchtigen, der dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.

### Artikel 25 Überwachung von Elektrizitätseinfuhren

Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission alle drei Monate über in den vorangegangenen drei Monaten getätigte Elektrizitätseinfuhren (in Form physikalisch geflossener Energiemengen) aus Drittländern.

### Artikel 26 Ausnahmeregelungen

(1) Die Mitgliedstaaten, die nach Inkrafttreten dieser Richtlinie nachweisen können, dass sich für den Betrieb ihrer kleinen, isolierten Netze erhebliche Probleme ergeben, können Ausnahmeregelungen zu den einschlägigen Bestimmungen der Kapitel IV, V, VI und VII sowie des Kapitels III im Falle von isolierten Kleinstnetzen, soweit die Umrüstung, Modernisierung und Erweiterung bestehender Kapazität betroffen ist, beantragen, die ihnen von der Kommission gewährt werden können. Vor einer entsprechenden Entscheidung unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten über diese Anträge unter Wahrung der Vertraulichkeit. Die Entscheidung wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Dieser Artikel gilt auch für Luxemburg.

(2) Ein Mitgliedstaat, der nach Inkrafttreten dieser Richtlinie aus technischen Gründen erhebliche Schwierigkeiten hat, seinen Markt für bestimmte begrenzte Gruppen der in Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe b genannten gewerblichen Kunden zu öffnen, kann eine Ausnahme von dieser Bestimmung beantragen; diese kann ihm von der Kommission für einen Zeitraum von bis zu 18 Monaten ab dem in Artikel 30 Absatz 1 genannten Zeitpunkt gewährt werden. Der Ausnahmezeitraum endet in jedem Fall zu dem in Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe c genannten Zeitpunkt.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## Artikel 27

### Überprüfungsverfahren

Falls die Kommission in dem Bericht nach Artikel 28 Absatz 3 feststellt, dass aufgrund der effektiven Verwirklichung des Netzzugangs in einem Mitgliedstaat, die in jeder Hinsicht einen tatsächlichen, nicht-diskriminierenden und ungehinderten Netzzugang bewirkt, bestimmte in dieser Richtlinie vorgesehene Vorschriften für Unternehmen (einschließlich der Vorschriften für die rechtliche Entflechtung von Verteilernetzbetreibern) nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zum verfolgten Ziel stehen, kann der betreffende Mitgliedstaat bei der Kommission einen Antrag auf Freistellung von der Einhaltung der betreffenden Vorschrift einreichen.

Der Mitgliedstaat übermittelt den Antrag unverzüglich der Kommission zusammen mit allen relevanten Angaben, die für den Nachweis erforderlich sind, dass die in dem Bericht getroffene Feststellung, wonach ein tatsächlicher Netzzugang sichergestellt ist, auch weiterhin zutreffen wird.

Innerhalb von drei Monaten nach Erhalt einer Mitteilung nimmt die Kommission zu dem Antrag des betreffenden Mitgliedstaats Stellung und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung der betreffenden Bestimmungen der Richtlinie vor. Die Kommission kann in den Vorschlägen zur Änderung der Richtlinie vorschlagen, den betreffenden Mitgliedstaat von spezifischen Anforderungen auszunehmen, sofern dieser Mitgliedstaat erforderlichenfalls Maßnahmen durchführt, die in gleicher Weise wirksam sind.

## Artikel 28

### Berichterstattung

(1) Die Kommission überwacht und überprüft die Anwendung dieser Richtlinie und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat vor Ablauf des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieser Richtlinie und danach jedes Jahr einen Gesamtbericht über die erzielten Fortschritte vor. In diesem Bericht wird mindestens Folgendes behandelt:

- a) die bei der Schaffung eines vollendeten und einwandfrei funktionierenden Elektrizitätsbinnenmarktes gesammelten Erfahrungen und erzielten Fortschritte sowie die noch bestehenden Hindernisse, einschließlich der Aspekte Marktbeherrschung, Marktkonzentration, Verdrängungspraktiken oder wettbewerbsfeindliches Verhalten und ihre Auswirkung unter dem Aspekt der Marktverzerrung;
- b) die Frage, inwieweit sich die Entflechtungs- und Tarifierungsbestimmungen dieser Richtlinie als geeignet erwiesen haben, einen gerechten und nichtdiskriminierenden Zugang zum Elektrizitätsnetz der Gemeinschaft und eine gleichwertige Wettbewerbsintensität zu gewährleisten, und welche wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen die Öffnung des Elektrizitätsmarktes auf die Kunden hat;
- c) eine Untersuchung der Fragen, die mit der Kapazität des Elektrizitätsnetzes und der Sicherheit der Stromversorgung in der Gemeinschaft und insbesondere mit dem bestehenden und dem erwarteten Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zusammenhängen, unter Berücksichtigung der zwischen verschiedenen Gebieten bestehenden realen Austauschkapazitäten des Netzes;
- d) besondere Aufmerksamkeit wird den Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bedienung von Nachfragespitzen und zur Bewältigung von Ausfällen eines oder mehrerer Versorger gewidmet;
- e) die Anwendung der Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 im Hinblick auf eine etwaige Überprüfung der Schwelle;
- f) eine allgemeine Bewertung der Fortschritte in den bilateralen Beziehungen zu Drittländern, die Elektrizität erzeugen und exportieren oder durchleiten, einschließlich der Fortschritte bei Marktintegration, sozialen und umweltbezogenen Auswirkungen des Elektrizitätshandels und Zugang zu den Netzen dieser Drittländer;
- g) die Frage, ob ein Harmonisierungsbedarf besteht, der nicht mit den Bestimmungen dieser Richtlinie zusammenhängt;
- h) die Frage, wie die Mitgliedstaaten die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 6 zur Energiekennzeichnung in die Praxis umgesetzt haben und wie etwaige Empfehlungen der Kommission hierzu berücksichtigt wurden.

Gegebenenfalls kann dieser Bericht auch Empfehlungen enthalten, insbesondere zur Tragweite und den Modalitäten der Kennzeichnungsvorschriften, einschließlich beispielsweise der Art und Weise, wie auf bestehende Referenzquellen und den Inhalt dieser Quellen Bezug genommen wird, und insbesondere über die Art und Weise, in der Informationen über die Umweltauswirkungen zumindest unter dem Aspekt der

Mittwoch, 4. Juni 2003

bei der Elektrizitätserzeugung aus verschiedenen Energieträgern entstehenden CO<sub>2</sub>-Emissionen und radioaktiven Abfälle in transparenter, leicht zugänglicher und vergleichbarer Weise in der gesamten Europäischen Union verfügbar gemacht werden könnten, sowie über die Art und Weise, in der die in den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen, um die Richtigkeit der von den Versorgungsunternehmen gemachten Angaben zu kontrollieren, vereinfacht werden könnten, und Maßnahmen, um negativen Auswirkungen von Marktbeherrschung und Marktkonzentration entgegenzuwirken.

(2) Alle zwei Jahre werden in dem Bericht nach Absatz 1 ferner die verschiedenen in den Mitgliedstaaten zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen getroffenen Maßnahmen analysiert und auf ihre Wirksamkeit und insbesondere ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb auf dem Elektrizitätsmarkt untersucht. Gegebenenfalls kann der Bericht Empfehlungen für Maßnahmen enthalten, die auf einzelstaatlicher Ebene zur Gewährleistung eines hohen Standards der gemeinwirtschaftlichen Leistungen oder zur Verhinderung einer Marktabschottung zu ergreifen sind.

(3) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens am 1. Januar 2006 einen detaillierten Bericht über die Fortschritte bei der Schaffung des Elektrizitätsbinnenmarktes vor. In dem Bericht wird insbesondere Folgendes geprüft:

- das Bestehen eines nichtdiskriminierenden Netzzugangs,
- die Wirksamkeit der Regulierung,
- die Entwicklung der Verbindungsinfrastruktur und der Stand der Versorgungssicherheit in der Gemeinschaft,
- die Frage, inwieweit der volle Nutzen der Marktöffnung Kleinunternehmen und Privathaushalten zugute kommt, insbesondere im Hinblick auf die Qualitätsstandards der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und der Grundversorgung,
- die Frage, inwieweit die Märkte in der Praxis tatsächlich wettbewerbssoffen sind, einschließlich der Aspekte Marktbeherrschung, Marktkonzentration, Verdrängungspraktiken oder wettbewerbsfeindliches Verhalten,
- die Frage, inwieweit die Kunden tatsächlich den Versorger wechseln und die Tarife neu aushandeln,
- die Preisentwicklungen, auch bei den Endkundenpreisen, im Verhältnis zum Grad der Marktöffnung,
- die bei der Anwendung der Richtlinie gewonnenen Erfahrungen, was die tatsächliche Unabhängigkeit von Netzbetreibern in vertikal integrierten Unternehmen betrifft, sowie die Frage, ob neben der funktionalen Unabhängigkeit und der Trennung der Rechnungslegung weitere Maßnahmen konzipiert wurden, die in ihrer Wirkung der rechtlichen Entflechtung gleichkommen.

Gegebenenfalls unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat Vorschläge insbesondere mit dem Ziel, hohe Qualitätsstandards der gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu gewährleisten.

Gegebenenfalls unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat Vorschläge insbesondere mit dem Ziel, die uneingeschränkte und tatsächliche Unabhängigkeit von Verteilernetzbetreibern bis zum 1. Juli 2007 sicherzustellen. Falls erforderlich, beziehen sich diese Vorschläge in Übereinstimmung mit dem Wettbewerbsrecht auch auf Maßnahmen zur Behandlung von Problemen der Marktbeherrschung, Marktkonzentration, Verdrängungspraktiken oder des wettbewerbsfeindlichen Verhaltens.

## Artikel 29

### Aufhebung von Rechtsvorschriften

Die Richtlinie 90/547/EWG wird mit Wirkung zum 1. Juli 2004 aufgehoben.

Die Richtlinie 96/92/EG wird zum 1. Juli 2004 aufgehoben; die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Fristen für ihre Umsetzung und Anwendung werden davon nicht berührt. Verweisungen auf die aufgehobene Richtlinie gelten als Verweisungen auf die vorliegende Richtlinie und sind nach der Entsprechungstabelle in Anhang B zu lesen.



Mittwoch, 4. Juni 2003

Artikel 30

Umsetzung

- (1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie spätestens am 1. Juli 2004 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.
- (2) Die Mitgliedstaaten können die Umsetzung von Artikel 15 Absatz 1 bis zum 1. Juli 2007 zurückstellen. Die Anforderungen des Artikels 15 Absatz 2 bleiben hiervon unberührt.
- (3) Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

Artikel 31

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Artikel 32

Adressaten

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
*Der Präsident*

Im Namen des Rates  
*Der Präsident*

---

ANHANG A

MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER KUNDEN

Unbeschadet der Verbraucherschutzvorschriften der Gemeinschaft, insbesondere der Richtlinien 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(1)</sup> und 93/13/EG des Rates<sup>(2)</sup> soll mit den in Artikel 3 genannten Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Kunden

- a) Anspruch auf einen Vertrag mit ihren Anbietern von Elektrizitätsdienstleistungen haben, in dem Folgendes festgelegt ist:
- Name und Anschrift des Anbieters,
  - erbrachte Leistungen und angebotene Qualitätsstufen sowie Zeitpunkt für den Erstanschluss,
  - falls angeboten, die Art der angebotenen Wartungsdienste,
  - Art und Weise, wie aktuelle Informationen über alle geltenden Tarife und Wartungsentgelte erhältlich sind,
  - Vertragsdauer, Bedingungen für eine Verlängerung und Beendigung der Leistungen und des Vertragsverhältnisses, Vorhandensein eines Rücktrittsrechts,

<sup>(1)</sup> ABl. L 144 vom 4.6.1997, S. 19.

<sup>(2)</sup> ABl. L 95 vom 21.4.1993, S. 29.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- etwaige Entschädigungs- und Erstattungsregelungen bei Nichteinhaltung der vertraglich vereinbarten Leistungsqualität und
- Vorgehen zur Einleitung von Streitbelegungsverfahren gemäß Buchstabe f.

Die Bedingungen müssen gerecht und im Voraus bekannt sein. Diese Informationen müssen in jedem Fall vor Abschluss oder Bestätigung des Vertrags bereitgestellt werden. Auch bei Abschluss des Vertrags durch Vermittler müssen die oben genannten Informationen vor Vertragsabschluss bereitgestellt werden;

- b) rechtzeitig über eine beabsichtigte Änderung der Vertragsbedingungen und dabei über ihr Rücktrittsrecht unterrichtet werden. Die Dienstleister teilen ihren Kunden direkt jede Gebührenerhöhung mit angemessener Frist mit, auf jeden Fall jedoch vor Ablauf der normalen Abrechnungsperiode, die auf die Gebührenerhöhung folgt. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass es den Kunden freisteht, den Vertrag zu lösen, wenn sie die neuen Bedingungen nicht akzeptieren, die ihnen ihr Elektrizitätsdienstleister mitgeteilt hat;
- c) transparente Informationen über geltende Preise und Tarife sowie über die Standardbedingungen für den Zugang zu Elektrizitätsdienstleistungen und deren Inanspruchnahme erhalten;
- d) über ein breites Spektrum an Zahlungsmodalitäten verfügen können. Die Unterschiede in den Vertragsbedingungen spiegeln die Kosten wider, die dem Lieferanten durch die unterschiedlichen Zahlungssysteme entstehen. Die allgemeinen Vertragsbedingungen müssen fair und transparent sein. Sie müssen klar und verständlich abgefasst sein. Die Kunden müssen gegen unfaire oder irreführende Verkaufsmethoden geschützt sein;
- e) den Lieferanten ohne Berechnung von Gebühren wechseln können;
- f) transparente, einfache und kostengünstige Verfahren zur Behandlung ihrer Beschwerden in Anspruch nehmen können. Diese Verfahren müssen eine gerechte und zügige Beilegung von Streitfällen ermöglichen und für berechtigte Fälle ein Erstattungs- und Entschädigungssystem vorsehen. Sie sollten, soweit möglich, den in der Empfehlung 98/257/EG der Kommission<sup>(1)</sup> dargelegten Grundsätzen folgen;
- g) beim Zugang zur Grundversorgung gemäß den von den Mitgliedstaaten nach Artikel 3 Absatz 3 erlassenen Bestimmungen über ihre Rechte in Bezug auf die Grundversorgung informiert werden.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 115 vom 17.4.1998, S. 31.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## ANHANG B

## Entsprechungstabelle

Richtlinie 96/92/EG	Diese Richtlinie
Artikel 1	Artikel 1 Anwendungsbereich
Artikel 2	Artikel 2 Begriffsbestimmungen
Artikel 3 und 10 Absatz 1	Artikel 3 Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und Schutz der Kunden
—	Artikel 4 Monitoring der Versorgungssicherheit
Artikel 7 Absatz 2	Artikel 5 Technische Vorschriften
Artikel 4 und 5	Artikel 6 Genehmigungsverfahren für neue Kapazitäten
Artikel 4 und 6	Artikel 7 Ausschreibung neuer Kapazitäten
Artikel 7 Absatz 1	Artikel 8 Benennung von Übertragungsnetzbetreibern
Artikel 7 Absätze 3 bis 5	Artikel 9 Aufgaben der Übertragungsnetzbetreiber
Artikel 7 Absatz 6	Artikel 10 Entflechtung von Übertragungsnetzbetreibern
Artikel 8	Artikel 11 Inanspruchnahme und Ausgleich von Kapazitäten
Artikel 9	Artikel 12 Vertraulichkeitsanforderungen für Übertragungsnetzbetreiber
Artikel 10 Absätze 2 und 3	Artikel 13 Benennung von Verteilernetzbetreibern
Artikel 11	Artikel 14 Aufgaben der Verteilernetzbetreiber
—	Artikel 15 Entflechtung von Verteilernetzbetreibern
Artikel 12	Artikel 16 Vertraulichkeitsanforderungen für Verteilernetzbetreiber
—	Artikel 17 Kombinationsnetzbetreiber
Artikel 13	Artikel 18 Recht auf Einsichtnahme in die Rechnungslegung
Artikel 14	Artikel 19 Entflechtung der Rechnungslegung
Artikel 15 bis 18	Artikel 20 Zugang Dritter
Artikel 19	Artikel 21 Marktöffnung und Gegenseitigkeit
Artikel 21	Artikel 22 Direktleitungen
Artikel 20 Absätze 3 und 4 und Artikel 22	Artikel 23 Regulierungsbehörden
Artikel 23	Artikel 24 Schutzmaßnahmen
—	Artikel 25 Überwachung von Elektrizitätseinfuhren
Artikel 24	Artikel 26 Ausnahmeregelungen
—	Artikel 27 Überprüfungsverfahren
Artikel 25 und 26	Artikel 28 Berichterstattung
—	Artikel 29 Aufhebung von Rechtsvorschriften
Artikel 27	Artikel 30 Umsetzung
Artikel 28	Artikel 31 Inkrafttreten
Artikel 29	Artikel 32 Adressaten
	ANHANG A Maßnahmen zum Schutz der Kunden

## Erklärungen zu Stilllegungen und Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen

## Interinstitutionelle Erklärung

„Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission heben hervor, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass angemessene, in den Mitgliedstaaten überprüfte finanzielle Mittel für Stilllegungen und Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen tatsächlich gemäß ihrer Zweckbestimmung verfügbar sind und transparent verwaltet werden, so dass sie den fairen Wettbewerb auf dem Energiemarkt nicht behindern.“

Mittwoch, 4. Juni 2003

Erklärung der Kommission

„Die Kommission weist darauf hin, wie wichtig es ist, sicherzustellen, dass die Mittel für Stilllegungen und Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen, die auf die Ziele des Euratom-Vertrags bezogen sind, transparent verwaltet und ausschließlich für diesen Zweck verwendet werden. Sie beabsichtigt in diesem Zusammenhang im Rahmen der ihr mit dem Euratom-Vertrag übertragenen Befugnisse alljährlich einen Bericht über die Verwendung der Mittel für Stilllegungen und Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen zu veröffentlichen. Sie wird insbesondere darauf achten, dass sichergestellt ist, dass die einschlägigen Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts ohne Einschränkungen angewandt werden.“

---

P5\_TA(2003)0243

## Erdgasbinnenmarkt \*\*\*II

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG (15531/2/2002 – C5-0035/2003 – 2001/0077A(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Gemeinsamen Standpunkts des Rates (15531/2/2002 – C5-0035/2003) <sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf seinen Standpunkt aus erster Lesung <sup>(2)</sup> zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2001) 125) <sup>(3)</sup>,
- in Kenntnis des geänderten Vorschlags der Kommission (KOM(2002) 304) <sup>(4)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 80 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis der Empfehlung des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie für die zweite Lesung (A5-0135/2003),

1. ändert den Gemeinsamen Standpunkt wie folgt ab;
2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

---

<sup>(1)</sup> ABl. C 50 E vom 4.3.2003, S. 36.

<sup>(2)</sup> ABl. C 47 E vom 27.2.2003, S. 367.

<sup>(3)</sup> ABl. C 240 E vom 28.8.2001, S. 60.

<sup>(4)</sup> ABl. C 227 E vom 24.9.2002, S. 393.

---

P5\_TC2-COD(2001)0077A

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 98/30/EG**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 47 Absatz 2, Artikel 55 und Artikel 95,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

---

<sup>(1)</sup> ABl. C 240 E vom 28.8.2001, S. 60, und ABl. C 227 E vom 24.9.2002, S. 393.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(1)</sup>,

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags<sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt<sup>(3)</sup> hat einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung eines Erdgasbinnenmarkts geleistet.
- (2) Die bei der Durchführung dieser Richtlinie gewonnenen Erfahrungen zeugen von dem Nutzen, der sich aus dem Erdgasbinnenmarkt ergeben kann in Form von Effizienzsteigerungen, Preissenkungen, einer höheren Dienstleistungsqualität und einer größeren Wettbewerbsfähigkeit. Nach wie vor bestehen jedoch schwerwiegende Mängel und weit reichende Möglichkeiten zur Verbesserung der Funktionsweise der Märkte, insbesondere sind konkrete Maßnahmen erforderlich, um gleiche Ausgangsbedingungen und die Gefahr einer Marktbeherrschung und von Verdrängungspraktiken zu verringern, durch Sicherstellung nichtdiskriminierender Fernleitungs- und Verteilungstarife, durch einen Netzzugang auf der Grundlage von Tarifen, die vor ihrem Inkrafttreten veröffentlicht werden, sowie durch Sicherstellung des Schutzes der Rechte kleiner und benachteiligter Kunden.
- (3) Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 23. und 24. März 2000 in Lissabon dazu aufgerufen, zügig an der Vollendung des Binnenmarktes sowohl im Elektrizitäts- als auch im Gassektor zu arbeiten und die Liberalisierung in diesen Sektoren zu beschleunigen, um in diesen Bereichen einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt zu verwirklichen. In seiner Entschließung vom 6. Juli 2000 zum zweiten Bericht der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über den Stand der Liberalisierung der Energiemärkte forderte das Europäische Parlament die Kommission auf, einen detaillierten Zeitplan festzulegen, innerhalb dessen genau beschriebene Ziele verwirklicht werden müssen, um stufenweise zu einer völligen Liberalisierung der Energiemärkte zu gelangen.
- (4) Die Freiheiten, die der Vertrag den europäischen Bürgern garantiert (freier Waren- und Dienstleistungsverkehr und Niederlassungsfreiheit), sind nur in einem vollständig geöffneten Markt möglich, der allen Verbrauchern die freie Wahl ihrer Lieferanten und allen Anbietern die freie Belieferung ihrer Kunden gestattet.
- (5) Angesichts der zu erwartenden zunehmenden Abhängigkeit vom Erdgas sollten Initiativen und Maßnahmen zur Förderung von Gegenseitigkeitsvereinbarungen mit Drittländern über den Netzzugang und zur Förderung der Marktintegration in Erwägung gezogen werden.
- (6) Die Haupthindernisse für einen voll funktionsfähigen und wettbewerbsorientierten Binnenmarkt hängen unter anderem mit dem Netzzugang, dem Zugang zu Speichereinrichtungen, der Tarifierung, der Interoperabilität zwischen Systemen und einer unterschiedlichen Marktöffnung in den verschiedenen Mitgliedstaaten zusammen.
- (7) Ein funktionierender Wettbewerb setzt voraus, dass der Netzzugang nichtdiskriminierend, transparent und zu angemessenen Preisen gewährleistet ist.
- (8) Zur Vollendung des Erdgasbinnenmarktes ist ein nichtdiskriminierender Zugang zum Netz des Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibers von größter Bedeutung. Ein Fernleitungs- oder Verteilernetzbetreiber kann aus einem oder mehreren Unternehmen bestehen.
- (9) Im Falle eines Erdgasunternehmens, das im Fernleitungs-, Verteiler-, Speicherungs- oder Flüssig-Erdgas (LNG)-Bereich tätig und hinsichtlich seiner Rechtsform von den Unternehmen getrennt ist, die Gewinnungs- und/oder Liefertätigkeiten ausüben, kann es sich bei dem benannten Netzbetreiber um dasselbe Unternehmen handeln, das auch Eigentümer der Infrastruktur ist.
- (10) Um einen effizienten und nichtdiskriminierenden Netzzugang zu gewährleisten, ist es angezeigt, dass die Fernleitungs- und Verteilernetze durch unterschiedliche Rechtspersonen betrieben werden, wenn vertikal integrierte Unternehmen bestehen. Die Kommission sollte von den Mitgliedstaaten zur Verwirklichung dieser Voraussetzung entwickelte Maßnahmen gleicher Wirkung prüfen und gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung dieser Richtlinie vorlegen.

<sup>(1)</sup> ABl. C 36 vom 8.2.2002, S. 10.

<sup>(2)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 13. März 2002 (ABl. C 47 E vom 27.2.2003, S. 367), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 3. Februar 2003 (ABl. C 50 E vom 4.3.2003, S. 36) und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003.

<sup>(3)</sup> ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 1.

Mittwoch, 4. Juni 2003

Der Fernleitungs- und der Verteilernetzbetreiber sollte ferner über wirksame Entscheidungsbefugnisse in Bezug auf Vermögenswerte verfügen, die zur Wartung, dem Betrieb und der Entwicklung von Netzen erforderlich sind, wenn die betreffenden Vermögenswerte sich im Eigentum vertikal integrierter Unternehmen befinden und von diesen betrieben werden.

Es muss jedoch zwischen einer solchen rechtlichen Trennung und der Entflechtung hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse unterschieden werden. Die rechtliche Trennung bedingt keine Änderung der Eigentümerschaft an den Vermögenswerten, und der Geltung ähnlicher oder identischer Beschäftigungsbedingungen im gesamten vertikal integrierten Unternehmen steht nichts entgegen. Jedoch sollte ein nichtdiskriminierender Entscheidungsprozess durch organisatorische Maßnahmen zur Unabhängigkeit des zuständigen Entscheidungssträgers sichergestellt werden.

- (11) Damit kleine Verteilerunternehmen finanziell und administrativ nicht unverhältnismäßig stark belastet werden, sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, solche Unternehmen erforderlichenfalls von den Vorschriften für die rechtliche Entflechtung der Verteilung auszunehmen.
- (12) Um einem in einem Mitgliedstaat ansässigen Erdgasunternehmen den Abschluss von Verträgen zu erleichtern, die die Versorgung von zugelassenen Kunden in einem anderen Mitgliedstaat betreffen, sollten die Mitgliedstaaten und, wo angemessen, die nationalen Regulierungsbehörden auf einheitlichere Bedingungen und auf den gleichen Grad an Zulassungsfähigkeit im gesamten Binnenmarkt hinarbeiten.
- (13) Der wirksamen Regulierung durch eine oder mehrere nationale Regulierungsbehörden kommt eine Schlüsselrolle bei der Gewährleistung eines nichtdiskriminierenden Netzzugangs zu. Die Mitgliedstaaten legen die Aufgaben, Zuständigkeiten und administrativen Befugnisse der Regulierungsbehörden fest. Es ist wichtig, dass die Regulierungsbehörden in allen Mitgliedstaaten über die gleichen Mindestzuständigkeiten verfügen. Diese Regulierungsbehörden sollten befugt sein, die Tarife oder wenigstens die Methoden zur Berechnung der Tarife für die Fernleitung und Verteilung sowie für den Zugang zu Flüssigerdgasanlagen (LNG-Anlagen) festzulegen oder zu genehmigen. Um Unsicherheiten und kosten- und zeitaufwändige Streitigkeiten zu vermeiden, sollten diese Tarife veröffentlicht werden, bevor sie Gültigkeit erlangen.
- (14) Die Kommission hat mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, eine europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für Elektrizität und Gas einzurichten, die einen geeigneten Beratungsmechanismus zur Stärkung der Zusammenarbeit und der Koordinierung der nationalen Regulierungsbehörden darstellen würde, um die Entwicklung des Binnenmarktes für Elektrizität und Gas zu fördern und in allen Mitgliedstaaten zu einer konsistenten Anwendung der Bestimmungen beizutragen, die in der vorliegenden Richtlinie, der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt<sup>(1)</sup> und der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel<sup>(2)</sup> festgelegt sind.
- (15) Zur Sicherstellung eines effektiven Marktzugangs für alle Marktteilnehmer, einschließlich neuer Marktteilnehmer, bedarf es nichtdiskriminierender, kostenorientierter Ausgleichsmechanismen. Sobald der Erdgasmarkt einen ausreichenden Liquiditätsstand erreicht hat, sollte dies durch den Aufbau transparenter Marktmechanismen für die Lieferung und den Bezug von Erdgas zur Deckung des Ausgleichsbedarfs realisiert werden. Solange derartige liquide Märkte fehlen, sollten die nationalen Regulierungsbehörden aktiv darauf hinwirken, dass die Tarife für Ausgleichsleistungen nichtdiskriminierend und kostenorientiert sind. Gleichzeitig sollten geeignete Anreize gegeben werden, um die Einspeisung und Abnahme von Gas auszugleichen und das System nicht zu gefährden.
- (16) Die nationalen Regulierungsbehörden sollten die Möglichkeit haben, die Tarife oder die Tarifberechnungsmethoden auf der Grundlage eines Vorschlags des Fernleitungsnetzbetreibers, des oder der Verteilernetzbetreiber oder des Betreibers einer LNG-Anlage oder auf der Grundlage eines zwischen diesen Betreibern und den Netzbenutzern abgestimmten Vorschlags festzulegen oder zu genehmigen. Dabei sollten die nationalen Regulierungsbehörden sicherstellen, dass die Tarife für die Fernleitung und Verteilung nichtdiskriminierend und kostenorientiert sind und die langfristig durch Nachfragesteuerung vermiedenen Netzgrenzkosten berücksichtigen.
- (17) Die Vorteile des Binnenmarkts sollten Industrie und Handel, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen, sowie den Bürgern überall in der Gemeinschaft aus Gründen der Gerechtigkeit und der Wettbewerbsfähigkeit und indirekt infolge von Effizienzsteigerungen in den Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen so schnell wie möglich zur Verfügung stehen.

<sup>(1)</sup> ABl. L ...

<sup>(2)</sup> ABl. L ...

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (18) Die Erdgaskunden sollten ihr Versorgungsunternehmen frei wählen können. Dennoch sollte die Vollendung des Binnenmarkts für Erdgas schrittweise und an einen festen Endtermin gebunden erfolgen, um der Branche Gelegenheit zur Anpassung zu geben und sicherzustellen, dass effiziente Maßnahmen und Regelungen zum Schutz der Verbraucherinteressen getroffen werden und gewährleistet ist, dass die Verbraucher tatsächlich das Recht auf freie Wahl ihres Versorgungsunternehmens haben.
- (19) Durch die schrittweise Öffnung des Marktes zum freien Wettbewerb sollten die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten so schnell wie möglich beseitigt werden. Bei der Durchführung dieser Richtlinie sollten Transparenz und Sicherheit gewährleistet sein.
- (20) Die Richtlinie 98/30/EG trägt zum Zugang zu Speicheranlagen als Teil des Erdgasnetzes bei. Angesichts der bei der Schaffung des Binnenmarkts gewonnenen Erfahrungen sollten zusätzliche Maßnahmen getroffen werden, um die Bestimmungen über den Zugang zu Speicheranlagen und Hilfsdiensten zu verdeutlichen.
- (21) Speicheranlagen sind ein wesentliches Instrument, unter anderem um gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen wie die Versorgungssicherheit erfüllen zu können. Dies sollte nicht zu Wettbewerbsverzerrungen oder Diskriminierungen bei dem Zugang zu Speicheranlagen führen.
- (22) Es sollten weitere Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die Tarife für den Zugang zu Fernleitungen transparent und nichtdiskriminierend sind. Diese Tarife sollten auf alle Benutzer in nichtdiskriminierender Weise angewandt werden. Werden Speicheranlagen, Netzpufferung oder Hilfsdienste in einem bestimmten Gebiet auf einem ausreichend wettbewerbsoffenen Markt betrieben, so könnte der Zugang nach transparenten, nichtdiskriminierenden und marktorientierten Verfahren zugelassen werden.
- (23) Im Interesse der Versorgungssicherheit sollte das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage in den einzelnen Mitgliedstaaten beobachtet und anschließend ein Gesamtbericht über die Versorgungssicherheit in der Gemeinschaft angefertigt werden, in dem die zwischen verschiedenen Gebieten bestehende Verbindungskapazität berücksichtigt wird. Die Beobachtung sollte so frühzeitig erfolgen, dass die geeigneten Maßnahmen getroffen werden können, wenn die Versorgungssicherheit gefährdet sein sollte. Der Aufbau und der Erhalt der erforderlichen Netzinfrastruktur einschließlich der Verbindungsmöglichkeiten sollten zu einer stabilen Erdgasversorgung beitragen.
- (24) Die Mitgliedstaaten sollten unter Berücksichtigung der erforderlichen Qualitätsanforderungen sicherstellen, dass Biogas, Gas aus Biomasse und andere Gasarten einen nichtdiskriminierenden Zugang zum Gasnetz erhalten, vorausgesetzt, dieser Zugang ist dauerhaft mit den einschlägigen technischen Vorschriften und Sicherheitsnormen vereinbar. Diese Vorschriften und Normen sollten gewährleisten, dass es technisch machbar ist, diese Gase sicher in das Erdgasnetz einzuspeisen und durch dieses Netz zu transportieren, und sollten sich auch auf die chemischen Eigenschaften dieser Gase erstrecken.
- (25) Ein großer Teil der Gasversorgung der Mitgliedstaaten wird nach wie vor durch langfristige Verträge gesichert werden, weshalb diese als Möglichkeit für die Gasversorgungsunternehmen erhalten bleiben sollten, sofern sie die Ziele dieser Richtlinie nicht unterlaufen und mit dem Vertrag, einschließlich der darin festgelegten Wettbewerbsregeln, vereinbar sind. Sie müssen deshalb bei der Planung der Versorgungs- und Transportkapazitäten von Erdgasunternehmen berücksichtigt werden.
- (26) Damit gewährleistet ist, dass die Qualität gemeinwirtschaftlicher Leistungen in der Gemeinschaft weiterhin hohen Standards entspricht, sollten die Mitgliedstaaten die Kommission regelmäßig über alle zur Erreichung der Ziele dieser Richtlinie getroffenen Maßnahmen unterrichten. Die Kommission sollte regelmäßig einen Bericht veröffentlichen, in dem die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Erreichung gemeinwirtschaftlicher Ziele untersucht und in ihrer Wirksamkeit verglichen werden, um Empfehlungen für Maßnahmen auszusprechen, die auf einzelstaatlicher Ebene zur Gewährleistung einer hohen Qualität der gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu ergreifen sind.

Die Mitgliedstaaten sollten dafür Sorge tragen, dass die Kunden, wenn sie an das Gasnetz angeschlossen werden, über ihr Recht auf Versorgung mit Erdgas einer bestimmten Qualität zu angemessenen Preisen unterrichtet werden. Die von den Mitgliedstaaten zum Schutz der Endkunden ergriffenen Maßnahmen können für nichtgewerbliche Kunden und kleine und mittlere Unternehmen unterschiedlich ausfallen.
- (27) Die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen ist eine grundlegende Anforderung dieser Richtlinie, und es ist wichtig, dass in dieser Richtlinie von allen Mitgliedstaaten einzuhaltende gemeinsame Mindestnormen festgelegt werden, die den Zielen des Verbraucherschutzes, der Versorgungssicherheit, des Umweltschutzes und einer gleichwertigen Wettbewerbsintensität in allen Mitgliedstaaten

Mittwoch, 4. Juni 2003

Rechnung tragen. Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen müssen unter Berücksichtigung der einzelstaatlichen Gegebenheiten aus nationaler Sicht ausgelegt werden können, wobei das Gemeinschaftsrecht einzuhalten ist.

- (28) Die von den Mitgliedstaaten zur Erreichung der Ziele des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts ergriffenen Maßnahmen können insbesondere die Schaffung geeigneter wirtschaftlicher Anreize, gegebenenfalls unter Einsatz aller auf einzelstaatlicher Ebene oder Gemeinschaftsebene vorhandenen Instrumente, umfassen. Zu diesen Instrumenten können auch Haftungsregelungen zur Absicherung der erforderlichen Investitionen zählen.
- (29) Soweit die von den Mitgliedstaaten zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen getroffenen Maßnahmen staatliche Beihilfen nach Artikel 87 Absatz 1 des Vertrags darstellen, sind sie der Kommission gemäß Artikel 88 Absatz 3 des Vertrags mitzuteilen.
- (30) Da das Ziel der beabsichtigten Maßnahme, nämlich die Schaffung eines voll funktionierenden Erdgasbinnenmarkts, auf dem fairer Wettbewerb herrscht, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahme besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
- (31) Aufgrund der Erfahrungen mit der Anwendung der Richtlinie 91/296/EWG des Rates vom 31. Mai 1991 über den Transit von Erdgas über große Netze<sup>(1)</sup> sollten Maßnahmen zur Sicherstellung einheitlicher und nichtdiskriminierender Regelungen für den Zugang zu Fernleitungen getroffen werden, die auch für die Beförderung von Erdgas über innergemeinschaftliche Grenzen hinweg gelten. Zur Sicherstellung einer einheitlichen Handhabung des Zugangs zu den Erdgasnetzen auch im Falle des Transits sollte jene Richtlinie aufgehoben werden; der Fortbestand von Verträgen, die gemäß der genannten Richtlinie geschlossen wurden, bleibt hiervon unberührt. Die Aufhebung der Richtlinie 91/296/EWG sollte dem künftigen Abschluss von langfristigen Verträgen nicht entgegenstehen.
- (32) Wegen des Umfangs der Änderungen der Richtlinie 98/30/EG sollten die betreffenden Bestimmungen aus Gründen der Klarheit und der Rationalisierung neu gefasst werden.
- (33) Die vorliegende Richtlinie respektiert die grundlegenden Rechte und beachtet die insbesondere in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundsätze.
- (34) Die zur Durchführung dieser Richtlinie erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse<sup>(2)</sup> erlassen werden

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

## KAPITEL I

### ANWENDUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

#### Artikel 1

##### Anwendungsbereich

(1) Mit dieser Richtlinie werden gemeinsame Vorschriften für die Fernleitung, die Verteilung, die Lieferung und die Speicherung von Erdgas erlassen. Sie regelt die Organisation und Funktionsweise des Erdgassektors, den Marktzugang, die Kriterien und Verfahren für die Erteilung von Fernleitungs-, Verteilungs-, Liefer- und Speichergenehmigungen für Erdgas sowie den Betrieb der Netze.

<sup>(1)</sup> ABl. L 147 vom 12.6.1991, S. 37. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 95/49/EG der Kommission (ABl. L 233 vom 30.9.1995, S. 86).

<sup>(2)</sup> ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.



Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Die mit dieser Richtlinie erlassenen Vorschriften für Erdgas, einschließlich verflüssigtem Erdgas (LNG), gelten auch für Biogas und Gas aus Biomasse oder anderen Gasarten, soweit es technisch und ohne Beeinträchtigung der Sicherheit möglich ist, diese Gase in das Erdgasnetz einzuspeisen und durch dieses Netz zu transportieren.

## Artikel 2

### Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

1. „Erdgasunternehmen“ eine natürliche oder juristische Person, die mindestens eine der Funktionen Gewinnung, Fernleitung, Verteilung, Lieferung, Kauf oder Speicherung von Erdgas, einschließlich verflüssigtem Erdgas, wahrnimmt und die kommerzielle, technische und/oder wartungsbezogene Aufgaben im Zusammenhang mit diesen Funktionen erfüllt, mit Ausnahme der Endkunden;
2. „vorgelagertes Rohrleitungsnetz“ Rohrleitungen oder ein Netz von Rohrleitungen, deren Betrieb und/oder Bau Teil eines Öl- oder Gasgewinnungsvorhabens ist oder die dazu verwendet werden, Erdgas von einer oder mehreren solcher Anlagen zu einer Aufbereitungsanlage, zu einem Terminal oder zu einem an der Küste gelegenen Endanlandeterminale zu leiten;
3. „Fernleitung“ den Transport von Erdgas durch ein Hochdruckfernleitungsnetz, mit Ausnahme von vorgelagerten Rohrleitungsnetzen, zum Zwecke der Belieferung von Kunden, jedoch mit Ausnahme der Versorgung;
4. „Fernleitungsnetzbetreiber“ eine natürliche oder juristische Person, die die Funktion der Fernleitung wahrnimmt und verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Fernleitungsnetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Transport von Gas zu befriedigen;
5. „Verteilung“ den Transport von Erdgas über örtliche oder regionale Leitungsnetze zum Zwecke der Belieferung von Kunden, jedoch mit Ausnahme der Versorgung;
6. „Verteilernetzbetreiber“ eine natürliche oder juristische Person, die die Funktion der Verteilung wahrnimmt und verantwortlich ist für den Betrieb, die Wartung sowie erforderlichenfalls den Ausbau des Verteilernetzes in einem bestimmten Gebiet und gegebenenfalls der Verbindungsleitungen zu anderen Netzen sowie für die Sicherstellung der langfristigen Fähigkeit des Netzes, eine angemessene Nachfrage nach Verteilung von Gas zu befriedigen;
7. „Versorgung“ den Verkauf einschließlich des Weiterverkaufs von Erdgas, einschließlich verflüssigtem Erdgas, an Kunden;
8. „Versorgungsunternehmen“ eine natürliche oder juristische Person, die die Funktion der Versorgung wahrnimmt;
9. „Speicheranlage“ eine einem Erdgasunternehmen gehörende und/oder von ihm betriebene Anlage zur Speicherung von Erdgas, einschließlich des zu Speicherzwecken genutzten Teils von LNG-Anlagen, jedoch mit Ausnahme des Teils, der für eine Gewinnungstätigkeit genutzt wird; ausgenommen sind auch Einrichtungen, die ausschließlich Fernleitungsnetzbetreibern bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen vorbehalten sind;
10. „Betreiber einer Speicheranlage“ eine natürliche oder juristische Person, die die Funktion der Speicherung wahrnimmt und für den Betrieb einer Speicheranlage verantwortlich ist;
11. „LNG-Anlage“ eine Kopfstation zur Verflüssigung von Erdgas oder zur Einfuhr, Entladung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas; darin eingeschlossen sind Hilfsdienste und die vorübergehende Speicherung, die für die Wiederverdampfung und die anschließende Einspeisung in das Fernleitungsnetz erforderlich sind, jedoch nicht die zu Speicherzwecken genutzten Teile von LNG-Kopfstationen;
12. „Betreiber einer LNG-Anlage“ eine natürliche oder juristische Person, die die Funktion der Verflüssigung von Erdgas oder der Einfuhr, Entladung und Wiederverdampfung von verflüssigtem Erdgas wahrnimmt und für den Betrieb einer LNG-Anlage verantwortlich ist;
13. „Netz“ alle Fernleitungsnetze, Verteilernetze, LNG-Anlagen und/oder Speicheranlagen, die einem Erdgasunternehmen gehören und/oder von ihm betrieben werden, einschließlich Netzpufferung und seiner Anlagen, die zu Hilfsdiensten genutzt werden, und der Anlagen verbundener Unternehmen, die für den Zugang zur Fernleitung, zur Verteilung und zu LNG-Anlagen erforderlich sind;

Mittwoch, 4. Juni 2003

14. „Hilfsdienste“ sämtliche für den Zugang zu und den Betrieb von Fernleitungs- und/oder Verteilernetzen und/oder LNG-Anlagen und/oder Speicheranlagen erforderlichen Dienste, einschließlich Lastausgleichs- und Mischungsanlagen, jedoch mit Ausnahme von Anlagen, die ausschließlich Fernleitungsnetzbetreibern für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorbehalten sind;
15. „Netzpufferung“ die Speicherung von Gas durch Verdichtung in Erdgasfernleitungs- und Erdgasverteilernetzen; ausgenommen sind Einrichtungen, die Fernleitungsnetzbetreibern bei der Wahrnehmung ihrer Funktionen vorbehalten sind;
16. „Verbundnetz“ eine Anzahl von Netzen, die miteinander verbunden sind;
17. „Verbindungsleitung“ eine Fernleitung, die eine Grenze zwischen Mitgliedstaaten quert oder überspannt und einzig dem Zwecke dient, die nationalen Fernleitungsnetze dieser Mitgliedstaaten zu verbinden;
18. „Direktleitung“ eine zusätzlich zum Verbundnetz errichtete Erdgasleitung;
19. „integriertes Erdgasunternehmen“ ein vertikal oder horizontal integriertes Unternehmen;
20. „vertikal integriertes Unternehmen“ ein Erdgasunternehmen oder eine Gruppe von Unternehmen, deren gegenseitige Beziehungen in Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates vom 21. Dezember 1989 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen<sup>(1)</sup> festgelegt sind, wobei das betreffende Unternehmen bzw. die betreffende Gruppe mindestens eine der Funktionen Fernleitung, Verteilung, LNG oder Speicherung und mindestens eine der Funktionen Gewinnung oder Lieferung von Erdgas wahrnimmt;
21. „horizontal integriertes Unternehmen“ ein Unternehmen, das mindestens eine der Funktionen Gewinnung, Fernleitung, Verteilung, Lieferung oder Speicherung von Erdgas wahrnimmt und das außerdem eine weitere Tätigkeit außerhalb des Gasbereichs ausübt;
22. „verbundenes Unternehmen“ ein verbundenes Unternehmen im Sinne von Artikel 41 der Siebenten Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe g Der Titel der Richtlinie 83/349/EWG wurde angepasst, um der gemäß Artikel 12 des Vertrags von Amsterdam vorgenommenen Umnummerierung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen; die ursprüngliche Bezugnahme betraf Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g. (\*) des Vertrags über den konsolidierten Abschluss<sup>(2)</sup> und/oder ein assoziiertes Unternehmen im Sinne von Artikel 33 Absatz 1 derselben Richtlinie und/oder ein Unternehmen, das denselben Aktionären gehört;
23. „Netzbenutzer“ natürliche oder juristische Personen, die in das Netz einspeisen oder daraus versorgt werden;
24. „Kunden“ Erdgasgroßhändler, -endkunden oder -unternehmen, die Erdgas kaufen;
25. „Haushalts-Kunden“ Kunden, die Erdgas für den Eigenverbrauch im Haushalt kaufen;
26. „Nicht-Haushalts-Kunden“ Kunden, die Erdgas für andere Zwecke als den Eigenverbrauch im Haushalt kaufen;
27. „Endkunden“ Kunden, die Erdgas für den Eigenbedarf kaufen;
28. „zugelassene Kunden“ Kunden, denen es gemäß Artikel 23 dieser Richtlinie frei steht, Gas von einem Lieferanten ihrer Wahl zu kaufen;
29. „Großhändler“ natürliche und juristische Personen mit Ausnahme von Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern, die Erdgas zum Zwecke des Weiterverkaufs innerhalb oder außerhalb des Netzes, in dem sie ansässig sind, kaufen;
30. „langfristige Planung“ die langfristige Planung der Versorgungs- und Transportkapazität von Erdgasunternehmen zur Deckung der Erdgasnachfrage des Netzes, zur Diversifizierung der Versorgungsquellen und zur Sicherung der Versorgung der Kunden;

(1) ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 (AbL. L 180 vom 9.7.1997, S. 1).

(\*) **Der Titel der Richtlinie 83/349/EWG wurde angepasst, um der gemäß Artikel 12 des Vertrags von Amsterdam vorgenommenen Umnummerierung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen; die ursprüngliche Bezugnahme betraf Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g.**

(2) ABl. L 193 vom 18.7.1983, S. 1. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (AbL. L 283 vom 27.10.2001, S. 28).

Mittwoch, 4. Juni 2003

31. „entstehender Markt“ einen Mitgliedstaat, in dem die erste kommerzielle Lieferung aufgrund seines ersten langfristigen Erdgaslieferungsvertrags nicht mehr als zehn Jahre zurückliegt;
32. „Sicherheit“ sowohl die Sicherheit der Versorgung mit Erdgas als auch die Betriebssicherheit;
33. „neue Infrastruktur“ eine Infrastruktur, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie noch nicht fertig gestellt ist.

## KAPITEL II

### ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN FÜR DIE ORGANISATION DES SEKTORS

#### Artikel 3

##### Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und Schutz der Kunden

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen entsprechend ihrem institutionellen Aufbau und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips dafür Sorge, dass Erdgasunternehmen unbeschadet des Absatzes 2 nach den in dieser Richtlinie festgelegten Grundsätzen im Hinblick auf die Errichtung eines wettbewerbsorientierten, sicheren und unter ökologischen Aspekten nachhaltigen Erdgasmarkts betrieben werden und dass diese Unternehmen hinsichtlich der Rechte und Pflichten nicht diskriminiert werden.
- (2) Die Mitgliedstaaten können unter uneingeschränkter Beachtung der einschlägigen Bestimmungen des Vertrags, insbesondere des Artikels 86, den im Gassektor tätigen Unternehmen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse Verpflichtungen auferlegen, die sich auf Sicherheit, einschließlich Versorgungssicherheit, Regelmäßigkeit, Qualität und Preis der Versorgung sowie Umweltschutz, einschließlich Energieeffizienz und Klimaschutz, beziehen können. Solche Verpflichtungen müssen klar festgelegt, transparent, nichtdiskriminierend und überprüfbar sein und den gleichberechtigten Zugang von Erdgasunternehmen in der Europäischen Union zu den nationalen Verbrauchern sicherzustellen. In Bezug auf die Versorgungssicherheit, die Energieeffizienz/Nachfragesteuerung sowie zur Erreichung der Umweltziele im Sinne dieses Absatzes können die Mitgliedstaaten eine langfristige Planung vorsehen, wobei die Möglichkeit zu berücksichtigen ist, dass Dritte Zugang zum Netz erhalten wollen.
- (3) Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen zum Schutz der Endkunden und zur Gewährleistung eines hohen Verbraucherschutzes und tragen insbesondere dafür Sorge, dass für schutzbedürftige Kunden ein angemessener Schutz besteht, wozu auch geeignete Maßnahmen gehören, mit denen diesen Kunden geholfen wird, den Ausschluss von der Versorgung zu vermeiden. In diesem Zusammenhang können sie Maßnahmen zum Schutz von Kunden in abgelegenen Gebieten treffen, die an das Erdgasnetz angeschlossen sind. Sie können für an das Gasnetz angeschlossene Kunden einen Versorger letzter Instanz benennen. Sie gewährleisten einen hohen Verbraucherschutz, insbesondere in Bezug auf die Transparenz der allgemeinen Vertragsbedingungen, allgemeine Informationen und Streitbeilegungsverfahren. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass zugelassene Kunden tatsächlich zu einem neuen Lieferanten wechseln können. Zumindest im Fall der Haushalts-Kunden schließen solche Maßnahmen die in Anhang A aufgeführten Maßnahmen ein.
- (4) Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen zur Erreichung der Ziele des sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts, des Umweltschutzes, wozu auch Maßnahmen zur Bekämpfung von Klimaveränderungen zählen können, und der Versorgungssicherheit. Diese Maßnahmen können insbesondere die Schaffung geeigneter wirtschaftlicher Anreize für den Aufbau und den Erhalt der erforderlichen Netzinfrastruktur einschließlich der Verbindungskapazität gegebenenfalls unter Einsatz aller auf einzelstaatlicher Ebene oder Gemeinschaftsebene vorhandenen Instrumente umfassen.
- (5) Die Mitgliedstaaten können beschließen, Artikel 4 nicht auf die Verteilung anzuwenden, soweit eine Anwendung die Erfüllung der den Erdgasunternehmen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse auferlegten Verpflichtungen de jure oder de facto verhindern würde, und soweit die Entwicklung des Handelsverkehrs nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt wird, das den Interessen der Gemeinschaft zuwiderläuft. Im Interesse der Gemeinschaft liegt insbesondere der Wettbewerb um zugelassene Kunden in Übereinstimmung mit dieser Richtlinie und mit Artikel 86 des Vertrags.
- (6) Bei der Umsetzung dieser Richtlinie unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über alle Maßnahmen, die sie zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen einschließlich des Verbraucher- und des Umweltschutzes getroffen haben, und über deren mögliche Auswirkungen auf den nationalen und

Mittwoch, 4. Juni 2003

internationalen Wettbewerb, und zwar unabhängig davon, ob für diese Maßnahmen eine Ausnahme von dieser Richtlinie erforderlich ist oder nicht. Sie unterrichten die Kommission anschließend alle zwei Jahre über Änderungen der Maßnahmen, unabhängig davon, ob für diese Maßnahmen eine Ausnahme von dieser Richtlinie erforderlich ist oder nicht.

#### Artikel 4

##### Genehmigungsverfahren

(1) In Fällen, in denen eine Genehmigung (z.B. eine Lizenz, Erlaubnis, Konzession, Zustimmung oder Zulassung) für den Bau oder den Betrieb von Erdgasanlagen erforderlich ist, erteilen die Mitgliedstaaten oder eine von ihnen benannte zuständige Behörde nach den Absätzen 2 bis 4 Genehmigungen zum Bau und/oder Betrieb derartiger Anlagen, Leitungen und dazugehöriger Einrichtungen in ihrem Hoheitsgebiet. Die Mitgliedstaaten oder eine von ihnen benannte zuständige Behörde können auf derselben Grundlage ferner Genehmigungen für die Lieferung von Erdgas, auch an Großhändler, erteilen.

(2) Mitgliedstaaten, die über ein Genehmigungssystem verfügen, legen objektive und nichtdiskriminierende Kriterien fest, die ein Unternehmen erfüllen muss, das eine Genehmigung für den Bau und/oder den Betrieb von Erdgasanlagen oder eine Genehmigung für die Versorgung mit Erdgas beantragt. Die nicht-diskriminierenden Kriterien und Verfahren für die Erteilung von Genehmigungen werden veröffentlicht.

(3) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Gründe für die Verweigerung einer Genehmigung objektiv und nichtdiskriminierend sind und dem Antragsteller bekannt gegeben werden. Die Begründung der Verweigerung wird der Kommission zur Unterrichtung mitgeteilt. Die Mitgliedstaaten führen ein Verfahren ein, das dem Antragsteller die Möglichkeit gibt, gegen eine Verweigerung Rechtsmittel einzulegen.

(4) Bei der Erschließung neu in die Versorgung einbezogener Gebiete und allgemein im Interesse eines effizienten Betriebs können die Mitgliedstaaten es unbeschadet des Artikels 24 ablehnen, eine weitere Genehmigung für den Bau und den Betrieb von Verteilerleitungsnetzen in einem bestimmten Gebiet zu erteilen, wenn in diesem Gebiet bereits solche Leitungsnetze gebaut wurden oder in Planung sind und die bestehenden oder geplanten Kapazitäten nicht ausgelastet sind.

#### Artikel 5

##### Monitoring der Versorgungssicherheit

Die Mitgliedstaaten sorgen für ein Monitoring der Versorgungssicherheit. Soweit die Mitgliedstaaten es für angebracht halten, können sie diese Aufgabe den in Artikel 25 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörden übertragen. Dieses Monitoring betrifft insbesondere das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem heimischen Markt, die erwartete Nachfrageentwicklung und das verfügbare Angebot, in der Planung und im Bau befindliche zusätzliche Kapazitäten, die Qualität und den Umfang der Netzwartung sowie Maßnahmen zur Bedienung von Nachfragespitzen und zur Bewältigung von Ausfällen eines oder mehrerer Versorger. Die zuständigen Behörden veröffentlichen spätestens zum 31. Juli eines jeden Jahres einen Bericht über die bei dem Monitoring dieser Aspekte gewonnenen Erkenntnisse und etwaige getroffene oder geplante diesbezügliche Maßnahmen und übermitteln ihn unverzüglich der Kommission.

#### Artikel 6

##### Technische Vorschriften

Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass Kriterien für die technische Betriebssicherheit festgelegt und für den Anschluss von LNG-Anlagen und Speichereinrichtungen, von anderen Fernleitungs- oder Verteilernetzen und von Direktleitungen an das Netz technische Vorschriften mit Mindestanforderungen an die Auslegung und den Betrieb ausgearbeitet und veröffentlicht werden. Diese technischen Vorschriften müssen die Interoperabilität der Netze sicherstellen sowie objektiv und nichtdiskriminierend sein. Sie werden der Kommission gemäß Artikel 8 der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft<sup>(1)</sup> mitgeteilt.

<sup>(1)</sup> ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 37. Geändert durch die Richtlinie 98/48/EG (ABl. L 217 vom 5.8.1998, S. 18).

Mittwoch, 4. Juni 2003

### KAPITEL III

#### FERNLEITUNG, SPEICHERUNG UND LNG

##### Artikel 7

###### Benennung von Fernleitungsnetzbetreibern

Die Mitgliedstaaten oder von diesen dazu aufgeforderte Erdgasunternehmen, die Eigentümer von Fernleitungsnetzen, Speicher- oder LNG-Anlagen sind, benennen für einen Zeitraum, den die Mitgliedstaaten unter Effizienzerwägungen und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse festlegen, einen oder mehrere Netzbetreiber. Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Betreiber von Fernleitungsnetzen, Speicher- und LNG-Anlagen die Artikel 8 bis 10 einhalten.

##### Artikel 8

###### Aufgaben der Fernleitungsnetzbetreiber

- (1) Die Betreiber von Fernleitungsnetzen, Speicher- und/oder LNG-Anlagen sind verpflichtet,
  - a) unter wirtschaftlichen Bedingungen und unter gebührender Beachtung des Umweltschutzes sichere, zuverlässige und leistungsfähige Fernleitungsnetze, Speicher- und/oder LNG-Anlagen zu betreiben, zu warten und auszubauen,
  - b) sich jeglicher Diskriminierung von Netzbenutzern oder Kategorien von Netzbenutzern, insbesondere zugunsten der mit ihnen verbundenen Unternehmen, zu enthalten,
  - c) jedem anderen Betreiber eines Fernleitungsnetzes, einer Speicheranlage, einer LNG-Anlage und/oder eines Verteilernetzes ausreichende Informationen zu liefern, um zu gewährleisten, dass der Transport und die Speicherung von Erdgas in einer mit dem sicheren und effizienten Betrieb des Verbundnetzes zu vereinbarenden Weise erfolgen kann,
  - d) den Netzbenutzern die Informationen zur Verfügung zu stellen, die sie für einen effizienten Netzzugang benötigen.
- (2) Die von den Fernleitungsnetzbetreibern festgelegten Ausgleichsregelungen für das Erdgasfernleitungsnetz müssen objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sein, einschließlich der Regelungen über die von den Netzbenutzern für Energieungleichgewichte zu zahlenden Entgelte. Die Bedingungen für die Erbringung dieser Leistungen durch die Fernleitungsnetzbetreiber einschließlich Regelungen und Tarife werden gemäß einem mit Artikel 25 Absatz 2 zu vereinbarenden Verfahren in nichtdiskriminierender Weise und kostenorientiert festgelegt und veröffentlicht.
- (3) Die Mitgliedstaaten können den Fernleitungsnetzbetreibern zur Auflage machen, bei der Wartung und dem Ausbau des Fernleitungsnetzes einschließlich der Verbindungskapazitäten bestimmte Mindestanforderungen einzuhalten.
- (4) Die Fernleitungsnetzbetreiber beschaffen sich die Energie, die sie zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben verwenden, nach transparenten, nichtdiskriminierenden und marktorientierten Verfahren.

##### Artikel 9

###### Entflechtung von Fernleitungsnetzbetreibern

- (1) Gehört der Fernleitungsnetzbetreiber zu einem vertikal integrierten Unternehmen, so muss er zumindest hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Fernleitung zusammenhängen. Diese Bestimmungen begründen keine Verpflichtung, eine Trennung in Bezug auf das Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens an Vermögenswerten des Fernleitungsnetzes vorzunehmen.
- (2) Um die Unabhängigkeit des Fernleitungsnetzbetreibers gemäß Absatz 1 sicherzustellen, sind die folgenden Mindestkriterien anzuwenden:
  - a) In einem integrierten Erdgasunternehmen dürfen die für die Leitung des Fernleitungsnetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des Erdgasunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Erdgasgewinnung, -verteilung und -versorgung zuständig sind;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- b) es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Fernleitungsnetzbetreibers zuständigen Personen so berücksichtigt werden, dass ihre Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist;
- c) der Fernleitungsnetzbetreiber hat in Bezug auf Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung oder den Ausbau des Netzes erforderlich sind, tatsächliche Entscheidungsbefugnisse, die er unabhängig von dem integrierten Gasunternehmen ausübt. Dies sollte geeigneten Koordinierungsmechanismen nicht entgegenstehen, mit denen sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die – gemäß Artikel 25 Absatz 2 indirekt geregelte – Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Dies ermöglicht es dem Mutterunternehmen insbesondere, den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Fernleitungsnetzbetreibers zu genehmigen und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festzulegen. Dies erlaubt es dem Mutterunternehmen nicht, Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelne Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Fernleitungen zu erteilen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen;
- d) der Fernleitungsnetzbetreiber stellt ein Gleichbehandlungsprogramm auf, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden, und gewährleistet die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms. In dem Programm ist festgelegt, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf dieses Ziel haben. Die für die Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms zuständige Person oder Stelle legt der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörde jährlich einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vor, der veröffentlicht wird.

#### Artikel 10

##### Vertraulichkeitsanforderungen für Fernleitungsnetzbetreiber

- (1) Unbeschadet des Artikels 16 und sonstiger rechtlicher Verpflichtungen zur Offenlegung von Informationen wahrt jeder Betreiber eines Fernleitungsnetzes, einer Speicher- und/oder einer LNG-Anlage die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen, von denen er bei der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangt, und verhindert, dass Informationen über seine eigenen Tätigkeiten, die wirtschaftliche Vorteile bringen können, in diskriminierender Weise offen gelegt werden.
- (2) Fernleitungsnetzbetreiber dürfen wirtschaftlich sensible Informationen, die sie von Dritten im Zusammenhang mit der Gewährung eines Netzzugangs oder mit Verhandlungen hierüber erhalten, beim Verkauf oder Erwerb von Erdgas durch verbundene Unternehmen nicht missbrauchen.

#### KAPITEL IV

##### VERTEILUNG UND VERSORGUNG

#### Artikel 11

##### Benennung von Verteilernetzbetreibern

Die Mitgliedstaaten oder von diesen dazu aufgeforderte Unternehmen, die Eigentümer von Verteilernetzen sind oder die für Verteilernetze verantwortlich sind, benennen für einen Zeitraum, den die Mitgliedstaaten unter Effizienzerwägungen und unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Gleichgewichts festlegen, einen oder mehrere Verteilernetzbetreiber und sorgen dafür, dass diese Betreiber die Artikel 12 bis 14 einhalten.

#### Artikel 12

##### Aufgaben der Verteilernetzbetreiber

- (1) Jeder Verteilernetzbetreiber hat unter wirtschaftlichen Bedingungen und unter gebührender Beachtung des Umweltschutzes ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Netz zu betreiben, zu warten und auszubauen.
- (2) Der Verteilernetzbetreiber hat sich jeglicher Diskriminierung von Netzbenutzern oder Kategorien von Netzbenutzern, insbesondere zugunsten der mit ihm verbundenen Unternehmen, zu enthalten.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (3) Jeder Verteilernetzbetreiber hat jedem anderen Betreiber eines Verteilernetzes, eines Fernleitungsnetzes, einer LNG-Anlage und/oder einer Speicheranlage ausreichende Informationen zu liefern, um zu gewährleisten, dass der Transport und die Speicherung von Erdgas in einer mit dem sicheren und effizienten Betrieb des Verbundnetzes zu vereinbarenden Weise erfolgt.
- (4) Der Verteilernetzbetreiber stellt den Netzbenutzern die Informationen bereit, die sie für einen effizienten Netzzugang benötigen.
- (5) Sofern den Verteilernetzbetreibern der Ausgleich des Erdgasverteilersnetzes obliegt, müssen die von ihnen zu diesem Zweck festgelegten Regelungen objektiv, transparent und nichtdiskriminierend sein, einschließlich der Regelungen über die von den Netzbenutzern für Energieungleichgewichte zu zahlenden Entgelte. Die Bedingungen für die Erbringung dieser Leistungen durch die Netzbetreiber einschließlich Regelungen und Tarife werden gemäß einem mit Artikel 25 Absatz 2 zu vereinbarenden Verfahren in nichtdiskriminierender Weise und kostenorientiert festgelegt und veröffentlicht.

## Artikel 13

## Entflechtung von Verteilernetzbetreibern

- (1) Gehört der Verteilernetzbetreiber zu einem vertikal integrierten Unternehmen, so muss er zumindest hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen. Diese Bestimmungen begründen keine Verpflichtung, eine Trennung in Bezug auf das Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens an Vermögenswerten des Verteilernetzes vorzunehmen.
- (2) Gehört der Verteilernetzbetreiber zu einem vertikal integrierten Unternehmen, so muss er zusätzlich zu den Anforderungen des Absatzes 1 hinsichtlich seiner Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen sein, die nicht mit der Verteilung zusammenhängen. Um dies zu erreichen, sind die folgenden Mindestkriterien anzuwenden:
- In einem integrierten Erdgasunternehmen dürfen die für die Leitung des Verteilernetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des Erdgasunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Erdgasgewinnung, -fernleitung und -versorgung zuständig sind;
  - es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Verteilernetzbetreibers zuständigen Personen so berücksichtigt werden, dass ihre Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist;
  - der Verteilernetzbetreiber hat in Bezug auf Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung oder den Ausbau des Netzes erforderlich sind, tatsächliche Entscheidungsbefugnisse, die er unabhängig von dem integrierten Gasunternehmen ausübt. Dies sollte geeigneten Koordinierungsmechanismen nicht entgegenstehen, mit denen sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die – gemäß Artikel 25 Absatz 2 indirekt geregelte – Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Dies ermöglicht es dem Mutterunternehmen insbesondere, den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Verteilernetzbetreibers zu genehmigen und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festzulegen. Dies erlaubt es dem Mutterunternehmen nicht, Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelner Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Verteilerleitungen zu erteilen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen;
  - der Verteilernetzbetreiber stellt ein Gleichbehandlungsprogramm auf, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden, und gewährleistet die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms. In dem Programm ist festgelegt, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf dieses Ziel haben. Die für die Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms zuständige Person oder Stelle legt der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörde jährlich einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vor, der veröffentlicht wird.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, die Absätze 1 und 2 nicht auf integrierte Erdgasunternehmen anzuwenden, die weniger als 100 000 angeschlossene Kunden beliefern.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## Artikel 14

## Vertraulichkeitsanforderungen für Verteilernetzbetreiber

- (1) Unbeschadet des Artikels 16 und sonstiger gesetzlicher Verpflichtungen zur Offenlegung von Informationen wahrt jeder Verteilernetzbetreiber die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen, von denen er bei der Ausübung seiner Geschäftstätigkeit Kenntnis erlangt, und verhindert, dass Informationen über seine eigenen Tätigkeiten, die wirtschaftliche Vorteile bringen können, in diskriminierender Weise offen gelegt werden.
- (2) Verteilernetzbetreiber dürfen wirtschaftlich sensible Informationen, die sie von Dritten im Zusammenhang mit der Gewährung eines Netzzugangs oder mit Verhandlungen hierüber erhalten, beim Verkauf oder Erwerb von Erdgas durch verbundene Unternehmen nicht missbrauchen.

## Artikel 15

## Kombinationsnetzbetreiber

Artikel 9 Absatz 1 und Artikel 13 Absatz 1 stehen dem gleichzeitigen Betrieb eines Fernleitungsnetzes, einer LNG-Anlage, einer Speicheranlage und eines Verteilernetzes durch einen Betreiber nicht entgegen, sofern dieser hinsichtlich seiner Rechtsform, Organisation und Entscheidungsgewalt unabhängig von den übrigen Tätigkeitsbereichen ist, die nicht mit dem Betrieb des Fernleitungsnetzes, der LNG-Anlage, der Speicheranlage und des Verteilernetzes zusammenhängen, und sofern er die in den Buchstaben a bis d aufgeführten Anforderungen erfüllt. Diese Bestimmungen begründen keine Verpflichtung, eine Trennung in Bezug auf das Eigentum des vertikal integrierten Unternehmens an Vermögenswerten des Kombinationsnetzes vorzunehmen:

- a) In einem integrierten Erdgasunternehmen dürfen die für die Leitung des Kombinationsnetzbetreibers zuständigen Personen nicht betrieblichen Einrichtungen des Erdgasunternehmens angehören, die direkt oder indirekt für den laufenden Betrieb in den Bereichen Erdgasgewinnung und versorgung zuständig sind;
- b) es sind geeignete Maßnahmen zu treffen, damit die berufsbedingten Interessen der für die Leitung des Kombinationsnetzbetreibers zuständigen Personen so berücksichtigt werden, dass ihre Handlungsunabhängigkeit gewährleistet ist;
- c) der Kombinationsnetzbetreiber hat in Bezug auf Vermögenswerte, die für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Netzes erforderlich sind, tatsächliche Entscheidungsbefugnisse, die er unabhängig von dem integrierten Gasunternehmen ausübt. Dies sollte geeigneten Koordinierungsmechanismen nicht entgegenstehen, mit denen sichergestellt wird, dass die wirtschaftlichen Befugnisse des Mutterunternehmens und seine Aufsichtsrechte über das Management im Hinblick auf die – gemäß Artikel 25 Absatz 2 indirekt geregelte – Rentabilität eines Tochterunternehmens geschützt werden. Dies ermöglicht es dem Mutterunternehmen insbesondere, den jährlichen Finanzplan oder ein gleichwertiges Instrument des Kombinationsnetzbetreibers zu genehmigen und generelle Grenzen für die Verschuldung seines Tochterunternehmens festzulegen. Dies erlaubt es dem Mutterunternehmen nicht, Weisungen bezüglich des laufenden Betriebs oder einzelne Entscheidungen über den Bau oder die Modernisierung von Fernleitungen und Verteilerleitungen zu erteilen, die über den Rahmen des genehmigten Finanzplans oder eines gleichwertigen Instruments nicht hinausgehen;
- d) der Kombinationsnetzbetreiber stellt ein Gleichbehandlungsprogramm auf, aus dem hervorgeht, welche Maßnahmen zum Ausschluss diskriminierenden Verhaltens getroffen werden, und gewährleistet die ausreichende Überwachung der Einhaltung dieses Programms. In dem Programm ist festgelegt, welche besonderen Pflichten die Mitarbeiter im Hinblick auf dieses Ziel haben. Die für die Überwachung des Gleichbehandlungsprogramms zuständige Person oder Stelle legt der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörde jährlich einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vor, der veröffentlicht wird.

## KAPITEL V

## ENTFLECHTUNG UND TRANSPARENZ DER RECHNUNGSLEGUNG

## Artikel 16

## Recht auf Einsichtnahme in die Rechnungslegung

- (1) Die Mitgliedstaaten oder eine von ihnen benannte zuständige Behörde, einschließlich der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörden und der in Artikel 20 Absatz 3 genannten Stellen zur Beilegung von Streitigkeiten, haben, soweit dies zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich ist, das Recht auf Einsichtnahme in die in Artikel 17 genannte Rechnungslegung der Erdgasunternehmen.



Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Die Mitgliedstaaten und die von ihnen benannten zuständigen Behörden, einschließlich der in Artikel 25 Absatz 1 genannten Regulierungsbehörden und der Stellen zur Beilegung von Streitigkeiten, wahren die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen. Die Mitgliedstaaten können die Offenlegung derartiger Informationen vorsehen, wenn dies zur Wahrnehmung der Aufgaben der zuständigen Behörden erforderlich ist.

#### Artikel 17

##### Entflechtung der Rechnungslegung

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Rechnungslegung der Erdgasunternehmen gemäß den Absätzen 2 bis 5 erfolgt. Unternehmen, die aufgrund von Artikel 28 Absätze 2 und 4 von dieser Bestimmung ausgenommen sind, haben zumindest ihre interne Rechnungslegung in Übereinstimmung mit diesem Artikel zu führen.

(2) Ungeachtet ihrer Eigentumsverhältnisse oder ihrer Rechtsform erstellen und veröffentlichen die Erdgasunternehmen ihre Jahresabschlüsse und lassen diese überprüfen, und zwar gemäß den nationalen Rechtsvorschriften über die Jahresabschlüsse von Gesellschaften, die im Rahmen der Vierten Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 44 Absatz 2 Buchstabe g (\*) des Vertrages über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen<sup>(1)</sup> erlassen worden sind. Unternehmen, die zur Veröffentlichung ihrer Jahresabschlüsse gesetzlich nicht verpflichtet sind, halten in ihrer Hauptverwaltung eine Ausfertigung ihres Jahresabschlusses für die Öffentlichkeit zur Verfügung.

(3) Zur Vermeidung von Diskriminierungen, Quersubventionen und Wettbewerbsverzerrungen führen Erdgasunternehmen in ihrer internen Rechnungslegung getrennte Konten für jede ihrer Tätigkeiten in den Bereichen Fernleitung, Verteilung, LNG und Speicherung in derselben Weise, wie sie dies tun müssten, wenn die betreffenden Tätigkeiten von separaten Unternehmen ausgeführt würden. Sie führen auch Konten für andere, nicht mit den Bereichen Fernleitung, Verteilung, LNG und Speicherung zusammenhängende Tätigkeiten im Erdgasbereich, wobei diese Konten konsolidiert sein können. Bis zum 1. Juli 2007 führen sie getrennte Konten für die Versorgung zugelassener Kunden bzw. nicht zugelassener Kunden. Einnahmen aus dem Eigentum am Fernleitungs- bzw. Verteilernetz weisen sie in den Konten gesondert aus. Gegebenfalls führen sie konsolidierte Konten für ihre anderen Tätigkeiten außerhalb des Erdgasbereichs. Die interne Rechnungslegung schließt für jede Tätigkeit eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung ein.

(4) Bei der Überprüfung gemäß Absatz 2 wird insbesondere untersucht, ob die Verpflichtung zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionen gemäß Absatz 3 eingehalten wird.

(5) Unbeschadet der innerstaatlich anwendbaren Vorschriften für die Rechnungslegung geben die Unternehmen in der internen Rechnungslegung die Regeln, einschließlich der Abschreibungsregeln, an, nach denen die Gegenstände des Aktiv- und Passivvermögens sowie die ausgewiesenen Aufwendungen und Erträge den gemäß Absatz 3 separat geführten Konten zugewiesen werden. Änderungen dieser internen Regeln sind nur in Ausnahmefällen zulässig. Diese Änderungen müssen erwähnt und ordnungsgemäß begründet werden.

(6) Im Anhang zum Jahresabschluss sind die Geschäfte größeren Umfangs, die mit verbundenen Unternehmen getätigt worden sind, gesondert aufzuführen.

#### KAPITEL VI

##### ORGANISATION DES NETZZUGANGS

#### Artikel 18

##### Zugang Dritter

(1) Die Mitgliedstaaten gewährleisten die Einführung eines Systems für den Zugang Dritter zum Fernleitungs- und Verteilernetz und zu den LNG-Anlagen auf der Grundlage veröffentlichter Tarife; die Zugangs-

(\*) **Der Titel der Richtlinie 78/660/EWG wurde angepasst, um der gemäß Artikel 12 des Vertrags von Amsterdam vorgenommenen Ummummerierung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft Rechnung zu tragen; die ursprüngliche Bezugnahme betraf Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g.**

(1) ABl. L 222 vom 14.8.1978, S. 11. Zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 283 vom 27.10.2001, S. 28).

Mittwoch, 4. Juni 2003

regelung gilt für alle zugelassenen Kunden, einschließlich Versorgungsunternehmen, und wird nach objektiven Kriterien und ohne Diskriminierung von Netzbenutzern angewandt. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass diese Tarife oder die Methoden zu ihrer Berechnung von einer in Artikel 25 Absatz 1 vorgesehenen Regulierungsbehörde vor deren Inkrafttreten genehmigt werden und dass die Tarife und – soweit nur die Methoden einer Genehmigung unterliegen – die Methoden vor ihrem Inkrafttreten veröffentlicht werden.

(2) Die Betreiber der Fernleitungsnetze erhalten zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben, auch im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Fernleitung, gegebenenfalls Zugang zu den Fernleitungsnetzen anderer Betreiber.

(3) Die Bestimmungen dieser Richtlinie stehen dem Abschluss von langfristigen Verträgen nicht entgegen, sofern diese mit den Wettbewerbsregeln der Gemeinschaft im Einklang stehen.

#### Artikel 19

##### Zugang zu Speicheranlagen

(1) Für den Zugang zu Speicheranlagen und Netzpufferung, der für einen effizienten Netzzugang im Hinblick auf die Versorgung der Kunden technisch und/oder wirtschaftlich erforderlich ist, sowie für den Zugang zu Hilfsdiensten können die Mitgliedstaaten eines der in den Absätzen 3 und 4 vorgesehenen Verfahren oder beide Verfahren wählen. Diese Verfahren werden nach objektiven, transparenten und nicht-diskriminierenden Kriterien angewandt.

(2) Absatz 1 gilt bei LNG-Anlagen nicht für Hilfsdienste und die vorübergehende Speicherung, die für die Wiederverdampfung und die anschließende Einspeisung in das Fernleitungsnetz erforderlich sind.

(3) Beim Zugang auf Vertragsbasis treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, damit die Erdgasunternehmen und die zugelassenen Kunden, die sich innerhalb oder außerhalb des Verbundnetzgebiets befinden, einen Zugang zu Speicheranlagen und Netzpufferung aushandeln können, wenn dieser Zugang für einen effizienten Netzzugang sowie für den Zugang zu anderen Hilfsdiensten technisch und/oder wirtschaftlich erforderlich ist. Die Parteien sind verpflichtet, den Zugang zu Speicheranlagen, Netzpufferung und anderen Hilfsdiensten nach dem Grundsatz von Treu und Glauben auszuhandeln.

Die Verträge über den Zugang zu Speicheranlagen, Netzpufferung und anderen Hilfsdiensten werden mit dem Betreiber der betreffenden Speicheranlage oder den betreffenden Erdgasunternehmen ausgehandelt. Die Mitgliedstaaten verlangen von den Betreibern der Speicheranlagen und den Erdgasunternehmen, innerhalb der ersten sechs Monate nach Beginn der Durchführung dieser Richtlinie und in der Folge einmal jährlich ihre wesentlichen Geschäftsbedingungen für die Nutzung von Speicheranlagen, Netzpufferung und anderen Hilfsdiensten zu veröffentlichen.

(4) Im Falle eines geregelten Netzzugangs treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, damit die Erdgasunternehmen und die zugelassenen Kunden, die sich innerhalb oder außerhalb des Verbundnetzgebiets befinden, ein Recht auf Zugang zu Speicheranlagen, Netzpufferung und anderen Hilfsdiensten auf der Grundlage veröffentlichter Tarife und/oder sonstiger Bedingungen und Verpflichtungen für die Nutzung dieser Speicheranlagen und Netzpufferung haben, wenn dieser Zugang für einen effizienten Netzzugang sowie für den Zugang zu anderen Hilfsdiensten technisch und/oder wirtschaftlich erforderlich ist. Dieses Recht auf Zugang kann den zugelassenen Kunden dadurch gewährt werden, dass es ihnen ermöglicht wird, Versorgungsverträge mit anderen konkurrierenden Erdgasunternehmen als dem Eigentümer und/oder Betreiber des Netzes oder einem verbundenen Unternehmen zu schließen.

#### Artikel 20

##### Zugang zu den vorgelagerten Rohrleitungsnetzen

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Erdgasunternehmen und die zugelassenen Kunden ungeachtet ihres Standorts bzw. Wohnsitzes im Einklang mit diesem Artikel Zugang erhalten können zu den vorgelagerten Rohrleitungsnetzen, einschließlich der Einrichtungen, die die mit einem derartigen Zugang verbundenen technischen Dienstleistungen erbringen, jedoch mit Ausnahme der Netz- und Einrichtungsteile, die für örtliche Gewinnungstätigkeiten auf einem Gasfeld benutzt werden. Diese Maßnahmen werden der Kommission gemäß Artikel 33 mitgeteilt.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Der Mitgliedstaat legt entsprechend den einschlägigen Rechtsinstrumenten fest, in welcher Weise der Zugang gemäß Absatz 1 zu ermöglichen ist. Die Mitgliedstaaten legen dabei folgende Ziele zugrunde: offener Zugang zu gerechten Bedingungen, Schaffung eines wettbewerbsorientierten Erdgasmarkts und Vermeidung des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung, wobei einer gesicherten und regelmäßigen Versorgung, den bestehenden Kapazitäten und den Kapazitäten, die nach vernünftigem Ermessen verfügbar gemacht werden können, sowie dem Umweltschutz Rechnung getragen wird. Folgendes kann berücksichtigt werden:

- a) die Notwendigkeit der Verweigerung des Zugangs, wenn technische Spezifikationen nicht auf zumutbare Art und Weise miteinander in Übereinstimmung zu bringen sind;
- b) die Notwendigkeit der Vermeidung von nicht auf zumutbare Art und Weise zu überwindenden Schwierigkeiten, die die Effizienz der laufenden und der künftigen Kohlenwasserstoffgewinnung, auch bei Feldern mit geringer wirtschaftlicher Rentabilität, beeinträchtigen könnten;
- c) die Notwendigkeit der Anerkennung gebührend belegter und angemessener Erfordernisse, die der Eigentümer oder Betreiber des vorgelagerten Rohrleitungsnetzes für Erdgastransport und -aufbereitung geltend macht, und der Wahrung der Interessen aller anderen möglicherweise betroffenen Benutzer des vorgelagerten Rohrleitungsnetzes oder der einschlägigen Aufbereitungs- oder Umschlagseinrichtungen;
- d) die Notwendigkeit der Anwendung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Genehmigungen für Gewinnungstätigkeiten oder vorgelagerte Entwicklungstätigkeiten in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht.

(3) Die Mitgliedstaaten sorgen für eine Streitbeilegungsregelung — zu der auch eine von den Parteien unabhängige Stelle gehört, die zu allen einschlägigen Informationen Zugang hat —, mit der Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Zugang zu vorgelagerten Rohrleitungsnetzen zügig beigelegt werden können, wobei den in Absatz 2 genannten Kriterien und der Zahl der Parteien, die möglicherweise an der Verhandlung über den Zugang zu derartigen Netzen beteiligt sind, Rechnung zu tragen ist.

(4) Bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten gilt die Streitbeilegungsregelung des Mitgliedstaats, der für das vorgelagerte Rohrleitungsnetz, das den Zugang verweigert, zuständig ist. Sind bei grenzübergreifenden Streitigkeiten mehrere Mitgliedstaaten für das betreffende Netz zuständig, so sorgen diese Mitgliedstaaten in gegenseitigem Benehmen dafür, dass die vorliegende Richtlinie übereinstimmend angewandt wird.

#### Artikel 21

##### Verweigerung des Zugangs

(1) Erdgasunternehmen können den Netzzugang verweigern, wenn sie nicht über die nötige Kapazität verfügen oder der Netzzugang sie daran hindern würde, die ihnen auferlegten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen gemäß Artikel 3 Absatz 2 zu erfüllen, oder wenn in Bezug auf die in Artikel 27 festgelegten Kriterien und Verfahren und die von dem Mitgliedstaat gemäß Artikel 27 Absatz 1 gewählte Alternative aufgrund von Verträgen mit unbedingter Zahlungsverpflichtung ernsthafte wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten bestehen. Die Verweigerung ist ordnungsgemäß zu begründen.

(2) Die Mitgliedstaaten können die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um zu gewährleisten, dass Erdgasunternehmen, die den Netzzugang aufgrund unzureichender Kapazität oder eines mangelnden Netzverbunds verweigern, für den erforderlichen Ausbau Sorge tragen, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist oder wenn ein potenzieller Kunde bereit ist, hierfür zu zahlen. Wenden die Mitgliedstaaten Artikel 4 Absatz 4 an, so ergreifen sie diese Maßnahmen.

#### Artikel 22

##### Neue Infrastrukturen

(1) Größere neue Erdgasinfrastrukturen, d.h. Verbindungsleitungen zwischen den Mitgliedstaaten, LNG- und Speicheranlagen, können auf Antrag von den Artikeln 18, 19, 20 und Artikel 25 Absätze 2, 3 und 4 unter folgenden Bedingungen ausgenommen werden:

- a) Durch die Investition werden der Wettbewerb bei der Gasversorgung und die Versorgungssicherheit verbessert;
- b) das mit der Investition verbundene Risiko ist so hoch, dass die Investition ohne eine Ausnahmegenehmigung nicht getätigt würde;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- c) die Infrastruktur muss Eigentum einer natürlichen oder juristischen Person sein, die zumindest der Rechtsform nach von den Netzbetreibern getrennt ist, in deren Netzen die Infrastruktur geschaffen wird;
  - d) von den Nutzern dieser Infrastruktur werden Gebühren erhoben;
  - e) die Ausnahme wirkt sich nicht nachteilig auf den Wettbewerb oder das effektive Funktionieren des Erdgasbinnenmarktes oder das effiziente Funktionieren des regulierten Netzes aus, an das die Infrastruktur angeschlossen ist.
- (2) Absatz 1 gilt auch für erhebliche Kapazitätsaufstockungen bei vorhandenen Infrastrukturen und für Änderungen dieser Infrastrukturen, die die Erschließung neuer Gasversorgungsquellen ermöglichen.
- (3) a) Die in Artikel 25 genannte Regulierungsbehörde kann von Fall zu Fall über Ausnahmen nach den Absätzen 1 und 2 befinden. Die Mitgliedstaaten können jedoch vorsehen, dass die Regulierungsbehörden ihre Stellungnahme zu dem Antrag auf Gewährung einer Ausnahme der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats zur förmlichen Entscheidung vorzulegen haben. Diese Stellungnahme wird zusammen mit der Entscheidung veröffentlicht.
- b) i) Die Ausnahme kann sich auf die neue Infrastruktur, die erheblich vergrößerte vorhandene Infrastruktur oder die Änderung einer vorhandenen Infrastruktur in ihrer Gesamtheit oder auf Teile davon erstrecken.
  - ii) Bei der Entscheidung über die Gewährung einer Ausnahme wird in jedem Einzelfall der Notwendigkeit Rechnung getragen, Bedingungen für die Dauer der Ausnahme und den nichtdiskriminierenden Zugang zu der Verbindungsleitung aufzuerlegen.
  - iii) Bei der Entscheidung über Bedingungen im Rahmen dieses Unterabsatzes werden insbesondere die Laufzeit der Verträge, die neu zu schaffende Kapazität oder die Änderung der vorhandenen Kapazität, die zeitliche Grenze des Projekts und die einzelstaatlichen Gegebenheiten berücksichtigt.
- c) Die zuständige Behörde kann bei Gewährung einer Ausnahme die Regeln und Mechanismen für das Kapazitätsmanagement und die Kapazitätszuweisung festlegen, sofern dies die Durchführung langfristiger Verträge nicht verhindert.
  - d) Die Ausnahmeentscheidung – einschließlich der unter Buchstabe b genannten Bedingungen – ist ordnungsgemäß zu begründen und zu veröffentlichen.
  - e) Im Falle einer Verbindungsleitung wird eine Ausnahmeentscheidung nach Konsultation der anderen betroffenen Mitgliedstaaten oder Regulierungsbehörden getroffen.
- (4) Die zuständige Behörde übermittelt der Kommission die Ausnahmeentscheidung unverzüglich zusammen mit allen einschlägigen Begleitinformationen. Diese Informationen können der Kommission in einer Zusammenfassung übermittelt werden, anhand deren die Kommission eine fundierte Entscheidung treffen kann.

Sie müssen insbesondere Folgendes enthalten:

1. eine ausführliche Begründung der durch die Regulierungsbehörde oder den Mitgliedstaat gewährten Ausnahme, einschließlich finanzieller Informationen, die die Notwendigkeit der Ausnahme rechtfertigen;
2. eine Untersuchung bezüglich der Auswirkungen der Gewährung der Ausnahme auf den Wettbewerb und das effektive Funktionieren des Erdgasbinnenmarkts;
3. eine Begründung der Geltungsdauer der Ausnahme sowie des Anteils an der Gesamtkapazität der Erdgasinfrastruktur, für den die Ausnahme gewährt wird;
4. bei Ausnahmen im Zusammenhang mit einer Verbindungsleitung das Ergebnis der Konsultation der betroffenen Mitgliedstaaten bzw. Regulierungsbehörden;
5. einen Hinweis auf den Beitrag der Infrastruktur zur Diversifizierung der Gasversorgung.

Die Kommission kann binnen zwei Monaten nach Eingang einer Mitteilung verlangen, dass die betreffende Regulierungsbehörde bzw. der betreffende Mitgliedstaat die Entscheidung über die Gewährung der Ausnahme ändert oder widerruft. Die Zweimonatsfrist kann um einen weiteren Monat verlängert werden, wenn die Kommission zusätzliche Informationen anfordert.

Kommt die betreffende Regulierungsbehörde bzw. der betreffende Mitgliedstaat der Aufforderung nicht binnen vier Wochen nach, so wird nach dem Verfahren des Artikels 30 Absatz 2 umgehend eine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Kommission behandelt wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich.

Mittwoch, 4. Juni 2003

### Artikel 23

#### Marktöffnung und Gegenseitigkeit

- (1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass zugelassene Kunden sind:
  - a) bis zum 1. Juli 2004 alle zugelassenen Kunden entsprechend Artikel 18 der Richtlinie 98/30/EG. Die Mitgliedstaaten veröffentlichen bis zum 31. Januar jeden Jahres die Kriterien für die Definition dieser zugelassenen Kunden;
  - b) spätestens ab dem 1. Juli 2004 alle Nicht-Haushalts-Kunden;
  - c) ab dem 1. Juli 2007 alle Kunden.
- (2) Ungleichgewichte bei der Öffnung der Erdgasmärkte werden wie folgt vermieden:
  - a) Lieferverträge mit einem zugelassenen Kunden aus dem Netz eines anderen Mitgliedstaats dürfen nicht untersagt werden, wenn der Kunde in beiden betreffenden Netzen als zugelassener Kunde betrachtet wird;
  - b) in Fällen, in denen Geschäfte nach Buchstabe a mit der Begründung abgelehnt werden, dass der Kunde nur in einem der beiden Netze als zugelassener Kunde gilt, kann die Kommission auf Antrag eines der Mitgliedstaaten, in denen sich die beiden Netze befinden, unter Berücksichtigung der Marktlage und des gemeinsamen Interesses der ablehnenden Partei auferlegen, die gewünschten Lieferungen auszuführen.

### Artikel 24

#### Direktleitungen

- (1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit
  - a) in ihrem Hoheitsgebiet ansässige Erdgasunternehmen die zugelassenen Kunden über eine Direktleitung versorgen können;
  - b) jeder zugelassene Kunde in ihrem Hoheitsgebiet von Erdgasunternehmen über eine Direktleitung versorgt werden kann.
- (2) In Fällen, in denen eine Genehmigung (z.B. eine Lizenz, Erlaubnis, Konzession, Zustimmung oder Zulassung) für den Bau oder den Betrieb von Direktleitungen erforderlich ist, legen die Mitgliedstaaten oder eine von ihnen benannte zuständige Behörde die Kriterien für die Genehmigung des Baus oder des Betriebs einer Direktleitung in ihrem Hoheitsgebiet fest. Diese Kriterien müssen objektiv, transparent und nicht-diskriminierend sein.
- (3) Die Mitgliedstaaten können die Genehmigung zur Errichtung einer Direktleitung entweder von der Verweigerung des Netzzugangs auf der Grundlage des Artikels 21 oder von der Einleitung eines Streitbelegungsverfahrens gemäß Artikel 25 abhängig machen.

### Artikel 25

#### Regulierungsbehörden

- (1) Die Mitgliedstaaten betrauen eine oder mehrere zuständige Stellen mit der Aufgabe als Regulierungsbehörde. Diese Behörden müssen von den Interessen der Erdgaswirtschaft vollkommen unabhängig sein. Sie haben durch Anwendung dieses Artikels zumindest die Aufgabe, Nichtdiskriminierung, echten Wettbewerb und ein effizientes Funktionieren des Markts sicherzustellen und ein Monitoring insbesondere in Bezug auf folgende Aspekte durchzuführen:
  - a) Regeln für das Management und die Zuweisung von Verbindungskapazitäten im Benehmen mit der Regulierungsbehörde oder den Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten, mit denen ein Verbund besteht;
  - b) etwaige Mechanismen zur Behebung von Kapazitätsengpässen im nationalen Erdgasnetz;
  - c) von Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern benötigte Zeit für die Herstellung von Anschlüssen und für Reparaturen;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- d) Veröffentlichung angemessener Informationen über Verbindungsleitungen, Netznutzung und Kapazitätszuweisung für interessierte Parteien durch die Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, nicht aggregierte Informationen als vertrauliche Geschäftsinformationen zu behandeln;
- e) tatsächliche Entflechtung der Rechnungslegung entsprechend Artikel 17 zur Verhinderung von Quersubventionen zwischen den Fernleitungs-, Verteilungs-, Speicher-, LNG- und Versorgungstätigkeiten;
- f) Bedingungen für den Zugang zu Speichereinrichtungen, Netzpufferung und anderen Hilfsdiensten gemäß Artikel 19;
- g) Umfang, in dem die Fernleitungs- und Verteilernetzbetreiber ihren Aufgaben gemäß den Artikeln 8 und 12 nachkommen;
- h) Ausmaß von Transparenz und Wettbewerb.

Die durch diesen Artikel eingesetzten Stellen veröffentlichen einen Jahresbericht über das Ergebnis ihrer Monitoring-Tätigkeiten gemäß den Buchstaben a bis h.

(2) Den Regulierungsbehörden obliegt es, zumindest die Methoden zur Berechnung oder Festlegung folgender Bedingungen vor deren Inkrafttreten festzulegen oder zu genehmigen:

- a) die Bedingungen für den Anschluss an und den Zugang zu den nationalen Netzen, einschließlich der Tarife für die Fernleitung und die Verteilung. Diese Tarife oder Methoden sind so zu gestalten, dass die notwendigen Investitionen in die Netze so vorgenommen werden können, dass die Lebensfähigkeit der Netze gewährleistet ist;
- b) die Bedingungen für die Erbringung von Ausgleichsleistungen.

(3) Unbeschadet des Absatzes 2 können die Mitgliedstaaten vorsehen, dass die Regulierungsbehörden der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats die Tarife bzw. zumindest die in Absatz 2 genannten Methoden sowie die in Absatz 4 genannten Änderungen zur förmlichen Entscheidung vorzulegen haben. Die zuständige Stelle ist in einem solchen Fall befugt, den von der Regulierungsbehörde vorgelegten Entwurf einer Entscheidung zu billigen oder abzulehnen.

Diese Tarife bzw. Methoden und Änderungen werden zusammen mit der förmlichen Annahmeentscheidung veröffentlicht. Jede förmliche Ablehnung des Entwurfs einer Entscheidung wird ebenfalls veröffentlicht, einschließlich der Begründung.

(4) Die Regulierungsbehörden sind befugt, falls erforderlich von den Fernleitungs- und Verteilernetzbetreibern und den Betreibern von LNG-Anlagen zu verlangen, die in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten Bedingungen, einschließlich der Tarife und Methoden, zu ändern, um sicherzustellen, dass diese angemessen sind und nichtdiskriminierend angewendet werden.

(5) Jeder Betroffene, der hinsichtlich der in den Absätzen 1, 2 und 4 und der in Artikel 19 genannten Punkte eine Beschwerde gegen einen Fernleitungs- oder Verteilernetzbetreiber oder den Betreiber einer LNG-Anlage hat, kann damit die Regulierungsbehörde befassen, die als Streitbeilegungsstelle innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Beschwerde eine Entscheidung trifft. Diese Frist kann um zwei Monate verlängert werden, wenn die Regulierungsbehörde zusätzliche Informationen anfordert. Mit Zustimmung des Beschwerdeführers ist eine weitere Verlängerung dieser Frist möglich. Eine solche Entscheidung ist verbindlich, bis sie gegebenenfalls aufgrund eines Rechtsbehelfs aufgehoben wird.

(6) Jeder Betroffene, der hinsichtlich einer gemäß den Absätzen 2, 3 oder 4 getroffenen Entscheidung über die Methoden oder, soweit die Regulierungsbehörde ein Anhörungspflicht hat, hinsichtlich der vorgeschlagenen Methoden beschwerdeberechtigt ist, kann längstens binnen zwei Monaten bzw. innerhalb einer von den Mitgliedstaaten festgelegten kürzeren Frist nach Veröffentlichung der Entscheidung bzw. des Vorschlags für eine Entscheidung eine Beschwerde im Hinblick auf die Überprüfung der Entscheidung einlegen. Eine Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

(7) Die Mitgliedstaaten treffen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Regulierungsbehörden in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nach den Absätzen 1 bis 5 effizient und zügig nachzukommen.

(8) Die Mitgliedstaaten schaffen geeignete und wirksame Mechanismen für die Regulierung, die Kontrolle und die Sicherstellung der Transparenz, um den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung zum Nachteil insbesondere der Verbraucher sowie Verdrängungspraktiken zu verhindern. Diese Mechanismen tragen den Bestimmungen des Vertrags, insbesondere Artikel 82, Rechnung.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (9) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass bei Verstößen gegen die in dieser Richtlinie vorgesehenen Geheimhaltungsvorschriften geeignete Maßnahmen, einschließlich der nach nationalem Recht vorgesehenen Verwaltungs- oder Strafverfahren, gegen die verantwortlichen natürlichen oder juristischen Personen ergriffen werden.
- (10) Bei grenzüberschreitenden Streitigkeiten ist die Regulierungsbehörde entscheidungsbefugt, die für den Netzbetreiber, der die Netznutzung oder den Netzzugang verweigert, zuständig ist.
- (11) Beschwerden nach den Absätzen 5 und 6 lassen die nach dem Gemeinschaftsrecht und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften möglichen Rechtsbehelfe unberührt.
- (12) Die nationalen Regulierungsbehörden tragen zur Entwicklung des Binnenmarktes und zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen durch transparente Zusammenarbeit untereinander und mit der Kommission bei.

## KAPITEL VII

## SCHLUSSBESTIMMUNGEN

## Artikel 26

## Schutzmaßnahmen

- (1) Treten plötzliche Marktkrisen im Energiesektor auf oder ist die Sicherheit von Personen, Geräten oder Anlagen oder die Unversehrtheit des Netzes gefährdet, so kann ein Mitgliedstaat vorübergehend die notwendigen Schutzmaßnahmen treffen.
- (2) Diese Maßnahmen dürfen nur die geringstmöglichen Störungen im Funktionieren des Binnenmarktes hervorrufen und nicht über das zur Behebung der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten unbedingt erforderliche Maß hinausgehen.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat teilt diese Maßnahmen unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten und der Kommission mit; diese kann beschließen, dass der betreffende Mitgliedstaat diese Maßnahmen zu ändern oder aufzuheben hat, soweit sie den Wettbewerb verzerren und den Handel in einem Umfang beeinträchtigen, der dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft.

## Artikel 27

## Ausnahmen im Zusammenhang mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen

- (1) Entstehen einem Erdgasunternehmen aufgrund eines oder mehrerer Gaslieferverträge mit unbedingter Zahlungsverpflichtung ernsthafte wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten oder werden solche Schwierigkeiten befürchtet, so kann bei dem betreffenden Mitgliedstaat oder der benannten zuständigen Behörde eine befristete Ausnahme von Artikel 18 beantragt werden. Die Anträge sind in jedem einzelnen Fall je nach Wahl des Mitgliedstaats entweder vor oder nach der Verweigerung des Netzzugangs zu stellen. Die Mitgliedstaaten können es dem Erdgasunternehmen auch freistellen, ob es einen Antrag vor oder nach der Verweigerung des Netzzugangs stellen möchte. Hat ein Erdgasunternehmen den Zugang verweigert, ist der Antrag unverzüglich zu stellen. Den Anträgen sind alle sachdienlichen Angaben über die Art und den Umfang des Problems und die von dem Erdgasunternehmen zu dessen Lösung unternommenen Anstrengungen beizufügen.

Stehen nach vernünftigem Ermessen keine Alternativlösungen zur Verfügung, so kann der Mitgliedstaat oder die benannte zuständige Behörde unter Beachtung des Absatzes 3 eine Ausnahme gewähren.

- (2) Der Mitgliedstaat oder die benannte zuständige Behörde übermittelt der Kommission unverzüglich ihre Entscheidung über die Gewährung einer Ausnahme zusammen mit allen einschlägigen Informationen zu der betreffenden Ausnahme. Diese Informationen können der Kommission in einer Zusammenfassung übermittelt werden, anhand deren die Kommission eine fundierte Entscheidung treffen kann. Die Kommission kann binnen acht Wochen nach Eingang der Mitteilung verlangen, dass der betreffende Mitgliedstaat bzw. die betreffende benannte zuständige Behörde die Entscheidung über die Gewährung einer Ausnahme ändert oder widerruft.

Mittwoch, 4. Juni 2003

Kommt der betreffende Mitgliedstaat bzw. die betreffende benannte zuständige Behörde der Aufforderung nicht binnen vier Wochen nach, so wird nach dem Verfahren des Artikels 30 Absatz 2 umgehend eine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Kommission behandelt wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich.

(3) Der Mitgliedstaat oder die benannte zuständige Behörde und die Kommission berücksichtigen bei der Entscheidung über die Ausnahmen nach Absatz 1 insbesondere folgende Kriterien:

- a) das Ziel der Vollendung eines wettbewerbsorientierten Gasmarktes;
- b) die Notwendigkeit, gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen zu erfüllen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten;
- c) die Stellung des Erdgasunternehmens auf dem Gasmarkt und die tatsächliche Wettbewerbslage auf diesem Markt;
- d) die Schwere der aufgetretenen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten von Erdgasunternehmen und Fernleitungsunternehmen bzw. zugelassenen Kunden;
- e) den Zeitpunkt der Unterzeichnung sowie die Bedingungen des betreffenden Vertrags oder der betreffenden Verträge und inwieweit diese Marktänderungen berücksichtigen;
- f) die zur Lösung des Problems unternommenen Anstrengungen;
- g) inwieweit das Unternehmen beim Eingehen der betreffenden unbedingten Zahlungsverpflichtungen unter Berücksichtigung dieser Richtlinie vernünftigerweise mit dem wahrscheinlichen Auftreten von ersten Schwierigkeiten hätte rechnen können;
- h) das Ausmaß, in dem das Netz mit anderen Netzen verbunden ist, sowie den Grad an Interoperabilität dieser Netze; und
- i) die Auswirkungen, die die Genehmigung einer Ausnahme für die korrekte Anwendung dieser Richtlinie in Bezug auf das einwandfreie Funktionieren des Erdgasbinnenmarktes haben würde.

Eine Entscheidung über einen Ausnahmeantrag in Bezug auf Verträge mit unbedingter Zahlungsverpflichtung, die vor dem Inkrafttreten dieser Richtlinie geschlossen worden sind, sollte nicht zu einer Lage führen, in der es unmöglich ist, wirtschaftlich tragfähige Absatzalternativen zu finden. Auf jeden Fall wird davon ausgegangen, dass keine ernsthaften Schwierigkeiten vorliegen, wenn die Erdgasverkäufe nicht unter die in Gaslieferverträgen mit unbedingter Zahlungsverpflichtung vereinbarte garantierte Mindestabnahmemenge sinken oder sofern der betreffende Gasliefervertrag mit unbedingter Zahlungsverpflichtung angepasst werden oder das Erdgasunternehmen Absatzalternativen finden kann.

(4) Erdgasunternehmen, die keine Ausnahmegenehmigung nach Absatz 1 erhalten haben, dürfen den Netzzugang wegen im Rahmen eines Gasliefervertrags eingegangener unbedingter Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht länger verweigern. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle einschlägigen Bestimmungen des Kapitels VI, nämlich Artikel 18 bis 25, eingehalten werden.

(5) Die im Rahmen der obigen Bestimmungen genehmigten Ausnahmen müssen ordnungsgemäß begründet werden. Die Kommission veröffentlicht die Entscheidung im Amtsblatt der Europäischen Union.

(6) Die Kommission legt binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten dieser Richtlinie einen Bericht über die bei der Anwendung dieses Artikels gemachten Erfahrungen vor, damit das Europäische Parlament und der Rat zu gegebener Zeit prüfen können, ob dieser Artikel angepasst werden muss.

#### Artikel 28

##### Entstehende und isolierte Märkte

(1) Mitgliedstaaten, die nicht direkt an das Verbundnetz eines anderen Mitgliedstaats angeschlossen sind und nur einen externen Hauptlieferanten haben, können von den Artikeln 4, 9, 23 und/oder 24 abweichen. Als Hauptlieferant gilt ein Versorgungsunternehmen mit einem Marktanteil von mehr als 75 %. Diese Ausnahme endet automatisch, sobald mindestens eine der genannten Bedingungen nicht mehr gegeben ist. Alle derartigen Ausnahmen sind der Kommission mitzuteilen.



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

(2) Ein als entstehender Markt eingestuftes Mitgliedstaat, der durch die Anwendung dieser Richtlinie in erhebliche Schwierigkeiten geriete, kann von Artikel 4, Artikel 7, Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 9, Artikel 11, Artikel 12 Absatz 5, Artikel 13, Artikel 17, Artikel 18, Artikel 23 Absatz 1 und/oder Artikel 24 dieser Richtlinie abweichen. Diese Ausnahme endet automatisch, sobald der betreffende Mitgliedstaat nicht mehr als entstehender Markt anzusehen ist. Alle derartigen Ausnahmen sind der Kommission mitzuteilen.

(3) Zu dem Zeitpunkt, zu dem die in Absatz 2 genannte Ausnahme endet, muss die Definition der zugelassenen Kunden eine Marktöffnung bewirken, die sich auf mindestens 33 % des jährlichen Gesamt-erdgasverbrauchs auf dem innerstaatlichen Erdgasmarkt erstreckt. Zwei Jahre nach diesem Zeitpunkt gilt Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b und drei Jahre nach diesem Zeitpunkt gilt Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c. Bis zum Beginn der Anwendung des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe b können die in Absatz 2 genannten Mitgliedstaaten beschließen, Artikel 18 nicht anzuwenden, soweit es sich um Hilfsdienste und die vorübergehende Speicherung für die Wiederverdampfung und die anschließende Einspeisung in das Fernleitungsnetz handelt.

(4) Falls die Anwendung dieser Richtlinie in einem begrenzten Gebiet eines Mitgliedstaats, insbesondere hinsichtlich des Ausbaus der Fernleitungsinfrastruktur und größerer Verteilungsinfrastrukturen, erhebliche Schwierigkeiten verursachen würde, kann der Mitgliedstaat zur Förderung von Investitionen bei der Kommission für Entwicklungen in diesem Gebiet eine befristete Ausnahme von Artikel 4, Artikel 7, Artikel 8 Absätze 1 und 2, Artikel 9, Artikel 11, Artikel 12 Absatz 5, Artikel 13, Artikel 17, Artikel 18, Artikel 23 Absatz 1 und/oder Artikel 24 beantragen.

(5) Die Kommission kann die in Absatz 4 genannte Ausnahme unter Berücksichtigung insbesondere der nachstehenden Kriterien genehmigen:

- Bedarf an Infrastrukturinvestitionen, die in einem wettbewerbsorientierten Marktumfeld nicht rentabel wären;
  - Umfang der erforderlichen Investitionen und Amortisationsaussichten;
  - Größe und Entwicklungsstand des Gasnetzes in dem betreffenden Gebiet;
  - Aussichten für den betreffenden Gasmarkt;
  - geografische Größe und Merkmale des betreffenden Gebiets oder der betreffenden Region sowie sozio-ökonomische und demografische Faktoren.
- a) Im Falle einer Gasinfrastruktur, bei der es sich nicht um eine Verteilerinfrastruktur handelt, darf eine Ausnahme nur genehmigt werden, wenn in diesem Gebiet noch keine Gasinfrastruktur errichtet worden ist oder die Errichtung einer derartigen Infrastruktur weniger als zehn Jahre zurückliegt. Die befristete Ausnahme darf nicht für einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren ab der ersten Versorgung mit Gas in dem betreffenden Gebiet gewährt werden.
- b) Im Falle einer Verteilerinfrastruktur kann eine Ausnahme für einen Zeitraum von höchstens 20 Jahren ab dem Zeitpunkt genehmigt werden, zu dem in dem betreffenden Gebiet erstmalig Gas über das genannte Netz geliefert wurde.

(6) Luxemburg darf während eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem 1. Juli 2004 von Artikel 8 Absatz 3 und Artikel 9 abweichen. Diese Ausnahme wird vor Ablauf des Fünfjahreszeitraums überprüft; ein Beschluss über ihre Verlängerung um weitere fünf Jahre wird nach dem Verfahren des Artikels 30 Absatz 2 gefasst. Alle derartigen Ausnahmen sind der Kommission mitzuteilen.

(7) Vor einer Entscheidung nach Absatz 5 unterrichtet die Kommission die Mitgliedstaaten unter Wahrung der Vertraulichkeit über die gemäß Absatz 4 gestellten Anträge. Diese Entscheidung sowie die Ausnahmen nach den Absätzen 1 und 2 werden im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.

(8) Griechenland darf hinsichtlich Aufbau und Alleinnutzung von Verteilernetzen in bestimmten geografischen Gebieten von den Artikeln 4, 11, 12, 13, 18, 23 und/oder 24 dieser Richtlinie in Bezug auf die geografischen Gebiete und Zeiträume abweichen, die in den von Griechenland vor dem 15. März 2002 gemäß der Richtlinie 98/30/EG ausgestellten Genehmigungen angegeben sind.

## Artikel 29

## Überprüfungsverfahren

Falls die Kommission in dem Bericht nach Artikel 31 Absatz 3 feststellt, dass aufgrund der effektiven Verwirklichung des Netzzugangs in einem Mitgliedstaat, die in jeder Hinsicht einen tatsächlichen, nicht-diskriminierenden und ungehinderten Netzzugang bewirkt, bestimmte in dieser Richtlinie vorgesehene Vorschriften für Unternehmen (einschließlich der Vorschriften für die rechtliche Entflechtung von Verteilernetzbetreibern) nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zum verfolgten Ziel stehen, kann der betreffende Mitgliedstaat bei der Kommission einen Antrag auf Freistellung von der Einhaltung der betreffenden Vorschrift einreichen.

Der Mitgliedstaat übermittelt den Antrag unverzüglich der Kommission zusammen mit allen relevanten Angaben, die für den Nachweis erforderlich sind, dass die in dem Bericht getroffene Feststellung, wonach ein tatsächlicher Netzzugang sichergestellt ist, auch weiterhin zutreffen wird.

Innerhalb von drei Monaten nach Erhalt einer Mitteilung nimmt die Kommission zu dem Antrag des betreffenden Mitgliedstaats Stellung und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung der betreffenden Bestimmungen der Richtlinie vor. Die Kommission kann in den Vorschlägen zur Änderung der Richtlinie vorschlagen, den betreffenden Mitgliedstaat von spezifischen Anforderungen auszunehmen, sofern dieser Mitgliedstaat erforderlichenfalls Maßnahmen durchführt, die in gleicher Weise wirksam sind.

## Artikel 30

## Ausschuss

- (1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 3 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.
- (3) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

## Artikel 31

## Berichterstattung

- (1) Die Kommission überwacht und überprüft die Anwendung dieser Richtlinie und legt dem Europäischen Parlament und dem Rat vor Ablauf des ersten Jahres nach Inkrafttreten dieser Richtlinie und danach jedes Jahr einen Gesamtbericht über die erzielten Fortschritte vor. In diesem Bericht wird mindestens Folgendes behandelt:
  - a) die bei der Schaffung eines vollendeten und einwandfrei funktionierenden Erdgasbinnenmarkts gewonnenen Erfahrungen und erzielten Fortschritte sowie die noch bestehenden Hindernisse, einschließlich der Aspekte Marktbeherrschung, Marktkonzentration, Verdrängungspraktiken oder wettbewerbsfeindliches Verhalten;
  - b) die im Rahmen dieser Richtlinie genehmigten Ausnahmen, einschließlich der Anwendung der Ausnahme nach Artikel 13 Absatz 2 im Hinblick auf eine etwaige Überprüfung der Schwelle;
  - c) die Frage, inwieweit sich die Entflechtungs- und Tarifierungsbestimmungen dieser Richtlinie als geeignet erwiesen haben, einen gerechten und nichtdiskriminierenden Zugang zum Erdgasnetz der Gemeinschaft und eine gleichwertige Wettbewerbsintensität zu gewährleisten, und welche wirtschaftlichen, umweltbezogenen und sozialen Auswirkungen die Öffnung des Erdgasmarkts auf die Kunden hat;
  - d) eine Untersuchung der Fragen, die mit der Kapazität des Erdgasnetzes und der Sicherheit der Erdgasversorgung in der Gemeinschaft und insbesondere mit dem bestehenden und dem erwarteten Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zusammenhängen, unter Berücksichtigung der zwischen verschiedenen Gebieten bestehenden realen Austauschkapazitäten des Netzes und des Ausbaus von Speicherkapazitäten (einschließlich der Frage der Verhältnismäßigkeit der Marktregulierung in diesem Bereich);
  - e) besondere Aufmerksamkeit wird den Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Bedienung von Nachfragespitzen und zur Bewältigung von Ausfällen eines oder mehrerer Versorger gewidmet;

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- f) eine allgemeine Bewertung der Fortschritte in den bilateralen Beziehungen zu Drittländern, die Erdgas gewinnen und exportieren oder transportieren, einschließlich der Fortschritte bei Marktintegration, Handel und Zugang zu den Netzen dieser Drittländer;
- g) die Frage, ob ein Harmonisierungsbedarf besteht, der nicht mit den Bestimmungen dieser Richtlinie zusammenhängt.

Gegebenenfalls kann dieser Bericht auch Empfehlungen und Maßnahmen enthalten, um negativen Auswirkungen von Marktbeherrschung und Marktkonzentration entgegenzuwirken.

(2) Alle zwei Jahre werden in dem Bericht nach Absatz 1 ferner die verschiedenen in den Mitgliedstaaten zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen getroffenen Maßnahmen analysiert und auf ihre Wirksamkeit und insbesondere ihre Auswirkungen auf den Wettbewerb auf dem Erdgasmarkt untersucht. Gegebenenfalls kann der Bericht Empfehlungen für Maßnahmen enthalten, die auf einzelstaatlicher Ebene zur Gewährleistung eines hohen Standards der gemeinwirtschaftlichen Leistungen oder zur Verhinderung einer Marktabschottung zu ergreifen sind.

(3) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens am 1. Januar 2006 einen detaillierten Bericht über die Fortschritte bei der Schaffung des Erdgasbinnenmarktes vor. In dem Bericht wird insbesondere Folgendes geprüft:

- das Bestehen eines nichtdiskriminierenden Netzzugangs,
- die Wirksamkeit der Regulierung,
- die Entwicklung der Verbindungsinfrastruktur, die Transitbedingungen und der Stand der Versorgungssicherheit in der Gemeinschaft,
- die Frage, inwieweit der volle Nutzen der Marktöffnung Kleinunternehmen und Privathaushalten zugute kommt, insbesondere im Hinblick auf die Qualitätsstandards der gemeinwirtschaftlichen Leistungen,
- die Frage, inwieweit die Märkte in der Praxis tatsächlich wettbewerbssoffen sind, einschließlich der Aspekte Marktbeherrschung, Marktkonzentration, Verdrängungspraktiken oder wettbewerbsfeindliches Verhalten,
- die Frage, inwieweit die Kunden tatsächlich den Versorger wechseln und die Tarife neu aushandeln,
- die Preisentwicklungen, auch bei den Beschaffungspreisen, gemessen am Grad der Marktöffnung,
- die Frage, ob Dritten effektiver und nichtdiskriminierender Zugang zur Gasspeicherung gewährt wird, der für einen effizienten Netzzugang technisch und/oder wirtschaftlich erforderlich ist;
- die bei der Anwendung der Richtlinie gewonnenen Erfahrungen, was die tatsächliche Unabhängigkeit von Netzbetreibern in vertikal integrierten Unternehmen betrifft, sowie die Frage, ob neben der funktionalen Unabhängigkeit und der Trennung der Rechnungslegung weitere Maßnahmen konzipiert wurden, die in ihrer Wirkung der rechtlichen Entflechtung gleichkommen.

Gegebenenfalls unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat Vorschläge insbesondere mit dem Ziel, hohe Qualitätsstandards der gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu gewährleisten.

Gegebenenfalls unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat Vorschläge insbesondere mit dem Ziel, die uneingeschränkte und tatsächliche Unabhängigkeit von Verteilernetzbetreibern bis zum 1. Juli 2007 sicherzustellen. Falls erforderlich, beziehen sich diese Vorschläge in Übereinstimmung mit dem Wettbewerbsrecht auch auf Maßnahmen zur Behandlung von Problemen der Marktbeherrschung, Marktkonzentration, Verdrängungspraktiken oder des wettbewerbsfeindlichen Verhaltens.

**Artikel 32****Aufhebung von Rechtsvorschriften**

(1) Die Richtlinie 91/296/EWG wird mit Wirkung zum 1. Juli 2004 aufgehoben; Verträge, die gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Richtlinie 91/296/EWG geschlossen wurden, bleiben hiervon unberührt; sie gelten weiter und werden weiterhin gemäß den Bestimmungen der genannten Richtlinie umgesetzt.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Die Richtlinie 98/30/EG wird zum 1. Juli 2004 aufgehoben; die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Fristen für ihre Umsetzung und Anwendung werden davon nicht berührt. Verweisungen auf die aufgehobene Richtlinie gelten als Verweisungen auf die vorliegende Richtlinie und sind nach Maßgabe der Entsprechungstabelle in Anhang B zu lesen.

## Artikel 33

## Umsetzung

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie spätestens am 1. Juli 2004 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

(2) Die Mitgliedstaaten können die Umsetzung von Artikel 13 Absatz 1 bis zum 1. Juli 2007 zurückstellen. Die Anforderungen des Artikels 13 Absatz 2 bleiben hiervon unberührt.

(3) Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

## Artikel 34

## Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

## Artikel 35

## Adressaten

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments

*Der Präsident*

Im Namen des Rates

*Der Präsident*

## ANHANG A

## MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER KUNDEN

Unbeschadet der Verbraucherschutzvorschriften der Gemeinschaft, insbesondere der Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(1)</sup> und der Richtlinie 93/13/EG des Rates<sup>(2)</sup>, soll mit den in Artikel 3 genannten Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Kunden

- a) Anspruch auf einen Vertrag mit ihren Anbietern von Gasdienstleistungen haben, in dem Folgendes festgelegt ist:
- Name und Anschrift des Anbieters,
  - erbrachte Leistungen und angebotene Leistungs-Qualitätsstufen sowie Zeitbedarf für den Erstanschluss,
  - gegebenenfalls die Art der angebotenen Wartungsdienste,

<sup>(1)</sup> ABl. L 144 vom 4.6.1997, S. 19.

<sup>(2)</sup> ABl. L 95 vom 21.4.1993, S. 29.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- Art und Weise, wie aktuelle Informationen über alle geltenden Tarife und Wartungsentgelte erhältlich sind,
- Vertragsdauer, Bedingungen für eine Verlängerung und Beendigung der Leistungen und des Vertragsverhältnisses, Vorhandensein eines Rücktrittsrechts,
- etwaige Entschädigungs- und Erstattungsregelungen bei Nichteinhaltung der vertraglich vereinbarten Leistungsqualität, und
- Vorgehen zur Einleitung von Streitbeilegungsverfahren gemäß Buchstabe f.

Die Bedingungen müssen gerecht und im Voraus bekannt sein. Diese Informationen müssen in jedem Fall vor Abschluss oder Bestätigung des Vertrags übermittelt werden. Auch bei Abschluss des Vertrags durch Vermittler müssen die oben genannten Informationen vor Vertragsabschluss bereitgestellt werden;

- b) rechtzeitig über eine beabsichtigte Änderung der Vertragsbedingungen und dabei über ihr Rücktrittsrecht unterrichtet werden. Die Dienstleister teilen ihren Kunden direkt jede Gebührenerhöhung mit angemessener Frist mit, auf jeden Fall jedoch vor Ablauf der normalen Abrechnungsperiode, die auf die Gebührenerhöhung folgt. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass es den Kunden freisteht, den Vertrag zu lösen, wenn sie die neuen Bedingungen nicht akzeptieren, die ihnen ihr Gasdienstleister mitgeteilt hat;
- c) transparente Informationen über geltende Preise und Tarife sowie über die Standardbedingungen für den Zugang zu Gasdienstleistungen und deren Inanspruchnahme erhalten;
- d) über ein breites Spektrum an Zahlungsmodalitäten verfügen können. Die Unterschiede in den Vertragsbedingungen spiegeln die Kosten wider, die dem Lieferanten durch die unterschiedlichen Zahlungssysteme entstehen. Die allgemeinen Vertragsbedingungen müssen fair und transparent sein. Sie müssen klar und verständlich abgefasst sein. Die Kunden müssen gegen unfaire oder irreführende Verkaufsmethoden geschützt sein;
- e) den Lieferanten ohne Berechnung von Gebühren wechseln können;
- f) transparente, einfache und kostengünstige Verfahren zur Behandlung ihrer Beschwerden in Anspruch nehmen können. Diese Verfahren müssen eine gerechte und zügige Beilegung von Streitfällen ermöglichen und für berechtigte Fälle ein Erstattungs- und Entschädigungssystem vorsehen. Sie sollten, soweit möglich, den in der Empfehlung 98/257/EG der Kommission<sup>(1)</sup> dargelegten Grundsätzen folgen;
- g) soweit sie an das Gasnetz angeschlossen sind, über ihre gemäß dem einschlägigen einzelstaatlichen Recht bestehenden Rechte auf Versorgung mit Erdgas einer bestimmten Qualität zu angemessenen Preisen informiert werden.

---

<sup>(1)</sup> ABl. L 115 vom 17.4.1998, S. 31.

Mittwoch, 4. Juni 2003

## ANHANG B

## Entsprechungstabelle

Richtlinie 98/30/EG	Diese Richtlinie
Artikel 1	Artikel 1 Anwendungsbereich
Artikel 2	Artikel 2 Begriffsbestimmungen
Artikel 3	Artikel 3 Gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und Schutz der Kunden
Artikel 4	Artikel 4 Genehmigungsverfahren
–	Artikel 5 Monitoring der Versorgungssicherheit
Artikel 5	Artikel 6 Technische Vorschriften
Artikel 6	Artikel 7 Benennung von Fernleitungsnetzbetreibern
Artikel 7	Artikel 8 Aufgaben der Fernleitungsnetzbetreiber
–	Artikel 9 Entflechtung von Fernleitungsnetzbetreibern
Artikel 8	Artikel 10 Vertraulichkeitsanforderungen für Fernleitungsnetzbetreiber
Artikel 9 Absatz 1	Artikel 11 Benennung von Verteilernetzbetreibern
Artikel 10	Artikel 12 Aufgaben der Verteilernetzbetreiber
–	Artikel 13 Entflechtung von Verteilernetzbetreibern
Artikel 11	Artikel 14 Vertraulichkeitsanforderungen für Verteilernetzbetreiber
–	Artikel 15 Kombinationsnetzbetreiber
Artikel 12	Artikel 16 Recht auf Einsichtnahme in die Rechnungslegung
Artikel 13	Artikel 17 Entflechtung der Rechnungslegung
Artikel 14-16	Artikel 18 Zugang Dritter
–	Artikel 19 Zugang zu Speicheranlagen
Artikel 23	Artikel 20 Zugang zu den vorgelagerten Rohrleitungsnetzen
Artikel 17	Artikel 21 Verweigerung des Zugangs
–	Artikel 22 Neue Infrastrukturen
Artikel 18 und 19	Artikel 23 Marktöffnung und Gegenseitigkeit
Artikel 20	Artikel 24 Direktleitungen
Artikel 21 Absätze 2 und 3 und Artikel 22	Artikel 25 Regulierungsbehörden
Artikel 24	Artikel 26 Schutzmaßnahmen
Artikel 25	Artikel 27 Ausnahmen im Zusammenhang mit unbedingten Zahlungsverpflichtungen
Artikel 26	Artikel 28 Entstehende und isolierte Märkte
–	Artikel 29 Überprüfungsverfahren
–	Artikel 30 Ausschuss
Artikel 27 und 28	Artikel 31 Berichterstattung
–	Artikel 32 Aufhebung von Rechtsvorschriften
Artikel 29	Artikel 33 Umsetzung
Artikel 30	Artikel 34 Inkrafttreten
Artikel 31	Artikel 35 Adressaten
	ANHANG A Maßnahmen zum Schutz der Kunden

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0244

## Grenzüberschreitender Stromhandel \*\*\*II

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel (15527/2/2002 – C5-0036/2003 – 2001/0078(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Gemeinsamen Standpunkts des Rates (15527/2/2002 –n C5-0036/2003) <sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf seinen Standpunkt aus erster Lesung <sup>(2)</sup> zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2001) 125) <sup>(3)</sup>,
- in Kenntnis des geänderten Vorschlags der Kommission (KOM(2002) 304) <sup>(4)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 80 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis der Empfehlung des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie für die zweite Lesung (A5-0134/2003),

1. ändert den Gemeinsamen Standpunkt wie folgt ab;
2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 50 E vom 4.3.2003, S. 1.

<sup>(2)</sup> ABl. C 47 E vom 27.2.2003, S. 379.

<sup>(3)</sup> ABl. C 240 E vom 28.8.2001, S. 72.

<sup>(4)</sup> ABl. C 227 E vom 24.9.2002, S. 440.

P5\_TC2-COD(2001)0078

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 95,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

nach Anhörung des Ausschusses der Regionen,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(3)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 240 E vom 28.8.2001, S. 72 und ABl. C 227 E vom 24.9.2002, S. 440.

<sup>(2)</sup> ABl. C 36 vom 8.2.2002, S. 10.

<sup>(3)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 13. März 2002 (AbI. C 47 E vom 27.2.2003, S. 379), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 3. Februar 2003 (AbI. C 50 E vom 4.3.2003, S. 1) und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003.

Mittwoch, 4. Juni 2003

in Erwägung nachstehender Gründe:

1. Die Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt <sup>(1)</sup> war ein wichtiger Schritt zur Vollendung des Elektrizitätsbinnenmarkts.
2. Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung am 23. und 24. März 2000 in Lissabon dazu aufgerufen, zügig an der Vollendung des Binnenmarktes sowohl im Elektrizitäts- als auch im Gassektor zu arbeiten und die Liberalisierung in diesen Sektoren zu beschleunigen, um in diesen Bereichen einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt zu verwirklichen.
3. Die Schaffung eines echten Elektrizitätsbinnenmarkts sollte durch eine Intensivierung des Stromhandels gefördert werden, der derzeit im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen unterentwickelt ist.
4. Für die Tarifgestaltung bei der grenzüberschreitenden Übertragung und die Zuweisung verfügbarer Verbindungskapazitäten sollten faire, kostenorientierte, transparente und unmittelbar geltende Regeln eingeführt werden, die einem Vergleich zwischen effizienten Netzbetreibern aus strukturell vergleichbaren Gebieten Rechnung tragen und die Bestimmungen der Richtlinie 96/92/EG ergänzen, damit für grenzüberschreitende Transaktionen ein effektiver Zugang zu den Übertragungsnetzen gewährleistet ist.
5. Der Rat (Energie) hat am 30. Mai 2000 in seinen Schlussfolgerungen die Kommission, die Mitgliedstaaten und die nationalen Regulierungsbehörden und Verwaltungen aufgefordert, für die rechtzeitige Durchführung von Engpassmanagementmaßnahmen und in Verbindung mit den Europäischen Übertragungsnetzbetreibern (ETSO) für die zügige Einführung eines stabilen längerfristigen Tarifierungssystems, von dem die geeigneten Kostenaufteilungssignale an die Marktteilnehmer ausgehen, zu sorgen.
6. Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 6. Juli 2000 zum Zweiten Bericht der Kommission über den Stand der Liberalisierung der Energiemärkte Netznutzungsbedingungen in den Mitgliedstaaten verlangt, die den grenzüberschreitenden Handel mit Strom nicht behindern, und die Kommission aufgefordert, konkrete Vorschläge zur Überwindung der bestehenden innergemeinschaftlichen Handelshemmnisse zu unterbreiten.
7. Es ist wichtig, dass Drittländer, die Teil des europäischen Stromnetzes sind, den in dieser Verordnung enthaltenen Regeln und den nach dieser Verordnung erlassenen Leitlinien entsprechen, damit das effektive Funktionieren des Binnenmarktes verbessert wird.
8. In dieser Verordnung sollten die Grundsätze der Tarifierung und Kapazitätszuweisung festgelegt und gleichzeitig der Erlass von Leitlinien vorgesehen werden, die die einschlägigen Grundsätze und Methoden näher ausführen, um eine rasche Anpassung an veränderte Gegebenheiten zu ermöglichen.
9. In einem offenen, vom Wettbewerb geprägten Markt sollten Übertragungsnetzbetreiber für die Kosten, die durch grenzüberschreitende Stromflüsse über ihre Netze entstehen, von den Betreibern der Übertragungsnetze, aus denen die grenzüberschreitenden Stromflüsse stammen, und der Netze, in denen diese Stromflüsse enden, einen Ausgleich erhalten.
10. Die zum Ausgleich zwischen den Übertragungsnetzbetreibern geleisteten Zahlungen und verbuchten Einnahmen sollten bei der Festsetzung der nationalen Netztarife berücksichtigt werden.
11. Der für den Zugang zu einem jenseits der Grenze bestehenden Netz tatsächlich zu zahlende Betrag kann je nach den beteiligten Übertragungsnetzbetreibern und infolge der unterschiedlich gestalteten Tarifierungssysteme der Mitgliedstaaten erheblich variieren. Eine gewisse Harmonisierung ist daher zur Vermeidung von Handelsverzerrungen erforderlich.
12. Es wäre ein geeignetes System langfristiger standortbezogener Preissignale erforderlich, das auf dem Grundsatz beruht, dass die Höhe der Netzzugangsentgelte das Verhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch in der betroffenen Region berücksichtigen sollte, was durch eine Differenzierung der von den Erzeugern und/oder Verbrauchern zu entrichtenden Netzzugangsentgelte auszuführen ist.

<sup>(1)</sup> ABl. L 27 vom 30.1.1997, S. 20.



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

13. Entfernungabhängige Tarife oder, soweit geeignete standortbezogene Preissignale vorhanden sind, ein spezieller, nur von Exporteuren oder Importeuren zu zahlender Tarif, der zusätzlich zu dem generellen Entgelt für den Zugang zum nationalen Netz verlangt wird, wären nicht zweckmäßig.
14. Voraussetzung für einen funktionierenden Wettbewerb im Binnenmarkt sind diskriminierungsfreie und transparente Entgelte für die Netznutzung einschließlich der Verbindungsleitungen im Übertragungsnetz. Auf diesen Leitungen sollte unter Einhaltung der Sicherheitsstandards für einen sicheren Netzbetrieb eine möglichst große Kapazität zur Verfügung stehen.
15. Es ist wichtig, zu verhindern, dass unterschiedliche Sicherheits-, Betriebs- und Planungsstandards, die von Übertragungsnetzbetreibern in den Mitgliedstaaten verwendet werden, zu einer Wettbewerbsverzerrung führen. Darüber hinaus sollten verfügbare Übertragungskapazitäten und die Sicherheits-, Planungs- und Betriebsstandards, die sich auf die verfügbaren Übertragungskapazitäten auswirken, für die Marktteilnehmer transparent sein.
16. Die Verwendung von Einnahmen aus einem Engpassmanagement sollte nach bestimmten Regeln erfolgen, es sei denn, die spezifische Art der betreffenden Verbindungsleitung rechtfertigt eine Ausnahme von diesen Regeln.
17. Engpässe sollten auf unterschiedliche Weise bewältigt werden dürfen, sofern die verwendeten Methoden den Übertragungsnetzbetreibern und Marktteilnehmern die richtigen wirtschaftlichen Signale geben und auf Marktmechanismen beruhen.
18. Für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes sollten Verfahren vorgesehen werden, nach denen die Kommission Entscheidungen und Leitlinien unter anderem für die Tarifierung und Kapazitätszuweisung erlassen kann und die gleichzeitig die Beteiligung der Regulierungsbehörden der Mitgliedstaaten an diesem Prozess – gegebenenfalls durch ihren europäischen Verband – gewährleisten. Den Regulierungsbehörden kommt, zusammen mit anderen einschlägigen Behörden der Mitgliedstaaten, im Hinblick auf ihren Beitrag zum reibungslosen Funktionieren des Elektrizitätsbinnenmarktes eine wichtige Rolle zu.
19. Die Mitgliedstaaten und die zuständigen nationalen Behörden sollten dazu verpflichtet sein, der Kommission einschlägige Informationen zu liefern. Diese Informationen sollten von der Kommission vertraulich behandelt werden. Soweit erforderlich, sollte die Kommission die Möglichkeit haben, einschlägige Informationen unmittelbar von den betreffenden Unternehmen anzufordern, vorausgesetzt, dass die zuständigen nationalen Behörden informiert sind.
20. Nationale Regulierungsbehörden sollten für die Einhaltung dieser Verordnung und der auf ihrer Grundlage erlassenen Leitlinien sorgen.
21. Die Mitgliedstaaten sollten festlegen, welche Sanktionen bei einem Verstoß gegen diese Verordnung zu verhängen sind, und für ihre Durchsetzung sorgen. Die Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.
22. Da das Ziel der beabsichtigten Maßnahmen, nämlich die Schaffung eines harmonisierten Rahmens für den grenzüberschreitenden Stromhandel, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht erreicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahmen besser auf Gemeinschaftsebene zu erreichen ist, kann die Gemeinschaft im Einklang mit dem in Artikel 5 des Vertrags niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsprinzip geht diese Verordnung nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.
23. Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse<sup>(1)</sup> erlassen werden

(<sup>1</sup>) ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

Mittwoch, 4. Juni 2003

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

## Artikel 1

## Gegenstand und Geltungsbereich

Ziel dieser Verordnung ist die Festlegung gerechter Regeln für den grenzüberschreitenden Stromhandel und somit eine Verbesserung des Wettbewerbs auf dem Elektrizitätsbinnenmarkt unter Berücksichtigung der Besonderheiten nationaler und regionaler Märkte. Dies beinhaltet die Schaffung eines Ausgleichsmechanismus für grenzüberschreitende Stromflüsse und die Festlegung harmonisierter Grundsätze für die Entgelte für die grenzüberschreitende Übertragung und für die Zuweisung der auf den Verbindungsleitungen zwischen nationalen Übertragungsnetzen verfügbaren Kapazitäten.

## Artikel 2

## Begriffsbestimmungen

(1) Für die Zwecke dieser Verordnung gelten die in Artikel 2 der Richtlinie 2003/ /EG über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 96/92/EG<sup>(1)</sup> aufgeführten Begriffsbestimmungen mit Ausnahme der Bestimmung des Begriffs „Verbindungsleitung“, die durch folgende Begriffsbestimmung ersetzt wird:

„Verbindungsleitung“ bezeichnet eine Übertragungsleitung, die eine Grenze zwischen Mitgliedstaaten überquert oder überspannt und die nationalen Übertragungsnetze der Mitgliedstaaten verbindet.

(2) Ferner bezeichnet der Ausdruck

- a) „Regulierungsbehörden“ die Regulierungsbehörden nach Artikel 23 Absatz 1 der Richtlinie 2003/.../EG;
- b) „grenzüberschreitender Stromfluss“ das physikalische Durchströmen einer elektrischen Energiemenge durch ein Übertragungsnetz eines Mitgliedstaats aufgrund der Auswirkungen der Tätigkeit von Erzeugern und/oder Verbrauchern außerhalb dieses Mitgliedstaats auf dessen Übertragungsnetz. Sind Übertragungsnetze von zwei oder mehr Mitgliedstaaten ganz oder teilweise Teil eines einzigen Regelblocks, so wird ausschließlich für die Zwecke des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern gemäß Artikel 3 der Regelblock in seiner Gesamtheit als Teil des Übertragungsnetzes eines der betreffenden Mitgliedstaaten angesehen, um zu verhindern, dass Stromflüsse innerhalb von Regelblöcken als grenzüberschreitende Stromflüsse angesehen werden und Ausgleichszahlungen gemäß Artikel 3 auslösen. Die Regulierungsbehörden der betroffenen Mitgliedstaaten können beschließen, als Teil welches betroffenen Mitgliedstaats der Regelblock in seiner Gesamtheit angesehen wird;
- c) „Engpass“ eine Situation, in der eine Verbindung zwischen nationalen Übertragungsnetzen wegen unzureichender Kapazität der Verbindungsleitungen und/oder der betreffenden nationalen Übertragungsnetze nicht alle Stromflüsse im Rahmen des von den Marktteilnehmern gewünschten internationalen Handels bewältigen kann;
- d) „deklarierte Ausfuhr“ die Einspeisung von Strom in einem Mitgliedstaat auf der Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung, wonach dessen gleichzeitige entsprechende Entnahme („deklarierte Einfuhr“) in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Drittland erfolgt;
- e) „deklariertes Transit“ den Fall, dass eine „deklarierte Ausfuhr“ von Strom stattfindet und der angegebene Transaktionspfad ein Land einbezieht, in dem weder die Einspeisung noch die gleichzeitige entsprechende Entnahme des Stroms erfolgt;
- f) „deklarierte Einfuhr“ die Entnahme von Strom in einem Mitgliedstaat oder einem Drittland bei gleichzeitiger Einspeisung von Strom („deklarierte Ausfuhr“) in einem anderen Mitgliedstaat;
- g) „neue Verbindungsleitung“ eine Verbindungsleitung, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung noch nicht fertig gestellt ist.

(<sup>1</sup>) ABl. L ...

Mittwoch, 4. Juni 2003

### Artikel 3

#### Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern

- (1) Übertragungsnetzbetreiber erhalten einen Ausgleich für die Kosten, die durch grenzüberschreitende Stromflüsse über ihre Netze entstehen.
- (2) Den in Absatz 1 genannten Ausgleich leisten die Betreiber der nationalen Übertragungsnetze, aus denen die grenzüberschreitenden Stromflüsse stammen, und der Netze, in denen diese Stromflüsse enden.
- (3) Die Ausgleichszahlungen werden regelmäßig für einen bestimmten Zeitraum in der Vergangenheit geleistet. Die Zahlungen werden, wenn nötig, nachträglich den tatsächlich entstandenen Kosten angepasst.

Der erste Zeitraum, für den Ausgleichszahlungen zu leisten sind, wird in den Leitlinien nach Artikel 8 festgesetzt.

- (4) Die Kommission entscheidet nach dem Verfahren des Artikels 13 Absatz 2 über die Höhe der zu leistenden Ausgleichszahlungen.
- (5) Die Größe der durchgeleiteten grenzüberschreitenden Stromflüsse und die Größe der als aus nationalen Übertragungsnetzen stammend und/oder dort endend festgestellten grenzüberschreitenden Stromflüsse werden auf der Grundlage der in einem bestimmten Zeitraum tatsächlich gemessenen materiellen Leistungsflüsse bestimmt.
- (6) Die infolge der Durchleitung grenzüberschreitender Stromflüsse entstandenen Kosten werden auf der Grundlage der zu erwartenden langfristigen durchschnittlichen zusätzlichen Kosten ermittelt, wobei Verluste, Investitionen in neue Infrastrukturen und ein angemessener Teil der Kosten der vorhandenen Infrastruktur zu berücksichtigen sind, soweit diese Infrastruktur zur Übertragung grenzüberschreitender Stromflüsse genutzt wird, wobei insbesondere zu berücksichtigen ist, dass die Versorgungssicherheit zu gewährleisten ist. Bei der Ermittlung der entstandenen Kosten werden anerkannte Standardkostenberechnungsverfahren verwendet. Nutzen, der in einem Netz infolge der Durchleitung grenzüberschreitender Stromflüsse entsteht, ist zur Verringerung des erhaltenen Ausgleichs zu berücksichtigen.

### Artikel 4

#### Netzzugangsentgelte

- (1) Die Entgelte, die die Netzbetreiber für den Zugang zu den Netzen berechnen, müssen transparent sein, der Notwendigkeit der Netzsicherheit Rechnung tragen und die tatsächlichen Kosten insofern widerspiegeln, als sie denen eines effizienten und strukturell vergleichbaren Netzbetreibers entsprechen, und ohne Diskriminierung angewandt werden. Diese Entgelte dürfen nicht entfernungsabhängig sein.
- (2) Den Erzeugern und Verbrauchern („Last“) kann ein Entgelt für den Zugang zu den Netzen in Rechnung gestellt werden. Der Anteil, den die Erzeuger an dem gesamten Netzentgelt tragen, muss vorbehaltlich der Notwendigkeit geeigneter und wirksamer standortbezogener Preissignale niedriger als der Anteil der Verbraucher sein. Gegebenenfalls müssen von der Höhe der den Erzeugern und/oder Verbrauchern berechneten Tarife standortbezogene Preissignale auf europäischer Ebene ausgehen und diese den Umfang der verursachten Netzverluste und Engpässe und Investitionskosten für Infrastrukturen berücksichtigen. Dies hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, in ihrem Hoheitsgebiet standortbezogene Preissignale vorzusehen oder bestimmte Mechanismen anzuwenden, um sicherzustellen, dass die von den Verbrauchern („Last“) zu tragenden Netzzugangsentgelte in ihrem gesamten Hoheitsgebiet einheitlich sind.
- (3) Bei der Festsetzung der Netzzugangsentgelte ist Folgendes zu berücksichtigen:
  - die im Rahmen des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern geleisteten Zahlungen und verbuchten Einnahmen;
  - die tatsächlich geleisteten und eingegangenen Zahlungen sowie die für künftige Zeiträume erwarteten Zahlungen, die auf der Grundlage vergangener Zeiträume geschätzt werden.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (4) Sind geeignete und wirksame standortbezogene Preissignale gemäß Absatz 2 vorhanden, so werden die den Erzeugern und Verbrauchern für den Zugang zu den Netzen in Rechnung gestellten Entgelte, wie in dem zugrunde liegenden Geschäftsvertrag vorgesehen, unabhängig von den Herkunfts- und Bestimmungsländern des Stroms berechnet. Dies gilt unbeschadet etwaiger Entgelte für deklarierte Ausfuhren und deklarierte Einfuhren aufgrund des in Artikel 6 genannten Engpassmanagements.
- (5) Für einzelne Transaktionen für deklarierten Stromtransit wird kein besonderes Netzentgelt verlangt.

#### Artikel 5

##### Informationen über Verbindungskapazitäten

- (1) Die Übertragungsnetzbetreiber richten Verfahren für die Koordinierung und den Informationsaustausch ein, um die Netzsicherheit im Rahmen des Engpassmanagements zu gewährleisten.
- (2) Die von den Übertragungsnetzbetreibern verwendeten Sicherheits-, Betriebs- und Planungsstandards werden öffentlich bekannt gemacht. Zu den veröffentlichten Informationen gehört ein allgemeines Modell für die Berechnung der Gesamtübertragungskapazität und der Sicherheitsmarge, das auf den elektrischen und physikalischen Netzmerkmalen beruht. Derartige Modelle müssen durch die Regulierungsbehörden genehmigt werden.
- (3) Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen die für jeden Tag geschätzte verfügbare Übertragungskapazität unter Angabe etwaiger bereits reservierter Kapazitäten. Diese Veröffentlichungen erfolgen zu bestimmten Zeitpunkten vor dem Übertragungstag und umfassen auf jeden Fall Schätzungen für die nächste Woche und den nächsten Monat, sowie quantitative Angaben darüber, wie verlässlich die verfügbare Kapazität voraussichtlich bereitgestellt werden kann.

#### Artikel 6

##### Allgemeine Grundsätze für das Engpassmanagement

- (1) Netzengpässen wird mit nichtdiskriminierenden marktorientierten Lösungen begegnet, von denen wirksame wirtschaftliche Signale an die Marktteilnehmer und beteiligten Übertragungsnetzbetreiber ausgehen. Netzengpässe werden vorzugsweise durch nichttransaktionsbezogene Methoden bewältigt, d.h. durch Methoden, die keinen Unterschied zwischen den Verträgen einzelner Marktteilnehmer machen.
- (2) Transaktionen dürfen nur in Notfällen eingeschränkt werden, in denen der Übertragungsnetzbetreiber schnell handeln muss und ein Redispatching oder Countertrading nicht möglich ist. Jedes diesbezügliche Verfahren muss nichtdiskriminierend angewendet werden.
- Abgesehen von Fällen höherer Gewalt werden Marktteilnehmer, denen Kapazitäten zugewiesen wurden, für jede Einschränkung entschädigt.
- (3) Den Marktteilnehmern wird unter Beachtung der Sicherheitsstandards für den sicheren Netzbetrieb die maximale Kapazität der Verbindungsleitungen und/oder der die grenzüberschreitenden Stromflüsse betreffenden Übertragungsnetze zur Verfügung gestellt.
- (4) Die Marktteilnehmer teilen den betreffenden Übertragungsnetzbetreibern rechtzeitig vor dem jeweiligen Betriebszeitraum mit, ob sie die zugewiesene Kapazität zu nutzen gedenken. Zugewiesene Kapazitäten, die nicht in Anspruch genommen werden, gehen nach einem offenen, transparenten und nichtdiskriminierenden Verfahren an den Markt zurück.
- (5) Die Übertragungsnetzbetreiber saldieren, soweit technisch möglich, die auf der überlasteten Verbindungsleitung in gegenläufiger Richtung beanspruchten Kapazitäten, um diese Leitung bis zu ihrer maximalen Kapazität zu nutzen. Unter vollständiger Berücksichtigung der Netzsicherheit dürfen Transaktionen, die mit einer Entlastung verbunden sind, in keinem Fall abgelehnt werden.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (6) Einnahmen aus der Zuweisung von Verbindungen sind für einen oder mehrere der folgenden Zwecke zu verwenden:
- Gewährleistung der tatsächlichen Verfügbarkeit der zugewiesenen Kapazität;
  - Netzinvestitionen für den Erhalt oder Ausbau von Verbindungskapazitäten;
  - als Einkünfte, die von den Regulierungsbehörden bei der Genehmigung der Berechnungsmethode für die Tarife und/oder bei der Beurteilung der Frage, ob die Tarife geändert werden sollten, zu berücksichtigen sind.

## Artikel 7

## Neue Verbindungsleitungen

(1) Neue Gleichstrom-Verbindungsleitungen können auf Antrag von den Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 6 der vorliegenden Verordnung sowie des Artikels 20 und des Artikels 23 Absätze 2, 3 und 4 der Richtlinie 2003/.../EG unter folgenden Voraussetzungen ausgenommen werden:

- Durch die Investition wird der Wettbewerb in der Stromversorgung verbessert;
- das mit der Investition verbundene Risiko ist so hoch, dass die Investition ohne die Gewährung einer Ausnahme nicht getätigt würde;
- die Verbindungsleitung muss Eigentum einer natürlichen oder juristischen Person sein, die zumindest der Rechtsform nach von den Netzbetreibern getrennt ist, in deren Netzen die entsprechende Verbindungsleitung gebaut wird;
- von den Nutzern dieser Verbindungsleitung werden Entgelte verlangt;
- seit der teilweisen Marktöffnung gemäß Artikel 19 der Richtlinie 96/92/EG dürfen keine Anteile der Kapital- oder Betriebskosten der Verbindungsleitung über irgendeine Komponente der Entgelte für die Nutzung der Übertragungs- oder Verteilernetze, die durch diese Verbindungsleitung miteinander verbunden werden, gedeckt worden sein;
- die Ausnahme wirkt sich nicht nachteilig auf den Wettbewerb oder das effektive Funktionieren des Elektrizitätsbinnenmarkts oder das effiziente Funktionieren des regulierten Netzes aus, an das die Verbindungsleitung angeschlossen ist.

(2) Absatz 1 gilt in Ausnahmefällen auch für Wechselstrom-Verbindungsleitungen, sofern die Kosten und die Risiken der betreffenden Investition im Vergleich zu den Kosten und Risiken, die normalerweise bei einer Verbindung zweier benachbarter nationaler Übertragungsnetze durch eine Wechselstrom-Verbindungsleitung auftreten, besonders hoch sind.

(3) Absatz 1 gilt auch für erhebliche Kapazitätserhöhungen bei vorhandenen Verbindungsleitungen.

- (4) a) Die Regulierungsbehörde kann von Fall zu Fall über Ausnahmen nach den Absätzen 1 und 2 entscheiden. Die Mitgliedstaaten können jedoch vorsehen, dass die Regulierungsbehörden ihre Stellungnahme zu dem Antrag auf Gewährung einer Ausnahme der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats zur förmlichen Entscheidung vorzulegen haben. Diese Stellungnahme wird zusammen mit der Entscheidung veröffentlicht.
- b) i) Die Ausnahme kann sich auf die Gesamtkapazität oder nur einen Teil der Kapazität der neuen Verbindungsleitung oder der vorhandenen Verbindungsleitung mit erheblich erhöhter Kapazität erstrecken.
- ii) Bei der Entscheidung über die Gewährung einer Ausnahme wird in jedem Einzelfall der Notwendigkeit Rechnung getragen, Bedingungen für die Dauer der Ausnahme und den nichtdiskriminierenden Zugang zu der Verbindungsleitung aufzuerlegen.
- iii) Bei den Entscheidungen nach den Ziffern i und ii werden insbesondere die neu zu schaffende Kapazität, der erwartete Zeithorizont des Vorhabens und die einzelstaatlichen Gegebenheiten berücksichtigt.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- c) Die zuständige Behörde kann bei Gewährung einer Ausnahme die Regeln und/oder Mechanismen für das Kapazitätsmanagement und die Kapazitätszuweisung billigen oder festlegen.
  - d) Die Entscheidung zur Gewährung einer Ausnahme – einschließlich der in Buchstabe b genannten Bedingungen – ist ordnungsgemäß zu begründen und zu veröffentlichen.
  - e) Jede Entscheidung zur Gewährung einer Ausnahme wird nach Konsultation der anderen betroffenen Mitgliedstaaten oder Regulierungsbehörden getroffen.
- (5) Die zuständige Behörde teilt der Kommission unverzüglich die Entscheidung zusammen mit allen für die Entscheidung bedeutsamen Informationen mit. Diese Informationen können der Kommission in einer Zusammenfassung übermittelt werden, die der Kommission eine fundierte Entscheidung ermöglicht.

Die Informationen müssen insbesondere Folgendes enthalten:

- eine ausführliche Begründung der durch die Regulierungsbehörde oder den Mitgliedstaat gewährten Ausnahme, einschließlich finanzieller Informationen, die die Notwendigkeit der Ausnahme rechtfertigen;
- eine Untersuchung bezüglich der Auswirkungen der Gewährung der Ausnahme auf den Wettbewerb und das effektive Funktionieren des Elektrizitätsbinnenmarkts;
- eine Begründung der Geltungsdauer der Ausnahme sowie des Anteils an der Gesamtkapazität der Verbindungsleitung, für den die Ausnahme gewährt wird;
- das Ergebnis der Konsultation der betroffenen Mitgliedstaaten bzw. Regulierungsbehörden.

Die Kommission kann binnen zwei Monaten nach Eingang einer Mitteilung verlangen, dass die betreffende Regulierungsbehörde bzw. der betreffende Mitgliedstaat die Entscheidung über die Gewährung der Ausnahme ändert oder widerruft. Die Zweimonatsfrist kann um einen weiteren Monat verlängert werden, wenn die Kommission zusätzliche Informationen anfordert.

Kommt die betreffende Regulierungsbehörde bzw. der betreffende Mitgliedstaat der Aufforderung nicht binnen vier Wochen nach, so wird nach dem Verfahren des Artikels 13 Absatz 3 eine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Kommission behandelt wirtschaftlich sensible Informationen vertraulich.

## Artikel 8

### Leitlinien

(1) Gemäß dem Verfahren des Artikels 13 Absatz 2 erlässt und ändert die Kommission gegebenenfalls Leitlinien zu den in den Absätzen 2 und 3 aufgeführten Fragen hinsichtlich des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Artikel 3 und 4. Beim erstmaligen Erlass dieser Leitlinien trägt die Kommission dafür Sorge, dass sie in einem einzigen Entwurf einer Maßnahme zumindest die in Absatz 2 Buchstaben a und d und in Absatz 3 aufgeführten Fragen erfassen.

(2) Die Leitlinien enthalten:

- a) Einzelheiten des Verfahrens zur Ermittlung der zu Ausgleichszahlungen für grenzüberschreitende Stromflüsse verpflichteten Übertragungsnetzbetreiber, einschließlich der Aufteilung zwischen den Betreibern von nationalen Übertragungsnetzen, aus denen grenzüberschreitende Stromflüsse stammen, und von Netzen, in denen diese Stromflüsse enden, gemäß Artikel 3 Absatz 2;
- b) Einzelheiten des einzuhaltenden Zahlungsverfahrens einschließlich der Festlegung des ersten Zeitraums, für den Ausgleichszahlungen zu leisten sind, gemäß Artikel 3 Absatz 3 Unterabsatz 2;
- c) Einzelheiten der Methoden für die Bestimmung der durchgeleiteten grenzüberschreitenden Stromflüsse, für die nach Artikel 3 Ausgleichszahlungen zu leisten sind, sowohl hinsichtlich der Mengen als auch der Art der Flüsse, und die Feststellung der Größe dieser Flüsse als aus Übertragungsnetzen einzelner Mitgliedstaaten stammend und/oder dort endend gemäß Artikel 3 Absatz 5;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- d) Einzelheiten der Methode für die Ermittlung des Nutzens und der Kosten, die infolge der Durchleitung grenzüberschreitender Stromflüsse entstanden sind, gemäß Artikel 3 Absatz 6;
- e) Einzelheiten der Behandlung von Stromflüssen, die aus Ländern außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums stammen oder in diesen Ländern enden, im Rahmen des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern;
- f) Beteiligung nationaler, durch Gleichstromleitungen miteinander verbundener Netze gemäß Artikel 3.

(3) Die Leitlinien enthalten ferner geeignete Regeln für eine schrittweise Harmonisierung der zugrunde liegenden Grundsätze für die Festsetzung der nach den nationalen Tarifsystemen von Erzeugern und Verbrauchern (Last) zu zahlenden Entgelte, einschließlich der Einbeziehung des Ausgleichsmechanismus zwischen Übertragungsnetzbetreibern in die nationalen Netzentgelte und der Vermittlung geeigneter und wirksamer standortbezogener Preissignale, nach den in Artikel 4 dargelegten Grundsätzen.

Die Leitlinien sehen geeignete und wirksame harmonisierte standortbezogene Preissignale auf europäischer Ebene vor.

Eine Harmonisierung in dieser Hinsicht hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, bestimmte Mechanismen anzuwenden, um sicherzustellen, dass die von den Verbrauchern (Last) zu tragenden Netzzugangsentgelte in ihrem gesamten Hoheitsgebiet vergleichbar sind.

(4) Die Kommission ändert gegebenenfalls gemäß dem Verfahren des Artikels 13 Absatz 2 die im Anhang aufgeführten Leitlinien für die Verwaltung und Zuweisung verfügbarer Übertragungskapazität von Verbindungsleitungen zwischen nationalen Netzen nach den Grundsätzen der Artikel 5 und 6, insbesondere um detaillierte Leitlinien für alle in der Praxis angewandten Kapazitätszuweisungsmethoden einzubeziehen und um sicherzustellen, dass sich die Weiterentwicklung der Engpassmanagement-Mechanismen im Einklang mit den Zielen des Binnenmarktes vollzieht. Gegebenenfalls werden im Rahmen solcher Änderungen gemeinsame Regeln über Mindestsicherheits- und -betriebsstandards für die Netznutzung und den Netzbetrieb nach Artikel 5 Absatz 2 festgelegt.

Bei Erlass oder Änderung von Leitlinien trägt die Kommission dafür Sorge, dass diese das Mindestmaß an Harmonisierung bewirken, das zur Erreichung der Ziele dieser Verordnung erforderlich ist, und nicht über das für diesen Zweck erforderliche Maß hinausgehen.

Bei Erlass oder Änderung von Leitlinien gibt die Kommission an, welche Maßnahmen sie hinsichtlich der Übereinstimmung der Regeln in Drittländern, die Teil des europäischen Stromnetzes sind, mit den betreffenden Leitlinien ergriffen hat.

#### Artikel 9

##### Regulierungsbehörden

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sorgen die Regulierungsbehörden für die Einhaltung dieser Verordnung und der gemäß Artikel 8 festgelegten Leitlinien. Soweit dies zur Verwirklichung der Ziele dieser Verordnung angebracht ist, arbeiten sie untereinander und mit der Kommission zusammen.

#### Artikel 10

##### Übermittlung von Informationen und Vertraulichkeit

(1) Die Mitgliedstaaten und die Regulierungsbehörden übermitteln der Kommission auf Anforderung alle für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 4 und des Artikels 8 erforderlichen Informationen.

Insbesondere übermitteln die Regulierungsbehörden für die Zwecke des Artikels 3 Absätze 4 und 6 regelmäßig Informationen über die den nationalen Übertragungsnetzbetreibern tatsächlich entstandenen Kosten sowie die Daten und alle relevanten Informationen zu den Stromflüssen in den Netzen der Übertragungsnetzbetreiber und zu den Netzkosten.

Mittwoch, 4. Juni 2003

Unter Berücksichtigung der Komplexität der angeforderten Informationen und der Dringlichkeit, mit der sie benötigt werden, setzt die Kommission eine angemessene Frist für die Übermittlung der Informationen.

(2) Wenn der betroffene Mitgliedstaat oder die betroffene Regulierungsbehörde die Informationen nicht innerhalb der gemäß Absatz 1 gesetzten Frist übermittelt, kann die Kommission alle Informationen, die für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 4 und des Artikels 8 erforderlich sind, unmittelbar von den jeweiligen Unternehmen anfordern.

Fordert die Kommission von einem Unternehmen Informationen an, so übermittelt sie den Regulierungsbehörden des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz des Unternehmens befindet, gleichzeitig eine Abschrift dieser Anforderung.

(3) In ihrer Anforderung gibt die Kommission die Rechtsgrundlage, die Frist für die Übermittlung der Informationen, den Zweck der Anforderung sowie die in Artikel 12 Absatz 2 für den Fall der Erteilung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Auskünfte vorgesehenen Sanktionen an. Die Kommission setzt dabei eine angemessene Frist unter Berücksichtigung der Komplexität der angeforderten Informationen und der Dringlichkeit, mit der sie benötigt werden.

(4) Die Inhaber der Unternehmen oder ihre Vertreter und bei juristischen Personen die nach Gesetz oder Satzung zu ihrer Vertretung bevollmächtigten Personen erteilen die verlangten Auskünfte. Ordnungsgemäß bevollmächtigte Rechtsanwälte können die Auskünfte im Auftrag ihrer Mandanten erteilen, wobei die Mandanten in vollem Umfang haften, falls die erteilten Auskünfte unvollständig, unrichtig oder irreführend sind.

(5) Wird eine von einem Unternehmen verlangte Auskunft innerhalb einer von der Kommission gesetzten Frist nicht oder nicht vollständig erteilt, so kann die Kommission die Information durch Entscheidung anfordern. In der Entscheidung werden die angeforderten Informationen bezeichnet und eine angemessene Frist für ihre Übermittlung bestimmt. Sie enthält einen Hinweis auf die in Artikel 12 Absatz 2 vorgesehenen Sanktionen. Sie enthält ferner einen Hinweis auf das Recht, vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften gegen die Entscheidung Klage zu erheben.

Die Kommission übermittelt den Regulierungsbehörden des Mitgliedstaates, in dessen Hoheitsgebiet sich der Wohnsitz der Person oder der Sitz des Unternehmens befindet, gleichzeitig eine Abschrift ihrer Entscheidung.

(6) Die aufgrund dieser Verordnung angeforderten Informationen werden nur für die Zwecke des Artikels 3 Absatz 4 und des Artikels 8 verwendet.

Die Kommission darf die Informationen, die sie im Rahmen dieser Verordnung erhalten hat und die ihrem Wesen nach unter das Geschäftsgeheimnis fallen, nicht preisgeben.

#### Artikel 11

##### Recht der Mitgliedstaaten, detailliertere Maßnahmen vorzusehen

Diese Verordnung berührt nicht die Rechte der Mitgliedstaaten, Maßnahmen beizubehalten oder einzuführen, die detailliertere Bestimmungen als diese Verordnung und die Leitlinien nach Artikel 8 enthalten.

#### Artikel 12

##### Sanktionen

(1) Die Mitgliedstaaten legen unbeschadet des Absatzes 2 fest, welche Sanktionen bei einem Verstoß gegen die Bestimmungen dieser Verordnung zu verhängen sind, und treffen alle zu ihrer Durchsetzung erforderlichen Maßnahmen. Die vorgesehenen Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die entsprechenden Bestimmungen spätestens bis 1. Juli 2004 mit und melden ihr unverzüglich spätere Änderungen, die diese betreffen.



Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Die Kommission kann Unternehmen durch Entscheidung Geldbußen bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes auferlegen, wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig bei der Erteilung einer nach Artikel 10 Absatz 3 verlangten Auskunft unrichtige, unvollständige oder irreführende Angaben oder die Angaben nicht innerhalb der in einer Entscheidung nach Artikel 10 Absatz 5 Unterabsatz 1 gesetzten Frist machen.

Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße ist die Schwere der Nichteinhaltung der Anforderungen des Unterabsatzes 1 zu berücksichtigen.

(3) Sanktionen nach Absatz 1 und Entscheidungen nach Absatz 2 sind nicht strafrechtlicher Art.

#### Artikel 13

##### Ausschuss

(1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.

(3) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 3 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

(4) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 14

##### Bericht der Kommission

Die Kommission überwacht die Anwendung dieser Verordnung. Sie legt dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung einen Bericht über die Erfahrungen bei ihrer Anwendung vor. In dem Bericht ist insbesondere zu analysieren, in welchem Umfang die Verordnung gewährleisten konnte, dass der grenzüberschreitende Stromaustausch unter nichtdiskriminierenden und kostenorientierten Netzzugangsbedingungen stattfindet und somit zur Angebotsvielfalt für die Kunden in einem gut funktionierenden Binnenmarkt und zur langfristigen Versorgungssicherheit beiträgt, und inwieweit wirksame standortbezogene Preissignale vorhanden sind. Der Bericht kann gegebenenfalls geeignete Vorschläge und/oder Empfehlungen enthalten.

#### Artikel 15

##### Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Sie gilt ab dem 1. Juli 2004.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
*Der Präsident*

Im Namen des Rates  
*Der Präsident*

Mittwoch, 4. Juni 2003

## ANHANG

LEITLINIEN FÜR DIE VERWALTUNG UND ZUWEISUNG  
VERFÜGBARER ÜBERTRAGUNGSKAPAZITÄT  
VON VERBINDUNGSLEITUNGEN ZWISCHEN NATIONALEN NETZEN

## Allgemeines

1. Die von den Mitgliedstaaten angewandte(n) Engpassmanagementmethode(n) muss (müssen) kurzfristige Engpässe auf marktorientierte, wirtschaftlich effiziente Weise bewältigen, und gleichzeitig müssen von ihnen an den richtigen Stellen Signale oder Anreize für effiziente Investitionen in Netz und Erzeugung ausgehen.
2. Die Übertragungsnetzbetreiber oder gegebenenfalls die Mitgliedstaaten müssen nichtdiskriminierende und transparente Standards festlegen, in denen angegeben ist, welche Engpassmanagementmethoden sie unter welchen Gegebenheiten anwenden werden. Diese Standards sowie die Sicherheitsstandards müssen in öffentlich zugänglichen Unterlagen dargelegt werden.
3. Eine unterschiedliche Behandlung verschiedener Arten grenzüberschreitender Transaktionen wird unabhängig davon, ob es sich um konkrete bilaterale Verträge oder Verkaufs- und Kaufangebote auf ausländischen organisierten Märkten handelt, bei der Konzipierung der Regeln für spezielle Methoden des Engpassmanagements auf ein Mindestmaß beschränkt. Die Methode für die Zuweisung knapper Übertragungskapazitäten muss transparent sein. Falls Transaktionen unterschiedlich behandelt werden, ist nachzuweisen, dass dies die Entwicklung des Wettbewerbs weder verzerrt noch behindert.
4. Die von Engpassmanagementsystemen ausgehenden Preissignale müssen von der Übertragungsrichtung abhängig sein.
5. Die Übertragungsnetzbetreiber müssen dem Markt Übertragungskapazitäten mit einem möglichst hohen Verbindlichkeitsgrad anbieten. Ein angemessener Anteil der Kapazitäten kann dem Markt mit einer geringeren Verbindlichkeit angeboten werden, die genauen Bedingungen für die Übertragung über grenzüberschreitende Leitungen müssen den Marktteilnehmern jedoch immer bekannt gegeben werden.
6. Da das kontinentaleuropäische Netz sehr dicht ist und sich die Nutzung von Verbindungsleitungen auf beiden Seiten einer Landesgrenze auf die Stromflüsse auswirkt, gewährleisten die nationalen Regulierungsbehörden, dass Engpassmanagementverfahren mit erheblichen Auswirkungen auf die Stromflüsse in anderen Netzen nicht einseitig entwickelt werden.

## Langfristige Verträge

1. Im Rahmen von Verträgen, die gegen die Artikel 81 und 82 des Vertrags verstoßen, werden keine vorrangigen Zugangsrechte zu Verbindungskapazitäten eingeräumt.
2. Bei bestehenden langfristigen Verträgen werden keine Vorkaufsrechte eingeräumt, wenn sie zur Verlängerung anstehen.

## Bereitstellung von Informationen

1. Die Übertragungsnetzbetreiber richten geeignete Verfahren für die Koordinierung und den Informationsaustausch ein, um die Netzsicherheit zu gewährleisten.
2. Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen alle maßgeblichen Daten über die Gesamtkapazität für die grenzüberschreitende Übertragung. Über die Winter- und Sommerwerte für die verfügbare Übertragungskapazität hinaus veröffentlichen die Übertragungsnetzbetreiber die für jeden Tag verfügbare Übertragungskapazität zu verschiedenen Zeitpunkten vor dem Übertragungstag. Dem Markt werden zumindest eine Woche im Voraus genaue Schätzungen zur Verfügung gestellt, und die Übertragungsnetzbetreiber sollten ferner versuchen, Informationen jeweils einen Monat im Voraus bekannt zu geben. Die Informationen enthalten auch Angaben darüber, wie verlässlich die Bereitstellung der Kapazität ist.
3. Die Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichen auf der Grundlage der elektrischen und physikalischen Netzgegebenheiten ein allgemeines Modell für die Berechnung der Gesamtübertragungskapazität und der Sicherheitsmarge. Ein derartiges Modell unterliegt der Genehmigung durch die Regulierungsbehörden der betroffenen Mitgliedstaaten. Die Sicherheits-, Betriebs- und Planungsstandards sind fester Bestandteil der Informationen, die die Übertragungsnetzbetreiber in öffentlich zugänglichen Unterlagen veröffentlichen.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

## Grundsätze der Methoden für das Engpassmanagement

1. Netzengpässe werden vorzugsweise durch nichttransaktionsbezogene Methoden bewältigt, d.h. durch Methoden, die keinen Unterschied zwischen den Verträgen einzelner Marktteilnehmer machen.
2. Das grenzüberschreitende, koordinierte Redispatching oder das Countertrading können von den betroffenen Übertragungsnetzbetreibern gemeinsam verwendet werden. Die Höhe der den Übertragungsnetzbetreibern durch Countertrading und Redispatching entstehenden Kosten muss jedoch Effizianzorderungen genügen.
3. Die mögliche Kombination der Marktteilung oder anderer marktorientierter Mechanismen zur Lösung anhaltender Engpässe mit dem Countertrading zur Lösung vorübergehender Engpässe wird als ein längerfristiger Ansatz für das Engpassmanagement umgehend auf ihre Vorteile geprüft.

## Leitlinien für explizite Auktionen

1. Das Auktionsverfahren muss so konzipiert sein, dass dem Markt die gesamte verfügbare Kapazität angeboten wird. Zu diesem Zweck kann eine Mischauktion veranstaltet werden, bei der Kapazitäten für eine unterschiedliche Dauer und mit unterschiedlichen Merkmalen (wie etwa die voraussichtliche Verlässlichkeit der Bereitstellung der jeweiligen verfügbaren Kapazität) versteigert werden.
  2. Die gesamte Verbindungskapazität wird in mehreren Auktionen angeboten, die etwa jährlich, monatlich, wöchentlich, täglich oder mehrmals täglich entsprechend dem Bedarf der beteiligten Märkte stattfinden könnten. Auf jeder dieser Auktionen werden ein festgeschriebener Anteil der Nettoübertragungskapazität und etwaige verbleibende Kapazitäten, die bei vorherigen Auktionen nicht vergeben wurden, zugewiesen.
  3. Die Verfahren für explizite Auktionen werden in enger Zusammenarbeit von den betroffenen nationalen Regulierungsbehörden und Übertragungsnetzbetreibern ausgearbeitet und so konzipiert, dass die Bieter in den beteiligten Ländern auch am Tageshandel eines organisierten Marktes (d.h. Strombörse) teilnehmen können.
  4. Die auf der überlasteten Verbindungsleitung in gegenläufiger Richtung beanspruchten Kapazitäten werden grundsätzlich saldiert, um die Übertragungskapazität in Richtung Engpass zu maximieren. Das Verfahren für die Saldierung der Stromflüsse muss jedoch mit dem sicheren Betrieb des Stromnetzes vereinbar sein.
  5. Um dem Markt die größtmögliche Kapazität anbieten zu können, werden die finanziellen Risiken im Zusammenhang mit der Saldierung der Stromflüsse von den Marktteilnehmern getragen, die sie verursachen.
  6. Die angenommenen Auktionsverfahren sind so zu gestalten, dass von ihnen übertragungsrichtungsabhängige Preissignale an die Marktteilnehmer ausgehen können. Übertragungen in einer dem vorherrschenden Stromfluss entgegengesetzten Richtung wirken entlastend und führen daher auf der überlasteten Verbindungsleitung zu zusätzlicher Übertragungskapazität.
  7. Um nicht Gefahr zu laufen, dass Probleme im Zusammenhang mit einer etwaigen marktbeherrschenden Stellung eines Marktteilnehmers entstehen oder verschärft werden, ziehen die zuständigen Regulierungsbehörden bei der Konzipierung von Auktionsverfahren Obergrenzen für die Kapazitätsmengen, die ein einzelner Marktteilnehmer bei einer Auktion erwerben/ besitzen/verwenden kann, ernsthaft in Erwägung.
  8. Zur Förderung der Schaffung liquider Strommärkte kann die bei einer Auktion erworbene Kapazität frei gehandelt werden, bis dem Übertragungsnetzbetreiber mitgeteilt wird, dass die erworbene Kapazität genutzt wird.
-

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0245

**Transeuropäische Netze im Energiebereich \*\*\*II**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass einer Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG (15767/2/2002 – C5-0033/2003 – 2001/0311(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Gemeinsamen Standpunkts des Rates (15767/2/2002 – C5-0033/2003)<sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf seinen Standpunkt aus erster Lesung<sup>(2)</sup> zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2001) 775)<sup>(3)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 80 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis der Empfehlung des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie für die zweite Lesung (A5-0132/2003),

1. ändert den Gemeinsamen Standpunkt wie folgt ab;
2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 64 E vom 18.3.2003, S. 22.

<sup>(2)</sup> P5\_TA(2002)0515.

<sup>(3)</sup> ABl. C 151 E vom 25.6.2002, S. 207.

**P5\_TC2-COD(2001)0311**

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Entscheidung Nr. .../2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich und zur Aufhebung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 156 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission<sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses<sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen<sup>(3)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags<sup>(4)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 151 E vom 25.6.2002, S. 207.

<sup>(2)</sup> ABl. C 241 vom 7.10.2002, S. 146.

<sup>(3)</sup> ABl. C 278 vom 14.11.2002, S. 35.

<sup>(4)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 24. Oktober 2002 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 6. Februar 2003 (AbI. C 64 E vom 18.3.2003, S. 22) und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht).

Mittwoch, 4. Juni 2003

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Seit der Verabschiedung der Entscheidung Nr. 1254/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 1996 über eine Reihe von Leitlinien betreffend die transeuropäischen Netze im Energiebereich<sup>(1)</sup> hat es sich als notwendig erwiesen, neue Prioritäten zu berücksichtigen, die besonders wichtigen Vorhaben hervorzuheben, das Verzeichnis der Vorhaben zu aktualisieren und das Verfahren zur Ermittlung der Vorhaben anzupassen.
- (2) Diese neuen Prioritäten ergeben sich zum einen aus der Schaffung eines offeneren und von mehr Wettbewerb geprägten Energiebinnenmarkts nach Umsetzung der Richtlinie 96/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 1996 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt<sup>(2)</sup> und der Richtlinie 98/30/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 betreffend gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt<sup>(3)</sup>. Sie folgen den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Stockholm, März 2001) bezüglich des Auf- und Ausbaus der für einen funktionierenden Energiemarkt erforderlichen Infrastruktur. Es sollten besondere Anstrengungen unternommen werden, um das Ziel einer stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien als Beitrag zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung zu verwirklichen.
- (3) Für den Aufbau und die Unterhaltung der Energieinfrastruktur sollten in der Regel marktwirtschaftliche Grundsätze gelten. Dies steht auch im Einklang mit den Vorschlägen der Kommission zur Verwirklichung des Energiebinnenmarktes und den gemeinsamen wettbewerbsrechtlichen Vorschriften, die auf die Schaffung eines offeneren und von mehr Wettbewerb geprägten Energiebinnenmarktes abzielen. **Gemeinschaftszuschüsse für Aufbau und Unterhaltung sollten daher ein strikter Ausnahmefall bleiben. Diese Ausnahmefälle sollten ordnungsgemäß begründet werden.**
- (4) Der Aufbau und die Unterhaltung der Energieinfrastruktur sollten das wirksame Funktionieren des Energiebinnenmarktes unter gleichzeitiger Berücksichtigung der strategischen und gegebenenfalls den Universaldienst (die Grundversorgung) betreffenden Kriterien gewährleisten. Die Prioritäten ergeben sich auch aus der zunehmenden Bedeutung der transeuropäischen Energienetze für die Diversifizierung der Gasversorgung der Gemeinschaft, für die Einbeziehung der Energienetze der beitragswilligen Länder und für die Gewährleistung eines koordinierten Betriebs der Elektrizitätsnetze Europas und des Mittelmeer- und Schwarzmeerraums.
- (5) Unter den Vorhaben für die transeuropäischen Energienetze sind die vorrangigen Vorhaben hervorzuheben, die für das Funktionieren des Energiebinnenmarkts oder die Energieversorgungssicherheit besonders wichtig sind.
- (6) Das Verfahren zur Ermittlung der Vorhaben im Bereich der transeuropäischen Energienetze muss angepasst werden, um eine harmonische Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 des Rates vom 18. September 1995 über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze<sup>(4)</sup> sicherzustellen.
- (7) Das Verfahren zur Ermittlung der Vorhaben im Bereich der transeuropäischen Energienetze sollte so geregelt werden, dass in zwei Stufen vorgegangen wird, wobei in der ersten Stufe eine begrenzte Zahl von Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die thematisch definiert sind, ermittelt wird und in der zweiten Stufe eine detailliertere Beschreibung der Vorhaben, die so genannte Spezifikation, erfolgt.
- (8) Da die Spezifikationen der Vorhaben mitunter geändert werden müssen, werden sie unverbindlich aufgeführt. Die Kommission sollte deshalb weiterhin ermächtigt sein, sie auf den neuesten Stand zu bringen. **Da die Vorhaben erhebliche politische und wirtschaftliche Auswirkungen haben können, ist es wichtig, dass ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Kontrolle durch den Gesetzgeber und der Flexibilität bei der Ermittlung von Vorhaben gefunden wird, die für einen Gemeinschaftszuschuss in Frage kommen.**
- (9) Die zur Durchführung dieser Entscheidung erforderlichen Maßnahmen sollten gemäß dem Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse<sup>(5)</sup> erlassen werden.

<sup>(1)</sup> ABl. L 161 vom 29.6.1996, S. 147. Zuletzt geändert durch die Entscheidung Nr. 1741/1999/EG (AbL. L 207 vom 6.8.1999, S. 1).

<sup>(2)</sup> ABl. L 27 vom 30.1.1997, S. 20.

<sup>(3)</sup> ABl. L 204 vom 21.7.1998, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. L 228 vom 23.9.1995, S. 1. Geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1655/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates (AbL. L 197 vom 29.7.1999, S. 1).

<sup>(5)</sup> ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (10) Die Ermittlung von Vorhaben von gemeinsamem Interesse und die Festlegung der zugehörigen Spezifikationen und vorrangigen Vorhaben sollte erfolgen, ohne dass hierdurch den Ergebnissen der Umweltverträglichkeitsprüfung dieser Vorhaben oder der Pläne oder Programme vorgegriffen wird.
- (11) Die Frist für die Vorlage des regelmäßigen Berichts der Kommission über die Umsetzung der Leitlinien gemäß der Entscheidung Nr. 1254/96/EG sollte verlängert werden, da die Kommission einen jährlichen Bericht gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 vorlegen muss, der Informationen über den Stand der Vorhaben, insbesondere der vorrangigen Vorhaben, umfasst.
- (12) Aufgrund des Umfangs der Änderungen der Entscheidung Nr. 1254/96/EG empfiehlt sich aus Gründen der Klarheit und Wirtschaftlichkeit eine Neufassung –

HABEN FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

## Artikel 1

## Gegenstand

Diese Entscheidung legt die Natur und den Umfang der Gemeinschaftsaktion zur Erstellung von Leitlinien im Bereich der transeuropäischen Energienetze fest. Sie stellt eine Reihe von Leitlinien auf, in denen die Ziele, die Prioritäten und die Grundzüge der Gemeinschaftsaktion im Bereich der transeuropäischen Energienetze erfasst werden. In diesen Leitlinien werden darüber hinaus Vorhaben von gemeinsamem Interesse, einschließlich vorrangiger Vorhaben, im Bereich der transeuropäischen Elektrizitäts- und Erdgasnetze ausgewiesen.

## Artikel 2

## Anwendungsbereich

Unter diese Entscheidung fallen

1. im Bereich der Elektrizitätsnetze
  - a) alle Hochspannungsleitungen, mit Ausnahme derjenigen in Vertriebsnetzen, und die unterseeischen Verbindungen, soweit diese Leitungen der interregionalen oder internationalen Übertragung/Verbindung dienen;
  - b) alle Anlagen und Ausrüstungen, die für den reibungslosen Betrieb des betreffenden Systems unentbehrlich sind, einschließlich der Schutz-, Überwachungs- und Regulierungssysteme;
2. im Bereich der Erdgasnetze
  - a) die Hochdruck-Gasleitungen, mit Ausnahme derjenigen in Vertriebsnetzen, zur Versorgung von Regionen der Gemeinschaft mit Gas aus internen oder externen Quellen;
  - b) die an die genannten Hochdruck-Gasleitungen angeschlossenen Untergrundspeicher;
  - c) die Terminals zur Übernahme, Speicherung und Rücküberführung von Flüssiggas (LNG) in den gasförmigen Zustand sowie die Methan-Tanker entsprechend den zu beschickenden Kapazitäten;
  - d) alle Anlagen und Ausrüstungen, die für den reibungslosen Betrieb des betreffenden Systems unentbehrlich sind, einschließlich der Schutz-, Überwachungs- und Regulierungssysteme.

## Artikel 3

## Ziele

Die Gemeinschaft fördert den Verbund, die Interoperabilität und den Ausbau der transeuropäischen Energienetze sowie den Zugang zu diesen Netzen im Einklang mit dem geltenden Gemeinschaftsrecht mit dem Ziel,

- a) die effektive Verwirklichung des Binnenmarkts im Allgemeinen und des Energiebinnenmarkts im Besonderen zu fördern; gleichzeitig sollen die rationelle Erzeugung, Verteilung und Nutzung von Energie sowie die Erschließung und Einbeziehung erneuerbarer Energiequellen gefördert werden, um so die Energiekosten für die Verbraucher zu senken und einen Beitrag zur Diversifizierung der *Energiequellen* zu leisten;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- b) die Entwicklung und Integration der weniger begünstigten und der Inselregionen der Gemeinschaft zu erleichtern und so zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts beizutragen;
- c) die Sicherheit der Energieversorgung zu erhöhen, z.B. durch die Vertiefung der Beziehungen mit Drittländern im Energiebereich im beiderseitigen Interesse, insbesondere im Rahmen des Vertrags über die Energiecharta sowie der von der Gemeinschaft geschlossenen Kooperationsabkommen.

#### Artikel 4

##### Prioritäten

Die Prioritäten der Gemeinschaftsaktion im Bereich der transeuropäischen Energienetze stehen im Einklang mit einer nachhaltigen Entwicklung und lauten wie folgt:

1. In den Bereichen der Elektrizitätsnetze und der *Gasnetze*:
  - a) die Anpassung und Entwicklung der Energienetze zur Unterstützung eines funktionierenden Energiebinnenmarkts, insbesondere die Überwindung von Engpässen (insbesondere grenzüberschreitender Engpässe), die Behebung von Überlastungsproblemen und die Errichtung fehlender Teilstücke sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse aufgrund der Funktionsweise des Binnenmarktes für Elektrizität und Erdgas und aufgrund der Erweiterung *der Gemeinschaft*;
  - b) die Errichtung von Energienetzen in Inselregionen, *abgelegenen* Regionen und Regionen in Randlage und äußerster Randlage unter Förderung der Diversifizierung der *Energiequellen* und des Rückgriffs auf erneuerbare Energiequellen sowie erforderlichenfalls der Anschluss dieser Netze;
2. im Bereich der Elektrizitätsnetze:
  - a) die Anpassung und Entwicklung von Netzen zur Erleichterung der Integration/des Anschlusses der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen;
  - b) die Interoperabilität der Elektrizitätsnetze *der Gemeinschaft* mit den Netzen der beitragswilligen Länder und der anderen Länder Europas und des Mittelmeer- und Schwarzmeerraums;
3. im Bereich der *Gasnetze*:

die Entwicklung der *Gasnetze*, die für die Erdgasversorgung in *der Gemeinschaft* erforderlich sind, die Kontrolle ihrer *Gasversorgungsnetze* und die Interoperabilität der *Gasnetze* mit den Netzen der Drittländer in Europa und im Mittelmeer- und Schwarzmeerraum sowie die Diversifizierung der Erdgasquellen und -transportwege.

#### Artikel 5

##### Grundzüge der Aktion

Die Grundzüge der Gemeinschaftsaktion im Bereich der transeuropäischen Energienetze sind

- a) die Ermittlung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse;
- b) die Schaffung günstigerer Rahmenbedingungen für den Ausbau dieser Netze gemäß Artikel 156 Absatz 1 des Vertrags.

#### Artikel 6

##### Zusätzliche Kriterien für Vorhaben von gemeinsamem Interesse

(1) Folgende allgemeine Kriterien sind anzuwenden, wenn über Änderungen, Spezifikationen oder Aktualisierungsanträge in Bezug auf Vorhaben von gemeinsamem Interesse entschieden wird:

- a) Die Vorhaben fallen in den Anwendungsbereich des Artikels 2;
- b) die Vorhaben entsprechen den Zielen und Prioritäten der Artikel 3 und 4;
- c) die Vorhaben *weisen* eine potenzielle wirtschaftliche Lebensfähigkeit *auf*.

Mittwoch, 4. Juni 2003

Bei Vorhaben von gemeinsamem Interesse, die das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats betreffen, ist die Billigung des betroffenen Mitgliedstaats erforderlich.

(2) Die zusätzlichen Kriterien zur Ermittlung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse sind in Anhang II aufgeführt.

(3) Alle Änderungen, durch die die in Anhang II enthaltene Beschreibung der zusätzlichen Kriterien für Vorhaben von gemeinsamem Interesse geändert wird, **einschließlich wesentlicher Änderungen, die diese Kriterien berühren, wie z.B. in Bezug auf völlig neue Vorhaben oder neue Zielländer**, werden nach dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags erlassen.

(4) Nur für die in Anhang III aufgeführten Vorhaben, die die Kriterien nach den Absätzen 1 und 2 erfüllen, kann ein Gemeinschaftszuschuss gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 gewährt werden.

(5) Die indikativen Spezifikationen der **Vorhaben, gegebenenfalls einschließlich der Beschreibung** ihrer geografischen **Lage sind** in Anhang III enthalten. Diese Spezifikationen werden gemäß dem Verfahren des Artikels 10 Absatz 2 aktualisiert. **Die Aktualisierungen sind technischer Art und müssen sich auf die technischen Änderungen von Vorhaben, die Notwendigkeit zur Änderung eines bestimmten Abschnitts einer spezifizierten Strecke oder eine begrenzte Anpassung der Lage des Vorhabens beschränken.**

(6) Die Mitgliedstaaten treffen alle von ihnen für erforderlich angesehenen Maßnahmen, um die Verwirklichung der Vorhaben von gemeinsamem Interesse zu erleichtern und zu beschleunigen und um Verzögerungen so gering wie möglich zu halten, wobei gemeinschaftliche Rechtsvorschriften und internationale Übereinkommen betreffend den Umweltschutz einzuhalten sind. Insbesondere müssen die erforderlichen Genehmigungsverfahren schnell abgeschlossen werden.

(7) Sind Teile von Vorhaben von gemeinsamem Interesse auf dem Hoheitsgebiet von Drittländern durchzuführen, so kann die Kommission im Einvernehmen mit den betreffenden Mitgliedstaaten zur leichteren Verwirklichung dieser Vorhaben, gegebenenfalls im Rahmen der Übereinkünfte der Gemeinschaft mit diesen Drittländern, und in Bezug auf Drittländer, die den Vertrag über die Energiecharta unterzeichnet haben, entsprechend den Bestimmungen *jenes* Vertrags Vorschläge unterbreiten, damit das gegenseitige Interesse an diesen Vorhaben seitens der betreffenden Drittländer ebenfalls anerkannt wird.

(8) Die Bewertung der in Absatz 1 Buchstabe c genannten wirtschaftlichen Lebensfähigkeit stützt sich auf eine Kosten-/Nutzen-Analyse, die auch mittel- und/oder langfristig alle Kosten und jeden Nutzen berücksichtigt, die mit Umweltaspekten, der Versorgungssicherheit und dem Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zusammenhängen.

#### Artikel 7

##### Vorrangige Vorhaben

(1) Diejenigen Vorhaben von gemeinsamem Interesse nach Artikel 6 Absatz 4, die unter Anhang I fallen, werden in Bezug auf die Gewährung eines Gemeinschaftszuschusses gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 als vorrangig eingestuft. Änderungen des Anhangs I werden nach dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags beschlossen.

(2) Die betroffenen Mitgliedstaaten und die Kommission setzen sich in ihren jeweiligen Kompetenzbereichen für Fortschritte bei der Verwirklichung der vorrangigen Vorhaben, insbesondere der grenzüberschreitenden Vorhaben, ein.

(3) **Vorrangige Vorhaben müssen mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar sein und folgende Kriterien erfüllen:**

- a) **sie müssen wesentliche Auswirkungen auf das Funktionieren des Wettbewerbs im Binnenmarkt haben, und/oder**
- b) **sie müssen die Versorgungssicherheit der Gemeinschaft stärken.**

#### Artikel 8

##### Auswirkungen auf den Wettbewerb

Bei der Prüfung der Vorhaben wird den Auswirkungen auf den Wettbewerb so weit wie möglich Rechnung getragen. Private Finanzierung oder Finanzierung durch die Wirtschaftsteilnehmer werden gefördert. Wettbewerbsverzerrungen zwischen Marktteilnehmern sind entsprechend den Bestimmungen des Vertrags zu vermeiden.



Mittwoch, 4. Juni 2003

#### Artikel 9

##### Einschränkungen

- (1) Diese Entscheidung lässt die finanzielle Beteiligung eines Mitgliedstaats oder der Gemeinschaft unberührt.
- (2) Diese Entscheidung lässt die Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsprüfung von Vorhaben und der Pläne oder Programme, die den Rahmen für die zukünftige Genehmigung der in Frage stehenden Vorhaben festlegen, unberührt. Sofern nach einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen ist, werden deren Ergebnisse berücksichtigt, bevor über die Durchführung der Vorhaben nach den einschlägigen Rechtsvorschriften der Gemeinschaft entschieden wird.

#### Artikel 10

##### Ausschuss

- (1) Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gelten die Artikel 5 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 8.

*Der Zeitraum nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.*

- (3) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

#### Artikel 11

##### Bericht

Die Kommission erstellt alle **zwei Jahre** einen Bericht über die Durchführung dieser Entscheidung und legt diesen Bericht dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen vor. In diesem Bericht werden auch die *Durchführung* und die Fortschritte bei der Verwirklichung der vorrangigen, grenzüberschreitende Anbindungen betreffenden Vorhaben nach Anhang II Nummern 1, 2 und 7 **sowie die Modalitäten ihrer Finanzierung, insbesondere betreffend den Beitrag aus Gemeinschaftsmitteln**, berücksichtigt.

#### Artikel 12

Diese Entscheidung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

#### Artikel 13

Die Entscheidung Nr. 1254/96/EG wird hiermit unbeschadet der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten zu deren Anwendung aufgehoben. Bezugnahmen auf die Entscheidung Nr. 1254/96/EG gelten als Bezugnahmen auf die vorliegende Entscheidung.

#### Artikel 14

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
*Der Präsident*

Im Namen des Rates  
*Der Präsident*

---

## ANHANG I

TRANSEUROPÄISCHE ENERGIENETZE –  
ACHSEN FÜR VORRANGIGE VORHABEN GEMÄSS ARTIKEL 7

## ELEKTRIZITÄTSNETZE

- EL.1. EL 1. Frankreich – Belgien – Niederlande – Deutschland:  
Ausbau der zur Behebung der Überlastungsprobleme in den Benelux-Ländern erforderlichen Elektrizitätsnetze.
- EL.2. Grenzen Italiens mit Frankreich, Österreich, Slowenien und der Schweiz:  
*Ausbau* der Kapazitäten zur Zusammenschaltung der Stromnetze.
- EL.3. Frankreich – Spanien – Portugal:  
*Ausbau* der Kapazitäten zur Zusammenschaltung der Stromnetze zwischen diesen Ländern und für die iberische Halbinsel und Netzausbau in den Inselregionen.
- EL.4. Griechenland – Balkanländer – UCTE-System:  
Aufbau der Elektrizitätsinfrastruktur für den Anschluss Griechenlands an das UCTE-System.
- EL.5. Vereinigtes Königreich – Kontinentaleuropa und Nordeuropa:  
Auf/Ausbau der Kapazitäten zur Zusammenschaltung der Stromnetze und mögliche Einbeziehung von Offshore-Windkraftanlagen.
- EL.6. Irland – Vereinigtes Königreich:  
Ausbau der Kapazitäten zur Zusammenschaltung der Stromnetze und mögliche Einbeziehung von Offshore-Windkraftanlagen.
- EL.7. Dänemark – Deutschland – Baltischer Ring (einschließlich Norwegen – Schweden – Finnland – Dänemark – Deutschland):  
Ausbau der Kapazitäten zur Zusammenschaltung der Stromnetze und mögliche Einbeziehung von Offshore-Windkraftanlagen.

## GASNETZE

- NG.1. Vereinigtes Königreich – nördliches Kontinentaleuropa, einschließlich Niederlande, Dänemark und Deutschland – (mit Verbindungen zu den Ländern der Ostseeregion) – Russland:  
Gasfernleitungen, die einige der wichtigsten Gasvorkommen in Europa miteinander verbinden und so die Interoperabilität der Netze verbessern und die Versorgungssicherheit erhöhen.
- NG.2. Algerien – Spanien – Italien – Frankreich – nördliches Kontinentaleuropa:  
Bau neuer Gasfernleitungen von Algerien nach Spanien, Frankreich und Italien und *Ausbau* der Kapazitäten der Netze in Spanien, Italien und Frankreich sowie zwischen diesen Ländern.
- NG.3. Länder am Kaspischen Meer – Mittlerer Osten – Europäische Union:  
neue Gasfernleitungsnetze in die Europäische Union zum Anschluss neuer Vorkommen, einschließlich der Gasfernleitungen Türkei-Griechenland, Griechenland-Italien und Türkei-Österreich.
- NG.4. Umschlagsanlagen für Flüssiggas in Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Italien:  
Diversifizierung von Versorgungsquellen und Eingangspunkten, einschließlich der Flüssiggas-Verbindungen mit dem Fernleitungsnetz.
- NG.5. Unterspeicher in Spanien, Portugal, Italien, Griechenland und der Ostseeregion:  
*Ausbau* der Kapazität in Spanien, Italien und der Ostseeregion und Bau der ersten Anlagen in Portugal und Griechenland.
-

Mittwoch, 4. Juni 2003

## ANHANG II

### TRANSEUROPÄISCHE ENERGIENETZE – ZUSÄTZLICHE KRITERIEN FÜR VORHABEN VON GEMEINSAMEM INTERESSE

#### ELEKTRIZITÄTSNETZE

1. Aufbau von Elektrizitätsnetzen in Inselregionen, *abgelegenen* Regionen und Regionen in Randlage und äußerster Randlage unter Förderung der Diversifizierung der *Energiequellen* und des Rückgriffs auf erneuerbare Energiequellen sowie gegebenenfalls der Anbindung dieser Netze.
  - Irland – Vereinigtes Königreich (Wales)
  - Griechenland (Inseln)
  - Italien (Sardinien) – Frankreich (Korsika) – Italien (Festland)
  - Anbindung der Inselregionen
  - Anbindung der Gebiete in äußerster Randlage in Frankreich, Spanien, Portugal
2. Ausbau des für das Funktionieren des Binnenmarkts und zur Gewährleistung eines sicheren und zuverlässigen Betriebs der Stromnetze erforderlichen Stromverbunds zwischen den Mitgliedstaaten.
  - Frankreich – Belgien – Niederlande – Deutschland
  - Frankreich – Deutschland
  - Frankreich – Italien
  - Frankreich – Spanien
  - Portugal – Spanien
  - Finnland – Schweden
  - Österreich – Italien
  - Irland – Vereinigtes Königreich (Nordirland)
  - Österreich – Deutschland
  - Niederlande – Vereinigtes Königreich
  - Deutschland – Dänemark – Schweden
  - Griechenland – Italien
3. *Aufbau* der für die Nutzung des Stromverbunds zwischen den Mitgliedstaaten, das Funktionieren des *Binnenmarkts* sowie für die Einspeisung erneuerbarer Energien benötigten Netze in den Mitgliedstaaten.
  - Alle Mitgliedstaaten
4. Aufbau des Stromverbunds mit den Nichtmitgliedstaaten, insbesondere mit den beitriftwilligen Ländern, um die Interoperabilität, die Zuverlässigkeit und die Betriebssicherheit der Stromnetze oder die Stromversorgung innerhalb der Gemeinschaft zu gewährleisten.
  - Deutschland – Norwegen
  - Niederlande – Norwegen
  - Schweden – Norwegen
  - Vereinigtes Königreich – Norwegen
  - Italien – Slowenien
  - Baltischer Ring: Deutschland – Polen – Russland – Estland – Lettland – Litauen – Schweden – Finnland – Dänemark – Belarus

Mittwoch, 4. Juni 2003

- Norwegen – Schweden – Finnland – Russland
  - Mittelmeerring: Frankreich – Spanien – Marokko – Algerien – Tunesien – Libyen – Ägypten – Länder des Nahen Ostens – Türkei – Griechenland – Italien
  - Deutschland – Polen
  - Griechenland – Türkei
  - Italien – Schweiz
  - Griechenland – Balkanländer
  - Spanien – Marokko
  - EU – Balkanländer – Belarus – Russland – Ukraine
  - Schwarzmeerring: Russland – Ukraine – Rumänien – Bulgarien – Türkei – Georgien.
5. Maßnahmen im Hinblick auf ein besseres Funktionieren der Stromverbände im Rahmen des Binnenmarktes, insbesondere Maßnahmen, die auf die Ermittlung von Engpässen und fehlender Verbindungsglieder, die Erarbeitung von Lösungen für das Problem der Überlastung und Anpassung der Methoden für die Vorausplanung und den Betrieb der Stromnetze abzielen.
- Ermittlung von – insbesondere grenzübergreifenden – Engpässen und fehlenden Verbindungsgliedern in Stromnetzen
  - Entwicklung von Lösungen für die Leitung von Energieströmen, um Überlastungsprobleme in den Stromnetzen zu überwinden
  - Anpassung der Methoden für die Vorausplanung und den Betrieb der Stromnetze an die Erfordernisse des *Binnenmarkts* und *die Einspeisung* eines *hohen* Anteils erneuerbarer Energien.

## ERDGASNETZE

6. Einführung von Erdgas in neue Regionen, vor allem in Inselregionen, *abgelegenen* Regionen und Regionen in Randlage und äußerster Randlage, und Aufbau von Erdgasnetzen in diesen Regionen.
- Vereinigtes Königreich (Nordirland)
  - Irland
  - Spanien
  - Portugal
  - Griechenland
  - Schweden
  - Dänemark
  - Regionen in äußerster Randlage: Frankreich, Spanien, Portugal
7. Aufbau der für das Funktionieren des Binnenmarktes oder die Erhöhung der Versorgungssicherheit erforderlichen Gasverbundnetze, einschließlich des Anschlusses getrennter Gasnetze.
- Irland – Vereinigtes Königreich
  - Frankreich – Spanien
  - Portugal – Spanien
  - Österreich – Deutschland
  - Österreich – Ungarn
  - Österreich – Italien
  - Griechenland – andere Balkanländer

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- Italien – Griechenland
  - Österreich – Tschechische Republik
  - Österreich – Slowenien – Kroatien
  - Vereinigtes Königreich – Niederlande – Deutschland
  - Deutschland – Polen
  - Dänemark – Vereinigtes Königreich
  - Dänemark – Deutschland – Schweden
8. Aufbau der zur *Deckung des Bedarfs*, zur Steuerung der *Gasversorgungsnetze* und zur Diversifizierung der Quellen und Transportwege erforderlichen Kapazitäten für den Umschlag von verflüssigtem Erdgas (LNG) und für die Speicherung von Erdgas.
- Alle Mitgliedstaaten
9. Aufbau der zur Deckung des Bedarfs und zur Diversifizierung der Versorgung *aus internen und externen* Quellen erforderlichen Gastransportkapazitäten (Gasfernleitungen) und der entsprechenden Transportwege.
- Nördliches Gasnetz: Norwegen – Dänemark – Deutschland – Schweden – Finnland – Russland – Baltische Staaten – Polen
  - Algerien – Spanien – Frankreich
  - Russland – Ukraine – EU
  - Russland – Belarus – Polen – EU
  - Libyen – Italien
  - Länder am Kaspischen Meer – EU
  - Russland – Ukraine – Republik Moldau – Rumänien – Bulgarien – Griechenland – andere Balkanländer
  - Deutschland – Tschechische Republik – Österreich – Italien
  - Russland – Ukraine – Slowakei – Ungarn – Slowenien – Italien
  - Niederlande – Deutschland – Schweiz – Italien
  - Belgien – Frankreich – Schweiz – Italien
  - Dänemark – (Schweden) – Polen
  - Norwegen – Russland – EU
  - Irland
  - Algerien – Italien – Frankreich
  - Mittlerer Osten – EU
10. Maßnahmen im Hinblick auf ein besseres Funktionieren der Gasverbundnetze im Rahmen des Binnenmarktes, insbesondere Maßnahmen, die auf die Ermittlung von Engpässen und fehlender Verbindungsglieder, die Erarbeitung von Lösungen für das Problem der Überlastung und Anpassung der Methoden für die Vorausplanung und den Betrieb der Gasnetze abzielen.
- Ermittlung von – insbesondere grenzübergreifenden – Engpässen und fehlenden Verbindungsgliedern in den Gasnetzen
  - Entwicklung von Lösungen für die Leitung von Erdgasströmen, um Überlastungsprobleme in den Gasnetzen zu überwinden
  - Anpassung der Methoden für die Vorausplanung und den Betrieb der Gasnetze an die Erfordernisse des *Binnenmarkts*
-

## ANHANG III

TRANSEUROPÄISCHE ENERGIE NETZE—  
DERZEIT ANHAND DER KRITERIEN GEMÄSS ANHANG II ERMITTELTE VORHABEN VON  
GEMEINSAMEM INTERESSE UND DEREN SPEZIFIKATIONEN

## ELEKTRIZITÄTSNETZE

1. Aufbau von Elektrizitätsnetzen in *abgelegenen* Regionen
  - 1.1. Unterseekabelverbindung Irland — Wales (UK)
  - 1.2. Ausbau der bestehenden Verbindung Ipiros (GR) — Puglia (IT)
  - 1.3. Verbindung zu den südlichen Kykladen (GR)
  - 1.4. 30 kV Unterseekabel zwischen den Inseln Faial, Pico und S. Jorge (Azoren, PT)
  - 1.5. Anschluss und Ausbau des Netzes auf den Inseln Terceira, Faial und S. Miguel (Azoren, PT)
  - 1.6. Anschluss und Ausbau des Netzes auf der Insel Madeira (PT)
  - 1.7. Unterseekabelverbindung Sardinien (IT) — Italien (Festland)
  - 1.8. Unterseekabelverbindung Korsika (FR) — Italien
  - 1.9. Verbindung Italien (Festland) — Sizilien (IT)
  - 1.10. Verdoppelung der Verbindung Sorgente (IT) — Rizziconi (IT)
  - 1.11. Aufbau neuer Verbindungen auf den Balearen und den Kanarischen Inseln (ES)
2. Ausbau des Stromverbunds zwischen den Mitgliedstaaten
  - 2.1. Verbindungsleitung Moulaine (FR) — Aubange (BE)
  - 2.2. Verbindungsleitung Avelin (FR) — Avelgem (BE)
  - 2.3. Verbindungsleitung Vigy (FR) — Marlenheim (FR)
  - 2.4. Verbindungsleitung Vigy (FR) — Uchtelfangen (DE)
  - 2.5. Phasentransformator La Praz (FR)
  - 2.6. Weitere Kapazitätserhöhung durch bestehenden Verbund zwischen Frankreich und Italien
  - 2.7. Neuer Verbund zwischen Frankreich und Italien
  - 2.8. Neuer Verbund über die Pyrenäen zwischen Frankreich und Spanien
  - 2.9. Verbindung östliche Pyrenäen zwischen Frankreich und Spanien
  - 2.10. Verbindungen zwischen Nordportugal und Nordwestspanien
  - 2.11. Verbindungsleitung Sines (PT) — Alqueva (PT) — Balboa (ES)
  - 2.12. Verbindungsleitung Valdigem (PT) — Douro Internacional (PT) — Aldeadávila (ES) sowie Anlagen „Douro Internacional“
  - 2.13. Neue Verbindungen nördlich des Bottnischen Meerbusens zwischen Finnland und Schweden
  - 2.14. Verbindungsleitung Lienz (AT) — Cordignano (IT)
  - 2.15. Neue Verbindung zwischen Italien und Österreich über den Brenner-Pass
  - 2.16. Verbindung zwischen Irland und Nordirland
  - 2.17. Verbindungsleitung St. Peter (AT) — Isar (DE)

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- 2.18 Unterseekabelverbindung zwischen Südostengland und den zentralen Niederlanden
- 2.19 Verstärkung der Verbindungen zwischen Dänemark und Deutschland, z.B. Leitung Kasso – Hamburg
- 2.20 Verstärkung der Verbindungen zwischen Dänemark und Schweden
3. Ausbau der elektrischen Binnennetze in den Mitgliedsstaaten
  - 3.1 Verbindungen auf der Ost-West-Achse Dänemarks:  
Verbindung zwischen dem westlichen Netz (UCTE) und dem östlichen Netz (NORDEL) des Landes
  - 3.2 Verbindungen auf der Nord-Süd-Achse Dänemarks
  - 3.3 Neue Verbindungen in Nordfrankreich
  - 3.4 Neue Verbindungen in Südwestfrankreich
  - 3.5 Verbindungsleitung Trino Vercellese (IT) – Lacchiarella (IT)
  - 3.6 Verbindungsleitung Turbigio (IT) – Rho-Bovisio (IT)
  - 3.7 Verbindungsleitung Voghera (IT) – La Casella (IT)
  - 3.8 Verbindungsleitung S. Fiorano (IT) – Nave (IT)
  - 3.9 Verbindungsleitung Venezia Nord (IT) – Cordignano (IT)
  - 3.10 Verbindungsleitung Redipuglia (IT) – Udine Ovest (IT)
  - 3.11 Neue Verbindungen auf der Ost-West-Achse Italiens
  - 3.12 Verbindungsleitung Tavarnuzze (IT) – Casellina (IT)
  - 3.13 Verbindungsleitung Tavarnuzze (IT) – S. Barbara (IT)
  - 3.14 Verbindungsleitung Rizziconi (IT) – Feroletto (IT) – Laino (IT)
  - 3.15 Neue Verbindungen auf der Nord-Süd-Achse Italiens
  - 3.16 Änderungen am Netz zur Erleichterung des Anschlusses erneuerbarer Energiequellen in Italien
  - 3.17 Neue Verbindungen zu Windkraftanlagen in Italien
  - 3.18 Neue Verbindungen auf der Nordachse Spaniens
  - 3.19 Neue Verbindungen auf der Mittelmeerachse Spaniens
  - 3.20 Neue Verbindungen auf der Achse Galicien (ES) – Centro (ES)
  - 3.21 Neue Verbindungen auf der Achse Centro (ES) – Aragón (ES)
  - 3.22 Neue Verbindungen auf der Achse Aragón (ES) – Levante (ES)
  - 3.23 Neue Verbindungen in Andalusien (ES)
  - 3.24 Verbindungsleitung Pedralva (PT) – Riba d'Ave (PT) und Anlagen in Pedralva
  - 3.25 Verbindungsleitung Recarei (PT) – Valdigem (PT)
  - 3.26 Verbindungsleitung Picote (PT) – Pocinho (PT) (Ausbau)
  - 3.27 Umbau der derzeitigen Verbindungsleitung Pego (PT) – Cedillo (ES)/Falagueira (PT) und der Anlagen in Falagueira
  - 3.28 Verbindungsleitung Pego (PT) – Batalha (PT) und Anlagen in Batalha
  - 3.29 Verbindungsleitung Sines (PT) – Ferreira do Alentejo (PT) I (Ausbau)
  - 3.30 Neue Verbindungen zu Windkraftanlagen in Portugal
  - 3.31 Verbindungsleitung Pereiros (PT) – Zêzere (PT) – Santarém (PT) und Anlagen in Zêzere
  - 3.32 Verbindungsleitungen Batalha (PT) – Rio Maior (PT) I und II (Ausbau)

Mittwoch, 4. Juni 2003

- 3.33 Verbindungsleitung Carrapatelo (PT) – Mourisca (PT) (Ausbau)
  - 3.34 Verbindungsleitung Valdigem (PT) – Viseu (PT) – Anadia (PT)
  - 3.35 Umleitung der derzeitigen Verbindungsleitung Rio Maior (PT) – Palmela (PT) nach Ribatejo (PT) und Anlagen in Ribatejo
  - 3.36 Transformatorstationen Thessaloniki (GR), Lamia (GR) und Patras (GR) sowie Verbindungsleitungen
  - 3.37 Verbindungen der Regionen Euböa (GR), Lakonien (GR) und Thrakien (GR)
  - 3.38 Ausbau bestehender Verbindungen von Randgebieten auf dem griechischen Festland
  - 3.39 Verbindungsleitung Tynagh (IE) – Cashla (IE)
  - 3.40 Verbindungsleitung Flagford (IE) – East Sligo (IE)
  - 3.41 Verbindungen im Nordosten und im Westen Spaniens, insbesondere Anbindung der Stromproduktionskapazitäten aus Windkraft
  - 3.42 Verbindungen im Baskenland (ES), Aragón (ES) und Navarra (ES)
  - 3.43 Verbindungen in Galicien (ES)
  - 3.44 Verbindungen in Zentralschweden
  - 3.45 Verbindungen in Südschweden
  - 3.46 Verbindungsleitung Lübeck/Siems (DE) – Görries (DE)
  - 3.47 Verbindungsleitung Lübeck/Siems (DE) – Krümmel (DE)
  - 3.48 Verbindungen in Nordirland, im Hinblick auf einen Verbund mit Irland
  - 3.49 Verbindungen im Nordwesten des Vereinigten Königreichs
  - 3.50 Verbindungen in Schottland und England, im Hinblick auf die Aufnahme der steigenden Stromerzeugung aus erneuerbaren Quellen
  - 3.51 Neue Verbindungen zu Offshore-Windkraftanlagen in Belgien
  - 3.52 Transformatorstation Borssele (NL)
  - 3.53 Implementierung von Blindleistungskompensationsausrüstung (NL)
  - 3.54 Verbindungsleitung St. Peter (AT) – Tauern (AT)
  - 3.55 Verbindungsleitung Südburgenland (AT) – Kainachtal (AT)
4. Aufbau des Stromverbunds mit den Nichtmitgliedstaaten
- 4.1 Verbindungsleitung Neuenhagen (DE) – Vierraden (DE) – Krajnik (PL)
  - 4.2 Verbindungsleitung Brunsbüttel (DE) – Südnorwegen
  - 4.3 Verbindungsleitung S. Fiorano (IT) – Robbia (CH)
  - 4.4 Neuer Verbund Italien – Schweiz
  - 4.5 Verbindungsleitung Philippi (GR) – Maritsa 3 (Bulgarien).
  - 4.6 Verbindungsleitung Amintaio (GR) – Bitola (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien)
  - 4.7 Verbindungsleitung Kardina (GR) – Elbasan (Albanien)
  - 4.8 Verbindungsleitung Elbasan (Albanien) – Podgorica (Bundesrepublik Jugoslawien)
  - 4.9 Transformatorstation und Verbindungen Mostar (Bosnien und Herzegowina)
  - 4.10 Transformatorstation und Verbindungen Ernestinovo (Kroatien)
  - 4.11 Neue Verbindungen zwischen Griechenland und Albanien, Bulgarien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien
  - 4.12 Verbindungsleitung Philippi (GR) – Hamidabad (TR)



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- 4.13 Verbindung durch Unterseekabel zwischen Nordost-/Ostengland und Südnorwegen
  - 4.14 Verbindungsleitung Eemshaven (NL) – Fedaa (NO)
  - 4.15 Verbindung durch Unterseekabel zwischen Südspanien und Marokko (Ausbau der bestehenden Verbindung)
  - 4.16 Anbindung an den Baltischen Ring: Deutschland – Polen – Russland – Estland – Lettland – Litauen – Schweden – Finnland – Dänemark – Belarus
  - 4.17 Verbindungsleitungen Südfinnland – Russland
  - 4.18 Verbindung Deutschland – Polen – Litauen – Belarus – Russland (Ost-West-Hochspannungsverbindung)
  - 4.19 Verbindungsleitung Polen – Litauen
  - 4.20 Verbindungsleitung Finnland – Estland (durch Unterseekabel)
  - 4.21 Neue Verbindungsleitungen Nordschweden – Nordnorwegen
  - 4.22 Neue Verbindungsleitungen Mittelschweden – Mittelnorwegen
  - 4.23 Verbindung Borgvik (S) – Hoesle (NO) – Region Oslo (NO)
  - 4.24 Neue Verbindungen zwischen den UCTE- und CENTREL-Systemen
  - 4.25 Neue Verbindungen zwischen dem UCTE- und dem CENTREL-System und den Balkanländern
  - 4.26 Verbindungen und Nahtstelle zwischen dem erweiterten UCTE-System und Belarus, Russland und der Ukraine, einschließlich der Verlegung der früheren Gleichstromkonverter zwischen Österreich und Ungarn, Österreich und der Tschechischen Republik sowie Deutschland und der Tschechischen Republik
  - 4.27 Anbindung an den Schwarzmeerring: Russland – Ukraine – Rumänien – Bulgarien – Türkei – Georgien
  - 4.28 Neue Verbindungen in der Schwarzmeerregion im Hinblick auf Interoperabilität zwischen dem erweiterten UCTE-System und den Netzen der betroffenen Länder
  - 4.29 Neuanbindungen an den Mittelmeerring: Frankreich – Spanien – Marokko – Algerien – Tunesien – Libyen – Ägypten – Länder des Nahen Ostens – Türkei – Griechenland – Italien
  - 4.30 Unterseekabelverbindung zwischen Südspanien und Nordwestalgerien
  - 4.31 Unterseekabelverbindung zwischen Italien und Algerien
  - 4.32 Neue Verbindungen in der Barentsee-Region
  - 4.33 Installation flexibler alternativer Fernleitungssysteme zwischen Italien und Slowenien
  - 4.34 Neuer Verbund Italien – Slowenien
  - 4.35 Unterseekabelverbindung zwischen Italien und Kroatien
  - 4.36 Ausbau der Verbindungen zwischen Dänemark und Norwegen
5. Maßnahmen im Hinblick auf ein besseres Funktionieren der Stromverbände im Rahmen des Binnenmarktes  
(Es liegen noch keine Spezifikationen vor.)

**GASNETZE**

- 6. Einführung von Erdgas in neue Regionen
  - 6.1 Erweiterung des Gasnetzes von Belfast in den nordwestlichen Teil Nordirlands (UK) und gegebenenfalls weiter bis an die Westküste Irlands
  - 6.2 LNG in Santa Cruz de Tenerife, Kanarische Inseln (ES)
  - 6.3 LNG in Las Palmas de Gran Canaria (ES)

Mittwoch, 4. Juni 2003

- 6.4 LNG in Madeira (PT)
- 6.5 Aufbau des Gasnetzes in Schweden
- 6.6 Verbindung zwischen den Balearen (ES) und dem spanischen Festland
- 6.7 Hochdruckleitung nach Thrakien (GR)
- 6.8 Hochdruckleitung nach Korinth (GR)
- 6.9 Hochdruckleitung nach Nordwestgriechenland
- 6.10 Verbindung zwischen Lolland (DK) und den Falsterinseln (DK)
7. Aufbau der für das Funktionieren des Binnenmarkts oder die Erhöhung der Versorgungssicherheit erforderlichen Gasverbünde, einschließlich des Anschlusses getrennter Gasnetze
  - 7.1 Zusätzliche Gasverbund-Fernleitung zwischen Irland und Schottland
  - 7.2 Nord-Süd-Verbindung einschließlich Fernleitung Dublin – Belfast
  - 7.3 Verdichterstation im Zuge der Fernleitung Lacq (FR) – Calahorra (ES)
  - 7.4 Fernleitung Lussagnet (FR) – Bilbao (ES)
  - 7.5 Fernleitung Perpignan (FR) – Barcelona (ES)
  - 7.6 Erhöhung der Transportkapazität von Ferngasleitungen für die Versorgung von Portugal über Südspanien und für die Versorgung von Galicien und Asturien über Portugal
  - 7.7 Fernleitung Puchkirchen (AT) – Burghausen (DE)
  - 7.8 Fernleitung Andorf (AT) – Simbach (DE)
  - 7.9 Fernleitung Wiener Neustadt (AT) – Sopron (H)
  - 7.10 Fernleitung Bad Leonfelden (DE) – Linz (AT)
  - 7.11 Fernleitung Nordwestgriechenland – Elbasan (Albanien)
  - 7.12 Gasverbund-Fernleitung Griechenland – Italien
  - 7.13 Verdichterstation im Zuge der Hauptfernleitung Griechenlands
  - 7.14 Verbindung zwischen den Netzen Österreichs und der Tschechischen Republik
  - 7.15 Gastransportkorridor in Südost-Europa durch Griechenland, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die Bundesrepublik Jugoslawien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Österreich
  - 7.16 Gastransportkorridor zwischen Österreich und der Türkei durch Ungarn, Rumänien und Bulgarien
  - 7.17 Verbundfernleitungen zwischen dem Vereinigten Königreich, den Niederlanden und Deutschland zum Anschluss der wichtigsten Vorkommen und Märkte im Nordwesten Europas
  - 7.18 Verbindung zwischen Nordostdeutschland (Region Berlin) und Nordwestpolen (Region Szczecin) mit einer Zweigleitung von Schmöln nach Lubmin (D, Region Greifswald)
  - 7.19 Verbindung zwischen Offshore-Anlagen in der Nordsee oder von dänischen Offshore-Anlagen zu britischen Onshore-Anlagen
  - 7.20 Verstärkung der Transportkapazität zwischen Frankreich und Italien
  - 7.21 Ostsee-Verbundfernleitung zwischen Dänemark, Deutschland und Schweden
8. Aufbau von Kapazitäten für den Umschlag von verflüssigtem Erdgas (LNG) und die Speicherung von Erdgas
  - 8.1 LNG in Verdon-sur-mer (F, neues Terminal) und Fernleitung zur Speicheranlage Lussagnet (FR)
  - 8.2 LNG in Fos-sur-mer (FR)
  - 8.3 LNG in Huelva (E, Erweiterung des vorhandenen Terminals)

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- 8.4 LNG in Cartagena (E, Erweiterung des vorhandenen Terminals)
  - 8.5 LNG in Galicien (E, neues Terminal)
  - 8.6 LNG in Bilbao (E, neues Terminal)
  - 8.7 LNG in der Region Valencia (E, neues Terminal)
  - 8.8 LNG in Barcelona (E, Erweiterung des vorhandenen Terminals)
  - 8.9 LNG in Sines (P, neues Terminal)
  - 8.10 LNG in Revithoussa (GR, Erweiterung des vorhandenen Terminals)
  - 8.11 LNG an der nordadriatischen Küste (IT)
  - 8.12 Offshore-LNG-Terminal in der Nordadria (IT)
  - 8.13 LNG an der südadriatischen Küste (IT)
  - 8.14 LNG an der ionischen Küste (IT)
  - 8.15 LNG an der tyrrhenischen Küste (IT)
  - 8.16 LNG an der ligurischen Küste (IT)
  - 8.17 LNG in Zeebrugge/Dudzele (B, Erweiterung des vorhandenen Terminals)
  - 8.18 LNG auf der Isle of Grain, Kent (UK)
  - 8.19 Errichtung eines zweiten LNG-Terminals in Griechenland
  - 8.20 Aufbau unterirdischer Gasspeicheranlagen in Irland
  - 8.21 Speicheranlage in Süd-Kavala (GR, Umwandlung eines erschöpften Offshore-Erdgasfeldes)
  - 8.22 Speicheranlage in Lussagnet (F, Erweiterung der vorhandenen Anlage)
  - 8.23 Speicheranlage in Pecorade (F, Umwandlung eines erschöpften Ölfeldes)
  - 8.24 Speicheranlage im Elsass (F, Ausbau von Salzgruben)
  - 8.25 Speicheranlage in der Region Centre (F, Grundwasser führende Schicht)
  - 8.26 Speicheranlagen auf der Nord-Süd-Achse Spaniens (neue Standorte) in: Cantabria, Aragon, Castilla y León, Castilla-La Mancha und Andalusien
  - 8.27 Speicheranlagen auf der Mittelmeer-Achse Spaniens (neue Standorte) in: Katalonien, Valencia und Murcia
  - 8.28 Speicheranlage in Carriço (P, neuer Standort)
  - 8.29 Speicheranlage in Loenhout (B, Erweiterung der vorhandenen Anlage)
  - 8.30 Speicheranlage in Stenlille und Lille Torup (DK, Erweiterung der vorhandenen Anlage)
  - 8.31 Speicheranlage in Tønder (DK, neue Anlage)
  - 8.32 Speicheranlage in Puchkirchen (A, Erweiterung der vorhandenen Anlage), einschließlich Anschlussfernleitung zum Penta-West-System nahe Andorf (AT)
  - 8.33 Speicheranlage in Baumgarten (A, neuer Standort)
  - 8.34 Speicheranlage in Haidach (A, neuer Standort), einschließlich Anschlussfernleitung zum europäischen Gasnetz
  - 8.35 Aufbau unterirdischer Gasspeicheranlagen in Italien
9. Aufbau von Gastransportkapazitäten (Gasfernleitungen)
    - 9.1 Schaffung und Entwicklung von Verbindungen im Nördlichen Gasnetz: Norwegen – Dänemark – Deutschland – Schweden – Finnland – Russland – Baltische Staaten – Polen
    - 9.2 Mittelnordische Gasfernleitung: Norwegen, Schweden, Finnland
    - 9.3 Nordeuropäische Gasfernleitung: Russland, Ostsee, Deutschland

Mittwoch, 4. Juni 2003

- 9.4 Gasfernleitung von Russland nach Deutschland, über Lettland, Litauen und Polen, einschließlich des Baus unterirdischer Gasspeicheranlagen in Lettland
  - 9.5 Gasfernleitung Finnland-Estland
  - 9.6 Neue Gasfernleitungen von Algerien nach Spanien und Frankreich sowie entsprechende Kapazitätserhöhung der internen Netze in diesen Ländern
  - 9.7 Fernleitung Algerien – Marokko – Spanien (bis Córdoba): Erhöhung der Transportkapazität
  - 9.8 Fernleitung Córdoba (ES) – Ciudad Real (ES)
  - 9.9 Fernleitung Ciudad Real (ES) – Madrid (ES)
  - 9.10 Fernleitung Ciudad Real (ES) – Mittelmeerküste (ES)
  - 9.11 Zweigleitungen in Castilla – La Mancha (ES)
  - 9.12 Erweiterung nach Nordwestspanien
  - 9.13 Untersee-Fernleitung Algerien – Spanien sowie Fernleitungen für den Anschluss an Frankreich
  - 9.14 Ausbau der Transportkapazität aus russischen Vorkommen in die Europäische Union über die Ukraine, die Slowakei und die Tschechische Republik
  - 9.15 Ausbau der Transportkapazität aus russischen Vorkommen in die Europäische Union über Belarus and Polen
  - 9.16 YAGAL-Süd-Fernleitung (zwischen der STEGAL-Fernleitung ins Dreieck D, F, CH)
  - 9.17 SUDAL-Ost-Fernleitung (zwischen der MIDAL-Fernleitung nahe Heppenheim und dem Anschluss Burghausen an die PENTA-Fernleitung in Österreich)
  - 9.18 Gasfernleitung von den Vorkommen in Libyen nach Italien
  - 9.19 Gasfernleitung von den Vorkommen in den Ländern am Kaspischen Meer in die Europäische Union
  - 9.20 Gasfernleitung Griechenland – Türkei
  - 9.21 *Ausbau* der Transportkapazität von den russischen Vorkommen nach Griechenland und in andere Balkanländer über die Ukraine, die Republik Moldau, Rumänien und Bulgarien
  - 9.22 Gasfernleitung St. Zagora (BG) – Ihtiman (BG) – *Griechenland*
  - 9.23 Verbindungsleitungen zwischen den Gasnetzen Deutschlands, der Tschechischen Republik, Österreichs und Italiens
  - 9.24 Ferngasleitung von den russischen Vorkommen nach Italien über die Ukraine, die Slowakei, Ungarn und Slowenien
  - 9.25 *Ausbau* der Gastransportkapazität der TENP-Leitung von den Niederlanden über Deutschland nach Italien
  - 9.26 Gasfernleitung Taisnieres (FR) – Oltingue (CH)
  - 9.27 Ferngasleitung von Dänemark nach Polen möglicherweise über Schweden
  - 9.28 Fernleitung Nybro (DK) – Dragør (DK), einschließlich der Anschlussfernleitung an die Speicheranlage in Stenlille (DK)
  - 9.29 Gasnetz von den Vorkommen an der Barentsee in die Europäische Union, über Schweden und Finnland
  - 9.30 Gasleitung vom Feld Corrib (IRL, offshore)
  - 9.31 Gasfernleitung von den Vorkommen in Algerien nach Italien, über Sardinien mit einer Zweigleitung nach Korsika
  - 9.32 Gasnetz von den Vorkommen im Mittleren Osten in die Europäische Union
  - 9.33 Gasfernleitung von Norwegen zum Vereinigten Königreich
10. Maßnahmen im Hinblick auf ein besseres Funktionieren der Gasverbände im Rahmen des Binnenmarktes  
(Es liegen noch keine Spezifikationen vor.)
-

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0246

## **Grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen \*\*\*II**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen (15546/1/2002 – C5-0081/2003 – 2002/0046(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: zweite Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Gemeinsamen Standpunkts des Rates (15546/1/2002 –n C5-0081/2003) <sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf seinen Standpunkt aus erster Lesung <sup>(2)</sup> zu dem Vorschlag der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat ((KOM(2002) 85) <sup>(3)</sup>,
- in Kenntnis des geänderten Vorschlags der Kommission (KOM(2002) 578) <sup>(4)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 des EG-Vertrags,
- gestützt auf Artikel 80 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis der Empfehlung des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik für die zweite Lesung (A5-0154/2003),

1. ändert den Gemeinsamen Standpunkt wie folgt ab;
2. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 107 E vom 6.5.2003, S. 1.

<sup>(2)</sup> P5\_TA(2002)0432.

<sup>(3)</sup> ABl. C 151 E vom 25.6.2002, S. 121.

<sup>(4)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

**P5\_TC2-COD(2002)0046**

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in zweiter Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen <sup>(3)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(4)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 151 E vom 25.6.2002, S. 121.

<sup>(2)</sup> ABl. C 241 vom 7.10.2002, S. 62.

<sup>(3)</sup> ABl. C 278 vom 14.11.2002, S. 31.

<sup>(4)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 24. September 2002 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht), Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 4. März 2003 (ABl. C 107 E vom 6.5.2003, S. 1) und Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003.

Mittwoch, 4. Juni 2003

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Das Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt (im Folgenden als „Protokoll“ bezeichnet) wurde von der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten im Jahre 2000 unterzeichnet; der Beschluss 2002/628/EG<sup>(1)</sup> über den Abschluss des Protokolls im Namen der Gemeinschaft wurde vom Rat am 25. Juni 2002 gefasst.
- (2) Gemäß Artikel 1 des Protokolls zielt das Protokoll im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip in Grundsatz 15 der Erklärung von Rio über Umwelt und Entwicklung darauf ab, zur Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus bei der sicheren Weitergabe, Handhabung und Verwendung der durch moderne Biotechnologie hervorgebrachten genetisch veränderten Organismen (GVO), die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben können, beizutragen, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind und ein Schwerpunkt auf grenzüberschreitenden Verbringungen liegt.
- (3) Das Protokoll verlangt, dass die Vertragsparteien die erforderlichen und geeigneten rechtlichen, verwaltungstechnischen und sonstigen Maßnahmen treffen, um ihre Verpflichtungen aus dem Protokoll zu erfüllen. In der Richtlinie 2001/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. März 2001 über die absichtliche Freisetzung genetisch veränderter Organismen in die Umwelt *und zur Aufhebung der Richtlinie 90/220/EWG des Rates*<sup>(2)</sup> wurde die Kommission aufgefordert, eine Rechtsvorschrift zur Umsetzung der Verfahren des Protokolls vorzuschlagen, in der in Übereinstimmung mit dem Protokoll die Exporteure der Gemeinschaft dazu verpflichtet werden sicherzustellen, dass alle Anforderungen des Verfahrens der vorherigen Zustimmung in Kenntnis der Sachlage gemäß den Artikeln 7 bis 10, 12 und 14 des Protokolls erfüllt werden.
- (4) Die grenzüberschreitenden Verbringungen von GVO müssen überwacht und kontrolliert werden, um zur Sicherstellung der Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt beizutragen, wobei auch die Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind, und damit die Bürger hinsichtlich GVO frei und informiert wählen können.
- (5) Da das Gemeinschaftsrecht keine spezifischen Anforderungen für die Ausfuhr von GVO in Drittländer enthält und um die Einhaltung der Verpflichtungen des Protokolls hinsichtlich der grenzüberschreitenden Verbringungen von GVO sicherzustellen, sollte für solche Ausfuhren ein gemeinsamer Rechtsrahmen geschaffen werden.
- (6) ***Es ist notwendig, den Rechtsrahmen der Vertragspartei oder Nichtvertragspartei der Einfuhr im Bereich der biologischen Sicherheit in Übereinstimmung mit dem Protokoll zu beachten.***
- (7) ***Humanarzneimittel, für die andere internationale Übereinkünfte gelten, zu deren Vertragsparteien die Gemeinschaft oder der betreffende Mitgliedstaat gehört oder für die andere internationale Organisationen zuständig sind, denen die Gemeinschaft oder der betreffende Mitgliedstaat angehört, sollten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden.***
- (8) Ausfuhren von GVO zur absichtlichen Freisetzung in die Umwelt sollten bei der Vertragspartei bzw. Nichtvertragspartei der Einfuhr angemeldet werden, damit diese auf der Grundlage einer wissenschaftlich fundierten Risikobewertung eine Entscheidung in Kenntnis der Sachlage treffen kann.
- (9) Die Anmeldung sollte vom Exporteur sichergestellt werden. Der Exporteur sollte für die Richtigkeit der in der Anmeldung enthaltenen Informationen verantwortlich sein.
- (10) Die Exporteure sollten vor der Vornahme der ersten grenzüberschreitenden Verbringung eines GVO zum Zwecke der absichtlichen Freisetzung in die Umwelt die ***vorherige***, ausdrückliche ***schriftliche*** Zustimmung der Vertragspartei bzw. Nichtvertragspartei der Einfuhr abwarten.
- (11) *Da* einige Entwicklungsländer und einige Länder mit im Übergang befindlichen Wirtschaftssystemen möglicherweise nicht über die Voraussetzungen verfügen, um solche Entscheidungen in Kenntnis der Sachlage treffen zu können, sollten die Kommission und die Mitgliedstaaten nachhaltige Anstrengungen unternehmen, um sie in die Lage zu versetzen, ihre personellen Mittel und institutionellen Kapazitäten auszubauen und zu stärken.

<sup>(1)</sup> ABl. L 201 vom 31.7.2002, S. 48.

<sup>(2)</sup> ABl. L 106 vom 17.4.2001, S. 1. Richtlinie zuletzt geändert durch die Entscheidung 2002/811/EG des Rates (ABl. L 280 vom 18.10.2002, S. 27).

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (12) Dem Protokoll zufolge kann die Gemeinschaft oder jede andere Vertragspartei Maßnahmen ergreifen, welche die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt stärker als im Protokoll vorgeschrieben schützen, sofern solche Maßnahmen mit dem Ziel und den Bestimmungen des Protokolls und mit den sonstigen Verpflichtungen dieser Vertragspartei nach internationalem Recht im Einklang stehen.
- (13) Die Gemeinschaft kann dem Protokoll zufolge hinsichtlich der Verbringungen von GVO innerhalb ihres Zollgebiets ihre eigenen Rechtsvorschriften anwenden.
- (14) Da das geltende Gemeinschaftsrecht – insbesondere die Richtlinie 2001/18/EG sowie sektorale Rechtsvorschriften, in denen eine spezifische Risikobewertung gemäß den Prinzipien jener Richtlinie verlangt wird, – bereits Regelungen enthält, die mit dem Ziel des Protokolls im Einklang stehen, ist es nicht erforderlich, zusätzliche Bestimmungen für die Einfuhr von GVO in die Gemeinschaft zu erlassen.
- (15) Es ist notwendig, sicherzustellen, dass GVO auf sichere Weise befördert, gehandhabt und verpackt werden. Da das geltende Gemeinschaftsrecht – insbesondere die Richtlinie 94/55/EG des Rates vom 21. November 1994 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für den Gefahrguttransport auf der Straße <sup>(1)</sup> und die Richtlinie 96/49/EG des Rates vom 23. Juli 1996 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für die Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter <sup>(2)</sup> – bereits geeignete Bestimmungen *enthält*, ist es nicht erforderlich, diesbezüglich zusätzliche Rechtsvorschriften zu erlassen.
- (16) Die Identifizierung von GVO, die aus der Gemeinschaft ausgeführt bzw. in die Gemeinschaft eingeführt werden, muss sichergestellt werden. Hinsichtlich der Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Identifizierung von Einfuhren in die Gemeinschaft unterliegen die betreffenden GVO den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft. Für Ausfuhren sollten entsprechende Regelungen gelten.
- (17) Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterstützen das Verfahren zur geeigneten Erarbeitung internationaler Regeln und Verfahren im Bereich der Haftung und Wiedergutmachung für Schäden infolge grenzüberschreitender Verbringungen von GVO, das gemäß Artikel 27 des Protokolls von der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, auf ihrer ersten Tagung zu beschließen sein wird.
- (18) Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterstützen die Weiterentwicklung und die Anwendung der gemeinsamen Formate für Begleitpapiere zur Identifizierung von GVO, die im Einklang mit Artikel 18 des Protokolls erfolgt.
- (19) Um unter Berücksichtigung der Risiken für die menschliche Gesundheit effizient auf unabsichtliche grenzüberschreitende Verbringungen von GVO, die wahrscheinlich erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben, reagieren zu können, sollte ein Mitgliedstaat, sobald er von einem zu einer Freisetzung führenden Ereignis unter seiner Hoheitsgewalt Kenntnis erhält, bei dem es zu einer unabsichtlichen grenzüberschreitenden Verbringung eines GVO kommen kann, die wahrscheinlich solche Auswirkungen hat, die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Öffentlichkeit zu informieren und unverzüglich die Kommission, alle anderen Mitgliedstaaten, betroffene oder möglicherweise betroffene Staaten, die Informationsstelle für biologische Sicherheit sowie gegebenenfalls einschlägige internationale Organisationen zu unterrichten. Ferner sollte dieser Mitgliedstaat unverzüglich die betroffenen oder möglicherweise betroffenen Staaten konsultieren, damit diese angemessen reagieren und die erforderlichen Maßnahmen einleiten können.
- (20) Um den Aufbau der Informationsstelle für biologische Sicherheit zu fördern, sollten die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sicherstellen, dass der Informationsstelle relevante Informationen zugeleitet werden und dass in der Gemeinschaft Überwachung und Berichterstattung über die Anwendung des Protokolls erfolgen.
- (21) Die Mitgliedstaaten sollten Vorschriften über Sanktionen festlegen, die bei einem Verstoß gegen diese Verordnung anwendbar sind, und deren Durchsetzung gewährleisten. Die Sanktionen sollten wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

<sup>(1)</sup> ABl. L 319 vom 12.12.1994, S. 7. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/28/EG der Kommission (ABl. L 90 vom 8.4.2003, S. 45).

<sup>(2)</sup> ABl. L 235 vom 17.9.1996, S. 25. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/29/EG der Kommission (ABl. L 90 vom 8.4.2003, S. 47).

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (22) Bei der Anwendung dieser Verordnung sollte das Vorsorgeprinzip berücksichtigt werden.
- (23) Diese Verordnung respektiert die Grundrechte und berücksichtigt die Prinzipien, die insbesondere in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt werden –

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

## KAPITEL I

## ZIELE, ANWENDUNGSBEREICH UND BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

## Artikel 1

## Ziele

Die Ziele dieser Verordnung bestehen darin, im Einklang mit dem Vorsorgeprinzip und unbeschadet der Bestimmungen der Richtlinie 2001/18/EG ein gemeinsames Anmelde- und Informationssystem für grenzüberschreitende Verbringungen genetisch veränderter Organismen (GVO) zu schaffen und eine kohärente Anwendung der Bestimmungen des Protokolls durch die Gemeinschaft sicherzustellen, um somit einen Beitrag zur Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus bei der sicheren Weitergabe, Handhabung und Verwendung von GMO, die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben können, zu leisten, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind.

## Artikel 2

## Anwendungsbereich

- (1) Diese Verordnung findet Anwendung auf grenzüberschreitende Verbringungen aller GMO, die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben können, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind.
- (2) Humanarzneimittel, für die andere internationale Übereinkünfte gelten oder andere internationale Organisationen zuständig sind, sind vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen.

## Artikel 3

## Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. „Organismus“ einen Organismus im Sinne von Artikel 2 Nummer 1 der Richtlinie 2001/18/EG;
2. „genetisch veränderter Organismus“ bzw. „GVO“ einen genetisch veränderten Organismus im Sinne von Artikel 2 Nummer 2 der Richtlinie 2001/18/EG mit Ausnahme von Organismen, die mit Hilfe der in Anhang I B der Richtlinie 2001/18/EG aufgeführten Verfahren der genetischen Veränderung gewonnen wurden;
3. „absichtliche Freisetzung“ die absichtliche Freisetzung im Sinne von Artikel 2 Nummer 3 der Richtlinie 2001/18/EG;
4. „Inverkehrbringen“ das Inverkehrbringen im Sinne von Artikel 2 Nummer 4 der Richtlinie 2001/18/EG;
5. „Anwendung in geschlossenen Systemen“
  - a) eine Tätigkeit im Sinne von Artikel 2 Buchstabe c der Richtlinie 90/219/EWG<sup>(1)</sup>;
  - b) eine Tätigkeit, bei der Organismen mit Ausnahme von Mikroorganismen genetisch verändert werden oder bei der solche GMO vermehrt, gelagert, befördert, zerstört, beseitigt oder in anderer Weise verwendet werden und für die spezifische Einschließungsmaßnahmen gemäß den gleichen Grundsätzen wie in der Richtlinie 90/219/EWG in geeigneter Weise angewendet werden, um den Kontakt mit der Bevölkerung und der Umwelt zu begrenzen;

<sup>(1)</sup> Richtlinie 90/219/EWG des Rates vom 23. April 1990 über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen (ABl. L 117 vom 8.5.1990, S. 1). Richtlinie zuletzt geändert durch die Entscheidung 2001/204/EG (ABl. L 73 vom 15.3.2001, S. 32).



**Mittwoch, 4. Juni 2003**

6. „Lebensmittel“ ein Lebensmittel im Sinne von Artikel 2 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002<sup>(1)</sup>;
7. „Futtermittel“ ein Futtermittel im Sinne von Artikel 3 Nummer 4 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002;
8. „Anmeldung“ die Vorlage der nach dieser Verordnung vom Exporteur verlangten Informationen bei der zuständigen Behörde einer Vertragspartei des Protokolls oder bei der zuständigen Behörde einer Nichtvertragspartei;
9. „Informationsstelle für biologische Sicherheit“ die gemäß Artikel 20 des Protokolls eingerichtete Informationsstelle für biologische Sicherheit;
10. „Ausfuhr“
  - a) die endgültige oder vorübergehende Verbringung von GVO, die die Voraussetzungen des Artikels 23 Absatz 2 des Vertrags erfüllen, aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft;
  - b) die Wiederausfuhr von GVO, die die Voraussetzungen des Buchstaben a nicht erfüllen und sich in einem anderen Zollverfahren als dem Transitverfahren befinden;
11. „Einfuhr“ die Anwendung eines anderen Zollverfahrens als des Transitverfahrens auf GVO, die in das Zollgebiet einer Vertragspartei oder Nichtvertragspartei außerhalb der Gemeinschaft aus dem einer Vertragspartei innerhalb der Gemeinschaft verbracht werden;
12. „Exporteur“ jede natürliche oder juristische Person, durch die oder in deren Namen eine Anmeldung erfolgt, d.h. die Person, die zum Zeitpunkt der Übermittlung der Anmeldung Vertragspartner des Empfängers im Drittland ist und die über die Verbringung des betreffenden GVO aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft entscheidungsbefugt ist. Wurde kein Ausfuhrvertrag geschlossen oder handelt der Vertragspartner nicht in eigenem Namen, so gibt die Entscheidungsbefugnis über die Verbringung des GVO aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft den Ausschlag;
13. „Importeur“ jede natürliche oder juristische Person unter der Hoheitsgewalt der Vertragspartei oder Nichtvertragspartei der Einfuhr, die die Einfuhr eines GVO veranlasst;
14. „grenzüberschreitende Verbringung“ die absichtliche oder unabsichtliche Verbringung eines GVO aus dem Gebiet einer Vertragspartei oder Nichtvertragspartei in das einer anderen Vertragspartei oder Nichtvertragspartei, mit Ausnahme von absichtlichen Verbringungen zwischen den Gebieten von Vertragsparteien innerhalb der Gemeinschaft;
15. „Vertragspartei“ jedes Land oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die Vertragspartei des Protokolls ist;
16. „Nichtvertragspartei“ jedes Land oder jede Organisation der regionalen Wirtschaftsintegration, die nicht Vertragspartei des Protokolls ist;
17. „Protokoll“ das Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt („Übereinkommen“);
18. „biologische Vielfalt“ die Variabilität unter lebenden Organismen jeglicher Herkunft, darunter unter anderem Land-, Meeres- und sonstige aquatische Ökosysteme und die ökologischen Komplexe, zu denen sie gehören; dies umfasst die Vielfalt innerhalb der Arten und zwischen den Arten sowie die Vielfalt der Ökosysteme;
19. „zuständige Behörde“ eine von einer Vertragspartei des Protokolls benannte zuständige Behörde oder die entsprechende zuständige Stelle einer Nichtvertragspartei, welche die nach dem Protokoll erforderlichen Verwaltungsaufgaben bzw. die entsprechenden Aufgaben, falls es sich um eine Nichtvertragspartei handelt, wahrnimmt und von der betreffenden Partei mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben betraut ist;
20. „Anlaufstelle“ die von einer Vertragspartei benannte Stelle, die für sie die Kontakte mit dem Sekretariat übernimmt;
21. „Sekretariat“ das Sekretariat des Protokolls.

<sup>(1)</sup> Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit (ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1).

Mittwoch, 4. Juni 2003

KAPITEL II  
AUSFUHR VON GVO IN DRITTLÄNDER

## Abschnitt 1

GVO, die zur absichtlichen Freisetzung in die Umwelt bestimmt sind

## Artikel 4

Anmeldung bei Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien der Einfuhr

Der Exporteur meldet vor der ersten absichtlichen grenzüberschreitenden Verbringung von GVO, die zur absichtlichen Freisetzung in die Umwelt und für den nach Anhang I Buchstabe i anzugebenden Verwendungszweck bestimmt sind, die grenzüberschreitende Verbringung schriftlich bei der zuständigen Behörde der Vertragspartei bzw. Nichtvertragspartei der Einfuhr an. Die Anmeldung muss mindestens die in Anhang I aufgeführten Angaben enthalten. Der Exporteur stellt die Richtigkeit der in der Anmeldung enthaltenen Angaben sicher.

## Artikel 5

Ausbleiben einer Entscheidung

(1) Versäumt es die Vertragspartei der Einfuhr, den Eingang einer Anmeldung zu bestätigen oder ihre Entscheidung mitzuteilen, so gilt dies nicht als Zustimmung zu einer absichtlichen grenzüberschreitenden Verbringung. Ohne die *vorherige*, ausdrückliche *schriftliche* Zustimmung der Vertragspartei der Einfuhr oder gegebenenfalls der Nichtvertragspartei der Einfuhr darf keine erste absichtliche grenzüberschreitende Verbringung erfolgen.

(2) Wird innerhalb von 270 Tagen nach dem Datum des Eingangs der Anmeldung von der Vertragspartei der Einfuhr keine Entscheidung bezüglich dieser Anmeldung mitgeteilt, so richtet der Exporteur eine schriftliche Erinnerung mit einer Frist für die Beantwortung von 60 Tagen nach Eingang der Erinnerung an die zuständige Behörde der Vertragspartei der Einfuhr und übermittelt dem Sekretariat, dem Mitgliedstaat der Ausfuhr und der Kommission eine Kopie dieses Schreibens. Bei der Berechnung des Zeitraums, innerhalb dessen die Vertragspartei der Einfuhr antworten muss, wird die Anzahl der Tage, die sie auf zusätzliche einschlägige Angaben warten muss, nicht berücksichtigt.

(3) **Unbeschadet des Absatzes 1** nimmt der Exporteur die erste absichtliche grenzüberschreitende Verbringung eines GVO zur absichtlichen Freisetzung nicht vor, wenn nicht die von der Vertragspartei der Einfuhr nach den Artikeln 9 und 10 des Protokolls bestimmten Verfahren oder gegebenenfalls gleichwertige, von einer Nichtvertragspartei der Einfuhr vorgeschriebene Verfahren befolgt worden sind.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 finden keine Anwendung auf Fälle von grenzüberschreitenden Verbringungen, für die vereinfachte Verfahren oder bilaterale, regionale oder multilaterale Übereinkünfte oder Abmachungen nach den Artikeln 13 und 14 des Protokolls gelten.

(5) Die Kommission und die Mitgliedstaaten ergreifen in Absprache mit dem Sekretariat gemäß den angemessenen Verfahren und Mechanismen, die von der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, beschlossen werden, geeignete Maßnahmen, um die Entscheidungsfindung zu erleichtern oder die Einhaltung des Protokolls durch die Vertragsparteien der Einfuhr zu fördern.

## Artikel 6

Information der Vertragspartei der Ausfuhr

Der Exporteur bewahrt die Anmeldeunterlagen nach Artikel 4 und die Empfangsbestätigung sowie die Entscheidung der Vertragspartei der Einfuhr oder gegebenenfalls der Nichtvertragspartei der Einfuhr über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren auf und übermittelt der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, aus dem die Ausfuhr des GVO erfolgt, und der Kommission eine Kopie dieser Unterlagen. **Unbeschadet des Artikels 16 macht die Kommission diese Unterlagen der Öffentlichkeit im Einklang mit den gemeinschaftlichen Vorschriften über den Zugang zu Umweltinformationen zugänglich.**

Mittwoch, 4. Juni 2003

## Artikel 7

### Überprüfung von Entscheidungen

- (1) Ist der Exporteur der Auffassung, dass eine Änderung der Umstände eingetreten ist, die das Ergebnis der Risikobewertung, auf der die Entscheidung beruhte, beeinflussen kann, oder dass zusätzliche einschlägige wissenschaftliche oder technische Informationen verfügbar geworden sind, so kann er die Vertragspartei der Einfuhr oder gegebenenfalls die Nichtvertragspartei der Einfuhr ersuchen, eine von ihr nach Artikel 10 des Protokolls getroffene Entscheidung über eine Anmeldung zu überprüfen.
- (2) Wird ein solches Ersuchen von der Vertragspartei bzw. Nichtvertragspartei der Einfuhr nicht innerhalb von 90 Tagen beantwortet, so richtet der Exporteur eine schriftliche Erinnerung an die zuständige Behörde der Vertragspartei der Einfuhr oder gegebenenfalls der Nichtvertragspartei der Einfuhr und übermittelt dem Sekretariat eine Kopie dieses Schreibens, in dem er eine Beantwortung innerhalb einer bestimmten Frist nach Eingang der Erinnerung verlangt.

## Artikel 8

### Ausnahmeregelungen zu *diesem Abschnitt*

- (1) GVO, die zur absichtlichen Freisetzung in die Umwelt bestimmt sind und die in einer Entscheidung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, als Organismen eingestuft wurden, die wahrscheinlich keine nachteiligen Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt haben, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind, fallen nicht in den Anwendungsbereich *dieses Abschnitts*.
- (2) *Dieser Abschnitt findet keine Anwendung auf GVO, die zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmt sind.*
- (3) Die Pflichten nach *diesem Abschnitt bestehen nicht*, wenn die Vertragspartei der Einfuhr gemäß Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 14 Absatz 3 des Protokolls der Informationsstelle für biologische Sicherheit im Voraus mitgeteilt hat, dass derartige Einfuhren von GVO vom Verfahren der vorherigen Zustimmung in Kenntnis der Sachlage gemäß den Artikeln 7 bis 10, 12 und 14 des Protokolls ausgenommen sind, sofern geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die sichere absichtliche grenzüberschreitende Verbringung im Einklang mit dem Ziel des Protokolls sicherzustellen.

## Abschnitt 2

GVO, die zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel  
oder zur Verarbeitung bestimmt sind

## Artikel 9

### Informationen an die Informationsstelle für biologische Sicherheit

- (1) Die Kommission – im Namen der Gemeinschaft – oder gegebenenfalls der Mitgliedstaat, der die Entscheidung getroffen hat, informiert die Informationsstelle für biologische Sicherheit und über die Informationsstelle für biologische Sicherheit die anderen Vertragsparteien von allen endgültigen Entscheidungen über die Verwendung, einschließlich des Inverkehrbringens, eines GVO in der Gemeinschaft oder über die Verwendung eines GVO in einem Mitgliedstaat, bei dem grenzüberschreitende Verbringungen zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung möglich sind. Diese Information wird der Informationsstelle für biologische Sicherheit binnen 15 Tagen nach Erlass der betreffenden Entscheidung übermittelt.

Dieser Absatz findet keine Anwendung auf Entscheidungen über die absichtliche Freisetzung eines GVO gemäß Teil B der Richtlinie 2001/18/EG, der ohne eine nachfolgende Entscheidung nicht zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung in einem Drittland bestimmt ist.

- (2) Die in Absatz 1 genannten und der Informationsstelle für biologische Sicherheit übermittelten Informationen enthalten mindestens die in Anhang II aufgeführten Angaben.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(3) Die Kommission oder der in Absatz 1 genannte Mitgliedstaat bearbeitet alle ihr bzw. ihm von Vertragsparteien oder Nichtvertragsparteien vorgelegten Anträge auf Erteilung zusätzlicher Informationen über die in Absatz 1 genannten Entscheidungen.

(4) Die Kommission oder der in Absatz 1 genannte Mitgliedstaat übermittelt eine schriftliche Kopie der in den Absätzen 1, 2 und 3 genannten Informationen an die Anlaufstelle jeder Vertragspartei, die das Sekretariat im Voraus darüber informiert hat, dass sie keinen Zugang zur Informationsstelle für biologische Sicherheit hat.

#### Artikel 10

##### Innerstaatliche Entscheidungen von Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien über die Einfuhr

(1) Der Exporteur befolgt jede Entscheidung über die Einfuhr von zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmten GVO, die von einer Vertragspartei der Einfuhr nach Artikel 11 Absatz 4 des Protokolls oder von einer Nichtvertragspartei der Einfuhr entsprechend ihrem innerstaatlichen Recht getroffen wird, das mit dem Ziel des Protokolls vereinbar ist.

(2) Hat eine Vertragspartei oder Nichtvertragspartei der Einfuhr, die Entwicklungsland ist, oder eine Vertragspartei oder Nichtvertragspartei mit einem im Übergang befindlichen Wirtschaftssystem über die Informationsstelle für biologische Sicherheit erklärt, dass sie vor der Einfuhr eines speziellen, zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmten GVO nach Artikel 11 Absatz 6 des Protokolls eine Entscheidung treffen wird, so nimmt der Exporteur die erste Ausfuhr dieses GVO nicht vor, wenn nicht das Verfahren gemäß jener Bestimmung befolgt worden ist.

(3) Versäumt es die Vertragspartei oder Nichtvertragspartei der Einfuhr, den Eingang einer Anmeldung zu bestätigen oder ihre Entscheidung nach Absatz 2 mitzuteilen, so gilt dies nicht als Zustimmung oder Verweigerung der Einfuhr eines zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmten GVO. Kein GVO, bei dem grenzüberschreitende Verbringungen zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung möglich sind, darf ausgeführt werden, sofern er nicht innerhalb der Gemeinschaft zugelassen ist oder die zuständige Behörde eines Drittstaats der Einfuhr nicht ausdrücklich zugestimmt hat, wie dies nach Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 erforderlich ist.

#### Abschnitt 3

##### GVO, die für die Anwendung in geschlossenen Systemen bestimmt sind

#### Artikel 11

(1) Die Bestimmungen von Kapitel II Abschnitt 1 finden keine Anwendung auf grenzüberschreitende Verbringungen von GVO, die für die Anwendung in geschlossenen Systemen bestimmt sind, wenn diese grenzüberschreitenden Verbringungen gemäß den Normen der Vertragspartei oder Nichtvertragspartei der Einfuhr erfolgt.

(2) Absatz 1 berührt nicht das Recht einer Vertragspartei oder Nichtvertragspartei, alle GVO einer Risikobewertung zu unterziehen, bevor sie über eine Einfuhr entscheidet, und Normen für die Anwendung in geschlossenen Systemen in ihrem Hoheitsgebiet festzulegen.

#### Abschnitt 4

##### Gemeinsame Bestimmungen

#### Artikel 12

##### Identifizierung und Begleitpapiere

(1) Die Exporteure stellen sicher, dass folgende Informationen in den Begleitpapieren des GVO enthalten sind und dem Importeur des GVO übermittelt werden:

- a) Angabe, dass das Produkt GVO enthält oder aus GVO besteht;
- b) den/die spezifischen Identifizierungscode(s) für den betreffenden GVO, soweit solche Codes bestehen.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

- (2) Bei GVO, die zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmt sind, werden die Informationen nach Absatz 1 durch eine Erklärung des Exporteurs ergänzt,
- a) in der angegeben wird, dass die GVO zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmt sind, und aus der deutlich hervorgeht, dass sie nicht zur absichtlichen Freisetzung in die Umwelt bestimmt sind und
  - b) die genaue Angaben zur Kontaktstelle für weitere Informationen enthält.

Absatz 1 Buchstabe b findet keine Anwendung auf Produkte, die aus Mischungen von GVO bestehen oder Mischungen von GVO enthalten und ausschließlich zur unmittelbaren Verwendung als Lebens- oder Futtermittel oder zur Verarbeitung bestimmt sind. Diese Produkte unterliegen den Rückverfolgbarkeitsanforderungen der Richtlinie 2001/18/EG sowie, falls anwendbar, künftigen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften über die Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Identifizierung solcher GVO.

- (3) Bei GVO, die für die Anwendung in geschlossenen Systemen bestimmt sind, werden die Informationen nach Absatz 1 durch eine Erklärung des Exporteurs ergänzt, die die folgenden Angaben enthält:

- a) die Erfordernisse für die sichere Handhabung, Lagerung, Beförderung und Verwendung dieser GVO;
- b) die Kontaktstelle für weitere Informationen, einschließlich Name und Adresse der Person oder Einrichtung, für welche die GVO bestimmt sind.

- (4) Bei GVO, die zur absichtlichen Freisetzung in die Umwelt bestimmt sind, und bei sonstigen GVO, die unter diese Verordnung fallen, werden die Informationen nach Absatz 1 durch eine Erklärung des Exporteurs ergänzt, die die folgenden Angaben enthält:

- a) die Identität und wichtige Eigenschaften und Merkmale der GVO;
- b) die Erfordernisse für die sichere Handhabung, Lagerung, Beförderung und Verwendung dieser GVO;
- c) die Kontaktstelle für weitere Informationen sowie gegebenenfalls Name und Adresse des Importeurs und des Exporteurs;
- d) eine Erklärung, der zufolge die Verbringung im Einklang mit den für den Exporteur geltenden Vorschriften des Protokolls steht.

- (5) Die Absätze 1 bis 4 berühren nicht sonstige spezifische Anforderungen des Gemeinschaftsrechts sowie internationale Identifizierungsanforderungen, die gemäß Artikel 18 des Protokolls ausgearbeitet werden.

## Artikel 13

## Durchfuhr

Der Exporteur meldet die Durchfuhr von GVO bei Vertragsparteien an, die die Entscheidung getroffen haben, die Durchfuhr von GVO durch ihr Hoheitsgebiet zu regeln, und diese Entscheidung der Informationsstelle für biologische Sicherheit mitgeteilt haben.

## KAPITEL III

## UNABSICHTLICHE GRENZÜBERSCHREITENDE VERBRINGUNG VON GVO

## Artikel 14

- (1) Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um unabsichtliche grenzüberschreitende Verbringungen von GVO zu verhindern.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Sobald ein Mitgliedstaat von einem zu einer Freisetzung von GVO führenden Ereignis unter seiner Hoheitsgewalt Kenntnis erhält, bei dem es zu einer unabsichtlichen grenzüberschreitenden Verbringung kommt oder kommen kann, die wahrscheinlich erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt hat, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind, ergreift der Mitgliedstaat folgende Maßnahmen:

- a) die geeigneten Maßnahmen zur Information der Öffentlichkeit und unverzüglichen Unterrichtung der Kommission, aller anderen Mitgliedstaaten, betroffener oder möglicherweise betroffener Staaten, der Informationsstelle für biologische Sicherheit sowie gegebenenfalls einschlägiger internationaler Organisationen;
- b) die unverzügliche Konsultierung der betroffenen oder möglicherweise betroffenen Staaten, damit diese angemessen reagieren und die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich Notmaßnahmen, einleiten können, um erhebliche nachteilige Auswirkungen auf ein Mindestmaß zu beschränken.

(3) Jegliche Informationen, die aufgrund von Absatz 2 übermittelt werden, enthalten die in Anhang III aufgeführten Angaben.

#### KAPITEL IV

#### GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

#### Artikel 15

#### Teilnahme am internationalen Informationsverfahren

(1) Unbeschadet des Schutzes vertraulicher Informationen im Einklang mit den Bestimmungen des Protokolls unterrichten die Mitgliedstaaten die Informationsstelle für biologische Sicherheit und die Kommission über Folgendes:

- a) nationale Rechtsvorschriften und Leitlinien für die Anwendung des Protokolls gemäß Artikel 11 Absatz 5 und Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe a des Protokolls;
- b) nationale Kontaktstellen für die Benachrichtigung über unabsichtliche grenzüberschreitende Verbringungen gemäß Artikel 17 des Protokolls;
- c) alle von den Mitgliedstaaten getroffenen bilateralen, regionalen und multilateralen Übereinkünfte und Abmachungen hinsichtlich absichtlicher grenzüberschreitender Verbringungen von GVO gemäß Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe b des Protokolls;
- d) alle Informationen über sie betreffende Fälle von unabsichtlichen oder rechtswidrigen grenzüberschreitenden Verbringungen gemäß den Artikeln 17 und 25 des Protokolls;
- e) jede endgültige Entscheidung eines Mitgliedstaats über die Verwendung von GVO in dem betreffenden Mitgliedstaat, einschließlich Entscheidungen
  - über in die Risikoklasse 3 oder 4 eingestufte Anwendungen in geschlossenen Systemen von GVO, bei denen grenzüberschreitende Verbringungen wahrscheinlich sind,
  - über die absichtliche Freisetzung von GVO nach Teil B der Richtlinie 2001/18/EG oder
  - über die Einfuhren von GVO in die Gemeinschaftgemäß Artikel 11 und Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe d des Protokolls binnen 15 Tagen ab Erlass der betreffenden Entscheidung;
- f) jede Zusammenfassung von Risikobewertungen oder unter Umweltgesichtspunkten vorgenommenen Überprüfungen von GVO, die im Rahmen gemeinschaftsrechtlicher Verfahren vorgenommen und gemäß Artikel 15 des Protokolls durchgeführt wurden, gegebenenfalls einschließlich relevanter Angaben über aus GVO erzeugte Produkte, d.h. Verarbeitungserzeugnisse, die aus GVO hergestellt werden und nachweisbare neuartige Kombinationen replikationsfähigen genetischen Materials enthalten, das durch die Nutzung der modernen Biotechnologie gewonnen wurde gemäß Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe c des Protokolls;
- g) jede Überprüfung von innerstaatlichen Entscheidungen über eine absichtliche grenzüberschreitende Verbringung gemäß Artikel 12 des Protokolls;

Mittwoch, 4. Juni 2003

- h) jede Entscheidung eines Mitgliedstaats über Schutzmaßnahmen gemäß Artikel 23 der Richtlinie 2001/18/EG oder Sofortmaßnahmen eines Mitgliedstaats gemäß den Gemeinschaftsbestimmungen über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel.
- (2) Die Kommission informiert die Informationsstelle für biologische Sicherheit im Namen der Gemeinschaft gemäß den Bestimmungen des Protokolls über Folgendes:
- a) gemeinschaftliche Rechtsvorschriften und Leitlinien für die Anwendung des Protokolls gemäß Artikel 11 Absatz 5 und Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe a des Protokolls;
- b) alle auf Gemeinschaftsebene getroffenen bilateralen, regionalen und multilateralen Übereinkünfte und Abmachungen hinsichtlich absichtlicher grenzüberschreitender Verbringungen von GVO, gemäß Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe b des Protokolls;
- c) alle auf Gemeinschaftsebene getroffenen endgültigen Entscheidungen über die Verwendung von GVO in der Gemeinschaft, einschließlich Entscheidungen über das Inverkehrbringen oder die Einfuhr von GVO, gemäß Artikel 11 und Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe d des Protokolls;
- d) jede Zusammenfassung von Risikobewertungen oder unter Umweltgesichtspunkten vorgenommenen Überprüfungen von GVO, die im Rahmen gemeinschaftsrechtlicher Verfahren vorgenommen und gemäß ähnlichen Verfahren wie den in Anhang II der Richtlinie 2001/18/EG beschriebenen Verfahren durchgeführt wurden, gegebenenfalls einschließlich relevanter Angaben über aus GVO erzeugte Produkte, d.h. Verarbeitungserzeugnisse, die aus GVO hergestellt werden und nachweisbare neuartige Kombinationen replikationsfähigen genetischen Materials enthalten, das durch *die Nutzung* der modernen Biotechnologie gewonnen wurde, gemäß Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe c des Protokolls;
- e) jede Überprüfung von Entscheidungen auf Gemeinschaftsebene über eine absichtliche grenzüberschreitende Verbringung, gemäß Artikel 12 des Protokolls;
- f) Anwendung von Rechtsvorschriften der Gemeinschaft anstelle der Verfahren des Protokolls für absichtliche Verbringungen von GVO innerhalb der Gemeinschaft sowie Einfuhren von GVO in die Gemeinschaft gemäß Artikel 14 Absätze 3 und 4 des Protokolls;
- g) gemäß Artikel 19 dieser Verordnung vorgelegte Berichte, einschließlich Berichten über die Durchführung des Verfahrens der vorherigen Zustimmung in Kenntnis der Sachlage, gemäß Artikel 20 Absatz 3 Buchstabe e des Protokolls.

#### Artikel 16

##### Vertraulichkeit

- (1) Die Kommission und die Mitgliedstaaten dürfen an Dritte keine vertraulichen Informationen weitergeben, die sie aufgrund dieser Verordnung erhalten oder die ihnen im Rahmen des Informationsaustausches aufgrund dieser Verordnung mitgeteilt werden.
- (2) Der Exporteur kann in der nach Artikel 4 eingereichten Anmeldung die Informationen angeben, die vertraulich behandelt werden sollen. In solchen Fällen ist auf Antrag eine Begründung **anzugeben**.
- (3) **Auf** keinen Fall dürfen folgende Informationen vertraulich behandelt werden, wenn sie gemäß den Artikeln 4, 9 oder 12 vorgelegt werden:
- a) Name und Anschrift des Exporteurs **und des Importeurs**,
- b) eine allgemeine Beschreibung des bzw. der GVO,
- c) eine Zusammenfassung der Risikobewertung in Bezug auf die Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind, und
- d) die Verfahren und Pläne für Notfallmaßnahmen.

Mittwoch, 4. Juni 2003

(4) Zieht der Exporteur die Anmeldung aus irgendwelchen Gründen zurück, so wahren die Mitgliedstaaten und die Kommission die Vertraulichkeit geschäftlicher und gewerblicher Informationen, einschließlich Informationen aus Forschung und Entwicklung und von Informationen, über deren Vertraulichkeit die Vertragspartei oder Nichtvertragspartei der Einfuhr und der Exporteur unterschiedlicher Meinung sind.

#### Artikel 17

##### Zuständige Behörden und Anlaufstellen

(1) Die Kommission benennt eine gemeinschaftliche Anlaufstelle und bestimmt gegebenenfalls eine zuständige Gemeinschaftsbehörde.

(2) Jeder Mitgliedstaat benennt eine Anlaufstelle sowie eine oder mehrere zuständige Behörden. Die Aufgaben der Anlaufstelle und der zuständigen Behörde können auch von einer einzigen Stelle wahrgenommen werden.

(3) Die Kommission im Namen der Gemeinschaft und jeder einzelne Mitgliedstaat informieren das Sekretariat spätestens, wenn das Protokoll für sie in Kraft tritt, über die Namen und Anschriften ihrer Anlaufstellen und ihrer zuständigen Behörden. Benennt ein Mitgliedstaat oder die Kommission mehr als eine zuständige Behörde, so übermittelt er/sie bei der Mitteilung an das Sekretariat auch einschlägige Angaben über die jeweiligen Zuständigkeiten dieser Behörden. Dabei ist gegebenenfalls zumindest anzugeben, welche Behörde für welche Art von GVO zuständig ist. Die Kommission und die Mitgliedstaaten informieren umgehend das Sekretariat, wenn sich die Benennung ihrer Anlaufstellen ändert, sowie über jede Änderung des Namens, der Anschrift oder der Zuständigkeiten ihrer zuständigen Behörde(n).

#### Artikel 18

##### Sanktionen

Die Mitgliedstaaten legen Vorschriften über Sanktionen fest, die bei einem Verstoß gegen diese Verordnung anwendbar sind, und treffen alle zu ihrer Durchsetzung erforderlichen Maßnahmen. Die Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission diese Bestimmungen spätestens bis zum ...<sup>(1)</sup> mit und unterrichten sie unverzüglich über jegliche Änderung dieser Bestimmungen.

#### Artikel 19

##### Überwachung und Berichterstattung

(1) Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission in regelmäßigen Abständen und mindestens alle drei Jahre, sofern nach Artikel 33 des Protokolls nichts anderes festgelegt war, einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung.

(2) Die Kommission erstellt in Zeitabständen, die von der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, festzulegen sind, und auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten übermittelten Informationen, einen Bericht und legt diesen der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens, die als Tagung der Vertragsparteien des Protokolls dient, vor.

#### Artikel 20

##### Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

<sup>(1)</sup> 12 Monate nach der Veröffentlichung dieser Verordnung im Amtsblatt der Europäischen Union.



Mittwoch, 4. Juni 2003

(2) Diese Verordnung gilt ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Protokolls gemäß Artikel 37 Absatz 1 des Protokolls oder ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung, je nachdem, welches Ereignis später eintritt.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
*Der Präsident*

Im Namen des Rates  
*Der Präsident*

---

#### ANHANG I

##### ANGABEN, DIE BEI ANMELDUNGEN GEMÄSS ARTIKEL 4 ERFORDERLICH SIND

- a) Name, Anschrift und Kontaktdaten des Exporteurs.
  - b) Name, Anschrift und Kontaktdaten des Importeurs.
  - c) Name und Identität des GVO sowie, falls vorhanden, die innerstaatliche Einstufung seiner biologischen Sicherheit im Ausfuhrstaat.
  - d) Sofern bekannt, vorgesehener Termin bzw. vorgesehene Termine der grenzüberschreitenden Verbringung.
  - e) Taxonomie, Trivialname, Ort der Sammlung oder des Erwerbs sowie Merkmale des Empfängerorganismus bzw. der Ausgangsorganismen in Bezug auf die biologische Sicherheit.
  - f) Sofern bekannt, Ursprungszentren und Zentren genetischer Vielfalt des Empfängerorganismus und/oder der Ausgangsorganismen sowie Beschreibung der Lebensräume, in denen die Organismen überdauern oder sich vermehren können.
  - g) Taxonomie, Trivialname, Ort der Sammlung oder des Erwerbs sowie Merkmale des Spenderorganismus bzw. der Spenderorganismen bzw. in Bezug auf die biologische Sicherheit.
  - h) Beschreibung der eingeführten Nukleinsäure bzw. der eingeführten Veränderung, des angewandten Verfahrens und der sich daraus ergebenden Merkmale des GVO.
  - i) Beabsichtigte Verwendung des GVO oder von daraus erzeugten Produkten, d.h. Verarbeitungserzeugnissen, die aus GVO hergestellt werden und nachweisbare neuartige Kombinationen replikationsfähigen genetischen Materials enthalten, das durch die in Anhang I A Teil 1 der Richtlinie 2001/18/EG beschriebenen Verfahren erhalten wurde.
  - j) Menge oder Volumen des zu verbringenden GVO.
  - k) Ein früherer und vorhandener Risikobewertungsbericht im Einklang mit Anhang II der Richtlinie 2001/18/EG.
  - l) Vorgeschlagene Verfahren für die sichere Handhabung, Lagerung, Beförderung und Verwendung, gegebenenfalls einschließlich Verpackung, Kennzeichnung, Begleitpapiere, Entsorgung und Notfallmaßnahmen.
  - m) Stand der rechtlichen Beurteilung des GVO im Ausfuhrstaat (z.B. ob er dort verboten ist, für ihn sonstige Beschränkungen gelten oder ob seine allgemeine Freisetzung zugelassen ist) sowie, im Falle eines Verbots im Ausfuhrstaat, Grund bzw. Gründe für das Verbot.
  - n) Ergebnis und Zweck jeder durch den Exporteur hinsichtlich des zu verbringenden GVO bei anderen Staaten erfolgten Anmeldung.
  - o) Eine Erklärung, dass die obigen Angaben sachlich richtig sind.
-

## ANHANG II

## INFORMATIONEN, DIE GEMÄSS ARTIKEL 9 ERFORDERLICH SIND

- a) Name und Kontaktdaten des Antragstellers, der eine Entscheidung über die innerstaatliche Verwendung beantragt.
- b) Name und Kontaktdaten der Behörde, die für die Entscheidung verantwortlich ist.
- c) Name und Identität des GVO.
- d) Beschreibung der genetischen Veränderung, des angewandten Verfahrens und der sich daraus ergebenden Merkmale des GVO.
- e) Eine eindeutige Identifizierung des GVO.
- f) Taxonomie, Trivialname, Ort der Sammlung oder des Erwerbs sowie Merkmale des Empfängerorganismus bzw. der Ausgangsorganismen in Bezug auf die biologische Sicherheit.
- g) Sofern bekannt, Ursprungszentren und Zentren genetischer Vielfalt des Empfängerorganismus und/oder der Ausgangsorganismen sowie Beschreibung der Lebensräume, in denen die Organismen überdauern oder sich vermehren können.
- h) Taxonomie, Trivialname, Ort der Sammlung oder des Erwerbs sowie Merkmale des Spenderorganismus bzw. der Spenderorganismen in Bezug auf die biologische Sicherheit.
- i) Zugelassene Verwendungsarten des GVO.
- j) Ein Risikobewertungsbericht im Einklang mit Anhang II der Richtlinie 2001/18/EG.
- k) Vorgeschlagene Verfahren für die sichere Handhabung, Lagerung, Beförderung und Verwendung, gegebenenfalls einschließlich Verpackung, Kennzeichnung, Begleitpapiere, Entsorgung und Notfallmaßnahmen.

## ANHANG III

## INFORMATIONEN, DIE GEMÄSS ARTIKEL 14 ERFORDERLICH SIND

- a) Verfügbare einschlägige Angaben über die geschätzten Mengen und wesentlichen Merkmale und/oder Eigenschaften des GVO.
- b) Angaben über die Umstände und den mutmaßlichen Zeitpunkt der Freisetzung sowie über die Verwendung des GVO im Gebiet der Ursprungsvertragspartei.
- c) Sämtliche verfügbaren Angaben über die möglichen nachteiligen Auswirkungen auf die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt, wobei auch Risiken für die menschliche Gesundheit zu berücksichtigen sind, sowie verfügbare Angaben über mögliche Risikobewältigungsmaßnahmen.
- d) Sonstige einschlägige Angaben und
- e) eine Kontaktstelle für weitere Informationen.

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0247

## **Konstruktionsanforderungen für Öltankschiffe \*\*\*I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates (KOM(2002) 780 – C5-0629/2002 – 2002/0310(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2002) 780) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 80 Absatz 2 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0629/2002),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie sowie des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik (A5-0144/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

## **P5\_TC1-COD(2002)0310**

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 zur beschleunigten Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen für Einhüllen-Öltankschiffe und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2978/94 des Rates**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 80 Absatz 2,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen <sup>(3)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(4)</sup>,

<sup>(1)</sup> Abl. C ...

<sup>(2)</sup> Abl. C ...

<sup>(3)</sup> Abl. C ...

<sup>(4)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003.

Mittwoch, 4. Juni 2003

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 417/2002<sup>(1)</sup> legt die beschleunigte Einführung von Doppelhüllen oder gleichwertigen Konstruktionsanforderungen des MARPOL-Übereinkommens 73/78 für Einhüllen-Öltankschiffen fest, um die Gefahr von *unfallbedingten Ölverschmutzungen in europäischen Gewässern* zu verringern.
- (2) **Die Kommission und die Mitgliedstaaten werden alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, um sicherzustellen, dass eine ähnliche Regel wie die der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 in der durch die vorliegende Verordnung geänderten Fassung durch eine Änderung des MARPOL-Übereinkommens 2003 weltweit erlassen werden kann. Der Rat und die Kommission begrüßen die Bereitschaft der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO), im Dezember 2003 eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt (MEPC) abzuhalten, um eine internationale Lösung für die beschleunigte Ausmusterung von Einhüllen-Öltankschiffen sowie auf kurze Sicht die Einführung eines Verbots von Einhüllen-Öltankschiffen, die Schweröle befördern, zu erleichtern.**
- (3) Die Gemeinschaft ist ernsthaft besorgt, dass die Altersgrenzen für den Betrieb von Einhüllen-Öltankschiffen in der *Verordnung (EG) Nr. 417/2002* nicht streng genug sind, und dass diese Altersgrenzen, insbesondere nach der Havarie des Einhüllen-Öltankschiffs der Kategorie 1 „Prestige“, das mit 26 Jahren genauso alt war wie die „Erika“, weiter abgesenkt werden sollten.
- (4) In der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat über die Sicherheit des Erdöltransports zur See<sup>(2)</sup> wurden Altersgrenzen von 23, 28 bzw. 25 bis 30 Jahre für drei Kategorien von Einhüllen-Öltankschiffen sowie Fristen bis 2005, 2010 und 2015 für solche Tanker vorgeschlagen. Im ursprünglichen Vorschlag war vorgesehen, dass die Verordnung auf Öltankschiffe ab 600 Tonnen Tragfähigkeit gelten sollte. Die schließlich in der Verordnung (EG) Nr. 417/2002 nach Verhandlungen eingeführten Grenzen waren in jeder Hinsicht weniger streng.
- (5) Die Kommission kündigte in ihrer Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat zur Erhöhung der Sicherheit im Seeverkehr nach dem Untergang des Öltankschiffs „Prestige“<sup>(3)</sup> die Absicht an, einen Vorschlag für eine Verordnung zum Verbot des Transports von Schweröl in Einhüllen-Öltankschiffen von oder zu Häfen in den Mitgliedstaaten vorzulegen.
- (6) In den Schlussfolgerungen des Rates vom 6. Dezember 2002 wurde die Kommission aufgefordert, vordringlich einen Vorschlag für die beschleunigte Ausmusterung von Einhüllen-Öltankschiffen vorzulegen und das Zustandsbewertungsschema für Tankschiffe bauartunabhängig ab einem Alter von 15 Jahren einzuführen. Der Rat einigte sich außerdem darauf, dass Schweröle nur in Doppelhüllen-Öltankschiffen transportiert werden dürfen.
- (7) **Durch die beschleunigte Ausmusterung von Einhüllen-Schiffen wird die Anzahl abzuwrackender Schiffe erheblich zunehmen, und es gilt sicherzustellen, dass die abzuwrackenden Schiffe in einer für Mensch und Umwelt sicheren Weise entsorgt werden.**
- (8) Das Zustandsbewertungsschema ist so ausgelegt, dass strukturelle Schwächen in alternden Öltankschiffen erkannt werden können, und sollte daher ab 2005 für alle Öltankschiffe ab einem Alter von 15 Jahren gelten.
- (9) Das Europäische Parlament hat in seiner Entschließung vom 21. November 2002 zur *Katastrophe des Öltankers „Prestige“ vor der Küste von Galicien* strengere Maßnahmen gefordert und ausgeführt, dass dieses neue Öltankerunglück die Notwendigkeit eines wirksamen Handelns auf internationaler und EU-Ebene zur deutlichen Verbesserung der Sicherheit des Seeverkehrs erneut unterstreicht.
- (10) **Die Kommission sollte vom Rat und den Mitgliedstaaten ein Mandat erhalten, auf Grund dessen sie die Durchsetzung der Bestimmungen dieser Verordnung im Rahmen der IMO verhandeln kann.**

<sup>(1)</sup> Abl. L 64 vom 7.3.2002, S. 1. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2099/2002 (Abl. L 324 vom 29.11.2002, S. 1).

<sup>(2)</sup> KOM(2000) 142.

<sup>(3)</sup> KOM(2002) 681.

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (11) *Da die rasche Zunahme des Umfangs der Öltransporte über die Ostsee insbesondere im Winter eine Gefahr für die Meeresumwelt darstellt, müssen bei Öltankschiffen, die in einen Hafen oder Vorhafen unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats einlaufen bzw. aus diesem auslaufen oder in einem Gebiet unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats vor Anker gehen, der Schiffsverband und die Antriebsmaschine mit einem Eisschutz ausgerüstet sein, der den von der Verwaltung dieses Mitgliedstaats gestellten Anforderungen genügt, wenn aufgrund des Eisgangs der Einsatz eines Schiffes mit Eisschutz erforderlich ist.*
- (12) *Es wäre äußerst wichtig, neben den Mitgliedstaaten auch andere, insbesondere die Bewerberländer und Nachbarstaaten der Europäischen Union dazu zu bringen, sich zu verpflichten, keine Einhüllen-Öltankschiffe mehr einzusetzen.*
- (13) *Fracht- beziehungsweise Containerschiffe haben oftmals Schweröl als Treibstoff gebunkert, dessen Menge die Ladung kleinerer Öltanker erheblich übersteigen kann. Die Kommission sollte dem Europäischen Parlament und dem Rat schnellstmöglich einen Vorschlag vorlegen, um sicherzustellen, dass bei neuen Schiffen auch das als Treibstoff gebunkerte Öl in sicheren doppelwandigen Tanks gelagert wird.*
- (14) *Die europäischen Werften verfügen über das notwendige Know-How für den Bau von Doppelhüllen-Tankschiffen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten sich daher darum bemühen, mit geeigneten Instrumenten und Programmen sicherzustellen, dass die durch diese Verordnung erhöhte Nachfrage nach sicheren Doppelhüllentankschiffen positive Auswirkungen für den Schiffbausektor der Gemeinschaft hat.*
- (15) Die Verordnung (EG) Nr. 417/2002 sollte dementsprechend geändert werden –

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

#### Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 417/2002 wird wie folgt geändert:

1. In Artikel 1 wird folgender Satzteil angefügt:

„und den Transport von Schwerölen von oder nach Häfen der Mitgliedstaaten mit Einhüllen-Öltankschiffen zu verbieten.“

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

- a) der erste Spiegelstrich von Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„– die, **unabhängig davon, welche Flagge sie führen**, in einen Hafen **oder** Vorhafen unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats einlaufen **bzw. aus diesem auslaufen oder in einem Gebiet unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats vor Anker gehen** oder“

- b) Folgender Unterabsatz wird in Absatz 1 angefügt:

„Für die Zwecke von Artikel 4 Absatz 2 gilt diese Verordnung für Öltankschiffe ab 600 Tonnen Tragfähigkeit.“

3. Artikel 3 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 10 erhält folgende Fassung:

„10. **'Doppelhüllen-Öltankschiff'** ein Öltankschiff, das die Anforderungen der Regel 13F des Anhangs I zu MARPOL 73/78 bezüglich der Doppelhüllen oder einer gleichwertigen Konstruktion erfüllt. Ein Öltankschiff, das die Bestimmungen des Absatzes 1 Buchstabe c der überarbeiteten Regel 13G des Anhangs I zu MARPOL 73/78 erfüllt, gilt ebenfalls als Doppelhüllen-Öltankschiff;“

Mittwoch, 4. Juni 2003

b) Folgende Nummer wird angefügt:

„14) **Schweröle**

- a) **Rohöle mit einer Dichte bei 15 °C von über 900 kg/m<sup>3</sup> (\*)**;
- b) **Heizöle mit einer Dichte bei 15 °C von über 900 kg/m<sup>3</sup> oder einer kinematischen Viskosität bei 50 °C von über 180 mm<sup>2</sup>/s (\*\*)**;
- c) **Bitumen und Teer und ihre Emulsionen.**

(\*) Dies entspricht einem API-Grad von weniger als 25,7.

(\*\*) Dies entspricht einer kinematischen Viskosität von über 180 cSt.“

4. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Buchstaben a), b) und c) durch folgende Buchstaben ersetzt:

„a) Öltankschiffe der Kategorie 1:

- 2003 bei Schiffen, die bis einschließlich 1980 abgeliefert wurden,
- 2004 bei Schiffen, die 1981 abgeliefert wurden,
- 2005 bei Schiffen, die 1982 oder danach abgeliefert wurden.

b) Öltankschiffe der **Kategorien 2 und 3**:

- 2003 bei Schiffen, die bis einschließlich 1975 abgeliefert wurden,
- 2004 bei Schiffen, die 1976 abgeliefert wurden,
- 2005 bei Schiffen, die 1977 abgeliefert wurden,
- 2006 bei Schiffen, die 1978 und 1979 abgeliefert wurden,
- 2007 bei Schiffen, die 1980 und 1981 abgeliefert wurden,
- 2008 bei Schiffen, die 1982 abgeliefert wurden,
- 2009 bei Schiffen, die 1983 abgeliefert wurden,
- 2010 bei Schiffen, die 1984 oder danach abgeliefert **wurden.**“

b) **Der folgende Absatz 1a wird eingefügt:**

„(1a) **Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Öltankschiffe der Kategorie 2 oder 3, die lediglich über nicht für die Beförderung von Öl verwendete und sich über die gesamte Länge des Ladetanks erstreckende Doppelböden oder Doppelbeplattungen oder über nicht für die Beförderung von Öl verwendete und sich über die gesamte Länge des Ladetanks erstreckende Doppelhüllenräume verfügen, jedoch nicht die Bedingungen für eine Befreiung von den Bestimmungen des Absatzes 1 Buchstabe c der überarbeiteten Regel 13G des Anhangs I zu MARPOL 73/78 erfüllen, über das in Absatz 1 genannte Datum hinaus betrieben werden, sofern dabei weder der Jahrestag der Ablieferung des Schiffes im Jahr 2015 oder der Tag überschritten wird, an dem das Schiff ein Alter von 25 Jahren – gerechnet ab dem Ablieferungsdatum – erreicht, wobei der jeweils frühere dieser beiden Zeitpunkte zugrunde gelegt wird.**“

c) Absatz 2 erhält folgende Fassung

„(2) **Öltankschiffen, die Schweröle befördern, darf es unabhängig davon, welche Flagge sie führen, nur dann erlaubt werden, in Häfen oder Vorhäfen unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats einzulaufen bzw. aus diesen auszulaufen oder in einem Gebiet unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats vor Anker zu gehen, wenn es sich um Doppelhüllen-Öltankschiffe handelt.**“

d) Folgende Absätze werden angefügt:

„(3) **Öltankschiffe, die ausschließlich in Häfen und in der Binnenschifffahrt eingesetzt werden, können von der Verpflichtung nach Absatz 2 ausgenommen werden, wenn sie gemäß den binnenschifffahrtsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß zugelassen sind.**

(4) **Öltankschiffe mit einer Tragfähigkeit von weniger als 5 000 Tonnen haben den Bestimmungen des Absatzes 2 spätestens am Jahrestag der Ablieferung des Schiffes im Jahr 2008 zu entsprechen.**

Mittwoch, 4. Juni 2003

(5) *Bis zum ...<sup>(\*)</sup> kann ein Mitgliedstaat in den Fällen, in denen aufgrund des Eisgangs der Einsatz eines Schiffs mit Eisschutz erforderlich ist, einem mit einem Eisschutz ausgerüsteten Einhüllen-Öltankschiff, das über einen Doppelboden verfügt, der nicht für die Beförderung von Öl verwendet wird und sich über die gesamte Länge des Ladetanks erstreckt, erlauben, mit einer Schwerölladung in einen Hafen oder Vorhafen unter seiner Gerichtsbarkeit einzulaufen bzw. aus diesem auszulaufen oder in einem Gebiet unter seiner Gerichtsbarkeit vor Anker zu gehen, sofern das Schweröl nur in den mittleren Tanks des Öltankschiffs befördert wird.*

(\*) *Zwei Jahre nach Inkrafttreten dieser Verordnung.*

5. Artikel 5 erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

Entsprechung mit dem Zustandsbewertungsschema für Schiffe der Kategorien 2 und 3

*Einem über 15 Jahre alten Einhüllen-Öltankschiff darf es **unabhängig davon, welche Flagge es führt**, nach dem Jahrestag der Ablieferung des Schiffes im Jahr 2005 für Schiffe der Kategorien 2 und 3 nur dann erlaubt werden, in Häfen **oder** Vorhäfen unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats einzulaufen **bzw. aus diesen auszulaufen oder in einem Gebiet unter der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats vor Anker zu gehen**, wenn es dem in Artikel 6 genannten Zustandsbewertungsschema **entspricht**.*

6. *Artikel 6 erhält folgende Fassung:*

„Artikel 6

*Zustandsbewertungsschema*

*Für die Zwecke des Artikels 5 gilt das mit der MEPC-Entschließung 94(46) vom 27. April 2001 angenommene Zustandsbewertungsschema in der geänderten Fassung.*

7. *In Artikel 8 erhält der Einleitungssatz des Absatzes 1 folgende Fassung:*

„(1) *Abweichend von den Artikeln 4, 5 und 7 kann die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats vorbehaltlich der einzelstaatlichen Bestimmungen es einem einzelnen Schiff in Ausnahmefällen erlauben, in die Häfen oder Vorhäfen unter seiner Gerichtsbarkeit einzulaufen bzw. aus diesen auszulaufen oder in einem Gebiet unter seiner Gerichtsbarkeit vor Anker zu gehen, wenn*“

Artikel 2

Der Ratsvorsitz — im Namen der Mitgliedstaaten — und die Kommission notifizieren der IMO gemeinsam die Annahme dieser Verordnung, wobei auf Artikel 211 Absatz 3 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen Bezug genommen wird.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
Der Präsident

Im Namen des Rates  
Der Präsident

Mittwoch, 4. Juni 2003

P5\_TA(2003)0248

**Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen \*\*\*I****Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen (KOM(2002) 595 – C5-0558/2002 – 2002/0259(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2002) 595) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 175 Absatz 1 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0558/2002),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie und des Ausschusses für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr (A5-0151/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. verlangt, erneut befasst zu werden, falls die Kommission beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 277.

P5\_TC1-COD(2002)0259

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 4. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2003/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 1999/32/EG hinsichtlich des Schwefelgehalts von Schiffskraftstoffen**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,nach Stellungnahme des *Europäischen* Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,*nach* Stellungnahme des Ausschusses der Regionen <sup>(3)</sup>,gemäß dem Verfahren nach Artikel 251 *des* Vertrags <sup>(4)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 277.

<sup>(2)</sup> ABl. C ...

<sup>(3)</sup> ABl. C ...

<sup>(4)</sup> *Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 4. Juni 2003.*



Mittwoch, 4. Juni 2003

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in den Umweltaktionsprogrammen und speziell im sechsten Umweltaktionsprogramm<sup>(1)</sup> genannten und auf den Grundsätzen des Artikels 174 *des Vertrags* beruhenden Ziele der gemeinschaftlichen Umweltpolitik bestehen darin, eine Luftqualität zu erreichen, die zu keiner inakzeptablen Beeinträchtigung oder Gefährdung von Mensch und Umwelt führt.
- (2) Die Richtlinie 1999/32/EG des Rates vom 26. April 1999 über eine Verringerung des Schwefelgehalts bestimmter flüssiger Kraft- oder *Brennstoffe*<sup>(2)</sup> legt Grenzwerte für den Schwefelgehalt von in der Gemeinschaft verwendetem Schweröl, Gasöl und Gasöl für den Seeverkehr fest.
- (3) Die Kommission prüft gemäß Artikel 7 Absatz 3 der Richtlinie 1999/32/EG, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um den Beitrag zur Versauerung zu reduzieren, der auf die Verfeuerung anderer Schiffskraftstoffe als Gasöle zurückgeht, und unterbreitet gegebenenfalls einen Vorschlag.
- (4) Die von Schiffen bei der Verfeuerung schwefelreicher Schiffskraftstoffe ausgehenden Schwefeldioxid- und Partikelemissionen tragen zur Luftverschmutzung bei; sie schädigen damit die menschliche Gesundheit, **die Umwelt, öffentliches und privates Eigentum und das kulturelle Erbe** und tragen zur Versauerung bei.
- (5) **Von Schiffen ausgehende Emissionen tragen außerdem zur Erderwärmung, zur Ozonbildung und zur Eutrophierung bei.**
- (6) **Von Schiffen ausgehende Emissionen sollten in den Geltungsbereich der Richtlinie 2001/81/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe**<sup>(3)</sup> einbezogen werden.
- (7) **Menschen und Natur in Küsten- und Hafennähe sind von den Belastungen durch Schiffe mit stark schwefelhaltigen Brennstoffen besonders betroffen. Daher sind hier besondere Maßnahmen erforderlich.**
- (8) **Schiffe, die mit schwefelarmen Brennstoffen betrieben werden, haben Vorteile im Betrieb und bei den Wartungskosten.**
- (9) **Neue Technologien, insbesondere auch im Abgasbereich (z.B. SCR-Katalysatoren), erfordern schwefelarme Brennstoffe.**
- (10) **Artikel 299 des Vertrags beinhaltet die Berücksichtigung der besonderen Merkmale der Gebiete der Gemeinschaft in äußerster Randlage. Diese Gebiete in äußerster Randlage sind die französischen überseeischen Departements, die Azoren, Madeira und die Kanarischen Inseln.**
- (11) Die von der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) verfasste Anlage VI des Protokolls von 1997 zur Änderung der Internationalen Konvention zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe von 1973, geändert durch das Protokoll von 1978, (im Folgenden „Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen“), regelt die Verhütung der Luftverunreinigung durch Schiffe und weist bestimmte Gebiete als Überwachungsgebiete für Schwefeloxidemissionen (im Folgenden „SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete“) aus. Hierzu zählen gegenwärtig die Ostsee, die Nordsee und der Ärmelkanal.
- (12) Die Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen tritt erst dann in Kraft, wenn sie von mindestens 15 Staaten, auf die mindestens 50 % der Welthandelschiff-tonnage entfallen, ratifiziert worden ist. Mit der Entschließung A.929(22) ihrer Versammlung mahnt die IMO die Ratifikation der Anlage VI nachdrücklich an, und die Entschließung A.926(22) richtet an die Regierungen insbesondere jener Staaten, die von den SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebieten berührt werden, die Forderung, innerhalb ihres Hoheitsgebiets die Verfügbarkeit von schwefelarmen Bunkerkraftstoffen sicherzustellen.

<sup>(1)</sup> Beschluss Nr. 1600/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juli 2002 über das sechste Umweltaktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 242 vom 10.9.2002, S. 1).

<sup>(2)</sup> ABl. L 121 vom 11.5.1999, S. 13.

<sup>(3)</sup> **ABl. L 309 vom 27.11.2001, S. 22.**

Mittwoch, 4. Juni 2003

- (13) Der IMO-Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt hat Leitlinien für die Entnahme von Kraftstoffproben verabschiedet, anhand derer die Einhaltung der Bestimmungen der Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen überprüft wird. **Für eine glaubwürdige Umsetzung der Richtlinie bedarf es einheitlicher Probenahmeverfahren und abschreckender Strafen in der gesamten Europäischen Union.**
- (14) Die IMO wird gemäß der Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen Leitlinien zu Abgasreinigungsverfahren und sonstigen Technologien zur Minderung der SO<sub>x</sub>-Emissionen in den SO<sub>x</sub>-Emissionsüberwachungsgebieten erarbeiten.
- (15) **Angesichts der Globalität des Seeverkehrs sollten internationale Lösungen auf jeden Fall mit Nachdruck angestrebt werden. Die Übernahme der Bestimmungen dieser Richtlinie in den Rahmen der IMO muss von der Kommission und den Mitgliedstaaten stärker vorangetrieben und gefördert werden. In den weiteren Verhandlungen sollten sie insbesondere versuchen, auf Ebene der IMO eine weltweite Reduzierung des maximal zulässigen Schwefelgehalts im Schiffskraftstoff durchzusetzen. Die Kommission sollte darüber hinaus prüfen, ob zusätzliche Meeresgebiete innerhalb der Gemeinschaft, beispielsweise das Mittelmeer, der Nordostatlantik und das Schwarze Meer, in der Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen als SO<sub>x</sub>-Emissionsüberwachungsgebiete ausgewiesen werden sollten.**
- (16) Mit der Richtlinie 2001/80/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2001 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft<sup>(1)</sup> wurde die Richtlinie 88/609/EWG überarbeitet; die Richtlinie 1999/32/EG ist gemäß ihres Artikels 3 Absatz 4 in entsprechender Weise zu ändern.
- (17) Für den Beschluss künftiger Änderungen zur Anpassung dieser Richtlinie an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt ist ein Regelungsverfahren erforderlich.
- (18) Die Richtlinie 1999/32/EG sollte daher entsprechend geändert werden

HABEN FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

## Artikel 1

Die Richtlinie 1999/32/EG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Verringerung der Schwefeldioxidemissionen aus der Verbrennung bestimmter aus Erdöl gewonnener flüssiger Kraft- oder Brennstoffe soll durch die Festlegung von Grenzwerten für den Schwefelgehalt dieser Kraft- oder Brennstoffe als Voraussetzung für deren Verwendung im Gebiet der Mitgliedstaaten erreicht werden.

Für bestimmte Gebiete der Gemeinschaft werden Grenzwerte für den Schwefelgehalt der dort verwendeten Schiffskraftstoffe festgelegt. Ferner wird der Verkauf von Gasöl für den Seeverkehr und Schiffsdiesel, deren Schwefelgehalt die in dieser Richtlinie festgelegten Grenzwerte überschreitet, in der Gemeinschaft verboten.

Die Grenzwerte für den Schwefelgehalt bestimmter aus Erdöl gewonnener flüssiger Kraft- oder Brennstoffe gelten jedoch nicht für

- a) Kraft- oder Brennstoffe, die Forschungs- und Versuchszwecken dienen;
- b) Kraft- oder Brennstoffe, die vor ihrer Endverbrennung weiterverarbeitet werden sollen;
- c) Kraft- oder Brennstoffe, die zur Weiterverarbeitung in Raffinerien bestimmt sind.“

<sup>(1)</sup> ABl. L 309 vom 27.11.2001, S. 1.

**Mittwoch, 4. Juni 2003**

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
- a) Nummer 1 erster Gedankenstrich erhält folgende Fassung:
- „Schweröl
- jeden aus Erdöl gewonnenen flüssigen Kraft- oder Brennstoff, der den Definitionen der KN-Codes 27101951 bis 27101969 (\*) entspricht“
- b) Nummer 2 erster und zweiter Gedankenstrich erhält folgende Fassung:
- „Gasöl
- jeden aus Erdöl gewonnenen flüssigen Kraft- oder Brennstoff, der den Definitionen der KN-Codes 27101945, 27101949, 27101925 und 27101929 (\*) entspricht
- oder
- jeden aus Erdöl gewonnenen flüssigen Kraft- oder Brennstoff, bei dessen Destillation bei 250 °C nach der ASTM D86-Methode weniger als 65 Raumhunderterteile (einschließlich Destillationsverlusten) und bei 350 °C mindestens 85 Raumhunderterteile (einschließlich Destillationsverlusten) übergehen.
- \_\_\_\_\_
- (\*) Die KN-Codes sind in dem durch die Verordnung (EG) Nr. 2031/2001 der Kommission geänderten Gemeinsamen Zolltarif festgelegt (ABl. L 279 vom 23.10.2001, S. 1)“
- c) Nummer 3 wird gestrichen und die folgenden Nummern 3a bis 3i werden eingefügt:
- „3a. „Schiffskraftstoff“ jeden für den Seeverkehr bestimmten Kraft- oder Brennstoff, der der Definition in der ISO-Norm 8217 entspricht;
- 3b. „Schiffsdiesel“ jeden für den Seeverkehr bestimmten Kraft- oder Brennstoff, dessen Viskosität und Dichte im Rahmen der Werte für Viskosität und Dichte der Güteklassen DMB und DMC nach Tabelle 1 der ISO-Norm 8217 liegen;
- 3c. „Gasöl für den Seeverkehr“ jeden für den Seeverkehr bestimmten Kraft- oder Brennstoff, dessen Viskosität und Dichte im Rahmen der Werte für Viskosität und Dichte der Güteklassen DMB und DMA nach Tabelle 1 der ISO-Norm 8217 liegen;
- 3d. „Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen“ das Protokoll von 1997 zur Änderung der Internationalen Konvention zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe von 1973, geändert durch das Protokoll von 1978;
- 3e. „SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete“ die von der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation gemäß Regel 14 in der Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen bestimmten Sondergebiete Ostsee, Nordsee und Ärmelkanal;
- 3f. „Fahrgastschiff“ jedes Schiff, das mehr als 12 Fahrgäste befördert; als Fahrgast gilt dabei jede Person mit Ausnahme
- i) des Kapitäns und der Mitglieder der Schiffsbesatzung oder anderer Personen, die in irgendeiner Eigenschaft an Bord eines Schiffes für dessen Belange angestellt oder beschäftigt ist, und
- ii) von Kindern unter einem Jahr;
- 3g. „Linienverkehr“ eine Abfolge von Fahrten von Fahrgastschiffen, durch die dieselben zwei oder mehr Häfen miteinander verbunden werden, oder eine Abfolge von Fahrten von und nach ein und demselben Hafen ohne Zwischenstopp, und zwar
- i) entweder nach einem veröffentlichten Fahrplan
- oder
- ii) so regelmäßig oder häufig, dass eine systematische Abfolge erkennbar ist;
- 3h. „Schiffe am Liegeplatz“ Schiffe, die **an dem ihnen zugewiesenen Kai, der zugewiesenen Mole oder Offshore-Entladestelle** für Zwecke des Be- und Entladens und der Beherbergung von Fahrgästen **sicher festgemacht sind, einschließlich der Zeit, in der sie in Gemeinschaftshäfen nicht be- oder entladen werden;**
- 3i. **„Binnenwasserstraße“ eine schiffbare, nicht gezeitenabhängige Wasserstraße oder ein schiffbarer, nicht gezeitenabhängiger Fluss, deren/dessen Strömung oder Umwelt in keiner Weise durch ein Meer oder einen Ozean beeinflusst wird.“**

Mittwoch, 4. Juni 2003

## 3. Artikel 3 erhält folgende Fassung:

„Artikel 3

*Maximaler Schwefelgehalt von Schweröl*

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ab dem 1. Januar 2003 Schweröle, deren Schwefelgehalt 1,00 Massenhundertteile überschreitet, in ihrem Hoheitsgebiet nicht verwendet werden.

(2) i) Vorbehaltlich einer geeigneten Überwachung der Emissionen durch die zuständigen Behörden gilt diese Anforderung nicht für Schweröle, die

- a) in den von der Richtlinie 2001/80/EG erfassten Feuerungsanlagen verwendet werden, die im Sinne der Begriffsbestimmung von Artikel 2 Nummer 9 jener Richtlinie als neue Anlagen einzustufen sind, und die Schwefeldioxidemissionsgrenzwerte für derartige Anlagen gemäß Artikel 4 und Anhang VI jener Richtlinie einhalten;
- b) in den von der Richtlinie 2001/80/EG erfassten Feuerungsanlagen verwendet werden, die im Sinne der Begriffsbestimmung von Artikel 2 Nummer 10 jener Richtlinie als bestehende Anlagen einzustufen sind, wenn die Emissionen aus der Anlage höchstens 1 700 mg/Nm<sup>3</sup> bei einem Sauerstoffgehalt des Rauchgases von 3 Volumenhunderteilen im trockenen Bezugszustand betragen, wenn die Schwefeldioxidemissionen der von Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a der Richtlinie erfassten Feuerungsanlagen ab 1. Januar 2008 die Emissionsgrenzwerte einhalten, die für Neuanlagen gemäß Anhang IV Teil A der Richtlinie 2001/80/EG gelten, und wenn gegebenenfalls die Artikel 5, 7 und 8 jener Richtlinie Anwendung finden;
- c) in anderen Feuerungsanlagen, die nicht unter Buchstabe a) oder b) fallen, verwendet werden, wenn die Emissionen aus der Anlage höchstens 1 700 mg/Nm<sup>3</sup> bei einem Sauerstoffgehalt des Rauchgases von 3 Volumenhunderteilen im trockenen Bezugszustand betragen;
- d) für die Verfeuerung in Raffinerien bestimmt sind, wenn die über alle Feuerungsanlagen der Raffinerie gemittelten monatlichen Schwefeldioxidemissionen unabhängig vom Brennstoff oder von der Brennstoffkombination innerhalb eines von dem jeweiligen Mitgliedstaat festzulegenden Grenzwertbereichs bleiben, der 1 700 mg/Nm<sup>3</sup> nicht überschreitet. Davon ausgenommen sind Feuerungsanlagen, die unter Buchstabe a) bzw. ab 1. Januar 2008 unter Buchstabe b) fallen.

ii) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Feuerungsanlagen, in denen Schweröle mit einem höheren als dem in Absatz 1 genannten Schwefelgehalt verwendet werden, nicht ohne die Genehmigung einer zuständigen Behörde betrieben werden, in der die Emissionsgrenzwerte festgelegt sind.

(3) Die Bestimmungen des Absatzes 2 sind bei einer Überarbeitung der Richtlinie 2001/80/EG zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.“

## 4. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 wird der Satzteil „einschließlich Gasöl für den Seeverkehr“ gestrichen.
- b) **Die Absätze 2, 3 und 4 werden** gestrichen.

## 5. Folgender Artikel 4a wird eingefügt:

„Artikel 4a

*Maximaler Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen zur Verwendung in der Gemeinschaft (1. Phase)*

(1) Die an SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete angrenzenden Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Schiffskraftstoffe, deren Schwefelgehalt 1,5 Massenhundertteile überschreitet, in ihren Hoheitsgewässern, ausschließlichen Wirtschaftszonen und Schad-

Mittwoch, 4. Juni 2003

stoffkontrollgebieten, die Teil der SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete sind, nicht verwendet werden. Diese Bestimmung gilt für Schiffe aller Flaggen einschließlich jener Schiffe, die ihre Fahrt außerhalb der Gemeinschaft angetreten haben, und **wird am** [...] (\*) ]wirksam.

(2) *Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Schiffskraftstoffe, deren Schwefelgehalt 1,5 Massenhundertteile überschreitet, ab 31. Dezember 2010 in ihren Hoheitsgewässern und ausschließlichen Wirtschaftszonen in Gebieten außerhalb der SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete nicht verwendet werden. Diese Bestimmung gilt für Schiffe aller Flaggen einschließlich jener Schiffe, die ihre Fahrt außerhalb der Gemeinschaft angetreten haben.*

(3) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass im Linienerkehr von oder nach einem Gemeinschaftshafen betriebene Fahrgastschiffe ab [...] (\*) keine Schiffskraftstoffe mehr verwenden, deren Schwefelgehalt 1,5 Massenhundertteile überschreitet. Dies gilt für Schiffe aller Flaggen.

(4) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, **dass ab** [...] (\*) Schiffskraftstoffe mit einem Schwefelgehalt von höchstens 1,5 Massenhundertteilen in allen Häfen der Gemeinschaft in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

(5) Die Mitgliedstaaten **machen ab** [...] (\*) das ordnungsgemäße Führen von Logbüchern mit Angaben zur Brennstoffumstellung zur Auflage dafür, dass Schiffe in Gemeinschaftshäfen einlaufen dürfen.

(6) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, **dass ab** [...] (\*) der Schwefelgehalt aller in ihrem Hoheitsgebiet verkauften Schiffskraftstoffe vom Lieferanten auf einem von einer versiegelten Probe begleiteten Tanklieferschein, **der von einer für das empfangene Schiff zuständigen Person unterschrieben ist**, vermerkt wird.

(7) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ab [...] (\*) Schiffsdiesel, dessen Schwefelgehalt 1,5 Massenhundertteile überschreitet, in ihrem Hoheitsgebiet nicht verkauft wird.

(8) *Abweichend von Absatz 7 kann die Vermarktung von Schiffskraftstoff, dessen Schwefelgehalt 1,5 Massenhundertteile überschreitet, in den Gebieten der Gemeinschaft in äußerster Randlage gemäß der Definition in Artikel 299 des Vertrags genehmigt werden, sofern die Mitgliedstaaten gewährleisten, dass in diesen Gebieten die Luftqualitätsnormen eingehalten werden.*

(\*) *Sechs Monate nach Inkrafttreten der Richtlinie.*

## 6. Folgender Artikel 4aa wird eingefügt:

„Artikel 4aa

**Maximaler Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen zur Verwendung in der Gemeinschaft (2. Phase)**

(1) *Die an SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete angrenzenden Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Schiffskraftstoffe, deren Schwefelgehalt 0,5 Massenhundertteile überschreitet, ab 31. Dezember 2008 in ihren Hoheitsgewässern, ausschließlichen Wirtschaftszonen und Schadstoffkontrollgebieten, die Teil der SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete sind, nicht verwendet werden. Diese Bestimmung gilt für Schiffe aller Flaggen einschließlich jener Schiffe, die ihre Fahrt außerhalb der Gemeinschaft angetreten haben.*

(2) *Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Schiffskraftstoffe, deren Schwefelgehalt 0,5 Massenhundertteile überschreitet, ab 31. Dezember 2012 in ihren Hoheitsgewässern und ausschließlichen Wirtschaftszonen in Gebieten außerhalb der SO<sub>x</sub>-Emissions-Überwachungsgebiete nicht verwendet werden. Diese Bestimmung gilt für Schiffe aller Flaggen einschließlich jener Schiffe, die ihre Fahrt außerhalb der Gemeinschaft angetreten haben.*

Mittwoch, 4. Juni 2003

(3) *Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass im Linienverkehr von oder nach einem Gemeinschaftshafen betriebene Fahrgastschiffe ab 31. Dezember 2008 keine Schiffskraftstoffe mehr verwenden, deren Schwefelgehalt 0,5 Massenhundertteile überschreitet. Dies gilt für Schiffe aller Flaggen.*

(4) *Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Schiffskraftstoffe mit einem Schwefelgehalt von höchstens 0,5 Massenhundertteilen ab 31. Dezember 2008 in allen Häfen der Gemeinschaft in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.“*

7. Folgender Artikel 4b wird eingefügt:

„Artikel 4b

Maximaler Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen zur Verwendung auf Binnenwasserstraßen und an Liegeplätzen in Häfen der Gemeinschaft

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Schiffskraftstoffe auf Binnenwasserstraßen und an Liegeplätzen in Häfen der Gemeinschaft ab den folgenden Zeitpunkten nicht mehr verwendet werden:

- [... (\*)], sofern ihr Schwefelgehalt 0,20 Massenhundertteile überschreitet;
- ab 1. Januar 2008, sofern ihr Schwefelgehalt 0,10 Massenhundertteile überschreitet.

(2) *Seeschiffe in Territorialgewässern, die ihre Fahrt außerhalb der Gemeinschaft angetreten haben, können von den Bestimmungen des Absatzes 1 ausgenommen werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass der betreffende Kraftstoff im letzten Anlaufhafen des Schiffes nicht verfügbar war. Absatz 1 gilt für solche Schiffe jedoch nach Ankunft am Liegeplatz in Gemeinschaftshäfen.*

(3) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Gasöl für den Seeverkehr, dessen Schwefelgehalt die in Absatz 1 festgelegten Grenzwerte überschreitet, in ihrem Hoheitsgebiet nicht verkauft wird.

(4) *Für Kraftstoffe, die in Boilern von Tankschiffen zur Erzeugung von Dampf für den Antrieb von Entladepumpen verwendet werden, gelten die Absätze 1 und 2 ab 2010.*

(\*) *Sechs Monate* nach Inkrafttreten der Richtlinie.“

8. Folgender Artikel 4ba wird eingefügt:

„Artikel 4ba

*Pilotversuche im Hinblick auf neue emissionsmindernde Technologien*

(1) *Die Kommission gestattet unter Berücksichtigung etwaiger IMO-Leitlinien zu abgasreinigenden Systemen und anderen technischen Verfahren zur Begrenzung von SO<sub>x</sub>-Emissionen Pilotversuche im Hinblick auf in der Entwicklung befindliche emissionsmindernde Technologien, um Daten über deren Leistungsfähigkeit zu sammeln. Im Rahmen dieser Versuche ist die Verwendung schwefelarmer Schiffskraftstoffe in den beteiligten Fahrzeugen gemäß den Artikeln 4a und 4b nicht obligatorisch. Die Kommission kann diese Genehmigungen jederzeit gemäß dem in Artikel 9a genannten Verfahren zurückziehen.*

*Diese Genehmigungen gelten allgemein nicht für einen längeren Zeitraum als 18 Monate, sofern ausreichende und repräsentative Daten über die Wirksamkeit der betreffenden emissionsmindernden Technologie und deren Auswirkungen auf die Meeresumwelt gesammelt werden können.*

*Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der emissionsmindernden Technologien und die Auswirkungen auf die Meeresumwelt müssen von einem externen Sachverständigengremium verifiziert werden, das von den einschlägigen Industrieunternehmen unabhängig ist.*

Mittwoch, 4. Juni 2003

Über den anfänglichen Versuchszeitraum hinaus werden solche emissionsmindernden Technologien weiterhin langfristig kontinuierlich überwacht und regelmäßig im Hinblick auf ihre Wirksamkeit und die Auswirkungen auf die örtliche Luftqualität und die Meeresumwelt evaluiert, wobei vor allem den spezifischen Verhältnissen der Wattenmeere Rechnung zu tragen ist.

(2) Die Kommission prüft nach den in Absatz 1 genannten Versuchen gemäß dem Verfahren des Artikels 9a, ob und welche anderen emissionsmindernden Technologien als Alternative oder Ergänzung zur Verwendung von schwefelarmen (0,5 % oder 0,2 %) Schiffskraftstoffen, wie sie gemäß Artikel 4aa und 4b vorgeschrieben sind, zulässig sind, und unterbreitet Vorschläge gemäß den Bestimmungen von Artikel 7a. Auf der Grundlage der im Hinblick auf Anlage VI zum MARPOL-Übereinkommen gefassten Beschlüsse und angenommenen Leitlinien kann die Kommission andere emissionsmindernde Technologien als Alternative oder Ergänzung zu Schiffskraftstoffen zulassen, deren Schwefelgehalt 1,5 Massenhundertteile beträgt.

(3) In Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäß diesem Artikel trägt die Kommission dafür Sorge, dass

- a) ein Umweltnutzen im Vergleich zur Verwendung solcher schwefelarmer Kraftstoffe klar nachgewiesen werden kann. Die emissionsmindernde Technologien verwendenden Fahrzeuge müssen Emissionspegel aufweisen, die beträchtlich niedriger als jene sind, die sich bei Einhaltung der Vorschriften im Hinblick auf die Obergrenzen für den Schwefelgehalt im Kraftstoff ergeben, d.h. mindestens 25 % niedriger sein;
- b) alle Schiffe, in denen alternative emissionsmindernde Technologien eingesetzt werden, mit Geräten zur permanenten Überwachung der Schornsteinemissionen ausgerüstet sein, um den erforderlichen Grad an Emissionsminderungen zu erreichen;
- c) geeignete Abfallbewirtschaftungssysteme für die Abfälle vorhanden sind, die durch die emissionsmindernden Technologien erzeugt werden, und
- d) es keine nachteiligen Auswirkungen dieser Technologien auf die Meeresumwelt gibt, wobei insbesondere auf die Wattenmeere Rücksicht zu nehmen ist.“

9. Artikel 6 wird wie folgt geändert:

a) Der Titel erhält folgende Fassung:

„Überwachung und Strafen“

b) Folgender Absatz 1a wird hinzugefügt:

„(1a) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um zu kontrollieren, ob der Schwefelgehalt von Schiffskraftstoffen, die in der Gemeinschaft verkauft und

- von Schiffen in **Seegebieten der Gemeinschaft**, in Gemeinschaftshäfen und auf Binnenwasserstraßen sowie
- von Fahrgastschiffen im Linienverkehr von oder nach einem Gemeinschaftshafen verwendet werden,

den Bestimmungen der Artikel 4a, **4aa** und 4b **entspricht**. Die Probenahmen, Analysen und Überprüfungen werden wie folgt vorgenommen:

- Probenahme und Analyse des Schwefelgehalts **bei Lieferungen von Kraft- und Brennstoff** zur Verwendung an Bord von Schiffen gemäß den Leitlinien der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation;
- Probenahme und Analyse des Schwefelgehalts von Kraft- und Brennstoffen in Tanks und verschlossenen Behältern an Bord von Schiffen;
- Überprüfung von Logbüchern und Tanklieferscheinen.

Mittwoch, 4. Juni 2003

Die Probenahmen beginnen **ab** dem Zeitpunkt, zu dem der Grenzwert für den Schwefelgehalt des Kraft- oder Brennstoffs in Kraft tritt. Die Probenahmen müssen mit ausreichender Häufigkeit und in ausreichender Menge vorgenommen werden und für den geprüften Kraft- oder Brennstoff sowie für den von Schiffen in Seegebieten der Gemeinschaft, in *Gemeinschaftshäfen* und auf Binnenwasserstraßen verwendeten Kraft- oder Brennstoff repräsentativ sein. **Mindestens 50 % der Proben werden überprüft.**

**Die Mitgliedstaaten erlassen Vorschriften über wirkungsvolle Strafen, die bei Verstößen gegen die Überwachungs- und Probenahmenvorschriften verhängt werden, und ergreifen alle notwendigen Maßnahmen, damit diese Strafen verhältnismäßig sind und so angewandt werden, dass sie abschreckend wirken.**

**Die Europäische Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr (EMSA) nimmt die Berichterstattung über Luftverunreinigung in ihre Aufgaben zur Verhütung der Umweltbelastung durch Schiffe auf. Insbesondere wird die EMSA die Mitgliedstaaten und die Kommission dabei unterstützen, die wirksame Durchführung dieser Richtlinie zu überwachen.“**

c) Absatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:

„a) Schweröl und Schiffskraftstoffe: ISO 8754 (1992) und PrEN ISO 14596;“

10. Artikel 7 erhält folgende Fassung:

„Artikel 7

Berichterstattung und Überprüfung

(1) Die Mitgliedstaaten legen der Kommission auf der Grundlage der Ergebnisse der Probenahmen, Analysen und Überprüfungen gemäß Artikel 6 jährlich bis zum 30. Juni einen Kurzbericht über den Schwefelgehalt der flüssigen Kraft- und Brennstoffe vor, die unter den Anwendungsbereich dieser Richtlinie fallen und während des vorangegangenen Kalenderjahres in ihrem Hoheitsgebiet verwendet wurden. Der Bericht schließt eine nach Kraft- bzw. Brennstoffart (**schweres Heizöl**, Gasöl, Schweröl für den Seeverkehr, Schiffsdiesel, Gasöl für den Seeverkehr) unterteilte Aufstellung der insgesamt vorgenommenen Probenahmen ein und enthält Angaben zu den jeweils verbrauchten Mengen sowie eine Berechnung des durchschnittlichen Schwefelgehalts. Ferner berichten die Mitgliedstaaten über die Anzahl der an Bord von Schiffen vorgenommenen Überprüfungen und erfassen den mittleren Schwefelgehalt der in ihrem Hoheitsgebiet verwendeten Schiffskraftstoffe, die gegenwärtig nicht unter diese Richtlinie fallen.

(2) Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat unter anderem auf der Grundlage **der erstellten** Jahresberichte und der beobachteten Entwicklung **vor allem** der Luftqualität, **der Partikelemissionen**, der Versauerung **und der Schädigung von Gebäuden und dem kulturellem Erbe** bis zum 31. Dezember 2008 einen Bericht **mit Vorschlägen zur Überarbeitung** dieser Richtlinie vor. **Die Überarbeitung umfasst Vorschläge** zur Änderung der Grenzwerte für die einzelnen Kraft- und Brennstoffarten **sowie Vorschläge zur Senkung weiterer Luftschadstoffemissionen von Seeschiffen, einschließlich vollständiger Spezifikationen für Schiffsbrennstoffe im Einklang mit der Richtlinie 98/70/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 1998 über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG des Rates.<sup>(\*)</sup> Dabei sind insbesondere auch Kosteneinsparungen, die durch den verringerten Schwefelanteil in Schiffskraftstoffen beim Betrieb von Schiffen erreicht werden können, die Notwendigkeiten für neue Motorentechnologien und die Verringerung der Kosten von Umweltschäden zu berücksichtigen. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament und dem Rat darüber hinaus einen Bericht zu den Aktivitäten zur Verankerung der Bestimmungen dieser Richtlinie im Rahmen des MARPOL-Übereinkommens vor.**

(3) **Änderungen**, die zur Anpassung dieser Richtlinie an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt notwendig sind, werden nach dem Verfahren des Artikels 9a beschlossen, dürfen aber nicht zu einer direkten oder indirekten Änderung der für Kraft- und Brennstoffe geltenden Schwefelgrenzwerte führen.

(\*) **ABl. L 350 vom 28.12.1998, S. 58. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 2003/17/EG (AbI. L 76 vom 22.3.2003, S. 10).**“



Mittwoch, 4. Juni 2003

11. Folgender Artikel 7a wird eingefügt:

„Artikel 7a

*Wirtschaftliche Instrumente*

- (1) *Auf der Grundlage der Ergebnisse von Pilotversuchen und anderen durchgeführten Untersuchungen unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat spätestens zum 31. Dezember 2007 einen Bericht mit Vorschlägen zur Änderung dieser Richtlinie.*
- (2) *Die Änderung kann Vorschläge über wirtschaftliche Instrumente enthalten, unter anderem über Mechanismen wie differenzierte Gebühren und Kilometerabgaben, handelbare Emissionsgenehmigungen und Kompensationen.*
- (3) *Wenn sich die in Artikel 4ba genannten Pilotversuche als erfolgreich erwiesen haben, können etwaige Vorschläge betreffend Kompensationen Mechanismen umfassen, bei denen Schiffsbetreiber oder Gruppen von Schiffsbetreibern, die Schiffe betreiben, welche unter Artikel 4aa fallen und emissionsmindernde Technologien nutzen, die Möglichkeit haben sollen, SO<sub>2</sub>-Emissionen aus umgerüsteten Schiffen gegen Emissionen aus nicht umgerüsteten Schiffen aufzurechnen. Solche Regelungen sind nur gestattet, wenn ein Umweltvorteil im Vergleich mit der Nutzung entsprechend schwefelarmer Schiffskraftstoffe (0,5 %) klar nachgewiesen werden kann. Gemäß den in Artikel 4ba Absatz 2 genannten Bedingungen kann dies auch für Schiffe gelten, die unter Artikel 4a fallen.*
- (4) *Die Einleitung von Flüssigkeiten aus diesen Systemen ist nur erlaubt, wenn nachgewiesen ist, dass diese keine nachteiligen Auswirkungen auf die Ökosysteme haben.*
- (5) *Seeschiffe, auf denen emissionsmindernde Technologien eingesetzt werden, können außerdem von den Bestimmungen des Artikels 4b ausgenommen werden,*
- a) *wenn die Leistung des Systems und die Nettoemissionen in die Atmosphäre in Hoheitsgewässern (im Falle der Kompensation) gleich oder besser als jene von Schiffen ist, auf denen diese Technologie nicht eingesetzt und schwefelarmer Kraftstoff mit 0,2 Massenhundertteilen verwendet wird, sowie*
- b) *wenn sichergestellt werden kann, dass der örtlichen Luftqualität im selben Umfang wie bei der Verwendung schwefelarmen Kraftstoffs mit 0,2 Massenhundertteilen in Hoheitsgewässern gedient ist.“*

12. Folgender Artikel 9a wird eingefügt:

„Artikel 9a

*Regelungsausschuss*

- (1) *Die Kommission wird von einem Ausschuss unterstützt, der sich aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt.*
- (2) *Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt das Regelungsverfahren nach Artikel 5 des Beschlusses 1999/468/EG (\*) unter Beachtung von dessen Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 8.*
- (3) *Die Frist nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG beträgt drei Monate.*

(\*) Beschluss 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999, ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.“

Mittwoch, 4. Juni 2003

## Artikel 2

Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie spätestens bis zum [...] (\*) nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Wenn die Mitgliedstaaten diese Vorschriften erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten der Bezugnahme.

(\*) **Sechs Monate** nach Inkrafttreten der Richtlinie.

## Artikel 3

Diese Richtlinie tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

## Artikel 4

## Adressaten

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
*Der Präsident*

Im Namen des Rates  
*Der Präsident*

**P5\_TA(2003)0249**

**Schutz von jungen Meerestieren \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Erhaltung der Fischereiressourcen durch technische Maßnahmen zum Schutz von jungen Meerestieren (KOM(2002) 672 – C5-0026/2003 – 2002/0275(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2002) 672) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0026/2003),
- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Fischerei (A5-0168/2003),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;

(<sup>1</sup>) Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

## Mittwoch, 4. Juni 2003

3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
4. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 5  
Erwägung 8a (neu)

*(8a) Mit der Verordnung (EG) Nr. 2371/2002 wurde die Möglichkeit geschaffen, regionale Beratungsgremien einzusetzen, die dazu beitragen, das Wissen und die Erfahrung der betroffenen Fischer und sonstiger Beteiligter für die Gemeinsame Fischereipolitik zu nutzen und den unterschiedlichen Gegebenheiten in den verschiedenen Gemeinschaftsgewässern Rechnung zu tragen. Dementsprechend sollten Entscheidungen über technische Maßnahmen nur nach Berücksichtigung der Stellungnahmen der jeweiligen regionalen Beratungsgremien getroffen werden, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die Fischer wahrscheinlich die umfassendsten Kenntnisse auf dem Gebiet der in der vorliegenden Verordnung behandelten Maßnahmen haben.*

Abänderung 1  
Artikel 2 Absatz 4

(4) Die in Absatz 2 genannten Regionen können, insbesondere ausgehend von den Definitionen in Absatz 1, nach dem in **Artikel 37 Absatz 1** genannten Verfahren in geographische Gebiete unterteilt werden.

(4) Die in Absatz 2 genannten Regionen können, insbesondere ausgehend von den Definitionen in Absatz 1, nach dem in **Artikel 40 Absatz 2** genannten Verfahren in geographische Gebiete unterteilt werden.

Abänderung 2  
Artikel 4 Absatz 8

(8) Einzelheiten der Bedingungen, unter denen Kombinationen von Zugnetzen mit mehr als einem Maschenöffnungsbereich eingesetzt werden dürfen, **werden vor dem 1. November 2002 nach dem Verfahren des Artikels 40 Absatz 2 festgelegt.**

(8) **Die Kommission legt einen Vorschlag mit** Einzelheiten der Bedingungen, unter denen Kombinationen von Zugnetzen mit mehr als einem Maschenöffnungsbereich eingesetzt werden dürfen, **vor. Der Rat trifft vor dem 31. Dezember 2003 eine Entscheidung auf der Grundlage des Kommissionsvorschlags.**

Abänderung 3  
Artikel 12

Durchführungsbestimmungen über zulässige Stellzeiten und lineare Abmessungen von stationären Fanggeräten werden nach dem Verfahren des **Artikels 30 Absatz 2** erlassen.

Durchführungsbestimmungen über zulässige Stellzeiten und lineare Abmessungen von stationären Fanggeräten werden nach dem Verfahren des **Artikels 40 Absatz 2** erlassen.

Mittwoch, 4. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 4  
Artikel 17 Absatz 2 Buchstabe b

- b) *andere Meerestiere als die in den Anhängen I bis III für die Maschenöffnungskategorien unter 16 mm und 16-31 mm festgelegten Zielarten, die mit Zugnetzen einer Maschenöffnung von weniger als 32 mm gefangen wurden, sofern diese Tiere nicht aussortiert und nicht für den menschlichen Konsum verkauft, feilgehalten oder zum Verkauf angeboten werden.* **entfällt**

Abänderung 8  
Artikel 39 Absatz 1

(1) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen werden nach dem in Artikel 40 Absatz 2 genannten Verwaltungsverfahren erlassen.

(1) Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Maßnahmen werden nach dem in Artikel 40 Absatz 2 genannten Verwaltungsverfahren **und unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des oder der jeweils zuständigen regionalen Beratungsgremiums bzw. Beratungsgremien** erlassen.

Abänderung 10  
Artikel 40 Absatz 2 Unterabsatz 1

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so finden Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG Anwendung.

(2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so finden Artikel 4 und 7 des Beschlusses 1999/468/EG Anwendung, **und die Stellungnahmen des oder der jeweils zuständigen Regionalen Beratungsgremiums bzw. Beratungsgremien werden berücksichtigt.**

P5\_TA(2003)0250

## Steuerung des Fischereiaufwands \*

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Steuerung des Fischereiaufwands für bestimmte Fanggebiete und Fischereiresourcen der Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 (KOM(2002) 739 – C5-0030/2003 – 2002/0295(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2002) 739) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0030/2003),
- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Fischerei (A5-0165/2003),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Mittwoch, 4. Juni 2003

3. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
4. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
5. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 20

Artikel -1 (neu)

#### Artikel -1

*Durch diese Verordnung wird die entscheidende Bedeutung von Schutzzonen für den Aufbau einer nachhaltigen Fischereipolitik anerkannt und die Schlüsselposition der „Irish Box“ als eines der wichtigsten Aufwuchs- und Laichgebiete der Union berücksichtigt; dementsprechend behalten die Verordnungen (EG) Nr. 2847/93 und (EG) Nr. 685/95 während zehn Jahren ihre Gültigkeit; nach Ablauf dieser Zeitspanne wird von ICES und STECF eine Untersuchung durchgeführt, um festzustellen, ob die Politik des beschränkten Zugangs zum Erreichen der Ziele des Plans für die Wiederauffüllung der Kabeljaubestände beigetragen hat, was die Erholung gefährdeter Weißfischbestände angeht.*

P5\_TA(2003)0251

## Lebendviehtransporte aus Mitgliedstaaten und Beitrittsländern

### Erklärung des Europäischen Parlaments zu Lebendviehtransporten aus Mitgliedstaaten und Beitrittsländern

Das Europäische Parlament,

- gestützt auf Artikel 51 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass die geltenden Rechtsvorschriften der Gemeinschaft Transportzeiten vorsehen, die zwischen 19 Stunden für noch nicht entwöhnte Jungtiere und 29 Stunden für ausgewachsene Rinder, Ziegen und Schafe mit einstündiger Ruhezeit liegen können,
  - B. in der Erwägung, dass es wünschenswert ist, dass die Schlachtung der Tiere in der Nähe des Aufzuchtbetriebs erfolgt,
    1. ist nach wie vor zutiefst besorgt darüber, dass diese Vorschriften nicht durchgesetzt werden und lebende Tiere wie Schafe und Lämmer mehr als 40 Stunden lang in überfüllten und schlecht belüfteten Fahrzeugen transportiert werden und dabei unter Wasser- und Futterentzug zu leiden haben;
    2. weist darauf hin, dass in jüngster Zeit Schweine bei einem Transport zwischen den Niederlanden und Griechenland 90 Stunden lang in einem Lkw eingesperrt waren und dass aus Polen lebende Pferde und Esel exportiert werden, wobei die Transporte fünf Tage dauern, ohne dass für Ruhezeiten, Fütterung oder Tränkung gesorgt wird;

Mittwoch, 4. Juni 2003

3. fordert die Kommission, die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Beitrittsländer auf, die geltenden Vorschriften durchzusetzen und die vom Parlament am 13. November 2001 <sup>(1)</sup> angenommene Empfehlung umzusetzen, wonach für Transporte zur Schlachtung oder zur weiteren Mästung eine Höchstgrenze von acht Stunden oder 500 km gelten sollte;
4. fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass für Lebendvieheinfuhren der Gemeinschaft aus Drittländern EU-Standards zwingend vorgeschrieben werden und dass diese Frage im Rahmen der WTO zur Sprache gebracht wird, damit die Landwirte in der Gemeinschaft nicht durch die Einhaltung der hohen Standards in der Gemeinschaft benachteiligt werde;
5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung dem Rat und der Kommission sowie den Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer zu übermitteln.

(<sup>1</sup>) ABl. C 140 E vom 13.6.2002, S. 149.

---

## ANHANG

### NAMEN DER UNTERZEICHNER

Aaltonen, Abitbol, Ahern, Alavanos, Andersen, Andersson, Andreasen, Andria, Atkins, Auroi, Averoff, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Belder, Berend, van den Berg, Berger, Berthu, Bigliardo, Blak, Blokland, Bösch, von Boetticher, Bonde, Boogerd-Quaak, Borghezio, van den Bos, Boumediene-Thiery, Bourlanges, Bouwman, Bowis, Bradbourn, Breyer, Brie, Brok, Brunetta, Buitenweg, Bullmann, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Camre, Cappato, Carlotti, Carrilho, Cashman, Caudron, Celli, Ceyhun, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corbett, Corbey, Cornillet, Corrie, Cossutta, Costa P., Costa R., Coûteaux, van Dam, Darras, Davies, De Clercq, Dehousse, De Keyser, Dell'Alba, Della Vedova, De Rossa, Deva, Dhaene, Di Lello Finuoli, Dimitrakopoulos, Di Pietro, Doorn, Dover, Dührkop Dührkop, Duin, Dupuis, Ebner, Echerer, Elles, Eriksson, Ettl, Evans Jillian, Evans R., Färm, Fatuzzo, Ferber, Ferri, Fiebiger, Figueiredo, Fiori, Fleming, Florenz, Ford, Foster, Fourtou, Frahm, Frassoni, Friedrich, Gahler, Gahrton, de Gaulle, Gawronski, Ghilardotti, Glase, Goepel, Görlach, Gollnisch, Gomolka, Goodwill, Graefe zu Baringdorf, Graça Moura, Gröner, Grosch, Hager, Harbour, Hatzidakis, Haug, Hautala, Heaton-Harris, Helmer, Hudghton, Hughes, van Hulsten, Hume, Inglewood, Isler Béguin, Izquierdo Collado, Jackson, Jonckheer, Karas, Karlsson, Kaufmann, Kauppi, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Koch, Konrad, Korhola, Krarup, Kreissl-Dörfler, Kronberger, Kuhne, Langedijk, Lambert, Langen, Langenhagen, Lannoye, Laschet, Le Pen, Liese, Lipietz, Lisi, Lombardo, Lucas, Ludford, Lulling, Lund, Lynne, Maat, Maaten, McAvan, McCarthy, MacCormick, McKenna, McMillan-Scott, Maes, Majj-Weggen, Manders, Mann T., Marchiani, Marinho, Marini, Marinos, Markov, Martin D., Martinez, Meijer, Mennitti, Messner, Miller, Miranda, Moraes, Moreira Da Silva, Morgantini, Müller E., Müller R., Murphy, Muscardini, Mussa, Musumeci, Napoletano, Nicholson, Nicholson of Winterbourne, Niebler, Nisticò, Nobilia, Nordmann, Olsson, Onesta, Oomen-Ruijten, Oostlander, Paasilinna, Paciotti, Pack, Paisley, Pannella, Papayannakis, Parish, Pastorelli, Paulsen, Perry, Piétrasanta, Pirker, Piscarretta, Pittella, Podestà, Pohjamo, Poli Bortone, Posselt, Prets, Procacci, Pronk, Provan, Purvis, Queiró, Radwan, Raschhofer, Read, Ribeiro e Castro, Rod, de Roo, Roth-Behrendt, Rothe, Roure, Rovsing, Rübige, Rühle, Sacconi, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Sandberg-Fries, Sandbæk, Santer, Santini, Scheele, Schierhuber, Schmid G., Schmid H., Schmidt, Schnellhardt, Schörling, Schröder J., Schroedter, Schwaiger, Segni, Sichrovsky, Simpson, Sjöstedt, Skinner, Smet, Sörensen, Sommer, Sornosa Martínez, Staes, Stauner, Stenzel, Sterckx, Stevenson, Stihler, Stockton, Sturdy, Sudre, Sumberg, Suominen, Swoboda, Tajani, Tannock, Theorin, Thors, Thyssen, Trentin, Turchi, Turco, Turmes, Uca, Vairinhos, Valdivielso de Cué, Van Brempt, Vanhecke, Van Lancker, Van Orden, Vattimo, Veltroni, Villiers, Voggenhuber, Volcic, Watts, Wenzel-Perillo, Whitehead, Wieland, Wiersma, Wijkman, von Wogau, Wuori, Wyn, Wynn, Xarchakos, Zappalà, Zimeray, Zrihen

---

Donnerstag, 5. Juni 2003

(2004/C 68 E/04)

## PROTOKOLL

### ABLAUF DER SITZUNG

VORSITZ: Gérard ONESTA

*Vizepräsident*

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Sitzung wird um 10.00 Uhr eröffnet.

\*  
\*   \*  
\*

Es sprechen:

- Gianfranco Dell'Alba, der mitteilt, dass er sich das Protokoll der gestrigen Sitzung besorgen wollte, um zu deren Ablauf eine Erklärung abzugeben, dieses aber nicht verfügbar war, und nach dem Grund hierfür fragt (der Präsident weist ihn darauf hin, dass das Protokoll seit der letzten Änderung der Geschäftsordnung nicht mehr am Vormittag, sondern zu Beginn des Nachmittags verteilt wird).
- José Ribeiro e Castro, der sich auf den Richtlinienvorschlag über menschliches Gewebe und Zellen bezieht, der Gegenstand des Berichts Liese war und kürzlich im Parlament in erster Lesung behandelt wurde (P5\_(2003)0182) (Angenommene Texte der Sitzung vom 10. April 2003) und mitteilt, dass in einer Ratssitzung diese Woche der Standpunkt des Parlaments praktisch nicht berücksichtigt wurde; er fordert den Präsidenten auf, den Rat mit Blick auf die zweite Lesung und zur Vermeidung eines langen Vermittlungsverfahrens auf das Recht des Parlaments zur Stellungnahme hinzuweisen (der Präsident nimmt hiervon Kenntnis).
- Patricia McKenna, die auf die Pflicht des Parlaments hinweist, sich an seine angenommenen Texte zu halten, wenn es die Speisekarte für die Kantine zusammenstellt, und fordert, dass ein Weg gefunden wird, um Junkmail, insbesondere solche pornographischen Inhalts, abzufangen (der Präsident antwortet, dass die zuständigen Dienste das Problem kennen und alles technisch Mögliche unternehmen, um das Problem in den Griff zu bekommen).
- Mary Elizabeth Banotti, Quästorin, die sich der vorangegangenen Wortmeldung anschließt und bezüglich des zweiten Punktes mitteilt, dass sich die Quästoren mit dieser Frage beschäftigt haben und sich hierzu kommende Woche mit einer Expertengruppe treffen.
- Ioannis Marinos, der mitteilt, dass er im Zusammenhang mit seiner Haltung zur Zypernfrage Drohungen in Form einer beschriebenen Landkarte Zyperns erhalten hat, und fordert, dass die internen Sicherheitsvorkehrungen verstärkt werden, damit sich Vorfälle wie dieser nicht wiederholen (der Präsident antwortet, dass er dies an den Präsidenten des Parlaments und an die Quästoren weiterleiten wird).
- Bruno Gollnisch, der darauf hinweist, dass der französische Rechnungshof einer anti-rassistischen Vereinigung fehlerhafte Buchführung, sowie insbesondere die unlautere Verwendung öffentlicher Mittel, vorwirft; in diesem Zusammenhang erscheint der Name von Fodé Sylla; er weist darauf hin, dass angesichts der Schwere der Vorwürfe die Ehre des genannten Abgeordneten in Frage gestellt wird, dass das Parlament zusammen mit dem Betroffenen eine Jury bilden müsste (der Präsident antwortet, dass er in Abwesenheit des Betroffenen auf diese Wortmeldung nicht eingehen kann).

#### 2. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität

Die zuständigen griechischen Behörden haben am 6. Mai 2003 einen Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Efstratios Korakas gestellt.

Dieser Antrag wird gemäß Artikel 6 Absatz 2 GO an den zuständigen JURI-Ausschuss überwiesen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

### 3. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Auf Antrag der ELDR-Fraktion und der fraktionslosen Mitglieder bestätigt das Parlament die folgenden Benennungen:

- PETI-Ausschuss: Marie-France Stirbois
- Delegation für die Beziehungen zu den Ländern Mittelamerikas und Mexiko: Enrique Monsonís Domingo

### 4. Übermittlung von Gemeinsamen Standpunkten des Rates

Der Präsident teilt auf der Grundlage von Artikel 74 Absatz 1 GO mit, dass er die folgenden Gemeinsamen Standpunkte des Rates, die dazugehörigen Begründungen und die jeweiligen Standpunkte der Kommission erhalten hat:

- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Weiterverwendung von Dokumenten des öffentlichen Sektors (C5-0251/2003 – 2002/0123(COD) – 7946/1/2003 – 9279/2003 – SEK(2003) 627)  
Ausschussbefassung: federführend: ITRE  
in 1. Lesung mitberatend: CULT, ECON, JURI, LIBE
- Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Annahme eines Mehrjahresprogramms (2003-2005) zur Verfolgung der Umsetzung des Aktionsplans eEuropa 2005, zur Verbreitung empfehlenswerter Verfahren und zur Verbesserung der Netz- und Informationssicherheit (MODINIS) (C5-0252/2003 – 2002/0187(COD) – 7948/1/2003 – 9282/2003 – SEK(2003) 635)  
Ausschussbefassung: federführend: ITRE  
in 1. Lesung mitberatend: BUDG, CULT, LIBE

Die Dreimonatsfrist, über die das Parlament verfügt, beginnt somit am folgenden Tag, 6. Juni 2003.

### 5. Vorlage von Dokumenten

Folgende Dokumente sind eingegangen: von Rat und Kommission:

- Stellungnahme des Rates zu dem Vorschlag für eine Mittelübertragung 10/2003 von Kapitel zu Kapitel im Einzelplan III – Kommission – Teil B – des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2003 (C5-0248/2003 – 2003/2072(GBD))  
Ausschussbefassung: federführend: BUDG
- Rat der Europäischen Union: Initiative des Königreichs Spanien im Hinblick auf den Erlass eines Rechtsaktes des Rates betreffend die Erstellung – gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union – des Übereinkommens über die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels auf hoher See durch die Zollverwaltungen (5382/2002 – C5-0249/2003 – 2003/0816(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: LIBE  
mitberatend: JURI  
Rechtsgrundlage: Artikel 34 Absatz 2 EGV
- Rat der Europäischen Union: Initiative der Hellenischen Republik im Hinblick auf die Annahme einer Entscheidung des Rates zur Festlegung der Mindestangaben auf Schildern an Grenzübertrittsstellen an Außengrenzen (8830/2003 – C5-0253/2003 – 2003/0815(CNS))  
Ausschussbefassung: federführend: LIBE  
Rechtsgrundlage: Artikel 62 Absatz 2 EGV
- Geänderter Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen (KOM(2003) 340 – C5-0254/2003 – 2002/0128(COD))  
Ausschussbefassung: federführend: ENVI  
mitberatend: BUDG, JURI  
Rechtsgrundlage: Artikel 152 Absatz 4 EGV



Donnerstag, 5. Juni 2003

## 6. Brustkrebs (Aussprache)

Bericht: Brustkrebs in der Europäischen Union [2002/2279(INI)] – Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit

Berichterstatterin: Karin Jöns (A5-0159/2003)

Karin Jöns erläutert ihren Bericht.

Es spricht Anna Diamantopoulou (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Ria G.H.C. Oomen-Ruijten im Namen der PPE-DE-Fraktion, Catherine Stihler im Namen der PSE-Fraktion, Johanna L.A. Boogerd-Quaak im Namen der ELDR-Fraktion, Nelly Maes im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Antonio Mussa im Namen der UEN-Fraktion, María Antonia Avilés Perea, Lissy Gröner, Marie-Thérèse Hermange, Anna Karamanou, Regina Bastos, Olga Zrihen und Eija-Riitta Anneli Korhola.

VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS ROCA

Vizepräsident

Es sprechen Joke Swiebel, Fiorella Ghilardotti und María Elena Valenciano Martínez-Orozco.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 28.*

## 7. Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs \*\*\*I (Aussprache)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (KOM(2002) 377 – C5-0340/2002 – 2002/0141(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatter: Herr Schnellhardt (A5-0156/2003)

Es spricht Anna Diamantopoulou (Mitglied der Kommission).

Herr Schnellhardt erläutert seinen Bericht.

Es sprechen Ian Stewart Hudghton (Verfasser der Stellungnahme PECH), Françoise Grossetête im Namen der PPE-DE-Fraktion, Dorette Corbey im Namen der PSE-Fraktion, Marit Paulsen im Namen der ELDR-Fraktion, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf im Namen der Verts/ALE-Fraktion, Véronique Mathieu im Namen der EDD-Fraktion, Emilia Franziska Müller, Catherine Stihler, Jillian Evans, Phillip Whitehead, Albert Jan Maat, Michl Ebner und Anna Diamantopoulou.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 13.*

## 8. Tagesordnung

Es spricht Minerva Melpomeni Malliori, die beantragt, dass ihr Bericht (A5-0122/2003) ohne vorherige Aussprache in der Abstimmung vom Mittag abgestimmt wird, da für die Aussprache nur noch am Nachmittag Zeit verbleibt.

Es sprechen die Abgeordneten: Mary Elizabeth Banotti (Quästorin), die fordert, dass die Lobbyisten den freien Zugang zum Plenum nicht weiter behindern; Bernd Posselt, der auf die Wortmeldung von Minerva Melpomeni Malliori eingeht und beklagt, dass der am Montag festgelegte Arbeitsplan so wenig beachtet wird und am Donnerstag nicht mehr gilt, und ferner fordert, dass die für die Aussprache am Donnerstag

Donnerstag, 5. Juni 2003

reservierte Zeit besser genutzt wird; Patricia McKenna, die dem Antrag von Minerva Melpomeni Malliori zwar nicht widerspricht, aber die Kommission auffordert, ihren Standpunkt zu den Änderungen des Parlaments, insbesondere hinsichtlich der Kennzeichnung, bekannt zugeben, sowie Anna Diamantopoulou (Mitglied der Kommission), die den Standpunkt der Kommission erläutert.

Der Präsident stellt den Antrag von Minerva Melpomeni Malliori zur Abstimmung durch das Plenum.

Das Parlament billigt den Antrag.

VORSITZ: David W. MARTIN

*Vizepräsident*

Es spricht Bernd Posselt, der fordert, dass in Zukunft grundsätzlich bereits am Montag darüber entschieden wird, welche Berichte mit und welche ohne Aussprache behandelt werden; er vertritt ferner die Auffassung, dass die gerade erfolgte Abstimmung gegen die Geschäftsordnung verstößt, da nur der Präsident darüber entscheiden kann, dass eine Aussprache nicht stattfindet, zumal der Arbeitsplan schon am Montag festgelegt worden ist (der Präsident weist darauf hin, dass auch der Vizepräsident, der die Sitzung leitet, gemeint ist, wenn in der Geschäftsordnung vom „Präsidenten“ die Rede ist).

## **9. Tagesordnung der Sitzung vom 18. Juni**

In ihrer Sitzung von heute Vormittag hat die Konferenz der Präsidenten beschlossen, folgende Änderungen an der Tagesordnung für die Sitzung am 18. Juni 2003 vorzuschlagen:

15.00-16.00 Uhr:

Außerordentliche Aussprache über den Europäischen Konvent (Artikel 111a)

16.00- 19.00 Uhr:

Erklärungen zum Nahen Osten

Erklärungen zur Sicherheitsstrategie für die Europäische Union, einschließlich Bekämpfung des illegalen Handels mit Leichtwaffen

19.00-20.00 Uhr, 21.00-24.00 Uhr

Erklärung zum Textilabkommen im Rahmen der WTO-Verhandlungen

Bericht Jo Leinen A5-0170/2003

Bericht Anders Wijkman A5-0196/2003

Empfehlung für die zweite Lesung Giorgio Lisi A5-0198/2003

Bericht Laura González Álvarez A5-0158/2003

Bericht Marjo Matikainen-Kallström A5-0211/2003

Bericht Göran Färm A5-0173/2003

Das Parlament erklärt sich mit diesen Änderungen einverstanden.

### **ABSTIMMUNGSSTUNDE**

Die Abstimmungsergebnisse im Einzelnen (Änderungsanträge, gesonderte und getrennte Abstimmungen usw.) sind in Anlage 1 zu diesem Protokoll enthalten.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## 10. Ozonabbauende Stoffe \*\*\*I (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in Bezug auf kritische Verwendungszwecke und die Ausfuhr von Halonen, die Ausfuhr Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthaltender Produkte und Einrichtungen und Vorschriften für Chlorbrommethan (KOM(2002) 642 – C5-0554/2002 – 2002/0268(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatterin: Caroline F. Jackson (A5-0179/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 1)

VORSCHLAG DER KOMMISSION, ÄNDERUNGSANTRÄGE und ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0252)

## 11. Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer (Artikel 110a GO) (Abstimmung)

Bericht: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Rahmenbedingungen für die Förderung der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer (KOM(2002) 364 – C5-0527/2002 – 2002/2243(INI)) – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstatter: Winfried Menrad (A5-0150/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 2)

ENTSCHEIDUNGSANTRAG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0253)

## 12. Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs \*\*\*I (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (KOM(2002) 377 – C5-0340/2002 – 2002/0141(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatter: Horst Schnellhardt (A5-0156/2003).

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 3)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0254)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHEIDUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0254)

## 13. Raucharomen in oder auf Lebensmitteln \*\*\*I (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln (KOM(2002) 400 – C5-0348/2002 – 2002/0163(COD)) – Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik

Berichterstatterin: Minerva Melpomeni Malliori (A5-0122/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 4)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0255)

Donnerstag, 5. Juni 2003

## ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0255)

## Wortmeldungen:

- Bernd Posselt ist der Auffassung, dass die Abstimmung über diesen Bericht gegen die Geschäftsordnung verstößt (der Präsident entzieht ihm das Wort).

**14. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen \* (Abstimmung)**

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen (KOM(2003) 23 – C5-0040/2003 – 2003/0006(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Berichtersteller: Arlindo Cunha (A5-0197/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 5)

## VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0256)

## ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0256)

## Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Avril Doyle richtet vor der Abstimmung eine Frage an die Kommission, die Franz Fischler beantwortet.
- Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf zu einer Berichtigung betreffend Änderungsantrag 33 (der Präsident sicher zu, dass die Berichtigung erfolgt).
- Lutz Goepel, der Berichtersteller, und Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf zu den Änderungsanträgen 44, 110 und 142.
- Terence Wynn (Vorsitzender des Haushaltsausschusses) fragt die Kommission, ob sich die Beträge in den vom Parlament angenommenen Änderungsanträgen innerhalb der Grenzen der Finanziellen Vorausschau bis 2006 bewegen (die Kommission hat mitgeteilt, dass die Änderungen gegenüber dem Vorschlag der Kommission nicht unmittelbar dazu führen, dass die Ausgaben im Rahmen der Finanziellen Vorausschau überschritten werden. Mit Hilfe von den entsprechenden Entscheidungen der Verwaltungsausschüsse lassen sich die Ausgaben innerhalb der Vorausschau halten).

**15. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums \* (Abstimmung)**

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 (KOM(2003) 23 – C5-0041/2003 – 2003/0007(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Berichtersteller: Karl Erik Olsson (A5-0182/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 6)

## VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0257)

## ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0257)

Donnerstag, 5. Juni 2003

*Wortmeldungen zur Abstimmung:*

- Terence Wynn (Vorsitzender des Haushaltsausschusses) bezieht sich auf die vorangegangene Abstimmung und stellt klar, dass dasselbe Verfahren auch auf die anderen Berichte des Agrarpakets anzuwenden ist.

## **16. GMO für Getreide \*** (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Getreide (KOM(2003) 23 – C5-0042/2003 – 2003/0008(CNS)) – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Berichterstatter: Dominique F.C. Souchet (A5-0174/2003)

*(Einfache Mehrheit erforderlich)*

*(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 7)*

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0258)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0258)

## **17. GMO für Trockenfutter \*** (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter für die Wirtschaftsjahre 2004/2005 bis 2007/2008 [KOM(2003) 23 – C5-0044/2003 – 2003/0010(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Berichterstatter: Dominique F.C. Souchet (A5-0175/2003)

*(Einfache Mehrheit erforderlich)*

*(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 8)*

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0259)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0259)

## **18. GMO für Reis \*** (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Reis [KOM(2003) 23 – C5-0043/2003 – 2003/0009(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Berichterstatter: Carlos Bautista Ojeda (A5-0183/2003)

*(Einfache Mehrheit erforderlich)*

*(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 9)*

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0260)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0260)

*Wortmeldungen zur Abstimmung:*

- Der Berichterstatter beantragt zu Zwecken der Harmonisierung, dass Änderungsantrag 61 vor Änderungsantrag 6 abgestimmt wird. Der Präsident erklärt sein Einverständnis.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## 19. Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse \* (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates über eine Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse [KOM(2003) 23 – C5-0046/2003 – 2003/0012(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Berichtersterterin: Elisabeth Jeggle (A5-0177/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 10)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0261)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0261)

## 20. GMO für Milch und Milcherzeugnisse \* (Abstimmung)

Bericht: Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 über die Gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse [KOM(2003) 23 – C5-0045/2003 – 2003/0011(CNS)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
Berichtersterterin: Elisabeth Jeggle (A5-0181/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 11)

VORSCHLAG DER KOMMISSION

In der geänderten Fassung gebilligt (P5\_TA(2003)0262)

ENTWURF EINER LEGISLATIVEN ENTSCHLIESSUNG

Angenommen (P5\_TA(2003)0262)

## 21. Multifunktionalität der Landwirtschaft (Abstimmung)

Bericht: Die Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik [2003/2048(INI)] – Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Berichtersterterin: María Rodríguez Ramos (A5-0189/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 12)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0263)

## 22. Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder (Abstimmung)

Entschließungsanträge B5-0283, 0288, 0289, 0290, 0291 und 0294/2003  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 13)

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG RC-B5-0283/2003 (ersetzt B5-0283, 0288, 0289, 0290, 0291 und 0294/2003):

ingereicht von den Abgeordneten:

- Doris Pack im Namen der PPE-DE-Fraktion,
- Johannes (Hannes) Swoboda im Namen der PSE-Fraktion,

Donnerstag, 5. Juni 2003

- Joan Vallvé im Namen der ELDR-Fraktion, und Sarah Ludford,
- Joost Lagendijk und Daniel Marc Cohn-Bendit im Namen der Verts/ALE-Fraktion,
- André Brie und Pedro Marset Campos im Namen der GUE/NGL-Fraktion,
- Gerard Collins, Cristiana Muscardini und Adriana Poli Bortone im Namen der UEN-Fraktion.

Angenommen (P5\_TA(2003)0264)

### 23. Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union (Abstimmung)

Bericht: Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäische Union [KOM(2002) 700 – C5-0104/2003 – 2000/2014(COS)] – Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik

Berichtersteller: Arie M. Oostlander (A5-0160/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 14)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0265)

Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Joost Lagendijk (Vorsitzender der Delegation EU-Türkei) trägt einen mündlichen Änderungsantrag zu Änderungsantrag 11 vor; hierzu sprechen Johannes (Hannes) Swoboda, der sich im Namen der PSE-Fraktion mit diesem Änderungsantrag einverstanden erklärt, und Arie M. Oostlander (Berichtersteller), der Einwände dagegen erhebt.

Der Präsident stellt nach erneuter Prüfung fest, dass es sich um einen Zusatz handelt, und schlägt dem Parlament vor, diesen somit in dieser Form zur Abstimmung zu stellen. Das Parlament nimmt ihn durch EA an.

### 24. Wahlen in Nigeria (Abstimmung)

Entschließungsanträge B5-0285, 0286, 0292, 0295 und 0296/2003

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 15)

GEMEINSAMER ENTSCHLIESSUNGSANTRAG RC-B5-0285/2003 (ersetzt B5-0285, 0286/2003, 0292, 0295 et 0296/2003):

eingereicht von den Abgeordneten:

- John Alexander Corrie und Charles Tannock im Namen der PPE-DE-Fraktion,
- Margrietus J. van den Berg im Namen der PSE-Fraktion,
- Maria Johanna (Marieke) Sanders-ten Holte im Namen der ELDR-Fraktion,
- Nelly Maes, Caroline Lucas, Didier Rod und Paul A.A.J.G. Lannoye im Namen der Verts/ALE-Fraktion,
- Luisa Morgantini im Namen der GUE/NGL-Fraktion.

Angenommen (P5\_TA(2003)0266)

### 25. Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (Abstimmung)

Bericht: Analyse der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und über die Zukunftsaussichten [2002/2223(INI)] – Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Berichterstellerin: Miet Smet (A5-0143/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 16)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0267)

Donnerstag, 5. Juni 2003

## 26. Offene Koordinierungsmethode (Abstimmung)

Entschließungsantrag B5-0282/2003  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 17)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0268)

## 27. Frauen und Sport (Abstimmung)

Bericht: Frauen und Sport [2002/2280(INI)] – Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit  
Berichterstatlerin: Geneviève Frasse (A5-0167/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 18)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0269)

Wortmeldungen zur Abstimmung:

- Es spricht Geneviève Frasse (Berichterstatlerin), die vor der Abstimmung darauf hinweist, dass sie mit den Anträgen der PPE-DE-Fraktion auf Streichung der Ziffern 10, 17, 34 und des Buchstabens c einverstanden ist. Sie trägt anschließend einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 32 vor.

Es gibt keine Einwände gegen diesen mündlichen Änderungsantrag, der somit berücksichtigt wird.

## 28. Brustkrebs (Abstimmung)

Bericht: Brustkrebs in der Europäischen Union [2002/2279(INI)] – Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit. Berichterstatlerin: Karin Jöns (A5-0159/2003)  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 19)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen (P5\_TA(2003)0270)

\*

\* \*

Es sprechen die Abgeordneten:

- Bernd Posselt, der auf seine früheren Wortmeldungen zurückkommt und gegen das Verfahren protestiert, das im Bericht Minerva Melpomeni Malliori angewandt wurde; er vertritt die Auffassung, dass die Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht beachtet und somit die Rechte der Minderheiten missachtet wurden, insbesondere das Recht auf Aussprache, unter anderem hinsichtlich Änderungen der Tagesordnung gemäß Artikel 111 GO (der Präsident antwortet, dass der Sitzungspräsident seines Erachtens Artikel 145 GO korrekt angewandt hat; er sei jedoch bereit, den AFCO-Ausschuss mit der Angelegenheit zu befassen);
- Johannes (Hannes) Swoboda, der die Ansicht vertritt, dass die Abgeordneten immer weniger Zeit hätten, die Berichte zu erörtern; er fordert, dem Rat und der Kommission eine Redezeit von fünf oder maximal zehn Minuten einzuräumen, und er bittet den Präsidenten, dies den beiden Organen mitzuteilen (der Präsident antwortet, dass dieses Thema bereits in der Konferenz der Präsidenten behandelt wurde und dass dem Rat und der Kommission lediglich indikative Redezeiten eingeräumt werden können);



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- Michiel van Hulten zu den diversen Wortmeldungen von Bernd Posselt, in denen es seines Erachtens in Wirklichkeit darum gehe, Straßburg als Sitzungsort des Parlaments anzuerkennen;
- Marie-Hélène Gillig, die sich den Ausführungen von Bernd Posselt anschließt;
- Rainer Wieland zur Wortmeldung von Michiel van Hulten;

*Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung:*

Die schriftlichen Erklärungen zur Abstimmung gemäß Artikel 137 Absatz 3 GO sind im Ausführlichen Sitzungsbericht enthalten.

*Mündliche Erklärungen zur Abstimmung:*

Bericht Cunha – A5-0197/2003: Nuala Ahern und Robert William Sturdy, dieser im Namen der britischen Mitglieder der PPE-DE-Fraktion.

Bericht Oostlander – A5-0160/2003: Hans-Gert Poettering im Namen der PPE-DE-Fraktion, Jean-Maurice Dehousse

Bericht Fraisse – A5-0167/2003: Nelly Maes

*Berichtigungen des Stimmverhaltens*

Bericht Schnellhardt – A5-0156/2003

- Änderungsantrag 135S = 139S  
*dafür:* Phillip Whitehead  
*dagegen:* Bashir Khanbhai, Neena Gill, Mary Honeyball, Richard Howitt, Stephen Hughes, Glenys Kinnock, Arlene McCarthy, Eryl Margaret McNally, Bill Miller, Claude Moraes, Simon Francis Murphy, Brian Simpson, Peter William Skinner, Catherine Stihler, Mark Francis Watts und Terence Wynn

Bericht Cunha – A5-0197/2003

- Änderungsanträge 115 und 119/rev (Vorschlag zur Ablehnung)  
*dafür:* Ilda Figueiredo, Juan de Dios Izquierdo Collado, Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, María Sornosa Martínez, Anna Terrón i Cusí  
*dagegen:* Marie-Hélène Descamps, Claude Turmes
- Änderungsantrag 44 = 148  
*dafür:* José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, María Rodríguez Ramos  
*dagegen:* Ieke van den Burg
- Änderungsantrag 108  
*dafür:* María Sornosa Martínez  
*dagegen:* Ieke van den Burg
- Änderungsantrag 109  
*dafür:* Ieke van den Burg  
*dagegen:* Olga Zrihen
- Änderungsantrag 116  
*dagegen:* Claude Turmes
- Änderungsantrag 127  
*dagegen:* Anna Terrón i Cusí
- Änderungsantrag 131  
*dagegen:* Othmar Karas
- Änderungsantrag 132  
*dafür:* Rodi Kratsa-Tsagaropoulou, Emmanouil Mastorakis  
*dagegen:* Othmar Karas
- Änderungsantrag 133  
*dafür:* Othmar Karas

Donnerstag, 5. Juni 2003

- Änderungsantrag 139  
*dafür:* Othmar Karas
- Änderungsantrag 146  
*dafür:* María Sornosa Martínez, Anna Terrón i Cusí  
*dagegen:* Graham R. Watson
- Geänderter Vorschlag  
*dafür:* Catherine Lalumière  
*dagegen:* Ieke van den Burg  
*Enthaltung:* Nicole Thomas-Mauro
- Schlussabstimmung  
*dafür:* Lissy Gröner  
*dagegen:* Liam Hyland

Bericht Olsson – A5-0182/2003

- Änderungsantrag 25  
*dafür:* Perry
- Geänderter Vorschlag  
*Enthaltung:* Efstratios Korakas
- Schlussabstimmung  
*dafür:* Phillip Whitehead

Bericht Souchet – A5-0174/2003

- Änderungsantrag 1  
*dafür:* Marjo Matikainen-Kallström

Bericht Jeggle – A5-0177/2003

- Änderungsantrag 8  
*dafür:* Rodi Kratsa-Tsagaropoulou
- Änderungsantrag 15  
*dafür:* Dominique Vlasto, Anne-Marie Schaffner, Marie-Thérèse Hermange
- Änderungsantrag 20  
*dagegen:* Claude Turmes

Bericht Jeggle – A5-0181/2003  
*dafür:* Marjo Matikainen-Kallström

Bericht: Miet Smet – A5-0143/2003

- Änderungsantrag 6  
*dafür:* Maria Martens

**ENDE DER ABSTIMMUNGSSTUNDE**

- Es sprechen die Abgeordneten Rainer Wieland, der auf eine sprachliche Korrektur in der deutschen und der dänischen Fassung von Ziffer 1 der schriftlichen Erklärung 5/2003 hinweist, die von der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments unterzeichnet wurde (*Punkt 41*), und Bernd Posselt für eine persönliche Bemerkung im Anschluss an die Wortmeldung von Michiel van Hulst und für eine Bemerkung zur Anwendung der Geschäftsordnung hinsichtlich der Auslegung von Artikel 145 GO durch den Präsidenten.

*(Die Sitzung wird von 13.50 Uhr bis 15.05 Uhr unterbrochen.)*

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSITZ: Renzo IMBENI

Vizepräsident

## 29. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Antonio Tajani, Neil MacCormick und Jens-Peter Bonde, die aufgrund von höherer Gewalt an den Abstimmungen nicht teilnehmen konnten, werden für die Abstimmungsstunde der vorangegangenen Sitzung sowie der laufenden Sitzung als anwesend betrachtet (*Punkt 1 des Protokolls vom 4. Juni 2003*).

Françoise Grossetête hat mitgeteilt, dass sie in der Sitzung vom 4. Juni 2003 anwesend war, ihr Name in der Anwesenheitsliste jedoch nicht aufgeführt ist.

Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.

## 30. Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht (Aussprache)

Bericht: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Bürgerbeauftragten über die Beziehungen zum Beschwerdeführer bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht [KOM(2002) 141 – C5-0288/2002 – 2002/2148(COS)] – Petitionsausschuss  
Berichterstatlerin: Janelly Fourtou (A5-0157/2003).

Janelly Fourtou erläutert den Bericht.

Es spricht Anna Diamantopoulou (Mitglied der Kommission).

Es sprechen Felipe Camisón Asensio im Namen der PPE-DE-Fraktion, Margot Keßler im Namen der PSE-Fraktion, Jean Lambert im Namen der Verts/ALE-Fraktion und Herbert Bösch.

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 37*.

## DEBATTEN ÜBER FÄLLE VON VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE, DER DEMOKRATIE UND DER RECHTSSTAATLICHKEIT

(*Titel und Verfasser der Entschließungsanträge: siehe Punkt 2 des Protokolls vom 3. Juni 2003*).

## 31. Lage in Indonesien, insbesondere in der Provinz Aceh (Aussprache)

Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über sechs Entschließungsanträge (B5-0293, 0298, 0301, 0302, 0307 und 0311/2003).

Bernd Posselt, Erik Meijer, Bastiaan Belder, Paulo Casaca, Bob van den Bos und Nelly Maes erläutern Entschließungsanträge.

Es sprechen Charles Tannock im Namen der PPE-DE-Fraktion, Elizabeth Lynne im Namen der ELDR-Fraktion und Viviane Reding (Mitglied der Kommission).

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 34*.

Donnerstag, 5. Juni 2003

### 32. Birma (Aussprache)

Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über fünf Entschließungsanträge (B5-0297, 0303, 0305, 0306 und 0310/2003).

Karin Junker, Giles Bryan Chichester, Bob van den Bos und Patricia McKenna erläutern Entschließungsanträge.

Es spricht Thomas Mann im Namen der PPE-DE-Fraktion

VORSITZ: Alejo VIDAL-QUADRAS ROCA

Vizepräsident

Es sprechen Paulo Casaca im Namen der PSE-Fraktion, Ulla Margrethe Sandbæk im Namen der EDD-Fraktion und Viviane Reding (Mitglied der Kommission).

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 35.*

### 33. Simbabwe (Aussprache)

Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über sechs Entschließungsanträge (B5-0287, 0299, 0300, 0304, 0308 und 0309/2003).

Richard A. Balfe, Bastiaan Belder, Karin Junker und Nelly Maes erläutern Entschließungsanträge.

Es sprechen Lennart Sacrédeus im Namen der PPE-DE-Fraktion, Michael Gahler und Viviane Reding (Mitglied der Kommission).

Die Aussprache ist geschlossen.

Abstimmung: *Punkt 36.*

## ENDE DER DEBATTE ÜBER FÄLLE VON VERLETZUNGEN DER MENSCHENRECHTE, DER DEMOKRATIE UND DER RECHTSSTAATLICHKEIT

### ABSTIMMUNGSSTUNDE

### 34. Lage in Indonesien, insbesondere in der Provinz Aceh (Abstimmung)

Entschließungsanträge B5-0293, 0298, 0301, 0302, 0307 und 0311/2003

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 20)

GEMEINSAMER ENTSCHEIDUNGSANTRAG RC-B5-0293/2003

(ersetzt B5-0293, 0298, 0301, 0302, 0307 und 0311/2003):

eingereicht von den Abgeordneten:

- Hartmut Nassauer und Bernd Posselt im Namen der PPE-DE-Fraktion,
- Margrietus J. van den Berg und Proinsias De Rossa im Namen der PSE-Fraktion,
- Joan Vallvé und Elizabeth Lynne im Namen der ELDR-Fraktion,
- Matti Wuori, Patricia McKenna und Nelly Maes im Namen der Verts/ALE-Fraktion,
- Luigi Vinci im Namen der GUE/NGL-Fraktion,
- Bastiaan Belder im Namen der EDD-Fraktion

Angenommen (P5\_TA(2003)0271)

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

*Wortmeldungen zur Abstimmung:*

- Nelly Maes trägt im Namen der Verts/ALE-Fraktion einen mündlichen Änderungsantrag zu Änderungsantrag 4 vor.

Es gibt keine Einwände gegen diesen mündlichen Änderungsantrag, der somit berücksichtigt wird.

### **35. Birma (Abstimmung))**

Entschließungsanträge B5 0297, 0303, 0305, 0306 und 0310/2003  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 21)

GEMEINSAMER ENTSCHEIDUNGSANTRAG RC-B5-0297/2003  
(ersetzt B5-0297, 0303, 0305, 0306 und 0310/2003):

eingereicht von den Abgeordneten:

- Geoffrey Van Orden, Nirj Deva, Toine Manders, Hanja Maij-Weggen und Lennart Sacrédeus im Namen der PPE-DE-Fraktion,
- Margrietus J. van den Berg, Martin Schulz, Glenys Kinnock, Walter Veltroni und Fiorella Ghilardotti im Namen der PSE-Fraktion,
- Bob van den Bos im Namen der ELDR-Fraktion,
- Patricia McKenna und Marie Anne Isler Béguin im Namen der Verts/ALE-Fraktion,
- Marianne Eriksson, Fausto Bertinotti, Yasmine Boudjenah und Luisa Morgantini im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Angenommen (P5\_TA(2003)0272)

*Wortmeldungen zur Abstimmung:*

- Jean Lambert im Namen der Verts/ALE-Fraktion, die einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 7 betreffend die Streichung der Worte „dass unter internationaler Beobachtung unverzüglich Wahlen abgehalten werden und“ vorträgt.

Bob van den Bos im Namen der ELDR-Fraktion, der vorschlägt, dass nur das Wort „unverzüglich“ gestrichen wird, womit sich Jean Lambert nicht einverstanden erklärt.

Der Präsident stellt fest, dass weniger als 32 Abgeordnete Einwände gegen diesen Vorschlag haben, der somit in der von Jean Lambert vorgeschlagenen Fassung berücksichtigt wird.

### **36. Simbabwe (Abstimmung))**

Entschließungsanträge B5-0287, 0299, 0300, 0304, 0308 und 0309/2003  
(Einfache Mehrheit erforderlich)  
(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 22)

GEMEINSAMER ENTSCHEIDUNGSANTRAG RC-B5-0287/2003  
(ersetzt B5-0287, 0300, 0304 und 0308/2003):

eingereicht von den Abgeordneten:

- Geoffrey Van Orden, John Alexander Corrie, Nirj Deva, Jacqueline Foster, Neil Parish, Charles Tannock, Mary Elizabeth Banotti, Michael Gahler, Eija-Riitta Anneli Korhola, Klaus-Heiner Lehne, Hanja Maij-Weggen und Lennart Sacrédeus im Namen der PPE-DE-Fraktion,
- Glenys Kinnock und Margrietus J. van den Berg im Namen der PSE-Fraktion,
- Bob van den Bos und Jan Mulder im Namen der ELDR-Fraktion,
- Bastiaan Belder im Namen der EDD-Fraktion.

Angenommen (P5\_TA(2003)0273)

Donnerstag, 5. Juni 2003

### **37. Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht** (Artikel 110a GO (Abstimmung))

Bericht: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Bürgerbeauftragten über die Beziehungen zum Beschwerdeführer bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht [KOM(2002) 141 – C5-0288/2002 – 2002/2148(COS)] – Petitionsausschuss

Berichterstatlerin: Janelly Fourtou (A5-0157/2003)

(Einfache Mehrheit erforderlich)

(Abstimmungsergebnis: Anlage 1 Punkt 23)

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Angenommen durch einzige Abstimmung (P5\_TA(2003)0274)

*Berichtigungen des Stimmverhaltens*

Bericht Janelly Fourtou – A5-0157/2003

*dafür:* Charles Tannock und Elizabeth Lynne

Es spricht Paul Rübig, der verlangt, dass in Zukunft die für die Abstimmung festgesetzte Uhrzeit eingehalten wird (der Präsident verweist auf die Tagesordnung, in der es heißt „im Anschluss an die Aussprachen bzw. spätestens um 16.30 Uhr“).

### **38. Genehmigung zur Ausarbeitung von Initiativberichten – Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Ausschüssen – Änderung der Titel von Berichten**

#### **Genehmigung zur Ausarbeitung von Initiativberichten gemäß Artikel 163 GO**

PECH-Ausschuss:

- Verbesserung der wissenschaftlichen und technischen Gutachten für das Fischereimanagement der Gemeinschaft (KOM(2003) 625 – C5-0241/2003 – 2003/2099(INI)) (Mitberatend: ITRE)  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).
- Für eine einheitliche und wirksame Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik (KOM(2003) 130 – C5-0240/2003 – 2003/2104(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

AGRI-Ausschuss:

- Koexistenz zwischen genetisch veränderten Kulturpflanzen und konventionellen sowie biologischen Kulturpflanzen (2003/2098(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

EMPL-Ausschuss:

- Fortschritt über die Umsetzung der Dokumente zur gemeinsamen Bewertung der Beschäftigungspolitik in den Beitrittsländern (KOM(2003) 37 – C5-0239/2003 – 2003/2105(INI)) (Mitberatend: AFET)  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

JURI-Ausschuss:

- Überprüfung der Auswirkung gemeinschaftlicher Verordnungen und Konsultationsverfahren (2003/2079(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

## ECON-Ausschuss:

- Überprüfung der Vorschriften und der Praxis im Bereich der staatlichen Beihilfen im Hinblick auf den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten (2003/2083(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).
- Derivate in den Finanzmärkten (2003/2082(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).
- Rolle und Arbeitsweise der Ratingagenturen (2003/2081(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).
- Reform des internationalen Währungsfonds (2003/2080(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).
- Rechtlicher Rahmen für einen einheitlichen Zahlungsraum (2003/2101(INI)) (Mitberatend: JURI)  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

## CONT-Ausschuss:

- Ernennungskriterien für die Mitglieder des Europäischen Rechnungshofes (2003/2076(INI)) (Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

**Genehmigung zur Ausarbeitung von Initiativberichten gemäß Artikel 47 Absatz 1 GO**

## ECON-Ausschuss:

- Europäische Zentralbank EZB. Jahresbericht 2002 (I5-0012/2003 – C5-0238/2003 – 2003/2102(INI))  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

**Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Ausschüssen****Artikel 162a GO wird auf folgende Berichte angewendet:**

## Vom RETT-Ausschuss:

- Meeresverschmutzung durch Schiffe: Einführung von Sanktionen, einschließlich strafrechtlicher Sanktionen, für Verschmutzungsdelikte (KOM(2003) 92 – C5-0076/2003 – 2003/0037(COD)) (mitberatend: ENVI, JURI, LIBE)  
Verfahren gemäß Artikel 162a GO zwischen RETT und ENVI  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

## Vom ECON-Ausschuss:

- Änderung der Wettbewerbsregeln im Hinblick auf den Luftverkehr zwischen der Gemeinschaft und Drittländern (KOM(2003) 91 – C5-0107/03 – 2003/0038(CNS)) (mitberatend: RETT, ITRE, JURI)  
Verfahren gemäß Artikel 162a GO zwischen ECON und RETT  
(Beschluss der Konferenz der Präsidenten vom 28. Mai 2003).

**Beschluss über die Ausarbeitung eines Berichts gemäß Artikel 181 GO**

## AFCO-Ausschuss:

- Geschäftsordnung des EP: neuer Artikel 29a – Tätigkeiten und rechtlicher Status der Fraktionen (Genehmigung der Konferenz der Präsidenten vom 8. Mai 2003) (2003/2114(REG))

Donnerstag, 5. Juni 2003

### **Änderung des Titels eines von der Konferenz der Präsidenten genehmigten Berichts**

FEMM-Ausschuss:

- „Gender Budgeting“: Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten (Genehmigung der Konferenz der Präsidenten vom 4. September 2002) (2002/2198(INI) – Protokoll vom 10. Oktober 2002)  
(Früherer Titel: Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Dimension im Haushalt)
- Die Verletzung der Rechte der Frau und die internationalen Beziehungen der Europäischen Union (Genehmigung der Konferenz der Präsidenten vom 6. Februar 2003) (2002/2286(INI) – Protokoll vom 13. Februar 2003)  
(Früherer Titel: Die Anwendung der Rechte der Frau in der internationalen Politik der Europäischen Union)

JURI-Ausschuss:

- Bericht über die Mitteilungen der Kommission über die Vereinfachung und Verbesserung des gemeinschaftlichen Regelungsumfeldes (Genehmigung der Konferenz der Präsidenten vom 7. Februar 2002) (2002/2052(COS) – Protokoll vom 11. März 2002)  
(Früherer Titel: Vereinfachung und Verbesserung des Regelungsumfeldes)

## **39. Zusammensetzung des Parlaments**

Daniel Ducarme, der zum Mitglied des belgischen Bundesparlaments und Ministerpräsident der Region Brüssel-Hauptstadt ernannt wurde, hat schriftlich seinen Rücktritt als Mitglied des Europäischen Parlaments mit Wirkung vom 5. Juni 2003 mitgeteilt.

Gemäß Artikel 8 Absatz 3 GO stellt das Parlament das Freiwerden dieses Sitzes fest und unterrichtet den betreffenden Mitgliedstaat davon.

## **40. Mitteilung der Stellungnahme der Kommission zum Abgeordnetenstatut**

Der Präsident teilt mit, dass er die Stellungnahme der Kommission zum Abgeordnetenstatut (C5-0258/2003) am 3. Juni 2003 erhalten und den Abgeordneten übermittelt hat, bevor das Parlament seinen Beschluss gemäß Artikel 190 Absatz 5 des EG-Vertrags fasst.

## **41. Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Union (schriftliche Erklärungen)**

Die schriftliche Erklärung 5/2003 zur Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Europäischen Union, die von den Abgeordneten Arlene McCarthy, Janelly Fourtou, Toine Manders, Raina A. Mercedes Echerer und Marcelino Oreja Arburúa eingereicht wurde, hat am 5. Juni 2003 die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erhalten und wird somit gemäß Artikel 51 Absatz 4 GO an die Adressaten übermittelt und zusammen mit den Namen der Unterzeichner in den Angenommenen Texten dieser Sitzung veröffentlicht (P5\_TA(2003)0275).

Es spricht Arlene McCarthy, die den Abgeordneten für ihre Unterstützung zu dieser Erklärung dankt.



Donnerstag, 5. Juni 2003

## 42. Schriftliche Erklärungen im Register (Artikel 51 GO)

Anzahl der Unterschriften, die folgende in das Register eingetragene schriftliche Erklärungen erhalten haben (Artikel 51 Absatz 3 GO):

Dokument Nr.	Verfasser	Unterschriften
4/2003	Charles Tannock, Theresa Villiers, Roger Helmer, Patricia McKenna und Alexander de Roo	334
5/2003	Arlene McCarthy, Janelly Fourtou, Toine Manders, Raina A. Mercedes Echerer und Marcelino Oreja Arburúa	321
6/2003	Mario Borghezio	14
7/2003	Catherine Guy-Quint, Colette Flesch, Freddy Blak, Brian Simpson und Terence Wynn	138
8/2003	Claude Moraes, Michael Cashman, Kathalijne Maria Buitenweg, Carmen Cerdeira Morterero und Ozan Ceyhun	72
9/2003	Kathalijne Maria Buitenweg, Andrew Nicholas Duff, Christopher Heaton-Harris, Michiel van Hulst und Helle Thorning-Schmidt	118

## 43. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte

Das Protokoll dieser Sitzung wird dem Parlament gemäß Artikel 148 Absatz 2 GO zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung unterbreitet.

Mit Zustimmung des Parlaments werden die angenommenen Texte umgehend den Adressaten übermittelt.

## 44. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen

Die nächsten Sitzungen finden am 18 und am 19. Juni 2003 statt.

## 45. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments ist unterbrochen.

Die Sitzung wird um 16.45 Uhr geschlossen.

Julian Priestley  
Generalsekretär

Pat Cox  
Präsident

Dienstag, 10. Oktober 2000

## ANWESENHEITSLISTE

Unterzeichnet haben:

Aaltonen, Ahern, Ainardi, Alyssandrakis, Andersson, Aparicio Sánchez, Arvidsson, Attwooll, Auroi, Avilés Perea, Ayuso González, Bakopoulos, Balfe, Baltas, Banotti, Barón Crespo, Bartolozzi, Bastos, Bautista Ojeda, Bayona de Perogordo, Beazley, Belder, Berend, Berenguer Fuster, van den Berg, Berlato, Bernié, Berthu, Bethell, Beysen, Bigliardo, Blokland, Bodrato, Böge, Bösch, von Boetticher, Bonino, Boogerd-Quaak, Borghezio, van den Bos, Boudjenah, Boumediene-Thiery, Bourlanges, Bouwman, Bowe, Bowis, Breyer, Brie, Buitenweg, Bullmann, van den Burg, Bushill-Matthews, Busk, Butel, Callanan, Camisón Asensio, Campos, Cappato, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cashman, Caudron, Cederschiöld, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cohn-Bendit, Collins, Corbey, Corrie, Raffaele Costa, Coûteaux, Cox, Crowley, Cunha, van Dam, Darras, Daul, Davies, De Clercq, Dehousse, De Keyser, Dell'Alba, Della Vedova, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, Désir, De Veyrac, Dhaene, Díez González, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Dührkop Dührkop, Duin, Dupuis, Ebner, Echerer, Elles, Esclopé, Ettl, Jillian Evans, Jonathan Evans, Robert J.E. Evans, Farage, Fava, Ferber, Fernández Martín, Ferreira, Ferrer, Ferri, Fiebiger, Figueiredo, Fiori, Fitzsimons, Flautre, Flemming, Flesch, Folias, Ford, Formentini, Foster, Fourtou, Fraisse, Frassoni, Fruteau, Gahler, Gahrton, Galeote Quecedo, Garaud, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garot, Garriga Polledo, Gasòliba i Böhm, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Glase, Goebbels, Goepel, Görlach, Gollnisch, Gomolka, González Álvarez, Goodwill, Gorostiaga Atxalandabaso, Graefe zu Baringdorf, Graça Moura, Gröner, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hager, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Haug, Hazan, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herranz García, Hieronymi, Honeyball, Hortefeux, Howitt, Hudghton, Hughes, van Hulten, Hyland, Iivari, Ilgenfritz, Imbeni, Isler Béguin, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Jöns, Jové Peres, Junker, Karamanou, Karas, Karlsson, Keppelhoff-Wiechert, Keßler, Khanbhai, Kindermann, Glenys Kinnock, Klamt, Klab, Knolle, Konrad, Korakas, Korhola, Koukiadis, Koulourianos, Kratsa-Tsagaropoulou, Kronberger, Kuckelkorn, Kuhne, Kuntz, Lage, Lagendijk, Lalumière, Lambert, Lang, Lange, Langen, Langenhagen, Lannoye, de La Perrière, Laschet, Lavarra, Lechner, Lehne, Leinen, Liese, Linkohr, Lipietz, Lisi, Lucas, Ludford, Lulling, Lund, Lynne, Maat, Maaten, McCarthy, McCartin, McKenna, McNally, Maes, Malliori, Manders, Manisco, Erika Mann, Thomas Mann, Marinos, Markov, Marques, Maset Campos, Martens, David W. Martin, Hans-Peter Martin, Martinez, Martínez Martínez, Mastorakis, Mathieu, Matikainen-Kallström, Mauro, Hans-Peter Mayer, Xaver Mayer, Mayol i Raynal, Medina Ortega, Meijer, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Mennea, Mennitti, Menrad, Messner, Miguélez Ramos, Miller, Modrow, Monsonís Domingo, Montfort, Moraes, Moreira Da Silva, Morgantini, Morillon, Emilia Franziska Müller, Mulder, Murphy, Musotto, Mussa, Myller, Näir, Napoletano, Napolitano, Naranjo Escobar, Nassauer, Newton Dunn, Nicholson, Nicholson of Winterbourne, Niebler, Nisticò, Nobilia, Nogueira Román, Nordmann, Obiols i Germà, Ojeda Sanz, Olsson, Ó Neachtain, Onesta, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Ortuondo Larrea, Paasilinna, Pacheco Pereira, Pack, Paisley, Pannella, Parish, Pastorelli, Patakis, Patrie, Paulsen, Pérez Álvarez, Pérez Royo, Roy Perry, Pesälä, Piecyk, Piétrasanta, Pirker, Píscarreta, Pittella, Plooi-j-van Gorsel, Podestà, Poettering, Pohjamo, Poignant, Pomés Ruiz, Poos, Posselt, Prets, Procacci, Pronk, Provan, Puerta, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Randzio-Plath, Rapkay, Raschhofer, Raymond, Redondo Jiménez, Ribeiro e Castro, Ries, Ripoll y Martínez de Bedoya, Rod, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Roving, Rübige, Rühle, Sacconi, Sacrédeus, Saint-Josse, Sakellariou, Salafranca Sánchez-Neyra, Sandbæk, Sanders-ten Holte, Santini, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schaffner, Scheele, Schierhuber, Schleicher, Gerhard Schmid, Herman Schmid, Olle Schmidt, Schmitt, Schnellhardt, Schörling, Ilka Schröder, Jürgen Schröder, Schroedter, Schulz, Schwaiger, Segni, Simpson, Sjöstedt, Skinner, Smet, Soares, Sommer, Sornosa Martínez, Souchet, Souladakis, Sousa Pinto, Staes, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sterckx, Stevenson, Stihler, Stirbois, Stockmann, Sturdy, Sudre, Suominen, Swibel, Swoboda, Tannock, Terrón i Cusí, Theato, Thomas-Mauro, Thors, Thyssen, Titley, Torres Marques, Trakatellis, Trentin, Tsatsos, Turco, Turmes, Uca, Väyrynen, Vairinhos, Valdivielso de Cué, Valenciano Martínez-Orozco, Vallvé, Van Brempt, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, Vattimo, van Velzen, Vermeer, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vinci, Virrankoski, Vlasto, Volcic, Wachtmeister, Walter, Watson, Watts, Weiler, Wenzel-Perillo, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wieland, Wiersma, Wijkman, von Wogau, Wuori, Wyn, Wynn, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimeray, Zimmerling, Zissener, Zorba, Zrihen,

Beobachter

A. Nagy László, Bagó Zoltán, Bastys Mindaugas, Bekasovs Martijans, Bielan Adam, Bobelis Kazys Jaunutis, Chronowski Andrzej, Chrzanowski Zbigniew, Czinege Imre, Ékes József, Falbr Richard, Filipek Krzysztof, Gawłowski Andrzej, Gruber Attila, Grzyb Andrzej, Gyürk András, Hegyi Gyula, Jakič Roman, Kamiński Michał Tomasz, Kłopotek Eugeniusz, Klukowski Waclaw, Kozlík Sergej, Kreitzberg Peeter, Kroupa Daniel,

**Dienstag, 10. Oktober 2000**

Kubovič Pavol, Kuzmickas Kęstutis, Kvietkauskas Vytautas, Litwiniec Bogusław, Lydeka Arminas, Łyżwiński Stanisław, Maldeikis Eugenijus, Mallotová Helena, Matsakis Marios, Mavrou Eleni, Óry Csaba, Palečková Alena, Pasternak Agnieszka, Plokšto Artur, Podgórski Bogdan, Pospíšil Jiří, Reiljan Janno, Rouček Libor, Rutkowski Krzysztof, Sefzig Luděk, Ševc Jozef, Šulák Petr, Szabó Zoltán, Szczygło Aleksander, Tabajdi Csaba, Vadai Ágnes, Valys Antanas, Vareikis Egidijus, Vári Gyula, Vella George, Vésaitė Birutė, Wikiński Marek, Wiśniowska Genowefa, Wojciechowski Janusz, Záborská Anna, Żenkiewicz Marian, Žiak Rudolf,

---

Donnerstag, 5. Juni 2003

## ANLAGE I

## ERGEBNISSE DER ABSTIMMUNGEN

## Erklärung der Abkürzungen und Symbole

+	angenommen
-	abgelehnt
↓	hinfällig
Z	zurückgezogen
NA (... , ... , ...)	namentliche Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
EA (... , ... , ...)	elektronische Abstimmung (Ja-Stimmen, Nein-Stimmen, Enthaltungen)
getr.	getrennte Abstimmungen
ges.	gesonderte Abstimmungen
Änd.	Änderungsantrag
K	Kompromissänderungsantrag
entspr.	entsprechender Teil
S	Streichung
=	identische Änderungsanträge
§	Absatz/Ziffer/Nummer
Art.	Artikel
Erw.	Erwägung
Entschl.antr.	Entschließungsantrag
gem. Entschl.antr.	gemeinsamer Entschließungsantrag
Geh.	Geheime Abstimmung

**1. Ozonabbauende Stoffe \*\*\*I**

Bericht: JACKSON \*\*\*I (A5-0179/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

**2. Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer**

Bericht: MENRAD (A5-0150/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzig Abst. (Artikel 110a GO)</b>		+	

Donnerstag, 5. Juni 2003

**3. Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs \*\*\*I**

Bericht: SCHNELLDHARDT (A5-0156/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-3 5-14 16-24 26-37 39-45 47-71 73-79 81-84 87-89 91-100 104-106 108 110-121 123-126	<b>Ausschuss</b>		+		
	<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	4	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		15	<b>Ausschuss</b>	ges./EA	+	239, 192, 5
		25	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		46	<b>Ausschuss</b>	ges./EA	+	221, 197, 4
		72	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		80	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		86	<b>Ausschuss</b>	ges.	-	
		90	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		101	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		102	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		103	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
		107	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
109		<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
122	<b>Ausschuss</b>	ges.	+			
Artikel 3	128	PPE-DE		+		
nach Artikel 4	129	PPE-DE		+		
Artikel 5 und nach Artikel 5	38	<b>Ausschuss</b>		+		
	130	PPE-DE		+		
	131	PPE-DE	EA	+	228, 211, 5	
weiter nach Artikel 5	138	PPE-DE	getr.			
			1	+		
			2/EA	+	228, 209, 8	
Anhang 1, Kapitel 1	132	PPE-DE		+		
	133	PPE-DE		+		

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Anhang I Kapitel 2 Abschnitt II Nummer 2 Buchstabe a Einleitung	85	<b>Ausschuss</b>	NA	+	379, 62, 8
	141	PARISH et al.		↓	
Anhang I Kapitel 1 Abschnitt II Nummer 2 Buchstabe a Rest des Textes	143	PARISH et al.		-	
	142	PARISH et al.		-	
Anhang I Kapitel 2 Abschnitt II Nummer 2 Buchstabe b	134	PPE-DE	EA	+	342, 95, 8
Anhang I Kapitel 2 Abschnitt III Nummer 2	135 S =139 S=	PPE-DE Verts/ALE et al.	NA	+	335, 96, 15
	127	PPE-DE		↓	
Anhang I Kapitel 2 Abschnitt III Nummer 3	136 S =140 S=	PPE-DE Verts/ALE et al.		+	
Anhang 1, Kapitel 3	137	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>				+	

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

Verts/ALE: Änd. 85, 141, 135/139

*Anträge auf getrennte Abstimmung*

PSE

**Änd. 138**

1. Teil: Text bis einschließlich Absatz 5 Buchstabe a
2. Teil: Absatz 5 Buchstabe b

*Anträge auf gesonderte Abstimmung*

PPE-DE: Änd. 86, 109

PSE: Änd. 15, 46, 72, 80, 101, 102, 103, 107, 122

ELDR: Änd. 4, 15, 25, 86, 90

**4. Raucharomen in oder auf Lebensmitteln \*\*\*I**

Bericht: MALLIORI (A5-0122/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1 3-4 6-10	<b>Ausschuss</b>		+	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	2	<b>Ausschuss</b>	ges.	-	

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Kompromiss-Block	13-22 24-25 29-37 39-43 45	PSE		+	
Kompromissänd.anträge – gesonderte Abstimmungen	23	PSE	ges.	+	
	28	PSE	ges.	+	
	38	PSE	ges.	+	
Artikel 8	26 S	PSE		+	
	5	<b>Ausschuss</b>		↓	
nach Artikel 13	12	Vers/ALE		-	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung</b>			NA	+	385, 47, 14

Änderungsantrag 44 wurde annulliert.

Änderungsantrag 11 wurde zurückgezogen.

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PSE: Schlussabstimmung

*Anträge auf gesonderte Abstimmung*

PPE-DE: Änd. 23, 26, 28, 38

PSE: Änd. 2

## 5. Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen \*

Bericht: CUNHA (A5-0197/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Vorschlag zur Ablehnung	115 = 119/rev2=	EDD DOYLE et al.	NA	-	129, 299, 11
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	5-15 17 20-23 26-30 32 35 37 40-41 45-53 55-59 62-64 66-70 72-77 80-82 88-107	<b>Ausschuss</b>		+	

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	1	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
	2	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
			3	<b>Ausschuss</b>	getr.
	1	+			
	2	+			
	4	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
	18	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
	19	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
	24	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
	31	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
	36	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
	42	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1/EA	-	167, 265, 7
2			+		
61	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
83-86	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
vor Artikel 1	127	PSE	NA	-	98, 336, 12
	33	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
			3	+	
4	+				
Artikel 1	138/rev2	PPE-DE	EA	-	162, 243, 25
	34	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
2	+				
Artikel 4 § 1 Spiegelstrich 2	149 entspr. S =	UEN		-	
	38	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 4 § 2	149 entspr.	UEN		-	



## Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Artikel 5	150	UEN		-	
	39	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
Artikel 7	140	Verts/ALE	EA	-	105, 323, 5
Artikel 10	151 S	UEN		-	
	43	<b>Ausschuss</b>		+	
	108	ELDR	NA	+	266, 158, 17
	109	ELDR	NA	-	52, 371, 11
Artikel 11	152 S	UEN		-	
nach Artikel 11	141	Verts/ALE		-	
Artikel 12 § -1	153 entspr.	UEN		-	
	146	MAAT et al.	NA	-	127, 308, 10
	44 entspr.= 148 entspr.=	Ausschuss EDD	NA	+	235, 182, 14
Artikel 12 § -1a	44 entspr.= 148 entspr.=	Ausschuss EDD	NA	+	308, 119, 18
	130	GUE/NGL		-	
Artikel 12 Rest	148 entspr.	EDD	NA	-	31, 366, 31
	44 entspr.	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	-	
			2	+	
	110	ELDR		+	
	153 entspr.	UEN	getr.		
			1	-	
			2	-	
114	PPE-DE		+		
Artikel 28	54	<b>Ausschuss</b>		+	
	142	Verts/ALE		↓	
Artikel 36	126	PSE	NA	-	137, 292, 10
	60	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
2	+				
nach Artikel 36	117	ADAM et al.		-	

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
Artikel 40	65	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
	143	Verts/ALE		-	
nach Artikel 44	111	ELDR		-	
Artikel 49	71	<b>Ausschuss</b>		+	
	112	ELDR		↓	
Artikel 53	137	PPE-DE		+	
	78	<b>Ausschuss</b>		↓	
Artikel 55	79	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
	118	PSE		↓	
Artikel 57 § 2	144	Verts/ALE		+	
	147	PPE-DE		↓	
	113	ELDR		↓	
Artikel 69 § 1	131	GUE/NGL	NA	-	135, 282, 18
	139	PPE-DE	NA	+	236, 173, 15
Artikel 69, nach § 1	132	GUE/NGL	NA	+	228, 191, 15
Artikel 70 § 1	133	GUE/NGL	NA	+	216, 192, 19
	125 entspr.	PSE		↓	
	154 entspr.	UEN		↓	
Artikel 70 Rest	154 entspr.	UEN		-	
	123	Verts/ALE		-	
Artikel 71 § 1 und 2	155	UEN		-	
	87 entspr.	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 71 § 3	87 entspr.	<b>Ausschuss</b>		+	
Artikel 72	156	UEN		-	
Anhang 3	145	Verts/ALE		-	
Anhang 7 Abschnitt A Nummer 3	121	Verts/ALE	NA	-	189, 229, 13
	124	PSE	EA	-	173, 230, 8
Anhang 7 Abschnitt A nach Nummer 3	122	Verts/ALE	NA	+	213, 204, 12

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
vor Erwägung 1	128	WYNN et al.		+	
	129	WYNN et al.		+	
Erwägung 22	16	<b>Ausschuss</b>		+	
	136	Verts/ALE	EA	-	90, 305, 27
Erwägung 34	25	<b>Ausschuss</b>		-	
	134	GUE/NGL	EA	-	207, 212, 10
Erwägung 36	135	GUE/NGL		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>			NA	+	227, 177, 32
nach § 1	120/rev	DOYLE et al.	NA	-	86, 312, 34
	116	PPE-DE	NA	+	291, 94, 46
<b>Abstimmung: legislative EntschlieÙung</b>			NA	+	271, 108, 48

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PPE-DE: Änd. 108, 109, 115, 116, 119/rev2, 120/rev, 126, 127, 146, Schlussabstimmung

PSE: Änd. 126, 127, geänderter Vorschlag, Schlussabstimmung

Verts/ALE: Änd. 131, 121, 122, 132, 139

GUE/NGL: Änd. 115, 119/rev2, 133, geänderter Vorschlag, Schlussabstimmung

EDD: Änd. 115, 148, geänderter Vorschlag, Schlussabstimmung

*Anträge auf gesonderte Abstimmung*

ELDR: Änd. 2, 4, 24, 31, 36, 61, 83 bis 86 (en bloc)

EDD: Änd. 19

*Anträge auf getrennte Abstimmung*

PPE-DE, UEN, GUE/NGL

**Änd. 42**

1. Teil: Text bis „Degression“

2. Teil: Rest

PPE-DE

**Änd. 44**

1. Teil: die Worte „Mindestens 50 % der“

2. Teil: Rest

ELDR

**Änd. 3**

1. Teil: Text ohne die Worte „ab dem 1. Januar 2005“

2. Teil: diese Worte

UEN

**Änd. 1**

1. Teil: Text ohne das Wort „Degression“

2. Teil: dieses Wort

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Änd. 18**

1. Teil: Text ohne die Worte „sowie unter bestimmten Bedingungen auf männliche Rinder“
2. Teil: diese Worte

**Änd. 33**

1. Teil: Einleitung und Nummern 1, 3 und 4
2. Teil: Nummer 2 ohne die Worte „und der Sektor Rinder (Sonderprämie für männliche Rinder)“
3. Teil: diese Worte
4. Teil: Nummer 5

**Änd. 34**

1. Teil: Text ohne die Worte „und für Empfänger bestimmter Prämien im Rinderzuchtsektor“
2. Teil: diese Worte

**Änd. 39**

1. Teil: Text bis „setzen“
2. Teil: Rest

**Änd. 60**

1. Teil: Text ohne die Worte „und Empfänger bestimmter Prämien im Rindersektor“ [Absatz 2]
2. Teil: diese Worte

**Änd. 65**

1. Teil: Text ohne die Worte „und der Anzahl männlicher Rinder“
2. Teil: diese Worte

EDD

**Änd. 79**

1. Teil: Text bis „aufgeforstet wurden“
2. Teil: Rest

**Änd. 153 [betrifft Artikel 12 Rest]**

1. Teil: Text ohne Absatz 2
2. Teil: Absatz 2

**6. Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums \***

Bericht: OLSSON (A5-0182/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-5 8 10-13 15-24 26-30 40-62 64-79	<b>Ausschuss</b>		+	

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	6	<b>Ausschuss</b>	ges.	+		
	25	<b>Ausschuss</b>	NA	+	247, 140, 15	
	31	<b>Ausschuss</b>	getr.			
			1	+		
			2	-		
	33	<b>Ausschuss</b>	NA	+	215, 185, 12	
	34, 35	<b>Ausschuss</b>	getr.			
			1	+		
			2	+		
			3	-		
	36, 37, 38, 39	<b>Ausschuss</b>	getr.			
			1	+		
			2	+		
			3/EA	+	197, 192, 11	
Artikel 2	80	ELDR		+		
	14	<b>Ausschuss</b>		↓		
Artikel 5	85	GUE/NGL		+		
	86	GUE/NGL	EA	+	201, 194, 7	
Artikel 9	87	GUE/NGL		+		
vor Artikel 21	32	<b>Ausschuss</b>		+		
	88	GUE/NGL	EA	-	194, 205, 8	
Artikel 21 c	89	GUE/NGL	EA	-	192, 207, 10	
Artikel 25, nach § 2	90	GUE/NGL		-		
Anhang, Tabelle mit den Beträgen	91	GUE/NGL		-		
vor Erwägung 1	83	WYNN et al.		+		
	84	WYNN et al.		+		
nach Erwägung 3	92	GUE/NGL		-		
	7	<b>Ausschuss</b>	NA	-	199, 201, 17	
nach Erwägung 4	93	GUE/NGL	EA	+	211, 187, 12	
Erwägung 7	9	<b>Ausschuss</b>		+		
	94	GUE/NGL		+		
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>			NA	+	358, 37, 21	
nach § 1	81	PPE-DE		+		
	82	PPE-DE		+		
<b>Abstimmung: legislative Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	372, 18, 20	

Donnerstag, 5. Juni 2003

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PPE-DE: Änd. 7, 25, 33

EDD: geänderter Vorschlag, Schlussabstimmung

*Anträge auf gesonderte Abstimmung*

ELDR: Änd. 6

*Anträge auf getrennte Abstimmung*

PPE-DE

**Änd. 31**

1. Teil: Text ohne Unterabsatz 2

2. Teil: die Worte „Es wird eine Sonderbeihilferegelung ... geringen Erträgen eingeführt“ [= Unterabsatz 2]

PPE-DE, ELDR

**Änd. 34/35 [fusioniert]**

1. Teil: Text ohne die Worte „Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen“ und ohne die Worte „Es wird eine Sonderbeihilferegelung ... Erträgen eingeführt“ [= Unterabsatz 2]

2. Teil: die Worte „Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen“

3. Teil: die Worte „Es wird eine Sonderbeihilferegelung ... geringen Erträgen eingeführt“ [= Unterabsatz 2]

**Änd. 36/37/38/39 [fusioniert]**

1. Teil: Text ohne die Worte „Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen“ und ohne die Worte „Ungeachtet dessen ... geringen Erträgen eingeführt.“ [= Absatz 2 Unterabsatz 3]

2. Teil: die Worte „Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen“

3. Teil: die Worte „Ungeachtet dessen ... geringen Erträgen eingeführt.“ [= Absatz 2 Unterabsatz 3]

*Sonstige*

Änderungsantrag 63, der irrtümlich in den Bericht aufgenommen worden war, wurde gestrichen.

**7. GMO für Getreide \***

Bericht: SOUCHET (A5-0174/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	2-3 5-15 17-19 21-27	<b>Ausschuss</b>		+	
	1	<b>Ausschuss</b>	NA	+	335, 51, 7
	4	<b>Ausschuss</b>	NA	+	347, 35, 9
	16	<b>Ausschuss</b>	NA	+	353, 40, 8
nach Artikel 5	20	<b>Ausschuss</b>		+	
	28	PPE-DE		+	
	32	GUE/NGL		↓	

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
vor Erwägung 1	31	WYNN et al.		+	
	33	WYNN et al.		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
nach § 1	29	PPE-DE		+	
	30	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	350, 40, 12

Anträge auf namentliche Abstimmung

EDD: Änd. 1, 4, 16, Schlussabstimmung

**8. GMO für Trockenfutter \***

Bericht: SOUCHET (A5-0175/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-2	<b>Ausschuss</b>		+	
	5-20				
	3	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
	4	<b>Ausschuss</b>	ges.	+	
vor Erwägung 1	21	WYNN et al.		+	
	22	WYNN et al.		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
nach § 1	23	PPE-DE		+	
	24	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	348, 30, 10

Anträge auf namentliche Abstimmung

EDD: Schlussabstimmung

Anträge auf gesonderte Abstimmung

EDD: Änd. 3, 4

Donnerstag, 5. Juni 2003

**9. GMO für Reis \***

Bericht: BAUTISTA OJEDA (A5-0183/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-5 7-27 29-56	<b>Ausschuss</b>		+	
vor Erwägung 1	59	WYNN et al.		+	
	60	WYNN et al.		+	
Erwägung 6	61	Verts/ALE		+	
	6	<b>Ausschuss</b>		↓	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
nach § 1	57	PPE-DE		+	
	58	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	346, 38, 11

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE: Schlussabstimmung

EDD: Schlussabstimmung

**10. Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse \***

Bericht: JEGGLE (A5-0177/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-7 10-14 16-19	<b>Ausschuss</b>		+	
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	8	<b>Ausschuss</b>	NA	+	342, 33, 7
	9	<b>Ausschuss</b>	NA	+	333, 38, 5
	15	<b>Ausschuss</b>	NA	-	170, 196, 14
	20	<b>Ausschuss</b>	NA	+	301, 77, 10
Artikel 1 § 2	25	Verts/ALE	NA	-	144, 231, 8
nach Artikel 5	26	Verts/ALE		-	



Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
vor Erwägung 1	23	WYNN et al.		+	
	24	WYNN et al.		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
nach § 1	21	PPE-DE		+	
	22	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	332, 45, 7

Anträge auf namentliche Abstimmung

PPE-DE: Änd. 15

Verts/ALE: Änd. 25

EDD: Änd. 8, 9, 20, Schlussabstimmung

## 11. GMO für Milch und Milcherzeugnisse \*

Bericht: JEGGLE (A5-0181/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – Abstimmung en bloc</b>	1-4	<b>Ausschuss</b>		+	
	6-9				
	12				
<b>Änderungsanträge des zuständigen Ausschusses – gesonderte Abstimmungen</b>	5	<b>Ausschuss</b>	NA	+	181, 180, 6
	11	<b>Ausschuss</b>	NA	-	185, 185, 8
Artikel 16 § 2	17	Verts/ALE		-	
	19	PSE	getr.		
			1	-	
			2	+	
	10	<b>Ausschuss</b>	getr.		
			1	+	
2			↓		
Artikel 16, nach § 2	18	Verts/ALE		-	
vor Erwägung 1	15	WYNN et al.		+	
	16	WYNN et al.		+	
<b>Abstimmung: geänderter Vorschlag</b>				+	
nach § 1	13	PPE-DE		+	
	14	PPE-DE		+	
<b>Abstimmung: legislative Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	327, 45, 6

Donnerstag, 5. Juni 2003

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PPE-DE: Änd. 5, 11  
 EDD: Schlussabstimmung

*Anträge auf getrennte Abstimmung*

GUE/NGL

**Änd. 10**

1. Teil: Text bis „alle folgenden Kalenderjahre“ [= Unterabsatz 1]
2. Teil: Rest [= Unterabsatz 2]

**Änd. 19**

1. Teil: Text ohne Unterabsatz 2
2. Teil: dieser Unterabsatz

**12. Multifunktionalität der Landwirtschaft**

Bericht: RODRÍGUEZ RAMOS (A5-0189/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	

**13. Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder**

Entschließungsanträge B5-0283, 0288, 0289, 0290, 0291 und 0294/2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag RC5-0283/2003 (PPE-DE, PSE, ELDR, Verts/ALE, GUE/NGL + UEN))</b>					
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	
<b>Entschließungsanträge der Fraktionen</b>					
B5-0283/2003		Verts/ALE		↓	
B5-0288/2003		PSE		↓	
B5-0289/2003		ELDR		↓	
B5-0290/2003		UEN		↓	
B5-0291/2003		PPE-DE		↓	
B5-0294/2003		GUE/NGL		↓	

Donnerstag, 5. Juni 2003

**14. Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union**

Bericht: OOSTLANDER (A5-0160/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 3	21	GUE/NGL		-	
	12	PSE	EA	-	162, 172, 2
	16	GUE/NGL		-	
§ 11	5	ELDR		+	
	1	PPE-DE	EA	+	175, 152, 7
§ 14	13	PSE		-	
§ 21	2	PPE-DE		+	
nach § 37	19	GUE/NGL		-	
	10	PSE		+	
	20	GUE/NGL		-	
§ 40	6	ELDR	EA	+	174, 148, 5
§ 45	7	ELDR		-	
§ 46	18	GUE/NGL		-	
§ 47	17	GUE/NGL		-	
§ 52	8 S	ELDR		-	
	11	Verts/ALE et al.	EA	+	199, 124, 7 <b>als Zusatz</b>
nach § 52	15	GUTIERREZ CORTINES et al.	EA	-	88, 230, 1
§ 55	9 S=	ELDR	EA	+	169, 141, 5
	14 S=	PSE			
Erwägung E	3	ELDR		+	
Erwägung G	4 S	ELDR	EA	+	175, 140, 3
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>			EA	+	216, 75, 38

Herr CUSHNAHAN hat Änderungsantrag 15 und Herr Dupuis hat Änderungsantrag 11 ebenfalls unterzeichnet.

*mündlicher Änderungsantrag*

Herr Lagendijk, Vorsitzender der Delegation im gemischten parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, trägt einen mündlichen Änderungsantrag zu Änderungsantrag 11 vor, wonach Ziffer 52 durch folgenden Zusatz ergänzt werden soll: „52. stellt fest, dass die Bedingungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit Blick auf den Beschluss von Kopenhagen (Dezember 2002) gegenwärtig nicht gegeben sind; **vertraut darauf, dass die Bedingungen erfüllt werden, wenn die türkische Regierung die notwendigen eingeleiteten Reformen mit festem Willen und Entschlossenheit fortsetzt;**“

Donnerstag, 5. Juni 2003

## 15. Wahlen in Nigeria

Entschließungsanträge B5-0285, 0286, 0292, 0295 und 0296/2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag RC5-0285/2003 (PPE-DE, PSE, ELDR, Verts/ALE, GUE/NGL)</b>					
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	
<b>Entschließungsanträge der Fraktionen</b>					
B5-0285/2003		Verts/ALE		↓	
B5-0286/2003		PPE-DE		↓	
B5-0292/2003		PSE		↓	
B5-0295/2003		GUE/NGL		↓	
B5-0296/2003		ELDR		↓	

## 16. Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Bericht: SMET (A5-0143/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 1	2	ELDR		-	
§ 2	3	ELDR	EA	-	99, 184, 3
§ 3	4	ELDR		+	
nach § 7	5	ELDR		+	
Erwägung J	1	ELDR		+	
nach Erwägung K	6	GUE/NGL	NA	-	52, 240, 6
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>			EA	+	181, 106, 6

Anträge auf namentliche Abstimmung

GUE/NGL: Änd. 6

## 17. Offene Koordinierungsmethode

Entschließungsantrag B5-0282/2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag des Kulturausschusses (Dokument B5-0282/2003)</b>					
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	

Donnerstag, 5. Juni 2003

**18. Frauen und Sport**

Bericht: FRAISSE (A5-0167/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 4		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
§ 5		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2/EA	-	85, 132, 3
§ 10		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2	-	
§ 17		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
			3	-	
§ 23		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2/EA	+	131, 104, 1
§ 26		<b>Originaltext</b>	ges./EA	+	122, 112, 2
§ 32		<b>Originaltext</b>	ges./EA	+	125, 98, 8 <b>mündlich geändert</b>
§ 34			getr.		
			1	+	
			2	-	
Erwägung C		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2	-	
Erwägung G		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
Erwägung L		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2/EA	+	120, 104, 11
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	

Anträge auf getrennte Abstimmung

PPE-DE

**§ 5**

1. Teil: Text ohne die Worte „ein Referat ‚Frauen und Sport‘ zu schaffen“
2. Teil: diese Wort

Donnerstag, 5. Juni 2003

**§ 23**

1. Teil: Text bis „verbessert werden“, aber ohne die Worte „durch spezifische Kurse und ... Trainingsstunden“
2. Teil: Rest

**Erwägung L**

1. Teil: Text bis „Bereich ist“
2. Teil: Rest

Verts/ALE

**§ 34**

1. Teil: Text bis „zu gewährleisten“
2. Teil: Rest

**Erwägung C**

1. Teil: Text ohne den Wortteil „Grund“[recht]
2. Teil: dieser Wortteil

Verts/ALE, PPE-DE

**§ 10**

1. Teil: Text ohne das Wort „finanziell“
2. Teil: dieses Wort

**§ 17**

1. Teil: Text bis „zu geben“
2. Teil: Text bis „zu berücksichtigen“, aber ohne die Worte „in gleicher Weise“ und „wie Mathematik, Lesen oder Fremdsprachen“
3. Teil: Rest

*Anträge auf gesonderte Abstimmung*

PPE-DE: §§ 26, 32

ELDR: §§ 4, 5, 10, Erwägung C, Erwägung G

*Sonstige*

Die Berichterstatterin trägt einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 32 vor, die wie folgt lauten soll:

schlägt im Rahmen der Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates vom 3. Oktober 1989 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität vor, dass in Artikel 3 über die Übertragung von Ereignissen vor, denen erhebliche Bedeutung beigemessen wird, **vorgesehen wird, dass die Mitgliedstaaten die geschlechtsspezifische Dimension bei der Übertragung von Sportwettkämpfen berücksichtigen können;**

**19. Brustkrebs**

Bericht: JÖNS (A5-0159/2003)

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 3 Spiegelstriche 1 bis 4		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
§ 5		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
§ 7 Buchstabe c Spiegelstrich 2		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
§ 7 Buchstabe c Spiegelstrich 4		<b>Originaltext</b>	ges.	+	

Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
§ 7 Buchstabe d		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
§ 7 Buchstabe g		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
Erwägung P		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	

Anträge auf gesonderte Abstimmung

ELDR: Erwäg. P, § 3 Spiegelstriche 1 bis 4, § 5, § 7 Buchstabe c Spiegelstrich 2, § 7 Buchstabe c Spiegelstrich 4, § 7 Buchstabe d, § 7 Buchstabe g

## 20. Lage in Indonesien, insbesondere in der Provinz Aceh

Entschließungsanträge: Entschließungsanträge B5-0293, 0298, 0301, 0302, 0307 und 0311/2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag RC5-0293/2003 (PPE-DE, PSE, ELDR, Verts/ALE, GUE/NGL, EDD)</b>					
§ 7	3	Verts/ALE		-	
nach § 7	4	Verts/ALE		+	<b>mündlich geändert</b>
nach § 14	5	Verts/ALE		-	
	6/rev	Verts/ALE		-	
nach Erwägung F	1	Verts/ALE		-	
Erwägung N	2	Verts/ALE	EA	+	41, 39, 0
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	
<b>Entschließungsanträge der Fraktionen</b>					
B5-0293/2003		PPE-DE		↓	
B5-0298/2003		GUE/NGL		↓	
B5-0301/2003		EDD		↓	
B5-0302/2003		PSE		↓	
B5-0307/2003		ELDR		↓	
B5-0311/2003		Verts/ALE		↓	

mündlicher Änderungsantrag

Frau Maes trägt im Namen der Verts/ALE-Fraktion einen mündlichen Änderungsantrag vor, wonach der Text von Änderungsantrag 4 durch folgenden Text ersetzt werden soll: „äußert seine ernsthafte Besorgnis über das Wohlergehen von international anerkannten Menschenrechtsaktivisten von Aceh wie Muhammad Nazar und Al Kautsar Muhammad, die von Amnesty International als politische Gefangene anerkannt sind, und fordert, sie unverzüglich freizusprechen;“

Donnerstag, 5. Juni 2003

**21. Birma**

Entschließungsanträge: B5-0297, 0303, 0305, 0306, 0310/2003

Gegenstand	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	NA/EA – Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag RC5-0297/2003 (PPE-DE, PSE, ELDR, Verts/ALE, GUE/NGL.)</b>					
nach § 9	1	ELDR		+	
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>				+	
<b>Entschließungsanträge der Fraktionen</b>					
B5-0297/2003		GUE/NGL		↓	
B5-0303/2003		PSE		↓	
B5-0305/2003		PPE-DE		↓	
B5-0306/2003		ELDR		↓	
B5-0310/2003		Verts/ALE		↓	

mündlicher Änderungsantrag

Frau Lambert trägt im Namen der Verts/ALE-Fraktion einen mündlichen Änderungsantrag zu Ziffer 7 vor, wonach die Worte „dass unter internationaler Beobachtung unverzüglich Wahlen abgehalten werden“ gestrichen werden sollen.

**22. Simbabwe**

Entschließungsanträge: B5-0287, 0299, 0300, 0304, 0308 und 0309/2003

Gegenstand des Änderungsantrags	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	Bemerkungen
<b>Entschließungsantrag RC5-0287/2003 (PPE-DE, PSE, ELDR, EDD)</b>					
§ 4		<b>Originaltext</b>	ges.	+	
§ 6		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
Erwägung M		<b>Originaltext</b>	getr.		
			1	+	
			2	+	
<b>Abstimmung: Entschließung (gesamter Text)</b>			NA	+	78, 6, 1



Donnerstag, 5. Juni 2003

Gegenstand des Änderungsantrags	Änd. Nr.	Verfasser(in)	NA, etc.	Abstimm.	Bemerkungen
<b>Entschließungsanträge der Fraktionen</b>					
B5-0287/2003		PPE-DE		↓	
B5-0299/2003		GUE/NGL		↓	
B5-0300/2003		EDD		↓	
B5-0304/2003		PSE		↓	
B5-0308/2003		ELDR		↓	
B5-0309/2003		Verts/ALE		↓	

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PPE-DE: Schlussabstimmung über den gemeinsamen Entschließungsantrag

*Anträge auf gesonderte Abstimmung*

Verts/ALE: § 4

### 23. Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht

Bericht: FOURTOU (A5-0157/2003)

Gegenstand	NA, etc.	Abstimmung	NA/EA – Bemerkungen
<b>einzigste Abst. (Artikel 110a GO)</b>	NA	+	78, 0, 1

*Anträge auf namentliche Abstimmung*

PPE-DE: Schlussabstimmung

---

Donnerstag, 5. Juni 2003

## ANLAGE II

## ERGEBNIS DER NAMENTLICHEN ABSTIMMUNGEN

## 1. Bericht Schnellhardt A5-0156/2003

## Änderungsantrag 85

Ja-Stimmen: 379

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam**ELDR:** van den Bos, Nordmann**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Näir, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci**NI:** Beysen, Borghezio, Hager, Ilgenfritz, Kronberger**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Hortefeux, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hazan, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnoek, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 62**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Doorn, Maat, Martens, Montfort, Oomen-Ruijten, Oostlander, van Velzen, Wijkman

**UEN:** Bigliardo, Collins, Fitzsimons, Hyland, Nobilia, Ó Neachtain, Segni, Thomas-Mauro

**Enthaltungen: 8**

**EDD:** Farage

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Paisley, Pannella, Turco

**2. Bericht Schnellhardt A5-0156/2003**

**Änderungsantrag 135 + 139**

**Ja-Stimmen: 335**

**EDD:** Coûteaux, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Nordmann

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Brienza, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doyle, Ebner, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Pirker, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Rosing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, De Keyser, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Ghilardotti, Gillig, Glante, Görlach, Gröner, Haug, Hazan, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Lund, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Neapolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

Donnerstag, 5. Juni 2003

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Segni

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 96**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**PPE-DE:** Balfe, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Doorn, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Maat, Martens, Nicholson, Oomen-Ruijten, Oostlander, Parish, Perry, Pronk, Purvis, Sturdy, Tannock, Van Orden, van Velzen, Villiers, Wijkman

**PSE:** Andersson, van den Berg, van den Burg, Corbey, Dehousse, Désir, Fava, Gill, Goebbels, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Kinnock, Linkohr, McCarthy, McNally, Miller, Moraes, Murphy, Pérez Royo, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Fitzsimons

**Verts/ALE:** Messner

**Enthaltungen: 15**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Farage, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Gebhardt, Roth-Behrendt

**3. Bericht Malliori A5-0122/2003**

**Entschließung**

**Ja-Stimmen: 385**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Jové Peres, Koulourianos, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, de La Perriere, Paisley, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter,

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Pirker, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Hazan, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulsten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro

**Nein-Stimmen: 47**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Fraise

**NI:** Garaud, Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois

**PPE-DE:** Heaton-Harris, Mann Thomas, Posselt

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 14**

**EDD:** Coûteaux

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Fiori, Goodwill

**PSE:** Ford

**4. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsanträge 115+119/rev**

**Ja-Stimmen: 129**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Farage, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Flesch, Virrankoski

Donnerstag, 5. Juni 2003

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Fiebiger, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Borghezio, Dell'Alba, Garaud, Gollnisch, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bayona de Perogordo, Bodrato, Bourlanges, Cederschiöld, Costa Raffaele, Deprez, Descamps, Dimitrakopoulos, Doyle, Fernández Martín, Fiori, Folias, Galeote Quecedo, Gargani, Garriga Polledo, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Herranz García, Lisi, Lulling, McCartin, Marinos, Mauro, Montfort, Naranjo Escobar, Nicholson, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Podestà, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Salafranca Sánchez-Neyra, Smet, Stenmarck, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Wijkman, Xarchakos, Zabell, Zacharakis

**PSE:** Berenguer Fuster, Cercas, Cerdeira Morterero, Dehousse, Díez González, Izquierdo Rojo, Lage, Martínez Martínez, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Trentin, Valenciano Martínez-Orozco, Westendorp y Cabeza

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Segni, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román

#### **Nein-Stimmen: 299**

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Watson

**GUE/NGL:** Fraisse

**NI:** Beysen, Paisley

**PPE-DE:** Balfe, Bartolozzi, Bastos, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Coelho, Corrie, Cunha, Daul, De Mita, De Veyrac, Doorn, Dover, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Foster, Fournou, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klab, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Maat, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Nassauer, Niebler, Nisticò, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Pirker, Piscarreta, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mastorakis, Mendiluce Pereiro, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Roth-Behrendt, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Walter, Watts, Weiler, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Wuori, Wyn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Enthaltungen: 11**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Cappato, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**Verts/ALE:** Hudghton

**5. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsantrag 127**

**Ja-Stimmen: 98**

**PPE-DE:** Averoff, Dimitrakopoulos, Folias, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Trakatellis, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, van Hulten, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Mastorakis, Myller, Napoletano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

**Nein-Stimmen: 336**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Brie, Caudron, Fiebigger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Ilgenfritz, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bourlanges, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Juggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zabell, Zappalà, Zimmerling, Zissener

Donnerstag, 5. Juni 2003

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Bowe, Cercas, Cerdeira Morterero, Díez González, Dührkop Dührkop, Evans Robert J.E., Ford, Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Titley, Valenciano Martínez-Orozco, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wynn

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Segni, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

### **Enthaltungen: 12**

**EDD:** Farage

**ELDR:** Ries

**NI:** Borghezio, Cappato, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Bösch, Dehousse, Lund

**UEN:** Ribeiro e Castro

## **6. Bericht Cunha A5-0197/2003**

### **Änderungsantrag 108**

### **Ja-Stimmen: 266**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, de La Perriere, Souchet

**PPE-DE:** Ayuso González, Bayona de Perogordo, Berend, Camisón Asensio, Cederschiöld, Deprez, Doorn, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Galeote Quecedo, Grosch, Hansenne, Herranz García, Korhola, Lulling, Maat, Matikainen-Kallström, Montfort, Naranjo Escobar, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Pomés Ruiz, Pronk, Redondo Jiménez, Salafraña Sánchez-Neyra, Smet, Thyssen, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Zabell

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori

**Nein-Stimmen: 158**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Nordmann

**NI:** Beysen, Garaud, Hager, Kronberger, Paisley

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Beazley, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fiori, Folias, Fourtou, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hannan, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Oomen-Ruijten, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Trakatellis, Van Orden, Vatanen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Corbey, van Hulten, Karlsson, Mann Erika, Soares, Van Brempt

**UEN:** Thomas-Mauro

**Enthaltungen: 17**

**EDD:** Coûteaux, Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghезio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Gollnisch, Lang, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**PSE:** Dehousse, Lund

**7. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsantrag 109**

**Ja-Stimmen: 52**

**EDD:** Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Bakopoulos, Schmid Herman, Sjöstedt

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Ferrer, Grönfeldt Bergman, Korhola, Matikainen-Kallström, Stenmarck, Wachtmeister, von Wogau

**PSE:** Andersson, van den Berg, Corbey, van Hulten, Karlsson, Lund, Schulz, Van Brempt, Volcic, Zrihen

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 371****EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**ELDR:** Nordmann**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoven Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Rosing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Napolitano, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Walter, Watts, Weiler, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasantá, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Enthaltungen: 11****EDD:** Coûteaux, Farage**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco**PSE:** Dehousse, Swoboda

Donnerstag, 5. Juni 2003

## 8. Bericht Cunha A5-0197/2003

### Änderungsantrag 146

**Ja-Stimmen: 127**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** van den Bos, Flesch

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Gollnisch, Lang, Martinez, Paisley, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bayona de Perogordo, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Corrie, De Mita, Deprez, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Fernández Martín, Folias, Foster, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Goodwill, Grosch, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Herranz García, Jackson, Khanbhai, Kratsa-Tsagaropoulou, Lulling, Maat, McCartin, Marinos, Martens, Naranjo Escobar, Nicholson, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Pomés Ruiz, Pronk, Purvis, Redondo Jiménez, Salafranca Sánchez-Neyra, Smet, Sturdy, Tannock, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Xarchakos, Zabell, Zacharakis

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Campos, Cercas, Cerdeira Morterero, Díez González, Dührkop Dührkop, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Martínez Martínez, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Napolitano, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Sornosa Martínez, Valenciano Martínez-Orozco, Westendorp y Cabeza

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Nogueira Román

**Nein-Stimmen: 308**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Davies, De Clercq, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Värynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Fraisse

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Bartolozzi, Bastos, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Descamps, De Veyrac, Ebner, Ferber, Ferrer, Ferri, Fiori, Fourtou, Gahler, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hermange, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Mann Thomas, Marques, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Niebler, Nisticò, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Vatanen, de Veyrinas, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mastorakis, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Pittella,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

### **Enthaltungen: 10**

**EDD:** Farage

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Dehousse, Mendiluce Pereira

## **9. Bericht Cunha A5-0197/2003**

### **Änderungsanträge 44+148**

### **Ja-Stimmen: 235**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Figueiredo, Jové Peres, Koulourianos, Manisco, Marset Campos, Miranda, Modrow, Morgantini, Puerta, Vinci

**NI:** Beysen, Borghezio, Hager, Kronberger, Paisley

**PPE-DE:** Averoff, Bastos, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Cocilovo, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Ebner, Ferber, Ferrer, Folias, Fourtou, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grosch, Grosse-tête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Maat, Mann Thomas, Marinos, Martens, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Poettering, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Roving, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Baltas, Barón Crespo, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Désir, Duin, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Mastorakis, Myller, Napolitano, Napolitano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Zorba, Zrihen

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 182**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Flesch

**GUE/NGL:** Fiebiger, Fraisse, Markov, Meijer, Schmid Herman, Sjöstedt, Uca

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, De Mita, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Fernández Martín, Ferri, Fiori, Foster, Gahler, Garriga Polledo, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Herranz García, Jackson, Khanbhai, Lisi, Lulling, McCartin, Mauro, Naranjo Escobar, Nicholson, Oreja Arburúa, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Podestà, Pomés Ruiz, Purvis, Redondo Jiménez, Sacrédeus, Stenmarck, Sturdy, Tannock, Van Orden, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wijkman, Zabell

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Cercas, Cerdeira Morterero, Corbey, Díez González, Dührkop Dührkop, Ettl, Ford, Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Kinnock, Lage, McCarthy, McNally, Martin David W., Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Obiols i Germà, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Swiebel, Terrón i Cusí, Titley, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 14**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis, Schröder Ilka

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Martinez, Pannella, Turco

**PSE:** Dehousse, Swoboda

**10. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsanträge 44+148 (1a)**

**Ja-Stimmen: 308**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Manisco, Markov, Marset Campos, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Hager, de La Perriere, Paisley, Souchet

**PPE-DE:** Averoff, Ayuso González, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Folias, Fourtou, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Liese, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Píscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübig, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bullmann, Carlotti, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napolitano, Napolitano, Paasilinna, Patrie, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Stockmann, Swoboda, Torres Marques, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 119**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Flesch, Vallvé

**GUE/NGL:** Fiebigger, Meijer, Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Garaud, Kronberger

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Balfe, Bartolozzi, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Fiori, Foster, Galeote Quecedo, Garriga Polledo, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Khanbhai, Lehne, Lisi, Mauro, Nicholson, Nisticò, Parish, Perry, Podestà, Purvis, Sacrédeus, Salafrañca Sánchez-Neyra, Stenmarck, Sturdy, Tannock, Van Orden, Vatanen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wijkman

**PSE:** Andersson, Bösch, Bowe, van den Burg, Campos, Carrilho, Corbey, Evans Robert J.E., Ford, Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Izquierdo Rojo, Karlsson, Kinnock, Lage, Linkohr, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Murphy, Obiols i Germà, Pérez Royo, Piecyk, Rodríguez Ramos, dos Santos, Simpson, Skinner, Soares, Sousa Pinto, Stihler, Swiebel, Terrón i Cusí, Titley, Trentin, Tsatsos, Van Brempt, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Berlatto, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Mayol i Raynal

#### **Enthaltungen: 18**

**EDD:** Farage, Kuntz

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis, Schröder Ilka

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Lang, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**PSE:** Dehousse, Lund

Donnerstag, 5. Juni 2003

**11. Bericht Cunha A5-0197/2003**  
**Änderungsantrag 148**

**Ja-Stimmen: 31**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Procacci

**NI:** Borghezio

**PPE-DE:** Böge, Deprez, Dimitrakopoulos, Doorn, Grosch, Hansenne, Konrad, Maat, Martens, Nassauer, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pronk, Schaffner, Smet, Thyssen, van Velzen

**PSE:** Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Kuckelkorn, Lange, Lund, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Pérez Royo, Weiler

**Nein-Stimmen: 366**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Fiebiger, Fraisse, Markov, Meijer, Modrow, Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Paisley, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Descamps, De Veyrac, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gähler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Gröinfeldt Bergman, Grossetête, Hannan, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marinós, Marques, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Casaca, Cercas, Cerdeira Morterero, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Ford, Fruteau, Garot, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karlsson, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napolitano, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pittella, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Valenciano Martínez-Orozco, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 31**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Manisco, Marset Campos, Miranda, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Lang, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**PSE:** Dehousse

**12. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsantrag 126**

**Ja-Stimmen: 137**

**ELDR:** Procacci, Ries

**GUE/NGL:** Fraisse

**PPE-DE:** Averoff, Dimitrakopoulos, Folias, Graça Moura, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Santini, Trakatellis, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, van Hulten, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Mastorakis, Mendiluce Pereiro, Myller, Napoletano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Souladakis, Sousa Pinto, Stockmann, Swibel, Swoboda, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 292**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, de La Perriere, Paisley, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín,



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

Ferrer, Ferri, Fiori, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zabell, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Bowe, Cercas, Cerdeira Morterero, Díez González, Dührkop Dührkop, Evans Robert J.E., Ford, Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Martínez Martínez, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Obiols i Germà, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Terrón i Cusí, Titley, Trentin, Valenciano Martínez-Orozco, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wynn

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Nogueira Román

#### **Enthaltungen: 10**

**EDD:** Farage

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Dehousse, Lund

### **13. Bericht Cunha A5-0197/2003**

#### **Änderungsantrag 131**

#### **Ja-Stimmen: 135**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Gasòliba i Böhm, Maaten, Monsonís Domingo, Vallvé

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Garaud, de La Perriere, Souchet

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Dimitrakopoulos, Fernández Martín, Ferrer, Folias, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Hatzidakis, Herranz García, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Montfort, Naranjo Escobar, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Salafranca Sánchez-Neyra, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Xarchakos, Zabell, Zacharakis

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Cercas, Díez González, Dührkop Dührkop, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Obiols i Germà, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Sornosa Martínez, Terrón i Cusí, Westendorp y Cabeza

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 282**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Ludford, Lynne, Manders, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Beysen, Hager, Kronberger, Paisley

**PPE-DE:** Arvidsson, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferri, Fiori, Foster, Fourtou, Gahler, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mastorakis, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napolitano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Swiebel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**Enthaltungen: 18**

**EDD:** Coûteaux, Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**PSE:** Dehousse, Lage, Lund

**14. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsantrag 139**

**Ja-Stimmen: 236**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Gasòliba i Böhm, Monsonís Domingo, Vallvé

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marse Campos, Miranda, Modrow, Morgantini, Puerta, Vinci

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Bodrato, Böge, von Boetticher, Camisón Asensio, Cederschiöld, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Ebner, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hatzidakis, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggler, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Campos, Cercas, Díez González, Dührkop Dührkop, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Obiols i Germà, Pérez Royo, Prets, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Sornosa Martínez, Terrón i Cusí, Westendorp y Cabeza

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

### **Nein-Stimmen: 173**

**EDD:** Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Caudron, Meijer, Naïr, Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Paisley

**PPE-DE:** Balfe, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Cocilovo, Corrie, Deprez, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Grosch, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Khanbhai, Lulling, Maat, Nicholson, Oomen-Ruijten, Oostlander, Parish, Perry, Posselt, Pronk, Purvis, Sacrédeus, Smet, Sturdy, Tannock, Thyssen, Van Orden, van Velzen, Villiers

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, van den Burg, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mastorakis, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souladakakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

### **Enthaltungen: 15**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

Donnerstag, 5. Juni 2003

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Wachtmeister, Wijkman

**PSE:** Dehousse, Lund

### 15. Bericht Cunha A5-0197/2003

#### Änderungsantrag 132

**Ja-Stimmen: 228**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraise, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Garaud, de La Perriere, Souchet

**PPE-DE:** Averoff, Bartolozzi, Berend, Bodrato, Dimitrakopoulos, Ferrer, Folias, Gargani, Hatzidakis, Lisi, Lulling, Marinos, Matikainen-Kallström, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Nisticò, Podestà, Radwan, Santini, Schierhuber, Schnellhardt, Trakatellis, Wieland, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Corbey, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Gröner, van Hulten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Junker, Karamanou, Karlsson, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Vairinhos, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Wiersma, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 191**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Nordmann

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Beysen, Hager, Kronberger, Paisley

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, De Mita, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Fernández Martín, Ferri, Fiori, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet,

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

Lechner, Lehne, Liese, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mennitti, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Schaffner, Schleicher, Schmitt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wijkman, von Wogau, Zabell, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Bowe, Ceyhun, Duin, Evans Robert J.E., Gill, Glante, Görlach, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Jöns, Kinnock, Lange, Leinen, McCarthy, McNally, Martin David W., Mastorakis, Miller, Moraes, Murphy, Simpson, Skinner, Soares, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swiebel, Titley, Tsatsos, Van Brempt, Watts, Weiler, Whitehead, Wynn

**Enthaltungen: 15**

**EDD:** Farage

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Lang, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**PPE-DE:** Kratsa-Tsagaropoulou

**PSE:** Dehousse, Lund

**16. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsantrag 133**

**Ja-Stimmen: 216**

**EDD:** Kuntz

**ELDR:** van den Bos, Flesch, Gasòliba i Böhm, Monsonís Domingo, Nordmann, Vallvé

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraise, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Gollnisch, Hager, Lang, de La Perriere, Souchet

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, De Mita, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Ebner, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Fiori, Folia, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Gomolka, Graça Moura, Grossetête, Hatzidakis, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Karas, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Mann Thomas, Marinos, Marques, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schmitt, Schnellhardt, Schwaiger, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Campos, Cercas, Díez González, Dührkop Dührkop, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Kinnock, Martínez Martínez, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Obiols i Germà, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Sornosa Martínez, Terrón i Cusí, Westendorp y Cabeza

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schöring, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 192**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Davies, De Clercq, Formentini, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Kronberger, Paisley

**PPE-DE:** Arvidsson, Balfe, Banotti, Beazley, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Daul, Deprez, Doorn, Dover, Doyle, Elles, Evans Jonathan, Foster, Glase, Goepel, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Grosch, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Jeggel, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Korhola, Maat, McCartin, Martens, Matikainen-Kallström, Nicholson, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pack, Parish, Perry, Pronk, Purvis, Schröder Jürgen, Smet, Stenmarck, Sturdy, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, van Velzen, Villiers, Wachtmeister

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, van den Burg, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Mastorakis, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souladakis, Sousa Pinto, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**Enthaltungen: 19**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Farage, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Rübig

**PSE:** Dehousse, Lund

**17. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Änderungsantrag 121**

**Ja-Stimmen: 189**

**EDD:** Coûteaux, Kuntz

**ELDR:** Gasòliba i Böhm, Monsonís Domingo, Vallé

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Dimitrakopoulos, Fernández Martín, Ferrer, Folias, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Herranz García, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Naranjo Escobar, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Salafranca Sánchez-Neyra, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Xarchakos, Zabell, Zacharakis

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Corbey, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, van Hulten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Karamanou, Karlsson, Koukiadis, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Poignant, Poos, Prets, Rodríguez Ramos, Rothley, Roure, Sacconi, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Westendorp y Cabeza, Wiersma, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 229**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Beysen, Hager, Kronberger, Paisley

**PPE-DE:** Arvidsson, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferri, Fiori, Foster, Fourtou, Gahler, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggel, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Røvsing, Rübzig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Bowe, Ceyhun, Duin, Evans Robert J.E., Gill, Glante, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Jöns, Junker, Keßler, Kindermann, Kinnock, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lange, Leinen, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Murphy, Piecyk, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Sakellariou, Scheele, Schmid Gerhard, Simpson, Skinner, Soares, Stihler, Stockmann, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wynn

**Enthaltungen: 13**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Dehousse, Lund

Donnerstag, 5. Juni 2003

**18. Bericht Cunha A5-0197/2003****Änderungsantrag 122****Ja-Stimmen: 213****EDD:** Kuntz**ELDR:** Gasòliba i Böhm, Monsonís Domingo, Vallvé**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebigler, Figueiredo, Fraise, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Dimitrakopoulos, Fernández Martín, Ferrer, Fiori, Folias, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Hatzidakis, Herranz García, Kratsa-Tsagaropoulou, Lisi, Marinos, Montfort, Naranjo Escobar, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Podestà, Redondo Jiménez, Salafranca Sánchez-Neyra, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Xarchakos, Zabell, Zacharakis**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Dührkop Dührkop, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Stockmann, Swoboda, Terrón i Cusi, Torres Marques, Tsatsos, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Nein-Stimmen: 204****EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-jan Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Sjöstedt**NI:** Beysen, Hager, Kronberger, Paisley**PPE-DE:** Arvidsson, Balfe, Banotti, Bastos, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferri, Foster, Fourtou, Gähler, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Piscarreta, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Corbey, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Murphy, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**Enthaltungen: 12**

**EDD:** Coûteaux, Farage

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Dehousse, Lund, Mann Erika

**19. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Vorschlag der Kommission**

**Ja-Stimmen: 227**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, De Clercq, Formentini, Gasòliba i Böhm, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski

**GUE/NGL:** Fraise

**NI:** Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, Martinez, Stirbois

**PPE-DE:** Bastos, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Cocilovo, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Ebner, Ferber, Ferrer, Ferri, Fourtou, Gahler, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hermange, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Maat, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Niebler, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Piscarreta, Poettering, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Roving, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Baltas, Barón Crespo, Bösch, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Carrilho, Casaca, De Keyser, Désir, Duin, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Görlach, Gröner, Iivari, Imbeni, Jöns, Karamanou, Kefler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mastorakis, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Schmid Gerhard, Schulz, Souladakis, Stockmann, Terrón i Cusí, Torres Marques, Tsatsos, Volcic, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 177**

**EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Farage, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Davies, Ludford, Lynne, Newton Dunn, Paulsen, Schmidt, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Garaud, de La Perriere, Paisley, Souchet

Donnerstag, 5. Juni 2003

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Ayuso González, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, Dimitrakopoulos, Dover, Doyle, Evans Jonathan, Fiori, Folias, Foster, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hannan, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Herranz García, Jackson, Khanbhai, Kratsa-Tsagaropoulou, Liese, Lisi, Marinos, Montfort, Nicholson, Nisticò, Parish, Pérez Álvarez, Perry, Podestà, Purvis, Redondo Jiménez, Stenmarck, Sturdy, Tannock, Trakatellis, Van Orden, Villiers, Wachtmeister, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, van den Berg, Bowe, Campos, Cercas, Ceyhun, Corbey, Díez González, Dührkop Dührkop, Evans Robert J.E., Gill, Glante, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Junker, Karlsson, Kinnock, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martínez Martínez, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Pérez Royo, Prets, Rodríguez Ramos, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Simpson, Skinner, Soares, Sornosa Martínez, Stihler, Swiebel, Titley, Trentin, Vairinhos, Van Brempt, Walter, Watts, Weiler, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Hudghton, Mayol i Raynal, Nogueira Román

### **Enthaltungen: 32**

**ELDR:** Flesch

**NI:** Beysen, Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Avilés Perea, Elles, Fernández Martín, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Lulling, McCartin, Naranjo Escobar, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pomés Ruiz, Salafranca Sánchez-Neyra, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Zabell

**PSE:** Dehousse, Ettl, Martin Hans-Peter, Mendiluce Pereiro, Swoboda

**UEN:** Ribeiro e Castro

## **20. Bericht Cunha A5-0197/2003 Änderungsantrag 120/rév**

### **Ja-Stimmen: 86**

**EDD:** Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk

**GUE/NGL:** Fiebiger

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Doyle, Fernández Martín, Fiori, Folias, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Herranz García, Kratsa-Tsagaropoulou, Lisi, McCartin, Marinos, Naranjo Escobar, Nicholson, Nisticò, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Podestà, Pomés Ruiz, Redondo Jiménez, Salafranca Sánchez-Neyra, Stenmarck, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca, Wachtmeister, Xarchakos, Zabell, Zacharakis

**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Cercas, Díez González, Dührkop Dührkop, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Martínez Martínez, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Pérez Royo, Rodríguez Ramos, Sauquillo Pérez del Arco, Sornosa Martínez, Westendorp y Cabeza

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Nogueira Román

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 312**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Caudron, Fraisse, Markov

**NI:** Beysen, Hager, Paisley

**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfé, Bastos, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Foster, Fourtou, Gahler, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Maat, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Niebler, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Piscarreta, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Roving, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zappalà, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Baltas, Barón Crespo, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Iivari, Imbeni, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martin Hans-Peter, Mastorakis, Mendiluce Pereiro, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Soares, Souldakis, Stihler, Stockmann, Swibel, Swoboda, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 34**

**EDD:** Farage

**ELDR:** Fleisch

**GUE/NGL:** Ainaldi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Lulling

**PSE:** Dehousse, Lund

**Verts/ALE:** Hudghton

Donnerstag, 5. Juni 2003

**21. Bericht Cunha A5-0197/2003****Änderungsantrag 116****Ja-Stimmen: 291****EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Caudron**NI:** Beysen, Garaud, Hager, Kronberger**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Ayuso González, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Camisón Asensio, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Doyle, Ebner, Ferber, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Folias, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hatzidakis, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jarzembowski, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Stenzel, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Trakatellis, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimmerling, Zissener**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Casaca, Cercas, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, van Hulten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Kefler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Stockmann, Swibel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Wiersma, Zorba, Zrihen**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Nein-Stimmen: 94****EDD:** Coûteaux, Kuntz**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci**NI:** Berthu, de La Perriere, Souchet**PPE-DE:** Averoff, Costa Raffaele, Fiori, Montfort**PSE:** Bowe, Campos, Carrilho, Dührkop Dührkop, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Murphy, dos Santos, Simpson, Skinner, Soares, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 46**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Farage, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Paisley, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Balfe, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Corrie, Dover, Elles, Evans Jonathan, Foster, Goodwill, Hannan, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Khanbhai, Nicholson, Parish, Perry, Purvis, Sturdy, Tannock, Van Orden, Villiers

**PSE:** Dehousse, Lage, Lund

**Verts/ALE:** Hudghton

**22. Bericht Cunha A5-0197/2003**

**Entschließung**

**Ja-Stimmen: 271**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Caudron, Fraisse, Nair

**NI:** Beysen, Hager, Kronberger

**PPE-DE:** Balfe, Bastos, Beazley, Berend, Bodrato, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Foster, Fourtou, Gahler, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jarzembowski, Jeggle, Karas, Khanbhai, Klamt, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Maat, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Niebler, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Perry, Piscarreta, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Quisthoudt-Rowohl, Radwan, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenzel, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Baltas, Barón Crespo, Bowe, Bullmann, Carlotti, Casaca, Ceyhun, Désir, Duin, Evans Robert J.E., Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Jöns, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Lalumière, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Martin David W., Mastorakis, Miller, Moraes, Murphy, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Randzio-Plath, Rapkay, Rothley, Roure, Sacconi, Scheele, Schmid Gerhard, Simpson, Souladakis, Stihler, Stockmann, Terrón i Cusí, Titley, Trentin, Tsatsos, Volcic, Weiler, Wynn, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lucas, McKenna, Maes, Messner, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 108****EDD:** Bernié, Butel, Coûteaux, Esclopé, Farage, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk**ELDR:** Paulsen, Schmidt**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Fiebiger, Figueiredo, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Gollnisch, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Banotti, Bartolozzi, Bayona de Perogordo, Camisón Asensio, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Doyle, Fiori, Folias, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Herranz García, Kratsa-Tsagaropoulou, Lisi, Marinos, Nisticò, Podestà, Redondo Jiménez, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Xarchakos, Zacharakis**PSE:** Aparicio Sánchez, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carrilho, Cercas, Díez González, Dührkop Dührkop, Gröner, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Junker, Kuhne, Lage, Lange, Lund, Martínez Martínez, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Prets, Rodríguez Ramos, Rothe, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Sornosa Martínez, Torres Marques, Vairinhos, Walter, Westendorp y Cabeza**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain**Verts/ALE:** Bautista Ojeda, Mayol i Raynal, Nogueira Román**Enthaltungen: 48****ELDR:** Flesch**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco**PPE-DE:** Avilés Perea, Ayuso González, Fernández Martín, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Garriga Polledo, Keppelhoff-Wiechert, Lulling, McCartin, Montfort, Naranjo Escobar, Nicholson, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Pomés Ruiz, Salafranca Sánchez-Neyra, Varela Suanzes-Carpegna, Vidal-Quadras Roca**PSE:** Andersson, van den Berg, van den Burg, Corbey, Dehousse, Ettl, van Hulten, Karlsson, Martin Hans-Peter, Mendiluce Pereiro, Skinner, Swibel, Swoboda, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma**UEN:** Hyland, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Hudghton**23. Bericht Olsson A5-0182/2003****Änderungsantrag 25****Ja-Stimmen: 247****EDD:** Kuntz, Sandbæk**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Balfe, Beazley, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Corrie, Dimitrakopoulos, Dover, Elles, Evans Jonathan, Ferrer, Folias, Foster, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Hannan, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Jackson, Khanbhai, Knolle, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Matikainen-Kallström, Nicholson, Parish, Purvis, Stenmarck, Sturdy, Tannock, Trakatellis, Van Orden, Villiers, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Corbey, Dehousse, Désir, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, van Hulst, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napoletano, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Sornosa Martínez, Souladakis, Swibel, Swoboda, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Weiler, Wiersma, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 140**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam

**ELDR:** Nordmann

**GUE/NGL:** Sjöstedt

**NI:** Beysen, Hager

**PPE-DE:** Avilés Perea, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Berend, Böge, von Boetticher, Camisón Asensio, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Doyle, Ebner, Ferber, Ferri, Fiori, Fournou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hansenne, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klamt, Klab, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Vlasto, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

#### **Enthaltungen: 15**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Farage, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Cappato, Della Vedova, Pannella, Turco

**PSE:** Lund

Donnerstag, 5. Juni 2003

**24. Bericht Olsson A5-0182/2003****Änderungsantrag 33****Ja-Stimmen: 215****EDD:** Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Sandbæk**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhms, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Plooi-j-van Gorsel, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Vallvé, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Cederschiöld, Cocilovo, Coelho, Dimitrakopoulos, Folias, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Montfort, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Wijkman, Xarchakos, Zacharakis**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bullmann, van den Burg, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Corbey, Dehousse, Désir, Díez González, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, van Hulten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Kefler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napolitano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Piecyk, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Sornosa Martínez, Souladakis, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Van Brempt, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Wiersma, Zorba, Zrihen**UEN:** Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Nein-Stimmen: 185****EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**ELDR:** Nordmann, Pesälä, Pohjamo, Väyrynen, Virrankoski**GUE/NGL:** Sjöstedt**NI:** Beysen, Hager, Paisley**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Fiori, Foster, Fournou, Gähler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafrañca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zimmerling, Zissener



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PSE:** Bowe, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro

**Enthaltungen: 12**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Pannella, Turco

**PSE:** Lund

**25. Bericht Olsson A5-0182/2003**

**Änderungsantrag 7**

**Ja-Stimmen: 199**

**EDD:** Coûteaux, Kuntz, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhlm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Puerta, Schmid Herman, Schröder Ilka, Sjöstedt, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Kronberger, de La Perriere, Souchet

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Ferrer, Grönfeldt Bergman, Korhola, Matikainen-Kallström, Montfort, Stenmarck, Wachtmeister, von Wogau

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Fava, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Lund, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Frassoni, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Messner, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 201**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Nordmann

**NI:** Beysen, Hager, Paisley

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, van den Burg, Corbey, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro

### **Enthaltungen: 17**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Garaud, Gollnisch, Lang, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**UEN:** Thomas-Mauro

## **26. Bericht Olsson A5-0182/2003**

### **Vorschlag der Kommission**

### **Ja-Stimmen: 358**

**EDD:** Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Nair, Patakis, Puerta, Schröder Ilka, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Paisley, Souchet

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen,

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Fava, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Napoletano, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Pérez Royo, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rothe, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Tsatsos, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 37**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Farage, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Schmid Herman, Sjöstedt

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Fiori, Grönfeldt Bergman, Stenmarck, Wachtmeister

**PSE:** Bowe, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wynn

**Enthaltungen: 21**

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Lang, Martinez, Pannella, Stirbois, Turco

**PPE-DE:** Klauß

**PSE:** van den Berg, van den Burg, Corbey, van Hulten, Lund, Martin Hans-Peter, Swiebel, Van Brempt, Wiersma

**27. Bericht Olsson A5-0182/2003**

**Entschließung**

**Ja-Stimmen: 372**

**EDD:** Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Morgantini, Naïr, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Corrie, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Dover, Doyle, Ebner, Elles,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Myller, Paasilinna, Patrie, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Watts, Weiler, Westendorp y Cabeza, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Nobilia, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Nein-Stimmen: 18**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Farage, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**GUE/NGL:** Patakis, Schmid Herman, Sjöstedt

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Fiori, Grönfeldt Bergman, Stenmarck, Wachtmeister

**PSE:** Whitehead

#### **Enthaltungen: 20**

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas

**NI:** Borghezio, Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Dupuis, Gollnisch, Pannella, Turco

**PSE:** van den Berg, van den Burg, Corbey, van Hulten, Lund, Martin Hans-Peter, Swiebel, Van Brempt, Wiersma

**Verts/ALE:** Nogueira Román

### **28. Bericht Souchet A5-0174/2003**

#### **Änderungsantrag 1**

#### **Ja-Stimmen: 335**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** De Clercq, Manders, Mulder, Nordmann, Plooi-van Gorsel, Sanders-ten Holte, Virrankoski

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebigger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Naïr, Patakis, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübiger, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Corbey, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

### **Nein-Stimmen: 51**

**EDD:** Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, van den Bos, Busk, Davies, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Monsonís Domingo, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Procacci, Ries, Schmidt, Sterckx, Vallvé, Watson

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Stenmarck, Wachtmeister

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**Verts/ALE:** Lipietz

### **Enthaltungen: 7**

**EDD:** Farage

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Pannella, Turco

**PSE:** Lund

Donnerstag, 5. Juni 2003

**29. Bericht Souchet A5-0174/2003****Änderungsantrag 4****Ja-Stimmen: 347****EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Davies, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Ainaridi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebigler, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Patakis, Puerta, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtoul, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grosseleté, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaf, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lehne, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mennea, Mennitti, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Rovsing, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wyn**Nein-Stimmen: 35****EDD:** Sandbæk**ELDR:** De Clercq**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Sacrédeus, Stenmarck, Wachtmeister, Wijkman**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, van den Burg, Corbey, Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Enthaltungen: 9**

**EDD:** Coûteaux, Farage

**NI:** Cappato, Dell'Alba, Della Vedova, Pannella, Turco

**PSE:** Lund, Mann Erika

**30. Bericht Souchet A5-0174/2003**

**Änderungsantrag 16**

**Ja-Stimmen: 353**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Maset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Naïr, Patakis, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Paisley, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferrer, Ferri, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grosseôte, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Mennitti, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Musotto, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Weiler, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Bigliardo, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Ó Neachtain

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wyn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 40****EDD:** Sandbæk**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Sacrédeus, Stenmarck, Wachtmeister, Wijkman**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, van den Burg, Corbey, Evans Robert J.E., Gill, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn**Enthaltungen: 8****EDD:** Farage**NI:** Cappato, Della Vedova, Pannella, Turco**PSE:** Dehousse, Lund, Mann Erika**31. Bericht Souchet A5-0174/2003****Entschließung****Ja-Stimmen: 350****EDD:** Belder, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Kuntz, Mathieu**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooijs-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, von Boetticher, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Foster, Fourtou, Gähler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zimmerling, Zissener**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Carlotti, Cercas, Ceyhan, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Kefler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuckelkorn, Kuhne, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Mendiluce Pereiro, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Trentin, Volcic, Walter, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wynn, Zorba, Zrihen



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Hudghton, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Piétrasanta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 40**

**EDD:** Bernié, Farage, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Paulsen, Schmidt

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Garaud

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Folias, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Wijkman, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Andersson, van den Berg, Campos, Carrilho, Casaca, Corbey, van Hulst, Karlsson, Lage, Lund, dos Santos, Torres Marques, Vairinhos, Van Brempt, Wiersma

**Enthaltungen: 12**

**EDD:** Esclopé

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Figueiredo, Korakas, Miranda, Patakis

**NI:** Cappato, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Khanbhai

**PSE:** van den Burg, Martin Hans-Peter

### **32. Bericht Souchet A5-0175/2003**

#### **Entschließung**

**Ja-Stimmen: 348**

**EDD:** Belder, Blokland, Butel, van Dam, Kuntz, Mathieu

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraise, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, von Wogau, Zimmerling, Zissener

Donnerstag, 5. Juni 2003

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Evans Robert J.E., Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

### **Nein-Stimmen: 30**

**EDD:** Bernié, Farage, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Paulsen, Schmidt

**GUE/NGL:** Schmid Herman

**NI:** Garaud

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Folias, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Wijkman, Xarchakos

**PSE:** Andersson, van den Berg, Corbey, van Hulten, Karlsson, Lund, Van Brempt

### **Enthaltungen: 10**

**EDD:** Esclopé

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Borghezio, Pannella, Turco

**PSE:** van den Burg, Martin Hans-Peter, Swiebel

## **33. Bericht Bautista Ojeda A5-0183/2003**

### **Entschließung**

### **Ja-Stimmen: 346**

**EDD:** Belder, Blokland, Coûteaux, van Dam, Kuntz

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klauf, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Nisticò, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübzig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Ettl, Evans Robert J.E., Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Gröner, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Kinnock, Koukiadis, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bautista Ojeda, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 38**

**EDD:** Bernié, Farage, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Paulsen, Schmidt

**GUE/NGL:** Schmid Herman

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Grönfeldt Bergman, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Sacrédeus, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Wijkman, Zacharakis

**PSE:** Andersson, van den Berg, Ceyhun, Corbey, Duin, Glante, Görlach, Haug, van Hulsten, Karlsson, Keßler, Kindermann, Kreissl-Dörfler, Lange, Leinen, Lund, Van Brempt, Wiersma

**Enthaltungen: 11**

**EDD:** Butel, Esclopé, Mathieu

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis

**NI:** Pannella, Turco

**PPE-DE:** Maat

**PSE:** van den Burg, Martin Hans-Peter

Donnerstag, 5. Juni 2003

**34. Bericht Jeggle A5-0177/2003****Änderungsantrag 8****Ja-Stimmen: 342**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Naïr, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Bösch, Bullmann, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Glante, Goebbels, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wynn

**Nein-Stimmen: 33**

**EDD:** Sandbæk

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Korakas, Patakis, Schmid Herman

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, van den Burg, Corbey, Evans Robert J.E., Gill, Görlach, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Simpson, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Enthaltungen: 7**

**EDD:** Farage

**NI:** Borghezio, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Kratsa-Tsagaropoulou

**PSE:** Lund

**Verts/ALE:** Nogueira Román

**35. Bericht Jeggler A5-0177/2003**

**Änderungsantrag 9**

**Ja-Stimmen: 333**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraise, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Patakis, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Borghezio, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rapkay, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roue, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schmid Gerhard, Sornosa Martínez, Souldakis, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Onesta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Nein-Stimmen: 38****EDD:** Sandbæk**GUE/NGL:** Schmid Herman**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Grönfeldt Bergman, Stenmarck, Wachtmeister**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Bullmann, van den Burg, Corbey, Evans Robert J.E., Gill, Görlach, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulsten, Karlsson, Kinnock, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Scheele, Simpson, Stihler, Titley, Van Brempt, Volcic, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn**Enthaltungen: 5****EDD:** Farage**NI:** Pannella, Turco**PSE:** Dehousse**Verts/ALE:** Nogueira Román**36. Bericht Jeggle A5-0177/2003****Änderungsantrag 15****Ja-Stimmen: 170****EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Vinci**NI:** Beysen, Gollnisch, Kronberger, Lang, Martinez, Stirbois**PPE-DE:** Camisón Asensio, Costa Raffaele, Evans Jonathan, Gahler, Hatzidakis, Hermange, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Matikainen-Kallström, Perry, Pomés Ruiz, Schaffner, Trakatellis, de Veyrinas, Vlasto, Wenzel-Perillo**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Mann Erika, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swiebel, Swoboda, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Boumediene-Thiery, Dhaene, Echerer, Onesta, Rod**Nein-Stimmen: 196****EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk**GUE/NGL:** Schmid Herman**NI:** Hager

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Ferber, Ferrer, Fiori, Foster, Fourtou, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Røvsing, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Wachtmeister, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Bullmann, van den Burg, Corbey, Evans Robert J.E., Gill, Görlach, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Rapkay, Scheele, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

#### **Enthaltungen: 14**

**EDD:** Farage, Kuntz

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Patakis

**NI:** Berthu, Borghezio, Garaud, de La Perriere, Pannella, Souchet, Turco

**PSE:** Lund, Martin Hans-Peter

**Verts/ALE:** Nogueira Román

### **37. Bericht Jeggle A5-0177/2003**

#### **Änderungsantrag 20**

#### **Ja-Stimmen: 301**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond, Saint-Josse

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Pohjamo, Procacci, Ries, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Koulourianos, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Cocilovo, Coelho, Costa Raffaele, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gähler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lehne, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Glante, Goebbels, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Collins, Crowley, Hyland, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Turmes

**Nein-Stimmen: 77**

**EDD:** Sandbæk

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**PPE-DE:** Arvidsson, Cederschiöld, Grönfeldt Bergman, Mauro, Schaffner, Stenmarck, Wachtmeister

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Bullmann, van den Burg, Corbey, Dehousse, Evans Robert J.E., Gill, Görlach, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Rapkay, Scheele, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Berlato, Mussa

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Legendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Wuori, Wyn

**Enthaltungen: 10**

**EDD:** Farage

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Patakis

**NI:** Borghezio, Pannella, Turco

**PSE:** Lund, Mann Erika, Martin Hans-Peter

**Verts/ALE:** Nogueira Román

### **38. Bericht Jeggle A5-0177/2003**

#### **Änderungsantrag 25**

**Ja-Stimmen: 144**

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Naïr, Patakis, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Borghezio, Kronberger

**PPE-DE:** Costa Raffaele, Dimitrakopoulos, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Lulling, Marinos, Perry, Trakatellis



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Duin, Ettl, Ferreira, Fruteau, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Myller, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schmid Gerhard, Schulz, Sornosa Martínez, Souladakis, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Nogueira Román, Onesta, Rod, de Roo, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 231**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Fleisch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Lang, Martinez, Stirbois

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Cocilovo, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Gargani, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lehne, Lisi, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Evans Robert J.E., Gill, Glante, Görlach, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Rapkay, Scheele, Simpson, Skinner, Stihler, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Hyland, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Enthaltungen: 8**

**EDD:** Farage, Kuntz

**NI:** Berthu, de La Perriere, Pannella, Souchet, Turco

**PSE:** Lund

Donnerstag, 5. Juni 2003

**39. Bericht Jeggle A5-0177/2003****Entschließung****Ja-Stimmen: 332****EDD:** Belder, Blokland, Butel, Coûteaux, van Dam, Esclopé, Kuntz, Mathieu**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Naïr, Puerta, Uca, Vinci**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Roving, Rübzig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zimmerling, Zissener**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Bowe, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Ettl, Evans Robert J.E., Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Gröner, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wynn, Zorba, Zrihen**UEN:** Collins, Crowley, Hyland, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Onesta, Rod, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn**Nein-Stimmen: 45****EDD:** Bernié, Farage, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk**ELDR:** Paulsen, Schmidt**GUE/NGL:** Alysandrakis, Korakas, Patakis, Schmid Herman, Sjöstedt**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Cederschiöld, Dimitrakopoulos, Folias, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Xarchakos, Zacharakis**PSE:** Andersson, van den Berg, Bullmann, Ceyhun, Corbey, Duin, Glante, Görlach, Haug, van Hulst, Karlsson, Lund, Rapkay, Van Brempt, Wiersma**UEN:** Berlato, Mussa**Verts/ALE:** Mayol i Raynal, Nogueira Román

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Enthaltungen: 7**

**NI:** Borghezio, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Fiori

**PSE:** van den Burg, Mann Erika, Martin Hans-Peter

**40. Bericht Jeggle A5-0181/2003**

**Änderungsantrag 5**

**Ja-Stimmen: 181**

**EDD:** Bernié, Butel, Esclopé, Kuntz, Mathieu, Raymond

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Boudjenah, Caudron, Fiebigger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Korakas, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Naïr, Patakis, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Garaud, Gollnisch, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Grosch, Korhola, Lulling, Marinos, Matikainen-Kallström, Vatanen

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Ettl, Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Gröner, Haug, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lange, Lavarra, Leinen, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Paasilinna, Patrie, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Mussa, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Mayol i Raynal, Onesta, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 180**

**EDD:** Belder, Blokland, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** Nordmann

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Beysen, Hager

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gähler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggle, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klauf, Knolle, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oreja Arburúa, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübiger, Sacrédeus, Salafraña Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Bullmann, van den Burg, Ceyhun, Corbey, Duin, Evans Robert J.E., Gill, Glante, Görlach, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Karlsson, Kinnock, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Rapkay, Skinner, Stihler, Swiebel, Titley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**Enthaltungen: 6**

**EDD:** Farage

**NI:** Borghezio, Pannella, Turco

**PSE:** Lund, Martin Hans-Peter

**41. Bericht Jeggle A5-0181/2003**

**Änderungsantrag 11**

**Ja-Stimmen: 185**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, Butel, van Dam, Esclopé, Mathieu, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Olsson, Paulsen, Pesälä, Plooi-j-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebigler, Figueiredo, Fraise, Jové Peres, Koulourianos, Markov, Marset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Nair, Patakis, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Borghezio, Garaud, Gollnisch, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Deprez, Korhola, Lulling, Matikainen-Kallström, Vatanen

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Ettl, Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gillig, Goebbels, Gröner, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Karamanou, Keßler, Kindermann, Koukiadis, Kreissl-Dörfler, Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Leinen, Linkohr, Malliori, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Souladakis, Swoboda, Terrón i Cusí, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Westendorp y Cabeza, Zorba, Zrihen

**UEN:** Berlato, Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Onesta, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 185**

**ELDR:** Nordmann

**GUE/NGL:** Schmid Herman, Sjöstedt

**NI:** Beysen, Hager

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Cederschiöld, Chichester, Coelho, Cunha, Daul, Descamps, De Veyrac, Dimitrakopoulos, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferrer, Fiori, Folias, Foster, Fourtou, Gahler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grönfeldt Bergman, Grosch, Grossetête, Hannan, Hansenne,

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marinos, Marques, Martens, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübiger, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Sturdy, Sudre, Suominen, Tannock, Theato, Thyssen, Trakatellis, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, van Velzen, de Veyrinas, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Xarchakos, Zacharakis, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bowe, Bullmann, van den Burg, Ceyhun, Corbey, Duin, Evans Robert J.E., Gill, Glante, Görlach, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulst, Karlsson, Kinnock, Lange, McCarthy, McNally, Martin David W., Miller, Moraes, Rapkay, Simpson, Skinner, Stihler, Swiebel, Tittley, Van Brempt, Watts, Whitehead, Wiersma, Wynn

**Enthaltungen: 8**

**EDD:** Farage

**NI:** Pannella, Turco

**PSE:** Lund, Mann Erika, Martin Hans-Peter

**Verts/ALE:** Mayol i Raynal, Nogueira Román

**42. Bericht Jeggler A5-0181/2003**

**Entschließung**

**Ja-Stimmen: 327**

**EDD:** Belder, Blokland, Butel, Couéteaux, van Dam, Kuntz, Mathieu

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, Busk, Davies, De Clercq, Flesch, Formentini, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Manders, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Olsson, Pesälä, Plooi-van Gorsel, Pohjamo, Procacci, Ries, Sanders-ten Holte, Sterckx, Väyrynen, Vallvé, Virrankoski, Watson

**GUE/NGL:** Ainardi, Bakopoulos, Boudjenah, Caudron, Fiebiger, Figueiredo, Fraisse, Jové Peres, Koulourianos, Marsset Campos, Meijer, Miranda, Modrow, Puerta, Uca, Vinci

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Gollnisch, Hager, Kronberger, Lang, de La Perriere, Martinez, Souchet, Stirbois

**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfé, Banotti, Bartolozzi, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Böge, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Coelho, Cunha, Daul, Deprez, Descamps, De Veyrac, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Foster, Fourtoul, Gähler, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Garriga Polledo, Glase, Goepel, Gomolka, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grosselet, Hannan, Hansenne, Harbour, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jackson, Jeggler, Karas, Keppelhoff-Wiechert, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Langen, Langenhagen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Moreira Da Silva, Morillon, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pack, Parish, Pastorelli, Pérez Álvarez, Perry, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Redondo Jiménez, Rovsing, Rübiger, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schierhuber, Schleicher, Schmitt, Schnellhardt, Schröder Jürgen, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Sturdy, Sudre, Suominen, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wenzel-Perillo, Wieland, von Wogau, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Bösch, Bowe, Campos, Carlotti, Carrilho, Casaca, Cercas, Ceyhun, Dehousse, De Keyser, Désir, Díez González, Ettl, Evans Robert J.E., Ferreira, Garot, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Goebbels, Gröner, Honeyball, Howitt, Hughes, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Keßler, Kindermann, Kinnock, Koukiadis, Kreissl-Dörfler,

Donnerstag, 5. Juni 2003

Kuhne, Lage, Lalumière, Lavarra, Leinen, Linkohr, McCarthy, McNally, Malliori, Mann Erika, Martin David W., Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Piecyk, Poignant, Poos, Prets, Randzio-Plath, Rodríguez Ramos, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Skinner, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Trentin, Vairinhos, Volcic, Walter, Watts, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wynn, Zorba, Zrihen

**UEN:** Collins, Crowley, Fitzsimons, Hyland, Ó Neachtain, Ribeiro e Castro, Thomas-Mauro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Cohn-Bendit, Dhaene, Echerer, Evans Jillian, Flautre, Gahrton, Graefe zu Baringdorf, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lannoye, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Onesta, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wyn

**Nein-Stimmen: 45**

**EDD:** Bernié, Esclopé, Farage, Raymond, Saint-Josse, Sandbæk

**ELDR:** Paulsen, Schmidt

**GUE/NGL:** Alyssandrakis, Patakis, Sjöstedt

**PPE-DE:** Arvidsson, Averoff, Dimitrakopoulos, Folias, Grönfeldt Bergman, Hatzidakis, Kratsa-Tsagaropoulou, Marinos, Stenmarck, Trakatellis, Wachtmeister, Xarchakos, Zacharakis

**PSE:** Andersson, van den Berg, Bullmann, Corbey, Duin, Glante, Görlach, Haug, van Hulst, Karlsson, Lange, Lund, Rapkay, Scheele, Swiebel, Van Brempt, Wiersma

**UEN:** Berlato, Mussa

**Verts/ALE:** Mayol i Raynal, Nogueira Román

**Enthaltungen: 6**

**NI:** Borghezio, Pannella, Turco

**PPE-DE:** Fiori

**PSE:** van den Burg, Martin Hans-Peter

**43. Bericht Smet A5-0143/2003**

**Änderungsantrag 6**

**Ja-Stimmen: 52**

**EDD:** Belder, Bernié, Blokland, van Dam, Esclopé, Sandbæk

**GUE/NGL:** Ainardi, Alyssandrakis, Bakopoulos, Boudjenah, Fraise, Jové Peres, Koulourianos, Maset Campos, Meijer, Modrow, Patakis, Puerta, Schmid Herman, Sjöstedt

**PPE-DE:** Sacrédeus

**PSE:** Díez González, Rodríguez Ramos, Skinner

**UEN:** Crowley, Mussa, Ribeiro e Castro

**Verts/ALE:** Aaltonen, Ahern, Auroi, Boumediene-Thiery, Bouwman, Breyer, Buitenweg, Echerer, Evans Jillian, Gahrton, Isler Béguin, Lagendijk, Lambert, Lipietz, Lucas, McKenna, Maes, Onesta, Rühle, Schörling, Schroedter, Staes, Turmes, Wuori, Wynn

**Nein-Stimmen: 240**

**ELDR:** Attwooll, Boogerd-Quaak, van den Bos, De Clercq, Flesch, Gasòliba i Böhm, Ludford, Lynne, Maaten, Monsonís Domingo, Mulder, Newton Dunn, Nordmann, Pesälä, Plooij-van Gorsel, Pohjamo, Sanders-ten Holte, Schmidt, Sterckx, Väyrynen, Vallvé

**NI:** Berthu, Beysen, Garaud, Hager, Kronberger, de La Perriere, Souchet

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

**PPE-DE:** Arvidsson, Avilés Perea, Balfe, Banotti, Bastos, Bayona de Perogordo, Beazley, Berend, Bushill-Matthews, Callanan, Camisón Asensio, Chichester, Coelho, Cunha, Deprez, Descamps, Doorn, Dover, Doyle, Ebner, Elles, Evans Jonathan, Ferber, Ferrer, Fiori, Foster, Fourtou, Galeote Quecedo, García-Margallo y Marfil, Garriga Polledo, Glase, Goodwill, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Hannan, Harbour, Hatzidakis, Heaton-Harris, Helmer, Hermange, Herranz García, Hieronymi, Jeggler, Karas, Khanbhai, Klaß, Knolle, Konrad, Korhola, Kratsa-Tsagaropoulou, Langen, Laschet, Lechner, Lehne, Liese, Lisi, Lulling, Maat, McCartin, Mann Thomas, Marques, Martens, Matikainen-Kallström, Mauro, Mayer Hans-Peter, Mayer Xaver, Mennea, Menrad, Montfort, Müller Emilia Franziska, Naranjo Escobar, Nassauer, Nicholson, Niebler, Ojeda Sanz, Oomen-Ruijten, Oostlander, Oreja Arburúa, Pack, Pastorelli, Pérez Álvarez, Piscarreta, Podestà, Poettering, Pomés Ruiz, Posselt, Pronk, Purvis, Radwan, Røvsing, Rübig, Salafranca Sánchez-Neyra, Santini, Schaffner, Schleicher, Schnellhardt, Schwaiger, Smet, Sommer, Stauner, Stenmarck, Sturdy, Sudre, Tannock, Theato, Thyssen, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vatanen, van Velzen, Vidal-Quadras Roca, Villiers, Vlasto, Wachtmeister, Wenzel-Perillo, Wieland, Wijkman, von Wogau, Zimmerling, Zissener

**PSE:** Andersson, Aparicio Sánchez, Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, van den Berg, Bösch, Bowe, Bullmann, van den Burg, Carlotti, Casaca, Cercas, Ceyhun, Corbey, De Keyser, Désir, Ettl, Ferreira, Gebhardt, Ghilardotti, Gill, Gillig, Glante, Goebbels, Görlach, Gröner, Haug, Honeyball, Howitt, Hughes, van Hulten, Iivari, Imbeni, Izquierdo Collado, Izquierdo Rojo, Jöns, Junker, Karamanou, Kefler, Kindermann, Kinnock, Lage, Lalumière, Leinen, Linkohr, Lund, McCarthy, McNally, Martin David W., Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Menéndez del Valle, Miguélez Ramos, Miller, Moraes, Obiols i Germà, Paasilinna, Patrie, Poos, Prets, Rapkay, Rothe, Rothley, Roure, Sacconi, Sakellariou, dos Santos, Sauquillo Pérez del Arco, Scheele, Schmid Gerhard, Schulz, Simpson, Sornosa Martínez, Souladakis, Stihler, Swiebel, Swoboda, Terrón i Cusí, Titley, Torres Marques, Vairinhos, Van Brempt, Walter, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wiersma, Wynn, Zorba, Zrihen

**Enthaltungen: 6**

**NI:** Borghezio, Gollnisch, Lang, Martinez, Stirbois

**PSE:** Dehousse

**44. B5-0287/2003 Entschließung commune – Zimbabwe**

**Entschließung**

**Ja-Stimmen: 78**

**EDD:** Belder, van Dam, Sandbæk

**ELDR:** van den Bos, Lynne, Maaten, Newton Dunn, Virrankoski

**GUE/NGL:** Koulourianos, Meijer

**NI:** Beysen

**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfe, Camisón Asensio, Chichester, Daul, Ferrer, Fiori, Fourtou, Gahler, Garriga Polledo, Goepel, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Jeggler, Karas, Knolle, Lisi, McCartin, Mann Thomas, Martens, Matikainen-Kallström, Menrad, Naranjo Escobar, Nicholson, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Posselt, Purvis, Rübig, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Sommer, Stenmarck, Sudre, Tannock, Wieland, Zimmerling

**PSE:** Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Casaca, De Keyser, Désir, Ettl, Gebhardt, Gillig, Imbeni, Izquierdo Collado, Kindermann, McCarthy, McNally, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Rodríguez Ramos, Roure, Sauquillo Pérez del Arco, Schulz, Souladakis, Stihler, Swoboda, Weiler, Westendorp y Cabeza

**UEN:** Ribeiro e Castro

**Nein-Stimmen: 6**

**Verts/ALE:** Auroi, Lagendijk, Lambert, Lipietz, Maes, Onesta

**Enthaltungen: 1**

**GUE/NGL:** Bakopoulos

Donnerstag, 5. Juni 2003

**45. Bericht Fourtou A5-0157/2003****Entschließung****Ja-Stimmen: 78****EDD:** Belder, van Dam, Sandbæk**ELDR:** van den Bos, Maaten, Newton Dunn, Virrankoski**GUE/NGL:** Meijer**NI:** Beysen**PPE-DE:** Avilés Perea, Balfe, Camisón Asensio, Chichester, Daul, Ferrer, Fiori, Fourtou, Gahler, Garriga Polledo, Goepel, Grönfeldt Bergman, Grossetête, Jeggle, Karas, Lisi, McCartin, Mann Thomas, Martens, Matikainen-Kallström, Menrad, Naranjo Escobar, Nicholson, Ojeda Sanz, Oreja Arburúa, Pérez Álvarez, Posselt, Purvis, Rübigen, Sacrédeus, Salafranca Sánchez-Neyra, Sommer, Stenmarck, Zimmerling**PSE:** Baltas, Barón Crespo, Berenguer Fuster, Bösch, Casaca, De Keyser, Désir, Ettl, Gebhardt, Gillig, Imbeni, Izquierdo Collado, Kindermann, McCarthy, McNally, Martin Hans-Peter, Martínez Martínez, Mastorakis, Medina Ortega, Rodríguez Ramos, Roure, Sauquillo Pérez del Arco, Schulz, Souladakis, Stihler, Swoboda, Weiler, Westendorp y Cabeza**UEN:** Ribeiro e Castro**Verts/ALE:** Auroi, Lagendijk, Lambert, Lipietz, Maes, Onesta**Enthaltungen: 1****GUE/NGL:** Koulourianos

---



Donnerstag, 5. Juni 2003

## ANGENOMMENE TEXTE

P5\_TA(2003)0252

### Ozonabbauende Stoffe \*\*\*I

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in Bezug auf kritische Verwendungszwecke und die Ausfuhr von Halonen, die Ausfuhr Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthaltender Produkte und Einrichtungen und Vorschriften für Chlorbrommethan (KOM(2002) 642 – C5-0554/2002 – 2002/0268(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2002) 642) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 175 Absatz 1 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0554/2002),
- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik (A5-0179/2003),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, ihren Vorschlag wesentlich zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 297.

P5\_TC1-COD(2002)0268

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 5. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in Bezug auf die Kontrolle der Ausfuhr von Halonen für kritische Verwendungszwecke, die Ausfuhr von Produkten und Einrichtungen, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe enthalten, und Beschränkungen für Chlorbrommethan**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 175 Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 45 E vom 25.2.2003, S. 297.

<sup>(2)</sup> ABl. C 95 vom 23.4.2003, S. 27.

Donnerstag, 5. Juni 2003

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen <sup>(1)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Bei der Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen <sup>(3)</sup>, sind einige Probleme aufgetreten, die im Wege von Änderungen jener Verordnung gelöst werden müssen. Diese Fragen, die sich auf die wirksame und sichere Durchführung jener Verordnung beziehen, wurden mit den Mitgliedstaaten im Verwaltungsausschuss gemäß jener Verordnung erörtert. Die vorliegende Verordnung sieht Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 in vier Punkten vor.
- (2) Gemäß Artikel 4 Absatz 4 Ziffer iv der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 überprüft die Kommission jedes Jahr die in Anhang VII jener Verordnung aufgeführten kritischen Verwendungszwecke von Halonen. Jene Verordnung sieht jedoch nicht vor, dass im Rahmen dieser Überprüfungen Zeitpläne für die schrittweise Einstellung der kritischen Verwendung festgelegt werden, wenn angemessene Alternativen gefunden und verwendet werden. Mit der ersten Änderung jener Verordnung wird die Möglichkeit vorgesehen, bei der Überprüfung des Anhangs VII jener Verordnung Zeitpläne für die Verringerung des Einsatzes von Halonen für kritische Verwendungszwecke unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit technisch und wirtschaftlich realisierbarer Alternativen oder Technologien festzulegen, die unter Umwelt- und Gesundheitsaspekten akzeptabel sind. Damit sollte sichergestellt werden, dass Fortschritte in Bezug auf die Verringerung der Menge an Halon für kritische Verwendungszwecke erzielt werden und dadurch die Regenerierung der Ozonschicht beschleunigt wird.
- (3) Die zweite Änderung betrifft die Ausfuhr von Halonen für die in Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 aufgeführten kritischen Verwendungszwecke. Gemäß jener Verordnung dürfen ab dem 1. Januar 2004 Halone, die für die in Anhang VII aufgeführten Verwendungszwecke eingesetzt werden, in der Europäischen Gemeinschaft nur noch zum Zweck der Brandbekämpfung verwendet werden. Diese Verwendungszwecke werden als „kritisch“ bezeichnet, weil es derzeit keine technisch und wirtschaftlich realisierbaren Alternativen gibt. Alle nicht in Anhang VII aufgeführten Einrichtungen, die Halone enthalten, gelten daher als nicht kritisch. Alle nicht kritischen Haloneinrichtungen sollten bis zum 31. Dezember 2003 stillgelegt werden. Aus dem Verkehr gezogenes Halon sollte für kritische Verwendungszwecke gelagert, aus Lagern für kritische Verwendungszwecke ausgeführt oder vernichtet werden können.
- (4) Gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 ist die Ausfuhr von „Produkten und Einrichtungen, die Halone für die in Anhang VII aufgeführten kritischen Verwendungszwecke enthalten“, gestattet. Jener Artikel sollte geändert werden, um die Ausfuhr von nicht in Behältern abgefülltem Halon für kritische Verwendungszwecke bis zum 31. Dezember 2009 zu gestatten, sofern es aus zurückgewonnenen, rezyklierten oder aufgearbeiteten Halonen aus Lagereinrichtungen gewonnen wird, die von der zuständigen Behörde genehmigt wurden oder von dieser betrieben werden. Eine Überprüfung der Ausfuhren von nicht in Behältern abgefülltem Halon sollte gefordert werden, um bei Bedarf die Ausfuhren bereits vor dem 31. Dezember 2009 verbieten zu können. Die Ausfuhr von Halon für kritische Verwendungszwecke sollte nach dem 31. Dezember 2003 verboten sein, wenn es nicht aus Einrichtungen stammt, die von der zuständigen Behörde eine Genehmigung für die Lagerung von Halon für kritische Verwendungszwecke erhalten haben oder von dieser betrieben werden.
- (5) Die Kommission sollte für die Genehmigung von Ausfuhren von Halonen zuständig sein, die in Produkten und Einrichtungen für kritische Verwendungszwecke ausgeführt werden. Die Kommission sollte diese Ausfuhren nur genehmigen, wenn die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats überprüft hat, dass die Ausfuhren für einen oder mehrere der in Anhang VII der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 aufgeführten kritischen Verwendungszwecke bestimmt sind. Weiterhin sollte der Ausfuhrer am Jahresende über die tatsächlichen Ausfuhren Bericht erstatten müssen.
- (6) Die Mitgliedstaaten sollten geregelte Stoffe einschließlich zurückgewonnener, rezyklierter, aufgearbeiteter oder vernichteter Halone jährlich melden müssen. Derzeit wird mit der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 eine Meldung bis zum 31. Dezember 2001 vorgeschrieben, nicht aber eine jährliche Meldung; jährliche Berichte werden jedoch künftig von Bedeutung sein für die Beurteilung der Fortschritte insbesondere in Bezug auf die Vernichtung von Halonen, die nicht für kritische Verwendungszwecke eingesetzt werden.

<sup>(1)</sup> ABl. C ...

<sup>(2)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom ...

<sup>(3)</sup> ABl. L 244 vom 29.9.2000, S. 1. Zuletzt geändert durch die Entscheidung 2003/160/EG der Kommission (AbL. L 65 vom 8.3.2003, S. 29).

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- (7) Die dritte Änderung betrifft die Ausfuhr von geregelten Stoffen und Produkten, die geregelte Stoffe enthalten. Die Ausfuhr von geregelten Stoffen und Produkten, die geregelte Stoffe enthalten, sollte verboten werden. Dieses Verbot wird die Rückgewinnung und Vernichtung dieser geregelten Stoffe nach Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 fördern. Der Schwerpunkt liegt auf der Beendigung der zunehmenden Ausfuhr gebrauchter, FCKW enthaltender Kälte- und Klimaanlageanlagen, insbesondere von Haushaltskühlgeräten, Gefriergeräten und Isolierschaum für Gebäude, in Entwicklungsländer. Da in den Entwicklungsländern Vernichtungsanlagen fehlen, gelangen die FCKW letztlich in die Atmosphäre und schädigen die Ozonschicht. Im Übrigen beginnen die Entwicklungsländer derzeit, die Verwendung von FCKW schrittweise einzustellen, und viele von ihnen haben erklärt, dass sie nicht die Empfänger von gebrauchten Produkten und Einrichtungen sein wollen, die FCKW enthalten.
- (8) Die Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 findet nicht nur auf Kälte- und Klimaanlageanlagen, sondern auf alle Produkte und Einrichtungen Anwendung, die mit FCKW hergestellten Isolierschaum oder Integralschaumstoff enthalten. Das würde beispielsweise bedeuten, dass gebrauchte Luftfahrzeuge oder Fahrzeuge, die mit FCKW aufgeschäumte Hart- oder Integralschaumstoffe enthalten, aus der Europäischen Gemeinschaft nicht ausgeführt werden dürften. Da durch jene Verordnung lediglich die Ausfuhr gebrauchter, FCKW enthaltender Kälte- und Klimaanlageanlagen, nicht aber anderer Produkte und Einrichtungen, die mit FCKW aufgeschäumte Schaumstoffe enthalten, beschränkt werden sollte, erscheint es angebracht, jene Verordnung zu ändern, um FCKW enthaltende Produkte, die nicht Gegenstand der Regelung sein sollen, auszuklammern.
- (9) Die vierte Änderung betrifft die Bestimmungen zu neuen Stoffen nach Artikel 22 und Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000. Jene Verordnung sieht für den in Anhang II aufgeführten neuen Stoff Chlorbrommethan nicht das gleiche Maß an Kontrolle wie bei anderen geregelten Stoffen vor, so dass die Europäische Gemeinschaft ihren Verpflichtungen nach dem Protokoll von Montreal nicht vollständig nachkommt. Um Abhilfe zu schaffen, müssen die für geregelte Stoffe geltenden Bestimmungen auch Anwendung auf Chlorbrommethan finden.
- (10) Die Änderungen der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 stehen voll und ganz im Einklang mit deren umweltpolitischen Zielen, nämlich unter anderem, sofern möglich, weitere Schutzmaßnahmen für die Ozonschicht vorzusehen, die weltweite Herstellung von Stoffen, die die Ozonschicht schädigen, zu verringern, sichere Methoden für den Transport solcher Stoffe zu fördern, eine obligatorische Überwachung aller Ausfuhr zu gewährleisten und erforderlichenfalls Rechtsklarheit zu schaffen -

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Diese Verordnung gilt für die Produktion, die Einfuhr, die Ausfuhr, das Inverkehrbringen, die Verwendung, die Rückgewinnung, das Recycling und die Aufarbeitung und Vernichtung von Fluorchlorkohlenwasserstoffen, anderen vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Halonen, Tetrachlorkohlenstoff, 1,1,1-Trichlorethan, Methylbromid, teilhalogenierten Fluorbromkohlenwasserstoffen, teilhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen (H-FCKW) und Chlorbrommethan, für die Übermittlung von Informationen über diese Stoffe sowie für die Ein- und Ausfuhr, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Produkten und Einrichtungen, die solche Stoffe enthalten.“

2. Artikel 2 wird wie folgt geändert:

- a) Der vierte Gedankenstrich erhält folgende Fassung:

„— „geregelte Stoffe“: Fluorchlorkohlenwasserstoffe, andere vollhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe, Halone, Tetrachlorkohlenstoff, 1,1,1-Trichlorethan, Methylbromid, teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe, teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe und Chlorbrommethan, entweder in Reinform oder in einem Gemisch, ungebraucht, nach Rückgewinnung, Recycling oder Aufarbeitung. Diese Definition erfasst jedoch keine geregelten Stoffe, die in einem Fertig-

Donnerstag, 5. Juni 2003

erzeugnis enthalten sind, außer in Behältern, die zum Transport oder zur Lagerung solcher Stoffe verwendet werden; sie erfasst ferner keine unbedeutenden Mengen geregelter Stoffe, die unbeabsichtigt oder zufällig während eines Herstellungsverfahrens, aus unumgesetzten Ausgangsstoffen oder durch die Verwendung als Verarbeitungshilfsstoff, der in chemischen Stoffen als Spurenverunreinigung auftritt, entstehen oder während der Herstellung oder Behandlung des Erzeugnisses emittiert werden;“

- b) Nach dem elften Gedankenstrich wird folgender Gedankenstrich eingefügt:

„– „Chlorbrommethan“: der in Gruppe IX des Anhangs I aufgeführte geregelte Stoff;“

3. Dem Artikel 3 Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:

„g) Chlorbrommethan“

4. Artikel 4 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 1 wird folgender Buchstabe angefügt:

„g) Chlorbrommethan“

- b) Absatz 4 Ziffer iv erhält folgende Fassung

„iv) Absatz 1 Buchstabe c gilt nicht für das Inverkehrbringen und die Verwendung von zurückgewonnenen, rezyklierten und aufgearbeiteten Halonen in bestehenden Brandschutzeinrichtungen bis 31. Dezember 2002 und für das Inverkehrbringen und Verwenden von Halonen für kritische Verwendungszwecke gemäß Anhang VII dieser Verordnung. Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission jährlich über die Mengen der für kritische Verwendungszwecke eingesetzten Halone, die zur Verringerung ihrer Emissionen ergriffenen Maßnahmen und eine Schätzung dieser Emissionen sowie die laufenden Aktivitäten zur Ermittlung und Verwendung geeigneter Alternativstoffe. Die Kommission überprüft jährlich die in Anhang VII aufgeführten kritischen Verwendungszwecke und beschließt bei Bedarf nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 2 Änderungen und gegebenenfalls Zeitpläne für die Einstellung der Verwendung, wobei der Verfügbarkeit von unter Umwelt- und Gesundheitsaspekten akzeptablen, sowohl technisch als auch wirtschaftlich realisierbaren Alternativen oder Technologien Rechnung getragen wird.“

- c) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Die Einfuhr und das Inverkehrbringen von Produkten und Einrichtungen, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe, andere vollhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe, Halone, Tetrachlorkohlenstoff, 1,1,1-Trichlorethan, teilhalogenierte Fluorbromkohlenwasserstoffe und Chlorbrommethan enthalten, ist verboten; von diesem Verbot ausgenommen sind Produkte und Einrichtungen, für die die Verwendung geregelter Stoffe gemäß Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 2 genehmigt wurde oder deren Verwendungszweck in Anhang VII aufgeführt ist. Produkte und Einrichtungen, die nachweislich vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung hergestellt wurden, sind von diesem Verbot ausgenommen.“

5. Artikel 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Überführung von geregelten Stoffen in den zollrechtlich freien Verkehr der Gemeinschaft und für ihre aktive Veredelung ist eine Einfuhrlizenz erforderlich. Diese Lizenzen werden von der Kommission erteilt, nachdem sie die Einhaltung der Artikel 6, 7, 8 und 13 geprüft hat. Die Kommission übermittelt der zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in den solche Stoffe eingeführt werden sollen, eine Kopie der Lizenz. Jeder Mitgliedstaat bestimmt seine hierfür zuständige Behörde. Geregelte Stoffe der Gruppen I, II, III, IV, V und IX des Anhangs I werden nicht zur aktiven Veredelung eingeführt.“

6. Artikel 11 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der Einleitungsteil erhält folgende Fassung:

„(1) Ausfuhren von Fluorchlorkohlenwasserstoffen, sonstigen vollhalogenierten Fluorchlorkohlenwasserstoffen, Halonen, Tetrachlorkohlenstoff, 1,1,1-Trichlorethan, von teilhalogenierten Fluorbromkohlenwasserstoffen und Chlorbrommethan sowie von anderen Produkten und Einrichtungen als persönlichen Effekten, die sie enthalten oder diese Stoffe zu ihrem Funktionieren brauchen, aus der Gemeinschaft sind verboten. Dieses Verbot gilt nicht für die Ausfuhr von:“

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

b) Buchstabe d erhält folgende Fassung:

„d) zurückgewonnenen, rezyklierten und aufgearbeiteten, in von der zuständigen Behörde genehmigten oder betriebenen Einrichtungen für kritische Verwendungszwecke gelagerten Halonen für die in Anhang VII aufgeführten kritischen Verwendungszwecke bis zum 31. Dezember 2009 sowie Produkten und Einrichtungen, die Halone für die in Anhang VII aufgeführten kritischen Verwendungszwecke enthalten. Die Kommission nimmt bis spätestens 1. Januar 2005 eine Überprüfung der Ausfuhren von zurückgewonnenen, rezyklierten und aufgearbeiteten Halonen für kritische Verwendungszwecke vor und beschließt gegebenenfalls nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 2, diese Ausfuhren bereits vor dem 31. Dezember 2009 zu verbieten;“

c) Der folgende Buchstabe wird angefügt:

„g) gebrauchten Produkten und Einrichtungen, die mit Fluorchlorkohlenwasserstoffen hergestellte Hartschaumstoffe oder Integralschaumstoffe enthalten. Diese Ausnahme findet keine Anwendung auf:

- Kälte- und Klimaanlage sowie diesbezügliche Produkte;
- Kälte- und Klimaanlage sowie diesbezügliche Produkte, die Teil anderer Produkte und Einrichtungen sind und Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Kältemittel enthalten oder Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Kältemittel zu ihrem Funktionieren brauchen;
- Schaumstoffe für die Gebäudeisolierung sowie diesbezügliche Produkte.“

7. Dem Artikel 11 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Ausfuhren von Halonen für kritische Verwendungszwecke, die nicht in Einrichtungen gelagert wurden, die von der zuständigen Behörde eine Genehmigung für die Lagerung von Halonen für kritische Verwendungszwecke erhalten haben oder von dieser betrieben werden, aus der Gemeinschaft sind ab 31. Dezember 2003 verboten.“

8. Artikel 12 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Ausfuhren geregelter Stoffe aus der Gemeinschaft bedürfen einer Ausfuhrlizenz. Solche Lizenzen werden Unternehmen von der Kommission nach Prüfung der Übereinstimmung mit Artikel 11 für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2001 und anschließend jeweils für eine Dauer von 12 Monaten erteilt. Die Bestimmungen über die Ausfuhrlizenz für Halone als geregelte Stoffe sind in Absatz 4 enthalten. Die Kommission übermittelt den zuständigen Behörden des beteiligten Mitgliedstaats eine Kopie jeder Lizenz.“

9. Dem Artikel 12 wird folgender Absatz angefügt:

„(4) Ausfuhren von Halonen sowie von Halone enthaltenden Produkten und Einrichtungen für kritische Verwendungszwecke gemäß Anhang VII aus der Gemeinschaft bedürfen für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2004 und anschließend jeweils für eine Dauer von 12 Monaten einer Ausfuhrlizenz. Solche Lizenzen werden dem Ausführer von der Kommission erteilt, nachdem die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats die Übereinstimmung mit Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe d geprüft hat. Ein Antrag auf eine Lizenz muss Folgendes enthalten:

- Name und Anschrift des Ausführers;
- Handelsbeschreibung der Ausfuhr;
- Gesamtmenge an Halon;
- Bestimmungsland(länder) der Produkte und Einrichtungen;
- Erklärung, wonach das Halon für einen bestimmten kritischen Verwendungszweck gemäß Anhang VII ausgeführt wird;
- sonstige von der zuständigen Behörde als erforderlich erachtete Angaben.“

10. Artikel 16 Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Die Mitgliedstaaten melden der Kommission bis zum 31. Dezember 2001 und für jeden weiteren Zwölfmonatszeitraum die Systeme, die zur Förderung der Rückgewinnung bereits verwendeter geregelter Stoffe eingesetzt werden, einschließlich der bereits verfügbaren Einrichtungen, sowie die Mengen bereits verwendeter Stoffe, die zurückgewonnen, rezykliert, aufgearbeitet oder zerstört wurden.“

Donnerstag, 5. Juni 2003

11. Artikel 19 wird wie folgt geändert:

a) Folgender Absatz wird eingefügt:

„(4a) Der Ausführer übermittelt der Kommission jährlich vor dem 31. März die von jedem einzelnen Antragsteller gemäß Artikel 12 Absatz 4 im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember des Vorjahres übermittelten Unterlagen und leitet der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats eine Kopie zu.“

b) Absatz 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Die Kommission kann die in den Absätzen 1 bis 4a festgelegten Berichterstattungsanforderungen nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 2 ändern, um die mit dem Protokoll eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten oder die praktische Durchführbarkeit der Berichterstattungsanforderungen zu verbessern.“

12. In Anhang I werden nach Gruppe VIII folgende Einfügungen vorgenommen:

In der Spalte mit der Überschrift „Gruppe“ wird „Gruppe IX“ eingefügt, in der Spalte mit der Überschrift „Stoff“ wird „CH<sub>2</sub>BrCl (Halon 1011 Chlorbrommethan)“ eingefügt und in der Spalte mit der Überschrift „Ozonabbaupotenzial“ wird „0,12“ eingefügt.

13. Anhang II wird gestrichen.

## Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
Der Präsident

Im Namen des Rates  
Der Präsident

P5\_TA(2003)0253

## Finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über Rahmenbedingungen für die Förderung der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer (KOM(2002) 364 – 2002/2243(INI))**

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission (KOM(2002) 364 – C5-0527/2002),
- in Kenntnis des ersten Berichts der Kommission über die Förderung der Gewinn- und Betriebsergebnisbeteiligung (einschließlich Kapitalbeteiligung) der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten – PEPPER I<sup>(1)</sup>,
- in Kenntnis der Empfehlung 92/443/EWG des Rates vom 27. Juli 1992 zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer an den Betriebserträgen (einschließlich Kapitalbeteiligung)<sup>(2)</sup>,

<sup>(1)</sup> Veröffentlicht im Beiheft 3/91 der Broschüre „Soziales Europa“.

<sup>(2)</sup> ABl. L 245 vom 26.8.1992, S. 53.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- unter Hinweis auf seine Stellungnahme vom 9. April 1992 <sup>(1)</sup> zu dem Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer an den Gewinn- und Betriebsergebnissen (einschließlich Kapitalbeteiligung),
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Januar 1998 <sup>(2)</sup> zu dem Bericht der Kommission zur Förderung der Gewinn- und Betriebsergebnisbeteiligung (einschließlich Kapitalbeteiligung) der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten – PEPPER II (KOM(1996) 697),
  - in Kenntnis der Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses vom 26. Februar 2003 zur Mitteilung der Kommission,
  - in Kenntnis des Arbeitsdokuments des Generalsekretariats des Europäischen Parlaments „Arbeitnehmerbeteiligung an Gewinn und Kapital: Überblick über Fragen und Befunde“ <sup>(3)</sup>,
  - in Kenntnis der Arbeiten der Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zum Thema der finanziellen Beteiligung der Arbeitnehmer <sup>(4)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie und des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (A5-0150/2003),
- A. in der Erwägung, dass die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer insgesamt gesehen bisher nur in begrenztem Umfang praktiziert wird, und zwar insbesondere die Beteiligung der Belegschaft am Unternehmenskapital trotz der Rechtsvorschriften oder Initiativen, die in mehreren Mitgliedstaaten seit den PEPPER-Berichten verabschiedet oder eingeleitet wurden,
- B. in der Erwägung, dass die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer in mehreren mittel- und osteuropäischen Ländern sehr unzureichend entwickelt ist und auf eine Reihe spezifischer Hindernisse stößt, die es zu berücksichtigen gilt,
- C. in Anbetracht der unterschiedlich starken Verbreitung der finanziellen Beteiligung in den einzelnen Ländern sowie der Vielfalt der bestehenden Modelle für die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer nicht nur zwischen den Mitgliedstaaten, sondern auch innerhalb einzelner Mitgliedstaaten,
- D. in der Erwägung, dass eine völlige Harmonisierung der Vorschriften für die Systeme der finanziellen Beteiligung vorläufig weder notwendig noch wünschenswert und praktikabel ist, weil dadurch die Flexibilität der einzelstaatlichen Politiken behindert werden könnte, wohl aber ein Vergleich und eine Koordinierung der derzeitigen Praktiken durch Festlegung und Entwicklung zu vereinbarenden allgemeiner Grundsätze notwendig ist, und dass steuerliche Aspekte und Aspekte der sozialen Sicherheit geprüft werden sollten,
- E. in der Erwägung, dass durch Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer die Eigenkapitalquote verbessert wird, wodurch eine leichtere Aufnahme von Fremdkapital möglich ist (Basel II) und beide Faktoren die Investitionsfähigkeit der Unternehmen erhöhen,
- F. in der Erwägung, dass Studien und konkrete Beispiele belegen, dass die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer, wenn sie gut konzipiert ist, nicht nur die Produktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und die Rentabilität der Unternehmen steigert, sondern gleichzeitig auch die Mitwirkung der Arbeitnehmer fördern, die Arbeitsqualität verbessern und zu einem stärkeren sozialen Zusammenhalt beitragen kann,
- G. in der Erwägung, dass in der Europäischen Union zahlreiche Formen der Gewinn- und Betriebsbeteiligung der Arbeitnehmer bestehen, für die es bisher keinen europäischen Rahmen gibt,

<sup>(1)</sup> ABl. C 125 vom 18.5.1992, S. 241.

<sup>(2)</sup> ABl. C 34 vom 2.2.1998, S. 151.

<sup>(3)</sup> Ref.: SOCI 109, Generaldirektion für Wissenschaft, Europäisches Parlament, Luxemburg 2003.

<sup>(4)</sup> „Employee share ownership and profit sharing in the European Union“ sowie „Recent trends in employee financial participation in the European Union“, Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, Dublin 2001.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- H. in der Erwägung, dass in den EU-Mitgliedstaaten Modelle der Kapital- und Gewinnbeteiligung unterschiedlich stark verankert sind; in der Erwägung, dass insbesondere die französische Beteiligungspolitik ein gutes Beispiel für die beschäftigungspolitischen Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung ist,
- I. in der Erwägung, dass in nahezu allen Beitrittsländern keinerlei rechtliche oder steuerpolitische Rahmenbedingungen einer Mitarbeiterbeteiligung bestehen,
- J. in der Erwägung, dass eine finanzielle Beteiligung zu einer größeren sozialen Verantwortung von Unternehmen beitragen kann,
1. betrachtet die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen als eine der Grundlagen für die Verwirklichung des europäischen Sozialmodells;
  2. begrüßt das in der Mitteilung verfolgte allgemeine Ziel, die Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten und in der Union verstärkt an den Gewinnen und dem Produktivkapital zu beteiligen und dafür Vorschläge bis 2004 zu unterbreiten; bestätigt in diesem Sinne seine bisherigen Stellungnahmen zur Gewinn- und Kapitalbeteiligung;
  3. ist der Auffassung, dass der Vorschlag unmittelbare Ergebnisse im Rahmen der Ziele von Lissabon insbesondere im Hinblick auf den Beschäftigungszuwachs zeitigen könnte; stellt fest, dass positive Erfahrungen mit Systemen der finanziellen Beteiligung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Europäischen Union zu finden sind, obwohl in der Europäischen Union die Anwendung solcher Systeme bisher nicht in KMU, sondern meist in größeren Unternehmen verbreitet ist;
  4. unterstützt die in der Mitteilung gemachten Vorschläge und fordert eine bessere gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen nationalen Systeme;
  5. hält folgende Grundsätze für unverzichtbar für das Funktionieren eines finanziellen Beteiligungsmodells:
    - i) Freiwilligkeit – Einbeziehung aller Arbeitnehmer in das vom Arbeitgeber gemachte Beteiligungsangebot ohne jede Diskriminierung, wobei besonders auf die Einbeziehung von Teilzeitarbeitnehmern und Frauen geachtet werden muss;
    - ii) Klarheit, Transparenz und Einfachheit des Modells entsprechend der betrieblichen, unternehmerischen und wirtschaftlichen Situation;
    - iii) wenn nur irgendwie möglich Vermeidung unzumutbarer Risiken für Arbeitnehmer;
    - iv) nach Möglichkeit Vermeidung prozyklischer Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten, z.B. bei zu starken Einkommens- und Vermögenszuwächsen der Arbeitnehmer in wirtschaftlich guten Zeiten bzw. „doppelte“ Verluste bei negativer wirtschaftlicher Entwicklung;
    - v) Vereinbarkeit mit der Mobilität der Arbeitskräfte;
  6. unterstützt die Kommission in ihrer Absicht, Projekte zur Förderung der finanziellen Beteiligungen im Rahmen des Gemeinschaftshaushaltes stärker zu fördern, und erinnert an seine Forderung, ein spezifisches Programm auf den Weg zu bringen, das, bei angemessener finanzieller Ausstattung, auf die Förderung des Informationsaustauschs und des Einsatzes bewährter Verfahren sowie auf die Weiterbildung der Sozialpartner in Bezug auf die PEPPER-Modelle abzielt;
  7. betont, dass eine klare Unterscheidung getroffen werden muss zwischen Regelungen, die Arbeitnehmern in Abhängigkeit von den Betriebsergebnissen zusätzliches Einkommen bieten (Gewinnbeteiligung), und denjenigen, die eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmensvermögen vorsehen (einschließlich Kapitalbeteiligung durch Belegschaftsaktien oder Aktienoptionen);
  8. stellt fest, dass die Kommission bisher überwiegend betriebliche Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer empfohlen und beschrieben hat, die durch Wertpapiere verbrieft sind, z.B. Aktien (einschließlich Belegschaftsaktien), Obligationen, Wandelschuldverschreibungen und verbrieft Aktienoptionen; ist besorgt darüber, dass die Kommission andere Möglichkeiten nicht genügend berücksichtigt hat;



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

9. betont, dass zur Durchsetzung einer Politik der breiten Eigentumsstreuung die Überzeugungsarbeit bei den Sozialpartnern – Arbeitgeber, Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmervertreter – vorrangig ist; verlangt in diesem Sinne auch die Förderung von Netzwerken von Partnerschaftsbetrieben mit finanzieller Beteiligung;
10. ist der Ansicht, dass besondere Aufmerksamkeit der Beteiligung von Frauen in den verschiedenen Formen von Beteiligung sowie der Förderung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in den Gremien der Sozialpartner, insbesondere auf der Ebene der Unternehmensstrukturen und der Arbeitnehmerorganisationen, die sich für die finanzielle Beteiligung entscheiden, gelten muss;
11. unterstreicht, dass schwerwiegende Einwendungen der Tarifpartner berücksichtigt werden müssen; hält es deshalb für wichtig, den Sorgen oder Befürchtungen der Arbeitnehmer und Gewerkschaften Rechnung zu tragen. Insbesondere muss vermieden werden, dass Tarifverhandlungen über Barloohnerhöhungen und Verhandlungen über finanzielle Beteiligungen der Arbeitnehmer zeitgleich stattfinden; dabei ist davon auszugehen, dass die Beteiligung der Arbeitnehmer stets ein zusätzliches Element ist und nicht den üblichen Basislohn oder Belohnungselemente wie Pensionsregelungen oder übliche Lohnerhöhungen ersetzen sollte;
12. erwartet, dass die Basis solcher finanziellen Beteiligungsmodelle auch durch tarifvertragliche Verhandlungen geschaffen werden kann;
13. sieht neben den Chancen auch die Risiken und Schwierigkeiten der finanziellen Beteiligung, insbesondere:
- i) das Doppelrisiko für die Arbeitnehmer bei betrieblichen Kapitalbeteiligungen, im Falle der Insolvenz des Beteiligungsunternehmens Arbeitsplatz und Beteiligungswert zu verlieren;
  - ii) organisatorische und andere Hemmnisse, zum Beispiel steuerrechtlicher, sozialversicherungsrechtlicher und arbeitsrechtlicher Art bei transnationalen Unternehmen;
  - iii) bei der Umsetzung der finanziellen Arbeitnehmerbeteiligung in KMU;
14. ruft deshalb Sozialpartner, Mitgliedstaaten, Organe der Europäischen Union u.a. auf, Strategien zur Vermeidung der Risiken zu entwickeln und zu optimieren;
15. besteht darauf, dass für Arbeitnehmer, die ihr Geld in Kapitalbeteiligungssystemen investiert haben, mindestens dieselben Rechte gelten wie sie sich für vergleichbare Eigner aus der Beteiligung ergeben, insbesondere in den Fällen, in denen die Arbeitnehmer nicht frei über ihre Investitionen verfügen können;
16. ist der Ansicht, dass die Behauptung der Kommission, die Verwirklichung des Systems der finanziellen Beteiligung werde zur Steigerung der Beschäftigung beitragen, unter besonderer Berücksichtigung der KMU weiter geprüft und bewertet werden sollte;
17. betont, dass die KMU bei der Anwendung des Systems der Arbeitnehmerbeteiligung mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und dass die entsprechenden Kosten und Verwaltungsprobleme abschreckend wirken können;
18. empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Förderung auch von Beteiligungsmodellen, die bei kleinen und mittleren Unternehmen praktikabel sind, wie z.B. stille Beteiligungen, und fordert eine Untersuchung der Europäischen Union darüber, welche weiteren für KMU geeignete Beteiligungszertifikate in den Mitgliedstaaten bestehen oder zu schaffen sind; fordert weiters die Einrichtung von Beratungsgremien wie Informationsbüros bei Regionalregierungen und/ oder bei regionalen Bündnissen für Arbeit;
19. fordert die Kommission außerdem auf, die Bedingungen und Modalitäten der Ausdehnung der PEP-PER-Modelle auf den öffentlichen und den gemeinnützigen Sektor zu prüfen;
20. schlägt außerbetriebliche Anlagealternativen für investive Gewinnbeteiligungen vor, wenn innerbetriebliche Lösungen bei KMU nicht möglich sind, wodurch nicht im eigenen Unternehmen angelegte investive Arbeitnehmer-Gewinnbeteiligungen mittelständischer Unternehmen gesammelt und zur günstigen

Donnerstag, 5. Juni 2003

Finanzierung von Arbeitsplätzen an den Mittelstand zurückgeleitet werden können; empfiehlt daher den verstärkten Rückgriff auf:

- i) Investmentgesellschaften für den Mittelstand,
- ii) Unternehmensbeteiligungsgesellschaften, die Mittel nicht in einem Fonds sammeln, sondern sie durch Aktienausgabe (auch an Arbeitnehmer) aufbringen, und Anlagegenossenschaften;
- iii) auf den Kapitalbedarf des Mittelstandes abgestimmte Treuhandfonds bzw. „Employee Stock Ownership Plans/Employee Stock Ownership Trusts“ (ESOP/ESOT) nach dem Beispiel Großbritanniens und Irlands sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaften;

21. bekräftigt seine Überzeugung, dass Kapitalbeteiligungen, die der Finanzierung von Arbeitsplätzen dienen, in der Förderung durch die Mitgliedstaaten gegenüber den (an Arbeitnehmer) bar ausgeschütteten Gewinnanteilen bevorzugt werden können;

22. befürwortet neben steuerrechtlichen Lösungen Sparzulagen für vermögenswirksame Leistungen, da sie auch Arbeitnehmern zugute kommen, die keine oder wenig Steuern bezahlen und das Zulagensystem bei transnationalen Beteiligungsmodellen leichter anzugleichen ist als steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Begünstigungen;

23. dringt auf energisch realisierte Lösungen und die folgenden Initiativen der Europäischen Kommission, wie die Einsetzung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Sachverständiger, die vor allem im Blick auf transnationale Herausforderungen Stellung nehmen sollte:

- i) zur unterschiedlichen Besteuerung der Beteiligungswerte und der Kapitalerträge in den Mitgliedstaaten (Doppelbesteuerung); zum geeignetsten Zeitpunkt der Besteuerung bei Aktienoptionen (Ausübung des Bezugsrechts); darüber hinaus zu einer Besteuerung erst, wenn die durch Umwandlung der Option erworbene Aktie verkauft wird;
- ii) zu verschiedenen Sozialversicherungsbeiträgen für Einkommen aus finanziellen Beteiligungen und vermögenswerten Vorteilen;
- iii) zu Rechtsfragen, die sich aus Unterschieden in den Wertpapier- und Prospektgesetzen sowie in den Arbeits- und Sozialgesetzen der Mitgliedstaaten ergeben;
- iv) zu Sperrfristen für die Veräußerung der Beteiligungswerte der Arbeitnehmer;
- v) zu den kulturellen Unterschieden in den Mitgliedstaaten betreffend die Sozialpartnerschaft;
- vi) zur Problematik der „Sensibilisierung“ der Beitrittsländer für die Arbeitnehmerbeteiligung;

24. bekräftigt seine Forderung an die Kommission, eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Sozialpartner, Mitgliedern des Europäischen Parlaments, Sachverständigen und Vertretern von Belegschaftsaktionärsvereinigungen sowie aus Netzwerken von Unternehmen, die über Systeme der finanziellen Beteiligung verfügen, zu schaffen, deren Aufgabe es ist, die Umsetzung der in der Mitteilung für die Jahre 2002-2004 vorgeschlagenen Maßnahmen zu verfolgen und die künftig erforderlichen Initiativen zu prüfen;

25. ist der Auffassung, dass die jüngsten Entwicklungen auf dem Weltmarkt eine klare Unterscheidung zwischen finanziellen Beteiligungs- und Altersversorgungssystemen erfordern, wobei strenge Bestimmungen zum Schutz der von den Arbeitnehmern erworbenen Pensionsansprüche in die Leitsätze einbezogen werden müssen;

26. fordert vor allem für KMU einen Schutz der am eigenen Betrieb beteiligten Arbeitnehmer für den Konkursfall zumindest während der Sperrfrist, z.B. durch Insolvenzschutzversicherungen und/oder Bankbürgschaften und erwartet von Mitarbeiterbeteiligungsmodellen, die mit Pensionsplänen gekoppelt sind, eine entsprechende Absicherung der Arbeitnehmer und eine Risikostreuung durch verschiedenartige Anlagewerte, wenn diese außerbetrieblich organisiert sind;

27. ist der Meinung, dass sich Beteiligungen an Produktivvermögen, Vermögensbildung zur privaten und betrieblichen Alterssicherung sowie Vermögensbildung der Arbeitnehmer durch Wohneigentum in der Förderung nicht ausschließen dürfen;

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

28. erwartet von finanziellen Beteiligungen eine Verbesserung des sozialen Zusammenhalts und der Produktivität sowie die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze;
29. verweist auf die Absicht der Kommission, im Zusammenhang mit ihrem Vorschlag für das System der Arbeitnehmerbeteiligung eine Reihe von Untersuchungen durchzuführen, und ersucht sie, Studien zu fördern, die unter anderem die Auswirkungen dieses Systems auf den Erfolg des Unternehmens, die Produktivität, die Wettbewerbsfähigkeit und die Beschäftigung zum Gegenstand haben;
30. geht davon aus, dass die Wertschöpfung einer Unternehmung auf das Zusammenwirken aller Produktionsfaktoren zurückgeht; fordert deshalb, die Ausgabe von Stock Options nicht ausschließlich für das Management vorzusehen und verlangt daher die Prüfung, ob Optionsrechte allen Arbeitnehmern eingeräumt werden sollen und wie dies am besten geschehen kann, ferner welche Beteiligungsmöglichkeiten bzw. Beteiligungstitel vorhanden sind oder geschaffen werden sollen, die Arbeitnehmer am Wachstum, an den offenen und stillen Reserven beteiligen, ohne sie inakzeptablen Risiken an den Weltkapitalmärkten auszusetzen (z.B. Genussrechte);
31. ermutigt dazu, ein Zukunftskonzept zu erarbeiten, das verstärkte partnerschaftliche Strukturen bei finanziellen Beteiligungsmodellen vorsieht, wobei folgende Möglichkeiten Beachtung finden sollten:
- i) Bündelung der Rechte der Arbeitnehmeraktionäre in Belegschaftsaktionärsvereinigungen bzw. verbesserte Möglichkeiten der Vertretung dieser Aktionäre in den Führungsgremien der Aktiengesellschaften (wie bereits in Frankreich üblich);
  - ii) Einrichtung von Partnerschaftsausschüssen, insbesondere bei Beteiligungsunternehmen, die nicht Aktiengesellschaften sind, sowie Mindestmitwirkungsrechte kapitalbeteiligter Arbeitnehmer;
  - iii) Einrichtung von Arbeitnehmerstiftungen, die als Eigentümer von Belegschaftsaktien auftreten. Als eigene Rechtspersonlichkeiten können sie auch dafür sorgen, dass bei der Ausschüttung eine gleichmäßige Zuwendung an die Arbeitnehmer erfolgt, unabhängig von kurzfristigen Schwankungen des Betriebsergebnisses oder der wirtschaftlichen Entwicklung;
  - iv) Aufgreifen entsprechender Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Novellierung der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat sowie Ergänzung der Vorschriften für die Europäische Aktiengesellschaft (Möglichkeit der Ausgabe von Belegschaftsaktien durch genehmigte bzw. bedingte Kapitalerhöhung);
  - v) Schaffung eines Unternehmensrechts, das Miteigentum und Mitwirkung aufeinander abstimmt; Einbettung der finanziellen Beteiligungssysteme in ein Umfeld partizipativer und partnerschaftlicher Unternehmensführung;
32. ist der Ansicht, dass es insbesondere darauf ankommt, in den Unternehmen, in denen die finanzielle Beteiligung der Arbeitnehmer verwirklicht wird, die Schulung in gewerkschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen zu fördern, wobei auch das Thema Gleichstellung von Männern und Frauen zu berücksichtigen ist;
33. warnt jedoch davor, dass Mit-Entscheidungsrechte aufgrund einer finanziellen Beteiligung nie ein Grund dafür sein können, normale Rechte der Arbeitnehmer auf Unterrichtung und Anhörung, für die europäische und nationale gesetzliche Mindestregelungen bestehen, nicht gelten zu lassen oder als weniger wichtig zu empfinden;
34. fordert die Kommission auf, ihm bis spätestens Ende 2004 Studien zu den in dieser Entschließung aufgeworfenen Fragen vorzulegen, einschließlich der Prüfung einer unter dem Dach der Europäischen Stiftung einzurichtenden Beobachtungsstelle für Kapitalbeteiligungen und Mitwirkung;
35. betont, dass besondere Aufmerksamkeit den neuen Mitgliedstaaten geschenkt werden muss, in denen die finanzielle Beteiligung wenig entwickelt ist und wo ein geeigneter rechtlicher oder steuerlicher Rahmen fehlt;
36. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss, den europäischen Sozialpartnern sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer zu übermitteln.
-

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0254

**Zum menschlichen Verzehr bestimmte Erzeugnisse tierischen Ursprungs \*\*\*I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (KOM(2002) 377 – C5-0340/2002 – 2002/0141(COD))**

(Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2002) 377) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 152 Absatz 4 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0340/2002),
- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
- in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik sowie der Stellungnahmen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und des Ausschuss für Fischerei (A5-0156/2003),

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. fordert die Kommission auf, es erneut zu befassen, falls sie beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. C 262 E vom 29.10.2002, S. 449.

P5\_TC1-COD(2002)0141

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 5. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates mit spezifischen Vorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 152 Absatz 4 Buchstabe b),

auf Vorschlag der Kommission <sup>(1)</sup>,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(2)</sup>,

nach Stellungnahme des Ausschusses der Regionen <sup>(3)</sup>,

nach dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(4)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 262 E vom 29.10.2002, S. 449.

<sup>(2)</sup> ABl. C 95 vom 23.4.2003, S. 22.

<sup>(3)</sup> ABl. C ...

<sup>(4)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003.

Donnerstag, 5. Juni 2003

In Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... [über Lebensmittelhygiene] <sup>(1)</sup> legt allgemeine Hygienevorschriften für alle Lebensmittel fest, während spezifische Hygienevorschriften für Lebensmittel in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] <sup>(2)</sup> enthalten sind.
- (2) Die Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom ... [über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen] <sup>(3)</sup> legt allgemeine Vorschriften für die amtliche Überwachung von Lebensmitteln fest.
- (3) Zusätzlich zu den allgemeinen Regeln für die amtliche Lebensmittelüberwachung sollten spezifische Bestimmungen für die amtliche Überwachung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs festgelegt werden, um die besonderen Merkmale solcher Erzeugnisse berücksichtigen zu können.
- (4) Die amtliche Überwachung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs sollte alle Aspekte abdecken, die für den Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier sowie für den Tierschutz von Bedeutung **sind**. **Sie** sollten auf den aktuellsten Informationen beruhen und daher jedes Mal angepasst werden, wenn relevante neue Informationen verfügbar werden.
- (5) Gemeinschaftsvorschriften für die Sicherheit von Lebensmitteln sollten **eine solide und verifizierbare wissenschaftliche Grundlage haben**. Hierzu sollte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit **regelmäßig** konsultiert werden, **um zu gewährleisten, dass die wissenschaftlichen Gutachten auf dem neuesten Stand und unabhängig sind und angemessen bewertet werden**.
- (6) Art und Umfang der amtlichen Überwachung sollten abhängig von einer Bewertung der Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier, der Tierschutzaspekte und der Produkteignung unter Berücksichtigung der Tierart und der Schlachtierkategorie, der Art des Prozesses und des Lebensmittelunternehmens sein. **Die amtliche Überwachung sollte die in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über Lebensmittelhygiene], und der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] festgelegten flexiblen Regelungen für handwerkliche Unternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen berücksichtigen. Eine Einschränkung der Hygiene darf durch diese flexible Handhabung nicht erfolgen.**
- (7) **Erzeuger und Lebensmittelunternehmer, die mehr im Bereich der Nahrungsmittelsicherheit leisten und geringere Risiken bieten, müssen ihre Investitionen durch niedrigere Untersuchungskosten belohnt sehen.**
- (8) Die amtliche Überwachung der Fleischproduktion sollte sicherstellen, dass die **Lebensmittelunternehmen** die Hygienevorschriften ständig einhalten und die Kriterien und Ziele des Gemeinschaftsrechts erfüllen. Die amtliche Überwachung sollte aus Überprüfungen der Tätigkeit der **Lebensmittelunternehmen**, aus Inspektionen **und Prüfung der Eigenkontrollen der Unternehmen** bestehen.
- (9) Die amtliche Überwachung der Produktion von lebenden Muscheln und Fischereierzeugnissen sollte **auf die einzelnen Arten abgestimmt werden, und sie** sollte sicherstellen, dass die Kriterien und Ziele des Gemeinschaftsrechts erfüllt werden. Die amtliche Überwachung der Produktion von lebenden Muscheln sollte unter anderem auch die Umsetz- und Erzeugungsgebiete für Muscheln sowie das Endprodukt erfassen.
- (10) Die amtliche Überwachung der Produktion von Milch und Milcherzeugnissen sollte sicherstellen, dass die Kriterien und Ziele des Gemeinschaftsrechts erfüllt werden. Die amtliche Überwachung der Produktion von Milch und Milcherzeugnisse sollte unter anderem die Produktionsbetriebe, die Rohmilch bei der Abholung sowie verarbeitete Milcherzeugnisse erfassen.
- (11) **Die Durchführungsbestimmungen zu den Anhängen dieser Verordnung sollten** nach dem Regelungsverfahren des Artikels 5 des **Beschlusses 1999/468/EG** des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse erlassen werden <sup>(4)</sup>

<sup>(1)</sup> ABl. C ...

<sup>(2)</sup> ABl. C ...

<sup>(3)</sup> ABl. C ...

<sup>(4)</sup> ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

Donnerstag, 5. Juni 2003

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

## KAPITEL I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

### Artikel 1

#### **Geltungsbereich**

Die vorliegende Verordnung legt spezifische Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs vor. Sie gilt zusätzlich zur Verordnung (EG) Nr. .../... [über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen] **und zur Verordnung (EG) Nr. 178/2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Erreichung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit** <sup>(1)</sup>.

**Die vorliegende Verordnung gilt nur in bezug auf Tätigkeiten und Personen, auf die die Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über Lebensmittelhygiene] und die Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] Anwendung findet.**

**Diese Verordnung gilt nicht für**

- a) **die Primärproduktion von Lebensmitteln zum Eigenverbrauch,**
- b) **die Zubereitung von Lebensmitteln zum Eigenverbrauch,**
- c) **die direkte Abgabe kleiner Mengen von Primärerzeugnissen an den Endverbraucher, den örtlichen Einzelhandel oder örtliche Gaststätten durch den Erzeuger; diese unterliegt den einzelstaatlichen Vorschriften.**

### Artikel 2

#### **Begriffsbestimmungen**

Zum Zwecke dieser Verordnung gelten analog die in den nachstehenden Verordnungen festgelegten Begriffsbestimmungen:

- a) Verordnung (EG) Nr. 178/2002,
- b) Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen],
- c) Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über Lebensmittelhygiene],
- d) Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs].

Weiter gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- a) „Amtlicher Tierarzt“: ein Tierarzt, der im Sinne der vorliegenden Verordnung qualifiziert ist, als solcher zu handeln, und der von der zuständigen Behörde benannt wird.
- b) „Amtlicher Fachassistent“: ein **Mitarbeiter**, der im Sinne der vorliegenden Verordnung qualifiziert ist, als solcher zu handeln, der von der zuständigen Behörde benannt wird und unter Aufsicht und Verantwortung eines amtlichen Tierarztes arbeitet.
- c) „Genusstauglichkeitskennzeichnung“: eine Kennzeichnung, die vom amtlichen Tierarzt oder unter seiner Verantwortung angebracht wird und belegt, dass alle Bestimmungen der vorliegenden Verordnung erfüllt sind.
- d) **„Handwerkliche Kleinbetriebe“ sind eingetragene Betriebe, die ausschließlich für einen begrenzten lokalen Markt produzieren.**

<sup>(1)</sup> ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## KAPITEL 2

### AMTLICHE ÜBERWACHUNG VON GEMEINSCHAFTSBETRIEBEN

#### Artikel 3

##### *Zulassung von Betrieben*

(1) Ist **nach den** Rechtsvorschriften der Gemeinschaft die Zulassung von Betrieben erforderlich, führt die zuständige Behörde eine Besichtigung vor Ort durch. Sie erteilt die Zulassung nur, wenn der Nachweis erbracht wurde, dass die **Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über Lebensmittelhygiene] und die Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs]** und die einschlägigen Bestimmungen des Lebensmittelrechts erfüllt sind.

Betrieben, die ihre Tätigkeit aufnehmen, erteilt die zuständige Behörde eine vorläufige Zulassung, wenn bei einer Besichtigung vor Ort ersichtlich wird, dass alle Anforderungen hinsichtlich Infrastruktur und Ausrüstung erfüllt sind. **Die Dauer der Gültigkeit** der vorläufigen Zulassung **wird von der zuständigen Behörde festgelegt und kann nicht verlängert werden.**

(2) Zugelassene Betriebe erhalten eine Zulassungsnummer, die ergänzt wird durch Codes, die die Art der Produkte tierischen Ursprungs bezeichnen. Bei Großmärkten kann die Zulassungsnummer durch eine zweite Nummer ergänzt werden, die Betriebseinheiten bzw. Gruppen von Betriebseinheiten bezeichnet, die Produkte tierischen Ursprungs verkaufen oder herstellen.

(3) Die Mitgliedstaaten führen **aktualisierte** Listen der zugelassenen Betriebe, unter Angabe der jeweiligen Zulassungsnummer. **Diese Listen, die von der Kommission in einem einheitlichen Format festgelegt werden, müssen von allen Mitgliedstaaten auf elektronischem Wege eingesehen werden können.**

#### Artikel 4

##### *Allgemeine Grundsätze der amtlichen Überwachung*

**Unternehmensbetreiber gewähren der zuständigen Behörde bei der Durchführung der amtlichen Kontrollen jede erforderliche Unterstützung. Sie gewährleisten insbesondere:**

- **den Zugang zu Gebäuden, Betriebsstätten, Anlagen und sonstigen Infrastrukturen,**
- **den Zugang zu den Dokumenten und Büchern, die im Rahmen dieser Verordnung vorgeschrieben sind oder die von der zuständigen Behörde zur Beurteilung der Lage für erforderlich gehalten werden.**

#### Artikel 5

##### *Amtliche Überwachung von Frischfleischbetrieben*

(1) **Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass Schlachthöfe, Wildbearbeitungsbetriebe und Zerlegungsbetriebe einer amtlichen Überwachung gemäß Anhang I unterzogen werden.**

(2) **Gemäß Anhang I Kapitel 1 Abschnitt I.1 führt der amtliche Tierarzt Überprüfungen solcher Betriebe durch, und zwar insbesondere hinsichtlich**

- a) **der guten Hygienepraxis und**
- b) **der Identifizierung und Überwachung der kritischen Stellen im Herstellungsverfahren (HACCP-Verfahren).**

(3) **Gemäß den allgemeinen Bestimmungen des Anhangs I Kapitel 1 Abschnitt I.2 führt der amtliche Tierarzt in solchen Betrieben Kontrollen vor allem in Bezug auf Folgendes durch:**

- a) **Informationen zur Lebensmittelherstellungskette**
- b) **Schlachttieruntersuchung**
- c) **Tierschutz**

Donnerstag, 5. Juni 2003

- d) *Fleischuntersuchung*
- e) *gesondert festgelegte Risikostoffe und andere aus den Tieren gewonnene Nebenprodukte und*
- f) *Labortests.*
- (4) *Der amtliche Tierarzt trifft, nachdem er die in den Absätzen 1 und 2 genannten Kontrollen, wie sie in Anhang I Kapitel 1 Abschnitt I.2 dargelegt sind, durchgeführt hat, geeignete Maßnahmen.*
- (5) *Amtliche Fachassistenten können den amtlichen Tierarzt in der in Anhang I Kapitel 2 Abschnitt I dargestellten Weise unterstützen.*
- (6) *Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass sie über genügend Kontrollpersonal verfügen, damit die amtliche Überwachung in der in Anhang I Kapitel 2 Abschnitt II festgelegten Häufigkeit erfolgen kann.*
- (7) *Die Mitgliedstaaten können dem Schlachthofpersonal gestatten, bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der amtlichen Überwachung der Herstellung von Fleisch von Geflügel und Hasentieren auszuführen.*
- (8) *Die Mitgliedstaaten können dem Schlachthofpersonal gestatten, bestimmte Aufgaben im Zusammenhang mit der Entnahme von Stichproben und der Durchführung von Tests gemäß Anhang I Kapitel 2 Abschnitt III auszuführen.*
- (9) *Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die amtlichen Tierärzte und die amtlichen Fachassistenten die erforderlichen Qualifikation erlangen können und sich gemäß Anhang I Kapitel 2 Abschnitt IV einer entsprechenden Ausbildung unterziehen können.*

#### Artikel 6

##### *Amtliche Überwachung von Betrieben, die lebende Muscheln erzeugen*

*Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass sich Betriebe, die lebende Muscheln erzeugen, einer amtlichen Überwachung gemäß Anhang II unterziehen.*

#### Artikel 7

##### *Amtliche Überwachung von Betrieben, die Fischereierzeugnisse bearbeiten*

*Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass sich Betriebe, die Fischereierzeugnisse bearbeiten, einer amtlichen Überwachung gemäß Anhang III unterziehen.*

#### Artikel 8

##### *Amtliche Überwachung von Betrieben, die Milch oder Milcherzeugnisse herstellen oder bearbeiten*

*Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass sich Betriebe, die Milch oder Milcherzeugnisse herstellen oder bearbeiten, einer amtlichen Überwachung gemäß Anhang IV unterziehen.*

#### Artikel 9

##### *Sanktionen*

*Stellt die Überwachungsstelle fest, dass die Hygienevorschriften für die zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnisse tierischen Ursprungs nicht beachtet wurden, so müssen gegen die Zuwiderhandelnden einheitliche Sanktionen verhängt werden. Diese Sanktionen müssen in allen Mitgliedstaaten gleich sein. Sie können, falls erforderlich, nach Bestätigung der zuständigen Überwachungsstelle die Form einer Stilllegung des zuwiderhandelnden Betriebs von Amts wegen und einer öffentlichen Bekanntmachung des festgestellten Delikts annehmen.*



Donnerstag, 5. Juni 2003

**KAPITEL III**  
**EINFUHR VON ERZEUGNISSEN TIERISCHEN URSPRUNGS**  
**AUS DRITTLÄNDERN**

**Artikel 10**

**Grundsätzliche Bestimmungen**

*Die Vorschriften der Anhänge zu dieser Verordnung gelten unbeschadet der Tiergesundheitsvorschriften für die Einfuhr von Erzeugnissen tierischen Ursprungs gemäß der Richtlinie 2002/99/EG des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Festlegung von tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Herstellen, die Verarbeitung, den Vertrieb und die Einfuhr von Lebensmitteln tierischen Ursprungs<sup>(1)</sup>.*

**Artikel 11**

**Vorschriften für die Aufstellung von Listen der Drittländer  
oder Regionen von Drittländern, aus denen die Einfuhr von  
Erzeugnissen tierischen Ursprungs zugelassen ist**

(1) *Um die Einhaltung der allgemeinen Vorschriften gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über Lebensmittelhygiene] zu gewährleisten, gelten die Bestimmungen dieses Artikels.*

(2) *Die Kommission stellt nach dem Verfahren des Artikels 17 im Zuge einer Kontrolle der Gemeinschaft vor Ort Listen der Drittländer oder Regionen von Drittländern auf, aus denen die Einfuhr von Erzeugnissen tierischen Ursprungs zugelassen ist.*

*Bei der Aufstellung dieser Listen ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:*

- a) die Rechtsvorschriften des betreffenden Drittlandes;*
- b) der Aufbau der zuständigen Behörde des betreffenden Drittlandes und seiner Kontrolldienste, die Befugnisse dieser Dienste und die Aufsicht, der sie unterliegen, sowie die Kompetenz dieser Dienste, die Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften wirksam zu überprüfen;*
- c) die in dem betreffenden Drittland geltenden Hygienevorschriften für die Erzeugung, Herstellung, Behandlung, Lagerung und Versendung von zum Versand in die Gemeinschaft bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs;*
- d) die Garantien des betreffenden Drittlands hinsichtlich der Einhaltung der einschlägigen Hygienevorschriften oder der Gleichwertigkeit von Hygienevorschriften;*
- e) die praktischen Erfahrungen mit dem Inverkehrbringen des Erzeugnisses aus dem betreffenden Drittland und die Ergebnisse der Einfuhrkontrollen;*
- f) die Ergebnisse der Kontrollen und/oder Audits der Gemeinschaft vor Ort und insbesondere die Ergebnisse der Beurteilung der zuständigen Behörden;*
- g) der Gesundheitsstatus des betreffenden Tierbestands sowie anderer Haustiere und des Wildbestands in dem betreffenden Drittland und die allgemeine Gesundheitslage des Landes, soweit sie den Gemeinschaftsverbraucher gefährden könnte;*
- h) die Regelmäßigkeit und Zügigkeit, mit der das betreffende Drittland Angaben über das Auftreten von biologischen Gefahren, einschließlich des Auftretens mariner Biotoxine in Fischfang- oder Aquakulturzonen, übermittelt;*
- i) das Vorhandensein, die Durchführung und Mitteilung eines Zoonosen-bekämpfungsprogramms;*

<sup>(1)</sup> ABl. L 18 vom 23.1.2003, S. 11.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- j) *die Rechtsvorschriften des betreffenden Drittlandes hinsichtlich der Verwendung von Stoffen und Tierarzneimitteln, insbesondere in bezug auf das Verbot bzw. die Zulassung, die Abgabe und das Inverkehrbringen dieser Stoffe und Arzneimittel sowie die entsprechenden Verwaltungs- und Kontrollvorschriften;*
- k) *das Vorhandensein, die Durchführung und Mitteilung eines Rückstandskontroll-programms;*
- l) *die Rechtsvorschriften des betreffenden Drittlandes hinsichtlich der Herstellung und Verwendung von Futtermitteln, einschließlich der Verfahren für die Verwendung von Zusatzstoffen und die Herstellung und Verwendung von Fütterungsarzneimitteln, sowie die Hygienevorschriften für die zur Herstellung von Futtermitteln verwendeten Ausgangserzeugnisse und das Enderzeugnis.*
- (3) *Die Kommission legt nach dem Verfahren des Artikels 17 je nach Gesundheitslage des betreffenden Drittlandes für jedes Erzeugnis bzw. jede Erzeugnisgruppe besondere Einfuhrvorschriften für die betreffenden Drittländer oder Gruppen von Drittländern fest.*

*Diese besonderen Einfuhrvorschriften sehen insbesondere Folgendes vor:*

- a) *Angabe der für die amtliche Überwachung der betreffenden Erzeugnisse und die Unterzeichnung der Genusstauglichkeitsbescheinigungen zuständigen Behörde;*
- b) *Einzelheiten der Genusstauglichkeitsbescheinigung, die jeder für die Gemeinschaft bestimmten Sendung beiliegt; diese Bescheinigung muss*
- zumindest in einer der Sprachen des Versand- und des Bestimmungslandes und in einer der Sprachen des Mitgliedstaats ausgestellt sein, an dessen Grenzübergangsstellen die Einfuhrkontrolle stattfindet;*
  - die Sendung im Original begleiten;*
  - aus einem einzigen Blatt bestehen;*
  - für einen einzigen Empfänger bestimmt sein;*
  - an dem Tag ausgestellt werden, an dem die Erzeugnisse zum Versand in das Bestimmungsland verladen werden.*
- c) *die Anbringung eines Genusstauglichkeitskennzeichens zur Identifizierung der Erzeugnisse tierischen Ursprungs, insbesondere mit Angabe des Versanddrittlands (vollständiger Name oder ISO-Code) sowie der Zulassungsnummer, des Namens und der Anschrift des Herkunftsbetriebs.*
- (4) *Die Kommission legt nach dem Verfahren des Artikels 17 für ein bestimmtes Erzeugnis gegebenenfalls allgemeine Einfuhrvorschriften fest.*

## Artikel 12

### Vorschriften für die Aufstellung und Aktualisierung von Listen von Betrieben, einschliesslich Fabrik- und Gefrierschiffen

*Betriebe, Fabriksschiffe oder Gefrierschiffe und – bei lebenden Muscheln – Erzeugungs- und Erntebiete werden für die Versendung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs in die Gemeinschaft nur zugelassen, wenn sie auf einer nach folgendem Verfahren aufzustellenden aktuellen Liste stehen:*

- (1) *Gleichwertigkeitsabkommen*

*Die Aufstellung und Aktualisierung der Betriebslisten muss nach den Vorschriften des jeweiligen Abkommens erfolgen.*

Donnerstag, 5. Juni 2003

(2) **Kommissionslisten:**

*Soweit die Kommissionskontrollen vor Ort gemäß Artikel 11 zufriedenstellend ausfallen, gilt folgendes:*

a) *Die Kommission erstellt nach dem Verfahren des Artikels 17 und nach Mitteilung der zuständigen Behörden des betreffenden Drittlands Listen.*

i) *Ein Betrieb kann in eine Liste nur aufgenommen werden, wenn er von der zuständigen Behörde des in die Gemeinschaft ausführenden Drittlandes amtlich zugelassen ist. Voraussetzung für diese Zulassung ist die Erfüllung nachstehender Bedingungen:*

- Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften;*
- Überwachung durch einen amtlichen Kontrolldienst des betreffenden Drittlands.*

ii) *Erzeugungs- bzw. Erntegebiete für lebende Muscheln müssen die einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften erfüllen.*

iii) *Die Zulassung von Fabrik- und Gefrierschiffen erfolgt*

- durch die zuständige Behörde des Drittlands, dessen Flagge das Schiff führt, oder*
- durch die zuständige Behörde eines anderen Drittlands, sofern dieses Drittland auf der Gemeinschaftsliste der Drittländer steht, die Fischereierzeugnisse in die Gemeinschaft einführen dürfen, und die Fischereierzeugnisse regelmäßig im Hoheitsgebiet dieses Landes angelandet und von seiner zuständigen Behörde kontrolliert werden, die auch für die Genusstauglichkeitskennzeichnung der Erzeugnisse und die Ausstellung der Genusstauglichkeitsbescheinigungen zuständig ist, oder*
- durch einen Mitgliedstaat;*

b) *Genehmigte Listen werden wie folgt geändert:*

- Die Kommission teilt den Mitgliedstaaten die Änderungsvorschläge des betreffenden Drittlands für die Betriebslisten innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Erhalt der Vorschläge mit;*
- die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission innerhalb von sieben Arbeitstagen nach Erhalt der Änderungsvorschläge für die Betriebslisten etwaige schriftliche Bemerkungen;*
- liegen von wenigstens einem Mitgliedstaat schriftliche Bemerkungen vor, so informiert die Kommission die anderen Mitgliedstaaten innerhalb von fünf Arbeitstagen und setzt diesen Punkt auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit, der nach dem Verfahren des Artikels 17 einen Beschluss fasst;*
- liegen innerhalb der unter dem zweiten Spiegelstrich genannten Frist von keinem Mitgliedstaat schriftliche Bemerkungen vor, so gelten die Änderungsvorschläge als von den Mitgliedstaaten angenommen. Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten innerhalb von fünf Arbeitstagen entsprechend, und die Einfuhr aus den betreffenden Betrieben wird ab dem fünften Tag nach dieser Unterrichtung genehmigt;*
- die Kommission veröffentlicht die Listen im Amtsblatt der Europäischen Union.*

(3) **Ermächtigung eines Drittlandes zur Erstellung und Aktualisierung von Betriebslisten**

*Die zuständige Behörde eines Drittlandes kann im Anschluss an eine Kontrolle vor Ort und/oder ein Audit zur Überprüfung der Kriterien gemäß Artikel 11 ermächtigt werden, Betriebslisten aufzustellen und zu aktualisieren, sofern folgende Anforderungen erfüllt sind:*

a) *Ein Betrieb wird in eine Betriebsliste nur aufgenommen, wenn er von der zuständigen Behörde des in die Gemeinschaft ausführenden Drittlandes amtlich zugelassen ist. Voraussetzung für diese Zulassung ist die Erfüllung folgender Bedingungen:*

- Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften;*
- Überwachung durch einen amtlichen Kontrolldienst des Drittlandes.*

*Jeder Betrieb muss eine Zulassungsnummer erhalten;*

Donnerstag, 5. Juni 2003

- b) *Fabrik- und Gefrierschiffe werden von der zuständigen Behörde des Drittlandes zugelassen, dessen Flagge das Schiff führt;*
- c) *Erzeugungs- und Erntegebiete für lebende Muscheln unterliegen den entsprechenden Gemeinschaftsvorschriften;*
- d) *werden die Gemeinschaftsvorschriften nicht eingehalten, so muss die zuständige Behörde sicherstellen können, dass*
- Mängel innerhalb einer angemessenen Frist behoben werden, und*
  - die Ausfuhr in die Gemeinschaft ausgesetzt bzw. die Zulassung eines von ihr zugelassenen Betriebs, Fabriksschiffs, Gefrierschiffs, Erzeugungs- und Erntegebiets für lebende Muscheln entzogen wird, wenn diese Mängel nicht innerhalb einer angemessenen Frist behoben werden können oder wenn die Verbrauchergesundheit nachweislich gefährdet ist;*
- e) *die zuständige Behörde des betreffenden Drittlands übermittelt der Kommission eine aktuelle Liste; die Kommission macht diese Liste allen interessierten Parteien über das Internet zugänglich.*
- Nur auf dieser Liste stehende Betriebe dürfen Erzeugnisse tierischen Ursprungs in die Gemeinschaft versenden.*

#### (4) *Einzelfallentscheidungen*

*Unter besonderen Umständen kann nach dem Verfahren des Artikels 17 genehmigt werden, dass Erzeugnisse direkt aus einem Drittlandbetrieb eingeführt werden, wenn das betreffende Drittland nicht in der Lage ist, die Garantieranforderungen gemäß Artikel 11 zu erfüllen. In diesem Falle muss dem betreffende Betrieb vorbehaltlich einer Gemeinschaftskontrolle vor Ort eine Sonderzulassung erteilt werden. Bei der Entscheidung über die Zulassung sind die besonderen Einfuhrbedingungen für die Erzeugnisse dieses Betriebs festzulegen.*

### Artikel 13

#### Sonstige Bestimmungen

- (1) *In die Gemeinschaft eingeführt werden dürfen nur Drittlanderzeugnisse, die*
- im Versanddrittland zubereitet werden oder, falls es sich um Fischereierzeugnisse handelt, auf Fabrik- oder Gefrierschiffen des Versanddrittlands zubereitet werden;*
  - in einem anderen Drittland als dem Versanddrittland gewonnen und zubereitet werden, vorausgesetzt, das Erzeugnis stammt aus einem zugelassenen Betrieb in einem Drittland, das auf einer Gemeinschaftsliste steht; gegebenenfalls*
  - in der Gemeinschaft zubereitet oder hergestellt werden.*
- (2) *Für Erzeugnisse, die einem bestimmten Verwendungszweck zugeführt werden sollen, kann die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 17 besondere Einfuhrvorschriften festlegen.*

## KAPITEL IV

### SCHLUSSBESTIMMUNGEN

#### Artikel 14

##### *Änderung der Anhänge, Durchführungsvorschriften und Übergangsmaßnahmen*

- (1) *Die Anhänge dieser Verordnung können nach dem Verfahren des Artikels 17 Absatz 2 geändert oder ergänzt werden, um dem wissenschaftlichen und technischen Fortschritt Rechnung zu tragen. Erforderlichenfalls konsultiert die Kommission, bevor sie einen Vorschlag vorlegt, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit.*

Donnerstag, 5. Juni 2003

(2) Durchführungsvorschriften, die eine einheitliche Umsetzung dieser Verordnung gewährleisten sollen, können nach dem Verfahren des Artikels 17 Absatz 2 erlassen werden. In den Fällen, in denen es notwendig ist, konsultiert die Kommission, bevor sie einen Vorschlag vorlegt, die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit.

(3) Übergangsmaßnahmen können nach dem Verfahren des Artikels 17 Absatz 2 festgelegt werden.

#### Artikel 15

##### Durchführungsvorschriften

In den in Artikel 14 Absatz 2 genannten Durchführungsvorschriften kann insbesondere Folgendes festgelegt werden:

- a) technische Ausgestaltung der Untersuchungsplätze;
- b) das Verfahren zur Übermittlung von Kontrollergebnissen;
- c) die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit auf die ständige Anwesenheit des amtlichen Tierarztes in bestimmten Schlachthöfen und Wildbearbeitungsbetrieben verzichtet werden kann;
- d) die Vorschriften hinsichtlich des Inhalts der Tests für amtliche Tierärzte und amtliche Fachassistenten;
- e) mikrobiologische Kriterien für die Hygienekontrolle in den Betrieben;
- f) alternative Verfahren sowie serologische oder andere Labortests, die Garantien bieten, welche den Garantien, die die in Anhang I Kapitel 3 beschriebenen besonderen Fleischuntersuchungsverfahren bieten, zumindest gleichwertig sind und sie deshalb ersetzen können;
- g) die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit auf einige der in Anhang I Kapitel 3 beschriebenen besonderen Fleischuntersuchungsverfahren- je nach Herkunftsbetrieb, -region oder -land- nach den Grundsätzen der Risikoanalyse verzichtet werden kann;
- h) Vorschriften für Labortests, einschließlich der Methoden zur Untersuchung auf Geschlechtsgeruch;
- i) die Kältebehandlung, der Fleisch als Ersatz für die Untersuchung auf Cysticercose und Trichinose zu unterziehen ist;
- j) die Hitzebehandlung, der Fleisch im Hinblick auf Tuberkulose zu unterziehen ist;
- k) die Voraussetzungen, unter denen Betriebe amtlich als Cysticercose- oder Trichinose-frei erklärt werden können;
- l) die Untersuchungsmethoden für die in Anhang I Kapitel 3 Abschnitt IX genannten Zustände;
- m) Frischekriterien für die organoleptische Prüfung von Fischereierzeugnissen;
- n) die analytischen Grenzwerte, die Analysemethoden und die Probenahmepläne zur Durchführung der in Anhang III vorgeschriebenen amtlichen Überwachungsmaßnahmen in bezug auf Fischereierzeugnisse;
- o) Verfahren, die bei der Tilgung oder Bekämpfung von Tierseuchen wie Brucellose oder Tuberkulose oder von anderen Zoonoseerregern wie Salmonellen insbesondere bei der Schlachtung dieser Tiere beachtet werden müssen;
- p) Die Zahl der amtlichen Fachassistenten und des Personalbedarfs für die Schlachtlinie.

#### Artikel 16

##### Flexibilität

(1) Die Mitgliedstaaten können nationale Maßnahmen zur Anpassung der in den Anhängen enthaltenen Bestimmungen gemäß den Absätzen 2 bis 5 treffen, ohne die Zielsetzung dieser Verordnung zu gefährden.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- (2) *Die nationalen Maßnahmen im Sinne von Absatz 1*
- a) *haben zum Ziel:*
- i) *die Beibehaltung herkömmlicher Methoden auf jeder Stufe der Herstellung, der Verarbeitung oder des Vertriebs von Lebensmitteln zu ermöglichen;*
  - ii) *den Bedürfnissen von Lebensmittelunternehmen Rechnung zu tragen, die geringe Mengen verarbeiten bzw. die in Gebieten mit besonderen geografischen Beschränkungen angesiedelt sind;*
- b) *betreffen insbesondere folgende Elemente der Anhänge:*
- i) *auf die Lebensmittelherstellungskette bezogene Informationen;*
  - ii) *die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörde, abhängig von der Gefahrenanalyse.*
- (3) *Jeder Mitgliedstaat, der nationale Maßnahmen gemäß Absatz 2 ergreifen möchte, teilt dies der Kommission und den übrigen Mitgliedstaaten mit. Diese Meldung*
- a) *enthält eine ausführliche Beschreibung der Bestimmungen, die der Mitgliedstaat für anpassungsbedürftig hält, sowie der Art der geplanten Anpassung;*
- b) *enthält eine Beschreibung der betroffenen Betriebe;*
- c) *erläutert die Gründe für die Anpassung, einschließlich gegebenenfalls einer Zusammenfassung der durchgeführten Gefahrenanalyse und der Maßnahmen, die zu treffen sind, damit die Anpassung die Ziele dieser Verordnung nicht gefährdet;*
- d) *enthält alle sonstigen wichtigen Informationen.*
- (4) *Die übrigen Mitgliedstaaten haben ab Erhalt einer Meldung gemäß Absatz 3 drei Monate Zeit, um der Kommission schriftliche Kommentare zu übermitteln. Die Kommission kann – und, sofern sie schriftliche Kommentare von einem oder mehreren Mitgliedstaaten erhält, muss – die Mitgliedstaaten in dem in Artikel 17 Absatz 1 genannten Ausschuss konsultieren. Die Kommission kann gemäß dem Verfahren des Artikels 17 Absatz 2 entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen, gegebenenfalls mit entsprechenden Änderungen, durchgeführt werden können. Die Kommission kann gegebenenfalls allgemein anwendbare Maßnahmen gemäß den Absätzen 1 oder 2 vorschlagen.*
- (5) *Ein Mitgliedstaat kann nationale Maßnahmen zur Anpassung der Bestimmungen des Anhangs I nur ergreifen*
- a) *in Übereinstimmung mit einer gemäß Absatz 4 erlassenen Entscheidung;*
- b) *sofern die Kommission nicht die Mitgliedstaaten einen Monat nach Ablauf der in Absatz 4 genannten Frist darüber informiert hat, dass sie schriftliche Kommentare erhalten hat oder dass sie den Erlass einer Entscheidung gemäß Buchstabe a vorschlagen will.*

#### Artikel 17

#### Verfahren des Ständigen Ausschusses

- (1) Die Kommission wird von **dem Ständigen** Ausschuss für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit unterstützt, **der** durch Artikel 58 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 **eingesetzt wurde**.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so **gelten die Artikel 5 und 7** des Beschlusses 1999/468/EG **unter Beachtung von dessen Artikel 8**.
- (3) Die Frist nach Artikel 5 Absatz 6 des Beschlusses 1999/468/EG wird auf drei Monate festgesetzt.
- (4) **Der Ausschuss gibt sich seine Geschäftsordnung.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

Artikel 18

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft.

Sie wird ab ... <sup>(1)</sup> anwendbar.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ..., am ...

In Namen des Europäischen Parlaments  
Der Präsident

Im Namen des Rates  
Der Präsident

<sup>(1)</sup> Ein Jahr nach dem Inkrafttreten. Die vorliegende Verordnung gilt ab demselben Datum wie die anderen Rechtstexte, die Teil der sogenannten Neufassung des gemeinschaftlichen Hygienerechts sind.

ANHANG I

FRISCHFLEISCH

Die spezifischen Bestimmungen dieses Anhangs gelten für Schlachthöfe, Wildverarbeitungsbetriebe und Zerlegebetriebe.

Kapitel 1

Art der Kontrollen und Entscheidungen aufgrund der Kontrollergebnisse

I. AUFGABEN DES AMTLICHEN TIERARZTES

I.1 Überprüfungsaufgaben des amtlichen Tierarztes

Der amtliche Tierarzt führt Überprüfungen in **Lebensmittelunternehmen** durch, um festzustellen, ob der **Lebensmittelunternehmer** die Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. .../... [über Lebensmittelhygiene] und der Verordnung (EG) Nr. .../... [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] und der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 [mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte] <sup>(1)</sup> einhält und dementsprechend alle notwendigen Vorkehrungen getroffen hat, um eine gute Hygienepraxis und gesundheitlich unbedenkliches Fleisch zu gewährleisten. Dazu gehören:

A. Überprüfung der guten Hygienepraxis

Solche Überprüfungen sollen die kontinuierliche Einhaltung der betriebseigenen Verfahren verifizieren und mindestens Folgendes abdecken:

- a) Gestaltung und Instandhaltung der betrieblichen **Infrastruktur** und Einrichtungen;
- b) Anlagenhygiene vor, während und nach Durchführung der Tätigkeiten;
- c) persönliche Hygiene;
- d) Unterweisung in Hygiene und Arbeitsverfahren;
- e) Schädlingsbekämpfung;
- f) Kontrolle der Wasserqualität;

<sup>(1)</sup> ABl. L 273 vom 10.10.2002, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 808/2003 der Kommission (ABl. L 117 vom 13.5.2003, S. 1).

Donnerstag, 5. Juni 2003

- g) Kontrolle der Temperatur;
  - h) Kontrolle ein- und ausgehender Fleischlieferungen;
  - i) Handhabung, Sammlung, **Beförderung, Bearbeitung, Beseitigung** und Lagerung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten einschließlich spezifiziertem Risikomaterial **während ihres Verbleibs im Betrieb**.
- B. Überprüfung von Verfahren, die nach den Grundsätzen des HACCP-Verfahrens (hazard analysis and critical control points – Identifizierung und Überwachung der kritischen Stellen im Herstellungsverfahren) arbeiten.

Es ist zu überprüfen, ob die HACCP-Verfahren kontinuierlich und ordnungsgemäß angewendet werden und ob diese Verfahren

**die Voraussetzung schaffen**, dass die Schlachttiere

- a) ordnungsgemäß gekennzeichnet sind;
- b) mit den erforderlichen begleitenden Informationen aus dem Herkunftsbetrieb der Tiere ausgestattet sind;
- c) eine Haut- bzw. Fellbeschaffenheit aufweisen, die das Risiko einer Kontaminierung des Fleisches beim Schlachten so gering wie möglich hält;
- d) gesund aussehen;
- e) in einer Art und Weise transportiert und behandelt wurden, die den Tierschutzvorschriften der EU entspricht;

soweit wie möglich sicherstellen, dass das beim Schlachten gewonnene Fleisch

- a) den in Rechtsvorschriften der Gemeinschaft festgelegten mikrobiologischen Kriterien entspricht, einschließlich den Hygiene-Parametern und den einschlägigen Kriterien für Krankheitserreger;
- b) keine chemischen Rückstände enthält, welche die in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften festgesetzten Höchstwerte überschreiten;
- c) keine Rückstände von gemeinschaftsrechtlich verbotenen Stoffen enthält;
- d) keine Schadstoffe enthält, welche die in den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften festgesetzten Höchstwerte überschreiten;
- e) keine physikalischen Gefahrenquellen, wie Fremdkörper, enthält;
- f) keine pathophysiologischen Anomalien oder Veränderungen aufweist. Schlachtkörper, die solche Anomalien oder Veränderungen aufweisen, sind dem amtlichen Tierarzt zu melden;
- g) keine fäkale oder sonstige Verunreinigung aufweist;
- h) kein spezifiziertes Risikomaterial enthält, sofern dies nicht nach dem Gemeinschaftsrecht zulässig ist, und allgemein in Übereinstimmung mit den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften über transmissible spongiforme Enzephalopathien produziert wurde;
- i) den einschlägigen Gemeinschaftsbestimmungen in Bezug auf die Rückverfolgbarkeit von Fleisch entspricht.

C. Überprüfung der Anwendung von Leitlinien

Sofern der **Lebensmittelunternehmer** zur Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen nationale oder gemeinschaftliche Leitlinien für gute Praxis anwendet, ist die ordnungsgemäße Anwendung dieser Leitlinien zu überprüfen.

D. Durchführung dieser Überprüfungen

Besondere Aufmerksamkeit ist bei der Durchführung dieser Überprüfungen zu verwenden auf:

- a) die kontinuierliche Überwachung der vom Personal des **Lebensmittelunternehmens** verrichteten Tätigkeiten auf allen Stufen des Schlacht- und Zerlegeverfahrens. Zusätzlich zu dieser Überprüfung kann der amtliche Tierarzt sich mit Hilfe von Leistungstests vergewissern, dass die Leistung des Betriebspersonals den von der zuständigen Behörde festgelegten spezifischen Kriterien entspricht. Soweit erforderlich, werden nach dem Verfahren des *Artikels 17* Vorschriften für die Leistungstests erlassen;
- b) eine Überprüfung aller einschlägigen Aufzeichnungen des Betriebs;
- c) Probenahmen für Laboranalysen, sofern erforderlich;
- d) die Dokumentation aller berücksichtigten Elemente und der Ergebnisse der Überprüfungen.



Donnerstag, 5. Juni 2003

I.2 Inspektionsaufgaben des amtlichen Tierarztes

Der amtliche Tierarzt berücksichtigt bei der Durchführung seiner Inspektionsaufgaben die Ergebnisse der gemäß Abschnitt I.1 durchgeführten Überprüfung und richtet gegebenenfalls die Art und Weise, wie er diese Aufgaben durchführt, danach aus.

Folgende Aspekte sind im Rahmen der Inspektionsaufgaben zu berücksichtigen:

A. Informationen zur Lebensmittelherstellungskette

1. Der amtliche Tierarzt prüft und analysiert vor dem Schlachten der Tiere die relevanten Informationen aus den Aufzeichnungen des Herkunftsbetriebs der Tiere, die der **Lebensmittelunternehmer** gemäß Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über Lebensmittelhygiene] vorzulegen hat. Diese Informationen müssen mindestens Folgendes umfassen:
  - a) den Status des Herkunftsbetriebs oder den Status der Region in Bezug auf die Tiergesundheit;
  - b) den Gesundheitszustand der Tiere;
  - c) nähere Angaben zu den **Tieren verabreichten** Tierarzneimitteln und anderen Behandlungen, jeweils mit Datum der Verabreichung und **Wartezeit. Es sind nur Tierarzneimittel mit einer festgelegten Wartezeit anzugeben;**
  - d) **aufgetretene** Krankheiten, die die Sicherheit des Fleisches beeinträchtigen können;
  - e) die Ergebnisse der Analysen von Proben, die Tieren entnommen wurden. **Proben, die zur Diagnose von Krankheiten, die Einfluss auf die Genusstauglichkeit und Qualität von Fleisch haben, einschließlich Proben, die von Bedeutung für die Gesundheit der Menschen sind und die im Rahmen der Zoonosen- und Rückstandsüberwachung und -bekämpfung entnommen werden;**
  - f) einschlägige Berichte von Schlachthöfen über die Ergebnisse früherer Schlacht- und **Fleischuntersuchungen** von Tieren aus demselben Herkunftsbetrieb;
  - g) relevante Produktionsdaten;
  - h) Name und Anschrift des Tierarztes, den der **Lebensmittelunternehmer** des Herkunftsbetriebs normalerweise hinzuzieht; und
  - i) Name des verantwortlichen amtlichen Tierarztes/Veterinäramts.
2. **Nach** dem Verfahren des Artikels 17 werden erlassen:
  - a) **Vorschriften, wie die Informationen zusammengestellt und dargeboten werden.**
  - b) **die Form einer standardisierten Erklärung zur Informationskette, die von Primärproduzenten zu unterzeichnen ist.**
3. Der amtliche Tierarzt muss bei der Durchführung von Schlacht- und **Fleischuntersuchungen** den dokumentierten Ergebnissen der Prüfung und Analyse dieser Informationen Rechnung tragen.
4. Bei der Durchführung dieser Überprüfungen berücksichtigt der amtliche Tierarzt amtliche Bescheinigungen, die die Tiere begleiten, sowie mögliche Erklärungen von Tierärzten, die Kontrollen auf der Ebene der Primärproduktion durchführen, so auch von amtlichen Tierärzten und zugelassenen Tierärzten, die in einem Überwachungsnetz gemäß Artikel 14 der Richtlinie 64/432/EWG des Rates vom 26. Juni 1964 zur Regelung viehseuchenrechtlicher Fragen beim innergemeinschaftlichen Handelsverkehr mit Rindern und Schweinen<sup>(1)</sup> beteiligt sind.
5. Wenn die an der Lebensmittelherstellungskette Beteiligten zusätzliche Maßnahmen treffen, um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten, indem sie integrierte Systeme, eigene Qualitätskontrollsysteme, unabhängige Zertifizierung durch Dritte oder andere Mittel einsetzen, wenn diese Maßnahmen dokumentiert werden und die betreffenden Tiere eindeutig identifizierbar sind, so kann der amtliche Tierarzt die Beteiligung an diesen Systemen bei seinen Untersuchungen und der Überprüfung der HACCP-Verfahren berücksichtigen.

<sup>(1)</sup> ABl. 121 vom 29.7.1964, S. 1977. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1226/2002 der Kommission (ABl. L 179 vom 9.7.2002, S. 13).

Donnerstag, 5. Juni 2003

B. Schlachttieruntersuchung <sup>(1)</sup>

1. Vor der Schlachtung sind alle Tiere einer Schlachttieruntersuchung durch den amtlichen Tierarzt zu unterziehen. Die Tiere sind innerhalb von 24 Stunden nach Ankunft im Schlachthof und innerhalb von 24 Stunden vor der Schlachtung einer Schlachttieruntersuchung zu unterziehen. Darüber hinaus kann der amtliche Tierarzt auch zu jeder anderen Zeit eine Untersuchung verlangen.
2. Die Schlachttieruntersuchung dient insbesondere der Feststellung, ob
  - a) die Kennzeichnungsvorschriften eingehalten wurden;
  - b) nicht gegen die Tierschutzvorschriften verstoßen wurde;
  - c) Haut bzw. Fell so beschaffen sind, dass das Risiko einer Kontaminierung des Fleisches beim Schlachten so gering wie möglich ist;
  - d) Anzeichen für einen Zustand vorliegen, der die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigen kann, mit besonderem Augenmerk auf Zoonosen, Krankheiten aus der Liste A des Internationalen Tierseuchenamtes (Office International des Epizooties, OIE) und anderen meldepflichtigen Krankheiten.
3. Der amtliche Tierarzt führt weiterhin im Schlachthof eine klinische Untersuchung aller Tiere durch, die der **Lebensmittelunternehmer** oder amtliche *Fachassistenten* von der Schlachtung zurückgestellt haben.
4. Soweit in dieser Verordnung vorgesehen, kann die Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb der Schlachttiere durchgeführt werden.
5. Im Falle einer Notschlachtung außerhalb des Schlachthofs prüft der amtliche Tierarzt im Schlachthof die vom Tierarzt ausgestellte Bescheinigung gemäß der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs].

## C. Tierschutz

Der amtliche Tierarzt überprüft die Einhaltung der einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften **und einzelstaatlichen Vorschriften** für den Tierschutz, wie beispielsweise die Vorschriften über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Schlachtung und die Vorschriften über den Schutz von Tieren beim Transport.

D. **Fleischuntersuchung**

1. Der **Tierkörper** und die **ihm beiliegenden** Schlachtnebenerzeugnisse sind unverzüglich einer **Fleischuntersuchung** zu unterziehen. Alle äußeren Oberflächen sind zu begutachten; dabei können eine geringfügige Handhabung des Schlachtkörpers bzw. der Schlachtnebenerzeugnisse und/oder besondere technische Vorrichtungen erforderlich sein. Besonderes Augenmerk muss dabei Zoonosen, Krankheiten aus der Liste A des Internationalen Tierseuchenamtes (OIE) und anderen meldepflichtigen Krankheiten gelten. Die Geschwindigkeit der Schlachtlinie und die Personalstärke des Inspektionsteams müssen eine ordnungsgemäße Untersuchung erlauben. Nach den Grundsätzen der Risikoanalyse sind je nach Tierart, der Art des Haltungsbetriebs oder des Herkunftslandes bzw. der Herkunftsregion zusätzliche Abtastung, Einschnitte oder Laboruntersuchungen, wie in Kapitel 3 genannt, erforderlich.
2. Zusätzliche Untersuchungen, wie etwa Abtasten und Anschneiden von Schlachtkörperteilen und Schlachtnebenerzeugnissen sowie Laboruntersuchungen, **finden statt:**
  - a) **um einen endgültigen Befund zu erhalten, oder**
  - b) **den Nachweis von Tierkrankheiten zu erbringen, oder**
  - c) **Grenzwertüberschreitungen chemischer Rückstände oder Nichteinhaltung mikrobiologischer Kriterien nachzuweisen.**
3. Schlachtkörper von als Haustieren gehaltenen Einhufern, mehr als sechs Monate alten Rindern und mehr als vier Wochen alten Hausschweinen sind für die **Fleischuntersuchung** entlang der Wirbelsäule längs in Schlachtkörperhälften zu spalten. Soweit für die Untersuchung erforderlich, kann der amtliche Tierarzt in jedem Fall verlangen, dass Kopf oder Schlachtkörper längs gespalten werden. Mit Rücksicht auf die technologische Entwicklung oder spezifische sanitäre Verhältnisse kann die zuständige Behörde jedoch genehmigen, dass Schlachtkörper von als Haustieren gehaltenen Einhufern, mehr als sechs Monate alten Rindern und mehr als vier Wochen alten Hausschweinen ohne eine Spaltung in zwei Hälften zur Untersuchung vorgestellt werden.

<sup>(1)</sup> Die nachstehenden Bestimmungen gelten nicht für Jagdwild.

Donnerstag, 5. Juni 2003

4. Während der Untersuchung sind alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit das Risiko einer Kontaminierung des Fleischs beim Abtasten, Schneiden oder Anschneiden so gering wie möglich gehalten wird.
5. Alternative Verfahren, serologische oder andere Labortests können, nach Konsultation der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und gemäß dem Verfahren nach Artikel 17 an die Stelle der in Kapitel 3 beschriebenen Verfahren zur **Fleischuntersuchung** treten, sofern sie eine mindestens gleichwertige Sicherheit bieten. **Die Entscheidung über den Einsatz trifft die zuständige Behörde.**
6. **Falls eine Notschlachtung durchgeführt wird, wird der Schlachtkörper so rasch wie möglich einer Fleischuntersuchung gemäß Nummer 1 bis 5 unterzogen, bevor er für den menschlichen Verzehr freigegeben wird.**

E. Spezifiziertes Risikomaterial (SRM)

Der amtliche Tierarzt überprüft die Entfernung, Absonderung, Einfärbung und gegebenenfalls Kennzeichnung des spezifizierten Risikomaterials gemäß den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften für SRM. Er stellt sicher, dass der **Lebensmittelunternehmer** alle nötigen Maßnahmen trifft, um bei der Schlachtung (einschließlich der Betäubung) oder der Entfernung des SRM eine Kontaminierung des Fleischs mit SRM zu verhindern.

F. Labortests und Basisstudien über Krankheitserreger

1. **Der amtliche Tierarzt entnimmt Proben und sorgt dafür, dass diese Proben gemäß den einschlägigen Bestimmungen und sonstigen gemeinschaftlichen Vorschriften für Zoonosen, transmissible spongiforme Enzephalopathien und Rückstände gekennzeichnet, behandelt und an das entsprechende Labor geschickt werden, und zwar im Rahmen:**
  - a) der amtlichen Zoonosenüberwachung, unter anderem auf Salmonella spp., Campylobacter spp., Verotoxin bildende Escherichia coli (EHEC) und mehrfach resistente Bakterienstämme;
  - b) spezifischer Laboruntersuchungen zur Diagnose auf transmissible spongiforme Enzephalopathien gemäß Verordnung (EG) Nr. 999/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 mit Vorschriften zur Verhütung, Kontrolle und Tilgung bestimmter transmissibler spongiformer Enzephalopathien <sup>(1)</sup>;
  - c) der Feststellung nicht zugelassener Substanzen oder Produkte, der Kontrolle geregelter Stoffe und insbesondere im Rahmen der nationalen Rückstandsüberwachungspläne gemäß Richtlinie 96/23/EG des Rates vom 29. April 1996 über Kontrollmaßnahmen hinsichtlich bestimmter Stoffe und ihrer Rückstände in lebenden Tieren und tierischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinien 85/358/EWG und 86/469/EWG und der Entscheidungen 89/187/EWG und 91/664/EWG <sup>(2)</sup>;
  - d) der Feststellung von Zoonosen, Krankheiten aus der Liste A des Internationalen Tierseuchenamtes (OIE) und anderen meldepflichtigen Krankheiten;
  - e) der Laboruntersuchung von Tieren, die der amtliche Tierarzt als verdächtig betrachtet, oder solcher Laboruntersuchungen, die für die endgültige Diagnose durch den amtlichen Tierarzt erforderlich **sind**.
2. **Erforderlichenfalls** werden nach dem Verfahren des Artikels 17 ausführliche Vorschriften für Laboruntersuchungen erlassen. Dazu gehören spezifische Regeln für Basisstudien über Salmonella spp., Campylobacter spp., Verotoxin bildende Escherichia coli (EHEC) und mehrfach resistente Bakterienstämme.

G. Genusstauglichkeitskennzeichnung und Identitätskennzeichnung

1. **Nach** abgeschlossener **Fleischuntersuchung** sind Schlachtkörper, Schlachtkörperhälften, Schlachtkörpervierviertel und in drei Teile zerlegte Schlachtkörper auf ihrer Außenseite so mit einer Genusstauglichkeitskennzeichnung durch Farb- oder Brandstempel zu versehen, dass die Nummer des Betriebs ohne weiteres zu erkennen ist.
2. Zu diesem Zweck überwacht der amtliche Tierarzt:
  - a) die Genusstauglichkeitskennzeichnung;
  - b) die Kennzeichnungen und das Umhüllungsmaterial bei einer Kennzeichnung gemäß vorliegendem Abschnitt.

<sup>(1)</sup> ABl. L 147 vom 31.5.2001, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 650/2003 der Kommission (ABl. L 95 vom 11.4.2003, S. 15).

<sup>(2)</sup> ABl. L 125 vom 23.5.1996, S. 10. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 806/2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 1).

Donnerstag, 5. Juni 2003

3. Die Genusstauglichkeitskennzeichnung kann nur angebracht werden, wenn das Tier (von dem das Fleisch stammt) durch den amtlichen Tierarzt einer Schlacht tieruntersuchung unterzogen wurde<sup>(1)</sup> und alle anderen Bestimmungen der vorliegenden Verordnung erfüllt sind. **Kann der Tierkörper bis zum Ergebnis der Trichinenuntersuchung oder der Rückstandsuntersuchung identifiziert werden, kann die Genusstauglichkeitskennzeichnung vorher angebracht werden. Vor dem Vorliegen des Ergebnisses der Trichinenuntersuchung dürfen der Tierkörper oder das daraus hergestellte Produkt jedoch nicht in den Verkehr gebracht werden.**
4. Die Genusstauglichkeitskennzeichnung muss wie folgt aussehen:
- entweder eine ovale Kennzeichnung von mindestens 6,5 cm Breite und 4,5 cm Höhe, die folgende Angaben in gut lesbaren Schriftzeichen enthalten muss:
    - im oberen Teil die Abkürzung des Versandlandes in Großbuchstaben (also eine der nachstehenden: AT – B – DK – D – EL – E – FI – F – IRL – I – L – NL – P – SE – UK), gefolgt von der tierärztlichen Zulassungsnummer des Betriebs;
    - im unteren Teil eines der nachstehenden Kürzel: CEE, EEC, EEG, EOK, EØF, ETY oder EWG;
  - oder eine ovale Kennzeichnung von mindestens 6,5 cm Breite und 4,5 cm Höhe, die folgende Angaben in gut lesbaren Schriftzeichen enthalten muss:
    - im oberen Teil den Namen des Versandlandes in Großbuchstaben;
    - in der Mitte die tierärztliche Zulassungsnummer des Betriebs;
    - im unteren Teil eines der nachstehenden Kürzel: CEE, EEC, EEG, EOK, EØF, ETY oder EWG;
- Die Buchstaben müssen mindestens 0,8 cm hoch sein, die Ziffern mindestens 1 cm. Die Genusstauglichkeitskennzeichnung kann zusätzlich einen Hinweis des amtlichen Tierarztes enthalten, der die Fleischuntersuchung durchgeführt hat. Zur Kennzeichnung der Genusstauglichkeit von Schaflämmern, Ziegenlämmern, **Kaninchen** und Ferkeln kann die Größe des Stempels, der Buchstaben und der Zahlen verringert werden.
5. Schlachtkörper sind mit einem Farb- oder Brandstempel gemäß Ziffer 4 zu kennzeichnen:
- bei Tierkörpern mit einem Gewicht von mehr als 65 kg ist jede Hälfte mindestens an folgenden Stellen zu stempeln: Außenseite der Keule, Lende, Rücken, Brust und Schulter;
  - die Schlachtkörper von Schaflämmern, Ziegenlämmern, **Kaninchen** und Ferkeln sind mindestens zweimal zu stempeln, nämlich an jeder Seite entweder an der Schulter oder an der Außenseite der Keule;
  - andere Tierkörper sind mindestens viermal zu stempeln, nämlich an jeder Schulter und der Außenseite jeder Keule. Bei den Schlachtkörpern von Schaflämmern, Ziegenlämmern und Ferkeln kann die Genusstauglichkeitskennzeichnung jedoch auch durch das Anbringen eines Etiketts oder Schildes erfolgen, das nur jeweils einmal verwendet werden darf.
6. Lebern von Rindern, Schweinen und Einhufern sind **unverzüglich** gemäß Ziffer 4 **entweder unmittelbar auf dem Produkt** mit einem Brandstempel **oder auf der Umhüllung oder Verpackung** zu kennzeichnen. **Die Kennzeichnung gemäß Ziffer 4 ist auf einem an der Umhüllung oder Verpackung befestigten Etikett anzubringen oder auf der Verpackung aufzudrucken.**
7. Alle anderen genusstauglichen Nebenerzeugnisse der Schlachtung müssen unverzüglich gemäß Ziffer 4 gekennzeichnet werden, entweder unmittelbar auf dem Produkt oder auf der Umhüllung oder Verpackung. Das Kennzeichen gemäß Ziffer 4 ist auf einem an der Umhüllung oder Verpackung befestigten Etikett anzubringen oder auf der Verpackung aufzudrucken.
8. Verpackungen sind in jedem Fall gemäß Ziffer 9 zu kennzeichnen.
9. Verpackte Teilstücke und verpackte Schlachtnebenerzeugnisse der Schlachtung gemäß Ziffer 6 und 7 müssen ein Genusstauglichkeitskennzeichen gemäß Ziffer 4 tragen. Das Kennzeichen ist auf einem an der Verpackung befestigten Etikett so anzubringen oder auf der Verpackung so aufzudrucken, dass es beim Öffnen der Verpackung zerstört wird. Die Nichtzerstörung des Kennzeichens darf nur dann hingenommen werden, wenn durch das Öffnen die Verpackung zerstört wird. Wenn die Umhüllung alle Schutzanforderungen an Verpackungen erfüllt, kann das vorstehend genannte Kennzeichen auch auf der Umhüllung angebracht werden.

<sup>(1)</sup> Diese Bestimmung gilt nicht für Jagdwild.

Donnerstag, 5. Juni 2003

10. Wenn Frischfleisch in handelsüblichen Einheiten umhüllt ist, die zur unmittelbaren Abgabe an den Verbraucher bestimmt sind, gelten die Ziffern 7 und 9. Die unter Ziffer 4 vorgeschriebenen Abmessungen müssen für die Kennzeichnung gemäß vorliegender Ziffer nicht eingehalten werden. Wenn Fleisch in einem anderen Betrieb als dem, in dem es erstmals umhüllt worden ist, umgepackt wird, muss die Umhüllung das Genusstauglichkeitskennzeichen des Zerlegebetriebs tragen, in dem das Fleisch zuerst umhüllt wurde, und muss die Verpackung das Genusstauglichkeitskennzeichen des Umpackzentrums tragen.
11. Fleisch von Einhufern und seine Verpackung müssen eine besondere Kennzeichnung tragen, die gemäß dem Verfahren des *Artikels 17* festzulegen ist.
12. Für die Genusstauglichkeitskennzeichnung sind die in den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften über Farben zur Verwendung in Lebensmitteln aufgeführten Farben zu verwenden.
13. Genusstauglichkeitskennzeichen dürfen nur entfernt werden, wenn das Fleisch in einem anderen unabhängigen und zugelassenen Betrieb weiterverarbeitet wird, in dem das ursprüngliche Kennzeichen durch die Nummer dieses zweiten Betriebs ersetzt wird. **Die Rückverfolgbarkeit ist durch eine Dokumentation zu gewährleisten.**

#### H. Mitteilung von Untersuchungsbefunden

1. Der amtliche Tierarzt zeichnet die Untersuchungsbefunde auf und analysiert sie. Falls bei den Untersuchungen verbraucher- oder tiergesundheitsrelevante Krankheiten und Zustände oder Verstöße gegen die Tierschutzbestimmungen festgestellt werden, so wird dies
  - a) dem **Lebensmittelunternehmer**,
  - b) der amtlichen Stelle, die für die Überwachung des Herkunftsbetriebs *oder des Jagdgebietes* der Tiere zuständig ist,
  - c) dem Tierarzt, der den Herkunftsbetrieb der Tiere betreut, sowie
  - d) der für den Herkunftsbetrieb der Tiere verantwortlichen Person mitgeteilt<sup>(1)</sup>.

**Der amtliche Tierarzt kann bestimmte Mitteilungen unterlassen, wenn sie für die jeweilige Person nicht relevant sind.**

Nach einer solchen Mitteilung **müssen die verantwortlichen Personen in ihrem Wirkungsbereich** entsprechende Abhilfemaßnahmen treffen.

2. Untersuchungsbefunde und Testergebnisse sind in die einschlägigen Datenbanken zu übertragen.
3. Wurden die betreffenden Tiere in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem Drittland aufgezogen, so ist die Feststellung einer Krankheit oder eines Zustandes, die die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigen könnten, dem **Lebensmittelunternehmer** und der zentralen zuständigen Behörde des Mitgliedstaates mitzuteilen, in dem **das Lebensmittelunternehmen** sich befindet. Letztgenannte informiert die Kommission, wenn die betreffenden Tiere in einem Drittland aufgezogen wurde.
4. Gelangt der amtliche Tierarzt bei der Schlachtier- oder **Fleischuntersuchung** oder einer anderen Inspektionstätigkeit zu dem Verdacht, dass ein Krankheitserreger aus der Liste A des OIE vorliegt, meldet er dies unverzüglich der zentralen zuständigen Behörde. Er trifft alle notwendigen Maßnahmen und Vorkehrungen, um die mögliche Ausbreitung des Krankheitserregers zu verhindern. Dazu gehört auch die Schließung des Betriebs und die Unterbindung weiterer Verbringungen in den Betrieb oder aus dem Betrieb, bis entweder das Nichtvorhandensein des Erregers bestätigt oder alle erforderlichen Einschränkungen und Maßnahmen umgesetzt sind.
5. Ausführliche Vorschriften für die Mitteilung von Untersuchungsbefunden werden erforderlichenfalls nach dem Verfahren des *Artikels 17* erlassen.

<sup>(1)</sup> Sofern es notwendig ist, Beweise für die Nichteinhaltung der guten tierärztlichen Praxis oder für die illegale Verwendung von Tierarzneimitteln zu finden, werden die amtlichen Ergebnisse dem Tierarzt und der für den Betrieb verantwortlichen Person nicht mitgeteilt.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## II. ENTSCHEIDUNGEN AUFGRUND DER KONTROLLERGEBNISSE

Werden bei den Kontrollen Mängel, Verstöße gegen die Vorschriften oder Unregelmäßigkeiten festgestellt, sind geeignete Maßnahmen zu treffen. Dazu gehören:

## A. Entscheidungen aufgrund der Überprüfung der guten Hygienepraxis und der HACCP-Verfahren

1. Ergibt die Überprüfung der guten Hygienepraxis oder der HACCP-Verfahren einen Verstoß, so muss der amtliche Tierarzt **verlangen**, dass der **Lebensmittelunternehmer** unverzüglich die Prozesskontrollen überprüft, die Ursache feststellt, den Verstoß abstellt und einem Wiederauftreten vorbeugt. Je nach Art des Problems **muss** der amtliche Tierarzt Maßnahmen wie etwa eine Verlangsamung **oder Unterbrechung** des Prozesses veranlassen.
2. Ergeben die Überprüfung der guten Hygienepraxis oder der HACCP-basierten Verfahren oder andere Untersuchungen, dass Fleisch in Verkehr gelangen kann, das gemäß Abschnitt II.E des vorliegenden Unterkapitels als genussuntauglich gelten muss, und ändert der **Lebensmittelunternehmer** die Verfahren nicht unverzüglich ab, so muss der Schlacht- oder Zerlegungsprozess eingestellt werden. Der Prozess darf erst dann wieder aufgenommen werden, wenn der amtliche Tierarzt sich vergewissert hat, dass die Situation unter Kontrolle ist. Ein ähnliches Verfahren gilt immer dann, wenn der amtliche Tierarzt dies für erforderlich **hält**.
3. Der amtliche Tierarzt ordnet gegebenenfalls den Rückruf, eine weitere Untersuchung und, falls erforderlich, die Marktrücknahme und/oder die Vernichtung des Fleisches an.
4. Muss der Prozess **aufgrund gleicher oder anderer Ursachen** wiederholt angehalten werden und ist der **Lebensmittelunternehmer** nicht in der Lage, diese Wiederholung zu verhindern, so leitet die zuständige Behörde das Verfahren zum Entzug der Zulassung des Betriebs ein. **Der diesbezügliche Beschluss ist unverzüglich zu veröffentlichen.**
5. **Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass dem Betreiber hinreichend Rechtsbehelfe gegeben sind. Das Einlegen von Rechtsbehelfen darf nicht dazu führen, dass die Durchführung der in dieser Verordnung festgesetzten Maßnahmen verzögert oder verschoben wird.**

## B. Entscheidungen bezüglich der Informationen über die Lebensmittelherstellungskette

1. **Enthalten die** Aufzeichnungen des Herkunftsbetriebes der Tiere nicht die einschlägigen Informationen zur Lebensmittelsicherheit, **obwohl sie erbracht werden können**, dürfen **die Tiere** nicht zur Schlachtung zugelassen werden. **Der Betreiber des Schlachthofes leitet Maßnahmen ein, damit die notwendigen Informationen schnellstens nachgereicht werden und verfügt in Absprache mit dem amtlichen Tierarzt Maßnahmen zur Sicherung des Tierschutzes. Die Kosten dieser Maßnahmen trägt die die Verzögerung verursachende Einrichtung. Führen alle diese Maßnahmen nicht dazu, notwendige Informationen zur Lebensmittelsicherheit zu erhalten, sind die Tiere gesondert zu töten und für genussuntauglich zu erklären.**
2. **Bei Notschlachtungen außerhalb des Schlachthofes sind ebenfalls die** Informationen über die Lebensmittelherstellungskette **vorzulegen**, bevor der Schlachtkörper für den menschlichen Verzehr freigegeben werden kann. Bis **zur** endgültigen Entscheidung sind ein solcher Schlachtkörper und die entsprechenden Schlachtnebenerzeugnisse getrennt von anderem Fleisch zu lagern. **Ansonsten ist der Tierkörper bei fehlenden Informationen als untauglich zu beurteilen.**
3. Ergibt sich aus den begleitenden Aufzeichnungen, Unterlagen und anderen Informationen, dass
  - a) die Tiere aus einem Betrieb oder einem Gebiet kommen, die zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier einer Verbringungsperre oder einer anderen Einschränkung unterliegen,
  - b) die Vorschriften über die Verwendung von Tierarzneimitteln nicht eingehalten wurden,
  - c) andere Umstände vorliegen, die die Gesundheit von Mensch oder Tier beeinträchtigen könnten,

so dürfen diese Tiere nicht zur Schlachtung angenommen werden, es sei denn, es werden Verfahren befolgt, die im Rahmen von Gemeinschaftsvorschriften zum Ausschluss von Gefahren für die Gesundheit von Mensch und Tier eingeführt wurden. Befinden sich diese Tiere bereits im

Donnerstag, 5. Juni 2003

Schlachthof, so sind sie gesondert zu töten und für genussuntauglich zu erklären, gegebenenfalls unter Vorkehrungen zum Schutz der Gesundheit von Mensch und Tier. Wenn der amtliche Tierarzt es für nötig hält, sind amtliche Kontrollen im Herkunftsbetrieb durchzuführen.

4. Stellt die zuständige Behörde fest, dass die Begleitunterlagen, Dokumentation und andere Informationen nicht der tatsächlichen Situation im Herkunftsbetrieb oder dem tatsächlichen Zustand der Tiere entsprechen oder den amtlichen Tierarzt bewusst irreführen sollen, dann geht die zuständige Behörde gegen die für den Herkunftsbetrieb der Tiere zuständige Person oder jede andere beteiligte Person vor, unter anderem mit Hilfe zusätzlicher Kontrollen. Die Kosten dieser zusätzlichen Kontrollen trägt der **Lebensmittelunternehmer** des Herkunftsbetriebs oder die andere beteiligte Person.

C. Entscheidungen bezüglich lebender Tiere

1. **Sind** Tiere nicht ordnungsgemäß **gekennzeichnet, oder ist die Herkunft bzw. Zuordnung nicht durch andere Mittel feststellbar, entscheidet der amtliche Tierarzt, ob sie geschlachtet werden dürfen.** Wenn der amtliche Tierarzt es **zur Abwendung von gesundheitlichen Gefahren für Mensch und Tier** für nötig **erachtet, sind diese Tiere gesondert zu töten. Desweiteren kann der amtliche Tierarzt veranlassen, zur Entscheidungsfindung** amtliche Kontrollen im Herkunftsbetrieb durchzuführen.
2. Sind übergeordnete Tierschutzerwägungen zu beachten, so können Pferde geschlachtet werden, selbst wenn die gesetzlich vorgeschriebenen Informationen über die Identität nicht vorgelegt wurden; jedoch müssen diese Informationen vorliegen, bevor der Schlachtkörper für den menschlichen Verzehr freigegeben werden kann. Dies gilt auch für Notschlachtungen von Pferden außerhalb des Schlachthofs.
3. Tiere, deren Haut oder Fell so beschaffen ist, dass ein erhöhtes Risiko einer Kontaminierung des Fleisches während der Schlachtung besteht, dürfen nicht für den menschlichen Verzehr geschlachtet werden.
4. Tiere, die eine Krankheit oder einen Zustand aufweisen, der durch Handhabung oder Verzehr auf den Menschen oder andere Tiere übertragen werden kann, und generell Tiere, die klinische Anzeichen einer systemischen Erkrankung oder eines physiologischen Leidens aufweisen, dürfen nicht für den menschlichen Verzehr geschlachtet werden. Diese Tiere sind getrennt zu töten, und zwar so, dass andere Tiere oder Schlachtkörper nicht kontaminiert werden können, und sie sind für genussuntauglich zu erklären.
5. Die Schlachtung von Tieren, die an einer Krankheit leiden oder die Anzeichen von Zuständen aufweisen, die eine Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier darstellen können, muss zurückgestellt werden. Zur Diagnosestellung müssen diese Tiere gründlich untersucht werden. Ist zur Diagnose eine **Fleischuntersuchung** erforderlich, so kann der amtliche Tierarzt beschließen, die betreffenden Tiere einer solchen Untersuchung zu unterziehen und diese erforderlichenfalls durch Probenahmen und geeignete Laboruntersuchungen zu ergänzen. Diese Tiere sind gesondert und im Anschluss an die Normalschlachtungen zu schlachten, wobei alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen sind, um eine Kontamination von anderem Fleisch zu vermeiden.
6. Tiere, die Rückstände von Tierarzneimitteln über den in Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Werten oder Rückstände verbotener Stoffe aufweisen könnten, sind gemäß Richtlinie 96/23/EG zu behandeln.
7. Die **Behandlung** von Tieren im Rahmen eines Programms zur Tilgung oder Bekämpfung von Tierseuchen wie Brucellose oder Tuberkulose oder von anderen Zoonosenerregern wie Salmonellen erfolgt auf Weisung und unter direkter Aufsicht des amtlichen Tierarztes. **Die Maßnahmen und Bedingungen unter denen diese Schlachtungen durchgeführt werden, legt die zuständige Behörde fest.**
8. Tiere, die einmal auf das Gelände eines Schlachthofs gelangt sind, dürfen dieses nicht wieder lebend verlassen, außer im Fall einer schwerwiegenden Störung der Schlachtanlagen. Unter letztgenannten Umständen ist ausschließlich die direkte Beförderung zu einem anderen Schlachthof zulässig, **sofern dies im Interesse des Tierschutzes nötig ist und die Tiere in einer solchen Verfassung sind, dass ein erhöhtes Risiko der Verseuchung des Fleisches während der Schlachtung besteht.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

## D. Entscheidungen bezüglich Tierschutz

1. Werden die Tierschutzbestimmungen bei der Schlachtung oder Tötung nicht beachtet, **legt** der amtliche Tierarzt **fest**, dass der **Lebensmittelunternehmer** unverzüglich die nötigen Abhilfemaßnahmen trifft und eine Wiederholung verhindert. Je nach Art der Mängel kann der amtliche Tierarzt Maßnahmen wie eine Verlangsamung oder das Anhalten des Schlachtprozesses veranlassen. Erforderlichenfalls informiert der amtliche Tierarzt andere zuständige Behörden.
2. Stellt der amtliche Tierarzt fest, dass die Bestimmungen über den Schutz von Tieren beim Transport nicht beachtet werden, so trifft er die nötigen Maßnahmen gemäß den einschlägigen Gemeinschaftsvorschriften. **Der diesbezügliche Beschluss ist unverzüglich zu veröffentlichen.**

## E. Entscheidungen bezüglich Fleisch

**1. Folgende Erzeugnisse werden für genussuntauglich erklärt:**

- a) Fleisch von Tieren, die keiner Schlachttieruntersuchung unterzogen wurden, mit Ausnahme von Jagdwild;
- b) sofern in dieser Verordnung **oder der Verordnung (EG) Nr. .../2003 vom ... [mit spezifischen Vorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs]** nicht anderweitig geregelt: Fleisch von Tieren, deren Schlachtnebenzeugnisse nicht der **Fleischuntersuchung** unterzogen wurden;
- c) Fleisch von verendeten, tot geborenen, ungeborenen oder vor dem Erreichen eines Alters von sieben Tagen geschlachteten Tieren;
- d) Fleischabschnitte von der Stichstelle;
- e) sofern in Kapitel 3 nicht anderweitig geregelt: Fleisch von Tieren, die an einer meldepflichtigen Tierseuche leiden;
- f) Fleisch von Tieren, die an einer Allgemeinerkrankung, Septikämie, Pyämie, Toxämie oder Virämie leiden;
- g) Fleisch, das den einschlägigen im Gemeinschaftsrecht festgelegten mikrobiologischen Kriterien nicht entspricht;
- h) sofern in Kapitel 3 nicht anderweitig geregelt: Fleisch, das Parasitenbefall aufweist;
- i) unbeschadet spezifischerer Gemeinschaftsvorschriften: Fleisch, das Rückstände von Tierarzneimitteln, Verunreinigungen oder andere chemische Rückstände oberhalb der zulässigen Gemeinschaftswerte für essbares Gewebe enthält; bei einer Überschreitung der Gemeinschaftsgrenzwerte sind zusätzliche Analysen vorzunehmen, sofern dies angemessen ist;
- j) unbeschadet spezifischerer Gemeinschaftsvorschriften: alles Fleisch von Tieren oder Schlachtkörpern, die Rückstände verbotener Substanzen aufweisen, sowie alles Fleisch von Tieren, die mit verbotenen Substanzen behandelt wurden;
- k) Leber und Nieren von über zwei Jahre alten Tieren aus Regionen, in denen bei der Durchführung der gemäß Artikel 5 der Richtlinie 96/23/EG genehmigten Pläne festgestellt wurde, dass die Umwelt allgemein mit Schwermetallen belastet ist;
- l) Fleisch, das unzulässigerweise mit Dekontaminierungsmitteln behandelt wurde;
- m) Fleisch, das unzulässigerweise mit ionisierenden oder UV-Strahlen behandelt wurde;
- n) Fleisch, das Fremdkörper enthält, mit Ausnahme von Jagdwild, soweit für die Zwecke der Jagd verwendetes Material betroffen ist;
- o) Fleisch, dessen radioaktive Strahlung die zulässigen Höchstwerte gemäß den Gemeinschaftsvorschriften übersteigt;
- p) Fleisch mit pathophysiologischen Veränderungen, Anomalien der Konsistenz, unzureichender Ausblutung, organoleptischen Anomalien, oder Fleisch von abgemagerten Tieren;
- q) Fleisch, das spezifiziertes Risikomaterial enthält, sofern es nicht nach Gemeinschaftsvorschriften zulässig ist;
- r) Fleisch, das Verunreinigungen, Verschmutzung durch Fäkalien oder sonstige Kontamination aufweist;



Donnerstag, 5. Juni 2003

- s) Blut von Tieren, deren Schlachtkörper gemäß den vorangegangenen Buchstaben für genusuntauglich erklärt wurde, sowie durch Mageninhalt oder andere Stoffe kontaminiertes Blut;
  - t) jede Art von Fleisch, das laut Urteil des Tierarztes nach Prüfung aller zweckdienlichen Informationen eine Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier darstellen kann oder aus anderen Gründen genusuntauglich ist;
  - u) **Fleisch von Zwittern und Kryptorchiden, es sei denn, die Geruchsfreiheit konnte mittels einer objektiven Testmethode nachgewiesen werden;**
  - v) **Fleisch von nicht kastrierten männlichen Mastschweinen, es sei denn, die Geruchsfreiheit konnte mittels einer objektiven Testmethode nachgewiesen werden.**
- (2) **Der amtliche Tierarzt legt fest, welche Produkte im Hinblick auf die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 im Petfood-Bereich vermarktet werden können.**

## Kapitel 2 Zuständigkeiten und Häufigkeit der Kontrollen

### I. DAS INSPEKTIONSTEAM

Bei der Durchführung der Kontrollen gemäß Kapitel 1 kann der amtliche Tierarzt durch seinen Anweisungen und seiner Verantwortung unterstehende amtliche *Fachassistenten* **oder Betriebsangehörige** unterstützt werden. Die amtlichen *Fachassistenten* **oder die Betriebsangehörigen** bilden ein unabhängiges Inspektionsteam unter der Aufsicht und Verantwortung des amtlichen Tierarztes. Die amtlichen *Fachassistenten* dürfen folgende Tätigkeiten ausüben:

- a) Erfassung von Informationen über die gute Hygienepraxis und die HACCP-Verfahren;
- b) Hilfe bei der Schlachtieruntersuchung im Schlachthof **oder im Herkunftsbetrieb**; dabei besteht die Aufgabe *des* amtlichen *Fachassistenten* darin, die Tiere einer ersten Untersuchung zu unterziehen und in rein praktischen Dingen zu helfen;
- c) Tierschutzkontrollen;
- d) **Fleischuntersuchung**, sofern der amtliche Tierarzt die Arbeit der amtlichen Hilfskräfte überwacht;
- e) Kontrollen der Entfernung, Absonderung, Einfärbung und gegebenenfalls Kennzeichnung des spezifizierten Risikomaterials;
- f) Kontrolle von zerlegtem und eingelagertem Fleisch;
- g) Probenahmen; und
- h) Inspektion und Überwachung von Betrieben, Transportmitteln usw.

### II. HÄUFIGKEIT DER KONTROLLEN

1. Die zuständige Behörde stellt die ordnungsgemäße amtliche Überwachung der **Lebensmittelunternehmen** sicher. Art und Umfang der amtlichen Überwachung sind abhängig von einer regelmäßigen Bewertung der Risiken für die Gesundheit von Mensch und Tier, der Tierschutzaspekte und der Produkteignung unter Berücksichtigung der Tierart und der Schlachtierkategorie, des Prozesses und des **Lebensmittelunternehmers**. Bei der Berechnung des Personalbedarfs für die Schlachtlinie **ist ein** wissenschaftlicher Ansatz zu verfolgen. Die Zahl der amtlichen Mitarbeiter **oder der Betriebsangehörigen** muss ausreichend sein, damit alle Anforderungen der Richtlinie erfüllt werden können.
2. Insbesondere gilt Folgendes:
  - a) in **Schlachthöfen ist** während der gesamten Dauer der Schlachtier- und der **Fleischuntersuchung und in Wildverarbeitungsbetrieben während der gesamten Dauer der Schlachtkörperuntersuchung** mindestens ein amtlicher Tierarzt anwesend;

Donnerstag, 5. Juni 2003

**Die zuständige Behörde kann im Hinblick auf kleine Schlachthöfe, handwerkliche Kleinbetriebe und Wildverarbeitungsbetriebe auf der Grundlage einer Risikoanalyse einen flexibleren Ansatz praktizieren:**

- i) die Schlacht tieruntersuchung ist vom amtlichen Tierarzt durchzuführen, kann jedoch im Herkunftsbetrieb erfolgen;
- ii) der amtliche Tierarzt muss bei der **Fleischuntersuchung** nicht ununterbrochen anwesend sein, sofern ein *amtlicher Fachassistent* diese Untersuchung durchführt und jegliches Fleisch, das Anomalitäten aufweist, abgesondert und vom amtlichen Tierarzt untersucht wird; es wird ein dokumentiertes Kontrollsystem eingeführt, das es dem amtlichen Tierarzt erlaubt, sich zu vergewissern, dass die Normen eingehalten werden.  
Im Fall von Geflügel kann die zuständige Behörde diese Flexibilität auf der Basis einer Einzelfall-Risikoanalyse für andere als kleine Schlachthöfe nutzen.

Die beschriebene Flexibilität gilt nicht:

- i) für notgeschlachtete Tiere, bei denen der Verdacht auf eine Krankheit oder einen Zustand besteht, die eine Gefahr für die Gesundheit von Mensch und Tier darstellen können;
- ii) für Rinder aus Herden, die nicht amtlich für tuberkulosefrei erklärt wurden;
- iii) für Rinder, Schafe und Ziegen aus Herden, die nicht amtlich für brucellosefrei erklärt wurden;
- iv) im Fall des Ausbruchs einer Krankheit der Liste A bzw. gegebenenfalls der Liste B des OIE. Dies betrifft Tiere, die für die betreffende Krankheit empfänglich sind und aus der jeweiligen Region gemäß Artikel 2 der Richtlinie 64/432/EWG;
- v) wenn dies für notwendig erachtet wird, um sich abzeichnende Krankheiten oder bestimmte Krankheiten der Liste B zu berücksichtigen. Gegebenenfalls sind Regeln nach dem in Artikel 17 genannten Verfahren zu erlassen.

Sofern es zur Sicherstellung der einheitlichen Anwendung dieser Bestimmung erforderlich ist, kann nach dem Verfahren des Artikels 17 eine Definition des kleinen Betriebs festgelegt werden;

- b) in Zerlegungsbetrieben **muss ein** Mitglied des Inspektionsteams **nach einem Kontrollplan, der von der zuständigen Behörde aufgrund einer Risikoanalyse festgelegt wird**, anwesend sein, wenn Fleisch bearbeitet wird.

### III. BETEILIGUNG VON BETRIEBSPERSONAL

Die Mitgliedstaaten können gestatten, dass Betriebspersonal die Tätigkeiten der amtlichen *Fachassistenten* bei der Kontrolle der Erzeugung von Geflügel- und Kaninchenfleisch übernimmt. Hierfür gelten folgende Bedingungen:

- a) Hat der Betrieb mindestens 12 Monate lang erfolgreich die gute Hygienepraxis **gemäß Kapitel I Abschnitt I.1** und die HACCP-Verfahren angewandt, so kann die zuständige Behörde genehmigen, dass Betriebsangehörige, die in gleicher Weise geschult wurden wie die amtlichen Hilfskräfte und die gleiche Prüfung abgelegt haben, unter der Aufsicht, **Weisung und Verantwortung** des amtlichen Tierarztes Aufgaben der amtlichen *Fachassistenten* ausüben **und Teil des unabhängigen Inspektionsteams der zuständigen Behörde in dem Betrieb bilden**. Der amtliche Tierarzt ist in diesem Fall bei der Schlacht tier- und *Fleischuntersuchung* anwesend, überwacht diese Tätigkeiten und führt regelmäßige Leistungstests durch, um sicherzustellen, dass die Leistung des Betriebspersonals den von der zuständigen Behörde festgelegten spezifischen Kriterien entspricht, und zeichnet die Ergebnisse dieser Leistungstests auf. Detaillierte Vorschriften für Leistungstests werden nach dem Verfahren des Artikels 17 festgelegt. Wenn der Hygienezustand des Betriebs durch die Arbeit dieses Personals beeinträchtigt wird, wenn dieses Personal Aufgaben nicht ordnungsgemäß durchführt oder wenn allgemein dieses Personal seine Arbeit in einer Weise ausführt, die nach Ansicht der zuständigen Behörde nicht zufriedenstellend ist, wird dieses Personal durch amtliche *Fachassistenten* ersetzt.

**Außerdem müssen in dem Betrieb die Verantwortlichkeiten für Produktion und Untersuchung getrennt sein und muss der Betrieb, der betriebliche Untersuchungskräfte einsetzen will, über eine international anerkannte Zertifizierung verfügen.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

- b) Die zuständige Behörde des Mitgliedstaates entscheidet grundsätzlich und von Fall zu Fall, ob sie die Anwendung des vorstehend beschriebenen Systems genehmigt. Entscheidet sich der Mitgliedstaat grundsätzlich für dieses System, so unterrichtet er die Kommission über diese Entscheidung und die damit verbundenen Bedingungen. Für **Lebensmittelunternehmen** in einem Mitgliedstaat, in dem das vorstehend beschriebene System angewandt wird, ist die tatsächliche Nutzung des Systems wahlfrei. **Lebensmittelunternehmen** werden von der zuständigen Behörde nicht gezwungen, das vorstehend beschriebene System einzuführen. Ist die zuständige Behörde nicht davon überzeugt, dass **das Lebensmittelunternehmen** die Anforderungen erfüllt, wird das System in diesem Betrieb nicht angewandt. Um dies zu bewerten, führt die zuständige Behörde eine Analyse der Produktions- und Inspektionsaufzeichnungen, des Tätigkeitsbereichs des Betriebs, der bisherigen Einhaltung von Vorschriften, des Fachwissens, der Berufsethik und des Verantwortungsbewusstseins des Betriebspersonals hinsichtlich Fragen der Lebensmittelsicherheit sowie anderer relevanter Informationen **durch**.

#### IV. **BERUFLICHE** QUALIFIKATIONEN

##### A. Berufliche Qualifikation des amtlichen Tierarztes

1. Nur ein Tierarzt, der eine von der zuständigen Behörde gemäß der Verordnung (EG) Nr. .../... [über amtliche Futter- und Lebensmittelkontrollen] oder der für diesen Zweck von der zuständigen Behörde benannten Organisation durchgeführte Prüfung abgelegt hat, **oder diese Tätigkeit bereits ausübt oder seine berufliche Ausbildung den Anforderungen dieser Verordnung genügt**, darf zum amtlichen Tierarzt ernannt werden.
2. Gegenstand der Prüfung sollten mindestens folgende Themen sein:
  - a) nationale Rechtsvorschriften und Rechtsvorschriften der Gemeinschaft zu veterinärmedizinischen Aspekten des Gesundheitsschutzes, Tiergesundheit, Tierschutz und Arzneimittel;
  - b) Grundsätze der Gemeinsamen Agrarpolitik, Marktmaßnahmen, Ausfuhrerstattungen, Betrug (sowie weltweite Regelungen: WTO, SPS, Codex Alimentarius, IOE);
  - c) Grundlagen der Lebensmittelverarbeitung und Lebensmitteltechnologie;
  - d) Grundsätze, Konzepte und Methoden der guten Herstellungspraxis und der Gütesicherung;
  - e) Qualitätsmanagement vor der Ernte (gute landwirtschaftliche Praxis);
  - f) Förderung und Anwendung von Lebensmittelhygiene, Lebensmittelsicherheit (gute Hygienepraxis);
  - g) Grundsätze, Konzepte und Methoden der Risikoanalyse;
  - h) Grundsätze, Konzepte und Methoden des HACCP, Anwendung des HACCP in der gesamten Lebensmittelherstellungskette;
  - i) Verhütung und Eindämmung von lebensmittelbedingten Gefährdungen der menschlichen Gesundheit;
  - j) Populationsdynamik von Infektionen und Intoxikationen;
  - k) diagnostische Epidemiologie;
  - l) Kontroll- und Überwachungssysteme;
  - m) Überprüfung und ordnungspolitische Bewertung von Systemen für das Management der Lebensmittelsicherheit;
  - n) Grundsätze und diagnostische Anwendung moderner Testverfahren;
  - o) Informations- und Kommunikationstechnologie in Bezug auf die veterinärmedizinischen Aspekte der öffentlichen Gesundheit;
  - p) Datenbearbeitung und Biostatistik;
  - q) Untersuchung von Ausbrüchen lebensmittelbedingter Erkrankungen beim Menschen;
  - r) relevante Aspekte in Bezug auf transmissible spongiforme Enzephalopathien;
  - s) Tierschutz in den Phasen Erzeugung, Transport und Schlachtung;

Donnerstag, 5. Juni 2003

- t) umweltbezogene Aspekte der Lebensmittelerzeugung (einschließlich Abfallbeseitigung);
  - u) Vorsorgeprinzip und Verbraucherinteresse;
  - v) Grundsätze für die Schulung von Personal der Lebensmittelherstellungskette.
3. Der Tierarzt muss **die Fähigkeiten** zur multidisziplinären Zusammenarbeit **besitzen**.
  4. Gegebenenfalls werden ausführliche Vorschriften für den Inhalt der oben genannten Prüfung nach dem Verfahren des *Artikels 17* erlassen.
  5. Ferner muss der amtliche Tierarzt eine mindestens 200 Stunden dauernde praktische Schulung absolviert haben, bevor er zum amtlichen Tierarzt ernannt wird. Die praktische Schulung muss von amtlichen Tierärzten durchgeführt werden, in Schlachthöfen, Zerlegungsbetrieben, Grenzkontrollstellen für Frischfleisch oder Haltungsbetrieben stattfinden und unter anderem die Überprüfung und Zertifizierung von Systemen für das Management der Lebensmittelsicherheit zum Gegenstand haben.
  6. Der amtliche Tierarzt muss durch Fortbildungsmaßnahmen und Fachliteratur seine Kenntnisse aktualisieren und sich über neue Entwicklungen auf dem Laufenden halten.
  7. Ein bereits zum amtlichen Tierarzt bzw. zum amtlichen Tierarzt auf Teilzeitbasis ernannter Tierarzt muss erforderlichenfalls die notwendigen Kenntnisse zu den vorstehend genannten Themen durch Fortbildungsmaßnahmen erwerben. Die zuständige Behörde trifft hierfür angemessene Maßnahmen.
  8. **Die Mitgliedstaaten können, abweichend von Ziffer 1 bis 5, Ausnahmeregeln für amtliche Tierärzte auf Teilzeitbasis festlegen, die für die Kontrolle von handwerklichen Kleinbetrieben zuständig sind.**

B. Berufliche Qualifikation der amtlichen *Fachassistenten*

1. Nur eine Person, die eine von der zuständigen Behörde des Mitgliedstaates oder der für diesen Zweck von der Zentralbehörde benannten Organisation durchgeführte Prüfung abgelegt hat, darf zum amtlichen *Fachassistenten* ernannt werden.
2. Zugelassen werden nur Bewerber, die
  - a) mindestens 600 Stunden theoretische Schulung einschließlich Laborpraxis sowie
  - b) mindestens 300 Stunden praktische Schulung unter Aufsicht des amtlichen Tierarztesnachweisen können. Die praktische Schulung muss unter Aufsicht eines amtlichen Tierarztes in Schlachthöfen, Zerlegungsbetrieben, Grenzkontrollstellen für Frischfleisch oder Haltungsbetrieben stattfinden.
3. Schulung und Prüfungen müssen sich entweder auf rotes Fleisch oder auf Geflügelfleisch konzentrieren. Personen, die die Schulung für eine der beiden Kategorien absolviert und die entsprechende Prüfung bestanden haben, können nach einer verkürzten Schulung auch die Prüfung für die andere Kategorie ablegen.
4. Die Prüfung für amtliche *Fachassistenten* besteht aus einem theoretischen und einem praktischen Teil und betrifft folgende Themenbereiche:
  - a) für Untersuchungen in Haltungsbetrieben:
    - i) theoretischer Teil:
      - Kenntnis der landwirtschaftlichen Betriebswirtschaft: Organisation, Produktionsmethoden, internationaler Handel usw.;
      - Qualitätsmanagement vor der Ernte (gute landwirtschaftliche Praxis);
      - Grundkenntnisse über Tierseuchen, insbesondere Zoonosen: Virus-, Bakterien-, Parasitenerkrankungen usw.;
      - Überwachung zur Seuchenerkennung, Anwendung von Arzneimitteln und Impfstoffen, Rückstandsuntersuchungen;
      - Hygiene- und Gesundheitskontrollen;
      - Schutz von Tieren im Haltungsbetrieb, beim Transport und bei der Schlachtung;
      - Umweltnormen: für Gebäude, Haltungsbetriebe und allgemein;
      - einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften;
      - Verbraucherbelange und Qualitätskontrolle;

Donnerstag, 5. Juni 2003

- ii) praktischer Teil:
  - Besichtigung landwirtschaftlicher Betriebe mit verschiedenen Haltungsformen und Aufzuchtmethoden;
  - Besichtigung von Produktionsbetrieben;
  - Be- und Entladen von Transportmitteln;
  - Laborbesichtigungen;
  - Veterinärkontrollen;
  - Dokumentation;
- b) für Untersuchungen im Schlachthof:
  - i) theoretischer Teil:
    - Kenntnis der Fleischindustrie: Organisation, Produktionsmethoden, internationaler Handel **und Schlacht- und Zerlegetechnologie**;
    - Grundkenntnisse der Hygiene und der guten Hygienepraxis sowie insbesondere der Industriehygiene, der Schlacht-, Zerlegungs- und Lagerhygiene und der Arbeits-hygiene;
    - HACCP-Verfahren und deren Überprüfung;
    - Grundkenntnisse der Schlachttieranatomie und -physiologie;
    - Grundkenntnisse der Schlachttierpathologie;
    - Grundkenntnisse der pathologischen Schlachttieranatomie;
    - relevante Aspekte in Bezug auf transmissible spongiforme Enzephalopathien;
    - Kenntnis der Methoden und Verfahren der Schlachtung, Untersuchung, Zubereitung, Umhüllung, Verpackung und Beförderung von frischem Fleisch;
    - Kenntnisse der Mikrobiologie;
    - einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften;
    - **Schlachttieruntersuchung**;
    - **Trichinenschau**;
    - Probenahmemethoden;
    - **Fleischuntersuchung**;
    - Betrugsfragen;
    - **verwaltungstechnische Arbeiten**.
  - ii) praktischer Teil:
    - Identifizierung von Tieren;
    - Überprüfung des Alters;
    - Untersuchung und Beurteilung von geschlachteten Tieren;
    - **Fleischuntersuchung** im Schlachthof;
    - **Trichinenschau**;
    - Identifizierung von Tierarten durch Untersuchung artentypischer Tierkörper-teile;
    - Identifizierung bestimmter Schlachtkörper-teile, an denen sich Veränderungen zei-gen, Erläuterungen dazu;
    - Hygienekontrolle, einschließlich Überprüfung der guten Hygienepraxis und der Anwendung der HACCP-Verfahren;
    - Registrierung der Ergebnisse der Schlachttieruntersuchung;
    - Probenahmen;
    - Rückverfolgbarkeit von Fleisch.

Gegebenenfalls werden ausführliche Vorschriften für den Inhalt der oben genannten Prüfung nach dem Verfahren des Artikels 17 erlassen.

**Die Dauer der Ausbildung** für amtliche *Fachassistenten*, **die eine** theoretische und praktische Ausbildung **für die Schlachttieruntersuchung, HACCP und Betriebsmanagement umfasst**, wird **bis zum** Jahre 2010 1400 Stunden erreichen.

Die amtlichen Hilfskräfte müssen durch jährliche Fortbildungsmaßnahmen und Fachliteratur ihre Kenntnisse aktualisieren und sich über neue Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

### C. Berufliche Qualifikation des Betriebspersonals

**Betriebspersonal, das die Aufgaben der amtlichen Fachassistenten unter der Aufsicht des amtlichen Tierarztes übernimmt, muss die gleichen beruflichen Qualifikationen besitzen, wie sie in Abschnitt B für die amtlichen Fachassistenten festgelegt sind. Dieses Betriebspersonal muss auch durch jährliche Fortbildungsmaßnahmen und Fachliteratur seine Kenntnisse aktualisieren und sich über neue Entwicklungen auf dem Laufenden halten.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

### Kapitel 3 Spezifische Vorschriften

Die spezifischen Vorschriften dieses Kapitels gelten zusätzlich zu den Bestimmungen der Kapitel 1 und 2.

#### I. HAUSRINDER

##### I.1 Über sechs Wochen alte Rinder:

###### A. Informationen zur Lebensmittelherstellungskette

1. Die Anlieferung von Tieren desselben **Herkunftbetriebes zur Schlachtung darf nur erfolgen, wenn dem Betreiber des Schlachthofes und dem amtlichen Tierarzt Informationen entsprechend Kapitel 1 Abschnitt I. 2. A. vorliegen. Die Schlachtung darf erst erfolgen, wenn der amtliche Tierarzt keine Einwände erhebt. Verzögerungen der Schlachtung durch verspätete und unvollständige Informationsübermittlung bzw. zusätzliche Maßnahmen sind dem Primärproduzenten mitzuteilen und eventuelle Kosten hat der Verursacher zu tragen. In allen anderen Fällen ist die Art und der Umfang der Information abhängig von der Produktionsart, den Möglichkeiten des Primärproduzenten und von eventuell nicht beeinflussbaren Umständen. Sind die Informationen nicht aussagekräftig, entscheidet der amtliche Tierarzt über die Durchführung von zusätzlichen Untersuchungen, Testmethoden vor und während der Schlachtung. Besteht aufgrund der mangelhaften Informationen der Verdacht der Gefährdung von Mensch und Tier, sind diese Tiere zu töten und als genussuntauglich zu erklären.**
2. **Liegen zwingende Gründe vor, kann der amtliche Tierarzt entscheiden, dass die Tiere im Schlachthof geschlachtet werden, selbst wenn die einschlägigen Informationen zur Lebensmittelherstellungskette nicht verfügbar sind; jedoch müssen alle Informationen über die Lebensmittelherstellungskette, die der amtliche Tierarzt für eine entsprechende Fleischuntersuchung benötigt, vorliegen, bevor der Schlachtkörper für den Verzehr freigegeben werden kann. Bis zu einer endgültigen Entscheidung sind ein solcher Schlachtkörper und die entsprechenden Nebenprodukte der Schlachtung getrennt von anderem Fleisch zu lagern.**

###### B. Fleischuntersuchung

Die Schlachtkörper und Schlachtnebenerzeugnisse der über sechs Monate alten Rinder werden den folgenden Verfahren der **Fleischuntersuchung** unterzogen:

- a) Besichtigung von Kopf und Rachen; Anschneiden und Untersuchung der Schlundkopf-, Kehlgangs- und Ohrspeicheldrüsenlymphknoten (Lnn. retropharyngiales, mandibulares und parotidei); Untersuchung der äußeren Kaumuskeln durch zwei Einschnitte parallel zum Unterkiefer, der inneren Kaumuskeln (innere Musculi pterygoidei) durch Einschnitt auf einer Ebene; Lösung der Zunge zur eingehenden Besichtigung von Maul und Schlund sowie Besichtigung und Abtasten der Zunge selbst; Entfernung der Tonsillen;
- b) Untersuchung von Luft- und Speiseröhre; Besichtigung und Abtasten der Lunge; Anschneiden und Untersuchen der Lymphknoten an der Lungenwurzel (Lnn. bifurcationes und eparteriales) und im Mittelfell (Lnn. mediastinales); Öffnen der Luftröhre und der Hauptluftröhrenäste durch Längsschnitt; Quereinschnitt im hinteren Drittel der Lunge durch die Hauptluftröhrenäste; diese Anschnitte sind jedoch nicht erforderlich, wenn die Lunge vom Verzehr ausgeschlossen wird;
- c) Besichtigung von Herzbeutel und Herz; Anschneiden des Herzens durch Längsschnitt zur Öffnung der Kammern und Durchtrennung der Scheidewand;
- d) Besichtigung des Zwerchfells;
- e) Besichtigung und Abtasten der Leber und ihrer Lymphknoten an der Leberpforte und der Bauchspeicheldrüse (Lnn. portales); Anschneiden der Magenfläche der Leber und an der Basis des „Spigelschen Lappens“ zur Untersuchung der Gallengänge;
- f) Besichtigung des Magen-Darm-Trakts, des Mesenteriums, der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten (Lnn. gastrici, mesenterici, craniales und caudales); Abtasten und erforderlichenfalls Anschneiden der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten;

Donnerstag, 5. Juni 2003

- g) Besichtigung und erforderlichenfalls Abtasten der Milz;
- h) Besichtigung der Nieren; erforderlichenfalls Anschnitt der Nieren und der renalen Lymphknoten (Lnn. renales);
- i) Besichtigung von Brust- und Bauchfell;
- j) Besichtigung der Genitalien;
- k) Besichtigung und erforderlichenfalls Abtasten und Anschneiden des Euters und seiner Lymphknoten (Lnn. supramammarii); bei Kühen Öffnung jeder Euterhälfte durch langen, tiefen Einschnitt bis zu den Zisternen (Sinus lactiferes); Einschneiden der Euterlymphknoten, es sei denn, das Euter ist vom Verzehr ausgeschlossen.

#### I.2 Unter sechs Wochen alte Rinder

Die Schlachtkörper und Schlachtnebenerzeugnisse der unter sechs Wochen alten Rinder werden den folgenden Verfahren der **Fleischuntersuchung** unterzogen:

- a) Besichtigung von Kopf und Rachen; Anschneiden und Untersuchen der Schlundkopflymphknoten (Lnn retropharyngiales); Untersuchung von Maul und Schlund; Abtasten der Zunge; Entfernen der Tonsillen;
- b) Besichtigung von Lunge, Luft- und Speiseröhre; Abtasten der Lunge; Anschneiden und Untersuchen der Lymphknoten an der Lungenwurzel (Lnn. bifurcationes und eparteriales) und im Mittelfell (Lnn. mediastinales); Öffnen der Luftröhre und der Hauptluftröhrenäste durch Längsschnitt; Quereinschnitt im hinteren Drittel der Lunge durch die Hauptluftröhrenäste; diese Anschnitte sind jedoch nicht erforderlich, wenn die Lunge vom Verzehr ausgeschlossen wird;
- c) Besichtigung von Herzbeutel und Herz; Anschneiden des Herzens durch Längsschnitt zur Öffnung der Kammern und Durchtrennung der Scheidewand;
- d) Besichtigung des Zwerchfells;
- e) Besichtigung der Leber und der Lymphknoten an der Leberpforte und Bauchspeicheldrüse (Lnn. portales); Abtasten und erforderlichenfalls Anschneiden der Leber und ihrer Lymphknoten;
- f) Besichtigung des Magen-Darm-Trakts, des Mesenteriums, der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten (Lnn. gastrici, mesenterici, craniales und caudales); Abtasten und erforderlichenfalls Anschneiden der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten;
- g) Besichtigung und erforderlichenfalls Abtasten der Milz;
- h) Besichtigung der Nieren; erforderlichenfalls Anschnitt der Nieren und ihrer Lymphknoten (Lnn. renales);
- i) Besichtigung von Brust- und Bauchfell;
- j) Besichtigung und Abtasten der Nabelgegend und der Gelenke; im Zweifelsfall erforderlichenfalls Anschnitt der Nabelgegend und Öffnung der Gelenke; Untersuchung der Gelenkflüssigkeit.

#### II. HAUSSCHAFE UND HAUSZIEGEN

##### **Fleischuntersuchung**

Die Schlachtkörper und Schlachtnebenerzeugnisse der Schafe und Ziegen werden den folgenden Verfahren der **Fleischuntersuchung** unterzogen:

- a) Besichtigung des Kopfes nach dem Enthäuten und, im Verdachtsfall, Untersuchung von Rachen, Maul, Zunge, Schlundkopf- und Ohrspeicheldrüsenlymphknoten; unbeschadet der tiereseuchenrechtlichen Vorschriften erübrigen sich diese Untersuchungen, wenn die zuständige Behörde gewährleisten kann, dass der Kopf – einschließlich Zunge und Gehirn – vom Verzehr ausgeschlossen wird;
- b) Besichtigung von Lunge, Luft- und Speiseröhre; Abtasten der Lunge und der Lymphknoten an der Lungenwurzel (Lnn. bifurcationes und eparteriales) und im Mittelfell (Lnn. mediastinales); im Zweifelsfall Anschnitt und Untersuchung dieser Organe und Lymphknoten;

Donnerstag, 5. Juni 2003

- c) Besichtigung von Herzbeutel und Herz; im Zweifelsfall Anschnitt und Untersuchung des Herzens;
- d) Besichtigung des Zwerchfells;
- e) Besichtigung der Leber und der Lymphknoten an der Leberpforte und Bauchspeicheldrüse (Lnn. portales); Abtasten der Leber und ihrer Lymphknoten; Anschnitt der Magenfläche der Leber zur Untersuchung der Gallengänge;
- f) Besichtigung des Magen-Darm-Trakts, des Mesenteriums, der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten (Lnn. gastrici, mesenterici, craniales und caudales);
- g) Besichtigung und erforderlichenfalls Abtasten der Milz;
- h) Besichtigung der Nieren; erforderlichenfalls Anschnitt der Nieren und ihrer Lymphknoten (Lnn. renales);
- i) Besichtigung von Brust- und Bauchfell;
- j) Besichtigung der Genitalien;
- k) Besichtigung des Euters und seiner Lymphknoten;
- l) Besichtigung und Abtasten der Nabelgegend und der Gelenke bei jungen Tieren; im Zweifelsfall erforderlichenfalls Anschnitt der Nabelgegend und Öffnung der Gelenke; Untersuchung der Gelenkflüssigkeit.

### III. ALS HAUSTIERE GEHALTENE EINHUFER

#### A. Informationen zur Lebensmittelherstellungskette

Der ursprüngliche Tierpass, der das Tier zur Schlachtung begleitet, ist vom amtlichen Tierarzt zu kontrollieren, um festzustellen, ob das Tier zum menschlichen Verzehr geschlachtet werden soll.

#### B. **Fleischuntersuchung**

Die Schlachtkörper und Schlachtnebenerzeugnisse der Einhufer werden den folgenden Verfahren der **Fleischuntersuchung** unterzogen:

- a) Besichtigung des Kopfes und – nach Lösen der Zunge – des Rachens; Abtasten und erforderlichenfalls Anschnitt der Unterkiefer-, Schlundkopf-, und Ohrspeicheldrüsenlymphknoten (Lnn. Mandibulares, retropharyngiales und parotidei); Lösung der Zunge zur eingehenden Besichtigung von Maul und Schlund; Besichtigung und Abtasten der Zunge selbst; Entfernung der Tonsillen;
- b) Besichtigung von Lunge, Luft- und Speiseröhre; Abtasten der Lunge; Abtasten und erforderlichenfalls Anschnitt der Lymphknoten an der Lungenwurzel (Lnn. bifurcationes und eparteriales) und im Mittelfell (Lnn. mediastinales); Öffnen der Luftröhre und der Hauptluftröhrenäste durch Längsschnitt; Quereinschnitt im hinteren Drittel der Lunge durch die Hauptluftröhrenäste; diese Anschnitte sind jedoch nicht erforderlich, wenn die Lunge vom Verzehr ausgeschlossen wird;
- c) Besichtigung von Herzbeutel und Herz; Längsschnitt am Herzen zur Öffnung der Kammern und Durchtrennung der Scheidewand;
- d) Besichtigung des Zwerchfells;
- e) Besichtigung, Abtasten und erforderlichenfalls Anschnitt der Leber und der Lymphknoten an der Leberpforte und der Bauchspeicheldrüse (Lnn. portales);
- f) Besichtigung des Magen-Darm-Trakts, des Mesenteriums, der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten (Lnn. gastrici, mesenterici, craniales und caudales); erforderlichenfalls Anschnitt der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten;
- g) Besichtigung und erforderlichenfalls Abtasten der Milz;



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- h) Besichtigung der Nieren; erforderlichenfalls Anschnitt der Nieren und ihrer Lymphknoten (Lnn. renales);
- i) Besichtigung von Brust- und Bauchfell;
- j) Besichtigung der Genitalien bei Hengsten und Stuten;
- k) Besichtigung des Euters und seiner Lymphknoten (Lnn. supramammarii) und erforderlichenfalls Anschnitt der Lymphknoten des Gesäuges;
- l) Besichtigung und Abtasten der Nabelgegend und der Gelenke bei jungen Tieren; im Zweifelsfall erforderlichenfalls Anschnitt der Nabelgegend und Öffnung der Gelenke; Untersuchung der Gelenkflüssigkeit;
- m) Untersuchung aller Schimmel oder Grauschimmel auf Melanose und Melanomata durch Untersuchung von Muskeln und Lymphknoten der Schulter (Lnn. subrhomboidei) unter dem Schulterblattknorpel nach Abheben der Muskelbänder einer Schulter; Freilegen der Nieren und Untersuchung nach Einschnitt der gesamten Niere.

**IV. HAUSSCHWEINE****A. Schlachttieruntersuchung**

1. Eine Partie Schweine aus einem Haltungsbetrieb darf nur geschlachtet werden,
  - a) *sofern* die zur Schlachtung bestimmten *Tiere im* Herkunftsbetrieb der Schlachttieruntersuchung unterzogen worden *sind und* die Gesundheitsbescheinigung *gemäß Abschnitt X beiliegt.*
2. **Die** Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb umfasst Folgendes:
  - a) Kontrolle der Betriebsbücher oder anderer Aufzeichnungen, einschließlich der Informationen zur Lebensmittelherstellungskette gemäß Kapitel 1 Abschnitt I.2.A;
  - b) Prüfung, ob die Schweine
    - i) an einer durch Handhabung oder Verzehr des Fleisches auf Mensch oder Tier übertragbaren Krankheit leiden bzw. einen entsprechenden Zustand aufweisen oder ob einzelne Tiere bzw. die gesamte Partie Verhaltensstörungen zeigen, die den Ausbruch einer solchen Krankheit befürchten lassen;
    - ii) allgemeine Verhaltensstörungen oder Krankheitsanzeichen zeigen, die bewirken könnten, dass das Fleisch für genussuntauglich erklärt wird;
    - iii) Anzeichen aufweisen, dass sie chemische Rückstände über den in Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Höchstwerten oder Rückstände verbotener Substanzen enthalten;

Zusätzlich sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a) regelmäßige Probenahmen von Trinkwasser und Futter zur Kontrolle der Einhaltung der Karenzzeiten; gegebenenfalls Probenahmen von den Tieren;
  - b) gegebenenfalls Untersuchung auf Zoonoseerreger.
3. Die Schlachttieruntersuchung ist von einem amtlichen Tierarzt oder einem an einem Überwachungsnetz beteiligten zugelassenen Tierarzt gemäß Artikel 14 der Richtlinie 64/432/EWG im Herkunftsbetrieb durchzuführen; die Schweine sind unmittelbar zur Schlachtung zu versenden und dürfen nicht mit anderen Schweinen zusammenkommen.
  4. Wurde eine Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb durchgeführt, so kann die entsprechende Untersuchung im Schlachthof auf eine Überprüfung der Identität und ein Screening beschränkt werden, um sicherzustellen, dass die Tierschutzbestimmungen eingehalten wurden und keinerlei Anzeichen eines Zustandes vorhanden sind, der sich nachteilig auf die Gesundheit von Mensch und Tier auswirken könnte.
  5. Wurde keine Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb durchgeführt, so nimmt der amtliche Tierarzt die Schlachttieruntersuchung wie in Kapitel 1 Abschnitt I.2.B beschrieben vor.

Donnerstag, 5. Juni 2003

6. Werden die Tiere nicht innerhalb von drei Tagen nach Ausstellung der Gesundheitsbescheinigung gemäß Nummer 1 geschlachtet, so
  - a) **ist erneut entsprechend Nummer 1 zu verfahren;**
  - b) kann die Schlachtung, soweit sich die Tiere bereits im Schlachthof befinden und der Grund für die Verzögerung geprüft wurde, genehmigt werden, vorausgesetzt, die Tiere werden einer erneuten Schlacht tieruntersuchung unterzogen.

## B. **Fleischuntersuchung**

1. Schlachtkörper und Schlachtnebenerzeugnisse **von Schweinen, die nicht aus folgender Haltung stammen:**

- a) unter kontrollierter Haltung, in integrierten Produktionssystemen;
- b) mit einem von den zuständigen Behörden als zufriedenstellend erachteten Informationsfluss zwischen Herkunftsbetrieb und Schlachthof;

sind den folgenden Verfahren der **Fleischuntersuchung** zu unterziehen:

- a) Besichtigung von Kopf und Rachen; Anschnitt und Untersuchung der Unterkieferlymphknoten (Lnn. mandibulares); Besichtigung von Maul, Schlund und Zunge;
- b) Besichtigung von Lunge, Luft- und Speiseröhre; Abtasten der Lunge und der Lymphknoten an der Lungenwurzel (Lnn. bifurcationes und eparteriales) und im Mittelfell (Lnn. mediastinales); Öffnen der Luftröhre und der Hauptluftröhrenäste durch Längsschnitt; Quereinschnitt im hinteren Drittel der Lunge durch die Hauptluftröhrenäste; diese Anschnitte sind jedoch nicht erforderlich, wenn die Lunge vom Verzehr ausgeschlossen wird;
- c) Besichtigung von Herzbeutel und Herz; Anschneiden des Herzens durch Längsschnitt zur Öffnung der Kammern und Durchtrennung der Scheidewand;
- d) Besichtigung des Zwerchfells;
- e) Besichtigung der Leber und der Lymphknoten an der Leberpforte und Bauchspeicheldrüse (Lnn. portales); Abtasten der Leber und ihrer Lymphknoten;
- f) Besichtigung des Magen-Darm-Trakts, des Mesenteriums, der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten (Lnn. gastrici, mesenterici, craniales und caudales); Abtasten und erforderlichenfalls Anschneiden der gastrischen und mesenterischen Lymphknoten;
- g) Besichtigung und erforderlichenfalls Abtasten der Milz;
- h) Besichtigung der Nieren; erforderlichenfalls Anschnitt der Nieren und ihrer Lymphknoten (Lnn. renales);
- i) Besichtigung von Brust- und Bauchfell;
- j) Besichtigung der Genitalien;
- k) Besichtigung des Euters und seiner Lymphknoten (Lnn. supramammarii); bei Sauen Anschnitt der Lymphknoten des Gesäuges;
- l) Besichtigung und Abtasten der Nabelgegend und der Gelenke bei jungen Tieren; im Verdachtsfall Anschnitt der Nabelgegend und Öffnung der Gelenke;
- m) **Trichinenschau.**

## V. **GEFLÜGEL**

### A. Schlacht tieruntersuchung

1. Eine Partie Geflügel aus einem Betrieb darf nur geschlachtet werden,
  - a) *sofern* die zur Schlachtung bestimmten Tiere im Herkunftsbetrieb der Schlacht tieruntersuchung unterzogen worden sind und den Tieren die Gesundheitsbescheinigung gemäß Abschnitt X **beiliegt**.
2. **Die** Schlacht tieruntersuchung im Herkunftsbetrieb umfasst Folgendes:
  - a) Kontrolle der Betriebsbücher oder anderer Aufzeichnungen, einschließlich der Informationen zur Lebensmittelherstellungskette gemäß Kapitel 1 Abschnitt I.2.A;
  - b) Prüfung, ob die Tiere
    - i) an einer durch Handhabung oder Verzehr des Fleisches auf Mensch oder Tier übertragbaren Krankheit leiden bzw. einen entsprechenden Zustand aufweisen oder ob einzelne Tiere bzw. die gesamte Partie Verhaltensstörungen zeigen, die den Ausbruch einer solchen Krankheit befürchten lassen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

- ii) allgemeine Verhaltensstörungen oder Krankheitsanzeichen zeigen, die bewirken könnten, dass das Fleisch für genussuntauglich erklärt wird;
- iii) Anzeichen aufweisen, dass sie chemische Rückstände über den in Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Höchstwerten oder Rückstände verbotener Substanzen enthalten;

Zusätzlich sind folgende Maßnahmen durchzuführen:

- a) regelmäßige Probenahmen von Trinkwasser und Futter zur Kontrolle der Einhaltung der *Wartezeiten*; gegebenenfalls Probenahmen von den Tieren;
  - b) gegebenenfalls Untersuchung auf Zoonoseerreger.
3. Schlachttieruntersuchungen im Betrieb sind vom amtlichen Tierarzt durchzuführen.
4. Wurde eine Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb durchgeführt, so kann die entsprechende Untersuchung im Schlachthof auf eine Überprüfung der Identität und ein Screening beschränkt werden, um sicherzustellen, dass die Tierschutzbestimmungen eingehalten wurden und keinerlei Anzeichen eines Zustandes vorhanden sind, der sich nachteilig auf die Gesundheit von Mensch und Tier auswirken könnte. Das Screening kann von *einem* amtlichen *Fachassistenten* durchgeführt werden.
5. Wurde keine Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb durchgeführt, so nimmt der amtliche Tierarzt eine Untersuchung vor, um festzustellen, ob die Tiere:
- a) an einer auf Mensch oder Tier übertragbaren Krankheit leiden bzw. einen entsprechenden Zustand aufweisen oder ob einzelne Tiere bzw. die gesamte Partie Verhaltensstörungen zeigen, die den Ausbruch einer solchen Krankheit befürchten lassen;
  - b) allgemeine Verhaltensstörungen oder Krankheitsanzeichen zeigen, die bewirken könnten, dass das Fleisch für genussuntauglich erklärt wird;
  - c) Anzeichen aufweisen, dass sie chemische Rückstände über den in Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Höchstwerten oder Rückstände verbotener Substanzen enthalten;
- und gegebenenfalls Tests auf Zoonoseerreger.
6. Werden die Tiere nicht innerhalb von drei Tagen nach Ausstellung der Gesundheitsbescheinigung gemäß *Nummer 1* geschlachtet, so
- a) **ist erneut entsprechend Nummer 1 zu verfahren;**
  - b) kann die Schlachtung, sofern sich die Tiere bereits im Schlachthof befinden und der Grund für die Verzögerung geprüft wurde, genehmigt werden, vorausgesetzt, die Tiere werden erneut untersucht.
7. Zeigt das Geflügel klinische Symptome einer Krankheit, so ist die Schlachtung für den menschlichen Verzehr verboten. Die Tötung solcher Tiere am Ende des Arbeitstages im Anschluss an die Normalschlachtungen ist zulässig, sofern alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen werden, um das Risiko der Verschleppung von Krankheitserregern zu vermeiden, und sofern die Schlachtplatzanlage nach der Schlachtung gereinigt und desinfiziert wird.
8. Bei zur Stopflebererzeugung (*Foie gras*) gehaltenem Geflügel und bei verzögert ausgeweidetem Geflügel, das im Erzeugungsbetrieb gewonnen wurde, ist die Schlachttieruntersuchung gemäß *Nummer 2* durchzuführen.

#### B. **Fleischuntersuchung**

Alle Tiere sind einer **Fleischuntersuchung** zu unterziehen. Im Rahmen der **Fleischuntersuchung** führt der amtliche Tierarzt folgende Maßnahmen durch:

- a) Besichtigung der Eingeweide und Leibeshöhlen einer repräsentativen Anzahl von Tieren aus jeder Geflügelpartie ein und derselben Herkunft;
- b) eingehende Stichprobenuntersuchung von Teilen von Tieren oder von ganzen Tieren, deren Fleisch bei der **Fleischuntersuchung** für genussuntauglich erklärt wurde;
- c) sonstige Untersuchungen, die für erforderlich gehalten werden, wenn der Verdacht besteht, dass das Fleisch der betreffenden Tiere genussuntauglich sein könnte;
- d) Kontrolle der in Abschnitt C genannten, dem Schlachtkörper beigefügten Gesundheitsbescheinigung bei zur Stopflebererzeugung (*Foie gras*) gehaltenem Geflügel und verzögert ausgeweidetem Geflügel, das im Erzeugungsbetrieb gewonnen wurde.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## C. Muster der Gesundheitsbescheinigung

GESUNDHEITSBESCHEINIGUNG	
für zur Gewinnung von Stopflebern (Foie gras) bestimmtes sowie im Herkunftsbetrieb betäubtes, entblutetes und gerupftes Geflügel, das verzögert ausgeweidet wird und zur Beförderung zu einem Zerlegungsbetrieb mit separatem Ausweideraum bestimmt ist	
Zuständige Dienststelle: .....	Nr.: .....
1. Angaben zur Identifizierung der nicht ausgeweideten Schlachtkörper	
Tierart: .....	
Anzahl: .....	
2. Angaben zur Herkunft der nicht ausgeweideten Schlachtkörper:	
Anschrift des Betriebs: .....	
3. Bestimmung der nicht ausgeweideten Schlachtkörper:	
Die nicht ausgeweideten Schlachtkörper werden zu folgendem Zerlegungsbetrieb befördert: .....	
.....	
4. Erklärung	
Der unterzeichnete Tierarzt erklärt, dass:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>— die vorstehend bezeichneten nicht ausgeweideten Schlachtkörper von Tieren stammen, die am (Datum) um Uhr im vorgenannten Betrieb der Schlachttieruntersuchung unterzogen und für gesund befunden wurden;</li> <li>— die Aufzeichnungen und sonstigen Unterlagen zu diese Tieren den gesetzlichen Vorschriften entsprachen und einer Schlachtung des Geflügels nicht entgegenstehen.</li> </ul>	
Ausgestellt in .....	am .....
(Ort)	(Datum)
Stempel	
.....	
(Unterschrift des amtlichen Tierarztes)	

## VI. IN ZUCHTBETRIEBEN GEHALTENE HASENTIERE

Es gelten dieselben Vorschriften wie für Geflügel.

## VII. ZUCHTWILD

## A. Schlachttieruntersuchung

1. Die Schlachttieruntersuchung kann im Herkunftsbetrieb durchgeführt werden; sie ist vom amtlichen Tierarzt vorzunehmen. Bei der Schlachttieruntersuchung im Herkunftsbetrieb sind die

Donnerstag, 5. Juni 2003

Betriebsbücher und sonstigen Aufzeichnungen zu kontrollieren, einschließlich der in Kapitel 1 Abschnitt I.2.A genannten Informationen zur Lebensmittelherstellungskette, außerdem sind regelmäßig Wasser- und Futtermittelproben zu nehmen und gegebenenfalls Untersuchungen auf Zoonoseerreger durchzuführen. Bei lebenden Tieren, die im Haltungsbetrieb untersucht wurden, kann sich die Schlachttieruntersuchung im Schlachthof darauf beschränken, transportbedingte Verletzungen festzustellen und die Kennzeichnung der Tiere zu überprüfen.

2. Lebenden Tieren, die im Haltungsbetrieb untersucht wurden, muss eine Bescheinigung nach dem Muster in *Abschnitt X* beiliegen, aus der hervorgeht, dass die Tiere im Haltungsbetrieb untersucht und für gesund befunden wurden.

#### B. **Fleischuntersuchung**

1. Die **Fleischuntersuchung** umfasst das Abtasten und, falls der amtliche Tierarzt dies für erforderlich hält, Anschneiden von Schlachtkörperteilen mit Gewebeeränderungen oder aus anderen Gründen verdächtiger Schlachtkörperteile.
2. Die vorstehend beschriebenen Verfahren für die **Fleischuntersuchung** bei Rindern und Schafen, Hausschweinen und Geflügel sind auf die entsprechenden Zuchtwildarten anzuwenden.
3. Wurden die Tiere im Betrieb geschlachtet, so prüft der amtliche Tierarzt die *vom Tierarzt **oder einem von der zuständigen Behörde zugelassenen Tierarzt** ausgestellte und unterzeichnete Bescheinigung über das positive Ergebnis der Schlachttieruntersuchung, die ordnungsgemäße Schlachtung und das Ausbluten sowie den Zeitpunkt der Schlachtung.*

### VIII. FREI LEBENDES WILD

#### A. **Fleischuntersuchung**

1. Frei lebendes Wild ist nach seiner Verbringung in den Wildverarbeitungsbetrieb so schnell wie möglich zu untersuchen.
2. Der amtliche Tierarzt überprüft, ob dem frei lebenden Wild eine Bescheinigung einer **kundigen** Person beiliegt, wie in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [über spezifische Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] festgelegt. Ist dies der Fall, berücksichtigt er diese Bescheinigung bei der Durchführung der **Fleischuntersuchung**.
3. Bei der **Fleischuntersuchung** führt der amtliche Tierarzt folgende Maßnahmen durch:
  - a) Besichtigung des Wildkörpers, seiner Leibeshöhlen und gegebenenfalls seiner Organe
    - zur Feststellung etwaiger Anomalien, **die nicht durch die Jagd auf das Tier verursacht wurden**. Dabei kann sich die Diagnose auf Angaben des Jägers zum Verhalten des Tieres vor dem Erlegen stützen;
    - zur Kontrolle, dass der Tod des Tieres nicht durch andere Gründe als durch Erlegen verursacht wurde.Reicht die Besichtigung für eine Beurteilung nicht aus, so sind weitergehende Laboruntersuchungen durchzuführen;
  - b) Untersuchung auf organoleptische Anomalien;
  - c) Abtasten der Organe, soweit dies für erforderlich gehalten wird;
  - d) **Untersuchung auf Rückstände, die nicht von der Jagd auf das Tier herrühren**, auch auf Umweltschadstoffe, durch Beprobung insbesondere, wenn ein begründeter Verdacht auf Rückstände oder Schadstoffbelastung besteht. Wird wegen begründeten Verdachts eine weitergehende Untersuchung durchgeführt, so ist die Beurteilung aller anderen Tiere einer gemeinsamen Strecke oder von Teilen dieser Tiere, bei denen den Umständen nach angenommen werden kann, dass sie dieselben Anomalien aufweisen, so lange zurückzustellen, bis die weitergehende Untersuchung abgeschlossen ist;
  - e) Untersuchung auf Merkmale, die darauf hinweisen, dass das Fleisch gesundheitlich bedenklich ist, insbesondere:
    - i) vom Jäger mitgeteilte abnorme Verhaltensweisen und Störungen des Allgemeinzustandes;
    - ii) generalisierte Tumore oder Abszesse, wenn sie in verschiedenen inneren Organen oder in der Muskulatur vorkommen;
    - iii) Arthritis, Orchitis, pathologische Veränderungen der Leber oder Milz, Darm- oder Nabelentzündungen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

- iv) Fremdkörper, **die nicht von der Jagd auf das Tier herrühren**, in Leibeshöhlen, im Magen, Darm oder Harn, sofern Verfärbung von Brust- oder Bauchfell;
  - v) Parasitenbefall;
  - vi) übermäßige Gasbildung im Magen- und Darmtrakt mit Verfärbung der inneren Organe;
  - vii) erhebliche Abweichungen der Muskulatur oder der Organe in Farbe, Konsistenz oder Geruch;
  - viii) alte, offene Knochenbrüche;
  - ix) Abzehrung (Kachexie) und/oder generalisierte oder lokalisierte Ödeme;
  - x) frische Verklebungen oder Verwachsungen mit Brust- oder Bauchfell;
  - xi) sonstige augenfällige und großflächige Veränderungen wie beispielsweise Verwesung.
4. Auf Verlangen des amtlichen Tierarztes sind Wirbelsäule und Kopf längs zu spalten.
5. **Bei Niederwild gelten die Vorschriften der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs]**. Bei Niederwild, das nicht unmittelbar nach dem Erlegen ausgeweidet wurde, führt der amtliche Tierarzt die **Fleischuntersuchung** an einer repräsentativen Stichprobe von Tieren derselben Strecke durch. Ergibt die Untersuchung eine auf den Menschen übertragbare Krankheit oder eine Anomalie im Sinne von Nummer 3, so wird die gesamte Partie weiter untersucht, um festzustellen, ob die Wildkörper für genussuntauglich erklärt oder einzeln untersucht werden müssen.
6. Im Zweifelsfall kann der amtliche Tierarzt an den betreffenden Tierkörperstellen weitere Schnitte und Untersuchungen vornehmen, soweit dies für eine endgültige Diagnose erforderlich ist.

B. Entscheidungen aufgrund von Kontrollergebnissen

Zusätzlich zu den Fällen gemäß Kapitel 1 Abschnitt II.E wird Fleisch für genussuntauglich erklärt, das bei der **Fleischuntersuchung** Merkmale gemäß Punkt A des vorliegenden Abschnitts aufweist.

IX. SPEZIFISCHE RISIKEN

A. Transmissible spongiforme Enzephalopathien

1. Die Untersuchung von über sechs Wochen alten Rindern, von Schafen oder Ziegen ist unter Berücksichtigung der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 sowie aller sonstigen relevanten Gemeinschaftsvorschriften in Bezug auf transmissible spongiforme Enzephalopathien durchzuführen. Dies betrifft mindestens folgende **Aspekte**:
  - a) **Liegen** Anzeichen vor, dass das in den Begleitpapieren angegebene Alter nicht den Tatsachen entspricht, so führt der amtliche Tierarzt eine Gebissuntersuchung durch.
  - b) Insbesondere ist darauf zu achten, dass alle Rinder, Schafe oder Ziegen, bei denen der Verdacht einer transmissiblen spongiformen Enzephalopathie gemäß der Verordnung (EG) Nr. 999/2001 vorliegt, gemäß den Vorschriften der genannten Verordnung behandelt werden. Diese Tiere, bei denen ein Verdacht besteht, sind getrennt von den anderen Tieren zu schlachten, wobei Vorkehrungen zu treffen sind, um das Risiko der Kontamination anderer Schlachtkörper, der Schlachtlinie und des Schlachthofpersonals so gering wie möglich zu halten.
2. Gemäß den einschlägigen Rechtsvorschriften sind spezifische Untersuchungen zur Diagnose transmissibler spongiformer Enzephalopathien durchzuführen.

B. Cysticercose

1. Die Verfahren der **Fleischuntersuchung** gemäß Abschnitt I und Abschnitt IV bilden die Mindestanforderungen für die Untersuchung auf Cysticercose bei Schweinen und über sechs Wochen alten Rindern. Darüber hinaus können spezifische serologische Tests verwendet werden. Bei über sechs Wochen alten Rindern ist ein Anschneiden des Kaumuskels nicht zwingend vorgeschrieben, sofern ein spezifischer serologischer Test durchgeführt wird. Das gleiche gilt für über sechs Wochen alte Rinder, die in einem amtlich als Cysticercose-frei bescheinigten Betrieb aufgezogen wurden.

Donnerstag, 5. Juni 2003

2. *Nach dem Verfahren des Artikels 17 und nach Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit werden die Voraussetzungen festgelegt, unter denen Betriebe amtlich als Cysticercose-frei erklärt werden können.*

3. Cysticercose-infiziertes Fleisch wird für genussuntauglich erklärt. Ist das Tier jedoch nicht allgemein Cysticercose-infiziert, so können die nicht infizierten Teile nach einer Kältebehandlung für genussuntauglich erklärt werden.

C. Trichinose

1. Schlachtkörper von Schweinen (Hausschweine, Zuchtwildschweine und freilebende **Wildschweine**) und anderen Tierarten, die an Trichinose erkranken können, müssen auf Trichinen untersucht **werden**.

2. *Die Untersuchung kann unterbleiben, wenn die Tiere in einem amtlich als Trichinose-frei bescheinigten Betrieb aufgezogen wurden. Die Bedingungen für die amtliche Anerkennung als Trichinose-frei werden nach den Verfahren des Artikels 17 und nach Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit festgelegt.*

3. Fleisch von mit Trichinen infizierten Tieren wird für genussuntauglich erklärt.

D. Rotz

1. Einhufer sind gegebenenfalls auf Rotz zu untersuchen. Die Untersuchung von Einhufern auf Rotz umfasst eine sorgfältige Besichtigung der Schleimhäute von Luftröhre, Kehlkopf, Nasenhöhle und ihrer Nebenhöhlen nach Spaltung des Kopfes längs der Medianebene und Auslösen der Nasenscheidewand.

2. Fleisch von Pferden, bei denen Rotz diagnostiziert wurde, wird für genussuntauglich erklärt.

E. Tuberkulose

1. Tiere, die positiv oder nicht eindeutig auf Tuberkulin reagiert haben, sind getrennt von den anderen Tieren zu schlachten, wobei Vorkehrungen zu treffen sind, um das Risiko der Kontaminierung anderer Schlachtkörper, der Schlachtlinie und des Schlachthofpersonals auszuschließen.

2. Fleisch von Tieren, bei denen die Tuberkulinprobe positiv oder nicht eindeutig ausfiel und bei denen bei der **Fleischuntersuchung** an mehreren Organen oder mehreren Körperteilen lokalisierte Tuberkuloseläsionen festgestellt wurden, werden für genussuntauglich erklärt. Bis zum Vorliegen einer Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit wird Fleisch von Tieren, bei denen die Tuberkulinprobe positiv oder nicht eindeutig ausfiel und bei denen bei der **Fleischuntersuchung** an den Lymphknoten eines oder mehrerer Organe oder Körperteile lokalisierte Tuberkuloseläsionen festgestellt wurden, für genussuntauglich erklärt oder einer Wärmebehandlung unterzogen.

F. Brucellose

1. Tiere, die positiv oder nicht eindeutig auf einen Brucellose-Test reagiert haben, sind getrennt von den anderen Tieren zu schlachten, wobei Vorkehrungen zu treffen sind, um das Risiko der Kontaminierung anderer Schlachtkörper, der Schlachtlinie und des Schlachthofpersonals auszuschalten.

2. Fleisch von Tieren, die positiv oder nicht eindeutig auf einen Brucellose-Test reagiert **haben, der** eine Infektion **anzeigt**, werden für genussuntauglich **erklärt**.

G. Einzelvorschriften

Nach dem Verfahren des Artikels 17 und nach Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit **werden gegebenenfalls die Methoden für Trichinenuntersuchung für die in diesem Abschnitt genannten Zustände, die serologischen Tests zur Untersuchung auf Cysticercose und die möglichen Verfahren der Trichinenuntersuchung festgelegt.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

## X. MUSTER DER GESUNDHEITSBESCHEINIGUNG

GESUNDHEITSBESCHEINIGUNG	
für Tiere, die vom Haltungsbetrieb zum Schlachtbetrieb befördert werden	
Zuständige Dienststelle: .....	Nr.: .....
1. Identifizierung der Tiere	
Tierart: .....	
Anzahl Tiere: .....	
Kennzeichnung: .....	
2. Angaben zur Herkunft der Tiere	
Anschrift des Herkunftsbetriebs: .....	
Kennnummer des Betriebs <sup>(*)</sup> : .....	
3. Angaben zur Bestimmung der Tiere:	
Die Tiere werden zu folgendem Schlachthof befördert: .....	
.....	
mit folgendem Transportmittel: .....	
4. Andere relevante Informationen	
.....	
5. Erklärung	
Der unterzeichnete Tierarzt erklärt, dass:	
<ul style="list-style-type: none"> <li>– die oben bezeichneten Tiere am (Datum) um Uhr im vorgenannten Betrieb der Schlacht tieruntersuchung unterzogen und für gesund befunden wurden;</li> <li>– die Aufzeichnungen und sonstigen Unterlagen zu diese Tieren den gesetzlichen Vorschriften entsprachen und einer Schlachtung der Tiere nicht entgegenstehen.</li> </ul>	
Ausgestellt in .....	am .....
(Ort)	(Datum)
Stempel	
.....	
(Unterschrift des Tierarztes)	

(\*) Nicht obligatorisch.



Donnerstag, 5. Juni 2003

## ANHANG II

### LEBENDE MUSCHELN

#### I. AMTLICHE ÜBERWACHUNG DER ERZEUGUNGSGEBIETE

1. Die zuständige Behörde legt die Lage und Abgrenzung der Erzeugungsgebiete von Muscheln fest. Die Erzeugungsgebiete, in denen Muscheln geerntet werden dürfen, werden von der zuständigen Behörde je nach Ausmaß der Verunreinigung durch Fäkalbakterien in folgende drei Klassen eingeteilt:
  - a) Klasse-A-Gebiete: Gebiete, aus denen lebende Muscheln für den unmittelbaren Verzehr geerntet werden können. Lebende Muscheln aus diesen Gebieten müssen den Gesundheitsanforderungen für lebende Muscheln gemäß Anhang II Abschnitt VII Kapitel V der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs] entsprechen.
  - b) Klasse-B-Gebiete: Gebiete, aus denen lebende Muscheln geerntet, aber erst nach Aufbereitung in einem Reinigungszentrum oder nach dem Umsetzen zum Verzehr in den Verkehr gebracht werden dürfen, damit sie den Gesundheitsnormen gemäß vorstehendem Buchstaben a) entsprechen. Bei lebenden Muscheln aus diesen Gebieten dürfen in einem 5-tube-3-dilution-MPN-Test in 90 % der Proben maximal 6000 Fäkalcoliforme je 100 g Muschelfleisch oder 4600 E. coli je 100 g Muschelfleisch nachgewiesen werden.
  - c) Klasse-C-Gebiete: Gebiete, aus denen lebende Muscheln geerntet, aber erst nach dem Umsetzen über einen längeren Zeitraum (mindestens zwei Monate) – mit oder ohne Reinigung – oder nach intensiver Reinigung über einen nach dem Verfahren gemäß Artikel 17 festgelegten Zeitraum, so dass sie die Gesundheitsanforderungen gemäß Buchstabe a) erfüllen, in Verkehr gebracht werden dürfen. Bei lebenden Muscheln aus diesen Gebieten dürfen in einem 5-tube-3-dilution-MPN-Test in 90 % der Proben maximal 60 000 Fäkalcoliforme je 100 g Muschelfleisch nachgewiesen werden.
2. Um die Erzeugungsgebiete einzustufen und das Ausmaß der Verunreinigung durch Fäkalbakterien in einem Gebiet feststellen zu können, trifft die zuständige Behörde folgende Maßnahmen:
  - a) sie erstellt ein Inventar der Verschmutzungsquellen menschlichen oder tierischen Ursprungs, die auch für die Verunreinigung des Erzeugungsgebiets verantwortlich sein könnten;
  - b) sie prüft die Mengen organischer Schadstoffe, die in den verschiedenen Jahresabschnitten freigesetzt werden, entsprechend der saisonbedingten Variationen der menschlichen und tierischen Populationen im Einzugsgebiet, der erfassten Niederschläge, der Abwasserbehandlung usw.;
  - c) sie bestimmt die Merkmale des Schadstoffkreislaufs anhand von Strömungsmustern, Tiefseemessung und Gezeitenzyklus im Erzeugungsgebiet;
  - d) sie erstellt ein Probenahmeprogramm für Muscheln im Erzeugungsgebiet, das sich auf die Prüfung vorhandener Daten stützt, wobei die Zahl der Proben, die geographische Verteilung der Probenahmepunkte und die Probenahmehäufigkeit gewährleisten müssen, dass die Analyseergebnisse für das Gebiet so repräsentativ wie möglich sind.
3. Die eingestuften Umsetz- und Erzeugungsgebiete sind regelmäßig zu überwachen, um:
  - a) rechtswidrige Praktiken in bezug auf Ursprung, Herkunft und Bestimmung der lebenden Muscheln verhindern zu können;
  - b) die mikrobiologische Beschaffenheit der lebenden Muscheln in Verbindung mit dem Erzeugungsgebiet und dem Umsetzgebiet zu kontrollieren;
  - c) toxinproduzierendes Plankton in den Erzeugungs- und Umsetzgewässern und Biotoxine in lebenden Muscheln nachzuweisen;
  - d) lebende Muscheln auf das Vorhandensein chemischer Schadstoffe zu prüfen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

4. Zur Anwendung der Vorschriften gemäß Nummer 3 Buchstaben b), c) und d) sind Stichprobenpläne für die Kontrollen aufzustellen, die in regelmäßigen Abständen oder – wenn in unregelmäßigen Intervallen geerntet wird – fallweise durchgeführt werden. Die geografische Verteilung der Probenahmestellen und die Probenahmehäufigkeit müssen gewährleisten, dass die Ergebnisse der Analyse so repräsentativ wie möglich für das betreffende Gebiet sind.
- a) Der Probenahmeplan zur Überprüfung der mikrobiologischen Qualität lebender Muscheln muss insbesondere berücksichtigen:
- die Wahrscheinlichkeit einer ungleichmäßigen Verunreinigung durch Fäkalbakterien;
  - die in Nummer 2 genannten Parameter.
- b) Der Probenahmeplan zur Prüfung auf toxinproduzierendes Plankton in den Erzeugungs- und Umsetzgewässern und auf Biotoxine in lebenden Muscheln muss insbesondere die möglichen Schwankungen des Vorhandenseins von Plankton berücksichtigen, das marine Biotoxine produziert.

Die Probenahmen sind wie folgt durchzuführen:

- Planktonüberwachung: regelmäßige Stichproben zur Ermittlung von Änderungen in der Zusammensetzung des toxischen Planktons und dessen geographischer Verteilung. Ergebnisse, die auf eine Anhäufung von Toxinen in Muschelfleisch schließen lassen, erfordern intensive Probenahmen, wobei die Zahl der Probenahmepunkte und die Zahl der Proben, die in Zucht- und Erntegewässern entnommen werden, erhöht werden;
- regelmäßige Toxizitätstests bei den am stärksten kontaminationsgefährdeten Muscheln aus dem betroffenen Gebiet. **Harmonisierte Methoden für die Testverfahren, einschließlich negativer Kontrollen, werden nach dem Verfahren des Artikels 17 festgelegt.**

Die Probenahmen für eine Toxinanalyse der Muscheln müssen **in den Monaten April bis einschließlich Oktober** mindestens **alle zwei Wochen und sonst monatlich** vorgenommen werden. Dieser Rhythmus kann in festgelegten Gebieten, für die solide historische Daten über das Vorhandensein von Toxinen oder Phytoplankton **jeweils ein höheres oder geringeres** Risiko toxischer Episoden erwarten lassen, **erhöht oder** verringert werden. Allerdings ist hierbei eine regelmäßige Überprüfung vorzunehmen, um das Risiko von Toxinen in Schalentieren aus diesen Gebieten abschätzen zu können.

Liegen Erkenntnisse über die Toxinakkumulationsrate für eine Gruppe von Arten im selben Gebiet vor, so kann die Tierart mit der höchsten Rate als Indikator genommen werden. Dadurch wird die Gewinnung aller Arten dieser Gruppe möglich, sofern der Toxingehalt in der Indikatorspezies unter den vorgeschriebenen Grenzwerten bleibt. Liegt der Toxingehalt der Indikatorspezies über den gesetzlichen Grenzwerten, so sollte die Ernte der anderen Arten nur dann zugelassen werden, wenn weitere Untersuchungen an den anderen Arten Toxingehalte unterhalb der Grenzwerte ergeben.

Hinsichtlich der Planktonüberwachung müssen die Proben repräsentativ für die Wassersäule sein und Informationen über das Vorhandensein toxischer Spezies sowie über die Populationstendenzen liefern. Werden Veränderungen in toxischen Populationen festgestellt, die zu einer Toxinakkumulation führen können, so ist die Probenahmehäufigkeit bei Muscheln zu erhöhen, oder die Gebiete werden vorsichtshalber geschlossen, bis die Ergebnisse der Toxinanalyse vorliegen.

- c) Anhand des Probenahmeplans zur Feststellung chemischer Kontaminanten muss feststellbar sein, ob die in der Verordnung (EG) Nr. 466/2001 der Kommission vom 8. März 2001 zur Festsetzung der Höchstgehalte für bestimmte Kontaminanten in Lebensmitteln<sup>(1)</sup> genannten Höchstwerte überschritten werden.
5. Zeigen die Ergebnisse der Probenahmen **eindeutig**, dass die Gesundheitsnormen für Muscheln überschritten wurden oder anderweitig ein Risiko für die menschliche Gesundheit besteht, so ist das betreffende Erzeugungsgebiet für die Ernte lebender Muscheln zu schließen.

<sup>(1)</sup> ABl. L 77 vom 16.3.2001, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 563/2002 (AbL. L 86 vom 3.4.2002, S. 5).

Donnerstag, 5. Juni 2003

Geschlossene Gebiete dürfen erst wieder geöffnet werden, wenn die Gesundheitsnormen für Muscheln wieder den Gemeinschaftsvorschriften entsprechen. Wurde ein Gebiet wegen des Vorhandenseins von Plankton oder übermäßigem Toxingehalt in Muscheln geschlossen, darf es erst wieder geöffnet werden, wenn zwei aufeinanderfolgende Probenahmen im Abstand von mindestens 48 Stunden Werte unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte ergeben. Bei dieser Entscheidung können auch Informationen über die Tendenzen bei Phytoplankton berücksichtigt werden. Liegen solide Daten über die Dynamik der Toxizität in einem bestimmten Gebiet vor, und sind aktuelle Daten über eine rückläufige Tendenz der Toxizität verfügbar, kann die zuständige Behörde beschließen, das Gebiet wieder zu öffnen, wenn nur die Ergebnisse einer einzigen Probenahme einen Wert unter dem gesetzlichen Höchstwert ausweisen.

6. Die zuständige Behörde überwacht Erzeugungsgebiete, in denen die Ernte lebender Muscheln verboten ist oder für die Sonderbedingungen gelten, um zu gewährleisten, dass keine potenziell gesundheitsgefährdenden Erzeugnisse auf den Markt gelangen.
7. Zusätzlich zu der Überwachung der Umsetz- und Erzeugungsgebiete gemäß Nummer 3 ist ein Kontrollsystem einzurichten, bei dem anhand von Laboruntersuchungen überprüft wird, ob die Enderzeugungskriterien eingehalten und insbesondere die Grenzwerte für marine Biotoxine und Schadstoffe nicht überschritten werden und dass die mikrobiologische Qualität der Muscheln kein Gesundheitsrisiko darstellt.
8. Die zuständige Behörde trifft folgende Maßnahmen:
  - a) sie erstellt und führt eine aktuelle Liste der zugelassenen Erzeugungs- und Umsetzgebiete – mit Angabe von Standort, Abgrenzungen und Klasse –, aus denen lebende Muscheln gemäß den Bestimmungen dieses Anhangs geerntet werden dürfen.

Diese Liste ist den von diesem Anhang betroffenen Personen, insbesondere den Erzeugern und den Betreibern von Reinigungszentren und Versandzentren, zu übermitteln;
  - b) sie unterrichtet die von diesem Anhang betroffenen Personen, insbesondere Erzeuger und Betreiber von Reinigungszentren und Versandzentren, unverzüglich über jegliche Änderung des Standorts, der Abgrenzungen oder der Klasse von Erzeugungsgebieten wie auch über deren vorübergehende oder endgültige Schließung;
  - c) sie handelt unverzüglich, wenn die im vorliegenden Anhang beschriebene Überwachung ergibt, dass ein Erzeugungsgebiet geschlossen werden muss oder wieder geöffnet werden kann.
9. Bei Entscheidungen über die Einstufung, Öffnung oder Schließung von Erntegebieten kann die zuständige Behörde die Ergebnisse von Kontrollen berücksichtigen, die der **Lebensmittelunternehmer** oder die den betreffenden Lebensmittelunternehmer vertretende Organisation durchgeführt hat. In diesem Fall muss die Analyse in einem Labor ausgeführt worden sein, das von der zuständigen Behörde zugelassen wurde, sowie nach einem Protokoll, das gegebenenfalls zwischen der zuständigen Behörde und den betreffenden Unternehmen oder der Organisation vereinbart wurde.

## II. AMTLICHE ÜBERWACHUNG VON PEKTENMUSCHELN (PECTINIDAE), DIE AUSSERHALB EINGESTUFTER ERZEUGUNGSGEBIETE GEERNTET WURDEN

Die Mitgliedstaaten sorgen für eine angemessene Überwachung von Pectenmuscheln, die außerhalb eingestufte Erzeugungsgebiete geerntet wurden, um sicherzustellen, dass diese den einschlägigen Gesundheitsnormen entsprechen, einschließlich derjenigen, die Biotoxine betreffen.

---

### ANHANG III

#### FISCHEREIERZEUGNISSE

Zusätzlich zu den allgemeinen Überwachungsvorschriften gilt Folgendes:

1. Die amtliche Überwachung von Fischereierzeugnissen erfolgt bei der Anlandung bzw. vor dem ersten Verkauf in einer Auktionshalle oder auf einem Großmarkt. **Fische und andere Erzeugnisse der Aquakultur werden vor dem Inverkehrbringen ebenfalls kontrolliert.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

2. Die amtliche Prüfung muss Folgendes umfassen:
- a) organoleptische Prüfungen:
- Zur Kontrolle der Einhaltung der gemeinschaftsrechtlich festgelegten Frischekriterien werden Stichprobenkontrollen durchgeführt. Bestehen Zweifel an der Frische eines Erzeugnisses, muss die organoleptische Prüfung wiederholt werden;
- b) Untersuchung auf flüchtigen basischen Stickstoff (Total Volatile Basic Nitrogen – TVB-N).
- Lässt die organoleptische Prüfung Zweifel an der Frische der Fischereierzeugnisse aufkommen, so können Proben entnommen und im Labor auf ihren Gehalt an TVB-N (flüchtigem basischem Stickstoff) untersucht werden.
- TVB-N-Höchstwerte und die entsprechenden Analysemethoden sind gemäß der Entscheidung 95/149/EG der Kommission vom 8. März 1995 über TVB-Grenzwerte für bestimmte Kategorien von Fischereierzeugnissen und die anzuwendenden Analysemethoden<sup>(1)</sup> anzuwenden.
- Lässt die organoleptische Prüfung auf andere für den Menschen potenziell gesundheitsgefährdende Zustände schließen, so können zur Überprüfung Proben entnommen werden;
- c) Histamintests
- Es sind Histamintests zur Überprüfung der Einhaltung der gemeinschaftsrechtlich festgesetzten Grenzwerte durchzuführen.
- Der Histamingehalt bestimmter Fischereierzeugnisse muss bei neun aus einer Partie entnommenen Proben folgenden Grenzwerten entsprechen:
- der Mittelwert darf 100 ppm nicht überschreiten;
  - zwei Proben dürfen einen Wert von über 100 ppm aufweisen, aber 200 ppm nicht überschreiten;
  - keine Probe darf 200 ppm überschreiten.
- Diese Grenzwerte gelten lediglich für Fischarten folgender Familien: Scombridae, Clupeidae, Engraulidae, Coryfenidae, Pomatomidae und Scombraesidae. Sardellen, die einem enzymatischen Reifungsprozess in Salzlösung unterzogen wurden, dürfen jedoch einen höheren Histamingehalt aufweisen, der indes das Doppelte der genannten Werte nicht überschreiten darf. Die Untersuchungen müssen mit Hilfe bewährter, wissenschaftlich anerkannter Methoden, z.B. der Hochleistungsflüssigchromatographie (HPLC), durchgeführt werden.
- d) Schadstofftests:
- Es werden Überwachungstests eingeführt, um den Gehalt von Fischereierzeugnissen beispielsweise an Schwermetallen und chlororganischen Stoffen, die im aquatischen Milieu vorhanden sind, zu überwachen;
- e) **Kontrollen hinsichtlich des Canthaxanthingehalts in Zuchtlachsen, der streng begrenzt werden muss;**
- f) erforderlichenfalls mikrobiologische Kontrollen;
- g) Überwachungstests zur Überprüfung der Einhaltung der Gemeinschaftsvorschriften für Endoparasiten;
- h) Prüfungen zur Feststellung, ob giftiger Fisch oder biotoxinhaltiger Fisch im Handel ist.
- Nach dem Verfahren des Artikels 17 und nach Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit wird erforderlichenfalls Folgendes festgelegt:
- Frischekriterien für die organoleptische Prüfung von Fischereierzeugnissen, insbesondere, wenn in den geltenden Gemeinschaftsvorschriften keine derartigen Kriterien festgelegt sind;
  - die analytischen Grenzwerte, die Analysemethoden und die Probenahmepläne zur Durchführung der genannten amtlichen Überwachungsmaßnahmen.

(1) ABl. L 97 vom 29.4.1995, S. 84.

Donnerstag, 5. Juni 2003

3. Folgende Erzeugnisse werden für genussuntauglich erklärt:
  - a) Fischereierzeugnisse, deren organoleptische, chemische, physikalische oder mikrobiologische Prüfung ergibt, dass sie zum Genuss für Menschen nicht tauglich sind;
  - b) Fische oder Teile von Fischen, die nicht vorschriftsgemäß auf Endoparasiten untersucht wurden;
  - c) Fischereierzeugnisse, deren genießbare Teile Schadstoffe aus dem aquatischen Milieu wie Schwermetalle und chlororganische Stoffe in einem solchen Maße aufweisen, dass die errechnete Aufnahme über die Nahrungsmittel die für den Menschen annehmbare Tages- oder Wochendosis überschreitet;
  - d) giftige Fische und biotoxinhaltige Fischereierzeugnisse;
  - e) Fischereierzeugnisse oder Teile davon, die als gesundheitsschädlich gelten, **auf der Grundlage unabhängiger und verifizierbarer wissenschaftlicher Gutachten, die regelmäßig aktualisiert werden.**

---

#### ANHANG IV

#### MILCH UND MILCHERZEUGNISSE

Zusätzlich zu den allgemeinen Überwachungsvorschriften muss die amtliche Überwachung umfassen:

##### A. Betriebskontrollen

1. Tiere in Erzeugungsbetrieben sind regelmäßig tierärztlich zu untersuchen, um zu gewährleisten, dass die Gesundheitsanforderungen für die Rohmilcherzeugung und insbesondere in Bezug auf den Gesundheitszustand der Tiere und die Verwendung von Tierarzneimitteln eingehalten werden. Diese Untersuchungen können anlässlich tierärztlicher Überprüfungen aufgrund anderer Gemeinschaftsvorschriften durchgeführt werden.

Liegt der Verdacht nahe, dass die Anforderungen an die Tiergesundheit nicht erfüllt werden, ist der allgemeine Gesundheitszustand der Tiere zu überprüfen.
2. Die Erzeugungsbetriebe unterliegen regelmäßigen Überprüfungen, mit denen gewährleistet werden soll, dass die Hygienevorschriften eingehalten werden. Zeigt sich, dass der Hygienezustand unzureichend ist, sind entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit der **Lebensmittelunternehmer** Abhilfe schafft.

##### B. Kontrolle der Rohmilch bei der Abholung

1. Die zuständige Behörde organisiert, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Lebensmittelunternehmen, die Milch erzeugen oder sammeln, oder mit dem entsprechenden Wirtschaftszweig, Kontrollsysteme, um die Einhaltung der Normen für Rohmilch sicherzustellen.
2. Entspricht die Rohmilch nicht den entsprechenden Normen, so trifft die zuständige Behörde geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass der Lebensmittelunternehmer Abhilfe schafft.

Wird nicht innerhalb von drei Monaten nach Meldung der Nichteinhaltung dieser Normen Abhilfe geschaffen, wird die Auslieferung der Milch von diesem Erzeugungsbetrieb so lange ausgesetzt, bis der **Lebensmittelunternehmer** nachweist, dass die Milch wieder den Normen genügt.
3. Erfüllt die Rohmilch nicht die gesetzlichen Gesundheitskriterien, so dass die Lebensmittelsicherheit gefährdet ist, legt die zuständige Behörde Verfahren fest und setzt diese um, mit denen die Auslieferung der Rohmilch so lange ausgesetzt wird, bis wieder Bedingungen herrschen, die die Lebensmittelsicherheit gewährleisten. Gleichzeitig unterrichtet die zuständige Behörde den **Lebensmittelunternehmer**, ob die Milch vernichtet werden muss oder unter bestimmten, genau festgelegten Bedingungen verwendet werden darf. Sobald diese Bedingungen erfüllt sind, leitet die zuständige Behörde ein Verfahren zur Wiederzulassung der Milchauslieferung ein.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## C. Kontrolle von verarbeiteten Milcherzeugnissen

Die amtliche Prüfung muss Folgendes umfassen:

1. Eine Überprüfung, ob die für die Verarbeitung verwendete Rohmilch den für sie geltenden Normen genügt.
2. Eine Überprüfung, ob die Ziele der Lebensmittelsicherheit erreicht werden, durch eine Überprüfung der Mittel, die der Lebensmittelunternehmer einsetzt, wie etwa:
  - Wärmebehandlung oder andere physikalische Behandlung oder
  - Verarbeitungsbedingungen allgemein, einschließlich solcher, die traditionellen Erzeugungsmethoden entsprechen.
3. Überprüfung, ob die Enderzeugnisse den für sie geltenden Normen genügen, insbesondere in Bezug auf mikrobiologische Kriterien und Kennzeichnung.

P5\_TA(2003)0255

**Raucharomen in oder auf Lebensmitteln \*\*\*I**

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln (KOM(2002) 400 – C5-0348/2002 – 2002/0163(COD))**

Verfahren der Mitentscheidung: erste Lesung)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat (KOM(2002) 400) (1),
  - gestützt auf Artikel 251 Absatz 2 und Artikel 95 des EG-Vertrags, auf deren Grundlage ihm der Vorschlag der Kommission unterbreitet wurde (C5-0348/2002),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik (A5-0122/2003),
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. verlangt, erneut befasst zu werden, falls die Kommission beabsichtigt, diesen Vorschlag entscheidend zu ändern oder durch einen anderen Text zu ersetzen;
  3. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

---

(1) ABl. C 262 E vom 29.10.2002, S. 523.

P5\_TC1-COD(2002)0163

**Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 5. Juni 2003 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Europäischen Parlaments und des Rates über Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln**

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf dessen Artikel 95, auf Vorschlag der Kommission (1),

---

(1) ABl. C 262 E vom 29.10.2002, S. 523.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses <sup>(1)</sup>,

gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags <sup>(2)</sup>,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Richtlinie 88/388/EWG des Rates vom 22. Juni 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Aromen zur Verwendung in Lebensmitteln und über Ausgangsstoffe für ihre Herstellung <sup>(3)</sup>, und insbesondere deren Artikel 5 Absatz 1 siebter Spiegelstrich, sehen den Erlass entsprechender Bestimmungen für die für die Herstellung von Raucharomen verwendeten Ausgangsstoffe sowie die Reaktionsbedingungen für ihre Bereitung vor.
- (2) Der freie Verkehr mit sicheren und gesunden Lebensmitteln ist ein wichtiger Aspekt des Binnenmarkts und trägt wesentlich zur Gesundheit und zum Wohlergehen der Bürger und zur Wahrung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen bei.
- (3) Bei der Durchführung der Politik der Gemeinschaft ist ein hohes Maß an Schutz für Leben und Gesundheit des Menschen zu gewährleisten.
- (4) Um die menschliche Gesundheit zu schützen, sollten Raucharomen einer Sicherheitsbewertung mittels eines Gemeinschaftsverfahrens unterzogen werden, bevor sie innerhalb der Gemeinschaft in Verkehr gebracht oder innerhalb der Gemeinschaft in bzw. auf Lebensmitteln verwendet werden.
- (5) Unterschiede zwischen nationalen Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften zur Bewertung und Zulassung von Raucharomen können den freien Güterverkehr behindern und damit eine Situation ungleicher und unfairer Wettbewerbsbedingungen schaffen. Daher sollte ein Zulassungsverfahren auf Gemeinschaftsebene eingeführt werden.
- (6) Die chemische Zusammensetzung des Rauchs ist komplex und hängt unter anderem von der verwendeten Holzart, dem Verfahren zur Raucherzeugung, dem Wassergehalt des Holzes und der Temperatur sowie der Sauerstoffkonzentration während der Raucherzeugung ab. Geräucherte Lebensmittel geben generell Anlass zu Bedenken in gesundheitlicher Hinsicht, insbesondere in Bezug auf das mögliche Vorhandensein polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe. Da Raucharomen aus Rauch hergestellt werden, der einer Fraktionierung und Reinigung unterzogen wird, wird die Verwendung von Raucharomen generell als weniger gesundheitsbedenklich angesehen als der traditionelle Räucherprozess. **Bei den Sicherheitsbewertungen muss jedoch die vielseitigere Verwendungsmöglichkeit von Raucharomen im Vergleich zum herkömmlichen Räuchern berücksichtigt werden.**
- (7) Die vorliegende Verordnung behandelt Raucharomen gemäß der Begriffsbestimmung in Artikel 1 Absatz 2 Buchstabe e) der Richtlinie 88/388/EWG. Die Erzeugung dieser Raucharomen beginnt mit der Kondensierung des Rauchs. Der kondensierte Rauch wird üblicherweise durch physikalische Prozesse in ein wässriges Primärauchkondensat, eine wasserunlösliche Teerphase hoher Dichte und eine wasserunlösliche ölige Phase getrennt. Die wasserunlösliche ölige Phase ist ein Nebenprodukt und für die Herstellung von Raucharomen ungeeignet. Die Primärauchkondensate und Fraktionen der wasserunlöslichen Teerphase hoher Dichte, die sogenannten „Primärteerfraktionen“, werden gereinigt, um die gesundheitsschädlichsten Rauchkomponenten zu beseitigen. Danach sind sie gegebenenfalls geeignet für die unmittelbare Verwendung in oder auf Lebensmitteln oder für die Herstellung weiterer Raucharomen, die durch entsprechende physikalische Weiterverarbeitung gewonnen werden, also etwa durch Extraktion, Destillation, Konzentration durch Verdampfen, Absorption oder Membranseparation, und durch die Zugabe von Lebensmittelzutaten, **sonstigen Aromen**, Lebensmittelzusatzstoffen oder Lösungsmitteln, unbeschadet spezifischerer Gemeinschaftsvorschriften.
- (8) Der Wissenschaftliche Lebensmittelausschuss kam zu dem Schluss, dass angesichts der großen physikalischen und chemischen Unterschiede von Raucharomen zur Aromatisierung von Lebensmitteln ein einheitliches Verfahren der Sicherheitsbewertung nicht möglich ist und die toxikologische Bewertung sich daher auf die Sicherheit einzelner Raucharomakondensate beschränken sollte. Entsprechend

<sup>(1)</sup> ABl. C 85 vom 8.4.2003, S. 32.

<sup>(2)</sup> Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2003.

<sup>(3)</sup> ABl. L 184 vom 15.7.1988, S. 61. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/71/EWG der Kommission (ABl. L 42 vom 15.2.1991, S. 25).

Donnerstag, 5. Juni 2003

dieser Empfehlung sieht die vorliegende Verordnung eine wissenschaftliche Bewertung von Primärrauchkondensaten und Primärteerfraktionen, **im Folgenden „Primärprodukte“ genannt**, hinsichtlich der Sicherheit ihrer unmittelbaren Verwendung oder ihrer Nutzung zur Herstellung weiterer Raucharomen für die Verwendung in oder auf Lebensmitteln vor.

- (9) Hinsichtlich der Herstellungsbedingungen stützt sich die Verordnung auf die Ergebnisse des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses in seinem Bericht über Raucharomen vom 25. Juni 1993 <sup>(1)</sup>, **in dem verschiedene** Bedingungen für die Produktion und der für eine Bewertung der Raucharomen für die Verwendung in oder auf Lebensmitteln erforderlichen Informationen **genannt werden**. Dieser Bericht wiederum basierte auf dem Bericht des Europarats über „Health aspects of using smoke flavours as food ingredients“ (Gesundheitsaspekte der Verwendung von Raucharomen als Lebensmittelzutaten) <sup>(2)</sup>. **Er enthält ferner eine nicht erschöpfende Liste von Holzarten, die als eine Beispielliste von für die Herstellung von Raucharomen geeigneten Holzarten gelten kann.**
- (10) Es sollte die Erstellung – auf der Grundlage einer Sicherheitsbewertung – einer Liste derjenigen **Primärprodukte vorgesehen** werden, deren Verwendung unmittelbar in oder auf Lebensmitteln oder zur Herstellung von Raucharomen für die Verwendung in oder auf Lebensmitteln innerhalb der Gemeinschaft zugelassen wird. Diese Liste sollte die Primärprodukte klar beschreiben und die Bedingungen für ihre Verwendung sowie das Datum nennen, ab dem die Zulassung gilt.
- (11) Zum Zwecke der Harmonisierung sollte die durch die Verordnung (EG) Nr. 178/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit <sup>(3)</sup> eingesetzte Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (die „Behörde“) die Sicherheitsbewertungen durchführen.
- (12) Der Sicherheitsbewertung für ein spezifisches Primärprodukt sollte sich eine Risikomanagemententscheidung hinsichtlich der Aufnahme des Produkts in die Gemeinschaftsliste zugelassener Primärprodukte anschließen; diese Entscheidung sollte nach dem Regelungsverfahren erlassen werden, damit eine enge Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten gewährleistet ist.
- (13) Es ist angezeigt, dass die Person (der „Antragsteller“), die Primärprodukte oder daraus hergestellte Raucharomen in Verkehr bringen möchte, alle notwendigen Informationen für die Sicherheitsbewertung vorlegt. **Der Antragsteller sollte ferner ein validiertes** Probenahme- und Nachweisverfahren für **die Primärprodukte** zur Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen dieser Verordnung **vorschlagen**; gegebenenfalls sollte die Kommission nach Einholung des wissenschaftlich-technischen Rats der Behörde Qualitätskriterien für diese Analyseverfahren erlassen.
- (14) Da sich bereits zahlreiche Raucharomen in den Mitgliedstaaten auf dem Markt befinden, sollte der Übergang zu einem gemeinschaftlichen Zulassungsverfahren reibungslos gestaltet werden und nicht zu Beeinträchtigungen des bestehenden Marktes für Raucharomen führen. Dem Antragsteller sollte eine ausreichende Frist für die Vorlage der für die Sicherheitsbewertung der Produkte erforderlichen Informationen bei der Behörde eingeräumt werden. Daher sollte ein Zeitraum – nachfolgend „erste Phase“ genannt – festgelegt werden, in dem der Antragsteller der Behörde die Informationen für bereits bestehende Primärprodukte vorlegen sollte. Anträge auf Zulassung neuer Primärprodukte können ebenfalls während der ersten Phase eingereicht werden. Die Behörde sollte alle Anträge für bestehende wie neue **Primärprodukte**, für die in der ersten Phase ausreichende Informationen vorgelegt wurden, unverzüglich prüfen.
- (15) Nach Abschluss der Sicherheitsbewertung für alle Primärprodukte, für die während der ersten Phase ausreichende Informationen vorgelegt wurden, sollte die Kommission die gemeinschaftliche Positivliste erstellen. Um faire und gleiche Bedingungen für alle Antragsteller zu schaffen, sollte diese erstmalige Erstellung der Liste in einem einzigen Schritt erfolgen. Nach der erstmaligen Erstellung der Liste zugelassener Primärprodukte sollte die Möglichkeit bestehen, weitere **Primärprodukte** nach Sicherheitsbewertung durch die Behörde mittels Kommissionsbeschluss aufzunehmen.

<sup>(1)</sup> Berichte des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses, 34. Reihe, S. 1-7.

<sup>(2)</sup> Council of Europe Publishing, 1992, Neudruck 1998, ISBN 92-871-2189-3.

<sup>(3)</sup> ABl. L 31 vom 1.2.2002, S. 1.



Donnerstag, 5. Juni 2003

- (16) Wann immer die Bewertung durch die Behörde ergibt, dass ein vorhandenes Raucharoma, das bereits in den Mitgliedstaaten in Verkehr ist, ein erhebliches Risiko für die menschliche Gesundheit darstellt, sollte dieses Produkt unverzüglich vom Markt genommen werden.
- (17) Artikel 53 und 54 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 sehen Sofortmaßnahmen in Bezug auf Lebensmittel mit Ursprung in der Gemeinschaft oder auf aus Drittländern eingeführte Lebensmittel vor. Sie erlauben es der Kommission, solche Maßnahmen in Situationen zu ergreifen, in denen Lebensmittel eine ernste Gefahr für die Gesundheit von Mensch oder Tier oder für die Umwelt darstellen können und diese Gefahr sich durch Maßnahmen der Mitgliedstaaten allein nicht zufriedenstellend beherrschen lässt.
- (18) Es ist **notwendig**, die Lebensmittelunternehmer, die **Primärprodukte** oder daraus hergestellte Raucharomen verwenden, zu verpflichten, Verfahren zu erarbeiten, mit denen in jeder Phase des Inverkehrbringens eines Primärprodukts oder eines daraus hergestellten Raucharomas überprüft werden kann, ob das Produkt nach dieser Verordnung zugelassen ist und ob die Bedingungen für seine Verwendung eingehalten werden.
- (19) Um bestehenden und neuen Primärprodukten einen gleichwertigen Marktzugang zu sichern, sollte eine Übergangsfrist eingeräumt werden, in der die nationalen Maßnahmen in den Mitgliedstaaten weiter gelten.
- (20) Die Anpassung der Anhänge zu dieser Verordnung an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt sollte vorgesehen werden.
- (21) Da die für die Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Anhänge Maßnahmen von allgemeiner Tragweite im Sinne des Artikels 2 des Beschlusses 1999/468/EG des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse<sup>(1)</sup> sind, sollten Änderungen daran nach dem Regelungsverfahren des Artikels 5 des genannten Beschlusses erlassen werden.
- (22) Die Kommission wird von dem Ausschuss nach Artikel 58 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 unterstützt.

HABEN FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Die vorliegende Verordnung soll die ordnungsgemäße Funktion des Binnenmarktes in Bezug auf Raucharomen für die Verwendung in und auf Lebensmitteln gewährleisten und gleichzeitig die Grundlage schaffen für ein hohes Schutzniveau für die menschliche Gesundheit und die Verbraucherinteressen.

(2) Hierzu legt die Verordnung fest:

- ein Gemeinschaftsverfahren zur Bewertung und Zulassung von **Primärprodukten**, die unmittelbar in oder auf Lebensmitteln verwendet oder für die Herstellung weiterer Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln eingesetzt werden;
- ein Gemeinschaftsverfahren zur Erstellung einer Liste der in der Gemeinschaft ausschließlich zugelassenen **Primärprodukte** und deren Verwendungsbedingungen in oder auf Lebensmitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. L 184 vom 17.7.1999, S. 23.

Donnerstag, 5. Juni 2003

## Artikel 2

## Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für:

- Raucharomen zur Verwendung in oder auf Lebensmitteln;
- Ausgangsstoffe für die Herstellung von Raucharomen;
- die Reaktionsbedingungen, unter denen Raucharomen hergestellt werden;
- Lebensmittel, in oder auf denen Raucharomen vorhanden sind.

## Artikel 3

## Definitionen

Zum Zwecke dieser Verordnung gelten die Definitionen der Richtlinie 88/388/EWG und der Verordnung (EG) Nr. 178/2002.

Ferner gelten folgende Begriffsbestimmungen:

1. **„Primärrauchkondensat“: der gereinigte wässrige Teil kondensierten Rauchs; dieser Begriff fällt unter die Definition von „Raucharomen“;**
2. **„Primärteerfraktion“: die gereinigte Fraktion der wasserunlöslichen Teerphase hoher Dichte kondensierten Rauchs; dieser Begriff fällt unter die Definition von „Raucharomen“;**
3. „Primärprodukte“: Primärrauchkondensate und Primärteerfraktionen;
4. „daraus hergestellte Raucharomen“: bezieht sich auf Aromen, die durch die Weiterverarbeitung von **Primärprodukten** gewonnen werden und die in oder auf Lebensmitteln verwendet werden oder verwendet werden sollen, um diesen Lebensmitteln ein Raucharoma zu verleihen.

## Artikel 4

## Allgemeine Bedingungen für die Verwendung und Anforderungen an die Sicherheit

(1) Die Verwendung von Raucharomen in oder auf Lebensmitteln wird nur zugelassen, wenn ausreichend nachgewiesen wird, dass

- sie keine Risiken für die menschliche Gesundheit darstellen;
- sie den Verbraucher nicht irreführen.

Jede Zulassung kann mit spezifischen Verwendungsbedingungen verbunden werden.

(2) Niemand darf ein Raucharoma oder irgendein Lebensmittel, in oder auf dem ein solches Raucharoma vorhanden ist, in Verkehr bringen, wenn es sich bei dem Raucharoma nicht um ein gemäß Artikel 6 zugelassenes Primärprodukt oder ein daraus hergestelltes Raucharoma handelt und wenn die in der Zulassung gemäß der vorliegenden Verordnung festgelegten Bedingungen nicht erfüllt sind.

## Artikel 5

Bedingungen für die **Herstellung**

(1) **Das Holz, das für die Herstellung von Primärprodukten verwendet wird,** darf während der letzten sechs Monate vor dem Schlagen und danach weder absichtlich noch unabsichtlich mit chemischen Substanzen behandelt worden sein, sofern nicht nachgewiesen werden kann, dass die für die Behandlung verwendete Substanz während der Verbrennung nicht zur Bildung potenziell toxischer Stoffe führt.

Donnerstag, 5. Juni 2003

Die Person, die **Primärprodukte** in Verkehr bringt, muss durch entsprechende Bescheinigungen oder Unterlagen nachweisen können, dass die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt sind.

(2) Die Bedingungen für die Herstellung von **Primärprodukten** sind in *Anhang I* festgelegt. Die wasserunlösliche ölige Phase ist ein Nebenprodukt des Prozesses und darf für die Herstellung von Raucharomen nicht verwendet werden.

(3) Unbeschadet anderer Gemeinschaftsvorschriften dürfen **Primärprodukte** mit geeigneten physikalischen Verfahren zur Herstellung weiterer Raucharomen weiterverarbeitet werden. Bei Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Eignung eines bestimmten physikalischen Prozesses kann eine Entscheidung nach dem in *Artikel 19* Absatz 2 genannten Verfahren erzielt werden.

#### Artikel 6

##### Gemeinschaftsliste zugelassener Produkte

(1) Es wird nach dem in *Artikel 19* Absatz 2 genannten Verfahren eine Liste der **Primärprodukte** erstellt, deren Verwendung in der Gemeinschaft unter Ausschluss aller anderen **Primärprodukte** in oder auf Lebensmitteln oder für die Herstellung weiterer Raucharomen zulässig ist.

(2) Für jedes zugelassene Produkt nennt die in Absatz 1 genannte Liste einen spezifischen Produktcode, den Namen des Primärprodukts, Namen und Anschrift des Zulassungsinhabers, eine klare Beschreibung und Charakterisierung des Primärprodukts, die Bedingungen für seine Verwendung in oder auf spezifischen Lebensmitteln oder Lebensmittelkategorien und das Datum, ab dem das Produkt zugelassen ist.

(3) Nach der Erstellung der in Absatz 1 genannten Liste können **Primärprodukte** nach dem in *Artikel 19* Absatz 2 genannten Verfahren in diese Liste aufgenommen werden.

#### Artikel 7

##### Beantragung der Zulassung

(1) Zur Erlangung der in *Artikel 6* Absatz 1 genannten Zulassung ist **ein Antrag gemäß den nachstehenden Bestimmungen** zu stellen.

(2) **Der Antrag ist an die zuständige nationale Behörde eines Mitgliedstaats zu richten.**

a) Die **zuständige nationale** Behörde

i) bestätigt dem Antragsteller den Erhalt des Antrags schriftlich innerhalb von **14 Tagen** nach Eingang. In der Bestätigung ist das Datum des Antragseingangs vermerkt;

ii) **unterrichtet unverzüglich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden „Behörde“ genannt) und**

iii) **stellt der Behörde den Antrag und alle zusätzlichen, vom Antragsteller vorgelegten Informationen zur Verfügung.**

b) **Die Behörde unterrichtet unverzüglich die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über den Antrag und stellt ihnen den Antrag und alle zusätzlichen, vom Antragsteller vorgelegten Informationen zur Verfügung.**

(3) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

– Name und Anschrift des Antragstellers;

– die Angaben gemäß *Anhang II*;

– eine begründete Erklärung, nach der das Produkt die Bestimmungen von *Artikel 4* Absatz 1 erster Spiegelstrich erfüllt;

– eine Zusammenfassung des Dossiers.

Donnerstag, 5. Juni 2003

(4) Die Behörde wird ausführliche Leitlinien für die Erstellung und Vorlage von Anträgen veröffentlichen. Bis zu dieser Veröffentlichung konsultieren die Antragsteller die vom Wissenschaftlichen Lebensmittelausschuss verfassten „Guidance on submissions for food additive evaluations“ (Leitlinien für die Bewertung von Lebensmittelzusatzstoffen) <sup>(1)</sup>.

#### Artikel 8

##### Stellungnahme der Behörde

(1) Die Behörde gibt innerhalb von sechs Monaten nach Eingang eines gültigen Antrags eine Stellungnahme dazu ab, ob das Produkt und seine vorgesehene Verwendung den Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 1 entsprechen. Die Behörde kann diese Frist verlängern. In einem solchen Fall **begründet** sie **die Verlängerung gegenüber dem** Antragsteller, **der** Kommission und **den** Mitgliedstaaten.

(2) Die Behörde kann gegebenenfalls den Antragsteller auffordern, die Unterlagen zum Antrag innerhalb einer von der Behörde festgelegten Frist, die **zwölf Monate** auf keinen Fall überschreiten darf, zu ergänzen. Fordert die Behörde ergänzende Informationen an, wird die in Absatz 1 vorgesehene Frist ausgesetzt, bis diese Informationen vorliegen. Diese Frist wird ebenso für den Zeitraum ausgesetzt, der dem Antragsteller zur Ausarbeitung mündlicher oder schriftlicher Erläuterungen eingeräumt wird.

(3) Zur Vorbereitung ihrer Stellungnahme

- a) prüft die Behörde, ob die vom Antragsteller eingereichten Informationen und Unterlagen den Bestimmungen des Artikels 7 Absatz 3 entsprechen, in welchem Fall der Antrag als gültig angesehen **wird**;
- b) **unterrichtet** die Behörde den Antragsteller, die Kommission und die Mitgliedstaaten, wenn ein Antrag ungültig ist.

(4) Im Falle einer die Zulassung des bewerteten Produkts befürwortenden Stellungnahme muss diese folgende Elemente enthalten:

- **Bedingungen** oder Einschränkungen für die Verwendung sowohl des bewerteten **Primärprodukts** selbst als auch der daraus hergestellten Raucharomen in oder auf spezifizierten Lebensmitteln oder Lebensmittelkategorien;
- eine Beurteilung, ob das gemäß *Ziffer 4 des Anhangs II* vorgeschlagene Analyseverfahren für die Zwecke der vorgesehenen Kontrolle angemessen ist.

(5) Die Behörde übermittelt ihre Stellungnahme an die Kommission, die Mitgliedstaaten und den Antragsteller.

(6) Die Behörde veröffentlicht ihre Stellungnahme, nachdem sie alle gemäß *Artikel 15* als vertraulich geltenden Informationen gestrichen hat.

#### Artikel 9

##### Gemeinschaftszulassung

(1) Innerhalb von drei Monaten nach Erhalt der Stellungnahme der Behörde erstellt die Kommission einen Entwurf der Maßnahme bezüglich des Antrags auf Aufnahme eines Stoffes in die Liste nach Artikel 6 Absatz 1, wobei sie die Bestimmungen des Artikels 4 Absatz 1, das Gemeinschaftsrecht und andere sachdienliche legitime Faktoren berücksichtigt. Stimmt der Entwurf der Maßnahme nicht mit der Stellungnahme der Behörde überein, erläutert die Kommission die Gründe für die Abweichung.

Bei der in Absatz 1 genannten Maßnahme handelt es sich um

- den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der in Artikel 6 Absatz 1 genannten Liste, mit dem das Primärprodukt gemäß Artikel 6 Absatz 2 in die Liste zugelassener Produkte aufgenommen wird, oder
- den Entwurf einer an den Antragsteller gerichteten Entscheidung, mit dem die Zulassung verweigert wird.

(2) Die Maßnahme wird nach dem Verfahren des *Artikels 19* Absatz 2 erlassen. Die Kommission unterrichtet den Antragsteller unverzüglich über den Erlass der Maßnahme.

<sup>(1)</sup> „Guidance on submissions for food additive evaluations“ des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses vom 11. Juli 2001 oder die jüngste Aktualisierung unter folgender Adresse: [http://europa.eu.int/comm/food/fs/sc/scf/out98\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/food/fs/sc/scf/out98_en.pdf)

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- (3) Unbeschadet des Artikels 11 gilt die gemäß dem in dieser Verordnung festgelegten Verfahren erteilte Zulassung in der gesamten Gemeinschaft zehn Jahre lang und ist gemäß Artikel 12 erneuerbar.
- (4) Nachdem eine Zulassung gemäß dieser Verordnung erteilt wurde, muss der Zulassungsinhaber oder jeder andere Lebensmittelunternehmer, der das zugelassene Primärprodukt oder daraus hergestellte Raucharoma verwendet, die mit dieser Zulassung verbundenen Bedingungen oder Einschränkungen beachten.
- (5) Der Zulassungsinhaber informiert die **Kommission unverzüglich** über neue wissenschaftliche oder technische Informationen, die die Einschätzung der Sicherheit des zugelassenen Primärprodukts oder der daraus hergestellten Raucharomen in Bezug auf die menschliche Gesundheit berühren könnten. Soweit notwendig, wird die Behörde die Bewertung überprüfen.
- (6) Die Erteilung einer Zulassung schränkt nicht die zivil- und strafrechtliche Haftung eines Lebensmittelunternehmers in Bezug auf das zugelassene **Primärprodukt**, ein daraus hergestelltes Raucharoma oder ein das zugelassene Primärprodukt oder ein daraus hergestelltes Raucharoma enthaltendes Lebensmittel ein.

## Artikel 10

## Erstmalige Erstellung der Gemeinschaftsliste zugelassener Raucharomen

- (1) Innerhalb von 18 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung legen die Unternehmer Anträge gemäß Artikel 7 im Hinblick auf die erstmalige Erstellung der Gemeinschaftsliste zugelassener Primärprodukte vor. Unbeschadet des Artikels 9 Absatz 1 wird diese Gemeinschaftsliste erstmalig erstellt, nachdem die Behörde eine Stellungnahme zu jedem Primärprodukt vorgelegt hat, für das innerhalb dieser Frist ein gültiger Antrag vorgelegt wurde.

Anträge, zu denen die Behörde keine Stellungnahme vorlegen konnte, da der Antragsteller die Fristen gemäß Artikel 8 Absatz 2 für die Vorlage ergänzender Informationen nicht eingehalten hat, werden nicht für eine Aufnahme in die erstmalige Gemeinschaftsliste in Betracht gezogen.

- (2) Innerhalb von drei Monaten nach Eingang aller Stellungnahmen gemäß Absatz 1 erstellt die Kommission den Entwurf einer Verordnung für die erstmalige Erstellung der Liste nach Artikel 6 Absatz 1 unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Artikels 6 Absatz 2.
- (3) Die in Artikel 6 Absatz 1 genannte Liste wird nach dem Verfahren des Artikels 19 Absatz 2 erstellt.

## Artikel 11

## Änderung, Aussetzung und Widerruf von Zulassungen

- (1) Der Zulassungsinhaber kann nach dem Verfahren des Artikels 7 eine Änderung der bestehenden Zulassung beantragen.
- (2) **Die** Behörde **legt gegebenenfalls** auf eigene Initiative oder auf **Verlangen eines** Mitgliedstaates oder der Kommission **eine Stellungnahme** nach dem Verfahren des Artikels 8 **darüber** vor, **ob eine Zulassung noch im Einklang mit dieser Verordnung steht.**
- (3) Die Kommission prüft die Stellungnahme der Behörde unverzüglich und erstellt einen Entwurf für eine Entscheidung.
- (4) Der Entwurf einer **Maßnahme** zur Änderung einer Zulassung muss alle notwendigen Änderungen der mit dieser Zulassung verbundenen Bedingungen für die Verwendung sowie, falls zutreffend, Einschränkungen enthalten.
- (5) **Die** endgültige **Maßnahme, d.h.** die Änderung, die Aussetzung oder den Widerruf der Zulassung wird entsprechend dem Verfahren des Artikels 19 Absatz 2 erlassen.
- (6) Die Kommission informiert den Zulassungsinhaber unverzüglich über **die getroffene Maßnahme.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

## Artikel 12

## Erneuerung der Zulassung

- (1) **Unbeschadet des Artikels 11** können Zulassungen im Sinne dieser Verordnung um jeweils zehn Jahre verlängert werden; dazu muss der Zulassungsinhaber bei der **Kommission** mindestens 18 Monate vor Ablauf der Zulassung einen entsprechenden Antrag **stellen**.
- (2) **Dem** Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:
- a) eine Bezugnahme auf die ursprüngliche Zulassung;
  - b) alle verfügbaren Informationen zu den in *Anhang II* aufgeführten Punkten, welche die Informationen, die der Behörde bereits im Verlaufe früherer Bewertung(en) vorgelegt wurden, im Lichte der neuesten wissenschaftlichen und technischen Entwicklung ergänzen und aktualisieren;
  - c) eine begründete Erklärung, nach der das Produkt die Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 1 erster Spiegelstrich erfüllt.
- (3) Artikel 7 und 9 **finden entsprechend Anwendung**.
- (4) Wird aus Gründen, die dem Zulassungsinhaber nicht angelastet werden können, **bis einen Monat** vor Ablauf der Zulassung keine Entscheidung über deren Erneuerung getroffen, verlängert sich der Zulassungszeitraum für das Produkt automatisch **um sechs Monate**. **Die** Kommission informiert den Zulassungsinhaber **und die Mitgliedstaaten** unverzüglich über die Verzögerung.

## Artikel 13

## Rückverfolgbarkeit

- (1) Ab der ersten Phase des Inverkehrbringens eines zugelassenen **Primärprodukts** oder eines aus den zugelassenen Produkten der Liste nach Artikel 6 Absatz 1 hergestellten Raucharomas tragen die Lebensmittelunternehmer dafür Sorge, dass die nachstehenden Informationen an diejenigen Lebensmittelunternehmer, die Empfänger des Produkts sind, übermittelt werden:
- a) der Code des zugelassenen Produkts gemäß der Liste nach Artikel 6 Absatz 1;
  - b) die Bedingungen für die Verwendung des zugelassenen Produkts gemäß der Liste nach Artikel 6 Absatz 1;
  - c) im Falle eines daraus hergestellten Raucharomas das quantitative Verhältnis zum Primärprodukt; dieses ist deutlich und leicht verständlich anzugeben, damit der Empfänger-Lebensmittelunternehmer das Raucharoma gemäß den in der Liste nach Artikel 6 Absatz 1 festgelegten Bedingungen verwenden kann.
- (2) In allen nachfolgenden Phasen des Inverkehrbringens der in Absatz 1 genannten Produkte tragen die Lebensmittelunternehmer dafür Sorge, dass die gemäß Absatz 1 erhaltenen Informationen an die Lebensmittelunternehmer weitergeleitet werden, die Empfänger der Produkte sind.
- (3) Lebensmittelunternehmer müssen Systeme und Verfahren einführen, die es erlauben festzustellen, von wem oder an wen die in Absatz 1 genannten Produkte erhalten bzw. geliefert wurden.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten unbeschadet anderer spezifischer Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts.

Donnerstag, 5. Juni 2003

#### Artikel 14

##### Zugang der Öffentlichkeit

(1) *Der Antrag auf Zulassung, die ergänzenden Informationen des Antragstellers und die Stellungnahmen der Behörde werden mit Ausnahme der vertraulichen Informationen der Öffentlichkeit gemäß den Artikeln 38, 39 und 41 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 zugänglich gemacht.*

(2) *Die Behörde wendet bei der Behandlung von Anträgen auf Zugang zu den in ihrem Besitz befindlichen Dokumenten die Grundsätze der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission <sup>(1)</sup> an.*

(3) *Die Mitgliedstaaten behandeln Anträge auf Zugang zu Dokumenten, die sie im Rahmen der vorliegenden Verordnung erhalten haben, gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001.*

#### Artikel 15

##### Vertraulichkeit

(1) Der Antragsteller kann angeben, welche der gemäß Artikel 7 vorgelegten Informationen aufgrund der Tatsache vertraulich behandelt werden sollten, dass ihre Bekanntgabe seiner Wettbewerbsposition stark schaden könnte. In solchen Fällen ist eine nachprüfbare Begründung anzugeben.

(2) Unbeschadet von Absatz 3 legt die **Kommission** nach Rücksprache mit dem Antragsteller fest, welche Informationen vertraulich behandelt werden, und informiert den Antragsteller **und die Behörde** über ihre Entscheidung.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 39 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 werden folgende Informationen nicht als vertraulich behandelt:

- a) Name und Anschrift des Antragstellers und Name des Produkts;
- b) im Falle einer die Zulassung des bewerteten Produkts befürwortenden Stellungnahme die Elemente gemäß Artikel 6 Absatz 2;
- c) Informationen von unmittelbarer Relevanz für die Bewertung der Sicherheit des Produkts;
- d) das in Anhang II Nummer 4 genannte Analyseverfahren.**

(4) Ungeachtet von Absatz 2 übermittelt die Behörde der Kommission und den Mitgliedstaaten auf Anfrage alle in ihrem Besitz befindlichen Informationen.

(5) Die Kommission, die Behörde und die Mitgliedstaaten **ergreifen die erforderlichen Maßnahmen um zu gewährleisten, dass die Vertraulichkeit der Informationen, die sie gemäß dieser Verordnung erhalten haben, in angemessener Weise gewahrt ist**, es sein denn **es handelt sich um Informationen, die, wenn es die Umstände erfordern**, aus Gründen des Gesundheitsschutzes öffentlich bekannt gegeben werden müssen.

(6) Zieht ein Antragsteller seinen Antrag zurück oder hat er ihn zurückgezogen, wahren die Behörde, die Kommission und die Mitgliedstaaten Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse einschließlich Informationen über Forschung und Entwicklung sowie Informationen, über deren Vertraulichkeit die **Kommission** und der Antragsteller nicht einer Meinung sind.

#### Artikel 16

##### Datenschutz

Informationen in dem gemäß Artikel 7 vorgelegten Antrag dürfen nur dann zugunsten eines anderen Antragstellers verwendet werden, wenn der andere Antragsteller sich mit dem Zulassungsinhaber darauf geeinigt hat, dass diese Informationen verwendet werden dürfen.

<sup>(1)</sup> **ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

## Artikel 17

## Inspektionen und Kontrollmaßnahmen

- (1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass entsprechende Inspektionen und andere Kontrollmaßnahmen durchgeführt werden, um die Einhaltung dieser Verordnung zu gewährleisten.
- (2) Soweit erforderlich, leistet die Behörde nach Aufforderung durch die Kommission Unterstützung bei der Erarbeitung technischer Leitlinien für Probenahmen und Tests, um hinsichtlich der Umsetzung von Absatz 1 eine koordinierte Vorgehensweise zu erleichtern.
- (3) Soweit erforderlich, erlässt die Kommission gemäß dem Verfahren nach Artikel 19 Absatz 2 nach Einholung des wissenschaftlich-technischen Rats der Behörde Qualitätskriterien für validierte Analyseverfahren, die gemäß Nummer 4 des Anhangs II vorgeschlagen wurden, einschließlich der zu messenden Substanzen.

## Artikel 18

## Änderungen

Änderungen der Anhänge zu dieser Verordnung und der in Artikel 6 Absatz 1 genannten Liste werden nach dem Verfahren des Artikels 19 Absatz 2 erlassen, nach Einholung des wissenschaftlich-technischen Rats der Behörde.

## Artikel 19

## Durchführungsbefugnisse der Kommission

- (1) Die Kommission wird von dem Ausschuss nach Artikel 58 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 unterstützt.
- (2) Wird auf diesen Absatz Bezug genommen, so gilt das Regelungsverfahren nach Artikel 5 des Beschlusses 1999/468/EG unter Beachtung von dessen Artikel 7 und 8.
- (3) Die Frist nach Artikel 5 Absatz 6 des genannten Beschlusses wird auf drei Monate festgesetzt.

## Artikel 20

## Übergangsmaßnahmen

Unbeschadet des Artikels 4 Absatz 2 wird der Handel mit den nachstehenden, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits auf dem Markt befindlichen Primärprodukten und daraus hergestellten Raucharomen sowie Lebensmitteln, die irgendeines dieser Produkte enthalten, und deren Verwendung für folgende Zeiträume erlaubt:

- a) Primärprodukte, für die ein gültiger Antrag gemäß Artikel 7 und Artikel 8 Absatz 3 vor dem ... (\*) eingereicht wurde, sowie daraus hergestellte Raucharomen: bis zur Erstellung der in Artikel 10 Absatz 1 genannten Liste;
- b) Lebensmittel, die Primärprodukte, für die ein gültiger Antrag gemäß Artikel 7 und Artikel 8 Absatz 3 vor dem ... (\*) eingereicht wurde, oder daraus hergestellte Raucharomen enthalten: bis 12 Monate nach der Erstellung der in Artikel 10 Absatz 1 genannten Liste;
- c) Lebensmittel, die Primärprodukte, für die kein gültiger Antrag gemäß Artikel 7 und Artikel 8 Absatz 3 vor dem ... (\*) eingereicht wurde, oder daraus hergestellte Raucharomen enthalten: bis zum ... (\*\*) 30 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

**Lebensmittel**, die vor dem Ende der unter Buchstaben **b** und **c** genannten Zeiträume rechtmäßig in Verkehr gebracht wurden, dürfen weiter vermarktet werden, bis die Lagerbestände aufgebraucht sind.

(\*) 18 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung.

(\*\*) 30 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung.



Donnerstag, 5. Juni 2003

Artikel 21

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften in Kraft.

Artikel 4 Absatz 2 gilt *ab dem ...*<sup>(1)</sup>. Bis zu diesem Datum behalten die nationalen Bestimmungen für Raucharomen und ihre Verwendung in oder auf Lebensmitteln ihre Gültigkeit in den Mitgliedstaaten.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu ..., am ...

Im Namen des Europäischen Parlaments  
Der Präsident

Im Namen des Rates  
Der Präsident

---

<sup>(1)</sup> 18 Monate nach dem Datum des Inkrafttretens dieser Verordnung.

---

ANHANG I

BEDINGUNGEN FÜR DIE HERSTELLUNG VON **PRIMÄRPRODUKTEN**

1. Rauch wird aus **Holz gemäß Artikel 5 Absatz 1** erzeugt. Es können auch Kräuter und Gewürze, Wacholderzweige sowie Fichtenzweige, -nadeln und -zapfen zugesetzt werden, wenn sie frei von Rückständen beabsichtigter oder unbeabsichtigter chemischer Behandlung sind oder gegebenenfalls spezifischen Gemeinschaftsvorschriften genügen. Das Ausgangsmaterial wird einer kontrollierten Verbrennung, Trockendestillation oder Heißdampfbehandlung bei kontrollierter Sauerstoffzufuhr mit einer Höchsttemperatur von 600°C ausgesetzt.

2. Der Rauch wird kondensiert. Wasser und/oder – unbeschadet anderer Gemeinschaftsvorschriften – Lösungsmittel dürfen zum Zwecke der Phasentrennung zugesetzt werden. Physikalische Verfahren dürfen eingesetzt werden zur Isolierung, Fraktionierung und/oder Reinigung mit dem Ziel, folgende Phasen zu erhalten:

a) ein wässriges „Primärrauchkondensat“, das hauptsächlich Carbonsäuren, Carbonyl- und Phenolverbindungen enthält und folgende Höchstanteile aufweist:

**Benzo-(a)-Pyren** 10 µg/kg

**Benzo-(a)-Anthrazen** 20 µg/kg

b) eine wasserunlösliche Teerphase hoher Dichte, die bei der Phasentrennung ausgefällt wird und in dieser Form nicht zur Herstellung von Raucharomen verwendet werden kann; vor Verwendung ist eine geeignete physikalische Verarbeitung erforderlich, bei der aus der wasserunlöslichen Teerphase Fraktionen gewonnen werden, die einen niedrigen Gehalt an polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffen aufweisen; diese sind vorstehend als „Primärteerfraktionen“ definiert und enthalten folgende Höchstanteile:

**Benzo-(a)-Pyren** 10 µg/kg

**Benzo-(a)-Anthrazen** 20 µg/kg

c) eine „wasserunlösliche ölige Phase“.

Findet vor oder nach der Kondensation keine Phasentrennung statt, ist das resultierende Rauchkondensat als eine wasserunlösliche Teerphase hoher Dichte anzusehen und mit Hilfe geeigneter physikalischer Verfahren zu verarbeiten, um Primärteerfraktionen zu erhalten, die die angegebenen Spezifikationen erfüllen.

---

Donnerstag, 5. Juni 2003

## ANHANG II

FÜR DIE WISSENSCHAFTLICHE BEWERTUNG  
VON **PRIMÄRPRODUKTEN** ERFORDERLICHE INFORMATIONEN

Die Informationen sind nach den Leitlinien gemäß Artikel 7 Absatz 4 zusammenzustellen und vorzulegen. Unbeschadet des Artikels 8 Absatz 2 sind in den Antrag auf Zulassung nach Artikel 7 folgende Angaben aufzunehmen:

1. **Die für die Herstellung des Primärprodukts verwendete Holzart.**
2. Detaillierte Informationen über die Produktionsverfahren der **Primärprodukte** und die Weiterverarbeitung bei der Herstellung weiterer Raucharomen.
3. Die qualitative und quantitative chemische Zusammensetzung des Primärprodukts und die Charakterisierung des nicht identifizierten Anteils. Von besonderer Bedeutung sind die chemische Spezifikation des Primärprodukts und Angaben über die Stabilität und den Grad der Variabilität der chemischen Zusammensetzung. Die nicht identifizierten Anteile, also der Anteil der Stoffe, deren chemische Struktur nicht bekannt ist, sind so gering wie möglich zu halten und durch **angemessene Analyseverfahren** zu charakterisieren, etwa durch chromatographische **oder spektrometrische Verfahren**.
4. **Ein validiertes** Analyseverfahren zur **Probenahme**, Identifizierung und Charakterisierung des **Primärprodukts**.
5. Informationen über die beabsichtigten Verwendungsmengen in oder auf spezifizierten Lebensmitteln oder Lebensmittelkategorien.
6. Toxikologische Daten entsprechend der Stellungnahme des Wissenschaftlichen Lebensmittelausschusses in seinem Bericht über Raucharomen vom 25. Juni 1993 oder deren letzte Aktualisierung.

---

P5\_TA(2003)0256

**Direktzahlungen und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen (KOM(2003) 23 – C5-0040/2003 – 2003/0006(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 36 und 37 des EG-Vertrags, gemäß denen es vom Rat konsultiert wurde (C5-0040/2003),
- gestützt auf Artikel 299 Absatz 2 des EG-Vertrags,

---

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis der Minderheitenansichten gemäß Artikel 161 Absatz 3 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Stellungnahmen des Haushaltsausschusses sowie des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0197/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
  3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
  4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  6. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  7. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 1

*Inhalt*

TITEL I  
ANWENDUNGSBEREICH UND DEFINITIONEN

TITEL II  
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1  
Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen

Kapitel 2  
**Degression und** Modulation

Kapitel 3  
Betriebsberatungssystem

**TITEL 1**  
**ZIELE UND GRUNDSÄTZE**

TITEL I  
ANWENDUNGSBEREICH UND DEFINITIONEN

TITEL II  
ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Kapitel 1  
Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen

Kapitel 2  
Modulation **und Stärkung der zweiten Säule**

Kapitel 3  
Betriebsberatungssystem

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG DER KOMMISSION	ABÄNDERUNGEN DES PARLAMENTS
Kapitel 4 Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem	Kapitel 4 Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
Kapitel 5 Sonstige allgemeine Bestimmungen	Kapitel 5 Sonstige allgemeine Bestimmungen
TITEL III REGELUNG DER EINHEITLICHEN BETRIEBSPRÄMIE	TITEL III REGELUNG DER EINHEITLICHEN <b>MULTIFUNKTIONALEN</b> BETRIEBSPRÄMIE
Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen	Kapitel 1 Allgemeine Bestimmungen
Kapitel 2 Bestimmung des Beihilfebetrags	Kapitel 2 Bestimmung des Beihilfebetrags
Kapitel 3 Zahlungsansprüche	Kapitel 3 Zahlungsansprüche
Abschnitt 1 <b>Flächenbezogene Zahlungsansprüche</b>	Abschnitt 1 <b>Multifunktionale Grundzahlungen pro Hektar</b>
<b>Abschnitt 2</b> <b>Besondere Zahlungsansprüche</b>	
Kapitel 4 Flächennutzung im Rahmen der Regelung der einheitlichen Betriebsprämie	Kapitel 4 Flächennutzung im Rahmen der Regelung der einheitlichen Betriebsprämie
Abschnitt 1 Flächennutzung	Abschnitt 1 Flächennutzung
Abschnitt 2 Flächenstilllegung	Abschnitt 2 Flächenstilllegung
Kapitel 5 Regionale Durchführung	Kapitel 5 Regionale Durchführung
TITEL IV ANDERE BEIHILFEREGELUNGEN	TITEL IV ANDERE BEIHILFEREGELUNGEN
<b>Kapitel 1</b> <b>Qualitätsprämie für Hartweizen</b>	
Kapitel 2 Prämie für Eiweißpflanzen	Kapitel 2 Prämie für Eiweißpflanzen <b>und Körnerleguminosen</b>
<b>Kapitel 3</b> <b>Kulturspezifische Zahlung für Reis</b>	
Kapitel 4 Flächenzahlung für Schalenfrüchte	Kapitel 4 Flächenzahlung für Schalenfrüchte
Kapitel 5 Beihilfe für Energiepflanzen	Kapitel 5 Beihilfe für Energiepflanzen
<b>Kapitel 6</b> <b>Beihilfe für Stärkekartoffeln</b>	

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONTITEL V  
ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

## ANHANG I

Stützungsregelungen gemäß Artikel 1

**ANHANG II****Einzelstaatliche Obergrenzen gemäß Artikel 9 Absatz 3**

## ANHANG III

Grundanforderungen an die Betriebsführung gemäß Artikel 4

## ANHANG IV

Erhaltung in gutem landwirtschaftlichen Zustand gemäß Artikel 5

## ANHANG V

Stützungsregelungen mit kompatibelem Verwaltungs- und Kontrollsystem gemäß Artikel 29

## ANHANG VI

Direktzahlungen im Hinblick auf die einheitliche Betriebsprämie gemäß Artikel 36

## ANHANG VII

Berechnung des Referenzbetrags gemäß Artikel 40

**ANHANG VIII****Einzelstaatliche Obergrenzen gemäß Artikel 44****ANHANG IX****Traditionelle Anbauggebiete von Hartweizen gemäß Artikel 61**ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSTITEL V  
ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

## ANHANG I

Stützungsregelungen gemäß Artikel 1

## ANHANG III

Grundanforderungen an die Betriebsführung gemäß Artikel 3 und 4

## ANHANG IV

Erhaltung in gutem landwirtschaftlichem Zustand gemäß Artikel 5

## ANHANG V

Stützungsregelungen mit kompatiblen Verwaltungs- und Kontrollverfahren gemäß Artikel 29

## ANHANG VI

Direktzahlungen im Hinblick auf die einheitliche Betriebsprämie gemäß Artikel 36

## ANHANG VII

Berechnung des Referenzbetrags gemäß Artikel 40

(Diese Änderung gilt für den gesamten Text; durch die Annahme werden technische Anpassungen im gesamten Text notwendig, insbesondere die Streichung der Artikel 59 bis 62 (Hartweizen), der Artikel 66 bis 69 (Reis) und der Artikel 80 und 81 (Stärkekartoffeln) des Titels IV.)

## Abänderung 2

## Erwägung 1

(1) Für die Direktzahlungen im Rahmen der verschiedenen Einkommensstützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik sollten gemeinsame Bestimmungen festgelegt werden.

(1) Für die Direktzahlungen im Rahmen der verschiedenen Regelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik zur Stützung der Einkommen **und der Landnutzung** sollten gemeinsame Bestimmungen festgelegt werden. **Um ihre Einführung zu erleichtern und den zuständigen einzelstaatlichen Behörden und Landwirten genügend Zeit zu lassen, um sich anzupassen, sollten diese Bestimmungen am 1. Januar 2005 in Kraft treten.**

## Abänderung 3

## Erwägung 2

(2) Die volle Zahlung der **Direktbeihilfen** sollte an die Einhaltung verbindlicher Vorschriften in Bezug auf die landwirtschaftlichen Flächen, die Erzeugung und die Tätigkeit der Landwirtschaftsbetriebe gebunden sein. Durch diese Vorschriften sollen grundlegende Anforderungen des Umweltschutzes, der

(2) Die volle Zahlung der **Direktzahlungen** sollte **ab dem 1. Januar 2005** an die Einhaltung verbindlicher Vorschriften in Bezug auf die landwirtschaftlichen Flächen, die Erzeugung und die Tätigkeit der Landwirtschaftsbetriebe gebunden sein. Durch diese Vorschriften sollen grundlegende Anforderungen

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Nahrungsmittelsicherheit, der Tiergesundheit und des Tiereschutzes, des **Arbeitsschutzes** und der Erhaltung der Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand in die gemeinsamen Marktorganisationen einbezogen werden. Wenn diese Anforderungen nicht erfüllt sind, sollten die **Beihilfen** von den Mitgliedstaaten nach proportionalen, objektiven und abgestuften Kriterien ganz oder teilweise gekürzt werden, unbeschadet bisher oder künftig geltender Sanktionen nach anderen Gemeinschafts- oder einstaatlichen Vorschriften.

des Umweltschutzes, der Nahrungsmittelsicherheit, **der Sicherheit am Arbeitsplatz**, der **Gesundheit von Mensch und Tier** und des Tierschutzes, **der dafür notwendigen Beschäftigung** und der Erhaltung der Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand in die gemeinsamen Marktorganisationen einbezogen werden. Wenn diese Anforderungen nicht erfüllt sind, sollten die **Direktzahlungen** von den Mitgliedstaaten nach proportionalen, objektiven und abgestuften Kriterien ganz oder teilweise gekürzt werden, unbeschadet bisher oder künftig geltender Sanktionen nach anderen Gemeinschafts- oder einstaatlichen Vorschriften.

## Abänderung 4

## Erwägung 3

(3) **Zur Erhaltung der** Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand müssen Vorschriften über verschiedene Aspekte erlassen werden, die bisher noch nicht verbindlich geregelt sind. Diese Vorschriften sollten auf guter Landwirtschaftspraxis basieren, wie sie zum Teil bereits in einzelstaatlichen Rechtsnormen verankert ist. Daher ist ein Gemeinschaftsrahmen festzulegen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, entsprechende Bestimmungen unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale der betreffenden Flächen einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, bestehende Bewirtschaftungssysteme (Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen) und Betriebsstrukturen zu erlassen.

(3) **Um die von den Betrieben wahrzunehmende Aufgabe der Nutzung des ländlichen Raums wirksam umzusetzen und die Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand zu erhalten**, müssen Vorschriften über verschiedene Aspekte erlassen werden, die bisher noch nicht verbindlich geregelt sind. Diese Vorschriften sollten auf guter Landwirtschaftspraxis basieren, wie sie zum Teil bereits in einzelstaatlichen Rechtsnormen verankert ist. Daher ist ein Gemeinschaftsrahmen festzulegen, der es den Mitgliedstaaten erlaubt, entsprechende Bestimmungen unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale der betreffenden Flächen einschließlich Boden- und Klimaverhältnisse, bestehende Bewirtschaftungssysteme (Flächennutzung, Fruchtwechsel, Wirtschaftsweisen) und Betriebsstrukturen zu erlassen. **Dieser Gemeinschaftsrahmen gilt verbindlich ab dem 1. Januar 2005.**

## Abänderung 5

## Erwägung 3a (neu)

(3a) **Die Gemeinschaftsregelung zur Stützung der Landwirtschaft geht von dem Prinzip aus, dass es möglich sein muss, die Landwirtschaft weiterhin in allen Gebieten der Gemeinschaft zu betreiben, auch in Gebieten mit besonderen Problemen.**

## Abänderung 6

## Erwägung 3b (neu)

(3b) **Auf die besonderen Bedingungen in den Gebieten in äußerster Randlage, die in Artikel 299 Absatz 2 des Vertrags von Amsterdam erschöpfend aufgeführt sind, muss Rücksicht genommen werden. Die Landwirtschaft hat sich in diesen Gebieten völlig anders entwickelt als die kontinentale europäische Landwirtschaft, und zwar sowohl was die Struktur der Betriebe als auch die erzeugten Mengen betrifft. Gemäß Artikel 299 Absatz 2 des Vertrags dürfen die vorliegenden Bestimmungen folglich nicht systematisch und automatisch auf diese Gebiete angewandt werden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 7

## Erwägung 4

(4) Wegen der positiven Umweltauswirkungen von Dauergrünland ist dessen Erhaltung zu fördern, um einer massiven Umstellung auf Ackerflächen entgegen zu wirken.

(4) Wegen der positiven Umweltauswirkungen von Dauergrünland ist dessen Erhaltung zu fördern, um einer massiven Umstellung auf Ackerflächen entgegen zu wirken. **Trotzdem muss den Mitgliedstaaten genug Spielraum gelassen werden, damit sie entsprechende Maßnahmen gemäß den speziellen Umständen durchführen, die in einem bestimmten Gebiet zusammentreffen können.**

## Abänderung 8

## Erwägung 5

(5) Um ein besseres Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung herzustellen, ist ein gemeinschaftsweit verbindliches System zur progressiven Reduzierung der Direktbeihilfen von 2007 bis 2012 einzuführen, wobei alle Direktzahlungen bei Überschreitung eines festgelegten Betrags um bestimmte Prozentsätze gekürzt werden. **Mit den Einsparungen wären gegebenenfalls auch weitere Reformen von Sektoren der Gemeinsamen Agrarpolitik zu finanzieren. Die Kommission sollte die Befugnis erhalten, die Kürzungssätze gegebenenfalls anzupassen. Bis 2007** können die Mitgliedstaaten weiterhin die bisherige Modulation auf freiwilliger Basis nach der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anwenden.

(5) **Die in Artikel 33 des Vertrags aufgeführten Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik gelten weiterhin.** Um ein besseres Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung herzustellen, ist ein gemeinschaftsweit verbindliches System zur progressiven Reduzierung der Direktbeihilfen von 2006 bis 2012 einzuführen, wobei alle Direktzahlungen bei Überschreitung eines festgelegten Betrags um bestimmte Prozentsätze gekürzt werden, **die sich nach dem erhaltenen Betrag und dem Standort des Betriebs richten. Vor 2006** können die Mitgliedstaaten weiterhin die bisherige Modulation auf freiwilliger Basis nach der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik anwenden. **In diesem Fall werden die erforderlichen Übergangsmaßnahmen erlassen, um den Übergang von einer Regelung zu einer anderen zu ermöglichen.**

## Abänderung 9

## Erwägung 5a (neu)

**(5a) Von der allgemeinen Modulationsregelung gibt es in Anbetracht der spezifischen strukturellen Gegebenheiten in bestimmten Regionen zwei Ausnahmen. Die Erzeugungen mit Direktzahlungen in den Gebieten der Ägäischen Inseln sowie der französischen überseeischen Departements, auf den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln bleiben gemäß Artikel 299 Absatz 2 des Vertrags von der Modulationsregelung ausgenommen. Ferner sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften, deren Mitglieder gleichzeitig Erzeuger sind, im Hinblick auf die Anwendung dieser Regelung Sondervorschriften unterworfen.**

## Abänderung 10

## Erwägung 6

(6) Um die Landwirte bei der Erfüllung der Anforderungen einer modernen, qualitätsbetonten Landwirtschaft zu unterstützen, müssen die Mitgliedstaaten ein umfassendes Beratungssystem für Haupterwerbsbetriebe einführen. Die Beratung soll den Landwirten die Bewegung von Materialien und inner-

(6) Um die Landwirte bei der Erfüllung der Anforderungen einer modernen, qualitätsbetonten Landwirtschaft zu unterstützen, müssen die Mitgliedstaaten ein umfassendes Beratungssystem für Haupterwerbsbetriebe einführen. Die Beratung soll den Landwirten die Bewegung von Materialien und inner-

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

betrieblichen Prozesse im Zusammenhang mit den Anforderungen an Umweltschutz, Nahrungsmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und *Arbeitsschutz* bewusster machen, ohne ihre Verantwortung und Pflichten zur Erfüllung dieser Anforderungen einzuschränken.

betrieblichen Prozesse im Zusammenhang mit den Anforderungen an Umweltschutz, Nahrungsmittelsicherheit, Tiergesundheit, Tierschutz und **Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz** bewusster machen, ohne ihre Verantwortung und Pflichten zur Erfüllung dieser Anforderungen einzuschränken.

## Abänderung 11

## Erwägung 7

(7) Um die Einführung des landwirtschaftlichen Beratungssystems zu erleichtern, sollte dies **in der ersten Phase als** Teil der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen **verbindlich sein** für Landwirte, deren Direktzahlungen **oder Umsatz** einen bestimmten Jahresbetrag überschreiten. **Andere Landwirte sollten die Beratung freiwillig in Anspruch nehmen können.** Aufgrund des Wesens der Beratungstätigkeit sind die dabei gewonnenen Informationen als vertraulich zu behandeln, außer in Fällen schwerer Verstöße gegen Gemeinschafts- oder einzelstaatliche Vorschriften.

(7) Um die Einführung des landwirtschaftlichen Beratungssystems **ab dem 1. Januar 2006** zu erleichtern, sollte dies **im ersten Jahr für die Mitgliedstaaten verbindlich sein, während die Teilnahme der Landwirte ausschließlich freiwillig sein sollte. Ab dem 1. Januar 2007 wird das Beratungssystem** Teil der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen für Landwirte, deren Direktzahlungen einen bestimmten Jahresbetrag überschreiten. Aufgrund des Wesens der Beratungstätigkeit sind die dabei gewonnenen Informationen als vertraulich zu behandeln, außer in Fällen schwerer Verstöße gegen Gemeinschafts- oder einzelstaatliche Vorschriften.

## Abänderung 12

## Erwägung 9

(9) Um die Wirksamkeit und Nützlichkeit der Verwaltungs- und Kontrollmechanismen zu verbessern, sind die Regelung der einheitlichen Betriebsprämie, die Stützungsregelungen für **Hartweizen**, Eiweißpflanzen, Energiepflanzen, **Reis, Kartoffelstärke** und Schalenfrüchte, **die Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen, die Modulation und die Betriebsberatung** in das mit der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992 zur Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegulungen eingeführte System einzubeziehen. Ferner ist die Möglichkeit vorzusehen, später auch andere Beihilferegulungen einzubeziehen.

(9) Um die Wirksamkeit und Nützlichkeit der Verwaltungs- und Kontrollmechanismen zu verbessern, sind die Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie, die Stützungsregelungen für Eiweißpflanzen, **Körnerleguminosen**, Energiepflanzen und Schalenfrüchte in das mit der Verordnung (EWG) Nr. 3508/92 des Rates vom 27. November 1992 zur Einführung eines integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems für bestimmte gemeinschaftliche Beihilferegulungen eingeführte System einzubeziehen. Ferner ist die Möglichkeit vorzusehen, später auch andere Beihilferegulungen **sowie die Kontrolle der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen, die Modulation und die Betriebsberatung** einzubeziehen.

## Abänderung 13

## Erwägung 12

(12) Wegen der Komplexität des Systems sowie der Vielzahl der zu bearbeitenden Beihilfeanträge sind geeignete technische Mittel sowie Verwaltungs- und Kontrollmethoden unerlässlich. Das integrierte System muss daher auf einzelstaatlicher Ebene eine elektronische Datenbank, die Identifizierung der landwirtschaftlichen Parzellen, die Beihilfeanträge der Betriebe, ein harmonisiertes Kontrollsystem sowie die Identifizierung und Erfassung der Zahlungsansprüche im Rahmen der Regelung der einheitlichen Betriebsprämie umfassen.

(12) Wegen der Komplexität des Systems sowie der Vielzahl der zu bearbeitenden Beihilfeanträge sind geeignete technische Mittel sowie Verwaltungs- und Kontrollmethoden unerlässlich. Das integrierte System muss daher auf einzelstaatlicher Ebene eine elektronische Datenbank, die Identifizierung der landwirtschaftlichen Parzellen, die Beihilfeanträge der Betriebe, **in denen die produktionsentkoppelten multifunktionalen Zahlungen und die produktionsbezogenen Direktzahlungen unterschieden werden**, ein harmonisiertes Kontrollsystem sowie die Identifizierung und Erfassung der Zahlungsansprüche im Rahmen der Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie umfassen.



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 14

## Erwägung 16

(16) Die Mitgliedstaaten sollten ermächtigt werden, die durch die Kürzungen im Rahmen der Modulation verfügbar werden Mittel für bestimmte zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) **zu verwenden**.

(16) Die Mitgliedstaaten sollten ermächtigt werden, die **Modulationsregelung vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung an auf freiwilliger Basis einzuführen**. Die durch die Kürzungen im Rahmen der Modulation verfügbar werden Mittel **können** für bestimmte zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) **verwendet werden**. **Ferner sollte den Mitgliedstaaten unbeschadet des von jedem Staat für die zweite Säule zugeteilten Gesamtbetrags die Möglichkeit eingeräumt werden, die durch die Modulation freigesetzten Beträge zur Finanzierung des einzelstaatlichen Beitrags einiger Maßnahmen der laufenden Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums zu verwenden**.

## Abänderung 15

## Erwägung 21

(21) Angesichts der bedeutenden Auswirkungen der Direktzahlungen auf den Haushalt und **zur besseren** Beurteilung ihrer Ergebnisse sind die Gemeinschaftsregelungen einer geeigneten Bewertung zu unterziehen.

(21) Angesichts der bedeutenden Auswirkungen der Direktzahlungen auf den Haushalt und **um der Haushaltsbehörde eine bessere** Beurteilung ihrer Ergebnisse **zu ermöglichen**, sind die Gemeinschaftsregelungen einer geeigneten Bewertung zu unterziehen. **Nach Festlegung des Rahmens der künftigen Finanzialen Vorausschau durch die Haushaltsbehörde ist das Europäische Parlament erneut zu konsultieren, um die Bestimmungen noch einmal zu prüfen und die haushaltstechnischen Auswirkungen dieser Verordnung zu beurteilen**.

## Abänderung 16

## Erwägung 22

(22) Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in der Gemeinschaft und die Förderung von Nahrungsmittelqualität und Umweltstandards erfordert eine Reduzierung der gemeinsamen Preise für Agrarerzeugnisse und bedeutet eine Erhöhung der Produktionskosten für die Landwirtschaftsbetriebe. Um die genannten Ziele zu erreichen und eine stärker am Markt orientierte und nachhaltigere Landwirtschaft zu fördern, muss die Stützung für die Landwirte durch betriebsbezogene Einkommensbeihilfen **vollständig** von der Produktion abgekoppelt werden. Während die Entkoppelung die Zahlungen an die Erzeuger unverändert lässt, wird die Effizienz der Einkommensbeihilfe deutlich erhöht. Daher ist es angebracht, die einheitliche Betriebsprämie an die Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen des Umweltschutzes, des Tierschutzes **sowie der Nahrungsmittelsicherheit und -qualität** zu knüpfen.

(22) Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft in der Gemeinschaft und die Förderung von Nahrungsmittelqualität und Umweltstandards erfordert eine Reduzierung der gemeinsamen Preise für Agrarerzeugnisse und bedeutet eine Erhöhung der Produktionskosten für die Landwirtschaftsbetriebe. Um die genannten Ziele zu erreichen und eine stärker am Markt orientierte und nachhaltigere Landwirtschaft zu fördern, muss die Stützung für die Landwirte durch betriebsbezogene Einkommensbeihilfen **teilweise** von der Produktion abgekoppelt werden. Während die **teilweise** Entkoppelung die Zahlungen an die Erzeuger unverändert lässt, wird die Effizienz der Einkommensbeihilfe deutlich erhöht **und die von den Landwirten wahrgenommene Aufgabe der Nutzung und der Pflege des ländlichen Raums entlohnt**. Daher ist es angebracht, die einheitliche **multifunktionale** Betriebsprämie an die Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen des Umweltschutzes, **der Nahrungsmittelsicherheit und -qualität, der Tiergesundheit, des Tierschutzes, des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz und der Erhaltung der Betriebe in gutem agronomischem Zustand** zu knüpfen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 17

## Erwägung 23

(23) Mit dieser Regelung sollten verschiedene bestehende Direktzahlungen an die Landwirte in einer einzigen Zahlung kombiniert werden, die auf Basis der bisherigen Ansprüche in einem Bezugszeitraum unter Berücksichtigung der vollen Anwendung der durch die Agenda 2000 eingeführten Maßnahmen und der mit dieser Verordnung vorgenommenen Änderungen der Beihilfebeträge zu bestimmen ist.

(23) Mit dieser Regelung sollten verschiedene bestehende Direktzahlungen an die Landwirte in einer einzigen **multifunktionalen** Zahlung kombiniert werden, die auf Basis **eines Teils** der bisherigen Ansprüche in einem Bezugszeitraum unter Berücksichtigung der vollen Anwendung der durch die Agenda 2000 eingeführten Maßnahmen und der mit dieser Verordnung vorgenommenen Änderungen der Beihilfebeträge zu bestimmen ist.

## Abänderung 18

## Erwägung 24

(24) **Da sich die Verwaltung der Regelung vereinfacht, je mehr Sektoren erfasst werden, sind** in einer ersten Phase **alle** Erzeugnisse aus der **bisherigen** Stützungsregelung für landwirtschaftliche Kulturpflanzen **sowie Körnerleguminosen, Saatgut, Rind- und Schaffleisch einzubeziehen. Um die Regelung weiter zu vereinfachen und im Rinder- und Schafsektor nicht einen gesonderten Rechts- und Verwaltungsrahmen für eine begrenzte Zahl von Landwirten beibehalten zu müssen, sind auch verschiedene Rinder- und Schafprämien aufzunehmen, die in den Regionen in äußerster Randlage und den Ägäischen Inseln als Zusatzbetrag zu den in den gemeinsamen Marktorganisationen vorgesehenen Direktbeihilfen gewährt werden. Ferner sind die revidierten Zahlungen für Reis und Hartweizen sowie die Milchprämie in die Regelung aufzunehmen, ebenso wie die Zahlungen für Stärkekartoffeln und Trockenfutter, unter Beibehaltung einer getrennten Zahlung an die Verarbeitungsindustrie.**

(24) In einer ersten Phase **wird die Regelung teilweise auf die** Erzeugnisse aus der Stützungsregelung für landwirtschaftliche Kulturpflanzen sowie **unter bestimmten Bedingungen auf männliche Rinder angewandt.**

## Abänderung 19

## Erwägung 24a (neu)

**(24a) Die Landwirte dürfen die beihilfefähige Hektarfläche für jede Kultur auf Zeit nutzen, für die eine Beihilferegelung besteht.**

## Abänderung 20

## Erwägung 26

(26) Damit die Landwirte im Sinne einer besseren Marktorientierung frei entscheiden können, welche Erzeugnisse sie auf ihren Flächen produzieren, einschließlich derjenigen, für die weiterhin produktionsbezogene Zahlungen geleistet werden, sollte die einheitliche Betriebsprämie nicht an die Produktion bestimmter Erzeugnisse gebunden sein.

(26) Damit die Landwirte im Sinne einer besseren Marktorientierung frei entscheiden können, welche Erzeugnisse sie auf ihren Flächen produzieren, einschließlich derjenigen, für die weiterhin produktionsbezogene Zahlungen geleistet werden, sollte die einheitliche **multifunktionale** Betriebsprämie nicht an die Produktion bestimmter Erzeugnisse gebunden sein.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 21

## Erwägung 27

(27) Bei der Ermittlung des Beihilfeanspruchs eines Landwirts im Rahmen der neuen Regelung sind die Zahlungen zugrunde zu legen, die er in einem Bezugszeitraum erhalten hat. Zur Berücksichtigung besonderer Situationen ist eine einzelstaatliche Reserve vorzusehen, mit der auch die Aufnahme neuer Landwirte in die Regelung erleichtert würde. Die einheitliche Betriebsprämie sollte auf einzelbetrieblicher Basis berechnet werden.

(27) Bei der Ermittlung des Beihilfeanspruchs eines Landwirts im Rahmen der neuen Regelung sind die Zahlungen zugrunde zu legen, die er in einem Bezugszeitraum erhalten hat. Zur Berücksichtigung besonderer Situationen ist eine einzelstaatliche Reserve vorzusehen, mit der auch die Aufnahme neuer Landwirte in die Regelung erleichtert würde. Die einheitliche **multifunktionale** Betriebsprämie sollte auf einzelbetrieblicher Basis berechnet werden.

## Abänderung 22

## Erwägung 28

(28) Der Gesamtanspruch eines Betriebs sollte in mehrere Teile (**Zahlungsansprüche**) aufgeteilt und jeweils an eine festzulegende Hektarzahl beihilfefähiger Flächen gebunden werden, um eine Übertragung der Ansprüche zu erleichtern. Spekulative Übertragungen mit einer Akkumulierung von Zahlungsansprüchen ohne entsprechende landwirtschaftliche Basis müssen vermieden werden, indem die Ansprüche an eine bestimmte Hektarzahl beihilfefähiger Flächen gebunden werden und die Möglichkeit vorgesehen wird, dass Übertragungen nur innerhalb einer Region vorgenommen werden. **Besondere Bestimmungen sind für nicht direkt an Flächen gebundene Beihilfen vorzusehen, unter Berücksichtigung der besonderen Situation der Schaf- und Ziegenhaltung.**

(28) Der Gesamtanspruch eines Betriebs sollte in mehrere Teile (**multifunktionale Grundzahlungen**) aufgeteilt und jeweils an eine festzulegende Hektarzahl beihilfefähiger Flächen gebunden werden, um eine Übertragung der Ansprüche zu erleichtern. Spekulative Übertragungen mit einer Akkumulierung von Zahlungsansprüchen ohne entsprechende landwirtschaftliche Basis müssen vermieden werden, indem die Ansprüche an eine bestimmte Hektarzahl beihilfefähiger Flächen gebunden werden und die Möglichkeit vorgesehen wird, dass Übertragungen nur innerhalb einer Region **oder eines Gebiets** vorgenommen werden.

## Abänderung 23

## Erwägung 30

(30) Um **die Flächenstilllegung als Instrument der Angebotskontrolle zu erhalten und gleichzeitig ihren Umweltnutzen** im Rahmen der neuen Stützungsregelung zu verstärken, sollten die Stilllegungsvorschriften für Ackerflächen beibehalten werden.

(30) Um **die Vorteile im Hinblick auf Non-Food-Pflanzen und Energiepflanzen sowie neue Anwendungsmöglichkeiten (Chemie, Pharmazie, Kosmetik usw.), die sich dank der gestützten Flächenstilllegung entwickeln konnten**, zu erhalten und im Rahmen der neuen Stützungsregelung zu verstärken, sollten die Stilllegungsvorschriften für Ackerflächen beibehalten werden.

## Abänderung 24

## Erwägung 32

(32) Um die Bedeutung der Hartweizenerzeugung in den traditionellen Anbaugebieten zu berücksichtigen, **bei der Gewährung der Beihilfe jedoch die Einhaltung von Mindestqualitätskriterien zu fördern, sollte der bisher geltende Hartweizenzuschlag in traditionellen Anbaugebieten während einer Übergangszeit abgesenkt und in Gebieten, in denen der Hartweizenanbau eingeführt ist, ganz abgeschafft werden. Künftig sollte die Beihilfe nur beim Anbau von Hartweizen gewährt werden, der zur Herstellung von Gries und Teigwaren geeignet ist.**

(32) Um die Bedeutung der Hartweizenerzeugung in den traditionellen Anbaugebieten zu berücksichtigen, **wird die beste-hende Regelung beibehalten.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 26

## Erwägung 35

(35) Um der Einstellung der Schalenfruchterzeugung in traditionellen Anbaugebieten und den damit verbundenen negativen Folgen für die Umwelt und für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums entgegenzuwirken, ist eine neue Stützungsregelung für Schalenfrüchte vorzusehen. Zur ordnungsgemäßen Anwendung der neuen Regelung sind bestimmte Beihilfevoraussetzungen festzulegen, einschließlich einer Mindestbestandsdichte und -fläche. Zur Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit zur Gewährung eines Zusatzbetrags erhalten.

(35) Um der Einstellung der Schalenfruchterzeugung in traditionellen Anbaugebieten und den damit verbundenen negativen Folgen für die Umwelt und für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums entgegenzuwirken, ist eine neue Stützungsregelung für Schalenfrüchte vorzusehen. Zur ordnungsgemäßen Anwendung der neuen Regelung sind bestimmte Beihilfevoraussetzungen festzulegen, einschließlich einer Mindestbestandsdichte und -fläche **und der Erhaltung der Anbauflächen durch eine gute landwirtschaftliche Praxis**. Zur Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse sollten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit zur Gewährung eines Zusatzbetrags erhalten.

## Abänderung 135

## Erwägung 36

(36) Um eine Überbeanspruchung der Haushaltsmittel zu vermeiden, ist in der Regelung für Schalenfrüchte eine Garantiehöchstfläche mit proportionalen Kürzungen in den Mitgliedstaaten vorzusehen, die ihre Höchstfläche überschritten haben. Zur ausgewogenen Anwendung in der ganzen Gemeinschaft sind die Garantiehöchstflächen im Verhältnis zu den Anbauflächen der Mitgliedstaaten festzusetzen. Die Mitgliedstaaten sollten für die Aufteilung der Fläche in ihrem Hoheitsgebiet zuständig sein. Die Beihilfe im Rahmen der neuen Regelung sollte in Gebieten mit Verbesserungsplänen erst nach deren Ablauf gewährt werden.

(36) Um eine Überbeanspruchung der Haushaltsmittel zu vermeiden, ist in der Regelung für Schalenfrüchte eine Garantiehöchstfläche mit proportionalen Kürzungen in den Mitgliedstaaten vorzusehen, die ihre Höchstfläche überschritten haben. Zur ausgewogenen Anwendung in der ganzen Gemeinschaft sind die Garantiehöchstflächen im Verhältnis zu den Anbauflächen der Mitgliedstaaten festzusetzen. Die Mitgliedstaaten sollten für die Aufteilung der Fläche in ihrem Hoheitsgebiet zuständig sein. Die Beihilfe im Rahmen der neuen Regelung sollte in Gebieten mit Verbesserungsplänen erst nach deren Ablauf gewährt werden. **Es ist erforderlich, für die Erzeuger, deren Verbesserungspläne abgelaufen sind, einen automatischen Übergang von der bisherigen Regelung zu der neuen Regelung zu gewährleisten.**

## Abänderung 27

## Erwägung 37

(37) Um den Erfolg der Verbesserungspläne bei der Zusammenfassung des Angebots zu stärken, sollten die Mitgliedstaaten **die Möglichkeit erhalten**, die Gewährung der Gemeinschaftsbeihilfe und der einzelstaatlichen Beihilfe an die Mitgliedschaft in einer Erzeugerorganisation **zu** knüpfen. Um Unterbrechungen zu vermeiden, ist ein geeigneter Übergang zu der neuen Regelung vorzusehen.

(37) Um den Erfolg der Verbesserungspläne bei der Zusammenfassung des Angebots zu stärken, sollten die Mitgliedstaaten die Gewährung der Gemeinschaftsbeihilfe und der einzelstaatlichen Beihilfe an die Mitgliedschaft in einer Erzeugerorganisation knüpfen. Um Unterbrechungen zu vermeiden, ist ein geeigneter Übergang zu der neuen Regelung vorzusehen.

## Abänderung 28

## Erwägung 38

(38) Derzeit wird die Produktion von Energiepflanzen durch die Möglichkeit des Anbaus von Non-Food-Erzeugnissen auf stillgelegten Flächen gefördert. Energiepflanzen stellen dabei den größten Anteil. **Mit dem Ziel einer CO<sub>2</sub>-Substitution sollte für Energiepflanzen eine besondere Beihilfe eingeführt werden. Bei der Flächenzuteilung an die Mitgliedstaaten sind**

(38) **Um den Landwirte freie Wahl bei der Nutzung ihres Bodens zu lassen, ist die Produktion von Non-Food-Erzeugnissen auf stillgelegten Flächen zuzulassen. Die Landwirte müssen die Möglichkeit haben, die Lage der stillgelegten Flächen zu variieren, solange die Gesamtfläche nicht kleiner ist als die entsprechenden Anforderungen.** Derzeit wird die Produktion

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

**die bisherige Energiepflanzenproduktion auf stillgelegten Flächen, die CO<sub>2</sub>-Lastenteilungsregelungen und die derzeitigen Grundflächen zu berücksichtigen.** Die Beihilfe sollte nach einem bestimmten Zeitraum überprüft werden, um die Umsetzung der Biokraftstoffinitiative der Gemeinschaft zu berücksichtigen.

von Energiepflanzen durch die Möglichkeit des Anbaus von Non-Food-Erzeugnissen auf stillgelegten Flächen gefördert. Energiepflanzen stellen dabei den größten Anteil. **Dieses System funktioniert gut und sollte deshalb beibehalten werden.** Die Beihilfe sollte nach einem bestimmten Zeitraum überprüft werden, um die Umsetzung der Biokraftstoffinitiative der Gemeinschaft zu berücksichtigen.

Abänderung 29

Erwägung 38a (neu)

**(38a) Die Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen gemäß nachhaltiger landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Praxis, wie sie in den Rechtsvorschriften für die Gemeinsame Agrarpolitik festgelegt ist, könnte neue Möglichkeiten für eine nachhaltige ländliche Entwicklung im Rahmen einer stärker marktorientierten Gemeinsamen Agrarpolitik schaffen, die stärker auf die Bedürfnisse des europäischen Markts, auf die Erhaltung lebendiger ländlicher Gebiete und auf eine multifunktionale Landwirtschaft ausgerichtet ist, und könnte zur Erschließung eines neuen Marktes für innovative land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse führen. Dadurch würden auch den Beitrittsländern neue Möglichkeiten eröffnet.**

Abänderung 30

Erwägung 39

**(39) Zur Erhaltung der Stärkeherstellung in traditionellen Produktionsgebieten und zur Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bedeutung des Kartoffelanbaus ist die Zahlung eines Zusatzbetrags bei der Erzeugung von Kartoffelstärke vorzusehen. Da die Beihilfe für Stärkekartoffelerzeuger teilweise in die einheitliche Betriebsprämie einzubeziehen ist und der Mindestpreis für Stärkekartoffeln und die Produktionsersatzung für Stärke abgeschafft werden, ist die Verordnung (EG) Nr. 1868/94 des Rates vom 27. Juli 1994 zur Einführung einer Kontingentierungsregelung für die Kartoffelstärkeerzeugung zu ändern.**

entfällt

Abänderung 31

Erwägung 40

**(40) Aufgrund der vorgesehenen Änderungen und neuen Bestimmungen sind die Verordnungen (EWG) Nr. 3508/92 des Rates, (EG) Nr. 1577/96 des Rates vom 30. Juli 1996 zur Festlegung einer Sondermaßnahme zugunsten bestimmter Körnerleguminosen und (EG) Nr. 1251/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen aufzuheben. Dies gilt auch für die Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 des Rates, ausgenommen deren Artikel 2a, 4, 5 und 11 mit befristeten und fakultativen Sonderregelungen, die in den Jahren 2005 bzw. 2006 auslaufen.**

**(40) Aufgrund der vorgesehenen Änderungen und neuen Bestimmungen sind die Verordnungen (EWG) Nr. 3508/92 und (EG) Nr. 1259/1999, ausgenommen deren Artikel 2a, 4, 5 und 11 mit befristeten und fakultativen Sonderregelungen, die im Jahr 2005 auslaufen, aufzuheben.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 32

Erwägung 41

(41) Die Bestimmungen über Direktzahlungen in den Verordnungen (EWG) Nr. 2019/93 des Rates vom 19. Juli 1993 über Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der kleineren Inseln des Ägäischen Meeres, (EG) Nr. 3072/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis, (EG) Nr. 1254/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch, (EG) Nr. 1255/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse, (EG) Nr. 1452/2001 des Rates vom 28. Juni 2001 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der französischen überseeischen Departements (Poseidom), (EG) Nr. 1453/2001 des Rates vom 28. Juni 2001 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Azoren und Madeiras (Poseima), (EG) Nr. 1454/2001 (EWG) des Rates vom 28. Juni 2001 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln (Poseican) und (EG) Nr. 2529/2001 des Rates vom 19. Dezember 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch haben ihre Gültigkeit verloren und sind daher aufzuheben.

entfällt

Abänderung 33

Titel -I (neu)

Titel -I

ZIELE UND GRUNDSÄTZE

Artikel -I

Die Einführung dieser Verordnung dient folgenden Zielen:

1. Die Direktzahlungen sollen eine langfristige Sicherung der Einkommen in der europäischen Landwirtschaft durch Stärkung der Verhandlungsposition der Landwirte auf den Märkten gegenüber der aufnehmenden Hand und eine gezieltere Förderung von Umweltleistungen und Beschäftigung im ländlichen Raum erreichen.

2. Die Entkoppelungsregelung wird stufenweise eingeführt, und in bestimmten Bereichen könnte sie auch nur teilweise erfolgen. Die ersten Sektoren, in denen die Entkopplung vorgenommen wird, sind die großen Sektoren und der Sektor Rinder (Sonderprämie für männliche Rinder). Hierdurch soll sich die Entscheidungsfreiheit der Landwirte im Hinblick auf den Anbau verschiedener Kulturen erhöhen. Zur Erhaltung bestimmter regional und ökologisch bedeut-

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

samer Erzeugnisse und Anbaumethoden sind spezifische Zahlungen aus der ländlichen Entwicklung (zweite Säule) mit obligatorischer Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten notwendig. Ausreichende Zahlungen aus der zweiten Säule sind in diesen Fällen Voraussetzung für die Entkoppelung von spezifischer Produktion.

3. Im Hinblick auf die weitere Integration der Gemeinschaftspolitiken muss die vollständige Auszahlung der Direktzahlungen an Kriterien gebunden werden, die die Einhaltung des Gemeinschaftsrechts im Bereich von Umwelt, Tier- und Verbraucherschutz garantieren. Hierbei ist darauf zu achten, dass ein geeigneter Außenschutz ein Unterlaufen dieser Schutzmaßnahmen ausschließt und dass die Benachteiligung bestimmter Regionen und deren spezifischen Erzeugungsbedingungen bei der betrieblichen und regionalen Zuteilung der Direktzahlungen auszugleichen ist.

4. Die Einführung der betrieblichen Beratung (Audit) soll den Landwirten positive Anreize geben, die genannten Kriterien für die Erfüllung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften einzuhalten. Das Schwergewicht darf nicht auf Sanktionen, sondern muss auf Verbesserung der guten landwirtschaftlichen Praxis liegen.

5. Die Einführung einer differenzierten Modulation der Direktzahlungen dient der Sicherung der Beschäftigung im ländlichen Raum und der Umwidmung von bisher produktionsgebundenen Zahlungen in integrierte ländliche Entwicklungsprogramme unter Einschluss der mit der Landwirtschaft verbundenen Wirtschaftszweige.

## Abänderung 34

## Artikel 1

Diese Verordnung enthält

- gemeinsame Regeln über Direktzahlungen im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie finanziert werden, ausgenommen Direktzahlungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999;
- eine Regelung zur Einkommensstützung für **landwirtschaftliche Betriebsinhaber** (im Folgenden „Regelung der **einheitlichen** Betriebsprämie“);
- Stützungsregelungen für Erzeuger von **Hartweizen**, Eiweißpflanzen, **Reis**, Schalenfrüchten, Energiepflanzen **und Stärkekartoffeln**.

Diese Verordnung enthält

- gemeinsame Regeln über **die in Anhang I aufgeführten** Direktzahlungen im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik, die aus dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Garantie finanziert werden, ausgenommen Direktzahlungen im Rahmen der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999;
- eine Regelung zur Stützung der Einkommen **und der Landnutzung** für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen **und für Empfänger bestimmter Prämien im Rinderzuchtsektor** (im Folgenden „Regelung der **multifunktionalen** Betriebsprämie“);
- Stützungsregelungen für Erzeuger von Eiweißpflanzen, Schalenfrüchten **und** Energiepflanzen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 35

## Artikel 2 Buchstaben c bis e

- |  |   |
|--|---|
| <p>c) „landwirtschaftliche Tätigkeit“ ist die Erzeugung, die Haltung oder der Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse einschließlich Ernten, Melken und Tierproduktion, oder die Erhaltung von Flächen in gutem agronomischem Zustand gemäß Artikel 5;</p> <p>d) „Direktzahlung“ ist eine direkt an Betriebsinhaber geleistete Zuwendung im Rahmen einer Stützungsregelung nach Anhang I;</p> <p>e) „Zahlungen in einem bestimmten Kalenderjahr“ sind die für das betreffende Jahr gewährten oder zu gewährenden Zahlungen, einschließlich aller Zahlungen für andere Zeiträume, die in dem betreffenden Kalenderjahr beginnen.</p> | <p>c) „landwirtschaftliche Tätigkeit“ ist die Erzeugung, die Haltung oder der Anbau landwirtschaftlicher Erzeugnisse einschließlich Ernten, Melken, Tierproduktion und <b>Tierzucht zu Zwecken landwirtschaftlicher Versorgung</b> oder die Erhaltung von Flächen in gutem agronomischem, <b>die Artenvielfalt in der Kulturlandschaft erhaltenden</b> Zustand gemäß Artikel 5;</p> <p>d) „Direktzahlung“ ist eine direkt an Betriebsinhaber geleistete Zuwendung im Rahmen einer Stützungsregelung nach Anhang I;</p> <p>e) „Zahlungen in einem bestimmten Kalenderjahr“ sind die für das betreffende Jahr gewährten oder zu gewährenden Zahlungen, einschließlich aller Zahlungen für andere Zeiträume, die in dem betreffenden Kalenderjahr beginnen;</p> <p><b>ea) „landwirtschaftliche Erzeugnisse“ sind in Anhang I des Vertrags aufgeführte Erzeugnisse einschließlich Baumwolle, jedoch ausgenommen Fischereierzeugnisse.</b></p> |
|--|---|

## Abänderung 36

## Artikel 3 Absatz 1

- |   |  |
|---|--|
| <p>(1) Ein Betriebsinhaber, der Direktzahlungen bezieht, muss die Grundanforderungen an die Betriebsführung nach Anhang III erfüllen und für die Erhaltung der Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand nach Artikel 5 sorgen.</p> | <p>(1) Ein Betriebsinhaber, der Direktzahlungen bezieht, muss <b>ab dem 1. Januar 2005</b> die Grundanforderungen an die Betriebsführung nach Anhang III erfüllen und für die Erhaltung der Flächen in gutem landwirtschaftlichen Zustand nach Artikel 5 sorgen.</p> |
|---|--|

## Abänderung 37

## Artikel 3 Absatz 2a (neu)

**(2a) Die in der Verordnung (EG) Nr. 814/2000 des Rates<sup>(1)</sup> vom 17. April 2000 und in der Verordnung (EG) Nr. 2208/2002 der Kommission<sup>(2)</sup> vom 12. Dezember 2002 vorgesehenen Informationsmaßnahmen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik können dazu genutzt werden, diese neuen Anforderungen an die Betriebe auf der Grundlage der von den landwirtschaftlichen Organisationen vorzuschlagenden Programme bekannt zu machen und zu fördern.**

<sup>(1)</sup> ABL L 100 vom 20.4.2000, S. 7.

<sup>(2)</sup> ABL L 337 vom 13.12.2002, S. 21.

## Abänderung 38

## Artikel 4 Absatz 1 Spiegelstrich 2

– Arbeitsschutz,

– **Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz,**



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 39

## Artikel 5

Die Mitgliedstaaten bestimmen **unter Berücksichtigung des** in Anhang IV festgelegten **Rahmens** den Begriff des guten landwirtschaftlichen Zustands.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Flächen, die zum 31. Dezember 2002 als Dauergrünland genutzt wurden, als Dauergrünland erhalten bleiben...

Die Mitgliedstaaten bestimmen **in Übereinstimmung mit dem** in Anhang IV festgelegten **Rahmen** den Begriff des guten landwirtschaftlichen Zustands.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Flächen, die zum 31. Dezember 2002 als Dauergrünland genutzt wurden, als Dauergrünland erhalten bleiben **und keine weiteren Futterflächen stillgelegt werden.**

**Allerdings kann ein Mitgliedstaat, wenn ausreichend begründete Umstände, insbesondere konkrete ökologische Gründe, vorliegen, die in Absatz 1 genannten Bestimmungen außer Kraft setzen, sofern er geeignete Maßnahmen trifft, die eine erhebliche Verringerung seiner Gesamtfläche an Dauergrünland verhindern.**

## Abänderung 40

## Artikel 6 Absatz 1 und Absatz 2 Einleitung und Buchstabe a

(1) Wenn ein Betriebsinhaber die Grundanforderungen an die Betriebsführung oder an den guten landwirtschaftlichen Zustand nicht erfüllt, wird der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr nach Anwendung von **Artikel 10** gewährten Direktzahlungen gemäß Artikel 7 gekürzt oder gestrichen.

(2) Die Kürzungen oder Ausschlüsse nach Absatz 1 werden nur vorgenommen, wenn sich die Nichterfüllung bezieht auf

a) Tätigkeiten betreffend landwirtschaftliche Erzeugnisse **im Sinne von Anhang I EG-Vertrag einschließlich Baumwolle, jedoch ausgenommen Fischereierzeugnisse,**

(1) Wenn ein Betriebsinhaber die Grundanforderungen an die Betriebsführung oder an den guten landwirtschaftlichen Zustand nicht erfüllt, wird der Gesamtbetrag der in dem betreffenden Kalenderjahr nach Anwendung von **Artikel 12** gewährten Direktzahlungen gemäß Artikel 7 gekürzt oder gestrichen.

(2) Die Kürzungen oder Ausschlüsse nach Absatz 1 werden nur vorgenommen, wenn sich die Nichterfüllung bezieht auf

a) Tätigkeiten betreffend landwirtschaftliche Erzeugnisse, **die die Bedingungen von Artikel 2 Buchstabe ea erfüllen,**

## Abänderung 41

## Artikel 9

Die Mittel, die sich aus der Anwendung dieses Kapitels ergeben, werden dem EAGFL, Abteilung Garantie gutgeschrieben. Die Mitgliedstaaten können **20 %** dieser Mittel einbehalten.

Die Mittel, die sich aus der Anwendung dieses Kapitels ergeben, werden dem EAGFL, Abteilung Garantie, gutgeschrieben. Die Mitgliedstaaten können **50 %** dieser Mittel einbehalten **und sie für in der Programmplanung zur Entwicklung des ländlichen Raums enthaltene Maßnahmen verwenden, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert werden.**

## Abänderung 42

## Titel II Kapitel 2 Überschrift

Degression und Modulation

Modulation **und Stärkung der zweiten Säule**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 43  
Artikel 10 Absatz 1

(1) Alle im Rahmen der in Anhang I genannten Stützungsregelungen in einem Kalenderjahr getätigten Direktzahlungen an Betriebsinhaber **und die Obergrenze nach Anhang VIII** werden **jedes Jahr bis 2012** um folgende Prozentsätze gekürzt:

- 2006: 1 %,
- 2007: 4 %,
- 2008: 12 %,
- 2009: 14 %,
- 2010: 16 %,
- 2011: 18 %,
- 2012: 19 %.

(1) Alle im Rahmen der in Anhang I genannten Stützungsregelungen in einem Kalenderjahr getätigten Direktzahlungen an Betriebsinhaber werden um folgende Prozentsätze gekürzt:

- 6 % in den benachteiligten Gebieten,
- 8 % in den übrigen Gebieten.

Abänderung 108  
Artikel 10 Absatz 2

(2) Die Prozentsätze in Absatz 1 können nach dem Verfahren von Artikel 82 Absatz 2 angepasst werden. **entfällt**

Abänderungen 44, 148, 110 und 114  
Artikel 12

(-1) Alle im Rahmen der in Anhang I genannten Stützungsregelungen in einem Kalenderjahr getätigten Direktzahlungen an Betriebsinhaber, die 7 500 EUR je Betrieb übersteigen, werden von 2006 bis 2012 jedes Jahr um die in Artikel 10 genannten Prozentsätze gekürzt.

(-1a) In der neuen Modulationsregelung gelangt für die Anwendung der verschiedenen Prozentpunkte ein territoriales Kriterium zur Anwendung, wonach zwischen den Betrieben in benachteiligten Gebieten gemäß der am 31. Dezember 2002 geltenden Einstufung für die Anwendung der Artikel 17 bis 21 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 und den Betrieben außerhalb dieser Gebiete unterschieden wird.

(1) Die Mittel, die sich aus der Anwendung **folgender Prozentpunkte** der Kürzungen nach Artikel 10 ergeben, stehen als zusätzliche Gemeinschaftsförderung für Maßnahmen im Rahmen der Programmplanung für die ländliche Entwicklung zur Verfügung, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 aus dem EAGFL, Abteilung Garantie finanziert werden:

- 2006: 1 %,
- 2007: 2 %,
- 2008: 3 %,

(1) Die Mittel, die sich aus der Anwendung der Kürzungen nach Artikel 10 ergeben, stehen als zusätzliche Gemeinschaftsförderung für Maßnahmen im Rahmen der Programmplanung für die ländliche Entwicklung zur Verfügung, die nach der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 aus dem EAGFL, Abteilung Garantie finanziert werden.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

- 2009: 4 %,
- 2010: 5 %,
- 2011: 6 %,
- 2012: 6 %.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 werden den betreffenden Mitgliedstaaten **nach dem Verfahren von Artikel 82 Absatz 2** unter Berücksichtigung folgender Kriterien zugeteilt:

- landwirtschaftliche Fläche,
- Beschäftigung in der Landwirtschaft,
- Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftparität.

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- 2009: 4 %,
- 2010: 5 %,
- 2011: 6 %,
- 2012: 6 %.

(2) Die Mittel nach Absatz 1 werden den Mitgliedstaaten **unter der zwingenden Voraussetzung einer Kofinanzierung durch den Mitgliedstaat** unter Berücksichtigung folgender Kriterien zugeteilt:

- landwirtschaftliche Fläche,
- Beschäftigung in der Landwirtschaft,
- Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in Kaufkraftparität,
- **Anteil der benachteiligten Gebiete an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche.**

**Die Mitgliedstaaten verfügen außerdem über Flexibilität bei ihrer Politik für die Programme im ländlichen Raum.**

(2a) **Den Mitgliedstaaten steht es frei, die in den vorstehenden Absätzen festgelegte Modulationsregelung unmittelbar nach Inkrafttreten dieser Verordnung einzuführen. Die durch die reduzierten Zahlungen im Zuge der Modulation frei werdenden Beträge können zur Finanzierung ergänzender Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 verwendet werden. Ferner können die Mitgliedstaaten die durch die Modulation freigesetzten Beträge verwenden, um den einzelstaatlichen Beitrag zur Niederlassungsbeihilfe für Junglandwirte<sup>(1)</sup>, die Ausgleichszulagen für Landwirte in benachteiligten Gebieten und Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen<sup>(2)</sup> und die Agrarumweltmaßnahmen<sup>(3)</sup> zu finanzieren. Dies erfolgt unbeschadet des von jedem Mitgliedstaat für die zweite Säule zugeteilten Gesamtbetrags.**

(2b) **Alternativ können die Mitgliedstaaten bis 2006 weiterhin die bisherige Modulation auf freiwilliger Basis nach der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999 anwenden. In diesem Fall werden die erforderlichen Übergangsmaßnahmen erlassen, um den Übergang von einer Regelung zu einer anderen zu ermöglichen.**

(2c) **Die Erzeugungen mit Direktzahlungen in den Gebieten der Ägäischen Inseln sowie der französischen überseeischen Departements, auf den Azoren, Madeira und den Kanarischen Inseln bleiben aufgrund ihrer besonderen strukturellen Lage gemäß Artikel 299 Absatz 2 des Vertrags von der Modulationsregelung ausgenommen.**

(2d) **Die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf landwirtschaftliche Genossenschaften, deren Mitglieder gleichzeitig Erzeuger sind, wird durch vom Rat zu beschließende besondere Vorschriften geregelt.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

*(2e) Die in Absatz 1 festgelegten Beträge werden im Lichte der Beschlüssen überprüft, die im Rahmen der nächsten Finanziellen Vorausschau getroffen werden. Die endgültigen Prozentpunkte können jenen in Artikel 10 entsprechen.*

<sup>(1)</sup> Kapitel II der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999.

<sup>(2)</sup> Kapitel V der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999.

<sup>(3)</sup> Kapitel VI der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999.

Abänderung 45

Artikel 13 Absatz 1

(1) Die Mitgliedstaaten richten ein System zur Beratung der Betriebsinhaber in Fragen der Bodenbewirtschaftung und Betriebsführung (im Folgenden „landwirtschaftliche Betriebsberatung“) ein, die von einer oder mehreren dazu benannten Behörden oder nach Artikel 16 zugelassenen privaten Stellen durchgeführt wird.

(1) **Am 1. Januar 2006** richten die Mitgliedstaaten ein System zur Beratung der Betriebsinhaber in Fragen der Bodenbewirtschaftung und Betriebsführung (im Folgenden „landwirtschaftliche Betriebsberatung“) ein, die von einer oder mehreren dazu benannten Behörden oder nach Artikel 16 zugelassenen privaten Stellen durchgeführt wird.

Abänderung 46

Artikel 13 Absatz 2

(2) Die landwirtschaftliche Beratungstätigkeit umfasst mindestens die Grundanforderungen an die Betriebsführung und die Erhaltung in gutem landwirtschaftlichen Zustand nach Kapitel 1.

(2) Die landwirtschaftliche Beratungstätigkeit umfasst mindestens die Grundanforderungen an die Betriebsführung und die Erhaltung in gutem landwirtschaftlichen Zustand nach Kapitel 1, **doch muss sie, um wirklich effizient zu sein, eine spezifische Unterstützung der Landwirte beinhalten, damit sie sich auf die neuen Herausforderungen der Multifunktionalität der Landwirtschaft einstellen können und Hilfestellung beim Umgang mit den veränderten Marktgegebenheiten erhalten und insbesondere die Junglandwirte in die Lage versetzt werden, die mit der Niederlassung verbundenen Schwierigkeiten zu meistern; sie sollte darüber hinaus die Betriebsleiter darin unterstützen, eine den spezifischen lokalen Produktions- und Vermarktungsbedingungen angepasste Ausrichtung der Erzeugung vorzunehmen.**

Abänderung 47

Artikel 14

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass alle Betriebsinhaber, die Direktzahlungen von über **15 000 EUR** pro Jahr beziehen **oder einen Jahresumsatz von mehr als 100 000 EUR haben**, über **einen Zeitraum** von fünf Jahren **beginnend am 1. Januar 2005** an der landwirtschaftlichen Betriebsberatung teilnehmen, bei einer Mindestbeteiligung von 15 % pro Jahr.

(2) **An der landwirtschaftlichen Betriebsberatung können andere als die in Absatz 1 genannten Landwirte teilnehmen.**

**(-1) Die Betriebsinhaber können auf freiwilliger Basis an der Betriebsberatung teilnehmen.**

(1) **Ab dem 1. Januar 2007** stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass alle Betriebsinhaber, die Direktzahlungen von über **30 000 EUR** pro Jahr beziehen, über **Zeiträume** von fünf Jahren an der landwirtschaftlichen Betriebsberatung teilnehmen bei einer Mindestbeteiligung von 15 % pro Jahr.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 48

Artikel 16 Absatz 2a (neu)

**(2a) Die Erzeugerorganisationen, Genossenschaften und sonstigen landwirtschaftlichen Berufsverbände bleiben von der Verpflichtung zum Nachweis ihrer Erfahrung in der Beratungstätigkeit und Verlässlichkeit in Bezug auf die gesetzlich festgelegten Anforderungen an die Betriebsführung und der Erhaltung in gutem landwirtschaftlichen Zustand gemäß Absatz 2 ausgenommen.**

## Abänderung 49

Artikel 18 Buchstabe a

a) stellen sicher, dass die Beratungstätigkeit über die Grundanforderungen der Betriebsführung und den guten landwirtschaftlichen Zustand in den Betrieben entsprechend deren Tätigkeit durchgeführt wird;

a) stellen sicher, dass die Beratungstätigkeit über die Grundanforderungen der Betriebsführung und den guten landwirtschaftlichen Zustand in den Betrieben entsprechend deren Tätigkeit durchgeführt wird, **vorzugsweise in Form von Indikatoren;**

## Abänderung 50

Artikel 19

Wenn ein Betriebsinhaber die Teilnahme an der landwirtschaftlichen Betriebsberatung verweigert, nicht die von den benannten Behörden oder privaten Stellen zur Erfüllung ihrer Beratungstätigkeit als notwendig erachtete Auskunft und Unterstützung leistet oder falsche Informationen vorlegt, werden entsprechende Kürzungen oder Ausschlüsse nach Artikel 6 vorgenommen.

**(1)** Wenn ein Betriebsinhaber, **der zur Teilnahme an der landwirtschaftlichen Betriebsberatung verpflichtet ist, diese Teilnahme verweigert**, nicht die von den benannten Behörden oder privaten Stellen zur Erfüllung ihrer Beratungstätigkeit als notwendig erachtete Auskunft und Unterstützung leistet oder falsche Informationen vorlegt, werden entsprechende Kürzungen oder Ausschlüsse nach Artikel 6 vorgenommen.

**(2) Betriebe, die auf freiwilliger Basis an der Betriebsberatung teilnehmen, unterliegen nicht den ergänzenden Kontrollen vor Ort, die die einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Behörden vornehmen können.**

## Abänderung 51

Artikel 20

Jeder Mitgliedstaat richtet ein integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (im Folgenden „integriertes System“) ein.

Jeder Mitgliedstaat richtet **ab dem 1. Januar 2005** ein integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem (im Folgenden „integriertes System“) ein.

Das integrierte System gilt für die Stützungsregelungen nach Titel III und IV dieser Verordnung und Artikel 2a der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999.

Das integrierte System gilt für die Stützungsregelungen nach Titel III und IV dieser Verordnung und Artikel 2a der Verordnung (EG) Nr. 1259/1999.

**Es gilt soweit angebracht auch für** die Verwaltung und Kontrolle der Bestimmungen in Kapitel 1, 2 und 3 dieses Titels.

Die Verwaltung und Kontrolle der Bestimmungen in Kapitel 1, 2 und 3 dieses Titels **werden in der ersten Phase durch die in den Mitgliedstaaten bereits bestehenden Kontrollinstanzen vorgenommen. In der zweiten Phase können sie in das integrierte System einbezogen werden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 52

Artikel 21 Buchstaben c und d

- |  |  |
|--|--|
| <p>c) ein System zur Identifizierung und Registrierung der Zahlungsansprüche nach Artikel 24,</p> <p>d) die Beihilfeanträge,</p> | <p>c) ein System zur Identifizierung und Registrierung der Zahlungsansprüche nach Artikel 24, <b>das zwischen den entkoppelten multifunktionalen Zahlungen und den produktionsbezogenen Beihilfen unterscheidet,</b></p> <p>d) die Beihilfeanträge <b>mit der Unterscheidung zwischen entkoppelten multifunktionalen Zahlungen und produktionsbezogenen Beihilfen,</b></p> |
|--|--|

## Abänderung 53

Artikel 25 Absatz 1 Spiegelstrich 2

- |   |   |
|---|---|
| <p>– Anzahl und Höhe der Zahlungsansprüche,</p> | <p>– Anzahl und Höhe der Zahlungsansprüche, <b>wobei zwischen den entkoppelten multifunktionalen Zahlungen und den produktionsbezogenen Beihilfen unterschieden wird,</b></p> |
|---|---|

## Abänderung 54

Artikel 28

- |   |  |
|---|--|
| <p>(1) Die Mitgliedstaaten überprüfen im Wege der Verwaltungskontrolle, ergänzt durch Kontrollen vor Ort, ob die Betriebsinhaber die Pflichten <b>nach Kapitel 1</b> erfüllen.</p> <p>(2) Die Mitgliedstaaten können ihre vorhandenen Verwaltungs- und Kontrollsysteme heranziehen, um die Erfüllung der Grundanforderungen an die Betriebsführung und die Erhaltung in gutem landwirtschaftlichen Zustand <b>nach Kapitel 1</b> sicherzustellen.</p> | <p>(1) <b>Solange das integrierte System nicht auf die Betriebsführung und die Kontrolle der in Kapitel 1 aufgestellten Vorschriften angewandt wird,</b> überprüfen die Mitgliedstaaten im Wege der Verwaltungskontrolle, ergänzt durch Kontrollen vor Ort, ob die Betriebsinhaber die <b>darin vorgesehenen</b> Pflichten erfüllen.</p> <p>(2) <b>Solange das integrierte System nicht auf die Betriebsführung und die Kontrolle der in Kapitel 1 aufgestellten Vorschriften angewandt wird,</b>können die Mitgliedstaaten ihre vorhandenen Verwaltungs- und Kontrollsysteme heranziehen, um die Erfüllung der Grundanforderungen an die Betriebsführung und die Erhaltung in gutem landwirtschaftlichen Zustand sicherzustellen.</p> |
|---|--|

**Diese Systeme, insbesondere das System zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren nach der Richtlinie 92/102/EWG und der Verordnung (EG) Nr. 1760/2000, müssen im Sinne von Artikel 29 mit dem integrierten System kompatibel sein.**

## Abänderung 55

Artikel 30a (neu)

**Artikel 30a****Aussetzung der Überweisungen an Mitgliedstaaten**

**Die Kommission hat das Recht, monatliche Überweisungen an Mitgliedstaaten auszusetzen, bei denen sich wiederholt herausgestellt hat, dass sie nicht in der Lage sind, die Regelung der Direktzahlungen korrekt anzuwenden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 56  
Artikel 31 Absatz 3

(3) Abweichend von Absatz 2 und vorbehaltlich der Haushaltslage können die Mitgliedstaaten nach dem Verfahren von Artikel 82 Absatz 2 ermächtigt werden, in Regionen, in denen die Betriebsinhaber sich durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse in ernststen finanziellen Schwierigkeiten befinden, Vorschüsse bis zu 50 % der Zahlungen vor dem 1. Dezember zu tätigen.

(3) Abweichend von Absatz 2 und vorbehaltlich der Haushaltslage können die Mitgliedstaaten nach dem Verfahren von Artikel 82 Absatz 2 ermächtigt werden, in Regionen, in denen die Betriebsinhaber sich durch außergewöhnliche Witterungsverhältnisse in ernststen finanziellen Schwierigkeiten befinden, Vorschüsse bis zu 50 % **und in Gebieten in äußerster Randlage bis zu 100 %** der Zahlungen vor dem 1. Dezember zu tätigen.

Abänderung 57  
Artikel 32

Unbeschadet besonderer Bestimmungen in den einzelnen Stützungsregelungen erhalten Betriebsinhaber keine Zahlungen, wenn sie die Voraussetzungen für den Erhalt solcher Zahlungen künstlich geschaffen haben, um einen den Zielen der betreffenden Stützungsregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken.

Unbeschadet besonderer Bestimmungen in den einzelnen Stützungsregelungen erhalten Betriebsinhaber keine Zahlungen, wenn sie die Voraussetzungen für den Erhalt solcher Zahlungen künstlich geschaffen haben, um einen den Zielen der betreffenden Stützungsregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken **oder um zu vermeiden, dass die Modulationsregelung nach Kapitel 2 auf sie Anwendung findet.**

Abänderung 58  
Artikel 33

Die Anwendung der Stützungsregelungen nach Anhang I erfolgt unbeschadet einer **jederzeit** möglichen Überprüfung aufgrund der Marktentwicklungen **und der Haushaltslage**.

Die Anwendung der Stützungsregelungen nach Anhang I erfolgt unbeschadet einer möglichen Überprüfung **innerhalb einer vertretbaren Frist** aufgrund der Marktentwicklungen, **wobei zu berücksichtigen ist, dass den Betriebsinhabern ein Rahmen der Stabilität geboten werden muss. Die Gemeinschaft vermeidet es, die Sicherheit der landwirtschaftlichen Investitionen zu gefährden.**

Abänderung 59  
TITEL III Überschrift

REGELUNG DER EINHEITLICHEN BETRIEBSPRÄMIE

REGELUNG DER EINHEITLICHEN **MULTIFUNKTIONALEN** BETRIEBSPRÄMIEAbänderung 60  
Artikel 36

Betriebsinhaber können die Regelung der einheitlichen Betriebsprämie in Anspruch nehmen, wenn sie **im Bezugszeitraum** nach Artikel 41 **eine** Direktzahlung im Rahmen von mindestens einer Stützungsregelung gemäß Anhang VI **bezogen** haben.

(1) Betriebsinhaber, **die am 1. Januar 2004 eine landwirtschaftliche Tätigkeit ausüben**, können die Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie in Anspruch nehmen, wenn sie

a) **in einem der Jahre des Bezugszeitraums** nach Artikel 41 **einen Anspruch auf** Direktzahlung im Rahmen von mindestens einer Stützungsregelung gemäß Anhang VI **erworben** haben.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- b) *einen Betrieb oder einen Teil eines Betriebs durch Vererbung einschließlich vorweggenommene Erbfolge oder aufgrund eines vorzeitigen Eintretens in den Ruhestand übernommen haben,*
- c) *einen Zahlungsanspruch von der einzelstaatlichen Reserve oder durch Übertragung erworben haben.*
- (2) *Diese einheitliche multifunktionale Betriebsprämie entspricht einer teilweise und stufenweise entkoppelten Beihilfe zum Einkommen und für die Nutzung des ländlichen Raums für Erzeuger bestimmter Ackerkulturen und Empfänger bestimmter Prämien im Rindersektor (im Folgenden „Regelung der multifunktionalen Betriebsprämie“).*
- (3) *Um die Haushaltsneutralität der neuen Regelung zu gewährleisten, werden die Einheitsbeträge der in Anhang VI genannten Direktzahlungen nach ihren geltenden Regelungen gemäß dieser Verordnung stufenweise im Verhältnis zur Entkoppelung gekürzt.*

Abänderung 61  
Artikel 36a (neu)**Artikel 36a****Übergangsregelung**

*Die Regelung der multifunktionalen Betriebsprämie auf der Grundlage von Referenzkriterien, die sich auf zurückliegende Jahre beziehen, ist eine Übergangsregelung.*

*Ab dem Jahr 2007 gründen sich die entkoppelten Zahlungen auf die Fläche und die Beschäftigung in der Landwirtschaft.*

Abänderung 62  
Artikel 37

Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten senden den Betriebsinhabern ein Antragsformular zu, das folgende Angaben enthält:

- a) den Betrag im Sinne von Kapitel 2 (im Folgenden „Referenzbetrag“),
- b) die Hektarzahl der Flächen nach Artikel 46,
- c) die Zahl der Zahlungsansprüche pro Hektar nach Kapitel 3.

(1) **Im Jahr 2004** senden die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten den **in Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe a genannten** Betriebsinhabern ein Antragsformular zu, das folgende Angaben enthält:

- a) den Betrag im Sinne von Kapitel 2 (im Folgenden „Referenzbetrag“),
- b) die Hektarzahl der Flächen nach Artikel 46,
- c) die Zahl **und die Höhe** der Zahlungsansprüche pro Hektar nach Kapitel 3.

(2) *Die Betriebsinhaber beantragen die einheitliche multifunktionale Prämie vor dem vom Mitgliedstaat festgelegten Zeitpunkt, spätestens aber vor dem 15. Mai.*

Abänderung 63  
Artikel 38 Absatz 2

Die **beihilfefähige Hektarfläche im Sinne von Artikel 47 Absatz 2, für die ein Antrag auf einheitliche Betriebsprämie gestellt und die gemäß Artikel 55 stillgelegt wurde**, kann **nicht** Gegenstand eines Antrags auf Direktzahlungen für Energiepflanzen nach Titel IV Kapitel 5 sein.

Die **in Absatz 1 genannte Fläche** kann Gegenstand eines Antrags auf Direktzahlungen für Energiepflanzen nach Titel IV Kapitel 5 sein, **ausgenommen für den gemäß Artikel 55 stillgelegten Teil.**



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 64

## Artikel 39 Absätze 1 und 2

(1) Die Beihilfen im Rahmen der einheitlichen Betriebsprämie werden auf Grundlage der Zahlungsansprüche nach Kapitel 3 für eine entsprechende Hektarzahl beihilfefähiger Flächen im Sinne von Artikel 47 Absatz 2 gezahlt.

(2) In Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, wird der Beihilfebetrug zum Umrechnungskurs vom 1. Januar des Kalenderjahres, für das die einheitliche Betriebsprämie erfolgt, in Landeswährung umgerechnet.

(1) Die Beihilfen im Rahmen der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie werden auf Grundlage der Zahlungsansprüche nach Kapitel 3 für eine entsprechende Hektarzahl beihilfefähiger Flächen im Sinne von Artikel 47 Absatz 2 gezahlt.

(2) In Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, wird der Beihilfebetrug zum Umrechnungskurs vom 1. Januar des Kalenderjahres, für das die einheitliche Betriebsprämie erfolgt, in Landeswährung umgerechnet. **Als Umrechnungskurs wird der Durchschnitt der Wechselkurse verwendet, die im Dezember des Vorjahres galten.**

## Abänderung 65

## Artikel 40

Der Referenzbetrag entspricht dem **Jahresdurchschnitt des Gesamtbetrags der Beihilfen für Flächen und Tiere**, den ein Betriebsinhaber im Rahmen der Stützungsregelungen nach Anhang VI für **jedes Kalenderjahr** des Bezugszeitraums nach Artikel 41 **bezogen hat und der** gemäß Anhang VII **berechnet und angepasst wurde**.

Der Referenzbetrag entspricht dem **Betrag**, den ein Betriebsinhaber **entsprechend der Anzahl Hektar und der Anzahl männlicher Rinder** im Rahmen der Stützungsregelungen nach Anhang VI für **das Jahr bezogen hat, das der Erzeuger innerhalb** des Bezugszeitraums nach Artikel 41 **auswählt. Dieser Betrag wird** gemäß Anhang VII angepasst.

## Abänderung 66

## Artikel 44 Absatz 1

(1) Die Summe der Referenzbeträge darf **die jeweilige** einzelstaatliche Obergrenze **nach Anhang VIII** nicht überschreiten.

(1) Die Summe der Referenzbeträge **der einheitlichen multifunktionalen Betriebsprämie** darf **eine** einzelstaatliche Obergrenze, **die die Kommission gemäß dem Verfahren des Artikels 82 Absatz 2 festlegt**, nicht überschreiten, **wobei die während des Bezugszeitraums verhängten Sanktionen ausgenommen, die Ausgleichsleistungen, die gemäß Artikel 32 Absätze 11 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 2342/1999 der Kommission<sup>(1)</sup> infolge der BSE-Krise gewährt wurden, hingegen einbezogen werden.**

<sup>(1)</sup> ABL L 281 vom 4.11.1999, S. 30. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2381/2002 (ABL L 358 vom 31.12.2002, S. 119).

## Abänderung 67

## Artikel 45

(1) Zur Bildung einer einzelstaatlichen Reserve nehmen die Mitgliedstaaten – nach einer etwaigen Reduzierung gemäß Artikel 44 Absatz 2 – eine lineare prozentuale Reduzierung der Referenzbeträge um **höchstens** 1 % vor.

(2) Die einzelstaatliche Reserve entspricht der Differenz zwischen der Obergrenze **nach Anhang VIII** und der Summe der Referenzbeträge, die den Betriebsinhabern im Rahmen der Regelung der einheitlichen Betriebsprämie nach der Reduzierung gemäß Absatz 1 zugewiesen wurden.

(1) Zur Bildung einer einzelstaatlichen Reserve nehmen die Mitgliedstaaten – nach einer etwaigen Reduzierung gemäß Artikel 44 Absatz 2 – eine lineare prozentuale Reduzierung der Referenzbeträge um **mindestens** 1 % vor.

(2) Die einzelstaatliche Reserve entspricht der Differenz zwischen der **in Artikel 44 festgelegten** Obergrenze und der Summe der Referenzbeträge, die den Betriebsinhabern im Rahmen der Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie nach der Reduzierung gemäß Absatz 1 zugewiesen wurden.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

(3) Die Mitgliedstaaten verwenden die einzelstaatliche Reserve zur Festsetzung von Referenzbeträgen für Betriebsinhaber im Sinne von Artikel 43.

(3) Die Mitgliedstaaten verwenden die einzelstaatliche Reserve zur Festsetzung von Referenzbeträgen für Betriebsinhaber im Sinne von Artikel 43.

(4) Die Mitgliedstaaten können die einzelstaatliche Reserve für die Zuweisung von Referenzbeträgen an Betriebsinhaber verwenden, die vor dem 31. Dezember 2000 eine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen haben, wobei objektive Kriterien zugrunde zu legen, die Gleichbehandlung der Betriebsinhaber zu gewährleisten und Markt- und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden sind.

(4) Die Mitgliedstaaten **verwenden** die einzelstaatliche Reserve für die Zuweisung von Referenzbeträgen an Betriebsinhaber **und insbesondere Junglandwirte**, die vor dem 31. Dezember 2000 eine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen haben, wobei objektive Kriterien zugrunde zu legen, die Gleichbehandlung der Betriebsinhaber zu gewährleisten und Markt- und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden sind.

## Abänderung 68

## Artikel 46

**(-1) Die Bezugsfläche entspricht der durchschnittlichen Hektarzahl aller Flächen, für die während des dreijährigen Bezugszeitraums ein Anspruch auf Direktzahlungen nach Anhang VI bestand.**

(1) Unbeschadet Artikel 51 erhält ein Betriebsinhaber einen Zahlungsanspruch je Hektar Fläche; dieser berechnet sich, indem der Referenzbetrag durch die **durchschnittliche Hektarzahl aller Flächen** geteilt wird, **für die im Bezugszeitraum ein Anspruch auf Direktzahlungen nach Anhang VI bestand.**

(2) Die Hektarzahl nach Absatz 1 umfasst ferner

**a) bei Beihilfen für Kartoffelstärke, Trockenfutter und Saatgut im Sinne von Anhang VII die Hektarzahl der Flächen, für deren Erzeugung im Bezugszeitraum eine Beihilfe gewährt wurde, berechnet nach Anhang VII Abschnitt B, D bzw. G;**

**b) alle Futterflächen im Bezugszeitraum.**

(3) Im Sinne von Absatz 2 Buchstabe b bedeutet „Futterfläche“ die während des gesamten Kalenderjahres für die Rinder-, Schaf- und/oder Ziegenhaltung zur Verfügung stehende Betriebsfläche einschließlich gemeinsam genutzte Flächen und Mischkulturflächen. Zur Futterfläche gehören nicht:

- Gebäude, Wälder, Teiche und Wege;
- Flächen, die für andere gemeinschaftsbeihilfefähige Kulturen, für Dauerkulturen oder Gartenbaukulturen genutzt werden;
- Flächen, die im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen beihilfefähig sind, im Rahmen der Beihilferegelung für Trockenfutter genutzt werden oder unter ein Flächenstilllegungsprogramm der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten fallen.

(1) Unbeschadet Artikel 51 erhält ein Betriebsinhaber einen Zahlungsanspruch je Hektar Fläche **(im Folgenden „multifunktionale Grundzahlung pro Hektar“)**; dieser berechnet sich, indem der Referenzbetrag durch die **in Absatz -1 definierte Fläche** geteilt wird.

(2) Die Hektarzahl nach Absatz 1 umfasst ferner alle Futterflächen im Bezugszeitraum.

(3) Im Sinne von Absatz 2 Buchstabe b bedeutet „Futterfläche“ die während des gesamten Kalenderjahres für die Rinder-, Schaf- und/oder Ziegenhaltung zur Verfügung stehende Betriebsfläche einschließlich gemeinsam genutzte Flächen und Mischkulturflächen. Zur Futterfläche gehören nicht:

- Gebäude, Wälder, Teiche und Wege;
- Flächen, die für andere gemeinschaftsbeihilfefähige Kulturen, für Dauerkulturen oder Gartenbaukulturen genutzt werden;
- Flächen, die im Rahmen der Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen beihilfefähig sind, im Rahmen der Beihilferegelung für Trockenfutter genutzt werden oder unter ein Flächenstilllegungsprogramm der Gemeinschaft oder der Mitgliedstaaten fallen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

(4) Die **Zahlungsansprüche** pro Hektar werden nicht geändert, **außer wenn ein Betriebsinhaber im Bezugszeitraum den Zuschlag oder die Sonderbeihilfe für Hartweizen bezogen hat oder ab 2004 Anspruch auf Zahlungen für Milch nach Anhang VII Abschnitt F hat.**

(4) Die **multifunktionalen Grundzahlungen** pro Hektar werden nicht geändert.

Abänderung 69  
Artikel 47 Absatz 1

(1) **Jeder Zahlungsanspruch gibt zusammen mit je einem Hektar beihilfefähiger Fläche Anspruch auf Zahlung des mit dem Zahlungsanspruch festgesetzten Betrags.**

(1) **Der Anspruch auf multifunktionale Grundzahlungen wird für die beihilfefähige Flächen gewährt, sofern diese Flächen Anbauflächen sind oder, falls sie stillgelegt werden, in gutem landwirtschaftlichem Zustand erhalten werden.**

Abänderung 70  
Artikel 48 Absatz 1

Alle Zahlungsansprüche, die während eines Zeitraums von **fünf Jahren** nicht genutzt wurden, werden der einzelstaatlichen Reserve zugeschlagen.

Alle Zahlungsansprüche, die während eines Zeitraums von **drei Jahren** nicht genutzt wurden, werden der einzelstaatlichen Reserve zugeschlagen.

Abänderung 71  
Artikel 49

(1) Unbeschadet der Übertragung durch Vererbung einschließlich vorweggenommene Erbfolge dürfen **Zahlungsansprüche** nur an andere Betriebsinhaber innerhalb desselben Mitgliedstaats übertragen werden.

(1) Unbeschadet der Übertragung durch Vererbung einschließlich vorweggenommene Erbfolge dürfen **multifunktionale Grundzahlungen pro Hektar** nur an andere Betriebsinhaber innerhalb desselben Mitgliedstaats übertragen werden.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass **Zahlungsansprüche** zwischen Betriebsinhabern jeweils nur innerhalb einer bestimmten Region übertragen werden dürfen.

Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass **multifunktionale Grundzahlungen pro Hektar** zwischen Betriebsinhabern jeweils nur innerhalb einer bestimmten Region übertragen werden dürfen.

(2) **Zahlungsansprüche** können durch Verkauf mit oder ohne Flächen übertragen werden. Verpachtung oder ähnliche Transaktionen sind nur zulässig, wenn zusammen mit den **Zahlungsansprüchen** eine gleichwertige Hektarzahl beihilfefähiger Flächen übertragen wird.

(2) **Multifunktionale Grundzahlungen pro Hektar** können durch Verkauf mit oder ohne Flächen übertragen werden. Verpachtung oder ähnliche Transaktionen sind nur zulässig, wenn zusammen mit den **multifunktionalen Grundzahlungen pro Hektar** eine gleichwertige Hektarzahl beihilfefähiger Flächen übertragen wird. **Bei Betriebsaufgabe werden die Zahlungsansprüche zusammen mit den entsprechenden Flächen übertragen.**

(3) **Bei Übertragung von Zahlungsansprüchen im Sinne von Artikel 46 Absatz 4 werden die Zahlungsansprüche pro Hektar unter Berücksichtigung von Anhang VII Abschnitt A Nummer 2 und Abschnitt F berechnet.**

Abänderung 72  
Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe a

a) **die Saisonentzerrungsprämie nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999; entfällt**

Abänderung 73  
Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe b

b) **die Schlachtprämie nach Artikel 11 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999; entfällt**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 74

Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe c

- |  |   |
|--|---|
| <p>c) die Sonderprämie für männliche Rinder <b>und die Mutterkuhprämie</b>, wenn der Betriebsinhaber von den Besatzdichtevorschriften nach Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 ausgenommen war und keine Extensivierungsprämie nach Artikel 13 derselben Verordnung beantragt hat;</p> | <p>c) die Sonderprämie für männliche Rinder, wenn der Betriebsinhaber von den Besatzdichtevorschriften nach Artikel 12 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 ausgenommen war und keine Extensivierungsprämie nach Artikel 13 derselben Verordnung beantragt hat;</p> |
|--|---|

## Abänderung 75

Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe d

- |   |                        |
|---|------------------------|
| <p>d) <b>die Ergänzungsbeträge nach Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr.1254/1999, soweit sie ergänzend zu den Beihilfen unter Buchstabe a, b und c gezahlt wurden;</b></p> | <p><b>entfällt</b></p> |
|---|------------------------|

## Abänderung 76

Artikel 50 Absatz 1 Buchstabe e

- |   |                        |
|---|------------------------|
| <p>e) <b>die Zahlungen im Rahmen der Beihilferegelung für Schafe und Ziegen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– <b>in den Kalenderjahren 2000 und 2001 nach Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 2467/1998,</b></li> <li>– <b>im Kalenderjahr 2002 nach Artikel 4, 5 und 11 Absatz 1 und 2 erster, zweiter und vierter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 2529/2001.</b></li> </ul> | <p><b>entfällt</b></p> |
|---|------------------------|

## Abänderung 77

Artikel 52 Absätze 1 und 2

- |  |   |
|--|---|
| <p>(1) Die Zahl der besonderen Zahlungsansprüche kann nicht geändert werden, <b>außer wenn ein Betriebsinhaber Anspruch auf Direktzahlungen für Milch hat. In diesem Fall werden die Ansprüche unter Berücksichtigung von Anhang VII Abschnitt F berechnet.</b></p> <p>(2) Außer durch Vererbung einschließlich vorweggenommene Erbfolge können besondere Zahlungsansprüche nicht übertragen werden.</p> | <p>(1) Die Zahl der besonderen Zahlungsansprüche kann nicht geändert werden.</p> <p>(2) Außer durch Vererbung einschließlich vorweggenommene Erbfolge können besondere Zahlungsansprüche nicht übertragen werden.</p> |
|--|---|

**Jedoch ist bei besonderen Zahlungsansprüchen, die sich ausschließlich aus Zahlungen im Rahmen der Beihilferegelung für Schafe und Ziegen ergeben, die Übertragung von Zahlungsansprüchen zulässig zwischen Betriebsinhabern, die im Bezugszeitraum Beihilfen für Schafe oder Ziegen bezogen haben.**

## Abänderung 137

Artikel 53

Die Betriebsinhaber dürfen **ihre** Flächen für jede **landwirtschaftliche Tätigkeit außer** für Dauerkulturen nutzen.

Die Betriebsinhaber dürfen **die beihilfefähigen** Flächen für jede **Kultur auf Zeit, für die eine Beihilferegelung besteht, einschließlich für Steineichen- und Korkeichenwald, nicht aber** für **andere** Dauerkulturen nutzen. **Ausdrücklich ausgeschlossen ist die Möglichkeit, Obst und Gemüse und Kartoffeln auf Zeit oder in Dauerkultur anzubauen.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

**Die Kommission führt die erforderlichen Kontrollen und Prüfungen durch, um zu gewährleisten, dass im Sektor Obst und Gemüse und im Sektor Kartoffeln keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen.**

Abänderung 79

Artikel 55

(1) Wenn ein Betriebsinhaber im Wirtschaftsjahr 2003/2004 zur Stilllegung eines Teils seiner Betriebsflächen nach Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 verpflichtet war, so muss er einen Teil der Betriebsflächen, für die ein Antrag im Rahmen der Regelung der einheitlichen Betriebsprämie gestellt wird, entsprechend 10 % der Flächen in Hektar, die bei der Berechnung der obengenannten Stilllegungspflicht zugrundegelegt wurden, stilllegen.

(2) Zur Erfüllung der Stilllegungspflicht nach Absatz 1 dürfen keine Flächen herangezogen werden, die am 31. Dezember **1991** als Dauergrünland, Dauerkulturen, Wälder oder für nicht landwirtschaftliche Zwecke genutzt wurden. Jedoch kommen Flächen, für die in mindestens einem Wirtschaftsjahr von 1998/99 bis 2000/01 eine Beihilfe im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 gewährt wurde, für die Stilllegung in Betracht.

Die Mitgliedstaaten können unter Voraussetzungen, die nach dem Verfahren von Artikel 82 Absatz 2 festgelegt werden, von diesen Bestimmungen abweichen, sofern sie durch entsprechende Maßnahmen sicherstellen, dass sich die beihilfefähige landwirtschaftliche Gesamtfläche nicht nennenswert erhöht.

(3) Die Stilllegungspflicht im Sinne von Absatz 1 gilt **für einen Zeitraum von zehn Jahren ab 1. Januar 2004.**

Auf die Stilllegungspflicht im Sinne von Absatz 1 angerechnet werden können Flächen, die aufgrund eines nach dem 28. Juni 1995 gestellten Antrags

- gemäß Artikel 22 bis 24 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 stillgelegt wurden und weder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt noch in anderer Weise, als dies für die übrigen stillgelegten Flächen nach dieser Verordnung zulässig ist, gewinnbringend genutzt werden, oder
- gemäß Artikel 31 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 aufgeforstet wurden.

(1) Wenn ein Betriebsinhaber im Wirtschaftsjahr 2003/2004 zur Stilllegung eines Teils seiner Betriebsflächen nach Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 verpflichtet war, so muss er einen Teil der Betriebsflächen, für die ein Antrag im Rahmen der Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie gestellt wird, entsprechend 10 % der Flächen in Hektar, die bei der Berechnung der obengenannten Stilllegungspflicht zugrundegelegt wurden, stilllegen.

(2) Zur Erfüllung der Stilllegungspflicht nach Absatz 1 dürfen keine Flächen herangezogen werden, die am 31. Dezember **2002** als Dauergrünland, Dauerkulturen, Wälder oder für nicht landwirtschaftliche Zwecke genutzt wurden. Jedoch kommen Flächen, für die in mindestens einem Wirtschaftsjahr von 1998/99 bis 2000/01 eine Beihilfe im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1308/70 gewährt wurde, für die Stilllegung in Betracht.

Die Mitgliedstaaten können unter Voraussetzungen, die nach dem Verfahren von Artikel 82 Absatz 2 festgelegt werden, von diesen Bestimmungen abweichen, sofern sie durch entsprechende Maßnahmen sicherstellen, dass sich die beihilfefähige landwirtschaftliche Gesamtfläche nicht nennenswert erhöht.

(3) Die Stilllegungspflicht im Sinne von Absatz 1 gilt **auf der Grundlage einer jährlichen Rotation.**

Auf die Stilllegungspflicht im Sinne von Absatz 1 angerechnet werden können Flächen, die aufgrund eines nach dem 28. Juni 1995 gestellten Antrags

- gemäß Artikel 22 bis 24 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 stillgelegt wurden und weder einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt noch in anderer Weise, als dies für die übrigen stillgelegten Flächen nach dieser Verordnung zulässig ist, gewinnbringend genutzt werden, oder
- gemäß Artikel 31 der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 aufgeforstet wurden. **Des Weiteren können für die Stilllegung Flächen anerkannt werden, die aus Gründen des Gewässerschutzes für Gewässerrandstreifen genutzt werden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 80  
Artikel 56 Spiegelstrich 1

- |   |  |
|---|--|
| <p>– die im Rahmen der Regelung der einheitlichen Betriebsprämie einen Antrag für eine Fläche von höchstens 20 Hektar stellen, oder</p> | <p>– die im Rahmen der Regelung der einheitlichen <b>multifunktionalen</b> Betriebsprämie einen Antrag für eine Fläche von höchstens 20 Hektar stellen, oder</p> |
|---|--|

Abänderung 81  
Artikel 57 Absatz 1 Unterabsatz 2

Sie dürfen nicht für **landwirtschaftliche Zwecke oder zum Pflanzenbau für gewerbliche Zwecke** genutzt werden.

Sie dürfen nicht für **die Herstellung von Nahrungsmitteln** genutzt werden; **sie müssen entweder stillgelegt oder für die Produktion von Non-Food-Erzeugnissen im Rahmen eines Vertrags zwischen dem Betriebsinhaber und einem Verarbeitungsunternehmen verwendet werden, ausgenommen in Fällen der Verarbeitung durch den Betriebsinhaber im eigenen Betrieb.**

Abänderung 144  
Artikel 57 Absatz 2

(2) Die stillgelegten Flächen dürfen **nicht** in den Fruchtwechsel einbezogen werden. **Jedoch können die Mitgliedstaaten in ausreichend begründeten Fällen, insbesondere aus bestimmten Umweltgründen, dem Betriebsinhaber den Austausch von Flächen gestatten, die der Stilllegungspflicht unterliegen, soweit** die Hektarzahl insgesamt und die Beihilfenvoraussetzungen für die betreffenden Flächen im Sinne von Artikel 55 Absatz 1 gewahrt bleiben.

(2) Die stillgelegten Flächen dürfen **zur Bodengesundung** in den Fruchtwechsel einbezogen werden. Die Mitgliedstaaten **stellen sicher, dass** die Hektarzahl insgesamt und die Beihilfenvoraussetzungen für die betreffenden Flächen im Sinne von Artikel 55 Absatz 1 gewahrt bleiben.

Abänderung 82  
Artikel 58

(1) Die Mitgliedstaaten können bis spätestens **1. März 2004** beschließen, die Regelung der einheitlichen Betriebsprämie gemäß Kapitel 1 bis 4 nach den Bestimmungen dieses Kapitels auf regionaler Ebene durchzuführen.

(1) Die Mitgliedstaaten können bis spätestens **1. März 2005** beschließen, die Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie gemäß Kapitel 1 bis 4 nach den Bestimmungen dieses Kapitels auf regionaler Ebene **oder auf örtlicher Ebene zugunsten homogener Produktionsgebiete und ökologisch relevanter Gebiete** durchzuführen.

(2) In diesem Falle teilen die Mitgliedstaaten die einzelstaatliche Obergrenze gemäß Artikel 44 nach objektiven Kriterien auf die Regionen auf.

(2) In diesem Falle teilen die Mitgliedstaaten die einzelstaatliche Obergrenze gemäß Artikel 44 nach objektiven Kriterien auf die Regionen **bzw. Gebiete** auf.

(3) Die Mitgliedstaaten führen die Regelung der einheitlichen Betriebsprämie in den Regionen im Rahmen der nach Absatz 2 festgesetzten regionalen Obergrenzen durch.

(3) Die Mitgliedstaaten führen die Regelung der einheitlichen **multifunktionalen** Betriebsprämie in den Regionen **oder Gebieten** im Rahmen der nach Absatz 2 festgesetzten regionalen **bzw. örtlichen** Obergrenzen durch.

(4) In begründeten Fällen, **so** zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, können die Mitgliedstaaten abweichend von Artikel 46 bei der regionalen Berechnung der Hektarzahl im Sinne des genannten Artikels die beihilfefähigen Hektarflächen gemäß Artikel 47 Absatz 2 von allen Betrieben in der betreffenden Region heranziehen. In diesem Fall berechnet

(4) In begründeten Fällen (zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen, **bei Aufgabe der Produktion oder aus Gründen des Umweltschutzes**) können die Mitgliedstaaten abweichend von Artikel 46 bei der regionalen Berechnung der Hektarzahl im Sinne des genannten Artikels die beihilfefähigen Hektarflächen gemäß Artikel 47 Absatz 2 von allen Betrieben

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

sich abweichend von Artikel 36 **der Anspruch pro Hektar** für einen Betriebsinhaber, dessen Betrieb in der betreffenden Region liegt, indem die nach Absatz 2 festgesetzte regionale Obergrenze durch die auf regionaler Ebene bestimmte Hektarzahl geteilt wird.

(5) Die nach diesem Artikel festgesetzten Ansprüche dürfen nur innerhalb derselben Region oder zwischen Regionen mit der gleichen Zahl von Ansprüchen pro Hektar übertragen werden.

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

in der betreffenden Region heranziehen. In diesem Fall berechnet sich abweichend von Artikel 36 **die multifunktionale Grundzahlung pro Hektar** für einen Betriebsinhaber, dessen Betrieb in der betreffenden Region liegt, indem die nach Absatz 2 festgesetzte regionale Obergrenze durch die auf regionaler Ebene bestimmte Hektarzahl geteilt wird.

**(4a) Aufgrund der besonderen Produktionssituation in benachteiligten Gebieten mit geringer Produktivität können die Mitgliedstaaten spezifische Maßnahmen erlassen, um zu vermeiden, dass die Produktion massenhaft aufgegeben wird, und um die damit verbundenen Auswirkungen auf das Gebiet zu lindern.**

(5) Die nach diesem Artikel festgesetzten Ansprüche dürfen nur innerhalb derselben Region **bzw. desselben Gebiets** oder zwischen Regionen mit der gleichen Zahl von Ansprüchen pro Hektar übertragen werden.

Abänderung 83  
Titel IV Kapitel 2 Überschrift

Prämie für Eiweißpflanzen

Prämie für Eiweißpflanzen **und Körnerleguminosen**Abänderung 84  
Artikel 63

Erzeuger von Eiweißpflanzen erhalten eine Beihilfe nach den Bestimmungen dieses Kapitels.

Eiweißpflanzen sind

- Erbsen des KN-Codes 0713 10,
- Ackerbohnen des KN-Codes 0713 50,
- Süßlupinen des KN-Codes ex 1209 29 50.

Erzeuger von Eiweißpflanzen **und Körnerleguminosen** erhalten eine Beihilfe nach den Bestimmungen dieses Kapitels.

Eiweißpflanzen sind

- Erbsen des KN-Codes 0713 10,
- Ackerbohnen des KN-Codes 0713 50,
- Süßlupinen des KN-Codes ex 1209 29 50,
- **Gelblupinen (*Lupinus luteus*) des KN-Codes 1209 29.**

**Körnerleguminosen sind**

- **Linsen des KN-Codes ex 0713 40 90 N,**
- **Kichererbsen des KN-Codes ex 0713 20 90,**
- **Wicken des KN-Codes ex 0713 90 90,**
- **Narbonner Wicken (*Vicia narbonensis* L.) des KN-Codes 1209 29,**
- **Wicklinsen (*Vicia articulata* Hornem) des KN-Codes ...,**
- **Platterbsen (*Lathyrus sativus* L.) des KN-Codes ...,**
- **Kicher-Platterbsen (*Lathyrus cicera* L.) des KN-Codes....**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 85  
Artikel 64 Absatz 1

Die Beihilfe beträgt 55,57 EUR/ha für Eiweißpflanzen, die nach dem Zeitpunkt der Milchreife geerntet wurden.

Die Beihilfe beträgt 55,57 EUR/ha für Eiweißpflanzen **und Körnerleguminosen**, die nach dem Zeitpunkt der Milchreife geerntet wurden.

Abänderung 86  
Artikel 65 Absatz 1

(1) Die Beihilfe wird im Rahmen einer Garantiehochstfläche von **1 400 000 Hektar** gewährt.

(1) Die Beihilfe wird im Rahmen einer Garantiehochstfläche von **2 000 000 Hektar** gewährt.

Abänderung 139  
Artikel 69 Absatz 1

(1) Übersteigen die Reisanbauflächen in einem Mitgliedstaat in einem Jahr die Grundfläche nach Artikel 68, so wird die Beihilfe für alle Erzeuger der betreffenden Grundfläche in demselben Wirtschaftsjahr gekürzt

(1) Übersteigen die Reisanbauflächen in einem Mitgliedstaat in einem Jahr die Grundfläche nach Artikel 68, so wird die Beihilfe für alle Erzeuger der betreffenden Grundfläche in demselben Wirtschaftsjahr **proportional zur Überschreitung der Fläche** gekürzt.

- **um das Dreifache des Satzes der Überschreitung, wenn dieser weniger als 1 % beträgt,**
- **um das Vierfache des Satzes der Überschreitung, wenn dieser mindestens 1 %, aber weniger als 3 % beträgt,**
- **um das Fünffache des Satzes der Überschreitung, wenn dieser mindestens 3 %, aber weniger als 5 % beträgt,**
- **um das Sechsfache des Satzes der Überschreitung, wenn dieser 5 % oder mehr beträgt.**

Abänderung 132  
Artikel 69 Absatz 1a (neu)

**(1a) Die Erzeuger, deren Betriebe in unter Umweltschutz stehenden Feuchtgebieten liegen, erhalten jedoch den Gesamtbetrag der Beihilfen ohne Abzüge aufgrund von Strafen.**

**Die unter Umweltschutz stehenden Feuchtgebiete werden gemäß dem Verfahren des Artikels 82 Absatz 2 festgelegt.**

Abänderung 133  
Artikel 70 Absatz 1

Erzeuger von Schalenfrüchten erhalten eine Gemeinschaftsbeihilfe in Höhe von **100 EUR/ha** Anbaufläche pro Jahr nach den Bestimmungen dieses Kapitels.

Erzeuger von Schalenfrüchten erhalten eine Gemeinschaftsbeihilfe in Höhe von **241,50 EUR/ha** Anbaufläche pro Jahr nach den Bestimmungen dieses Kapitels.



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 87

## Artikel 71

(1) Die Beihilfe wird im Rahmen einer Garantiehöchstfläche von **800 000 Hektar** gewährt.

(2) Die Garantiehöchstfläche nach Absatz 1 unterteilt sich in folgende einzelstaatliche Garantief Flächen:

Belgien	100 ha
Deutschland	1 500 ha
Frankreich	<b>22 600</b> ha
Griechenland	<b>41 100</b> ha
Italien	130 100 ha
Luxemburg	100 ha
Niederlande	100 ha
Österreich	100 ha
Portugal	<b>41 300</b> ha
Spanien	<b>568 200</b> ha
Vereinigtes Königreich	100 ha

(3) Die Mitgliedstaaten können ihre Garantief Fläche nach objektiven Kriterien in Teilflächen, insbesondere nach Regionen oder Erzeugnissen unterteilen.

(1) Die Beihilfe wird im Rahmen einer Garantiehöchstfläche von **868 600 Hektar** gewährt.

(2) Die Garantiehöchstfläche nach Absatz 1 unterteilt sich in folgende einzelstaatliche Garantief Flächen:

Belgien	100 ha
Deutschland	1 500 ha
Frankreich	<b>17 300</b> ha
Griechenland	<b>48 800</b> ha
Italien	130 100 ha
Luxemburg	100 ha
Niederlande	100 ha
Österreich	100 ha
Portugal	<b>66 300</b> ha
Spanien	<b>575 200</b> ha
Vereinigtes Königreich	100 ha

(3) Die Mitgliedstaaten können ihre Garantief Fläche nach objektiven Kriterien in Teilflächen, insbesondere nach Regionen oder Erzeugnissen unterteilen **sowie die Einbeziehung von Parzellen unter die vorliegende Beihilfenregelung regeln, wobei sie jenen Vorrang einräumen können, die sich an den Plänen zur Verbesserung der Qualität und des Vertriebs von Schalenerträgen und Johannisbrot beteiligt haben.**

## Abänderung 88

## Artikel 73 Absatz 1

(1) Die Gemeinschaftsbeihilfe wird **ab einer bestimmten Mindestfläche und -baumbestandsdichte** gezahlt.

(1) Die Gemeinschaftsbeihilfe wird gezahlt, **wenn es sich um homogene Pflanzungen ohne Mischkulturen handelt, wenn eine bestimmte Mindestbaumbestandsdichte eingehalten wird und wenn diese Pflanzungen im Einklang mit den anbautechnischen und klimatischen Eigenschaften des Anbaugebiets optimal und nachhaltig zur Zufriedenheit des Mitgliedstaats gepflegt werden und wenn eine Mindestparzellengröße von 0,2 Hektar eingehalten wird.**

## Abänderung 89

## Artikel 73 Absatz 3

(3) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass die Gemeinschaftsbeihilfe nur Erzeugern gewährt wird, die Mitglied einer anerkannten Erzeugerorganisation im Sinne von Artikel 11 oder 14 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 sind.

(3) Die Mitgliedstaaten können beschließen, dass die Gemeinschaftsbeihilfe nur Erzeugern gewährt wird, die Mitglied einer anerkannten Erzeugerorganisation im Sinne von Artikel 11 oder 14 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 sind, **und dass sie über diese Organisation bezogen wird. In diesem Fall können die Mitgliedstaaten genehmigen, dass die Erzeugerorganisation einen Höchstbetrag für die Deckung der Verwaltungskosten einbehält, sowie eine Höchstfrist für die Überweisung der Beihilfe an die Erzeuger festlegen.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 90  
Artikel 74 Absatz 3

(3) Die Mitgliedstaaten können *entscheiden*, die einzelstaatliche Beihilfe nur Erzeugern zu *gewähren*, die Mitglied einer anerkannten Erzeugerorganisation im Sinne von Artikel 11 oder 14 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 sind.

(3) Die Mitgliedstaaten können *beschließen*, dass die Gemeinschaftsbeihilfe nur Erzeugern *gewährt wird*, die Mitglied einer anerkannten Erzeugerorganisation im Sinne von Artikel 11 oder 14 der Verordnung (EG) Nr. 2200/96 sind, **und dass sie über diese Organisation bezogen wird. In diesem Fall können die Mitgliedstaaten genehmigen, dass die Erzeugerorganisation einen Höchstbetrag für die Deckung der Verwaltungskosten einbehält, sowie eine Höchstfrist für die Überweisung der Beihilfe an die Erzeuger festlegen.**

Abänderung 91  
Artikel 75

Erzeuger von Energiepflanzen erhalten eine Beihilfe von 45 EUR/ha Anbaufläche pro Jahr nach den Bestimmungen dieses Kapitels.

Erzeuger von Energiepflanzen erhalten eine Beihilfe von 45 EUR/ha Anbaufläche pro Jahr nach den Bestimmungen dieses Kapitels. **Die Beihilfe für Energiepflanzen trägt nicht in erster Linie zu den Zielen der gemeinsamen Agrarpolitik bei, sondern vielmehr zu jenen der Energie- und Umweltpolitik bei; sie ist haushaltstechnisch entsprechend zu verbuchen.**

Energiepflanzen sind Pflanzen, die im Wesentlichen zur Herstellung folgender Energieprodukte erzeugt werden:

Energiepflanzen sind Pflanzen, die im Wesentlichen zur Herstellung folgender Energieprodukte erzeugt werden:

- „Bioethanol“: Ethanol, das aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und zur Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biodiesel“: **flüssiger Kraftstoff** mit Dieselmotorenqualität, **der aus Biomasse oder gebrauchtem Frittieröl hergestellt wird** und zur Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biogas“: Brenngas, das **durch anaerobe Fermentation von Biomasse und/oder des biologisch abbaubaren Teils von Abfällen hergestellt wird**, durch Reinigung Erdgasqualität erreichen kann und zur Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biomethanol“: Methanol, das aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und zur Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biodimethyläther“: Dimethyläther, der aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und zur Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- **„Bioöl“: Pyrolyseöl-Kraftstoff, der aus Biomasse hergestellt wird und zur Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;**
- Bio-ETBE (Ethyl-ter-butylether): ETBE, der auf Basis von Bioethanol hergestellt wird, wobei der Volumenanteil von Bio-ETBE im Biokraftstoff mit **45 % angesetzt wird**;
- elektrische und thermische Energie, die aus Biomasse gewonnen wird.

- „Bioethanol“: Ethanol, das aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biodiesel“: **Methylester eines pflanzlichem oder tierischem Öls** mit Dieselmotorenqualität, der für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biogas“: Brenngas, das **aus Biomasse und/oder aus dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird**, durch Reinigung Erdgasqualität erreichen kann und für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist, **oder Holzgas**;
- „Biomethanol“: Methanol, das aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Biodimethyläther“: Dimethyläther, der aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- Bio-ETBE (Ethyl-Tertiär-butylether): ETBE, der auf der Grundlage von Bioethanol hergestellt wird, wobei der Volumenprozentanteil des Biokraftstoffs an Bio-ETBE **47 % beträgt**;
- elektrische und thermische Energie, die aus Biomasse gewonnen wird;

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- „Bio-MTBE (Methyl-Tertiär-butylether)“: Kraftstoff, der auf der Grundlage von Biomethanol hergestellt wird, wobei der Volumenprozentanteil des Biokraftstoffs an Bio-MTBE 36 % beträgt;
- „synthetische Biokraftstoffe“: synthetische Kohlenwasserstoffe oder synthetische Kohlenwasserstoffgemische, die aus Biomasse gewonnen wurden;
- „Biowasserstoff“: Wasserstoff, der aus Biomasse und/oder dem biologisch abbaubaren Teil von Abfällen hergestellt wird und für die Verwendung als Biokraftstoff bestimmt ist;
- „Non-Food-Pflanzen“: Pflanzen außer Energiepflanzen, die für industrielle oder kommerzielle Anwendungen außerhalb der Nahrungsmittelkette hergestellt werden. Die Erzeugnisse werden nach dem Verfahren des Artikels 82 Absatz 2 ermittelt.

## Abänderung 92

## Artikel 83 Buchstaben a bis p

- |   |   |
|---|---|
| <p>a) Einführung der landwirtschaftlichen Betriebsberatung und Kriterien für die Zuteilung der durch die Modulation zur Verfügung stehenden Mittel;</p> <p>b) Gewährung der in dieser Verordnung vorgesehenen Beihilfen, einschließlich Beihilfevoraussetzungen, Anwendungs- und Zahlungsstermine, Kontrollbestimmungen, Überprüfung und Feststellung der Beihilfeansprüche einschließlich Datenaustausch mit den Mitgliedstaaten, sowie Feststellung der Überschreitung der Grundflächen bzw. Garantiehöchstflächen;</p> <p>c) Einheitliche Betriebsprämie: Bestimmung der einzelstaatlichen Reserve, Übertragung von Ansprüchen, Begriffsbestimmung für Dauerkulturen, Dauergrünland und auf stillgelegten Flächen zulässige Kulturen;</p> <p>d) Hartweizen: <b>Mindestqualitätsstandards</b>;</p> <p>e) Energiepflanzen: nähere Bestimmung der unter die Regelung fallenden Pflanzen, Mindestanforderungen an den Vertrag, Kontrolle der verarbeiteten Menge, Verarbeitung im Betrieb;</p> <p>f) Faserhanf: besondere Kontrollmaßnahmen und Verfahren zur Bestimmung des Tetrahydrocannabinolgehalts einschließlich Regelungen für die in Artikel 54 genannten Verträge und Verpflichtungen;</p> | <p>a) Einführung der landwirtschaftlichen Betriebsberatung <b>ab 1. Januar 2006</b> und Kriterien für die Zuteilung der durch die Modulation zur Verfügung stehenden Mittel;</p> <p><b>aa) Durchführungsbestimmungen für die Zuteilung der durch die Modulation zur Verfügung stehenden Mittel;</b></p> <p>b) Gewährung der in dieser Verordnung vorgesehenen Beihilfen, einschließlich Beihilfevoraussetzungen, Anwendungs- und Zahlungsstermine, Kontrollbestimmungen, Überprüfung und Feststellung der Beihilfeansprüche einschließlich Datenaustausch mit den Mitgliedstaaten, sowie Feststellung der Überschreitung der Grundflächen bzw. Garantiehöchstflächen;</p> <p>c) Einheitliche <b>multifunktionale</b> Betriebsprämie <b>und weiterhin produktionsbezogene Direktzahlungen</b>: Bestimmung der einzelstaatlichen Reserve, Übertragung von Ansprüchen, Begriffsbestimmung für Dauerkulturen, Dauergrünland und auf stillgelegten Flächen zulässige Kulturen;</p> <p>d) Hartweizen: <b>Mengen an zertifiziertem Saatgut sowie anerkannte Sorten</b>;</p> <p>e) Energiepflanzen: nähere Bestimmung der unter die Regelung fallenden Pflanzen, Mindestanforderungen an den Vertrag, Kontrolle der verarbeiteten Menge, Verarbeitung im Betrieb;</p> <p>f) Faserhanf: besondere Kontrollmaßnahmen und Verfahren zur Bestimmung des Tetrahydrocannabinolgehalts einschließlich Regelungen für die in Artikel 54 genannten Verträge und Verpflichtungen;</p> |
|---|---|

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG DER KOMMISSION	ABÄNDERUNGEN DES PARLAMENTS
g) etwa notwendige Änderungen zu Anhang I unter Berücksichtigung von Artikel 1;	g) etwa notwendige Änderungen zu Anhang I unter Berücksichtigung von Artikel 1;
h) etwa notwendige Änderungen zu Anhang III, IV, VI und VII, insbesondere unter Berücksichtigung neuer Gemeinschaftsvorschriften;	h) etwa notwendige Änderungen zu Anhang III, IV, VI und VII, insbesondere unter Berücksichtigung neuer Gemeinschaftsvorschriften;
i) Grundvoraussetzungen für das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen und ihre Bestimmung;	i) Grundvoraussetzungen für das System zur Identifizierung landwirtschaftlicher Parzellen und ihre Bestimmung;
j) Änderungen des Beihilfeantrags und Ausnahmen von der Antragspflicht;	j) Änderungen des Beihilfeantrags und Ausnahmen von der Antragspflicht;
k) Mindestangaben in den Beihilfeanträgen;	k) Mindestangaben in den Beihilfeanträgen;
l) Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen einschließlich Fernerkundung;	l) Verwaltungs- und Vor-Ort-Kontrollen einschließlich Fernerkundung;
m) Kürzungen und Ausschlüsse bei Verletzung der Pflichten nach Artikel 3, Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 27, einschließlich Fälle der Nichtanwendung von Kürzungen und Ausschlüssen;	m) Kürzungen und Ausschlüsse bei Verletzung der Pflichten nach Artikel 3, Artikel 14 Absatz 1 und Artikel 27, einschließlich Fälle der Nichtanwendung von Kürzungen und Ausschlüssen;
n) etwa notwendige Änderungen zu Anhang V unter Berücksichtigung von Artikel 29;	n) etwa notwendige Änderungen zu Anhang V unter Berücksichtigung von Artikel 29;
o) Mitteilungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission;	o) Mitteilungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission;
p) etwaige Maßnahmen zur gezielten Regelung praktischer Probleme, <b>insbesondere bei der Anwendung von Titel II Kapitel 4</b> , gegebenenfalls mit entsprechend begründeten Abweichungen von bestimmten Teilen dieser Verordnung.	p) etwaige Maßnahmen zur gezielten Regelung praktischer Probleme <b>und von Problemen aufgrund von Notsituationen</b> , gegebenenfalls mit entsprechend begründeten Abweichungen – <b>für eine begrenzte Zeit und lediglich im Rahmen des Notwendigen</b> – von bestimmten Teilen dieser Verordnung.

Abänderung 93

Artikel 85

Artikel 85

**entfällt****Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1868/94****Die Verordnung (EG) Nr. 1868/94 wird wie folgt geändert****1. Artikel 5 erhält folgende Fassung:****Artikel 5**

**Die Kartoffelstärke erzeugenden Unternehmen erhalten eine Prämie von 22,25 EUR je Tonne für die im Rahmen des Kontingents nach Artikel 2 Absatz 2 hergestellte Kartoffelstärke.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS**2. Artikel 7 erhält folgende Fassung:****Artikel 7**

*Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nur für die Erzeugung von Kartoffelstärke, für die eine Beihilfe nach Artikel 80 der Verordnung (EG) Nr. (\*) [vorliegende Verordnung] gewährt wird.*

(\*) ABL L ...

Abänderung 94

Artikel 87

**Artikel 87****entfällt****Änderung anderer Verordnungen****Folgende Bestimmungen werden aufgehoben:**

- Artikel 6 der Verordnung (EWG) Nr. 2019/93,
- Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95,
- Artikel 3 bis 25 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,
- Artikel 9 der Verordnung (EG) Nr. 1452/2001,
- Artikel 13 und 22 Absatz 2 bis 6 der Verordnung (EG) Nr. 1453/2001,
- Artikel 5 und 6 der Verordnung (EG) Nr. 1454/2001,
- Artikel 3 bis 11 der Verordnung (EG) Nr. 2529/2001.

Abänderung 95

Artikel 88 Absatz 1

Die Verordnungen (EWG) Nr. 3508/92, **(EG) Nr. 1577/96**, **(EG) Nr. 1251/1999** und (EG) Nr. 1259/1999 werden aufgehoben.

Die Verordnungen (EWG) Nr. 3508/92 und (EG) Nr. 1259/1999 werden aufgehoben.

Abänderung 96

Artikel 91 Absatz 3a (neu)

*Im Rahmen der künftigen Finanziellen Vorausschau, die von der Haushaltsbehörde festzulegen ist, wird das Europäische Parlament erneut konsultiert, um die Bestimmungen noch einmal zu prüfen und die haushaltstechnischen Auswirkungen dieser Verordnung zu beurteilen.*

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 97

Anhang I Tabelle

## Vorschlag der Kommission:

Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
Einheitliche Betriebsprämie	Titel III dieser Verordnung	Produktionsentkoppelte Zahlung (siehe Anhang VI)
Hartweizen	<b>Titel IV Kapitel 1 dieser Verordnung</b>	Flächenbezogene Beihilfe ( <b>Qualitätsprämie</b> )
Eiweißpflanzen	Titel IV Kapitel 2 dieser Verordnung	Flächenbezogene Beihilfe
Reis	<b>Titel IV Kapitel 3 dieser Verordnung</b>	Flächenbezogene Beihilfe
Schalenfrüchte	Titel IV Kapitel 4 dieser Verordnung	Flächenbezogene <b>Beihilfe</b>
Energiepflanzen	Titel IV Kapitel 5 dieser Verordnung	Flächenbezogene <b>Beihilfe</b>
Kartoffelstärke	<b>Titel IV Kapitel 6 dieser Verordnung</b>	Produktionsbezogene Beihilfe
Kleinerzeugerregelung	Artikel 2a Verordnung (EG) Nr. 1259/1999	Übergangsweise flächenbezogene Beihilfe für Landwirte, die weniger als 1 250 EUR erhalten
Olivenöl	Artikel 5 Absatz 1 Verordnung Nr. 136/66/EWG	Produktionsbezogene Beihilfe
Seidenraupen	Artikel 1 Verordnung (EWG) Nr. 845/72	Beihilfe zur Förderung der Zucht
<b>Bananen</b>	<b>Artikel 12 Verordnung (EWG) Nr. 404/93</b>	<b>Produktionsbezogene Beihilfe</b>
Getrocknete Weintrauben	Artikel 7 Absatz 1 Verordnung (EG) Nr. 2201/96	Flächenbezogene Beihilfe
Tabak	Artikel 3 Verordnung (EWG) Nr. 2075/92	Produktionsbezogene Beihilfe
Hopfen	Artikel 12 Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 Verordnung (EG) Nr. 1098/98	Flächenbezogene Beihilfe Zahlungen nur für die vorübergehende Stilllegung
Poseidom	Artikel 10, Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 16 Verordnung (EG) Nr. 1452/2001	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Zucker, Milch
Poseima	Artikel 5 Absatz 1, Artikel 9, 16 + 30, 17 + 28 Absatz 1, Artikel 21, 22 Absatz 7, Artikel 27 und 29 Verordnung (EG) Nr. 1453/2001	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Milch, Kartoffeln und Chicorée, Zucker, Wein, Korbweiden, Ananas, Tabak
Poseican	Artikel 9, 13 und 14 Verordnung (EG) Nr. 1454/2001	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Wein, Kartoffeln, Honig
Ägäische Inseln	Artikel 7, 8, 9, 11 und 12 Verordnung (EWG) Nr. 2019/93	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Kartoffeln, Wein, Oliven, Honig

## Abänderungen des Parlaments

Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
Einheitliche <b>multifunktionale</b> Betriebsprämie	Titel III dieser Verordnung	Produktionsentkoppelte Zahlung (siehe Anhang VI)
<b>Kulturpflanzen</b>	<b>Artikel 2, 4 und 5 Verordnung (EG) Nr. 1251/1999</b>	<b>Nicht entkoppelter Teil der Flächenbeihilfe, einschließlich Stilllegungsausgleich, Grassilagezahlung und Zusatzbeträge</b>

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
Hartweizen		Flächenbezogene Beihilfe
Körner-leguminosen	Artikel 1 Verordnung (EG) Nr. 1577/96	Flächenbezogene Beihilfe
Eiweißpflanzen	Titel IV Kapitel 2 dieser Verordnung	<b>Spezifischer</b> flächenbezogener <b>Zuschlag</b>
Reis	<b>Artikel 6</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 3072/95</b>	Flächenbezogene Beihilfe
Schalenfrüchte	Titel IV Kapitel 4 dieser Verordnung	<b>Spezifischer</b> flächenbezogener <b>Zuschlag</b>
Energiepflanzen	Titel IV Kapitel 5 dieser Verordnung	<b>Spezifischer</b> flächenbezogener <b>Zuschlag</b>
Kartoffelstärke	<b>Artikel 8 Absatz 2</b> <b>Verordnung (EWG) Nr. 1766/92</b>	Produktionsbezogene Beihilfe
Kleinerzeugerregelung	Artikel 2a Verordnung (EG) Nr. 1259/1999	Übergangsweise <b>nicht entkoppelter Teil der</b> flächenbezogenen Beihilfe für Landwirte, die weniger als 1 250 EUR erhalten
<b>Saatgut</b>	<b>Artikel 3</b> <b>Verordnung (EWG) Nr. 2358/71</b>	<b>Produktionsbezogene Beihilfe</b>
<b>Trockenfutter</b>	<b>Artikel 3</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 603/95</b>	<b>Produktionsbezogene Beihilfe</b>
Olivensöl	Artikel 5 Absatz 1 Verordnung Nr. 136/66/EWG	Produktionsbezogene Beihilfe
Seidenraupen	Artikel 1 Verordnung (EWG) Nr. 845/72	Beihilfe zur Förderung der Zucht
Getrocknete Weintrauben	Artikel 7 Absatz 1 Verordnung (EG) Nr. 2201/96	Flächenbezogene Beihilfe
Tabak	Artikel 3 Verordnung (EWG) Nr. 2075/92	Produktionsbezogene Beihilfe
Hopfen	Artikel 12 Verordnung (EWG) Nr. 1696/71 Verordnung (EG) Nr. 1098/98	Flächenbezogene Beihilfe Zahlungen nur für die vorübergehende Stilllegung
<b>Rindfleisch</b>	<b>Artikel 5, 6, 10, 11, 13 und 14</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 1254/1999</b>	<b>Prämien, mit Ausnahme der Sonderprämie, und diesbezügliche Zahlungen</b>
<b>Milch und Milcherzeugnisse</b>		<b>Milchprämie und Ergänzungsbeträge</b>
<b>Schaf- und Ziegenfleisch</b>	<b>Artikel 5</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 2467/98</b> <b>Artikel 4, Artikel 5, Absatz 1 und Artikel 11</b> <b>Absatz 2 erster, zweiter und vierter Gedankenstrich</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 2529/2001</b>	<b>Mutterschaf- und Ziegenprämie, Zusatzprämie und bestimmte Ergänzungsbeträge</b>
<b>Bananen</b>	<b>Artikel 12</b> <b>Verordnung (EWG) Nr. 404/93</b>	<b>Produktionsbezogene Beihilfe (ohne Modulation und Entkopplung)</b>
Poseidom	Artikel 10, Artikel 12 Absatz 1 und Artikel 16 Verordnung (EG) Nr. 1452/2001	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Zucker, Milch ( <b>ohne Modulation und Entkopplung</b> )
Poseima	Artikel 5 Absatz 1, Artikel 9, 16 + 30, Artikel 17 + Artikel 28 Absatz 1, Artikel 21, 22 Absatz 7, Artikel 27 und 29 – Verordnung (EG) Nr. 1453/2001	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Milch, Kartoffeln und Chicorée, Zucker, Wein, Korbweiden, Ananas, Tabak ( <b>ohne Modulation und Entkopplung</b> )

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
Poseican	Artikel 9, 13 und 14 Verordnung (EG) Nr. 1454/2001	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Wein, Kartoffeln, Honig ( <b>ohne Modulation und Entkopplung</b> )
Ägäische Inseln	Artikel 7, 8, 9, 11 und 12 Verordnung (EWG) Nr. 2019/93	Sektoren: Obst, Gemüse, Blumen und lebende Pflanzen, Kartoffeln, Wein, Oliven, Honig ( <b>ohne Modulation und Entkopplung</b> )

Abänderung 98  
Anhang II**Anhang II entfällt.**Abänderung 99  
Anhang III Zwischenüberschrift 2 vor Nummer 22

Sicherheit bei der Arbeit

**Gesundheitsschutz und** Sicherheit bei der ArbeitAbänderung 100  
Anhang VI**Vorschlag der Kommission**

Liste der Direktzahlungen im Hinblick auf die einheitliche Betriebsprämie gemäß Artikel 36		
Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
Kulturpflanzen	Artikel 2, 4 <b>und 5</b> Verordnung (EG) Nr. 1251/1999	Flächenbezogene Beihilfe, einschließlich Stilllegungsausgleich, Grassilagezahlung, <b>Zusatzbetrag für Klimaerschwernis, Hartweizenzuschlag und Sonderbeihilfe für Hartweizen</b>
<b>Kartoffelstärke</b>	<b>Artikel 8 Absatz 2</b> <b>Verordnung (EWG) Nr. 1766/92</b>	<b>Zahlung an Erzeuger von Kartoffeln zur Stärkeherstellung</b>
<b>Körnerleguminosen</b>	<b>Artikel 1</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 1577/96</b>	<b>Flächenbezogene Beihilfe</b>
<b>Reis</b>	<b>Artikel 6</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 3072/95</b>	<b>Flächenbezogene Beihilfe</b>
<b>Saatgut</b>	<b>Artikel 3</b> <b>Verordnung (EWG) Nr. 2358/71</b>	<b>Produktionsbezogene Beihilfe</b>
Rindfleisch	Artikel 4, 5, 6, 10, 11, 13 und 14 Verordnung (EG) Nr. 1254/1999	Sonderprämie, <b>Saisonentzerrungsprämie, Mutterkuhprämie (einschließlich der Zahlungen für Färsen und der zusätzlichen einzelstaatlichen Mutterkuhprämie bei Kofinanzierung), Schlachtprämie</b> , Extensivierungsprämie, <b>Ergänzungsbeträge</b>
<b>Milch und Milcherzeugnisse</b>	<b>Anhang VII Punkt F dieser Verordnung</b>	<b>Milchprämie und Ergänzungszahlungen</b>
<b>Schaf- und Ziegenfleisch</b>	<b>Artikel 5</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 2467/98</b> <b>Artikel 4, 5 und Artikel 11 Absatz 2 erster, zweiter und vierter Gedankenstrich</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 2529/2001</b>	<b>Mutterschaf- und Ziegenprämie, Zusatzprämie und bestimmte Ergänzungsbeträge</b>
<b>POSEIDOM</b>	<b>Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a) und b)</b> <b>Verordnung (EG) Nr. 1452/2001</b>	<b>Rindfleischsektor</b>



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Liste der Direktzahlungen im Hinblick auf die einheitliche Betriebsprämie gemäß Artikel 36		
Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
POSEIMA	Artikel 13 Absätze 2 und 3, Artikel 22 Absätze 2 und 3 Verordnung (EG) Nr. 1453/2001	Rindfleischsektor
POSEICAN	Artikel 5 Absätze 2 und 3, Artikel 6 Absätze 1 und 2 Verordnung (EG) Nr. 1454/2001	Sektoren: Rindfleisch; Schaf- und Ziegenfleisch
Ägäische Inseln	Artikel 6 Absätze 2 und 3 Verordnung (EWG) Nr. 2019/93	Rindfleischsektor
Trockenfutter	Artikel 3 Verordnung (EG) Nr. 603/95	Zahlung für Verarbeitungserzeugnisse (Anwendung gemäß Anhang VII Punkt D dieser Verordnung)

## Abänderungen des Parlaments

Liste der Direktzahlungen im Hinblick auf die einheitliche multifunktionale Betriebsprämie gemäß Artikel 36		
Sektor	Rechtsgrundlage	Anmerkungen
Kulturpflanzen	Artikel 2 und 4 Verordnung (EG) Nr. 1251/1999	Flächenbezogene Beihilfe, einschließlich Stilllegungsausgleich, Grassilagezahlung und Zusatzbeträge
Rindfleisch	Artikel 4 und 14 Verordnung (EG) Nr. 1254/1999	Sonderprämie für männliche Rinder, einschließlich Extensivierungsprämie, falls sie Teil dieser Prämie ist

## Abänderung 101

## Anhang VII Abschnitt A Nummern 1 und 2

- |  |   |
|--|---|
| <p>1. Hat ein Landwirt flächenbezogene Beihilfen erhalten, so wird die auf zwei Dezimalstellen gerundete Anzahl Hektar, für die eine solche Zahlung in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums gewährt wurde, mit folgenden Beträgen multipliziert:</p> <p>1.1. Für Getreide (einschließlich <b>Hartweizen</b>), Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Leinsamen, Faserflachs und -hanf, Grassilage und Stilllegungsflächen:</p> <p>– <b>66 EUR/t</b> multipliziert mit dem Ertrag gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999, der im Regionalisierungsplan des Kalenderjahres 2002 für die betreffende Region ausgewiesen ist.</p> | <p>1. Hat ein Landwirt flächenbezogene Beihilfen erhalten, so wird die auf zwei Dezimalstellen gerundete Anzahl Hektar, für die eine solche Zahlung in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums gewährt wurde, mit folgenden Beträgen multipliziert:</p> <p>1.1. Für Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen, Leinsamen, Faserflachs und -hanf, Grassilage und Stilllegungsflächen:</p> <p>– <b>63 EUR/t</b> multipliziert mit dem Ertrag gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999, der im Regionalisierungsplan des Kalenderjahres 2002 für die betreffende Region ausgewiesen ist.</p> |
|--|---|

Sind jedoch im Referenzzeitraum die Voraussetzungen für die Anwendung von Artikel 3 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 erfüllt, so entsprechen abweichend von Artikel 3 Absatz 7 der genannten Verordnung die Erträge für das betreffende Jahr den Erträgen, die bei Anwendung des genannten Artikels 3 Absatz 7 für das nachfolgende Wirtschaftsjahr herangezogen worden wären.

Dieser Punkt gilt unbeschadet der Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 6 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 erlassen werden.

Abweichend von Artikel 41 wird für Flachs und Hanf der Durchschnitt auf der Grundlage der in den Kalenderjahren 2001 und 2002 gewährten Beträge berechnet.

Sind jedoch im Referenzzeitraum die Voraussetzungen für die Anwendung von Artikel 3 Absatz 7 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 erfüllt, so entsprechen abweichend von Artikel 3 Absatz 7 der genannten Verordnung die Erträge für das betreffende Jahr den Erträgen, die bei Anwendung des genannten Artikels 3 Absatz 7 für das nachfolgende Wirtschaftsjahr herangezogen worden wären.

Dieser Punkt gilt unbeschadet der Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 6 Absatz 6 der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 erlassen werden.

Abweichend von Artikel 41 wird für Flachs und Hanf der Durchschnitt auf der Grundlage der in den Kalenderjahren 2001 und 2002 gewährten Beträge berechnet.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## 1.2. Für Reis:

- **102 EUR/t** multipliziert mit folgenden Durchschnittserträgen:

Mitgliedstaaten	Erträge (t/ha)
Spanien	6,35
Frankreich:	
– Mutterland	<b>5,49</b>
– Französisch-Guayana	7,51
Griechenland	7,48
Italien	6,04
Portugal	6,05

## 1.3. Für Körnerleguminosen:

- bei Linsen und Kichererbsen 181 EUR/ha;
- bei Wicken 175,02 EUR/ha in 2000, 176,60 EUR/ha in 2001 bzw. 150,52 EUR/ha in 2002.

**2. Hat ein Landwirt den Zuschlag oder die Sonderbeihilfe für Hartweizen erhalten, so wird die auf zwei Dezimalstellen gerundete Anzahl Hektar, für die eine solche Zahlung in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums gewährt wurde, mit folgenden Beträgen multipliziert:**

**In den Gebieten nach Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 und nach Anhang IV der Verordnung (EG) Nr. 2316/1999:**

- **313 EUR/ha bei der für das Kalenderjahr 2004 zu gewährenden einheitlichen Betriebsprämie,**
- **281 EUR/ha bei der für das Kalenderjahr 2005 zu gewährenden einheitlichen Betriebsprämie,**
- **250 EUR/ha bei der für das Kalenderjahr 2006 und die nachfolgenden Kalenderjahre zu gewährenden einheitlichen Betriebsprämie.**

**In den Gebieten nach Anhang V der Verordnung (EG) Nr. 2316/1999:**

- **93 EUR/ha bei der für das Kalenderjahr 2004 zu gewährenden einheitlichen Betriebsprämie,**
- **46 EUR/ha bei der für das Kalenderjahr 2005 zu gewährenden einheitlichen Betriebsprämie.**

## 1.2. Für Reis:

- **200 EUR/t** multipliziert mit folgenden Durchschnittserträgen:

Mitgliedstaaten	Erträge (t/ha)
Spanien	6,35
Frankreich:	
– Mutterland	<b>5,49</b>
– Französisch-Guayana	7,51
Griechenland	7,48
Italien	6,04
Portugal	6,05

## 1.3. Für Körnerleguminosen:

- bei Linsen und Kichererbsen 181 EUR/ha;
- bei Wicken **und anderen Eiweißpflanzen** 175,02 EUR/ha in 2000, 176,60 EUR/ha in 2001 bzw. 150,52 EUR/ha in 2002.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 122

Anhang VII Abschnitt A Nummer 3a (neu)

**3a. Für jeden Erzeugermitgliedstaat wird eine einzelstaatliche Grundfläche wie folgt festgesetzt:**

Spanien	104 973 ha
Frankreich:	
– Mutterland	24 500 ha
– Französisch-Guayana	5 500 ha
Griechenland	24 891 ha
Italien	239 259 ha
Portugal	34 000 ha

**Jeder Mitgliedstaat kann seine Grundfläche nach objektiven Kriterien in Teilflächen unterteilen.**

## Abänderung 102

Anhang VII Abschnitt B

Hat ein Landwirt eine Zahlung für Kartoffelstärke erhalten, so wird der Betrag berechnet, indem die Anzahl Tonnen, für die eine solche Zahlung in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums gewährt wurde, mit **55,27 EUR/t** Kartoffelstärke multipliziert wird.

**Die Mitgliedstaaten ermitteln die Anzahl der in die Berechnung der einheitlichen Betriebsprämie einzubeziehenden Hektar proportional zur Anzahl Tonnen erzeugter Kartoffelstärke, für die in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums die Beihilfe gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 gewährt wurde, und im Rahmen einer Grundfläche, die von der Kommission auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten mitgeteilten Anzahl Hektar festgelegt wird, die im Referenzzeitraum einem Anbauvertrag unterlagen.**

Hat ein Landwirt eine Zahlung für Kartoffelstärke erhalten, so wird der Betrag berechnet, indem die Anzahl Tonnen, für die eine solche Zahlung in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums gewährt wurde, mit **110,54 EUR/t** Kartoffelstärke multipliziert wird. **Dieser Betrag wird je nach Stärkegehalt der Kartoffeln angepasst. Die Beihilfe wird nur für die Kartoffelmenge gewährt, für die der Kartoffelerzeuger und der Stärkehersteller im Rahmen des diesem zugeteilten Kontingents nach Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1868/94 einen Anbauvertrag geschlossen haben.**

## Abänderung 103

Anhang VII Abschnitt C

Hat ein Landwirt Tierprämien und/oder Ergänzungszahlungen erhalten, so wird der Betrag berechnet, indem die Anzahl Tiere, für die **eine solche Zahlung** in den einzelnen Jahren des Referenzzeitraums gewährt wurde, **unter Berücksichtigung der Anwendung von Artikel 4 Absatz 4, Artikel 7 Absatz 2 und**

Hat ein Landwirt Tierprämien und/oder Ergänzungszahlungen erhalten, so wird der Betrag **für die Entkopplungsgrundlage** berechnet, indem die Anzahl Tiere, für die **die Sonderprämie für männliche Rinder, einschließlich der Extensivierungsprämie, sofern sie Teil dieser Prämie ist,** in den einzelnen Jahren

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

**Artikel 10 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 bzw. Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2529/2001** mit den Beträgen je Tier multipliziert wird, die für das Kalenderjahr 2002 in den in Anhang VI aufgeführten einschlägigen Artikeln festgelegt sind. **Nicht berücksichtigt werden jedoch die Zahlungen in Anwendung folgender Bestimmungen:**

- Artikel 4 Absatz 2 zweiter Gedankenstrich der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,
- Artikel 32 Absätze 11 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 2342/1999,
- Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1458/2001 der Kommission.

des Referenzzeitraums gewährt wurde, mit den Beträgen je Tier multipliziert wird, die für das Kalenderjahr 2002 in den in Anhang VI aufgeführten einschlägigen Artikeln festgelegt sind.

Abänderung 104  
Anhang VII Abschnitt E

**Anhang VII Abschnitt E entfällt.**

Abänderung 105  
Anhang VII Abschnitt F

**Anhang VII Abschnitt F entfällt.**

Abänderung 106  
Anhang VIII

**Anhang VIII entfällt.**

Abänderung 107  
Anhang IX

**Anhang IX entfällt.**

P5\_TA(2003)0257

## Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums \*

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 (KOM(2003) 23 – C5-0041/2003 – 2003/0007(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0041/2003),

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (A5-0182/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
  3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
  4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  6. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  7. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 1

TITEL DES VORSCHLAGS FÜR EINE VERORDNUNG

Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) **und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000**

Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1257/1999 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL)

Abänderung 2

ERWÄGUNG 1a (neu)

**(1a) Eine starke, wirksame und umfassende Politik für die Entwicklung des ländlichen Raums, die von einer ausreichenden Finanzierung flankiert wird, ist eine Voraussetzung dafür, dass die Union in benachteiligten Gebieten mit strukturellen Schwierigkeiten oder mit geringen Erträgen eine positive Entwicklung gewährleisten kann, während gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft der Union auf dem Weltmarkt erhöht wird.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 3  
ERWÄGUNG 1b (neu)

**(1b) Die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung in benachteiligten Gebieten müssen von der Union stärker gefördert werden. Die Unterstützung muss sowohl dadurch verstärkt werden, dass die Union einen größeren Anteil der Investitionen in schwachen bzw. besonders schwachen Regionen finanziert, wie auch dadurch, dass die Obergrenze der Beihilfen für benachteiligte Gebiete mit strukturbedingten Schwierigkeiten oder geringen Erträgen angehoben werden. In einer reformierten Agrarpolitik wird es noch wichtiger, dass die Gemeinschaft die Möglichkeiten unterstützt, die Tätigkeit in diesen Gebieten fortzusetzen.**

Abänderung 4  
ERWÄGUNG 1c (neu)

**(1c) Schwache oder besonders schwache Regionen und ökologisch sensible Gebiete müssen im Rahmen dieser Verordnung stärker gefördert werden. Dies sollte beispielsweise im Bereich der Grünlandstandorte durch Förderung der extensiven Weidehaltung, im Mittelmeerraum durch Förderung von Kulturen, die Biodiversität fördern und der Bodenerosion entgegenwirken, usw. mit höheren Kofinanzierungssätzen (bis zu 80 %) erfolgen als in begünstigten Standorten.**

Abänderung 5  
ERWÄGUNG 2

(2) Es sollte eine raschere Anwendung der anspruchsvollen Normen im Landwirtschaftssektor gefördert werden, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen. Diese Normen können neue Verpflichtungen für die Landwirte mit sich bringen, die Einkommensverluste oder zusätzliche Kosten zur Folge haben. Den Landwirten sollten vorübergehend degressive Beihilfen gewährt werden, um die Kosten, die sich aus der Anwendung solcher Normen ergeben, teilweise zu decken.

(2) Es sollte eine raschere Anwendung der anspruchsvollen Normen im Landwirtschaftssektor gefördert werden, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen. Diese Normen können neue Verpflichtungen für die Landwirte mit sich bringen, die Einkommensverluste oder zusätzliche Kosten zur Folge haben. Den Landwirten sollten vorübergehend degressive Beihilfen gewährt werden, um die Kosten, die sich aus der Anwendung solcher Normen ergeben, teilweise zu decken. **Diese Beihilfen müssen in den benachteiligten Gebieten mit strukturbedingten Schwierigkeiten und mit geringen Erträgen höher, dauerhafter und stabiler sein.**

Abänderung 6  
ERWÄGUNG 2a (neu)

**(2a) Die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Stärkung der ländlichen Entwicklung müssen besonders auf die vor Ort ansässigen Familienbetriebe ausgerichtet sein.**

Abänderung 93  
ERWÄGUNG 4a (neu)

**(4a) Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Erzeugergemeinschaften bzw. -organisationen spielen eine grundlegende Rolle bei der Konzentration des Angebots und in der Lebensmittelkette. Sie müssen unterstützt werden, damit sie auch weiterhin die Unbedenklichkeit und die Qualität der**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

*Erzeugnisse und der Anbaumethoden gewährleisten, indem der Mehrwert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihr Absatz gesteigert werden und indem ein wirtschaftliches Geflecht geschaffen wird, durch das die Wirtschaft in den ländlichen Gebieten diversifiziert wird. Da sie eine nachhaltige Landwirtschaft garantieren, die die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes erhält, sollten sie im Rahmen der ländlichen Entwicklung Beihilfen erhalten.*

Abänderung 8  
ERWÄGUNG 6

(6) Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Instrumente zur Förderung der Lebensmittelqualität im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums verstärkt werden müssen.

(6) Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Instrumente zur Förderung der Lebensmittelqualität im Rahmen der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums verstärkt werden müssen. **Insbesondere ist darauf zu achten, dass Fördermaßnahmen im Hinblick auf die Verbrauchervünsche, Multifunktionalität der Bewirtschaftung und die Diversifizierung des Lebensmittelangebots „Lebensmittelqualität“ sowohl den umweltschonenden und artgerechten Produktionsweisen Rechnung tragen als auch dem Schutz und der aktiven Nutzung der biologischen Vielfalt von Pflanzensorten und Nutzierrassen in der Landwirtschaft gerecht werden. Aufklärungs- und Dialogmaßnahmen, die zwischen den Erwartungen und Ansprüchen der verschiedenen Akteure im ländlichen Raum vermitteln und in die Entwicklungsprogramme einfließen, sind in den Katalog der Maßnahmen für ländliche Entwicklung aufzunehmen.**

Abänderungen 9 und 94  
ERWÄGUNG 7

(7) Den Landwirten sollte ein Anreiz geboten werden, sich an gemeinschaftlichen oder nationalen Lebensmittelqualitätsregelungen zu beteiligen. Die Teilnahme an solchen Regelungen kann zusätzliche Kosten und Verpflichtungen nach sich ziehen, die durch den Markt nicht vollständig ausgeglichen werden. Den Landwirten, die sich an solchen Regelungen beteiligen, sind **befristete** Beihilfen zu gewähren.

(7) Den Landwirten sollte ein Anreiz geboten werden, sich an gemeinschaftlichen oder nationalen Lebensmittelqualitätsregelungen zu beteiligen. Die Teilnahme an solchen Regelungen kann zusätzliche Kosten und Verpflichtungen nach sich ziehen, die durch den Markt nicht vollständig ausgeglichen werden. Den Landwirten, die sich an solchen Regelungen beteiligen, sind Beihilfen zu gewähren. **Diese Beihilfen sollten in den benachteiligten Gebieten mit strukturbedingten Schwierigkeiten und mit geringen Erträgen höher, dauerhafter und stabiler sein.**

Abänderung 10  
ERWÄGUNG 8

(8) Das Bewusstsein der Verbraucher muss hinsichtlich des Bestehens und der Eigenschaften der Erzeugnisse geschärft werden, die im Rahmen gemeinschaftlicher oder nationaler Lebensmittelqualitätsregelungen erzeugt werden. Die Erzeugergemeinschaften sind bei der Information der Verbraucher und der Werbung für Erzeugnisse zu unterstützen, die im Rahmen von Regelungen erzeugt werden, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt werden. **Um zu gewährleisten, dass es bei den Absatzförderungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Binnenmarkt keine Überschneidungen gibt, ist die gemeinschaftliche Unterstützung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 des Rates vom 19. Dezember 2000 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt ab 2005 abzuschaffen.**

(8) Das Bewusstsein der Verbraucher muss hinsichtlich des Bestehens und der Eigenschaften der Erzeugnisse geschärft werden, die im Rahmen gemeinschaftlicher oder nationaler Lebensmittelqualitätsregelungen erzeugt werden. Die Erzeugergemeinschaften sind bei der Information der Verbraucher und der Werbung für Erzeugnisse zu unterstützen, die im Rahmen von Regelungen erzeugt werden, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Pläne zur Entwicklung des ländlichen Raums unterstützt werden.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 11

ERWÄGUNG 8a (neu)

**(8a) Leader + hat mit seiner Betonung von Teilhabe, Ganzheitlichkeit und Kreativität der Entwicklung des ländlichen Raums positive Impulse gegeben und sollte gestärkt werden.**

Abänderung 12

ERWÄGUNG 9a (neu)

**(9a) Im Rahmen der zweiten Säule sollten Maßnahmen zur Ankurbelung der Gründung von Wirtschaftsorganisationen unter Kontrolle der Erzeuger getroffen werden, um das Erreichen bestimmter Größen zu konsolidieren und die Öffnung der internationalen Märkte und die Konzentration im Handel zu bewältigen. Diese Unterstützung ist besonders mit Blick auf die Erweiterung angezeigt, denn in den künftigen Mitgliedstaaten beherrschen organisierte Erzeuger nur geringe Mengen von Agrarerzeugnissen.**

Abänderung 13

ERWÄGUNG 9b (neu)

**(9b) Mit Sonderbeihilfen muss Junglandwirten nicht nur ihre Niederlassung, sondern im Anschluss daran auch die strukturelle Anpassung ihrer Betriebe ermöglicht werden, wobei zu berücksichtigen ist, dass es notwendig ist, den Generationenwechsel zu gewährleisten.**

Abänderung 80

ARTIKEL 1 NUMMER -1 (neu)

Artikel 2 Spiegelstrich 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1. Artikel 2 dritter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- die Förderung der Erzeugung von Rohstoffen für den Non-Food-Bereich mit dem Ziel der Förderung der weiteren Entwicklung und Verwendung umweltverträglicher Rohstoffe aus der Landwirtschaft;**

Abänderung 15

ARTIKEL 1 NUMMER -1a (neu)

Artikel 2 Spiegelstrich 10 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1a. Artikel 2 zehnter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- die Erhaltung und Förderung eines hohen Naturwerts und einer nachhaltigen und umweltgerechten Landwirtschaft sowie die Erhaltung und Nutzung der biologischen und genetischen Vielfalt von Nutzpflanzen und Tieren in der Produktion;**



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 16

ARTIKEL 1 NUMMER -1b (neu)

Artikel 2 Spiegelstrich 11a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1b. In Artikel 2 wird nach dem elften Spiegelstrich folgender Spiegelstrich angefügt:**

- **die Notwendigkeit, den Generationenwechsel zu gewährleisten.**

## Abänderung 17

ARTIKEL 1 NUMMER -1c (neu)

Artikel 4 Absatz 2 Spiegelstrich 2 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1c. Artikel 4 Absatz 2 zweiter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **Verbesserung und Umstellung der Erzeugung im Hinblick auf gute landwirtschaftliche Praxis und die Diversifizierung der Erzeugung;**

## Abänderung 18

ARTIKEL 1 NUMMER -1d (neu)

Artikel 4 Absatz 2 Spiegelstrich 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1d. Artikel 4 Absatz 2 dritter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **Steigerung der Qualität von Lebensmitteln, Grundenerzeugnissen und deren Verarbeitung in landwirtschaftlichen Betrieben;**

## Abänderung 19

ARTIKEL 1 NUMMER -1e (neu)

Artikel 4 Absatz 2 Spiegelstrich 3a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1e. In Artikel 4 Absatz 2 wird nach dem dritten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt:**

- **Einsatz von garantiert hochwertig hergestellten Vorleistungsgütern;**

## Abänderung 20

ARTIKEL 1 NUMMER -1f (neu)

Artikel 4 Absatz 2 Spiegelstrich 4 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1f. Artikel 4 Absatz 2 vierter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Umwelt, der Nutzung der biologischen und genetischen Ressourcen in der Landwirtschaft, der Hygienebedingungen und der Tierschutzstandards;**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 21

ARTIKEL 1 NUMMER -1g (neu)

Artikel 4 Absatz 2 Spiegelstrich 5a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1g. In Artikel 4 Absatz 2 wird nach dem fünften Spiegelstrich folgender Spiegelstrich angefügt:**

- Ausbau der von Qualitätssystemen betroffenen Erzeugungsprozesse;

## Abänderung 22

ARTIKEL 1 NUMMER -1h (neu)

Artikel 4 Absatz 2 Spiegelstrich 5b (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**-1h. In Artikel 4 Absatz 2 wird folgender Spiegelstrich angefügt:**

- die Entwicklung umweltfreundlicher Grunderzeugnisse.

## Abänderung 85

ARTIKEL 1 NUMMER 1

Artikel 5 Absatz 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

Werden die Investitionen getätigt, um neu eingeführten Mindestnormen in Bezug auf Umwelt, Hygiene und Tierschutz zu entsprechen, so **können** für die Einhaltung dieser neuen Normen Beihilfen gewährt **werden**. In diesem Fall **kann** eine Frist zur Erfüllung dieser Mindestanforderungen vorgesehen **werden**, sofern eine solche Frist zur Lösung spezifischer Probleme bei der Einhaltung der betreffenden Normen erforderlich ist.

Werden die Investitionen getätigt, um neu eingeführten Mindestnormen in Bezug auf Umwelt, Hygiene und Tierschutz zu entsprechen, so **werden** für die Einhaltung dieser neuen Normen Beihilfen gewährt. In diesem Fall **wird** eine Frist zur Erfüllung dieser Mindestanforderungen vorgesehen, sofern eine solche Frist zur Lösung spezifischer Probleme bei der Einhaltung der betreffenden Normen erforderlich ist.

## Abänderung 86

ARTIKEL 1 NUMMER 1

Artikel 5 Absatz 3a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**Es wird eine Sonderbeihilferegelung für Betriebe in benachteiligten Gebieten mit strukturbedingten Schwierigkeiten und geringen Erträgen eingeführt.**

## Abänderung 23

ARTIKEL 1 NUMMER 1a (neu)

Artikel 7 Absatz 2 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**1a. Artikel 7 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

**Der Gesamtwert der Beihilfe, ausgedrückt als Prozentsatz des förderungsfähigen Investitionsvolumens ist auf maximal 40 % und in den benachteiligten Gebieten auf maximal 65 % begrenzt. Werden Investitionen von Junglandwirten im Sinne des Kapitels II getätigt, so können diese Prozentsätze bis maximal 60 % und in den benachteiligten Gebieten bis maximal 75 % betragen.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 24

## ARTIKEL 1 NUMMER 1b (neu)

Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 Spiegelstrich 3a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**1b. In Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 wird nach dem dritten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt:**

- **der Landwirt einen Antrag auf Beihilfe für Investitionen in Agrarbetrieben im Sinn von Titel II Kapitel I dieser Verordnung vorlegt,**

## Abänderung 25

## ARTIKEL 1 NUMMER 1c (neu)

Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 Spiegelstrich 4 Ziffer iia (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**1c. In Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 1 vierter Spiegelstrich wird folgende Ziffer iia angefügt:**

- iia) gilt, dass neue Erzeugungszweige entwickelt werden, die der Entwicklung des ländlichen Raums dienen,**

## Abänderung 26

## ARTIKEL 1 NUMMER 1d (neu)

Artikel 8 Absatz 2a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**1d. In Artikel 8 wird folgender Absatz 2a angefügt:**

**(2a) Stellt der Junglandwirt im Zusammenhang mit dem Antrag auf Niederlassungsbeihilfe einen Antrag auf Beihilfe im Sinn weiterer Maßnahmen der Kapitel I, II, III, IV, V, V-a, Va, VI, VIa, VII, VIII und XI von Titel II dieser Verordnung, genießt er im Rahmen der vorgesehenen Höchstbeträge Priorität für einen kumulativen Zugang zu diesen Maßnahmen, damit ihm ein regelrechtes Paket von Anreizen geboten wird. Die Mitgliedstaaten gewährleisten in ihren Plänen zur Entwicklung des ländlichen Raums die notwendige Umsetzung dieses Maßnahmenpakets.**

## Abänderung 27

## ARTIKEL 1 NUMMER 1e (neu)

Artikel 8 Absatz 2b (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**1e. In Artikel 8 wird folgender Absatz 2b angefügt:**

**(2b) Falls der Junglandwirt sich verpflichtet, innerhalb der ersten drei Jahre ab der Niederlassung Investitionen zu tätigen, kann jedoch der im Anhang vorgesehene Betrag der Erstniederlassungsbeihilfe unter den von den einzelnen Mitgliedstaaten festgelegten Bedingungen verdoppelt werden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 28

ARTIKEL 1 NUMMER 1f (neu)

Kapitel II Artikel 8a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**1f. In Kapitel II wird folgender Artikel 8a angefügt:****Artikel 8a****Für Junglandwirte, die sich erstmals mit einem landwirtschaftlichen Betrieb niederlassen, kann eine vorübergehende Beihilfe zum Zweck der Einrichtung eines Betriebsunterstützungsdienstes gewährt werden.****Die Beihilfe kann während eines Zeitraums von höchstens drei Jahren ab dem Zeitpunkt der Niederlassung gewährt werden.**

Abänderung 87

ARTIKEL 1 NUMMER 2

Artikel 9 Absatz 2 Spiegelstrich 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

- Landwirte **und andere in der Landwirtschaft tätige Personen** auf eine qualitative Neuausrichtung der Erzeugung und auf die Anwendung von Produktionsverfahren vorzubereiten, die mit den Belangen der Landschaftserhaltung und der Landschaftsverbesserung, des Umweltschutzes, der Hygiene und des Tierschutzes vereinbar sind, sowie ihnen Qualifikationen zu vermitteln, die sie benötigen, um einen wirtschaftlich lebensfähigen Betrieb leiten zu können, und

- Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen** auf eine qualitative Neuausrichtung der Erzeugung und auf die Anwendung von Produktionsverfahren vorzubereiten, die mit den Belangen der Landschaftserhaltung und der Landschaftsverbesserung, des Umweltschutzes, der Hygiene und des Tierschutzes vereinbar sind, sowie ihnen Qualifikationen zu vermitteln, die sie benötigen, um einen wirtschaftlich lebensfähigen Betrieb leiten zu können, und

Abänderung 29

ARTIKEL 1 NUMMER 2a (neu)

Artikel 13 Buchstabe a Spiegelstrich 1a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**2a. In Artikel 13 Buchstabe a wird nach dem ersten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt:**

- **Erhaltung und Entwicklung von Infrastruktur und Beschäftigung,**

Abänderung 30

ARTIKEL 1 NUMMER 2b (neu)

Artikel 14 Absatz 2 Spiegelstrich 1a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**2b. In Artikel 14 Absatz 2 wird nach dem ersten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt:**

- **sich verpflichten, die Landschaft offen zu halten und die Böden als Weideflächen zu erhalten,**

Abänderung 31

ARTIKEL 1 NUMMER 3

Artikel 16 Absatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(1) Landwirte **können** durch Zahlungen zum Ausgleich von Kosten und Einkommensverlusten unterstützt **werden**, die sich in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen durch die Umsetzung von auf gemeinschaftlichen Umweltschutzvorschriften beruhenden Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung infolge der Anwendung der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ergeben, wenn und soweit diese Zahlungen notwendig sind, um die sich aus der Umsetzung dieser Richtlinien ergebenden spezifischen Probleme zu lösen.

(1) Landwirte **werden** durch Zahlungen zum Ausgleich von Kosten und Einkommensverlusten unterstützt, die sich in Gebieten mit umweltspezifischen Einschränkungen durch die Umsetzung von auf gemeinschaftlichen Umweltschutzvorschriften beruhenden Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung infolge der Anwendung der Richtlinien 79/409/EWG und 92/43/EWG ergeben, wenn und soweit diese Zahlungen notwendig sind, um die sich aus der Umsetzung dieser Richtlinien ergebenden spezifischen Probleme zu lösen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 33

ARTIKEL 1 NUMMER 3a (neu)  
Artikel 21 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)**3a. Artikel 21 erhält folgende Fassung:**

**Für die gesamte Europäische Union sind gemeinsame objektive Kriterien für die Gebiete gemäß Artikel 16 und Artikel 20 auszuarbeiten.**

**Bis zum 1. Januar 2004 legt die Kommission einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor, worin solche objektiven Kriterien festgelegt werden.**

## Abänderung 32

ARTIKEL 1 NUMMER 3b (neu)  
Kapitel V-a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)**3b. Nach Artikel 21 wird folgendes Kapitel V-a eingefügt:****Kapitel V – a****Klein- und Familienbetriebe****Artikel 21 – a**

**Die Kommission legt bis 2006 einen Vorschlag zur Einführung eines neuen Kapitels für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Unterstützung von Frauen im ländlichen Raum vor.**

## Abänderungen 34 und 35

ARTIKEL 1 NUMMER 4  
Kapitel Va Artikel 21a (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

Die den Landwirten gewährte Beihilfe zur Anpassung an anspruchsvolle Normen, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen, muss zu folgenden Zielen beitragen:

- a) einer rascheren Anwendung der anspruchsvollen Normen durch die Mitgliedstaaten,
- b) der Einhaltung dieser Normen durch die Landwirte,
- c) der Inanspruchnahme von Betriebsberatungsdiensten **gemäß der Verordnung (EG) Nr. .../... des Rates [mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen]** durch die Landwirte, um die Leistung der landwirtschaftlichen Unternehmen zu bewerten und Verbesserungen im Hinblick auf die verpflichtenden Pflegevorschriften gemäß **vorgenannter** Verordnung zu identifizieren.

Die den Landwirten, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen** gewährte Beihilfe zur Anpassung an anspruchsvolle Normen, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen, muss zu folgenden Zielen beitragen:

- a) einer rascheren Anwendung der anspruchsvollen Normen durch die Mitgliedstaaten,
- b) der Einhaltung dieser Normen durch die Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**,
- c) der Inanspruchnahme von Betriebsberatungsdiensten durch die Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**, um die Leistung der landwirtschaftlichen Unternehmen zu bewerten und Verbesserungen im Hinblick auf die verpflichtenden Pflegevorschriften gemäß **der** Verordnung (EG) Nr. .../... des Rates **[mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen]** zu identifizieren.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderungen 36, 37, 38 und 39

ARTIKEL 1 NUMMER 4

Kapitel Va Artikel 21b (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(1) Landwirte, die anspruchsvolle Normen anwenden müssen, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften stützen und erst kürzlich in die einzelstaatlichen Vorschriften aufgenommen worden sind, können eine befristete Beihilfe erhalten, um die entstandenen Kosten und die Einkommensverluste teilweise auszugleichen.

**(2) Die Beihilfe darf während eines Zeitraums gewährt werden, der fünf Jahre ab dem Zeitpunkt nicht überschreitet, an dem die Norm gemäß den Gemeinschaftsvorschriften verbindlich wird.**

Damit die Beihilfe gewährt werden kann, muss die Norm neue Verpflichtungen oder Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Praxis vorschreiben, die sich erheblich auf die normalen Betriebskosten auswirken und eine bedeutende Anzahl Landwirte im Gebiet betreffen, das unter den Plan zur Entwicklung des ländlichen Raums fällt.

Für Richtlinien, deren Umsetzungsfristen überschritten worden sind und die im Mitgliedstaat noch nicht ordnungsgemäß umgesetzt sind, darf die Beihilfe **während eines Zeitraums** gewährt werden, **der fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht überschreitet.**

(3) Die Beihilfe wird nicht gewährt, wenn die Nichtanwendung einer Norm darauf zurückzuführen ist, dass ein **antragstellender Landwirt** eine bereits in einzelstaatliches Recht umgesetzte Norm nicht einhält.

(1) Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**, die anspruchsvolle Normen anwenden müssen, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften stützen und erst kürzlich in die einzelstaatlichen Vorschriften aufgenommen worden sind, können eine befristete Beihilfe erhalten, um die entstandenen Kosten und die Einkommensverluste teilweise auszugleichen.

(2) Damit die Beihilfe gewährt werden kann, muss die Norm neue Verpflichtungen oder Einschränkungen in der landwirtschaftlichen Praxis vorschreiben, die sich erheblich auf die normalen Betriebskosten **der landwirtschaftlichen Betriebe, Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften oder -organisationen** auswirken und eine bedeutende Anzahl Landwirte im Gebiet betreffen, das unter den Plan zur Entwicklung des ländlichen Raums fällt.

Für Richtlinien, deren Umsetzungsfristen überschritten worden sind und die im Mitgliedstaat noch nicht ordnungsgemäß umgesetzt sind, darf die Beihilfe **nicht** gewährt werden.

**Ungeachtet dessen wird eine dauerhafte und stabile Sonderregelung für Ausgleichszahlungen an Betriebe, Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und Organisationen in benachteiligten Gebieten mit strukturbedingten Schwierigkeiten und geringen Erträgen eingeführt.**

**(2a) Die von Landwirten selbst verwalteten Vereinigungen erhalten Vorrang unter den Beratung gewährenden Stellen.**

(3) Die Beihilfe wird nicht gewährt, wenn die Nichtanwendung einer Norm darauf zurückzuführen ist, dass ein **Antragsteller** eine bereits in einzelstaatliches Recht umgesetzte Norm nicht einhält.

Abänderungen 40 und 41

ARTIKEL 1 NUMMER 4

Kapitel Va Artikel 21d Absatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(1) Die Landwirte können eine Beihilfe erhalten, **damit sie die Kosten tragen können**, die sich aus der Inanspruchnahme der Betriebsberatungsdienste ergeben, die Verbesserungen bei der Einhaltung der verpflichtenden Normen in den Bereichen Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz durch die Landwirte identifizieren und erforderlichenfalls vorschlagen.

(1) Die Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen** können eine Beihilfe **zur Deckung der** Kosten erhalten, die sich aus der Inanspruchnahme der Betriebsberatungsdienste ergeben, die Verbesserungen bei der Einhaltung der verpflichtenden Normen in den Bereichen Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz durch die Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen** identifizieren und erforderlichenfalls vorschlagen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 42

## ARTIKEL 1 NUMMER 4

Kapitel Va Artikel 21d Absatz 2 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(2) Die Betriebsberatungsdienste, für die eine Beihilfe gewährt werden kann, **müssen den Vorschriften von Kapitel III des Titels II der Verordnung (EG) Nr. .../... [mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen] entsprechen.**

(2) Die **Mitgliedstaaten erstellen eine Liste der** Betriebsberatungsdienste, für die eine Beihilfe gewährt werden kann.

## Abänderung 43

## ARTIKEL 1 NUMMER 4

Kapitel Va Artikel 21d Absatz 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(3) Die gesamte Beihilfe für die **erstmalige** Inanspruchnahme der in Absatz 1 genannten Beratungsdienste wird auf **höchstens 80 % der** in Betracht kommenden Kosten begrenzt, wobei der im Anhang aufgeführte Höchstbetrag nicht überschritten werden darf.

(3) Die gesamte Beihilfe für die Inanspruchnahme der in Absatz 1 genannten Beratungsdienste wird auf **die** in Betracht kommenden Kosten begrenzt, wobei der im Anhang aufgeführte Höchstbetrag nicht überschritten werden darf.

## Abänderung 44

## ARTIKEL 1 NUMMER 8

Kapitel VIa Artikel 24b Absatz 1 Unterabsatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(1) Landwirten, die sich auf freiwilliger Basis an gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Lebensmittelqualitätsregelungen beteiligen, die besondere Herstellungsbedingungen für in Anhang I des Vertrags aufgeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, ausgenommen Fischereierzeugnisse, vorschreiben, wird eine Beihilfe gewährt, wenn sie die Bedingungen der Absätze 2 und 3 einhalten.

(1) Landwirten, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**, die sich auf freiwilliger Basis an gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Lebensmittelqualitätsregelungen beteiligen, die besondere Herstellungsbedingungen für in Anhang I des Vertrags aufgeführte landwirtschaftliche Erzeugnisse, ausgenommen Fischereierzeugnisse, vorschreiben, wird eine Beihilfe gewährt, wenn sie die Bedingungen der Absätze 2 und 3 einhalten.

## Abänderung 45

## ARTIKEL 1 NUMMER 8

Kapitel VIa Artikel 24c Absatz 2 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(2) **Diese Beihilfe wird höchstens für einen Zeitraum von fünf Jahren gewährt. entfällt**

## Abänderungen 46 und 47

## ARTIKEL 1 NUMMER 8

Kapitel VIa Artikel 24d Absatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(1) Erzeugergemeinschaften **wird für** Tätigkeiten zur Unterrichtung der Verbraucher über landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Lebensmittel, die im Rahmen der gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Lebensmittelqualitätsregelungen gemäß Artikel 24b bestimmt und im Rahmen der Maßnahme gemäß den Artikeln 24a, 24b und 24c vom Mitgliedstaat für eine Beihilfe ausgewählt wurden, sowie für die Förderung dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse oder Lebensmittel eine Beihilfe gewährt.

(1) Erzeugergemeinschaften, **Erzeugerorganisationen oder landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in den Mitgliedstaaten im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisationen oder sonstiger gemeinschaftlicher oder einzelstaatlicher Rechtsvorschriften anerkannt worden sind, wird im Fall von** Tätigkeiten zur Unterrichtung der Verbraucher über landwirtschaftliche Erzeugnisse oder Lebensmittel, die im Rahmen der gemeinschaftlichen oder einzelstaatlichen Lebensmittelqualitätsregelungen gemäß Artikel 24b bestimmt und im Rahmen der Maßnahme gemäß den Artikeln 24a, 24b und 24c vom Mitgliedstaat für eine Beihilfe ausgewählt wurden, sowie für die Förderung dieser landwirtschaftlichen Erzeugnisse oder Lebensmittel eine Beihilfe gewährt.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 48

ARTIKEL 1 NUMMER 8

Kapitel VIa Artikel 24d Absatz 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(3) Der Gesamtbetrag der Beihilfe wird auf höchstens **70 %** der beihilfefähigen Kosten der Aktion begrenzt.

(3) Der Gesamtbetrag der Beihilfe wird auf höchstens **85 %** der beihilfefähigen Kosten der Aktion begrenzt.

Abänderung 49

ARTIKEL 1 NUMMER 8a (neu)

Kapitel VIb (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**8a. Nach Artikel 24d wird folgendes Kapitel VIb eingefügt:**

**Kapitel VIb**

**Aufbau von Agrarerzeuger-Organisationen**

**Artikel 24e**

(1) Die Kommission unterstützt die Tätigkeit von Agrarerzeugerorganisationen in Form juristischer Personen, die nach einzelstaatlichem Recht gegründet werden, um die Konzentration und den Absatz von Erzeugnissen des Landwirtschafts- und Ernährungssektors zu begünstigen.

(2) Die Unterstützung wird während fünf Jahren für die Gründung und die Aufnahme der Tätigkeit der in Absatz 1 genannten Organisationen gewährt.

Abänderung 50

ARTIKEL 1 NUMMER 8b (neu)

Artikel 25 Absatz 2 Spiegelstrich -1 (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**8b. In Artikel 25 Absatz 2 wird vor dem ersten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt:**

- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt;**

Abänderung 51

ARTIKEL 1 NUMMER 8c (neu)

Artikel 25 Absatz 2 Spiegelstrich 5a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**8c. In Artikel 25 Absatz 2 wird nach dem fünften Spiegelstrich folgender Spiegelstrich 5a eingefügt:**

- **Förderung neuer Gewerbezweige im ländlichen Raum;**

Abänderung 52

ARTIKEL 1 NUMMER 8d (neu)

Artikel 26 Absatz 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**8d. Artikel 26 Absatz 3 erhält folgende Fassung:**

(3) Es muss nachgewiesen werden, dass für die betreffenden Erzeugnisse auf den Märkten normale Absatzmöglichkeiten gefunden oder neue erschlossen werden können.



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 53

ARTIKEL 1 NUMMER 8e (neu)

Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe a (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**8e. Artikel 28 Absatz 2 Buchstabe a erhält folgende Fassung:****a) 65 % in den Ziel-1-Regionen,**

## Abänderung 54

ARTIKEL 1 NUMMER 10a (neu)

Artikel 30 Absatz 1 Spiegelstrich 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**10a. Artikel 30 Absatz 1 dritter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **Investitionen zur Verbesserung und Rationalisierung der Holzernte, der Verarbeitung und der Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Kork; bei Investitionen im Zusammenhang mit der Verwendung von Holz als Rohstoff kommen nur sämtliche der industriellen Verarbeitung vorangehenden Arbeitsvorgänge in Betracht;**

## Abänderung 55

ARTIKEL 1 NUMMER 10b (neu)

Artikel 30 Absatz 1 Spiegelstrich 4 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**10b. Artikel 30 Absatz 1 vierter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **Erschließung neuer Möglichkeiten für die Nutzung und Vermarktung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse, einschließlich Kork,**

## Abänderung 56

ARTIKEL 1 NUMMER 13 BUCHSTABEN a und b

Artikel 33 Absatz 2 Spiegelstriche 3 und 4 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**–a) Der erste Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **Bodenmelioration; Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit durch erweiterte Fruchtfolgen, insbesondere durch Leguminosenanbau (Luzerne);**

a) der dritte und vierte Gedankenstrich erhalten folgende Fassung:

- Aufbau von Beratungs-, Vertretungs- und Betriebsführungsdiensten für landwirtschaftliche Betriebe;
- Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen, einschließlich der Einführung von Qualitätsregelungen;

a) der dritte und vierte Gedankenstrich erhalten folgende Fassung:

- Aufbau von Beratungs-, Vertretungs- und Betriebsführungsdiensten für landwirtschaftliche Betriebe;
- Vermarktung von landwirtschaftlichen Qualitätserzeugnissen **und deren Kennzeichnung**, einschließlich der Einführung von Qualitätsregelungen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSb) *folgender Gedankenstrich wird angefügt:*

- **Verwaltung** integrierter Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums durch örtliche Partnerschaften.

b) *folgende Spiegelstriche werden eingefügt:*

- **Förderung** integrierter Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raums durch örtliche Partnerschaften **zwischen öffentlichem, privatem oder ehrenamtlichem Sektor;**
- **Ausbau der Kapazitäten der Akteure in den Gemeinden bzw. den nichtstaatlichen Organisationen, die sich dafür einsetzen, dass die anderen Maßnahmen im Rahmen dieses Artikels vorangetrieben werden.**

Abänderung 57

ARTIKEL 1 NUMMER 13 BUCHSTABE *ba* (neu)

Artikel 33 Absatz 2 Spiegelstrich 10a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

*ba) nach dem zehnten Spiegelstrich wird folgender Spiegelstrich eingefügt:*

- **Beratung, Entwicklungshilfe und andere Dienste für kleine Unternehmen oder örtlich operierende Gruppen in Dörfern oder entlegenen ländlichen Regionen,**

Abänderung 58

ARTIKEL 1 NUMMER 13a (neu)

Kapitel IX Artikel 33a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**13a. Es wird folgender Artikel 33a eingefügt:****Artikel 33a**

(1) **Im Sinne dieses Artikels sind „Semi-Subsistenzbetriebe“ Betriebe, die in erster Linie für den Eigenbedarf produzieren, jedoch auch einen Teil ihres Ertrags vermarkten.**

(2) **Um Unterstützung zu erhalten, müssen die Landwirte einen Wirtschaftsplan vorlegen, der**

- a) die künftige wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Betriebs nachweist;**
- b) die erforderlichen Investitionen detailliert beschreibt;**
- c) die spezifischen Etappen und Ziele beschreibt.**

(3) **Die Einhaltung des in Absatz 2 genannten Wirtschaftsplans ist nach drei Jahren zu überprüfen. Wenn die in dem Plan genannten Ziele nicht zum Zeitpunkt der Überprüfung nach drei Jahren erreicht sind, wird keine weitere Unterstützung gewährt. Die bereits erhaltenen Gelder brauchen jedoch nicht zurückgezahlt zu werden.**

(4) **Die Unterstützung wird jährlich in Form einer Pauschale von 1 000 Euro pro Jahr und Betrieb für maximal fünf Jahre gezahlt.**

Abänderung 59

ARTIKEL 1 NUMMER 15

Artikel 35 Absatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(1) **Gemeinschaftsbeihilfen für den Vorruhestand (Artikel 10, 11 und 12), benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen (Artikel 13 bis 21), Einhaltung**

(1) **Gemeinschaftsbeihilfen für den Vorruhestand (Artikel 10, 11 und 12), benachteiligte Gebiete und Gebiete mit umweltspezifischen Einschränkungen (Artikel 13 bis 21), Einhaltung**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

der Normen (Artikel 21a bis 21d), Agrarumweltmaßnahmen (Artikel 22, 23 und 24), Lebensmittelqualität (Artikel 24a bis 24d) und Aufforstungsmaßnahmen (Artikel 31) werden in der gesamten Gemeinschaft aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert.

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

der Normen (Artikel 21a bis 21d), Agrarumweltmaßnahmen (Artikel 22, 23 und 24), Lebensmittelqualität (Artikel 24a bis 24d) und Aufforstungsmaßnahmen (Artikel 31) werden in der gesamten Gemeinschaft aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, finanziert. **Ab 2007 werden in der gesamten Gemeinschaft ebenfalls aus dem EAGFL, Abteilung Garantie, die Beihilfen für die Niederlassung von Junglandwirten finanziert.**

## Abänderung 60

## ARTIKEL 1 NUMMER 16a (neu)

Artikel 43 Absatz 2 Spiegelstrich 2a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**16a. In Artikel 43 Absatz 2 wird nach dem zweiten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich angefügt:**

- **Pläne zur Entwicklung von Non-food-Erzeugnissen ausarbeiten, die sich auf umweltfreundliche Rohstoffe aus landwirtschaftlicher Erzeugung richten;**

## Abänderung 61

## ARTIKEL 1 NUMMER 16b (neu)

Artikel 43 Absatz 2 Spiegelstrich 2b (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**16b. In Artikel 43 Absatz 2 wird nach dem zweiten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich angefügt:**

- **auf ihrem Hoheitsgebiet und nach ihren spezifischen Bedürfnissen Maßnahmen zur Qualitätsförderung treffen.**

## Abänderung 62

## ARTIKEL 1 NUMMER 16c (neu)

Artikel 44 Absatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**16c. Artikel 44 Absatz 1 erhält folgende Fassung:**

**(1) Die Entwicklungspläne für den ländlichen Raum sind spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung vorzulegen.**

**Vorhandene Pläne können sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung aktualisiert werden.**

## Abänderung 64

## ARTIKEL 1 NUMMER 16d (neu)

Artikel 47 Absatz 2 Spiegelstrich 3 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**16d. Artikel 47 Absatz 2 dritter Spiegelstrich erhält folgende Fassung:**

- **beträgt die Gemeinschaftsbeteiligung im Rahmen der Programmplanung für Maßnahmen gemäß den Artikeln 22 bis 24 dieser Verordnung 85 % in den Gebieten, die unter Ziel 1 fallen, und 60 % in den übrigen Gebieten.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 65

## ARTIKEL 1 NUMMER 16e (neu)

Artikel 47 Absatz 2 Spiegelstrich 3a (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

**16e. In Artikel 47 Absatz 2 wird nach dem dritten Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt:**

- **beträgt die Gemeinschaftsbeteiligung im Rahmen der Programmplanung für Maßnahmen gemäß den Artikeln 13 bis 20 dieser Verordnung 75 %.**

## Abänderung 66

## ARTIKEL 1 NUMMER 17

Artikel 51 Absatz 5 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

(5) Staatliche Beihilfen zur Unterstützung von Landwirten, die sich an die anspruchsvollen Normen anpassen, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen, sind untersagt, wenn sie nicht den Bedingungen der Artikel 21a, 21b und 21c entsprechen. Zusätzliche Beihilfen, die die gemäß Artikel 21c festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, dürfen jedoch gewährt werden, damit die Landwirte einzelstaatlichen Rechtsvorschriften entsprechen können, die über die Mindestnormen der Gemeinschaft hinausgehen.

Gibt es keine gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften, so sind staatliche Beihilfen zur Unterstützung von Landwirten, die sich an die anspruchsvollen Normen anpassen, die sich auf die einzelstaatlichen Vorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen, untersagt, wenn sie nicht den einschlägigen Bedingungen der Artikel 21a, 21b und 21c entsprechen. Zusätzliche Beihilfen, die die gemäß Artikel 21c festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, dürfen jedoch gewährt werden, wenn sie gemäß Absatz 1 desselben Artikels gerechtfertigt sind.

(5) Staatliche Beihilfen zur Unterstützung von Landwirten, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**, die sich an die anspruchsvollen Normen anpassen, die sich auf die Gemeinschaftsvorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen, sind untersagt, wenn sie nicht den Bedingungen der Artikel 21a, 21b und 21c entsprechen. Zusätzliche Beihilfen, die die gemäß Artikel 21c festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, dürfen jedoch gewährt werden, damit die Landwirte, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**, einzelstaatlichen Rechtsvorschriften entsprechen können, die über die Mindestnormen der Gemeinschaft hinausgehen.

Gibt es keine gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften, so sind staatliche Beihilfen zur Unterstützung von Landwirten, **Genossenschaften, Erzeugergemeinschaften und -organisationen**, die sich an die anspruchsvollen Normen anpassen, die sich auf die einzelstaatlichen Vorschriften für Umwelt, menschliche, tierische und pflanzliche Gesundheit, Tierschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz stützen, untersagt, wenn sie nicht den einschlägigen Bedingungen der Artikel 21a, 21b und 21c entsprechen. Zusätzliche Beihilfen, die die gemäß Artikel 21c festgesetzten Höchstbeträge überschreiten, dürfen jedoch gewährt werden, wenn sie gemäß Absatz 1 desselben Artikels gerechtfertigt sind.

## Abänderung 67

## ARTIKEL 2

## Artikel 2

**entfällt**

**Die Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 wird ab 1. Januar 2005 aufgehoben.**

## Abänderung 68

## ARTIKEL 3 ABSATZ 1a (neu)

**Im Rahmen der künftigen Finanziellen Vorausschau, die von der Haushaltsbehörde zu billigen ist, ist das Europäische Parlament neuerlich zu konsultieren, um die Bestimmungen noch einmal zu prüfen und die Auswirkungen dieser Verordnung auf den Haushaltsplan zu beurteilen.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 69

ANHANG

Tabelle Artikel 8 Absatz 2 Spalte EUR (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

25 000

40 000

Abänderung 70

ANHANG

Tabelle Artikel 12 Absatz 1 Spalte EUR (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

15 000

16 500

150 000

165 000

3 500

5 000

35 000

50 000

Abänderung 71

ANHANG

Tabelle Artikel 15 Absatz 3 Spalte EUR Zeile 1 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

25

125

Abänderung 72

ANHANG

Tabelle Artikel 15 Absatz 3 Spalte EUR Zeile 2 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

200

300

Abänderung 73

ANHANG

Tabelle Artikel 16 Spalte EUR (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

200

300

Abänderung 74

ANHANG

Tabelle Artikel 21c Spalte EUR (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

10 000

1 500

Abänderung 75

ANHANG

Tabelle Artikel 21c Spalte 4 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

Pro Betrieb

Ausgleichszahlung 1 000 Euro je Landwirt und Jahr.

Abänderung 76

ANHANG

Tabelle Artikel 21d Spalte EUR (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

1 500

3 000

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 77

ANHANG

Tabelle Artikel 24 Absatz 2 Spalte Gegenstand Zeile 4 (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

Örtliche Rassen, die für die Zucht verloren gehen könnten.

Örtliche Rassen **und Sorten**, die für die Zucht verloren gehen könnten.

Abänderung 78

ANHANG

Tabelle Artikel 24c Spalte EUR (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

1 500

10 000

Abänderung 79

ANHANG

Tabelle Artikel 24c Absatz 1 (neu) (Verordnung (EG) Nr. 1257/1999)

Gegenstand	Euro	
Betriebe mit bis zu 4 EGE	3 000	Pro Betrieb
Betriebe mit mehr als 4 EGE	3 000	Pro Betrieb
	500	Pro EGE

P5\_TA(2003)0258

**GMO für Getreide \*****Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide (KOM(2003) 23 – C5-0042/2003 – 2003/0008(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0042/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0174/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Donnerstag, 5. Juni 2003

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
6. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
7. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 1

Erwägung 2

(2) Auftrag der Gemeinsamen Agrarpolitik ist es, die Ziele des Artikels 33 des Vertrags zu erreichen. Um die Märkte zu stabilisieren und der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu sichern, sollten im Getreidesektor Binnenmarktmaßnahmen getroffen werden, die insbesondere eine Interventionsregelung und eine gemeinsame Ein- und Ausfuhrregelung umfassen.

(2) Auftrag der Gemeinsamen Agrarpolitik ist es, die Ziele des Artikels 33 des Vertrags zu erreichen. Um die Märkte zu stabilisieren, **die Gemeinschaftspräferenz zu gewährleisten** und der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu sichern, sollten im Getreidesektor Binnenmarktmaßnahmen getroffen werden, die insbesondere eine Interventionsregelung und eine gemeinsame Ein- und Ausfuhrregelung umfassen.

Abänderung 2

Erwägung 4

(4) **In der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 ist vorgesehen, dass über eine letzte Kürzung des ab dem Wirtschaftsjahr 2002/03 anzuwendenden Interventionspreises für Getreide aufgrund der Marktentwicklung beschlossen wird. Es ist wichtig, die Preise auf dem Binnenmarkt so nahe wie möglich an den Weltmarktpreisen zu halten. Die im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation gewährte Stützung sollte daher verringert werden, damit sie nicht mehr nur von den garantierten Preisen abhängt. Die Intervention muss somit auf die Funktion eines echten Sicherheitsnetzes zurückgeführt werden. In der Verordnung (EG) Nr. 1251/1999 des Rates zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen ist vorgesehen, dass angesichts einer letzten Kürzung des Interventionspreises für Getreide ein Ausgleich zu gewähren ist. Ein solcher Ausgleich ist nun in der Verordnung (EG) Nr. .../... des Rates vom ... [mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen] vorgesehen.**

(4) **Seit der Durchführung** der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 ist **der Interventionspreis fünf Mal abgesenkt worden, insgesamt um 45 %, während in derselben Zeit der Verbraucherpreisindex in der Europäischen Union um 25,5 % gestiegen ist. Real ist daher der Interventionspreis um 56 % gesunken.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 3  
Erwägung 4a (neu)

**(4a) Die Preise für Getreide in Europa bewegen sich fast auf dem gleichen Niveau wie die Preise auf dem Weltmarkt.**

Abänderung 4  
Erwägung 5

**(5) Zusätzlich zu den letzten Schritten bei der Senkung der Stützungspreise sollten die monatlichen Zuschläge abgeschafft werden, um die Fluidität des Marktes zu verbessern und die Marktverwaltung zu vereinfachen.**

**(5) Den monatlichen Zuschlägen kommt eine wichtige wirtschaftliche Rolle zu, da sie die Erstattung der Getreidelagerkosten sicherstellen und begünstigen, dass die Ernte nach und nach auf den Markt gebracht wird.**

Abänderung 5  
Erwägung 6

**(6) Die Einführung eines einzigen Interventionspreises für Getreide hat aufgrund der begrenzten Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt und den Drittlandsmärkten zu einer Ansammlung großer Interventionsbestände bei Roggen geführt. Roggen sollte daher von der Interventionsregelung ausgeschlossen werden.**

**(6) Die Einführung eines einzigen Interventionspreises für Getreide hat aufgrund der begrenzten Absatzmöglichkeiten auf dem Binnenmarkt und den Drittlandsmärkten zu einer Ansammlung großer Interventionsbestände bei Roggen geführt. Daher sollte die Roggenintervention zeitlich befristet und auf jene Standorte begrenzt werden, für die es bislang keine vertretbaren pflanzenbaulichen und betriebswirtschaftlichen Alternativen zum Roggenanbau gibt. Das würde zu geringeren Interventionsbeständen bei Roggen führen sowie Einkommen und Beschäftigung in benachteiligten Gebieten erhalten. Darüber hinaus sollte ein Regelungsmechanismus zur Verbrauchsförderung von Roggen im Mischfutter und als Rohstoff für spezielle technische Anwendungen und zur Energieerzeugung geschaffen werden.**

Abänderung 6  
Erwägung 8

**(8) Der Einsatz der Interventionspreise als echtes Sicherheitsnetz setzt die Abschaffung der Sonderregelung für die Herstellung von Stärke aus Getreide voraus.**

**entfällt**Abänderung 7  
Erwägung 9

**(9) Die Herstellung von nicht aus Getreide gewonnener Stärke wurde stets von der gemeinsamen Marktorganisation für Getreide geregelt. Die Abschaffung der Sonderregelung für Getreidestärke setzt voraus, dass die Regelung für nicht aus Getreide gewonnene Stärke ebenfalls im Rahmen dieser Verordnung abgeschafft wird.**

**(9) Die Herstellung von nicht aus Getreide gewonnener Stärke wurde stets von der gemeinsamen Marktorganisation für Getreide geregelt. Zur Stärkeherstellung bestimmte Kartoffeln stehen in direktem Wettbewerb mit den zur Stärkegewinnung verwendeten Getreidesorten. Um eine Gleichbehandlung der betroffenen Produktionen sicherzustellen, sind im Sektor der Stärkekartoffeln und im Getreidesektor gleichgeartete Maßnahmen zu ergreifen.**



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderungen 8 und 9

## Erwägung 10

(10) Ein einheitlicher Gemeinschaftsmarkt für Getreide erfordert die Einführung einer einheitlichen Außenhandelsregelung. Eine das Interventionssystem ergänzende Handelsregelung, die Einfuhrabgaben und Ausfuhrerstattungen vorsieht, dürfte den Gemeinschaftsmarkt grundsätzlich stabilisieren. **Sie sollte den Verpflichtungen Rechnung tragen, die in den multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde eingegangen worden sind.** Die Ausfuhrerstattungsregelung ist im Hinblick auf eine Teilnahme am Welthandel auch auf Getreideverarbeitungszeugnisse anzuwenden.

(10) Ein einheitlicher Gemeinschaftsmarkt für Getreide erfordert die Einführung einer einheitlichen Außenhandelsregelung. Eine das Interventionssystem ergänzende Handelsregelung, die Einfuhrabgaben und Ausfuhrerstattungen vorsieht, dürfte den **Binnenmarkt gegen Preisschwankungen auf dem Weltmarkt und Wechselkursschwankungen** grundsätzlich stabilisieren **und für die Wahrung der Gemeinschaftspräferenz sorgen.** Die Ausfuhrerstattungsregelung ist im Hinblick auf eine Teilnahme am Welthandel auch auf Getreideverarbeitungszeugnisse anzuwenden. **Was diese Produkte anbelangt, sollte für die Verarbeitungsindustrie der Gemeinschaft durch geeignete Instrumente ein gleichwertiger und gerechter Schutz gewährleistet werden.**

## Abänderung 10

## Erwägung 12

(12) Die **entsprechend den im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschlossenen Übereinkommen** auf landwirtschaftliche Erzeugnisse anzuwendenden Zollsätze sind größtenteils im Gemeinsamen Zolltarif festgelegt. Für einige Getreidearten sind jedoch aufgrund der Einführung von zusätzlichen Mechanismen Ausnahmebestimmungen zu erlassen.

(12) Die auf landwirtschaftliche Erzeugnisse anzuwendenden Zollsätze sind größtenteils im Gemeinsamen Zolltarif festgelegt. Für einige Getreidearten sind jedoch aufgrund der Einführung von zusätzlichen Mechanismen Ausnahmebestimmungen zu erlassen.

## Abänderung 11

## Erwägung 14

(14) **Unter bestimmten Voraussetzungen sollte** die Kommission **ermächtigt werden**, Zollkontingente zu eröffnen **und zu verwalten**, die sich aus den gemäß dem EG-Vertrag geschlossenen Übereinkommen und anderen Rechtsakten des Rates ergeben.

(14) Die Kommission **kann dem Rat vorschlagen**, Zollkontingente zu eröffnen, die sich aus den gemäß dem Vertrag geschlossenen Übereinkommen und anderen Rechtsakten des Rates ergeben. **Diese Zollkontingente können nur zugeteilt werden, wenn sie ordnungsgemäß ausgehandelt und im Austausch gegen andere Formen der Vorzugsbehandlung für die Europäische Union gewährt werden.**

## Abänderung 12

## Erwägung 15

(15) Die **im Rahmen des WTO-Übereinkommens über die Landwirtschaft gewährten** Erstattungen bei der Ausfuhr nach Drittländern, die dem Unterschied zwischen den Preisen in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt entsprechen, **sollen den Anteil** der Gemeinschaft am internationalen Getreidehandel **wahren.** Solche Ausfuhrerstattungen sollten **mengen- und wertmäßig begrenzt sein.**

(15) Die Erstattungen bei der Ausfuhr nach Drittländern, die dem Unterschied zwischen den Preisen in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt entsprechen, **ermöglichen die Beteiligung** der Gemeinschaft am internationalen Getreidehandel. Solche Ausfuhrerstattungen sollten **unter Wahrung der Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik, im Interesse der europäischen Marktteilnehmer und im Bemühen um einen fairen Preis auf dem Binnenmarkt erfolgen.**

## Abänderung 13

## Erwägung 19

(19) Die Zolltarifregelung macht es möglich, auf alle sonstigen Schutzmaßnahmen an den Außengrenzen der Gemeinschaft zu verzichten. Unter außergewöhnlichen Umständen kann sich der Binnenmarkt- und Zollmechanismus als unzu-

(19) Die Zolltarifregelung macht es möglich, auf alle sonstigen Schutzmaßnahmen an den Außengrenzen der Gemeinschaft zu verzichten. Unter außergewöhnlichen Umständen kann sich der Binnenmarkt- und Zollmechanismus als unzu-

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

länglich erweisen. Um den Gemeinschaftsmarkt den sich daraus möglicherweise ergebenden Störungen nicht ungeschützt auszusetzen, sollte die Gemeinschaft in diesen Fällen die Möglichkeit haben, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. **Diese Maßnahmen sollten mit den Verpflichtungen aus den betreffenden WTO-Übereinkommen in Einklang stehen.**

länglich erweisen. Um den Gemeinschaftsmarkt den sich daraus möglicherweise ergebenden Störungen nicht ungeschützt auszusetzen, sollte die Gemeinschaft in diesen Fällen die Möglichkeit haben, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

## Abänderung 14

## Erwägung 24

(24) Die Kommission sollte ermächtigt werden, in dringenden Fällen die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um praktische und spezielle Probleme lösen zu können.

(24) Die Kommission sollte ermächtigt werden, in dringenden Fällen die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um **unter Einhaltung der Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik und Wahrung der Interessen der europäischen Wirtschaftsbeteiligten** praktische und spezielle Probleme lösen zu können.

## Abänderung 15

## Erwägung 24a (neu)

**(24a) Um die Anwendung der Bestimmungen zu erleichtern, sollte ein Verfahren vorgesehen werden, mit dem eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission im Rahmen eines Verwaltungsausschusses eingeführt wird.**

## Abänderung 16

## Artikel 4 Absatz 1

(1) Für Getreidearten, die der Intervention unterliegen, wird der Interventionspreis auf **95,35 EUR/t** festgesetzt.

(1) Für Getreidearten, die der Intervention unterliegen, wird der Interventionspreis auf **101,31 EUR/t** festgesetzt. **Der im Mai für Mais und Sorghum geltende Interventionspreis bleibt in den Monaten Juli, August und September gültig.**

## Abänderung 17

## Artikel 4 Absatz 1a (neu)

**(1a) Der Interventionspreis wird um monatliche Zuschläge gemäß der Tabelle in Anhang IIa erhöht.**

## Abänderung 18

## Artikel 4 Absatz 1b (neu)

**(1b) Im Jahre 2006 wird erneut geprüft, ob eine Senkung des Interventionspreises für Getreide erforderlich ist.**

## Abänderung 19

## Artikel 5 Absatz 1

(1) Die von den Mitgliedstaaten bezeichneten Interventionsstellen kaufen Weichweizen, Hartweizen, Gerste, Mais und Sorghum an, die ihnen angeboten werden und in der Gemeinschaft geerntet worden sind, sofern die Angebote den insbesondere hinsichtlich Qualität und Menge festgelegten Bedingungen entsprechen.

(1) Die von den Mitgliedstaaten bezeichneten Interventionsstellen kaufen Weichweizen, Hartweizen, **Roggen**, Gerste, Mais und Sorghum an, die ihnen angeboten werden und in der Gemeinschaft geerntet worden sind, sofern die Angebote den insbesondere hinsichtlich Qualität und Menge festgelegten Bedingungen entsprechen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 20  
Artikel 5a (neu)**Artikel 5a**

*Für Roggen wird ab dem Wirtschaftsjahr 2004/2005 für jedes Wirtschaftsjahr eine Richthöchstmenge von 5 700 000 t festgesetzt.*

*Diese Richthöchstmenge wird wie folgt auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt:*

Belgien	5 000
Dänemark	330 000
Deutschland	4 420 000
Griechenland	30 000
Spanien	200 000
Frankreich	169 000
Irland	0
Italien	10 000
Luxemburg	4 000
Niederlande	22 000
Österreich	210 000
Portugal	40 000
Finnland	60 000
Schweden	160 000
Vereinigtes Königreich	40 000

*Es obliegt den Mitgliedstaaten, diese nationalen Richtmengen auf der Grundlage der während der vergangenen Wirtschaftsjahre registrierten mittleren Erträge auf die Flächen umzulegen, diese Flächen auf die Aufkäuferorganismen aufzuteilen, die erforderlichen Kontrollen durchzuführen und der Kommission darüber Bericht zu erstatten.*

*Ferner schlägt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens 31. Dezember 2004 einen Plan zur Förderung der Verwendung von Roggen auf dem Binnenmarkt vor.*

Abänderung 28  
Artikel 5b (neu)**Artikel 5b**

*Zur Unterstützung des Verbrauchs von Roggen auf dem Binnenmarkt unterbreitet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat bis spätestens 31. Dezember 2003 einen entsprechenden Maßnahmenplan.*

*Weiterhin erlässt die Kommission Durchführungsvorschriften zur Begrenzung des Roggenanbaus auf solche Standorte, die aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten keine betriebswirtschaftlichen Alternativen zulassen.*

*Die Fortführung der Intervention bei Roggen wird zunächst auf weitere fünf Jahre bis zum Wirtschaftsjahr 2007/08 verlängert. Bis zum 31. Dezember 2006 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die mögliche Fortführung der Intervention bei Roggen sowie den Erfolg der getroffenen Maßnahmen zur Verbrauchsförderung von Roggen vor.*

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 21

Kapitel II Binnenmarkt Artikel 7a (neu)

## Artikel 7a

(1) Für Mais-, Weizen- oder Kartoffelstärke sowie für bestimmte Verarbeitungserzeugnisse, die zur Herstellung bestimmter Waren verwendet werden, kann eine Erzeugungserstattung gewährt werden.

Die Liste der Waren, auf die sich Unterabsatz 1 bezieht, wird nach dem Verfahren des Absatzes 3 aufgestellt.

(2) Die Erstattung nach Absatz 1 wird regelmäßig festgelegt.

(3) Die Kommission beschließt die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel und legt den jeweiligen Erstattungsbetrag nach dem Verfahren des Artikels 24 fest.

## Abänderung 22

Kapitel II Binnenmarkt Artikel 7b (neu)

## Artikel 7b

(1) Für zur Stärkeherstellung bestimmte Kartoffeln wird ein Mindestpreis von 178,31 EUR/t festgesetzt.

Dieser Preis gilt für die frei Fabrik gelieferte Kartoffelmenge, die zur Herstellung einer Tonne Stärke erforderlich ist.

(2) Für die Erzeuger von zur Stärkeherstellung bestimmte Kartoffeln wird ein System von Direktzahlungen eingerichtet. Der Zahlungsbetrag gilt für die zur Herstellung einer Tonne Stärke erforderlichen Kartoffelmenge. Er beträgt 111 EUR/t nach folgendem Aufteilungsschlüssel:

- 28 EUR/t gemäß den Modalitäten der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Förderregeln für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen (horizontale Verordnung)],
- 83 EUR/t für die Kartoffelmenge, für die der Kartoffelerzeuger und das Stärkeerzeugende Unternehmen im Rahmen des letzterem zugewiesenen Kontingents gemäß Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1868/94 des Rates vom 27. Juli 1994 zur Einführung einer Kontingentierungsregelung für die Kartoffelstärkeerzeugung<sup>(1)</sup> einen Anbauvertrag geschlossen haben.

(3) Der Mindestpreis und die Zahlung werden nach Maßgabe des Stärkegehalts der Kartoffeln angepasst.

(4) Falls die Lage auf dem Kartoffelstärkemarkt dies erfordert, trifft der Rat die geeigneten Maßnahmen nach dem Verfahren des Artikels 37 Absatz 2 des Vertrags.

(5) Die Kommission erlässt die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel nach dem Verfahren des Artikels 24.

<sup>(1)</sup> ABL L 197 vom 30.7.1994, S. 4.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 23

## Artikel 9 Absatz 2

(2) Der Einfuhrzoll auf Erzeugnisse der KN-Codes 1001 90 91, ex 1001 90 99, 1002, ex 1005, ausgenommen Hybrid zur Aussaat, **und ex 1007 00 90 ist** gleich dem für diese Erzeugnisse bei der Einfuhr geltenden Interventionspreis **gemäß Artikel 4** zuzüglich 55 % und abzüglich des cif-Einfuhrpreises für die betreffende Sendung, **wobei der Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs jedoch nicht überschritten werden darf.**

(2) **Abweichend von Absatz 1** ist der Einfuhrzoll auf Erzeugnisse der KN-Codes 1001 90 91 (**Weichweizen zur Aussaat**), ex 1001 90 99 (**Weichweizen hoher Qualität**), **1001 1000 (Hartweizen)**, 1002 (**Roggen**), ex 1005 (**Mais**) ausgenommen Hybrid zur Aussaat, **und ex 1007 (Sorghum), ausgenommen Hybrid zur Aussaat**, gleich dem für diese Erzeugnisse bei der Einfuhr geltenden Interventionspreis zuzüglich 55 % und abzüglich des cif-Einfuhrpreises für die betreffende Sendung. **Dieser Zoll darf jedoch die Zollsätze des Gemeinsamen Zolltarifs nicht übersteigen.**

## Abänderung 24

## Artikel 13 Absatz 4a (neu)

**(4a) Sofern keine Ausnahmeregelung nach dem Verfahren des Artikels 24 Absatz 2 beschlossen wurde, wird für die in Artikel 1 Buchstaben a und b genannten Erzeugnisse die gemäß Absatz 2 des vorliegenden Artikels anwendbare Erstattung entsprechend den monatlichen Zuschlägen zum Interventionspreis und gegebenenfalls den Preisschwankungen angepasst.**

## Abänderung 25

## Artikel 14 Absatz 1a (neu)

**In diesem Fall wird die in Artikel 13 Absatz 4a vorgesehene Anpassung durch Anwendung eines Koeffizienten auf die monatlichen Zuschläge berichtigt, der das Verhältnis zwischen der Menge des Grunderzeugnisses und der im ausgeführten Verarbeitungserzeugnis enthaltenen oder in der ausgeführten Ware verwendeten Menge dieses Grunderzeugnisses widerspiegelt.**

## Abänderung 26

## Artikel 26 Absatz 2a (neu)

**Diese Maßnahmen müssen ergriffen werden, um den Zielen der Gemeinsamen Agrarpolitik und den Interessen der europäischen Marktteilnehmer gerecht zu werden.**

## Abänderung 27

## ANHANG IIa (neu)

## ANHANG II a

## TABELLE DER AUF DEN INTERVENTIONSPREIS ANZUWENDENDEN MONATLICHEN ZUSCHLÄGE

Monat	(EUR/t)
Juli	—
August	—
September	—
Oktober	—
November	0,93
Dezember	1,86

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

<i>Januar</i>	2,79
<i>Februar</i>	3,72
<i>März</i>	4,65
<i>April</i>	5,58
<i>Mai</i>	6,51
<i>Juni</i>	6,51

P5\_TA(2003)0259

**GMO für Trockenfutter \*****Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter für die Wirtschaftsjahre 2004/05 bis 2007/08 (KOM(2003) 23 – C5-0044/2003 – 2003/0010(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

*Das Europäische Parlament,*

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0044/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A5-0175/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
  3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
  4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  6. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  7. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 1

## Titel

Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter **für die Wirtschaftsjahre 2004/05 bis 2007/08**

Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter

## Abänderung 2

## Erwägung 2

(2) Die Futtererzeugung im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 603/95 eingeführten Regelung **erfolgt größtenteils unter Einsatz von fossilen Brennstoffen für die künstliche Trocknung und in einigen Mitgliedstaaten unter Einsatz von Bewässerung. Aufgrund von Bedenken wegen ihrer Auswirkungen auf die Umwelt sollte die Regelung abgeschafft werden. Um jedoch der Industrie einen Übergang zu ermöglichen, ist die Regelung noch bis zum Wirtschaftsjahr 2007/08 beizubehalten.**

(2) Die Futtererzeugung im Rahmen der mit der Verordnung (EG) Nr. 603/95 eingeführten Regelung **führt zu einem Abbau des Defizits und der strategischen Abhängigkeit der Europäischen Union bei Eiweißpflanzen, wirkt sich positiv auf die Erhaltung der Böden in stark erosionsgefährdeten Gebieten aus und verringert den Düngemittelbedarf, hat zur Schaffung und Entwicklung eines ganzen Industriezweigs beigetragen, indem die wirtschaftliche Tätigkeit in benachteiligten Gebieten diversifiziert wurde. Angesichts der positiven Auswirkungen dieses Sektors auf die Eiweißbilanz der Union, die Umwelt und die Entwicklung des ländlichen Raums weist dieser Sektor einen hohen Grad der Multifunktionalität auf. Folglich ist die Dauerhaftigkeit der Stützungsregelung zu gewährleisten, um diesem Sektor die notwendigen Zukunftsperspektiven zu bieten. Gleichwohl sind Reformen notwendig, um die Energiebilanz des Sektors dadurch zu verbessern, dass stärker auf Nachhaltigkeit geachtet wird und die Einkommen der Erzeuger garantiert werden.**

## Abänderung 3

## Erwägung 4

(4) Mit der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Rates vom ... wurde das einheitliche Beihilfesystem eingeführt. Dementsprechend sollten die beiden mit der Verordnung (EG) Nr. 603/95 festgesetzten Beihilfesätze zu einem einzigen, sowohl für künstlich getrocknetes als auch für sonnengetrocknetes Futter geltenden Satz zusammengefasst **und für die drei letzten Wirtschaftsjahre schrittweise gekürzt** werden.

(4) Mit der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Rates vom ... wurde das einheitliche Beihilfesystem eingeführt. Dementsprechend sollten die beiden mit der Verordnung (EG) Nr. 603/95 festgesetzten Beihilfesätze zu einem einzigen, sowohl für künstlich getrocknetes als auch für sonnengetrocknetes Futter geltenden Satz zusammengefasst werden.

## Abänderung 4

## Erwägung 4a (neu)

**(4a) Diese Unterstützung wird gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr.../2003 des Rates vom... 2003 zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Förderregeln für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen auf Verarbeitungsbetriebe einerseits und Erzeuger andererseits aufgeteilt.**

## Abänderung 5

## Erwägung 8

(8) Um die Einhaltung der garantierten Höchstmenge zu gewährleisten **und eine Überschusserzeugung in der Gemeinschaft zu vermeiden**, ist die Beihilfe im Fall einer Überschreitung dieser Menge zu kürzen. Diese Kürzung ist für jeden Mitgliedstaat, der seine garantierte einzelstaatliche Menge überschritten hat, anteilig zur Überschreitung seiner Menge vorzunehmen.

(8) Um die Einhaltung der garantierten Höchstmenge zu gewährleisten, ist die Beihilfe im Fall einer Überschreitung dieser Menge zu kürzen. Diese Kürzung ist für jeden Mitgliedstaat, der seine garantierte einzelstaatliche Menge **zuzüglich des proportionalen Anteils der garantierten einzelstaatlichen Mengen, der durch andere Mitgliedstaaten nicht ausgeschöpft wurde**, überschritten hat, anteilig zur Überschreitung seiner Menge vorzunehmen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 6

## Erwägung 18

(18) **Der Binnenmarkt und die Zölle können sich in außergewöhnlichen Fällen als unzulänglich erweisen. Damit der Gemeinschaftsmarkt in diesen Fällen nicht ungeschützt Störungen ausgesetzt ist, die sich möglicherweise hieraus ergeben,** sollte die Gemeinschaft in der Lage sein, umgehend alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Alle diese Maßnahmen müssen mit den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft in Einklang stehen

(18) **Bei Störungen des Binnenmarktes, vor allem, wenn das Volumen der Einfuhren von Konkurrenzzeugnissen anormal hoch oder der Preis, zu dem diese Einfuhren auf das zollrechtliche EU-Gebiet gelangen können, anormal niedrig ist,** sollte die Gemeinschaft in der Lage sein, umgehend alle **für eine aktive Verwaltung des Marktes** erforderlichen Maßnahmen zu treffen, **wie z.B.:**

- **die Inanspruchnahme der Schutzklauseln zur Verstärkung des Schutzes an den Grenzen**
- **die Einführung einer Marktausgleichsentschädigung (marketing loan)**
- **Beihilfen für die private Lagerhaltung**
- **sämtliche sonstigen geeigneten Maßnahmen.**

Alle diese Maßnahmen müssen mit den internationalen Verpflichtungen der Gemeinschaft in Einklang stehen.

## Abänderung 7

## Erwägung 18a (neu)

(18a) **Mit dieser Produktionskette wurden bereits beträchtliche Fortschritte in Form wirtschaftlicher Effizienz und insbesondere von Einsparungen beim Verbrauch fossiler Energie pro Tonne Trockenfutter erzielt; da aber noch mehr Fortschritte in diesem Bereich möglich sind, muss die Beihilfe an „Fortschrittsverträge“ geknüpft werden, die mit den Trocknungseinheiten abgeschlossen werden müssen.**

## Abänderung 8

## Erwägung 18b (neu)

(18b) **Zusätzlich kann Brennstoff eingespart werden, indem stärker auf erneuerbare Energiequellen zurückgegriffen wird oder in bestimmten Klimazonen eine Vortrocknung des Futters an der Sonne vor der Behandlung in der Trocknungsanlage gefördert wird, allerdings im Rahmen der durch die Qualitätsanforderungen für das Endprodukt vorgegebenen Grenzen.**

## Abänderung 9

## Erwägung 18c (neu)

(18c) **Da sich die Trocknungskette auf gewerbliche Investitionen mit einer rund zehnjährigen Lebensdauer stützt, muss diesen Unternehmen eine ausreichende Zukunftsperspektive gewährleistet werden, damit sie durch einen Investitionsfluss die Instandhaltung und Modernisierung ihrer Einheiten sichern können.**



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 10  
Erwägung 18d (neu)

**(18d) Die Zukunft des Trockenfuttersektors muss durch Unterstützung der Forschung, Förderung und Verbesserung der Umweltbilanz in dieser Kette ohne Aufstockung des Haushaltsrahmens für diese gemeinsame Marktorganisation vorbereitet werden.**

Abänderung 11  
Artikel 4 Absatz 2

(2) Unbeschadet des Artikels 5 beträgt die Beihilfe

(2) Unbeschadet des Artikels 5 beträgt die Beihilfe **ab dem Wirtschaftsjahr 2004/05 insgesamt 68 EUR/t mit folgendem Aufteilungsschlüssel:**

- a) 33 EUR/t im Wirtschaftsjahr 2004/05,
- b) 24,75 EUR/t im Wirtschaftsjahr 2005/06,
- c) 16,50 EUR/t im Wirtschaftsjahr 2006/07,
- d) 8,25 EUR/t im Wirtschaftsjahr 2007/08.

- 34 EUR/t für die Verarbeitung,
- 34 EUR/t für die Erzeugung.

Abänderung 12  
Artikel 4a (neu)**Artikel 4a**

**Sowohl für den Teil der für den Erzeuger bestimmten Beihilfe als auch für den zur Verarbeitung bestimmten Teil ist der Abschluss eines Vertrags erforderlich, der vom Mitgliedstaat genehmigt werden muss, bzw. gegebenenfalls die Vorlage der notwendigen Unterlagen, um nachzuweisen, dass das Futter für die Verarbeitung bestimmt ist. Die Beihilfen werden unter Berücksichtigung der in Artikel 4 Absatz 2 festgelegten Mengen und Verfahren berechnet.**

Abänderung 13  
Artikel 4b (neu)**Artikel 4b**

**Es wird ein Europäischer Trockenfutterstützungsfonds geschaffen, der durch eine Abschöpfung von 1 EUR/t Trockenfutter finanziert wird und der zur Vorbereitung des Sektors auf die Zukunft dienen soll, und zwar durch Finanzierung von Programmen zur Agrarforschung sowie zur Förderung und Verbesserung der Umweltbilanz in dieser Produktionskette.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 14  
Artikel 6 Absatz 1

Überschreitet die Menge Trockenfutter, für die die Beihilfe gemäß Artikel 4 Absatz 2 in einem gegebenen Wirtschaftsjahr beantragt wird, die in Artikel 5 Absatz 1 genannte garantierte Höchstmenge, so wird die in dem betreffenden Wirtschaftsjahr zu zahlende Beihilfe in den Mitgliedstaaten, in denen die garantierte einzelstaatliche Menge überschritten wurde, prozentual anteilig zu dieser Überschreitung gekürzt.

Überschreitet die Menge Trockenfutter, für die die Beihilfe gemäß Artikel 4 Absatz 2 in einem gegebenen Wirtschaftsjahr beantragt wird, die in Artikel 5 Absatz 1 genannte garantierte Höchstmenge, so wird die in dem betreffenden Wirtschaftsjahr zu zahlende Beihilfe in den Mitgliedstaaten, in denen die garantierte einzelstaatliche Menge **zuzüglich des proportionalen Anteils der in anderen Mitgliedstaaten nicht ausgeschöpften garantierten einzelstaatlichen Mengen** überschritten wurde, prozentual anteilig zu dieser Überschreitung gekürzt.

Abänderung 15  
Artikel 7 Absatz 1 Unterabsatz 1

(1) Verarbeitungsunternehmen, die im Rahmen dieser Verordnung eine Beihilfe beantragen, können eine Vorschusszahlung **in folgender Höhe** erhalten:

- a) **Wirtschaftsjahr 2004/05: 19,80 EUR/t oder 26,40 EUR/t, wenn sie eine Sicherheit in Höhe von 6,60 EUR/t geleistet haben,**
- b) **Wirtschaftsjahr 2005/06: 14,85 EUR/t oder 19,80 EUR/t, wenn sie eine Sicherheit in Höhe von 4,95 EUR/t geleistet haben,**
- c) **Wirtschaftsjahr 2006/07: 9,90 EUR/t oder 13,20 EUR/t, wenn sie eine Sicherheit in Höhe von 3,30 EUR/t geleistet haben,**
- d) **Wirtschaftsjahr 2007/08: 4,95 EUR/t oder 6,60 EUR/t, wenn sie eine Sicherheit in Höhe von 1,65 EUR/t geleistet haben.**

(1) Verarbeitungsunternehmen, die im Rahmen dieser Verordnung eine Beihilfe beantragen, können eine Vorschusszahlung **von 20,40 EUR/t oder von 27,20 EUR/t** erhalten, **wenn sie eine Sicherheit in Höhe von 6,80 EUR/t geleistet haben.**

Abänderung 16  
Artikel 10 Buchstabe c Ziffern i bis iii

- i) Sie haben mit den Erzeugern des zur Trocknung bestimmten Futters Verträge abgeschlossen;
- ii) sie haben ihre eigene Produktion oder, im Fall von Zusammenschlüssen, die Produktion ihrer Mitglieder verarbeitet;
- iii) sie haben das Futter von juristischen oder natürlichen Personen bezogen, die bestimmte noch festzulegende Garantien bieten und mit den Erzeugern des zur Trocknung bestimmten Futters Verträge abgeschlossen haben. Diese juristischen oder natürlichen Personen sind Käufer, die von der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats, in dem das Futter geerntet wurde, unter Bedingungen zugelassen wurden, die nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 2 festgelegt wurden.

- i) Sie haben mit den Erzeugern des zur Trocknung bestimmten Futters **von den Mitgliedstaaten genehmigte** Verträge abgeschlossen;
- ii) sie haben ihre eigene Produktion oder, im Fall von Zusammenschlüssen, die Produktion ihrer Mitglieder verarbeitet;
- iii) sie haben das Futter von juristischen oder natürlichen Personen bezogen, die bestimmte noch festzulegende Garantien bieten und mit den Erzeugern des zur Trocknung bestimmten Futters **von den Mitgliedstaaten genehmigte** Verträge abgeschlossen haben. Diese juristischen oder natürlichen Personen sind Käufer, die von der zuständigen Stelle des Mitgliedstaats, in dem das Futter geerntet wurde, unter Bedingungen zugelassen wurden, die nach dem Verfahren des Artikels 18 Absatz 2 festgelegt wurden.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 17

Artikel 10 Buchstabe ca (neu)

- ca) **die sich durch einen „Fortschrittsvertrag“, der mit der zuständigen Behörde des betreffenden Mitgliedstaats unterzeichnet wird, zu einer Verringerung ihres Verbrauchs an fossiler Energie pro Tonne des Endprodukts bis zu 15 % bis zum Jahre 2010 auf der Grundlage des Bezugszeitraums 2000/02 ohne Qualitätsverlust beim Endprodukt verpflichten. Die zuständige Behörde des betreffenden Mitgliedstaats kann bezüglich dieser Verringerung eine Ausnahmeregelung genehmigen für:**
- **die Betriebe, die weniger als 80 % des durchschnittlichen nationalen Verbrauchs an fossiler Energie pro Tonne Wasserdampf verbrauchen;**
  - **die Betriebe, die mehr als 20 % erneuerbare Energien verwenden.**

## Abänderung 18

Artikel 12 Absatz 1 Buchstabe ba (neu)

- ba) **das Handbuch der bewährten landwirtschaftlichen Verfahren für einen umweltbewussten Landbau.**

## Abänderung 19

Artikel 16 Absatz 1

(1) Wird der Gemeinschaftsmarkt für eines oder mehrere der in Artikel 1 genannten Erzeugnisse durch Einfuhren oder Ausfuhren ernstlichen Störungen ausgesetzt oder von ernstlichen Störungen bedroht, die die Verwirklichung der Ziele von Artikel 33 des Vertrages gefährden könnten, so können im Handel mit **Nicht-WTO-Mitgliedern** geeignete Maßnahmen erlassen werden, bis die Störung behoben ist oder keine Störung mehr droht.

(1) Wird der Gemeinschaftsmarkt für eines oder mehrere der in Artikel 1 genannten Erzeugnisse durch Einfuhren oder Ausfuhren ernstlichen Störungen ausgesetzt oder von ernstlichen Störungen bedroht, die die Verwirklichung der Ziele von Artikel 33 des Vertrages gefährden könnten, so können im Handel mit **Drittländern** geeignete Maßnahmen erlassen werden, bis die Störung behoben ist oder keine Störung mehr droht.

## Abänderung 20

Artikel 16 Absatz 2

(2) Tritt die in Absatz 1 genannte Lage ein, so beschließt die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von sich aus die erforderlichen Maßnahmen, die den Mitgliedstaaten mitgeteilt werden und unverzüglich anzuwenden sind. Wird die Kommission mit dem Antrag eines Mitgliedstaats befasst, so entscheidet sie hierüber innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eingang des Antrags.

(2) Tritt die in Absatz 1 genannte Lage ein, so beschließt die Kommission auf Antrag eines Mitgliedstaats oder von sich aus die erforderlichen Maßnahmen. **Je nach Art und Umfang der Störung kann die Inanspruchnahme der Schutzklausel die Zahlung von Marktausgleichsentschädigungen oder eine andere geeignete Maßnahme angewandt werden.** Diese Maßnahmen werden den Mitgliedstaaten mitgeteilt und sind unverzüglich anzuwenden. Wird die Kommission mit dem Antrag eines Mitgliedstaats befasst, so entscheidet sie hierüber innerhalb von drei Arbeitstagen nach Eingang des Antrags.

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0260

**GMO für Reis \*****Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Gemeinsame Marktorganisation für Reis (KOM(2003) 23 – C5-0043/2003 – 2003/0009(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 36 und Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß denen es vom Rat konsultiert wurde (C5-0043/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Stellungnahme des Ausschusses für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (A5-0183/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
  3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
  4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  6. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  7. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 1

## Erwägung 1

(1) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die Gestaltung einer Gemeinsamen Agrarpolitik einhergehen. Sie muss insbesondere eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte umfassen, die **je nach Erzeugnis unterschiedliche Formen annehmen kann**.

(1) Mit dem Funktionieren und der Entwicklung des gemeinsamen Marktes für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss die Gestaltung einer Gemeinsamen Agrarpolitik einhergehen. Diese muss insbesondere eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte umfassen, die **die Wettbewerbsfähigkeit der gemeinsamen Landwirtschaft fördert**.

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 2

## Erwägung 3

(3) Das Gleichgewicht auf dem *gemeinschaftlichen Reismarkt* ist **stark** gestört. Die Interventionsbestände weisen ein beachtliches Volumen auf, das **rund einem Viertel der Gemeinschaftserzeugung entspricht und** langfristig weiter zunehmen dürfte. Zurückzuführen ist diese *Störung* auf die Ausweitung der Gemeinschaftserzeugung, die Zunahme der Einfuhren sowie die Beschränkung der erstattungsbegünstigten Ausfuhren aufgrund der Bestimmungen des *Übereinkommens* über die Landwirtschaft. Das derzeitige Ungleichgewicht dürfte sich sogar noch weiter *verschlechtern*, so dass die Situation in den kommenden Jahren aufgrund der zunehmenden Einfuhren aus Drittländern infolge der Umsetzung der Initiative „Alles außer Waffen“ voraussichtlich unhaltbar wird.

(3) Das Gleichgewicht auf dem *Gemeinschaftsmarkt für Reis* ist **erheblich** gestört. Die Interventionsbestände weisen ein beachtliches Volumen auf, das langfristig weiter zunehmen dürfte. Zurückzuführen ist dieses *Ungleichgewicht* auf **die kumulierte Wirkung einer** Ausweitung der Gemeinschaftserzeugung, **die sich in den vergangenen Landwirtschaftsjahren stabilisiert hat**, die **stetige** Zunahme der Einfuhren sowie die Beschränkung der erstattungsbegünstigten Ausfuhren aufgrund der Bestimmungen des *WTO-Übereinkommens* über die Landwirtschaft<sup>(1)</sup>. Das derzeitige Ungleichgewicht dürfte sich sogar noch weiter *vergrößern*, so dass die Situation in den kommenden Jahren aufgrund der **Senkung der Zölle, die zu einer erheblichen Zunahme der** Einfuhren aus Drittländern **durch die** Umsetzung der Initiative „Alles außer Waffen“ **führen wird**, voraussichtlich unhaltbar wird.

<sup>(1)</sup> ABl. L 336 vom 23.12.1994, S. 22.

## Abänderung 3

## Erwägung 4

(4) Um Abhilfe zu schaffen, ist eine Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Reis erforderlich, die zu einer Rückführung der Erzeugung, einem besseren Gleichgewicht und einer stärkeren Fluidität des Marktes sowie einer Verbesserung der Wettbewerbsposition der Landwirtschaft der Gemeinschaft führen sollte, ohne die anderen Ziele von Artikel 33 des Vertrages, wie etwa die Gewährleistung einer angemessenen Lebenshaltung der Erzeuger, aus den Augen zu verlieren.

(4) Um Abhilfe zu schaffen, ist eine Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Reis erforderlich, die zu einer Rückführung der Erzeugung, einem besseren Gleichgewicht und einer stärkeren Fluidität des Marktes sowie einer Verbesserung der Wettbewerbsposition der Landwirtschaft der Gemeinschaft führen sollte, ohne die anderen Ziele von Artikel 33 des Vertrags, wie etwa die Gewährleistung einer angemessenen Lebenshaltung der Erzeuger, aus den Augen zu verlieren. **Es müssen Binnenmarktmaßnahmen getroffen werden, die insbesondere eine Interventionsregelung und eine gemeinsame Ein- und Ausfuhrregelung umfassen.**

## Abänderung 4

## Erwägung 4a (neu)

**(4a) Bei der Revision der Gemeinsamen Marktorganisation für Reis muss außerdem den Besonderheiten der Erzeugung Rechnung getragen werden, die bestimmte anbautechnische und klimatische Bedingungen voraussetzt, weshalb sie im wesentlichen auf Feuchtgebiete von hohem Umweltwert konzentriert ist, wo sie eine Monokultur ohne Möglichkeiten des alternativen Anbaus darstellt. Der Anbau von Reis in diesen Gebieten ist für die Erhaltung geschützter Lebensräume unerlässlich. Aufgrund all dieser Besonderheiten weisen die Reisanbaugebiete eine große Bedeutung in ökologischer, sozialer und raumordnungspolitischer Hinsicht auf, die es zu wahren gilt. Folglich muss eine angemessene Beihilfe gewährt werden, die etwaige Einkommensverluste vollständig ausgleicht und die der Bedeutung des Reisanbaus in den Anbaugebieten und insbesondere in den unter Umweltschutz stehenden Feuchtgebieten Rechnung trägt (Ramsar-Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Watvögel, von internationaler Bedeutung).**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 5

## Erwägung 5

(5) *Die beste Lösung ist es, die bestehenden Regelungen aufzugeben, eine Regelung für die private Lagerhaltung und einen Sicherheitsmechanismus einzuführen, um auf die jeweilige Preissituation angemessen reagieren zu können, und als Ausgleich eine betriebsbezogene Einkommenszahlung sowie eine kulturspezifische Beihilfe zu gewähren, die der Bedeutung der Reiserzeugung in den traditionellen Anbaugebieten Rechnung trägt. Die letzten zwei Instrumente werden in die Verordnung (EG) Nr. [...] /2003 des Rates vom [...] 2003 mit [...] einbezogen.*

(5) *Die Gemeinsame Marktorganisation für Reis muss ein einheitliches Preissystem für die Gemeinschaft umfassen. Ein solches System lässt sich verwirklichen, indem ein für die ganze Gemeinschaft geltender Interventionspreis für Rohreis (Paddy-Reis) festgesetzt wird, zu dem die zuständigen Stellen den ihnen angebotenen Reis ankaufen müssen.*

## Abänderung 61

## Erwägung 6

(6) *Zur Stabilisierung des Reismarktes ist eine effektive Preisstützung erforderlich. Die private Lagerhaltung ist ein geeignetes und flexibles System, um auf Preisschwankungen zu reagieren, und bietet sich somit als Instrument zur Behebung solcher Probleme an.*

(6) *Der Interventionspreis muss, um den Reisanbau zu erhalten und dessen Aufgabe zu verhindern, mit der Zahlung eines vollen Einkommensausgleichs einhergehen, der der Bedeutung der Reiserzeugung in den traditionellen Anbaugebieten und vorrangig in den unter Umweltschutz stehenden Feuchtgebieten Rechnung trägt.*

## Abänderung 7

## Erwägung 6a (neu)

(6a) *Um die Einkommensverluste voll und ganz auszugleichen, müssen die Erträge an die derzeit tatsächlich erwirtschafteten Erträge angepasst werden. Die Sanktionen müssen im Verhältnis zur Überschreitung der Garantiehöchstfläche stehen.*

## Abänderung 8

## Erwägung 7

(7) *Ein Sicherheitsmechanismus ist jedoch für den Fall erforderlich, dass das Instrument der privaten Lagerhaltung als Ergänzung zum tatsächlichen Stützungspreis nicht ausreicht.* **entfällt**

## Abänderung 9

## Erwägung 8

(8) Für einen sinnvollen Einsatz der **privaten Lagerhaltung und des Sicherheitsmechanismus** ist es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten der Kommission regelmäßig Informationen übermitteln.

(8) Für einen sinnvollen Einsatz der **Interventionsregelung** ist es erforderlich, dass die Mitgliedstaaten der Kommission regelmäßig Informationen übermitteln.

## Abänderung 10

## Erwägung 9

(9) Ein einheitlicher Gemeinschaftsmarkt für Reis erfordert die Einführung einer Außenhandelsregelung. Eine **das System der privaten Lagerhaltung** ergänzende Handelsregelung mit Einfuhrabgaben zu den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs

(9) Ein einheitlicher Gemeinschaftsmarkt für Reis erfordert die Einführung einer Außenhandelsregelung. Eine **die Interventionsregelung** ergänzende Handelsregelung mit Einfuhrabgaben zu den Sätzen des Gemeinsamen Zolltarifs sowie Ausfuhrerstat-

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

sowie Ausfuhrerstattungen dürfte den Gemeinschaftsmarkt grundsätzlich stabilisieren. Sie sollte den Verpflichtungen Rechnung tragen, die in den multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde eingegangen worden sind.

tungen dürfte den Gemeinschaftsmarkt grundsätzlich stabilisieren. Sie sollte den Verpflichtungen Rechnung tragen, die in den multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde eingegangen worden sind.

Abänderung 11  
Erwägung 9a (neu)

*(9a) Die im WTO-Übereinkommen über die Landwirtschaft vorgesehene Handelsregelung mit Drittländern sieht die Anwendung eines Systems von Höchstpreisen für die Einfuhr vor. Auf diese Weise wird der Einfuhrpreis für Rohreis an den Interventionspreis gekoppelt. Dieses System berücksichtigt nicht die Kosten für die Verarbeitung von Rohreis zu Cargo-Reis und hat zur Folge, dass Reis der höheren Qualitäts- und Preiskategorie zu niedrigeren Zollsätzen in den Gemeinschaftsmarkt eingeführt wird. Die Kommission muss daher ermächtigt werden, Verhandlungen über die Änderung der gebundenen Zölle für Reis aufzunehmen, um schließlich über ein System mit festen, vom Interventionspreis abgekoppelten Zollsätzen zu verfügen.*

Abänderung 12  
Erwägung 9b (neu)

*(9b) Es müssen besondere Kontrollmaßnahmen vorgesehen werden, um die rechtswidrige Einfuhr von Reis aus Drittländern zu verringerten Zollgebühren oder zum Nullsatz (Dreiecksgeschäfte) zu verhindern, sowie spezielle Kontrollmaßnahmen zur Vermeidung der rechtswidrigen Einfuhr von Reis im Rahmen des aktiven Veredelungsverkehrs.*

Abänderung 13  
Erwägung 19a (neu)

*(19a) Da es schwierig ist, zum jetzigen Zeitpunkt eine zuverlässige Bewertung der Folgen der Zollsenkung für weniger entwickelte Länder aufgrund der Initiative „Alles außer Waffen“ vorzunehmen, ist es angezeigt, die Vorlage eines Berichts zur Bewertung der im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt zu verlangen. Für den Fall, dass ein Einbruch der Preise festzustellen wäre, müssten besondere Maßnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem Gemeinschaftsmarkt für Reis vorgesehen werden.*

Abänderung 14  
Erwägung 26

*(26) Die Umstellung von den Bestimmungen der Verordnungen (EG) Nr. 3072/95 vom 22. Dezember 1995 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis und (EG) Nr. 3073/95 vom 22. Dezember 1995 zur Festlegung der Standardqualität für Reis auf die Bestimmungen der vorliegenden Verordnung könnte zu Schwierigkeiten führen, die in der vorliegenden Verordnung nicht behandelt sind. Um Schwierigkeiten dieser Art zu begegnen, sollte die Kommission ermächtigt werden, die notwendigen Übergangsmaßnahmen zu treffen.*

entfällt

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 15

Erwägung 27

(27) Um zu verhindern, dass in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres 2003/04 größere Marktstörungen bei Reis auftreten, sind die Ankäufe durch die Interventionsstellen auf eine im voraus festgelegte Menge zu begrenzen. **entfällt**

Abänderung 16

Erwägung 28

(28) Der Anwendungsbeginn der neuen Marktorganisation ist festzulegen. Um jedoch das Inkrafttreten der Regelungen für die private Lagerhaltung und den Sicherheitsmechanismus vorbereiten zu können, muss die Verpflichtung zur Meldung der regionalen Marktpreise an die Kommission bereits ab einem früheren Zeitpunkt gelten **entfällt**

Abänderung 17

Erwägung 28a (neu)

(28a) Angesichts der Notwendigkeit, den konjunkturbedingten Problemen zu begegnen, denen sich der Reismarkt gegenüber sieht, ist es ratsam, Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene zur Förderung des Reisverbrauchs zu treffen. Bei diesen Maßnahmen können die ernährungsspezifischen und diätetischen Eigenschaften von Reis, die Qualität, die Lebensmittelsicherheit und die umweltfreundlichen Erzeugungsmethoden herausgestellt werden. Die Kommission erlässt alle erforderlichen Maßnahmen, um dieses Ziel zu verwirklichen.

Abänderung 18

Erwägung 28b (neu)

(28b) Um die sozialen Zielsetzungen der Initiative „Alles außer Waffen“ zu gewährleisten und Wettbewerbsverzerrungen beim Handel mit Drittländern zu vermeiden, müssen die erforderlichen Kontrollmaßnahmen ergriffen werden, damit gewährleistet ist, dass der eingeführte Reis denselben Qualitätsanforderungen, den guten landwirtschaftlichen Praktiken und den Anforderungen im Bereich Sicherheit bei der Arbeit entspricht, denen auch der in der Gemeinschaft erzeugte Reis unterliegt.

Abänderung 19

Artikel 1 Tabelle Buchstabe c Zeile 5

1104 19 99 Reiskörner, gequetscht

1104 19 92 Reiskörner, gequetscht

Abänderung 20

Artikel 4

Diese Verordnung gilt unbeschadet der in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 des Rates vom ... 2003 [mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen] vorgesehenen Maßnahmen.

(1) Diese Verordnung gilt unbeschadet der in der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen] vorgesehenen Maßnahmen.



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

(2) Die Absenkung des Interventionspreises und seine Festsetzung auf 150 EUR/t gemäß den Bestimmungen von Artikel 6 der vorliegenden Verordnung wird in vollem Umfang durch einen Betrag von 200 EUR/t ausgeglichen, der den Reiserzeugern der Gemeinschaft gemäß den in Titel IV Kapitel 3 Artikel 66 und Anhang VII Abschnitt A Nummer 1.2 der Verordnung (EG) Nr. .../2003 als Direktbeihilfe gezahlt wird.

## Abänderung 21

## Artikel 6

(1) Der tatsächliche Stützungspreis für Rohreis in der Gemeinschaft wird auf 150 EUR/t festgesetzt.

(2) Um den Marktpreis für Rohreis in einer Gemeinschaftsregion zu stabilisieren, ermächtigt die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 den betreffenden Mitgliedstaat, private Lagerhaltungsverträge abzuschließen, wenn der durchschnittliche Marktpreis in der betreffenden Region während eines Zeitraums von zwei aufeinanderfolgenden Wochen unter dem Stützungspreis liegt und ohne Stützungsmaßnahmen voraussichtlich weiterhin niedriger als der Stützungspreis bleibt.

(3) In der Gemeinschaft geernteter Rohreis kommt für die private Lagerhaltung in Betracht. Die Beihilfe für private Lagerhaltung wird nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 festgesetzt. Der Beihilfebetrag und die in Betracht kommenden Mengen können im Rahmen von Ausschreibungen festgesetzt werden.

(4) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen.

(1) Es wird ein Interventionspreis für Rohreis in der Gemeinschaft in Höhe von 150 EUR/t ab dem Wirtschaftsjahr 2004/2005 festgesetzt.

(2) Die Standardqualität von Rohreis ist in Anhang III definiert.

(3) Der Interventionspreis bezieht sich auf die Großhandelsstufe bei freier Anlieferung an das Lager, nicht abgeladen. Er gilt für alle nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 festgelegten Interventionsorte der Gemeinschaft.

(4) Auf den Interventionspreis werden in jedem der in Artikel 7 Absatz 1 genannten vier Monate monatliche Zuschläge angewendet. Der auf diese Weise für den Monat Juli gebildete Preis gilt bis zum 31. August. Die Beträge der monatlichen Zuschläge werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 festgelegt.

## Abänderung 22

## Artikel 7 Absätze 1 bis 6

(1) Sondermaßnahmen können beschlossen werden, wenn der durchschnittliche Marktpreis für Rohreis in einer Gemeinschaftsregion während zwei aufeinanderfolgenden Wochen unter 120 EUR/t liegt und voraussichtlich weiterhin niedriger sein wird als dieser Betrag.

(2) Die von den Mitgliedstaaten bezeichneten Interventionsstellen kaufen den Rohreis an, der ihnen angeboten wird und in der Gemeinschaft geerntet worden ist, sofern die Angebote den insbesondere hinsichtlich Menge und Qualität nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 festgelegten Bedingungen entsprechen.

(3) Die Ankaufspreise und die in Betracht kommenden Mengen können im Rahmen von Ausschreibungen festgesetzt werden. Ist die Qualität des angebotenen Rohreises geringer als die Standardqualität, für die der Ankaufspreis festgesetzt wurde, so wird dieser Preis gekürzt.

(1) Im Zeitraum vom 1. April bis zum 31. Juli kaufen die von den Mitgliedstaaten bezeichneten Interventionsstellen die Mengen Rohreis an, die ihnen von den Reiserzeugern der Gemeinschaft oder ihren Vereinigungen angeboten werden und in der Gemeinschaft geerntet worden sind, sofern die Angebote den insbesondere hinsichtlich Qualität und Menge festgelegten Bedingungen entsprechen.

(2) Weicht die Qualität des angebotenen Rohreises von der Standardqualität gemäß Anhang III ab, so wird der Interventionspreis durch entsprechende Zu- oder Abschläge berichtigt.

(3) Der von den Interventionsstellen angekaufte Reis wird unter den nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 festzulegenden Bedingungen zur Ausfuhr in Drittländer oder zur Versorgung des Binnenmarktes verkauft.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

(4) *Die Standardqualität von Rohreis ist in Anhang III definiert.*

(5) *Nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 beschließt die Kommission, die Maßnahmen gemäß Absatz 1 einzuleiten bzw. zu beenden. Sie beschließt insbesondere, die Maßnahmen zu beenden, wenn der Marktpreis für Rohreis in der betreffenden Region während eines Zeitraums von mindestens einer Woche bei über 120 EUR/t liegt.*

(6) *Der im Rahmen der Maßnahme gemäß Absatz 1 angekaufte Rohreis wird unter den nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 festzulegenden Bedingungen zur Ausfuhr in Drittländer oder zur Versorgung des Binnenmarkts verkauft.*

Abänderung 23

Artikel 7a (neu)

**Artikel 7a**

*Die Durchführungsbestimmungen zu den Artikeln 6 und 7 werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen und zwar insbesondere:*

- a) die Bestimmung der Interventionsorte;*
- b) die Mindestbedingungen, insbesondere hinsichtlich Qualität und Menge, denen Rohreis genügen muss, damit er für die Intervention in Betracht kommt;*
- c) die bei der Intervention anwendbaren Sätze für Zu- und Abschläge;*
- d) die Verfahren und Bedingungen für die Übernahme durch die Interventionsstellen;*
- e) die Verfahren und Bedingungen für die Abgabe durch die Interventionsstellen.*

Abänderung 24

Artikel 8

***Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission regelmäßig die für die Anwendung der Artikel 6 und 7 erforderlichen Angaben.***

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission genaue, nach Sorten aufgeschlüsselte Angaben über Reisanbauflächen, Erzeugung, Erträge sowie Bestände bei den Erzeugern und den Reismühlen. Zu diesem Zweck führen die Mitgliedstaaten eine von ihnen verwaltete und überwachte Meldepflichtregelung für Erzeuger und Reismühlen ein.

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel, insbesondere die Regelung über die Preismeldungen, werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen.

Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission genaue, nach Sorten aufgeschlüsselte Angaben über Reisanbauflächen, Erzeugung, Erträge sowie Bestände bei den Erzeugern und den Reismühlen. Zu diesem Zweck führen die Mitgliedstaaten eine von ihnen verwaltete und überwachte Meldepflichtregelung für Erzeuger und Reismühlen ein.

***Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission ferner die Preise für Reis in den wichtigsten Erzeugergebieten mit.***

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel, insbesondere die Regelung über die Preismeldungen, werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderungen 25, 26 und 27

Artikel 10

(1) Sofern in dieser Verordnung nicht anders geregelt, finden die Einfuhrzölle des Gemeinsamen Zolltarifs auf die in Artikel 1 aufgelisteten Erzeugnisse Anwendung.

(2) *Abweichend von Absatz 1 ist der Einfuhrzoll:*

a) *für geschälten Reis des KN-Codes 1006 20 gleich dem tatsächlichen Stützungspreis, erhöht um*

i) *80 % bei geschältem Reis der KN-Codes 1006 20 17 und 1006 20 98;*

ii) *88 % bei geschältem Reis der anderen KN-Codes als den Codes 1006 20 17 und 1006 20 98, vermindert um den Einfuhrpreis;*

b) *für vollständig geschliffenen Reis des KN-Codes 1006 30 gleich dem tatsächlichen Stützungspreis, erhöht um einen noch zu ermittelnden Prozentsatz und verringert um den Einfuhrpreis.*

*Der gemäß diesem Absatz berechnete Zoll darf jedoch nicht über dem Zollsatz des Gemeinsamen Zolltarifs liegen.*

*Die Festlegung des unter Buchstabe b) genannten Prozentsatzes erfolgt durch Anpassung der jeweiligen unter Buchstabe a) genannten Prozentsätze entsprechend den Umrechnungsätzen, den Verarbeitungskosten und dem Wert der Nebenerzeugnisse zuzüglich eines Industrieschutzbetrags zu den auf diese Weise ermittelten Werten.*

(3) Abweichend von Absatz 1 wird bei der Einfuhr von zum Verbrauch oder zur Verwendung an Ort und Stelle bestimmten Erzeugnissen der KN-Codes 1006 10, 1006 20 **und 1006 40 00** in das französische Überseedepartement Réunion kein Zoll erhoben.

(4) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen.

(1) **Ungeachtet der Kontingente gemäß Artikel 12 und** sofern in dieser Verordnung nicht anders geregelt, finden die Einfuhrzölle des Gemeinsamen Zolltarifs auf die in Artikel 1 aufgelisteten Erzeugnisse Anwendung.

(2a) **Es werden Maßnahmen ergriffen, um zu prüfen, ob der eingeführte Reis denselben Anforderungen genügt, wie sie gemäß Titel II Kapitel 1 der Verordnung (EG) Nr. .../2003 [zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen] für den Reis aus der Gemeinschaft gelten, und ob er insbesondere den Anforderungen hinsichtlich der sozialen Bedingungen der Erzeuger in den Herkunftsländern gerecht wird.**

(3) Abweichend von Absatz 1 wird bei der Einfuhr von zum Verbrauch oder zur Verwendung an Ort und Stelle bestimmten Erzeugnissen der KN-Codes 1006 10 **und** 1006 20 in das französische Überseedepartement Réunion kein Zoll erhoben.

(4) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen.

(4a) **Der Einfuhrzoll für Bruchreis des KN-Codes 1006 40 00 soll nicht über 50 % des Einfuhrzolls für geschälten Reis liegen.**

Abänderung 29  
Artikel 12a (neu)

**Artikel 12a**

**Es werden besondere Kontrollmaßnahmen festgelegt, mit denen vermieden werden soll, dass Reis aufgrund von Präferenzabkommen mit Drittländern (Dreiecksgeschäfte) zu verringerten Zollsätzen oder zum Nulltarif in die Gemeinschaft eingeführt wird, sowie besondere Kontrollmaßnahmen, um mögliche Unregelmäßigkeiten im Rahmen der Regelung für den aktiven Veredelungsverkehr zu vermeiden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 30  
Artikel 22a (neu)**Artikel 22a**

Vor dem 31. Dezember 2006 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Auswirkungen der im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen vor. In diesem Bericht werden auch die Auswirkungen der im Rahmen der Initiative „Alles außer Waffen“ gewährten Zollessenkungen bewertet. In diesem Bericht werden insbesondere die Regelungen zur Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen bezüglich des Ursprungs des importierten Reises sowie die Produktionsverfahren, die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung analysiert, um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten. Ferner behandelt dieser Bericht die Auswirkungen der Anwendung der Initiative „Alles außer Waffen“ auf die Volkswirtschaften der am wenigsten entwickelten Länder, insbesondere hinsichtlich der Verteilung des Einkommens aus der Landwirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Wiederinvestition der erzielten Gewinne.

Entsprechend ihren Verpflichtungen legt die Kommission vor dem 31. Dezember 2003 dem Europäischen Parlament und dem Rat ferner einen Bericht über die Auswirkungen des Cotonou-Abkommens und der Initiative „Alles außer Waffen“ auf die Regionen in äußerster Randlage vor.

Abänderung 31  
Artikel 22b (neu)**Artikel 22b**

Die Gemeinschaft beschließt die Gründung eines Fonds für die gemeinschaftliche Finanzierung von Kommunikations- und Ausbildungsprogrammen im Bereich der Lebensmittel, die von anerkannten Erzeugerorganisationen, anerkannten branchenübergreifenden Vereinigungen oder anderen anerkannten Organisationen der Marktteilnehmer ausgearbeitet werden. Zur erfolgreichen Durchführung dieses Aktionsprogramms muss die Möglichkeit seiner Finanzplanung über eine Haushaltslinie in Abhängigkeit von fixen Parametern gewährleistet sein.

Abänderung 32  
Artikel 24a (neu)**Artikel 24a**

Die Kommission erlässt alle erforderlichen Maßnahmen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2826/2000 des Rates vom 19. Dezember 2000 über Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt<sup>(1)</sup>, um Reis in das Verzeichnis der Themen und Erzeugnisse gemäß Artikel 3 jener Verordnung aufzunehmen.

<sup>(1)</sup> ABL L 328 vom 23.12.2000, S. 2.

Abänderung 33  
Artikel 30 Absatz 1a (neu)

(1a) Unbeschadet der Bestimmungen von Absatz 1 gilt weiterhin Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 gemäß den Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. .../

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

2003 [zur Festlegung von Gemeinschaftsregeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und Stützungsregelungen für Erzeuger bestimmter Kulturpflanzen].

Abänderung 34

Artikel 31

Artikel 31

entfällt

(1) Im Zeitraum vom 1. April 2004 bis zum 31. Juli 2004 ist die Menge, die die Interventionsstellen gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3072/95 ankaufen können, auf 100 000 Tonnen begrenzt.

(2) Auf der Grundlage einer Bilanz, die die Situation auf dem Reismarkt widerspiegelt, kann die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 die Menge gemäß Absatz 1 ändern.

(3) Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Artikel werden nach dem Verfahren des Artikels 25 Absatz 2 erlassen.

Abänderung 35

Artikel 32 Absatz 2 Unterabsatz 2

Die Artikel 8 und 31 gelten jedoch ab 1. April 2004.

entfällt

Abänderung 36

Anhang I Nummer 1 Buchstabe d

d) Vollständig geschliffener Reis: Rohreis, bei dem die Stroh-  
hülse, die äußeren und die inneren Schichten des Perikarps, der Keim **bei langkörnigem und mittelkörnigem Reis vollständig, bei rundkörnigem Reis zumindest teilweise** entfernt wurden, **bei dem jedoch bis zu 10 % der Körner weiße Längsrillen aufweisen können.**

d) Vollständig geschliffener Reis: Rohreis, bei dem die Stroh-  
hülse, die äußeren und die inneren Schichten des Perikarps **und** der Keim entfernt wurden.

Abänderung 37

Anhang I Nummer 1 Buchstabe da (neu)

da) **Parboiled-Reis: geschälter oder geschliffener Reis, der aus Rohreis oder geschältem Reis gewonnen wird, der in Wasser eingelegt und einer Wärmebehandlung zur vollständigen Verkleisterung der Stärke gefolgt von einem Trockenverfahren unterzogen wurde.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 38

## Anhang I Nummer 2 Buchstabe d

- |  |  |
|--|--|
| <p>d) Messung der Körner: Die Messung der Körner erfolgt an vollständig geschliffenem Reis nach folgender Methode:</p> <p>i) <b>Der Partie wird eine repräsentative Probe entnommen;</b></p> <p>ii) <b>die Probe wird sortiert, um nur ganze Körner, einschließlich unvollständig gereifter Körner, zu erhalten;</b></p> <p>iii) <b>zwei Messungen an jeweils 100 Körnern werden vorgenommen und der Durchschnitt errechnet;</b></p> <p>iv) <b>das Ergebnis wird in Millimetern, auf eine Dezimalstelle auf- bzw. abgerundet, ermittelt.</b></p> | <p>d) Messung <b>der durchschnittlichen Länge</b> der Körner: Die Messung der Körner erfolgt an vollständig geschliffenem Reis nach folgender Methode:</p> <p>i) <b>Entnahme von zwei Reihen von hundert nicht beschädigten Körnern nach dem Zufallsprinzip;</b></p> <p>ii) <b>Messung der Länge der Körner mit einem Mikrometer (Genauigkeit 0,01 mm) und Berechnung des arithmetischen Mittels der jeweiligen Länge der beiden Reihen gemäß Ziffer i), die als L1 bzw. L2 bezeichnet wird;</b></p> <p>iii) <b>Berechnung der durchschnittlichen Länge der beiden Reihen von Körnern <math>(L1 + L2)/2</math>; wenn der Wert <math>100(L1 - L2)/L</math> größer als 2 ist, Vermengung der Körner mit der ursprünglichen Probe und neuerliche Durchführung der Schritte ab Ziffer i), da andernfalls die berechnete durchschnittliche Länge dem Durchschnitt der Probe entspricht.</b></p> |
|--|--|

## Abänderung 39

## Anhang II Buchstabe A

Körner, bei denen unabhängig von den Merkmalen jeder Verarbeitungsstufe höchstens ein Teil des Zahns entfernt wurde.

**Körner, denen kein Teil fehlt.** Körner, bei denen unabhängig von den Merkmalen jeder Verarbeitungsstufe höchstens ein Teil des Zahns entfernt wurde, **gelten jedoch als vollständig.**

## Abänderung 40

## Anhang II Buchstabe B

B. **Gestutzte** Körner

Körner, bei denen der ganze Zahn entfernt wurde.

## B. Körner

Körner, bei denen der ganze Zahn entfernt wurde **und deren Länge mindestens  $\frac{3}{4}$  der gemäß Anhang I Nummer 2 Buchstabe d bestimmten Länge ausmacht.**

## Abänderung 41

## Anhang II Buchstabe C

Körner, bei denen ein Teil oberhalb des Zahns entfernt worden ist. Bruchreis umfasst:

- groben Bruchreis (gebrochene Körner, deren Länge die Hälfte oder mehr des Korns, jedoch nicht das ganze Korn ausmacht),
- mittleren Bruchreis (gebrochene Körner, deren Länge ein Viertel oder mehr des Korns ausmacht, die aber die Mindestgröße von grobem Bruchreis nicht erreichen),

Körner, bei denen ein Teil oberhalb des Zahns entfernt worden ist. Bruchreis umfasst:

- groben Bruchreis (gebrochene Körner, deren Länge die Hälfte oder mehr des Korns, jedoch nicht das ganze Korn ausmacht),
- mittleren Bruchreis (gebrochene Körner, deren Länge ein Viertel oder mehr des Korns ausmacht, die aber die Mindestgröße von grobem Bruchreis nicht erreichen),

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSION

- feinen Bruchreis (gebrochene Körner, deren Länge weniger als ein Viertel des Kornes ausmacht, die aber nicht durch ein Sieb mit einer Lochung von 1,4 mm fallen),
- Bruchstücke (kleine Splitter oder Teilchen eines Kornes, die durch ein Sieb mit einer Lochung von 1,4 mm fallen); längsgespaltene Körner **gelten als Bruchstücke**.

D. **Grüne** Körner

Nicht vollständig ausgereifte Körner.

E. **Körner mit natürlichen Missbildungen**

**Als natürliche Missbildungen gelten alle erblichen oder nicht erblichen Verformungen gegenüber den typischen morphologischen Sortenmerkmalen.**

Körner, deren Oberfläche **mindestens zu drei Vierteln** ein undurchsichtiges und mehliges Aussehen hat.

Körner, die als Rückstand des Perikarps rote Längsrillen **in unterschiedlicher Stärke und Färbung** aufweisen.

H. **Gefleckte** Körner

**Körner, die einen kleinen, genau abgegrenzten kreisförmigen Fleck aus dunkler Farbe von mehr oder weniger regelmäßiger Form aufweisen; ferner gelten Körner als gefleckt, die schwache schwarze und flache Rillen haben. Die Rillen und Flecken dürfen keinen gelben oder dunklen Strahlenkranz aufweisen.**

ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- feinen Bruchreis (gebrochene Körner, deren Länge weniger als ein Viertel des Kornes ausmacht, die aber nicht durch ein Sieb mit einer Lochung von 1,4 mm fallen),
- Bruchstücke (kleine Splitter oder Teilchen eines Kornes, die durch ein Sieb mit einer Lochung von 1,4 mm fallen); längsgespaltene Körner.

D. **Unreife oder missgebildete** KörnerNicht vollständig ausgereifte **oder missgewachsene** Körner **oder Teile von Körnern**.**entfällt**

Körner **oder Teile von Körnern**, deren Oberfläche ein undurchsichtiges und mehliges Aussehen hat.

**Fa. Rote** Körner

**Körner oder Teile von Körnern, deren Perikarp auf mindestens ¼ der Oberfläche rot gefärbt ist, ausgenommen infolge von Hitzeschäden.**

Körner **oder Teile von Körnern**, die als Rückstand des Perikarps rote Längsrillen aufweisen, **die länger sind als die halbe Länge des Kornes, die aber eine Oberfläche einnehmen, die weniger als ¼ der gesamten rot gefärbten Fläche ausmacht.**

**entfällt**Abänderung 42  
Anhang II Buchstabe DAbänderung 43  
Anhang II Buchstabe EAbänderung 44  
Anhang II Buchstabe FAbänderung 45  
Anhang II Buchstabe Fa (neu)Abänderung 46  
Anhang II Buchstabe GAbänderung 47  
Anhang II Buchstabe H

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

Abänderung 48

Anhang II Buchstabe Ha (neu)

**Ha. Beschädigte Körner**

**Körner oder Teile von Körnern, die eine offensichtliche Schadstelle aufweisen, die von Feuchtigkeit, Schädlingsbefall, Räufern oder anderen Ursachen hervorgerufen wurde, die jedoch keine Hitzeschäden aufweisen.**

Abänderung 49

Anhang II Buchstabe I

**I. Fleckige Körner****entfällt**

**Körner, auf deren Oberfläche an einem Punkt eine deutliche Veränderung ihrer normalen Farbe eingetreten ist. Die Flecken können von unterschiedlicher Färbung sein (schwärzlich, rötlich, braun usw.); außerdem gelten als Flecken alle tiefen schwarzen Rillen. Sind die Flecken von intensiver und sofort auffallender Färbung (schwarz, rosa, rotbraun) und gleich groß oder größer als die Hälfte des betreffenden Kornes, so ist dieses als gelbes Korn anzusehen.**

Abänderung 50

Anhang II Buchstabe Ia (neu)

**Ia. Körner mit Hitzeschäden**

**Körner oder Teile von Körnern, deren natürliche Färbung sich aufgrund von Hitzeeinwirkung infolge des Wachstums von Mikroorganismen geändert hat. Diese Kategorie umfasst Körner oder Teile von Körnern, die aufgrund der mikrobiologischen Änderungen bei Nicht-Parboiled-Reis gelb/dunkelgelb und bei Parboiled-Reis orange/dunkelorange gefärbt sind.**

Abänderung 51

Anhang II Buchstabe J

**J. Gelbe Körner****entfällt**

**Gelbe Körner sind solche, deren natürliche Farbe sich auf andere Weise als durch Trocknen ganz oder teilweise in verschiedene Tönungen von zitronen- bis orangefarbig verändert hat.**

Abänderung 52

Anhang II Buchstabe K

**K. Bernsteinfarbene Körner****entfällt**

**Bernsteinfarbene Körner sind solche, die eine einheitliche, leichte und allgemeine, nicht durch Trocknen verursachte Verfärbung aufweisen, die ihnen ein helles, bernsteingelbes Aussehen verleiht.**



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 53

Anhang II Buchstabe Ka (neu)

**Ka. Nicht vollständig verkleisterte Körner****Körner oder Teile von Körnern von Parboiled-Reis, die nicht vollständig verkleistert sind und eine deutlich erkennbare weiße, undurchsichtige Stelle aufweisen.**

## Abänderung 54

Anhang II Buchstabe Kb (neu)

**Kb. Pecks****Körner oder Teile von Körnern von Parboiled-Reis, deren Oberfläche aufgrund des Parboiling-Verfahrens zu mehr als ¼ schwarz oder braun gefärbt ist.**

## Abänderung 55

Anhang II Buchstabe Kc (neu)

**Kc. Fremdkörper****Organische oder anorganische Bestandteile, die sich von Reiskörnern unterscheiden, jedoch nicht giftig sind.**

## Abänderung 56

Anhang III Buchstabe c

- |   |   |
|---|---|
| <p>c) die Ausbeute an vollständig <b>geschliffenem Reis</b> beträgt 63 <b>Gewichtsanteile</b> ganze Körner (<b>einschließlich eines Anteils von höchstens 3% an gestutzten Körnern</b>), <b>davon</b> Gewichtsanteil an nicht einwandfreien Körnern von vollständig geschliffenem Reis:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– kreibige Körner von Rohreis der KN-Codes 1006 10 27 und 1006 10 98: 1,5%</li> <li>– kreibige Körner von Rohreis anderer KN-Codes als der KN-Codes 1006 10 27 und 1006 10 98: 2,0%</li> <li>– Körner mit roten Rillen: 1,0%</li> <li>– <b>gefleckte Körner:</b> <b>0,50%</b></li> <li>– <b>fleckige Körner:</b> <b>0,25%</b></li> <li>– <b>gelbe Körner:</b> 0,02%</li> <li>– <b>bernsteinfarbene Körner:</b> <b>0,05%</b></li> </ul> | <p>c) die Ausbeute an vollständig <b>geschliffenen Reiskörnern (Anhang II Buchstabe B)</b> beträgt 63 <b>Prozent</b>, von denen <b>mindestens 97 Prozent</b> ganze Körner sind (<b>Anhang II Buchstabe A</b>); <b>der</b> Gewichtsanteil an nicht einwandfreien Körnern von vollständig geschliffenem Reis <b>darf folgende Werte nicht übersteigen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– kreibige Körner von Rohreis der KN-Codes 1006 10 27 und 1006 10 98: 1,5%</li> <li>– kreibige Körner von Rohreis anderer KN-Codes als der KN-Codes 1006 10 27 und 1006 10 98: 2,0%</li> <li>– Körner mit roten Rillen: 1,0%</li> <li>– <b>beschädigte Körner:</b> <b>0,75%</b></li> <li>– <b>Körner mit Hitzeschäden:</b> 0,02%</li> </ul> |
|---|---|

**ca) der Anteil von Fremdkörpern beträgt höchstens 0,1%;**

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0261

**Abgabe auf Milch und Milcherzeugnisse \*****Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor (KOM(2003) 23 – C5-0046/2003 – 2003/0012(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0046/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A5-0177/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,
1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
  2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
  3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
  4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
  5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  6. verlangt die Eröffnung des Konzertierungsverfahrens gemäß der Gemeinsamen Erklärung vom 4. März 1975, falls der Rat beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
  7. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
  8. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 1  
Erwägung 1a (neu)

**(1a) Durch die 1984 eingeführte Milchmengenregelung konnten die Ausgaben der Gemeinsamen Agrarpolitik im Milchsektor von rund 5,2 Mrd. EUR im Jahr 1984 auf rund 2,8 Mrd. EUR in den letzten Jahren gesenkt werden bzw. von 28,5% des Gesamthaushaltes der Gemeinsamen Agrarpolitik auf nunmehr ca. 6,5%.**

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

## Abänderung 2

Erwägung 1b (neu)

**(1b) Etwa 6,5 % der Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik entfallen auf den Milchsektor; dieser erwirtschaftet jedoch nicht weniger als 13,8 % des Gesamtwerts der landwirtschaftlichen Erzeugung der Europäischen Union.**

## Abänderung 3

Erwägung 1c (neu)

**(1c) Außerdem ist der Anteil der Europäischen Union an der Weltmilchproduktion derzeit von 25 % auf etwa 20 % abgesunken. Leider konnten die weniger entwickelten Länder kaum einen Nutzen aus dieser Entwicklung ziehen.**

## Abänderung 4

Erwägung 1d (neu)

**(1d) Die Milchmengenregelung hat einerseits wesentlich zur Einkommenssicherung der Milcherzeuger und Stabilisierung des Marktgleichgewichts beigetragen, andererseits aber auch zur Entwicklung eines ökonomischen Werts der Milchquoten geführt, der die Milcherzeugung in einzelnen Mitgliedstaaten zunehmend verteuert hat.**

## Abänderung 5

Erwägung 1e (neu)

**(1e) Durch die mit der Agenda 2000 beschlossenen Reformschritte bis 2008 wird die Milcherzeugung gegenüber dem Jahr 2000 aufgrund der Quotenerhöhung um 2,9 % ansteigen, die Erzeugerpreise werden bei nur teilweisem Ausgleich um voraussichtlich 12,3 % fallen, die Anzahl der Milchkühe wird, mit entsprechenden günstigen Auswirkungen auf den Rindfleischmarkt, zurückgehen; dadurch wird sich das Sektoreinkommen insgesamt um voraussichtlich 2,8 Mrd. EUR reduzieren.**

## Abänderung 6

Erwägung 1f (neu)

**(1f) Aus der derzeitigen Halbzeitbewertung ergibt sich außerdem, dass die Folgen für den EU-Haushalt und das Gesamteinkommen des Sektors um so nachteiliger sind, je weitreichender die Reformen sind. Die Erfahrungen mit früheren Reformen (beispielsweise im Sektor Kulturpflanzen) geben jedoch Anlass zu der Annahme, dass die Auswirkungen auf die Verbraucherpreise höchstwahrscheinlich zu vernachlässigen sind.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 7  
Erwägung 1g (neu)

**(1g) Nur eine flächendeckende Milchproduktion wird auch weiterhin eine flächendeckende Landbewirtschaftung, insbesondere an Grünlandstandorten und in benachteiligten Gebieten, garantieren; nur durch eine flächendeckende Landbewirtschaftung kann die Versteppung, Verwaldung und Verbuschung sowie die Landflucht verhindert werden.**

Abänderung 8  
Erwägung 1h (neu)

**(1h) Die Milchquotenregelung sollte bis zum Jahre 2015 beibehalten werden, weil es damit möglich wäre, ein ausreichendes Gleichgewicht auf dem Milchmarkt zu erhalten und den Ertrag der Erzeuger zu stabilisieren. Die Maßnahme im Zusammenhang mit den nationalen Quoten müsste, nachdem die Beschlüsse der Agenda 2000 vollständig umgesetzt sind, gründlich bewertet werden.**

Abänderung 9  
Erwägung 4

**(4) Der Richtpreis für Milch wird ab dem 1. Juli 2004 über fünf Wirtschaftsjahre schrittweise um insgesamt 28 % gesenkt. Die Auswirkungen dieser Maßnahme auf den innergemeinschaftlichen Verbrauch und die Ausfuhr von Milch und Milcherzeugnissen rechtfertigen es, die Gesamterferenzmenge für Milch in der Gemeinschaft nach jeder Preissenkung leicht zu erhöhen, um die Erzeugung mit der voraussichtlichen Entwicklung des Verbrauchs im Gleichgewicht zu halten und Störungen des Markts für Milcherzeugnisse zu vermeiden.**

entfällt

Abänderung 10  
Erwägung 8

(8) Es ist angezeigt, den Mitgliedstaaten die Zuteilung der einzelbetrieblichen Referenzmengen für Lieferungen oder Verkäufe zu überlassen, wobei eine getrennte Buchführung für die gelieferten und die verkauften Mengen sowie die dabei etwa aufgetretenen Überschreitungen vorzusehen ist. Dieser Aufteilung sind die Referenzmengen zugrunde zu legen, über die die Erzeuger während des am **31. März 2004** endenden Zwölfmonatszeitraums verfügten. Die Summe der Mengen, die den Erzeugern von den Mitgliedstaaten zugeteilt werden, darf die einzelstaatlichen Referenzmengen nicht überschreiten. Die einzelstaatlichen Referenzmengen werden für die **elf** Zeiträume ab **1. April 2004** festgesetzt und berücksichtigen die verschiedenen Elemente der vorherigen Regelung.

(8) Es ist angezeigt, den Mitgliedstaaten die Zuteilung der einzelbetrieblichen Referenzmengen für Lieferungen oder Verkäufe zu überlassen, wobei eine getrennte Buchführung für die gelieferten und die verkauften Mengen sowie die dabei etwa aufgetretenen Überschreitungen vorzusehen ist. Dieser Aufteilung sind die Referenzmengen zugrunde zu legen, über die die Erzeuger während des am **31. März 2005** endenden Zwölfmonatszeitraums verfügten. Die Summe der Mengen, die den Erzeugern von den Mitgliedstaaten zugeteilt werden, darf die einzelstaatlichen Referenzmengen nicht überschreiten. Die einzelstaatlichen Referenzmengen werden für die **zehn** Zeiträume ab **1. April 2005** festgesetzt und berücksichtigen die verschiedenen Elemente der vorherigen Regelung.

Abänderung 11  
Artikel 1 Absatz 1

Während **elf** aufeinanderfolgenden Zeiträumen von zwölf Monaten ab **1. April 2004** (nachstehend „Zwölfmonatszeiträume“ genannt) wird auf die im jeweiligen Zwölfmonatszeitraum vermarkteten Mengen von Kuhmilch oder anderen Milcherzeugnissen, die die in Anhang I festgesetzten Mengen überschreiten, eine Abgabe erhoben (nachstehend „Abgabe“ genannt).

Während **zehn** aufeinanderfolgenden Zeiträumen von zwölf Monaten ab **1. April 2005** (nachstehend „Zwölfmonatszeiträume“ genannt) wird auf die im jeweiligen Zwölfmonatszeitraum vermarkteten Mengen von Kuhmilch oder anderen Milcherzeugnissen, die die in Anhang I festgesetzten Mengen überschreiten, eine Abgabe erhoben (nachstehend „Abgabe“ genannt).

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 12  
Artikel 1 Absatz 2a (neu)

**Die in Anhang I vorgesehenen Erhöhungen der Referenzmengen ab dem Wirtschaftsjahr 2005/06 treten nur in Kraft, wenn die Marktsituation bei Milch und Milchprodukten günstig ist, insbesondere, wenn die öffentlichen Lagerbestände an Butter und Magermilchpulver nicht ein noch festzulegendes Niveau übersteigen. Diese Entscheidung wird spätestens zwei Monate vor Beginn des jeweiligen Wirtschaftsjahrs nach dem Verfahren des Artikels 21 Absatz 2 auf der Grundlage eines Berichts der Kommission getroffen, in dem der Stand des Marktes sowie die Aussichten für das laufende Jahr analysiert werden.**

Abänderung 13  
Artikel 5 Absatz 1a (neu)

**(1a) Ab dem Zeitraum 2006/07 teilen die Mitgliedstaaten die in Anhang I festgesetzten Mengen, soweit sie die Unterschiedsmengen zum Zeitraum 2005/06 betreffen, nur vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommission nach dem Verfahren des Artikels 21 Absatz 2 zu.**

Abänderung 14  
Artikel 6

Die Mitgliedstaaten sehen die erforderlichen Bestimmungen vor, nach denen aktiven **oder** niederlassungswilligen Erzeugern anhand von objektiven, der Kommission mitgeteilten Kriterien Mengen aus der nationalen Reserve gemäß Artikel 13 zugeteilt werden.

Die Mitgliedstaaten sehen die erforderlichen Bestimmungen vor, nach denen aktiven **und** niederlassungswilligen Erzeugern anhand von objektiven, der Kommission mitgeteilten Kriterien Mengen aus der nationalen Reserve gemäß Artikel 13 zugeteilt werden, **wobei Junglandwirte besonders zu berücksichtigen sind.**

Abänderung 16  
Artikel 15 Absatz 1 Unterabsatz 1

(1) Die Mitgliedstaaten genehmigen bis zum Ende eines jeden Zwölfmonatszeitraums für den betreffenden Zeitraum etwaige zeitweilige Übertragungen **eines Teils der** einzelbetrieblichen Referenzmengen, welche die berechtigten Erzeuger nicht in Anspruch zu nehmen beabsichtigen.

(1) Die Mitgliedstaaten genehmigen bis zum Ende eines jeden Zwölfmonatszeitraums für den betreffenden Zeitraum etwaige zeitweilige Übertragungen **von** einzelbetrieblichen Referenzmengen, welche die berechtigten Erzeuger nicht in Anspruch zu nehmen beabsichtigen.

Abänderung 17  
Artikel 16 Absatz 5

(5) Bei den Übertragungen gemäß den Absätzen 1 bis 4 **behalten** die Mitgliedstaaten einen Teil der übertragenen Menge für die nationale Reserve **ein**, wobei dieser Anteil nach Maßgabe der Umstände und objektiver Kriterien variieren kann.

(5) Bei den Übertragungen gemäß den Absätzen 1 bis 4 **können** die Mitgliedstaaten einen Teil der übertragenen Menge für die nationale Reserve **einbehalten**, wobei dieser Anteil nach Maßgabe der Umstände und objektiver Kriterien variieren kann.

Abänderung 18  
Artikel 19 Absatz 1a (neu)

**Die Direktverkäufer müssen ihre Tätigkeit zuvor bei der zuständigen Behörde melden. Bei dieser Meldung sind Angaben zu machen, die nach dem Verfahren des Artikels 21 Absatz 2 festgelegt werden.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 19  
Artikel 22 Absatz 1Die Verordnung (EWG) Nr. 3950/92 gilt ab **31. März 2004** als aufgehoben.Die Verordnung (EWG) Nr. 3950/92 gilt ab **31. März 2005** als aufgehoben.Abänderung 20  
Anhang I Buchstabe a

## a) Zeitraum 2004/05

**entfällt**

Mitgliedstaat	Menge in Tonnen
Belgien	3 326 983,000
Dänemark	4 477 625,000
Deutschland	28 004 140,000
Griechenland	700 513,000
Spanien	6 116 950,000
Frankreich	24 356 977,000
Irland	5 395 764,000
Italien	10 530 060,000
Luxemburg	270 394,000
Niederlande	11 130 065,000
Österreich	2 763 148,000
Portugal	1 879 823,000
Finnland	2 419 026,324
Schweden	3 319 515,000
Vereinigtes Königreich	14 682 697,000

P5\_TA(2003)0262

**GMO für Milch und Milcherzeugnisse \***

**Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse (KOM(2003) 23 – C5-0045/2003 – 2003/0011(CNS))**

(Verfahren der Konsultation)

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Vorschlags der Kommission an den Rat (KOM(2003) 23) <sup>(1)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 37 des EG-Vertrags, gemäß dem es vom Rat konsultiert wurde (C5-0045/2003),
  - gestützt auf Artikel 67 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie der Stellungnahme des Haushaltsausschusses (A5-0181/2003),
- A. in der Erwägung, dass der Kommissionsvorschlag in der geänderten Fassung mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist,
- B. mit der Forderung, dass es erneut befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen ist,

<sup>(1)</sup> Noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

1. billigt den Vorschlag der Kommission in der geänderten Fassung;
2. ist der Ansicht, dass der Vorschlag der Kommission in der geänderten Form mit der Obergrenze der Rubrik 1a der derzeitigen Finanziellen Vorausschau 2004-2006 vereinbar ist;
3. fordert, dass es neuerlich befasst wird, sobald der Rahmen für die künftige Finanzielle Vorausschau von der Haushaltsbehörde formell beschlossen wurde;
4. fordert die Kommission auf, ihren Vorschlag gemäß Artikel 250 Absatz 2 des EG-Vertrags entsprechend zu ändern;
5. fordert den Rat auf, es zu unterrichten, falls er beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
6. verlangt die Eröffnung des Konzertierungsverfahrens gemäß der Gemeinsamen Erklärung vom 4. März 1975, falls der Rat beabsichtigt, von dem vom Parlament gebilligten Text abzuweichen;
7. fordert den Rat auf, es erneut zu konsultieren, falls er beabsichtigt, den Vorschlag der Kommission entscheidend zu ändern;
8. beauftragt seinen Präsidenten, den Standpunkt des Parlaments dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

---

 VORSCHLAG  
DER KOMMISSION
 

---



---

 ABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS
 

---

 Abänderung 1  
ERWÄGUNG 1

(1) Mit der Verordnung (EG) Nr. ... des Rates vom ... über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor wurde eine Abgabenregelung eingeführt, um das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei Milch und Milcherzeugnissen und die daraus resultierenden strukturellen Überschüsse zu verringern. Diese Regelung ist ab **1. April 2004** für weitere **elf** aufeinanderfolgende Zwölfmonatszeiträume anzuwenden.

(1) Mit der Verordnung (EG) Nr. ... des Rates vom ... über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor wurde eine Abgabenregelung eingeführt, um das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage bei Milch und Milcherzeugnissen und die daraus resultierenden strukturellen Überschüsse zu verringern. Diese Regelung ist ab **1. April 2005** für weitere **zehn** aufeinanderfolgende Zwölfmonatszeiträume anzuwenden.

 Abänderung 2  
ERWÄGUNG 2

(2) Zur Förderung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen in der Gemeinschaft und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Erzeugnisse auf dem Weltmarkt sollte die Marktstützung insbesondere durch eine schrittweise Kürzung des Richtpreises für Milch und der Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver, die in der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 des Rates festgesetzt sind, ab **1. Juli 2004** verringert werden. Zum selben Zweck sollte das relative Niveau des Interventionspreises dieser beiden Erzeugnisse geändert werden.

(2) Zur Förderung des Verbrauchs von Milch und Milcherzeugnissen in der Gemeinschaft und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Erzeugnisse auf dem Weltmarkt sollte die Marktstützung insbesondere durch eine schrittweise Kürzung des Richtpreises für Milch und der Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver, die in der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 des Rates festgesetzt sind, ab **1. Juli 2005** verringert werden. Zum selben Zweck sollte das relative Niveau des Interventionspreises dieser beiden Erzeugnisse geändert werden.

 Abänderung 3  
ERWÄGUNG 2a (neu)

**(2a) Gemäß den Grundsätzen der Multifunktionalität und der ländlichen Entwicklung und in Anbetracht der Notwendigkeit, landwirtschaftliche Familienbetriebe und flächenabhängige Betriebe zu schützen, müssen die Mindestpreise die Arbeits- und Produktionskosten decken.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTSAbänderung 4  
ERWÄGUNG 4

(4) Die Maßnahmen zur Stützung des Einkommens der Milcherzeuger durch Direktzahlungen **sind geändert und in die Verordnung (EG) Nr. [Zitat ... ] des Rates übernommen worden. Sie müssen daher aus der Verordnung (EG) Nr. 1255/1999 gestrichen werden.**

(4) Die **im Rahmen der Halbzeitbewertung vorgeschlagenen** Maßnahmen zur Stützung des Einkommens der Milcherzeuger durch Direktzahlungen **für die verbleibenden, bereits beschlossenen zwei Preissenkungsschritte der Agenda 2000 wären wünschenswert.**

Abänderung 5  
ERWÄGUNG 4a (neu)

**(4a) In Problemgebieten, insbesondere in benachteiligten Gebieten, kommt der Milchproduktion zentrale Bedeutung zu. Bei der Berechnungsgrundlage für die Milchbeihilfe wird durch die differenzierte Senkung des Interventionspreises für Butter und Magermilchpulver der besonderen Situation der Mitgliedstaaten Rechnung getragen.**

Abänderung 6  
ARTIKEL 1 NUMMER 1  
Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 1 (Verordnung (EG) Nr. 1255/1999)

1. Artikel 3 Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung: **entfällt**

**(1) Der in der Gemeinschaft geltende Richtpreis für Milch mit 3,7 v.H. Fettgehalt frei Molkerei, ausgedrückt in EUR/100 kg, wird folgendermaßen festgesetzt:**

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2004 auf 30,98 EUR,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 auf 29,22 EUR,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006 auf 27,47 EUR,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 auf 25,71 EUR,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008 auf 23,96 EUR,
- ab 1. Juli 2008 auf 22,21 EUR.

Abänderung 7  
ARTIKEL 1 NUMMER 2  
Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a (Verordnung (EG) Nr. 1255/1999)

a) für Butter:

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2004 auf 328,20 EUR,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2004 bis 30. Juni 2005 auf 305,23 EUR,

a) für Butter:

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2000 bis 30. Juni 2005 auf 328,20 EUR,



Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006 auf **282,44 EUR**,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 auf **259,52 EUR**,
- **für den Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008 auf 236,73 EUR**,
- **ab 1. Juli 2008 auf 213,95 EUR**;

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006 auf **305,23 EUR**,
- für den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 auf **282,44 EUR**,
- **ab 1. Juli 2007 auf 259,52 EUR**;

## Abänderung 8

## ARTIKEL 1 NUMMER 2

Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe b (Verordnung (EG) Nr. 1255/1999)

b) für Magermilchpulver:

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2000 bis **30. Juni 2004** auf 205,52 EUR,
- für den Zeitraum vom **1. Juli 2004** bis **30. Juni 2005** auf 198,32 EUR,
- **für den Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 30. Juni 2006 auf 191,19 EUR**,

b) für Magermilchpulver:

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2000 bis **30. Juni 2005** auf 205,52 EUR,
- für den Zeitraum vom **1. Juli 2005** bis **30. Juni 2006** auf 198,32 EUR

**Werden aufgrund der Ergebnisse von WTO-Verhandlungen weitere Kürzungen der internen Stützung notwendig, so kann die Kommission die folgenden weiteren Anpassungen vorschlagen:**

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 auf **184,01 EUR**,
- **für den Zeitraum vom 1. Juli 2007 bis 30. Juni 2008 auf 176,88 EUR**,
- **ab 1. Juli 2008 auf 169,74 EUR**.

- für den Zeitraum vom 1. Juli 2006 bis 30. Juni 2007 auf **191,19 EUR**,
- **ab 1. Juli 2007 auf 184,01 EUR**.

## Abänderung 9

## ARTIKEL 1 NUMMER 3

Artikel 6 Absatz 1 Unterabsatz 2 (Verordnung (EG) Nr. 1255/1999)

Die Kommission kann die Interventionsankäufe von Butter aussetzen, wenn die während des Zeitraums gemäß Unterabsatz 1 zur Intervention angebotenen Mengen **30 000 Tonnen** übersteigen.

Die Kommission kann die Interventionsankäufe von Butter aussetzen, wenn die während des Zeitraums gemäß Unterabsatz 1 zur Intervention angebotenen Mengen **80 000 Tonnen** übersteigen.

## Abänderung 19 und 10

## ARTIKEL 1 NUMMER 4

Artikel 16 Absatz 2 (Verordnung (EG) Nr. 1255/1999)

4. **Die Artikel 16 bis 25 werden gestrichen.**4. **Artikel 16 Absatz 2 erhält folgende Fassung:**

(2) **Der Prämienbetrag je Tonne prämiensfähiger einzelbetrieblicher Referenzmenge wird festgesetzt auf**

- **9,58 EUR für das Kalenderjahr 2005**
- **19,16 EUR für das Kalenderjahr 2006**
- **28,74 EUR für das Kalenderjahr 2007 und alle folgenden Kalenderjahre.**

Donnerstag, 5. Juni 2003

VORSCHLAG  
DER KOMMISSIONABÄNDERUNGEN  
DES PARLAMENTS

**Die Kommission überprüft vor dem 1. Januar 2008 die Gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milch-erzeugnisse hinsichtlich einer möglichen Abkoppelung dieser Prämie.**

Abänderung 12

ARTIKEL 1 NUMMER 4b (neu)

Anhang I (Verordnung (EG) Nr. 1255/1999)

**4b. Anhang I erhält folgende Fassung:**

Zusätzliche Zahlungen: Gesamtbeträge gemäß Artikel 17 (in Mio/EUR)			
	2005	2006	2007 und nachfolgende Kalenderjahre
<b>Belgien</b>	<b>14,3</b>	<b>28,5</b>	<b>42,8</b>
<b>Dänemark</b>	<b>19,2</b>	<b>38,3</b>	<b>57,5</b>
<b>Deutschland</b>	<b>120,0</b>	<b>240,0</b>	<b>360</b>
<b>Griechenland</b>	<b>2,7</b>	<b>5,5</b>	<b>8,2</b>
<b>Spanien</b>	<b>23,9</b>	<b>47,9</b>	<b>71,8</b>
<b>Frankreich</b>	<b>104,4</b>	<b>208,8</b>	<b>313,2</b>
<b>Irland</b>	<b>22,6</b>	<b>45,2</b>	<b>67,8</b>
<b>Italien</b>	<b>42,8</b>	<b>85,5</b>	<b>128,3</b>
<b>Luxemburg</b>	<b>1,2</b>	<b>2,3</b>	<b>3,5</b>
<b>Niederlande</b>	<b>47,7</b>	<b>95,3</b>	<b>143</b>
<b>Österreich</b>	<b>11,8</b>	<b>23,7</b>	<b>35,5</b>
<b>Portugal</b>	<b>8,1</b>	<b>16,1</b>	<b>24,2</b>
<b>Finnland</b>	<b>10,3</b>	<b>20,7</b>	<b>31</b>
<b>Schweden</b>	<b>14,2</b>	<b>28,5</b>	<b>42,7</b>
<b>Vereinigtes Königreich</b>	<b>62,8</b>	<b>125,7</b>	<b>188,5</b>

P5\_TA(2003)0263

**Multifunktionalität der Landwirtschaft****Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Multifunktionalität der Landwirtschaft und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (2003/2048(INI))**

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des von Jorge Salvador Hernández Mollar eingereichten Entschließungsantrags zum Schutz der andalusischen Landgüter (B5-0019/2003),
- unter Hinweis auf seine Entschließungen vom 30. Mai 2002 zur „Agenda 2000: Reform der Gemeinsamen Marktorganisation und Entwicklung des ländlichen Raumes“<sup>(1)</sup> und vom 7. November 2002 zur Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik<sup>(2)</sup>,

<sup>(1)</sup> P5\_TA(2002)0274 und P5\_TA(2002)0275.<sup>(2)</sup> P5\_TA(2002)0532.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament „Halbzeitbewertung der Gemeinsamen Agrarpolitik“ (KOM(2002) 394) und der Verordnungsvorschläge vom 21. Januar 2003 (KOM(2003) 23) über eine politische Langzeitperspektive für eine nachhaltige Landwirtschaft,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (A5-0189/2003),
- A. unter Hinweis auf die Erklärungen des Europäischen Rates von Luxemburg 1997 und von Berlin 1999 zugunsten einer multifunktionalen europäischen Landwirtschaft im gesamten Gebiet der Union,
- B. in der Erwägung, dass es in zahlreichen Entschlüssen die Multifunktionalität der europäischen Landwirtschaft hervorgehoben und positiv beurteilt hat,
- C. in der Erwägung, dass die Gemeinschaft gemäß Artikel 159 des EG-Vertrags bei der Festlegung und Durchführung all ihrer Politiken das Ziel des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts zu berücksichtigen hat und dass mit Artikel 16 EGV der Begriff des territorialen Zusammenhalts eingeführt wurde,
- D. in der Erwägung, dass die Verhinderung der Landflucht, die Schaffung von Arbeitsplätzen und einer breiten Palette von Wirtschaftstätigkeiten in benachteiligten Gebieten sowie deren Beitrag zur Raumordnung, zur Erhaltung der Umwelt, der Landschaft und des kulturellen Erbes Leistungen für das Gemeinwohl sind, die die Landwirtschaft für die Gesellschaft als Ganzes erbringt und für die diese ein Entgelt zahlen muss,
- E. in der Erwägung, dass die Schaffung von Leistungen für das Gemeinwohl bzw. die positiven Nebenwirkungen, die mit der konventionellen landwirtschaftlichen Produktion einhergehen, durch angemessene und im Hinblick auf die Maximierung ihrer Wirksamkeit richtig verteilte öffentliche Mittel gesichert werden muss,
- F. in der Erwägung, dass es vor allem in den rückständigen ländlichen Gebieten der Union eine Vielzahl von klein- und mittelständischen landwirtschaftlichen Betrieben gibt, deren Wert im Wesentlichen in ihrem Beitrag zur Erhaltung von Arbeitsplätzen auf dem Lande, zur Verhütung der Landflucht und zur Bewahrung der natürlichen und kulturellen Ressourcen liegt,
1. ist der Ansicht, dass die offiziellen Erklärungen der Gemeinschaftsinstitutionen zugunsten der Multifunktionalität der Landwirtschaft, des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und der nachhaltigen Entwicklung über das Stadium der Absichtserklärungen hinausgehen müssen und konkrete Maßnahmen im Bereich der gesamten Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ergriffen werden müssen, die sich nicht ausschließlich auf den Bereich der Entwicklung des ländlichen Raums beziehen dürfen;
  2. bedauert, dass in den Legislativvorschlägen der Kommission für die Reform der GAP keinerlei Vergütung für die Multifunktionalität der Landwirtschaft vorgesehen ist;
  3. lehnt den Vorschlag der völligen Abkopplung der für die einzelnen Betriebe anhand der historischen Referenzerträge berechneten Direktzahlungen ab, da diese Maßnahme eine unveränderliche Situation im Hinblick auf die derzeit bestehenden Ungleichgewichte voraussetzen und der Aufgabe von Betrieben in den Regionen in Randlage Vorschub leisten würde,
  4. befürwortet grundsätzlich die Vorschläge, die Direktzahlungen an die Erfüllung anderweitiger Verpflichtungen (cross-compliance) zu knüpfen, da sie dazu dienen können, sowohl die Leistungen der landwirtschaftlichen Tätigkeit insgesamt als auch die soziale Legitimität der GAP zu konsolidieren; ist jedoch der Auffassung, dass die Vorschläge der Kommission einer eingehenden Überarbeitung bedürfen, mit dem Ziel, eine praxisorientierte und EU-einheitliche Umsetzung zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen zu gewährleisten; ist ferner überzeugt, dass überdies die Kostennachteile, die der europäischen Landwirtschaft daraus erwachsen, dauerhaft abgegolten werden müssen;
  5. betont jedoch, dass die Union Ausgleichsmaßnahmen einführen muss, um zu verhindern, dass die Erfüllung anderweitiger Verpflichtungen dazu führt, dass gemeinschaftliche Erzeugnisse nicht mehr wettbewerbsfähig sind;
  6. hält ferner die Förderung der Maßnahmen betreffend den Umweltschutz in der Landwirtschaft im Rahmen der Politik der Entwicklung des ländlichen Raums für erforderlich, damit die Auflagenbindung möglichst nicht als Sanktion verstanden wird;

Donnerstag, 5. Juni 2003

7. fordert, dass die ergänzenden Bedingungen für die Förderfähigkeit nicht zu größerer Bürokratie bei der Gewährung von Förderungen führen und auch nicht deren Auszahlung verzögern dürfen; fordert ferner die Vereinheitlichung der Kontrolle zwischen den Mitgliedstaaten, ohne sie mit dem integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) zu verknüpfen;
8. lehnt die degressiven Haushaltskürzungen ab, deren Hauptzweck darin besteht, künftige Sektorreformen zu finanzieren, deren Kosten, Ziele, Eigenschaften und Bedingungen im Augenblick noch gänzlich unbekannt sind;
9. fordert, dass die GAP und die für die ländlichen Räume relevanten Politiken verstärkt auf eine dauerhafte Verbesserung der wirtschaftlichen, regionalen und sozialen Rahmenbedingungen ausgerichtet werden; ist der Auffassung, dass eine vielfältige und funktionsfähige Agrarstruktur nach den Zielen des europäischen Agrarmodells einer leistungsgerechten Abgeltung der gesellschaftlich erwünschten Funktionen im Rahmen der Multifunktionalität bedarf und dass die Modulation von Direktzahlungen bei Beachtung der Ziele der Direktzahlungen an der Kostendegression der Betriebe orientiert und unter Rücksichtnahme auf die Erhaltung einer intakten und standortgerechten Agrarstruktur entwickelt werden muss;
10. hält es für erforderlich, dass sich die Marktpolitik und die Politik der Entwicklung des ländlichen Raums durch Maßnahmen, die darauf abzielen, die Produktion im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und der Qualität neu auszurichten, gegenseitig ergänzen; ist daher der Auffassung, dass der Großteil der Maßnahmen unter dem zweiten Pfeiler (Politik der Nahrungsmittelsicherheit, Qualitätspolitik, umweltfreundliche landwirtschaftliche Methoden, Junglandwirte usw.) in die Marktpolitik einbezogen werden müssten, um die GAP und die Politik der Entwicklung des ländlichen Raums in Übereinstimmung zu bringen;
11. hält es für unbedingt notwendig, dass die Kommission anhand objektiver sozioökonomischer, ökologischer, pedologischer und klimatologischer Kriterien eine neue Klassifizierung der ländlichen Gebiete festlegt, damit festgestellt werden kann, welche Betriebe in diesen Gebieten wegen ihrer wirtschaftlichen Größe und aufgrund der Gegebenheiten des jeweiligen ländlichen Gebiets zahlreiche positive Nebenwirkungen haben; hält es ebenfalls für notwendig, dass sie Kriterien für die Unterstützung dieser Betriebe einführt;
12. hält es für ein vorrangiges Ziel, die landwirtschaftliche Erzeugung in ländlichen Gebieten aufrecht zu erhalten, in denen sie wesentlich für die Gewährleistung der Erhaltung der natürlichen Lebensräume ist; vertritt daher die Auffassung, dass die zusätzlichen Kosten, die umweltfreundliche Anbaumethoden mit sich bringen, die Einführung einer entsprechenden Umweltausgleichszahlung rechtfertigen;
13. fordert, dass bei der Modulation unterschiedliche Freibeträge gelten, um zu verhindern, dass die Kürzungen der Beihilfen den Fortbestand zahlreicher landwirtschaftlicher Betriebe gefährden; fordert, dass dabei für bestimmte landwirtschaftliche Betriebe als Kriterium auch der Beitrag zur Entwicklung des ländlichen Raums gegenüber rein kommerziellen Kriterien berücksichtigt wird, und dass diese Betriebe von der Anwendung der Modulation und der Degression ausgenommen werden müssen;
14. weist darauf hin, dass Maßnahmen zugunsten bereits niedergelassener Junglandwirte bei der Reform der GAP besonderen Vorrang bekommen müssen, und fordert die Kommission auf, dem Problem des Generationenwechsels in der Landwirtschaft auf europäischer Ebene besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
15. hält es für sinnvoll, dass das Europäische Parlament eine Studie in Auftrag gibt, in der die technischen Aspekte dieser Entschließung konkret formuliert werden, um sie mittelfristig bei den nächsten Initiativen für die Reform der GAP, und insbesondere im Hinblick auf die Debatte über die Finanzen im Jahr 2006 zur Anwendung zu bringen;
16. fordert die Kommission auf, sich entschieden für die umfassenden Aspekte einer multifunktionalen Landwirtschaft im Sinne des europäischen Agrarmodells vor allem mit dem Ziel gleichwertiger Rahmenbedingungen und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen einzusetzen und zu gewährleisten, dass diese in das Schlussdokument über die Verhandlungsmodalitäten des Agrarkapitels im Rahmen der WTO aufgenommen werden;
17. fordert die Kommission auf, das Gemeinschaftsprogramm Leader+, das im Hinblick auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in der Gemeinschaft hin zur Multifunktionalität bedeutende Ergebnisse erbracht hat, indem es mit anderen Sektoren wie etwa dem Fremdenverkehr, der Lebensmittelindustrie, dem traditionellen Handwerk und dem Schutz der Artenvielfalt verknüpft worden ist, mit umfangreicheren finanziellen Mitteln auszustatten;
18. fordert den Europäischen Konvent auf, die Multifunktionalität der landwirtschaftlichen Tätigkeit dadurch zu stärken, dass er vor der nächsten Regierungskonferenz die Änderung des derzeitigen Artikel 33 des EG-Vertrags, der die Ziele der GAP definiert, vorschlägt, sowie die Anwendung des Mitentscheidungsverfahrens auf alle die Landwirtschaft betreffenden Rechtsakte vorzuschlagen, um die demokratische Legitimität und die Transparenz der Beschlussfassung in der Union zu verbessern;
19. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0264

## Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Treffen der Troika und der am Stabilitätspakt für Südosteuropa teilnehmenden Länder

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die drei Parlamentarischen Konferenzen der Stabilitätspaktländer, die vom 16.-17. September 2001 in Brüssel, vom 6.-7. Juni 2002 in Bukarest und vom 14.-16. Oktober 2002 in Tirana stattfanden,
  - unter Hinweis auf die Empfehlungen zur „Erneuerung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses für Südosteuropa und zu den Perspektiven für einen Beitritt“, die von der 4. Parlamentarischen Konferenz der Stabilitätspaktländer angenommen wurden, die vom Europäischen Parlament in Brüssel im Rahmen des Vorsitzes der Troika über parlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa veranstaltet wurde,
- A. in Anbetracht der belebenden Wirkung, die der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess (SAP) als erste Phase der Vorbereitung auf den Prozess des Beitritts zur Europäischen Union auf nationale politische Einrichtungen hat,
- B. in Anbetracht des Kompromisses zwischen einer raschen Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und der Stärkung der finanziellen und technischen Unterstützung für jedes Land,
- C. im Bewusstsein der Notwendigkeit, sich mit höchster Dringlichkeit den schwerwiegenden Problemen der hohen Arbeitslosigkeit und der ungenügenden wirtschaftlichen Entwicklung, der schwachen öffentlichen Verwaltung und der steigenden Gefahr des Vertrauensverlusts in staatliche Einrichtungen zu widmen, sowie der festen Zusage der nationalen Parlamente Südosteuropas, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren, ihre Länder enger an die Europäische Union und an ihre Integration in die europäisch-atlantischen Strukturen heranzuführen; in der Erwägung, dass ein derartiger Weg erfordert, dass jedes Land seine Lebensfähigkeit als souveräner Staat gewährleistet und gegebenenfalls den Prozess des „Besitzes“ und der Übertragung von Zuständigkeiten von der Staatengemeinschaft auf seine eigenen Einrichtungen erfolgreich abschließt,
- D. in der Erwägung, dass ein erneuerter Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess die Notwendigkeit widerspiegeln sollte, den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt zu erhöhen, in seine Prioritäten auch finanzielle und technische Unterstützung im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, Korruption, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel und illegale Einwanderung aufnehmen, die Sicherheit der Grenzen stärken, die regionale Zusammenarbeit in den Bereichen Kommunikation, Verkehr und Energie stärken und die finanzielle Unterstützung für das Bildungswesen und für Austauschprogramme für Studenten und junge Berufstätige sowie die Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft fördern sollte,
- E. im Bewusstsein, dass die Prozesse der Versöhnung mit der Integration in die Europäische Union und andere europäisch-atlantische Strukturen eng miteinander verknüpft sind und sich gegenseitig verstärken; unter Hinweis darauf, dass die weitere Integration in die Europäische Union, eine Wertegemeinschaft, von der Fähigkeit abhängen wird, eine aktive Zivilgesellschaft zu fördern und aufzubauen, wobei der Schwerpunkt auf der Förderung der Beteiligung der Bürger, Versöhnung und einer demokratischen Gesellschaft liegt, in der kulturelle Vielfalt als Bereicherung für Südosteuropa und für die Europäische Union wahrgenommen wird,
1. äußert seine Befriedigung über die in den Ländern des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses erzielten Fortschritte auf dem Wege zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit; ermutigt die Parlamente und Regierungen dieser Länder, ihre Stabilisierungspolitik im Rahmen der demokratischen Werte der Europäischen Union fortzusetzen, um zu erreichen, dass internationale und nationale Abkommen unter Berücksichtigung der Vergangenheit eingehalten werden;
  2. betont, dass die Integration in die Europäische Union nur unter der Bedingung Realität werden kann, dass die politischen und wirtschaftlichen Kriterien erfüllt werden, insbesondere in Bezug auf die Intensivierung der regionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die eine grundlegende Vorbedingung für eine engere Integration in die Europäische Union darstellt;
  3. äußert große Besorgnis angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Situation; unterstreicht, dass eine Lösung dieser entscheidenden Fragen den Schlüssel für eine stabile Entwicklung dieser Länder bildet; fordert die Regierungen und die Europäische Union auf, der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oberste Priorität einzuräumen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

4. stellt fest, dass sich die regionale Zusammenarbeit darauf konzentrieren sollte, das derzeitige Netz von Freihandelsabkommen zu einer Freihandelszone weiterzuentwickeln, in Infrastruktursektoren wie Verkehr, Kommunikation und Energie eine regionale Strategie zu erarbeiten, innerhalb der SAP-Länder die Visa-Pflicht abzuschaffen, eine integrierte Grenzkontrollstrategie umzusetzen und das organisierte Verbrechen und Korruption wirksam zu bekämpfen;
5. betont, dass gleichzeitig mit der Stärkung der regionalen Zusammenarbeit der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess durch folgende Maßnahmen geklärt und verstärkt werden sollte:
  - Festlegung klarer jährlicher Bezugswerte für jedes Land;
  - Akzeptanz der regelmäßigen Beteiligung von Vertretern der SAP-Länder an der Durchführung der GASP/ESVP der Europäischen Union, einschließlich der Möglichkeit, dass sich diese Vertreter Erklärungen der Europäischen Union anschließen;
  - Förderung von Mobilitätsprogrammen für Studenten und junge Berufstätige in Südosteuropa und der Europäischen Union (die den Zugang zu den Programmen Sokrates und Leonardo der Europäischen Union ermöglichen);
  - Förderung und Unterstützung der Reform des Bildungswesens gemäß den gemeinsamen Werten und Normen der Europäischen Union;
  - Schaffung von Mechanismen für eine bessere gemeinsame Durchführung von Gemeinschaftsprogrammen für SAP-Länder und Bewerberländer in Bereichen von gemeinsamem Interesse (CARDS und PHARE);
  - möglichst frühe Prüfung der Frage der Aufhebung der Visapflicht für die Europäische Union;
6. begrüßt den Antrag Kroatiens auf Aufnahme in die Europäische Union, der ein wichtiger Schritt nach vorne und ein bedeutendes Beispiel des Beitrags des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses zur Entwicklung eines Landes ist; erinnert an die Bedeutung der Überwachung der weiteren Entwicklung im Zusammenhang mit diesem Antrag durch das nationale Parlament und bekräftigt erneut seine Hoffnung, dass Kroatien konkrete Schritte unternimmt, um die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen, und gleichzeitig uneingeschränkt mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zusammenarbeiten wird;
7. betont, dass die künftige Integration der SAP-Länder in die Europäische Union viel Zeit in Anspruch nehmen wird und nach der Fähigkeit jedes einzelnen Landes beurteilt werden muss, seine Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union, wie sie in den Kopenhagener Kriterien festgehalten sind, zu erfüllen;
8. fordert die Parlamente der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, die Ratifizierung der noch ausstehenden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen zu beschleunigen,
9. begrüßt die verstärkte Komplementarität zwischen dem Stabilitätspakt für Südosteuropa und dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess;
10. hält es für wesentlich, die regionale Dimension des Stabilisierungsprozesses in der gesamten südosteuropäischen Region zu stärken und die Beteiligung der betroffenen Länder an der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union und der Umsetzung der in der einschlägigen Mitteilung der Kommission genannten Ziele sicherzustellen;
11. ermutigt die Parlamente der SAP-Länder, ihre Maßnahmen und die parlamentarische Prüfung ihrer Regierungen auf folgende Bereiche zu konzentrieren:
  - eine aktive Politik gegen das organisierte Verbrechen und Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, einschließlich der Einrichtung angemessener Nachrichtendienst-, Untersuchungs- und Strafverfolgungsstrukturen, sowie gegebenenfalls die Reform des Rechts- und Justizsystems;
  - die Schaffung der Grundstrukturen und rechtlichen Bedingungen für eine wirksame staatenübergreifende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, einschließlich eines angemessenen Datenaustausches;
  - die Ratifizierung und Umsetzung von Konventionen des Europarats, insbesondere der Strafrechts- und der Zivilrechtskonvention über Korruption aus dem Jahr 1999 und des Übereinkommens aus dem Jahr 1990 über das Waschen, Aufspüren, die Beschlagnahme und die Einziehung der Erträge aus Straftaten;

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- eine wirksame Politik zugunsten der Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen und des Schutzes von Minderheiten;
  - uneingeschränkte und wirksame Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) sowie mit allen anderen internationalen Justizstrukturen, an denen das Land teilnimmt; uneingeschränkte und bedingungslose Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof im Einklang mit den vom Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ vereinbarten Grundsätzen;
12. betont, dass die Parlamente der SAP-Länder alles in ihrer Macht Stehende tun sollten, um die Verabschiedung von Maßnahmen zu verhindern, einschließlich der Ratifizierung internationaler Abkommen durch das nationale Parlament, die die Durchführung oder die uneingeschränkte Wirksamkeit der oben genannten Grundsätze und Ziele und insbesondere die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention gefährden;
13. ruft die Europäische Union auf, einen weiteren Schritt bei ihrem politischen und wirtschaftlichen Engagement gegenüber den SAP-Ländern zu tun, indem sie die Instrumente und Programme des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses aktualisiert, die Parameter für die Bedingungen der Europäischen Union durch die Festlegung von jährlichen Richtwerten klarstellt, die Grundsätze der Verdienste der einzelnen Länder und der Differenzierung sowie die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union stärkt, um sicherzustellen, dass die Politik der Europäischen Union auf den Entwicklungsgrad jedes einzelnen Landes zugeschnitten ist und ihrem Vorgehen in Bezug auf andere Länder in ähnlicher Situation entspricht;
14. ruft daher die Europäische Union auf, das derzeitige Programm CARDS (auf der Ebene der Gesetzgebung oder der Verfahren und/oder der Leitlinien) anzupassen, um zu gewährleisten, dass folgende Bereiche zu einer Priorität für die Unterstützung der Europäischen Union werden: parlamentarische Zusammenarbeit, Unterstützung für die Schaffung solider Rechts- und Justizsysteme, nationaler und staatenübergreifender Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen, vor allem gegen Menschen-, Drogen- und Waffenhandel, Unterstützung für Bildungs- und Berufsbildungssysteme und Unterstützung für den Aufbau einer unabhängigen und fairen Mediengesellschaft und einer aktiven Zivilgesellschaft, wobei alle diese Elemente die Gesellschaften der SAP-Länder näher an die Normen und Modelle der Europäischen Union heranführen;
15. erkennt an, dass die Lösung für viele dieser Probleme eher im Rahmen eines regionalen Ansatzes durch die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und durch eine konsequente Koordinierung der finanziellen und technischen Unterstützung der Europäischen Union gefunden werden kann;
16. begrüßt die umfassende und ehrgeizige Agenda im Kampf gegen das organisierte Verbrechen und Korruption, die von den Regierungen der SAP-Länder am 25. November 2002 auf der Konferenz von London aufgestellt und von der Europäischen Union gebilligt wurde; begrüßt die von den nationalen Parlamenten der SAP-Länder auf der 4. Parlamentarischen Konferenz vom 21./22. Mai 2003 in Brüssel eingegangene Verpflichtung, die parlamentarische Prüfung ihrer Durchführung zu fördern;
17. verweist nachdrücklich auf die Bedeutung einer ernsthaften Verpflichtung, die Initiativen, die in diesem Bereich im Gang sind, zu unterstützen und insbesondere die Tätigkeiten des Bukarester Zentrums und der Initiative zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (SPOC) zu unterstützen, einschließlich der Schaffung eines wirksamen Zeugenschutzsystems, der Ausbildung von Polizei und Sachverständigen nach Europol-Standards, der Förderung grenzüberschreitender Operationen und der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität;
18. betont, dass die technische und finanzielle Unterstützung der Europäischen Union, der OSZE und des Europarats in diesem Bereich ebenfalls verstärkt werden sollte, um die in den nationalen Rechtssystemen nach wie vor bestehenden Engpässe zu beseitigen, die die uneingeschränkte Verwirklichung der auf der Konferenz von London festgelegten Ziele behindern;
19. hebt hervor, wie wichtig es ist, die Rolle des Bürgerbeauftragten durch die Einrichtung eines Netzes von Bürgerbeauftragten in Südosteuropa zu stärken, das dazu beitragen wird, den Vertrauensbildungsprozess voranzutreiben, als Mechanismus zur Konfliktverhütung fungieren und zur Wiederherstellung des Vertrauens in staatliche Einrichtungen beitragen wird;
20. ermutigt die Regierungen von Serbien und Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Kroatien, im Hinblick auf den für Juni 2003 anberaumten trilateralen Gipfel eine positive und konstruktive Einigung zu erzielen, um mit größtmöglicher Dringlichkeit die erforderlichen Durchführungsmechanismen für eine vollständige und uneingeschränkte Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen zu schaffen; ermutigt ferner die entsprechenden Stellen in Bosnien-Herzegowina, in Bezug auf den Minderheitenschutz die entsprechenden Rechtsvorschriften zu erlassen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

21. ersucht die Versammlung des Kosovo, gemäß dem versöhnlichen Geist und dem Buchstaben der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats und gemäß dem Buchstaben der Verfassung zu handeln; hebt hervor, dass Stabilität und Wohlstand des Kosovo weiterhin von der Achtung der Rechte aller Bürger und insbesondere von der Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie von einem wirklichen Schutz für seine Minderheiten abhängen;

22. stellt fest, dass der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess ein dynamischer Prozess mit dem Ziel ist, die durch ihn begünstigten Länder näher an die Normen der Europäischen Union und der europäisch-atlantischen Partnerschaft heranzuführen, und fordert die Einrichtungen der Europäischen Union daher auf, die Möglichkeit seiner Ausdehnung auf Moldawien zu beurteilen und gegebenenfalls die Bedingungen zu klären, die zu diesem Zweck erfüllt werden müssen;

#### ***Auswirkungen eines erneuerten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses auf die derzeitige Praxis der parlamentarischen Zusammenarbeit***

23. betont die Vorteile einer Stärkung der bestehenden Koordination zwischen den verschiedenen Initiativen, die im Rahmen der parlamentarischen Zusammenarbeit unternommen werden (z.B. parlamentarische Zusammenarbeit Europarat, Europäisches Parlament und OSZE, die mit Unterstützung nationaler Parlamente entwickelten Netze und die Initiativen für Zusammenarbeit, die von NRO oder Stiftungen im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa betrieben werden); betont ferner den Vorteil der Stärkung bestehender regionaler Initiativen wie des SEECF, der CEI und der PABSEC; erkennt die Rolle als Vermittler an, die die OSZE-Missionen und der Stabilitätspakt für Südosteuropa diesbezüglich spielen könnten;

24. schlägt vor, dass die nationalen Parlamente der südosteuropäischen Länder gemeinsam mit Vertretern des Europäischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der OSZE regelmäßig parlamentarische Plenardebatten abhalten, in denen die Fortschritte des Landes bei der Durchführung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und gegebenenfalls der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen bewertet werden;

25. nimmt außerdem den Vorschlag des Stabilitätspakts für eine strukturiertere regionale Zusammenarbeit und einen Ausbau der starken Vernetzungsstrukturen, einschließlich Initiativen für Städtepartnerschaften und der Schaffung unterstützender Projekte zur Kenntnis; nimmt ferner die Unterstützung des Stabilitätspakts für die auf der 3. Parlamentarischen Konferenz im Oktober 2002 angenommene Erklärung von Tirana zur Kenntnis, in der die Schaffung einer parlamentarischen Struktur gefordert wurde, die die betroffenen Länder einbezieht;

26. ist der Auffassung, dass in Bezug auf die parlamentarische Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und den SAP-Ländern weitere Fortschritte erzielt werden sollten; schlägt vor, dass das Europäische Parlament jedes Jahr multilaterale Treffen veranstaltet, um Vertreter des Europäischen Parlaments sowie der nationalen Parlamente der Europäischen Union, der Bewerberländer und der SAP-Länder zusammenzubringen;

27. ermutigt den Europarat, den zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments und die OSZE, weiterhin über die Fortschritte bei der Durchführung des Stabilitätspakts für Südosteuropa und des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses, einschließlich der Bewertung der Entwicklung des Stabilitätspakts, Bericht zu erstatten;

28. unterstreicht die Notwendigkeit einer stärkeren Rolle der nationalen Parlamente bei politischen Tätigkeiten und somit die Bedeutung der Entwicklung von Hilfe und Unterstützung für die nationalen Parlamente und für stabile Strukturen der politischen Parteien;

29. hebt ferner den Beitrag verbesserter Kommunikationsverbindungen zwischen den nationalen Parlamenten der südosteuropäischen Länder untereinander sowie zwischen ihnen und dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und der OSZE hervor, insbesondere durch die Einrichtung eines Videokonferenzsystems;

#### ***Auswirkungen eines erneuerten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses auf die Verwaltungsstruktur der Europäischen Union***

30. ist der Auffassung, dass die laufende Durchführung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses von folgenden Anpassungen der Verwaltungsstrukturen der Einrichtungen der Europäischen Union begleitet sein sollte:

- **Europäisches Parlament:** nach den Wahlen 2004 Schaffung neuer Strukturen für einen bilateralen politischen Dialog mit den Ländern Südosteuropas, um dem unterschiedlichen Stand der Durchführung des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und der Annahme von Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit einigen der SAP-Länder Ausdruck zu geben (Einrichtung gemischter parlamentarischer Ausschüsse);



Donnerstag, 5. Juni 2003

- **Rat der Europäischen Union und Stabilitätspakt für Südosteuropa:** Ausdehnung des derzeitigen informellen Beratungsausschusses auf andere Schlüsselakteure in den SAP-Ländern, etwa die Weltbank, den IWF, den Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs (SRSG) im Kosovo, den Hohen Vertreter des UN-Generalsekretärs (SGHR) in Bosnien-Herzegowina und den Sonderbeauftragten der Europäischen Union; Stärkung der strategischen Kapazität des Sonderkoordinators für den Stabilitätspakt für Südosteuropa und Anpassung der derzeitigen Arbeitsmethodik, um einem erneuerten Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess besser gerecht zu werden (Überarbeitung des derzeitigen Systems der drei Arbeitstische);
- Kommission: Entwicklung von Arbeitsverfahren für die SAP-Länder ähnlich jenen, die im derzeitigen Erweiterungsprozess angewandt werden (nach dem Vorbild der in der Erweiterungspolitik eingesetzten Instrumente), wie die Festsetzung jährlicher Länderziele und Richtwerte, Screening und Überwachung der Anpassung an den Besitzstand der Europäischen Union, Änderung der Zuständigkeit der Europäischen Agentur für Wiederaufbau, sodass sie sich ebenfalls am Screening und an der Feststellung von Prioritäten und Zielen beteiligen kann, Benennung eines Mitglieds der Kommission, das für alle Länder, die sich um eine Aufnahme in die Europäische Union bewerben (einschließlich Kroatien), zuständig ist;

\*  
\*   \*   \*

31. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung den Staats- bzw. Regierungschefs all jener Länder, die an dem Gipfeltreffen am 21. Juni 2003 teilnehmen, dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten aller Stabilitätspaktländer (Mitgliedstaaten der Europäischen Union, Bewerberländer, SAP- und sonstige Länder) sowie dem Sonderkoordinator für Südosteuropa zu übermitteln.

P5\_TA(2003)0265

## Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Union

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Antrag der Türkei auf Aufnahme in die Europäische Union (KOM(2002) 700 – C5-0104/2003 – 2000/2014(COS))

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis des Antrags der Türkei auf Beitritt zur Europäischen Union, den sie am 12. April 1987 gemäß Artikel 49 des Vertrags über die Europäischen Union gestellt hat,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen (21.-22. Juni 1993), Florenz (21.-22. Juni 1996), Luxemburg (12.-13. Dezember 1997), Cardiff (15.-16. Juni 1998), Köln (3.-4. Juni 1999), Helsinki (10.-11. Dezember 1999), Santa Maria Da Feira (19.-20. Juni 2000), Nizza (7.-9. Dezember 2000), Göteborg (15.-16. Juni 2001), Laken (14.-15. Dezember 2001), Sevilla (21.-22. Juni 2002), Brüssel (24.-25. Oktober 2002) und Kopenhagen (12.-13. Dezember 2002),
- unter Hinweis auf das Strategiepapier über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt (KOM(2002) 700),
- unter Hinweis auf den Regelmäßigen Bericht 2002 der Kommission über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt (SEK(2002) 1412),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 26. März 2003 an den Rat zur Stärkung der Beitrittsstrategie für die Türkei (KOM(2003) 144),
- unter Hinweis auf den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit der Türkei (KOM(2003) 144),
- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Türkei,
- unter Hinweis auf die am 5./6. Juni 2000 vom Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei angenommenen Empfehlungen,

Donnerstag, 5. Juni 2003

- unter Hinweis auf den Beschluss 2001/235/EG des Rates vom 8. März 2001 über die Grundsätze, Prioritäten, Zwischenziele und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft für die Türkische Republik <sup>(1)</sup>,
  - unter Hinweis auf das von der Türkei am 19. März 2001 angenommene und am 26. März 2001 an die Kommission weitergeleitete Nationalprogramm der Türkei zur Übernahme des Besitzstandes,
  - unter Hinweis auf den Bericht der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 13. Juni 2001 über die Einhaltung der Verpflichtungen und Zusagen durch die Türkei,
  - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Assoziierungsrates EU-Türkei vom 16. April 2002,
  - unter Hinweis auf die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über die Türkei,
  - unter Hinweis auf die Entschließung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 23. September 2002 zur Durchführung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs der Menschenrechte durch die Türkei,
  - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik (A5-0160/2003),
- A. in der Erwägung, dass jeder EU-Bürger in seinem Mitgliedstaat über gleiche Rechte und Pflichten verfügen sollte und dass alle Bürger in der gesamten Union wissen müssen, dass sie vor Diskriminierung und Unregelmäßigkeiten durch die Behörden geschützt sind, und dass deshalb die Erfüllung und Einhaltung der politischen Kriterien von Kopenhagen eine unabdingbare Voraussetzung für eine vollwertige Mitgliedschaft ist,
- B. in Anbetracht der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Helsinki von 1999, wonach die Türkei den Status als Kandidat für den Beitritt zur Europäischen Union erhalten hat und die gleichen Beitrittskriterien zu erfüllen hat, die bei der Erweiterung der Union auch für die anderen Bewerberländer gelten,
- C. in der Erwägung, dass die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 3. November 2002 mit überwältigender Mehrheit gewonnen hat, dass die Bevölkerung ihre Unzufriedenheit mit den Leistungen der früheren Regierungen gezeigt hat, womit die Chance für eine neue Ausrichtung der Regierungspolitik gegeben ist; dass die AKP jetzt vor der schwierigen Aufgabe steht, die Rechtsreformen umzusetzen und auch weitere Reformen durchzuführen und einen gut funktionierenden demokratischen Rechtsstaat zu verwirklichen, ohne die laizistische Grundausrichtung des türkischen Staates in Frage zu stellen,
- D. in der Erwägung, dass die 10 %-Klausel zwar dazu beigetragen hat, dass kein fragmentiertes Parlament entstanden ist, dass dem Ziel jedoch die Repräsentativität geopfert wurde, angesichts der Tatsache, dass das Parlament lediglich 55 % der Wähler vertritt,
- E. in der Erwägung, dass es die unter dem Militärregime 1982 verabschiedete Verfassung nicht ermöglicht, den Rechtsstaat und die Grundfreiheiten zu gewährleisten, und dass die Türkei durch die Ausarbeitung einer neuen, auf universelle Werte gestützten Verfassung ihre Entscheidung für ein demokratisches rechtsstaatliches Modell zum Ausdruck bringen kann, sowie in der Erwägung, dass die anhaltende Verfassungsdebatte in der Türkei im Zusammenhang mit der Beitrittsdebatte eine neue Perspektive erhalten hat,
- F. in Anbetracht der Schritte, die die Türkei 2002 in Richtung auf die Erfüllung der Kriterien von Kopenhagen unternommen hat, insbesondere durch das jüngste Gesetzespaket und die folgenden Durchführungsmaßnahmen, die eine große Zahl an in der Beitrittspartnerschaft festgelegten vorrangigen Zielen betreffen; in der Erwägung, dass diese Reformen eine Reihe beträchtlicher Einschränkungen in Bezug auf die vollständige Wahrnehmung von Grundrechten und -freiheiten enthalten,
- G. in der Erwägung, dass Entwicklungen wie das Verbot der Partei HADEP durch das türkische Verfassungsgericht und die Forderung des Generalstaatsanwalts des Berufungsgerichts an das Verfassungsgericht, ein ähnliches Verfahren gegen die Partei DEHAP einzuleiten, zeigen, dass es an der Bereitschaft fehlt, grundlegende demokratische Rechte in der Praxis zu gewährleisten,

<sup>(1)</sup> ABl. L 85 vom 24.3.2001, S. 13.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- H. in der Erwägung, dass die geforderten Änderungen mutige Reformen erfordern und die Ratifizierung der unterzeichneten Übereinkommen sowie die entsprechende Änderung der Rechtsvorschriften umfassen müssen; in der Erwägung, dass die Umsetzung der Reformen noch nicht wahrnehmbar ist und die demokratischen Reformen nur dann als verwirklicht betrachtet werden können, wenn sie von den Menschen wahrgenommen werden,
- I. in der Erwägung, dass eine grundlegende Justizreform für die Demokratisierung des Landes von entscheidender Bedeutung ist, und unter Hinweis darauf, dass die Regierung die Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte angekündigt hat, die ein wichtiger Schritt in diese Richtung darstellen wird,
- J. in der Erwägung, dass die Reformen und der von der Türkei geleistete Einsatz beim Demokratisierungsprozess allen Bürgern zum Vorteil gereichen werden, auch losgelöst von den Beziehungen zur Europäischen Union,
- K. in der Erwägung, dass sich eine Mitgliedschaft der Türkei auf klare und unzweideutige Kriterien stützen muss und dass die Erklärungen und Beschlüsse des Europäischen Rates in Bezug auf die Türkei im Laufe der letzten Jahrzehnte Widersprüche aufweisen,
- L. in der Erwägung, dass eine Lösung des Problems der Teilung Zyperns für die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei von wesentlicher Bedeutung ist, und unter Hinweis darauf, dass der Zypernplan des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Kofi Annan, für die Union die Grundlage der künftigen Gestaltung der Insel darstellt,
1. begrüßt die Reformen, die die Türkei seit Oktober 2001 durchgeführt hat, vor allem deshalb, weil sie von der Bevölkerung als wesentliche Verbesserung wahrgenommen werden und weil sie wichtige Anzeichen dafür sind, dass die Türkei zu Fortschritten in Richtung auf die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bereit ist; ermutigt die Türkei, mit den Reformen fortzufahren; ist der Auffassung, dass diese Reformen danach bewertet werden sollten, wie sie umgesetzt werden; stellt fest, dass der politische Wille, eine umfassende Reformierung des Staates voranzutreiben, insbesondere im Hinblick auf sein Verhältnis zur Gesellschaft und die Wahrung der Menschenrechte, von wesentlicher Bedeutung für den Weg hin zu einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist;
  2. ist sich darüber im klaren, dass es hier um einen langwierigen Reformprozess geht, bei dem die Türkei vor wesentliche Entscheidungen gestellt wird, und dass europäische Hilfe bei diesem Prozess erforderlich sein wird;
  3. räumt ein, dass sich die politischen Werte der Europäischen Union im Wesentlichen auf die jüdisch-christliche und humanistische Kultur Europas stützen, dass jedoch niemand diese universellen Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschen- und Minderheitenrechte sowie der Religions- und Gewissensfreiheit ausschließlich für sich reklamieren kann, die sehr wohl von einem Land mit überwiegend moslemischer Bevölkerung akzeptiert und verteidigt werden können; ist daher der Auffassung, dass der Mitgliedschaft in der Europäischen Union grundsätzlich nichts entgegensteht;
  4. stellt fest, dass die kurz- und mittelfristigen Prioritäten, insbesondere in Bezug auf die politischen Kriterien von Kopenhagen, wie diese in der derzeitigen Beitrittspartnerschaft der Türkei (2001) vereinbart wurden, nur zum Teil durchgeführt wurden;
  5. begrüßt die oben genannte Mitteilung der Kommission an den Rat, insbesondere die Aussagen zum verstärkten politischen Dialog und zu den politischen Kriterien;
  6. fordert die türkische Regierung auf, als Voraussetzung für künftige Verbesserungen mit Blick auf eine Reform des türkischen Staates schnellstmöglich einen klaren Fahrplan sowie einen Zeitplan für die Umsetzung der Kriterien von Kopenhagen vorzulegen;

**Politische Kriterien von Kopenhagen***Aufbau des Staates*

7. stellt fest, dass die Armee nach wie vor die Funktion eines Eckpfeilers des türkischen Staates und der Gesellschaft innehat; stellt mit Bedauern fest, dass die übermächtige Rolle der Armee somit die Entwicklung der Türkei hin zu einem demokratischen pluralistischen System behindert, und plädiert dafür, dass die Türkei in Form ihrer gegenwärtigen Regierung, die die nachdrückliche Unterstützung des Parlaments genießt, die Gelegenheit nutzt, ein neues politisches und konstitutionelles System zu entwickeln, durch das gewährleistet ist, dass die Grundsätze eines säkularen Systems ohne Vormachtstellung des Militärs gegenüber den zivilen Institutionen gewahrt bleiben, damit die traditionelle Macht der Bürokratie und der Armee („deep state“) zu einer Struktur zurückgeführt wird, die in den Mitgliedstaaten üblich ist;

Donnerstag, 5. Juni 2003

8. ist der Ansicht, dass die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsrates in seiner derzeitigen Funktion und Position im Rahmen der Staatsreform langfristig notwendig ist, um die zivile Kontrolle über das Militär an die in den EU-Mitgliedstaaten gängige Praxis anzupassen; ist sich darüber im klaren, dass die gewünschte Strukturveränderung sehr schwer zu akzeptieren sein wird;
9. schlägt vor, dass die militärischen Vertreter sich aus den zivilen Organen wie dem Hohen Bildungsrat und dem Audiovisuellen Rat zurückziehen, um die uneingeschränkte Unabhängigkeit dieser Institutionen zu gewährleisten; fordert die türkischen Behörden nachdrücklich auf, eine uneingeschränkte parlamentarische Kontrolle des Militäretats als Teil des nationalen Haushaltsplans einzuführen;
10. ist der Ansicht, dass eine erfolgreiche Staatsreform unter anderem davon abhängt, inwieweit es der Regierung gelingen wird, auf andere Weise mit den Gefahren des Fundamentalismus und Separatismus umzugehen, die die Artikel 13 und 14 der Verfassung der türkischen Republik widerspiegeln; ist der Meinung, dass ein entspannter Umgang mit dem Islam und der Religion im Allgemeinen dem Erstarken antidemokratischer Bestrebungen, z.B. eines intoleranten und gewalttätigen religiösen Extremismus, entgegenwirkt;
11. unterstreicht, dass die geforderten Änderungen so grundlegend sind, dass deshalb eine neue Verfassung notwendig ist, die sich ausdrücklich auf demokratische Grundsätze stützt, wobei insbesondere die Rechte des Einzelnen und der Minderheiten in einem Gleichgewicht zu den kollektiven Rechten stehen sollen, in Übereinstimmung mit den üblichen europäischen Normen, wie sie beispielsweise in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten verankert sind;
12. begrüßt daher die Pläne von Ministerpräsident Erdogan, eine neue Verfassung zu erstellen, die besonderen Nachdruck auf den demokratischen Rechtsstaat und die pluralistische partizipative Demokratie legt;
13. ist der Ansicht, dass auch das türkische Konzept einer Nation und eines säkularen Staates auf den Prinzipien der Toleranz und der Nichtdiskriminierung religiöser Gemeinschaften und Minderheiten beruhen muss; ist der Ansicht, dass die Einführung einer neuen Verfassung die Durchsetzung dieser Grundsätze erleichtern muss;
14. fordert die Regierung und das Parlament der Türkei auf, gegebenenfalls mit Unterstützung der Kommission und des Europäischen Parlaments, die öffentliche Debatte über die Merkmale des Staates im Verhältnis zu den politischen Werten der Europäischen Union zu fördern, auch im Rahmen der Ergebnisse des Konvents, um auf diese Weise das demokratische Bewusstsein der Bürger zu stärken; fordert die türkischen Behörden und die Kommission auf, Informationskampagnen zu organisieren, um das Wissen der türkischen Bürger über die Europäische Union und die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen sowie das Wissen der EU-Bürger über die Türkei zu verbessern;
15. unterstreicht, dass zur Stärkung des demokratischen Charakters der Gesellschaft eine aktive Bürgergesellschaft unbedingt notwendig ist; ist der Ansicht, dass die Gründung freier sozialer Organisationen auf wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Ebene vom Staat unterstützt und gefördert werden muss; unterstreicht die Bedeutung eines vollwertigen Dialogs zwischen der Regierung und den Sozialpartnern;
16. ist ferner der Ansicht, dass die Bevölkerung stärker in die Beschlussfassung einbezogen werden kann und dass die Politik besser auf die Bedürfnisse abgestimmt werden kann, indem bestimmte Aufgaben der Behörden an nachgeordnete Behörden delegiert werden, wobei eine entsprechende Kontrolle erforderlich ist, um Transparenz zu gewährleisten;

#### *Rechtsstaat und Demokratie*

17. fordert die türkischen Behörden auf, den Grundsatz des Primats des Völkerrechts über die nationalen Rechtsvorschriften im Falle erheblicher Divergenzen in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte und des Rechtsstaats zu stärken; ist der Ansicht, dass diese Maßnahme notwendig ist, damit die Türkei sich den in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union herrschenden Normen annähern kann; nimmt die Änderung der türkischen Verfassung zur Kenntnis, wonach die Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte anerkannt werden;
18. bekräftigt seine Überzeugung, die es auch in seiner Entschließung vom 26. September 2002 zum Internationalen Strafgerichtshof<sup>(1)</sup> zum Ausdruck gebracht hat, dass das Römische Statut von allen Mitgliedstaaten und Beitrittsländern ratifiziert wurde und ein wesentliches Element des demokratischen Modells und der Wertestruktur der Europäischen Union darstellt, und fordert die Türkei auf, unverzüglich den Prozess des Beitritts zum Statut des Internationalen Strafgerichtshofs einzuleiten; ist der Auffassung, dass dies ein grundlegendes Element der Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union darstellt; weist darauf hin, dass die Türkei das einzige Mitglied des Europarates ist, das den Vertrag noch nicht unterzeichnet hat;

<sup>(1)</sup> P5\_TA(2002)0449.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

19. bedauert, dass die Türkei sehr lange mit der Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gezögert hat, auf die die parlamentarische Versammlung des Europarates im Wege einer Resolution am 23. September 2002 gedrungen hat (darunter die Rechtssache Loizidou gegen die Türkei); fordert die türkischen und europäischen Justizbeamten und Richter auf, Erfahrungen auszutauschen, um das türkische Rechtssystem mit dem gängigen europäischen System abzustimmen; fordert Kommission und Europarat auf, die im Herbst 2002 eingeleiteten Austauschprogramme fortzuführen und um andere Ausbildungsmaßnahmen zu ergänzen;

20. fordert die unverzügliche Amnestie der Gesinnungshäftlinge, die in türkischen Gefängnissen wegen nichtgewalttätiger Äußerungen ihre Strafe absitzen; begrüßt die Reformen, die die Wiederaufnahme von Verfahren ermöglichen, mit denen gegen die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verstoßen wurde; begrüßt in diesem Zusammenhang, dass das Verfahren gegen Leyla Zana, die mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments ausgezeichnet wurde, und drei weitere frühere Abgeordnete der Partei DEP wiederaufgenommen wurde, die bereits über neun Jahren im Gefängnis sind; fordert ein faires neues Verfahren und ihre umgehende einstweilige Freilassung;

21. unterstreicht die Bedeutung eines unabhängigen und kompetenten Rechtssystems; fordert die türkische Regierung auf, entschiedene und konsequente Maßnahmen anzunehmen, um die Qualität des Gerichtssystems zu verbessern sowie die Qualifikationen der Richter, denen die große Verantwortung obliegt, eine neue Rechtskultur im Dienste des Bürgers zu schaffen, indem eine korrekte Auslegung und Anwendung der Rechtsvorschriften auf allen Ebenen (lokal, regional, national) gefördert wird; fordert die Türkei in diesem Zusammenhang auf, sich am Rahmenprogramm AGIS (2003-2007) zu beteiligen, insbesondere mit Blick auf Aus- und Fortbildungsprojekte für Angehörige der Rechtsberufe und der Strafverfolgungsbehörden;

22. begrüßt die Ankündigung der türkischen Regierung, eine grundlegende Justizreform einzuleiten und unter anderem die Staatssicherheitsgerichte abzuschaffen, und ermutigt die Regierung, ihre Gesetzgebung bezüglich der Bekämpfung von terroristischen Straftaten an die Beschlüsse der Union anzupassen und hierbei die Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten zu suchen;

23. fordert die Türkei auf, ihre Bekämpfung der Korruption fortzuführen und unverzüglich die unterzeichneten einschlägigen internationalen Übereinkommen zu ratifizieren; betont, dass bei der Bekämpfung der Korruption eine transparente Gesellschaft, u.a. freie Medien, unabhängige Gerichte und ein effizienteres Justizsystem, von wesentlicher Bedeutung sind und dass insbesondere Rechtssachen im Zusammenhang mit Korruption in höherem Maße öffentlich gemacht werden müssen und durch Medien und andere „Watchdog“-Organisationen kontrolliert werden müssten;

24. setzt sich dafür ein, dass durch das Wahlsystem eine Zusammensetzung des Parlaments gefördert wird, die dem Grundsatz der demokratischen Vertretung vollständig gerecht wird, insbesondere im Hinblick auf die Vertretung der kurdischen Bevölkerung und anderer Minderheiten;

25. begrüßt ausdrücklich den Beschluss des türkischen Parlaments vom 2. August 2002, die Todesstrafe in Friedenszeiten abzuschaffen, sowie die anschließende Unterzeichnung des Protokolls Nr. 6 zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten am 15. Januar 2003; begrüßt diese wichtigen Fortschritte, fordert jedoch gleichzeitig, dass die Todesstrafe auch für in Kriegszeiten begangene Verbrechen abgeschafft wird;

26. verurteilt die Entscheidung des türkischen Verfassungsgerichts, die HADEP zu verbieten, und empfiehlt die Überprüfung dieser Entscheidung; ist der Auffassung, dass dieses Verbot im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union steht sowie das elementare Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzt; ist der Auffassung, dass die Verfolgung politischer Parteien wie der HADEP und der DEHAP, gegen die gleichfalls ein Verbotverfahren eingeleitet worden ist, im Widerspruch zu demokratischen Grundprinzipien steht;

*Menschenrechtssituation und Schutz der Minderheiten*

27. verweist auf die Verpflichtung der türkischen Regierung, die Folter endgültig abzuschaffen (Nulltoleranz); stellt mit Besorgnis fest, dass die Folter weiter angewandt wird, und dass die Folterer oft straffrei ausgehen; fordert, dass entschiedene und konsequente Maßnahmen getroffen werden, um diese barbarische Praxis zu bekämpfen, und dass das von der Kommission unterstützte Zentrum zur Behandlung und Rehabilitation von Folteropfern in Diyarbakir seine Aktivitäten ungehindert fortsetzen kann;

Donnerstag, 5. Juni 2003

28. fordert die Türkei auf, die internationalen Standards für Gefängnisse umzusetzen und der Isolationshaft ein Ende zu bereiten;
29. bringt seine Besorgnis angesichts des fortgesetzten Hungerstreiks in türkischen Gefängnissen zum Ausdruck und spricht sich für Bemühungen aus, über Gespräche zu einer Lösung in dieser Frage zu kommen, die weitere Todesopfer vermeidet;
30. fordert von den türkischen Behörden, dass alle Gefangenen, auch diejenigen, die auf Anordnung der Staatssicherheitsgerichte in Haft genommen wurden, tatsächlich Zugang zum Rechtsbeistand erhalten; fordert die türkische Regierung auf, rasch eine Rechtsvorschrift zur Abschaffung von Artikel 31 Absatz 1 des Gesetzes zur Änderung einiger Artikel der Strafprozessordnung zu erlassen (1992, Nr. 3842), wonach Personen, die wegen einer Straftat inhaftiert sind, die der Rechtsprechung eines Staatssicherheitsgerichts unterliegt, in den ersten 48 Stunden keinen Anspruch auf Rechtsbeistand haben;
31. ist äußerst besorgt über Berichte, dass Frauen nach ihrer Festnahme häufig sexueller Gewalt und Vergewaltigungen durch Beamte des staatlichen Sicherheitsdienstes ausgesetzt sind; stellt fest, dass Kurdinnen und Frauen mit der Regierung oder dem Militär nicht genehmen politischen Überzeugungen besonders häufig der Gefahr solcher Gewalttaten ausgesetzt sind; fordert, sicherzustellen, dass Leibesvisitationen weiblicher Festgenommener nur von weiblichem Personal durchgeführt und Übergriffe geahndet werden;
32. stellt fest, dass die Tatsache, dass Menschen kurdischer Herkunft in verschiedenen Ländern, darunter auch in der Türkei, leben, die Türkei nicht davon abhalten darf, ein entspannteres und konstruktiveres Verhältnis zu den eigenen Bürgern kurdischer Herkunft sowie zu anderen ethnischen und religiösen Minderheiten herzustellen;
33. schlägt die Einführung von Systemen zur strengen Überwachung von Polizeiwachen und Gendarmeriestationen durch unabhängige Räte vor, in denen Mitglieder der Öffentlichkeit mitarbeiten; fordert, dass Polizei- und Gendarmerieoffiziere streng bestraft und/oder strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie Inhaftierten den Zugang zu Rechtsbeistand verwehren, Inhaftierte bewegen, schriftlich auf ihr Recht auf Hinzuziehung eines Anwalts zu verzichten, Inhaftierte nicht über ihre Rechte aufklären, sich in ärztliche Untersuchungen einmischen, die Angehörigen Festgenommener nicht informieren, Festgenommene bei der Einlieferung nicht registrieren oder es unterlassen, festgenommene Kinder sofort dem Staatsanwalt vorzuführen, wie es die Vorschriften verlangen;
34. fordert die Türkei auf, die kulturelle Vielfalt zu gewährleisten und die kulturellen Rechte aller Bürger, ungeachtet ihrer Herkunft, sicherzustellen, den tatsächlichen Zugang zu Radio- und Fernsehkanälen, einschließlich privater Medien, sowie Bildungsmöglichkeiten in Kurdisch sowie in anderen Minderheitensprachen zu gewährleisten, und zwar durch die Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen und die Beseitigung der diesbezüglichen, noch bestehenden Hindernisse;
35. fordert die Türkei auf, weitere Schritte zu ergreifen, um den legitimen Interessen der kurdischen Bevölkerung und der Angehörigen anderer Minderheiten in der Türkei im Rahmen der territorialen Integrität gerecht zu werden und ihre Teilhabe am politischen Leben zu sichern;
36. respektiert die Tatsache, dass Türkisch als erste Landessprache gilt, betont jedoch, dass dies nicht zu Lasten der anderen einheimischen (zum Beispiel Kurdisch und Armenisch) und liturgischen Sprachen (beispielsweise Aramäisch/Alt-Syrisch) gehen darf, deren Verwendung ein demokratisches Recht der Bürger darstellt;
37. fordert die Türkei auf, das kulturelle Erbe der Armenier und Syrer zu achten und zu pflegen, das Teil ihrer nationalen Identität ist;
38. ist besorgt über die jüngsten Weisungen des türkischen Bildungsministeriums, das verlangt, dass sich die Grund- und Sekundarschulen in der Türkei an einer Kampagne beteiligen, die die Unterdrückung von Minderheiten in der türkischen Geschichte, insbesondere in Bezug auf die armenische Gemeinschaft, leugnet;
39. nimmt die Änderung von Artikel 159, 169 und 312 des Strafgesetzbuches und Artikel 8 des Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus zur Kenntnis; bedauert jedoch, dass diese Artikel betreffend den Schutz der Unteilbarkeit des Territoriums und die säkuläre Staatsform, nach wie vor das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; fordert die türkische Regierung auf, diese Artikel hinsichtlich der Form und der Anwendung mit der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Einklang zu bringen, die Einschränkungen in Bezug auf die Ausübung der Grundrechte, die in anderen Teilen der Rechtsvorschriften vorhanden sind, insbesondere das RTUK-Gesetz vom 7. Juni 2001, zu beseitigen und sie in diesem Sinne zu interpretieren;

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

40. ruft die türkischen Behörden aller Ebenen (national, regional, lokal) auf, unverzüglich jegliche diskriminierenden Maßnahmen zu beenden, die das Leben der religiösen Minderheiten in der Türkei behindern, u.a. auf dem Gebiet der Eigentumsrechte, Spenden, Bau und Instandhaltung von Kirchen und Handlungsbefugnis von Schulverwaltungen; dringt darauf, dass es allen christlichen Gemeinschaften in der Türkei gestattet wird, theologische Schulen und Seminare anzubieten, um ihre Geistlichen auszubilden, und dass für Letztere die Ausstellung von Visa und Aufenthaltsgenehmigungen erleichtert wird; fordert in diesem Zusammenhang, dass die Schließung des griechisch-orthodoxen Seminars von Chalki rückgängig gemacht wird und dass die Androhung der Beschlagnahme gegenüber dem armenischen Seminar des Heiligen Kreuzes in Istanbul endgültig aufgehoben wird;
41. fordert die Türkei auf, sich eine Definition des Begriffs „religiöse Freiheit“ zu Eigen zu machen, wie sie in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie vom Europarat festgelegt ist; fordert die türkischen Behörden auf, die einschlägigen Rechtsvorschriften an die Bestimmungen der internationalen Verträge anzupassen;
42. fordert die Gleichbehandlung, die Anerkennung und den Schutz der Alewiten und der Bahai sowie anderer moslemischer Bruderschaften wie der Sufi;
43. ersucht die türkischen Behörden, die Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen wie Caritas und anderen karitativen Vereinigungen zu erleichtern und ihnen Rechtsstatus zuzuerkennen;
44. begrüßt die Aufhebung des Notstands am 30. November 2002 in den zwei letzten verbleibenden Provinzen Diyarbakir und Sirnak, fordert die Türkei jedoch auf, zum Abbau der Spannungen mit der kurdischen Bevölkerung beizutragen und Anstrengungen zur Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Unterentwicklung in den von diesen Menschen bewohnten Regionen zu unternehmen, die Heimkehr in die entvölkerten Dörfer und die Rückkehr der im Ausland befindlichen Flüchtlinge zu erleichtern und für den Abzug der bewaffneten Dorfwächter aus den kurdischen und syrisch-orthodoxen Dörfern zu sorgen;
45. fordert die türkischen Behörden auf, die zivile Kontrolle jeder möglichen militärischen Aktivität in diesen Regionen zu gewährleisten und von den Sicherheitskräften (Polizei und Armee) zu verlangen, dass diese über ihre Handlungen jederzeit Rechenschaft ablegen;

*Außenbeziehungen der Türkei*

46. bedauert das Scheitern des Treffens in Den Haag am 10. März 2003 und fordert die türkisch-zypriische Führung sowie die türkische Regierung auf, mutige Schritte zu unternehmen, um am Ende auf der Grundlage der Vorschläge des Generalsekretärs Kofi Annan eine gerechte und funktionierende Lösung des Zypernproblems zu finden, zumal dies auch eine wesentliche Voraussetzung für die Weiterbehandlung des Antrags auf Aufnahme der Türkei in die Europäische Union darstellt; fordert die Türkei auf, den Verpflichtungen, die ihr Status als Beitrittskandidat mit sich bringt, uneingeschränkt nachzukommen und ihre Truppen aus Nordzypern abzuziehen, um den Weg für die Wiedervereinigung der Insel zu bereiten und die Wiederaufnahme der Gespräche zu erleichtern;
47. fordert die türkischen Behörden auf, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu Armenien zu fördern, damit die Spannungen abgebaut werden und der große wirtschaftliche Rückstand des betroffenen Gebietes verringert wird; ist der Auffassung, dass ein erster Schritt die Öffnung der Grenzen, die gegenseitige Anerkennung und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen als Teil der Erfüllung der politischen Kriterien sein kann;
48. fordert die türkischen und armenischen Akademiker, sozialen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen auf, miteinander in einen Dialog zu treten bzw. den Dialog fortzuführen, damit die tragischen Erfahrungen der Vergangenheit, auf die das Europäische Parlament in früheren Entschlüssen zur Türkei, insbesondere seiner EntschlieÙung vom 28. Februar 2002 zu den Beziehungen EU/Transkaukasien<sup>(1)</sup> (Ziffer 19) und seiner EntschlieÙung vom 15. November 2000 zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt<sup>(2)</sup> (Ziffer 10), eingegangen ist, aufgearbeitet werden, die die Normalisierung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern bislang verhindert haben;
49. ermutigt die Türkei, zur kontinuierlichen Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland in diesem Sinne gemäß den Schlussfolgerungen von Helsinki sowie den Prinzipien des Völkerrechts tätig zu werden, das auch in diesem Fall Vorrang vor nationalem Recht hat;
50. fordert, dass die Türkei bei der Wahrung und Sicherung der Grenzen mit ihren Nachbarn, dem Iran, Syrien und dem Irak, zusammenarbeitet und es ihren Bürgern kurdischer Herkunft ermöglicht, ihre menschlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu pflegen; fordert die türkische Regierung nachdrücklich auf, die territoriale Integrität des Irak weiterhin zu respektieren und die Kompetenz des Irak, seine eigenen Verwaltungsstrukturen neu zu gestalten, zu achten;

<sup>(1)</sup> ABl. C 293 E vom 28.11.2002, S. 96.

<sup>(2)</sup> ABl. C 223 vom 8.8.2001, S. 182.

Donnerstag, 5. Juni 2003

51. empfiehlt der Türkei, die Differenzen mit ihren Nachbarn, dem Irak und Syrien, in Bezug auf die Wasservorräte auf der Grundlage der Arbeiten der Kommission für internationales Recht der UN-Vollversammlung beizulegen;

### **Beziehungen Türkei-EU**

52. fordert den Europäischen Rat auf, klar und deutlich Position zu beziehen und Beschlüsse zu fassen auf der Grundlage der den beiden Seiten bekannten Kriterien, ausgehend von den regelmäßigen Fortschrittsberichten der Kommission und den Entschlüssen des Parlaments;

53. stellt fest, dass die Bedingungen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei mit Blick auf den Beschluss von Kopenhagen (Dezember 2002) gegenwärtig nicht gegeben sind; vertraut darauf, dass die Bedingungen erfüllt werden, wenn die türkische Regierung die notwendigen eingeleiteten Reformen mit festem Willen und Entschlossenheit fortsetzt;

54. wiederholt seinen Standpunkt, dass die zwei im Jahre 2002 von der Kommission angenommenen Finanzierungsprogramme vorrangig zur Erfüllung der politischen Kriterien aufgewendet werden müssen;

55. wiederholt seine Forderung an die Kommission, Vorschläge für eine umfassendere kurz- und mittelfristige Zusammenarbeit mit der Türkei auszuarbeiten, u.a. auf dem Gebiet der Energiepolitik, des regionalen Umweltschutzes, der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, „Kultur 2000“ und „Media“ und die Möglichkeiten, die sich aus der Zollunion ergeben, auszuschöpfen;

\*  
\*   \*

56. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, dem Europarat, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und dem Parlament und der Regierung der Türkei zu übermitteln.

---

**P5\_TA(2003)0266**

## **Wahlen in Nigeria**

### **Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Wahlen in Nigeria**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf den Bericht der Wahlbeobachtungsmission der Europäischen Union,
  - unter Hinweis auf die Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union,
- A. in der Erwägung, dass diese Wahlen nach der Einführung der Zivilherrschaft im Jahre 1999 eine wichtige Bewährungsprobe für den Stand der Demokratisierung im bevölkerungsreichsten Land Afrikas waren,
- B. in der Erwägung, dass die Veranstaltung mehrerer verschiedener Wahlen zu gleicher Zeit eine echte Herausforderung darstelle,
- C. in der Erwägung, dass die nicht termingerechte Eröffnung der Eintragungen in die Wählerregister zu zahlreichen Schwierigkeiten und Protesten geführt hat, die sich durch die verspätete Verteilung der Wählerkarten weiter verschärften,
- D. in der Erwägung, dass durch diese Unzulänglichkeiten Fälschungen, Proteste und damit die entsprechenden Vorfälle begünstigt wurden,
- E. in der Erwägung, dass bei der Berichterstattung über die Wahlkampagne in den staatlichen Medien die durch das Wahlgesetz festgelegten Gleichheitskriterien nicht berücksichtigt wurden,



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- F. in der Erwägung, dass die Neutralität der „unabhängigen nationalen Wahlkommission“ nicht angemessen gewährleistet werden kann, da unabhängige Finanzierungsquellen fehlen,
  - G. in der Erwägung, dass die „unabhängige nationale Wahlkommission“ nicht, wie im Gesetz vorgesehen, entsprechende nachgeordnete Rechtsvorschriften erlassen und den Verantwortlichen der Wahlbüros keine ausreichenden praktischen Instruktionen und insbesondere keine Verfahrensanweisungen erteilt hat,
  - H. in der Erwägung, dass einigen Unzulänglichkeiten in der Zeit zwischen dem Wahlgang vom 12. April und demjenigen vom 19. April abgeholfen werden konnte,
  - I. in der Erwägung, dass die EU-Wahlbeobachtungsmission am 19. April 2003 in sechs und – in geringerem Umfang – in fünf weiteren Bundesstaaten massive Wahlfälschungen festgestellt hat,
  - J. in der Erwägung, dass die Ergebnisse infolge der Wahlfälschungen in diesen Bundesstaaten jeglicher Glaubwürdigkeit entbehren,
  - K. in der Erwägung, dass lediglich Kandidaten und politische Parteien Wahlen anfechten können und sonstige Betroffene keine Möglichkeit haben, gegen Wahlverfälschungen Anzeige zu erstatten,
  - L. in der Erwägung, dass Wahlfälschungen früher in Nigeria als Vorwand für die Machtübernahme durch das Militär dienten,
    - 1. bedauert, dass die Amtseinführung von Präsident Obasanjo erfolgte, ohne dass ein Verfahren zur Annullierung der strittigen Wahlzettel und zur Wiederherstellung des Vertrauens in den Wahlprozess eingeleitet wurde;
    - 2. schließt sich den Schlussfolgerungen der EU-Beobachtungsmission an;
    - 3. unterstreicht, dass die Union im Rahmen ihrer Wahlbeobachtungsmission mit einer Stimme sprechen muss, da sie sonst dem Demokratisierungsprozess afrikanischer Länder mehr schadet als nützt;
    - 4. fordert die Regierung Nigerias und die „unabhängige nationale Wahlkommission“ auf, dafür zu sorgen, dass die Empfehlungen der EU-Beobachtungsmission umgesetzt werden, durch die das Vertrauen der Bürger in den Demokratisierungsprozess wiederhergestellt werden soll, vor allem in denjenigen Bundesstaaten, in denen massive Fälschungen beobachtet wurden;
    - 5. fordert, dass sofort Untersuchungen eingeleitet werden, um die für die Fälschungen Verantwortlichen zu ermitteln, und dass die Gerichtsverfahren gegen Wahlfälscher der Bedeutung entsprechen, die der Demokratisierung beigemessen wird;
    - 6. fordert, dass legislative Maßnahmen ergriffen werden, um sicherzustellen, dass die nationale Wahlkommission tatsächlich unabhängig ist;
    - 7. fordert, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Unparteilichkeit der staatlichen Medien zu gewährleisten;
    - 8. empfiehlt, Maßnahmen einzuleiten, um die Beteiligung der Frauen an der Politik und der Legislative sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Ebene der Bundesstaaten merklich zu verstärken;
    - 9. fordert, dass dafür gesorgt wird, dass jeder Bürger das Wahlrecht erhält und die Beachtung des Wahlergebnisses, insbesondere durch ein angemessenes System zur Wählererfassung, gewährleistet wird;
    - 10. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Kopräsidenten der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU und der Regierung Nigerias zu übermitteln.
-

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0267

## Offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

### Entschließung des Europäischen Parlaments zur Analyse der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und die Zukunftsaussichten (2002/2223(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Verträge, insbesondere Artikel 126 und 128 des EG-Vertrags,
  - unter Hinweis auf den Vertrag von Nizza, insbesondere die Erklärung Nr. 23 zur Zukunft der Union,
  - unter Hinweis auf die Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, die den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 14. und 15. Dezember 2001 beigefügt ist,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. April 2000 mit seinen Vorschlägen für die Regierungskonferenz<sup>(1)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 31. Mai 2001 zu dem Vertrag von Nizza und der Zukunft der Europäischen Union<sup>(2)</sup>,
  - in Kenntnis des Weißbuchs der Kommission „Europäisches Regieren“,<sup>(3)</sup>
  - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23. und 24. März 2000 in Lissabon, in denen die Kommission, der Rat und die Mitgliedstaaten aufgefordert werden, bis 2001 eine Strategie für weitere koordinierte Maßnahmen zur Vereinfachung des Regelungsrahmens, einschließlich der Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, auf nationaler und auf Gemeinschaftsebene festzulegen,
  - in Kenntnis der Schlussfolgerungen der am 7. November 2000 von den für den öffentlichen Dienst zuständigen europäischen Ministern in Straßburg eingesetzten hochrangigen Expertengruppe, die an der Ausarbeitung der genannten Strategie durch den Europäischen Rat von Lissabon mitgewirkt hat,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 26. Oktober 2000<sup>(4)</sup> zu den Berichten der Kommission an den Europäischen Rat: „Eine bessere Rechtsetzung: Gemeinsam Verantwortung übernehmen (1998)“ und „Eine bessere Rechtsetzung 1999“,
  - in Kenntnis der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen vom 14. Dezember 2000 zu den neuen europäischen Entscheidungsstrukturen – Europa, ein Rahmen für das Engagement der Bürger,<sup>(5)</sup>
  - in Kenntnis des Zwischenberichts der Kommission an den Europäischen Rat von Stockholm „Verbesserung und Vereinfachung der Rahmenbedingungen für die Rechtsetzung“ vom 7. März 2001 (KOM(2001) 130),
  - in Kenntnis der Sitzungsberichte des Europäischen Konvents und der Schlussberichte der Arbeitsgruppen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren, zu den ergänzenden Zuständigkeiten der Union und zum sozialen Europa,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie der Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (A5-0143/2003),
- A. in der Erwägung, dass die offene Koordinierungsmethode (OKM) nach dem Europäischen Rat von Lissabon auf eine ganze Reihe von Fragen angewandt wurde, die insbesondere den sozialen und den Beschäftigungsbereich betreffen, wie Sozialschutz, Einwanderung und Asyl, soziale Ausgrenzung, Gesundheitsdienste, Ruhestandsregelungen, Bildung und lebenslanges Lernen, Unternehmenspolitik, Reaktion auf die Überalterung der Bevölkerung usw.,

<sup>(1)</sup> ABl. C 40 vom 7.2.2001, S. 409.

<sup>(2)</sup> ABl. C 47 E vom 21.2.2002, S. 108.

<sup>(3)</sup> ABl. C 287 vom 12.10.2001, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. C 197 vom 12.7.2001, S. 433.

<sup>(5)</sup> ABl. C 144 vom 16.5.2001, S. 1.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- B. unter Hinweis darauf, dass die offene Koordinierungsmethode nach den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon eine Verbreitung bewährter Praktiken ermöglichen und eine größere Konvergenz der nationalen Politiken in Bezug auf die wichtigsten Ziele der Europäischen Union gewährleisten muss,
- C. in der Erwägung, dass die offene Koordinierungsmethode nicht die Harmonisierung, sondern die Verwirklichung einer gewissen Kompatibilität, Homogenität oder Konvergenz der Ergebnisse der langfristigen Politiken mit Hilfe eines gegenseitigen Lernprozesses zum Ziel hat und dass sie nur eine der möglichen Handlungsweisen darstellt und nicht als Ersatz für die legislative Arbeit gedacht ist,
- D. in der Erwägung, dass im Vertrag die Anwendung der OKM nur für die Festlegung der europäischen Beschäftigungsstrategie ausdrücklich vorgesehen ist, dass es jedoch in anderen Politikbereichen mehr oder weniger entwickelte OKM-Prozesse gibt und dass die Bereiche des europäischen Regierens, in denen die Anwendung einer derartigen Methode anderen Verwaltungsinstrumenten der Union vorzuziehen ist, weder durch den Vertrag noch durch andere ordnungspolitische Instrumente oder eine Interinstitutionelle Vereinbarung festgelegt sind, sondern dass über eine derartige Anwendung von Fall zu Fall vom Rat auf Vorschlag der Kommission oder aus eigener Initiative entschieden wird,
- E. mit der Feststellung, dass im Rahmen des europäischen Entscheidungsprozesses in den Bereichen, in denen ein legislativer Ansatz nicht angezeigt ist, eine Verlagerung von der traditionellen legislativen Arbeit zu neuen Arbeitsweisen stattfindet,
- F. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament die einzige Institution ist, die auf europäischer Ebene eine demokratische Kontrolle über die politischen Prozesse, einschließlich der offenen Koordinierungsmethode, ausüben kann,
- G. in der Erwägung, dass das Europäische Parlament als Garant der demokratischen Debatte infolge dieser neuen politischen Prozesse an den Rand gedrängt oder ausgeschaltet zu werden droht,
- H. in der Erwägung, dass die Rolle des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit dem als offene Koordinierungsmethode bezeichneten Verfahren nicht festgelegt ist und dass nur bei der europäischen Beschäftigungsstrategie eine formelle Konsultation des Parlaments vorgesehen ist,
- I. in der Erwägung, dass die Rolle des Parlaments selbst in diesem Fall durch die mit dem Verfahren verbundenen zeitlichen Zwänge stark eingeschränkt ist,
- J. in der Erwägung, dass im Rahmen der OKM-Prozesse nicht nur dem Europäischen Parlament, sondern auch den Parlamenten in den Mitgliedstaaten eine angemessene Einflussnahme ermöglicht und Verantwortung übertragen werden muss,
- K. in der Erwägung, dass globale Analysen der Wirksamkeit der Methode mit Blick auf das langfristige Ziel der Konvergenz der nationalen Politiken und der kurzfristigen Ziele des Verfahrens, nämlich Austausch bewährter Praktiken, Bewertung der nationalen Politiken, Festlegung von Zielen und Reaktion auf Empfehlungen der Kommission, fehlen,
- L. in der Erwägung, dass mehreren Experten zufolge die globalen Auswirkungen der offenen Koordinierungsmethode von dem in jedem Bereich auf Unionsebene erforderlichen Grad der Koordination, von den Gruppen, die nationale Interessen vertreten, und von der Fähigkeit der auf nationaler Ebene verantwortlichen Stellen, die nationale Politik an den europäischen strategischen Leitlinien auszurichten, abhängen,
- M. in der Erwägung, dass die vier Arbeitsgruppen des Konvents zur Vereinfachung der Rechtsetzungsverfahren, zu den ergänzenden Zuständigkeiten der Union, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik und zum sozialen Europa die Notwendigkeit einer besseren Spezifizierung der Methode sowie ihrer Aufnahme in den Verfassungsvertrag betont haben,
- N. in der Erwägung, dass das Präsidium des Europäischen Konvents den Vorentwurf eines Verfassungsvertrags vorgelegt hat, in dem unter Titel III die Zuständigkeiten und Tätigkeitsbereiche der Union festgelegt sind und in dem insbesondere in den Artikeln 11, 12 und 13 die Bereiche angegeben sind, in denen die Union eine koordinierte Aktion der Mitgliedstaaten leiten und unterstützen könnte und in denen die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten können, während in Titel V die Instrumente für eine derartige Zusammenarbeit angegeben werden sollen,
- O. unter Betonung der Notwendigkeit eines offenen, flexiblen und transparenten Ansatzes, der eine Anpassung der offenen Koordinierungsmethode an unterschiedliche Bereiche und an die künftige Entwicklung der Europäischen Union ermöglicht,

Donnerstag, 5. Juni 2003

1. hält es für notwendig, dass sich der Europäische Konvent mit der Frage der Anwendung der offenen Koordinierungsmethode befasst; fordert den Konvent auf, die Frage der Definition des Anwendungsbereichs der offenen Koordinierungsmethode im Vergleich zu anderen Gemeinschaftsinstrumenten zu prüfen und ihre allgemeinen Ziele im neuen Vertrag zu verankern;
2. fordert, dass in den Verfassungsvertrag ein explizit der offenen Koordinierungsmethode gewidmeter Artikel aufgenommen wird, der vorschreibt, dass:
  - die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode auf eine bestimmte Politik auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments und des Rates beschlossen wird, wobei der Vorschlag der Kommission mit einer Beschreibung der angewandten Techniken und Methoden einhergehen muss, die auch die angewandten Elemente der Methode umfasst;
  - die wichtigsten Elemente der Methode die Festlegung von gemeinsamen Zielen, Leitlinien und gemeinsamen Indikatoren sowie ein Zeitplan, die regelmäßige Vorlage eines Syntheseberichts über die angewandte Strategie, in dem die nationalen Berichte zusammengefasst und analysiert werden, sowie die Ausarbeitung von Empfehlungen sind;
  - das Europäische Parlament formell konsultiert wird und der Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Stellungnahme zu den Leitlinien, zum Synthesebericht und zu den Empfehlungen abgibt und dass die Sozialpartner konsultiert werden müssen, wenn es um die Sozial- und die Beschäftigungspolitik geht;
  - in jedem nationalen Bericht angegeben werden muss, wie die zivilen und sozialen Akteure, darunter auch die Sozialpartner, mitwirken und auf welche Weise die lokalen, regionalen und nationalen Behörden, einschließlich des Europäischen Parlaments, konsultiert worden sind;
  - die Empfehlungen den betreffenden Parlamenten in den Mitgliedstaaten zugeleitet werden und dass den Empfehlungen der Bericht des Europäischen Parlaments als Anlage beigefügt wird;
3. fordert die Kommission auf, eine Studie über die Wirksamkeit der Methode auszuarbeiten, in der folgende Punkte untersucht werden:
  - die einzelnen Phasen des Verfahrens und der Beitrag der einzelnen Akteure, u.a. auch die Behandlung in den Parlamenten in den Mitgliedstaaten und die Einbeziehung der lokalen und regionalen Behörden sowie der Sozialpartner,
  - die Berücksichtigung der Positionen der verschiedenen Akteure, vor allem des Europäischen Parlaments, in den Leitlinien,
  - die Vergleichbarkeit der Berichte der Mitgliedstaaten und die Wirksamkeit in Bezug auf quantitative Ziele und die Verbreitung bewährter Praktiken,
  - die Auswirkungen der offenen Koordinierungsmethode auf die nationalen Politiken unter Berücksichtigung nicht nur der unternommenen Anstrengungen und erzielten Ergebnisse, sondern auch des kausalen Zusammenhangs zwischen der Anwendung der offenen Koordinierungsmethode und den an der nationalen Politik vorgenommenen Änderungen;
4. fordert die Kommission auf, die Möglichkeit der Kopplung der im Rahmen der Strukturfonds bereitgestellten Mittel an die Leistungen der Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der ausgesprochenen Empfehlungen und in einer positiven Form zu prüfen;
5. stellt fest, dass in Verbindung mit der offenen Koordinierungsmethode die Tendenz besteht, immer mehr Vorbereitungsgruppen und -gremien, die als „Ausschüsse“ bezeichnet werden, einzusetzen; vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass die formelle Einsetzung einer hochrangigen Arbeitsgruppe, die mit der Prüfung von Fragen der Chancengleichheit betraut wäre und der Vertreter/Experten der Mitgliedstaaten, der Sozialpartner und der NRO angehören sollten, dazu beitragen könnte, dass in die Ausarbeitung, Durchführung und Überwachung der Chancengleichheitspolitik ein hohes Maß an Fachwissen einfließt; ist der Ansicht, dass der Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit in vollem Umfang beteiligt und konsultiert werden muss, um die demokratische Legitimität der offenen Koordinierungsmethode zu gewährleisten;
6. ist sich der laufenden Entwicklung bewusst und möchte sicherstellen, dass eine demokratische Debatte stattfindet, indem es beispielsweise:
  - Aussprachen mit den betreffenden Ausschüssen der Parlamente in den Mitgliedstaaten organisiert, um die Fortschritte und Diskussionen in den Mitgliedstaaten gründlich zu analysieren,
  - Vertreter des Beschäftigungsausschusses, des Ausschusses für Sozialschutz sowie des Ausschusses für Wirtschaftspolitik regelmäßig zu einer eingehenden Analyse der Entwicklungen im Rahmen der europäischen Koordination sowie in den Mitgliedstaaten auffordert,

Donnerstag, 5. Juni 2003

- eine Konzertierung mit den Sozialpartnern auf europäischer Ebene zur Anwendung der offenen Koordinierungsmethode in einem bestimmten Bereich organisiert,
  - bei jeder Anwendung der offenen Koordinierungsmethode die notwendigen Informationen über das Internet verbreitet;
7. fordert den Rat und die Kommission auf, die Bemerkungen des Europäischen Parlaments bei der Festlegung der Leitlinien stärker zu berücksichtigen; fordert die Kommission und den Rat ferner auf, die Fristen zu beachten, die das Europäische Parlament für die Ausarbeitung begründeter und qualitativ hochwertiger Stellungnahmen benötigt; verpflichtet sich, zu überprüfen, ob es sinnvoll ist, seine Gewohnheiten und Verfahren an seine Rolle als demokratischer und proaktiver Akteur im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode anzupassen;
8. hält es auch für wichtig, dass es an der Überprüfung der Umsetzung und der auf der Grundlage der Leitlinien getroffenen Maßnahmen offiziell beteiligt wird; betont, dass es den Rat zur Rechenschaft ziehen können muss;
9. fordert den Rat und die Kommission auf, zusammen mit ihm selbst darauf zu achten, dass die Anwendung der offenen Koordinierungsmethode:
- es nicht ermöglicht, die Untätigkeit eines Landes zu kaschieren,
  - nicht genutzt werden kann, um strengere gemeinschaftliche Regelungsverfahren zu ersetzen mit dem Ziel, eben diese zu umgehen und zugleich das europäische Sozialmodell insgesamt zu schwächen;
10. stellt fest, dass die offene Koordinierungsmethode auf eine ganze Reihe von Bereichen angewandt werden soll, die sich direkt auf die Frauen auswirken, vor allem die europäische Beschäftigungsstrategie und die Politik zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung, und es deshalb notwendig ist, den Aspekt der Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie das Gender Mainstreaming auf allen Ebenen der Formalisierung dieses neuen Instruments für die Abwicklung von Politiken zu berücksichtigen;
11. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Europäischen Konvent zu übermitteln.

---

P5\_TA(2003)0268

## **Anwendung der offenen Koordinierungsmethode**

### **Entschließung des Europäischen Parlaments zur Anwendung der offenen Methode der Koordinierung**

*Das Europäische Parlament,*

- A. unter Hinweis darauf, dass der Europäische Rat im Zusammenhang mit seiner auf zehn Jahre angelegten Strategie der Modernisierung auf seiner Tagung in Lissabon im März 2000 die „offene Methode der Koordinierung“ für Politikbereiche festgelegt hat, die in die Verantwortung der Mitgliedstaaten fallen,
  - B. unter Hinweis darauf, dass die offene Methode der Koordinierung dergestalt weiterentwickelt wurde, dass die Mitgliedstaaten zusammen gemeinsame Zielvorgaben sowie vereinbarte quantitative und qualitative Indikatoren und Benchmarks festlegen und sich um eine regelmäßige Berichterstattung und Ermittlung der jeweils „besten Praxis“ bemühen,
  - C. unter Hinweis darauf, dass der Europäische Konvent und die bevorstehende Regierungskonferenz Gelegenheiten darstellen, die Art und Weise der Zusammenarbeit der europäischen Organe zu überdenken, zu reformieren und zu verbessern,
1. macht darauf aufmerksam, dass es sämtliche Bestimmungen der Verträge für die Bereiche Kultur, Jugend, Bildung und audiovisuelle Politik rückhaltlos unterstützt, insbesondere das generell unter der Bezeichnung „Gemeinschaftsmethode“ in diesen Bereichen praktizierte Verfahren;
  2. weist darauf hin, dass die Vorschriften des Vertrags über die Europäische Union zur verstärkten Zusammenarbeit einen Rahmen für die Zusammenarbeit schaffen, der dabei Hilfestellung leistet, die Verwirklichung der Zielvorgaben der Gemeinschaft zu fördern, während gleichzeitig die Grundsätze der Verträge geachtet werden und der einzigartige institutionelle Rahmen der Union eingehalten wird;

Donnerstag, 5. Juni 2003

3. ist der Auffassung, dass die offene Methode der Koordinierung nicht nur in den Bereichen weiterentwickelt werden sollte, die mit der Strategie von Lissabon zusammenhängen, z.B. Bildung und lebenslanges Lernen, sondern auch in den Bereichen Jugend, Medien, Kultur und Sport;
  4. bekräftigt nichts desto weniger seine Überzeugung, dass seine Rolle im Verfahren – in seiner Eigenschaft als das Organ, das die Bürger Europas direkt vertritt – geklärt und verstärkt werden muss, damit der Prozess demokratische Legitimität erhält;
  5. betont, dass sich die offene Methode der Koordinierung nicht zu einem parallelen, aber verschleierte legislativen Verfahren entwickeln darf, das die im EG-Vertrag festgelegten Verfahren untergräbt;
  6. fordert den Rat und die Kommission auf, Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament über eine interinstitutionelle Vereinbarung aufzunehmen, in der die Regeln für die Auswahl der Politikbereiche festgelegt werden, in denen die offene Koordinierung zur Anwendung kommt, und eine kohärente Anwendung der Methode mit der uneingeschränkten und gleichberechtigten Mitwirkung des Europäischen Parlaments vorgesehen wird;
  7. unterstreicht, dass eine derartige interinstitutionelle Vereinbarung Regeln für die Mitwirkung des Europäischen Parlaments an der Aufstellung von Zielvorgaben und Indikatoren sowie den Zugang zu Dokumenten, die Teilnahme an Sitzungen, die Beobachtung und Überprüfung der Fortschritte, die Information über Berichte und „beste Praktiken“ und ein Verfahren für die Weiterentwicklung der offenen Methode der Koordinierung zur Gemeinschaftsmethode beinhalten muss, wobei dieses Verfahren durch die Arbeit des Europäischen Konvents und der bevorstehenden Regierungskonferenz auf eine formelle Grundlage gestellt werden könnte;
  8. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer sowie dem Europäischen Konvent zu übermitteln.
- 

P5\_TA(2003)0269

## Frauen und Sport

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu Frauen und Sport (2002/2280(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf Artikel 3 und Artikel 141 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,
- unter Hinweis auf Artikel 21 und Artikel 23 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
- unter Hinweis auf die dem Vertrag von Amsterdam beigefügte Erklärung zum Sport,
- unter Hinweis auf die Erklärung des Europäischen Rates von Nizza vom 7., 8. und 9. Dezember 2000 über die im Rahmen gemeinsamer Politiken zu berücksichtigenden besonderen Merkmale des Sports und seine gesellschaftliche Funktion in Europa,
- unter Hinweis auf die Erklärung des Europäischen Rates von Lissabon vom 23. und 24. März 2000, die darauf abzielt, die Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben insbesondere durch bessere Maßnahmen zur Kinderbetreuung zu erleichtern,
- unter Hinweis auf die Konvention der Vereinten Nationen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung aller Formen der Diskriminierung von Frauen,
- unter Hinweis auf die Erklärung und die Aktionsplattform, die auf der Vierten Welt-Frauen-Konferenz der Vereinten Nationen, die vom 4. bis 15. September 1995 in Peking stattfand, angenommen wurden, und die Entschließung „Peking+5“ zur Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Peking, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Juni 2000 angenommen wurde,

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 14. Oktober 1987 zu Frauen im Sport<sup>(1)</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Juli 1996 zur Nichtteilnahme von Frauen aus einigen Ländern an den Olympischen Spielen<sup>(2)</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Juni 1997 zur Rolle der Europäischen Union im Bereich des Sports<sup>(3)</sup>,
- unter Hinweis auf die Entschließung der Minister für Jugend vom 17. Dezember 1999 zur außerschulischen Bildungsdimension sportlicher Aktivitäten in den Jugendprogrammen der Europäischen Gemeinschaft<sup>(4)</sup>,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 7. September 2000 zum Bericht der Kommission an den Europäischen Rat im Hinblick auf die Erhaltung der derzeitigen Sportstrukturen und die Wahrung der sozialen Funktion des Sports im Gemeinschaftsrahmen – Helsinki-Bericht zum Sport<sup>(5)</sup>,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen der unter belgischem Vorsitz am 12. November 2001 veranstalteten Konferenz der Sportminister,
- unter Hinweis auf die Europäische Sportcharta und den Ethischen Verhaltenskodex des Europarats für den Sport in ihrer 2001 überarbeiteten Fassung,
- unter Hinweis auf die Internationale Charta für Leibeserziehung und Sport, die von der Generalkonferenz der Unesco auf ihrer XX. Tagung am 21. November 1978 in Paris verabschiedet wurde,
- unter Hinweis auf die Erklärung der Dritten Internationalen Konferenz der für Sport und Leibeserziehung zuständigen Minister und hohen Beamten (MINEPS III), die vom 30. November bis 3. Dezember 1999 unter der Schirmherrschaft der Unesco in Punta del Este stattfand,
- unter Hinweis auf Artikel 2 Absatz 5 der 1994 geänderten Olympischen Charta,
- unter Hinweis auf die Weltkonferenzen über Frauen und Sport, die vom IOC 1996 in Lausanne und 2000 in Paris veranstaltet wurden,
- unter Hinweis auf die Erklärung von Brighton, die auf der Ersten Internationalen Konferenz zum Thema Frauen, Sport und die Herausforderungen des Wandels vom 5. bis 8. Mai 1994 verabschiedet wurde,
- unter Hinweis auf den Aktionsappell zur Förderung des Wandels, der auf der Zweiten Internationalen Konferenz über Frauen und Sport am 22. Mai 1998 in Windhoek verabschiedet wurde,
- unter Hinweis auf die vom Europäischen Netzwerk „Frauen und Sport“ von 1996 bis 2002 in Stockholm, Athen, Helsinki und Berlin veranstalteten Konferenzen,
- unter Hinweis auf die Entschließung des Europarats zur Prävention der sexuellen Belästigung und des sexuellen Missbrauchs von Frauen, Jugendlichen und Kindern im Sport vom März 2000,
- unter Hinweis auf die Charta von Olympia vom 23. September 2001 und die Kulturolympiade 2001-2004, die vom griechischen Kulturminister anlässlich der Olympischen Spiele in Athen ins Leben gerufen wurde, um an die grundlegenden Ideale des Sport und Kultur verbindenden Olympismus anzuknüpfen,
- unter Hinweis auf die Richtlinie 2002/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/207/EWG des Rates über die Umsetzung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen<sup>(6)</sup>,
- unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 291/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Februar 2003 zur Einrichtung des Europäischen Jahres der Erziehung durch Sport 2004<sup>(7)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 305 vom 16.11.1987, S. 62.

<sup>(2)</sup> ABl. C 211 vom 22.7.1996, S. 36.

<sup>(3)</sup> ABl. C 200 vom 30.6.1997, S. 252.

<sup>(4)</sup> ABl. C 8 vom 12.1.2000, S. 5.

<sup>(5)</sup> ABl. C 135 vom 7.5.2001, S. 274.

<sup>(6)</sup> ABl. L 269 vom 5.10.2002, S. 15.

<sup>(7)</sup> ABl. L 43 vom 18.2.2003, S. 1.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- unter Hinweis auf die Erklärung von Thessaloniki und die Schlussfolgerungen der von der griechischen Präsidentschaft der Europäischen Union am 7. und 8. März 2003 veranstalteten Konferenz „Frauen und Sport – alte und neue Klischees“,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (A5-0167/2003),
- A. angesichts der Erklärung des Europäischen Rates von Nizza vom Dezember 2000, wonach die Gemeinschaft die Besonderheit und die sozialen, erzieherischen und kulturellen Funktionen des Sports berücksichtigen muss; ferner in der Erwägung, dass dem Sport seit der Antike ein demokratischer Wert zukommt,
- B. in der Erwägung, dass Sport eine der wichtigsten kulturellen Aktivitäten der europäischen Bürger ist, dass in der Europäischen Union 29,5 % der Männer gegenüber 16 % der Frauen und 63 % der Jungen gegenüber 37 % der Mädchen im Alter von 15 bis 24 Jahren erklären, sich regelmäßig körperlich oder sportlich zu betätigen,
- C. in der Erwägung, dass der Zugang zu sportlicher Betätigung ein Recht ist, dass Sport ein Mittel zur Festigung und Entfaltung der Persönlichkeit sowie ein Mittel zur Förderung des Bürgersinns und der Solidarität darstellt und dass durch regelmäßig betriebenen Sport die körperliche und psychische Gesundheit verbessert wird,
- D. in Anbetracht der großen Ungleichheit beim Zugang zu sportlicher Betätigung, die zwischen Frauen und Männern, aber auch unter den Frauen selbst besteht, je nach sozialer Schicht und Beschäftigungsverhältnis, die die für Freizeit und Sport zur Verfügung stehende Zeit einschränken können,
- E. in der Erwägung, dass körperliche und sportliche Betätigung für Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen eine hervorragende Möglichkeit für die Rehabilitation sowie einen Weg zur sozialen Integration darstellt, und in der Erwägung, dass der Tatsache besonderes Augenmerk gewidmet werden muss, dass behinderte Menschen beiderlei Geschlechts ihre Rechte, alle Sportarten nach ihren eigenen Möglichkeiten und ihren besonderen Bedürfnissen auszuüben, wahrnehmen können,
- F. angesichts der Notwendigkeit eines Sportangebots, das den Bedürfnissen von Frauen in jeder Lebensphase und insbesondere von Schwangeren und Wöchnerinnen entspricht und diesen Anleitungen für ihrer Situation angepasste sportliche Aktivitäten gibt, sowie für ältere Menschen (Frauen und Männer), denen sportliche Betätigungen geboten werden sollten, die sowohl die geistige als auch die körperliche Gesundheit fördern,
- G. in der Erwägung, dass der Sportunterricht an der Schule als Mittel zur Demokratisierung des Sports, aber auch als Ort der sozialen Reproduktion für die Ausübung einer späteren sportlichen Aktivität von entscheidender Bedeutung ist,
- H. in der Erwägung, dass die Marginalisierung des Sportunterrichts und die Probleme der Koedukation im Schulsport in den Ländern des erweiterten Europa in dieser Hinsicht beunruhigend sind,
- I. in der Erwägung, dass Sport ein Freiraum für Mädchen und Frauen aller Altersgruppen ist, ein Weg zum Erfolg und zur Emanzipation sowie bisweilen ein Mittel des Widerstands gegen soziale und kulturelle Zwänge, jedoch mit der Feststellung, dass die Teilnahme von Migrantinnen (Frauen und Mädchen) am Sport unterdurchschnittlich ist,
- J. in der Erwägung, dass Frauen trotz Aufhebung der gesetzlichen Verbote für den Zugang der Frauen zu sportlicher Betätigung immer noch weniger Sport betreiben als Männer, sich sehr unterschiedlich auf die einzelnen Sportarten verteilen und in den Leitungs- und Entscheidungsgremien des Sports nach wie vor unterrepräsentiert sind,
- K. in der Erwägung, dass Frauen, die unter den Lizenzsportlern und bei offiziellen Wettkämpfen unterrepräsentiert sind, auch in den Strukturen des institutionalisierten Sports (Klubs, Vereine) nur in geringem Umfang engagiert sind und hauptsächlich informelle Fitness- und Freizeitsportarten betreiben,
- L. in der Erwägung, dass sich im Sport die sexuelle Identität darstellt, dass Sport nach wie vor ein stark geschlechtsspezifisch ausgerichteter und Klischees verhafteter Bereich ist, in dem das vorherrschende Frauen- und Männerbild immer wieder reproduziert, aber auch überwunden wird,
- M. in der Erwägung, dass sich der Mädchen- und Jungensport der Herausforderung stellen muss, Chancengleichheit ausgehend von den körperlichen Unterschieden zu schaffen; dass in der von der Pubertät geprägten Zeit der Adoleszenz die sportliche Betätigung bei Mädchen, insbesondere aus sozial schwachem Milieu, deutlich zurückgeht,



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- N. angesichts der Bedeutung, die der Aufwertung der Leistungen von Spitzensportlerinnen und ihrer Modellfunktion für junge Mädchen zukommt,
- O. in der Erwägung, dass Spitzenathleten Arbeitnehmer sind und der Sport in dieser Hinsicht dem Gemeinschaftsrecht im Bereich der Beschäftigung und insbesondere der oben genannten Richtlinie 2002/73/EG untersteht,
- P. in der Erwägung, dass Hochleistungssportlerinnen ihren männlichen Kollegen einkommensmäßig und bei den finanziellen Mitteln (Stipendien, Subventionen, Sponsoren) sowie im Hinblick auf die berufliche Wiedereingliederung nicht gleichgestellt sind,
- Q. in der Erwägung, dass der Status des Spitzenathleten Sportlerinnen und Sportlern wirtschaftliche und soziale Rechte verleiht und gleichzeitig ein berufliches Umfeld bietet; dass dieser Status und die Voraussetzungen für dessen Erlangung in einigen europäischen Ländern noch diskriminierend gegenüber Frauen sind,
- R. in der Erwägung, dass die Teilnahme weiblicher Athleten bei internationalen Wettkämpfen zugenommen hat, dass aber das technische und medizinische Betreuungspersonal sowie die Schiedsrichter und Kampfrichter vorwiegend weiterhin männlich sind (bei den Olympischen Spielen in Sydney machten die Frauen 38 % der Athleten, 8 % des technischen und 4 % des medizinischen Betreuungspersonals aus),
- S. in der Erwägung, dass Hochleistungssport ein Risikofaktor für die Gesundheit der Athleten und insbesondere für Frauen ist, die beispielsweise die „Triade der weiblichen Athleten“ (Essstörungen, irreversible Amenorrhoe, Osteoporose) riskieren,
- T. in der Erwägung, dass der Prävention und Bekämpfung der sexuellen Belästigung und des sexuellen Missbrauchs im Sport besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden muss,
- U. in Anbetracht der geringen Berichterstattung über den Frauensport in den Medien, der gesellschaftlich diskriminierenden und Geschlechterklischees verhafteten Behandlung in den Medien,
- V. in Erwägung der grundlegenden Erklärung von Brighton von 1994, der Aktion der Internationalen Arbeitsgruppe Frauen und Sport (GTI) und des Netzwerks Europa, Frauen und Sport (EWS),
- W. in der Erwägung, dass die Umsetzung des integrierten Ansatzes für die Gleichstellung der Geschlechter in den Politiken und Aktionen der Gemeinschaft im Bereich des Sports weder von angemessenen menschlichen und finanziellen Ressourcen noch von den erforderlichen Kontroll- und Begleitmechanismen flankiert wird,

**Strukturierung der Frage „Frauen und Sport“**

1. erklärt, dass Frauensport Ausdruck des Rechts aller Frauen auf Chancengleichheit und freie Verfügung über ihren Körper und Integration in den öffentlichen Raum, unabhängig von der Nationalität, dem Alter, einer Behinderung, der sexuellen Ausrichtung oder der Religion ist;
2. hebt hervor, dass das Ziel der Chancengleichheit die Beseitigung der Barrieren zwischen so genannten „männlichen“ und so genannten „weiblichen“ Sportarten ist, eine tatsächliche Öffnung der sportlichen Disziplinen für beide Geschlechter gefördert und jedem Mädchen und Jungen ermöglicht werden soll, die körperliche Aktivität seiner Wahl auszuüben;
3. fordert die Mitgliedstaaten und die Europäische Union auf, für Frauen und Männer, unabhängig von der sozialen Schicht, und insbesondere für Menschen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen, bei denen der Förderung von Sport und sportlicher Betätigung besondere Bedeutung zukommt, gleiche Zugangsbedingungen zu sportlicher Betätigung auf allen Ebenen und in jeder Lebensphase zu gewährleisten;
4. fordert den Europäischen Konvent auf, dem Sport im künftigen Vertrag der Union eine Rechtsgrundlage zu geben, die seine kulturellen, erzieherischen und sozialen Funktionen anerkennt und einen Verweis auf den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu sportlicher Betätigung und zu verantwortungsvollen Positionen beinhaltet;
5. fordert die Kommission auf, die Förderung des Frauensports im Rahmen der Programme und Aktionen der Gemeinschaft sowie durch die Sensibilisierung der Sportbewegung und der Mitgliedstaaten und die Verbreitung bewährter Verfahren zu unterstützen;
6. schlägt vor, in die künftige Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern für den Zeitraum 2006-2010 ein operationelles Ziel im Hinblick auf die Beteiligung von Mädchen und Frauen an sportlichen Aktivitäten aufzunehmen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

7. fordert die Mitgliedstaaten, die NRO und sonstige Organisationen auf, Projekte „Frauen und Sport“ im Rahmen der nächsten Aufforderung zu der Rahmenstrategie der Gemeinschaft für die Gleichstellung von Frauen und Männern in den Jahren 2001 bis 2005 einzureichen, deren vorrangiges Ziel die Beseitigung sexistischer Klischees insbesondere im Sport ist;
8. fordert die Kommission auf, auf der Grundlage von Artikel 13 des EG-Vertrags Antidiskriminierungsbestimmungen im Sport in die neue Richtlinie über geschlechtsspezifische Diskriminierung außerhalb der Arbeitswelt aufzunehmen;
9. fordert die Kommission auf, die eingehende Untersuchung über die Situation der Frau im Sport durchzuführen, wie dies auf der Konferenz der Sportminister am 12. November 2001 vorgeschlagen wurde, und dabei unter anderem Statistiken zur generellen Situation der Frau im Sport und Angaben zu Gender Budgeting (Analyse des Budgets nach dem Geschlecht) vorzulegen;
10. ruft die Europäische Union auf, die Arbeit des europäischen Netzwerks Europa, Frauen und Sport (EWS) zu unterstützen;
11. ruft die Europäische Union auf, die gesundheitlichen Fragen, die sozialen Probleme und die pädagogischen Herausforderungen in Bezug auf die Beteiligung von Frauen am Sport insbesondere im Rahmen ihres sechsten Forschungsrahmenprogramms zu untersuchen;
12. wünscht, dass das Europäische Jahr der Erziehung durch Sport die Gelegenheit ist, Überlegungen über die Koedukation im Sportunterricht anzustellen, und fordert die Kommission sowie die Mitgliedstaaten auf, Projekten zur Förderung des Frauensports deutliche Priorität einzuräumen;
13. fordert Eurostat auf, Indikatoren festzulegen und europäische Statistiken über die Beteiligung von Frauen und Männern auf allen Ebenen des Sports zu erstellen;
14. fordert die Regierungsbehörden auf, die Chancengleichheit von Frauen und Männern in ihrer Sportpolitik, insbesondere bei der Gewährung von Subventionen, systematisch zu berücksichtigen;
15. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, in die bilateralen und Kooperationsabkommen mit Drittländern den Fragenkomplex „Frauen und Sport“ aufzunehmen; nimmt sich vor, den Fragenkomplex „Frauen und Sport“ im Rahmen des interparlamentarischen Austauschs und bei den Europa-Mittelmeer-Treffen zu behandeln;
16. erwägt die Möglichkeit, eine Delegation seines Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit zur Europäischen Konferenz des Netzwerks Europa, Frauen und Sport (EWS) vom 23. bis 25. April 2004 in Paris und zur Internationalen Konferenz der Internationalen Arbeitsgruppe Frauen und Sport (GTI) vom 11. bis 14. Mai 2006 in Kumamoto zu entsenden;

#### ***Entwicklung des Schul- und Freizeitsports***

17. fordert die Mitgliedstaaten auf, der Leibeserziehung und dem Sport wieder einen festen Platz im Rahmen des Schulunterrichts zu geben und den Sport als Bewertungsindikator zu berücksichtigen;
18. fordert die Mitgliedstaaten auf, eine quantitative und qualitative Untersuchung über die Beteiligung von Mädchen und Jungen an schulischen und außerschulischen sportlichen Aktivitäten durchzuführen und angemessene Mittel für eine stärkere Beteiligung der Mädchen an sportlichen und körperlichen Aktivitäten bereitzustellen;
19. fordert die Mitgliedstaaten und die zuständigen Behörden auf, die Ausbildung der Sportlehrerinnen und der Sportlehrer in Fragen der Koedukation und geschlechterspezifischen Fragen durch die Einbeziehung dieses Aspekts in den Ausbildungsprozess zu gewährleisten und die Eltern für die vereinfachende Sichtweise von Klischees zu sensibilisieren;
20. hebt hervor, wie wichtig es ist, dass die Kinder von der Vor- und Grundschule an die Möglichkeit haben, einen gemischten Sportunterricht zu besuchen; fordert die Schulen, Klubs, Verbände und Gebietskörperschaften auf, diesbezügliche Pilotprojekte zu entwickeln;
21. fordert die Mitgliedstaaten auf, Politiken zur sozialen Integration von Jugendlichen durch den Sport unter Einbeziehung der Mädchen in ihr Zielpublikum zu entwickeln und hierzu insbesondere Ziel 3 der Strukturfonds zu nutzen;

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

22. fordert die Regierungsbehörden und die Gebietskörperschaften auf, Jungen und Mädchen eine breite Palette schulischer und außerschulischer sportlicher Aktivitäten anzubieten und solche Aktivitäten zu fördern;
23. weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, alles daran zu setzen, um Frauen die Möglichkeit zu sportlicher und körperlicher Betätigung zu geben, indem die Zugangsmöglichkeiten zu den Sporteinrichtungen durch spezifische Kurse und Frauen vorbehaltene Trainingsstunden verbessert werden und für Betreuungseinrichtungen für Kinder und eine gute verkehrsmäßige Anbindung der Sportzentren gesorgt wird;
24. fordert die Sportbewegung auf, den gleichberechtigten Zugang von Frauen und Männern zu sportlicher Betätigung in ihrer Satzung zu verankern, einen Aktionsplan zur Förderung von Frauen in ihren Disziplinen aufzustellen, Schulungen in Gender Mainstreaming und dessen Umsetzung durchzuführen und eine Haushaltlinie für den Frauensport vorzusehen sowie in diesem Rahmen gemischte Disziplinen vorzuschlagen und/oder Frauensektionen zu schaffen;
25. fordert die Mitgliedstaaten und die zuständigen Behörden auf, die Ausbildung und Qualifikation der Sporttrainer auf allen Ebenen zu gewährleisten und die Geschlechterdimension in ihre Ausbildung einzubeziehen;
26. fordert die Regierungsbehörden, Unternehmen und Sozialpartner angesichts der Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Beruf, Familie und Freizeit auf, sportliche Aktivitäten am Arbeitsplatz namentlich durch die Einbeziehung in die Tarifvereinbarungen zu fördern und insbesondere Maßnahmen zur Unterstützung des Zugangs zum Sport für Arbeitnehmerinnen in unsicheren Arbeitsverhältnissen und in Schwierigkeiten befindliche Frauen in die Wege zu leiten;

***Gewährleistung gleicher Rechte im Hochleistungssport***

27. fordert die Mitgliedstaaten und die Sportbewegung auf, die Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Sportarten im Rahmen der Anerkennungsverfahren für die Spitzendisziplinen abzuschaffen;
28. fordert die nationalen Sportverbände und die Aufsichtsbehörden auf, Frauen und Männern den gleichen Zugang zum Status des Spitzenathleten zu gewährleisten und die gleichen Rechte in Bezug auf Einkommen, Betreuungs- und Trainingsbedingungen, ärztliche Überwachung, Zugang zu Wettkämpfen, sozialen Schutz und Berufsausbildung und aktive soziale Wiedereingliederung am Ende ihrer sportlichen Laufbahn zu garantieren;
29. fordert die Regierungsbehörden und die Sportinstitutionen auf, die Abschaffung direkter und indirekter Diskriminierungen, denen Athletinnen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ausgesetzt sind, zu gewährleisten;
30. fordert die Unternehmen zu verstärkten Partnerschaftsaktionen mit Spitzensportlerinnen auf, um deren Image aufzuwerten und den Frauensport insgesamt ohne Unterschied zu fördern;
31. fordert die Medien auf, für eine ausgewogene Berichterstattung über Frauen- und Männersport sowie für eine nichtdiskriminierende Darstellung von Frauen im Sport zu sorgen;
32. schlägt im Rahmen der Änderung der Richtlinie 89/552/EWG des Rates zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Ausübung der Fernsehaktivität<sup>(1)</sup> und insbesondere von deren Artikel 3a betreffend die Übertragung von Ereignissen, denen erhebliche Bedeutung beigemessen wird, vor, dass die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen, dass die geschlechtsspezifische Dimension bei der Übertragung von Sportwettkämpfen berücksichtigt wird;
33. ermutigt die Sportlerinnen, sich zu organisieren, um ihre sportlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte geltend zu machen und Fälle von Diskriminierung und Belästigung vor die zuständigen Behörden oder vor Gericht zu bringen;
34. wünscht, dass die bevorstehenden Olympischen Spiele in Athen beispielhaft sind, und fordert das IOC auf, die Vertretung von Männern und Frauen in allen nationalen Delegationen zu gewährleisten;

***Gewährleistung der Gesundheit von Athletinnen***

35. fordert die Sportverbände und die Trainer zur größten Wachsamkeit hinsichtlich der Betreuung und der Bedingungen, unter denen die sportlichen Aktivitäten stattfinden, auf; fordert sie ferner dazu auf, Hochleistungssportlerinnen, insbesondere Jugendliche, über die Folgen eines intensiven sportlichen Trainings, des Konsums von Dopingmitteln und der Missachtung von Ernährungsregeln für ihre psychische, physiologische, sexuelle und reproduktive Gesundheit zu informieren;
36. betont, dass die Steigerung des Frauenanteils und die spezifische Ausbildung des medizinischen und paramedizinischen Betreuungspersonals für den Schutz der Gesundheit von Athletinnen erforderlich sind;

(<sup>1</sup>) Abl. L 298 vom 17.10.1989, S. 23.

Donnerstag, 5. Juni 2003

37. weist nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, spezifische und geschlechtsspezifische Untersuchungen über die Auswirkungen von Sport auf die Gesundheit der Athleten durchzuführen;
38. hält es für wichtig, dass die Athletinnen angesichts der körperlichen Veränderungen und der Fragen in Bezug auf ihre Weiblichkeit psychologisch betreut werden und dass diese Aspekte in der Ausbildung von Trainern und Trainerinnen berücksichtigt werden;
39. weist auf das unveräußerliche Recht der Sportlerinnen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit hin und fordert, dass alle Beeinträchtigungen dieser Freiheiten bestraft werden;
40. fordert die Mitgliedstaaten und die Sportverbände auf, Maßnahmen zu ergreifen, die die sexuelle Belästigung und den sexuellen Missbrauch im Sport verhindern und beseitigen, indem sie die Rechtsvorschriften über sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz anwenden, sowie die Sportlerinnen und ihre Eltern über die Gefahren des Missbrauchs und die ihnen offenstehenden Rechtsmittel zu informieren, die Mitarbeiter der Sportorganisationen besonders auszubilden und für die strafrechtliche und disziplinarische Verfolgung zu sorgen;

#### **Verstärkte Beteiligung von Frauen an der Beschlussfassung**

41. stellt fest, dass die Beteiligung von Frauen an der Beschlussfassung im Sport auf die gleichen Hindernisse stößt wie in Politik und Wirtschaft und dass hierfür der Einsatz positiver Maßnahmen erforderlich ist;
42. fordert die Mitgliedstaaten und die Aufsichtsbehörden auf, ihre Genehmigung und Subventionierung von Sportvereinen und Sportinstitutionen davon abhängig zu machen, dass deren Satzungen Bestimmungen zur Gewährleistung einer ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern auf allen Ebenen und in allen Entscheidungspositionen beinhalten;
43. fordert die Sportverbände und Sportinstitutionen auf, die Beteiligung von Frauen in Schieds- und Kampfrichterfunktionen zu fördern und die Vertretung von Frauen und Männern in den Ärzteausschüssen und Auswahlausschüssen einzuführen;
44. fordert die Sportorganisationen auf, Ausbildungs- und Betreuungsprogramme für weibliche Athleten im Hinblick auf ihre berufliche Wiedereingliederung, insbesondere als Trainerinnen, technische Beraterinnen und in den Führungsgremien, einzuführen;
45. fordert die Sportbewegung auf, das Ziel des IOC für die Beteiligung von Frauen an der Beschlussfassung (bis 31. Dezember 2005 Frauenanteil von 20 % in den Führungsstrukturen) beizubehalten und in den nächsten 10 Jahren auf 30 % zu erhöhen;

\*

\* \*

46. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission sowie den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

P5\_TA(2003)0270

## **Brustkrebs**

### **Entschließung des Europäischen Parlaments zu Brustkrebs (2002/2279(INI))**

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf Artikel 152 des EG-Vertrags in der durch den Vertrag von Nizza geänderten Fassung,
- unter Hinweis auf Artikel 35 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union<sup>(1)</sup>,

<sup>(1)</sup> ABl. C 364 vom 18.12.2000, S.1.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 9. März 1999 zum Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur gesundheitlichen Situation der Frauen in der Europäischen Gemeinschaft<sup>(1)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Februar 2003 zur Mitteilung der Kommission über Maßnahmen der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit Brustimplantaten<sup>(2)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 4. Oktober 2001 zu der Patentierung der Gene BRCA1 und BRCA2 (Brustkrebsgene)<sup>(3)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 15. Januar 2003 zur Mitteilung der Kommission „Die Zukunft des Gesundheitswesens und der Altenpflege“<sup>(4)</sup>,
  - unter Hinweis auf den mit dem Beschluss Nr. 646/96/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. März 1996 angenommenen Aktionsplan zur Krebsbekämpfung innerhalb des Aktionsrahmens im Bereich der öffentlichen Gesundheit (1996-2000)<sup>(5)</sup>, der mit dem Beschluss Nr. 521/2001/EG des Europäischen Parlaments und des Rates<sup>(6)</sup> verlängert wurde,
  - unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 1786/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2008)<sup>(7)</sup>,
  - unter Hinweis auf den Beschluss Nr. 1513/2002/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2002 über das Sechste Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums und zur Innovation (2002-2006)<sup>(8)</sup>,
  - unter Hinweis auf die Richtlinie 2001/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Anwendung der guten klinischen Praxis bei der Durchführung von klinischen Prüfungen mit Humanarzneimitteln<sup>(9)</sup>,
  - in Kenntnis der am 4. Februar 2000 auf dem Ersten Weltgipfel gegen den Krebs in Paris angenommenen Charta gegen den Krebs,
  - in Kenntnis der „European Guidelines for Quality Assurance in Mammography Screening“<sup>(10)</sup>,
  - in Kenntnis der Empfehlungen der European Society of Mastology (EUSOMA) „The requirements of a specialist breast unit“<sup>(11)</sup>,
  - unter Hinweis auf die „Empfehlungen zum Krebs-Screening in der Europäischen Union“ des Beratenden Ausschusses für Krebsvorsorge<sup>(12)</sup>,
  - gestützt auf Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für die Rechte der Frau und Chancengleichheit (A5-0159/2003),
- A. in der Erwägung, dass Artikel 152 des EG-Vertrags festlegt, dass bei der Festlegung und Durchführung aller Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen ein hohes Gesundheitsschutzniveau sichergestellt wird und dass die Tätigkeit der Gemeinschaft dabei in Ergänzung zur Politik der Mitgliedstaaten die Bekämpfung der weitverbreitetsten schweren Krankheiten wie Krebs umfasst, wobei die Erforschung der Ursachen, die Prävention sowie Gesundheitsinformation und -erziehung gefördert werden,

<sup>(1)</sup> ABl. C 175 vom 21.6.1999, S. 68.

<sup>(2)</sup> P5\_TA(2003)0063.

<sup>(3)</sup> ABl. C 87 E vom 11.4.2002, S. 265.

<sup>(4)</sup> P5\_TA(2003)0015.

<sup>(5)</sup> ABl. L 95 vom 16.4.1996, S. 9.

<sup>(6)</sup> ABl. L 79 vom 17.3.2001, S. 1.

<sup>(7)</sup> ABl. L 271 vom 9.10.2002, S. 1.

<sup>(8)</sup> ABl. L 232 vom 29.8.2002, S. 1.

<sup>(9)</sup> ABl. L 121 vom 1.5.2001, S. 34.

<sup>(10)</sup> Die vom European Breast Cancer Network erarbeitete dritte Ausgabe ist im Jahr 2001 von der Kommission veröffentlicht worden.

<sup>(11)</sup> Abgedruckt im European Journal of Cancer 36 (2000) S. 2288-2293.

<sup>(12)</sup> Veröffentlicht im European Journal of Cancer 36 (2000) S. 1473-1478.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- B. unter Hinweis darauf, dass nach Angaben der WHO in der Europäischen Union im Jahr 2000 über 216.000 Frauen an Brustkrebs erkrankt und 79.000 Frauen daran gestorben sind, dass Brustkrebs die häufigste Krebskrankheit bei Frauen ist, dass jede neunte Frau daran erkrankt und Brustkrebs die häufigste Todesursache bei Frauen zwischen 35-55 Jahren in der Europäischen Union darstellt,
- C. in der Erwägung, dass die Charta der Grundrechte der Europäischen Union jeder Person das Recht auf Zugang zur Gesundheitsvorsorge und auf ärztliche Versorgung zugesteht,
- D. in der Erwägung, dass jede Frau unabhängig von Wohnort, sozialer Stellung, Beruf und Bildung Zugang zu qualitativ hochwertiger Früherkennung, Behandlung und Nachsorge von Brustkrebs haben sollte, derzeit aber dramatische Unterschiede in der Qualität der Brustkrebsversorgung und damit auch der Überlebenschancen der Frauen zwischen den Mitgliedstaaten, den Regionen und selbst zwischen den Krankenhäusern einer Stadt bestehen,
- E. in der Erwägung, dass die Eurocare Study aus dem Jahre 1999 zwischen den Mitgliedstaaten große Unterschiede von bis zu 16 % in den Überlebensraten von Brustkrebspatientinnen festgestellt hat, die unter anderem auf Unterschiede beim Zugang zu Früherkennung, Diagnose und Behandlung zurückgeführt werden <sup>(1)</sup>,
- F. unter Hinweis darauf, dass die Forschung bisher keine wirksamen Maßnahmen zur Prävention von Brustkrebs oder zu dessen Heilung unabhängig vom Diagnosestadium entwickelt hat und dass Brustkrebs, wenn er in einem frühen Stadium erkannt und richtig behandelt wird, zu 90 % heilbar ist,
- G. in der Erwägung, dass das Gemeinschaftsprogramm „Europa gegen den Krebs“ wichtige Impulse im Kampf gegen Brustkrebs gegeben hat, wobei die erstmals 1992 entwickelten „European Guidelines for Quality Assurance in Mammography Screening“ ein besonders gutes Beispiel für Qualitätsstandards und „best practice“ in der europäischen Gesundheitspolitik darstellen,
- H. in der Erwägung, dass qualitätsgesichertes Mammographie-Screening, d.h. die regelmäßige Einladung der weiblichen Bevölkerung zur freiwilligen und kostenlosen Mammographie-Untersuchung und Folge-diagnostik im Rahmen eines organisierten bevölkerungsbezogenen regionalen oder nationalen Programms, die Brustkrebs-Mortalität laut Angaben der WHO bei Frauen zwischen 50-69 Jahren um bis zu 35 % und laut wissenschaftlichen Studien auch bei Frauen zwischen 40-49 Jahren um bis zu 20 % senken kann,
- I. in der Erwägung, dass für Frauen mit einem Brustimplantat ein Ultraschall-Screening vorgesehen werden muss, weil ein normales Screening bei ihnen problematisch ist,
- J. in der Erwägung, dass die Brust-Selbstuntersuchung der Frau einen wertvollen Beitrag zur Körperwahrnehmung leistet, aber keine Alternative zur Früherkennung durch Screening sein kann und dass auch die WHO festgestellt hat, dass es noch keine hinreichenden Beweise dafür gibt, dass klinische Brustuntersuchungen oder Brust-Selbstuntersuchungen die Mortalität bei Brustkrebs verringern,
- K. in der Erwägung, dass die Tastuntersuchung eine wichtige Maßnahme zur rechtzeitigen Erkennung von Karzinomen im Intervall zwischen zwei Screening-Untersuchungen sowie bei Frauen ist, die aufgrund ihres Alters nicht berechtigt sind, an organisierten Screening-Programmen teilzunehmen,
- L. in der Erwägung, dass Früherkennung, Diagnose, Behandlung und Nachsorge von Brustkrebs nur durch ein interdisziplinäres Team von Fachärzten erfolgen sollte, da hierdurch die Überlebensraten der Frauen erheblich steigen können,
- M. unter Hinweis darauf, dass eine qualitätsgesicherte Brustkrebsversorgung mittel- und langfristig zu Kosteneinsparungen im Gesundheitssystem führt, da unnötige Untersuchungen und Behandlungen vermieden werden können, Mammakarzinome frühzeitiger erkannt und somit weniger kostenintensive Operationen und Folgebehandlungen nötig werden,

<sup>(1)</sup> Survival of adult cancer patients in Europe diagnosed from 1978-1989: The Eurocare II study, European Journal of Cancer, Vol. 34, No 14.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- N. unter Hinweis darauf, dass eine möglichst hohe Lebensqualität für die Patientin erreicht werden sollte, da die Behandlung von Brustkrebs mit hohen körperlichen und psychischen Belastungen verbunden ist,
- O. in der Erwägung, dass die an Brustkrebs erkrankten Frauen vom behandelnden Arzt angemessen über Diagnose und Behandlung informiert werden müssen und in Kenntnis der Nebenwirkungen an Entscheidungen über Therapieoptionen beteiligt sein sollten,
- P. in der Erwägung, dass bisher noch nicht alle Mitgliedstaaten eine eigene Regelung über Patientenrechte angenommen haben, so dass die diesbezüglichen Rechte derzeit für die Patienten wenig transparent sind,
1. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission dazu auf, die Bekämpfung von Brustkrebs zu einer gesundheitspolitischen Priorität zu machen und effektive Strategien für eine bessere Vorsorge, Früherkennung, Diagnose, Behandlung und Nachsorge von Brustkrebs zu entwickeln und umzusetzen, um europaweit die beste Qualität in der Brustkrebsversorgung zu gewährleisten;
  2. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich das Ziel zu setzen, bis zum Jahre 2008 die Voraussetzungen zu schaffen, um die durchschnittliche Brustkrebs-Mortalitätsrate in der Europäischen Union um 25 % zu reduzieren und die bestehenden Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bei der 5-Jahres-Überlebensrate auf 5 % zu reduzieren;
  3. kritisiert, dass die „European Guidelines for Quality Assurance in Mammography Screening“ bisher erst in acht von 15 Mitgliedstaaten zur Einrichtung von flächendeckenden Screening-Programmen geführt haben; fordert deshalb die Mitgliedstaaten auf, schnellstmöglich allen Frauen zwischen 50 und mindestens 69 Jahren ein den europäischen Leitlinien entsprechendes Mammographie-Screening im Abstand von zwei Jahren anzubieten, wobei im Rahmen eines bevölkerungsbezogenen Programms auf freiwilliger Basis eine Teilnahmerate von über 70 % erreicht und die folgenden Qualitätsstandards eingehalten werden sollten:
    - Screening findet in den dazu vorgesehenen und zertifizierten Einrichtungen statt, wobei es sich um feste Einrichtungen oder von diesen Zentren abhängige mobile Einrichtungen handeln kann; im Verdachtsfall wird die Folgediagnostik durch ein interdisziplinäres Ärzteteam in einer spezialisierten Einrichtung durchgeführt,
    - jede Mammographie wird unabhängig voneinander von zwei Radiologen nach dem Doppelblind-Verfahren beurteilt, die jeweils die Aufnahmen von mindestens 5000 Frauen jährlich untersuchen, die sich im Rahmen von Screening-Programmen einer Mammographie unterzogen haben,
    - die Screening-Geräte werden regelmäßig auf Bildqualität und Strahlenbelastung überprüft, der Entwicklungsprozess sollte auch kontrolliert werden,
    - Ärzte und medizinisches Personal nehmen regelmäßig an Fortbildungsmaßnahmen teil;
  4. dringt darauf, dass für die Screening-Programme Geräte für die Ultraschalluntersuchung von Frauen mit einem für Strahlen undurchlässigen Brustimplantat zur Verfügung stehen sollten;
  5. fordert, dass jede an Brustkrebs erkrankte Frau das Recht hat, durch ein interdisziplinäres Team behandelt zu werden, und fordert deshalb die Mitgliedstaaten auf, ein flächendeckendes Netz von zertifizierten, interdisziplinären Brustzentren aufzubauen, die folgende Qualitätsstandards erfüllen müssen:
    - jedes Brustzentrum operiert pro Jahr mindestens 150 erstdiagnostizierte Brustkrebsfälle,
    - das Brustzentrum wird von einem auf Brusterkrankungen spezialisierten und besonders qualifizierten Arzt geleitet; das interdisziplinäre Team besteht aus in der Brustchirurgie erfahrenen Ärzten, die ausschließlich Brusterkrankungen operieren, und aus Radiologen, Onkologen, Pathologen, Krankenschwestern und Röntgenassistenten, die ebenfalls auf Brusterkrankungen spezialisiert sind, sowie aus einem Datamanager,
    - mindestens einmal pro Woche finden interdisziplinäre Fallkonferenzen statt, in denen ein Fall sowohl vor als auch nach der Operation erörtert wird,
    - die Ergebnisqualität sollte durch klinische Forschung gesichert werden,
    - Ärzte und medizinisches Personal nehmen regelmäßig an Weiterbildungsmaßnahmen teil,

Donnerstag, 5. Juni 2003

- durch einen erfolgreich abgelegten Test weisen Ärzte und medizinisches Personal regelmäßig ausreichende aktuelle Kenntnisse und Wissen nach,
  - Kontroll- und Nachsorgeuntersuchungen erfolgen in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen interdisziplinären Brustzentrum,
  - die Patientinnen erhalten onkopsychologische Beratung und psychotherapeutische Unterstützung; sie können außerdem physiotherapeutische und soziale Dienste in Anspruch nehmen;
6. begrüßt es, dass im Rahmen des Sechsten Forschungsrahmenprogramms 400 Mio. EUR für die Krebsforschung insgesamt zur Verfügung stehen, und fordert Kommission und Mitgliedstaaten auf:
- a) eine bessere Koordinierung nationaler und europäischer Forschung zu gewährleisten,
  - b) sicherzustellen dass die „evidence-based medicine“ auch in Europa der Brustkrebsbehandlung zugrunde gelegt wird,
  - c) Fortschritte in der Grundlagenforschung möglichst schnell in die Behandlung zu übertragen und die klinische Forschung weiter zu stärken, insbesondere die von der European Organisation for Research and Treatment of Cancer (EORTC) koordinierten und in Krebszentren und Kliniken in der gesamten Europäischen Union geleiteten klinischen Versuche,
  - d) mehr Mittel als bisher für Brustkrebsforschung zur Verfügung zu stellen, um
    - die Suche nach Ursachen und Therapieformen weiter zu intensivieren,
    - die Vorhersage von Therapiewirkung und Ergebnissicherheit zu verbessern,
    - den Zusammenhang zwischen Brustkrebs und potentiellen Risikofaktoren wie Tabak, Ernährung, Hormonen und Lebensstil (Gewicht, physische Aktivität) weiter zu erforschen,
    - eine verstärkte Forschung zu den stationären oder ambulanten Behandlungsabläufen zu betreiben, damit die Patientinnen künftig nicht mehr unnötig am Klinik- und Medizinbetrieb leiden,
    - eine Methode für die standardisierte Risikoabschätzung von Frauen mit einem möglichen erblichen Risiko von Brustkrebs zu entwickeln;
7. fordert die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen ihrer Verantwortlichkeiten:
- a) der Empfehlung der WHO zu folgen und unter Beteiligung aller wichtigen Akteure nationale Aktionspläne gegen Krebs aufzustellen,
  - b) weitere evidenzbasierte Leitlinien zu Früherkennung, Diagnostik, Behandlung und Nachsorge von Brustkrebs zu entwickeln und kontinuierlich zu aktualisieren, eine nationale Koordinierung für Brustkrebs einzurichten und durch ein transparentes Auditverfahren die Umsetzung der Leitlinien sicherzustellen,
  - c) mit Blick auf das psychische Wohlbefinden und die körperliche Unversehrtheit der Frauen sicherzustellen:
    - dass jede Frau sowohl nach einer Screening-Untersuchung als auch bei klinischen Untersuchungen innerhalb von fünf Werktagen über das Ergebnis der Befundung unterrichtet wird und dass keine mit Brustkrebs diagnostizierte Frau länger als vier Wochen auf den Beginn der Behandlung wartet,
    - dass jeder Frau in medizinisch begründeten Fällen die Möglichkeit einer brusterhaltenden Operation offen steht, um die Zahl der unnötigen Brustamputationen zu senken, und dass soweit möglich die Brust mit Eigengewebe binnen kürzest möglicher Frist rekonstruiert wird,
    - dass jede Frau vor der Operation eine gesicherte Diagnose erhält (insbesondere durch eine minimal invasive Biopsie),
    - dass Trägerinnen eines Brustimplantats einen Patientinnenpass erhalten, in dem die besonderen Eigenschaften und die postoperativ notwendigen Nachsorgemaßnahmen angegeben sind,



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- d) sicherzustellen, dass Hilfsmittel wie Kunsthaarperücken und Einlagen in den BH sowie in der Nachsorge Lymphdrainagen erstattet werden,
  - e) Spezialisierungen wie die des Brustchirurgen, der Brustkrankenschwester oder des Onkopsychologen, die sich in einigen Mitgliedstaaten bereits bewährt haben, über die Einrichtung entsprechender Ausbildungs- und Fortbildungsangebote zu verbreiten,
  - f) Einrichtungen zur medizinischen und psychologischen Beratung für Frauen mit einem vermutlich erblich bedingten Brustkrebsrisiko zu schaffen und Frauen mit einem positiven Testergebnis ein intensivierte Vorsorgeprogramm anzubieten,
  - g) eine spezielle Regelung über individuelle Patientenrechte anzunehmen, die den Patienten die folgenden Rechte zuerkennt:
    - das Recht auf angemessene und qualifizierte medizinische Versorgung durch qualifiziertes medizinisches Personal in entsprechend ausgestatteten und organisierten Praxen und Krankenhäusern,
    - das Recht auf verständliche, sachkundige und angemessene Information und Beratung durch den Arzt vor, während und nach der Behandlung,
    - das Recht auf Selbstbestimmung nach umfassender Aufklärung,
    - das Recht auf die Dokumentation der Behandlung und auf Einsicht durch den Patienten,
    - das Recht auf Vertraulichkeit und Datenschutz,
    - das Recht auf Einreichung einer Beschwerde,
    - das Recht auf eine ärztliche Zweitmeinung bei Krebserkrankungen,
  - h) Patientenorganisationen stärker als bisher an gesundheitspolitischen Entscheidungen zu beteiligen und deren Arbeit angemessen zu unterstützen,
  - i) für eine Verbesserung der Datenlage zu sorgen und schnellstmöglich nationale Krebsregister einzurichten, die den Standards des European Network of Cancer Registries genügen, um in der Europäischen Union endlich aussagekräftige und vergleichbare europäische Daten zur Entwicklung von Krebs und Brustkrebs zu erhalten;
8. fordert die Kommission auf:
- a) im Rahmen des Aktionsprogramms im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2008) die aus dem bisherigen Programm Europa gegen den Krebs hervorgegangenen innovativen Projekte wie das European Breast Cancer Network, das European Network of Cancer Registries und das Netzwerk European Prospective Investigation into Cancer and Nutrition (EPIC) auch künftig angemessen zu fördern,
  - b) die bestehenden Aktivitäten der Generaldirektionen Gesundheit, Forschung und Informationsgesellschaft zu bündeln und eine gemeinsame EU-Website zu Krebs zu schaffen, auf der sowohl Bürger und Laien als auch Mediziner und Forscher unterschiedlich aufbereitete Informationen zu Krebs von europäischen und nationalen Forschern, medizinischen Gesellschaften, Patientenorganisationen etc. in einer leicht verständlichen Terminologie und in verschiedenen Sprachen finden können,
  - c) auf der Grundlage der das Krebs-Screening in der Europäischen Union betreffenden Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für Krebsvorbeugung kurzfristig einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates über Krebs-Screening vorzulegen, in dem ein strukturierter und kohärenter Krebs-Screening-Ansatz (Brustkrebs, Gebärmutterhalskrebs, Kolorektalkrebs, Prostatakrebs) enthalten ist; hält einen europaweiten koordinierten Ansatz für grundlegend wichtig, um ineffizientem, qualitativ schlechtem und opportunistisch gefärbtem Screening vorzubeugen; verpflichtet sich, sich an diesem Prozess zu beteiligen;
9. unterstreicht den Stellenwert von klinischen Studien für den medizinischen Fortschritt; begrüßt die Annahme der oben genannten Richtlinie 2001/20/EG; ist der Auffassung, dass die Ausformulierung der Durchführungsbestimmungen den Bedürfnissen der Forschungsorganisationen Rechnungen tragen muss; zeigt sich besorgt, dass das Ziel einer Harmonisierung der rechtlichen und regulativen Regelungen für die klinische Forschung nicht erreicht wird und die bestehenden Hindernisse für klinische Studien unter Beteiligung mehrerer Mitgliedstaaten nicht beseitigt werden;
10. fordert die Mitgliedstaaten mit Ziel-1-Regionen angesichts der großen regionalen Unterschiede beim Zugang zu Früherkennung, Diagnose und Behandlung von Brustkrebs auf, in stärkerem Maße Struktur- und Finanzierungsmittel zur Finanzierung der Infrastruktur im Gesundheitswesen einzusetzen;

Donnerstag, 5. Juni 2003

11. wiederholt seine Besorgnis über die möglichen Konsequenzen einer Patent-Erteilung für die Gene BRCA1 und BRCA2 („Brustkrebsgene“) durch das Europäische Patentamt; fordert das EPA auf, die Patentierung dieser Gene neu zu überdenken, und fordert den Rat, die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sicherzustellen, dass der menschliche genetische Code frei für die Forschung zugänglich ist – und zwar weltweit – und dass die medizinische Verwendung gewisser menschlicher Gene nicht durch auf Patenten beruhende Monopolstellungen verhindert wird;
12. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit der italienischen Präsidentschaft Ende 2003, wenn die letzten Projekte auslaufen, eine Konferenz auszurichten, um auch mit Blick auf das neue Gesundheitsaktionsprogramm (2003-2008) eine abschließende Bilanz des Programms „Europa gegen den Krebs“ zu ziehen;
13. zeigt sich besorgt über die vergleichsweise schlechten Überlebensraten der an Brustkrebs erkrankten Frauen in den Beitrittsstaaten; fordert die Beitrittsstaaten auf, ihre Anstrengungen bei der Bekämpfung von Brustkrebs zu verstärken, und ersucht die Kommission, einen strukturierten Erfahrungsaustausch mit den künftigen Mitgliedstaaten zu organisieren;
14. fordert die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten bis zum Frühjahrsgipfel 2006 einen Bericht über die von den Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen zu erstellen und mit Blick auf die erreichten Fortschritte über weitere Schritte im Kampf gegen Brustkrebs zu entscheiden;
15. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und den Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

---

P5\_TA(2003)0271

## **Lage in Indonesien, insbesondere in den Provinzen Aceh und Papua**

### **Entschließung des Europäischen Parlaments zu Indonesien, insbesondere in den Provinzen Aceh und Papua**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Lage in Indonesien und in der indonesischen Provinz Papua, insbesondere die vom 13. Dezember 2001 zu Papua (Irian Jaya und zu Sulawesi in Indonesien<sup>(1)</sup>) und vom 16. Mai 2002 zu Indonesien (Molukken, Aceh und Papua)<sup>(2)</sup>,
- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission vom 2. Februar 2000 „Intensivierung der Beziehungen zwischen Indonesien und der Europäischen Union“ (KOM(2000) 50),
- in Kenntnis des Berichts vom März 2002 der EG-Mission zur Verhütung und Beurteilung von Konflikten in Indonesien,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Dezember 2000 zur Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Intensivierung der Beziehungen zwischen Indonesien und der Europäischen Union<sup>(3)</sup>,
- in Kenntnis des Strategiepapiers EG-Indonesien 2002-2006,
- in Kenntnis des Abkommens über die Einstellung der Feindseligkeiten, das am 9. Dezember 2002 zwischen der Regierung Indonesiens und der Gerakan Aceh Merdeka (GAM) unterzeichnet wurde,
- in Kenntnis der Erklärung des EU-Vorsitzes vom 15. Mai 2003 betreffend Aceh,
- in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ vom 19. Mai 2003,

---

<sup>(1)</sup> ABl. C 177 E vom 25.7.2002, S. 312.

<sup>(2)</sup> P5\_TA(2002)0254.

<sup>(3)</sup> ABl. C 232 vom 17.8.2001, S. 186.

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- A. in Anerkennung und Unterstützung der Bedeutung, die die indonesischen Behörden der nationalen territorialen Integrität beimessen, wobei gleichzeitig hervorzuheben ist, dass der einzig mögliche Weg, die territoriale Integrität Indonesiens zu gewährleisten, für die Regierung darin besteht, sich auf einen echten Dialog mit den Provinzen einzulassen, um die Ursachen der Separatismus an der Wurzel anzupacken, und unter Hinweis auf die Bedeutung eines interethnischen, interreligiösen und interregionalen Dialogs und einer erfolgreichen Dezentralisierung,

**Aceh**

- B. unter Hinweis darauf, dass Megawati Sukarnoputri zu Beginn ihrer Präsidentschaft versprach, das Aceh-Problem mit friedlichen Mitteln zu lösen,
- C. unter Hinweis darauf, dass 1976 die Unabhängigkeitsbewegung GAM gegründet wurde, die die Schaffung eines unabhängigen Staates fordert, und in der Erwägung, dass die GAM die Abhaltung einer Volksabstimmung über die Selbstbestimmung,
- D. unter Hinweis darauf, dass während der 26 Kriegsjahre etwa 12 000 Zivilisten in Aceh ums Leben kamen und dass das Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten, das am 9. Dezember 2002 zwischen der GAM und der Regierung Indonesiens unterzeichnet wurde, ein Versuch zur Befriedung der Provinz war,
- E. unter Hinweis darauf, dass in letzter Minute zustande gekommene Gespräche am 17. und 18. Mai 2003 in Tokio zwischen der Regierung Indonesiens und der GAM keine friedliche Beilegung des Aceh-Konflikts erzielen konnten,
- F. in der Erwägung, dass Präsidentin Megawati Sukarnoputri daraufhin den Präsidentenerlass 28/2003 verkündete, der für sechs Monate einen militärischen Ausnahmezustand in Aceh genehmigte, der das international ausgehandelte Abkommen über die Einstellung der Feindseligkeiten effektiv beendigte und es den Militärbehörden gestattet, eine große Zahl von Kommunalbehörden durch Militär und Polizisten zu ersetzen,
- G. unter Hinweis darauf, dass an der Militärkampagne des indonesischen Militärs in Aceh bis zu 40 000 Militärs und Polizisten beteiligt sind,
- H. unter Hinweis auf die Berichte von mehreren internationalen Nichtregierungsorganisationen, dass das indonesische Militär versuche, die Rebellion mit schweren Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Entführungen, Vergewaltigungen und Folter, niederzuschlagen,
- I. unter Hinweis auf die Berichte der internationalen Nichtregierungsorganisationen über die Beteiligung der GAM an Morden, illegalen Festnahmen, Zwangsausweisungen von Javanern und zweifelhaften Justizsystemen,
- J. unter Hinweis darauf, dass der Konflikt in Aceh zu massiven internen Vertreibungen und Zerstörungen führt, insbesondere von Schulen,

**Papua**

- K. unter Hinweis darauf, dass die Bevölkerung der Provinz Papua wiederholt die indonesischen Behörden aufgefordert hat, sich auf einen echten Dialog einzulassen, um sich mit den Bestrebungen der Bevölkerung von Papua und den Ungerechtigkeiten zu befassen, denen sich diese ausgesetzt fühlt,
- L. unter Hinweis darauf, dass das indonesische Parlament am 23. Oktober 2001 das Besondere Autonomiegesetz für Papua (Gesetz Nr. 21/2001) erlassen hat,
- M. unter Hinweis darauf, dass die Völkergemeinschaft, einschließlich der Europäischen Union und des Pazifik-Insel-Forums (PIF), deutlich ihre Unterstützung für die besondere Autonomie für Papua zum Ausdruck gebracht hat und dass die Union bereit ist, finanzielle Unterstützung und technische Hilfe für die Verwirklichung der besonderen Autonomie bereitzustellen,
- N. unter Hinweis darauf, dass es in Artikel 46 des Autonomiegesetzes von Papua heißt, dass eine „Kommission für Wahrheit und Aussöhnung“ eingesetzt wird und dass die Zentralregierung es bislang versäumt hat, die Regierungsverordnungen zu verabschieden, die für die Gründung der papuanischen Volksversammlung („Majelis Rakyat Papua“ oder MRP) und der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung erforderlich sind,
- O. in der Erwägung, dass das Provinzparlament nach heftigen Protesten von Studenten, Nichtregierungsorganisationen, religiösen Führern und dem Stammesrat von Papua (Lembaga Masyarakat Adat) am 16. Oktober 1999 beschlossen hat, die Aufteilung der Provinz in drei Provinzen abzulehnen,

Donnerstag, 5. Juni 2003

- P. unter Hinweis darauf, dass es in Artikel 76 des Autonomiegesetzes für Papua heißt, dass jeder Plan über die Aufteilung der Region in mehr Provinzen erst nach Genehmigung durch die Regierung der Provinz Papua (DPRD) und die MRP durchgeführt werden kann,
- Q. unter Hinweis darauf, dass Menschenrechtsaktivisten sowie Angehörige von politischen Organisationen in Papua Todesdrohungen erhalten und sie in einigen Fällen das Gefühl haben, sie müssten im Ausland Zuflucht suchen,

### **Aceh**

1. ist zutiefst besorgt über die erschreckende Gewalt und den andauernden Konflikt in Aceh;
2. fordert die indonesische Regierung und die GAM nachdrücklich auf, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, um im Hinblick auf die Abhaltung von freien und fairen Wahlen im Jahr 2004 eine Vereinbarung über die Wiederaufnahme der Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens zu erzielen;
3. fordert auf der Grundlage des Genfer Abkommens die GAM auf, ihre Sache über den demokratischen Prozess weiterzuverfolgen und ihre Waffen abzuliefern, und fordert die indonesische Armee zum Rückzug auf;
4. hebt hervor, dass der einzig mögliche Weg zur Garantie der territorialen Integrität Indonesiens für die Regierung darin besteht, sich auf einen echten Dialog mit den Provinzen einzulassen, um die Ursachen des Separatismus an der Wurzel anzupacken, und betont die Bedeutung eines interethnischen und interregionalen Dialogs und einer erfolgreichen Dezentralisierung;
5. fordert die indonesische Regierung auf, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für Menschenrechtsverletzungen in Aceh sowie in anderen Teilen des Landes verantwortlich sind, gleich, ob sie von Zivilisten, Separatistengruppen, Milizen, Paramilitärs oder Militärs begangen wurden;
6. fordert die indonesische Regierung und die GAM auf, Menschenrechtsaktivisten Schutz und Zugang zu gewähren und dem UN-Sonderbeauftragten für Menschenrechtsverteidiger einen Besuch zu gestatten;
7. fordert, dass es allen humanitären Organisationen erneut gestattet wird, ihre Hilfeleistungen für die Bevölkerung unter sicheren Bedingungen durchzuführen;
8. fordert die Respektierung der Religionsfreiheit und bedauert die Einschränkungen der Pressefreiheit durch das Kriegsrecht;
9. äußert seine ernsthafte Besorgnis über das Wohlergehen von international anerkannten Menschenrechtsaktivisten von Aceh wie Muhammad Nazar und Al Kautsar Muhammad, die von Amnesty International als politische Gefangene anerkannt sind, und fordert, sie unverzüglich freizusprechen,

### **Papua**

10. ist tief besorgt über das Präsidentendekret 1/2003 über die Beschleunigung der Durchführung des Gesetzes 45/1999 über die Aufteilung der Provinz Papua in drei neue Provinzen, wie es von Präsidentin Megawati Sukarnoputri am 27. Januar 2003 ausgefertigt wurde;
11. fordert die Regierung Indonesiens auf, das genannte Dekret zurückzuziehen, da es das Autonomiegesetz für Papua und demnach die EU-Verpflichtungen betreffend diese besondere Autonomie untergräbt;
12. fordert die indonesische Regierung auf, sich umgehend auf einen echten Dialog mit Vertretern der Bevölkerung von Papua einzulassen, um weitere Gewalt zu verhindern;
13. fordert die indonesische Regierung dringend auf, auf die volle Umsetzung des Autonomiegesetzes für Papua hinzuwirken, indem sie Regierungsverordnungen betreffend Haushalt, Gesetzesentwürfe und institutionelle Entwicklung abschließt und annimmt, u.a. die Einführung der MRP und der Kommission für Wahrheit und Aussöhnung;

Donnerstag, 5. Juni 2003

14. fordert die Regierung Indonesiens auf, eine Untersuchung einer nationalen Kommission für Menschenrechte „Komnas HAM“ über die zahlreichen vergangenen und gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen in Papua zu unterstützen, und fordert die Regierung Indonesiens ferner auf, ein glaubwürdiges und unabhängiges Untersuchungsteam aus nationalen und internationalen Menschenrechtsexperten einzusetzen, um die Straflosigkeit der Sicherheitskräfte zu untersuchen;

15. fordert die indonesische Regierung dringend auf, eine friedliche Lösung für die Lage in der Provinz Papua zu finden, alle bedrohten Bevölkerungsteile zu schützen und die UN-Sonderberichterstatte über Folter und summarische Hinrichtungen einzuladen, die betroffenen indonesischen Provinzen zu besuchen;

\*  
\*   \*

16. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, der Regierung und dem Parlament von Indonesien, dem Gouverneur und den Regionalparlamenten (DPRD) von Aceh und Papua, der Indonesischen Nationalen Kommission für Menschenrechte (Komnas HAM), dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem UN-Hochkommissar für Menschenrechte und den Sekretariaten von ASEAN und des Pazifik-Insel-Forms zu übermitteln.

**P5\_TA(2003)0272**

## **Birma**

### **Entschließung des Europäischen Parlaments zur Festnahme von Aung San Suu Kyi in Birma**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zu Birma, insbesondere die Entschließungen vom 11. April 2002<sup>(1)</sup> und 13. März 2003<sup>(2)</sup>,
  - in Kenntnis des Gemeinsamen Standpunkts 96/635/GASP vom 28. Oktober 1996 – vom Rat aufgrund von Artikel J.2 des Vertrags über die Europäische Union festgelegt – betreffend Birma/Myanmar<sup>(3)</sup> und seiner Erneuerung und Verlängerung durch den Gemeinsamen Standpunkt 2003/297/GASP des Rates vom 28. April 2003 betreffend Birma/Myanmar<sup>(4)</sup>,
  - unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 552/97 des Rates vom 24. März 1997 zur vorübergehenden Rücknahme der allgemeinen Zollpräferenzen für Waren aus der Union Myanmar<sup>(5)</sup>,
  - unter Hinweis auf die Verordnung (EG) Nr. 1081/2000 des Rates vom 22. Mai 2000 über das Verbot des Verkaufs, der Lieferung und der Ausfuhr nach Birma/Myanmar von Ausrüstungen, die zur internen Repression oder für terroristische Zwecke benutzt werden können, und über das Einfrieren der Gelder bestimmter, mit wichtigen Regierungsfunktionen verbundener Personen in diesem Land<sup>(6)</sup>,
- A. in der Erwägung, dass sich die verheerende politische Lage in Birma in den letzten Tagen erheblich verschlechtert hat,
- B. in der Erwägung, dass Aung San Suu Kyi, die Führerin der oppositionellen Nationalen Liga für Demokratie (NLD), am 31. Mai zusammen mit 19 weiteren Parteimitgliedern festgenommen wurde,
- C. unter Hinweis darauf, dass es Aung San Suu Kyi, die auch schon mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, seinen Sacharow-Preis für Menschenrechte verliehen hat,

<sup>(1)</sup> ABl. C 127 E vom 29.5.2003, S. 681.

<sup>(2)</sup> P5\_TA(2003)0104.

<sup>(3)</sup> ABl. L 287 vom 8.11.1996, S. 1.

<sup>(4)</sup> ABl. L 106 vom 29.4.2003, S. 36.

<sup>(5)</sup> ABl. L 85 vom 27.3.1997, S. 8.

<sup>(6)</sup> ABl. L 122 vom 24.5.2000, S. 29.

Donnerstag, 5. Juni 2003

- D. in der Erwägung, dass Berichten zufolge bei dem Angriff der Streitkräfte der Junta und ihrer Unterstützer auf Aung San Suu Kyi und Mitglieder der NLD in Oberbirma mindestens 70 Menschen ums Leben gekommen sind,
- E. in der Erwägung, dass die Angreifer NLD-Mitglieder überfielen, sie mit Katapulten beschossen und dass die Soldaten auch das Feuer eröffneten, wobei sie viele NLD-Mitgliedern töteten und verwundeten, und dass es Berichte gibt, wonach Aung San Suu Kyi Kopfverletzungen erlitten hat,
- F. beunruhigt über das Fehlen von Informationen über das Schicksal von Tin Oo, dem stellvertretenden Vorsitzenden der NLD, der Aung San Suu Kyi begleitete,
- G. in der Erwägung, dass die Hauptbüros der NLD in ganz Birma von dem regierenden militärischen Staatlichen Friedens- und Entwicklungsrat (SPDC) geschlossen und die Schließung der Universitäten und Hochschulen angeordnet wurde,
- H. in der Erwägung, dass fast genau vor einem Jahr Aung San Suu Kyi nach langem Hausarrest freigelassen wurde – ein Schritt, der damals als Zeichen, dass die Junta zu politischen Reformen bereit war, begrüßt wurde,
- I. in Anbetracht des politischen Dialogs, der unter der Aufsicht des UN-Sondergesandten Razali Ismael aufgenommen wurde,
- J. in der Erwägung, dass der Besuch des UN-Sondergesandten in Rangun, der für den 6. Juni 2003 vorgesehen ist, wieder in Frage gestellt werden könnte, wenn nicht die Möglichkeit besteht, Aung San Suu Kyi zu treffen,
- K. in der Erwägung, dass weiterhin über 1 000 Menschen aus politischen Gründen gefangen gehalten werden,
1. verurteilt nachdrücklich die Inhaftierung von Aung San Suu Kyi und anderer festgenommener NLD-Mitglieder und fordert ihre sofortige Freilassung;
  2. verlangt, dass der Staatliche Entwicklungsrat seine Praxis außergerichtlicher Tötung, systematischer Vergewaltigung und politischer Einschüchterung gegen das birmanische Volk sofort einstellt;
  3. bekräftigt sein starkes Engagement und seine uneingeschränkte Unterstützung für eine demokratische, rechtliche und politische Veränderung in Birma;
  4. fordert die Wiedereröffnung der NLD-Büros und die Ergreifung erster glaubwürdiger Schritte zur Wiederherstellung der Demokratie in Birma;
  5. fordert die sofortige Wiedereröffnung aller Universitäten in Birma;
  6. fordert den Rat auf, die in seinem oben genannten Gemeinsamen Standpunkt 2003/297/GASP vereinbarte Verlängerung des Verbots der Visumerteilung sowie des Einfrierens von Guthaben, deren Anwendung in der – inzwischen zunichte gemachten – Hoffnung auf Fortschritte auf dem Weg zur Wiederherstellung der Demokratie und der Menschenrechte bis zum 29. Oktober 2003 ausgesetzt wurde, sofort umzusetzen;
  7. verlangt, dass der SPDC seine alleinige Machtausübung aufgibt und dass die Ergebnisse der Wahlen uneingeschränkt respektiert werden;
  8. fordert den Rat und die Kommission auf, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen ihre Bereitschaft zu zeigen, zur Förderung des nationalen Versöhnungsprozesses in Birma beizutragen;
  9. fordert die ASEAN-Staaten auf, Dringlichkeitsmaßnahmen zu treffen, um in Birma eine Veränderung zum Besseren herbeizuführen, bevor mehr Menschenleben geopfert werden und eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage im Land eintritt;
  10. fordert den Rat auf, die Lage in Birma auf die Tagesordnung des nächsten Außenministertreffens im Rahmen des EU-Asien-Gipfels am 23./24. Juli 2003 auf Bali zu setzen;
  11. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen der ASEAN-Mitgliedstaaten, Aung San Suu Kyi, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und dem SPDC zu übermitteln.

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0273

## Simbabwe

### Entschließung des Europäischen Parlaments zu Simbabwe

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Lage in Simbabwe,
- A. in der Erwägung, dass sich die politische und wirtschaftliche Lage in Simbabwe weiter verschlechtert,
- B. in der Erwägung, dass die wichtigste Oppositionspartei in Simbabwe, die Bewegung für demokratischen Wandel (MDC), zu einwöchigen friedlichen Massenprotesten aufgerufen hat, die am 2. Juni 2003 beginnen und wenigstens bis 6. Juni 2003 dauern sollten,
- C. in der Erwägung, dass das Regime Mugabe den Streik und die Demonstrationen für rechtswidrig erklärt und gewarnt hat, dass jeder, der daran teilnimmt, „die volle Härte des Gesetzes“ zu spüren bekommt,
- D. in der Erwägung, dass die meisten Bürger dem Protestaufruf nachgekommen sind, wobei Fabriken, Betriebe und Geschäfte geschlossen blieben,
- E. in der Erwägung, dass regierungstreue Milizen sowie Einheiten von Armee, Polizei und Bereitschaftspolizei in allen größeren Städten in Simbabwe stationiert sind,
- F. in der Erwägung, dass ein hartes Durchgreifen des Regimes schon vor Beginn der Streiks und Demonstrationen mit der Verhaftung und nachfolgenden Freilassung von MDC-Präsident Morgan Tsvangirai und der Verhaftung weiterer MDC-Politiker und Gewaltanwendung gegen diese Personen eingesetzt hatte,
- G. in der Erwägung, dass Armee und Polizei exzessive Gewalt gegen Demonstranten eingesetzt haben und dass wenigstens eine Person dabei umgekommen ist,
- H. in der Erwägung, dass bei den vorherigen Demonstrationen vom 18. und 19. März 2003 infolge der gewalttätigen Reaktion des Regimes nach Angaben von Menschenrechtsgruppen über 250 Menschen in Krankenhäuser eingeliefert und über 500 Menschen festgenommen wurden,
- I. in der Erwägung, dass Nahrungsmittel und Treibstoffe in Simbabwe immer knapper werden, die Preise für die meisten lebenswichtigen Güter um über 50 % monatlich steigen, die Inflation nun nahezu 270 % erreicht hat und Simbabwe nach Schätzungen des Nachrichtenreferats des Economist in diesem Jahr weltweit die höchste Inflationsrate haben wird, wobei die Verbraucherpreise voraussichtlich um über 300 % steigen werden,
- J. in der Erwägung, dass nach Einschätzung des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen 7,2 Millionen Simbawer bei einer Gesamtbevölkerung von 12,6 Millionen Nahrungsmittelhilfe benötigen,
- K. in der Erwägung, dass die letzten Präsidentschafts- und Kommunalwahlen durch Einschüchterung, Repression, Wahlbetrug und staatlich unterstützte politische Gewalt gekennzeichnet waren und in weiten Kreisen als „nicht frei und fair“ betrachtet wurden,
- L. in der Erwägung, dass die gezielten Sanktionen der Europäischen Union gegen das Regime Mugabe wegen ihrer halbherzigen Durchführung eine Verschlechterung der Lage in Simbabwe nicht verhindert haben, geschweige denn eine Wende zum Besseren in dem Land herbeigeführt haben,
- M. in der Erwägung, dass dem simbabwischen Minister für Handel und Industrie, Samuel Mumbengegwi, dem ausdrücklich die Einreise in die Europäische Union verboten wurde, ein Visum für die Teilnahme an den Sitzungen des AKP-EU-Ministerrats in Brüssel (12.-16. Mai 2003) erteilt wurde, womit die Maßnahmen der Europäischen Union gegen das Regime Mugabe geschwächt wurden,

Donnerstag, 5. Juni 2003

- N. in der Erwägung, dass der Besuch des südafrikanischen Präsidenten Mbeki, des nigerianischen Präsidenten Obasanjo und des malawischen Präsidenten Muluzi in Simbabwe am 5. Mai 2003 die Wiederherstellung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in dem Land nicht vorangetrieben hat,
- O. in der Erwägung, dass die Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC) am 4. April dieses Jahres erfolglos den Wunsch geäußert hat, einen Dialog zwischen der Europäischen Union und Simbabwe mit Blick auf die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen das Regime Mugabe zu entwickeln,
1. verurteilt die zunehmend gewalttätige Unterdrückung des simbabwischen Volks durch das Regime Mugabe und fordert, dass es seine Kampagne der politischen Einschüchterung und Brutalität umgehend einstellt und das verfassungsmäßig garantierte Recht der Bürger auf friedliche Demonstration achtet;
  2. fordert die umgehende Freilassung aller politischer Gefangenen;
  3. fordert, dass das Regime Mugabe unverzüglich freie und faire Wahlen unter internationaler Aufsicht ausruft;
  4. bedauert zutiefst, dass der Rat angesichts der sich rasch verschlechternden Lage in Simbabwe und trotz wiederholter Forderungen des Parlaments nach wie vor nicht bereit ist, Maßnahmen der Europäischen Union gegen das Regime Mugabe in vollem Umfang und effizient durchzuführen;
  5. fordert den Rat auf, in der Staatengemeinschaft eine führende Rolle zu übernehmen und eine umfassende Strategie zur Wiederherstellung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte in Simbabwe anzuwenden;
  6. fordert den Rat auf, seine Sanktionen auszuweiten und sicherzustellen, dass diese Maßnahmen streng und ausnahmslos durchgesetzt werden;
  7. ist zutiefst enttäuscht darüber, dass die führenden afrikanischen Politiker der Region keine härtere Haltung gegen das Regime Mugabe eingenommen haben und fordert insbesondere den südafrikanischen Präsidenten Mbeki erneut auf, in stärkerem Maße eine führende Rolle bei der Lösung der Krise in Simbabwe zu übernehmen und dazu den erheblichen Einfluss Südafrikas in der Region geltend zu machen, was in anderen Fällen erfolgreich war;
  8. ist enttäuscht über die Weigerung der SADC, Druck auf das Regime Mugabe auszuüben, und fordert die Länder der Afrikanischen Union und der SADC nachdrücklich auf, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Krise zu lösen;
  9. fordert die Vereinten Nationen auf, einen Sonderberichtersteller zu benennen, der die Menschenrechtslage in Simbabwe untersucht;
  10. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, dem Generalsekretär der Afrikanischen Union, dem Generalsekretär der SADC, dem AKP-EU-Rat, der Regierung und dem Parlament von Simbabwe, der Regierung und dem Parlament Südafrikas sowie den Staats- und Regierungschefs der G8-Länder zu übermitteln.

---

P5\_TA(2003)0274

## Verstöße gegen das Gemeinschaftsrecht

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Europäischen Bürgerbeauftragten über die Beziehungen zum Beschwerdeführer bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht (KOM(2002) 141 – C5-0288/2002 – 2002/2148(COS))**

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Mitteilung der Kommission (KOM(2002) 141 – C5-0288/2002) <sup>(1)</sup>,
- gestützt auf Artikel 1 und 6 des Vertrags über die Europäische Union,

<sup>(1)</sup> ABl. C 244 vom 10.10.2002, S. 5.



**Donnerstag, 5. Juni 2003**

- gestützt auf Artikel 41 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union,
  - in Kenntnis der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2001 über den Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission<sup>(1)</sup>,
  - unter Hinweis auf seine Entschlüsse vom 16. Juli 1998<sup>(2)</sup> und 15. April 1999<sup>(3)</sup> zu den Jahresberichten des Europäischen Bürgerbeauftragten für das Jahr 1997 bzw. für das Jahr 1998,
  - gestützt auf Artikel 47 Absatz 1 seiner Geschäftsordnung,
  - in Kenntnis des Berichts des Petitionsausschusses (A5-0157/2003),
- A. unter Hinweis auf seine Entschlüsse vom 6. September 2001 betreffend das Vorhandensein und die öffentliche Zugänglichkeit eines Kodexes für gute Verwaltungspraxis in den verschiedenen Gemeinschaftsinstitutionen und -organen<sup>(4)</sup>,
- B. unter Hinweis auf die Initiativuntersuchung des Europäischen Bürgerbeauftragten und seine Beanstandungen bei der Einstellung des Beschwerdeverfahrens P.S. Emfietzoglou – Macedonian Metro Joint Venture,
- C. in der Erwägung, dass die Kommission bei der Prüfung einer Beschwerde über einen Ermessensspielraum verfügt und es sich daher keinesfalls darum handelt, die Behandlung von bei der Kommission eingereichten Beschwerden zu revidieren, sondern eine angemessene Information des Unionsbürgers über den Stand der Prüfung seiner Beschwerde zu ermöglichen,
- D. in der Erwägung, dass es zweckmäßig wäre, wenn die Gemeinschaftsinstitutionen und -organe daher ihre sämtlichen internen Regeln für Verwaltungsvorgänge in konsolidierter Fassung veröffentlichen,
1. begrüßt die Vorlage der Mitteilung der Kommission;
  2. vertritt die Ansicht, dass die darin enthaltenen Bestimmungen dem Grundsatz der Transparenz dienen, der unabdingbar zu einer guten Verwaltung, die einen grundlegenden Bestandteil der Unionsbürgerschaft darstellt, gehört;
  3. würdigt die angemessene Unterrichtung des Unionsbürgers über den Stand der Prüfung seiner Beschwerde und hält daher eine Frist von einem Jahr für angemessen, innerhalb derer die Kommission eine dem Beschwerdeführer offiziell mitzuteilende Entscheidung treffen muss;
  4. stellt fest, dass die Verfahren zur Prüfung der verschiedenen Beschwerden der europäischen Bürger bei sämtlichen Gemeinschaftsinstitutionen und -organen in die Zuständigkeit verschiedener Dienststellen fallen, die sich nicht untereinander abstimmen; stellt ferner fest, dass durch diese Zersplitterung ein besonderes Problem in Fällen auftritt, in denen gleichzeitig eine Beschwerde bei der Kommission und eine Petition beim Europäischen Parlament mit den gleichen Beschwerdegründen eingereicht werden;
  5. verweist ferner auf die Notwendigkeit, das Verfahren genau festzulegen, das in Fällen einer eklatanten Uneinigkeit der Institutionen bezüglich des Beschwerdegegenstands Anwendung findet, und zwar einschließlich des Falls, in dem sich das Parlament einer Empfehlung des Bürgerbeauftragten anschließt, die von einer anderen Institution als nicht gültig eingestuft worden ist;
  6. hält daher den Abschluss einer interinstitutionellen Vereinbarung für erforderlich, die diese unerlässliche Abstimmung unter den Gemeinschaftsinstitutionen und -organen für Beschwerden und Petitionen im Interesse des Unionsbürgers zur Sicherung einer effizienten Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen ermöglichen würde;
  7. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschlüsse dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Bürgerbeauftragten zu übermitteln.

<sup>(1)</sup> ABl. L 145 vom 31.5.2001, S. 43.

<sup>(2)</sup> ABl. C 292 vom 21.9.1998, S. 168.

<sup>(3)</sup> ABl. C 219 vom 30.7.1999, S. 456.

<sup>(4)</sup> ABl. C 72 E vom 21.3.2002, S. 331.

Donnerstag, 5. Juni 2003

P5\_TA(2003)0275

**Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Union****Erklärung des Europäischen Parlaments zur Bekämpfung von Produktpiraterie und Fälschungen in der erweiterten Europäischen Union***Das Europäische Parlament,*

- gestützt auf Artikel 51 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass Produktpiraterie und Fälschungen in der Europäischen Union ein beunruhigendes Ausmaß und in den Beitrittsländern sogar epidemische Dimensionen angenommen haben,
- B. unter Hinweis auf Statistiken der Kommission, wonach die Zahl der von den Zollbehörden in der Union aufgegriffenen Nachbildungen von 1998 bis 2001 um 900 % zugenommen hat,
- C. in der Erwägung, dass durch Fälschungen und Produktpiraterie jährlich durchschnittlich 17 000 Arbeitsplätze in der Union verloren gehen und den Regierungen Steuereinnahmen in Millionenhöhe entgehen,
- D. besorgt darüber, dass die Verbraucher durch gefälschte Erzeugnisse irreführt werden, die ernsthafte Gesundheits- und Sicherheitsrisiken darstellen können,
- E. besorgt darüber, dass das hinter der Produktpiraterie stehende organisierte Verbrechen Profite aus Nachbildungen und Fälschungen zur Finanzierung von Drogenhandel und Terrorismus verwendet,
- 1. fordert Rat und Kommission auf,
  - dafür zu sorgen, dass die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften scharfe und einheitliche zivilrechtliche Sanktionen für alle Verstöße gegen die Rechte am geistigen Eigentum und schwere Strafen für kommerziell betriebene Fälschungen vorsehen,
  - eine bessere grenzübergreifende Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten zu fördern und die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von Fälschungen und Produktpiraterie zu stärken,
  - den Verbrauchern stärker bewusst zu machen, dass Nachbildungen und Fälschungen durchaus Verbrechen, bei denen jemand geschädigt wird;
- 2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung dem Rat, der Kommission, den Regierungen der Mitgliedstaaten und der Beitrittsländer zu übermitteln.

## ANHANG

## NAMEN DER UNTERZEICHNER

Aaltonen, Ahern, Ainardi, Alavanos, Andersen, Andersson, Andrews, Aparicio Sánchez, Attwoll, Auroi, Averoff, Avilés Perea, Ayuso González, Balfé, Banotti, Barón Crespo, Bartolozzi, Bastos, Bautista Ojeda, Bayona de Perogordo, Beazley, Bebear, Belder, Berenguer Fuster, van den Berg, Berger, Bernié, Berthu, Bethell, Beysen, Bigliardo, Blak, von Boetticher, Boogerd-Quaak, van den Bos, Boumediene-Thiery, Bourlanges, Bowe, Brie, Brunetta, Buitenweg, Callanan, Camre, Casaca, Cashman, Caudron, Cercas, Ceyhun, Coelho, Cohn-Bendit, Collins, Corbey, Cornillet, Corrie, Costa R., Coûteaux, Crowley, Cunha, Cushnahan, Darras, Daul, Davies, De Clercq, Decourrière, Dell'Alba, Deprez, De Rossa, De Sarnez, Descamps, De Veyrac, Dhaene, Díez González, Dimitrakopoulos, Di Pietro, Doorn, Dover, Doyle, Echerer, Elles, Esclopé, Evans Jillian, Evans R., Färm, Fatuzzo, Fernández Martín, Ferrer, Ferri, Figueiredo, Fiori, Fitzsimons, Fleming, Flesch, Florenz, Folias, Ford, Foster, Fourtou, Frahm, Fraisse, Frassoni, Friedrich, Frutean, Gahler, García-Margallo y Marfil, García-Orcoyen Tormo, Garriga Polledo, Gasòliba i Böhm, Gawronski, Gemelli, Ghilardotti, Gillig, Gil-Robles Gil-Delgado, Glante, Glase, Görlach, Gollnisch, González Álvarez, Goodwill, Graça Moura, Grosch, Grossetête, Hansenne, Harbour, Hatzidakis, Haug, Heaton-Harris, Hedkvist Petersen, Helmer, Hermange, Hernández Mollar, Herzog, Hortefeux, Hudghton, Huhne, van Hulten, Hume, Hyland, Livari, Imbeni, Inglewood, Isler Béguin, Izquiero Collado, Jackson, Jarzembowski, Jöns, Jonckheer, Karlsson,

**Donnerstag, 5. Juni 2003**

Kauppi, Keßler, Kinnock, Kirkhope, Klamt, Konrad, Korhola, Koukiadis, Kratsa-Tsagaropoulou, Kronberger, Kuckelkorn, Lagendijk, Lamassoure, Langen, Lannoye, de La Perriere, Lechner, Lehne, Leinen, Liese, Lipietz, Lisi, Ludford, Lulling, Lynne, Maat, Maaten, McAvan, McCarthy, McCartin, MacCormick, McKenna, McNally, Maes, Maij-Weggen, Manders, Mann E., Marinho, Marinos, Marques, Martens, Martin D., Martin H., Martinez, Mathieu, Matikainen-Kallström, Mayer H.-P., Medina Ortega, Mennea, Miller, Miranda, Montfort, Moraes, Moreira Da Silva, Morillon, Murphy, Muscardini, Mussa, Myller, Napoletano, Naranjo Escobar, Newton Dunn, Nicholson, Niebler, Nisticò, Nordmann, Ojeda Sanz, Olsson, O'Neachtain, Onesta, Oomen-Ruijten, Oreja Arburúa, Pacheco Pereira, Pack, Paisley, Papayannakis, Parish, Pastorelli, Perez Alavarez, Perry, Piecyk, Piétrasanta, Piscarreta, Pittella, Podestà, Poettering, Pohjamo, Poli Bortone, Pomés Ruiz, Poos, Prets, Procacci, Pronk, Provan, Purvis, Queiró, Raymond, Read, Redondo Jiménez, Ries, Rocard, de Roo, Rothley, Roving, Rübig, Sacrédeus, Saint-Josse, Salafranca Sánchez-Neyra, Sandberg-Fries, Sandbæk, Sanders-ten Holte, Santini, Savary, Scallon, Schaffner, Schmid G., Schmid H., Schmidt, Schröder J., Seppänen, Simpson, Skinner, Smet, Sommer, Sornosa Martínez, Staes, Stenzel, Sterckx, Stevenson, Stihler, Stirbois, Stockton, Sudre, Sumberg, Suominen, Swoboda, Tannock, Theorin, Thomas-Mauro, Thors, Thyssen, Titley, Torres Marques, Trakatellis, Vairinhos, Valdivielso de Cué, Vallvé, Van Orden, Varela Suanzes-Carpegna, Vattimo, van Velzen, Vermeer, Veyrinas, Villiers, Vinci, Virrankoski, Vlasto, Wallis, Watson, Westendorp y Cabeza, Whitehead, Wieland, Wijkman, Wuermeling, Wuori, Wynn, Xarchakos, Zabell, Zacharakis, Zappalà, Zimeray, Zorba

---